Michael Hoffmann
Ordnung, Familie, Vaterland

Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 76

R. Oldenbourg Verlag München 2008

Michael Hoffmann

Ordnung, Familie, Vaterland

Wahrnehmung und Wirkung
des Ersten Weltkrieges
auf die parlamentarische Rechte
im Frankreich der 1920er Jahre

R. Oldenbourg Verlag München 2008

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2008 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Umschlagabbildung: Rede von Louis Marin am 28. 6. 1925 in Belleville; Centre Direct du Multimedia, Limours

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Satz: Typodata GmbH, München
Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen
Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach

ISBN: 978-3-486-58504-9

Inhalt

Vorwort 9

Einleitung 11

I. *Die französischen Konservativen und die Republik: Annäherung und Abgrenzung 1890–1914* 27

1. Der erste Versuch einer liberal-konservativen Sammlung (1890–1898) 27
2. *Progressisten* und *ralliierte* Katholiken im französischen Kulturkampf (1898–1914) 40

II. *Die französischen Katholiken und der Erste Weltkrieg: Aufbruch aus der Gegengesellschaft* 55

1. Die *Union Sacrée* 1914: erste Annäherungen der Katholiken an die laizistische Republik 56
2. Katholiken, Kriegsalltag und *„défense nationale“* 60
   In den Gräben (60) – An der Heimatfront (63)
3. Die Mobilmachung der Frauen: Die katholische Frauenbewegung an der Heimatfront 66
4. Der Katholizismus im parlamentarischen Spiel der Republik 70
   Denys Cochin und die Union Sacrée (70) – Die Katholiken und die Kriegswaisen (pupilles de la nation) (76) – *La Croix* und die parlamentarische Republik (80)
5. Die Katholiken, der Papst und der Krieg 86
6. Zusammenfassung 95

III. *Auf der Suche nach einer politischen Kultur: Ideologische und weltanschauliche Grundlagen der liberal-konservativen Sammlung* 97

1. Nationalismus I: Der Erste Weltkrieg als Telos der französischen Nationalgeschichte 99
   Einleitung (99) – Der Nationalismus der Progressisten (104) – Der Nationalismus der ALP (107) – Die Genese eines „neuen“ Nationalismus während des Ersten Weltkriegs (111) – Der „neue“ Nationalismus der liberal-konservativen Sammlung (117)
2. Nationalismus II: Jeanne d'Arc als Symbol des neuen Nationalismus 133
   Jeanne d'Arc im Spannungsfeld der *deux France* (133) – Die Jeanne-d'Arc-Feier als Symbol des „neuen Nationalismus“ in den 1920er Jahren (137)

3. Politisches Ethos: „Disziplin und Opfer" – der Krieg als Lehrmeister 143
Politisches Ethos bei *Progressisten* und ALP vor 1914? (144) – Der Erste Weltkrieg und das politische Ethos der liberal-konservativen Sammlung (146)

4. Antikommunismus und Antisozialismus: Selbstabgrenzung durch die Entwicklung eines Freund-Feind-Denkens 157
Antisozialismus der *Progressisten* und der ALP vor 1914 (158) – Antikommunismus und Freund-Feind-Denken bei der liberal-konservativen Sammlung nach dem Ersten Weltkrieg (160)

5. Protest gegen moderne Welten: Agrarromantik und Antimodernismus 173
Agrarromantik der *Progressisten* und der ALP vor 1914 (175) – Agrarromantik während des Ersten Weltkriegs: Der Fall Emmanuel Labat (178) – Agrarromantik und Antimodernismus als ideologische Pfeiler der liberal-konservativen Sammlung (182)

6. Zusammenfassung 192

IV. „Réformer la République": Die Problematik der Staatsreform 195

1. Die „eigentliche" Staatsreform: Verfassungsreform, Verwaltungsreform und Verhältniswahlrecht 195
Vorbemerkung (195) – Intrarepublikanischer Verfassungsrevisionismus: Die *Progressisten* und die Staatsreform (198) – Konservativer Katholizismus und die Staatsreform: Die ALP und ihr zweideutiges Verhältnis zur Republik (203) – Die Staatsreform bei der liberal-konservativen Sammlung (207)

2. *„Bourgeois Politics"* in der Nachkriegszeit: Wirtschaftlicher Antietatismus als Leitmotiv der liberal-konservativen Sammlung 226
Bürgerliche Interessenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg: *Progressisten* und ALP (226) – Wirtschaftlicher Antietatismus und bürgerliche Interessenpolitik bei der liberal-konservativen Sammlung (231)

3. Der französische Zentralstaat im Fadenkreuz der Kritik: „Regionalismus" als Teilkonzept der Staatsreform 242
Einleitung (242) – Korporatistischer und dezentralistischer Regionalismus bei ALP und *Progressisten* vor 1914 (245) – Elsaß-Lothringen und der neue Regionalismus der liberal-konservativen Sammlung nach dem Ersten Weltkrieg (250)

V. „Familie" und „Frau" im Weltbild der liberal-konservativen Sammlung 261

1. Zwischen Individualismus und Korporatismus: Familie als liberal-konservativer Gesellschaftsentwurf 261
Die familienpolitische Debatte vor dem Ersten Weltkrieg (261) – Die Entwicklung eigenständiger familienpolitischer Vorstellungen im Ersten Weltkrieg im Umfeld der RDDM (267) – Die „kinderreiche Familie" als gesellschaftliches Ordnungskonzept der liberal-konservativen Sammlung (270)

2. Der Kampf für das Frauenwahlrecht: eine konservative Emanzipation? ... 281
3. Zusammenfassung ... 290

VI. Kulturkampf und Zwang zur Verständigung: Die religiöse Frage als Problem der liberal-konservativen Sammlung ... 293

1. Liberale Laizität als Kompromiß der liberal-konservativen Sammlung ... 295
Die Kompromißformel des Bloc National Républicain de la Seine 1919 (295) – Probleme der Katholiken mit der liberalen Laizität (299) – Die liberale Laizität als Problem von ERD und FR (302) – Die Wahlen 1924 und die Rückkehr der „guerre religieuse" (307) – Die Definition der liberalen Laizität bei der FR: der „Rapport Soulier" 1925 (311)
2. Der juristische Rahmen: Vatikanbotschaft und Kirchenstatut ... 317
Die Forderungen nach der Vatikanbotschaft während des Ersten Weltkriegs (319) – Die Motivation für die Einrichtung der Vatikanbotschaft bei der ERD (321) – Die ERD und die Frage nach dem Kirchenstatut (325)
3. Die Rückkehr der Kongregationen ... 329
Zwischen Toleranz und Legalisierung: Barrès und die Rückkehr der Missionskongregationen (331) – Die FR und der Kampf für die Orden (335)
4. Staatsschule versus Privatschule: Schulpolitik und die Grenzen der liberal-konservativen Einheit ... 338
Paul Gay und die RPS-Kampagne: Die liberal-konservative Sammlung vor dem Ende? (340) – Die RPS-Forderung und der lange Schatten der politischen Kultur innerhalb der liberal-konservativen Sammlung (349)
5. Zusammenfassung ... 354

VII. Die liberal-konservative Sammlung in der Politik der 1920er Jahre: Parlamentarische Aktion und Parteigenese ... 357

1. Politisches Handeln I: Zusammensetzung und politische Aktion der ERD 1919–1924: Die ERD im „Chambre Bleu Horizon" ... 357
Hochburgen und soziale Zusammensetzung der ERD (357) – Kohäsion und Diffusion: Die ERD als Teil der Bloc-National-Regierungen 1919–1924 (375)
2. Politisches Handeln II: Bürgerliche Mobilisierung und Parteineugründung: Die Entstehung einer liberal-konservativen Partei (1924–1928) ... 391
Vorgeschichte 1919–1924 (391) – Außerparlamentarische Mobilisierung I: Die Ligue Millerand und die Fédération Nationale Catholique (399) – Außerparlamentarische Mobilisierung II: Die Gründungskampagne der FR 1925–1927 (420) – Zusammenfassung (444)
3. Zwischen Kooperation und Opposition: Die FR/URD in der *Union Nationale* 1926–1928 ... 446
Briands Verständigungspolitik, die Wahlrechtsreform und die Aporie des Louis Marin (447) – Gegen das Establishment: Junge Nachwuchspolitiker und ihre langsame Entfremdung von der FR (460) – Zusammenfassung (474)

Schluß 479

Anhang 485

Abkürzungsverzeichnis 495

Quellen- und Literaturverzeichnis 497
Ungedruckte Quellen 497
Gedruckte Quellen: Presse 501
Gedruckte Quellen: Memoiren, Tagebücher, zeitgenössisches Schrifttum 502
Literatur 508

Personenregister 537

Vorwort

Mihi quanto plura recentium seu veterum revolvo tanto magis ludibria rerum mortalium cunctis in negotiis observantur

Tacitus, Annales III, 18

Während einer jeden forschenden Betrachtung des Vergangenen, einer „*Historia*", drängt sich immer wieder die grundsätzliche Frage auf, inwieweit der Lauf der Geschichte im Allgemeinen, aber auch beim konkreten Betrachtungsgegenstand selbst *necessitate*, also einer gewissen inneren Notwendigkeit gehorchend, bestimmt wird, oder ob er nicht vielmehr in weit größerem Maße, als der Historiker zuzugestehen bereit ist, den *ludibria* des Zufalls ausgesetzt ist. Auf diese Problematik stößt man in besonderem Maße auch dann, wenn man sich mit einer anderen politischen Kultur als der eigenen beschäftigt, in diesem Fall derjenigen Frankreichs, deren Geheimnisse und Finessen auch im Zeitalter der zunehmenden Harmonisierung der Lebenswelten in Europa erst mühsam entschlüsselt werden müssen. Dies gilt zumal für die Blütezeit der Nationalstaaten im 19. und 20. Jahrhundert. Von großem Vorteil hat sich dabei der nun mittlerweile etablierte Rahmen erwiesen, innerhalb dessen vorliegende Arbeit gedeihen konnte, nämlich das binationale Promotionsverfahren (Cotutelle-de-Thèse), das einem deutschen Doktoranden leichteren Zugang zu den französischen Quellen und gute Kontakte zu französischen Wissenschaftlern und Institutionen verschaffte. Darüber hinaus erleichterten aber vor allem fachliche und menschliche Unterstützung und Kritik diesseits und jenseits des Rheins das historische Verständnis und waren für die Entstehung der Arbeit von unersetzbarem Wert.

Aus diesem Grunde danke ich an erster Stelle den beiden Betreuern der Arbeit, Herrn Professor Dr. Andreas Wirsching (Augsburg) und Herrn Professor Dr. Georges-Henri Soutou (Paris-IV-Sorbonne). Beide haben diese Arbeit – auf ihre je eigene Art – als wahre Humanisten mit wissenschaftlicher Kenntnis und philosophischer *magnitudo animi* begleitet und unterstützt. Dem Bemühen beider ist es letztlich auch zu verdanken, daß der administrative Mechanismus des binationalen Promotionsverfahrens zwischen Augsburg und Paris auf den Weg und zu einem erfolgreichen Ende gebracht wurde.

Ferner fühle ich mich zwei großen Kennern der jüngeren französischen Geschichte, Herrn Prof. Dr. Jean-Marie Mayeur (Paris-IV-Sorbonne) und Herrn Dr. Joseph Pinard (Besançon) für ihre Gastfreundschaft, Unterstützung und Kritik sehr verbunden. Bei der oft schwierigen Suche und Beschaffung von Quellen haben mir insbesondere Frau Françoise Aujogue (Archives Nationales) und Frau Dominique Parcolet (Archives des SciencesPo) große Dienste erwiesen und auf unbürokratische Art geholfen. Auch an sie geht mein ausdrücklicher Dank.

Ohne finanzielle Unterstützung ist ein derartiges Projekt, das den Schwerpunkt seiner Quellenforschung im Ausland hat, nicht zu bewältigen. Daher danke ich zunächst der Universität Augsburg, die dieses Projekt über zwei Jahre hinweg großzügig gefördert hat. Herrn Professor Dr. Wolfgang E.J. Weber (Augsburg) danke ich für sein Zweitgutachten. Ferner gewährte mir das Deutsche Historische Institut Paris ein siebenmonatiges Stipendium und die Möglichkeit, für einen Monat im „Hôtel Duret de Chevry" wohnen und arbeiten zu können. Herrn Professor Dr. Werner Paravicini bin ich dafür zu tiefem Dank verpflichtet. Ebenfalls danken möchte ich Herrn Dr. Stefan Martens für seine wertvollen Ratschläge und Herrn PD Dr. Rainer Babel für sein Gutachten und seine Hinweise aus der Perspektive der Frühen Neuzeit.

Vorliegendes Buch ist die leicht überarbeitete Fassung meiner Arbeit, die im Sommersemester 2005 von der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Augsburg und der Ecole Doctorale II: Histoire moderne et contemporaine der Universität Paris-IV-Sorbonne als Dissertation angenommen wurde. In dieser letzten Phase haben mich eine ganze Reihe von Kollegen und Freunden beraten und unterstützt. Für Hinweise und Ratschläge danke ich insbesondere Jürgen Finger M.A., PD Dr. Thomas Raithel und Martina Steber; für die Korrektur des Manuskriptes danke ich Jürgen Finger M.A., Annette Rabe, Henning Otte und Corinna Otte-Hoffmann. Bei der Drucklegung war mir Frau Dr. Petra Weber eine wertvolle Hilfe, der ich herzlich danke.

Am meisten verdankt das Buch aber denjenigen, die durch stete Förderung und Unterstützung Studium und Promotion erst ermöglicht haben und dafür sorgten, daß die Bodenhaftung nie verloren ging. Deshalb sei es Euch, meinen Eltern, und Dir, Karen, gewidmet.

Burgstall/Murr (Württ.), im August 2007 Michael Hoffmann

Einleitung

Der Erste Weltkrieg hat Europa grundlegend verändert. Wirtschaftlich und sozial, mental und kulturell, politisch und ideologisch war die vor allem bürgerliche Welt von vor 1914, die Belle Epoque, zu Grunde gegangen und hatte viele neuartige, konfliktträchtige Problemlagen geschaffen[1]. Zu nennen wären ein in die Friedenszeit transportierter Nationalismus mit destabilisierenden Auswirkungen auf die Versailler Friedensordnung, z.T. radikale Umbruchsprozesse im Wirtschaftssystem und in der Gesellschaft sowie das kaum zu unterschätzende Bedürfnis der Bevölkerung, den Opfern des Krieges einen Sinn zu geben, d.h. den Krieg mental zu bewältigen. Die direkten und indirekten Folgen des Krieges bestimmten daher bis Ende der 1920er Jahre Politik, Wirtschaft und Gesellschaft fast aller europäischen Länder[2]. Es ist nun immer wieder festgestellt worden, daß die demokratischen Regierungssysteme, insbesondere die parlamentarisch-repräsentative Republik, die 1919 die häufigste Verfassungsform in Europa darstellte, unter dem Druck dieser Herausforderungen in eine mehr oder weniger schwere Krise gerieten oder gar, wie in Deutschland oder Italien, ganz zusammenbrachen. Man hat zu Recht von einer „Krisenanfälligkeit" der Demokratie in dieser Zeit gesprochen, v.a. in ihrer parlamentarischen Form, und nach politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Ursachen dafür gesucht[3]. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf links- und rechtsextreme politische Gruppierungen gerichtet, die den demokratischen Rechtsstaat von seinen Rändern her in die Zange nahmen und destabilisierten[4].

Diese Arbeit will sich nun nicht mit einem destabilisierenden Faktor der parlamentarischen Demokratie zwischen den beiden Weltkriegen beschäftigen, sondern

---

[1] Vgl. hierzu jetzt Mommsen, Der Erste Weltkrieg.

[2] Gegen neuere Auffassungen, den Zäsurcharakter des Ersten Weltkriegs zu relativieren, sei auf den Aufsatz von Koselleck, Erinnerungsschleusen und Erfahrungsschichten, und Mai, Europa 1918–1939, S.7ff., verwiesen.

[3] Der Begriff nach Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S.2. Vgl. auch Hobsbawm, Age of Extremes, S.145, Möller, Europa zwischen den Weltkriegen, S.4f., sowie Nolte, Der europäische Bürgerkrieg, der als erster die Zwischenkriegszeit gesamteuropäisch als Kampf von Kommunismus und Faschismus gegen das liberale System interpretiert hat. Eine sehr ertragreiche funktionale Untersuchung des Reichstags bzw. der französischen Abgeordnetenkammer in vergleichender Perspektive bringt Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus.

[4] Eine Untersuchung dieser Phänomene in der deutschen und französischen Hauptstadt findet sich bei Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg, passim; eine breitangelegte, auf die politischen Mentalitäten ländlicher Regionen abzielende Untersuchung gibt es bei Kittel, Provinz zwischen Reich und Republik. Eine Untersuchung des ländlich-evangelischen Milieus in Deutschland und des Aufstiegs der NSDAP bringt Pyta, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik. Für den französischen Fall existieren nur wenige Studien, die das Zusammenspiel von Milieu und Politik, vor allem bezüglich der Extreme, in den Blick nehmen. Beispiele sind Passmore, From Liberalism to Fascism (für die Rhône), Paxton, French Peasant fascism (für den Westen), und über das Limousin vgl. Boswell, Rural Communism in France.

vielmehr mit einer politischen Gruppe, die zumindest vor 1934/6 in Frankreich zu einer Festigung des republikanisch-liberalen Systems beigetragen hat: mit der parlamentarischen Rechten (*Droite modérée*). Auf Grund des komplizierten Charakters des französischen Parteiensystems, über den unten noch zu sprechen sein wird, trug diese Gruppierung während des Untersuchungszeitraums von 1919-1928 keinen einheitlichen Namen, sondern wies drei verschiedene Bezeichnungen auf: Sie entstand zunächst als parlamentarische Fraktion im Parlament 1919, wo sie den Namen *Entente Républicaine Démocratique* (ERD) führte und, entsprechend dem Organisationsniveau der bürgerlichen Parteien in Frankreich, über keine außerparlamentarische Parteiorganisation verfügte. Diese bildete sich erst ab 1924 heraus, als mit der *Fédération Républicaine* (FR)[5] zum ersten Mal eine große liberal-konservative Partei in Frankreich entstand, die die Abgeordneten der parlamentarischen Rechten in einer einheitlichen Dachorganisation mit organisatorischem Unterbau in den Departementalverbänden sammelte. Um die innere Einheit zu unterstreichen, taufte man 1924 sodann die ERD-Fraktion in die *Union Républicaine Démocratique* (URD) um. Zur Erleichterung des Verständnisses wird diese politische Kraft in der Arbeit nun als liberal-konservative Sammlung bezeichnet, um ein ständiges Alternieren zwischen ERD, FR und URD da, wo es nicht nötig ist, zu vermeiden. Es sei an dieser Stelle bereits darauf verwiesen, daß die von uns gewählte Bezeichnung „liberal-konservative Sammlung" nicht analytisch, sondern deskriptiv gebraucht wird, weil sich ERD und FR als ein Zusammenschluß aus Rechtsliberalen und konservativen Katholiken[6] herausgebildet haben. Der Begriff soll den Verschmelzungsprozeß deutlich machen, in dem sich die Parteigenese vollzieht, jedoch noch keine abschließende Qualifizierung der Partei darstellen.

Die Fragestellung der Arbeit lautet daher, warum und wie sich dieser Verschmelzungsprozeß vollzogen hat, der zum ersten Mal in Frankreich eine parlamentarische Rechte, eine Art französischer Tory-Party, wie die Zeitgenossen sagten, entstehen ließ. Eine besondere Berücksichtigung wird dabei der Rolle des Ersten Weltkriegs zukommen, der wie ein Katalysator soziale, kulturelle und politische Prozesse in Frankreich beschleunigt hat, die im Jahre 1919 das „Amalgamierungsprodukt" liberal-konservative Sammlung erst möglich machten. Daraus ergibt sich, daß die Arbeit zwei gleichzeitige, aber verschiedene Prozesse analysieren muß: zum einen die Herausbildung einer *systemtreuen parlamentarischen Rechten* als Amalgam aus rechtsliberalen und konservativ-katholischen Kräften,

---

[5] Die *Fédération Républicaine* war bereits 1903 als ein lockerer Zusammenschluß der Nationalliberalen, der sogenannten *Progressisten,* gegründet worden, jedoch ab 1914 nur noch als ephemere Erscheinung aufgetreten. Ihre Wiederbelebung 1923/4 kam einer Neugründung gleich.

[6] Unter Katholiken werden im folgenden nur diejenigen Politiker verstanden werden, bei denen der Katholizismus als religiöses System auf das politische Denken und Handeln eingewirkt hat, sei es in einer schwächeren Form (liberale Katholiken) oder in einer stärkeren (Fundamentalkatholiken). Dazu zählen in einem überwiegend katholischen Land wie Frankreich also diejenigen nicht, die nur getauft waren und sporadisch zur Messe gingen, ansonsten aber eher die individualistisch-freiheitlichen und laizistischen Werte vertraten.

und zum anderen die erstmalige Entstehung einer politischen *Partei*, die diese Gruppierung dauerhaft zusammenhielt und mit einer vertikalen Organisationsstruktur ausstattete. Als Zeitraum für die Analyse wurden die ersten neun Jahre der Nachkriegszeit gewählt, d.h. vom Beginn der Legislaturperiode 1919 bis zum Ende der Legislaturperiode 1928. Dabei ist es selbstverständlich, daß gerade bei der Untersuchung ideengeschichtlicher Phänomene und solcher der politischen Kultur dieser eng begrenzte Zeitrahmen immer wieder vorausschauend oder rückblickend überschritten werden muß. Insbesondere die letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg sowie der Erste Weltkrieg selbst werden betrachtet, wenn es darum geht, Anfänge und Ursachen eines bestimmten politischen Denkens oder Handelns zu bestimmen. Deshalb werden in Kapitel I der Arbeit die Charakteristika und die Handlungsfelder der Rechtsliberalen und der konservativen Katholiken vor und während des Ersten Weltkriegs vorgestellt und wo nötig erörtert. Daran anknüpfend werden die Veränderungen aufgezeigt, die mit dem Ersten Weltkrieg eingetreten sind, v. a. bezüglich der politischen Kultur und der Handlungsformen bei der nun vereinigten liberal-konservativen Sammlung.

Die Arbeit folgt darin der Auffassung, daß die 1920er Jahre in Frankreich eine eigenständige Charakteristik aufweisen, die sich sowohl von der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg als auch von den 1930er Jahren unterscheidet. Es soll damit nicht in Frage gestellt werden, daß die Zwischenkriegszeit als Ganzes eine „Zwischenzeit" war, in dem Sinne, daß Modernisierungsprozesse und kultureller Wandel noch nicht überall gleichermaßen fortgeschritten waren und immer noch teilweise unberührte Flecken des alten, vormodernen Frankreich bestanden[7]. Gleichwohl gehorchte die französische Politik in den 1920er Jahren einer eigenen Dynamik, die im wesentlichen vom Triumph des Jahres 1918 geprägt und bestimmt war. Erst der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und die allmähliche Erosion des Versailler Systems Anfang der 1930er Jahre schufen auch in Frankreich völlig andere Rahmenbedingungen, die mit dem ersten Nachkriegsjahrzehnt kaum etwas gemein hatten[8].

Zur Erörterung der Parteigenese sowie zur Erklärung, warum sich die parlamentarische Rechte in Frankreich während des Untersuchungszeitraums systemtreu verhielt, wird die Arbeit auf das Konzept der „politischen Kultur" zurückgreifen, das seit einiger Zeit für die Analyse partei- oder politikgeschichtlicher Phänomene in der Geschichtswissenschaft herangezogen wird[9]. Dies bedeutet nicht, daß Fragen der klassischen Politikgeschichte, mithin das, was von Andreas Rödder als *„High politics"* bezeichnet worden ist, ausgespart bleiben, jedoch wird

---

[7] Zur Zwischenzeit vgl. Mai, Europa 1918–1939, S. 245ff. Auch er betont (S. 10) den Charakter des Jahres 1930 als Epochenzäsur, die europaweit das eigentliche Ende der Nachkriegszeit bedeutete. Eine ähnliche Einschätzung bei Rémond, Notre siècle, S. 31, der von einer „consistance propre" spricht.

[8] Für die besondere Dynamik der 1930er Jahre vgl. Rémond, Notre siècle, S. 31, und Berstein, La France des années 30, Weber, La France des années 1930, und die beiden Einführungen von Becker/Berstein, Victoire et Frustrations (1914–1929), und Borne/Dubief, La crise des années 30 der *Nouvelle Histoire de la France contemporaine*. Beide sehen im Jahr 1929 die Zäsur. Die Weltwirtschaftskrise erreichte Frankreich erst 1931/2, blieb aber hartnäckig bis etwa 1938 virulent.

[9] Aus der jüngsten Forschung: Rödder, Die radikale Herausforderung, sowie Bösch, Das konservative Milieu.

der Schwerpunkt der Arbeit eindeutig auf den Grundüberzeugungen und Ordnungsvorstellungen liegen, die dem Reden und Handeln der liberal-konservativen Sammlung zu Grunde lagen[10]. Die Arbeit knüpft dabei an Überlegungen von Karl Rohe an, der für die Entstehung der politischen Parteien in Deutschland nachdrücklich hervorgehoben hat, daß die gesellschaftliche Anbindung der Parteien an ein bestimmtes soziales Milieu und dessen politischer Kultur, also an ein Gemisch aus Lebensweisen, Weltbildern und Ideen, von entscheidender Bedeutung für ihr Reüssieren war[11]. Er hat dabei grundsätzlich zwei Formen des gesellschaftlichen Unterbaus unterschieden: einmal, in Anlehnung an Rainer Maria Lepsius, das „sozialmoralische Milieu" als eine soziale Einheit, „die durch eine Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Orientierung, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung und schichtspezifische Zusammensetzung" gekennzeichnet ist[12]. Zum zweiten das politische Lager, das weit weniger homogen als das sozialmoralische Milieu sein konnte und vor allem in einer gemeinsamen Abwehrhaltung gegen ein anderes politisches Lager oder Milieu seine Kohäsion fand. Im deutschen Fall werden traditionellerweise die Sozialdemokratie und das katholische Zentrum mit den sozialmoralischen Milieus der (Industrie)Arbeiterschaft und der Katholiken in Verbindung gebracht, während Konservative, Rechts- und Linksliberale einem eher heterogenen bürgerlich-protestantischen Lager zugerechnet werden[13].

Eine systematisch angelegte Studie, die das Verhältnis von parteipolitischer und sozialkultureller Ebene in Frankreich zu analysieren versucht, beispielsweise mittels Wahlverhalten, Vergesellschaftungsprozessen oder Denktraditionen, existiert nicht. Obwohl bereits sehr früh, im Jahre 1913, André Siegfried mit seiner Studie über soziale, wirtschaftliche und kulturell-religiöse Determinanten des politischen Wahlverhaltens im bretonischen und normannischen Westen den Weg gewiesen hat[14], blieb dieses Forschungsfeld lange Zeit unbestellt. Erst in jüngster Zeit fand

---

[10] Eine mittlerweile zum *locus classicus* avancierte Definition von „politischer Kultur" stammt von Glenda Patrick: „a set of fundamental beliefs, values and attitudes that characterize the nature of the political system and regulate the political interactions among its members." In dies., Political Culture, S. 279. Das Zitat von Rödder, Die radikale Herausforderung, S. 16.

[11] Vgl. Rohe, Wahlen und Wählertradition, S. 14ff., und ders., German Elections and Party Systems. Eine Aufarbeitung vor allem der anglo-amerikanischen Forschung bietet der Sammelband von Berg-Schlosser/Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland. Eine Rezeption der politischen Kultur-Forschung auch bei Bourdieu, Questions de Sociologie.

[12] Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur, S. 375. Seine Definition bildete den Ausgangspunkt für verschiedene Milieustudien. Einen Forschungsüberblick bieten: Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte Münster, Katholiken zwischen Tradition und Moderne, und Weichlein, Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik.

[13] Es sei an dieser Stelle angemerkt, daß die Kohäsion des katholischen Milieus, insbesondere seiner politischen Träger, während des Kaiserreichs umstritten ist. Loth, Katholiken im Kaiserreich, hat eine allmähliche Auflösung des katholischen Milieus entlang sozialökonomischer Trennlinien festgestellt, während Mooser, Das katholische Milieu in der bürgerlichen Gesellschaft, die Kohäsionskraft des katholischen Glaubens für das Milieu betonte.

[14] Siegfried, Tableau politique. Einen Überblick über das Wahlverhalten ohne Analyse bietet Goguel, Géographie des élections françaises. Vergleichbare Studien zu der wertvollen Arbeit von Wahl, Confession et comportement dans les campagnes d'Alsace et de Bade,

das Modell der *culture politique* als Gemengelage von „perceptions et sensibilités, transmission des croyances, des normes et des valeurs" überhaupt Eingang in die klassische französische Politikgeschichte[15]. Eine erste regionale Exemplarstudie wurde allerdings in Deutschland geschrieben[16]. Da es nun unmöglich ist, für alle Regionen Frankreichs die jeweiligen sozialen, gesellschaftlichen und kulturell-religiösen Dispositionen herauszuarbeiten und für diese Arbeit fruchtbar zu machen, wird sich die Arbeit auf die Interdependenz von politischen Überzeugungen und Handlungen der liberal-konservativen Sammlung mit großen, im nationalen Rahmen operierenden sozialkulturellen Interessensorganisationen beschränken, die repräsentativ für bestimmte Gruppen und Vorstellungen in der Gesellschaft stehen können. Darunter fallen z. B. die großen Verbände der Landwirte, die Veteranenbewegung oder das katholische Vereinswesen. Eine innerhalb des Dissertationsprojektes erfolgte regionale Studie über das Departement Doubs, die die Interdependenz zwischen gesellschaftlichem Milieu und politischer Willensbildung ins Auge nimmt, wird als eigenes Buch veröffentlicht werden.

Die Arbeit folgt dabei dem Modell der Schweizer Katholizismusforschung um Urs Altermatt, wonach bestimmte gesellschaftliche Gruppen, also z. B. die Schweizer Katholiken, in eine durch institutionalisierte Bindungen und durch eine einheitliche Verhaltens- und Denkweise geprägte *Subgesellschaft* eingebunden waren[17]. Als die beiden elementaren Charakteristika der Subgesellschaft gelten die Vernetzung der Mitglieder durch Vereine und Organisationen, d. h. eine institutionalisierte *Substruktur*, und eine allgemein akzeptierte Lebensweise und Vorstellungswelt, d. h. eine gemeinsame *Subkultur*. Der Vorteil dieses Ansatzes besteht aus unserer Sicht darin, daß die heuristische Kategorie „Subgesellschaft" sowohl ein sozialmoralisches Milieu im engeren Sinne wie auch ein eher lockeres politisches Lager bezeichnen kann, und der Historiker damit nicht *a priori*, d. h. vor der eigentlichen Untersuchung, sein Urteil über die Dichte und Kohärenz seines Untersuchungsgegenstandes fällen muß. Im Falle unserer Parteiuntersuchung bedeutet dies, daß allein die Beziehung zwischen Partei und Subgesellschaft, und zwar sowohl bezüglich der geäußerten Grundüberzeugungen und Leitwerte wie auch bezüglich einer institutionellen Verflechtung, entscheidend ist, nicht jedoch die Frage, wie homogen die jeweilige Subgesellschaft in den verschiedenen Regionen Frankreichs war.

Ferner erlaubt das Konzept der „Subkultur" eine relativ breitgefächerte Untersuchung der Vorstellungswelt, wozu neben den in sehr großen Zeiträumen gewachsenen, unwillkürlichen Mentalitäten[18] auch die von außen an die Subgesell-

---

die genau jene Verbindung von mentalen Strukturen, Wahlverhalten und Parteipolitik untersucht, gibt es für das französische Kernland leider nicht.

[15] Das Zitat stammt von Sirinelli, De la démeure à l'agora, S. 121. Zwei weitere Plädoyers sind Berstein, Introduction, und ders., La culture politique. Als erster hat sich dafür bereits Rémond, Préface, ausgesprochen.

[16] Die vergleichende Regionalstudie über die Corrèze und Mittelfranken stammt von Manfred Kittel, Provinz zwischen Reich und Republik.

[17] Altermatt, Katholische Subgesellschaft, auch Rohe, Wahlen, S. 18, hat die Vorstellung der Subkultur und Substruktur übernommen.

[18] Mentalität wird im folgenden als ein Zusammenspiel aus „Vorstellungen, Einstellungen

schaft herangetragenen Deutungsmuster und Ideen gehören. Diese wiederum verformten oder überlagerten die existierende Mentalität, wobei nicht nur ihre theoretisch-philosophischen Wurzeln, sondern gerade auch die Art und Weise, wie und von wem sie in der Subgesellschaft verbreitet wurden, von entscheidender Bedeutung sind. Auch hier hat die jüngere kulturgeschichtliche Forschung auf die identitätsstiftende und loyalitätsbildende Rolle von Mythen[19], (Fest)Ritualen[20] und Symbolen[21] hingewiesen, die der vernetzten Subgesellschaft erst eine außeralltägliche Legitimation, einen Sinn gaben und diese damit zu einer „symbolischen Sinnwelt", in der klassischen Definition von Berger/Luckmann, machten[22]. Für die Arbeit bedeutet dies, daß die Beziehungen zwischen Parteipolitik und Subgesellschaft nicht nur auf eine Übereinstimmung der Leitvorstellungen und Ideen, sondern auch auf Berührungspunkte im symbolischen und rituellen Handeln geprüft werden müssen.

Im Anschluß an diese theoretischen Vorbemerkungen ist nun zu fragen, welches denn, nach unserem heutigen Kenntnisstand, die wesentlichen politischen Lager oder Milieus waren, die die Herausbildung von politischen Parteien in Frankreich bestimmt haben, so wie es im deutschen Fall für das sozialistische Arbeitermilieu, das katholische Milieu und das bürgerlich-protestantische Lager gezeigt wurde. Dem modernisierungstheoretischen Modell der *Cleavage*-Theorie des Norwegers Stein Rokkan zufolge resultieren politische Strömungen aus vier für die europäische Nationalstaatsbildung normativen Grundkonflikten: Es handelt sich dabei um die Konflikte zwischen Zentrum und Peripherie, Staat und Kirche, Landwirtschaft und Industrie sowie Kapital und Arbeit[23]. Klaus von Beyme hat dieses Modell modifiziert und noch um sechs weitere Konfliktlinien erweitert[24]. Obwohl die grundsätzliche Richtigkeit dieser Modelle hier keinesfalls in Frage gestellt werden soll, ist doch das Ergebnis analytischer und empiri-

---

und gefühlsmäßig getönten Orientierungen" nach der Definition von Raulff, Vorwort, S. 10, verstanden. Es sei darauf hingewiesen, daß es eine *opinio communis* zu dieser Definition nicht gibt, weil vor allem die französische Mentalitätengeschichte seit den Werken von Braudel allein unbewußtes, habituelles und internalisiertes Verhalten darunter fassen will, während die deutsche, in Anlehnung an Theodor Geiger, auch das bewußte Denken des Menschen miteinbezieht. Für Frankreich vgl. Duby, Histoire des mentalités, für Deutschland Sellin, Mentalität und Mentalitätengeschichte, S. 584.

19 Für systematische Überlegungen zum Mythos als identitätsstiftende und sinnbildende Konstruktion vgl. Wolfgang E. J. Weber, Historiographie und Mythographie, und ders., Konstruktion und Dekonstruktion.

20 Unter Ritualen werden alltagsenthobene, inszenierte und regelmäßig vollzogene Handlungen verstanden, die die Tradition und Identität eines Kollektivs sichern, vgl. Dücker, Ritual, S. 502f.

21 Unter Symbolen werden im folgenden Sinngebilde und Bedeutungsträger verstanden, die auf eine andere Wirklichkeitssphäre jenseits der Alltagswelt verweisen. Von geschichtlicher Relevanz sind sie vor allem als „Orte der Erinnerung", weil sie bestimmte Figuren oder Orte der Geschichte in das kollektive Gedächtnis einer sozialen Gruppe oder Nation einschreiben und sakralisieren, vgl. Nora, Entre Mémoire et Histoire.

22 Berger/Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, S. 102f.

23 Veröffentlicht wurde das Modell von Rokkan/Lipset, Party Systems and Voter Alignments.

24 Beyme, Parteien in westlichen Demokratien, S. 36.

scher Studien[25] über die politische Kultur und politische Strömungen in Frankreich gewesen, daß es vor allem ein Grundkonflikt war, der die wichtigste Rolle bei diesem Prozeß spielte: der ideologische, kulturelle und zu einem gewissen Teil bereits die Mentalität und die Alltagswelt prägende Gegensatz von *Droite* und *Gauche*, der, und dies sei betont, mehr als nur ein Ausdruck der kulturkampfartigen Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche, dem „Säkularisierungs-cleavage" in der Diktion Rokkans, war[26].

Weil die Französische Revolution als blutiges historisches Ereignis im Lande selbst stattfand, und nicht, wie in Deutschland oder Großbritannien nur auf die eine oder andere Art und Weise rezipiert wurde, waren die Gräben, die die Revolutionsereignisse in der französischen Gesellschaft aufrissen, enorm[27]. Es resultierte daraus ein politisch-kultureller Gegensatz, den man seit der Revolutionszeit selbst als den zwischen *Droite* und *Gauche* bezeichnet hat[28]. Während *Gauche*, kurz gesagt, einen laizistisch-republikanischen Liberalismus beschrieb, meinte *Droite* einen auf soziale Autoritäten und die Kirche vertrauenden katholischen Konservativismus[29]. Wichtig dabei ist, daß *Droite* und *Gauche* nicht nur politische Optionen waren, sondern im Verlauf des 19. Jahrhunderts zu „politischen Mentalitäten" geronnen sind, die die unreflektierte Lebenswelt, d.h. die alltägliche Lebensweise, die symbolische Sinnwelt und die philosophische Theorie gleichermaßen durchdrungen hatten[30]. Sie stiegen vom weltanschaulichen Olymp bis in

---

[25] Hier ist vor allem Kittel, Provinz zwischen Reich und Republik, zu nennen, sowie die älteren Arbeiten von Rémond, Les droites en France, und Goguel, La politique des partis. Ebenso, trotz der Aufteilung in unterschiedliche Strömungen, Lévêque, Histoire des forces politiques. Hinweise auch bei Ormières, Les rouges et les blancs.

[26] Die Arbeit schließt sich hier der Sichtweise von Maurice Agulhon an, der in mehreren grundlegenden Werken den ideologischen und lebensweltlichen Charakter des Gegensatzes *Droite-Gauche* hervorgehoben hat, vgl. jüngst: Rechte und Linke: Kampf der Klassen oder Kampf der Ideen? Agulhon steht in einer auf André Siegfried zurückgehenden Tradition, die das geistesgeschichtliche und kulturgeschichtliche Element im französischen Politisierungsprozeß gegenüber dem Klassenelement hervorgehoben hat.

[27] Diesen fundamentalen Zäsurcharakter der französischen Revolution, bei der Kampf um die geistige Freiheit gegen die Kirche und politische Freiheit gegen den Absolutismus zusammenfielen, hat Maurice Agulhon in mehreren seiner Arbeiten betont und die Virulenz des Gegensatzes *Droite-Gauche* darauf zurückgeführt. Vgl. zusammenfassend ders., La République. Ein noch immer lesenswertes Buch zu diesem Thema ist auch Fourcade, La République de la province, der eindrücklich den Konflikt zwischen katholischer Kirche und den „chapelles laïques" (so S. 134) der Radikalen im lokalen politischen Willensbildungsprozeß beschrieb.

[28] Zusammenfassend: Gauchet, La droite et la gauche.

[29] Vor allem Furet, 1789 – Jenseits des Mythos, S. 36ff., hat betont, daß mit dem Revolutionsgeschehen alle individuellen Probleme sowie alle moralischen und geistigen Fragen in die Sphäre des Politischen eintraten. Herrschaft und Macht waren nicht mehr von der Gesellschaft getrennte Bereiche, sondern reflektierten die Gegensätze zwischen dem jakobinisch-aufklärerischen Bürgertum einerseits und Adel und Klerus andererseits.

[30] Zum Begriff vgl. Kittel, Provinz zwischen Reich und Republik, S. 13, der aus unserer Sicht die Vorstellungen von Ortega y Gasset und Theodor Geiger, die die Mentalität als die unbewußten Selbstverständlichkeiten faßten, mit der der politischen Ideen sehr fruchtbar in seiner Studie über Mittelfranken und die Corrèze verbunden hat. Die beiden klassischen Stellen finden sich bei Ortega y Gasset, Ideen und Glaubensgewissheiten, und Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes.

das kleinste Dorf hinab und zogen einen tiefen Graben durch die französische Gesellschaft, meistens symbolisiert durch den Antagonismus zwischen Lehrern und Pfarrern in der dörflichen Mikrogesellschaft. Auf dieser gesellschaftlich-sozialen Ebene wird daher auch eher vom Konflikt der *deux France*, als einer Auseinandersetzung zwischen einer laizistisch-aufklärerischen und einer konservativ-katholischen Subgesellschaft, gesprochen. Auf die konkrete substrukturelle und subkulturelle Ausprägung dieser beiden Lager wird im nächsten Kapitel noch einzugehen sein, es sei jedoch ein beredtes Beispiel angeführt, wie sehr der kulturelle Antagonismus der *deux France* in die Alltagswelt und die unwillkürliche Mentalität mit der Zeit eingeflossen war: ein „linker" Bürgermeister aus der Nähe von Lyon erklärte gegenüber seinem Erzbischof auf die Frage, warum nur so wenig Leute im Dorf zur Messe gingen, etwas ratlos: „On n'y va pas, parce qu'on n'y va pas. Si on y allait, on y irait."[31]

Trotz einiger Versuche, die Virulenz dieses ideologischen, kulturellen und mentalen Gegensatzes zu entkräften und eher sozialgeschichtliche Kategorien für den Prozeß der politischen Willensbildung anzusetzen, ist festzuhalten, daß er für jede parteipolitische Studie in Frankreich fundamental ist[32]. Gerade in Frankreich, dessen Geistesgeschichte so sehr vom räsonierenden Individuum, vom *esprit cartésien* geprägt ist, erscheint eine Deutung der politischen Entwicklung allein aus Klassenbildungsprozessen mehr als unzureichend[33]. Selbst die Arbeiterbewegung, die sich ja im deutschen Fall früh zu einem sozialmoralischen Milieu mit eigener politischer Partei verdichtet hatte und damit als ein Beispiel für die Kraft des *cleavage* zwischen Kapital und Arbeit gelten kann, blieb in Frankreich lange Zeit in den Konsens der republikanisch-laizistischen Subgesellschaft eingebunden und verfügte mit Jean Jaurès über einen Anführer, der das Klasseninteresse hinter das des aufgeklärt-laizistischen Humanismus zurückstellte[34]. Daraus ergibt sich, daß die Untersuchung der liberal-konservativen Sammlung, zunächst als Fraktion, dann als Partei, nur vor dem Hintergrund dieses grundlegenden Antagonismus zwischen *Droite* und *Gauche* auf politischer und zwischen den *deux France* auf gesellschaftlicher Ebene erfolgen kann, wenn sie den Anforderungen der politischen Kultur- Forschung gerecht werden will.

Die Arbeit distanziert sich damit deutlich von dem Ansatz, den Serge Berstein in einem Sammelband zu den verschiedenen *cultures politiques* in Frankreich ver-

---

[31] Zitiert von Georges d'Avenel, L'Eglise Française après quinze ans de séparation, in: RDDM vom 15.9.1921, S. 820–847, hier S. 822.

[32] Dies betont Agulhon, Rechte und Linke: Kampf der Klassen oder Kampf der Ideen?, S. 218ff. Weitere kulturalistisch argumentierende Studien, die eine mentale Tradition politischen Wahlverhaltens seit den Revolutionsereignissen bis heute postulieren und dabei auf das bipolare *Droite-Gauche*-Muster hinweisen, sind: Bois, Paysans de l'Ouest, und Hunt, Politics, Culture and Class.

[33] Diese Kritik an der „Historischen Sozialwissenschaft" in Deutschland übt zu Recht auch Pyta, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik, S. 16. Sie wendet sich gegen die Standardwerke der historischen Sozialgeschichte wie Wehler, Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, und Kocka, Weder Stand noch Klasse. Für die kartesianische Tradition im französischen Geistesleben vgl. Burguière/Revel, Histoire de la France, S. 135 und 162–167.

[34] Auf die Einbindung des Sozialismus in den republikanischen Konsens nach der Dreyfus-Affäre wird unten im Kapitel I noch ausführlicher eingegangen werden.

folgt hat[35]. Berstein hat nämlich die verschiedenen politischen Strömungen in Frankreich, von der traditionellen Rechten über die christliche Demokratie bis zu den republikanischen und sozialistischen Gruppierungen, auf ihre politische Kultur hin untersuchen lassen und damit thetisch das Politische vor das Sozialkulturelle gesetzt. Aus unserer Sicht bedeutet dies aber, das Pferd von hinten aufzäumen, denn die politische Kultur der verschiedenen Gruppen erklärt sich erst, wenn man zuvor die sozialkulturellen Prägungen der Gesellschaft, aus der diese Gruppen entsprangen, betrachtet hat[36]. Wenn man dies tut, zeigt sich jedoch sehr schnell, daß nicht jede politische Strömung ihre eigene Kultur besaß, sondern daß es vielmehr nur zwei politische Kulturen in Frankreich gab, eben die der *Droite* und der *Gauche*[37]. Nur diese verfügten über ein gemeinsames Referenzsystem aus Leitwerten, Symbolen und Ideen und waren in einem Netzwerk aus Vereinen und Organisationen miteinander verwoben[38]. Die Konzeption von Berstein, das Politische auf seine „Kultur" hin zu untersuchen, anstatt umgekehrt zu fragen, aus welchem sozialkulturellen Milieu das Politische kommt, ist nichts anderes als eine ideengeschichtliche Analyse unter neuem Namen und vergibt die Chancen, die gerade das Modell der politischen Kultur für die Herstellung einer Beziehung zwischen parteipolitischer und gesellschaftlicher Ebene bietet.

Nach diesen theoretisch-methodologischen Vorüberlegungen muß nun auch etwas über den Erkenntnisweg gesagt werden, auf dem diese Studie fortschreitet. Wenn sie also mit dem Konzept der politischen Kultur als einem System von „réprésentations, valeurs et sensibilités", einem „ensemble de référents, formalisés au sein d'un parti ou plus largement diffus au sein d'une famille ou d'une tradition politique" arbeiten will[39], so ist es unumgänglich, daß sie dies auf einem hermeneutischen Weg tut. Obwohl statistisches Material und quantitative Auswertungen auch in die Analyse mit einbezogen werden, liegt der Schwerpunkt der Arbeit dennoch in der Auswertung und Interpretation von Texten und zu einem gewissen Teil auch von Ritualen und Symbolen, die einen Einfluß auf die Geschichte

---

35 Berstein, La culture politique.

36 Aus diesem Grund schickt wohl auch Nicolas Rousselier seinem lesenswerten Artikel „La culture politique libérale", weitsichtig voraus, daß diese „Kultur" nie wirklich in die Massen und Organisationen eingedrungen sei. Konsequenterweise geht er auf keine Symbole, Rituale oder Mentalitäten einer potentiellen gesellschaftlichen Basis ein, sondern behandelt allein die philosophischen Wurzeln und das politische Denken der Liberalen in Frankreich.

37 Neben Kittel, Provinz zwischen Reich und Republik, ist die Studie von Faury, Cléricalisme et anticléricalisme, von maßgeblicher Bedeutung für die *deux France* auf gesellschaftlicher Ebene. Die politische Arbeiterbewegung löste sich im Vergleich zu Deutschland langsam und spät aus ihrer Verwurzelung im laizistisch-republikanischen Lager.

38 In seinem Vorwort zu dem Sammelband (S. 14–20) schreibt Berstein ausdrücklich, daß nicht nur die philosophischen Wurzeln für die politische Kultur, sondern auch Rituale und Symbole eine Rolle gespielt haben. Dieser Anspruch bleibt aber fast in allen Artikeln unerfüllt, und auch in seinem eigenen Artikel La culture républicaine erwähnt Berstein kein einziges republikanisches Ritual. Aus unserer Sicht konnten die Autoren notwendigerweise keine Rituale und Symbole erwähnen, da diese allein für die beiden Subgesellschaften der *deux France* existierten, nicht aber für alle politischen Strömungen.

39 Die Zitate nach Sirinelli, Préface, Bd. II, S. 3f., und Préface, Bd. III, S. 1–4. Sie wurden übernommen von Berstein, Nature et fonction des cultures politiques, S. 7–9.

der parlamentarischen Rechten in Frankreich ausgeübt haben. Der Verfasser der Untersuchung ist sich dabei bewußt, daß auch das Konzept der politischen Kultur in seinen unterschiedlichen Spielarten, vor allem mit seinem Fokus auf Sprache und schriftliche Quellen, nur ein Modus zur Konstruktion der Vergangenheit bietet und nicht die Realität „an sich", so diese überhaupt vom Menschen begreifbar ist[40], reproduzieren kann. Jeder Denkversuch, auch ein historischer, muß sich seiner eigenen historischen Bedingtheit bewußt sein, in der er gedacht wird[41]. Gleichwohl ist es, wenn man der Hermeneutik Gadamers folgt, möglich, eine bestimmte Erkenntnis zu gewinnen, ohne in den durch eigene Vorurteile determinierten hermeneutischen Zirkelschluß zu verfallen, in dem nur dasjenige erkannt wird, was ohnehin schon „Vormeinung" ist[42]. Dafür bedarf es eines „echten fragenden Vollzugs"[43], der nicht die Rekonstruktion einer textlichen Aussage, sondern die Eruierung des außertextlichen Sachverhalts in Angriff nimmt, der hinter den Texten liegt[44]. Reinhart Koselleck, der gegen Gadamer die Eigenständigkeit einer Historik als „Lehre von den Bedingungen möglicher Geschichte" außerhalb der Hermeneutik betont, stimmt mit diesem darin überein: „Die Geschichte einer Periode zu schreiben, heißt Aussagen treffen, die in dieser Periode nie gemacht werden konnten"[45].

Aus diesem Grunde muß der deutende Historiker nicht in seiner geschichtlichen Subjektivität gebunden bleiben, sondern kann, wenn er sich einmal des „schöpferischen" Prozesses des historischen Begreifens bewußt ist, eine „sinnstiftende" Rolle übernehmen[46]. Er vermag zwar keinen Standpunkt absoluter Objektivität zu erreichen, aber er kann durch die überprüfbare Anwendung von Theorien, einer bestimmten Fragestellung und einer bestimmten Quellengattung seinen persönlichen Zugriff erläutern und damit der Umwelt nachvollziehbar machen. Nur dadurch ist er im übrigen auch davor geschützt, in den Quellen dasjenige zu finden, was er oh-

---

40 Pyta, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik, S. 22, schreibt pointiert, daß es ein „Original" der Geschichte, das der Historiker nur wie ein Puzzle wieder zusammensetzen müsse, nicht gibt.

41 Gadamer, Geschichte und Wahrheit, S. 247. Gadamer sieht wie Heidegger das Verstehen als eine Seinsweise des Daseins, d. h. als existential an. Er relativiert die historistisch-positivistische Auffassung der historischen Schule um Droysen und Dilthey, die sich in den Autor eines Quellentextes hineinversetzen wollten – unter völliger Auflösung des eigenen Ichs – um einen Quellen-Text richtig zu verstehen. Grundlage dieser Auseinandersetzung war das Werk Diltheys, Einleitung in die Geisteswissenschaften, vgl. allgemein Seiffert, Einführung in die Hermeneutik.

42 Gadamer, Wahrheit und Methode, S. 272. Zitiert ebenso bei Rödder, Die radikale Herausforderung, S. 27.

43 Gadamer, Wahrheit und Methode, S. 381.

44 Vgl. Gadamer, Historik und Sprache, S. 122.

45 Koselleck, Historik und Hermeneutik, S. 116. Im Gegensatz zu Gadamer, der jeder subjektiven Erkenntnis eine Geschichtlichkeit zuschreibt, postuliert Koselleck die Historik als etwas außerhalb der existentiellen Hermeneutik Stehendes.

46 Es ist das Verdienst von Pyta, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik, S. 22, auf zwei Werke hingewiesen zu haben, die sich anscheinend von der historischen Forschung eher unbeachtet grundlegend mit den Thesen Gadamers auseinandergesetzt haben. Dabei handelt es sich zum einen um Baumgartner, Kontinuität und Geschichte, und Kluxen, Vorlesungen zur Geschichtstheorie. Der Begriff des „Sinnstifters" stammt von Kluxen, Vorlesungen, Bd. I, S. 65, der des Schöpfers von Pyta, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik, S. 24.

nehin vor der empirischen Arbeit erwartete[47]. Natürlich sind aus diesem Grunde mehrere Interpretationen ein und desselben Gegenstandes möglich, je nachdem, welche Methodik und welche Quellengattung verwendet werden. Diese Pluralität von Deutungen ist aber kein Widerspruch zu einer – fiktiven – einheitlichen historischen Erkenntnis, sondern ist vielmehr Bedingung für einen dialektischen Prozeß des Verstehens. In diesem Sinne will diese Arbeit die Genese und das politische Verhalten der liberal-konservativen Sammlung mit Hilfe des Konzepts der *politischen Kultur* erörtern und dabei, soweit es möglich ist, immer wieder auf die kulturelle und strukturelle Anbindung der Partei an eine Subgesellschaft prüfen. Es wird daher immer wieder versucht werden, die aus Briefen, Reden und Programmen herausgearbeiteten weltanschaulichen Leitwerte und Grundüberzeugungen der liberal-konservativen Sammlung mit denen eines bestimmten sozialen Milieus, bestimmter Interessenorganisationen oder -gruppen in Beziehung zu setzen.

Am Ende der Arbeit wird sich dann nicht nur die Frage beantworten lassen, wie und warum die liberal-konservative Sammlung als politische Fraktion und Partei in Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg entstand, sondern auch, was denn eigentlich „liberal-konservativ" in diesem ersten Jahrzehnt nach dem Ersten Weltkrieg in Frankreich bedeutete. Die Arbeit läßt sich damit in einen größeren Zusammenhang stellen, nämlich den der Konservatismus-Forschung[48]. Für viele Parteihistoriker ist es naheliegend, eine parlamentarische Rechte bzw. ihre Protagonisten als Konservative, meist in Anlehnung an die englische Parlamentsfraktion der Tories, zu bezeichnen. Aus diesem Grund hat man auch für die *Fédération Républicaine* in Frankreich den Begriff *French Conservatism* geprägt[49]. Doch was bedeutet nun Konservatismus in diesem Zusammenhang und worin liegen seine Charakteristika? Ist Konservatismus ein Sachverhalt, der außerhalb der zeitimmanenten Bedingtheiten des Analysegegenstandes wie des Analysierenden selbst bestimmt werden kann? In der Forschung sind darauf unterschiedlichste Antworten gegeben worden. Als zwei besonders divergierende Beispiele mit dem Umgang dieses Problems seien die Arbeiten von Panaiotis Kondylis und Christian Trippe genannt[50]. Während Kondylis den von ihm idealtypisch als historisch-soziologi-

---

47 Pyta, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik, S. 24, spricht deshalb sogar von einer gewissen Objektivität der Resultate geschichtswissenschaftlicher Erkenntnis, die jedoch nicht mit einer – nicht vorhandenen – Objektivität des Geschichtsprozesses verwechselt werden darf. Koselleck hat für eine empirische Untersuchung das Postulat formuliert, daß die Quellen, sollten sie nicht die Erwartung des Historikers erfüllen, ein Vetorecht haben sollten, vgl. Koselleck, Vergangene Zukunft, S. 206.

48 Vgl. zusammenfassend Vierhaus, „Konservativ, Konservatismus", und Bösch, Das konservative Milieu, S. 13ff.

49 Irvine, French Conservatism in Crisis. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Partei selbst den Begriff nicht verwendet hat, da zu dieser Zeit in Frankreich der politische Begriff des „conservateur", auf Grund seiner Nähe zur Terminologie Chateaubriands oder de Maistres, für „Reaktionär" bzw. „Monarchist" stand.

50 Kondylis, Konservativismus. Kondylis hält den Konservativismus für eine ideologisch-sozialgeschichtliche Erscheinung des Zeitalters des Absolutismus, der sich gegen die moderne Staatlichkeit richte, in einer zweiten Phase nach 1789 auch gegen die Prinzipien der Revolution. Er sieht den Untergang des klassischen Konservativismus mit der Verbürgerlichung der Aristokratie im 19. Jahrhundert gekommen, vor allem mit deren Annahme des Eigentumsbegriffs. Spätestens mit dem Ersten Weltkrieg sei der Konservativismus tot.

sche Kategorie entworfenen „Konservativismus" in großer Breite auf soziale und geistige Kategorien hin untersucht, vermerkt Trippe bei seiner Untersuchung der Deutschnationalen Volkspartei 1919-1924, daß eine nähere Bestimmung des Begriffes Konservatismus ohnehin nicht zu erreichen sei und daß er deshalb auf eine hermeneutische Diskussion ganz verzichte[51].

Sowohl die eine wie die andere Position sind in ihrem Ansatz zu radikal. Während Kondylis den Konservativismus als historisch-soziologisches Epochenphänomen mit dem Untergang des alteuropäischen Adels nach dem Ersten Weltkrieg enden sieht, kann die ansonsten sorgfältige Arbeit von Trippe über das funktionale Verhalten der DNVP am Anfang der Weimarer Republik keine Aussage über das Phänomen „Konservatismus" in einer bestimmten Epoche, den ersten Weimarer Jahren, treffen. Aus diesem Grund wird diese Arbeit den Überlegungen von Andreas Rödder folgen, der für seine Untersuchung der englischen Konservativen dem Konservatismus einen „inhaltlichen, fundierten Denkstil" zugesteht, der allerdings je nach den politischen Umständen sein politisches Handeln anpassen und verändern kann. Konservatismus sei somit nicht „inhaltliche Position", sondern „geistige Disposition"[52]. Damit kann ein statisches Verständnis von Konservatismus bzw. Konservativismus vermieden und dem Begriff ein dynamischer Charakter beigemessen werden. Konservatives Verhalten kann sich ergo in der Zeit verändern und mit unterschiedlichen Qualitäten aufgeladen sein. Auf dieser Annahme basierend werden die Ergebnisse der einzelnen Kapitel der Arbeit bezüglich der politischen Kultur am Schluß aufgegriffen werden, um darzulegen, inwiefern und warum es sich bei der parlamentarischen Rechten um eine in diesem Sinne „konservative" Gruppierung handelte und auf welche Grundüberzeugungen sich also der französische Konservatismus der 1920er Jahre festlegen läßt.

Eine zweite, mit dem sozialgeschichtlichen Hintergrund der liberal-konservativen Parlamentarier verbundene Frage wird sich damit auch beantworten lassen, nämlich die nach der Parteiorganisation. Wie im ersten Kapitel noch näher auszuführen sein wird, war der Prozeß der Entstehung von politischen Parteien in Frankreich vor 1914 bei allen bürgerlichen Gruppierungen wenig fortgeschritten. Ihrem Organisationstypus nach müssen sie als Honoratiorenparteien bezeichnet werden, wobei das Wort *parti* im französischen Gebrauch der Zeitgenossen ohnehin oft nur „politische Strömung", nicht jedoch „Parteiorganisation" bezeichnete[53]. Wenn nun also aus der liberal-konservativen Sammlung 1919 eine große liberal-konservative Partei in Frankreich ab 1924 wurde, so ist danach zu fragen, welche Organisationsform dabei entstand bzw. ob der Typus der traditionellen

---

[51] Trippe, Konservative Verfassungspolitik.

[52] Rödder, Die radikale Herausforderung, S. 46, 48 und 503. Sehr fruchtbar ist dieses Verständnis auch in der neuen Studie von Hildebrand, Landbevölkerung und Wahlverhalten, angewendet worden.

[53] Vgl. allgemein Beyme, „Partei". Für Frankreich vgl. Albertini, Parteiorganisation und Parteibegriff. Max Weber hatte dazu 1913 geschrieben: „Es ist im Parteiwesen ein zum Untergang verurteilter Zustand, wenn es wie in Frankreich (dessen ganze Parlamentsmisere auf dem Fehlen bürokratisierter Parteien beruht) und teilweise auch in Deutschland, noch Parteien gibt, die an dem System der lokalen Honoratiorenverwaltung festhalten." In Weber, Staatssoziologie, S. 55.

Honoratiorenpartei überwunden wurde oder nicht. Die Arbeit wird dabei nicht der klassischen Definition von Maurice Duverger, der in *parti de cadres* und *parti de masses* unterschied, folgen, sondern den Vorschlag von Gilles Le Béguec, als Zwischenstufe einen *parti de militants* einzuführen, übernehmen[54]. Für die Analyse, was genau diese „Mitgliederpartei" kennzeichnete, werden in der Arbeit sowohl der eigentliche Parteientstehungsprozeß, die Interaktion von Partei und Fraktion sowie die Integrationsfähigkeit der Partei gegenüber den jungen *militants* untersucht werden.

Abschließend ist nun noch kurz auf die Forschungslage zur parlamentarischen Rechten in Frankreich sowie auf die Quellenlage einzugehen. Nachdem die *Fédération Républicaine* als politische Partei von der französischen Forschung lange Zeit stiefmütterlich behandelt worden war, ist nun mit der unveröffentlichten *Thèse d'Etat* von Jean Vavasseur-Desperriers über die Parteigeschichte der FR von ihren ephemeren Anfängen 1903 bis zu ihrem Ende 1949 ein großer Erkenntnisfortschritt erzielt worden[55]. Es könnte sich daher die berechtigte Frage stellen, warum nun noch eine Untersuchung dieses Themas angegangen worden ist. Das Problem der sehr umfangreichen und quellengesättigten Studie von Vavasseur-Desperriers ist jedoch, daß sie dem im Titel formulierten Anspruch, auch die *culture politique* der FR zu untersuchen, nicht gerecht wird. Die Arbeit bleibt in großen Teilen eine empirisch wertvolle Studie über die Parteigeschichte im engeren Sinne, mithin über die zentrale Entscheidungsebene in Paris und die parlamentarische Aktion, d.h. die *High Politics*[56]. Ihre Interaktion mit vorpolitischen Verbänden, ihre Einbettung in eine bestimmte Lebenswelt und deren Mentalität, mithin ihre Wechselwirkung mit einem bestimmten Milieu oder einer Subgesellschaft, bleiben unthematisiert. Aus diesem Grund wird sich unsere Arbeit mehr auf den ideengeschichtlichen und mentalitätsgeschichtlichen Hintergrund der politischen Aussagen und des politischen Verhaltens der FR konzentrieren, also auf das, was Max Weber die „materiellen und ideellen Interessen" und die weichenstellenden „Weltbilder" genannt hat[57], die es erlauben werden, eine Brücke von der (partei)politischen in die gesellschaftliche Sphäre zu schlagen. Dies hat auch eine andere Studie zu bestimmten Teilen, allerdings ohne systematische Vorüberlegungen, versucht, nämlich die Untersuchung Mathias Bernards über einen der stärk-

---

[54] Der *parti de cadres* ist jedoch nicht mit der deutschen Kaderpartei zu verwechseln, sondern bezeichnet bei Duverger eher die lockere, von Honoratioren und nur wenigen Parteiaktivisten getragene Organisationsform. Vgl. Duverger, Les partis politiques, und Le Béguec, Le parti.

[55] Vavasseur-Desperriers, Culture.

[56] Dazu gehört, daß der Autor in detailgenauer Kleinstarbeit das Abstimmungsverhalten und die politischen Karrieren fast eines jeden der zahlreichen FR-Abgeordneten nachgezeichnet hat. Bei manchen dieser Analysen stellt sich jedoch die Frage, ob durch die Detailfülle ein Erkenntnisfortschritt erzielt werden kann, oder ob nicht vielmehr die großen Linien verblassen.

[57] Das bekannte Zitat lautet im Original: „Interessen (materielle und idelle), nicht: Ideen beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber: die Weltbilder, welche durch Ideen geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte." Weber, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 1, S. 252.

sten Departementalverbände der FR, den der Rhône[58]. Bernard ist es gelungen, über einen Zeitraum von 50 Jahren die politische Aktion, aber auch die soziale und kulturelle Anbindung rechtsliberaler Politiker der Stadt Lyon und ihres Umfeldes zu analysieren. Seine Studie wie auch die von Kevin Passmore[59] über die gleiche Region haben deutlich gemacht, daß gerade in den 1930er Jahren die rechtsliberale Tradition der *modérés* immer mehr verschwand, weil konservative Katholiken nach 1918 in die Partei eingetreten waren und sie zunehmend auf die antiparlamentarische Rechte zumanövriert haben.

Für die Jahre nach der Weltwirtschaftskrise existieren ferner auch zwei wertvolle Arbeiten über die FR, die ihre Position im Spannungsfeld zwischen Innen- und Außenpolitik, Volksfront und Faschismus einer Betrachtung unterziehen. Die klassische Studie stammt von William D. Irvine, der vor allem das allmähliche Abdriften der FR in das Umfeld der antiparlamentarischen Ligen nach der französischen Staatskrise 1934 untersucht hat[60]. Hermann Weinreis behandelt in seiner Studie über die Wechselwirkungen von Innen- und Außenpolitik vor allem die Anfänge jener Radikalisierung der FR zwischen 1928 und 1934[61]. Alles in allem zeigt sich also, daß das Hauptaugenmerk der Forschung eindeutig auf den 1930er Jahren mit ihrer ganz eigenen Dynamik gelegen hat, insbesondere im Rahmen der Debatte um faschistische Phänomene in Frankreich, während die eigentliche Genese der Partei in der unmittelbaren Nachkriegszeit kaum interessiert hat. Gründe dafür dürften der relativ schwache Organisationsgrad und die notorisch mangelnde Disziplin der französischen Parteien, vor allem der bürgerlichen, dargestellt haben, die dem *parti* kein annähernd vergleichbares Gewicht eingeräumt haben, wie es in Deutschland oder England der Fall war[62]. Vor allem die französische Forschung hat sich deshalb stark auf politische Biographien beschränkt, weil diese der individualistischen Tendenz der bürgerlichen Politiker, der *modérés*, am gerechtesten wurden und gleichzeitig das *proprium* des jeweiligen Politikers herausstellen konnten. Aus dem Umkreis der FR zählten dazu der Stahlindustrielle François de Wendel sowie die zwei Aufsteiger der FR in den 1920er Jahren, Henri de Kerillis und Pierre Taittinger[63]. Gerade für die der FR benachbarte Gruppierung der bürgerlichen Mitte, die *Alliance Démocratique (AD)*, die oft enge Beziehungen zur FR unterhielt, existierten lange Zeit fast ausschließlich biographische Annäherungen, bis jüngst die Parteigeschichte der AD zwischen 1901 und 1920 von Rosemonde Sanson veröffentlicht worden ist[64]. Unsere Arbeit hat sich bewußt gegen diesen Trend der politischen Biographie gestellt und will vor allem die handlungs-

---

58 Bernard, La dérive.
59 Passmore, From Liberalism to Fascism.
60 Irvine, Conservatism.
61 Weinreis, Liberale oder autoritäre Republik.
62 Über dieses Problem wird in Kapitel VII bezüglich des politischen Stils der rechtsliberalen *modérés* und der konservativen Katholiken gehandelt werden.
63 Jeanneney, de Wendel; Boulic/Lavaure, Henri de Kerillis; Frustier, Pierre Taittinger.
64 Diese biographischen Studien sind dennoch unerläßlich zum Verständnis der politischen Geschichte Frankreichs in der Dritten Republik. Zu ihnen gehört die meisterliche Studie von Sorlin, Waldeck-Rousseau, sowie Keiger, Raymond Poincaré; Monnet, Refaire la République; Grüner, Paul Reynaud; Young, Power and Pleasure; Sanson, L'Alliance Démocratique.

leitenden Grundüberzeugungen und Werte einer politischen Gruppe als ganzes, eben der liberal-konservativen Sammlung, ergründen. Sie kann dabei für ideen-, kultur- und mentalitätsgeschichtliche Phänomene der *longue durée*, d.h. zwischen der Französischen Revolution und der Gegenwart, auf mehrere wichtige Kompendien aus dem Bereich der Politischen Kultur- und der historischen Religionsforschung zurückgreifen[65]. Nicht individuelle, sondern kollektive Grundüberlegungen und Handlungsfelder werden daher im Mittelpunkt der Untersuchung stehen.

Die für eine derartige Studie heranzuziehenden Quellen sind leider beschränkt, da die eigentlichen Parteiarchive der FR nach dem Zweiten Weltkrieg verloren gegangen sind und auch ihre parlamentarische Fraktion so gut wie keine schriftlichen Zeugnisse, z.B. Sitzungsprotokolle, hinterlassen hat. Allerdings ist ein sehr umfangreicher Nachlaß des langjährigen Parteiführers Louis Marin in den Archives Nationales zugänglich (AN 317 AP), der überraschend viel innerparteiliches Material birgt und, was für diese Studie noch wichtiger war, große Teile der Korrespondenz Marins mit seinem Parteifreund de Warren und Vertretern großer nationaler Interessenverbände enthält. Vom Vorgänger Marins, Auguste Isaac, ist mittlerweile ein sehr umfangreiches Tagebuch ediert worden, das viele Einblicke in das Innenleben der liberal-konservativen Sammlung erlaubt. Zur Ergänzung wurden ferner die Nachlässe der langjährigen *Progressisten* Alexandre Ribot (AN 563 AP) und Charles Benoist (Bibliothèque de l'Institut), des liberalen Katholiken Etienne Lamy (AN 333 AP), des modernen Konservativen André Tardieu (AN 324 AP), des FR-Vizepräsidenten und Historikers Louis Madelin (AN 355 AP) und des Staatspräsidenten Alexandre Millerand (AN 470 AP) herangezogen. Gerade letzterer erlaubte große Einblicke in die Entwicklungsphase der bürgerlichen Mobilisierung gegen das Linkskartell ab 1924. Von entscheidender Bedeutung für die Frage nach der Anbindung der FR an die katholische Subgesellschaft (*Droite*) und damit der nach der Verschränkung von Partei und Milieu waren jedoch die Nachlässe des langjährigen ALP-Vorsitzenden Xavier de la Rochefoucauld (AN 142 AP), des Chefredakteurs der größten katholischen Tageszeitung *La Croix*, Jean Guiraud (AN 362 AP), und der privat überlieferte Nachlaß des Chefredakteurs des *Eclair Comtois*, Louis Hosotte[66]. Jean Guiraud bildete gewissermaßen einen katholischen Kontrapunkt zur politischen FR, weil er immer wieder die Katholiken durch Appelle an ihr „Weltbild" gemahnt hat, der liberal-konservativen Sammlung fernzubleiben. Gerade in seiner Korrespondenz spiegelt sich die Schwierigkeit der katholischen Konservativen, die Lebenswelt und die Weltanschauung des katholischen Lagers zu verlassen und eine Allianz mit den konservativen Republikanern einzugehen.

Ein zweiter Schwerpunkt der Quellenanalyse lag sodann auf der Auswertung der parteiinternen Presse und der Parlamentsdebatten der Zeit von 1919–1928[67].

---

[65] An dieser Stelle sei nur auf die folgenden Standardwerke verwiesen: Sirinelli, Histoire des Droites (grundlegend); für die Ideengeschichte immer noch Rémond, Les droites en France, für die historische Religionsgeschichte: Cholvy/Hilaire, Histoire religieuse.

[66] An dieser Stelle sei der Archivarin Mlle. Aujogue der Archives Nationales herzlich für die Möglichkeit gedankt, den Nachlaß Guiraud, der gerade von ihr klassifiziert wird, intensiv ausschöpfen zu können. Ebenso gedankt sei dem Enkel Hosottes, Philippe Roussel, für seine Hilfsbereitschaft und die Möglichkeit, den Nachlaß Hosottes konsultieren zu können.

[67] Ausgewertet wurden der *Bulletin de la Fédération Républicaine* (monatlich) 1919-1925

Daneben wurde auch die große konservative Tagespresse vom nationalkatholischen *Echo de Paris*, dem liberalkatholischen *Eclair*, der fundamentalkatholischen *La Croix*, der progressistischen *République française* bis zu den bürgerlichen Blättern *Figaro* und *Le Temps* herangezogen. Außerordentlich viele Hintergrundinformationen über die *High Politics* der 1920er Jahre boten sodann die Akten der F/7-Serie (*Police générale*) in den Archives Nationales, das Archiv der Pariser Polizeipräfektur sowie, v. a. für die Außenpolitik, die Berichte des deutschen Botschafters in Paris im Archiv des Auswärtigen Amts in Berlin. Besonders wertvoll für das Verhältnis von FR und katholischer Subgesellschaft waren ferner die in den letzten zehn Jahren edierten Tagebücher des Kardinals Baudrillart, der sich als Rektor der *Institut catholique de Paris* nach 1918 unermüdlich für die Einbindung der Katholiken in die laizistische Republik eingesetzt hat.

Ein letzter Schwerpunkt der empirischen Analyse lag schließlich auf einer systematischen Auswertung der wichtigsten liberal-konservativen Zeitschrift, der *Revue des Deux Mondes (RDDM)*, in der eben nicht nur Artikel über das tagespolitische Geschäft, sondern die für die Grundüberzeugungen und Leitwerte entscheidenden Aufsätze zu Themen wie Zivilisation, Fortschritt, Familie, Nachkriegsordnung, Religion etc. erschienen sind, und zwar häufig von Politikern der liberal-konservativen Sammlung selbst verfaßt[68]. Die RDDM entwickelte sich schon während des Ersten Weltkriegs, als sich die Tagespresse auf die Berichterstattung der Kriegshandlungen konzentrierte, zu einem ideengeschichtlichen Nukleus für die liberal-konservative Sammlung, weil dort – gewissermaßen in direkter Auseinandersetzung mit den Kriegsereignissen – eine Konvergenz rechtsliberaler und katholisch-konservativer Vorstellungen stattgefunden hat. Die RDDM war die erste Zeitschrift, die bereits kurz nach Kriegsbeginn eine Sammlung aller national-bürgerlichen Franzosen forderte und in ihren Artikeln wesentlich dazu beizutragen versuchte, mit großem Erfolg im übrigen[69]. Ihr wird, v. a. im Kapitel über die politische Kultur der liberal-konservativen Sammlung, ein entscheidendes Gewicht in der Untersuchung zukommen.

---

und ab 1925 *La Nation* (wöchentlich), der *Bulletin de l'Action Libérale Populaire* (monatlich bis 1932), die progressistische *Dépêche Républicaine* (Tageszeitung Doubs) und der katholische *Eclair Comtois* (Tageszeitung Doubs). Systematisch wurden für die beiden Legislaturperioden 1919–1924 und 1924–1928 der *Journal Officiel* herangezogen.

[68] Die RDDM war die bildungsbürgerliche Zeitschrift für politische, gesellschaftliche und soziale Fragen *par excellence* und erreichte vor 1914 immerhin 40 000, in den 1920er Jahren über 48 000 Abonnenten in Paris und der Provinz. Vgl. de Broglie, Histoire politique de la Revue des Deux Mondes, S. 338, und Corpet, La revue, S. 174f.

[69] Diese aus unserer Sicht häufig unterschätzte Rolle der RDDM während des Ersten Weltkriegs, wo plötzlich, nach jahrelangem Schweigen, Artikel über die Wohltaten des zeitgenössischen Katholizismus und des katholischen Familienbildes erschienen, wurde bereits 1928 von Marschall Foch gewürdigt, zitiert bei de Broglie, Histoire politique, S. 348. Für die große Bedeutung der RDDM zwischen 1914 und 1930 spricht auch, daß Raymond Poincaré zeitweise die 14tägige politische Gesamteinschätzung (*Chronique de la Quinzaine*) übernommen hat. Auch die Familie de Gaulle stand nach dem Ersten Weltkrieg stark unter dem Einfluß der RDDM, vgl. Rudelle, Charles de Gaulle et son idée de la politique.

I. Die französischen Konservativen und die Republik: Annäherung und Abgrenzung 1890–1914

1. Der erste Versuch einer liberal-konservativen Sammlung (1890–1898)

Die aus der Niederlage des Kaiserreichs Napoleons III. gegen Deutschland geborene Dritte Republik brachte den Triumph einer republikanisch-liberalen Tradition, die man in Frankreich *Gauche* zu nennen pflegt, über die verschiedenen monarchistisch-autoritären Strömungen der *Droite* mit sich, die Frankreich seit dem Ende der Französischen Revolution dominiert hatten. Beide Strömungen stellten nicht allein politische Optionen dar, sondern können vielmehr stellvertretend für eine weitreichende Bipolarisierung der französischen Gesellschaft im 19. Jahrhundert stehen. *Gauche* und *Droite* umfaßten mithin also zwei politische Lager, zusammengehalten durch eine je eigene politische Kultur, eine kollektive Erinnerung und bis in das kleinste Dorf reichende Netzwerke[1]. Gerade die kollektive Erinnerung wurde, wie die jüngste kulturgeschichtliche Forschung herausgestellt hat, kultiviert und ritualisiert, d. h. sie wurde Teil der symbolischen Sinnwelt des jeweiligen Lagers[2].

Was die das jeweilige Lager zusammenbindenden Netzwerke betrifft, operierte auf der einen Seite, bei den Liberalen (*Gauche*), ein verzweigtes System von Freimaurerlogen, der Menschenrechtsliga[3], *Libre-pensée*-Gemeinschaften oder vorpolitischen Honoratiorenclubs wie den *Cercles Voltaire*, die als gesellschaftliche

---

[1] Von besonderer Wichtigkeit war dabei, daß die knapp 80 Jahre zwischen Revolutionsausbruch 1789 und der Niederlage 1870 von europaweit einzigartiger Instabilität gekennzeichnet waren. Aufstände und deren Niederschlagung, Exzesse und Terror der jeweiligen Regierungen hatten sich ganz konkret in die familiäre Erinnerung vieler Franzosen eingebrannt, weil ihre Vorfahren oder auch sie selbst Opfer derselben waren. In beiden Lagern wurde die Erinnerung an die erlittenen Gewalttaten, z. B. die Niederschlagung des Vendée-Aufstandes 1793, die Ermordung der Pariser Erzbischöfe 1848 und 1870 oder die blutige Niederwerfung der Revolution (2. Dezember 1851) wachgehalten. Für eine „rechte" Familie vgl. Gras, Castelnau, S. 17–25. Für ähnliche Beispiele auf der republikanischen Seite vgl. Guillon, Villages varois, S. 99–106.

[2] Über die unterschiedliche kollektive Erinnerung bei *Gauche* und *Droite* vgl. allgemein die Hinweise bei Gauchet, La droite et la gauche, S. 404ff., sowie: Kittel, Provinz zwischen Reich und Republik, S. 67f. und 71f., Prévotat, La culture traditionaliste, S. 35f. und 42f., ferner Martin, La Vendée dans la mémoire des droites, S. 459f., und Charle, Le souvenir du Deux-Décembre, S. 277–286, Jourdan, Perception et composition des elites locales, S. 19–25.

[3] Die im Zuge der Dreyfus-Affäre entstandene Menschenrechtsliga ist in einem Sonderband des Mouvement Social 183 (1998) untersucht worden. Sie stellte nicht nur einen ideologischen Katalysator der republikanisch-laizistischen Subkultur dar, sondern lieferte auch ein flächendeckendes organisatorisches Netzwerk. Allein in der Charente-Inférieure zählte

Basis für die weltanschauliche Imprägnierung der republikanischen Abgeordneten verantwortlich waren[4]. Die *Gauche* umfaßte also eine bestimmte gesellschaftliche Substruktur, die ihre humanistisch-laizistische Moral und Deutungskultur mit Hilfe lokaler Funktionsträger in Ritualen, Symbolen und Festen inszenierte und verbreitete[5]. Diesem quasi-religiösen Laizismus entsprach auf konservativ-katholischer Seite ein immer enger werdendes Netz aus Klerus, katholischem Vereinswesen und den traditionellen Konservativen, das die Ausdehnung des laizistischen Staates auf dem Gebiet der Erziehung und der gesellschaftlichen Moral nicht dulden wollte. Hierbei ist insbesondere an die großen Dachorganisationen des Sozialkatholizismus wie die *Association catholique de la Jeunesse Française* (ACJF) oder verschiedene Frömmigkeitsvereine auf lokaler Ebene zu denken[6]. Es ist allerdings ein besonderes Charakteristikum dieser *deux France* [7] gewesen, daß sie nicht, wie in Deutschland die sozial-moralischen Milieus, regional geschieden voneinander existierten, sondern daß sich die weltanschauliche Bipolarisierung bis in jedes kleinste Dorf hinein fortsetzte. Eine von Pyta für das evangelisch-ländliche Milieu Deutschlands diagnostizierte homogene Dorfkultur im Sinne einer „mentalen Selbstabschließung" und „Einmauerung"[8] der Dorfgemeinschaft kann für Frankreich daher nicht bestätigt werden; im Gegenteil, der Konflikt zwischen Kirche und Loge, Pfarrer und Lehrer bestimmte auch die unterste Basis der politischen Willensbildung, das Dorf oder das Stadtviertel[9].

---

sie 1931 über 6000 Mitglieder, auf nationaler Ebene sogar über 180000, vgl. ibidem Duclert, La Ligue de „l'époque héroïque, S. 27ff., und Faivre, Le pacifisme, S. 135–138.

[4] Dazu grundlegend jetzt Lalouette, La libre pensée, S. 44ff., 61, 76f. und 134f., ebenso Mayeur, Libre Pensée et religion laïque, und für regionale Studien vgl. Kittel, Provinz zwischen Reich und Republik, S. 37, 54ff. und 409f., Pérouas, Limoges, une capitale régionale de la libre-pensée, und verschiedene Aufsätze desselben Autors über das Limousin in Pérouas, Culte des Saints et Anticléricalisme. Für die Ausbreitung einer laizistischen Moral in den Staatsschulen als Gegenstück zur religiösen Moral vgl. Stock-Morton, Moral Education for a Secular Society, S. 73ff., 97ff. und 155ff.

[5] Aus der Fülle der Literatur zur republikanisch-laizistischen Kultur vgl. Ihl, La fête républicaine, bes. S. 185–190; zu Symbolen und Festen Milo, le nom des rues, Agulhon, La mairie, bes. S. 172ff., Goulernot/Walter, Les centenaires de Voltaire et de Rousseau; Amalvie, Le 14. Juillet; Ben-Amos, Les funérailles de Victor Hugo, und Ory, Le Centenaire de la Révolution Française.

[6] Die ACJF war unter ihrem Gründer de Mun eng mit der konservativen Rechten verzahnt, obwohl sie bereits erste Ansätze zu einem christlich-demokratischen Flügel enthielt, der sich nach 1924 verselbständigen sollte. Vgl. Molette, L'Association catholique de la Jeunesse Française, Hilaire, L'Association catholique de la Jeunesse Française.

[7] Zum erstenmal wurde diese Vorstellung von Kittel, Provinz zwischen Reich und Republik, systematisch entwickelt, der S. 86 von einer Vermischung des Politischen mit der weltanschaulich-religiösen Bedeutung spricht. Sehr überzeugend für das Verhältnis von Logen bzw. *Action laïque* in Paris und politischer Repräsentation auch: Lalouette, Francsmaçons et libres-penseurs.

[8] Vgl. Pyta, Das Dorf im Fadenkreuz der Politik, und ders., Dorfgemeinschaft und Parteipolitik, S. 35–91. Deshalb erscheint es uns schwierig, wie von Kittel vorgeschlagen, den Begriff des sozial-moralischen Milieus für Frankreich anzuwenden. Vgl. dazu einführend in die lokale Dimension der Bipolarität Langlois, Catholiques et laïcs, und Ormières, Les rouges et les blancs.

[9] Grundlegend hierzu Agulhon, La République au village, und Singer, Village notables.

Der Gegensatz von rechts und links war ideengeschichtlich also ein Konflikt zweier politischer Weltanschauungen[10], der jedoch bereits in die Denkweise und die Mentalität der Bevölkerung eingedrungen war. So wie auf der politischen Rednerbühne die Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Humanität gegen die von Autorität, traditioneller Moral und Religion standen, so rivalisierten auf der unteren gesellschaftlichen Ebene Lehrer und Pfarrer, Logen und sozialkatholische Verbände miteinander um die Hegemonie ihrer jeweiligen Weltanschauung in der Mikrogesellschaft[11]. Den beiden politischen Lagern *Droite* und *Gauche* entsprachen also auch zwei analoge Subgesellschaften – die *deux France* – in die die politische Elite vor Ort auf direkte oder indirekte Weise eingewoben war[12].

Die Trägerschicht der *Droite*, gesellschaftlich wie auch politisch, bildete der grundbesitzende Adel, der sich der Verteidigung einer hierarchisch gegliederten und organisch gewachsenen *societas civilis* verschrieben hatte. Die politische Rechte in Frankreich fällt damit in die von Kondylis beschriebene Kategorie des „Konservativismus"[13]. Ihre im Weberschen Sinne traditionelle Herrschaft[14] war durch die Freiheits- und Gleichheitsprinzipien der Revolution und der daran anknüpfenden Dritten Republik verdrängt worden und büßte auch durch den parallel verlaufenden Industrialisierungsprozeß gesellschaftlich an Bedeutung ein. Die

---

[10] Unter Weltanschauungen werden im Sinne Diltheys Kulturgebilde verstanden, die „unserem Bedürfnis nach abschließender und vereinheitlichender, allbegreifender und allverstehender Erkenntnis" genügen wollen. Sie bieten Lösungen für das Welt- und Lebensrätsel, zugleich haben sie aber auch die Aufgabe, die Menschen mit ihrem Dasein zu versöhnen sowie über Geschichte und Welt zu beruhigen, Vgl. Dilthey, Weltanschauungslehre, S. 82ff.

[11] Vgl. Milbach, Prêtres historiens, S. 178–222 und 325–352. Ein Beispiel für die kollektive Erinnerung von republikanischer Seite bringt Jacques Le Roy Ladurie, Mémoires, S. 20: Ein alter Haushälter der Familie sagte bei Kriegsausbruch 1914: Um den Krieg zu vermeiden, „il suffit de tuer l'archévêque de Paris", wie schon die Erzbischöfe Affre 1848 und Darboy 1871. Vgl. auch die wichtige Untersuchung über die Mobilisierung der persönlichen Vergangenheit in den Wahlkämpfen von Jean El Gammal, Politique et poids du passé. Etienne Lamy schrieb dazu, daß „l'obstacle à l'accord entre les conservateurs monarchistes et les conservateurs républicains était moins la divergence des doctrines que l'amertume des souvenirs", d.h. die Erziehung in zwei verfeindeten Lebenswelten, die geprägt waren von der feindlichen Erinnerung an die jeweils andere. Vgl. sein Artikel Le Devoir des Conservateurs, in: RDDM vom 1.6.1892, S. 512–536, hier S. 534.

[12] Es ist einem großangelegten Forschungsprojekt zur prosopographischen Untersuchung von politischen Eliten im 19. Jahrhundert zu verdanken, daß man heute zumindest für einige Regionen Frankreichs über zuverlässige Nachschlagewerke verfügt, mit Hilfe derer man die Rekrutierung, Implantierung und politische Färbung der Parlamentarier der Dritten Republik rekonstruieren kann. Zum Stand der Entwicklung vgl. Mayeur, La prosopographie des élites und ders., Origines et démarche d'une enquête. Erschienen sind in diesem Rahmen bisher: Guillaume/Lachaise, Dictionnaire des parlementaires d'Acquitaine, Chaline/Sohn, Parlementaires de Haute-Normandie, Ménager/Florin/Guislin, Les Parlementaires du Nord-Pas-de-Calais, Gammal/Plas, Dictionnaire des parlementaires du Limousin, und Mayeur, Les Parlementaires de la Seine.

[13] Vgl. Kondylis, Konservativismus, S. 20ff. Die antirepublikanische Thematik setzte sich beim katholischen Bürgertum insbesondere durch die Lektüre von de Maistre, Bonald oder Lacordaire fort, z. B. war die Mutter von Robert Schuman eine eifrige Leserin dieser Werke, vgl. Poidevin, Robert Schuman, S. 18.

[14] Zur traditionellen Herrschaft bei Max Weber vgl. Breuer, Max Webers Herrschaftssoziologie.

Droite verstand sich daher keinesfalls als *parlamentarische* Rechte, sondern lehnte das republikanische System und seine politische Kultur grundsätzlich ab und schreckte auch nicht vor Versuchen des gewaltsamen Umsturzes zurück[15]. Obwohl in ihren Überzeugungen konservativ und ordnungsbedacht, agierte sie so ihrer Intention nach umstürzlerisch, ja geradezu revolutionär.[16]

Ein zweites Charakteristikum der *Droite* neben der Systemfeindschaft war ihre Zersplitterung in Legitimisten[17], Orleanisten[18] und Bonapartisten[19]. Politische und persönliche Rivalitäten zwischen den verschiedenen Strömungen führten zu einer gegenseitigen Paralysierung und verhinderten ein konzertiertes Auftreten der politischen Rechten als solcher[20]. Sie büßte dadurch an Einfluß und politischer Macht ein, ihre Hochburgen hatte sie bald nur noch in den rural-katholischen Gebieten des Westens und des Zentralmassivs. Daß es gerade die katholischen Gebiete waren, in denen die *Droite* ihre Positionen bewahren konnte, verweist auf ein *drittes* Charakteristikum: ihre enge Verbindung zur katholischen Kirche, insbesondere zu deren fundamentalkatholischen Kreisen[21]. Diese Verbindung wurde vertieft, als ab den 1880er Jahren der Kulturkampf als weltanschaulich aufgeladene Auseinandersetzung zwischen einer laizistisch-zivilstaatlichen Republik und einem antimodernistischen Katholizismus entbrannte[22]. Auf der

---

15 Dies beweist die Verstrickung der Rechten in die sogenannte Boulanger-Affaire, vgl. Irvine, The Boulanger Affair reconsidered (mit einer ausführlichen Auswertung des Nachlasses des Baron de Mackau), und Levillain, Boulanger, bes. S. 165–174, Phélippeau, L'Invention de l'homme politique moderne.

16 In seinem 1886 veröffentlichten Buch „Le vrai parti conservateur" stellte der Vordenker eines parlamentarischen Konservatismus, Etienne Lamy, fest: „Le malheur de notre temps, c'est que les conservateurs sont devenus révolutionnaires et que les révolutionnaires n'ont pas su devenir conservateurs", vgl. Lamy, Le vrai parti conservateur, ein Exemplar findet sich im Nachlaß Lamy, AN 333, AP 47.

17 Als Anhänger der Bourbonen hatten sie ihre Schwerpunkte in den ländlichen Gebieten der Bretagne und des Midi. Vgl. Gammal, Les parlementaires nobles de Bretagne, Blondeau, Un Vendéen contre la République, und Bécarud, Noblesse et représentation parlementaire.

18 Als Anhänger der Linie Orléans vertraten sie einen konstitutionellen Monarchismus und wirtschaftlichen Fortschritt. Vgl. Lévêque, Histoire des forces politiques, S. 198–204, 224–230 und Bd. II, S. 221–232, Rémond, Les Droites en France, S. 125–137 und Anderson, Conservative Politics, S. 26–39.

19 Diese betonten das autoritär-plebiszitäre Element von Herrschaft, vgl. Lévêque, Histoire des forces politiques, Bd. II, S. 259–284, und Rémond, Les Droites en France, S. 138–140.

20 Dies ist schon die These von Daniel Halévy, La fin des notables. Auch René Remond hat bei der Überarbeitung seines Buches von 1954, La Droite en France, den Titel in Les Droites en France geändert, um diesen Umstand zu betonen.

21 Grundlegend Cholvy/Hilaire, Histoire religieuse. Gérard Cholvy spricht überzeugend von einer Refluxbewegung der Religion (1720–1840) und einer Flux-Bewegung ab 1840, in: Christianisme et société en France, S. 97ff.

22 Der aus der deutschen Geschichte stammende Begriff kann aus unserer Sicht *mutatis mutandis* auch auf Frankreich übertragen werden. Mit ihm ist der Konflikt zwischen einer entschieden katholischen Minderheit und einer teilweise zivilreligiös-laizistisch bestimmten Mehrheit der französischen Gesellschaft um das Verhältnis von Staat und Kirche umschrieben. Ähnlich argumentieren Becker, Der Kulturkampf, und Kittel, Die „Deux France" . Sehr eindrucksvoll hierzu die Memoiren von Harvard de la Montagne, Chemins de Rome et de France, S. 74f., über die enge Verbindung von Religion und Politik

Seite des Katholizismus kämpfend, näherten sich die konservativen Aristokraten dem niederen Klerus und dem florierenden Vereinskatholizismus an. Wie das Beispiel Albert de Muns zeigt, wurde aus einem dynastischen Legitimismus ein christlich-sozialer Legitimismus, der nicht mehr durch Konterrevolution, sondern durch den Aufbau sozialkatholischer Vereinsstrukturen an der republikanischen Gesellschaft „von unten" her rütteln wollte. Insbesondere die sich zuspitzende soziale Frage wurde dazu benutzt, das individualistisch-egalitäre Ordnungsmodell der Republik zu desavouieren und die eigenen, korporatistischen Vorstellungen eines christlich-sozialen Königtums unter der Arbeiterschaft und den Bauern zu verbreiten, wobei der katholische Glaube das Bindeglied zwischen den sozialen Schichten bilden sollte[23]. Die *Droite* wandelte sich deshalb politisch und gesellschaftlich in ein *konservativ-katholisches Lager*, das gemeinsam mit der antimodernistisch eingestellten katholischen Kirche die Dritte Republik zu unterminieren begann[24].

Nicht alle Repräsentanten des Konservativismus folgten jedoch der von de Mun vorgegebenen Linie. Auch Teile des traditionellen Adels partizipierten aktiv am wirtschaftlich-technischen Fortschritt im Land[25] und näherten sich sozialgeschichtlich den bürgerlichen Vertretern des rechten Liberalismus, des sogenannten *Centre-Gauche*, an[26]. Beide Gruppen erkannten in dem Maße, wie auch in Frankreich ab etwa 1890 eine eigenständige, sozialistische Arbeiterbewegung entstand[27],

---

bei der *Droite*. Auch Mayeur, Les débuts de la IIIème République, spricht S. 141 von einer „contre-société catholique".

[23] Vgl. Rollet, Albert de Mun et le parti catholique, und ders., L'Action sociale des catholiques.

[24] Hinzu kam, daß sich innerhalb des Katholizismus mit der Priestergeneration der 1850er Jahre ein sozial-monarchischer Zug durchgesetzt hatte, dessen antiliberale und antimodernistische Prägung vom Syllabus noch verstärkt worden war. Diese häufig als *catholicisme intégral* bezeichnete neue Erscheinungsform des Katholizismus ist vor allem mit dem Wirken von Louis Veuillot und Emile Keller verbunden, die sich dezidiert von jedem liberalen Katholizismus distanzierten. Vgl. Levillain, Albert de Mun, S. 168ff., und Mayeur, Catholicisme intransigeant.

[25] Der Baron Amédée Reille war z. B. Verwalter der Elektrizitätsgesellschaft in Toulouse und Sekretär der *Alsacienne des Constructions Mécaniques*, die dort Straßenbahnen baute, vgl. Bouneau, Les élites face à l'innovation électrique. Als Vorsitzender der *Mines de Carmaux* vertrat er einen liberalen Paternalismus gegenüber seinen Arbeitern, schreckte aber auch nicht vor einer 80tägigen Aussperrung seiner Bergarbeiter 1892 zurück. Sein Schwiegersohn und Direktor der *Mines de Carmaux* war der Marquis de Solages, der 1893 gegen Jean Jaurès in den Kammerwahlen verlor. Vgl. Trempé, Contribution à l'étude de la psychologie patronale. Der Sohn des Barons, André, saß für die *ralliés* 1894–98 in der Kammer, sein Enkel Reille-Soult (Abgeordneter 1919–1940) war 1924 Mitbegründer des *Parti Démocrate Populaire*, also der christlichen Demokraten. Der Baron Reille hatte mit seinem *Ralliement* den Bruch mit der intransigenten *La Croix du Tarn* vollzogen, vgl. Faury, Cléricalisme et anticléricalisme, S. 192–195.

[26] Grundlegend hierzu Garrigues, La République des hommes d'affaires, und Charle, Les élites de la République, S. 446–450 (über Georges Picot). Der *Centre gauche* war außerdem ein Hort für das protestantische Großbürgertum von Paris, das mit Léon Say oder Georges Berger dort seine Vorstellungen einer religionsneutralen, aber wertkonservativen Republik verwirklichen wollte.

[27] Hatte sich der französische Sozialismus ideengeschichtlich lange Zeit an der revolutionären Tradition der Pariser Aufstände 1789, 1848 und 1871 orientiert, so nahm er nun erste Züge eines marxistisch inspirierten Klassensozialismus an, der sich von seiner humani-

eine Übereinstimmung ihrer sozialökonomischen Interessen. Die neue politische Kraft auf der Linken, deren ideologische Vorstellungen den bürgerlich-liberalen Konsens der Republikaner in Frage zu stellen schienen, provozierte als Reaktion eine Annäherung der bisher weltanschaulich geschiedenen liberalen und konservativen Kräfte. Der Modernisierungskonflikt zwischen Kapital und Arbeit begann die weltanschaulichen Gegensätze zu verdrängen. Insbesondere die großbürgerlichen Elemente des rechten Liberalismus, die man zeitgenössisch als Opportunisten bzw. gemäßigte Republikaner bezeichnete, näherten sich jenen Konservativen an, die moderne, bürgerliche Handlungsmuster adaptiert hatten. Der autoritäre Paternalismus der Konservativen und der emanzipatorisch-fortschrittliche Liberalismus der Opportunisten verbanden sich in der Ablehnung staatlichen Eingreifens in die Gewerbefreiheit durch Sozialversicherungen und Arbeitsschutzgesetzgebung sowie im Kampf gegen den Sozialismus[28]. Als ein entscheidender Schritt sollte sich dabei erweisen, daß von seiten des rechten Flügels des Liberalismus, im Umfeld der *Centre gauche*-Liberalen Léon Say, Henri Barboux und Edouard Aynard, bürgerliche Interessensverbände entstanden, deren primäres Ziel es war, die sozialistischen Forderungen zurückzuweisen und alle sozialkonservativen Kräfte, rechte wie linke, zu diesem Zwecke zu sammeln[29].

Eine ähnliche Sammlungsbewegung von Liberalen und Konservativen vollzog sich auch bei den Vertretern der Landwirtschaft, die sich – rechte wie linke – der Hochschutzzollpolitik von Jules Méline anschlossen[30]. Méline selbst forcierte ferner die Sammlung aller landwirtschaftlichen Interessenverbände im Zeichen von

---

stisch-kleinbürgerlichen französischen Tradition löste. Seit 1890 fanden zudem auch die ersten „Feiern" des 1. Mai in Paris statt, die man zu Recht als Indiz für die Geburt einer eigenständigen sozialistischen Kultur Frankreichs bezeichnen kann. Vgl. Winock, La culture politique des socialistes.

[28] Als Reaktion auf die Streikbewegungen haben die republikanisch-radikalen Regierungen 1890–1892 eine Reihe von Arbeiterschutzgesetzen erlassen, die deutlich in die *liberté du travail* eingriffen: Reduktion der Frauenarbeit, Hebung des Mindestalters bei Kinderarbeit von 10 auf 13 Jahre, allgemeiner 10-Stundentag. Da dies die Produktion in der Seiden-, Leinen-, und Wollindustrie verteuerte, sammelte sich um Méline und die von Unternehmern finanzierte Zeitung *La République française* breiter Widerstand gegen diese Gesetze und die erstmals staatlich finanzierten Gewerbeinspekteure, vgl. die wichtige Analyse bei Rudischhauser, Liberalismus, S. 36ff. und 111–133. Ein Beispiel für den konservativ-katholischen Paternalismus ist die Familie Schneider im Creusot, die umfangreiche Schul-, Hygiene- und Freizeitangebote für ihre Arbeiter schuf, vgl. Beaucarnot, Les Schneider, bes. S. 154ff. und 162f.

[29] Es entstanden die *Ligue des contribuables* um Jules Roche, ihre ländliche Rivalin, die *Fédération des Contribuables* um Joseph Kergall, die *Association du Défense des classes moyennes* um Frédéric Clément, erste Arbeitgeberverbände wie der *Comité national républicain du commerce et de l'industrie* sowie andere bürgerliche Interessengruppen. Diese *antichambres* der Politik sind vor allem von Gilles Le Béguec und seinen Schülern untersucht worden. Vgl. Le Béguec, Eveil, S. 236ff., ders., Prélude à un syndicalisme bourgeois, S. 97ff., ders., Les élites économiques, ders., Les réseaux, ders., Le momente de l'alerte fiscale, sowie die beiden Doktorarbeiten Dubos, André Lebon, S. 250ff., 253ff., sowie ders., Parlementaires et grands patrons, und Ruhlmann, Ni Bourgeois, ni Prolétaires, S. 32–38, 108ff. und 170ff.

[30] Vgl. Cointat, Jules Méline: Mérite agricole, Smith, Tariff Reform in France, passim und die neue Studie von Rita Aldenhoff-Hübinger, Agrarpolitik und Protektionismus, S. 88ff. und 132ff. Ein weiterer öffentlicher Rückhalt der Agrarpolitik Mélines war der Graf

Schutzzoll und Abwehr des urbanen Sozialismus. Es gelang ihm sogar, die konservative *Société des Agriculteurs* (nach ihrem Sitz in Paris *Rue d'Athènes* genannt) und die republikanische *Société Nationale d'Encouragement à l'Agriculture* 1893 zum Beitritt in der großen Dachorganisation aller industriellen und agrarprotektionistischen Verbände, der *Association de l'Industrie et de l'Agriculture Françaises (AIAF)*, zu überreden. Damit war in Frankreich eine großindustriell-agrarische Sammlung entstanden. Wie Hermann Lebovics in seiner Untersuchung über diese *„alliance of iron and wheat"* herausgearbeitet hat, stellte ein Kompromiß zwischen Anhängern des Freihandels und Protektionisten das entscheidende Moment für deren Zusammenarbeit dar: Unter dem Druck der ebenfalls Protektion suchenden Baumwoll- und Schwerindustrie verzichteten die Freihändler auf einen doktrinären Wirtschaftsliberalismus, v.a. in den Außenbeziehungen, während die Agrarier, gegen ausländische Konkurrenz geschützt, das freie Spiel der Kräfte im Inland anerkannten[31].

Die fortschreitende Industrialisierung und die Entstehung einer sozialistischen Kraft auf der Linken haben also die weltanschaulichen Differenzen, die zwischen Liberalen und Konservativen, *Gauche* und *Droite*, bestanden, verblassen lassen. Rechtsliberale und Konservative haben sich deshalb im Interesse der Bewahrung des sozialökonomischen Status quo angenähert und eine erfolgreiche außerparlamentarische Interessenallianz geschlossen. Kam es in Folge dessen auch, wie Lebovics postuliert, zu einem *new conservatism*, d.h. zu einer liberal-konservativen Verbindung auf politischer Ebene, einer Art Tory-Partei *à la française*? Trotz vieler Bemühungen von beiden Seiten in den 1890er Jahren ist diese Frage *ex post* gesehen eindeutig zu verneinen[32]. Zwar forderten die Protagonisten beider Gruppen immer wieder ein derartiges Zusammengehen im Parlament oder gar in einer politischen Organisation[33]. Jacques Piou, ein überzeugter Katholik monarchistischer Tradition, gründete 1889 sogar eine von der *Droite royaliste*[34] unabhängige Gruppe, die sich zunächst *Droite indépendante*, später *Droite constitutionnelle*[35] nannte

---

Melchior de Vogüé, der als führendes Mitglied der *Rue d'Athènes* und *rallié* als Verbindungsmann zwischen Méline und Piou auftrat. Vgl. Barral, Les Agrariens, S. 78–90.

[31] Vgl. Lebovics, Alliance, S. 92ff., und Hilsheimer, Interessenverbände und Zollpolitik, S. 613ff., Wartelle, Yves Guyot ou le libéralisme de combat.

[32] Grundlegend immer noch Sedgwick, Ralliement, S. 58–60, 79f. und 135.

[33] Hierzu zählten die *Centre gauche*-Liberalen Léon Say und Anatole Leroy-Beaulieu sowie der Orleanist Vicomte de Gontaut-Biron. Zu Says Rede am 19.2.1887 im Senat vgl. Garrigues, La République des hommes d'affaires, S. 269, zum Vicomte de Gontaut-Biron vgl. sein Artikel: La Chambre de 1889 et la droite, *Le Correspondant* vom 25.10.1889, S. 189–198. Anatole Leroy-Beaulieu schrieb in seinem Artikel in der RDDM vom 1.3.1890, S. 85–122: Die Republik brauche, angesichts der linken Mehrheit, eine konstitutionelle Opposition, die nur dann Erfolg habe, wenn die „conservateurs", d.h. die Monarchisten, den „instinct conservateur des masses" auch befriedigten, d.h. den politischen *Status quo* – die Republik – akzeptierten.

[34] Zu dieser „reaktionären Rechten" gehören die Aristokraten des Westens (Côtes-du-Nord, Vendée, Mayenne, Deux-Sèvres) wie Baudry d'Asson, der Marquis de La Rochejaquelein oder der Vicomte de la Loue, neben den Resten des royalistischen Midi um de Ramel und Bernis (Gard), vgl. Mayeur, Droites et ralliés.

[35] Den Namen *Droite constitutionnelle* nahm die Gruppe auf Vorschlag Pious am 21.3.1890 an. Der liberale *Journal des Débats* gratulierte ihm dazu am 22.3.1890.

und die all diejenigen konservativen Kräfte zu bündeln trachtete, die zu einem Bündnis mit den auf Ordnung und Moral bedachten Teilen der gemäßigten Republikaner bereit waren[36]. Dies führte jedoch nur zu einer Spaltung im Lager der Rechten, ohne daß die Gruppe wirklich eine Plattform für die angestrebte Tory-Partei bilden konnte[37]. Ganz ähnlich erging es auch dem sehr liberalen Katholiken Etienne Lamy, der seine katholischen Mitstreiter aufforderte: „Il faudrait agir comme citoyen et en se plaçant sur le terrain tout moderne du droit commun et de la liberté."[38] Nur wenige Konservative wie der Baron Reille folgten Lamy, vor allem, da sie seiner Forderung nach bedingungsloser Anerkennung der Republik nicht nachkommen wollten[39].

Die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen einer liberal-konservativen Sammlung im Frankreich der 1890er Jahre wurden so für die Zeitgenossen schnell erkennbar. Auf der einen Seite kam es ihm Parlament immer dann zu Abstimmungsallianzen von Liberalen und Konservativen, wenn die Verteidigung des sozialökonomischen Status quo auf dem Spiel stand, z.B. bei der Verlängerung der Schutzzollpolitik oder der Verhinderung einer progressiven Einkommenssteuer[40]. Arbeitgebernahe Organisationen wie die *Union Libérale Républicaine* sorgten dann bereits im Vorfeld für ein konzertiertes Auftreten der Fraktionen[41], wobei

---

[36] Jacques Piou, Les Conservateurs et la démocratie, in: RDDM vom 15.6.1897, S.787–806. Vgl. auch die Biographie seines Weggefährten und späteren Mitglieds der *Fédération républicaine* Joseph Denais, Jacques Piou: un apôtre de la liberté.

[37] Die Konservativen, die sich der Initiative Pious anschlossen, entstammten allesamt jenem Konservatismus, der bürgerlich-moderne Handlungsmuster angenommen hatte und auch außerhalb des Parlaments der großindustriell-agrarischen Allianz nahestand, vgl. Shapiro, The Ralliement, Sedgwick, Ralliement, S.69ff., speziell zu den Textilindustriellen vgl. auch Landes, Religion and Enterprise.

[38] Er wollte deshalb nicht als „catholique vaincu, serviteur de l'Eglise", sondern als „républicain vainqueur, allié de l'Eglise" gelten, vgl. Protokoll der Sitzung des *Comité de Défense des Congregations* vom 25.6.1880, AN 333, AP 47. Umgekehrt wollte Lamy auch den Republikanern die Modernität des Syllabus beweisen: „Il faut faire le jour sur le Syllabus, car c'est là la grande question et c'est sur elle que s'engagera la lutte des prochaines élections, il faut faire voir lumineusement la conciliation entre l'Eglise et les libertés politiques." In der Zeit nach seiner politischen Niederlage 1881 widmete sich Lamy bereits einer ersten Initiative zur Gründung einer konservativ-republikanischen Wahlkampfallianz. Zu eben diesem Zwecke hatte Lamy bereits 1887 eine *Association républicaine, libérale et conservatrice* ins Leben gerufen, die konservative Republikaner, klassische Liberale und rallierte Monarchisten versammeln sollte, „pour la protection des intérêts matériels et moraux, le maintien de l'ordre social et de la liberté civile". Ein Exemplar des Programms in: AN 333, AP 47. Vgl. mit Verweisen auf andere *républicains catholiques*: Dabry, Les Catholiques républicains.

[39] „Au lieu de demander la paix au parti qui gouverne pour vous rallier à la république, vous devez d'abord vous rallier à la république pour disputer à ce parti le gouvernement", vgl. Etienne Lamy, Le Devoir des Conservateurs, in RDDM vom 1.6.1892, S.512–536.

[40] In der Regel unterstützten alle 32 Abgeordneten der Gruppe um den Prince d'Arenberg und den Baron Reille die gemäßigt republikanischen Regierungen, vgl. Mayeur, Droite et ralliés.

[41] Die ULR war eine Fortsetzung des *Centre gauche* um den Pariser Geschäftsanwalt Henri Barboux und verfügte mit Léon Say oder Georges Picot über direkte Kontakte in das industriebürgerliche Milieu *(Société d'économie politique* und den *Journal des Economistes)*. Vgl. Le Béguec, Les élites économiques, S.143. Allgemein auch Garrigues, Léon Say et le Centre gauche, für die Teilnahme des Baron Reille vgl. Garrigues, Centre gauche, S.331.

nicht unerheblich war, daß sich die doktrinären Liberalen des *Centre gauche* um Aynard den Ideen der katholischen Sozialreform, insbesondere Le Plays, angenähert hatten und nun ebenfalls die moralische Verpflichtung des Unternehmers, die Arbeiter zu schützen, um einen Eingriff des Staates in diese Sphäre unnötig zu machen, betonten[42]. Besonders intensiv gedieh die Zusammenarbeit unter der Regierung von Jules Méline, der, selbst ein Befürworter der liberal-konservativen Allianz, mit seiner sozialkonservativen Wirtschaftspolitik alle Erwartungen erfüllte, die man an ihn aus den Reihen der verschiedenen großindustriell-agrarischen Interessengruppen gestellt hatte. Er verlängerte das Notenbankmonopol für die *Banque de France*, hielt die Importzölle auf Getreide auch gegen die Reklamationen der Pariser Arbeiterschaft hoch[43] und entwarf einen Plan zur schnellen Niederschlagung von Streikbewegungen durch die Armee. Eine fortgesetzte Annäherung an das zaristische Rußland unter seinem liberalen Außenminister Gabriel Hanotaux[44] entsprach nicht nur ganz den Plänen Leos XIII. zur Schwächung des Dreibundes, sondern kam auch den industriepolitischen Interessen von Fabrikanten wie Eugène Motte und den Familien Schneider und de Wendel entgegen[45]. Zeitgenossen sprachen bereits von einem *esprit nouveau,* der im Parlament herrsche.

Gleichwohl erwiesen sich auch während dieser retrospektivisch *expérience Méline* genannten Epoche die alten weltanschaulichen Gräben der französischen Politik als unüberbrückbar[46]. Zu mehr als einer parlamentarischen Zusammenarbeit waren die Rechtsliberalen und die Konservativen um Piou aus zwei Gründen nicht bereit. Dies betraf *erstens* die erneut aufgeworfenen Fragen zur Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche. Obwohl sich die Katholiken mit dem Segen Papst Leos XIII. an die Republik *ralliiert* hatten[47], bekannten sich nur 17 der 32

---

[42] Rudischhauser, Liberalismus, S. 143.

[43] Eine mutige Entscheidung angesichts der Rolle des Brotpreises in den Revolutionen von 1789 und 1848!

[44] Gabriel Hanotaux war Historiker und Mitglied der *Academie Française*, dem orleanistischen Zirkel in Paris *par excellence*. Sein Liberalismus verankerte ihn klar im Umkreis der *Revue des Deux Mondes* um Leute wie Paul Beauregard oder Anatole Leroy-Beaulieu und machten aus ihm einen der wenigen Außenminister der Dritten Republik, die kein Abgeordnetenmandat besaßen.

[45] Diese hatten für ihre Metallindustrie in den Bergbau im Ural und Czenstochowa investiert. Vgl. hierzu grundsätzlich Lebovics, Alliance, S. 169–179.

[46] Dies verkennt die Arbeit von Elwitt, Third Republic Defended, die von einem einheitlichen bürgerlichen Block der herrschenden Klasse ausgeht, ohne auf die weltanschaulichen Unterschiede auch nur einzugehen. Méline scheint in dieser Perspektive eine gleiche politische Couleur zu vertreten wie Briand oder Clemenceau, zwischen denen in der Außen- und Kirchenpolitik jedoch Welten lagen. Da der Autor allein sozialökonomische Parameter bei der politischen Klassifizierung zuläßt, gelingt ihm kein wirkliches Verständnis seines Gegenstandes.

[47] Papst Leo XIII. hatte 1885, sicherlich auch im Hinblick auf seine mehr als prekäre Lage im neuen Königreich Italien, in der Enzyklika *Immortale Dei* die Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt bekräftigt und festgestellt, daß Regierungsgewalt grundsätzlich an keine bestimmte Regierungsform gebunden sei. Er rief die französischen Katholiken zu einer Sammlung allein auf spirituellem Gebiet (*catholiques d'abord*) auf und warb für deren Mitarbeit an der Politik, vor allem der Sozialpolitik, auf der Basis der Verfassung. Sie sollten sich aus der monarchistischen Klammer lösen und an die Republik *ralli-*

Abgeordneten dieser *ralliés* zur laizistischen Staatsschule in Frankreich[48]. Auch in einer sehr hitzig geführten Debatte um die technische Änderung der Besteuerung von Orden[49] zerfiel die Gruppe um Piou und versagte schließlich mehrheitlich der republikanischen Regierung Ribot die Gefolgschaft, vor allem nachdem es in katholischen Hochburgen zu Demonstrationen gegen die Steueränderung gekommen war[50]. Auch innerhalb der Gruppe um Piou war umstritten, ob man von einer vollständigen Anerkennung der Republik („adhésion à la république") oder nur von einer freundlichen Hinnahme derselben („acceptance de la république"), vor allem im Hinblick auf ihre laizistische Gesetzgebung, sprechen sollte[51]. Solange jedoch das *Ralliement* der konservativen Katholiken aus Sicht der Republikaner nur halbherzig war, nutzten auch die engen Kontakte zwischen Méline und Lamy, die regelmäßig das politische Vorgehen absprachen, nichts. Eine liberalkonservative Fraktion im Parlament kam nicht zustande.

Als *zweites* Hindernis dafür sollte sich der Wahlkampf für die Kammerwahlen 1898 erweisen. Beide Strömungen, Rechtsliberale und *ralliés*, gerieten wieder in den Zugzwang, den Erwartungen des sie tragenden vorpolitischen sozialen Netzwerks, der jeweiligen Subkultur, zu entsprechen[52]. Bürgerliche Rechtsliberale wurden so wieder zu dezidierten Republikanern, die ihre republikanisch-laizisti-

---

ieren, wie es der Kardinal Lavigerie im berühmten *Toast d'Alger* formulierte. Der Papst war an einer Annäherung mit Frankreich, der *fille ainée de l'Eglise*, interessiert, weil er eine Schwächung des ihn bedrohenden Dreibundes erreichen wollte. Vgl. Larkin, The Church and the French Concordat, Montclos, Le toast d'Alger, O'Donnel, Lavigerie in Tunesia, und Denais, Jacques Piou, un apôtre de la liberté, S. 43f.

48 Mayeur, Droite et ralliés, passim.

49 Für die Änderung vom *droit d'accroisement* zum *droit d'abonnement* vgl. Dansette, Histoire religieuse de la France contemporaine, Bd. II, S. 241–246. Für die Episode vgl. den Bericht des Nuntius in Frankreich, Ferrata, Ma Nonciature en France, S. 544–566.

50 Den von der Regierung akzeptierten *ordre du jour* votierten nur fünf *ralliés*, acht enthielten sich, 13 stimmten dagegen, und zehn hatten sich wohlweislich beurlauben lassen; die Zahlen nach Sedgwick, Ralliement, S. 79. Für Hintergründe des v. a. in Cambrai aktiven Widerstandes, die zur Verurteilung des Erzbischofs von Cambrai führten, vgl. Mayeur, Abbé Lemire, S. 240–243.

51 Ein rechter Flügel der *ralliés* lehnte dezidiert den Begriff *adhésion à la république*, ab, da er eine Annahme auch der Schul- und Militärgesetzgebung bedeutet hätte; statt dessen sprach man öffentlich von der *acceptance de la république*, d. h. von der Hinnahme des konstitutionellen Faktums ohne Übernahme der republikanischen Kultur und all ihrer legislativen Errungenschaften. Auf der anderen Seite drängte ein linker Flügel der *ralliés*, der mit dem Ausdruck *adhésion* keine Probleme hatte, darauf, endlich das *ralliement* fortzusetzen und eine Verbindung mit den gemäßigten Republikanern, zumindest in der parlamentarischen Praxis, einzugehen. Unterstützt wurden sie von dem Katholiken Robert Pinot, dem späteren Generalsekretär des Verbandes der Schwerindustrie, dem *Comité des forges*, der in seinem Buch *L'Eglise et l'esprit nouveau* 1894 ebenfalls zur endgültigen Annahme (*adhésion*) der Republik aufrief. Belege bei Sedgwick, Ralliement, S. 58–60, der auch einen Brief Lamys in dessen Nachlaß entdeckt hat, wo dieser Piou deutlich kritisiert. Zur ambiguen Rolle Pious vgl. seinen Artikel *„Un programme de la Droite républicaine"* im *Figaro* vom 8. 1. 1893.

52 Über den Wahlkampf allgemein, vor allem über die Notwendigkeit der Kandidaten, die kulturell-religiöse Prägung ihrer Wähler durch bestimmte Schlagwörter zu befriedigen, vgl. Gammal, L'utilisation électorale du passé 1885–1898, und Bourreau, Les députés parlent aux électeurs.

sche Weltanschauung als quasi-religiöses Credo propagierten, während die *ralliés* wieder zu Katholiken wurden, die Erwartungen von Klerus und Kirchenvolk zu erfüllen hatten[53]. Weil die Kandidaten auf Grund des Fehlens von politischen Organisationen auf lokaler Ebene auf die Unterstützung von vorpolitischen Vereinen und Verbänden angewiesen waren, kam den weltanschaulich geprägten Subgesellschaften der *deux France* eine entscheidende Rolle beim Wahlkampf zu, da nur sie über die notwendige Organisationsstruktur verfügten.

Bei den großen katholischen Wahlkampfveranstaltungen, z.B. anläßlich der 1400-Jahrfeier der Taufe Chlodwigs in Reims, verschwanden die Unterschiede zwischen *ralliierten* und monarchistischen Kandidaten, ja es kam sogar mit Hilfe des Episkopats zu einer Verdrängung von liberalen Katholiken zugunsten von fundamentalkatholischen Monarchisten[54]. Auch die von Lamy ins Leben gerufene *Fédération électorale* mußte auf Druck der Kirche ihren konzilianten Kurs verlassen, Lamy wurde entmachtet und mußte zusehen, wie fundamentalkatholische Kreise seinen Wahlverbund in die Allianz mit den Monarchisten manövrierten. In einem letzten Gespräch mit Méline vor den Wahlen mußte Lamy auf Druck seines Lagers darauf beharren, daß die laizistische Schulgesetzgebung von den Katholiken nicht anerkannt werden könne und abzuschaffen sei[55]. Obwohl das Wort von

---

[53] Der Orleanist Denys Cochin betonte, seine „collaboration" mit den Republikanern höre da auf, wo die jeweiligen „principes fondamenteaux" tangiert würden. Umgekehrt rief ein Mitarbeiter Mélines, der gemäßigte Republikaner Delcassé, 1897 zur Rückkehr zur *union des républicains*, d.h. zur Einheit der rechten und linken Republikaner auf, die den *esprit nouveau* und Mélines Politik beenden sollte. Das Zitat von Cochin vom 12.3.1898 ist abgedruckt bei Shapiro, The Ralliement, S.41. Über den späteren Außenminister, der aus dem Umfeld Gambettas kam und als gemäßigter Republikaner das Departement Ariège vertrat, vgl. Zorgbibe, Delcassé.

[54] Federführend waren hierbei die *Assumptionisten* der katholischen Tageszeitung *La Croix* und Emile Keller, deren *ralliement* an die Republik stets nur ein Lippenbekenntnis gewesen war. Durch ihre Pressemacht und ihre finanziellen Ressourcen (sie gründeten ein *Comité Justice-Egalité*) gelang es ihnen, viele der neuen katholischen Vereine zu unterwandern und für eine katholische Sammlung zu mobilisieren, die *ralliierte* und monarchistische Katholiken gleichermaßen vereinte und die Folgen des *ralliements* wieder rückgängig machen sollte. APP BA 1964, Dossier La Croix Dossier Wahlen 1898: „La Croix s'est ainsi trouvé amenée à faire campagne contre un assez grand nombre de républicains modérés, et parmi eux, M. Ribot et même certains membres du gouvernement, tels que M. Barthou [...] elle divisait les membres de la majorité ministérielle suivant qu'elle les soutenait ou qu'elle les combattait en « libéraux et modérés », en « opportunistes » et en « opportunistes sectaires »." Ferner vgl. Marchasson, La Croix et le Ralliement, Rémond, Les Deux Congrès ecclésiastiques de Reims et de Bourges, Sedgwick, Ralliement, S.98, und für ein Beispiel auf lokaler Ebene, wo sich Liberale der *Centre gauche*-Tradition 1896 aus ihrer Allianz mit den *ralliés* lösten, da diese den Kongreß der christlichen Demokratie nach Lyon holten, vgl. Bernard, La dérive, S.58.

[55] Vgl. die Berichte bei Piou, Le Ralliement, S.73-78, und Lachapelle, Le Ministère Méline, S.173-181. Die Ursache des Scheiterns des ersten *Ralliements* wurde auch nach dem Ersten Weltkrieg wieder Thema der innerkatholischen Diskussion und begleitete unmittelbar den Verlauf des sogenannten zweiten *Ralliements*. Während ein katholischer Republikaner in der Tradition von Lamy, Pierre Dabry, die katholischen Integralisten um *La Croix* bezichtigte, das *ralliement* untergraben zu haben, beharrte der der AF nahestehende Harvard de la Montagne auf der Schuld der gemäßigten Republikaner, vgl. Dabry, Les catholiques républicains, S.566-575, und de la Montagne, A propos d'un Centenaire, S.68.

keinem Vertreter der *Droite* gebraucht wurde, zeichnete sich vor den Wahlen 1898 also eher die Etablierung eines *parti catholique* ab, von der Albert de Mun immer geträumt hatte[56] und die der päpstlichen Politik unter Leo XIII. so zuwider gewesen war, denn eine liberal-konservative Allianz.

Nicht nur das konservativ-katholische Lager, sondern auch das republikanisch-liberale hatte vor den Wahlen 1898 einen eigenen Weg beschritten und zu eigenen Organisationsformen gefunden. Ziel war ein moderner, den Erfordernissen der Zeit angepaßter, fortschrittlicher Liberalismus. Anführer dieser nun sich selbst *progressistes* nennenden Gruppe waren junge Politiker um Poincaré, Barthou, Leygues, Delcassé, Deschanel, Jonnart, und Ribot, die bereits einen neuen Typus des republikanischen Liberalen verkörperten, denjenigen nämlich, der nicht mehr um die Republik gekämpft, sondern sie vorgefunden hatte. Ihr Hauptanliegen war die Konservierung der Republik unter gradueller, „progressiver"[57] Ausgestaltung einer Sozialpolitik, die gleichermaßen die Agitation der Sozialisten wie der christlichen Demokratie konterkarieren sollte. Sie sparten auch nicht mit herber Kritik an der sich abzeichnenden katholischen Lagerbildung und dem zunehmenden Einfluß des Klerus auf die Politik[58]. Ihr republikanischer Liberalismus war durch ein revolutionsprophylaktisches Denken motiviert, das sich vom klassischen Liberalismus ebenso wie von einem starren Konservatismus unterschied. Protektionismus war als Mittel zum Schutz der französischen Bauern genauso akzeptiert wie die Lösung sozialer Probleme auf genossenschaftlicher Basis[59]. Im Gegensatz zu den in konservativ-katholischen Kreisen verbreiteten Dekadenzvorstellungen vertraute man dabei jedoch gleichsam fromm auf den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt[60].

---

[56] Vgl. Levillain, Albert de Mun, S. 995–999.

[57] Der Name *progressistes* rührte von einer Erklärung Deschanels aus dem Jahre 1893, der eine „politique progressive" angekündigt hatte. Bereits 1881 hatte Waldeck-Rousseau von „cette politique vraiment progressive qui consiste à n'avancer qu'avec sagesse, mais à ne reculer jamais" gesprochen, die eine eigene Form des republikanischen Liberalismus darstellen sollte, und so war es auch kein Wunder, daß der *Richelieu de la Troisième République* 1894 nach langjährigem Rückzug aus der Politik auf die parlamentarische Ebene zurückkehrte. Über die Rückkehr Waldecks vgl. die exzellente Studie von Sorlin, Waldeck-Rousseau, S. 353ff., das Zitat S. 207. Zum sozialen und gesellschaftlichen Hintergrund dieser jungen Progressisten, die allesamt dem Pariser Juristenmilieu entstammten, vgl. die Arbeiten von Le Béguec, Avocats, und ders., Les réseaux, S. 243ff. Speziell zu Ribot, der zu einem Führer des liberalen Progressismus werden sollte, vgl. Martin E. Schmidt, Alexandre Ribot und Desrumeaux, Alexandre Ribot.

[58] Vgl. Keiger, Poincaré, S. 78f., Mayeur, Louis Barthou et la question religieuse, S. 141f., ders., La vie politique sous la Troisième République, S. 160, und Vavasseur-Desperriers, Charles Jonnart.

[59] Vgl. hierzu die wichtigen Stellungnahmen von Jonnart bei Garrigues, Centre gauche, S. 315, und von Barthou bei Bosquest-Melou, Louis Barthou et la circonscription d'Oléron, S. 68.

[60] So hatte Paul Deschanel am 26.10.1896 festgestellt, daß Fortschritt niemals „contre l'histoire, la science et la civilisation" erfolgen könne, zitiert nach Sedgwick, Ralliement, S. 139. Über die Dekadenz vgl. Winock, Nationalisme, S. 103–112. Die Progressisten kamen wie Poincaré oder Ribot aus ländlichen Wahlbezirken des Nordens und Ostens, von denen die jüngste Forschung festgestellt hat, daß sie im Vergleich zum südlichen Frankreich früh von einer kapitalintensiven und motorisierten Landwirtschaft geprägt waren,

Der entscheidende Schritt zu einer selbständigen Organisation dieser *Progressisten* ohne die katholischen Konservativen war die Gründung des *Grand Cercle républicain* durch Waldeck-Rousseau und seinen Vertrauten Marcel Fournier von der *Revue politique et parlementaire* im März 1898[61]. Der *Cercle* sollte das Großbürgertum[62] aus Paris und den Provinzstädten mit den progressistischen Abgeordneten in Verbindung bringen und eine Vernetzung aller gemäßigt republikanischen Kräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft herbeiführen[63]. Der Wahlkampf hatte bis dato nämlich gezeigt, daß das disziplinierte Auftreten der Sozialisten und Radikalsozialisten und ihrer vorpolitischen Verbände sowie der katholischen Rechten die Position der *Progressisten* in ihren Wahlkreisen zunehmend bedrohte. Ohne die Anbindung an vorpolitische Verbände und allein auf ihr sozialmoralisches Prestige vertrauend, waren sie den Anforderungen des Wahlkampfes in Zeiten aufkommender Massenbewegungen nicht mehr gewachsen. Die Verbindung mit den führenden Kräften in Industrie und Handel sollte finanziell und personell das Vakuum füllen, das zwischen einem *progressistischen* Kandidaten und der Wählerschaft bestand. Obwohl letztlich die flächendeckende Implantierung des *Cercle* im ganzen Land scheiterte und er nur dort reüssierte, wo sozialistische Agitation den Weg zu einer bürgerlichen Sammlung geebnet hatte (Rouen, Lille, Roubaix, Nancy, Belfort), manifestierte sich doch in ihm letztlich ein eigenständiger Organisationswille der *Progressisten*. Eine zentral gesteuerte Wahlallianz zwischen *Progressisten* und *ralliés* gelang infolgedessen nicht[64], die rechts-

---

die eine ländlich-konservative Lebenswelt und technischen Fortschritt verbanden, vgl. Mayand, La petite exploitation rurale triomphante, und Hubscher, L'agriculture et la société rurale dans le Pas-de-Calais.

61 Ausführlich dazu Sorlin, Waldeck, S. 375–388.

62 Der Jahresmitgliedsbeitrag lag bei 200 Franc! Vgl. die Kritik im *L'Éclair* vom 27.1.1898 an den Progressisten: „Nos confrères ne s'occupaient que de la propriété et des intérêts matériels, laissant de côté les grands principes de morale et de religion." Vgl. Marcel Fournier, L'Organisation du parti progressiste, in: *Revue politique et parlementaire*, vom November 1897.

63 Die Kandidaten der gemäßigten Republikaner wurden mangels einer festen Organisation vor 1898 bzw. 1902/03 oft als *nebuleuse progressiste* bezeichnet, vgl. X, Le Parti Progressiste, in: *Revue politique et parlementaire* vom Juni 1897. Ein erster Schritt der Organisation war die Konstituierung eines *Comité national républicain du Commerce et de l'Industrie*, das eine einheitliche Unterstützung der zerstreuten progressistischen Kandidaten unternahm, die bisher von den beiden größten progressistischen Bündnissen, der *Union Libérale Républicaine* und der *Association Nationale Républicaine* protegiert wurden. Über den gut untersuchten Fall des Departements Rhône, wo es eine Allianz von Opportunisten und Liberalen ebenfalls unter Ausschluß der *ralliés* gab, vgl. Bernard, La dérive, S. 78–80.

64 Lediglich in Einzelfällen wie bei den Kandidaturen von Jacques Piou oder von Eugène Motte konnte eine Einigung erzielt werden: Waldeck setzte bei den katholischen Industriellen in Roubaix die Unterstützung des liberalen Motte durch, während Piou selbst mit Méline zuvor die Unterstützung der Progressisten in Toulouse für sich ausgehandelt hatte. Ansonsten traten rechtsliberale Kandidaten, die sich nun Progressisten nannten, unabhängig und oft gegen katholische Kandidaten an, die von der *Fédération Lamy* investiert wurden. Vgl. Sorlin, Waldeck-Rousseau, S. 388, Fußnote 180, sowie Segdwick, Ralliement, S. 145. Während die *ralliés* in der Regel im zweiten Wahlgang für den gemäßigten Kandidaten zu votieren empfahlen, scheuten viele Republikaner dieses Bündnis und trugen damit nicht unerheblich zur Wahlniederlage der *ralliés* bei. Für eine regionale Analyse der Differenz Katholiken vs. *modérés* 1898 vgl. Faury, Cléricalisme et anticléricalisme, S. 209ff.

liberalen *Progressisten* blieben aus Sicht der Katholiken „de l'autre côté de la barricade"[65].

2. *Progressisten* und *ralliierte* Katholiken im französischen Kulturkampf (1898–1914)

Teile der konservativen Rechten hatten sich also verändert, indem sie sich an die Republik *ralliiert* hatten und die gemäßigten Republikaner in ihrer sozialkonservativen Politik unterstützten. In ihren Reihen dominierten nicht mehr aristokratische Großgrundbesitzer allein, sondern es fanden sich auch Industrielle und Bildungsbürger, die der Konterrevolution abgeschworen hatten und die Republik als legalen Status quo akzeptierten. Gleichwohl blieben diese Kreise gesellschaftlich mit der konservativ-katholischen Subgesellschaft verbunden, d. h. sie unterhielten weiterhin Beziehungen zum Klerus und zum katholischen Vereinsmilieu, deren Grundwerte und Leitvorstellungen sie immer noch teilten. Solange diese Grundwerte nicht mit den laizistisch-republikanischen Grundwerten vereinbar waren, wurden sie von den gemäßigten Republikanern immer noch mit Mißtrauen beäugt. Dies galt um so mehr für die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts, die in Frankreich im Zeichen des Kulturkampfes standen.

War das Jahrzehnt vor der Jahrhundertwende im politischen Raum von den Folgen sozialer und gesellschaftlicher Umbrüche im Zuge der Modernisierung gekennzeichnet gewesen, so sollte nach der Jahrhundertwende die Auseinandersetzung des französischen Staates mit der römisch-katholischen Kirche das politische Geschehen dominieren. Höhepunkte dieses Kampfes waren nach der Dreyfus-Affäre die Gesetzgebung für Kongregationen (1901/4), die Aufhebung der Botschaft am Vatikan (1904) und das Kirchentrennungsgesetz (1905). Die Tatsache, daß dieser Kulturkampf mit europaweit beispielloser Härte und Leidenschaft geführt worden ist, erklärt sich insbesondere aus einer emotionalen Bewältigung der Industrialisierung und Modernisierung. Soziale Umbrüche und Veränderungen führten bei der Suche nach Orientierung zu einer Rückbesinnung auf klassische Deutungsangebote und Weltanschauungen, die damit politisch aufgeladen wurden. Ähnlich wie im Deutschen Reich, wo die beiden Konfessionen eine zweite Blüte durchlebten[66], zeichneten sich auch in Frankreich die *deux France* durch großen Zulauf und eine neue Dynamik aus. Die Systemfrage hatte sich, gerade nach der Dreyfus-Affäre, mit der nach einer laizistischen oder christlichen öffentlichen Moral und Lebensweise verbunden und so zu einer Deckungsgleichheit des

---

[65] So urteilte noch 1921 der ACJF-Vorsitzende Coppin über den Progressisten Jonnart: „Les Catholiques du Pas-de-Calais, qui veulent se souvenir, savent que, depuis 1885, M. Jonnart s'est toujours trouvé devant eux, dans les luttes électorales, de l'autre côté de la barricade, le drapeau laïque à la main, en compagnie des Radicaux, des Franc-Maçons et des Sectaires", Brief Coppins an Guiraud vom 30.10.1921, in: AN 362, AP 148, Dossier 1.

[66] Olaf Blaschke hat gar von einem zweiten konfessionellen Zeitalter – nach dem ersten im 16. Jahrhundert – gesprochen. Vgl. seine Einleitung in ders., Konfessionen im Konflikt. Daß dieser Begriff wohl etwas überzogen ist, haben Carsten Kretschmann und Henning Pohl, Ein „Zweites Konfessionelles Zeitalter"?, herausgestellt.

religiös-gesellschaftlichen Gegensatzes mit dem der politischen Rechten und Linken geführt[67]. Aristokratische Konservative, Katholiken, Klerus und bald auch Nationalisten verdichteten sich zu einem konservativ-katholischen Lager, das durch die gleichzeitige Entstehung eines laizistisch-republikanischen Lagers als Gegenpol zusammengehalten wurde[68].

Erste Verwerfungen der parteipolitischen Strukturen, die hier nicht im Detail vorgestellt werden können, wurden durch die Dreyfus-Affäre und der mit ihr verbundenen Entstehung einer radikalnationalistischen Rechten bewirkt. Die liberalen *Progressisten* zerfielen in einen linken Flügel, der die rechtsstaatlichen und freiheitlichen Grundwerte verteidigen, und einen rechten Flügel, der die Ehre der Armee nicht beschmutzen wollte und der die Republik nur als beste legale Staatsform zur Sicherung der eigenen materiellen Interessen wahrnahm[69]. Méline, der repräsentativ für diesen rechten Flügel der *Progressisten* war, vertrat mithin kein substantielles, sondern ein formalistisches Verständnis der Republik. Im Zuge der Ausweitung der Dreyfus-Affäre, die in Straßenkämpfen und einem Staatsstreichversuch gipfelte[70], schlossen sich die rechten *Progressisten* sogar einer neuartigen Organisation an, der nationalistischen, den parteienpolitischen Pluralismus ablehnenden *Ligue de la Patrie Française*[71].

---

[67] Es bedürfte einer eigenen Studie, diese Modernisierungsbewältigung durch Rückgriff auf vorhandene Deutungsmuster systematisch zu untersuchen. Hinweise finden sich bei Kittel, Provinz zwischen Reich und Republik, S. 108ff., und allgemein für die etwas besser untersuchte politische Kultur der Linken bei: Berstein, La culture républicaine, und Mollenhauer, Auf der Suche nach der „wahren Republik".

[68] So blieb auch die christlich-demokratische Bewegung ebenso in das Lager der *Droite* eingebunden, wie die sozialistische in das der *Gauche*, da sie unter Jean Jaurès keine eigene Klassenkultur pflegte, sondern die Nähe zu den Radikalsozialisten suchte. Die Eingebundenheit der sozialistischen Kultur in das große Bett der *Gauche* vor 1914 stellte einen entscheidenden Unterschied zur Geschichte des deutschen Sozialismus dar. Eine eigene Arbeiterkultur und Arbeiterbewegung schälte sich in Frankreich nur in wenigen industriellen Zentren heraus, ansonsten blieben Sozialisten in ihrem sozialen Hintergrund und ihrer gesellschaftlichen Verwurzelung von den Radikalsozialisten kaum unterscheidbar, vgl. Touchard, La gauche en France, S. 52ff. und 63f., und Bergounioux, Socialisme et République avant 1914.

[69] Vgl. Huard, Aboutissements préparés, und Cahm, Un courant des idées méconnu.

[70] Vgl. Joly, Dictionnaire, S. 409–470, sowie ohne Archivmaterial Sternhell, La Droite révolutionnaire, ferner George, Provinciales: la France aux quatre coins, und Berstein, La ligue. Für den Staatsstreichversuch Paul Déroulèdes vgl. Joly, Déroulède, S. 279-322. Typisch für einen angehenden *Progressisten* ist die Haltung Louis Marins, der an seine Eltern im September 1898 schrieb: „Je ne suis plus l'affaire que de loin, bien que je sois pris entre deux feux par mes amis, tous avancés dans un camp ou dans l'autre, et entre lesquels, malgré mon parti pris dans un sens, je réussis tout de même à servir de lien commun.", Brief Marins an seinen Vater, undatiert [September 1898], in: AN 317, AP 225.

[71] Vgl. für das folgende Rioux, Nationalisme et Conservatisme, und Joly, Dictionnaire, zu Paris und den verschiedenen Großstädten, sowie ders., Les antidreyfusards avant Dreyfus. Zwei lokale Beispiele für die Allianz der bürgerlichen Rechtsliberalen mit den Nationalisten und der klassischen Rechten zur Bewahrung der „nationalen Größe" finden sich in Rouen, vgl. Fuller, Belle Époque French Nationalism: The Case of Rouen, und im lothringischen Meurthe-et-Moselle, vgl. Serman, The nationalists of Meurthe-et-Moselle.

Obwohl diese Hinwendung zur radikalen Rechten nur von kurzer Dauer war[72], blieb bei den rechten *Progressisten* das Stigma der Republikfeindschaft haften, weshalb es auch bis zum Ende der Dritten Republik im Jahre 1940 zu keiner Wiedervereinung mit dem linken Flügel des Liberalismus mehr kam[73]. Das nationalkonservative Kampfbündnis der *Ligue de la Patrie Française* zerfiel trotz gewonnener Munizipalwahlen in Paris im Jahre 1900, nicht zuletzt weil die *Progressisten* gewalttätige Straßenagitationen der mit der *Ligue* verbundenen antisemitischen und nationalistischen Banden[74] in Paris ablehnten[75]. Einen ähnlichen Rückzug leiteten auch die gemäßigten Kräfte bei den konservativ-katholischen *ralliés* ein, die ebenfalls der *Patrie* beigetreten waren, nun aber schockiert den offensiv propagierten Antisemtitismus ihrer eigenen Presse (*La Croix* und *La Libre Parole*) konstatieren mußten[76]. Gerade die Würdenträger des ersten *Ralliements* distanzierten sich von den radikalen Nationalisten, die sich bald im Umfeld der neugegründeten *Action Française* sammeln sollten[77]. Auch zwischen gemäßigt-liberalen Katholiken einerseits und radikal-nationalistischen Katholiken andererseits entwickelte sich so eine tiefe Kluft, die sich bis 1940 nicht mehr schließen sollte[78].

Diese Zersplitterung der politischen Strömungen zwischen der bürgerlichen Mitte und der konservativen Rechten setzte sich in besonderem Maße unter dem Eindruck der 1901 erlassenen Vereinsgesetzgebung (*loi des associations*) fort[79]. Mit die-

---

72 Vgl. z.B. den Brief von Lannes de Montebello an Ribot vor den Wahlen 1902: „Les nationalistes continuent à me causer les plus grands ennuis par leur agitation et leur turbulence." Brief vom 26.2.1902, in: AN 563, AP 37. Méline selbst enthielt sich, wie Poincaré und Leygues, in der Debatte um die Exilierung Déroulèdes 1901, vgl. Joly, Déroulède, S. 327.

73 Vgl. Bernard, La diffusion, S. 142. Für die Kritik Poincarés an Mélines Haltung vgl. dessen Brief vom 10.5.1899 an Méline, zitiert bei Keiger, Poincaré, S. 96, und die Explosion der *progressistischen* Allianz in Lyon bei Bernard, La dérive, S. 97–99, und im Tarn bei Faury, Cléricalisme et anticléricalisme, S. 213.

74 Vgl. dazu Watson, The Nationalist Movement in Paris, Ménager, Nationalists and Bonapartists, und Larkin, La République en danger?

75 Vgl. Missoffe, La vie volontaire d'André Tardieu, und Ferry, Un républicain modéré face à l'Affaire.

76 Die Bedeutung des Antisemitismus für den Katholizismus in Frankreich ist immer wieder hervorgehoben worden, vgl. Pierrard, Juifs et catholiques français. Für die Dreyfus-Affäre vgl. Birnbaum, L'Affaire Dreyfus, culture catholique et antisemitisme, Duclos, Catholiques et juifs autour de l'affaire Dreyfus, Sorlin, Les Croix et les juifs, und Wilson, Ideology and Experience, S. 125–166 und 509–584. Demgegenüber steht jedoch auch die Tatsache, daß einige prominente Katholiken sogar in das Lager der Dreyfus-Anhänger gehörten, vgl. Mayeur, Les catholiques dreyfusards.

77 Für de Mun vgl. Levillain, Albert de Mun, S. 429, und Duclos, Catholiques, S. 41. Piou, Le Ralliement, S. 84, verurteilte 1928 immer noch die Unruhen von Drumont, *La Libre Parole* und Déroulède, die dem *Ralliement* der Katholiken nur geschadet hätten. Für den Abbé Lemire vgl. Mayeur, Abbé Lemire, S. 254. Die Radikalisierung des Konservatismus im Zuge der Entstehung der *Action Française* ist häufig behandelt worden, vgl. Weber, Action Française, S. 19–62, Sternhell, La Droite révolutionnaire, und Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche.

78 Für die gemäßigten Provinzaristokraten vgl. Brelot, Entre nationalisme et cosmopolitisme, S. 347ff., und die Kritik von Barrès an den mutlosen „cléricaux fournis par le monde Piou", Brief vom 18.11.1902 an Maurras, in: Barrès/Maurrasa, La République ou le Roi, S. 389.

79 Vgl. Bomier-Landowski, Les Groupes Parlementaires.

ser wurde nicht nur die rechtliche Grundlage für die Entstehung politischer Parteien geschaffen, sondern es wurden auch die katholischen Kongregationen und Orden an eine Autorisierungspflicht durch das Parlament gebunden[80]. Obwohl *Progressisten* und *ralliés* dies geschlossen mit der gesamten Rechten ablehnten, fanden sie in ihrer gemeinsamen Opposition gegen das Regierungsprojekt nicht zueinander. Dies lag zum einen daran, daß die *ralliés* das Regierungsprojekt vor allem aus *religiösen* Gründen ablehnten, weil sie darin eine Beschneidung des katholischen Glaubens und der Gewissensfreiheit sahen. Die *Progressisten* hingegen argumentierten nicht von einem religiösen Standpunkt aus, sondern beriefen sich auf die republikanische Freiheit, die einem jeden, auch Ordensleuten, die Vereinsfreiheit zugestehe[81]. Bedeutsamer war jedoch die Tatsache, daß nicht wenige *ralliés* die einsetzende Agitation und Revolte vor einzelnen Ordenshäusern gegen die Staatsgewalt unterstützten, während die *Progressisten* auf legalistischem Kurs blieben und dem Klerus und den Ordensleuten keinesfalls das Recht zugestanden, sich gewalttätig gegen die staatliche Gesetzgebung zur Wehr zu setzen[82]. Diese unterschiedliche Positionierung führte dazu, daß beide Gruppen unabhängig voneinander politische Organisationen gründeten, obgleich der anstehende Wahlkampf 1902 eigentlich ein gutes Fundament für eine gemeinsame Oppositionspartei hätte bieten können.

Mit Hilfe beträchtlicher kirchlicher Gelder und dem päpstlichen Segen starteten Jacques Piou und Albert de Mun eine breite Mobilisierungskampagne in Paris und der Provinz gegen die Kongregationsgesetzgebung, wobei sie auf den niederen Klerus und die verschiedenen Werke des Vereinskatholizismus zurückgriffen[83]. Ziel war es, durch den gemeinsamen Kampf die katholischen Parlamentarier und das Wählermilieu enger zu verzahnen, d.h. der Fraktion der *ralliés* eine außerparlamentarische Basis zu geben. Am 17. Mai 1902 wurde deshalb eine „liberale Volksaktion", die *Action Libérale Populaire (ALP)*, gegründet[84], die sich durch drei Charakteristika auszeichnete: zum *einen* durch das Bekenntnis zur politischen Aktion, im Zweifelsfall auch außerhalb des Parlaments und nicht nur zu Wahlkampfzwecken[85]. Dafür war *zweitens* eine möglichst enge Verstrickung mit

---

[80] Hintergrund war die Tatsache, daß einige Kongregationen die Straßenagitation während der Dreyfus-Affäre unterstützten und öffentlich ihre Republikfeindschaft bekundeten. Vgl. Machelon, Le titre III de la loi du 1er juillet 1901 relative au contrat d'association.

[81] Bernard, Les Droites parlementaires et les dispositions anticongréganistes, und Garrigues, Les libéraux face à la loi de 1901.

[82] Piou und Paul Lerolle nahmen an Kundgebungen in den Provinzen teil, während Ribot und andere *Progressisten* das Gewaltmonopol des Staates betonten. Für Lokalstudien vgl. Sorrel, Droits acquis ou régime général?, und Ménager, Conséquences dans le Nord.

[83] Für die Unterstützung der ALP durch die Kongregationen, die zur Verheimlichung über ein anonymes Bankkonto in London getätigt wurde, vgl. die Berichte vom 1.7.1902, in: AN, F/7 12878, und die gute Analyse von Martin, The Creation, S.674. Die Unterstützung durch den Papst hat die Öffnung der Vatikanarchive für die Zeit Leos XIII erwiesen. Vgl. Larkin, The Vatican, France and the Roman Question.

[84] Grundsätzlich Flornoy, La Lutte par l'association, S.40ff., sowie Martin, The Creation, S.670, und Huard, Aboutissements. Die Hinzufügung des Adjektivs *populaire*, das später die Christlichen Demokraten der PDP weiterführen sollten, bezeugt den Willen zur Einbeziehung aller Volksschichten und deren dauerhafter Anbindung.

[85] Vgl. die Darlegung der Prinzipien in Jacques Piou, Comment se défendre, in: *Le Correspondant* vom 10.10.1904: es mangele den *modérés* an „formation, entraînement, encadre-

der katholischen Subgesellschaft Frankreichs notwendig, d.h. mit den Verbänden des Sozialkatholizismus, der katholischen Jugend und der katholischen Frauenbewegung, die bisweilen über 600000 Mitglieder zählte[86]. Die enge Verzahnung mit dem Sozialkatholizismus hatte *drittens* unmittelbare Auswirkungen auf die politische Programmatik der ALP, da diese das großbürgerlich-agrarische Programm der *ralliés* der 1890er Jahre zugunsten einer christlich-sozialen Programmatik aufgab[87]. Ihre Unterabteilung der *Section d'Etudes Sociales* entwickelte sich sogar zu einem Hort sozialkatholischer Ideenverbreitung, insbesondere was korporatistisch-berufsständische Ideen anlangte[88]. Die ALP hatte damit einen Modernisierungsschritt vollzogen hat, der sie zukünftig in gleich dreifacher Hinsicht von den gemäßigten Republikanern absondern sollte. Einerseits überwand die ALP den typischen Honoratiorenparlamentarismus und griff sowohl durch ein zentral festgelegtes Programm wie durch die Vernetzung von gesellschaftlichen Verbänden mit den politischen Komitees in die bisherige große Unabhängigkeit der ihr angehörenden Parlamentarier ein. Zweitens suchte sie die Angliederung möglichst vieler sozialkatholischer Vereine, so daß sie bald über eine Mitgliederzahl von mehr als 200000 verfügte. Schließlich erhielt die ALP durch Sozialkatholiken wie de Mun oder Paul Lerolle eine antibürgerliche Färbung[89].

---

ment, un mot d'ordre, un drapeau". Deshalb sei die ALP als Volksaktion gegründet worden. Konkrete Beispiele sind das Auftreten der ersten ALP-Lokalverbände im Zuge des Protestes gegen die Kongregationsgesetzgebung, z.B. im Nord, vgl. Ménager, Conséquences dans le Nord, S.218.

[86] In enger Kooperation mit den *Cercles Ouvriers*, der *Association catholique de la Jeunesse Française*, der *Jeunesse Libérale* und der *Union des Travailleurs libres* erhielt die ALP ein religiöses und soziales Profil, das in manchen Gegenden auch noch um Frömmigkeitsvereine ergänzt wurde. Vgl. ALP du Gers, Règlement Intérieure, Auch 1902. Ein weiteres Spezifikum der ALP war sodann die Anbindung an eine seit 1901 zügig wachsende katholische Frauenbewegung, deren zwei Repräsentanten, die eher royalistische *Ligue des Femmes Françaises* (LFF) und die *rallierte Ligue Patriotique des Françaises* (LPDF), eine bis dato unbekannte Mobilisierungskraft im städtischen und ländlichen Katholizismus entfalteten. Einführend Dumons, Des femmes catholiques face à la loi.

[87] Albert de Mun setzte gegen die reservierte Haltung des bürgerlichen Piou durch, daß das Sozialprogramm zu einem regelmäßigen Bestandteil des *Bulletin de l'Action libérale populaire* wurde und ging in manchen seiner sozialen Forderungen, über die noch zu sprechen sein wird, über den bloßen *amour mutuel* der päpstlichen Enzykliken zur sozialen Frage weit hinaus. Im Programm der ALP hieß es „amélioration progressive et pratique de la condition des travailleurs des champs et des villes dans un esprit de justice et d'amour mutuel", abgedruckt bei Piou, Le Ralliement, S.300.

[88] Zum Hintergrund vgl. Levillain, Albert de Mun, S.961f. und 977–980, sowie Mayeur, Catholicisme social et démocratie chrétienne, S.27–38, über Henri Bazire, Henri Lorin und den Abbé Lemire. Entscheidend war dabei, daß der sozialreformerisch-paternalistische Flügel des Katholizismus in der Nachfolge von Le Play völlig zurückgedrängt wurde. Schreckbild für alle *Progressisten* war z.B. der Industriebetrieb des Sozialkatholiken Léon Harmel im Val-de-Bois, in dem es Formen der betrieblichen Mitsprache für Arbeiter gab.

[89] Der *Progressist* Isaac hat diese Allianz der Orleanisten mit der Kirche stets kritisiert und schreibt rückblickend über seine Heimatstadt Lyon: „La nécessité de lutter contre le jacobinisme ayant jeté la bourgeoisie dans les bras de l'Eglise, le libéralisme a été tenu en suspicion par les vieilles familles influentes." Eintrag vom 26.4.1919, Isaac, Carnets, S.330.

Gleichzeitig mit der ALP hatte sich auch der linke Flügel der *Progressisten* in einer politischen Gruppierung organisiert, der *Alliance républicaine démocratique (AD)*[90], wodurch für die rechten *Progressisten* um Méline die Gefahr bestand, zwischen den beiden neuartigen Parteien in der laufenden Legislaturperiode zermahlen zu werden[91]. Aus diesem Grund verschmolzen die beiden bestehenden Netzwerke der *Centre-Gauche*-Liberalen, die *Union libérale républicaine* (ULR), und der Nationalrepublikaner, die *Association nationale républicaine* (ANR) mit der parlamentarischen Gruppe der Anhänger Mélines, der *Alliance républicaine progressiste* (ARP), 1903 zur ersten offiziellen Partei der Rechtsliberalen, der *Fédération républicaine* (FR) [92]. Diese parteiartige Organisation war durch die Art und Weise ihrer Gründung, die personelle Zusammensetzung und ihre Programmatik von Anfang an deutlich von der kurz zuvor entstandenen ALP unterscheidbar. In ihrer Organisationsform blieb sie erstens einem honoratiorenparlamentarischen Politikverständnis verpflichtet, das keine permanenten Basisstrukturen für die Partei und die Parlamentarier vorsah, d. h. kaum auf Lokalverbände aufbaute und auch den Mitgliedsbeitrag allein auf vermögende Bürger zuschnitt[93]. Zweitens bewahrten ihre Mitglieder, obwohl darunter auch gläubige Katholiken waren, eine deutliche Distanz zur kirchlichen Hierarchie und gerade auch zur ALP, „qui ne sont libéraux que lorsqu'ils sont persécutés. De plus nous devons à tout prix empêcher la création d'un parti catholique, [...] ce serait à notre frais"[94]. Daraus

---

[90] Sie sammelten sich zunächst in der Gruppe der *Union démocratique* und konstituierten dann die AD, vgl. Sanson, L'Alliance Démocratique, S. 65–70, und dies., Adolphe Carnot et l'Alliance républicaine démocratique.

[91] Über den Hergang zur Gründung vgl. Brief Aynards an Ribot, vom 2. 8. 1903, in: AN 563, AP 27.

[92] Über die ULR und ihren Chef Henri Barboux vgl. Le Béguec, Henri Barboux, und zur ANR vgl. Le Béguec, Les élites. Allgemein zur Gründung der FR Bernard, La diffusion, S. 139ff., und Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 20ff. Die schwierige Position der *Progressisten* zwischen *Gauche* und *Droite* hat auf regionaler Ebene auch Jean Quellien, Bleus, Blancs, Rouges, S. 190f., nachgewiesen.

[93] Kritisch bereits dazu Brief Aynards an Alexandre Ribot vom 17. 4. 1900, in: AN 563, AP 27: „Pas de parti, pas d'autorité, pas de discipline, et le culte de l'existence personnelle, voilà ce qui s'appelle le progressiste." Motte hat dies explizit auf dem Gründungskongreß formuliert: „Nous fondons la Fédération Républicaine, parce que les chefs du parti progressiste estiment que l'organisation du parti, en dehors du Parlement, manque de cohésion." Zitiert in der 1939 verfaßten Parteigeschichte *Au Service du Pays*, erhalten im Nachlaß Marin AN 317, AP 70. Durch die Unterteilung der Mitglieder in die dominierenden *membres fondateurs* und *membres sociétaires*, die jeweils 500 bzw. 100 Francs pro Jahr Mitgliedsbeitrag zahlen mußten, sowie die einflußlosen *participants* bzw. *adhérents* mit 20 bzw. 5 Francs, wurden zudem Barrieren gegen mögliche Elemente errichtet, die nicht aus denselben führenden gesellschaftlichen Schichten kamen wie die Gründungsväter. Der Schwerpunkt der Mitglieder lag aus diesem Grunde eindeutig beim liberalen Wirtschafts- und Bildungsbürgertum, v. a. bei deren parlamentarischen Vertretern.

[94] Brief Aynards an Ribot vom 18. 5. 1903, in: AN 563, AP 27. Auch andere gemäßigte Republikaner, die persönlich durchaus Sympathien für den Katholizismus hatten, bzw. schlicht selbst gläubig waren, wurden durch die geballte Organisation der ALP abgestoßen, wie z. B. der sehr religiöse, spätere Staatspräsident und *républicain de gauche* René Coty aus Le Havre, vgl. Ardaillou, Les républicains modérés du Havre. Selbst ein liberaler Katholik wie der Textilunternehmer Auguste Isaac kritisierte in seinem Tagebuch die ALP und ihre enge Verbindung zu Kirche und Klerus und hielt sich von ihren Zirkeln

erklärt sich drittens eine konsequent an sozialökonomischen Kriterien orientierte Programmatik, die jeden Anschein einer religiösen Motivation in politischen Fragen verhindern wollte. Daß gerade Eugène Motte, der Textilfabrikant und Sieger über den Sozialistenführer Guesde im Wahlkampf 1902 zum Vorsitzenden der neuen FR gewählt wurde, illustriert mehr als deutlich diese wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung der Partei[95].

Die Bewahrung des wirtschaftsliberalen Status quo, d.h. die Abwehr sozialistischer und radikalsozialistischer Forderungen nach staatlichen Sozialversicherungen, Beschränkung der Arbeitszeit und anderen staatlichen Eingriffen in die Ökonomie des Landes, standen damit im Mittelpunkt des Interesses der *Progressisten*[96]. Wie Gilles Le Béguec nachgewiesen hat, operierten im Umkreis der FR mehrere, sich personell überschneidende bürgerliche Interessenorganisationen, die sich teilweise als Arbeitgeberverbände, teilweise, unter dem Deckmantel der *défense des contribuables*, als Kampfverbände des Besitzbürgertums verstanden und in den 1890er Jahren entstanden waren. Zu diesen zählten z.B. die *Ligue des Contribuables* um Jules Roche, die *Union du commerce et de l'industrie pour la défense sociale* um Paul Beauregard, die *Fédération des industriels et commerçants* um André Lebon oder die *Fédération des contribuables* um Josef Kergall[97]. Die

---

fern. Eintrag zum 9.5.1906, Isaac, Carnets, S.33: „Ah cette fameuse Action libérale qui devait tout écraser, qui a reçu tant d'argent des douairières, qui a fait tant d'embarras, et traité les progressistes et les libéraux de Turc-à-Maure, quel désastre!"

95 David Gordon, Liberalism and Socialism in the Nord, hat nachgewiesen, daß Motte, dessen Textilwerke in Roubaix 5000 Arbeiter beschäftigten, ab 1895 eine Annäherung mit den bürgerlichen Radikalen suchte, gerade um alle antisozialistischen Kräfte zu bündeln. Er bezog auch katholische Industrielle mit ein, jedoch nur, sofern sie die Republik akzeptierten.

96 Eine gute Verkörperung dieses beinahe dogmatischen Antietatismus war Eugène Touron, ein langjähriger Gefolgsmann Mélines und selbst Besitzer einer Baumwollspinnerei in Saint-Quentin (Aisne). Touron gehörte dem *Comité Directeur* der FR an, versuchte aber gleichzeitig als Präsident der Handelskammer in seiner Heimatstadt Arbeitgebernetzwerke zu etablieren, wobei ihm unter anderem 1901 die Gründung der *Union des syndicats patronaux des industries textiles de France* gelang. Diese „kapitalistische" Haltung Tourons wurde vom Katholiken Isaac im übrigen kritisiert, da er selbst eine patronale Verantwortung für die Arbeiterschaft akzeptierte. Vgl. Eintrag vom 17.6.1911, Isaac, Carnets, S.153. Isaac, der mit Touron im nationalen Beratungsgremium für soziale Fragen, dem *Conseil du Travail*, saß, schrieb am 24.11.1912 ferner: „Touron m'irrite par son absolutisme, son intransigeance, ses refus perpétuels opposés aux réclamations ouvrières. Il est dur, cassant, violent et un mauvais type de patron." Zum doktrinären Liberalismus in Frankreich und dem Herr-im-Haus-Standpunkt vgl. Rudischhauser, Liberalismus, S.210–217.

97 Vgl. Le Béguec, Les élites économiques, und ders, L'éveil, S.220ff. Weitere Beispiele für die sich organisierende *bourgeoisie d'affaires* sind Georges Picot, der Comte de Chambrun oder Joseph Thierry. Sie alle gehören in das Umfeld der großindustriell-agrarischen Sammlung, die von Méline im Rahmen der *Association de l'Industrie et de l'Agriculture Françaises* schon 1894 auf den Weg gebracht worden war. André Lebon gehörte eher in das Umfeld der AD als der FR, war aber maßgeblich an der Sammlung aller Arbeitgeber interessiert und arbeitete mit dem *progressistisch* dominierten Verband der Bergbau- und Metallarbeitgeber (UIMM) zusammen. Vgl. Dubos, André Lébon, S.279f. und 296f. Maurice Ponthière hat sehr treffend dieses Milieu der *Progressisten* nach 1903 beschrieben, zu dem in den Departements in der Regel „la demi-douzaine d'industriels, de marechands en gros et d'avocats" sowie „un général en retraite" gehörten, in: Les Partis de Droite, S.54.

FR war insofern die erste „bürgerliche" Partei Frankreichs, die ihr Selbstverständnis nicht mehr aus dem revolutionär-antiklerikalen Erbe des Liberalismus bezog, sondern aus dem Bewußtsein heraus, einer eigenen sozialen Schicht, eben der bürgerlichen, anzugehören. Ihr Liberalismus bezog sich vor allem auf die doktrinär verstandene Markt- und Gewerbefreiheit, die durch die Forderungen der Sozialisten bedroht war[98].

Mit FR und ALP hatten sich also eine bürgerliche und eine katholische Rechtspartei etabliert, die nun im Zuge des fortgesetzten Kulturkampfes in Frankreich ihre unterschiedlichen Positionen beibehielten, obgleich beide im Grunde genommen als liberal-konservativ bezeichnet werden können[99]. Die regierenden Radikalsozialisten[100], zumeist Freimaurer wie der Staatschef Combes, führten 1902–1905 ihre laizistische Politik fort und trennten sich zunächst außenpolitisch, durch die Abberufung des Botschafters am Vatikan, dann auch innenpolitisch, durch das Gesetz zur Trennung von Staat und Kirche, von der katholischen Kirche, die ihrerseits wiederum von antimodernistisch-fundamentalkatholischen Kräften um Pius X. dominiert war. Weil beide Seiten, die laizistischen Radikalen und die Fundamentalkatholiken, ihre Positionen mit doktrinärer Härte verteidigten[101], konnte die religiöse Frage zum Bedauern vieler *Progressisten*[102] die französische Politik über Jahre hinweg dominieren. Nach einer kurzen Annäherungsphase zwischen ALP und FR aus wahltaktischen Gründen[103] schlugen beide jedoch wieder ge-

---

[98] Zum ideengeschichtlichen Hintergrund vgl. Rousselier, L'Europe des Libéraux, und ders., La culture politique libérale.

[99] Beide Parteien haben den Begriff nicht gebraucht, weil er zu sehr mit der alten Aristokratie verbunden war. Auguste Isaac sprach jedoch in seinem Tagebuch sehr offen und analytisch von der *opposition libéral-conservatrice* oder den *conservateurs libéraux* und meinte damit die FR und den liberalen Flügel der ALP. Vgl. Eintrag vom 22.6.1907, Isaac, Carnets, S. 69, und Eintrag vom 6.5.1912, Isaac, Carnets, S. 180.

[100] Grundlegend: Rébérioux, La République radicale?, Lalouette, La Libre Pensée, Baal, Histoire du radicalisme, S. 25ff., Kaiser, Les Grandes Batailles du radicalisme, S. 254ff., und die Regionalstudie von Vallin, Paysans rouges du Limousin, S. 240f. und 344.

[101] Vgl. Baal, La Tradition d'intransigeance, Dansette, Histoire Religieuse, S. 307–311, Larkin, The Separation Issue in France, Estèbe, Un théâtre politique renouvelé, sowie Baal, Combes et la République des comités.

[102] Auguste Isaac, der als liberaler Katholik Klerikale wie Antiklerikale verabscheute, bedauerte diesen Umstand zutiefst: „Ainsi donc, de quelque côté que l'on se retourne, c'est toujours la question religieuse qui fait, chez nous, le fond de la politique. [...] Etre croyant, être incroyant, voici ce qui creuse le fossé entre les hommes, et un fossé qu'il me semble que rien ne pourra combler." Eintrag vom 23.12.1913, Isaac, Carnets, S. 222. Die gleichen Vorbehalte äußerte auch der progressistische Abgeordnete Louis Marin 1906, vgl. im Anhang das Dokument Nr. 1.

[103] Piou bot Méline eine parlamentarische Allianz an, von der *Union démocratique* bis ganz rechts. Er betonte aber: „Méline [...] ne sait pas ce que sa majorité, si faible, me coute d'accusations et d'outrages". Dies galt zumal, da Piou selbst sein Mandat verloren hatte. Brief an Ribot vom 3.5.1902, in: AN 563, AP 38. Vgl. auch den Brief des Kardinals Baudrillart an Ribot vom 20.3.1903, in dem er ihn als große Erleichterung aller Katholiken bezeichnet und ihm seine „admiration que méritent votre attitude et vos paroles dans la défense de nos libertés" ausdrückt, in: AN 563, AP 27. Bei der Vorbereitung des Wahlkampfs für die Senatswahlen 1904 scheint sich ferner eine gewisse Arbeitsteilung durchgesetzt zu haben, die einerseits der ALP eine propagandistische und organisatorische Rolle zuschrieb, andererseits den *Progressisten* dort, wo sie das Mandat innehatten,

trennte Wege ein, weil die religiöse Frage sie im Grunde eher trennte als verband. Zwar waren die *Progressisten* aus Gründen der außenpolitischen Staatsräson gegen eine Auflösung der Botschaft am Heiligen Stuhl, eine Einmischung des Papstes in Regierungsakte des französischen Staatspräsidenten lehnten sie jedoch strikt ab[104]. Die ALP verteidigte hingegen den Papst, und der Besuch de Muns in Rom im gleichen Jahr stellte mehr als deutlich die ultramontane Ausrichtung der Partei zur Schau[105].

Ähnliche Trennlinien verliefen zwischen beiden Parteien auch während der Debatte um die Kirchentrennung[106], nachdem sich zuvor die ALP auf einem großen Kongreß mit 900 Delegierten aus 78 Departements als erste konservative Partei modernen Zuschnitts konstituiert hatte[107]. Die *Progressisten* unterstützten den Ansatz, die Kirchenorganisation in die Hände der Laien zu legen, blieben aber bis zur Schlußabstimmung im Parlament unentschieden, ob die Trennung von Staat und Kirche, oder nicht doch ein neues Konkordat die bessere Lösung dafür sei[108].

Wahlkampfgelder der ALP zukommen ließ, vgl. die Berichte vom 21.12. und 24.12.1903 über die Wahlen in: AN, F/7 12878. Über die parlamentarische Absprache berichtet das ALP-Mitglied Hyacinthe de Gailhard-Bancel, Quatorze années de Défense-religieuse, S.15. Die Sondierungsgespräche bestätigt auch eine Akte in: AN F/7 12878 vom 18.5.1904.

104 Grundlegend: Georges Picot, Les Garanties de nos libertés. La liberté individuelle, in RDDM vom 15.7.1903. Der päpstliche Staatssekretär Merry del Val hatte den Besuch des französischen Staatspräsidenten Loubet in Rom kritisiert, was von den *Progressisten* auch im Parlament nicht gebilligt wurde, vgl. Bernard, La dérive, S.117.

105 *Progressisten* und v.a. die Nationalisten aus Paris um Syveton verschrien die ALP gar als „Papisten", Bericht vom 27.5.1904 in: AN, F/7 12878. Die katholischen Reaktionen bei Larkin, The Separation issue in France.

106 Grundlegend Mayeur, La Séparation de l'Eglise et de l'Etat, und Larkin, The Separation issue in France, S.146–169, und Capéran, L'Invasion laïque.

107 Polizeiberichte bescheinigten der ALP gleichzeitig eine solide Präsenz in 60 Departements. Über die Entfremdung und den Kongreß vgl. Martin, The Creation, S.680. Auf diesem Kongreß wurde dann auch ein umfassendes Programm mit vielen Einzelpunkten präsentiert. Über die Komitees vgl. die Karten bei Huard, Naissance du Parti politique, S.230–235.

108 Vgl. die empörte Position Isaacs im Eintrag vom 20.12.1906, Carnets, S.55: „Il nous semble que la question de la hiérarchie ne valait pas la peine qu'on lui sacrifie tant de biens, et surtout tant d'organisations qui avaient coûté tant de peines à édifier. Et puis, nous autres, laïcs, trop souvent témoins de l'impéritie administrative des membres du clergé, nous ne pouvons nous faire à cette méfiance qui subordonne les fidèles aux prêtres, même en matière d'administration, car les cultuelles n'étaient pas autre chose que des instruments ou des organismes administratifs". Grundlegend hierzu ein Brief Ribots an die englische Zeitung *National Review* vom 26.6.1904, in dem er schreibt: „J'éstime que les hommes qui veulent éviter à notre pays les graves conséquences d'une rupture violente avec l'Eglise catholique doivent s'acheminer dès à présent vers la séparation, en proposant des mésures de transition tout à fait indispensables dans l'intérêt de l'Etat aussi bien que dans l'intérêt de l'Eglise catholique [...] Je ne suis pas sûr d'être entièrement d'accord avec beaucoup de mes amis politiques qui considèrent encore le concordat de 1802 (sic) comme la meilleure garantie de la paix religieuse." In: AN 563, AP 38. Ribot hat ähnlich wie Piou versucht, über den Mittelsmann Denys Cochin Direktverhandlungen von Rouvier mit Pius X. einzuleiten, um eine Separation zu verhindern, ebenfalls ohne Erfolg, vgl. Larkin, The Separation issue in France, S.147. Für das Verhalten der Gruppe und die Abspaltung eines linken Flügels vgl. Vavasseur-Desperriers, Association, S.128.

Ganz im Gegensatz zur zögernden Haltung der *Progressisten* unternahmen die Redner der ALP unmittelbar nach Beginn der Separationsdebatte eine Propagandakampagne im Parlament und im Land gegen das Gesetzesprojekt[109]. Gemeinsam mit den katholischen Würdenträgern zeigte sie sich als wahre „Volksaktion", die den breiten außerparlamentarischen Protest nicht scheute[110]. Ihre einstimmige Ablehnung der Kirchentrennung im Parlament und ihre gleichzeitige Kampagne im Land sorgten dafür, daß die ALP nun endgültig den Primat der *défense-religieuse*-Strategie angenommen hatte und als das auftrat, was sie nie zugeben wollte zu sein: ein *parti catholique*[111].

Diese Entwicklung der ALP hin zu einer katholischen Milieupartei ähnlich dem deutschen Zentrum verfestigte sich zunehmend. Im Zuge der integralistischen Neuorientierung der päpstlichen Politik unter Pius X. verdichteten sich auch in Frankreich katholischer Klerus, Vereinskatholizismus und konservativ-katholische Parteistrukturen zu einem katholischen Lager[112], das gesellschaftlich Züge eines sozialmoralischen Milieus bzw. einer Subgesellschaft annahm[113]. Der landesweit wichtigste politische Verband, der dieses Milieu repräsentierte, war die ALP: Als „Volksaktion" war sie personell und strukturell mit dem katholischen Vereinsmilieu und der vom Klerus dominierten *action catholique* vernetzt und scheute auch nicht davor zurück, diese beim Widerstand gegen die staatliche Verwaltung zu unterstützen. Als strikt ultramontan ausgerichtete Partei folgte sie dem integralistischen Kurs von Pius X. und unterwarf sich in Frankreich der episkopalen Macht. Aus diesem Grund verlor sie ihren liberalen Charakter, den sie sowohl personell wie programmatisch am Anfang nach außen gekehrt hatte, und übernahm den intransigent-antimodernistischen Katholizismus als Weltanschauung. Sie war deshalb zunehmend auch bereit, der katholischen Sammlung den Primat einzuräumen und ihre konstitutionellen Prinzipien erst an zweiter Stelle fungieren zu lassen. Dies führte sogar bisweilen zu einer gewissen Annäherung an die neo-

---

[109] Seine Kritik am Separationsgesetz zeigt klar, daß seine Vorstellungen immer noch sehr der traditionellen Rechten verhaftet waren: „Avec la loi de Séparation, prévalait une conception nouvelle empruntée à l'école rationaliste, la raison emancipée, devenue l'unique source de toute vérité, se faisait à elle-même sa religion et son Dieu", vgl. Piou, De l'une guerre à l'autre, S. 137. In der Vorstellung, die rationale Republik erhebe sich selbst zu einer quasi-religiösen Form, knüpfte er ohne weiteres an die Kritik eines Joseph de Maistre oder Chateaubriand an der Französischen Revolution an.

[110] Vgl. grundsätzlich das zeitgenössische Buch des liberalkatholischen Journalisten Julien de Narfon (*Le Figaro*), La Séparation des Églises et de l'Etat. Nur wenige, wie der Abbé Lemire, hielten sich von den gewaltsamen Umtrieben fern, vgl. Mayeur, Abbé Lemire, S. 313–325.

[111] Vor allem Albert de Mun, dessen legitimistischer Katholizismus bekannt war, entwickelte sich zum Chef der landesweiten Propaganda, vgl. Martin, Count de Mun, passim.

[112] Grundlegend Cholvy/Hilaire, Histoire Religieuse, Bd. 2, S. 171–228, dort auch S. 202ff., für die verschiedenen Regionen; Einzelbeispiele: Chaline, Des catholiques normands, S. 123f., 135 und 156f., Sorrel, Introduction, S. 27f., Brugerette, Le Prêtre français, Bd. 3, S. 75–90.

[113] Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zur Rezeption der heuristischen Kategorie „sozialmoralisches Milieu" in der Geschichtswissenschaft, v. a. für die Erforschung des deutschen Katholizismus, vgl. Blaschke/Kuhlemann, Religion in Geschichte und Gesellschaft, zur Subgesellschaft vgl. Altermatt, Katholische Subgesellschaft.

monarchistischen Kreise der AF, zumindest in manchen Regionen[114]. Auch wenn die französische Geschichtsforschung immer wieder den Begriff einer *parti catholique* für die ALP abgelehnt hat, scheint es aus unserer Sicht angebracht, zumindest für die Jahre zwischen Kirchentrennung und Erstem Weltkrieg die ALP als Partei des politischen Katholizismus zu fassen. Zwar erreichte sie nie die Festigkeit und Stärke des deutschen Zentrums – obwohl manche ihrer Anführer dieses als Vorbild sahen[115] – sie verstand sich aber selbst als Integrationspartei aller Katholiken, d.h. offen für alle Gläubigen, die das katholische Weltbild teilten und bereit waren, es auch politisch einzufordern[116].

Auf der anderen Seite unterschieden sich die in der FR gesammelten *Progressisten* grundlegend von den intransigenten Politikern der ALP. Trotz ihrer Kritik an den linksrepublikanischen Regierungen zwischen 1899 und 1914 bildeten sie eine konstruktive und systemloyale Oppositionsfraktion und -partei, die auf dem Felde der Außen- und Kolonialpolitik auch zur gemeinsamen Mehrheit mit der linken Mitte bereit war[117]. Diese partielle Bereitschaft zur Mitarbeit an den republikanischen Mehrheiten war dabei Ausdruck eines gemeinsamen Erfahrungshorizontes, den die *Progressisten* mit den anderen liberalen Gruppen teilten. Dazu gehörte ein ähnliches Ausbildungscurriculum, Mitgliedschaft in den gleichen industrienahen und bildungsbürgerlichen Verbänden und ein gleicher Argumentationsstil[118]. Die *Progressisten* gehörten deshalb zu den *modé-*

---

114 Schließlich vermerkten auch die Akten vom 6.12.1912 der polizeilichen Überwachung, daß die gemäßigt-liberalen Kräfte innerhalb der ALP immer weniger wurden, während, wie ein Bericht über eine Sitzung der ALP-Parteiführung betonte, die Ultramontanen um Laya, die getarnten Royalisten um Cavallier und die Bonapartisten um Villeneau den Hauptteil dieses neuen „étrange salade d'opinions" ausmachten, in: AN, F/7 12878.

115 Deutlich sagt dies Jean Guiraud in einem Brief an Erzbischof Gauthey von Besançon vom 12.3.1914: „C'est par des groupements semblable au notre qu'en Allemagne l'élement catholique, représentant cependant une minorité est devenue l'élement le plus important du Reichstag", in: AN 362, AP 151/5.

116 In einer handschriftlichen Erklärung zur ALP an den Papst vom Februar 1914 schreibt de la Rochefoucauld: „L'ALP par son origine et sa finalité est le parti catholique, constitutionnel, français; comme catholique, l'ALP professe toute entière la doctrine de l'Eglise Catholique, reprouve tout erreur et toute tendance doctrinale contraire aux plus purs enseignements de l'Eglise et accepte sans réserves et avec une filiale soumission les directions du Suprême Pontifex [...] Elle est libérale! non qu'elle admette le Liberalisme condamné par l'Eglise, [...] comme matérialisme, [...] mais uniquement parce qu'elle veut défendre la liberté de l'Eglise." In: AN, 142 AP 14.

117 Vgl. Vavasseur-Desperriers, Associations, Bernard, La diffusion, Sanson, L'Alliance républicaine démocratique: une reformulation du Centre gauche. Höhepunkt der *progressistischen* Annäherung nach links war schließlich der Eintritt des langjährigen Vorsitzenden der FR, Joseph Thierry, in das Ministerium Barthou 1913, der den Ausschluß der *Progressisten* von politischen Ämtern seit der Dreyfus-Affäre beendete.

118 Vgl. Dubos, Organisation des réseaux modérés sous la IIIe République: André Lebon, S.310, und Le Béguec, Avocats, S.69. Zum sozialgeschichtlichen Hintergrund vgl. Charle, La bourgeoisie de robe, und ders., Elites, S.36ff. Über die Rolle der Schulen vgl. Anceau, Les écoles du Parlement. Gerade die Bedeutung der Anwaltskammern und deren Vorsitzende für die *modérés* sind in jüngster Zeit hervorgehoben worden. Vgl. Karpik, La profession libérale. Speziell über die *conférences du stage* und die *Molé-Tocqueville* vgl. Le Béguec, Entrée, S.787ff., ders., Les réseaux, S.246ff., ders., Prélude à la République des avocats, und ders., L'Aristocratie du barreau. Für die gemeinsame Schulbildung als *boursier conquérant* vgl. Sirinelli, Des boursiers conquérants?

rés[119], d.h. den klassischen Vertretern eines Honoratiorenparlamentarismus, die als eine historisch-soziale Gruppe einer bürgerlichen Führungsschicht gefaßt werden können, welche die Dritte Republik vor allem vor dem Ersten Weltkrieg geprägt hat. Ihr Grundverständnis war gleichermaßen meritokratisch und elitär, weil in ihren Augen nur derjenige für das politische Geschäft geeignet schien, der eine wirtschaftliche, juristische oder akademische Karriere und die dadurch geschulte Rhetorik vorweisen konnte[120]. Die *Progressisten* waren insofern, wie auch die übrigen *modérés*, der Erscheinung des Berufspolitikers und des Parteifunktionärs zutiefst abgeneigt und hielten zu allen politischen und vorpolitischen Basisstrukturen, also gerade auch zum katholischen Vereinsmilieu, Distanz[121]. Ihre politische Organisation, die FR, überwand den Typus der locker und informell verbundenen Honoratiorenpartei nicht[122], und mehrere Versuche, der Partei ein festes programmatisches Profil zu geben, erwiesen sich als äußerst schwierig[123]. Der ALP-Abgeordnete de Gailhard-Bancel sprach daher von sich selbst als „convaincu", im Gegensatz zu den „modérés", die keine wirkliche Überzeugung außer den eigenen Ambitionen besäßen[124]. Auch der Nationalist Maurice Barrès hatte zu dieser Zeit wenig übrig für „cette manière conciliante, décorative, ce bon ton" eines *Progressisten* wie Alexandre Ribot, mit dem „il cherche la nuance et par là prétend concilier"[125].

---

[119] Annäherungen an den Begriff bietet Francfort, Réflexion sur le mot «modéré».

[120] Typisch hierfür ist ein Brief des *Progressisten* Lefas, der als katholischer Republikaner des bretonischen Ille-et-Vilaine sowohl die *agents locals* der alten Aristokratie wie die *comités locals* der Republikaner im Wahlkampf ablehnte. Der Brief ist zitiert bei Vavasseur-Desperriers, Associations, S. 124. Ähnliches hat auch Eck, Louis Marin et la Lorraine, S. 338, festgestellt. Über das meritokratische Politikverständnis der *modérés* allgemein Rousselier, Remarques sur l'étude des parlementaires, und Le Béguec, Entrée, S. 86, der diese These sehr prononciert vertritt.

[121] Vgl. den eindrucksvollen Brief von Aynard an Ribot vom 6.1.1907, in dem er den Duc d'Audiffred als orleanistischen Idealtyp eines liberalen Monarchisten lobte, mit dem man immer habe zusammenarbeiten können. Kein Vergleich dazu sei das Übel, daß von der „parti catholique" (sic) und der durch Pius X. intensivierten „action sociale du clergé" auf die *Progressisten* hereingebrochen sei, in: AN 563, AP 27.

[122] Was zum Teil auch aus den eigenen Reihen beklagt wurde, z.B. von Gourd und Isaac (beide Lyon): „Nos amis ne se préparent jamais d'assez longue main, ils improvisent, ils ne s'organisent pas." Eintrag vom 10.1.1909, Isaac, Carnets, S. 104. Die FR entsprach ganz dem Typus der *parti des cadres* von Duverger, Les Partis politiques, S. 84ff.

[123] Ungelöst blieben die Konflikte zwischen Freihändlern und Protektionisten (Eintrag vom 21.2.1909, Isaac, Carnets, S. 106f., und Anderson, Conservative Politics, S. 176) sowie zwischen dem Thierry-Flügel (für staatliche Intervention bei Sozialversicherungen) und den orthodox-liberalen Kräften, vgl. Bernard, La dérive, S. 218f.

[124] In der Erinnerung an diese Debatte qualifizierte der ALP-Abgeordnete de Gailhard-Bancel die *Progressisten* Benoist, Laniel und Lefas („un républicain catholique"), als Politiker, die nur aus ökonomischen Gründen (sic) gegen die Separation seien, während Plichon, Grousseau und er selbst echte „défenseurs attitrés de l'Eglise" seien. Nicht umsonst hatte de Gailhard-Bancel seit seiner Verteidigung der Jesuiten 1901 den Spitznamen *le Jesuite*, vgl. Quatorze années de Défense religieuse, S. 113–115. Den verunglimpfenden Charakter der ALP-Redner betont auch Ponthière, Les Partis de Droite, S. 38.

[125] Dabei fehle es ihm an „spiritualité" und „courage", in: Barrès, Cahiers 1896–1923, S. 396 und 502. Ganz im Gegensatz dazu steht das Bekenntnis von Isaac, das gegen die *convaincus* der ALP gerichtet ist: „Mon libéralisme en religion comme en politique

Während der letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg begannen sich diese in der Zeit der Dreyfus-Affäre entstandenen Parteiformationen langsam aufzulösen, da neue Herausforderungen und damit neue Konfliktlinien das politische Geschehen beherrschten. Insbesondere die Außenpolitik und die Haltung gegenüber dem Deutschen Reich rückte in den Mittelpunkt der parlamentarischen Debatte. Vor diesem Hintergrund waren viele liberal und national eingestellte Katholiken innerhalb der ALP mit dem dezidiert konfessionellen Kurs der Parteiführung nicht mehr einverstanden[126]. Nach den Wahlen 1910 verließen 19 der 53 ALP-Parlamentarier ihre Fraktion, um sich im Zeichen der nationalen Versöhnung bei den *Progressisten* einzuschreiben[127]. Sie konterkarierten damit die Intentionen der Parteiführung, auf dem Wege zur Milieupartei weiter fortzuschreiten und ein Pendant zum deutschen Zentrum zu werden[128]. Dieser Übertritt löste eine Kettenreaktion bei den *Progressisten* aus, bei denen sich der linke Flügel um Thierry nicht mit den Katholiken kompromittieren wollte und eine eigene Fraktion gründete[129]. Der anschließende Parteikongreß der FR endete beinahe mit dem Auseinanderbrechen der Partei, welche daraufhin bis 1914 in einen Zustand politischer Lähmung verfiel und keinerlei Akzente mehr setzen konnte[130].

---

consiste à croire qu'on obtient plus par la persuasion que par la contrainte, et qu'il faut éclairer les gens, et non les enfermer dans une forteresse." Eintrag vom 14.4.1912, Isaac, Carnets, S. 178.

126 Dank eines Polizeiberichts sind wir darüber informiert, daß kurz nach den Wahlen die legitimistischen Monarchisten eine Abmachung mit de Mun zur künftigen Zusammenarbeit getroffen hatten, um eine Kampagne in der Schulpolitik zu betreiben. Damit wäre auch parlamentarisch genau jene katholische Allianz aus *ralliés* und Monarchisten entstanden, die außerparlamentarisch in vielen *Unions Diocésaines* bereits existierte und deren gemeinsames Fundament ein zur Weltanschauung verformter antimodernistischer Katholizismus bildete. Dies überdehnte jedoch offensichtlich die Bereitschaft der liberalen Katholiken und Nationalisten, sich in eine katholische Weltanschauungspartei einzufügen und im Konflikt um die Schule deren Leitvorstellungen zu propagieren. Berichte vom 14.12.1910, 4.1.1911 und v.a. 26.2.1911, in: AN, F/7 12878.

127 Die 19 Namen bei Vavasseur-Desperriers, Association, S. 132f. Dort auch dessen etwas kurze Analyse dieses hochinteressanten Phänomens. Zudem hatte sich eine neue Gruppe der *Non-Inscrits* gebildet, die zu großen Teilen aus der der ALP-nahestehenden Nationalisten wie Barrès, Ancel, Josse, Binder, Pugliesi -Conti bestand.

128 Vgl. den Brief Pious an de la Rochefoucauld vom 6.4.1913: „Malgré la réserve que nous nous sommes imposée depuis des années, nous croyons de notre devoir de signaler au Saint-Siège la situation des catholiques à l'approche des élections. Cette situation vous est connue, nous vous serions reconnaissants de l'exposer au Saint-Siège dans toute sa realité. Vous avez vu de près les divisions qui se sont produites dans nos rangs, le glissement qui se fait à gauche, la diminuition progressive du nombre de nos élus et de nos moyens d'action. Une lutte engagé sur le terrain religieuse ou sur celui de la vieille Union Conservatrice aboutira à un echèc certain, et, en cas de succès, à une victoire aussi stérile que le fut celle de 1889." In: AN 142, AP 14.

129 Vgl. Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 29ff.

130 Schon 1910 beklagte Aynard die Uneinigkeit der *modérés*, die bereits ohne Autorität eines Chefs angetreten waren, vgl. Brief an Ribot vom 27.4.1910, in: AN 563, AP 27. Es muß auch weiterhin von einer unvollständigen programmatischen Übereinstimmung von FR und *groupe progressiste* ausgegangen werden, vgl. die Analyse eines Artikels von Jules Roche bei Bernard, La diffusion, S. 150f. Nach dem Rücktritt von Thierry führte die FR unter dessen Nachfolger Charles Prévet sowie den ihn umgebenden „melinisti-

Je mehr die Konfliktlinie Laizismus/Klerikalismus zwischen 1912 und 1914 hinter derjenigen von Nationalismus/Pazifismus zurücktrat, desto schneller verschwammen die Konturen und Profile der einzelnen Parteien, von der bürgerlichen Mitte bis ganz rechts. Die bürgerlich-liberalen Fraktionen, bei Teilen der Radikalen angefangen, schlugen sich zunehmend auf die Seite des Nationalismus und näherten sich darin der politischen Rechten an, während Radikalsozialisten und Sozialisten weiter an internationaler Verständigung und Pazifismus festhielten. Eine bürgerlich-nationale Allianz, eine Art Block der *conservation*[131], manifestierte sich von der linken Mitte bis zu den Katholiken zum ersten Mal in der Wahl Poincarés zum Staatspräsidenten 1912. Gleichwohl ist die Kohäsion dieser Art „Großblock der Rechten" jedoch zu Recht in Frage gestellt worden[132]. Dies bestätigt auch das Verhalten von ALP und Progressisten: Bei der ALP konnte Albert de Mun nur mit Mühe die Unterstützung für den „Laizisten" Poincaré gegen die fundamentalkatholischen Kreise durchsetzen[133], obwohl auch große Teile der katholischen Subgesellschaft von der nationalen Euphorie ergriffen waren[134]. Vor allem Piou und sein späterer Nachfolger, de la Rochefoucauld, gaben nun sogar die Idee einer antimodernistisch ausgerichteten katholischen Milieupartei auf und begannen, sich von den monarchistischen und integralistischen Elementen in ihren Reihen zu distanzieren[135]. Auch die *Progressisten* hatten die dreijährige Dienstpflicht ins Programm aufgenommen und die Verteidigungsbereitschaft sowie die *concorde nationale* zur obersten Zielsetzung erklärt[136]. Ansonsten scheiterten aber alle Versuche, die alte Einheit zwischen ihrem linken und rechten Flügel wieder-

---

schen" Senatoren Touron, Guillier, Boivin-Champeaux, Brindeau und Milliard ein unbedeutendes Dasein ohne Initiativen.

131 Vgl. Goguel, Politique, S. 145, und Becker, 1914: Comment les Français, S. 69ff. Von einem großen, die *Union Sacrée* präfigurierenden nationalen Block hat auch Weber, The nationalist revival, gesprochen. Die Abwendung der AD von der pazifistischen Strömung der Radikalen erfolgte nach den Wahlen 1910, vgl. Sanson, L'Alliance Démocratique, S. 207.

132 Krumeich, Aufrüstung und Innenpolitik, S. 219ff.

133 Wichtig ist hier die von Keiger, Poincaré, S. 148, ausführlich zitierte Tagebuchnotiz über Albert de Mun, der Poincaré eine Unterstützung ohne Bedingungen anbot, allein im nationalen Interesse. Vgl. auch Barrès, Cahiers, S. 284, der ähnliches berichtet, und den Brief Jean Guirauds vom 26. 6. 1914, der gegen de Mun und Piou eine *union des catholiques* wiederherstellen möchte, auch mit den Monarchisten, abgedruckt im Anhang Dokument Nr. 2.

134 Vgl. grundlegend Weber, The Nationalist Revival, passim, und der wichtige, den *nationalist revival* auf eine breite soziale und kulturelle Ebene stellende Aufsatz von Nord, Social defense and conservative regeneration. Für die Verbindung von Nationalismus und Katholizismus vgl. auch Sternhell, Maurice Barrès et le nationalisme français, S. 309ff., und vor allem für die nationale Begeisterung der katholischen Jugend, Becker, 1914: Comment les Français, S. 37ff., und Cohen, Piety and Politics.

135 Piou selbst schrieb: „En s'enfoncant de plus en plus dans l'absolu, en ayant toujours sous les yeux le modèle de la vieille société ou la Monarchie et l'Eglise s'appuyaient l'un sur l'autre, où le Roi était l'Evêque du dehors, ils rassemblent un peu à ces naïfs de l'Inde, qui ayant vu le soleil se coucher à l'Ouest attendent qu'il s'y lève". Brief an de la Rochefoucauld vom 29. 7. 1913, in: AN 142, AP 14.

136 Seit 6. 6. 1913 war die *Loi de trois ans* Teil des Programms der FR, vgl. Krumeich, Aufrüstung und Innenpolitik, S. 92–95.

herzustellen: Auch nach den Wahlen 1914 saßen die Mitglieder der FR in zwei unterschiedlichen Fraktionen des Parlaments[137]. Ähnlich wie die ALP stand nun auch die FR kurz vor der inneren Auflösung, eine Koordinierung des Blocks der *conservation* im ganzen hatte trotz nationalistischer Atmosphäre nicht stattgefunden[138]. Dafür befand sich die Struktur des französischen Parteiensystem rechts der Mitte kurz vor der endgültigen Zersetzung.

[137] Vgl. Vavasseur-Desperriers, Association, S. 137.

[138] Piou erzählte mit einer gewissen zynischen Trauer von diesen Wahlen 1914, die so stark die „grandeur de la patrie" in den Vordergrund gestellt hatten, jedoch die Rechte nicht einigte: „Comment battre ses adversaires quand on se bat entre soi?" in: D'une guerre à l'autre, S. 200. Dies betont wohl noch aus eigener Erfahrung auch Dansette, Histoire Religieuse, S. 388.

II. Die französischen Katholiken und der Erste Weltkrieg: Aufbruch aus der Gegengesellschaft

Der Erste Weltkrieg hat ohne Zweifel eine dramatische Veränderung im Verhältnis der französischen Katholiken zur Dritten Republik mit sich gebracht. Die politisch-ideologischen Gräben, die Frankreich geteilt hatten, verloren mehr oder weniger über Nacht ihre Bedeutung und wichen dem gemeinsamen Siegeswillen aller Franzosen. Das folgende Kapitel wird daher teilweise die politische Analyseebene verlassen und den Focus auf Vorgänge in der Gesellschaft richten, insbesondere auf das, was im vorigen Kapitel als die katholische Subgesellschaft bezeichnet worden ist. Dies ist nötig, weil das parteipolitische Geschehen im Verlauf des Krieges stark an Relevanz verlor, während sich gleichzeitig gesellschaftliche Veränderungen von großer Tragweite ereigneten. Da das konservativ-katholische Lager, wie oben ausgeführt, durch eine enge Verzahnung von politischem Katholizismus und katholischem Sozialmilieu geprägt war, mußte das Verhalten der unteren Ebene dieses Lagers, d.h. der sozial- und vereinskatholischen Basisstrukturen, während des Krieges große Auswirkungen auf die politische Ebene haben. Das folgende Kapitel wird daher versuchen, einen Überblick über das Verhalten des französischen Katholizismus im Krieg zu geben, gerade auch über das des Klerus und der katholischen Subgesellschaft, indem es einzelne Veränderungen schlaglichtartig herausgreift und als Indikatoren eines allgemeinen Prozesses betrachtet. Der Fokus der Untersuchung wird dabei auf der Frage liegen, warum und wie sich die Katholiken aus ihrer Gegengesellschaft lösten. Das Kapitel gliedert sich in zwei große Abschnitte: zum ersten eine Untersuchung des katholischen Sozialmilieus, Kirche und Laien, in der Kriegsgesellschaft (1-3), und zum zweiten eine Analyse der unmittelbaren Auswirkungen dieses Verhaltens auf die politische Ebene während des Krieges (4 und 5).

Für die gesellschaftliche Ebene wird zunächst das Verhalten der Katholiken zu Kriegsbeginn, d.h. nach Verkündung der *Union Sacrée*, im Mittelpunkt stehen. Weshalb konnte es gelingen, einen Teil der französischen Gesellschaft, der sich noch kurz zuvor aus der nationalen Gemeinschaft ausgestoßen fühlte – und zwar in einem weit größeren Maß als der Katholizismus in Deutschland – schnell in die nationale Einheit einzubinden? Sodann werden die konkreten Verwirklichungen der *Union Sacrée* behandelt werden, d.h. der alltägliche Beitrag der Katholiken zur „Vaterlandsverteidigung". Die Tätigkeit von Feldgeistlichen, die Unterstützung des Klerus für die Kriegsanleihen sowie die katholische Auslandspropaganda sollen als repräsentative Beispiele für die Realität des katholischen Beitrags zur inneren Einheit erörtert werden. Schließlich soll auch noch ein Kapitel über die katholische Frauenbewegung, genauer über die *Ligue Patriotique des Françaises*, nachvollziehen, wie sich die katholischen Vereinsstrukturen aus ihrer Gegengesellschaft herauslösen konnten. In einem zweiten Teil wird dann die politische

Ebene wieder in den Mittelpunkt rücken. Die langsame Akzeptanz der parlamentarischen Republik durch die fundamentalkatholische Zeitung *La Croix*, die Aufnahme des liberalen Monarchisten Denys Cochin in die Regierung Briand und die Mitarbeit der Katholiken an der staatlichen Waisenversorgung, der *pupilles de la Nation*, werden beweisen, daß der gesellschaftlichen Eingliederung der Katholiken in die republikanische Gesellschaft auch eine politische folgte. Als letztes schließlich werden die Beziehungen der französischen Katholiken zum Papst behandelt werden, die, weil sie stark unter dem Eindruck der päpstlichen Friedenspolitik standen, von einer Lockerung der ultramontanen Bindung und einem nationalkatholischen Eigenweg gekennzeichnet waren.

1. Die *Union Sacrée* 1914: erste Annäherungen der Katholiken an die laizistische Republik

Wie das letzte Kapitel ausgeführt hat, waren die Jahre von 1911–1914 bereits im Zeichen einer „nationalen Erhitzung" gestanden, durch die die traditionelle Konfliktlinie zwischen Katholiken und Laizisten in den Hintergrund gedrängt worden war. Im Zuge einer spirituell geprägten Erneuerungsbewegung hatten sich ehemalige Republikaner wie Ernest Psichari oder Charles Peguy dem Katholizismus geöffnet, weil er die geistig-moralischen Grundlagen für einen defensiven Nationalismus bieten konnte[1]. Umgekehrt hatte sich ein Katholik wie Albert de Mun aus seiner katholischen Intransigenz gelöst und den republikanischen Regierungen zugearbeitet[2]. Innerhalb des Katholizismus war sogar die Konfliktlinie zwischen einem gemäßigt sozialkatholischen Flügel und den Neomonarchisten der *Action Française* aufgebrochen, als bei den Kammerwahlen 1914 in der Vendée der ACJF-Präsident Henri Bazire gegen einen AF-Mann antrat. Die Herausbildung eines konservativ-katholischen Lagers als lebensweltlicher Einheit von politischen und religiös-kulturellen Interessen der Katholiken war damit gebremst worden, und es bahnte sich eine im Weltkrieg fortgesetzte Annäherung vieler Katholiken, vor allem der liberalen, an die laizistische Republik an[3]. Auch die katholische Tageszeitung *La Croix* hatte am 1. August 1914 die Augen strikt nach Osten gewandt und konstatierte: „Lorsque la guerre éclatera [...] c'est l'Allemagne qui sera le grand bénéficiaire ou la gigantesque victime, parce qu'elle en aura été l'instigatrice et la responsable.[...] c'est à la France éternelle, vieille nation toujours jeune, antique et glorieuse [...] que nous souhaitons la paix ou la victoire"[4]

Es verwundert daher kaum, daß der Einmarsch deutscher Truppen in Belgien das Eintrachtgefühl vieler Franzosen in Namen von Recht und Gerechtigkeit

---

[1] Vgl. dazu Gugelot, La conversion des intellectuels au catholicisme.

[2] Vgl. sein Buch L'Heure décisive von 1913.

[3] Ein liberaler Katholik wie Ernest Judet vom *l'Eclair* schrieb 1923 retrospektivisch: „Nous aurions préféré que les divisions entre Français cessassent sans que le danger fût aussi pressant: mais au moins le danger a créé le miracle que nous souhaitions." In: Ma Politique, S. 339.

[4] *La Croix* vom 1.8.1914; vgl. auch *La Croix* vom 3.8.1914: „Les catholiques français sont des bons français, qu'ils lutteront pour l'indépendance de leur patrie menaçée".

(*droit et justice*), d.h. unter Berufung auf die nationalstaatliche und universelle Zivilisationsidee, noch verstärkte[5]. Als Raymond Poincaré am 4. August 1914 in einem vorgelesenen Brief an das Parlament eine geheiligte Einheit beschwor, wurden die Kriegskredite einstimmig von allen Parlamentariern bewilligt. Der Ermahnung Poincarés, „La France sera héroïquement défendue par tous ses fils, dont rien ne brisera devant l'ennemi l'union sacrée"[6], folgte der symbolische Handschlag von Albert de Mun, dem katholischen Offizier, der 1870 den *Commune*-Aufstand niederzuschlagen half, mit dem Sozialisten Edouard Vaillant, der 1870 auf der Seite der Aufständischen gekämpft hatte[7]. Selbst die größte Befürworterin eines katholischen Lagers bis dato, die Zeitung *La Croix*, titelte einen Tag später: „Plus de vains débats entre nous. Plus de querelles irritantes. [...] On sent que l'union est voulue par Dieu pour la paix de la France. [...] À cette heure, il n'y a plus de partis. Il y a la France éternelle, la France pacifique et résolue. Il y a la patrie du droit et de la justice tout entière unie dans le calme, la vigilance et la dignité."[8]

Je tiefer die deutschen Truppen auf französisches Gebiet vorstießen, um so fester schlossen sich die Reihen hinter der Regierung. Die Überzeugung, daß ein Sieg über Deutschland nicht nur dem französischen Recht auf Selbstverteidigung entsprach, sondern auch der universalen Gerechtigkeit diente, schaffte die Synthese eines weltlichen und geistlichen Sendungsbewußtseins auf nationalistischer Basis. Selbst die führende Zeitschrift des französischen Klerus, die kaum zu den nationalistischen Blättern gezählt werden konnte, hatte die Vorstellung von *droit et justice* als Matrix nationalen Handelns angenommen[9]. Die Regierung Viviani, die als Ausdruck des linken Wahlsieges vom Mai 1914 keinen einzigen Katholiken enthielt, dafür aber neun Freimaurer, wurde vom Abbé Julien, dem späteren Bischof von Arras, sogar gelobt: „Le patriotisme a fait ce miracle de nous unir dans l'ordre, dans la discipline et dans l'élan [...]. Je vois un gouvernement conscient de ses responsabilités et de ses devoirs [...]".[10]

Obwohl der Kampf für „Recht und Gerechtigkeit" alle französischen Parteien einte, schlug sich die *Union Sacrée* keinesfalls in der Zusammensetzung der Regierung nieder. Vertreter des konservativ-katholischen Lagers blieben von Ministerämtern ausgeschlossen, obgleich von einer grundsätzlichen Unterstützung aller

---

[5] Vgl. die Überlegungen bei Becker, L'Union sacrée, S. 11ff., und Annette Becker, Guerre totale et troubles mentaux, S. 135ff.

[6] Der vollständige Text und die ähnlich lautende Rede des Parlamentspräsidenten Deschanel in: Poincaré, Au Service de la France Bd. 5, S. 543-548.

[7] Ähnlich kann auch die Anwesenheit des Nationalisten Barrès auf dem Begräbnis des ermordeten Jaurès gewertet werden, vgl. Raithel, Das „Wunder" der inneren Einheit, S. 285f.

[8] *La Croix* vom 5.8.1914, *Echo de Paris* vom 4.8.1914.

[9] *La Revue du clergé français* vom 15.8.1914: „Nous combattons pour le droit et la civilisation [...] contre les barbares agresseurs de la terre sacrée". Über die Rolle der deutschen Kriegsverbrechen zur Konstituierung eines Rechtskonsenses vgl. RDDM vom 1.1.1915. Ähnliches auch bei Kardinal Baudrillart, vgl. Christophe, Pour l'histoire religieuse de la Grande Guerre, S. 145-161, und Raithel, Das Wunder der inneren Einheit, S. 345-350.

[10] Mgr. Julien, Vers la victoire, S. 34f.

Katholiken für die *Union Sacrée* ausgegangen werden kann[11]. Dazu gehörten auch die Kreise um die neomonarchistische *Action Française*, die ihre antikonstitutionellen Postulate hintanstellte[12]. Die eigentliche Bedeutung der *Union Sacrée* bestand jedoch nicht in ihrer politischen, sondern in ihrer gesellschaftlichen Wirkung, und zwar sowohl in Paris wie in der Provinz. In den Dörfern und kleinen Landgemeinden gaben sich Priester und Lehrer öffentlich die Hand und besiegelten ihre nationale Eintracht; an der Sorbonne wurde ein *Comité de Secours National* unter der Leitung von Paul Appell gegründet, dem der Historiker Lavisse, Gabriel Hanotaux, Odelin, als Repräsentant des Erzbischofs von Paris, Dubreuilh, der Generalsekretär der SFIO, Jouhaux, Generalsekretär des größten Gewerkschaftsverbandes CGT und Pujo von der *Action Française* angehörten; ähnlich angelegte Hilfskomitees, die kirchliche Würdenträger einbanden, entstanden auch in der Provinz[13]. Selbst der für seinen Antiklerikalismus bekannte Innenminister Malvy hatte am 2. August dem Drängen nach Suspension des Kongregationsverbotes von 1904 nachgegeben und somit die Rückkehr einer Vielzahl exilierter französischer Ordensbrüder und -schwestern ermöglicht[14]. Auch wenn diese wenigen Beispiele die integrative Kraft der *Union Sacrée* zu Beginn des Krieges nur andeuten können, so zeigen sie doch eine zügige Umsetzung der nationalen Eintracht in der Gesellschaft und konkret die Einbindung von Elementen der katholischen Subgesellschaft in den Kriegskonsens. Die *Union Sacrée* scheint deshalb auch auf Grund anderer Berichte aus den verschiedenen Departements und gemäß lokalen Studien einer kaum zu leugnenden Realität entsprochen zu haben[15].

Ein weiterer, und vielleicht der überzeugendste Beweis für die Realität der *Union Sacrée* zu Beginn des Krieges, war die einvernehmliche Lösung der heiklen Frage nach der katholischen Soldatenbetreuung an der Front. Gemäß dem Gesetz vom 15. Juli 1889, mit dem spöttischen Beinamen *Les curés sac au dos*, wurden 25 000 Priester und Seminaristen der Abschlußklassen nach 1889 mobilisiert, wobei die jüngeren Jahrgänge, die der Klassen 1905 und später, in die Kampfeinheiten eingegliedert wurden, während die älteren ausschließlich im Sanitätsdienst zum Einsatz kamen. Offizielle Militärgeistliche waren nicht vorgesehen, und lediglich ein Dekret des Kriegsministers Millerand vom 5. Mai 1913 erlaubte im Kriegsfall eine priesterliche Betreuung, allerdings nur mit einer Dichte von vier Priestern auf 40 000 Mann[16]. Da der Status dieser Feldgeistlichen aber prekär war

---

[11] Als Ausnahmen vgl. einen empörten Brief eines Monarchisten an Joseph Denais von der *Libre Parole* vom 17. 2. 1915, der anstelle der *Union Sacrée* im August eine Gegenrevolution hätte machen wollen, gegen die „république des étrangers", in: Nachlaß Denais, AN 488, AP 12, sowie die wenigen Ausnahmen, wo Priester den Krieg als gerechte Strafe Gottes deuteten, bei Becker, 1914: Comment les Français, S. 416–420.

[12] Vgl. Weber, Action Française, S. 110ff.

[13] Z. B. das *Comité de souscription publique* in Bourges, vgl. Gignoux, Bourges pendant la Guerre, S. 22, und Byrns, Priests and Instituteurs in the Union Sacrée, S. 263–283.

[14] Vgl. den Augenzeugenbericht in Dansette, Histoire Religieuse, S. 492.

[15] Vgl. Becker, 1914: Comment les Français, S. 423, Fontana, Les catholiques, S. 123ff., Cholvy/Hilaire, Histoire religieuse, S. 237ff. Für regionale Beispiele vgl. Flood, France 1914–18, S. 20f., und Bouyoux, L'Opinion publique à Toulouse.

[16] Vgl. Rédier/Hénoque, Les Aumôniers militaires français.

und sie in der Regel nur 20 Kilometer hinter der Front in den Feldlazaretten zum Einsatz kamen, rief Albert de Mun gemeinsam mit dem *Echo de Paris* eine Kampagne für freiwillige Militärgeistlichkeit (*aumônerie volontaire*) ins Leben. Nach einer Demarche beim Ministerpräsidenten René Viviani am 11. August erhielt de Mun die Erlaubnis, 250 freiwillige Feldgeistliche zu rekrutieren, die – ohne Besoldung – die katholische Betreuung an der Front übernehmen sollten. *La Croix* sprach sicherlich vielen Katholiken aus dem Herzen, wenn sie konstatierte: „Cette décision sera accueillie en France avec une vive satisfaction. Rien n'est plus consolant, plus réconfortant pour les familles qui donnent leurs fils à la patrie que la pensée de la présence du prêtre sur le champ de bataille [...]"[17]. Die ersten Kosten dieser freiwilligen Feldgeistlichen wurden von großzügigen Spendern aufgebracht, deren Namen ab 20. August im *Echo de Paris* veröffentlicht wurden. Dank des mutigen Einsatzes der Freiwilligen ließ ihnen Kriegsminister Millerand am 12. Januar 1915 sogar eine tägliche „Entschädigung" von zehn Francs bewilligen[18]. Ihre besondere Originalität bestand von nun an darin, daß sie offiziell anerkannt und bezahlt waren, aber über relative große Flexibilität verfügten, da sie keinem militärischen Kommando direkt unterstellt waren[19]. Auch wenn ihre Zahl im Laufe des Krieges kaum die 400 überstieg, kann doch nicht der politische Paradigmenwechsel übersehen werden, der hinter dieser Einrichtung stand: Das Land, das seit Jahrzehnten alles getan hatte, den sozialmoralischen Einfluß der katholischen Kirche aus allen öffentlichen Bereichen zurückzudrängen und keinen Geistlichen mehr mit öffentlichen Geldern bezahlte, erlaubte und besoldete Ordensleute bei der Truppe und damit indirekt auch ein katholisches Apostolat.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß die ersten Kriegswochen einen tiefgreifenden Annäherungsprozeß der Katholiken – im übrigen auch der Sozialisten[20] – an die Republik bewirkt hatten. Wichtiger noch als rhetorische Bekenntnisse erwies sich dabei das konkrete Handeln: Öffentliche Demonstrationen der Einheit, Mitarbeit der Katholiken auf vielen Ebenen der gesellschaftlichen Mobilisierung und vor allem ein Entgegenkommen des Staates in religiösen Fragen[21] realisierten die *Union Sacrée* auf eindrückliche Weise und erfuhren durch die siegreiche Schlacht an der Marne im September 1914 eine weitere Bestätigung.

Mit dem Sieg der französischen Truppen an der Marne Anfang September 1914 hatte die *Union sacrée* ihre erste entscheidende Schlacht gewonnen. Das als *miracle de la Marne* in die Geschichte eingegangene Ereignis koinzidierte mit dem Fest der

---

[17] *La Croix* vom 16.8.1914. Auch der Papst äußerte sich in einem Gespräch mit Gabriel Hanotaux im April 1915 lobend über dieses Entgegenkommen des französischen Staates, vgl. ders., Eintrag vom 10.4.1915, Carnets, S. 132.

[18] Vgl. de Grandmaison/Veuillot, l'Aumônerie militaire pendant la guerre. Geoffrey de Grandmaison übernahm das Büro zur Anwerbung der Feldgeistlichen nach dem Tode de Muns.

[19] Vgl. Fontana, Les catholiques, S. 285ff.

[20] Vgl. grundsätzlich Becker, 1914: Comment les Français, S. 103f. und 155–188.

[21] So war der Präsident der Republik Poincaré nicht nur bei der Zeremonie zu Ehren des verstorbenen de Mun im Oktober 1914, sondern auch bei den Feiern zu Ehren des bereits im August verstorbenen Pius X. zugegen. Alfred Baudrillart schrieb dazu in *La Croix* vom 28.8.1914: „[...] qu'il y a, sinon réconciliation, du moins rapprochement, et que les deux causes de l'Église et de la France ne sont déjà plus dissociées."

Geburt Marias am 8. September und wurde daher von der Kirche und vielen Katholiken als Beweis des göttlichen Wohlgefallens an der französischen *Union sacrée* aufgefaßt. Marienerscheinungen hatten sich im Lauf des 19. Jahrhunderts ohnehin auf Frankreich konzentriert, und man ging von einer besonderen Beziehung des französischen Katholizismus zur Heiligen Jungfrau aus[22]. Weil der Sieg der Truppen die innere Eintracht erfolgreich untermauert hatte und zudem auf einen katholischen Festtag gefallen war, schien der Aufbruch der Katholiken aus ihrer Gegengesellschaft mehr als gerechtfertigt. Gerade liberale Katholiken wie Victor Giraud oder sein *progressistischer* Kollege von der *Revue des Deux Mondes*, Louis Madelin, waren daher darum bemüht, diese die *deux France* versöhnende Qualität der Schlacht immer wieder hervorzuheben[23]. Als am 5. September 1915 in der Kathedrale von Meaux der Jahrestag der mit Gottes Hilfe gewonnenen Schlacht gefeiert und sie dank ihrer außergewöhnlichen Bedeutung in das Kirchenjahr inkorporiert wurde, hielt die Predigt kein geringerer als der für seine Mäßigung und sein sozialkatholisches Engagement bekannte Bischof Gibier von Versailles. Ein Jahr später war es am selben Ort Denys Cochin, der formulierte: „En temps de paix, nous sommes divergents et bruyants [...] mais il n'y a plus qu'une armée quand l'ennemi se montre"[24]. Das „Wunder an der Marne" brannte also den noch feuchten Lehm der *Union Sacrée* und entwickelte sich bereits während des Krieges zu einem Erinnerungsort für die Eintracht von Katholiken und Republikanern[25].

2. Katholiken, Kriegsalltag und „*défense nationale*"

In den Gräben

Das Gemeinschaftserlebnis des Kriegsalltags an der Front war ohne Zweifel einer der Hauptgründe für eine Entspannung des religiösen Gegensatzes der *deux France* nach dem Ersten Weltkrieg. Angesichts einer ganzen Reihe von existierenden Untersuchungen[26] soll nun keine erschöpfende Darstellung dieses Prozesses erfolgen, sondern lediglich eine kurze Einführung gegeben werden. Dabei soll es besonders um die Rolle der Geistlichen gehen, die, sei es als Feldgeistliche oder als normale Soldaten, die Schrecken des Frontalltags mit der kämpfenden Truppe teilten und von der Rückkehr des „Spirituellen"[27], als Reaktion auf die Maschinisierung und Brutalisierung des Krieges profitierten.

---

[22] Die Erscheinungen: 1830 rue du Bac, 1846 La Salette, 1858 Lourdes, 1871 Pointmain.

[23] Victor Giraud, Le Miracle français, Paris 1915, und Louis Madelin, Une Heure solennelle de l'Histoire de France: La Victoire de la Marne, in: RDDM vom 15.9.1916, S. 241-288. Allgemein auch Contamine, La Victoire de la Marne.

[24] Cochin, Le Dieu allemand, S. 61.

[25] Vgl. ausführlich für die Fortwirkung Annette Becker, La Guerre et la Foi, S. 69-72, und Dalisson, Champs de bataille et mémoire de guerre, sowie unten Kapitel IV.

[26] Grundlegend für die Katholiken im Kriegsalltag der Front Fontana, Les catholiques, S. 295ff., ders., Le prêtre dans les tranchées, Annette Becker, La Guerre et la Foi, S. 15-102, und Cochet, L'Opinion et le moral des soldats.

[27] So Annette Becker, L'Histoire religieuse de la guerre.

Im letzten Kapitel ist über die quantitativ schwache, aber existierende Feldgeistlichkeit[28] gesprochen worden, die recht schnell ihr Bedürfnis nach unmittelbarer Nähe zu den Fronteinheiten bekundete. Ihre bis oft in den Tod reichende Solidarität mit der kämpfenden Truppe brachte ihr die Hochschätzung vieler einst antiklerikaler Soldaten ein, die ihren Glauben zwar nicht teilten, aber ihren Mut und ihre Seelsorge respektierten.[29] Dank ihrer berufsbedingten Nähe zu Schriftlichkeit verfügt man heute über einige wichtige Zeugnisse dieser Feldgeistlichen, die ihre Erlebnisse in Erinnerungen oder Tagebüchern festgehalten haben und diese Hochschätzung belegen[30]. Sei es bei der Verwundetenbetreuung, der Vorbereitung auf einen Angriff oder der Absolution, stets spielten die Feldgeistlichen eine kaum zu unterschätzende Rolle[31]. Im übrigen blieben viele Feldgeistliche nicht allein bei der moralisch-spirituellen Unterstützung, sondern verteilten in ihrer Heimatgemeinde gesammelte Zigaretten, Postkarten etc. an die Frontsoldaten und sorgten gemeinsam mit den Frontoffizieren bei Bedarf für eine ausreichende Lebensmittelversorgung der Truppe[32]. Auch wenn ihr apostolischer Eifer, der den Père Lenoir 1916 gar zur ersten Taschenbuchausgabe eines Soldatengebetsbuchs veranlaßte[33], bisweilen an seine Grenzen stieß – z. B. in Regimentern aus Gebieten, die seit über hundert Jahren entchristianisiert waren – so steht die allgemeine Respektierung der Arbeit der Feldgeistlichen und damit der Prestigegewinn eines zuvor geächteten Berufsstandes außer Zweifel[34].

Der Einsatz als Feldgeistliche stand aber nur wenigen Seminaristen zu Verfügung, die überwiegende Mehrzahl der Seminaristen und Priester fand sich, ohne mit einer seelsorgerischen Aufgabe betraut zu sein, in den Kampfeinheiten wieder und war gezwungen, von der Waffe Gebrauch zu machen. Obwohl dies, wie von päpstlicher Seite mehrmals hervorgehoben wurde, dem kanonischen Recht widersprach, gelang es, für die betroffenen Priester einen *modus vivendi* zu finden: Die französische *Pénitencerie* akzeptierte *de facto* die zeitweilige Aufhebung der kanonischen Immunität und autorisierte den Gehorsam gegenüber den Wehrgesetzen, ohne jedoch den freiwilligen Kriegsdienst der Priester zu preisen, denn als „représentants du Christ sur la terre, ils doivent être, comme lui, des modèles de

---

[28] Grundlegend hierfür: Boniface, L'Aumônerie militaire française, und speziell im Fronteinsatz ders., L'aumônerie militaire catholique.

[29] Vgl. die Zeugnisse des P. Beaufort, L'Ame héroïque d'un prêtre, S. 202, und die Erzählung eines Kongreganisten aus dem Jahr 1917, der von einem überzeugten Freimaurer das Versprechen erhält, er werde sich nach dem Krieg für eine Toleranz der Orden einsetzen, zitiert bei Droulers, Desbuquois Bd. 2, S. 311.

[30] Eine Briefsammlung von Feldgeistlichen, aber auch von kämpfenden Priestern hat Victor Bucaille, Lettres de prêtres aux armées, angelegt. Weitere Beispiele: Abbé P. Lelièvre, Le Fleau de Dieu; Abbé Thellier de Poncheville, Dix mois à Verdun; Abbé Collé, La Bataille de la Mortagne; Jean Guiraud, Clergé et Congrégations.

[31] Der ehemalige *ralliierte* Abgeordnete Thellier de Poncheville, Dix mois à Verdun, S. 257, rief die Soldaten sogar dazu auf, als Märtyrer für die gerechte Sache zu sterben.

[32] Beispiele hierfür bei Nadine-Josette Chaline, Les aumôniers catholiques dans l'armée française, S. 106–108.

[33] P. Louis Lenoir, L'Eucharistie au front, hrsg. vom Œuvre des campagnes, Paris 1916. Es beginnt mit den Worten: „La grande force du soldat, c'est sa foi catholique [...]. Si vous n'avez pas encore cette foi [...] ce petit livre vous aidera à la retrouver.“

[34] Fontana, Les catholiques, S. 304f.

douceur"[35]. Im Gegenzug wurden auf Bitten des Klerus diejenigen Priester, die den Dienst an der Waffe verweigerten, vom Oberkommando in der Regel in Sanitätseinheiten versetzt. Dank beiderseitiger Konzilianz konnte so der seit jeher viel Zündstoff bergende Konflikt zwischen kanonischem und staatlichem Recht vermieden werden. Für viele Priester, die oft seit Jahren durch ihre Ausbildung vom einfachen Volk getrennt gelebt hatten, entwickelte sich der Krieg deshalb zu einer Wiederentdeckung des Volkes, einer Realitätstaufe im Schützengraben: „Pour nous, prêtres soldats, la guerre fut un baptême dans le réel."[36]

Die außergewöhnliche Erfahrung des Grabenkrieges und die Schrecken der maschinenhaften, den Menschen enthumanisierenden Materialschlachten haben also auf einer unteren gesellschaftlichen Ebene für eine Versöhnung der, wie es Barrès genannt hat, verschiedenen *familles spirituelles de la France* gesorgt[37]. Bei den nicht geweihten Katholiken hat Annette Becker bereits von einer die verschiedenen religiös-ideologischen Glaubenssysteme überbrückenden Frontspiritualität gesprochen, die eine eigene Form des Kultischen annahm[38]. Diese Versöhnungserfahrung galt auch für die Parias der Dritten Republik vor 1914, die katholischen Priester und Seminaristen, deren Klerikalismus stetig bekämpft worden war. In einem dialektischen Prozeß fanden sie aus ihrer dem katholischen Lager zuzuschreibenden Isolierung in eine reale, gesellschaftliche Mitte zurück und wurden gleichzeitig von dieser selbst aufgenommen. Ihr Prestigegewinn war enorm und ihre Stellung in der heimatlichen Pfarrgemeinde nach dem Krieg eine völlig andere, zumindest in den ersten Nachkriegsjahren[39]. Schon im März 1917 vermerkte ein Polizeibericht, daß die konsequente Applizierung des Kongregationsverbotes von 1904 nach dem Krieg nicht mehr möglich sei, da man damit hochdekorierte Soldaten aus dem Land werfen würde[40]. Nur vor diesem Hintergrund ist es verständlich, daß ein Abbé Bergey, ein mit der *Croix de guerre* ausgezeichneter

---

[35] Vgl. Georges Goyau, L'Église de France durant la Guerre, in: RDDM vom 1.10.1916, S. 492–528, hier S. 496.

[36] Teilhard de Chardin, Genèse d'une pensée, S. 37. Der Katholik Jean de Seillon berichtet 1921 über eine Reise zum Klosterstaat Athos, wo ihn die Brüder dort gefragt hätten, ob es denn wahr sei, daß französische Pfarrer und Mönche während des Krieges zur Waffe gegriffen hätten. Die Bestätigung hat die Mönche in einen *océan de stupéfaction* getaucht, weil sie diesen Patriotismus nicht verstehen konnten, berichtet ders., La Toussaint au Mont Athos, in: RDDM vom 1.11.1921, S. 179–201, hier S. 196.

[37] Barrès, Les Diverses Familles spirituelles de la France, und ders., L'Ame française et la Guerre.

[38] Vgl. Annette Becker, La Guerre et la Foi, S. 36. Besonders eindrucksvoll sind hierfür die Briefsammlungen des Abbé Salomon, Pfarrer in Neuilly-sur-Seine, dem viele ehemalige „Schäfchen" von der Front schrieben und die von der Autorin ausgewertet wurden.

[39] So schon *La Croix* vom 22.9.1915: „La grande guerre aura largement contribué à détruire les effets d'un siècle de calomnies grâce auxquelles le prêtre était devenu [...] la bête noire du peuple ignorant et systématiquement trompé [...] l'imposture anticléricale a été enterrée sur le front, [...] où la religion et le prêtre apparurent aux soldats français comme d'innombrables facteurs d'énergie". So bereits Brugerette, Le Prêtre français, Bd. 2, S. 384–511.

[40] Bericht vom März 1917 in: AN, F/7 13213: „Il est certain que si on veut quelque jour faire strictement appliquer la loi et fermer les établissements congréganistes réouverts ou créés à faveur des circonstances présentes, on risque de se trouver en présence de gens décorés ou mutilés à l'encontre desquels il sera difficile de sévir [...]".

Frontkämpfer, nach dem Krieg eine erfolgreiche politische Karriere in Bordeaux starten konnte und Teil der zu untersuchenden liberal-konservativen Sammlung wurde[41].

An der Heimatfront

Die soeben beschriebene Aussöhnung bzw. Reintegration der französischen Geistlichen, vor allem des niederen Klerus, in eine republikanisch-laizistische Gesellschaft war nicht allein das Resultat der Fronterfahrung. Auch an der Heimatfront sorgte das aktive Eintreten des Klerus für den Sieg Frankreichs für eine Entspannung und schließlich eine Annäherung der Positionen. Exemplarisch soll dies nun kurz an zwei Beispielen aufgezeigt werden, die paradigmatisch die nationale Mobilisierung des französischen Klerus für die Sache der Republik verkörperten: Die Auslandspropaganda (I) und die Kriegsanleihen (II).

(I) Mit dem Rundbrief der deutschen Bischöfe vom Dezember 1914, der jegliche Verantwortung des Deutschen Reiches am Kriegsausbruch und an den angeblichen Kriegsgreueln ablehnte, ist die Frage nach Schuld und Unschuld am Krieg auf eine kirchliche, ja innerkatholische Ebene gehoben worden. Es standen sich nicht mehr nur „deutsche Kultur“ und „westliche Zivilisation“, sondern auch deutscher und in diesem Fall französischer Katholizismus gegenüber. Zur Propagierung der Schuld des deutschen Reiches am Krieg und seiner brutalen Kriegführung wurde am 18. Mai 1915 das *Comité catholique de propagande française à l'étranger* unter dem Vorsitz des Rektors des *Institut catholique* in Paris, Kardinal Alfred Baudrillart, gegründet[42]. Die anvisierte Zielgruppe waren die hauptsächlich katholisch geprägten neutralen Staaten Europas und Amerikas, um deren Gunst auch die Mittelmächte buhlten. Unter den Mitgliedern des Komitees fanden sich neben den Erzbischöfen von Reims und Paris auch die liberalen Katholiken Etienne Lamy, Denys Cochin, René Doumic und der Marquis de Vogüé sowie die ALP-Politiker de Las Cases, de Ludre, de Gailhard-Bancel, Grousseau, de Lavrignais und Lerolle. Dank der nun elfbändigen und knapp 10000 Seiten umfassenden Edition der täglich verfaßten *Carnets Secrets* des Kardinals Baudrillart von Christoph Paul läßt sich die Geschichte dieses religiösen Engagements für die französische Nation besonders klar nachvollziehen[43]. Der ehemalige Bonapartist Baudrillart, der sich trotz des ultramontanen Rucks der Katholiken nach 1905 eine mindestens gleich starke Treue zu Frankreich wie gegenüber dem Papst gewahrt hatte, wurde im Verlauf des Krieges gleichermaßen zur Stimme der am nationalen Abwehrkampf partizipierenden Kirche wie zum offiziellen Unterhändler der Regierung in katholischen Staaten[44]. Die Aktion seines Komitees erstreckte sich auf zwei Gebiete: Auslandskonferenzen und Pressepropaganda.

---

[41] Über den Abbé Bergey und seinen Adlatus Philippe Henriot als Teil der *Fédération Républicaine* vgl. unten Kapitel VII.

[42] Über seinen Nationalismus und sein französisches Sendungsbewußtsein vgl. Rossi, Baudrillart e la coscienza nazionale della Francia, S. 115ff. und 140.

[43] Vor allem Christophe, Les Carnets Secrets. Noch ohne die Edition auskommen mußte Montant, La Propagande française auprès des neutres voisins.

[44] Vgl. Young, Marketing Marianne.

In einer ersten wichtigen Konferenzserie besuchten Vertreter des *Comité Baudrillart* 1916 Spanien, Irland, die USA, Kanada und Südamerika[45], wo sie zu zeigen versuchten, daß Frankreich trotz seiner antiklerikalen Vorkriegspolitik ein zutiefst katholisches Land geblieben sei und der Weltkrieg die religiösen Elemente in Frankreich gestärkt habe. Gleichzeitig publizierte das *Comité Baudrillart* eine Reihe von Broschüren und Artikeln, die in den jeweiligen Ländern verteilt wurden. Damit der Kontakt auch nach den Konferenzen nicht abriß, erhielten die katholischen Würdenträger der neutralen Staaten monatlich ein *Bulletin de propagande française* in vier Sprachen zugeschickt; mit über 1100 ausländischen Zeitungen korrespondierte man regelmäßig und ließ ihnen Artikel zukommen. Zu den wichtigsten Veröffentlichungen des Komitees gehörten eine Deutung der deutschen Kriegführung als Konsequenz des nur das eigene Gewissen akzeptierenden Luthertums (*La Guerre allemande et le Catholicisme,* 1915), und eine noch heute aufschlußreiche Darstellung des katholischen Vereinsmilieus in Frankreich (*La Vie catholique dans la France contemporaine, 1918*)[46]. Besonders bemerkenswert ist, daß die Propaganda bis zum Schluß des Krieges durchgehalten wurde und auch die päpstliche Friedensmahnung vom August 1917 so gut wie keine bremsende Wirkung auf den nationalkatholischen Impetus hatte. Das „Schweigen des Kardinals"[47] zur Friedensnote in seinem Tagebuch und das Fortsetzen seiner Kampagne kann daher mit Recht als Anfang vom Ende der ultramontanen Ausrichtung eines Teils der französischen Katholiken gedeutet werden. Obgleich es schwierig ist, die Wirkung des Komitees quantitativ zu fassen[48], kann sein positiver Eindruck, den es in Frankreich machte, nicht bestritten werden. Die Möglichkeit, ihren katholischen Glauben sinnvoll mit der nationalen Sendung zu verknüpfen, veranlaßte viele Katholiken zu großzügigen Spenden[49]; auch Baudrillart selbst gelangte zu hohem Ansehen, so daß er am 2. Mai 1918 aufgrund seiner Verdienste sogar in die *Academie française* gewählt wurde.

(II) Zweitens verschaffte die Aufforderung des hohen und niederen Klerus an die Gläubigen, die Kriegsanleihen der Regierung zu signieren, dieser größeren Finanzspielraum und dem Klerus ein nicht geringes Maß an Dankbarkeit. Der Finanzminister Ribot hatte in klassisch liberaler Manier der *Centre gauche*-Tradition die Finanzierung des Krieges durch eine Reihe fiskalischer Maßnahmen wie langfristige Kriegsanleihen (*emprunts de Défense Nationale*) und kurzfristige Schuldverschreibungen (*obligations de Défense Nationale)* der Staatskasse vorgesehen, um auf eine Steuererhöhung verzichten zu können[50]. Mit Großbritannien

---

[45] Darunter waren die Bischöfe Baudrillart, Touchet (Orléans), Lenfant (Digne), Battifol, sowie die Abbés Flynn und Thellier de Pocheville etc.

[46] La Guerre allemande et le catholicisme, Paris 1915, und La Vie catholique dans la France contemporaine, Paris 1918.

[47] Vgl. Christophe, Les „silences" de Benoît XV. durant la Grande Guerre.

[48] Gerade in Spanien und Irland scheint das Komitee das Bild vom atheistischen Frankreich doch revidiert zu haben, vgl. Batiffol, Notre Visite en Irlande.

[49] Bereits im September waren 150000 Francs für das Komitee zusammengekommen.

[50] Die rasche Vervielfachung der kriegsbedingten Ausgaben machten freilich bald eine Steuererhöhung notwendig: Im Juli 1916 wurden die Besteuerung der Kriegsgewinne und eine Erhöhung der Einkommensteuer beschlossen. Zur Finanzpolitik Ribots vgl. sei-

wurde ein Vertrag abgeschlossen, der die Begleichung der französischen Einkäufe in den USA und Kanada den Briten übertrug, während Frankreich so viel Gold wie möglich nach London zur Stabilisierung des Pfundes schicken sollte. Um die Bevölkerung von der dafür notwendigen Inanspruchnahme der Kriegsanleihen und der Einzahlung ihres Goldes zu überzeugen, appellierte Ribot 1915 im geheimen, ab 1916 auch öffentlich an den Episkopat, entsprechende Hirtenbriefe an die Gläubigen auszusenden. In der Tat war die Kirche mit ihrem weitverzweigten Pressesystem bis hin zu den Gemeindeblättern ein idealer Propagandaapparat für diese Zwecke. Die vom Pariser Kardinal Amette veröffentlichte Aufforderung im Januar 1915, die Kriegsanleihen zu zeichnen, erfuhr aus diesem Grund eine rasche Verbreitung im ganzen Land[51]. Von da an wiederholte sich der bischöfliche Aufruf zum *emprunt national* jedes Jahr und wurde von Broschüren, wie der des Abbé Eugène Duplessy, *Catholiques, votre or à la France* (1915), unterstützt, die bereits im Titel die Schärfe der Mahnung erkennen ließen. Ab 1916 entwickelten sich die bischöflichen Mahnungen zu konzertierten Kampagnen, die von den Vikariaten der Diözesen organisiert wurden und die in besonders anschaulicher Weise an die Spender appellierten: Ohne die Kriegsanleihen der Heimatfront, so wurde behauptet, würden die französischen Soldaten den Feinden bald ohne Munition gegenüberstehen![52]

Wie beim *Comité Baudrillart* ist auch hier der faktische Einfluß des Klerus auf die Einsatzbereitschaft der Katholiken quantitativ nur schwer zu messen. Banknoten kannten bekanntlich keine religiöse Zugehörigkeit. Daß die Kriegsanleihen in vier Jahren aber mehr als 55 Milliarden Francs in die Staatskasse gespült haben, doppelt soviel wie die gesamten Steuereinnahmen, ist aber sicherlich auch ein Ergebnis der bischöflichen Kampagnen. Gerade die finanziell vermögenden großbürgerlich-katholischen Schichten von Paris und den Provinzkapitalen waren von den Appellen besonders angesprochen worden und konnten mit den Kriegsanleihen patriotische Bedürfnisse und pekuniäre Interessen gleichermaßen befriedigen. Erneut zeigte sich, daß dank der Kooperation der katholischen Kirche mit den staatlichen Stellen zumindest für einen Teil der bürgerlichen Katholiken eine Gleichsetzung von Glauben und Patriotismus möglich wurde und sie sich dadurch moralisch und finanziell an eine laizistische Republik banden, die sie zuvor bei jeder Gelegenheit boykottiert hatten[53].

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß die Mitarbeit des hohen und niederen Klerus in den Gräben und an der Heimatfront für die nationale Sache weit verbreitet war und positive Aufnahme selbst bei staatlichen Stellen fand[54]. Anders

---

nen Brief vom 15.5.1921, in: Lettres à un ami, in: RDDM vom 1.12.1923, S.518, sowie sein Journal et Correspondances inédites.

[51] *La Semaine religieuse de Paris* vom 27.1.1915.

[52] Vgl. Die Rede Père Janviers in Notre-Dame am 14.5.1916, zitiert in *La Croix* vom 15.5.1916. Näheres bei Fontana, Les catholiques, S.338-342.

[53] Auch im von deutschen Truppen besetzten Lille zeigte der fundamentalkatholische Erzbischof Charost seine starke Bindung an Frankreich, indem er in seinen Diözesanwerken zum Durchhalten aufrief, vgl. Cnudde-Lecointre, Monseigneur Charost.

[54] So auch ein Polizeibericht vom Dezember 1916 in: AN, F/7 13213: „L'Attitude du clergé en général et de celui de Paris en particulier, qui contraste singulièrement avec ce qui se passait avant la guerre, démontre que tous ses actes sont dictés par le souci de se concilier

als 1870, als der Krieg noch für ein *châtiment de Dieu* für die modernen und dekadenten Sitten der kaiserlichen Gesellschaft gehalten wurde, blieben derartige Parolen von seiten des Katholizismus nun marginale Erscheinungen. Überall überwog der konkrete Einsatz der Katholiken und gerade auch des Klerus für die nationale Sache und die Einbindung in den Kriegsnationalismus. Bereits im Oktober 1916 faßte der liberale Katholik Georges Goyau von der *Académie Française* diese Entwicklung umsichtig zusammen: „[...] depuis 28 mois l'Eglise de France s'est intimement mêlée à la vie du pays, à la vie du front, où l'on se bat, à la vie de l'arrière, où l'on tient. Elle est théoriquement séparée de l'Etat ... mais ce sont là des abstractions qui, sous la pression des faits, dépouillent quelque chose de leur rigidité. L'Église de France, au cours de cette guerre, a pu mesurer elle-même et faire mesurer aux Français la place qu'elle occupe dans la vie nationale. Il a suffi qu'un homme d'Etat, quel que fussent ses propres sentiments, trouvât et prononçat le mot Union sacrée pour que [...] l'Eglise [...] fût invitée à redevenir la collaboratrice normale de la bienfaisance officielle, et pour qu'ouvertement elle invitât ses fidèles à répondre avec une sollicitude particulièrement docile aux appels fiscaux de l'Etat. [...] Dans les hommages qu'elle (sc. l'Eglise) rend à l'Union sacrée, il y a plus et mieux qu'une tactique politique du moment, il y a toute une morale sociale, et toute une doctrine séculaire, visant à la concorde civique par l'harmonie des âmes."[55]

3. Die Mobilmachung der Frauen: Die katholische Frauenbewegung an der Heimatfront

Im Zusammenhang mit der Gründung der ALP wurde bereits auf die Bedeutung einer bürgerlich-katholischen Frauenbewegung für den Wahlkampf und für das Zustandekommen eines konservativ-katholischen Lagers hingewiesen. Diese Frauenbewegung hatte ihren Ursprung oft in Frömmigkeits- und Kultvereinen des 19. Jahrhunderts, wurde aber durch die als antikatholisch empfundene Gesetzgebung von Waldeck-Rousseau und vor allem Combes 1901/1902 politisiert. Die in ihr ursprünglich enthaltenen karitativen und sozialkatholischen Bestrebungen erweiterten sich zu einer programmatisch vielseitigen, soziale Harmonie verkörpernden und politische Rechte einfordernden Bewegung, der man zu Recht das unübersetzbare Epitheton *civique* gab[56]. Im Rahmen der historiographischen Hinwendung zur *Gender history* war diese konservative politische Frauenbewegung das Objekt zahlreicher Studien[57], so daß im folgenden nur in gebotener Kür-

---

les Pouvoirs Publics [...] l'autorité ecclésiastique s'applique en toute occasion à se faire l'auxiliaire du Gouvernement."

[55] Goyau, L'Église de France durant la Guerre, in: RDDM vom 1.10.1916, S. 492–528, hier S. 527f.

[56] Vgl. Fayet-Scribe, Associations feminines et catholicisme, und Cova, Au service de l'Eglise, de la patrie et de la famille.

[57] Vgl. Gibson, Le catholicisme et les femmes en France, Roux, À l'étendard de Jeanne, Fouilloux, Femmes et catholicisme dans la France contemporaine, und McMillan, France and Women.

ze ihre Entwicklung und vor allem ihr Einsatz während des Ersten Weltkriegs angesprochen werden sollen. Es sei noch einmal angemerkt, daß die Frauen in Frankreich bis 1945 kein Wahlrecht hatten und auch sonst von der eigentlichen politischen Gesellschaft in der Regel ausgeschlossen blieben.

Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war geprägt durch die Parallelität zweier die bürgerlich-katholische Frauenbewegung verkörpernden Ligen. Die zuerst gegründete *Ligue des Femmes Françaises* (LFF) entstand 1901 in Lyon im Umfeld von Jeanne Lestra, der Frau eines royalistischen Anwalts. Entsprechend der dort sehr stark monarchistisch und von intransigenten Jesuiten geprägten ALP – die liberalen Katholiken fanden sich zumeist bei der FR du Rhône – war sie stark antirepublikanisch und hatte ihre Hochburgen außer in Lyon nur im Westen und im Midi[58]. Die zweite und wesentlich erfolgreichere Organisation, die *Ligue patriotique des Françaises* (LPDF), entstand 1902 als Abspaltung der LFF in Paris und wurde von der Baronin de Brigode und der Baronin Reille, der Frau des *rallierten* Abgeordneten aus dem Tarn, gegründet[59]. Ihr gelang es, in enger Verbindung mit der ALP und dem Klerus in allen Regionen Frankreichs Fuß zu fassen; ihre Mitgliederzahlen stiegen sprunghaft auf 200 000 1905 und erreichten mit 500 000 1913 ihren Höhepunkt, wobei zum ersten Mal auch katholische Bäuerinnen in ein Vereinsnetzwerk eingegliedert werden konnten[60]. Allein vor dem Ersten Weltkrieg gründete die LPDF auf eigene Kosten 124 Bibliotheken, 121 *patronages*, 24 Kindertagesstätten, 42 Hauswirtschaftsschulen und eine Vielzahl von Genossenschaftskassen; die Auflage ihrer Zeitung, des *Petit Echo*, betrug 400 000[61]. Sie überflügelte damit schnell die LFF, wobei die Kämpfe innerhalb der existierenden Regionalkomitees oft erbittert geführt wurden, und besaß ihre Hochburgen besonders in Gebieten des republikanischen Katholizismus, bzw. dem von Michel Lagrée sogenannten *Catholicisme bleu*[62]. Bei ihrem zehnten nationalen Kongreß in Paris am 26. Mai 1913 verfügte die LPDF nach eigenen Angaben über 1042 Komitees in 75 Diözesen, wobei allein die Diözese Cambrai 75 000 Mitglieder zählte[63]. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg hat sich also eine sehr erfolgreiche bürgerlich-katholische Frauenbewegung entwickelt, die trotz des Mangels an politischen Rechten durch soziales Engagement, Organisation und Wahlkampfhilfe

---

[58] Bruno Dumons arbeitet an einer Gesamtdarstellung über die LFF 1901–1914, für die er unter anderem den Nachlaß von Jeanne Lestra benutzen kann. Vgl. einstweilen seine Arbeiten Stratégies Féminines dans la France catholique du débuts du siècle, ders., Au nom de la France et du Sacré-Cœur, und Brumel, Antoine Lestra.

[59] Grundlegend: Sarti, The Ligue Patriotique des Françaises, und Sohn, Les femmes catholiques et la vie publique, S. 97–120.

[60] Für die Untersuchung wurden die drei Aktenordner der Serie F/7 herangezogen, in: AN, F7 13215, 13216, 13217. Die Zahlen finden sich in zwei Berichten vom 9. 8. 1905 und 27. 5. 1913, in: AN, F7 13215. Die Tatsache, daß die polizeiliche Dokumentation so umfangreich ist, unterstreicht zudem die Bedeutung der LDPF, die nicht nur in den Städten, sondern gerade auch auf dem Land verwurzelt war.

[61] Hierzu ein ausführlicher Bericht über die LPDF- Struktur 1907, in: AN, F7 13215.

[62] Dazu gehörten Savoyen, die Franche-Comté, Lothringen, aber auch Teile der Bretagne, des Nord, des Zentralmassivs etc. Vgl. Lagrée, Identité religieuse contre identité républicaine.

[63] Vgl. den oben zitierten Bericht vom 27. 5. 1913, in: AN, F/7 13216.

eine konservative Kraft im öffentlichen Raum darstellte. Durch ihre dichte Vernetzung in städtischen und ländlichen Bezirken wurde sie zu einer tragenden Säule der katholischen Subgesellschaft.

Auch in ihrem Fall führten die Anforderungen des Kriegsalltags in der Heimat einen Aufbruch aus der Gegengesellschaft herbei. Das organisatorische Erfahrungswissen der beiden Ligen sollte sich während des Ersten Weltkriegs nämlich von größtem Nutzen auf karitativem Gebiet erweisen. Mit Beginn der Kämpfe errichteten sie Suppenküchen für Flüchtlinge und durchreisende Soldaten, wie z. B. die LFF am Bahnhof Perrache in Lyon. Die LPDF eröffnete mehrere Arbeitshallen in jeder Großstadt, allein 33 in Paris, wo mehr als 30000 Frauen zeitweise zur Verwundetenversorgung und Flüchtlingsaufnahme angestellt waren[64]. In Versailles gründete der sehr aktive Departementalverband der LPDF zusammen mit der *Action sociale de Seine-et-Oise* des Bischofs Gibier eine Unterstützungskasse für die mittellosen Kriegswaisen, deren Anzahl stetig stieg[65]. Die Frauenligen entwikkelten sich mit finanzieller und moralischer Unterstützung der Bischöfe somit geradezu zu einer Basis der öffentlichen Versorgung und Nächstenhilfe, ohne die die sozialen Implikationen der Kriegszeit weitaus dramatischer gewesen wären. In Nizza beispielsweise verteilte die örtliche LDFP in Zusammenarbeit mit Erzbischof Chapon das Sonntagsopfer unter den Bedürftigen der Diözese und sammelte warme Kleidung für die Soldaten[66].

Die polizeiliche Berichterstattung der *sûreté*, deren antikatholische Färbung bereits besprochen wurde, rezipierte daher die Aktivität der Frauenligen emsig, insbesondere, wenn sie mit katholischer Propaganda im engeren Sinne verbunden war. Denn man war überzeugt, daß während der Abwesenheit der Männer die katholische Frau zum „agent le plus influent de la politique" werde[67]. Nach mehreren Konferenzserien, Neugründungen von Lokalkomitees und dem Einsatz für das Herz-Jesu-Emblem auf der Trikolore, brachte ein Polizeibericht den Eindruck auf den Punkt: „Tandis que l'ALP observe un chômage politique près que complet par suite de la mobilisation de presque tout le personnel de son sécrétariat général, la [...] LPDF [...] se livre à une propagande plus active que jamais"[68]. Was für den polizeilichen Berichterstatter jedoch zwei verschiedene Elemente waren, der karitative Nutzen und klerikale Propaganda der Frauenligen, waren in Wirklichkeit zwei Seiten derselben Medaille. Beides, *caritas* und *missio,* war synthetisch in den Frauenligen angelegt und spiegelte sich daher auch in all ihren Aktivitäten. Während die polizeiliche Berichterstattung der *sûreté* weiterhin mißtrauisch gegenüber der katholischen Frauenbewegung blieb, überschritt diese immer klarer die Grenzen des konservativ-katholischen Lagers und fügte sich vollständig in die Gemeinschaft der „Heimatfront" ein.

---

[64] Polizeibericht vom 10.3.1916, in: AN, F/7 13216.

[65] Vgl. Delay, Les catholiques au service de la France; die Struktur der vorbildhaften Organisation von Gibier findet sich in seinem Buch Les devoirs de l'heure présente. Auszüge daraus in *La Croix* vom 25.9., 1.10, 9.10.1917.

[66] Vgl. *La Semaine religieuse de Nice* vom 23.10.1914, zitiert in *La Croix* vom 24.10.1914.

[67] Bericht vom 30.1.1916, in: AN, F/7 13216.

[68] Bericht vom 17.9.1915, in: AN, F/7 13216, und dort weitere Berichte vom 19.7.1915, 20.7.1916, 3.4.1917, 13.6.1917.

Sehr eindrucksvoll zeigt dies ein im Februar 1915 veröffentlichtes Werk *Paris charitable pendant la guerre*, das alle beim *Office central des Œuvres de Bienfaisance* angemeldeten sozialkaritativen Werke und Institutionen aufzählt, wobei der größte Teil, 2205 Adressen, katholische Initiativen waren[69]. Die über 90 Suppenküchen, 150 Flüchtlingshallen und 67 Waisenhäuser standen natürlich nicht nur gläubigen Katholiken zur Verfügung, sondern nahmen Freimaurer, Sozialisten, Atheisten, Protestanten und Juden gleichermaßen auf[70]. Noch klarer wird das Lager übergreifende Engagement der LPDF in der Zusammenarbeit mit der *Société française de secours aux blessés militaires* im Roten Kreuz: Dort kooperierte man ohne Zögern mit den beiden republikanisch-laizistischen Vereinigungen, der *Association des Dames françaises* und der *Union des Femmes de France*, und unterhielt gemeinsam über 300 Hospitäler in Paris, wovon 61 sogar bei religiösen Orden einquartiert waren[71]. Allein in Tours hat die LPDF im Namen des Roten Kreuzes vier Hospitäler mit 1046 Betten unterhalten und über drei Millionen Francs dafür ausgegeben[72]. Es steht daher zweifelsfrei fest, daß die Aktivitäten der katholischen Frauenligen die religiösen Gegensätze nicht verschärft, sondern entspannt haben, da sich in einem Umfeld von Schmutz, Krankheit und Tod ideologisch-weltanschauliche Gegensätze ohnehin zu einer intellektuellen Farce reduziert hatten. Die katholische Frauenbewegung, die 1902, 1906 und 1910 noch ihre Anhängerinnen gegen die laizistische Republik mobilisiert hatte, stellte sich nun als eine der wichtigsten innerstaatlichen Garanten dieser Republik im Kampf gegen die Mittelmächte dar.

Wenn nach Einschätzung der Forschung der Erste Weltkrieg allgemein die Rolle der Frau in der französischen Gesellschaft gestärkt hat[73], so hat er in besonderem Maße die positiven Seiten der katholischen Frauenbewegung hervorgekehrt. Unter dem Zwang der Ereignisse verließ diese das katholische Ghetto und trug aktiv zum Sieg der französischen Republik bei. Sie erwies sich damit als ein wichtiger Pfeiler für die innere Ordnung an der Heimatfront und ergänzte die allenthalben bewunderte Arbeit der ebenfalls sehr aktiven Ordensschwestern[74]. Gewiß, ihre missionarische Motivation stieß nicht überall auf Gegenliebe; dennoch trugen LPDF und LFF in erheblichem Maße dazu bei, daß sich der Sozialkatholizismus, der zuvor noch von der großen Mehrheit der Republikaner aller Schattierungen geächtet worden war, im Krieg als funktional für die Republik erwies und damit nicht mehr als Widersacher der republikanischen Kultur galt. So betonte die Re-

---

[69] Markante Beispiele: *La Société française de secours aux blessés, le Comité de secours aux églises dévastées des régions envahies* oder *Œuvre des campagnes*.

[70] Vgl. APP, BA 2121 Dossier Loutil Edmond dit Pierre l'Ermite, Bericht vom 1.3.1915. Dies führte bisweilen zu großer Besorgnis in den antiklerikalen Kreisen, da sie einen zu großen Einfluß der Katholiken fürchteten.

[71] Vgl. hierzu Fontana, Les catholiques, S. 367-370. In Marseille geschah ähnliches, wo das Rote Kreuz 17 Hospitäler, davon viele in Ordenshäusern, unterhielt, vgl. Masson, Marseille pendant la guerre, S. 53.

[72] Lhéritier, Tours et la Guerre, S. 50.

[73] Vgl. Thébaud, La femme au temps de la guerre de 1914.

[74] Mehrere von diesen wurden nach dem Krieg sogar mit dem Kreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet, z. B. die Schwester Gabrielle für ihren Mut gegenüber einem deutschen General, zitiert von Poincaré, Au service de la France, Bd. 5, S. 498.

gierung Clemenceau in einem offenen Brief an die Katholiken im August 1918 auch, daß, obwohl sie weiterhin allen öffentlichen Gebeten der katholischen Kirche fern und damit dem laizistischen Staatsethos treu bleibe, „leurs vœux et leurs actes", womit insbesondere die sozialkaritativen Werke gemeint waren, die Katholiken zu einem wichtigen Bestandteil des Triumphes gemacht hätten[75]. Daß es gerade Frauen waren, die sich hier bewährt hatten, sollte sich dann später als äußerst zuträglich für die Forderung nach dem Frauenwahlrecht erweisen[76]. Anknüpfend an Postulate aus der Vorkriegszeit, aber diesmal die Rolle der Frau während des Krieges betonend, brachten bereits im März 1918 die beiden *Progressisten* Louis Marin und Henry Roulleaux-Dugage einen Gesetzesvorschlag zur Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts ein[77]. Die Forderung entwickelte sich, wie noch zu zeigen sein wird, zu einem essentiellen Bestandteil des Programms der liberal-konservativen Sammlung.

4. Der Katholizismus im parlamentarischen Spiel der Republik

Denys Cochin und die Union Sacrée

Im Parcours der Betrachtung der Vorkriegsereignisse ist schon häufiger die Rede vom liberalen Monarchisten Denys Cochin gewesen, dessen konstitutionelle Position ihn zur systemfeindlichen *Droite* im Parlament gehören ließ, während sein *orleanistisches* Temperament die Basis für eine Freundschaft mit republikanischen Liberalen wie Alexandre Ribot oder Anatole Leroy-Beaulieu bildete[78]. Seine bürgerlich-liberale Haltung in der Kirchentrennungsfrage unterschied ihn deutlich von den legitimistischen Monarchisten Baudry d'Asson oder Jules Delahaye, die derselben Fraktion angehörten, wie auch von den entschiedenen Katholiken der ALP. Als einer der wenigen Katholiken und Monarchisten hielt er die französische Revolution für ein völlig überbewertetes Ereignis, das nur den Etatismus eines Richelieu oder Ludwig XIV.[79] fortgesetzt habe. Diese im eigentlichen Sinne liberal-konservative[80] Sichtweise stellt Cochin eindeutig in die Geistestradition eines

---

[75] Die Gebete waren für den 4.8.1918 angesetzt, zitiert bei Fontana, Les catholiques, S. 167.

[76] Vgl. Hause/Kenney, The Development of the Catholic Women's Suffrage Movement in France, und unten Kapitel V.

[77] *La Croix* vom 22.3.1918. Der Baron Roulleaux-Dugage war ein liberalkatholischer Großgrundbesitzer, der sich früh aus der ALP gelöst hatte und zu den *Progressisten* übergetreten war.

[78] Beweis hierfür ist die enge Brieffreundschaft, die Cochin mit Ribot verband. Der *Progressist* Francis Charmes bezeichnete Cochin als Teil der „Droite bienveillante à toutes les bonnes volontés, qui mettent la France au-dessus des partis", in: Chronique de la Quinzaine, in: RDDM vom 15.11.1915, S. 470.

[79] Brief an die Comtesse Greffulhe von 1902, abgedruckt in Sur les Lois laïques, gesammelte Briefe von Denys Cochin, in: RDDM vom 1.10.1924, S. 660-673.

[80] Sein liberal-konservatives Credo, das gewissermaßen als Programm des Orleanismus gelten kann, findet sich in einem undatierten Brief an einen anonymen Präsidenten, ibidem, S. 663: „Moi, qui ne trouve l'Etat bon qu'à faire des routes, les balayer, y maintenir l'ordre et veiller sur nos frontières, je ne peux me mêler de lui constituer une philosophie.

liberalen Denkers wie Alexis de Tocqueville, während ein *ralliierter* Katholik wie Albert de Mun, wie wir oben gesehen hatten, dem konservativistischen Denken eines Joseph de Maistre verpflichtet war. Da sich Denys Cochin besonders für die Aufrechterhaltung der Konfessionsschulen in Paris nach dem Verbot der Kongregationen engagiert hatte, ohne allerdings zum Führer des konservativ-katholischen Lagers zu werden, wurde er mehrmals von den Führern des radikalen Laizismus wie Léon Bourgeois und Ferdinand Buisson zur Mitarbeit in parlamentarischen Gruppen, z.B. zur *Protection de l'Enfance*, aufgefordert. Cochin lehnte zwar ab bzw. zog sich nach wenigen Treffen zurück, betonte aber, daß er immer zur Zusammenarbeit auf moralischer Basis bereit sei und daß er im Unterschied zu manch anderen Katholiken weder den *Etat laïque* – ohnehin ein Pleonasmus für ihn – angreife, noch die positiven Errungenschaften der Republik seit 1870 übersehe[81]. Obgleich Monarchist hatte sich Cochin also schon seit langem die Hochachtung seiner zahlreichen Gegner im Parlament erworben und konnte als ein Katholik ohne Klerikalismusverdacht[82] gelten, weil er sich der konservativ-katholischen Sammlung ferngehalten hatte.

Im Dezember 1914, als die Front sich zu stabilisieren und das Parlament nach vier Monaten Unterbrechung wieder zu tagen begonnen hatte, veröffentlichte Cochin in der großen Tageszeitung *Le Temps* einen Brief, in dem er die Regierung Viviani zur Aufnahme eines Vertreters der *Droite* oder der *ralliés* aufforderte[83]. Diese Regierung war nämlich, trotz des Aufrufs von Poincaré zur *Union Sacrée* und dessen Bemühungen einer Erweiterung nach rechts[84], ein Abbild des Wahlsieges des *Bloc de gauche* von 1914 geblieben. Zwar hatte Viviani am 26. August sein Kabinett um den *républicain de gauche* Delcassé, den Liberalen Ribot und den sehr militärhörigen Alexandre Millerand erweitert; vor der Aufnahme eines Mitglieds jenseits der gemäßigten Republikaner war er aber zurückgeschreckt, nicht zuletzt auf Grund der Skepsis Innenminister Malvys [85]. Die Kritik der Katholiken, allen voran von *La Croix*, war um so herber ausgefallen, als Viviani gleichzeitig mit Jules Guesde und Marcel Sembat zum ersten Mal zwei Mitglieder der SFIO in ein Ministerium berufen hatte: „Il y a donc encore là une manière de

---

Cela est l'affaire des individus qui se réunissent comme il leur plaît, en des églises ou en des écoles philosophiques. Le progrès, c'est la liberté de prier ou de penser comme on veut."

[81] Brief an Léon Bourgois vom 25.6.1909, an Buisson vom 25.10.1911 und 12.7.1913. In letzterem heißt es: „La République nous a fait jouir de la paix. Elle n'a pas été, jusqu'à présent, contraire à la prosperité; sa politique étrangère a été souvent heureuse." Ibidem.

[82] So betont er in einem Brief an Ribot vom 10. November 1911, daß die Einrichtung einer *Ligue du Protectorat* der französischen Missionen im Orient keine katholische, sondern französische Sache sein müsse: „Le Protectorat est une affaire non pas cléricale, mais nationale", in: AN, 563 AP 31.

[83] Ebenfalls abgedruckt in *La Croix* vom 30.12.1914.

[84] Vgl. Poincaré, Au service de la France, Bd. 5, S. 182.

[85] Vgl. Waché, Denys Cochin, Un parlementaire catholique. Dort ein Brief von Cochin an Erzbischof Duchesne, dem Direktor der *Ecole française de Rome*, vom 22.1.1915. Poincaré wollte „[...] que la droite, elle aussi, fût représentée dans le Cabinet. J'avais prononcé les noms de MM. Albert de Mun et Denys Cochin, mais MM. Viviani et Malvy ont objecté que le Parlement ne comprendrait pas qu'on allât jusque-lá." Der spätere Bericht Poincarés in seinen Memoiren ist dadurch bestätigt.

politique de parti [...] contraire à l'âme populaire presque réconciliée".[86] Der Aufruf von Cochin, wesentlich diplomatischer formuliert als die Kritik von *La Croix*[87], bekundete also sein Interesse, ähnlich wie in England eine alle parlamentarischen Kräfte umspannende Regierung einzurichten, um auch politisch die systematische Exklusion der Rechten wie in der Vorkriegszeit zu beenden[88].

Cochins Wunsch, der dem einer nicht unerheblichen Zahl von Katholiken entsprach, sollte aber erst im Herbst 1915 in Erfüllung gehen. Der Konflikt zwischen Kriegsminister Millerand und dem Ausschußvorsitzenden der Kriegskommission im Senat, Clemenceau, sowie der Kriegseintritt Bulgariens auf Seite der Mittelmächte (22. September 1915) hatten den Fall der Regierung Viviani gebracht. Der neue Ministerpräsident, Aristide Briand, hatte daraufhin ein Kabinett mit fünf Staatsministern ohne Geschäftsbereich eingerichtet, das die *Union Sacrée* versinnbildlichen sollte. Dort fand sich neben Léon Bourgois, Emile Combes, Freycinet und Jules Guesde auch Denys Cochin. Mit ihm wurde zum ersten Mal wieder seit 1877 ein Vertreter der katholisch-monarchistischen Rechten und ein Vertrauter des Pariser Erzbischofs, des Kardinals Amette[89], Mitglied einer Regierung. Daß die Wahl dabei ausgerechnet auf einen Monarchisten und nicht auf einen *rallié* wie Piou fiel, mag überraschen, erklärt sich aber leicht aus dem immer noch stark auf Personen bezogenen Parlamentarismusmodell. Der Abgeordnete Cochin aus dem bürgerlichen achten Arrondissement in Paris, der im Frühjahr 1915 einen Sohn an der Front verloren hatte, war für seine liberale Kultur bekannt, die eine komplette Absorption ins katholische Lager verhindert hatte[90]. Ferner verfügte er als namhafter Chemiker und Mitglied des *Institut de France* über naturwissenschaftliche Kenntnisse, die weit über die seiner Mitstreiter hinausragten. Als Staatsminister und, ab dem 7. Dezember 1916, als Staatssekretär des *Blocus*, konnte er seine Kenntnisse einbringen und trug erheblich zur Entwicklung der französischen Kampfgase *collargite* und *vincennite* bei, die wegen des Mangels an Phosphor alternativ entwickelt werden mußten[91].

Die Beteiligung Cochins an der Regierung Briand muß *ex post* als äußerst erfolgreich betrachtet werden. Cochin benutzte sein Amt keinesfalls zur Propaganda oder zur besonderen Protektion katholischer Interessen. Vielmehr richtete er ab 23. März 1916 ein *Comité de restriction des approvisionnements et du commerce avec l'ennemi* ein und ließ schwarze Listen von deutschen Firmen auf neutralem Boden aufstellen, deren Produkte abgefangen werden sollten[92]. Wenig später ver-

---

[86] *La Croix* vom 1.9.1914.

[87] *La Croix* vom 25.9.1914: „L'anarchie qui règne en France".

[88] So auch noch *La Croix* vom 1.6.1915: „Tandis que les Italiens et les Anglais ont introduit dans leur ministère des représentants avérés de tous les grands partis, nous n'avons à notre tête que des radicaux et des socialistes, les catholiques et les conservateurs sont exclus. Une grande partie de la France n'est pas représentée dans le ministère."

[89] „Cochin est l'homme du cardinal", Polizeibericht vom 3.11.1915, in: AN, F/7 13213.

[90] Daher akzeptierte ihn *La Croix* auch nicht als Vertreter der Katholiken: *La Croix* vom 4.12.1915: „Cochin n'est entré dans le gouvernement qu'au titre personnel".

[91] Denys Cochin hat zwei hochinteressante Bücher über diese Zeit verfaßt, die Memoiren und politische Analysen zugleich sind: 1914–1922. Entre alliés, und La Guerre, Le Blocus, L'Union Sacrée.

[92] Vgl. Cochin, Les Organisations de blocus en France.

sammelte er wöchentlich die Mitglieder des *Comité français du blocus* bei sich und gab den entscheidenden Impuls von französischer Seite zum *encerclement économique* des deutschen Reiches. Natürlich fungierte Cochin auch immer wieder als Vermittler in heiklen Missionen zwischen der französischen Regierung und den Katholiken bzw. auch dem Vatikan[93]. Mehr als jedem anderen dürfte ihm dabei die Notwendigkeit der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhl klar geworden sein, die er ja ohnehin seit 1905 gefordert hatte. Cochin erwies sich also als ein sehr nützliches Mitglied der Regierung, weil er es verstand, seine weltanschaulichen Überzeugungen weitgehend im nationalen Interesse zurückzustellen. Es ist dabei nicht ohne eine gewisse Ironie des Schicksals, daß es am Ende dann auch gerade das prekäre Verhältnis der französischen Republik zum Heiligen Stuhl war, das den Anlaß zum Austritt Cochins aus der Regierung Ribot am 6. August 1917 gab.

Bevor näher auf diese Ereignisse eingegangen werden soll, ist zunächst das politische Klima des Jahres 1917, *l'année terrible* in der Diktion Poincarés, zu betrachten. Neben einer durch mangelnde Erfolge bedingten Kriegsmüdigkeit zeichnete es sich vor allem durch eine beschleunigte Erosion der *Union Sacrée* aus. Das sogenannte Amendement Sixte-Quenin vom Februar 1917 erlaubte nun auch die Priesterklassen *ante-1905* in Kampfeinheiten einzusetzen und nicht mehr nur im Sanitätsdienst. Die katholische Öffentlichkeit war schockiert, und Piou protestierte in der Sitzung vom 4. Februar 1917: „On viole l'union sacrée contre nous"; *La Croix* titelte am nächsten Tag mit dem üblichen Pathos: „Rupture scandaleuse de l'Union sacrée"[94]. Obgleich Cochin in der Regierung blieb, fühlten sich die Katholiken zunehmend in ihr altes Ghetto zurückgedrängt. Ferner führten die Soldatenmeutereien im Frühsommer 1917 und das Vorgehen gegen eine Reihe angeblicher oder wirklicher Landesverräter, das in die Verurteilung der beiden Politiker Caillaux und Malvy mündete, zu erhitzten öffentlichen Debatten und zum Austritt der Sozialisten aus der *Union Sacrée*. Die Papstnote vom 1. August 1917, über die noch zu sprechen sein wird, trug das ihrige zur Kakophonie der öffentlichen Diskussion bei, die in nichts mehr an die Harmonie von 1914 erinnerte. Es bedurfte daher nur eines eher geringen Anlasses, um den Austritt Cochins aus der Regierung Ribot zu provozieren.

Cochin hatte sich bereits in mehreren Briefen an Ribot darüber beklagt, daß er in militärischen Dingen übergangen worden sei und daß sein *Blocus*-Konzept bei den Alliierten nicht auf Gegenliebe stoße[95]. Wie ein Briefwechsel von Ribot mit dem Historiker Lavisse beweist, hatte Ribot in der Tat einen kleinen Kriegsrat zur Entscheidungsfindung in militärischen Fragen eingerichtet, über dessen Entscheidungen die anderen Minister lediglich unterrichtet, nicht aber konsultiert wurden[96]. Der von Cochin empfundene Autoritätsverlust kulminierte in der Ableh-

---

[93] Vgl. Bucaille, Denys Cochin, S. 39.

[94] *La Croix* vom 6.2.1917; Das *amendement Sixte-Quenin* hob den Artikel 23 des Gesetzes von 1889 auf, der vorsah, daß mobilisierte Priester nur in Sanitätseinheiten eingesetzt werden durften. Ähnlich auch Gustave de Lamarzelle, *Le Gaulois* vom 7.2.1917.

[95] Briefe an Ribot vom 14.4., 4.5., 7.5.1917, in: AN, 563 AP 31.

[96] Brief Ribots an Lavisse vom 19.8.1917. Jeden Morgen versammelte Ribot den Kriegs-, Marine- und Rüstungsminister in seinem Kabinett: „Dans ces petites conférences, nous

nung Ribots, einen von Cochin überbrachten Brief des päpstlichen Staatssekretärs Kardinal Gasparri im Ministerrat vorzulesen. Der Brief hätte, bei offizieller Antwort seitens der Regierung, das Protektorat Frankreichs über die christlichen Missionen im Orient bestätigt, gleichzeitig aber die erste offizielle Verhandlung mit dem Papsttum seit 1905 dargestellt. Ribot befürchtete eine weltanschauliche Debatte in der Öffentlichkeit, die in dieser heiklen Phase des Krieges den Kriegswillen nur weiter geschwächt hätte. Auf die Weigerung Ribots hin demissionierte Cochin gekränkt und betonte, daß er die Balance zwischen pragmatischer Regierungspolitik und den Erwartungen der Katholiken nicht mehr halten könne[97]. Die *Union Sacrée* sei dahin, und als katholischer Minister gebe er „à un ministère radical-socialiste une apparence inexacte"[98].

Die Demission Cochins war sicherlich ein Rückschlag – für die politische *Union Sacrée* wie für die Integration der Katholiken in das parlamentarische Spiel im allgemeinen. Sie zeigte, wie virulent immer noch die religiösen Fragen der Vorkriegszeit, insbesondere die nach der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan trotz Kriegsnationalismus sein konnten. Um wenigstens den Anschein der *Union Sacrée* zu wahren, schlug Cochin selbst vor, als Nachfolger François Arago, einen *Progressisten* der Thierry-Linie, oder den Marquis de Chambrun, einen *Progressisten* mit ALP-Vergangenheit, zu berufen[99]. Ribot entschied sich aber unter Vermittlung von Viviani für den liberalkatholischen Senator Emmanuel de Las Cases (Lozère), der am 13. August nach Paris reiste, um mit Ribot Gespräche zu führen. Zuvor hatten ihm der Abbé Bailly von *La Croix* und Piou von einem Eintritt ins Ministerium abgeraten, es sei denn, man verspräche ihm eine baldige Wiederaufnahme der Beziehungen zum Vatikan[100]. Als de Las Cases diese Forderung aus politischen, nicht aus religiösen Gründen bei Ribot vorbrachte, lehnte dieser jedoch ab, da angesichts der Papstnote diese Frage jetzt nicht aufgeworfen werden könne, da sie die innere Ruhe gefährde. De Las Cases zog sich zurück und besiegelte damit den Austritt der Katholiken aus der politischen *Union Sacrée*[101]. Damit zeigte sich, daß die Forderung nach der Wiederher-

---

nous communiquons les télégrammes arrivés le matin, nous échangeons nos vues et nous réglons beaucoup d'affaires. Nous ne portons plus au comité de guerre que les questions qui exigent une véritable délibération. Je vous dis cela vous seul!", in: AN 563, AP 31. Der Brief ist ausführlich im Anhang als Dokument 3 abgedruckt.

97 Übereinstimmend der Demissionsbrief an Ribot vom 9. 8. 1917, in: AN, 563 AP 31, und ein Brief Cochins an Erzbischof Amette von Paris, zitiert von Waché, Denys Cochin, Un parlementaire catholique, S. 60.

98 So in La Guerre, Le Blocus, L'Union Sacrée, S. 116.

99 Brief an Ribot vom 11. 8. 1917, in: AN, 563 AP 31, gerade Chambrun sei „très bon vu des catholiques".

100 Der Bericht in den Tagebüchern von de Las Cases, Éphémerides, S. 121–126. Piou sagte: „On vous offre l'impossible, n'ayant trouvé personne autre, on pense à vous pour enchaîner les catholiques. On ne vous accordera rien."

101 Ibidem, S. 122: „Entrer au ministère en parent pauvre, la tête courbée, par une porte basse pour ramasser au bout de la table quelques miettes [...] non merci!" Vgl. auch den von Mayeur, Le Catholicisme français et la Première Guerre Mondiale, S. 391, zitierten Brief von Las Cases an Ribot: „Certains actes récents avaient ému à juste titre les catholiques et que ceux-ci ne pouvaient comme tels accepter la responsabilité du gouvernement".

stellung der Beziehungen zum Vatikan, aus katholischen und außenpolitischen Interessen, eine Bedingung war, auf die die zum Eintritt in die Regierung bereiten Katholiken nicht verzichten wollten.

Der Eintritt von Denys Cochin in die politische *Union Sacrée* 1915 und seine Demission 1917 sind also einerseits Ausdruck der integrativen Kraft der *Union Sacrée*, haben andererseits aber auch deren Grenzen aufgezeigt. Seine Bedeutung liegt darin, die seit 1877 von politischer Verantwortung ausgeschlossenen Katholiken und Monarchisten zum ersten Mal wieder in das parlamentarische Spiel[102] eingebunden zu haben. Es ist anzunehmen, daß dieser tatsächliche Eintritt in das republikanische Machtgefüge eine langfristig größere Systemtreue im katholischen Lager bewirkte als die Lippenbekenntnisse der *ralliés* zur Akzeptanz der Republik, die oft nur Theorie geblieben waren. Das Scheitern der Einbindung hat zudem eine essentielle Forderung der Katholiken zu Tage treten lassen, ohne die sie die Mitarbeit in der nationalen Republik nicht akzeptierten: Die Wiederherstellung der Beziehungen zum Heiligen Stuhl. Es ist daher nicht verwunderlich, daß diese zu einer der zentralen Forderungen der liberal-konservativen Rechten 1919 wurde. Das weitere Handeln Cochins zeigt im übrigen auch, daß sein Austritt aus der Regierung keinesfalls gleichbedeutend war mit einem Rückzug in das konservativ-katholische Exil. Im Interesse der französischen Nation und seiner Repräsentation beim Papst setzte er seine Aktivität fort und folgte wie die meisten Katholiken Clemenceau in seinem Kampf gegen Malvy und Caillaux und für einen Siegfrieden (*jusqu'au bout*). Er fungierte weiterhin als Vermittler zwischen Regierung und Vatikan, wo er z.B. dem Kardinal Gasparri deutlich erklärte, daß Elsaß-Lothringen rechtmäßig französisches Territorium sei. Auch bei seinem Papstbesuch in Rom am 4.Juli 1918 vertrat er die außenpolitische Position Frankreichs bezüglich der Notwendigkeit einer Wiederherstellung des polnischen Staates. Mit Fug und Recht kann daher die Präsenz des Orleanisten Denys Cochin in mehreren Kabinetten der Jahre 1915–1917 als notwendige Bedingung und Präfiguration für die Eingliederung liberaler Katholiken wie Auguste Isaac oder Robert David in die Regierungen des *Bloc-National* von 1919–1924 betrachtet werden[103].

---

[102] Die Metapher des parlamentarischen „Spiels", bei dem rivalisierende Gruppen um Macht kämpfen, ohne die Grundregeln des Systems in Frage zu stellen – eben wie im modernen Mannschaftssport – wurde bereits von Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, S.24, eingeführt, und von Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus, weiterentwickelt. Angesichts der besonderen Formen des französischen Honoratiorenparlamentarismus und seiner rational oft kaum zu verstehenden Gesetze ist auch die Definition von Johan Huizinga, Homo ludens, S.37, durchaus übertragbar: „Spiel ist eine freiwillige Handlung oder Beschäftigung, die innerhalb gewisser festgesetzter Grenzen von Zeit und Raum nach freiwillig angenommenen, aber nach unbedingt bindenden Regeln verrichtet wird, ihr Ziel in sich selber hat und begleitet wird von einem Gefühl der Spannung und Freude und einem Bewußtsein des ‚Andersseins' als das ‚gewöhnliche Leben'."

[103] So auch Mayeur, Le Catholicisme français et la Première Guerre Mondiale, S.393.

Die Katholiken und die Kriegswaisen (pupilles de la nation)

Als zweites soll nun die Problematik der Kriegswaisen, der sogenannten *pupilles de la nation*, betrachtet werden, die ebenfalls zeigen wird, wie sich Teile des politischen Katholizismus aus der Bindung des konservativ-katholischen Lagers gelöst haben. Die auf einem Gesetz von 1831 beruhende staatliche Unterstützung für Kriegswaisen erwies sich 1914 binnen weniger Wochen als völlig unzureichend, um die materielle und moralische Not der schnell anwachsenden Zahl von Waisenkindern zu bewältigen. Zur Bereitstellung der notwendigen Ressourcen und des oft fehlenden Betreuungspersonals hatten sich schon seit dem ersten Kriegswinter Selbsthilfeverbände gegründet, die auf genossenschaftlicher Basis operierten: Sei es, daß das Kind Vollwaise war, oder sei es, daß eine Mutter mit acht Kindern die Ausbildung der heranwachsenden Söhne nicht mehr finanzieren konnte, in beiden Fällen sprangen auf lokaler Ebene Verbände ein, die nicht selten in das Umfeld des Sozialkatholizismus zu zählen waren. Obwohl bereits seit Ende 1914 auch auf parlamentarischer Ebene überlegt wurde, diese kriegsimmanente Problemlage zu bewältigen, sollte es bis Juni 1917 dauern, bis das Gesetz zur Kriegswaisenversorgung endgültig verabschiedet war. Die Bemühungen um eine parteiübergreifende Lösung des Problems gestalteten sich schwierig und können hier nicht ausführlich dargestellt werden[104]. Als entscheidend muß aber festgehalten werden, daß die Ausarbeitung dieses Gesetzes für die Kriegswaisen einer im Krieg entwickelten neuen und solidarischen Rechtsvorstellung entsprang, wonach die Nation als einheitliches „ethisches Corpus" den für sie gefallenen oder verwundeten Soldaten zu Schadensersatz, in dem Falle zur Waisenunterstützung, verpflichtet war[105]. Aus den Kriegswaisen (*orphelins de guerre*) wurden daher die die ganze entrüstete Rechtsüberzeugung der *Union Sacrée* transportierenden Zöglinge der Nation (*pupilles de la nation*), denen, laut Henri Berthélemy, im Unterschied zu „normalen" Waisen, ein *privilège de noblesse* und ein unantastbares Recht auf staatliche Hilfe zustehen sollte[106].

Bei der Formulierung des Gesetzes traten aber Probleme auf, die gleich in mehrfacher Hinsicht die Katholiken betrafen[107]. Der ursprüngliche Vorschlag des radikalen Erziehungsministers Albert Sarraut sah die Schaffung einer zivilen Aufsichtsbehörde vor, die in Zusammenarbeit mit den noch übrig gebliebenen Verwandten des Waisenkindes dessen Erziehung vor allem in weltanschaulich-religiöser Hinsicht gestalten sollte. Dieser Vorschlag, der bis in die Reihen der *Progressisten* und sogar der ALP als liberal betrachtet wurde, mußte nach dem Rücktritt Sarrauts dem weitaus stärker auf staatliche Kontrolle setzenden Projekt von Léon Bourgeois weichen. Dieses wiederum schuf einen dem Präfekten unterstellten sozialen Betreuer (*tuteur social*) mit umfassenden Rechten, der im Falle eines Voll-

---

[104] Aus zeitgenössischer katholischer Sichtweise grundlegend: Nisot, Les Pupilles de la Nation en France, Le Gal, Les Pupilles de la nation, und Rivet, Législation sur les pupilles de la nation.

[105] Dieses Prinzip wurde bereits im Dezember 1914 für alle aus dem Krieg entstehenden Schäden beschlossen.

[106] Henri Berthélemy, Les «pupilles de la patrie», in: RDDM vom 1.1.1916, S. 70–81.

[107] Vgl. für das folgende Faron, Les enfants du deuil.

waisen dessen ganze Erziehung, im Falle von Halbwaisen wenigstens dessen schulische Erziehung überwachen sollte, auch gegen den Willen der Mutter. Berücksichtigt man die Bedeutung der Erziehungsfrage unter weltanschaulich-religiösen Aspekten vor 1914, wird schnell klar, daß mit einem derartigen Ansatz die religiöse Frage wieder auf der parlamentarischen Tagesordnung gelandet war. Insbesondere von katholischer Seite fürchtete man, der *tuteur social* könne ein weiteres staatliches Instrument zur „Laizisierung" der katholischen Kinder darstellen. Obendrein versuchte die radikale Mehrheit der Kammer und des Senats, die Eingliederung der bereits existierenden katholischen Selbsthilfeverbände in die nach dem Projekt von Bourgeois zu bildenden departementalen Waisenbehörden zu verhindern und ihnen jede finanzielle Unterstützung zu versagen.

Das letztlich von der Erziehungskommission und ihrem Berichterstatter, dem *républicain de gauche* Léon Bérard, vorgestellte Gesetzesprojekt war eine eigenartige und in den entscheidenden Fragen unklar bleibende Melange der Projekte Sarrauts und Bourgeois', die weder den Willen der Radikalen noch den der *Progressisten* und Katholiken befriedigte[108]. Zeitgleich zur Debatte im Senat im Frühjahr 1916 starteten Kardinal Amette und der spätere Chefredakteur von *La Croix*, Jean Guiraud, daher eine Petitionskampagne zur Revision des Projektes, durch die bis Juli 1917 217000 Unterschriften gesammelt werden konnten[109]. Die Intention Guirauds, das gesamte konservativ-katholische Lager zu einer Opposition gegen das Gesetzesprojekt zu mobilisieren, mithin die katholische Weltanschauung offensiv zu vertreten und die Lagerbildung zu forcieren, scheiterte jedoch. Zwar verteidigten die beiden wichtigsten katholischen Senatoren, Gustave de Lamarzelle und Emmanuel de Las Cases, am 21. März im Senat die Forderungen Guirauds nach einer Beteiligung der katholischen Verbände an den zu schaffenden staatlichen Waisenversorgungsbehörden. Bei der Schlußabstimmung des Gesetzes am 29. Juni 1916 votierten beide aber im Interesse der *Union Sacrée* **für** den Gesetzesvorschlag, nachdem Etienne Flandin (AD) durch ein *amendement* die Rolle des *tuteur social* deutlich reduziert hatte. Als politische Vertreter des Katholizismus hatten sie sich damit über die *défense-religieuse*-Strategie Guirauds hinweggesetzt. Dieses Votum bedurfte freilich einer ausführlichen Begründung gegenüber der katholischen Öffentlichkeit, da in der Frage über die Beteiligung katholischer Repräsentanten in den nationalen und lokalen Waisenbehörden die Forderungen der Kampagne von *La Croix* nicht erfüllt worden waren. Deshalb erklärte de Las Cases, als einer der führenden Vertreter des politischen Katholizismus in Frankreich, daß ein pragmatischer Wille zur schnellen Gesetzgebung und das Vertrauen auf das administrative Wohlwollen gegenüber den Katholiken im Zeichen der *Union*

---

[108] Vgl. den grundsätzlichen Artikel in *Le Temps* vom 25.5.1915, Berthélemy, Pupilles, S.76, und Jean Guiraud in *La Croix* vom 23.5.1916.

[109] Es gab fünf Petitionswellen: *La Croix* vom 14.9.1916, 29.9.1916, 12.1.1917, 16.2.1917, 13.7.1917. Die Kampagne ist besonders erfolgreich in den vom Vereinskatholizismus geprägten Departements im Norden und Osten (Belfort, Aisne, Ain, Savoie, Doubs, Haute-Saône), in Paris und Lyon sowie im Westen (Deux-Sévres, Morbihan, Vendée), dem Zentralmassiv (Ardèche, Aveyron) und den bonapartistischen Hochburgen Charente und Gers verlaufen. Vgl. Faron, Aux côtés, avec, pour les pupilles de la Nation.

Sacrée die ausschlaggebenden Gründe für seine Zustimmung gewesen seien[110]. Er unterstrich damit, daß der politische Katholizismus nicht mehr in weltanschaulicher Orthodoxie verharren, sondern auch unter Aufgabe eigener Prinzipien in der parlamentarischen Republik mitarbeiten wollte.

Jean Guiraud, der als Chefredakteur von *La Croix* ab 1917 paradigmatisch die fundamentalkatholische Intransigenz auch während der *Union Sacrée* verkörperte, setzte trotz der Zustimmung der katholischen Senatoren zum Gesetz für die *pupilles de la nation* seine Petitionskampagne fort. Er nahm dabei Forderungen von de Las Cases auf, wie z.B. die Unterordnung der Waisenbehörde unter den Justizminister und nicht den Innenminister, sowie, analog auf departementaler Ebene, unter die Magistratur und nicht den Präfekten, die der Senator nach seinem Votum fallengelassen hatte, um einer Umsetzung des Gesetzes nicht mehr im Wege zu stehen. Guiraud wurde dabei auch von der antisemitischen *Libre Parole* unterstützt[111], ging aber in seiner Kritik an den katholischen Senatoren, die dem Gesetz zugestimmt hatten, weit über das vom Klerus gewünschte Maß hinaus. Der die *Union Sacrée* in Paris unterstützende Kardinal Amette sonderte sich im Februar 1917 von der Kampagne Guirauds ab, weil dieser die Senatoren des Verrats bezichtigt hatte[112]. Bevor der vom Senat verabschiedete Text am 24. Juli 1917 zur endgültigen Abstimmung in die Kammer kam, versuchte Guiraud noch einmal alle Register zu ziehen und die katholischen Abgeordneten der *Droite* und der ALP zu beeinflussen, nicht für das Gesetz zu votieren: Seit des Senatsvotums sei über ein Jahr vergangen, der Charakter der *Union Sacrée* habe sich gewaltig geändert und die Regierungserklärungen von Bérard und Puech ließen nur eine antiklerikale Applizierung des Gesetzes vor Ort erwarten[113]. Guirauds fundamentalkatholische Propaganda blieb aber ohne Erfolg. Zwar beklagte auch Jacques Piou während der Debatte den antireligiösen und „antifamiliären" Charakter des Gesetzes; in der Abstimmung vollzog seine Gruppe aber, mit Ausnahme des intransigenten Juristen Grousseau, einen entscheidenden Wechsel und stimmte geschlossen für das Gesetz, während sich die 25 Abgeordneten der monarchistischen *Droite* enthielten.

Piou und die ALP hatten damit *de facto* ihr Bekenntnis zur *Union Sacrée* und zur Kompromißbereitschaft unter Beweis gestellt und sich von einer obstruktiven katholischen Sammlungsstrategie gelöst, so wie es bereits die Senatoren de Las

---

110 Vgl. *La Croix* vom 6.7.1916 (Artikel Las Cases) und vom 7.7.1917 (Artikel Guiraud). Zum Hintergrund vgl. Las Cases, Ephémérides, S. 118f., wo er z.B. die Möglichkeit der Aufnahme von *œuvres philanthropiques*, darunter auch katholische, in die departementale Waisenbehörde betonte. Wie man den Tagebucheintragungen von de Las Cases entnehmen kann, konnte sich in den Überlegungen ein liberalkatholisches Element durchsetzen, das zu Kompromissen in dieser Frage bereit war, während Guiraud zur Obstruktion aufrief. Die Abstimmung von de Las Cases im Senat präfiguriert damit eine liberalkatholische Haltung, die später in der ERD ihre Fortsetzung finden sollte.

111 *La Libre Parole* vom 26.1.1917 und *La Croix* vom 12.1.1917.

112 Brief Amettes an Guiraud vom 20.2.1917: „Votre article [...] adresse aux senateurs catholiques des reproches qui déponent la mésure [...] on ne peut pas les accuser de trahison." Unterstützung erhält dagegen Guiraud vom Erzbischof von Bordeaux, Andrieu, Brief vom 25.2.1917, beide in: AN, 362 AP 145 Dossier 1.

113 So in *La Croix* vom 24.7.1917 mit dem Titel *Triste spectacle*.

Cases und de Lamarzelle getan hatten. Der Versuch des intransigenten Guiraud, unter dem Motto *catholiques d'abord* die katholischen Kräfte wie 1906 und 1910 weltanschaulich zu mobilisieren, war fehlgeschlagen. Dies lobte selbst die antiklerikale Zeitung *Le Radical*, die die „conscience même des adversaires catholiques" würdigte, die im „intérêt superieur" dem Gesetz zugestimmt hätten, während Guiraud nur mit Mühe seine Kritik an Piou und dem „Unterdrückungsgesetz" zurückhalten konnte[114]. Eine Spaltung des konservativ-katholischen Lagers, wie sie nur wenige Tage später noch einmal über die päpstliche Friedensnote entstehen sollte (s.u.), war also zu Tage getreten.

Das Gesetz über die Kriegswaisen sorgte schließlich noch einmal für Unruhe, als der Vorstand der nationalen Behörde zur Waisenversorgung, des *Conseil supérieur de l'office national des Pupilles de la nation*, keinen einzigen Repräsentanten der katholischen Rechten enthielt. Auch auf departementaler Ebene hatte Innenminister Malvy für eine systematische Ausschließung katholischer Repräsentanten gesorgt[115]. Erst die Verurteilung Malvys wegen Hochverrats und der Druck liberaler Katholiken veranlaßten die neue Regierung Clemenceau zu einem *Circulaire* vom 6. Januar 1918, das die Aufnahme von katholischen Repräsentanten in die departementalen Behörden empfahl. Vielen Katholiken widerfuhr damit auf konkreter, persönlicher Ebene Genugtuung, die noch gesteigert wurde, als der neue Innenminister Laferre öffentlich den Respekt der Regierung vor dem Glauben der Waisen und ihrer getöteten Väter und Mütter erklärte und damit implizit auch die Unterstützung für Schüler auf katholischen Schulen garantierte[116]. Im übrigen wurde im März 1918 auch die Frau von Emmanuel de Las Cases demonstrativ als Mitglied in die nationale Waisenbehörde aufgenommen und der liberale Katholik Hébrard de Villeneuve zu deren Präsidenten gewählt. Der Konflikt, der in der Umsetzung des Gesetzes zur Waisenversorgung entstanden war, hatte sich damit aufgelöst.

Am Ende der Diskussion um die *pupilles de la nation* stand also die Aufspaltung des konservativ-katholischen Lagers und die Lösung der ALP von den intransigenten Kreisen um *La Croix* und die katholischen Monarchisten. Programmatisch und personell trat wieder ein lange unterdrückter liberaler Katholizismus zum Vorschein, der im Interesse der Nation und einer christlichen Fürsorgepflicht die dogmatische *défense-religieuse*-Strategie aufgab und in einer seine lebensweltliche Realität besonders tangierenden Frage mit der republikanischen Mehrheit zusammenarbeitete bzw. zumindest mit ihr votierte. Die unmittelbaren Auswirkungen des Ersten Weltkriegs, die Kriegswaisen, und ein dem Sterben abgerungenes Ethos, die nationale Verantwortung für deren Erziehung, haben also einen Prozeß der Annäherung von Teilen des katholischen Lagers an die nationale Republik und ihre Repräsentanten befördert. Gleichzeitig haben sie aber auch ge-

---

[114] *Le Radical* vom 25.7., zitiert nach Faron, Les enfants du deuil, S.106, Guiraud in *La Croix* vom 25.7. und 28.7.1917.

[115] *La Croix* vom 20.11.1917.

[116] Am 15.7.1918 in einer feierlichen Zeremonie am Trocadéro, vgl. *La Croix* vom 16.7.1918. Dies war keinesfalls selbstverständlich, da eine finanzielle Hilfe für Schüler auf Privatschulen unter Umständen als indirekte Subvention des Staates für die katholische Kirche hätte gedeutet werden können.

zeigt, daß der kompromißbereite Teil des katholischen Lagers im Gegenzug zumindest auf einem Höchstmaß an Toleranz und Respekt gegenüber seinen religiösen Bedürfnissen bestand, der ihm im Zeichen der *Union Sacrée* auch letztlich gewährt wurde.

La Croix und die parlamentarische Republik

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die 1883 von den *Assumptionisten* gegründete Tageszeitung *La Croix* der große Repräsentant des fundamentalkatholischen Flügels des französischen Katholizismus gewesen war. Mit ihren vielen regionalen und lokalen Ablegern versuchte sie eine Sammlung der über konstitutionelle und soziale Fragen zerstrittenen Katholiken auf der Basis einer antimodernistisch und antiliberal ausgerichteten *défense-religieuse*-Strategie zu erreichen. Ihr politischer Kurs war dabei streng ultramontan und integralistisch, d.h. sie lehnte eventuelle Zugeständnisse an die laizistisch-zivilrechtliche Republik ab. Auch unter der Direktion von Paul Feron-Vrau (seit 1901) war ihr *Ralliement* an die Republik kaum mehr als ein Lippenbekenntnis geblieben: Die Leitartikel wiesen alle eine klerikale und antirepublikanische Grundtendenz auf[117]. Am besten illustriert dieses Denken ein Artikel von Franc am Vorabend des Krieges, in dem dieser die Autoritätslosigkeit der modernen Gesellschaften beklagte. Der Parlamentarismus der radikalen Republik, der weder auf historisch gewachsene *corps intermédiares* noch auf familiäre oder religiöse Traditionen Rücksicht nehme, sei aus Prinzip abzulehnen. Die konservative Auffassung von einem autoritär geführten und korporatistischen Staat hatte sich so mit der katholischen Abwehr gegen Liberalismus, Modernismus und die Aufklärung gepaart: Die *République une et indivisible* war daher in den Augen von Franc nichts als eine Tyrannei von revolutionären Freimaurern.[118]

Vor dem französischen Sieg an der Marne hatte *La Croix* daher – trotz Zensur – nur Spott für das Verhalten der Parlamentarier übrig. Die Übersiedlung von Regierung und Parlament nach Bordeaux am 2. September 1914 wurde als „fuite des parlementaires"[119] beschrieben, wobei gleichzeitig die Fortsetzung der öffentlichen Parlamentssitzungen in Paris gefordert wurde: „Puisque nous sommes condamnés à subir le Parlement", müsse es wenigstens öffentlich tagen, denn man befürchtete, daß in geheimen Sitzungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit Kritik am Generalstab und seiner Kriegführung laut würde[120]. Im übrigen war auch die Kontrastierung der tugendhaften Soldaten mit den Drückebergern (*embusqués*) im Parlament ein beliebter journalistischer Topos, der den antiparlamentarischen Reflex der Zeitung deutlich hervorhob. Indes, der Sieg an der Marne und die Standfestigkeit der *Union Sacrée* wirkten sich auch auf die politische Linie von *La Croix* aus. Nach der Wiederaufnahme der öffentlichen Sitzungen des Parlaments

---

[117] Vgl. die verschiedenen Artikel in Rémond/Poulat, Cent ans d'histoire de la Croix.
[118] *La Croix* vom 8.7.1914.
[119] *La Croix* vom 3.9.1914.
[120] *La Croix* vom 16.12.1914: „On craint qu'on ne discute les mérites des chefs d'armée et l'utilité de sa discipline."

im Januar 1915 begann *La Croix*, ihre positive Haltung zu einer gesellschaftlichen *Union Sacrée* auch ins Politische zu übertragen. Aus diesem Grunde entwickelte die Zeitung eine eigene Auffassung von der *Union Sacrée*, die, weil sie selbst auf Kritik an der republikanischen Regierung verzichtete, auch von anderen den Verzicht auf parteitaktische Propaganda verlangte. So wurden das sozialistische Projekt einer obligatorischen Arbeiterunfallversicherung und das radikalsozialistische zur Wehrerfassung (gegen Kriegsminister Millerand) des Abschlußjahrgangs 1917 mit Empörung zurückgewiesen: „L'union sacrée est gardée avec une vigilance admirable par la partie saine de la Chambre[...]. Mais ce n'est en vérité pas trop de la vigilance de cette unanimité de bons Français pour la protéger contre ces atteintes mortelles [...]"[121].

Die *Union Sacrée* konnte damit zu einer Chiffre für die Aufhebung pluralistischen Interessensaustausches werden, weil sie die Existenz von Gruppen mit eigenen materiellen und ideellen Interessen verleugnete. Solange Krieg war, mußte jede Fraktion ihre Sonderinteressen dem Primat des nationalen Abwehrkampfes unterordnen. Daß *La Croix* daran partizipierte, beweist ihre allmähliche Lösung aus der antirepublikanischen Gegengesellschaft und die Akzeptanz einer weltanschaulichen Waffenruhe. Gleichwohl zeigt eine etwas genauere Beobachtung, daß hinter diesem vermeintlichen Konsens nichts anderes als das alte Mißtrauen gegen ein autoritätsloses politisches Gremium stand: „Nos sociétés modernes ont étrangement affaibli le principe d'autorité. Le suffrage universel entraine à flatter l'opinion au lieu de la diriger."[122]

Diese Haltung findet sich in den Artikeln von *La Croix* auch noch während des gesamten Jahres 1915. So wurde beispielsweise der ALP-Abgeordnete de Gailhard-Bancel (Ardèche), von dessen vier Söhnen zwei gefallen und einer verwundet waren, als rühmliche Ausnahme eines Parlamentariers den jungen und oft kinderlosen Sozialisten und Radikalen der Kammer gegenübergestellt, die ihre militärische Pflicht nicht erfüllten[123]. Auch der Redakteur für landwirtschaftliche Fragen, *Rusticus*, wetterte anläßlich der Frühjahrsaussaat 1915 und der mangelnden Arbeitskräfte gegen die „parlementaires n'ayant jamais conduit une charrue et plus soucieux de consommer d'innombrables apéritifs à la victoire de nos armes [...] que d'y coopérer par leur effort personnel"[124]. Daher hatte sich auch die Haltung gegenüber nicht-öffentlichen Sitzungen der Kammer nicht geändert: „Que les Chambres soient jalouses gardiennes de leur droit de contrôle sur les actes du gouvernement, je puis parfois le regretter, mais je ne saurais contredire [...] mais si l'on touche à l'exercice du droit de contrôle de l'electeur sur les actes des députés, la constitution est violée."[125]

Obwohl *La Croix* also im Namen der *Union Sacrée* auf Kritik an der Republik verzichtete, blieb sie einem agrarromantisch-antidemokratischen Diskurs über ein „heiles" Frankreich verpflichtet. Dem anarchischen Parlamentarismus in der

---

121 *La Croix* vom 6.4.1915 und 11.3.1915.
122 *La Croix* vom 6.3.1915.
123 *La Croix* vom 17.3.1915.
124 *La Croix* vom 3.5.1915.
125 *La Croix* vom 12.10.1915.

Großstadt Paris, der mit der Republik an sich gleichgesetzt wurde, wurde die Tapferkeit und Zähigkeit gerade der ländlichen Regimenter im Fronteinsatz gegenübergestellt. Deshalb knüpfte man an diese Tatsache die Hoffnung, daß der Krieg die herkömmlichen Denktraditionen erschüttern könnte. Entsprechend der durch das Leid zu erwartenden religiösen Erneuerung zählte man auf eine moralische Erneuerung („rénovation morale")[126], die unter Umständen sogar neue parlamentarische Mehrheiten hervorbringen könnte, wo „le pouvoir passait, par un balancement harmonieux, des conservateurs aux libéraux et des libéraux aux conservateurs"[127]. Dieses Vertrauen auf eine *renaissance morale* nach dem Kriege war es dann auch, das für den grundlegenden Wandel bei *La Croix* gegenüber dem parlamentarischen System ab 1916 verantwortlich war. Der Parlamentarismus hörte auf, *per se* als schlecht zu gelten, und wurde zumindest in einer „gezähmten" Form akzeptiert. Als erstes formulierte der Katholik Henry Joly, der Vorsitzende des *Institut de France*, die Forderung nach einer Staatsreform und bekannte sich damit zum allgemeinen Wahlrecht und zum Parlamentarismus in einer reformierten Republik. Zentraler Punkt seines Programms war die Einrichtung einer starken Exekutive unter einem Präsidenten, der beispielsweise das Auflösungsrecht der Kammer erhalten sollte, und damit als Gegengewicht zum Volkswillen auftreten konnte[128]. Joly näherte sich damit dem intrarepublikanischen Verfassungsrevisionismus im Umfeld der *Progressisten*, z. B. von Charles Benoist, an.

Hatte Joly in den Reihen der fundamentalkatholischen *La Croix* zunächst noch allein gestanden, erhielt er bald immer mehr Zuspruch, vor allem während der schwierigen Monate der Schlacht um Verdun. Sie veranlaßten *La Croix* und auch andere Oppositionsblätter wie *L'Echo de Paris, Le Figaro, Le Gaulois,* oder *La République française*, eine starke Regierung, „un gouvernement qui agisse", zu fordern, dessen Minister außerhalb des Parlaments bestellt würden und dessen rechtsprechendes Pendant ein oberstes Verfassungsgericht bilden sollte: „L'ère de l'éloquence est finie, [...] celle de l'action commence [...] tout le monde sent qu'il nous faut un homme et une tête [...]"[129]. In der Forderung nach einem starken Mann schwangen sicherlich immer noch plebiszitäre Reminiszenzen mit, entscheidend war aber, daß seine Machtbefugnis konstitutionell klar festgelegt werden sollte. Damit hatte sich *La Croix*, die sich immer aus konstitutionellen Debatten herausgehalten hatte, um die katholische Einheit mit den Monarchisten nicht zu gefährden, öffentlich von einer möglichen Restauration der Monarchie distanziert. Ein starker Präsident und ein Parlament widersprachen sich nicht mehr, sondern ergänzten sich. Am besten wird dieser neuartige republikanische Konstitutionalismus durch das von *La Croix* gelobte Programm der *Corporation des publicistes chrétiens* vom Dezember 1916 illustriert[130].

---

[126] *La Croix* vom 17.10.1914: „Avec ses ravages, ses angoisses et ses deuils, avec aussi l'espérance de plus en plus accentuée de la victoire définitive, la guerre nous apport les plus salutaires leçons de l'héroïsme [...] contre le matérialisme et l'égoisme."

[127] *La Croix* vom 25.3.1917.

[128] Henry Joly in *La Croix* vom 14.1.1916.

[129] *La Croix* vom 9.12.1916.

[130] Das Programm in *La Croix* vom 12.12.1916. In gewisser Hinsicht ist dieser Verfassungsrevisionismus eine Präfiguration der Staatsreformpläne aus den Reihen der ERD

Die Neuorientierung der politischen Linie von *La Croix* wurde durch den Kriegseintritt der USA auf der Seite der Alliierten 1917 und die energische Übernahme der Regierung durch Georges Clemenceau schließlich besiegelt. Trotz seiner antiklerikalen Vergangenheit und seines persönlichen Atheismus wurde Clemenceau von allen Zeitungen und Parlamentariern der katholischen Rechten unterstützt, darunter auch *La Croix*, wo Jean Guiraud die erste Regierungserklärung folgendermaßen kommentierte: „Cet homme qui, jadis, a été l'apôtre néfaste du Bloc révolutionnaire, a proclamé, hier, le Bloc national des Français de tous les siècles et de ceux d'aujourd'hui, des Français de tous les partis et de toutes les croyances [...]. Nous saluons ces efforts visibles [...] et sa déclaration ministérielle."[131] Clemenceau verkörperte somit die lang ersehnte Autorität und garantierte gleichzeitig eine nationale Republik, die den Glauben respektierte und eine Verfassungsreform versprach[132]. Noch im August 1918 schrieb Franc einen offenen Brief an Clemenceau bezüglich der Ausdehnung der kirchlichen Missionen Frankreichs im Ausland, in dem er sagte: „Tous les Français patriotes – les catholiques se font un honneur d'en être – admirent la vigueur toute juvenile avec laquelle vous avez remonté le cran national qui ne fut jamais plus merveilleux."[133]

Der Erfolg der autoritären Regierung Clemenceau während der zweiten Jahreshälfte 1918 und die Hoffnung auf eine erneuerte Republik konnten sich im folgenden fruchtbar mit dem kulturellen Einfluß der Vereinigten Staaten seit deren Kriegseintritt an der Seite der Alliierten 1917 verbinden. Durch die physische und ideelle Präsenz der USA in Frankreich seit 1917 vermehrte sich die Kenntnis des amerikanischen Verfassungsmodells[134]. Insbesondere seine Vorzüge, die an Montesquieu orientierte Gewaltenteilung, eine liberale Trennung von Staat und Kirche, ein oberstes Verfassungsgericht, ein starker Präsident[135], wurden auf breiter Basis rezipiert. Kein geringerer als Paul Feron-Vrau selbst veröffentlichte im Oktober 1918, als der Sieg der Westmächte absehbar war, einen Artikel in *La Croix*, der die Verfassung der USA als vorbildhaft auch für Frankreich darstellte und ihre Realisierung forderte: „La grande République américaine nous a montré comment on peut allier l'autorité et la liberté [...] dans cet heureux pays, une cour suprême veille sur les droits des citoyens [...] le président jouit d'une très large autorité

---

und der ARS, der, *mutatis mutandis*, auch für die Verfassung der V. Republik Pate stehen sollte.

131 *La Croix* vom 22.11.1917.

132 Zur Unterstützung der Regierung Clemenceau in ihrem Kampf *jusqu'au bout* hat sich sogar ein eigener *Groupe indépendant* gegründet, der sich aus Teilen der *Droite* und der ALP zusammensetzte und bedingungslose Unterstützung anbot: Zu ihr gehörten: Ancel, Barrès, Bienaimé, Blaisot, Bougère, de Castelnau, de Dion, Engerand, Flandin, Flayelle, Fougère, de Fontaines, Galpin, de Montplanet, Bertrand de Mun, de Monti, Pugliesi-Conti, de Narcay, Viellard, Ybarnégaray. Vgl. *La Croix* vom 17.11.1917.

133 *La Croix* vom 27.8.1918.

134 Über den amerikanischen Einfluß vgl. Kaspi, Les soldats américains et la société française, und *La Croix* vom 12.9.1918, wo man bestätigte, daß große Teile des Katholizismus „par la grande voix de M. Wilson, qui domine le monde actuel et ne cesse de proclamer la république et la démocratie" beeinflußt seien.

135 Man näherte sich damit der Position von Charles Benoist an, der seit 1903 dieses Gericht forderte, vgl. seine Kampagne in ders., Souvenirs, Bd. 3, S. 348-352.

[...]. Profitons de cette leçon de la guerre. Pour nos affaires intérieures, sachons organiser l'unité de commandement dans la sagesse et dans la justice. Modifions [...] notre Constitution pour la rendre adéquate aux besoins de la France."[136]

Der Erste Weltkrieg hat also einen Wandel in der Haltung zur parlamentarischen Republik bei der größten katholischen Tageszeitung, *La Croix*, herbeigeführt. Es ginge zu weit zu behaupten, *La Croix* hätte sich komplett an die Republik oder gar die republikanische Kultur *ralliiert*. Der ehemalige Vorsitzende der ALP im Doubs, Jean Guiraud, der ab 1917 als Chefredakteur die Leitartikel bei *La Croix* verfaßte, war zu tief von der Notwendigkeit einer „création d'une large union des catholiques pour défendre leurs droits"[137] überzeugt und wollte diese nicht für ein republikanisches Bekenntnis opfern, das die Monarchisten ausgeschlossen hätte. Gleichwohl galt die parlamentarische Republik nicht mehr als Ausdruck von „gottloser" Anarchie, sondern konnte, solange sich die energische Führung fortsetzte, positiv bewertet werden. *La Croix* orientierte sich mehr auf eine politische Mitte zu und begrüßte daher die Konstituierung der Fraktion der *Entente républicaine démocratique* im Dezember 1918, die die alte Einheit der *Progressisten* wiederherstellte[138], und wo sich ebenfalls *ralliierte* Katholiken einfanden. Guiraud erwartete von dieser Fraktion sogar, als Brückenglied zwischen rechts und links zu fungieren, um so die *Union Sacrée* auch nach dem Krieg fortzusetzen[139]. Gerade Guiraud gehorchte dabei einem bei ihm ansonsten eher seltenen antikommunistischen Reflex, der gegen die rote Gefahr die Zusammenarbeit aller sozialkonservativen Parteien in Betracht zog[140]. Zwar blieb diese Zusammenarbeit mit den sich nun *républicains nationaux* nennenden bürgerlich-liberalen Fraktionen die nächsten Jahre über prekär, wie die Studie noch zeigen wird. Dennoch hatte *La Croix* die Distanz zur parlamentarischen Republik verloren und konnte sich bisweilen mit ihr arrangieren, endgültig „angekommen" in der Republik war sie aber noch nicht. Erst die Erfahrungen eines Zweiten Weltkriegs und einer autoritären Herrschaft unter katholischem Vorzeichen sollten *La Croix* endgültig in der Republik verankern[141].

Die Analyse hat also gezeigt, daß sich liberalkatholische Positionen auch innerhalb der fundamentalkatholischen *La Croix* Gehör verschaffen konnten. Denn wenngleich Jean Guiraud eine ambivalente Haltung zur parlamentarischen Republik und ihren Spielregeln beibehielt, so konnte bei Leuten, die wie Féron-Vrau oder Joly ebenfalls mit *La Croix* in enger Verbindung standen, ein viel deutlicheres Bekenntnis zu einer neuen, nationalen und reformierten Republik festgestellt werden. War *La Croix* also nicht als ganzes in der Republik „angekommen", so

---

[136] *La Croix* vom 3.10.1918; am 17.12.1918 schloß sich ihm der Integrist Franc an, der schrieb: „La Constitution des Etats-Unis présente sur celles des États de l'Europe, une supériorité indéniable: elle possède en effet le moyen de remédier à l'irresponsabilité et à l'emiettement de l'autorité, vice principal de nos démocraties occidentales."

[137] *La Croix* vom 26.11.1918.

[138] *La Croix* vom 31.12.1918.

[139] Ibidem: „Le grand parti des libertés publiques et de l'union nationale, travaillant [...] à la reconstitution politique, économique et sociale de la République."

[140] *La Croix* vom 10.11.1917 und 8.2.1918.

[141] Mayeur, La Croix et la République.

waren es doch Teile von ihr, die sich durch ihren verfassungsrevisionistischen Ansatz aus dem konservativ-katholischen Lager absonderten. Diese Teile gaben dabei, und hierin liegt die entscheidende Wirkung des Ersten Weltkriegs, ihren monarchischen Grundreflex auf und öffneten sich einem konstitutionellen Verfassungsmodell, das einen gemäßigten Parlamentarismus, beispielsweise in der amerikanischen Form, beinhaltete. Selbst der vor dem Krieg für seinen antimodernistischen Ultramontanismus bekannte Pierre l'Ermite, ebenfalls Redakteur bei *La Croix*, verkündete schon 1915 gegenüber Kriegsflüchtlingen, daß er seit Kriegsbeginn die *Marseillaise* als Lied der aus der Revolution hervorgegangenen Republik nicht mehr ablehne, sondern schätze[142]. Auch er hatte sein privates *Ralliement* vollzogen.

Am Schluß dieser Analyse stellt sich noch die Frage, wie repräsentativ die Entwicklung von *La Croix* für das konservativ-katholische Lager als ganzes eingeschätzt werden kann. Zwar war sie die wichtigste katholische Tageszeitung mit großer Leserschaft bei Klerus und Laien, aber inwiefern kann ihre allmähliche Hinwendung zur Republik als paradigmatisch für große Teile des Katholizismus gelten? Da eine umfassende Analyse der katholischen Publikationen, die dies beweisen könnte, nicht geleistet werden kann, mag ein kurzer Blick auf die Entwicklung einer ebenfalls wichtigen Zeitung des politischen Katholizismus, *La Libre Parole*, und der mit ihr verbundenen ALP-Politiker genügen. Die von Edouard Drumont gegründete antisemitisch-nationalistische Tageszeitung war vor dem Ersten Weltkrieg eine Befürworterin der katholischen Sammlung gewesen, hatte aber deutlicher als *La Croix* die ALP unterstützt und sich von den Monarchisten ferngehalten. Gleichwohl titelte sie im November 1914 „Le parlementarisme est mort" und erwartete am Ende des Krieges die „funérailles du régime parlementaire"[143]. Die Stabilisierung des parlamentarischen Systems während des Krieges und seine Effektivität ließen jedoch auch die *Libre Parole* ihre Konzeption revidieren. Anfang 1917 bekannte sie, daß „détruire les Chambres" keine Lösung mehr sei, und ein Jahr später hatte auch der Pariser ALP-Abgeordnete Joseph Denais, der regelmäßig für die *Libre Parole* schrieb, die intrarepublikanische Verfassungsrevision als politisches Programm entdeckt[144]. Gemeinsam mit Henry Reverdy übernahm er das amerikanische Verfassungsmodell[145], mittels dem die Autorität in der parlamentarischen Republik ohne Rückgriff auf plebiszitäre Elemente wiederhergestellt werden konnte. Beide stimmten darin mit Joly und Feron-Vrau von *La Croix* überein. Eine ganz ähnliche, durch seine persönliche Erfahrung im Krieg bedingte Wandlung hatte auch der Schwiegersohn General Boulangers, Oberst Driant (ALP) durchgemacht. Hatte er 1914 noch einen bonapartistisch inspirierten Verfassungsrevisionismus vertreten[146], war sein „privates *Ralliement*" an die parlamentarische Republik das Resultat der blutigen Kämpfe des Jahres 1915 ge-

---

[142] APP, BA 2121, Dossier Loutil Edmond dit Pierre l'Ermite, Bericht vom 1.3.1915.
[143] *Libre Parole* vom 28.11.1914.
[144] *Libre Parole* vom 17.1.1917 und 25.1.1918.
[145] Denais in *Libre Parole* vom 27.5.1918, Reverdy, ibidem, 15.11.1918 betont: „Il n'y a pas que des soldats et des munitions qui puissent nous arriver d'Amérique, il en peut venir aussi des exemples d'autorité et de liberté sagement unies."
[146] Sein Programm ist abgedruckt in *Libre Parole* vom 3.1.1914.

wesen, in denen er das „blinde Credo" der Bonapartisten und Nationalisten in den Generalstab abgelegt hatte. Er forderte nunmehr vehement eine parlamentarische Kontrolle des Generalstabs, wie Abel Ferry, der Neffe von Jules Ferry, berichtete, dem diese Begebenheit ebenfalls denkwürdig erschien[147]. Die Entwicklung von *La Croix* war also nicht isoliert, sondern verlief ganz ähnlich bei *La Libre Parole* und prominenten ALP-Abgeordneten, ja sogar im Vorstandskomitee der ALP selbst. Ein Polizeibericht aus dem Jahre 1916 vermerkt, daß sich die liberalkatholischen Kräfte um Denais dort durchzusetzen begannen und auf eine „Droite républicaine, une sorte de parti Tory dans la République", als Allianz mit allen gemäßigten Republikanern hinarbeiteten[148]. Mit *La Croix* als dem für die Verbreitung der katholischen Leitvorstellungen wichtigsten Presseorgan haben sich also auch andere Teile des Katholizismus aus der *Union catholique* mit den Monarchisten gelöst und sich auf den Boden einer neuen Republik gestellt.

5. Die Katholiken, der Papst und der Krieg

Keine andere Frage hat die Gemüter der französischen Katholiken während des Ersten Weltkrieges derart bewegt, wie die nach der Rolle des Papstes im Völkerringen. In ihrer Komplexität und ihrer quellenmäßigen Erfassung stellt sie kein unerhebliches Problem für den Historiker dar und soll daher nicht in allen Details analysiert werden. Die folgenden Überlegungen stützen sich einerseits auf eine Analyse der Presse, allen voran von *La Croix*, andererseits auf die auf archivalischer Basis beruhende Sekundärliteratur und werden versuchen, die grundlegende Entfremdung zwischen französischen Katholiken und dem Papst während des Krieges darzustellen.

Papst Pius X., der die französischen Katholiken nach der Kirchentrennung in eine ultramontan orientierte Selbstisolierung in der Republik geführt hatte, starb nur wenige Tage nach Ausbruch des Krieges am 20. August 1914. Im Angesicht des drohenden Krieges hatte auch er, der katholische Integralist *par excellence*, für den Erhalt des Friedens gemeinsam mit protestantischen Organisationen geworben, z. B. mit der Carnegie-Stiftung. Seine Enzyklica *Dum Europa fere omnis* von Anfang August 1914 forderte „les catholiques du monde à son (sc. Dieu) trône de

---

147 Abel Ferry, Les Carnets secrets. 1914–1918, S. 128: „Je ne le cache pas, moi qui n'aurais voulu, en temps de guerre, qu'une direction unique: celle du Général en chef [...] Ce que je n'aurais pas compris il y a trois mois, je le comprends aujourd'hui." Über Abel Ferry und seinen Tod am 8. 9. 1918 vgl. Barral, Jules Ferry, S. 164–169.

148 Der Bericht vom Dezember 1916, in: AN, F/7 13213, vermerkt: „Dans le reclassement des partis après la guerre l'ALP voudrait voir une droite républicaine qui serait le contre-poids de la gauche et qui constituerait une opposition conservatrice constitutionelle, un parti de Gouvernement [...] Elle serait exclusive des hommes qui subordonnent à une restauration monarchique leur participation aux affaires publiques et comprendrait les divers éléments de l'opposition conservatrice, les indépendants, les libéraux, les progressistes, les démocrates et la plupart des plébiscitaires, unis par une doctrine commune: défense de la liberté individuelle, liberté des cultes et des consciences, protection de la famille, exaltation de la patrie." Dies ist eine Präfiguration der liberal-konservativen Sammlung, wie sie 1919 entstehen sollte.

grâces [...] afin que la miséricorde de Dieu [...] arrête le plus tôt possible les douloureuses pertes de la guerre et qu'il inspire au chefs des nations de former des pensées de paix et non d'affliction"[149]. Da die Enzyklika gerade auf den Tag der französischen Mobilisierung fiel und auch die Katholiken vom einigenden Geist der *Union Sacrée* erfaßt wurden, mußte die von Kardinal Amette und der Zeitung *La Croix* gegebene Interpretation der päpstlichen Ermahnung sehr „national" ausfallen. Zwar stimmte man dem Aufruf zu Gebeten für den Frieden zu, ergänzte aber, daß gleichwohl jeder Katholik seinen Dienst am Vaterland leisten müsse und sich am besten freiwillig melde[150]. Damit hatte sich bereits mit dem ersten Kriegstag die Problematik eines mühsamen Balanceaktes der französischen Katholiken zwischen päpstlicher Doktrin und patriotischer Berufung herauskristallisiert, die für die kommenden Jahre bestimmend blieb.

Durch den Tod von Pius X. fand sich die katholische Kirche in einer delikaten Lage wieder, denn im anstehenden Konklave waren Bischöfe der verfeindeten Kriegsparteien vereint, und der Ausgang der Wahl konnte als politisches Zeichen für oder gegen eine Kriegspartei gedeutet werden. Nach wenigen Wochen setzte sich der „Modernisierer"-Flügel um Kardinal Rampolla durch und kürte Giaccomo Della Chiesa zum neuen Papst Benedikt XV. Viele französische Katholiken sahen dies mit Erleichterung, denn der neue Papst bestellte sogleich den ehemaligen päpstlichen Nuntius und Befürworter des *ralliements* in Frankreich, Kardinal Ferrata, zum Staatssekretär. Benedikt XV. wahrte jedoch, zumindest nach außen, absolute Neutralität und war, wenn man den Analysen von Annie Lacroix-Riz folgt, ordnungspolitisch sogar eher den Mittelmächten zugeneigt[151]. Seine erste öffentliche Erklärung am 8. September 1914, während der Marneschlacht, rief daher die Regierungen auch zum Frieden und zur sofortigen Beendigung der Kriegshandlungen auf der Basis „d'oublier leurs différends en vue du salut de la société humaine" auf[152]. Mit keinem Wort erwähnte Benedikt XV. den deutschen Überfall auf Belgien und die Verletzung des internationalen Rechts noch die in Frankreich so häufig zitierten deutschen Kriegsgreuel[153]. Der Kampf für *droit et justice*, der die französischen Katholiken so fest in die *Union Sacrée* einband, war vom Papst kurzerhand übergangen worden. Die katholischen Zeitungen, allen voran *La Croix*, die ja ihre unmittelbare Anbindung an den Vatikan zum „premier principe de ce journal"[154] erklärt hatte, kamen in größte Schwierigkeiten, die päpstliche Neutralität zu erklären bzw. verzichteten ganz auf einen Kommentar[155]. Man fuhr lediglich fort, die traditionelle Rolle Frankreichs als *fille ainée* der Kirche und

---

[149] Veröffentlicht vom *Osservatore Romano* am 3. 8. 1914.

[150] *La Croix* vom 6. 8. 1914. Diese patriotische Interpretation der päpstlichen Enzyklika erfolgte auch unter dem Druck der Regierung, die die *neuvaines catholiques* aufhob und Gebete für einen „französischen" Frieden vorschrieb. Vgl. Abel Ferry, Les Carnets secrets, 1914-1918, S. 49.

[151] Lacroix-Riz, Le Vatican, L'Europe et le Reich, S. 17ff.

[152] Abgedruckt in *La Croix* vom 16. 9. 1914.

[153] Zu den Kriegsgreueln und ihrer Bedeutung für die Katholiken vgl. Annette Becker, La Guerre et la Foi, S. 27-33, und allgemein Horne, Les mains coupées: „atrocités allemandes".

[154] *La Croix* vom 4. 9. 1914.

[155] Der Appell ohne Kommentar in *La Croix* vom 12. 9. 1914.

als *nation apôtre* zu betonen, um so das päpstliche Wohlwollen für die universelle Sendung Frankreichs zu untermauern. Endgültig versagte diese Strategie aber im November 1914, als der Papst eine Enzyklika über die Ursachen des Krieges veröffentlichte, worunter er das Fehlen ehrlicher Liebe zwischen den Menschen, die Verachtung von Autorität, Ungerechtigkeit unter den verschiedenen Klassen und den Materialismus zählte. Nicht nur die antiklerikale Zeitung *Le Bonnet Rouge*, sondern große Teile der französischen Katholiken bemerkten verwundert, daß der Papst mit keinem Wort die vermeintlich klarste Kriegsursache übergangen hatte, nämlich den Kriegswillen des Deutschen Reiches[156]. Erneut waren die Interpretationen, die *La Croix* und andere katholische Blätter den päpstlichen Worten gaben, mehr als ambivalent und konnten kaum ein Mißbehagen über die päpstliche Linie verbergen. Nur wenige klarsichtige Köpfe wie beispielweise Charles Maurras erkannten, daß dieser Lage nicht zu entgehen war und daß der Papst als Garant einer römisch-westlichen Zivilisation diese internationale Schiedsrichterrolle spielen mußte[157].

Binnen kurzer Zeit hatte sich also gezeigt, daß sich Ultramontanismus und Kriegsnationalismus ausschlossen, sobald der Papst als Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche nicht die Position einnahm, die auf französischer Seite von ihm erwartet wurde. Dies stellte wiederum die besonders papsttreuen integralistischen Kreise des französischen Katholizismus vor eine Herausforderung. Sie antworteten deshalb auf die prekäre Situation mit einer intellektuellen Offensive im Winter 1914/15. Um die päpstlichen Mahnungen mit der französischen Kriegsdeutung zu vereinbaren, begann der Neothomist Jacques Maritain eine antideutsche Konferenzserie am *Institut catholique* in Paris, deren Inhalte ausführlich von *La Croix* veröffentlicht wurden. Jacques Maritain versuchte dabei zu zeigen, daß die vom Papst gegeißelte Selbstliebe und der Materialismus aus der Philosophie Luthers und Kants herrührten und daß sie zur politischen Leitkultur im wilhelminischen Deutschland geworden seien. Weil sie die Ursache für den Verlust moralischer Rechtsvorstellungen und für den Sieg der Macht über das Recht seien, hätten die päpstlichen Ermahnungen – nur dem Anschein nach neutral – in Wahrheit das preußisch-protestantische Deutschland als Kriegsschuldigen entlarvt. Der Papst habe also, ohne es explizit zu sagen, dem protestantischen Deutschland die Kriegsschuld gegeben[158]. Mit dieser Logik gelang es nicht nur die inhaltlichen Divergenzen mit der päpstlichen Linie zu übertünchen, sondern auch eigene ideengeschichtliche und kulturelle Positionen auszubauen. Der Kampf gegen den „kantianischen" Rationalismus der Aufklärung und sein Resultat, die französische Revolution, gehörte zum Kanon katholischer Publizistik und konnte sich nun nach

---

156 *La Croix* vom 17.11.1914.

157 Seine Artikel sind gesammelt und publiziert unter dem Titel Le Pape, la guerre et la paix.

158 *La Croix* vom 9.12.1914, 7.1.1915, 3.2.1915. Interessant ist auch, daß die deutschen Katholiken in der Regel als derart *prussianisé* galten, daß sie nicht mehr wirklich römisch-katholisch waren. Der Philosoph Maritain war erst 1906 zum Katholizismus konvertiert und unterrichte am *Institut catholique* in Paris. Er gehörte zur *Action Française* bis 1927, distanzierte sich aber später mit seiner humanistisch-spirituellen Philosophie zunehmend von den totalitären Bewegungen des 20. Jahrhunderts.

außen, gegen Deutschland und die deutsche „Kultur", wenden. Er nahm der Thematik ihre innerfranzösische Brisanz und konnte sich so mit gleichzeitig verbreiteten, traditionalistischen Vorstellungen vom „französischen Kreuzzug", den *Res Gesta Dei per Francos*, verbinden.

Diese Taktik erfuhr aber bereits 1915 herbe Rückschläge und zerbrach unter den unerbittlichen Kriegsereignissen. Zunächst war auch in Frankreich bekannt geworden, daß Benedikt XV. sein möglichstes tat, Italien aus dem Konflikt herauszuhalten[159]. Seine Bemühungen, einen Ausgleich zwischen Italien und Österreich-Ungarn auszuhandeln, wurden von der katholischen Presse totgeschwiegen, ebenso die Beteiligung des deutschen Zentrumsabgeordneten Erzberger daran. Erst als Italien an der Seite der Entente in den Krieg eintrat[160], beglückwünschte *La Croix* die italienische Regierung und beschwor nun das sichere *Finis Germaniae*[161]. Die Unterschiede zwischen der päpstlichen Position und den Wünschen der französischen Katholiken in einer auch für den territorialen Status quo des Vatikans so wichtigen Frage waren evident und sorgten zunehmend für eine Verspannung der Beziehungen zwischen beiden. Darüber hinaus hatte der Papst etwa zur selben Zeit die Bombardierung der Kathedrale von Reims und die Torpedierung der Lusitania durch das deutsche Militär wortlos in seinen Stellungnahmen übergangen, obwohl gerade dies die französischen Vorstellungen vom Kampf für *droit et justice* gegen die deutschen Kriegsgreuel untermauert hatte.

Im Sommer 1915 erlitten die Beziehungen der französischen Katholiken zum Papst einen weiteren Rückschlag. Der aus dem *progressistischen* Umfeld stammende Journalist Latapie, der für die Zeitungen *La Liberté* und *La République française* schrieb, führte am 21. Juni 1915 ein Interview mit Benedikt XV. und stellte ihm mehrere brisante Fragen, unter anderem auch zu den deutschen Kriegsverbrechen. Seine Absicht war es erwiesenermaßen, dem Papst eine, wenn auch noch so kleine, verurteilende Bemerkung über die deutschen Greuel zu entlocken, um der Empörung der französischen Katholiken Genugtuung zu verschaffen. Der Papst aber verharrte in strikter Neutralität und wies auf die ebenfalls gemeldeten Kriegsverbrechen der Russen und Italiener hin. Das in *La Liberté* veröffentlichte Interview rief in Frankreich einen öffentlichen Skandal hervor und die Erzbischöfe Gibier und Amette schrieben besorgte Briefe an Benedikt XV. über die Entrüstung der Katholiken[162]. Der liberalkatholische Chefredakteur der *Revue des Deux Mondes*, Francis Charmes (Mitglied der FR), kritisierte in einer für die *Revue* ungewohnt deutlichen Weise die Aussagen des Papstes: Schweigen hätte er sollen, oder den Krieg Frankreichs zu einer *guerre sainte* erklären; mit diesem In-

---

159 Vgl. Garzia, La Questione Romana durante la Prima Guerra mondiale, S. 44–49, und Latour, Le Saint-Siège et la défense de ses intérêts politico-religieux.

160 Der Pakt von London, der Italien an die Entente band, wurde am 26. 4. 1915 unterzeichnet. Vgl. Latour, La Papauté et les Problèmes de la Paix, S. 38.

161 *La Croix* vom 22. 5. 1915; ebenso: Gabriel Hanotaux (*Le Figaro* vom 21. 5. 15), Arthur Meyer (*Le Gaulois* vom 21. 5. 15) und Jean Herbette (*Echo de Paris* vom 21. 5. 1915).

162 Beide sind im Archivio Segreto Vaticano zu finden, zitiert bei Latour, La Papauté et les Problèmes de la Paix, S. 93. Eine Kopie des Briefes von Amette findet sich in den Archiven des Erzbistums von Paris und ist zitiert bei Fontana, Les catholiques, S. 188.

terview habe er aber deutlich Partei für die Mittelmächte ergriffen[163]. Mit gewisser Erleichterung nahm man am 28. Juni 1915 eine Richtigstellung des Kardinals Gasparri zur Kenntnis, der eine Gleichsetzung der verschiedenen Kriegsverbrechen durch den Papst dementierte. Obwohl auch dieser Artikel keine Verurteilung der deutschen Kriegsverbrechen brachte, konnten *La Croix* und der Kardinal Amette immerhin auf die mehrmalige Solidarität des Papstes mit den belgischen oder französischen Opfern hinweisen und daraus implizit eine Verurteilung ableiten[164]. Die hitzige Diskussion des Interviews und die umfassende Empörung hinterließen aber einen bitteren Nachgeschmack und brachten Teile des französischen Katholizismus in eine mehr oder weniger offen antipäpstliche Haltung.

Ohne sich wirklich die nationalistische Erhitzung großer Bevölkerungsteile beider Kriegsparteien zu vergegenwärtigen, veröffentlichte Benedikt XV. am 28. Juli 1915 seine zweite offizielle Aufforderung zu einem Verhandlungsfrieden. Er appellierte direkt an die „chefs des peuples [...] à mettre finalement un terme à cette horrible boucherie" und „à commencer, avec une volonté sincère, un échange de vues". Die Thematisierung eines Verhandlungsfriedens auf der Basis der Prinzipien der katholischen Kirche und der „droits et des justes aspirations des peuples" manövrierte den Papst in eine gleichsam schiedsrichterliche Rolle, da er nicht mehr nur seine Vermittlungsdienste anbot, sondern eine konkrete Verhandlungsbasis vorschlug[165]. Bei großen Teilen der französischen Presse rief der Aufruf zu einem Verhandlungsfrieden zu einem Zeitpunkt, wo die Kriegslage für die *Entente* denkbar ungünstig war, tiefe Empörung hervor; manche sahen darin sogar die *Bochophilie* des Papstes bestätigt[166]. Die Kardinäle von Paris, Reims, Bordeaux, Montpellier und Lyon, die die Unzufriedenheit in ihren Reihen bemerkten, schritten zu einer gemeinsamen Erklärung, die der päpstlichen Mahnung wieder einmal eine „französische" Interpretation gab. Wenn der Papst von einer *terrible responsabilité* spreche, so sei damit ausschließlich das Deutsche Reich gemeint, und auch der Ausdruck *les aspirations des peuples* bezeichne nichts anderes als die rechtmäßige Zugehörigkeit des Elsaß und Lothringens zu Frankreich und des Trentino zu Italien. Inwiefern diese Interpretation über das päpstliche Ansinnen hinausging, soll nun nicht entschieden werden; daß sie die öffentliche Stimmung bei den Katholiken jedoch kaum beruhigten, scheint gewiß[167]. Der Kanoniker Collin konstatierte zum Beispiel erschrocken: „Les catholiques français ne sont plus assez romains: ils discutent le pape, ses paroles, ses actes, même ce qu'il n'a pas fait et n'a pas dit."[168] Als dann auch die dritte päpstliche Mahnung vom 6. Dezember 1915 die gleichen

---

[163] Francis Charmes, Chronique de la Quinzaine, in: RDDM vom 1.7.1915, S. 238f.

[164] *La Croix* vom 29.6.1915; *La Semaine religieuse de Paris* vom 5.7.1915 erinnerte daran, daß 40000 Francs vom Papst an den *Comité de Secours national* gegeben worden waren. Vgl. auch *La Croix* vom 4.7.1915.

[165] Veröffentlicht von *La Croix* vom 1.8.1915.

[166] Vgl. die Reaktionen bei Fontana, Les catholiques, S. 180–185, und Waché, Aspects des relations France-Saint-Siège.

[167] Ein Beispiel für einen sehr enttäuschten Katholiken ist Léon Bloy, Journal Bd. 4, und ein anonymer Katholik mit seinem Buch Le pape et la Guerre, bei Alcan in Paris 1916 erschienen.

[168] *La Croix* vom 21.9.1915.

Konsequenzen hatte, nämlich die Kritik beider kriegführenden Parteien sowie Zerwürfnisse unter den Gläubigen, zog sich Benedikt XV. von der öffentlichen Bühne zurück. Er schwieg zu dem Thema während des ganzen Jahres 1916[169].

Das Jahr 1915 hatte also einen entscheidenden Einschnitt bei der Zersetzung des ultramontan ausgerichteten konservativ-katholischen Lagers in Frankreich gebracht. Ihre Vollendung fand diese Entwicklung mit der päpstlichen Friedensnote im August 1917. Es ist schon an anderer Stelle auf die Veränderungen des Krieges in diesem Jahr 1917 hingewiesen worden, man denke nur an den Kriegseintritt der USA, die Revolution in Rußland, die sozialistischen Konferenzen etc. Die Kriegsmüdigkeit hatte nicht nur die Frontsoldaten und die notleidende Bevölkerung erfaßt, sondern auch verschiedene Friedensinitiativen hervorgerufen. In die Gruppe der Friedenssucher reihte sich nun auch Benedikt XV. neben den amerikanischen Präsidenten Wilson, die sozialistische Erklärung von Stockholm und Matthias Erzberger vom deutschen Zentrum, ein.

Die päpstliche Friedensnote vom 1. August 1917, publiziert am 16. August 1917, war ihrem Inhalt nach wesentlich konkreter und „politischer" als die Mahnungen von 1915, weil sie zum ersten Mal die Basis für eine internationale Friedensordnung nach dem Krieg mit in den Friedensvorschlag übernahm. Benedikt wollte „descendre à des propositions concrètes", und entfernte sich damit von seiner unpolitisch gedachten Rolle als geistlich-moralischer Vater. Er argumentierte vielmehr als weltlicher Chef eines souveränen Staates, wenn er folgende fünf Grundbedingungen für Friedensverhandlungen vorschlug: Freiheit der Meere, gerechte und gleiche Wiedergutmachungen, Rückgabe der zur Zeit besetzten Gebiete, Untersuchung der Gebietsfragen unter Berücksichtigung der *aspiration des peuples*, einen internationalen Schiedsgerichtshof. Damit blieb der Papst in mindestens zwei wesentlichen Punkten hinter den Kriegszielen Frankreichs zurück und desavouierte das nationale Engagement der französischen Katholiken: Er sprach weder von der deutschen Kriegsschuld und den damit verbundenen finanziellen Konsequenzen noch erwähnte er ausdrücklich die Rückkehr Elsaß-Lothringens. Am Tag nach Erlaß der Friedensnote wurde diese daher von den katholischen Zeitungen ohne Kommentar publiziert. Nicht nur die antiklerikale *La Dépêche de Toulouse*, sondern auch der liberal-republikanische *Temps* protestierten sofort energisch gegen die erneute *Bochophilie* des Papstes und wiesen derart „unbestimmte Formeln" zum Problem Elsaß-Lothringen und zur Kriegsschuld rundweg zurück[170]. Die Mehrzahl der französischen Katholiken hatte ebenfalls größte Mühe, die päpstliche Friedensnote zu verstehen: Wenngleich sie die Idee eines internationalen Schiedsgerichtshofes und einer kollektiven Abrüstung nach dem Kriege be-

---

[169] Dem Konsistorium sagte der Papst am 6.12.1915: „Que dire de la difficulté croissante des communications entre nous et le monde catholique, qui nous a mis dans un si grand embarras pour arriver à porter sur les événements un jugement complet et exact qui nous eût été cependant si utile"; abgedruckt in *La Revue du clergé français* vom 1.1.1916. Für das gespannte Verhältnis zwischen Papst und französischen Katholiken im Jahr 1916 vgl. Fontana, Les catholiques, S. 192-197, und Christophe, Les „silences" de Benoît XV.

[170] *Le Temps* vom 18.9.1917, *La Dépêche de Toulouse* vom 18.9.1917. Einen guten Überblick bietet auch Spahn, Die päpstliche Friedensvermittlung, S. 94ff.

grüßten[171], so waren sie zu keinerlei Verhandlungen über die Zugehörigkeit von Elsaß und Lothringen zu Frankreich bereit. Ein *Progressist* und republikanischer Katholik wie Charles Benoist, der während des Krieges demonstrativ an kirchlichen Zeremonien teilgenommen hatte, distanzierte sich deutlich von der Einmischung des kirchlichen Oberhaupts in weltliche Fragen, zumal der Papst erneut, wie es ihm als moralischer Gewalt eigentlich zustünde, keine Verurteilung der deutschen Kriegsgreuel und der deutschen Kriegsschuld ausgesprochen habe.[172]

Insbesondere der nationalistische Flügel des Katholizismus, der Albert de Mun in die *Union Sacrée* gefolgt war, reagierte überraschend deutlich. Pertinax vom *Echo de Paris* erklärte: „La note pontificale tire toute sa valeur du magistère moral qui appartient au Saint-Siège. Mais en déviant sur le plan du pur opportunisme politique, elle perd cette valeur"[173]. Eine Woche später gestand sogar ein Vertreter des hohen Klerus, der monarchistisch-integralistische Bischof von Montpellier, Kardinal de Cabrières: „Même chez nous, chez les fils soumis et reconnaissants du souverain pontife, il a paru impossible d'accueillir, dans son sens et avec sa portée actuelle, une exhortation si paternelle [...]"[174]. Auch der ultramontane Geistliche Franc verweigerte sich in *La Croix* der päpstlichen Aufforderung, blieb in der Form aber deutlich gemäßigter als Pertinax oder Benoist. Seine gegen den päpstlichen Vorschlag erhobene Maxime „chaque nation défend ses intérêts vitaux"[175] bedeutete jedoch nichts anderes, als die Fortsetzung des Krieges bis zum Sieg der Alliierten, ohne die vom Papst geforderten vorherigen Friedensgespräche. Weil der Ungehorsam der französischen Katholiken gegenüber der päpstlichen Mahnung ubiquitär war, versuchten mehrere katholische Journalisten auch dieses Mal wieder, dem Dokument eine „französische" Interpretation zu geben. So bestand der römische Korrespondent von *La Croix*, Bernard Sienne, darauf, daß in der Papstnote nichts geschrieben sei „qui contredise nos grandes revendications".[176] Auch Yves de la Brière, der Chefredakteur der Jesuitenzeitung *Les Etudes*, verfaßte einen großen Artikel, in dem er die Unparteilichkeit und Urteilsfreiheit der päpstlichen Friedensnote verteidigte: „Réclamer des anathèmes, si justifiés soient-ils, dans une offre de médiation, équivaut à une méprise radicale sur le caractère essentiel d'une médiation diplomatique."[177] Gleichwohl glaubte er in der Formulierung *aspirations des peuples* einen harten Schlag gegen die Position der Mittelmächte zu sehen, da dies eindeutig die Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich nach internationalem Recht bedeute[178].

---

[171] An diese Argumentation knüpfte der Abbé Thellier de Poncheville, L'Action du pape pendant la guerre, S. 35, an.

[172] Charles Benoist, Chronique de quinzaine, in: RDDM vom 1. 9. 1917, S. 231–239.

[173] *L'Écho de Paris* vom 17. 8. 1917.

[174] *L'Écho de Paris* vom 28. 8. 1917. Allgemein vgl. Renouvin, L'Episcopat français devant l'offre de paix du Saint-Siège. Nur 12 der 86 Bischöfe unterstützten den Papst.

[175] *La Croix* vom 17. 8. 1917.

[176] *La Croix* vom 21. 8. 1917.

[177] *Les Etudes* vom 5. 9. 1917.

[178] Ibidem und Henri Collin in *La Croix* vom 23. 8. 1917. Der Pariser ALP-Deputierte Joseph Denais schreibt gegen die Linie des *Libre Parole* eben dort am 17. 8. 1917, daß die päpstliche Note die „condamnation formelle" der Mittelmächte und ein Unterstützung der „doctrine des Alliés" sei.

Der Papstnote eine „französische" Interpretation zu geben, reichte diesmal jedoch nicht aus. Die Position des Vatikans und der großen Mehrheit der französischen Katholiken war derart grundverschieden, daß selbst von seiten des fundamentalkatholischen Flügels eine grundsätzliche Distanzierung vom Papst nicht ausbleiben konnte. Derselbe de la Brière, dessen Ultramontanismus vor dem Krieg legendär war[179], sah sich deshalb genötigt, der Position der französischen Regierung, und im übrigen auch vieler französischer Katholiken, eine eigene Legitimität zuzusprechen: „Evidemment, les chefs d'Etats belligérants qui ont juste guerre ont le droit de ne pas agréer l'offre de médiation pontificale si après mûr examen, ils croient, en conscience, avoir des raisons très graves de ne pas tenir pour opportunes, pour efficaces [...] les solutions préconisées par l'auguste médiateur. Beaucoup sont fermement convaincus [...] que [...] les alliés pourront imposer à leurs adversaires [...] des conditions beaucoup plus conformes à la justice, des garanties beaucoup plus durables pour la paix... Voilà un point de vue légitime."[180]

Damit hatte auch der bekannteste französische Jesuit eine Abkehr von seiner bisherigen ultramontanen Orientierung vollzogen. Die Bedeutung dieser Erklärung kann in ihrer ideengeschichtlichen Tragweite kaum überschätzt werden, denn de la Brière hatte die Argumentation der liberalen und nationalistischen Katholiken übernommen, wonach die Unfehlbarkeit des Papstes allein in moralisch-spirituellen Fragen gelte, nicht jedoch auf weltlichem Gebiet. Wie der liberale Katholik Julien de Narfon im *Figaro* näher ausführte, verpflichteten die päpstlichen Dokumente nämlich auf politischer Ebene keinesfalls in der gleichen Art und Weise wie auf moralischer zum Gehorsam[181]. Die damit „wiederentdeckte" Unterscheidung zwischen den *temporalia* und den *spiritualia* stellte einen entscheidenden Bruch mit der integralistisch-ultramontanen Orientierung der Vorkriegszeit dar, die eine Gültigkeit der päpstlichen Lehre in allen weltlichen und geistlichen Fragen postuliert hatte. In „weltlichen" Dingen, also im Krieg, galt für die französischen Katholiken nun ohne Zweifel die Parole *français d'abord*, und erst in Fragen der Moral und des Glaubens konnte man wieder *catholiques d'abord* sein. Überspitzt könnte man formulieren, daß sich bezüglich der päpstlichen Note die französischen Katholiken als katholische Franzosen zeigten und damit an eine Tradition des liberalen Katholizismus eines Montalembert oder de Lamennais anknüpften, der, ohne in nationalkirchliches Denken (Gallikanismus) zurückzufallen, eine gewisse nationale Identität gegenüber dem päpstlichen Universalismus gewahrt hatte. Diese Lösung aus dem fundamentalkatholischen Schoß hatte eine Aufsplitterung der katholischen Einheit zur Folge, denn de la Brière und *La Croix* behielten eine modifiziert ultramontane Haltung bei[182], während *La Libre Parole, L'Ouest Éclair, Le Correspondant* nun offen ihre Unabhängigkeit von Rom in weltlichen Fragen vertraten[183].

---

[179] Vgl. das oben in Anm. 142 zitierte Dossier APP BA 2121.

[180] *Les Etudes* vom 5.9.1917.

[181] *Le Figaro* vom 16.8.1917, vgl. Mayeur, Le Catholicisme français et la Première Guerre Mondiale, S. 385.

[182] *La Croix* blieb grundsätzlich ultramontan, auch wenn es den Unmut der Katholiken verstehen konnte, vgl. *La Croix* vom 8.9.1917.

[183] Selbst die sehr klerikale *Revue pratique d'apologétique* vom 1.9.1917 lehnte den päpstlichen Friedensvorschlag ab. Weitere Beispiele bei Fontana, Les catholiques, S. 199.

Der Höhepunkt in der Abkehr der französischen Katholiken vom Papst wurde schließlich mit dem berühmten *Non possumus* des Père Sertillanges erreicht, das dieser mit Zustimmung Kardinal Amettes am 10. Dezember 1917 in der Kirche Sainte-Madeleine in Paris verkündete. In einem feierlichen Gottesdienst erklärte der Priester: Obwohl er grundsätzlich die „intentions pacifiques du pape" anerkenne: „Très Saint-Père, nous ne pouvons pas, pour l'instant, retenir vos appels de paix."[184] Die Rede wurde sogar vom Verlag Bloud et Gay, der auch für die Veröffentlichungen des *Comité catholique de propagande française à l'étranger* verantwortlich war, publiziert und allenthalben von der katholischen Presse begrüßt[185]. Damit zeigte sich ein katholischer Geistlicher mit Unterstützung seines Erzbischofs in quasi kompletter Übereinstimmung mit der neuen Regierung Clemenceau, den Krieg bis zum Ende fortzusetzen, während die Diskrepanz zum Wollen seines geistlichen Chefs mehr als offenkundig war[186].

Fassen wir zusammen! Die aus dem universalistischen Anspruch des Papsttums resultierende Neutralität im Ringen der europäischen Mächte ließ große Teile des französischen Katholizismus auf Distanz zum Papst gehen, trotz ihrer ausgeprägten ultramontanen Orientierung vor 1914. Nicht mehr der Gehorsam gegenüber dem geistlichen Vater, sondern der gegenüber dem Vaterland bildete das höchste Leitideal und die leitende Handlungsmaxime. Dieser „katholische" Nationalismus wurde bereits in den 1920er Jahren von dem christlich-demokratischen Publizisten Maurice Vaussard als „la plus redoutable perversion des temps modernes" bezeichnet und als Ursache für das Unverständnis zwischen französischen Katholiken und dem Papst erkannt[187]. Nur wenige Katholiken akzeptierten, wie z. B. der Abbé Lemire, die päpstliche Note, um endgültig dem Gemetzel ein Ende zu machen[188]. Zu sehr hatte der Kriegsnationalismus das konservativ-katholische Lager Frankreichs erfaßt und zu einer Aufgabe der ultramontanen Positionen beigetragen. Nationalistische und liberale Katholiken, darunter der spätere Vorsitzende der *Fédération républicaine*, Auguste Isaac[189], verweigerten sich dem Papst und

---

184 Vgl. Siccardo, 1917, La Guerre, la Paix et le Pape dans une service du P. Sertillanges.

185 Vor allem vom *Echo de Paris* und dem *Correspondant*, während *La Croix* es verhalten guthieß. Vgl. Fontana, Les catholiques, S. 210f.

186 *Progressisten* wie Charles Benoist kritisierten die päpstliche Neutralität bei jeder Gelegenheit, z. B. der Beschießung von Paris im April 1918 durch deutsche Artillerie (Dikke Bertha): „Nous étions persuadés que de Rome allait partir la parole que seule Rome a le droit de prononcer [...] et nous ne pouvons croire que cette parole n'ait pas été dite." Chronique de la Quinzaine, in: RDDM vom 15. 4. 1918 S. 958.

187 Maurice Vaussard, Enquête sur le nationalisme, S. 401, Vaussard spricht hier von „le recouvrement insensible de l'idée catholique par l'idée nationale".

188 Mayeur, Abbé Lemire, S. 527.

189 Vgl. seinen Brief an Cochin vom 12. 11. 1918: „La lettre du pape en 1917 restera un document fâcheux qui ne fera pas honneur à son auteur. Notre instinct national ne nous a pas trompés en nous disant de n'en pas tenir compte", zitiert nach Mayeur, Les catholiques français et Benoît XV., in: Chrétiens, S. 163. Ähnlich auch der belgische Katholik Baron Beyens im Rückblick: „En résumé, belges ou français, les catholiques dévoués au Saint-Siège levaient sur le Vatican, dès les premiers mois de la guerre, des regards chargés d'une pénible déception [...]", in: La mort de Benoît XV, in: RDDM vom 15. 12. 1926, S. 853–874. Die Haltung Isaacs zur päpstlichen Politik ist typisch für einen nationalliberalen Katholiken, der zunächst „certaines imperfections" (Eintrag vom 8. 4. 1917, Car-

fanden in eine aus dem Kriegskonsens neugeborene Republik zurück. Gewiß, eine Neuauflage nationalkirchlicher Tendenzen war dies nicht, sondern vielmehr eine Selbstfindung der französischen Katholiken in der Mitte zwischen Katholizismus und nationaler Republik. Damit dieser Balance-Akt auch nach dem Krieg gelingen konnte, sollte die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan zu einer der wichtigsten Forderungen der Katholiken im Rahmen des zweiten *Ralliement* werden, wie unten im Kapitel VI zu zeigen sein wird. Nur durch direkte Kontakte der französischen Regierung mit dem Papst konnte der durch die päpstliche Note entstandene Entscheidungszwang zwischen Glauben und Vaterland in Zukunft verhindert werden.

6. Zusammenfassung

Die Untersuchung des Verhaltens von Teilen des konservativ-katholischen Lagers in Frankreich während des Ersten Weltkriegs hat gezeigt, daß die kriegsimmanenten Erfahrungen und Handlungen eine Erosion dieses Lagers und die Rückkehr großer Teile der Katholiken in den Schoß einer aus dem Kriegskonsens neugeschaffenen „nationalen" Republik bewirkt hatten. Anfangspunkt dieser Entwicklung war eine innerfranzösische Versöhnung in der *Union Sacrée*, die durch ihre siegreiche Bestätigung in der Marneschlacht bald mythisch aufgeladen und zu einem den Kriegsnationalismus versinnbildlichenden Erinnerungsort gemacht wurde. Die Kapitel zum Verhalten des hohen und niederen Klerus in den Gräben und an der Heimatfront sowie zum sozialkaritativen Engagement der katholischen Frauenbewegung haben die konkrete und für alle sichtbare *Realität* einer gesellschaftlichen *Union Sacrée* gezeigt. Mehr als alle politischen Bekenntnisse hat dies eine Versöhnung des katholischen Lagers mit der republikanischen Gesellschaft bewirkt. Die drei Detailstudien zu parlamentarischen Fragen haben ferner die Akzeptanz einer parlamentarischen Republik und das Mitspielen im *jeu parlementaire* seitens der französischen Katholiken erwiesen. Es war dabei entscheidend, daß sich die liberalkatholischen Kräfte wie Denys Cochin, Emmanuel de Las Cases, Joseph Denais oder Paul Feron-Vrau von der katholischen Sammlung mit der klassischen Rechten lösten und einem intrarepublikanischen Verfassungsrevisionismus öffneten. Katalysatoren dieser Entwicklung waren sowohl die Regierung Clemenceau, die parlamentarisches System und Autorität verband[190], wie auch der ideelle Einfluß der USA. Zuletzt hat schließlich auch das allgemein ablehnende Verhalten der Katholiken gegenüber der päpstlichen Friedensnote 1917 gezeigt, daß die ultramontane Orientierung der Vorkriegszeit einem dezidierten Kriegsnationalismus gewichen war. Alle diese Prozesse mündeten nach dem Ersten Welt-

---

nets, S. 288), dann den Mißbrauch („abuse") der päpstlichen Neutralität beklagt (Eintrag vom 19. 8. 1917, Carnets, S. 297): „C'est gênant, pour un catholique, d'avoir à reconnaître que, dans un conflit historique de cette importance, l'opinion du pape n'est pas la plus sensée."

[190] Die beste Analyse hierzu bei Bock, Un parlementarisme de Guerre, Recherches, S. 771ff. Die wichtige Arbeit ist nun in gekürzter Form erschienen: dies., Un parlementarisme de guerre.

krieg in das sogenannte zweite *Ralliement* und schließlich in die Genese einer liberal-konservativen Sammlung, oder wie man in Frankreich sagte, einer *Droite modérée*.

Trotz dieser versöhnenden und integrativen Effekte des Ersten Weltkriegs dürfen natürlich auch nicht die Grenzen seiner Integration verkannt werden. So verschwand einerseits der Antiklerikalismus keineswegs und der sogenannte *rumeur infâme*, wonach katholische Kongregationen das deutsche Militär finanzierten, war immer wieder zu hören[191]. Auch staatliche Stellen beobachteten weiterhin die katholischen Aktionen mit Mißtrauen und vermuteten dahinter die Intention, die kirchliche Hierarchie und ihre Institutionen durch die Republik anerkennen zu lassen[192]. Auf der anderen Seite gelang es auch der katholischen Hierarchie nicht, das religiöse Erwachen für eine nationale Anerkennung des Herz-Jesu-Kultes zu nutzen. Obwohl die Herz-Jesu-Frömmigkeit französischen Ursprungs war, galt sie seit Mitte des 19. Jahrhunderts als Ausdruck einer ultramontan-antimodernistischen Ausrichtung des Katholizismus, mit Hilfe derer das Papsttum die Gläubigen gegen die bürgerliche Moderne zu immunisieren trachtete[193]. Daher nahmen weder Abgeordnete der Regierung an den öffentlichen Fürbitten und der Konsekration in der *Sacré-Cœur*-Kirche auf dem Montmartre teil noch wurde das Hinzufügen des mit Dornen umrahmten Herzens auf das Weiß der Trikolore gestattet[194]. Auf beiden Seiten der *deux France* wurde also der Kampf um kulturellen Einfluß weitergeführt, die Agitation beschränkte sich von nun ab jedoch auf die dogmatischen Flügel. Die zur Mitte tendierenden Kräfte konnten sich emanzipieren und öffneten sich für eine politische Zusammenarbeit[195]. Gerade die liberalen Katholiken erkannten sehr schnell, daß Zugeständnisse von einem laizistischen Staat nur auf politischer, nicht aber auf der religiös-kulturellen Ebene zu erwarten waren. Daher beharrten Katholiken wie Denys Cochin oder de Las Cases auf der *politischen* Forderung nach Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan und einem religiösen Frieden im Innern. Mit ihrer begrenzten, aber vorhandenen Mitarbeit in Regierung, Parlament und Senat kehrten sie in das „parlamentarische Spiel" zurück und ebneten den Weg für eine Berufung katholischer Abgeordneter als Minister nach 1919.

---

[191] Selbst Poincaré habe zu Loubet im März 1915 gesagt: „Pour l'ennemi extérieur, cela va très bien, mais il y a le péril clérical qui devient de plus en plus menaçant", Notiz vom April 1915 von Louis Marin, in: AN, 317 AP 228.

[192] So ein Bericht in: AN, F/7 13213, zitiert nach Becker, Les Français dans la Grande Guerre, S. 171.

[193] Vgl. hierzu Busch, Katholische Frömmigkeit und Moderne, S. 38–71.

[194] Vgl. Mayeur, Le Catholicisme français et la Première Guerre Mondiale, S. 386–388, und Annette Becker, La Guerre et la Foi, S. 83–85.

[195] Für das Herausbrechen der ARD und der *républicains de gauche* aus ihrer linken Anbindung vgl. Sanson, L'Alliance Démocratique, S. 427ff. Auch der Sozialist Joseph Paul-Boncour, Entre Deux-Guerres, S. 5, schreibt: „Soyons justes: tant que dura la guerre, la droite et les modérés n'en abusèrent pas; leur patriotisme était irréprochable."

III. Auf der Suche nach einer politischen Kultur: Ideologische und weltanschauliche Grundlagen der liberal-konservativen Sammlung

In dem nun folgenden Kapitel wird dargestellt werden, wie auf dem Feld der politischen Kultur die Vorstellungen und Einstellungen der rechtsliberalen Strömung der *Progressisten* und der konservativ-katholischen der ALP konvergierten. Nach den Wahlen im November 1919 waren beide Strömungen in einer gemeinsamen parlamentarischen Fraktion, der *Entente Républicaine Démocratique (ERD)*, zusammengekommen und hatten auf parlamentarischer Ebene zum ersten Mal eine liberal-konservative Sammlung gebildet. Die ERD und die später aus ihr hervorgehende *Union Républicaine Démocratique (URD)* mit ihrer parteipolitischen Dachorganisation, der *Fédération républicaine (FR)*, sind also die Manifestationen eines Amalgamierungsprozesses, der in Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg eine gemäßigte Rechte, eine *Droite modérée*, hervorgebracht hat, die sich einerseits deutlich von dem breiten Strom des Linksliberalismus absetzte, andererseits aber auch Distanz hielt zum antirepublikanischen Flügel der extremen Rechten um die *Action Française (AF)*. Da die Vorstellung von einer *Droite modérée* für jemanden, der nicht alle Feinheiten und Konnotationen des französischen politischen Spiels und seiner Begrifflichkeiten kennt, als zu deskriptiv erscheinen muß, wird im folgenden der Begriff der liberal-konservativen Sammlung verwendet werden. Liberal-konservativ, weil dies die beiden unterschiedlichen Traditionen der sich amalgamierenden Kräfte (rechtsliberal bzw. konservativ-katholisch) wiedergibt; Sammlung, weil sich die Amalgamierung zunächst nur im Wahlkampf und im Parlament vollzog, während auf der Ebene der Parteiorganisation die alten Vorkriegsstrukturen bis 1921 erhalten blieben. Anders als in Deutschland lähmte der Siegestaumel des Ersten Weltkriegs nämlich parteipolitische Formierungsprozesse, zumal im bürgerlich-nationalen Lager[1].

Der Antagonismus der politischen Kulturen im Frankreich der Vorkriegszeit hatte sich als das wesentliche Hindernis bei der Herausbildung einer einheitlichen, gemäßigten Rechten im Parlament, einer Art französischer „Tory-Party" erwiesen. Statt dessen waren die bürgerlichen und katholischen Kräfte des liberal-konservativen Spektrums zerstreut und entlang weltanschaulicher Fragen gespalten gewesen. Die wichtigste Frage, auf Grund derer die Zerstreuung erfolgte, war dabei jene nach der Rolle der Religion, genauer gesagt nach der des Katholizismus in der Gesellschaft. Während maßgebliche Teile der ALP immer noch den Katholi-

[1] In Deutschland war die Gründung einer große nationalkonservativen Partei, der DNVP, aus Konservativen, Christlich-Sozialen, Völkischen und Nationalliberalen, bereits kurz nach Kriegsende erfolgt. Vgl. Kuno Graf von Westarp, Konservative Politik, S. 20ff., Trippe, Konservative Verfassungspolitik.

zismus als Weltanschauung begriffen, d.h. als ein Glaubenssystem, das auch die weltlichen Dinge (*Temporalia*) wie Staat und Gesellschaft durchdringen sollte, plädierten die *Progressisten* für eine strikte Trennung von *Temporalia* und *Spiritualia*. Zu großen Teilen waren sie, wie z.B. Méline, überzeugte Republikaner aus dem Umkreis von Gambetta und hatten die Ausdehnung eines zivilrechtlich-laizistischen Staates, wie sie in den 1880er Jahren erfolgt war, unterstützt. Daher kann man sagen, daß *Progressisten* und ALP in den beiden unterschiedlichen Kulturen von *Droite* und *Gauche* verwurzelt waren, wobei der Republikanismus der *Progressisten* deutlich weniger weltanschauliche Züge trug als der Katholizismus der ALP.

Zwischen *Progressisten* und ALP klaffte also der tiefe Graben der politischen Kultur. Aus diesem Grund bestand für die liberal-konservative Sammlung nach 1919 eine Notwendigkeit, diesen Graben zu überbrücken, wollte sie nicht Gefahr laufen, regelmäßig von inneren Konflikten erschüttert zu werden. Diese Überbrückung war nicht allein durch einen politischen Kompromiß herbeizuführen, sondern mußte von einem gesellschaftlichen und kulturellen Veränderungsprozeß begleitet werden. Das folgende Kapitel wird daher untersuchen, ob und wie es der liberal-konservativen Sammlung gelungen ist, eine „eigene" politische Kultur zu entwickeln, d.h. eigene Leitvorstellungen, eigene Symbole, Mythen und eine kollektive Erinnerung, in der *progressistisch*-republikanische und katholische Traditionslinien konvergieren konnten. Es wird sich dabei zeigen, daß die religiöse Frage nach dem Ersten Weltkrieg stark an Bedeutung verlor, während andere Fragen, wie die nach der Rolle Frankreichs in der Welt, nach der gesellschaftlichen Moral und nach der idealen inneren Verfaßtheit Frankreichs wichtig wurden. Insofern konnten die weltanschaulich-kulturellen Prägungen der *longue durée*, also insbesondere der Konflikt zwischen der katholisch-konservativen *Droite* und der laizistisch-republikanischen *Gauche*, der bis auf die Revolutionszeit zurückging, von neuen ideologischen Konfliktlinien verdrängt werden, die im Zuge der gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Umwälzungen durch das „Ereignis" Erster Weltkrieg entstanden waren. Dies betraf vor allem die häufig deckungsgleichen neuen gesellschaftlichen *cleavages* zwischen Nationalismus und Pazifismus bzw. zwischen Kapital und Arbeit. Die liberal-konservative Sammlung konnte von dieser Schwerpunktverschiebung profitieren, weil diese die in ihr angelegte Dichotomie der religiös-weltanschaulichen Konfliktlinie überwinden half. In ihren Reihen wurden deshalb die neuen, im Entstehen begriffenen ideologischen Konfliktfelder zugespitzt und offensiv gefördert.

In fünf Abschnitten wird im folgenden erörtert werden, wie vor dem Ersten Weltkrieg Ähnlichkeiten in der politischen Kultur von *Progressisten* und ALP durch die religiöse Frage auseinandergehalten wurden, wie während des Ersten Weltkriegs diese Ähnlichkeiten auf einer intellektuellen Ebene verschmelzen konnten, und wie nach dem Ersten Weltkrieg die liberal-konservative Sammlung dieses ideologische Amalgam aufnahm und eine innere Festigkeit im politischen Alltag der 1920er Jahre daraus beziehen konnte. Die folgenden fünf Abschnitte behandeln sowohl die mental-kulturellen Leitvorstellungen und Ordnungsentwürfe, also das, was im Falle der ALP als die katholische Subkultur bezeichnet worden war, wie auch die daraus resultierende Anbindung an vorpolitische Netz-

werke der Geselligkeit und des Vereinswesens, mithin die Substruktur. Erörtert werden sukzessive der „neue" Nationalismus, Jeanne d'Arc als Symbolfigur, der Krieg als Lehrmeister, Antikommunismus und Agrarromantik, wobei insbesondere geprüft werden wird, inwieweit die weltanschauliche Prägung der Vorkriegszeit als Phänomen der *longue durée* von dem „Ereignis" Erster Weltkrieg beeinflußt und verändert wurde. Wie schon in der Einleitung ausgeführt, wird für den intellektuellen Diskurs während der Kriegszeit als Quelle hauptsächlich die RDDM herangezogen werden, die auf Grund der Reduktion der tagespolitischen Presse und der Abwesenheit vieler Politiker und Journalisten zu einem wahren Schmelztiegel für liberales und konservativ-katholisches Denken geworden ist.

1. Nationalismus I: Der Erste Weltkrieg als Telos der französischen Nationalgeschichte

Einleitung

Der Nationalismus als „Epochenphänomen" bzw. „säkulare Ersatzreligion" ist nicht nur eine gemeineuropäische Erscheinung der Neuzeit gewesen, sondern hatte auch in allen europäischen Ländern ähnliche politische und gesellschaftliche Auswirkungen[2]. Die daraus resultierende Vergleichbarkeit nationalistischer Phänomene sowie der *cultural turn* der Geschichtswissenschaft in den letzten zwanzig Jahren haben ein breites Interesse der Historiker an diesem Thema hervorgerufen und zu einer Vielzahl von Analysen und Theorien geführt[3]. Da es im folgenden aber nicht um *den* Nationalismus in Frankreich gehen soll, sondern nur um eine Variante desselben, können hier nicht alle Analysekonzepte der Forschung referiert werden. Unsere Analyse wird sich auf das „kulturalistische" Konzept stützen, wonach der Nationalismus nicht als emotionales Ventil zur Entladung der Modernisierungskonflikte von oben installiert worden ist, sondern er sich auf Grund bestimmter mentaler und kultureller Veränderungsprozesse, gewissermaßen als Ersatz für sich auflösende Glaubensgewißheiten, *sua sponte* entwickelte, und zwar in großen Teilen der Bevölkerung[4]. Dies brachte es daher mit sich, daß der Nationalismus unterschiedliche Ausprägungen haben konnte, regionale, konfessionelle, soziale etc., die alle um die Vorherrschaft ihrer je eigenen Va-

---

[2] Über die zeitliche Einordnung eines gemeineuropäischen Proto- bzw. Frühnationalismus vor 1789 und des „eigentlichen" Nationalismus nach 1789 vgl. Alter, Nationalismus, S. 10-15, Winkler, Einleitung: Der Nationalismus und seine Funktionen, sowie Langewiesche, Nation, Nationalismus, Nationalstaat. Zum europäischen Kontext vgl. Gall, Die Nationalisierung Europas, und Hardtwig, Vom Elitebewußtsein zur Massenbewegung.

[3] Einen guten Forschungsüberblick bieten Langewiesche, Nation, Nationalismus, Nationalstaat, und ders., Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, sowie Stauber, Nationalismus vor dem Nationalismus?.

[4] Zu diesem Konzept vgl. Anderson, Die Erfindung der Nation, S. 13ff. Anderson modifiziert darin die Thesen des englischen Soziologen Ernest Gellner, Nationalismus und Moderne, wonach der Nationalismus das wirksamste Mittel war, die sozialen Kosten der Industrialisierung zu kompensieren.

riante als einer für alle gültigen rangen, d.h. auf eine kulturelle Homogenisierung der Gesellschaft nach ihren jeweiligen Vorstellungen hinarbeiteten. Die Nation darf mithin nicht als ein historisch handelndes Subjekt, sondern muß als eine konstruierte Vorstellung[5] betrachtet werden, in der unterschiedliche „Nationalismen" Platz hatten und sich gegenseitig beeinflußten und bekriegten[6]. Dieser Kampf um die Hegemonie der eigenen Nationsvorstellung wurde nicht nur auf dem Gebiet der Rede und der Schrift ausgetragen, sondern konnte sich auch in bestimmten Ritualen und Symbolen widerspiegeln.

Auf Friedrich Meinecke geht eine klassische, heute eher kritisch betrachtete Begriffsfindung zurück, wonach die beiden Länder Frankreich und Deutschland einen je unterschiedlichen Typus des Nationalstaates verkörperten: Frankreich den der Staatsnation, Deutschland den der Kulturnation[7]. Ob Meineckes Typenprägung allzu glücklich war, sei dahingestellt, in jedem Fall muß aber anerkannt werden, daß Frankreich – territorial und institutionell – seit dem Hohen Mittelalter eine staatliche Entität darstellte, in die 1789 die nationale Freiheitsbewegung direkt und erfolgreich einfließen konnte, ohne Partikularismen überwinden zu müssen. Nationalismus war daher in Frankreich weniger eine kulturelle, mit Philosophie, Lyrik und Sängerfesten verbundene, sondern eine politische Angelegenheit[8]. Dies führte dazu, daß sich im Laufe des 19. Jahrhunderts zwei unterschiedliche Nationalismen entwickelt haben, die die Nation, im Sinne einer *imagined community* nach Anderson, je anders definierten und zu konstruieren versuchten. Man spricht von einem „linken" und einem „rechten" Nationalismus, die sich um die beiden dominierenden politischen Kulturen der *deux France* herauskristallisiert haben[9]. Ursache für diesen Dualismus war in erster Linie eine eigene kollektive Erinnerung bei *Droite* und *Gauche*, in der die Ereignisse der Revolutionszäsur und ihre Folgen unterschiedlich interpretiert und anschließende durch unterschiedliche Mythen, Rituale und Symbole zelebriert und internalisiert wurden. Der Historiker Fustel de Coulanges hat dies 1872 einmal auf den Punkt gebracht:

---

[5] Hierbei ist allerdings Dieter Langewiesche zuzustimmen, der betont hat, daß die Konstruktion der Nation keine reine Neuschöpfung war, wie gelegentlich mit Berufung auf Anderson behauptet wird, sondern ein „Einkleiden" geschichtlicher Grundtatsachen in neue Gewänder, vgl. ders., Was heißt Erfindung der Nation?

[6] Vgl. für Deutschland Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland, S. 196–199. (dort die Aufzählung der verschiedenen Nationalismen). Das Verhältnis zweier regional aufgeladener Nationalismen behandelt Tacke, Denkmal im sozialen Raum. Daß das Epitheton „national" stets offen ist für rechte oder linke Ausdeutungen, hat auch Reinhart Koselleck in seinem Artikel „Volk, Nation, Nationalismus, Masse", S. 399ff., betont.

[7] Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat, S. 10–23.

[8] Dies betont auch Rosanvallon, Le Sacre du Citoyen. Theoder Schieder hat in seiner Typologisierung von Frankreich als einem „integrierten Nationalstaat" gesprochen, in: ders., Typologie und Erscheinungsformen des Nationalstaats in Europa.

[9] Vgl. die zwei grundlegenden Studien zum französischen Nationalismus im 19. Jahrhundert von Krumeich, Aufrüstung und Innenpolitik, und ders., Jeanne d'Arc in der Geschichte. Von französischer Seite Winock, Nationalisme, antisémitisme et fascisme, und die Anthologie von Girardet, Le Nationalisme français. Ebenfalls auf die Dichotomie „rechts-links" geht Droz, Der Nationalismus der Linken und der Nationalismus der Rechten, ein.

„L'histoire est ainsi devenue chez nous une sorte de guerre civile permanente."[10] Im Unterschied zu den mit der sozialen und wirtschaftlichen Modernisierung und Industrialisierung verbundenen Verwerfungen (Herausbildung sozialer Klassen, Bauernproteste etc.) verharrte die kulturelle Prägung der französischen Gesellschaft damit stets in der geistesgeschichtlichen Tradition der Revolutionszeit, bestimmt von der Dichotomie einer „rechten" und einer „linken" politischen Kultur, die als Phänomene der *longue durée* politische Lager bis ins kleinste Dorf bildeten[11].

Gerade bei den Nationsvorstellungen der *Gauche* ist man dank der Arbeiten von Maurice Agulhon sehr gut über das unglaublich intensive, visuelle „Republikanisierungsprogramm" der Dritten Republik unterrichtet, das durch seine künstlerische Gestaltung der Grundschulen, Rathäuser und öffentlichen Plätze die Idee eines die Völker befreienden und an die antiken Republiken anknüpfenden Frankreich propagierte und damit ein eigenes republikanisches Nationskonzept zu schaffen versuchte[12]. Die patriotischen Feiern am 14. Juli unterstrichen dieses zivilisationsmissionarische Selbstverständnis und können als Indiz für eine breite Teilnahme der Bevölkerung am Kult der Nation gewertet werden[13]. Diese republikanische Form des Nationalismus, die bisweilen als *nationalisme de gauche* oder – in apologetischer Absicht – als *patriotisme* bezeichnet wird, dominierte die französische Politik nach dem Triumph der Republikaner 1879 bis 1914[14]. Sie sagt freilich relativ wenig über den Identifikationsgrad einzelner Gruppen mit der Nation aus, insbesondere wenn es um die Wahl zwischen „Republik" oder „Nation" als höchstem Leitwert ging[15]. Beide Ideale waren durch die gleichzeitige Entstehung von Nationalismus und Republikanismus in der französischen Revolution bis an das Ende des 19. Jahrhunderts eng miteinander verwoben und kaum unterscheidbar[16].

---

[10] Numa Denis Fustel de Coulanges, De la manière d'écrire de l'histoire en France et en Allemagne depuis cinquante ans, in: RDDM vom 1.9.1872, S. 241–251, hier S. 243. Der lesenswerte Artikel von Fustel setzt sich wehmütig mit der deutschen Nationalgeschichtsschreibung um Giesebrecht und Zeller auseinander, die die deutsche Geschichte über die Parteien stellt. Deutsche Historiker seien keine „hommes de parti" wie in Frankreich.

[11] So wurden die bei der Modernisierung der Landwirtschaft auftretenden Konflikte lange Zeit entlang den Linien der politischen *micropolis* des Dorfes ausgetragen, d. h. zwischen Adel/Klerus und Lehrer/Freimaurer, vgl. Mayaud, Les dynamiques des sociétés rurales en France, und die Bemerkungen in der Einleitung.

[12] Agulhon, Marianne au pouvoir, und Girardet, Le Nationalisme français.

[13] Vgl. Sanson, Le 14 juillet, Amalvi, Le 14-Juillet. Du Dies irae au Jour de Fête, Vovelle, La Marseillaise, S. 117ff. (1879 als Nationalhymne eingeführt), Agulhon, La statuomanie et l'histoire, und Simpson, Republicanizing the City.

[14] Droz, Der Nationalismus der Linken und der Nationalismus der Rechten, vgl. ebenso Krumeich, Poincaré und der Poincarismus.

[15] In einem typischen Schulbuch der republikanischen Staatsschule hieß es: „République et France, tels sont, mes enfants, les deux noms qui doivent rester gravés au plus profond de vos cœurs." Zitiert bei Jacques et Mona Ozouf, Le thème du Patriotisme dans les manuels primaires, S. 26.

[16] Ein klassischer *républicain de gauche* wie Louis Barthou nannte dies: „Démocrates et patriotes, nous confondons dans la même passion ardente et dans la même volonté de la défense de la République, sans laquelle la démocratie est un vain mot, et la France, dont nous voulons transmettre à nos enfants, intact et pur, le flambeau sacré que nous avon reçu de nos ancêtres", zitiert nach Sanson, L'Alliance Démocratique, S. 382.

Republikanische Nationalisten und nationalistische Republikaner konnten so beispielsweise in der *Ligue des Patriotes* von Paul Déroulède nebeneinander existieren, ohne in interne Konflikte zu geraten[17]. Erst die Dreyfus-Affäre und die Zuspitzung des europäischen Mächteantagonismus vor dem Ersten Weltkrieg zwangen diesen republikanischen Nationalismus vor die Entscheidung, ob nun die „Nation", also das nach außen exklusive Element, oder die „Republik", also das emanzipatorische Element der Revolution, das höhere Integrationsideal darstellte[18]. Wie wir bereits in Kapitel I gesehen haben, war es auch genau diese Entscheidung, die die Trägerschicht des republikanischen Nationalismus, die gemäßigten Republikaner, in der Mitte spaltete und den rechten Teil um die Agrarprotektionisten und den Unternehmerflügel absonderte. Diese nationalliberalen *Progressisten* entschieden sich zwar nicht *gegen* die „Republik", aber dezidiert *für* die „Nation" als höchstes Integrationsideal.

Auf der anderen Seite war die politische Kultur der *Droite* lange unberührt vom revolutionären Kult des Vaterlandes geblieben[19]. Orleanisten und Legitimisten vermieden so oft es ging das Wort *nation*, um es durch das unverfängliche, weil nicht mit der Revolution verbundene *patrie* zu ersetzen. Auch die Bonapartisten partizipierten, obwohl sie das Bild von der *grande nation* akzeptierten, nicht an den nationalen Feierlichkeiten der Republik. Daran änderte sich auch zu Beginn der Dritten Republik nichts. Je mehr sich der Konservativismus nach 1870 in einem konservativ-katholischen Lager zusammenfand, desto bedeutender wurde das katholische Kirchenjahr als eine Art Gegenkalender zu den republikanischen Festtagen. Vor allem die Feiern des 14. Juli wurden von der kirchlichen Hierarchie und Katholiken wie de Mun oder La Tour du Pin durch Gegenveranstaltungen sabotiert[20]. Der von der politischen Linken betriebenen Identifizierung von Republik und Nation wurde ein Bild der *patrie chrétienne* gegenübergestellt, deren Ordnungsvorstellung nicht egalitär, sondern autoritär konzipiert war. Zur Verbreitung dieser Konzeption dienten z. B. die St. Anne-Feiern und groß aufgezogenen Fronleichnamsprozessionen, die versuchten, antirepublikanische Sentiments in einer Art katholischem Nationalismus zu ritualisieren.

Darüber hinaus pflegten alle drei Zweige des Konservativismus ihre eigenen Rituale, wie z. B. die Geburtstagsfeier ihres jeweiligen Thronprätendenten, die Ehrung Ludwigs XVI. oder die fast schon obligatorische Pilgerfahrt nach Frohsdorf, wo der exilierte Comte de Chambord residierte[21]. Als identitätsstiftende Basis fungierte dabei die kollektive Erinnerung an bestimmte Ereignisse in der Vergan-

---

[17] Zum nationalistischen Republikanismus vgl. Rutkoff, Revanche and Revision, sowie Joly, Déroulède, S. 75–135.

[18] Diese Entscheidung stellte vor allem die Radikalen, die traditionell das Monopol auf Republikanismus und Nationalismus beanspruchten, vor große Probleme. Vgl. Stone, La république et la patrie: the radical's nationalism under attack.

[19] Rein ideengeschichtlich und leider ohne Hinweise auf Rituale und Symbole Prévotat, La culture politique traditionaliste, S. 33ff.

[20] Z. B. wurde 1889 demonstrativ das *bicentenaire* der Anrufung des *Sacre-Cœur* als Gegenveranstaltung zur hundertjährigen Revolutionsfeier gefeiert. Vgl. zu de Mun Pierrard, Les Catholiques sociaux et le centenaire de la Révolution.

[21] Anhaltspunkte über diese Rituale bei Mayeur, Abbé Lemire, S. 33–41.

genheit, die rituell und symbolisch kultiviert wurden. Ein besonders prominenter Fall hierfür war die Erinnerung an den blutigen Volksaufstand in der Vendée 1793, der von den Truppen der nationalen Revolutionsregierung niedergeschlagen worden war. Viele Konservative, v. a. die Legitimisten, sahen im Aufstand der *chouans* ein Abbild des wahren, katholisch-monarchischen Frankreich und stellten in dem Gedenken an dieses Ereignis ihr eigenes Konzept der *patrie*, als Gegenkonzept zur revolutionären *nation*, zur Schau[22]. Die Bedeutung der *mémoire collective* für die Nationsvorstellungen von *Droite* und *Gauche* liegt jedoch nicht nur in ihren unterschiedlichen Mythen begründet, sondern auch in unterschiedlichen Erinnerungsnetzwerken, die für die Verbreitung der Konzeptionen sorgten. So hat Charlotte Tacke für die Auvergne gezeigt[23], daß der Vercingetorix-Kult dort zwei verschiedene Formen annehmen konnte. In den auf das 18. Jahrhundert zurückgehenden *Academies des belles lettres*, die in Clermont-Ferrand einen Kommunikationsraum der Provinznotabeln monarchistischer Prägung bildeten, wurde eher das regionale und elitäre Potential des Kultes ausgeschöpft, es handelte sich also um eine rechte Erinnerungskultur. Auf der anderen Seite versuchte die um 1870 entstandene *Société d'Emulation* als Hort der republikanischen Provinzhonoratioren einerseits die emanzipatorische, andererseits die nationale Bedeutung von Vercingetorix herauszustellen und repräsentierte damit eine linke Erinnerungskultur. Auch in der Untersuchung Tackes hat sich bestätigt, daß sich kulturelle Phänomene wie die verklärende Wiederentdeckung der regionalen Vergangenheit stets entlang der kulturellen Gräben zwischen *Droite* und *Gauche* ablagerten.

Ein Spezifikum der politischen Kultur der *Droite* liegt nun darin, daß diese, obgleich sie die revolutionär-republikanische Staatsnation ablehnte, keinesfalls mit unseren Begriffen als *anti-national* zu bezeichnen ist. Im Gegenteil, sie versuchte die Republikaner geradezu an Nationalismus zu übertreffen, in dem sie diese, vor allem seit 1879, der außenpolitischen Schwäche und der Freundschaft mit Deutschland bezichtigte[24]. In den Wirren der Jahrhundertwende entstand daher im Umfeld der Anti-Dreyfus-Agitation ein „integraler" Nationalismus, der das Vaterland nicht als Bündnis freier Bürger sah, sondern als innen- und außenpolitische Ordnungsmacht zum höchsten Maßstab allen politischen Handelns erhob[25]. Dieser integrale Nationalismus war in seiner Ordnungskonzeption kollektiv-autoritär und exklusiv gegenüber inneren und äußeren Feinden: im Inneren drängte er auf einen Ausschluß der Juden, Protestanten und Freimaurer von der politischen Macht, nach außen vertrat er eine rigoros bellizistische Machtposition. Seine offensivsten und bekanntesten Vertreter fand er in der Bewegung der *Action*

---

[22] Vgl. Martin, La Vendée de la mémoire, und ders., La Vendée dans la mémoire des droites.

[23] Tacke, Denkmal im sozialen Raum, S. 107–128, und allgemein die Überlegungen bei Haupt/Tacke, Die Kultur des Nationalen.

[24] *Pars pro toto* sei hier auf die Artikel der Bonapartisten Paul und Guy de Cassagnac in *l'Autorité* z. B. am 19. 7. 1914 verwiesen, anläßlich des Prozesses gegen die Frau von Caillaux.

[25] Zum Milieu dieses integralen Nationalismus und seiner engen Verbindung zur monarchischen Rechten vgl. Nguyen, Aux origines, passim, Weber, Action Française, S. 19–161, Sternhell, La Droite révolutionnaire, S. 33–76.

Française um den Schriftsteller und Journalisten Charles Maurras. Auch nach dem *Ralliement* vieler Katholiken an die Republik änderte sich an den Inhalten dieser Konzeption bei großen Teilen der Rechten wenig[26].

Im Verlauf der Dritten Republik bis 1914 standen sich im Rahmen des Spannungsfeldes zwischen *Droite* und *Gauche* also zwei konkurrierende Vorstellungen vom Vaterland als dem höchsten Wert gegenüber, die ihren Inhalten und Formen nach grundverschieden waren, obwohl sie im Grunde genommen beide ein und dasselbe Phänomen verkörperten[27]. Dieser Dualismus eines individualistisch-freiheitlichen und eines autoritären Nationalismus ist ein entscheidendes Charakteristikum der französischen politischen Kultur. Für alle politischen Gruppierungen und Parteien bestand daher die Notwendigkeit, sich mit ihrer Programmatik in die eine oder andere Form einzufinden, obwohl beide Nationalismen die Vorstellung vom nationalen Interesse Frankreichs als höchster Handlungsmaxime teilten. Erst durch die Entstehung einer pazifistischen Linken und die Zunahme des europäischen Mächtekonflikts im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg konnte es zu einer punktuellen Annäherung der beiden Nationalismen kommen, die vor allem in der oben bereits erwähnten Kooperation Albert de Muns, eines *ralliierten* Legitimisten, mit Raymond Poincaré, einem konservativen Republikaner, ihren Ausdruck fand[28]. Um ein Verständnis für den Nationalismus der liberal-konservativen Sammlung nach dem Ersten Weltkrieg zu bekommen, ist es zunächst nötig, die Position der *Progressisten* und der ALP im Spannungsfeld der beiden Nationalismen vor dem Ersten Weltkrieg zu verorten.

Der Nationalismus der Progressisten

Die *Progressisten* zählten ihrem Ursprung und ihrer Tradition nach grundsätzlich zu den Vertretern jenes bürgerlich-liberalen Nationalismus, der die französische Nation als emanzipatorische und fortschrittliche Kraft im Weltprozeß, kurz als die Trägerin der Zivilisation dachte. Ihre weltgeschichtliche Mission sahen sie in der Verbreitung der freiheitlichen Ideen von 1789, sei es in Europa, sei es in den noch zu erschließenden Kolonien. Das dem Republikanismus innewohnende freiheitliche Element hatte lange Zeit verhindert, daß ihr Nationalismus, anders als der der rechtsliberalen Kreise in Deutschland, exklusive Züge gegenüber bestimm-

---

[26] Die außenpolitische Position einer *ralliierten* Zeitung wie der *Libre Parole* unterschied sich kaum von der der nicht-*ralliierten* AF. Teilweise übernahm sie sogar Artikel aus der AF, wie die des Historikers Bainville.

[27] Darauf hat Jeismann, Das Vaterland der Feinde, und erneut in ders., Alter und Neuer Nationalismus, S. 15, hingewiesen. Er betont die in den Kriegsphasen 1792–1814, 1870/71 und 1914–1918 stattfindende feindschaftliche Abgrenzung als entscheidenden Motor der inneren Nationsbildung. Diese ermöglichte einen nationalistischen Zusammenhalt oberhalb der politischen Differenzen. Zum gleichen Ergebnis kommt die Studie von Vogel, Nationen im Gleichschritt, der S. 96–98, 229–236, auf die Politisierung der Feiern in eine republikanische und eine katholische verweist.

[28] Über die Zusammenarbeit mit den gemäßigten Republikanern schreibt de Mun in: Combats d'hier et d'aujourd'hui, Bd. 8, S. 179: „c'est la lutte pour la vie nationale", die, trotz seines Glaubens, seine religiösen Überzeugungen zurücktreten lasse.

ten Gruppen wie Sozialisten, Katholiken oder Juden angenommen hatte[29]. Sie distanzierten sich von der Vorstellung des *parti nationaliste* um Déroulède und die *Action Française*, wonach nur ein bestimmter Teil der französischen Gesellschaft das Handeln im Interesse des Vaterlandes für sich beanspruchen konnte, andere aber *per definitionem* ausgeschlossen waren[30]. Der Nationalismus, der ja etymologisch als Begriff genau jenem französischen Diskurs der Jahrhundertwende entstammt, wurde vielmehr als ein *patriotisme* verstanden, den alle Franzosen in sich tragen und dem damit ein überpolitischer Wert zukomme[31].

Wenn man die Inhalte und Formen des Nationalismus der *Progressisten* betrachtet, so stellt man dennoch Abweichungen gegenüber anderen politischen Gruppierungen der Liberalen fest, die den Schluß nahelegen, daß der *Progressismus* vor 1914 eine eigene Konzeption der Nation entwickelt hat. Zunächst teilten die *Progressisten* mit allen gemäßigten Republikanern die Abneigung gegen die von Radikalen und Radikalsozialisten betriebene Sakralisierung der französischen Revolution als *des* konstitutiven Elementes des französischen Nationalismus. Dies hatte die berühmte Kammerdebatte um das Theaterstück *Thermidor* von Sardou im Januar 1891 gezeigt. Die radikale Regierung Freycinet hatte das Stück zensieren lassen, da es die jakobinische Phase der Revolution kritisierte und nur die Ideale von 1789, nicht die von 1791 lobte. Léon Bourgeois und Georges Clemenceau verteidigten die Regierungsmaßnahme, da ihrer Ansicht nach die Revolution auch nicht im Detail in Frage gestellt werden dürfe. Clemenceau prägte dabei das berühmt gewordene Diktum, daß die Revolution ein *bloc* sei. Demgegenüber betonte der gemäßigte Republikaner Joseph Reinach, daß er die Ideale der Revolution von 1789 und ihre Errungenschaften in gleichem Maße preise, wie er die jakobinische Entartung der Revolution tadele. Seine Aufspaltung der Revolution in eine gute und eine schlechte Phase, die gegen das radikale Konstrukt von der Einheit des Revolutionsgeschehens gerichtet war, prägte auch später gleichermaßen das Denken eines Poincaré oder Barthou wie das eines Méline, Isaac oder Marin.

Von den gemäßigten Republikanern, d. h. der bürgerlichen Mitte, unterschieden sich die *Progressisten*, wie bereits gezeigt wurde, in ihrer Haltung während der Dreyfus-Affäre bezüglich der Frage, welche Ordnungsvorstellung in der französischen Nation die dominierende sein solle. Auf der einen Seite stellten die sich später *républicains de gauche* nennenden Vertreter der bürgerlichen Mitte das freiheitlich-republikanische Element des bürgerlichen Nationalismus in den Vordergrund und vertraten sowohl in den Debatten um die Revision des Dreyfus-Prozesses wie um das Verbot der vermeintlich konterrevolutionären Kongregationen

---

[29] Dies gilt für viele Progressisten über die Dreyfus-Affäre hinaus, z. B. für Aynard oder Lannes de Montebello, die zwar nicht das Ministerium Waldeck-Rousseau unterstützten, gleichwohl aber für eine Revision des Dreyfus-Prozesses waren. Zu den Mitgliedern in der FR gehörten auch die von Maurras verachteten Juden und Protestanten.

[30] So schrieb die RDDM am 15. 5. 1899: „Déroulède [...] est le chef d'un parti qui s'intitule lui-même nationaliste, comme si le nationalisme n'était pas un sentiment commun à tous les Français, presque sans exception. Personne n'a le droit de s'en décerner le monopole", zitiert nach de Broglie, Histoire politique, S. 303.

[31] Gerade Méline hatte sich mehrmals deutlich vom „Cäsarismus" Déroulèdes öffentlich distanziert, weil dieser die republikanische Ordnung über den Haufen werfe.

zivilstaatliche Positionen [32]. Demgegenüber galt den *Progressisten* die Armee als der höchste Garant der Nation, um derentwillen auch zivilstaatliche Prinzipien, wie in diesem Fall die Revision des Prozesses gegen Dreyfus, geopfert werden mußten. Obgleich sie die antisemitische und konterrevolutionäre Aufladung des integralen Nationalismus ablehnten, verteidigten die *Progressisten* vor allem innerhalb der *Ligue de la Patrie Française* eine autoritär-republikanische Ordnung, die ihr Vorbild in der hierarchischen Struktur der Armee hatte[33]. Die Nationskonzeption der *Progressisten* nahm damit eine ideologische Mittelposition zwischen dem linken, freiheitlich-emanzipatorischen, und dem rechten, autoritär-reaktionären Nationalismus ein.

Diese ideologische Mittelposition zeichnete sich vor allem dadurch aus, daß der Anspruch auf Exklusivität im linken und rechten Nationalismus gegenüber dem je anderen Lager von den *Progressisten* nicht geteilt wurde. Ihr Nationalismus war nicht an eine bestimmte historische Epoche und deren politisches System gebunden, sondern bestand, wie es der *Progressist* Aynard aus Lyon formulierte, aus „vingt siècles de gloire et de souffrances"[34]. Obwohl man sich scheute, explizit auf die nationalistischen Vorstellungen eines Maurice Barrès Bezug zu nehmen, so offenbarten doch Zitate wie dieses eine deutliche Nähe zu den Vorstellungen des Schriftstellers und nationalistischen Abgeordneten[35]. Barrès war neben Maurras der zweite wichtige Vordenker eines integralen Nationalismus in Frankreich gewesen, unterschied sich von diesem jedoch durch seine Distanz zu den monarchistisch-katholischen Kreisen der klassischen *Droite*. Anders als der Klassizist Maurras predigte Barrès einen romantisch-spiritualistischen Nationalismus, dessen höchstes Ziel die Totalisierung aller französischen „Seelenkräfte" im Kult der nationalen Geschichte war und der davon ausging, daß der französische Genius stetig unter wechselnden Umständen neu zu Tage trete und unabhängig von den Kämpfen zwischen monarchischem und republikanischem Prinzip existiere[36].

Im Unterschied zu dem von einem nationalen Sozialismus herkommenden Barrès, verblieben aber die *Progressisten*, trotz ihrer Nähe zur Gedankenwelt Barrès',

---

[32] Sanson, L'Alliance Démocratique, S. 35ff.

[33] Über diese „gemäßigte" Anti-Dreyfus-Position vgl. Cahm, Un courant d'idées méconnu. Beispiele für den *progressistischen* Nationalismus: Clement in *Bulletin de la FR* vom Mai und Juni 1911, weitere Beispiele bei Bernard, La dérive, S. 210, und allgemein das zeitgenössische Buch von Étienne Rey, La Renaissance de l'orgueil français, das den Nationalismus auf folgende Punkte bringt: „Résistance à l'Allemagne, résistance au socialisme révolutionnaire, apaisement des luttes civiques, restauration du principe d'autorité, souci de l'honneur", zitiert nach in Girardet, Le Nationalisme français, S. 229f.

[34] Zitiert nach Bernard, La dérive, S. 207.

[35] Ähnliche Zitate finden sich z. B. in *La République Française* vom 7. 7. 1914, wo Louis Madelin den Sieg von Valmy 1792 in eine Reihe stellte mit dem Sieg von Bouvines 1214. Obwohl die Barrésianer und die Progressisten in der Kammer geschieden saßen, gab es doch personale Verbindungen zwischen den beiden, so z. B. Georges Grosjean oder Georges Berry, die 1902–1906 bei beiden Gruppen eingeschrieben waren.

[36] Barrès hatte, wie Ernst-Robert Curtius es ausdrückte, damit „den Geist politisiert, weil er die Politik vergeistigte", vgl. Curtius, Maurice Barrès und die geistigen Grundlagen des französischen Nationalismus, S. 129, und Sternhell, Maurice Barrès, der S. 347ff. den Unterschied der Nationskonzeptionenen von Barrès und Maurras klar herausgearbeitet hat.

zutiefst bürgerlich und sahen ab 1905 im Sozialismus und dessen „antipatriotischer" Propaganda den Hauptgegner der französischen Nation. Insofern drängten sie, wie schon in der Dreyfus-Affäre, das freiheitliche Element des republikanischen Nationalismus weiter zurück und begannen, ähnlich wie der integrale Nationalismus, ihre Nationsvorstellung über Exklusion zu definieren: Sozialisten und Syndikalisten seien, in den Worten von Aynard, eine „confédération antinationale", die nur einen „suicide de la France" im Sinn hätten[37]. Während der hitzigen Debatte um die Verlängerung des französischen Wehrdienstes 1911–1913 erweiterten sie die Exklusion auch noch auf diejenigen Radikalsozialisten, die dieser Verlängerung nicht zustimmen wollten und damit das Vaterland in Gefahr brächten[38].

Verläßt man nun die Inhalte des *progressistischen* Nationalismus und wendet sich seinen symbolischen Formen zu, so stellt man zunächst fest, daß sie identisch mit denjenigen der übrigen Republikaner waren. *Progressisten* partizipierten genauso wie *républicains de gauche* und Radikale an den Feierlichkeiten des 14. Juli und der Errungenschaften der Revolution. Man kann sogar sagen, daß in dieser zeremoniellen Übereinstimmung aller Republikaner ein notwendiges Gegengewicht zu den politischen Divergenzen innerhalb des Republikanismus bestand, ohne das sich die innere Nationsbildung Frankreichs weit weniger glatt vollzogen hätte[39]. Die *Progressisten* hatten daher keine eigene Symbolik und keine eigenen Rituale, sondern stellten gewissermaßen den chauvinistischen Flügel der republikanischen Vertreter bei den öffentlichen Zeremonien. Ihre Reden betonten die traditionelle Größe Frankreichs, die Notwendigkeit einer starken Armee und das Prinzip der Autorität[40]. Ihr rituelles Handeln und ihre Symbolik entsprachen gleichwohl dem des republikanischen Frankreich, mit der Marianne, der Trikolore und des Gedenkens an Valmy[41]. Lediglich in einem Punkt, der im nächsten Kapitel abgehandelt werden wird, sonderten sie sich von den übrigen Republikanern ab, nämlich in der Wiederentdeckung der Figur der Jeanne d'Arc als Versöhnerin des katholischen und des republikanischen Frankreich.

Der Nationalismus der ALP

Wie wir bereits gesehen hatten, brachte der Charakter der ALP als konservativ-katholische Sammlung eine gewisse innere Heterogenität, gespeist aus verschiedenen Traditionen, mit sich. Insofern ist es auch schwierig, *den* Nationalismus der ALP als solchen zu bestimmen. Die bonapartistischen Elemente in ihren Reihen um Villeneau und Taittinger unterschieden sich mit ihrem imperialistisch-autoritären Nationskonzept von den ultramontanen Klerikalen um die Zeitung *La Croix* deutlich. Zur Bestimmung des Nationalismus der ALP ist daher vor allem

---

[37] Zitiert nach Bernard, La dérive, S. 208.
[38] Zur Debatte vgl. Krumeich, Aufrüstung und Innenpolitik, S. 162ff., zur Haltung vgl. Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 35ff.
[39] Vogel, Nationen im Gleichschritt, S. 286–288.
[40] Vgl. z. B. den von Vogel, Nationen im Gleichschritt, S. 241, angeführten *Progrès de Lyon* und den *Figaro*.
[41] Z. B. *La République Française* vom 14. 7. 1913.

zu erörtern, wie er sich kulturell, d.h. in Festen, Symbolen etc. niedergeschlagen hat. Die große Mehrheit der Mitglieder der ALP dürfte nämlich, und davon wird hier ausgegangen, eine etwas unbestimmte Mixtur nationalistisch-katholischer Überzeugungen vertreten haben, mithin das, was Jacques Prévotat als Nationskonzept der *culture traditionaliste* beschrieben hat[42].

Ein illustratives Beispiel für die nationalistische Festkultur der ALP bieten die Feierlichkeiten zum 700. Jahrestag des Sieges König Philipps II. August von Frankreich über die welfisch-englische Allianz Johann Ohnelands und Ottos IV. in der Schlacht von Bouvines 1214. Obwohl die Schlacht am 27. Juli 1214 stattgefunden hatte, wurde ihre Feier vom katholischen Establishment auf den 14. Juli 1914 vorverlegt, gleichsam als dezidierte Gegenveranstaltung zur Feier des Sturms auf die Bastille, dem „jour anniversaire d'une honteuse insurrection élevée à l'honneur mille fois immérité de „fête nationale" des Français"[43]. Die Durchführung der Feierlichkeiten lag dabei allein in der Hand des Klerus und des von ihm geführten Vereinskatholizismus. In die Kirche von Bouvines zog vor den Bischöfen von Cambrai, Lille, Beauvais und Limoges ein Festzug aus katholischen Turnvereinen, der Abteilung der *Ligue Patriotique des Françaises de Lille*, Schülergruppen und einem Reiter mit der *oriflamme de Saint-Denys* ein. Nach der Messe zog der gleiche Zug, erweitert um Fahnenträger der *maisons ducales et provinciales* des alten Frankreich, auf das Schlachtfeld hinaus, wo Erzbischof Touchet von Orléans eine Rede hielt und auf einem Altar das Schlachtfeld und die Anwesenden segnete[44].

Es ist nun gewiß richtig, daß diese Feier keine Veranstaltung der ALP allein war, sondern vielmehr eine religiöse Zeremonie, durchgeführt von der katholischen Kirche. Gleichwohl zeigt sie sehr deutlich ein katholisches Lager, in dem der Klerus die rituelle Deutungshoheit auch über geschichtliche Prozesse besaß, und das sich durch den kulturformenden Einsatz von Festen und Symbolen, wie der monarchistischen *oriflamme*, in einer Art antirepublikanischen Gegengesellschaft zusammengeschlossen hatte. Die politischen Repräsentanten dieses Lagers waren, mit Ausnahme einiger bretonischer Departements, in der Regel Mitglieder der ALP. In diesem konkreten Fall marschierte im Festzug ja auch die LPDF mit, die, wie wir gesehen haben, ein Teilverband der ALP war. In den Reihen der ALP wurde daher die Nation, oder wie sie selber sagten, die *patrie*, genauso wie bei der klassischen Rechten nicht mit der republikanischen Staatsform identifiziert, sondern mit einer autoritär-katholischen Vorstellung, abgeleitet aus der mittelalterlichen Größe Frankreichs. Die Nation wurde ferner nicht nur durch Exklusion

---

[42] Prévotat, La culture traditionaliste. Für das Nebeneinander von nationalistischen und katholischen Prägungen in der Bretagne bei *blancs* und *bleues* vgl. Lagrée, Les catholiques bretons. Paradigmatisch für diese katholisch-nationalistische Lebenswelt war z.B. die alle drei Jahre vorgenommene Segnung der Fischerboote in Port-en-Bessin (Calvados), organisiert von der *union catholique des marins* unter ihrem Präsidenten, dem örtlichen Aristokraten Comte de Champfeu. Er stellt in einer Rede fest: „La foi catholique est génératrice de l'honneur, du patriotisme et du devouement." In: *La Croix* vom 8.7.1914.

[43] *La Croix* vom 12.7.1914.

[44] Vgl. die ausführliche Berichterstattung von *La Croix* zum 14. und 15.7.1914, die alle anderen Berichte zum Nationalfeiertag deutlich überschattete. Von Obstruktionen des Nationalfeiertages durch die Katholiken berichtet auch Martin, Quatorze Juillet.

nach außen, v.a. gegen Deutschland, sondern auch nach innen, gegen Juden, Freimaurer und Protestanten, definiert, weshalb die Leitartikel der ALP-nahen *Libre Parole* auch eine eindeutige Nähe zum integralen Nationalismus eines Maurras aufwiesen[45]. Selbst wenn also der eine oder andere Vertreter der ALP eher zu deren liberalen Flügel gehörte und sich von derartigen, die Monarchie feiernden Veranstaltungen fernhielt, so war er doch, zumindest von außen betrachtet, Teil dieses Komplexes, oder wie *La Croix* selbst schrieb, Teil des „anderen Frankreichs"[46]. Dies galt um so mehr, als die klerikalen Reden zu einer Veranstaltung wie in Bouvines nur kaum merklich von den Kommentaren der ALP-nahen Presse zum 14. Juli abwichen. Der Grundton war stets antirevolutionär, da die Revolution die organische Einheit Frankreichs aufgelöst und dadurch zu einem Verfall von Ordnung, Disziplin und Opferbereitschaft beigetragen habe[47]. Daher wurde auch die Republik mit keinem Wort erwähnt, sondern betont, daß der 14. Juli allein der „glorification de l'armée française" geweiht sei[48].

Gehörte die Nationskonzeption der ALP, insofern sie sich in Festen als Orten kultureller Kommunikation manifestierte, also in das große Feld des rechten Nationalismus, so läßt sich ähnliches auch für die von ihr verwandten Symbole feststellen. Das Mitführen der *oriflamme* im Festzug von Bouvines war weniger ein Bekenntnis zur Konterrevolution als vielmehr der Ausdruck einer starken konservativistischen Tradition, die in das katholische Lager eingeflossen war, das in seiner Symbolik immer noch dem alten Frankreich, insbesondere dessen militärischen Errungenschaften, verpflichtet blieb. Der Republik im Sinne von individueller Gleichheit und Freiheit stellte das konservativ-katholische Lager die Armee mit ihrer Betonung von Ordnung und Hierarchie als Gegenmodell für die innere Verfaßtheit der Nation gegenüber[49]. Man scheute daher auch nicht davor zurück, republikanische Symbole, die die nationale Größe widerspiegelten, von ihrer republikanischen Aufladung zu lösen und umzudeuten. So sprach zum Beispiel der Bischof Touchet in Bouvines die Hoffnung aus, die Trikolore (!) möge den Wind

---

[45] Dazu gehörten die Artikel des Admirals Bienaimé und von Joseph Denais, die regelmäßig die Thematik von der inneren und äußeren Bedrohung Frankreichs durch Juden, Freimauerer, Protestanten und Deutsche betonten. Z.B. *La Libre Parole* vom 3.2.1914, 20.4.1914, 13.7.1914.

[46] *La Croix* vom 1.7.1914. Dort wird auch betont: „La gloire du roi était la gloire de tous, le salut de la patrie".

[47] Vgl. die Rede von Touchet in *La Croix* vom 14.7.1914, sowie die Artikel von *Le Gaulois* vom 14.7.1914 und *la Libre Parole* vom 15.7.1914. Aufschlußreich für die Breitenwirkung dieser Konzeption ist die Rede des Vizepräsidenten der *jeunesse catholique* der Ardennen am 25.7.1914, kurz vor Kriegsausbruch: Nur die Rückbesinnung auf das katholische Frankreich könne „remettre un peu d'ordre dans ce pays [...] l'ordre moral, l'ordre vrai, l'ordre essentiel, l'ordre chrétien." In: *La Croix* vom 25.7.1914.

[48] *La Croix* vom 14.7.1914. Mit stärker rassistischen Zügen der Artikel des Pariser Nationalisten und ALP-Mitglieds Admiral Bienaimé in *La Libre Parole* vom 13.7.1914.

[49] Ideengeschichtlich, aber auch sozialgeschichtlich hat man daher auch immer wieder vom *complot du sabre et du goupillon* gesprochen. Das Zitat geht zurück auf die Grundthese des Werkes von Joseph Reinach, Histoire de l'affaire Dreyfus, der von einer Allianz der obersten Armeeführung mit der katholischen Kirche gegen die laizistische Republik ausging. Neuerdings wird eher die Gespaltenheit des hohen Offizierskorps in Republikaner und Katholiken betont, vgl. Ingenlath, Mentale Aufrüstung, S.266.

der *oriflamme* von Bouvines aufnehmen und Elsaß-Lothringen befreien[50]. Touchet bekannte sich also zur Trikolore, aber nicht als Symbol der Republik, sondern als Symbol der außenpolitischen Revanche und des Sieges. Diese „Entrepublikanisierung" der nationalen Symbole zum Zwecke eines katholisch-konservativen Nationalismus zeigte sich auch in zahlreichen Berichten über den Komponisten der *Marseillaise*, Rouget de Lisle, der angeblich ein guter Katholik und Nationalist, und keinesfalls ein Revolutionär gewesen sei[51].

Wenn man mit dem heute gebräuchlichen analytischen Begriff des Nationalismus operiert, so muß also auch die ALP als „nationalistisch" bezeichnet werden, wobei sie, wie eine Analyse ihrer Festkultur und Symbolik ergab, dem Nationskonzept der katholischen Rechten verpflichtet war. Weil sie auch nach innen exkludierend argumentierte und außenpolitisch einen offenen Revanchismus vertrat, übertraf ihr integraler Nationalismus den republikanischen in seiner Radikalität. Eine Konsequenz daraus war, daß sie personell und strukturell mit dem Vergesellschaftungsprozeß des Nationalismus, wie er v.a. die Großstädte Frankreichs kennzeichnete, verbunden war. Hierbei ist v.a. an die *Ligue des Patriotes* zu denken, mit der die ALP an den jährlichen Demonstrationszügen der Pariser Nationalisten zur Straßburg-Statue an der *Place de la Concorde* teilnahm[52]. Dem größten Revanchismusprediger, Paul Déroulède, eigentlich ein antiklerikaler und plebiszitärer Republikaner, wurde nach seinem Tod 1914 von der ALP sogar ein Kranz gestiftet, da er, wie man betonte, allein die kämpferisch-nationalistischen Kräfte seit 1870 am Leben gehalten habe[53]. Außer in bezug auf die monarchische Ordnungsvorstellung unterschied sich der Nationalismus der ALP daher kaum von dem der AF und Charles Maurras'.

Vom Gros der *Progressisten* trennte die ALP jedoch einerseits eine offensichtliche Bevorzugung von nationalen Gründungsmythen aus der vorrevolutionären Zeit, sei es nun Tolbiac, Bouvines oder, unter bonapartistischem Einfluß, auch Austerlitz oder Solferino. Das außen- und innenpolitisch emanzipatorische Element der Revolution in der republikanischen Erinnerung – Bastille und Valmy – gehörte nicht dazu. Die ALP kennzeichnete ferner auch ein System der *multiple loyalities*[54], d.h. ihre Vertreter waren auf eine emotional-emphatische Art nationalistisch, stellten aber dennoch nicht die Nation, in ihren Worten die *patrie*, als höchsten Leitwert dar, weil dies der katholischen Lehre widersprochen hätte. Dadurch, daß der eng mit der ALP verbundene Klerus stark ultramontan geprägt war, mußte sie in einer für den Katholizismus typischen Haltung ambivalent in der Frage nach dem höchsten Integrationsideal bleiben. Dies bezeugt das auf jedem ALP-Kongreß zur Schau gestellte Motto *Dieu et Patrie*, das die Entschei-

---

[50] *La Croix* vom 14.7.1914: „Et puisse le drapeau tricolore reprenant le vent qui souleva l'oriflamme à Bouvines, faire reculer l'aigle noire jusqu par delà notre chère Alsace-Lorraine, rendue enfin, suivant ses vœux, à sa mère la France."

[51] *La Croix* am Todestag Roget de Lisles, dem 20.6.1914.

[52] Beispielhaft sind die beiden Bücher Albert de Muns Pour la Patrie (1912) und L'Heure décisive (1913).

[53] Auf dem Kongreß der ALP in Paris am 2.2.1914 auf Antrag von Jacques Piou.

[54] Zu den verschiedenen Loyalitäten innerhalb des Nationalismus vgl. Anderson, Die Erfindung der Nation.

dung zwischen Religion und Nation als höchstem Leitwert für die einzelnen Teilnehmer offen ließ[55]. Republikanischen Nationalisten wie Louis Marin oder Maurice Barrès war diese Nähe zu einem etablierten Glaubenssystem wie der katholischen Kirche verdächtig, sie entsprach nicht ihrer Überzeugung vom Nationalismus als einer jenseits der Weltanschauungen operierenden Kraft[56]. In der doppelten Loyalität gegenüber „Gott und Vaterland" verbarg sich für viele Katholiken gleichzeitig auch *in nuce* ein Konfliktstoff, der das gesamte Lager der *Droite*, von der ALP bis zur AF, während des Krieges und auch danach erschüttern sollte. Wie im Kapitel über die päpstliche Friedensnote ausgeführt wurde, entschieden sich große Teile des konservativ-katholischen Lagers, vor die Entscheidung zwischen Papst und Nation gestellt, für letztere. Sie lösten damit ihr Nationskonzept aus seiner religiösen Verwurzelung, was zu einer politisch-kulturellen Neuorientierung bei großen Teilen des konservativ-katholischen Lagers führte, die im folgenden besprochen werden soll.

Die Genese eines „neuen" Nationalismus während des Ersten Weltkriegs

Die unmittelbaren Kriegsereignisse blieben nicht ohne Wirkung auf die unterschiedlichen Konzeptionen der Nation, die in Frankreich miteinander rivalisierten. Der Kriegsnationalismus als Ausdruck einer inneren, sogenannten heiligen Eintracht, der *Union Sacrée*, reduzierte die vor dem Krieg so virulente politische Aufladung der Nationalismen und fügte die große Mehrheit der Franzosen in eine gemeinsame Abwehrfront gegen die „Barbaren", d. h. die deutschen Gegner[57]. Da die militärische Front auf französischem Gebiet verlief, konnte eine Kriegszieldebatte, wie sie in Deutschland als Ausdruck verschiedener Nationsvorstellungen geführt wurde, keine unmittelbaren politischen Wirkungen entfalten. Der Primat der meisten Franzosen jeglicher politischer Couleur lag auf der Vertreibung der deutschen Besatzer und einem wie auch immer gestalteten siegreichen Ende des Krieges. Das Kriegserlebnis und die Erfahrung der inneren Eintracht im Angesicht nationaler Bedrohung hatten ferner unmittelbare Folgen für die etablierten Nationsvorstellungen der unterschiedlichen Gruppierungen. Es entspannte sich eine durch den Krieg provozierte intellektuelle Auseinandersetzung über die Bedeutung des Krieges für die französische Geschichte und die innere Ordnung der

---

[55] Es sei an dieser Stelle an den Vorfall erinnert, daß Piou zur Eröffnung des ALP-Kongresses 1913 plante, die Marseillaise spielen zu lassen, als Zeichen der nationalen Einigkeit. Es regten sich jedoch innere Widerstände bei den Aristokraten und intransigenten Katholiken und Piou ließ von seinem Ansinnen ab. Die Geschichte ist erzählt bei Ponthière, Les Partis de Droite, S. 40.

[56] Klassisch ist hierfür die Verteidigung der französischen Kirchengebäude durch Barrès nicht wegen ihrer religiösen Bedeutung, sondern wegen ihrer Rolle in der französischen Geschichte und Nationsbildung, veröffentlicht unter dem Titel *La Grande Pitié des Eglises de France*, in: RDDM vom 1.12.1913, 15.12.1913, 1.1.1914, 15.1.1914 und 1.2.1914. Dort bezeichnet er sie als Ausdruck des „genie français", als „chant de notre terre", in: RDDM vom 15.1.1914, S. 30. Für Marin vgl. Lebovics, Le conservatisme en anthropologie, und ders., Louis Marin: The discourse of tradition in French Culture.

[57] Vgl. Jeismann, Das Vaterland der Feinde, S. 345ff., über die von ihm sogenannte Ethnisierung des historisch-politischen Bewußtseins.

Nation. Im Rahmen der *Revue des Deux Mondes* und einigen ähnlich positionierten Zeitschriften kam dabei ein „neues" Nationskonzept zum Durchbruch, das, von zwei führenden Historikern entwickelt, zur weltanschaulichen Grundlage der liberal-konservativen Sammlung werden sollte.

Die beiden treibenden Kräfte der neuen Nationskonzeption waren der liberale Katholik Victor Giraud, ein Religionshistoriker und enger Vertrauter der *progressistischen* Abgeordneten Leroy-Beaulieu und Beauregard, sowie Louis Madelin, ein national-republikanischer Historiker, der später zum Vizepräsident der FR avancieren sollte. Bereits im April 1915 begann Victor Giraud, der politisch gesehen zwischen dem rechten Flügel der *Progressisten* und dem linken der ALP oszillierte, eine Aufsatzreihe mit dem Titel *„Le miracle français"* in der *Revue des Deux Mondes*, die in ihrer konstitutiven Wirkung auf den späteren Nationalismus der liberal-konservativen Sammlung kaum überschätzt werden kann. Die „union sacrée des esprits, des volontés et des cœurs" hatte für Giraud die lange ersehnte Eintracht der verschiedenen französischen Traditionen gebracht, der monarchistischen, der rationalistisch-aufklärerischen und der demokratischen. Auf Grund der „Barbareninvasion" seien sich alle drei ihres gemeinsamen Ursprungs bewußt geworden, nämlich „la France, douce et maternelle patrie, la terre des aieux, le coin du sol sacré où sont ensevelis leurs morts". Wie in einer starken chemischen Reaktion hätte sich eine „soudaine cristallisation de l'âme française" vollzogen und die „fissures" der letzten Jahrzehnte wieder geglättet[58]. Damit waren die innere Eintracht der *Union sacrée* und der damit verbundene Sieg an der Marne zu einem neuen Gründungsmythos der französischen Nation geworden, der denjenigen von 1789 ersetzte.

Die Nationskonzeption von Giraud entsprang also einer Abgrenzung gegen den äußeren Feind, die eine Aussöhnung der unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kräfte innerhalb der Nation bewirkt hatte. Es sei nun dahingestellt, inwieweit Giraud mit seiner zeitgenössischen Analyse recht hatte[59], entscheidend ist allein, daß er mit diesem „Entwurf" der Nation selbst konstruktiv wirkte und aus der als positiv gewerteten Kriegserfahrung ein eigenes Ordnungsmodell der Nation für die Nachkriegszeit aufstellte. Dieses Ordnungsmodell war in großen Teilen antipluralistisch, d.h. es verlangte ein Ende des oft hitzigen Interessensaustauschs der sozialen und kulturellen Gruppen im Land. Nie mehr sollten die *luttes*

---

[58] „Les uns vivaient de préférence dans les souvenirs de l'ancienne France, celle des Croisades, de saint Louis, de Jeanne d'Arc, la fille ainée de l'Eglise [...].Les autres se complaisaient dans la France rationaliste et libre-penseuse, le pays de Voltaire et de Diderot. Les autres enfin tournaient plus habituellement leur pensée vers la France démocratique et égalitaire, la France de la Révolution [...]". Dies und die anderen Zitate aus Victor Giraud, Le Miracle français, in: RDDM vom 15.4.1915, S.876-898; ähnlich auch in seinen biographischen Studien Ernest Psichari, in: RDDM vom 15.6.1917, S.887-894, und Albert de Mun, in: RDDM vom 15.6.1917, S.876-894. Ein weiteres Beispiel ist der ehemalige *progressistische* Deputierte Francis Charmes, der die Thesen Girauds in seiner zweiwöchentlichen *Chronique de la Quinzaine* aufnahm, z.B. in: RDDM vom 15.12.1915, S.957: „L'intérêt s'allie admirablement avec celui de la civilisation et du droit contre le déchaînement de la barbarie."

[59] Man kann den Eindruck bekommen, daß die französischen Forschung wie z.B. die Werke von Jean-Jacques Becker noch bis heute unter dem Einfluß von Giraud steht.

civiles Frankreich zerreißen, sondern alle Entscheidungen sollten allein unter dem Gesichtspunkt des außenpolitischen Machtzuwachses und der nationalen Stärke getroffen werden[60]. Ferner versuchte er, die Nation nicht als ein politisches Konzept, d. h. entweder egalitär oder autoritär, sondern als ethnisches Konzept durchzusetzen: Nur Franzosen, die für Frankreich gekämpft hatten – in Worten oder Taten – sollten fürderhin zur nationalen Gemeinschaft gehören[61].

Diese Vorstellungen Girauds sind eine zum Teil wörtliche Adaption des nationalistischen Diskurses von Barrès aus der Vorkriegszeit, allerdings erweitert um einen „manifesten" Beweis der alle Franzosen verbindenden *âme française*, nämlich die *Union Sacrée*[62]. Eine gewisse Nähe zum Nationalismus Barrès' war bereits bei den *Progressisten* festgestellt worden, jedoch mangelte es diesen an einer konkreten Verkörperung, eines Nachweises dieser bis auf die Urväter zurückgehenden französischen Seele, dem alle Franzosen hätten zustimmen können. Dieser Beweis schien nun durch das Standhalten der französischen Truppen und vor allem durch den Sieg an der Marne erbracht zu sein. Bereits während des Krieges stieß diese Konzeption daher auf ein breites Echo in bürgerlich-nationalen Kreisen. Der Historiker Louis Madelin stellte kurz darauf das „Wunder an der Marne" in eine Reihe französischer „Sternstunden" monarchischer wie republikanischer Prägung: „Tolbiac, Poitiers, Bouvines, Orléans, Denain, Valmy, champs de la Marne, partout le même miracle s'est produit. Mais un miracle qui tous les deux siècles sauve le pays, qu'est-il, sinon la vertu de la race?"[63] Madelin und Giraud haben in ihren Auffassungen also bei der Propagierung eines neuen Nationsverständnisses einen entscheidenden Schritt vollzogen. Indem sie mit Hilfe des Entwurfs einer überpolitischen, überzeitlichen und auf der ethnischen Abstammung basierenden Nation und der ihr innewohnenden Seele – im Sinne von Barrès – die Bindung der Nationalismen an bestimmte historische Epochen und Ordnungsmodelle lösten, sie gewissermaßen enthistorisierten, gelang es ihnen, die „politischen" Nationalis-

---

[60] Dazu diente auch die regelmäßig wiederholte plastische Schilderung der angeblichen deutschen Kriegsverbrechen, z. B. Pierre Nothomb, La Belgique Martyre, in: RDDM vom 1. 1. 1915, S. 118–156, sowie die frühen Forderungen nicht nur nach der Rückkehr Elsaß-Lothringens, sondern auch des Saarlandes und des linken Rheinufers. So z. B. der Vertraute von Louis Marin und François de Wendel, Louis de Launay, Le Problème Franco-Allemand du Fer, in: RDDM vom 15. 7. 1916, S. 325–351. Allgemein über die französischen Kriegsziele, die hier mit der Auffassung der RDDM übereinstimmten, vgl. Soutou, L'or et le sang, S. 171ff.

[61] So auch Louis Madelin über das zu besetzende Rheinland, das „par la race et la langue" seit Chlodwig zu Frankreich gehöre, in Le Rhin français, in: RDDM vom 1. 12. 1918, S. 485–523. Weitere Beispiele über die Selbstabgrenzung gegenüber dem Fremden als Bestandteil des Nationalismus bringt Schor, L'opinion française et les étrangers, S. 75f., 296f. Über die Bedeutung des Ethnischen im modernen Nationalismus, vor allem seit dem Ersten Weltkrieg, vgl. allgemein Smith, National Identity, London 1991.

[62] Giraud berief sich in einem früheren Artikel über Elsaß-Lothringen ausdrücklich auf Barrès als Vordenker eines neuen Frankreich, in: La Question d'Alsace-Lorraine dans le Roman Français contemporain, in: RDDM vom 15. 11. 1914, S. 212–229. Zur Einordnung von Barrès im Nachkriegsnationalismus vgl. Hilaire, 1900–1945, L'ancrage des idéologies, S. 521–529.

[63] Louis Madelin, Une heure solenelle de l'histoire de la France: La victoire de la Marne, in: RDDM vom 15. 5. 1916, S. 241–288, hier S. 288.

men der Vorkriegszeit, den rechten und den linken, synthetisch aufzuheben. Als offensichtlichen Beweis der Richtigkeit ihrer Nationsvorstellung führten sie die erfolgreiche Geschlossenheit der inneren Einheit an, die den Marsch der „Barbaren" auf Paris, anders als 1870, verhindert habe. Der französischen Nation kam in dieser Vorstellung nicht nur der Rang eines höchsten Wertes zu, sondern die Rolle eines apriorischen Wesens[64].

Zusammenfassend kann man also sagen, daß sich im Umfeld der wichtigsten konservativ-nationalen Zeitschrift, der RDDM, eine an die Tradition Barrès' anknüpfende Nationskonzeption herauskristallisiert hat[65]. Ihre ideengeschichtlichen Schöpfer gehörten in den Kreis jener *Progressisten* und liberalen Katholiken, die später die liberal-konservative Sammlung mittragen sollten. Das entworfene Konzept vertrat einen „neuen" Nationalismus, der überpolitisch, antipluralistisch und ethnisch definiert war. Er kann als ein integraler Nationalismus[66] bezeichnet werden, da er den Kampf für die weltgeschichtliche Mission der französischen Nation zur einzigen und absoluten Handlungsmaxime erhob. In der Theorie konnte dies soweit gehen, daß Giraud in der *Academie Française* 1916 sogar die Kongruenz der republikanischen und der katholischen Geschichtsauffassung formulierte: die *Déclaration des droits de l'homme* von 1789, ein Kernstück des republikanischen Nationalismus, sei nichts anderes als ein Ausdruck der von Gott gewollten *rôle libératrice* Frankreichs in der Weltgeschichte, also der *Res gesta Dei per Francos*, die ihrerseits zum Kernbestand der katholischen Weltdeutung gehörte[67].

Wie für jeden Nationalismus, so war auch für diesen die Abgrenzung gegen Fremd- und Feindbilder entscheidend. Es ist klar, daß während des Kriegsgeschehens der deutsche „Barbar" das wichtigste Element im Prozeß der Selbstdefinition war, da er als das unmittelbar präsente Böse eine Wiederentdeckung der ethnischen Komponente im französischen Nationalismus ermöglichte. So sehr die ethnische Herkunft identitätssiftend wirkte, so wenig war damit jedoch eine völkische Rassenideologie verbunden, wie sie in den nationalkonservativen Kreisen

---

[64] Dies würdigten auch die Frau von Maurice Barrès und die Schwester von Paul Déroulède, die beide Madelin als den Fortsetzer der Ideen ihres Mannes bzw. Bruders bezeichneten. Brief von Mme. Barrès an Madelin vom 12.5.1924, in: AN 355, AP 1, und von Mlle. Déroulède an Madelin vom 21.1.1925, in: AN 355, AP 2.

[65] Ein weiteres Beispiel für diesen „neuen" Nationalismus sind die Artikel von Hanotaux, l'Ere nouvelle, in: RDDM vom 15.6. und 1.11.1916. Sie durchbrachen das Stillschweigen zur Kriegszieldebatte und forderten eine Auflösung des Deutschen Reiches, eine Vergrößerung des belgischen und französischen Staatsgebietes sowie die Abtrennung des Rheinlands und Hannovers von Preußen. Hanotaux wurde von Zeitungen wie dem *Figaro* und dem *Eclair* sowie dem späteren FR-Mitglied Engerand unterstützt, vgl. Eintrag vom 1.12.1916, Hanotaux, Carnets, S.210.

[66] Der integrale Nationalismus der ERD unterschied sich von dem der AF vor allem durch die Zurückweisung jeglicher Restaurationspläne. Am besten verkörperte diese Position Barrès, der am 31.12.1920 an Maurras schreibt: „L'AF a pris dans la pensée francaise une influence générale. Vous êtes un patriarche", gleichzeitig aber nur ein Jahr später am 19.12.1921 darauf hinweist: „Je continue à ne pas croire à une restauration". Beide Schreiben in: Barrès/Maurras, La République ou le Roi, S.585 und 591.

[67] Victor Giraud, La Civilisation française, Rede für den *Prix d'Eloquence* 1916, in: RDDM vom 15.12.1916, S.849-877. Für die Bedeutung der Res gesta Dei per Francos vgl. Rémond, La fille aînée de l'Eglise.

Deutschlands zur gleichen Zeit verbreitet war. Entscheidend war, die französische Sache vorbehaltlos zu unterstützen, unabhängig von den sonstigen politischen Ordnungsvorstellungen oder der religiösen Herkunft. So inklusiv dieser neue Nationalismus also gegenüber den weltanschaulich-kulturell geschiedenen Vorkriegsnationalismen war, so exklusiv verhielt er sich freilich gegen den außenpolitischen Gegner und, ab 1917, auch gegen den innenpolitischen, der die Nation nicht als höchsten Leitwert anerkannte. Mit dem Austritt der Sozialisten aus der *Union Sacrée* und den vermeintlich pazifistischen Aktionen der Politiker Caillaux und Malvy entwickelte sich eine nationalistische Hetzkampagne in allen bürgerlich-nationalen Kreisen, die in ihrer verbalen Radikalität im Grunde nur mit jener der Dreyfus-Agitation verglichen werden kann[68]. Während es damals aber allein die extreme Rechte war, so stimmten nun auch gemäßigt republikanische Blätter in die Hetze gegen die *traîtres* Malvy, Caillaux und die französischen „Bolschewisten" ein. Nur wer den „Siegfrieden" unterstütze, sei ein echter Franzose, während die Pazifisten und Sozialisten die französische Sache verraten würden[69]. Der „neue" Nationalismus grenzte sich also nicht nur gegen den äußeren Feind ab, sondern offenbarte sich im Inneren als antisozialistisch und antipazifistisch. Exklusion und Inklusion scheinen sich dabei gegenseitig bedingt zu haben, denn je größer die Kraftanstrengung zur Einbindung linker und rechter Nationalisten in das Nationskonzept war, desto heftiger war der Ausschluß anderer, der Sozialisten und Pazifisten, aus diesem Konzept. Das Resultat war ein bisweilen fanatischer Antikommunismus und Antigermanismus, der eine erhebliche innen- und außenpolitische Bedeutung im politischen Handeln der liberal-konservativen Sammlung in den 1920er Jahren spielen sollte.

Man kann sich nun die berechtigte Frage stellen, welche Wirkung die Artikel von Giraud und Madelin hatten und wie deren neuer Nationalismus aufgenommen wurde. Als Aufsätze in der *Revue des Deux Mondes* erreichten sie zwar ein großes bildungsbürgerliches Publikum in Paris und in der Provinz, aber gelang es ihnen wirklich, die politisch aufgeladenen Vorkriegsnationalismen aufzulösen? Obwohl diese Frage grundsätzlich schwierig zu beantworten ist, mag doch die Erörterung eines speziellen Falles ein Indiz für die schnelle Verbreitung des Konzeptes erbringen. Die *Libre Parole*, das wichtigste Presseorgan der ALP und ein vehementer Gegner der Feier des Sturms auf die Bastille am 14. Juli vor dem

---

[68] Weber, Action Française, S. 120–129, hat darauf hingewiesen, daß die Kampagne Daudets gegen Caillaux und die Bücher von Jacques Bainville erheblichen Einfluß auf die gesamte bürgerlich-nationale Presse hatten und keineswegs nur auf die monarchistischen Zirkel beschränkt blieben.

[69] So z. B. Charles Benoist, Chronique de la Quinzaine, in: RDDM vom 1. 10. 1917, S. 714, gegen „la trahison et les compromissions louches"; ders. in Chronique de la Quinzaine, in: RDDM vom 15. 4. 1918 („jusqu'au bout plus que jamais, victoire par l'épée"). Die Hetze gegen Malvy und Caillaux war keinesfalls nur eine Angelegenheit der extremen Rechten, sondern aller Kriegsnationalisten bis zu Clemenceau und Abel Ferry. Vgl. z. B. *La République Française* vom 21. 9. 1917. Selbst ein vor dem Krieg gemäßigter Katholik wie Isaac, der Deutschland noch zu den vier großen Kulturnationen zählte und bei Kriegsbeginn das Schicksal seiner deutschen Gouvernante bedauerte, sprach im Verlauf des Krieges nur noch von den barbarischen „*boches*", vgl. Eintrag vom 16. 8. 1914, Carnets, S. 231, und vom 30. 4. 1918, Carnets, S. 309.

Krieg, bietet hierfür ein anschauliches Beispiel. Dort erklärte man sich im Juli 1918 zum ersten Mal öffentlich bereit, an der Feier des 14. Juli 1918 teilzunehmen und argumentierte dabei mit eben jener Vorstellung, die von Giraud und Madelin geprägt worden war: der Sturm auf die Bastille sei Ausdruck einer von der *civilisation catholique* seit Jahrhunderten vertretenen Freiheitsidee gewesen, der „cause sainte de la liberté des peuples", die die historische Mission Frankreichs darstelle. Daher sei diese Freiheitsidee auch dem revolutionären Umsturz zu Grunde gelegen. Man konzedierte ferner, daß das *Ancien Régime* wie auch die Revolutionsregierungen einen despotischen Charakter hatten und daß deshalb die republikanischen Verteidiger von Mainz 1793 und die konterrevolutionären Aufständischen in der Vendée vom gleichen (!) Freiheitsglauben beseelt gewesen seien[70]. Die *Libre Parole* hatte damit die überpolitische, an die „ewige" französische Mission gebundene Konzeption der Nation übernommen und sich Giraud und Madelin angeschlossen[71]. Sie knüpfte dabei an die gemeinsamen Feierlichkeiten zum Wunder an der Marne als militärischer Bestätigung der *Union Sacrée* an, das, wie im Kapitel II gezeigt wurde, zu einem gemeinsamen Erinnerungsort von Katholiken und Republikanern geworden war.

Dieser bedeutende Umschwung in der konservativ-katholischen Nationskonzeption konnte natürlich nicht ohne Wirkung auf die Nachkriegszeit bleiben. Zunächst gilt es ja zu berücksichtigen, daß die besprochenen ideengeschichtlichen Veränderungen noch während des Krieges stattgefunden haben, d. h. unter der Bedingung der Ungewissheit des Kriegsausgangs. Mit dem militärischen Sieg 1918 erfuhr die neue Nationskonzeption jedoch ihre endgültige Bestätigung. René Doumic, der als Herausgeber der *Revue des Deux Mondes* den Progressisten sehr nahestand, veröffentlichte am 1. Dezember 1918 einen Artikel, in dem er den Ersten Weltkrieg als Zielpunkt der französischen Geschichte, als „accomplissement de la mission providentielle de la France" bezeichnete, weil er die *deux France* im Zeichen des Kampfes für die Freiheit der europäischen Völker endlich versöhnt habe. Im Krieg habe sich die „loi permanente de son (i. e. Frankreichs) histoire" gezeigt, die in den Worten eines Republikaners die freiheitlich-emanzipatorische Mission, in den Worten eines Katholiken die *Res gesta Dei per Francos* sei[72]. Doumic erweiterte damit die Nationskonzeption Girauds und Madelins: Der Erste Weltkrieg war nicht nur manifester Beweis der ewigen französischen Seele, sondern war zum Telos der französischen Nationalgeschichte geworden, in dem sich innere Aussöhnung und äußerer Triumph gleichermaßen und sich gegenseitig bedingend manifestierten.

Diese Kernvorstellung von der versöhnenden, ja gewissermaßen heilenden Funktion des Ersten Weltkriegs, durch den die französische Nationalgeschichte

---

[70] Die beiden relevanten Artikel im *Billet du Matin* der *Libre Parole* vom 13. und 15. 7. 1918. Selbst *La Croix*, obwohl sie nicht von ihrem integralistischen Standpunkt *catholiques d'abord* abwich, begrüßte den 14. Juli 1918, da an ihm die ersten 100 *pupilles de la nation* als Zeichen der nationalen Solidarität am Trocadéro empfangen wurden: *La Croix* vom 16. 7. 1918.

[71] Dies korrespondiert mit der im Kapitel II.5. geschilderten Annahme der parlamentarischen Republik bei der *Libre Parole*.

[72] René Doumic, La Victoire, in: RDDM vom 1. 12. 1918, S. 481–484.

gehen mußte, sollte sich als konstitutiv für die Konzeption der Nation innerhalb der liberal-konservativen Sammlung erweisen. Sie konnte sich an dieser Konzeption auf Grund des inklusiven Charakters gegenüber allen „Patrioten" herauskristallisieren, da die Dichotomie der politischen Vorkriegsnationalismen in einem neuen, integralen Nationalismus aufgehoben worden war. Damit konnten sich „nationalistische Republikaner" und „nationalistische Katholiken" als „republikanische bzw. katholische Nationalisten" verbinden. Obzwar die Vorstellung von der versöhnenden Wirkung des Ersten Weltkriegs auf die *deux France* nach Kriegsende sicherlich kein Privileg der liberal-konservativen Sammlung gewesen war, sondern einem allgemeinen Gefühl der ersten Nachkriegsjahre entsprach[73], mußte doch gerade ihr an einer Fortführung dieses Kriegsnationalismus gelegen sein. Nur er versprach, die weltanschaulichen Gräben der Vorkriegszeit dauerhaft zu überbrücken und den schismatischen Charakter der Revolutionszäsur von 1789 wieder aufzuheben. Darin lag nun auch das Spezifische des neuen integralen Nationalismus der liberal-konservativen Sammlung, durch das man sich von den immer noch politisch geprägten Nationalismen der extremen Rechten um Charles Maurras und der gemäßigten Linken um Poincaré unterschied. Die höchste Loyalität war allein der Nation geschuldet, eine gleichwertige Loyalität, wie z.B. die der Katholiken gegenüber der Religion oder der Republikaner gegenüber der republikanischen Idee konnte nicht existieren[74]. Das Überleben und die Stärke der Nation waren *nicht* an eine herkömmliche politische Kultur und Staatsform gebunden, wie bei Poincaré an die republikanische oder bei Maurras an eine autoritär-monarchistische, sondern an die innere Eintracht, d.h. an die ideologisierte Fortsetzung der *Union Sacrée*. Aus diesem Grund äußerte sich dieser Kriegsnationalismus in der politischen Praxis dezidiert antipluralistisch, überpolitisch und ethnisch.

Der „neue" Nationalismus der liberal-konservativen Sammlung

Wie verbreitete sich nun der neue Nationalismus in den Reihen der ERD und welche Rolle spielte er? Obwohl die ERD und selbst die FR später kein eigenes Traktat zu diesem Problem verfaßt haben, stand die Idee des neuen Nationalismus mitsamt seiner teleologischen Komponente und seines Inklusiv-Exklusiv-Mechanismus von Anfang an Pate bei ihren programmatischen Konzeptionen. So schrieb der Pastor Soulier, ein Vizepräsident der FR, 1924 über den *Bloc national*: „Puis-

---

[73] Auch Clemenceau, in seiner berühmten Straßburg-Rede, Poincaré oder Millerand, die alle nicht in das Umfeld von ERD oder FR gehörten, teilten diese Auffassung. Bezeichnend auch die Notiz von Baudrillart, daß 1920 am 14.7. der *archiprêtre* zum Präfektenempfang ging und der *curé* auf dem Piano die *Marseillaise* spielte: „quel scandal jadis!" Eintrag vom 15.7.1920, in: Baudrillart, Carnets, S.524.

[74] Dies kritisierten z.B. die Logen und Freimaurer an der ERD/FR: Man habe zugelassen, „bouleverser tout le symbolisme républicain de nos fêtes officielles. Le prestige du 14 juillet s'abolit de plus en plus, parce que l'idéalisme de la démocratie victorieuse de la monarchie n'est plus entretenu dans le culte populaire [...] Les ministres de la République n'ont pas hésité à franchir le seuil des cathédrales pour aller s'associer avec les répresentants de l'Eglise et avec les Jésuites", so Marcel Huart auf dem Kongreß des *Grand Orient* in Paris 1922. Sein Bericht ist überliefert in: AN, F/7 12949.

que le Bloc est national, il ne renie rien de l'histoire de la France, de la tradition française [...] Et je sais bien qu'ici sont aux aguets tous les embusqués de la polémique [...] en poussant le cri du scalpe: la voilà bien établie, avouée, la réaction"[75]. Integraler Nationalismus hieß, unabhängig von den politischen Ordnungsmodellen der Rechten und der Linken eine universalistische Sendung Frankreichs zu postulieren, die sich zu allen Zeiten gezeigt habe. In diesem „patriotisme vibrant et exclusif" zeige sich, daß Frankreich nicht nur ein Verbund französischer Bürger, sondern ein weltgeschichtlich berechtigtes, moralisches Sein darstelle[76]. Der spätere Vorsitzende der FR Louis Marin hat sein Eintreten in die Politik sogar ausschließlich damit begründet: „Travailler réellement pour la France, c'est-à-dire pour cette espèce d'identité supérieure, bien au-dessus du corps électoral."[77] Um die Bedeutung des neuen Nationalismus für die liberal-konservative Sammlung aber in seiner ganzen Tragweite zu erfassen, muß man sich ihm auf verschiedene Arten annähern. Dies soll zunächst über die politischen Akteure (I), sodann über die politische Programmatik (II) und schließlich auch über Rituale und Symbole (III) geschehen.

(I) Bei einer Betrachtung der wichtigsten Akteure der ERD ist als erstes festzustellen, daß zwei Protagonisten des *parti nationaliste* der Vorkriegszeit, Maurice Barrès und Marcel Habert, eine zentrale Rolle in ihr übernommen haben. In allen schwierigen Entscheidungen und Krisensituationen der parlamentarischen Fraktion waren es diese beiden, die den Zusammenhalt gewährleisten konnten[78]. Mit Barrès war dabei gleichzeitig der Vordenker des neuen Nationalismus in die ERD eingetreten, der vor dem Weltkrieg als Paria der Republik in einer Fraktion der *Indépendants* am rechten Rand gesessen hatte. Die politische Eingliederung der beiden Nationalisten verdeutlichte das ideologische Gewicht, das der neue Nationalismus in der ERD besitzen sollte und damit auch die Nähe zu nationalistischen Organisationen wie der *Ligue des Patriotes*[79]. In ihnen konnten *Progressisten* und Katholiken Integrationsfiguren sehen, bzw. Vertreter des eigentlichen „Nationalismus", wie es Victor Giraud formulierte, der damit das Verdikt der RDDM gegenüber dem *parti nationaliste* von 1900 aufhob[80]. Auch die katholischen Abge-

---

[75] Edouard Soulier, Le Bloc National Républicain, S. 31.

[76] Ibidem, S. 23. Louis Marin sprach regelmäßig von der „place nécessaire de la France à la tête des Nations", so z. B. in seinem Wahlaufruf 1928 in Nancy.

[77] So in den von seiner Frau veröffentlichten Erinnerungen Mme. Louis Marin, Louis Marin, S. 159.

[78] Nicht umsonst hatte man Habert als den *père du Bloc National* bezeichnet. Ebenfalls vorgesehen für eine Kandidatur auf der ERD-Liste in Savoyen war der nationalistisch-katholische Schriftsteller Henry Bordeaux, der sich durch den Kriegsausgang an die Republik *ralliiert* hatte. Vgl. Bordeaux, Histoire d'une vie, Band 9, S. 5ff.

[79] An der Spitze der *Ligue des Patriotes* befanden sich mit Barrès, Habert, de Castelnau und Ferry fast ausschließlich ERD-Mitglieder. Zum geistesgeschichtlichen Hintergrund dieser Mitglieder vgl. Milza, Les cultures politiques du nationalisme français. Nach dem Tode von Barrès und dem Aufruf de Castelnaus 1925 („exécution intégrale du Traité de Versailles, rayonnement économique et moral de la France, organisation de défense contre le complot permanent pour bolchéviser la France") als neuem Chef traten der LDP über 35 000 neue Mitglieder bei, vgl. Bonafoux-Verax, Fédération, S. 263.

[80] Victor Giraud sah in Barrès die Verkörperung des „nationaliste, c'est d'abord essentiellement un homme qui rapporte tout à la France, et qui juge de tout, même de la vérité abstraite et métaphysique, en fonction de l'intérêt français", in: Esquisses contemporaines: Maurice Barrès II, in: RDDM vom 15. 1. 1922, S. 315–348, hier S. 325.

ordneten aus Elsaß-Lothringen können als personifizierte Verkörperungen des neuen Nationalismus betrachtet werden, da sie die Erfüllung der Revanche und die Eingliederung der Katholiken in die Republik symbolisierten. Ein letztes Markenzeichen der ERD war schließlich eine bedeutende Präsenz von Offizieren, darunter die Generäle de Castelnau und de Maud'huy. Hatten vor dem Krieg alle republikanischen Fraktionen, auch die *Progressisten*, großen Wert auf eine Trennung des politisch-zivilen und des militärischen Bereichs gelegt, so galten nun die hohen Militärs in der Reihen der ERD als Ausdruck der Hochschätzung der siegreichen Armee[81]. Soulier bezeichnete daher auch 1924 den „attachement à l'armée" als eines der Grundprinzipien seines nationalen Denkens[82].

Eine personale Betrachtung der ERD nach den Wahlen 1919 ergibt also, daß gerade die Verkörperungen des Kriegsnationalismus – Propagandisten, Offiziere und Elsaß-Lothringer – wichtige Elemente in ihrer Reihen waren. Gabriel Hanotaux, der ehemalige Weggefährte Mélines und liberale Katholik, sah in dieser Zusammensetzung sogar den Beweis, daß „les élections se sont faites dans l'esprit de la bataille de la Marne: La France unie face à l'ennemi"[83]. Allein auf Grund der personalen Zusammensetzung war die ERD als liberal-konservative Sammlung also mehr als ein Zusammengehen von liberalen Republikanern und konservativen Katholiken. Sie war vielmehr eine Allianz von „neuen" Nationalisten, die der Krieg hervorgebracht hatte und die nun bereit waren, ihre unterschiedliche weltanschauliche Prägung hintanzustellen. Dies vermerkte auch Paul Reynaud in seiner retrospektiven Betrachtung der Kammer von 1919, als er nicht den Fraktionssprecher der ERD, François Arago, oder die Minister Isaac und Dior, sondern Barrès, de Castelnau und den späteren Parteivorsitzenden Louis Marin, einen *„patriote têtu"*, als repräsentativ für die Gruppe beschrieb[84]. Wenn wir die ERD dennoch weiterhin als liberal-konservative Sammlung bezeichnen, so deshalb, weil dies ihren eigentümlichen Charakter als Amalgam zweier Traditionen verdeutlicht. Während Louis Marin zum Beispiel eine liberal-republikanische Tradition einbrachte, verkörperte der General de Castelnau, dessen Bruder vor dem Krieg ALP-Vorsitzender im Aveyron gewesen war, eine konservativ-katholische[85]. Der „neue" Nationalismus war zu Beginn der 1920er Jahre lediglich die synthetische Kraft, die beide zusammenführte und damit ihre Herkunft aus den *deux France* aufhob. In den militärischen Siegern des nationalen Katholizismus wie Foch, de

---

[81] Der Sozialist Paul-Boncour bezeichnete General de Castelnau als „catholique fervent et conservateur [...] qui avait été une des caractéristiques de la nouvelle majorité." In: Paul-Boncour, Entre Deux Guerres, S. 36. Dort auch über den „Patrioten" de Maud'huy, der in seinem Büro Bilder von Jeanne d'Arc und Robespierre aufgehängt hatte. Allgemein war die Zahl der Generale im Parlament jedoch rückläufig, ihre Vertreter saßen nur bei der ERD, vgl. Le Béguec, Amiraux et généraux au parlement.

[82] Soulier, Le Bloc National Républicain, S. 23.

[83] Gabriel Hanotaux, Après les élections, in: RDDM vom 1.1.1920, S. 78–109, S. 84.

[84] Paul Reynaud, Mémoires, Venu de ma montagne, S. 139. Ähnlich urteilte selbst Léon Blum, der de Castelnau als den einzigen wahren Repräsentanten der ERD und des *Bloc National* bezeichnete, zitiert bei Bonafoux-Verax, Fédération, S. 102.

[85] Über den General de Castelnau als Symbolfigur innerhalb der ERD für den nationalen Katholizismus vgl. Victor Giraud, Nos Grands Chefs – Le Général de Castelnau II, in: RDDM vom 15.8.1921, S. 790–819.

Castelnau oder Pétain zeigte sich, in den Worten Girauds, daher auch *„la troisième France"*, d.h. ein die *deux France* synthetisch verbindendes „drittes" Frankreich. Es verwundert daher kaum, daß der ERD-Minister Lucien Dior aus diesem Grund auch lieber Marschall Foch statt Alexandre Millerand als Präsidenten der Republik gesehen hätte[86].

Die Dominanz dieser den „neuen" Nationalismus repräsentierenden Persönlichkeiten in der ERD erklärt sich jedoch nicht nur aus der Tatsache, daß sie *politisch* den neuen Nationalismus verkörperten. In enger Verbindung mit ihnen vollzog sich vielmehr die Herausbildung eines sozialen Geflechts nationalistischer Interessengruppen, das diese nationalistischen Positionen förderte und forderte, wie besonders im Falle des Lothringers Louis Marin deutlich wird. Gerade bei ihm ist die Verformung vom liberal-republikanischen Nationalismus der Vorkriegszeit zum „neuen" Nationalismus besonders deutlich nachvollziehbar. Marin hatte im Herbst 1919 als einziges Mitglied (!) der ERD-Fraktion den Versailler Vertrag als zu schwach abgelehnt und sogar eine Protestkampagne initiiert[87]. Obwohl er durch seine dissidente Haltung bei der Abstimmung bei seinen Fraktionskollegen in Ungnade gefallen war[88], unterschied er sich lediglich in seinem Handeln, kaum aber in seiner Auffassung von den übrigen ERD-Mitgliedern wie Charles Benoist oder Louis Dubois, die ebenfalls mit Kritik am Vertragswerk nicht sparten[89]. Wie nun ein Dossier im Nachlaß von Louis Marin beweist, erhielt dieser bei seiner ablehnenden Haltung zum Frieden von Versailles, die für einige Unruhe im Land sorgte, Unterstützung von einem ganzen Netzwerk von bisher in der Forschung fast unbekannten nationalistischen Organisationen, die alle in regem Kontakt zu ihm und zu anderen Nationalisten standen. Es handelte sich hierbei vor allem um die *Fédération des Ligues Nationales pour la Défense des Droits et Intérêts de la France*, zu der unter anderem die *Ligue Panceltique*, das *Comité International des Ligues Antigermaniques*, die *Ligue Militaire*, die *Ligue Maritime* und die *Ligue Coloniale* gehörten[90]. Dieses militaristisch-nationalistische Milieu, das nach eige-

---

[86] So formulierte er es in einem Gespräch mit Baudrillart, Eintrag vom 24.1.1920, Baudrillart, Carnets, S.381. Eine weitere Idealfigur des Nationalismus der liberal-konservativen Sammlung wurde ab 1925 der Marschal Lyautey, der vom Linkskartell in Marokko abgesetzt wurde und als Verkörperung des nationalistisch-kolonialistischen Frankreichs galt, vgl. Gammal, Lyautey et les droites.

[87] Dokumente dazu in: AN 317, AP 251. Die über 5-stündige Rede Marins wurde auch vom *Comité Dupleix* 1919 veröffentlicht, dessen Kampagne mit der Plakatierung seines Artikel „Une catastrophe" für so großen Wirbel sorgte, daß der Historiker Lavisse an den Universitäten die Plakate zerreißen ließ. Vgl. *La Liberté* vom 6.6.1919.

[88] Zur Kritik der konservativen Tagespresse an Marin vgl. *La Victoire* vom 24.9.1919, *Le Figaro* vom 24.9.1919 und *Le Gaulois* vom 24.9.1919. Marin sollte eigentlich Finanzsprecher der ERD werden, wurde aber von Adrien Dariac geschlagen. Vgl. die undatierte Notiz vom November 1919 in: AN 317, AP 223.

[89] Benoist wollte Frankreich in den Grenzen von 1792/1814 (JO, Débats, Chambre, 27.8.1919, S.4042–4044) sehen und der ALP-Abgeordnete de Gailhard-Bancel einen katholischen Südblock gegen das protestantische Preußen (JO, Débats, Chambre, 28.8.1919, S.4048–4051).

[90] Erhalten sind die Briefe des Generalsekretärs dieser Ligenallianz, Simon du Mesnil-Thoret, an Louis Marin vom 20.5., 27.9., 28.9. und 1.10.1919 in: AN 317, AP 98. Marin selbst war Mitglied im *Comité de Patronage* der *Ligue Antiallemand*, vgl. Brief der Ligue

nen Angaben immerhin über 200000 Anhänger seit dem Krieg verfügte, unterstützte nicht nur Marin in seiner Ablehnung des Versailler Vertrags, sondern forderte auch die Zerschlagung des Deutschen Reiches, die Entmilitarisierung Preußens, die dauerhafte Besetzung des linken Rheinufers sowie überhaupt einen Kampf gegen den *Wilsonisme* in Europa.

Die Verbindung Marins zu diesen Kreisen macht deutlich, daß der integrale Nationalismus nicht nur eine Überzeugungssache, sondern auch ein probates Mittel war, organisierte Strukturen des Vorkriegsnationalismus, die den Krieg überdauert hatten, an sich zu binden. Bei dieser Allianz nationalistischer Ligen handelte es sich um typische Honoratiorenbünde, die zwar kein Gewaltpotential aufwiesen, jedoch im Dunstkreis der *Action Française* entstanden waren[91]. Weil mit Barrès und Marin aber zwei ausgewiesene Vertreter des Nationalismus die ERD bzw. die URD dominierten, konnte sie diese Ligen aus dem konterrevolutionären Lager lösen und damit Teile des nationalistischen Milieus der AF abwerben. Insbesondere die Exklusion von Pazifisten und Sozialisten aus dem Nationskonzept sowie eine unerbittliche Haltung gegenüber Deutschland befriedigten die antigermanistischen und antisozialistischen Grundstimmungen dieser Ligen. Das bedeutete zwar nicht, daß jeder ERD/URD-Abgeordnete Beziehungen zu derartigen Verbänden unterhielt, um deren potentielle Wählerschaft für sich zu gewinnen; daß gerade die Führungsfiguren der Fraktion und später der Partei dies taten, zeigt aber die ideologische Nähe von liberal-konservativer Sammlung und nationalistischem Vereinsmilieu.

(II) Wenn man sich nun der nationalistischen Programmatik der ERD zuwendet, so überrascht es kaum, daß sie sich vornehmlich in außenpolitischen Forderungen niederschlug. Der Außenpolitik kam ohne Zweifel der Primat vor der Innenpolitik zu[92]. Der Kriegsnationalismus wurde kontinuierlich fortgeführt, d.h. Maßstab außenpolitischer Programmatik war nicht das rational kalkulierte Interesse Frankreichs, d.h. die Staatsräson, sondern eine „Krieg-in-den-Köpfen"-Mentalität, die die militärischen Auseinandersetzungen mit politischen und ökonomischen Mitteln fortsetzen wollte[93]. Die Leitvorstellungen der ERD und der *Ligue*

---

an ihn vom 16.2.1916, in: AN 317, AP 190. Der ERD-Abgeordnete Brindeau war Präsident der *Ligue Maritime*.

[91] Einige wenige Hinweise darauf bei Weber, Action Française, S. 124f.

[92] Alle innenpolitischen Anstrengungen sollten dem „redressement national" dienen, „qui donnera à la France l'ère de grandeur et de rayonnement qu'elle mérite"; so Louis Marin 1928 in seinem Wahlaufruf, erhalten in: AN 317, AP 222. Das außenpolitische Programm der FR begann mit folgendem Satz: „La FR a toujours mis la politique extérieure au premier rang de ses préoccupations." Ähnlich schätzte auch die Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 4.11.1921 in einer sehr lesenswerten Darstellung die ERD als „Schutztruppe Clemenceaus" und als „lose Arbeitsgemeinschaft von 183 Köpfen, verbunden durch den Willen die Versailler Erfolge mit allen Mitteln zu sichern", ein.

[93] Zu dieser Mentalität in Deutschland vgl. Gerd Krumeich, Einleitung: Die Präsenz des Krieges im Frieden. Die Einschätzung von Jean-Jacques Becker, Die Präsenz des Krieges in den 1920er Jahren, daß sich in Frankreich die Kriegserinnerung um „Blut und Tränen" zentrierte und zunehmend pazifistisch wurde, mag auf große Teile der Linken zutreffen, nicht jedoch auf die gemäßigte Rechte in Politik und Presse. Symptomatisch für die ERD/FR sind Formulierungen wie: „La traité de Versailles nous a obligé à renoncer à toute indemnité et même tout remboursement de nos frais [...] La France n'a

des Patriotes waren in dieser Hinsicht deckungsgleich, wobei beide unter erheblichem Eindruck der *Histoire des Deux Peuples* von Jacques Bainville gestanden haben, der die deutsch-französische Erbfeindschaft als Grundaxiom der europäischen Geschichte definierte[94]. Als eine der ersten Forderungen der ERD findet man daher die nach der Zerschlagung des Deutschen Reiches, wobei die französische Hegemonie durch Wiederherstellung des deutschen Partikularismus geschützt werden sollte, so wie es schon 1648 geschehen war. Bezeichnenderweise war es erneut Maurice Barrès, der die Abtrennung des Rheinlandes und die Konstituierung eines Rheinbundstaates vorschlug, welcher dann die Unabhängigkeit weiterer Kleinstaaten folgen sollte[95]. Die These von der französischen Sendung aufnehmend, betonte er, daß eine französische Vormundschaft über ein unabhängiges Rheinland „la vieille voi française" von Karl dem Großen über Ludwig XIV. bis Napoléon gewesen sei. Dieser Vorschlag entsprach nicht nur den nationalistischen Konzeptionen von Barrès, sondern wurde innerhalb der ganzen ERD unterstützt, da sich ihm sowohl der *Bulletin* der ALP wie auch der der FR 1920 anschlossen und damit demonstrierten, wie wenig ihre politischen Vertreter den Versailler Vertrag aus Überzeugung mitgetragen hatten[96]. Das Friedenssystem von 1919 war für die ERD, die mit 183 Abgeordneten immerhin fast ein Drittel der Kammer stellte, ein Kompromißversuch, für den das *pacta sunt servanda* nur so lange gelten sollte, wie Deutschland den Reparationsforderungen ohne Zögern nachkam. Zu Grunde lag ihnen allen aber eine Vorstellung, die der Freund und spätere Biograph von Marin, Louis Dumont-Wilden, bereits 1916 auf den Punkt gebracht hatte: „L'Europe [...] peut et doit redevenir [...] une Europe française, parce que la culture française, avec son humanisme généreux et son universalisme traditionnelle, est la seule qui [...] puisse se superposer, sans les détruire, aux

---

malheureusement pas obtenue la garantie contre le retour d'une agression que dans une faible mésure." Cahiers du Bloc National vom Februar 1924. Marin formulierte: „Il faut éviter toujours de laisser détruire peu à peu les traités qui sont moralement la base du statut territorial de l'Europe et de la paix du monde", JO, Débats, Chambre, 27.2.1930, S.1317. Auch der Stahlindustrielle de Wendel hatte bereits im April 1919 die Erklärungen Erzbergers zur Suspension der deutschen Kohlelieferungen heftig kritisiert: „Sommes-nous vainqueurs? Si [...] on permet aux Allemands de prendre cette attitude avec nous actuellement, nous les verrons plus tard suspendre à chaque difficulté l'expédition des 8 à 10 mois de tonnes de coke." Brief an Marin vom 25.4.1919, in: AN 190, AQ 29.

[94] Bei der *Ligue des Patriotes* wurde am 27.5.1920 als 1. Artikel des Programms festgelegt: „La défense de notre idéal national et l'expansion de l'influence française". Das Werk von Bainville war 1915 erschienen und mehrfach aufgelegt worden. Die Bedeutung des Werkes auf die gesamte politische Mitte und Rechte betont Barral, La patrie, S.119.

[95] In der Kammersitzung am 29.8.1919 (JO, Débats, Chambre, 29.8.1919, S.4067–4070). Die Rheingrenze ohne separates Rheinland war auch schon von Charles Benoist, Chronique de la Quinzaine, in: RDDM vom 1.10.1919, gefordert worden. Auch hier ist der Einfluß der AF, z.B. durch Jacques Bainville, Histoire des deux peuples, unübersehbar.

[96] *Bulletin de la FR*, Februar 1920, und *Bulletin de l'ALP* vom 15.4.1920. Auch Gabriel Hanotaux hatte in seinem Artikel in der RDDM vom 1.1.1920 den deutschen Partikularismus als Basis der neuen Friedensordnung betont. Barrès hat seine Gedanken weitergeführt im Vorwort des Buches von Klecker de Balazuc, La République Rhénane, wo er das Rheinland gar „pour la grandeur de la France" annektieren wollte.

diverses cultures nationales."[97] Dieses nationalistisch aufgeladene französische Sendungsbewußtsein entsprach *in toto* der Vorstellung von der „ewigen" Sendung Frankreichs in der Geschichte, wie es auch von Giraud und Madelin vertreten worden war. Es begann sich nun nach dem Friedensschluß von Versailles in konkreten politischen Forderungen bezüglich der Organisation des europäischen Systems widerzuspiegeln.

Vor allem wenn man sich die schwierige Ausgestaltung der deutsch-französischen Beziehungen in den 1920er Jahren vor Augen führt, kann man die hohe Bindekraft des integralen Nationalismus innerhalb der liberal-konservativen Sammlung kaum überschätzen. Die Ruhrbesetzung und auch die Verhandlungen um den Dawes-Plan sind durch ihre militärischen oder wirtschaftlichen Implikationen allein nicht zu verstehen, wenn man nicht zuvor die ideologische Grundlage einer Fraktion wie der ERD/URD verstanden hat, die alle Regierungen des *Bloc-National* 1919–1924 und die Regierung der *Union nationale* 1926–28 mittrug und immer wieder auf Maßnahmen gegen das Deutsche Reich drängte. Es handelte sich bei ihr keinesfalls um eine Vertretung der Neomonarchisten und der extremen Rechten, sondern um eine parlamentarische Rechte, die aus rechtsrepublikanischen und katholischen Elementen zusammengesetzt war. Bereits im Oktober 1919, also noch vor den Wahlen und dem Erdrutschsieg der ERD, verlas Maurice Barrès im Namen der noch nicht vereinigten *Progressisten*, Katholiken und Nationalisten eine gemeinsame Erklärung in der Kammer, in der er feststellte, daß man zur Unterstützung Clemenceaus zwar für den Versailler Vertrag stimmen werde, daß man aber durch die eigenen Beiträge in der Kammersitzung wenn auch nicht den Text, so doch den *esprit* des Vertrages geändert habe[98]. Damit war exakt der archimedische Punkt der Programmatik der späteren ERD umrissen, von dem aus sie über die Jahre hinweg die französische Außenpolitik beurteilte: Der Versailler Vertrag stellte für diejenigen, deren Nationalismus ganz andere Forderungen gegenüber Deutschland impliziert hatte, ein Höchstmaß an Kompromiß dar und durfte in keinem Falle auch nur ein Jota konzilianter interpretiert werden, als es in den noch von der Siegesbegeisterung geprägten Kammersitzungen im September 1919 geschehen war. Hinter dieser Haltung stand, und zwar nicht nur bei einem Louis Marin oder Maurice Barrès, die Auffassung, die der baskische ERD-Abgeordnete und Fliegeroffizier Ybarnégaray in einer für ihn typischen Deutlichkeit im Oktober 1919 geäußert hatte: Der Waffenstillstand von Compiègne sei letztlich doch „une des fautes les plus graves" von Clemenceau gewesen, statt dessen hätte man unter der Führung von Foch gegenüber Deutschland „les lois de la guerre dans toute leur impitoyable sévérité" anwenden müssen, „en lui imposant une occupation de son territoire après la capitula-

---

[97] Dumont-Wilden, De l'Europe française à l'Europe allemande, in: RDDM vom 15.2.1916, S.773–793, hier S.774. Im übrigen dachte auch ein Auguste Isaac nicht grundlegend anders als de Castelnau oder Barrès. Anläßlich des deutsch-französischen Veteranentreffen in Bierville 1926 notierte er in sein Tagebuch: „Cela m'a serré le cœur comme une injure à nos morts! [...] C'est l'oubli d'une fierté légitime." Eintrag vom 20.8.1926, Carnets, S.427.

[98] JO, Débats, Chambre, 1.10.1919, S.4684.

tion"[99]. In dieser Tradition ist auch die Aussage des protestantischen Pastors Soulier zu sehen, der maßgeblich am Eintritt der Katholiken in die FR mitgewirkt hatte und auf einem Kongreß des FR-Verbandes Indre-et-Loire 1926 das Rheinland als „notre Irland à nous" bezeichnete. Wenn er dort eine „stricte application" des Versailler Vertrages forderte, stand dahinter nicht weniger als die Idee einer dauerhaften Annexion der linksrheinischen Gebiete, auch weit über die vorgesehenen 15 Jahre hinaus[100].

Ein militanter Kriegsnationalismus prägte also die außenpolitischen Positionen der ERD und später der FR. Es würde zu weit führen, entlang der verschiedenen Stationen der französischen Außenpolitik die politische Tragweite des neuen Nationalismus der ERD und FR/URD an Einzelfällen herauszuarbeiten, jedoch kann die Position der liberal-konservativen Sammlung sehr gut mit dem Grundsatz *si vis pacem para bellum* umschrieben werden. Vor allem nach dem Sieg des Linkskartells 1924 wurde der Annäherungspolitik Briands an Deutschland eine „politique de la grandeur et de la force", mit einer „volonté de fer et l'amour profond de son pays", gegenübergestellt[101]. Der Völkerbund wurde lediglich als ein Allianzsystem zur Zähmung Deutschlands betrachtet und ein Entgegenkommen an die deutschen Forderungen oder ein Ausgleich auf politischer oder ökonomischer Ebene als Verrat bezeichnet. Dies galt um so mehr, als Louis Marin 1924/5 Parteivorsitzender der FR und Fraktionssprecher der URD wurde und die liberal-konservative Sammlung dadurch einen immer stärkeren nationalistischen Kurs einschlug[102]. Die Reden Marins zum Dawes-Plan, zu Locarno und zur Rheinlandräumung sind Paradebeispiele für den integralen Nationalismus, der eine Änderung des außenpolitischen *Status quo* als Angriff auf die französische Nation und deren Fatum als zivilisatorische Weltmacht interpretierte[103]. Wie sehr die li-

---

[99] Ibidem. Auch Gabriel Hanotaux forderte am 8.11.1918 eine Besetzung Deutschlands durch Frankreich „jusqu'à l'Elbe" und erklärte am 2.12.1918 gegenüber Foch: „Nous sommes desormais la sauvegrade de l'ordre universel", in: Hanotaux, Carnets, S.276 und 281. Der deutsche Botschafter Hoesch bezeichnete die liberal-konservative Sammlung aus diesem Grund die ganzen 1920er Jahre hinweg als „klerikal-chauvinistische bürgerliche Rechte", z.B. Bericht vom 23.4.1928 in: PA AA, R 70702.

[100] Die Rede von Soulier ist Teil der noch zu besprechenden Parteigründungskampagne der FR. Er hielt sie in mindestens 18 Städten zwischen 1926 und 1928. Sie ist erhalten in: AN 317, AP 75. Ganz ähnlich lautet ein Beschluß des *conseil national* der FR vom Januar 1927 (in *La Nation* vom 19.1.1927), sowie ein Vortrag des Vizepräsidenten der FR, General Hirschauer, bei der *Ligue des Patriotes*, in *La Nation* vom 26.1.1927. Typisch auch die Tagebuchnotiz von Isaac: „Est-ce pour cette platitude de réconciliation avec l'Allemagne vaincue, mais non repentie, que mon pauvre Philippe a sacrifié sa vie? [...] et la France a pour porte-parole [...] ce comédien mélodramatique, dont le passé est entaché de tant de mensonges [...]" (gemeint Briand), Eintrag vom 11.9.1926, Carnets, S.429.

[101] So das langjährige FR-Mitglied Gaston Japy in der *Dépêche Républicaine* vom 28.11.1924. Japy rekurriert in diesem Artikel ausdrücklich auf die Konzeption der Versöhnung der *deux France*, und preist die Heldentaten eines Henri IV, Richelieu, Mazarin genauso wie die Revolutionsgenerale und Napoleon I.

[102] Ausführlich analysiert bei Hagspiel, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, S.244 (Genfer Protokoll), S.269 (Locarno), S.332 (Thoiry), S.450-456 (Young-Plan).

[103] Die Reden am 23.8.1924, 27.2.1926 und 27.12.1929. Die Rede Marins in der Kammer vom 21.1.1925 gegen Locarno wurde vom *comité Dupleix* gedruckt und veröffentlicht, mit finanzieller Unterstützung der gesamten nationalkonservativen Presse von Paris: *Li-*

beral-konservative Sammlung im Laufe der Zeit, vor allem nach dem Austritt der christlichen Demokraten 1924, zu einer nationalistischen Allianz geworden war, zeigt auch der fortgesetzte Briefwechsel Marins mit du Mesnil-Thoret von dem sich nun *Fédération Universelle des Patriotes* nennenden Netzwerk der nationalistischen Ligen. Dieser gratulierte ihm stets zu seinen intransigenten Reden und übergab ihm Dokumente, die eine weitere Zerschlagung Deutschlands und der „jüdisch-kosmopolitischen" Ordnung von 1919 vorsahen[104].

Antisemitismus ist gleichwohl vor 1936 zu keiner Zeit ein bestimmendes Element für den Nationalismus innerhalb der FR geworden, auch wenn bisweilen auf Kongressen und in Zeitungsartikeln antisemitische Untertöne zu hören waren. Zu keiner Zeit wurde er Teil des Parteiprogramms, wie es z.B. bei der *Action Française* der Fall war, nicht zuletzt weil man eine zweite Dreyfus-Affäre fürchtete[105]. Lediglich in der Frage der Einbürgerung fremder Gastarbeiter – Polen, Italiener, Spanier oder Nordafrikaner – argumentierte die FR mit einem ethnischen Nationalismus, da deren Zahl möglichst gering gehalten werden sollte, denn: „L'incorporation annuelle de cent mille nouveaux citoyens [...] nous conduira aussi sûrement à la ruine que la dépopulation, avec cette circonstance aggravante qu'ils auront déconsidéré la race française avant de l'anéantir."[106] Dieser ethnisch-rassistische Nationalismus erlangte aber zu keiner Zeit die prominente Stellung in der Parteipropaganda, die er bei vielen Nationalisten in Deutschland beispielsweise innehielt. Er war unterschwellig bei allen politischen Gruppen rechts der Radikalsozialisten vorhanden, wurde aber nur von der extremen Rechten, d.h. der *Action Française* und den faschistischen Ligen, in der öffentlichen Debatte bewußt eingesetzt und in das Programm übernommen. Eingang in das Programm der FR fand er nicht, wohl nicht zuletzt auf Druck des großindustriellen Flügels in der Partei, der eine forcierte Zuwanderung billiger Arbeitskräfte, allerdings ohne Einbürgerung, befürwortete[107].

---

berté, Intransigéant, Eclair, Echo de Paris, Gaulois, Avenir, Victoire, Débats, Figaro und selbst *AF*. In der Rede am 27.2.1926, erneut gegen Locarno, sagte Marin: „Vous avez vu comment nous perdons, avec Locarno, notre rôle de grands vainqueurs de la guerre [...] et nous perdons, ce qui est plus encore, le rôle de grande victime de la guerre." Für diese Reden wurde Marin auch in mehreren Briefen des nationalkatholischen Marschalls Lyautey gelobt, Brief vom 6.1.1926 (Locarno), 17.12.1928 und 12.9.1933 in: BN, NAF 14827 F41, 42 und 46. Ähnlich auch der Bericht von Edouard Soulier zur Außenpolitik auf dem FR-Kongreß vom 11.3.1926.

104 Briefe vom 18.9. und 16.9.1925 sowie das Dokument „Un Plan de Reconstruction de l'Europe Centrale", alle in: AN 317, AP 249.

105 Antisemitische Untertöne hatten vor allem die Artikel von Georges Ducroq in *La Nation* vom 19.2.1927 sowie die von Xavier Vallat nach dessen Eintritt 1932. Insgeheim waren aber Vorstellungen von der jüdischen Weltverschwörung nicht unbekannt, z.B. wenn der ERD-Minister François-Marsal glaubte, daß die Welt in der Hand jüdischer Bankiers sei, die den Krieg losgetreten hätten, zitiert nach Baudrillart, Carnets, Eintrag vom 19.2.1921, S.718. Grundsätzlich stellte Antisemitismus für die FR, wie für die meisten Katholiken nach 1926, kein essentielles Element ihrer Ideologie dar. Vgl. Landau, De l'aversion à l'éstime. Für das explosionsartige Ausbrechen des Antisemitismus während der Volksfront vgl. Schor, L'antisémitisme en France pendant les années trente.

106 *La Nation* vom 10.3.1928.

107 Dies hat die Studie von Schor, L'opinion française et les étrangers, erwiesen, der Belege vom bürgerlichen *Temps* bis zur AF anführt, vgl. S.178ff., 427ff. und 583f. Für die Hal-

Die Selbstabgrenzung gegen andere, also die Exklusion, erfolgte vielmehr analog zur Entwicklung während des Ersten Weltkriegs auf ideologischer Grundlage, d.h. gegenüber Pazifisten und Sozialisten, die zum Hauptgegner der liberal-konservativen Sammlung avancierten. Nach dem Sieg des Linkskartells und dem Beginn der Entspannungspolitik Briands wurde der Kampf gegen diese „Internationalisten" sogar zu einer *raison d'être* der URD/FR, die ihre Parteigründungskampagne fast ausschließlich im Zeichen des Kampfes gegen die *politique d'abandon* und die „Defaitisten" des Linkskartells führte[108]. Vor allem die Kommunisten galten als „Verräter" und „Drückeberger" (*embusqués*) des Krieges, die die französische Stärke stets unterminierten[109]. Als der 1917 verurteilte Innenminister Malvy 1925 in die nationale Politik zurückkehrte, verabschiedete der FR-Kongreß sogar eine *motion*, die das Auftauchen des „Verräters von 1917" als „injure aux morts, aux mutilés, aux veuves et à toutes les victimes de la guerre" qualifizierte. Erneut zeigte sich, daß derjenige, der den Sieg *jusqu'au bout* nicht mitgetragen hatte, aus der Nation ausgeschlossen wurde, weil er nicht Teil der teleologischen Sendung gewesen war[110]. Damit bestätigt sich die oben gemachte Beobachtung, wonach sich die Intensität von Inklusion und Exklusion beim neuen Nationalismus gegenseitig bedingten. Gerade in den Jahren nach dem Kartell-Sieg 1924 drohte eine Verselbständigung der katholischen Kräfte, weshalb Marin durch einen pronoucierten Nationalismus eine besonders hohe Bindekraft auf die liberal-konservative Sammlung ausüben wollte, um ein Auseinanderbrechen zu verhindern[111]. Dies zog wiederum eine dezidiert exklusive Programmatik gegenüber Politikern wie

---

tung der Schwerindustrie um die UIMM vgl. ibidem, S. 221. Typisch ist der von Schor, S. 301, zitierte Artikel von Michel Missoffe aus *La Liberté* vom 2.10.1927, der nur die straffällig gewordenen Ausländer abschieben will und sich von den xenophoben Kreisen distanziert. Gleiches galt auch für die fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Paris während der Inflation 1926, die sich vor allem gegen reiche Touristen richteten und von der liberalen Rechtspresse verurteilt wurden, sowie für die Verabschiedung einer Erleichterung der Einbürgerung auf Vorbehalt, für die die URD mit allen bürgerlichen Gruppen am 10.8.1927 votierte, ibidem, S. 473 und 540f.

108 Typisch hierfür ist die Reaktion in der liberal-konservativen Presse auf die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten gegen den Katholiken Marx 1925. Den Sieg des reaktionären Deutschlands schrieb man ganz der Kartellpolitik zu, gemäß der Regel von 1914: „A France orientée à gauche, l'Allemagne orientée à droite" (*l'Avenir* vom 28.4.1925) und freute sich sogar über den Sieg Hindenburgs, der endlich das Linkskartell desavouiere, (so ausdrücklich der *Eclair* vom 28.4.1925). Ähnlich auch im *Correspondant* vom 10.5.1925 und Pertinax im *Echo de Paris* vom 27.4.1925.

109 So wurden die kommunistischen Attentäter der Rue Damrémont und von Marseille mit den Verrätern von 1917 identifiziert, *La Nation* vom 10.9.1927.

110 Dies betraf auch die Politik des Linkskartells in Marokko, wo ihr die Gespräche mit den aufständischen Marokkanern als Hochverrat angerechnet wurden. Vgl. z.B. die Rede Souliers vor der *Ligue des Patriotes* in Fontainebleau mit dem Titel *Les Guerres du Cartel. Maroc et Syrie*, in: *Le Drapeau* vom 30.10.1925.

111 Wie aus einem Brief Edouard de Warrens an Marin hervorgeht, wollte Marin vor allem die nationalkatholischen Elemente vor einem Zusammengehen mit den sozialkatholischen abhalten. Brief vom 29.7.1927, in: AN 317, AP 183 über den Kongreß der *Semaines Sociales* in Nancy, wo auch deutsche Vertreter anwesend waren: „La question internationale est délicate à cause des boches [...] au point de vue national comme au point de vue religieux [...] il est necessaire que ton toast mette les choses au point".

Malvy, aber auch dem Verständigungspolitiker Briand nach sich. Die rechtsliberalen *Progressisten*, die in die liberal-konservative Sammlung eingetreten waren, hatten sich also komplett von ihrem Nationalismus der Vorkriegszeit gelöst, der vaterländisches Denken und Handeln auch anderen politischen Gruppen zugestanden hatte, und betrachteten sich nun mehr selbst als einzige Hüter der nationalen Interessen.

Der Nationalismus der FR nahm in der Zeit nach 1928, bei zunehmender Erosion des Versailler Systems, jedoch zwei unterschiedliche Ausformungen in der konkreten Tagespolitik an. So sehr die Idee der Versöhnung der *deux France* durch das Kriegsereignis, die Wacht über die Versailler Ordnung und der Kampf gegen Kommunisten und Sozialisten Gemeingut innerhalb der liberal-konservativen Sammlung waren, so wenig resultierten daraus jedoch identische Verhaltensmuster im Parlament. Der Vorsitzende Marin forcierte während der internationalen Krise der beginnenden 1930er Jahre seine nationalistische Intransigenz und betrieb in außenpolitischen Fragen eine Oppositionspolitik selbst gegen gemäßigt rechte Regierungen. Radikale und Sozialisten deklarierte er nun förmlich als „Vaterlandsverräter" und „Antifranzosen", die den *sens national* verloren hätten[112]. Der sich bereits seit 1926 herausschälende gemäßigt liberale Flügel der FR, zu dem vor allem die liberalen Katholiken Pernot, Duval-Arnould, de Lasteyrie und auch Robert Schuman gehörten, widersetzte sich dieser Intransigenz und unterstützte – unter Vorbehalten – den Kurs der bürgerlichen Regierungen 1928–1932. Als Marin schließlich 1932 den von der FR-Führung auf seinen Willen hin abgesegneten nationalistischen Kurs auch der parlamentarischen Fraktion aufzwingen wollte, trat eben jene Gruppe um Pernot aus der FR aus, weil sie ein Abdriften „vers l'extrême droite" befürchtete[113].

(III) Die Vertreter des „neuen" Nationalismus der ERD wußten nur zu gut, daß ihre Propaganda und ihre Programmatik die hergebrachten Loyalitäten in der französischen Gesellschaft nicht binnen kurzer Zeit aufheben konnten. Rechte und linke Denkmuster waren zu lange und zu tief in der Bevölkerung verwurzelt, als daß sie in der neuen, ausschließlich theoretischen Konzeption, wie der eben vorgestellten, sofort aufgegangen wären. ERD/FR standen damit vor dem Problem, dem „neuen" Nationalismus eine konkrete, lebensweltliche Entsprechung zu geben, die ihre theoretische Vorstellung auch symbolisch oder rituell festschreiben konnte. Denn die Signifikanz des französischen Nationalismus hatte, wie gezeigt wurde, gerade im Antagonismus zweier Nationskonzeptionen, die sich rituell und symbolisch bekriegten, bestanden. Bemerkenswert ist dabei zunächst, daß

---

[112] *La Nation* vom 15.11.1930: „Le socialisme et le cartellisme se placent délibrement en dehors du plan national – c'est une combinaison dont les animateurs seraient les ennemis de la patrie"; oder „Ils ne sont, en réalité, que les agents conscients de puissances internationales placées sous la domination allemande, dont ils exécutent servilement les ordres [...] ce ne sont plus de Français [...] ils ont perdu le sens national." (La *Nation* vom 4.4.1931). Kritik an Tardieu in *La Nation* vom 18.4.1931.

[113] Das Zitat aus dem Austrittsbrief de Lasteyries an Guiter vom 2.8.1931 in: AN 317, AP 73. Pernot gründete mit 16 FR-Abgeordneten den *Groupe des Indépendants républicains et sociaux*, weitere 24 FR-Mitglieder gingen zu den bürgerlichen Fraktionen der Mitte, vgl. Irvine, French Conservatism in Crisis, S. 58ff.

die FR – einschließlich der Katholiken in ihren Reihen – die Symbole der nationalen Republik wie die *Marseillaise*, die Marianne und selbst das Pantheon übernommen und akzeptiert hatte[114]. Um sich jedoch von den anderen republikanischen Gruppen abzusetzen und eine eigene, national-republikanische Kultur zu schaffen, versuchte man auf drei Gebieten kulturpolitisch zu wirken, wovon eines, der Kult der Jeanne d'Arc, im nächsten Kapitel besprochen werden wird. Bei den beiden anderen handelte es sich einerseits um das Bemühen, durch eine eigene „Geschichtsschreibung" die Erziehung der Nachkriegsgenerationen zu beeinflussen, sowie andererseits um die Schaffung eines eigenen Erinnerungsortes, nämlich die Einrichtung eines Kriegerdenkmals in Dormans.

Daß die Erinnerungskultur an den Ersten Weltkrieg die Vorstellungswelt und das außeralltägliche Handeln der Zeitgenossen der 1920er und 1930er Jahre besonders tief geprägt hat, ist mittlerweile *opinio communis* der Forschung. Ihre besondere Dynamik bestand in der Fähigkeit, rituell und symbolisch verschiedene Elemente im Zeichen eines höheren Ganzen zu verbinden und dadurch eine eigene Form des Kults zu entwickeln[115]. Daß dabei gerade auch christliche Symbole in den Kult der Erinnerung eingehen konnten, ist spätestens seit den Arbeiten von Annette Becker erwiesen[116]. Obgleich es in manchen Gemeinden auch Streit um diese christlichen Symbole gab, wiesen doch auch die großen nationalen Gedenkstätten in Notre-Dame de Lorette oder Douaumont eine christliche Referenz auf[117]. Diese Gestaltung war Ausdruck eines breiten, zur Versöhnung offenen Konsenses in der französischen Gesellschaft angesichts der enormen Zahl der Kriegstoten. Sie war „unpolitisch" in dem Sinne, daß keine politische Strömung *a priori* die Deutungshoheit über den Erinnerungskult beanspruchen konnte und sollte, worauf besonders die Veteranenverbände achteten. Daneben gab es aber auch Versuche verschiedener ideologischer Strömungen, eine „politische" Erinnerung zu etablieren, d.h. private Unternehmungen, die eigene Interpretation des Krieges rituell zu verankern. Auch wenn sie sich selbst als „unpolitisch" verstanden, müssen sie doch als „politisch" gewertet werden, da sie nicht den Konsens mehrerer Gruppen, sondern die Positionen einer einzigen offensiv vertraten. Eine solche private Erinnerungskultur wurde in der 1919 gegründeten Gedenkstädte von Dormans gepflegt. Dort zeigte sich der Wille von Vertretern der liberal-konservativen Sammlung, aktiv die Erinnerungskultur mitzugestalten und ihre eigene Deutung des Krieges zu verbreiten.

---

[114] So der nationalkatholische *Echo de Paris* vom 17.7.1919. Er bedauerte lediglich, daß es keine offizielle Beteiligung der Katholiken gab und kein *de profundis* gesungen wurde. Der liberale Katholik Jacques Bardoux, der in der *Opinion* vom 19.7.1919 gesagt hatte: „Le 14 juillet 1919 [...] le peuple de Paris a célébré la Messe de la Patrie", wurde von den intransigenten katholischen Kreisen dafür sogar kritisiert (in DC II 1919 S.266): „Il n'y a pas de Messe de la Patrie." Als ein Jahr später auch von katholischen Deputierten der ERD für die Überführung des Herzens von Gambetta ins Pantheon votiert wurde, kritisierte Guiraud in *La Croix* dies heftig, da Gambetta stets die Republik vor Frankreich gestellt habe, in *La Croix* vom 2., 17., 19., 21.9.1920.

[115] Für Frankreich: Prost, Les Anciens Combattants, und Shermann, The construction of memory in interwar France, sowie allgemein Mosse, Fallen soldiers, S.90ff.

[116] Annette Becker, La foi et la guerre, passim.

[117] Vgl. Shermann, The construction of memory in interwar France, S.98.

In Dormans war durch eine private Initiative der Frau des ALP-Vorsitzenden Xavier de la Rochefoucauld eine Kapelle errichtet worden, in der seit 1919 unter Führung mehrerer Kardinäle und Erzbischöfe der sogenannten zweiten Schlacht an der Marne (15.-18.7.1918) gedacht wurde. Ein ebenfalls errichtetes Gebeinhaus sollte das ganze zu einem *Monument national de reconnaissance à Dieu et aux héroiques combattants* machen[118]. Die zweite Schlacht an der Marne wurde als Wende der deutschen Michaels-Offensive von 1918 und als Beginn des französischen Sieges im Herbst 1918 betrachtet. Sie stand damit in einer logischen Kontinuität zur ersten Marneschlacht, deren größte innenpolitische Konsequenz die Besiegelung der *Union Sacrée* gewesen war. Es war jedoch nicht der französische Staat, der die Patronage über die Gedenkstätte übernahm, sondern eine *Assemblée générale des Souscripteurs*, deren Zusammensetzung besonders deutlich den von der ERD vertretenen „neuen" Nationalismus widerspiegelt. Neben den kirchlichen Würdenträgern, die wie Mgr. Tissier und Dubois dem liberalen Flügel des Katholizismus angehörten, saßen dort Abgeordnete der liberal-konservativen Sammlung, und zwar sowohl aus der ALP-Tradition wie Joseph Denais oder Louis Duval-Arnould, als auch aus der der *Progressisten*, wie Louis Marin, Michel Missoffe und Frédéric François-Marsal. Darüber hinaus wurden als jährliche Vorsitzende mit besonderer Vorliebe Vertreter der Generalität gewählt, wie Marschall Foch oder General de Castelnau, mithin also Repräsentanten jenes nationalkatholischen „dritten Frankreich". Der Bau der Gedenkstätte von Dormans sowie die dort aufgestellten Symbole und das katholisch-patriotische Ritual stellten also den Versuch dar, jenem „neuen" Nationalismus einen konkreten Ort und ein konkretes Fest zu geben, das sich von den üblichen Erinnerungsritualen abhob. Es war dezidiert katholisch geprägt, aber von jenem für die Nachkriegszeit typischen nationalen Katholizismus, der, wie es Mgr. Tissier 1933 in Dormans sagte, *„servir Dieu et sa patrie"* selbst für Geistliche als Lehre des Krieges anerkannte[119].

Die Einbindung des katholischen Klerus und der katholischen Symbolik in die Kriegserinnerung, wie sie im Fall von Dormans vorlag, konnte ein probates Mittel sein, die rituellen Gräben der Vorkriegszeit ebenso rituell zu überbrücken. Wie eine noch zu veröffentlichende Untersuchung über die liberal-konservative Sammlung im Departement Doubs zeigen wird[120], war es gerade auch den unteren Kantonal- und Gemeindeaktivisten der liberal-konservativen Sammlung daran gelegen, die Strukturen der katholischen Subgesellschaft und ihre Symbole in die nationale Kriegserinnerung unter Berufung auf den *esprit combattant* zu überführen. Aber auch für die FR auf nationaler Ebene mußte in der rituellen Einbindung des Katholizismus eine Chance liegen, ihren „neuen" Nationalismus als ideengeschichtliches Konstrukt in der Gesellschaft zu verankern. Viele ERD-Mitglieder, gerade die *Progressisten*, überwanden dazu ihre traditionelle Scheu vor klerikaler Bevormundung. Marin selbst war schon während des Krieges Mitglied im oben

---

[118] Die Unterlagen zur Entstehungsgeschichte sowie zu den Feiern sind, gedruckt von der *Association des Amis de la Chapelle de la Reconnaissance de la Marne*, erhalten in: AN 317 AP 224.

[119] Ibidem, S. 15.

[120] Meine Untersuchung über „Konservative und den politischen Katholizismus im Doubs 1900-1940" wird vermutlich 2007 erscheinen.

besprochenen *Comité Baudrillart* geworden und hatte damit im nationalen Interesse einen republikanischen Rubikon überschritten, indem er einem vom katholischen Klerus geführten Verband beigetreten war. Auch später versuchten Vertreter der ERD/FR, wenn sich ihnen die Gelegenheit bot, der Kriegserinnerung eine bestimmte Note zugeben, v.a. was die Einbindung der katholischen Kirche in die Gedenkkultur betraf. Als am 11. November 1922 François de Wendel im lothringischen Joeuf die Einweihungsrede für das *Monument aux Morts* hielt, betonte er, daß dieses Denkmal nicht nur ein Zeichen des Sieges und der Rückkehr Elsaß-Lothringens sei, sondern auch das steinerne Mahnmal an alle Franzosen, im höheren Interesse des Vaterlandes die „divisions intestines" zu vergessen und nur die „vertus de la race" zu pflegen. Er begrüßte dabei ausdrücklich die Segnung des Denkmals durch Bischof de la Celle und die Anwesenheit des Generals de Castelnau, des großen Siegers von Nancy als Symbol der nationalen Eintracht aller Franzosen[121]. Umgekehrt schätzte derselbe de Castelnau, obwohl er selbst nie Mitglied der FR war, die Nähe zu einem Louis Marin so groß ein, daß er später, als Präsident der *Fédération Nationale Catholique,* diesen 1927 bat, die Einweihung einer Gedenkplatte am Moselübergang bei Bayon anläßlich des dortigen Sieges 1914 zu leiten, die er ursprünglich selbst hatte vornehmen wollen. In einem offenen Brief im *Echo de Paris* entschuldigte er seine Abwesenheit durch Krankheit, betonte aber, daß kaum einer die gleiche nationale Weitsicht (*„perspicacité"*) wie Marin habe, und deshalb wie kein zweiter als Ersatz für die Zeremonie geeignet sei[122].

Diese Beispiele mögen genügen, um anzudeuten, daß die Vertreter des neuen Nationalismus versucht haben, ihre spezifische Interpretation des Weltkriegs auch symbolisch und rituell umzusetzen, v.a. bei Anlässen des offiziellen Kriegergedenkens. Dem Kriegergedenken selbst kommt damit eine weitaus größere politische Färbung zu, als gemeinhin angenommen wird. Als Pensionsminister ließ Louis Marin 1927/8 daher auch keine Gelegenheit aus, auf Veteranenfeiern zu sprechen und den Weltkrieg als *Telos* der französischen Nationalgeschichte zu präsentieren. Wenn, wie im Falle von Dormans, auch eine Einbindung des Klerus in den Kult zu leisten war, wurde gemäß dem Inklusion-Exklusions-Mechanismus besonderer Wert auf die Abgrenzung gegen Feindbilder gelegt, um die innere Kohäsion zu fördern. Insofern wurde die Zeremonie in Dormans häufig zu einer Kundgebung gegen die „soi-disant humanitaires et des idéologues pacifistes, qui [...] tendent à affaisser la fierté nationale et à détremper [...] les ressorts du sentiment patriotique"[123]. Vertreter der ERD und später der FR haben also den Versuch unternommen, in einer für die Zwischenkriegszeit typischen Manier das „ei-

---

[121] „Ce monument sera ici le symbole de la Victoire qui a délivré nos foyers, chassé l'Allemand de l'Alsace-Lorraine et rendu à la France la place qu'elle doit occuper dans le monde. En un mot. Le symbole de ce que peuvent faire des Français lorsque, oubliant leur divisions intestines, ils savent rester unis et appliquer toutes les qualités de leur intelligence, toutes vertus de la race à la grandeur du pays." Die Rede ist erhalten in: AN 190, AQ 15.

[122] *Echo de Paris* vom 14.8.1927. Auch der Bischof von Nancy hatte Marin 1919 zu seiner Ablehnung des Versailler Vertrages gratuliert, so in einem Brief an Marin vom November 1919, in: AN 317, AP 249.

[123] So de Castelnau am 17.7.1933 bei der Zeremonie in Dormans. Die Rede ist erhalten in: AN 317, AP 224.

gentliche" Feld der Politik, d.h. Parlament und Presse, zu verlassen, und zur Verbreitung der nationalistischen Kultur den politischen Kampf auch als kulturellen Kampf, d.h. auf dem Gebiet von Ritualen und Symbolen auszutragen.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie der neue Nationalismus aus dem Programm der liberal-konservativen Sammlung heraustreten und in der Gesellschaft verbreitet werden sollte, war die Ausarbeitung einer Nationalgeschichte. Sie sollte sich an Interessierte und die Schule wenden und das geschichtsmächtige Ereignis des Ersten Weltkriegs als Telos der französischen Geschichtsmission präsentieren. In einer Zusammenfassung der 1920 erschienenen *Histoire de la Nation Française* von Gabriel Hanotaux schrieb Louis Madelin, daß durch dieses Werk nun auch historisch bewiesen sei, daß „le Français de 1914-18 était pour nous l'éternel Français et sa vertu n'était que la synthèse des vertus depuis quinze cents ans portées par la race sur tous les champs de l'Histoire."[124] Damit war in einem für das interessierte bürgerliche Publikum zugänglichen Standardwerk der neue Nationalismus in eine historiographische Form gegossen worden und, so war der Anspruch, wissenschaftlich nachgewiesen[125]. Auf Drängen liberal-konservativer Politiker fand diese Auffassung der französischen Geschichte auch Einzug in die Schulbücher, die vor dem Ersten Weltkrieg noch von jeglichen Referenzen auf die Kirche, die Monarchie und die Errungenschaften des vorrevolutionären Frankreich gesäubert worden waren[126]. Erst eine Neuredaktion der Schulbücher nach dem Ersten Weltkrieg kehrte zur Ursprungsfassung von 1878 zurück, so daß der Pastor Soulier zufrieden feststellen konnte, daß nun auch wieder den Kindern der Ruhm der französischen Kathedralen und der Kreuzzüge gelehrt werde, als Ausdruck des „soufle d'idéalisme", der die ganze französische Geschichte durchziehe[127]. Um einen Rückfall in die sogenannte republikanische Geschichtsschreibung zu verhindern, blieb jedoch die Forderung nach einem „rétablissement du rôle patriotique de l'école" und nach nationalistischen Schulbüchern ein durchgängiger Zug im Programm der FR zwischen 1926 und 1939[128].

---

[124] Louis Madelin, Histoire de la Nation Française, in: RDDM vom 1.7.1920, S.102-116, hier S.108. Madelin gab hierbei auch gleichzeitig eine Definition dessen, was er Rasse nennt: „Formée des trois appoints, celte, latin et franc, notre race possédait dès le Vè siècle une personnalité qui lui permettait de constituer une nation. [...] Du sacrement de Reims à la victoire de Foch, les générations se sont succédés sans qu'un instant la chaîne de notre histoire ait été rompue." Daß dies keinesfalls selbstverständlich war, illustriert die Tatsache, daß es derselbe Madelin im Jahre 1908 nur vor einem amerikanischen Publikum gewagt hatte zu kritisieren, daß man in Frankreich „une histoire expurgée" unterrichte: „On cachait Louis XIV, on effaçait Jeanne d'Arc, on se voilait la face devant Napoléon." In Frankreich selbst aber hatte er Angst, durch seine Apologie der *ganzen* französischen Geschichte im Verlauf des zeitgleichen sogenannten Krieges um die Schulbücher in die Nähe der Klerikalen gerückt zu werden.

[125] Hanotaux formulierte diese volkserzieherische Wirkung seines Buches ausdrücklich und erwartete „un regain de vente considérable" gegenüber den Bänden der Vorkriegszeit, vgl. Eintrag vom 30.6.1921, Hanotaux, Carnets, S.347.

[126] Vor allem in dem Buch *Tour de la France par deux enfants* in der Ausgabe von 1908, vgl. Mona Ozouf/Jacques Ozouf, Le Tour de la France par deux enfants.

[127] Edouard Soulier, Le Bloc National Républicain, S.61.

[128] Vgl. das Kapitel *Education et Culture nationale* im FR-Programm von 1928. Außerdem sollten Elternräte in die Wahl der Schulbücher eingreifen dürfen (Kapitel *Méthodes d'enseignement*).

Wir hatten dieses Kapitel mit einem Zitat von Fustel de Coulanges begonnen, der 1869 darauf hingewiesen hatte, daß die französische Geschichte zu einem Ort permanenten Bürgerkriegs geworden sei, in dem sich *Droite* und *Gauche* bekämpften. Der sich auf beiden Seiten entwickelnde Nationalismus hatte somit unterschiedliche historische Referenzpunkte angenommen und war daher in eine „linke" und eine „rechte" Ausprägung zerfallen. Inmitten dieser Bipolarisierung war es so gut wie unmöglich geworden, eine alle Epochen umfassende positive Einschätzung der französischen Geschichte zu vertreten. Auch die integralen Nationalisten um Barrès oder Déroulède, die dieses versuchten, hatten sich zu sehr mit der klassischen Rechten kompromittiert, als daß sie als Brückenbauer zwischen rechts und links hätten akzeptiert werden können. Eine entscheidende Änderung dieses Klimas hatte der Erste Weltkrieg bewirkt, der infolgedessen auch sofort von den an einer nationalen Allianz interessierten Kräften ideologisch vereinnahmt wurde. Intellektuelle Wegbereiter waren die Historiker Giraud, Madelin und Hanotaux gewesen, deren bereits während des Krieges erschienene Werke den Nationalismus von ERD und FR vorprägten. Gerade Louis Madelin verkörpert dabei den die *deux France* synthetisierenden nationalistischen Konsens besonders deutlich, da er einerseits mit den nationalen Kräften der benachbarten *Alliance Démocratique* um Maginot engste Kontakte hielt[129] und gleichzeitig mehrere Male als Vorsitzender der *Ligue des Patriotes* vorgeschlagen wurde[130]. Es ist nicht ohne einen inneren Zusammenhang, daß der Historiker Hanotaux, nach Vollendung seines Werkes über die französische Geschichte 1923, eben jenen oben zitierten Satz von Fustel wieder aufnahm, jetzt aber betonte, daß die Benutzung der französischen Geschichte als Steinbruch für politische Argumente aufgehört habe. Durch den Weltkrieg als Besiegelung der französischen Sendung und damit als Telos der eigenen Geschichte könne endlich die französische Nationalgeschichte in ihrer gesamten Größe gewürdigt werden[131].

Der „neue" Nationalismus der liberal-konservativen Sammlung war also weder ein emanzipatorisch-freiheitlicher noch ein autoritär-monarchischer, sondern zeichnete sich gerade dadurch aus, daß er politische Ordnungsvorstellungen, die an bestimmte historische Epochen gebunden waren, als sekundär einstufte. Gewiß war die ganze liberal-konservative Sammlung an die parlamentarische Republik als Staatsform *ralliiert* und lehnte die konterrevolutionären Umtriebe der extremen Rechten ab. Ihre oberste Loyalität, die bei den alten Republikanern noch gleichermaßen auf die Nation und die Republik verteilt war, galt aber einzig der *France totale*, wie es im Parteiprogramm der FR hieß. Deshalb hatte sie die innere Einheit, d.h. den Verzicht auf pluralistischen Interessenaustausch, ideologisiert

---

[129] Der Briefwechsel mit dem beinamputierten André Maginot ist erhalten im Nachlaß Madelin in: AN 355, AP 5, dort ein Brief von Maginot an Madelin vom 7.1.1927, wo er diesen zu den AD-Fraktionstreffen der *gauche radicale, gauche indépendante, gauche démocratique* und *républicains de gauche* einlud.

[130] Vgl. Brief des Marschalls Lyautey an Madelin vom 27.1.1930, in: AN 355, AP 5, und Brief von Désiré Ferry an Madelin vom 5.2.1930: „Votre nom, après celui de Barrès, ralliait toutes les sympathies." In: AN 355, AP 4.

[131] Gabriel Hanotaux, Fustel de Coulanges et le temps présent, in: RDDM vom 1.3.1923, S.34-57.

und mit einem ethnischen Verständnis der Nation verbunden. Zu dieser gehörte jeder Franzose gleich welcher Religion, also auch die von Maurras gehaßten Protestanten und Juden, solange er die universalistische Sendung der Nation in der Weltgeschichte anerkannte und unterstützte. Deshalb kann dieser Nationalismus als integral bezeichnet werden, da er keine anderen Loyalitäten neben sich duldete, d.h. weder den Papst, einen Thronfolger noch die Republik, und alle „Nicht-Patrioten", d.h. „Pazifisten" und „Internationalisten" von der nationalen Gemeinschaft ausschloß. Seine von Marin bis zur obstruktiven Opposition gesteigerte Umsetzung in der Tagespolitik nach 1928 führte schließlich zu einer der schwersten Krisen der FR, weil ihre liberalen Kräfte, vor allem die liberalen Katholiken, die nationalistische Intransigenz im politischen Tagesgeschäft nicht duldeten. Es wäre jedoch ein Mißverständnis, diesen liberalen Abweichlern den „neuen" Nationalismus deshalb grundsätzlich abzusprechen. Sie waren gleichermaßen von ihm durchdrungen, nur zeichnete sich ihr politisches Handeln durch Pragmatismus und nicht Dogmatismus aus, weshalb sie Teile ihrer Forderungen im Interesse des Regierungserhaltes hintanstellten[132].

2. Nationalismus II: Jeanne d'Arc als Symbol des neuen Nationalismus

Jeanne d'Arc im Spannungsfeld der deux France

Wenn man sich der Figur der lothringischen Bauerntochter Jeanne aus Domrémy aus der Sicht einer bestimmten politischen Strömung nähern will, so steht man zunächst vor der Problematik, daß wohl nur wenige historische Persönlichkeiten der Weltgeschichte eine so umstrittene Deutung erfahren haben wie diese. Nicht nur auf Grund der spätmittelalterlichen Quellenlage, sondern auch wegen ihres Eintritts in unterschiedliche kollektive Erinnerungen ist es fraglich, ob eine wirkliche Historisierung Jeanne d'Arcs überhaupt erfolgen kann, oder ob sie nicht immer Teil einer antagonistischen, um ihre Deutung ringenden Geschichtsschreibung bleiben muß. Insofern ist es schwierig, die besondere Rolle der Jeanne d'Arc für die politische Kultur der liberal-konservativen Sammlung zu erklären, da man deren subjektive Interpretation nicht von einer vermeintlich objektiv richtigen Anschauung abheben kann, sondern sie als Teil des mythographischen Kampfes um die Deutungshoheit über Jeanne d'Arc begreifen muß.

Es ist das Verdienst von Gerd Krumeich, auf die vor allem im 19. Jahrhundert erfolgte Wiederentdeckung Jeanne d'Arcs und ihre gleichzeitige Bedeutung für

---

[132] Ein Beispiel ist hier der zum liberalen Flügel zählende Jacques Bardoux. Als der britische Konservative Lord Rothermere 1927 in der *Daily Mail* Artikel veröffentlichte, die den *Status quo* in Mitteleuropa, v.a. die neugegründeten Staaten der *Petite Entente* in Frage stellten, schrieb Bardoux in gemäßigtem Ton, aber inhaltlich intransigent an der Versailler Ordnung festhaltend, am 11.12.1927 in *Le Temps* einen Artikel gegen die „imprudences britanniques" und unterstrich damit, wie sehr auch für ihn die Versailler Ordnung eine unverrückbare Grundlage für Europa war.

den französischen Nationalismus hingewiesen zu haben[133]. Ein Ergebnis seiner Studie war, daß die geschichtliche Einordnung der Jeanne grob entlang der schon im vorigen Kapitel beschriebenen Linien der *deux France*, d.h. eines „rechten" und „linken" Nationalismus erfolgte und, so Krumeich, bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs immer wieder eine „gesellschaftliche Sprengkraft" anzunehmen vermochte[134]. Im Ringen um die Interpretation der Jungfrau von Orléans spiegelte sich gleichsam der weltanschaulich-ideologische Kampf zwischen *Gauche* und *Droite* und trug damit *eo ipso* zur Vertiefung dieser kulturellen Gräben bei. Der Mythos der Jeanne d'Arc hatte also, obgleich sie immer wieder als Versöhnungsfigur konzipierte wurde, in Wahrheit eine eher disjunktive[135] denn eine synthetische Wirkung entfaltet. Man hat daher in der Forschung auch mit Recht die Formen der „rechten" und „linken" Interpretation und Erinnerung der Jeanne gesondert untersucht, wobei entgegen mancher Urteile zu betonen ist, daß auch die republikanische Linke Jeanne als *fille du peuple* zu den genealogischen Ahnen der Republik gezählt und eine monopolisierende Annektierung der Figur durch die Rechte zu verhindern versucht hat[136].

Wenn man sich nun nach dem „interpretatorischen Ort" der *Progressisten* und der ALP in diesem Spannungsfeld fragt, so ist zunächst festzustellen, daß beide in dieser „kulturellen" Frage in ihre jeweilige ideengeschichtliche Ursprungstradition zurückpendelten, die *Progressisten* in die der *Gauche*, die ALP in jene der *Droite*. Gerade deshalb lohnt es sich, kurz näher auf die geäußerten Vorstellungen einzugehen.

Die Deutung der Jeanne d'Arc in den Reihen der ALP erfolgte im Horizont einer konservativ-katholischen Sammlungsbewegung: Man betrachtete, wie im gesamten katholischen Lager vom liberalen *Correspondant* über die fundamentalkatholische *La Croix* bis zur *AF*, Jeanne d'Arc als Repräsentantin des katholischen und spirituell-patriotischen Frankreich, in der „vénération chrétienne et patriotique" zusammenflossen. Jeanne d'Arc verkörperte ein Zeitalter französischer Größe und Tapferkeit und bildete den Kontrapunkt zum Modernismus und Materialismus der Dritten Republik[137]. Daß Jeanne-d'Arc-Feiern den Charakter eines Festes der katholischen Sammlung annehmen konnten, zeigte sich nicht nur in den öffentlichen Stellung-

---

[133] Krumeich, Jeanne d'Arc.

[134] Ibidem, S. 10. Selbst in der lothringischen Heimat der Jeanne d'Arc war ihre Erinnerung zwischen Laizisten und Katholiken heftig umstritten, vgl. Barral, L'Esprit lorrain, S. 101f.

[135] So schon der radikale Philosoph Alain, Jeanne d'Arc, Sept propos, Eintrag vom 17.6.1912, zitiert nach Krumeich, Jeanne d'Arc, S. 215.

[136] Vgl. Contamine, Jeanne d'Arc dans la mémoire des Droites, auf deutsch in: Jeanne d'Arc oder Wie Geschichte eine Figur konstruiert, Zoppi, Jeanne d'Arc et les Républicains, sowie Krumeich, Jeanne d'Arc, S. 190, der Sanson, La „Fête de Jeanne d'Arc" en 1894, widerspricht.

[137] *La Libre Parole* vom 21.5.1914. Die antirepublikanische Tendenz der Jeanne-d'Arc-Feiern hatte sich schon 1877 gezeigt, als die Monarchisten ihren Feiertag als Gegenprojekt zu der republikanischen Ehrung Voltaires durchsetzen wollten. Die besondere Pointe lag sicherlich darin, daß Voltaire ein eher kritisches Buch über die Jungfrau von Orléans verfaßt hatte. Vgl. Contamine, Jeanne d'Arc dans la mémoire des Droites, S. 182. Allgemein zur Jeanne d'Arc als Erinnerungsfigur des katholischen Lagers vgl. Mc William, Conflicting Manifestations: Parisian Commemoration of Joan of Arc and Etienne Dolet, Mc Millan, Reclaiming a Martyr: French Catholics and the Cult of Joan of Arc, und Boudon, La figure de Jeanne d'Arc chez les catholiques français.

nahmen zu den Feierlichkeiten, sondern besonders im Festritual, das zu ihrer Verehrung veranstaltet wurde. Der alljährliche Festumzug in Paris zum *Place des Pyramides* wurde von der nationalistischen *Ligue des Patriotes* durchgeführt, sowohl die ALP wie auch ihre Jugendabteilung, die *Jeunesses républicaines libérales et patriotes*, stellten darin aber eine eigene Abteilung und partizipierten somit aktiv an der Zeremonie. Rituell erwies sich die Jeanne d'Arc-Feier somit als nationalistisch-katholisches Kristallisationsereignis, an dem zusätzlich auch noch die katholische Hierarchie, mit Bischof Odelin als Vorsitzendem aller französischen Jeanne-d'Arc-Vereine, und die im Stechschritt (*pas cadencé*) marschierende Jugend des Vereinskatholizismus und der Patronagen beteiligt war[138]. Die Jeanne-d'Arc-Feier in Paris war also nicht das Fest, das die nationale Einheit feierte, sondern dasjenige, das die katholische Einheit zementierte. Wenn daher Rituale und Symbole einen entscheidenden Bestandteil der politischen Kultur einer Partei ausmachen, so offenbarte sich die ALP in dieser Hinsicht als Teil der rechten Kultur; im Jeanne-d'Arc-Kult manifestierte sich *par excellence* ihr katholisch-konservativer Charakter [139].

Dies galt im übrigen nicht nur für Paris, sondern für ganz Frankreich. Je mehr sich in bestimmten katholischen Gegenden ein katholisches Lager oder erste Ansätze zu einem katholischen Milieu herausbildeten, desto weniger waren dort Unterschiede in den Reihen der Katholiken als solche zu erkennen. Liberalkatholische, integralistische und monarchistische Positionen hatten sich zu einem Amalgam verbunden, das die Verteidigung der katholischen Weltanschauung, die *défense-religieuse*, durch Umzüge und Zeremonien für Jeanne d'Arc zu ritualisieren versuchte. Es spielte dabei kaum eine Rolle, daß liberale Kräfte, wie z.B. Bischof Pagis von Verdun, in der Tradition von Erzbischof Dupanloup dem Handeln Jeannes eine im Grunde andersartige politische Deutung beimaßen als ein Charles Maurras von der AF. Während der erstere nämlich aus ihrem Kampf den Respekt der herrschenden Ordnung, d.h. der Republik im Sinne des *Ralliements* ableiten wollte, rief Maurras mit dem gleichen historischen Bezug zum Sturz dieser „antifranzösischen Ordnung" auf[140]. Diese Differenzen verblaßten jedoch angesichts der weltanschaulich-kulturellen Konflikte seit der Dreyfus-Affäre, und die Katholiken schienen in ihren Formulierungen und ihrem Ritual zu Ehren Jeanne d'Arcs einer einzigen, reaktionär-antirepublikanischen Bewegung anzugehören[141].

---

[138] *La Libre Parole* vom 23.5. und 25.5.1914. Maurras schrieb dazu an Barrès am 12.2.1914, in: Barrès/Maurras, La République ou le Roi, S.538: „Pujo personnifie cette action directe qui a rendu Paris au culte de Jeanne d'Arc."

[139] Darunter z.B. der Schriftsteller und Kommentator der *Libre Parole*, Joseph Denais, nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen ALP-Deputierten, der aber ebenfalls eine führende Rolle im konservativ-katholischen Lager hatte, v.a. in seinen antifreimaurerischen Verbänden. Vgl. Brief von Paul Déroulède an Denais, wo er für den 14.7.1908 zum „gegenrepublikanischen" Marsch zur Jeanne-d'Arc-Statue einlud, Brief vom 12.7.1908, in: AN 488 AP 11.

[140] Die Aufforderung von Pagis bei Krumeich, Jeanne d'Arc, S.209, zur AF vgl. Weber, Action Française, S.108, und die Erörterung einiger Artikel von Maurras bei Contamine, Jeanne d'Arc dans la mémoire des Droites, S.200–203.

[141] Le Roy Ladurie berichtet, seine Familie habe zur Jeanne-d'Arc-Feier 1909 zwar die Trikolore gehißt, zuvor aber die Buchstaben RF für *République Française* entfernt, in: ders., Mémoires, S.23.

Auf der anderen Seite, im Lager der Republikaner, hatte es bereits in der frühen Republik Versuche gegeben, Jeanne d'Arc als „republikanische Heldin" zu feiern und aus ihrem Fest ein Pendant zum Nationalfeiertag des 14. Juli zu machen[142]. Ein derartiges Unterfangen war aber 1884 und 1894 am Widerstand des Senats gescheitert. Die heftigen ideologischen Erschütterungen der Dreyfus-Affäre und die allmähliche Monopolisierung Jeanne d'Arcs durch die katholische Rechte verhinderten in der Folgezeit, daß noch irgendein Republikaner es wagte, einen offiziellen Jeanne-d'Arc-Feiertag einführen zu wollen. Es schien gewissermaßen, als ob die kollektive Erinnerung und die zeremonielle Feier der Jungfrau ein Privileg der *Droite* geworden war, der *ralliierten* wie der monarchistischen. In diese Entwicklung hinein unternahmen es führende Mitglieder des liberalen *Progressismus* – Edouard Aynard und Gabriel Hanotaux, ein ehemaliger Weggefährte von Jules Méline – Jeanne d'Arc im Zeichen des *nationalist revival* der Vorkriegszeit zu einer Versöhnungsfigur für alle Franzosen zu konzipieren. Hanotaux, von Hause aus Historiker, begann zunächst damit, durch eine eigene, „wissenschaftlich-historisierende[143]" Interpretation der Jeanne-d'Arc-Geschichte die beiden „Mythen" in der rechten und linken kollektiven Erinnerung an die *Pucelle* aufzulösen. Das Ergebnis seiner Untersuchung war die Erkenntnis, daß weder die rechte noch die linke Lesart der Geschichte Jeannes zutreffe, sondern daß Jeanne als Person die Verkörperung der ewigen *âme française* gewesen, daß sie mithin weder allein katholisch-royalistisch noch egalitär-demokratisch zu verstehen sei. Denn, so Hanotaux, nur durch ihren Impuls seien die großen Zeiten der französischen Geschichte, von Franz I. über Ludwig XIV. bis zur Französischen Revolution faktisch und ideell möglich gewesen[144]. Mit diesem Kunstgriff hatte Hanotaux damit genau denselben Brückenschlag vollzogen, den Giraud und Madelin ein paar Jahre später anläßlich der Interpretation des Ersten Weltkriegs als Telos der französischen Nationalgeschichte vollziehen sollten (s. o.). Ohne sich explizit auf Maurice Barrès zu beziehen, hatte er dessen neuen Nationalismus, der alle französischen „Seelenkräfte" verband, in einer die *deux France* versöhnenden Form übernommen und Jeanne d'Arc gewissermaßen als Kristallisationspunkt der nationalen Einheit und der *âme française* entworfen[145].

Einem Historiker wie Hanotaux war sicherlich klar, daß er mit seiner wissenschaftlichen Publikation weder einen plötzlichen Meinungswechsel erzeugen, noch die existierenden Gräben angesichts der tiefen kulturellen und mentalen Verankerung der beiden Jeanne-d'Arc-Vorstellungen überwinden konnte. In der Ma-

---

142 Für das folgende Krumeich, Jeanne d'Arc, S. 184–199.

143 Gabriel Hanotaux, Jeanne d'Arc, VI: La condamnation, le jugement des juges, le jugement de l'histoire, in RDDM vom 1. 8. 1910, S. 481–528, hier S. 524: „Il ne faut pas arracher Jeanne à l'histoire de son temps ni aux réalités environnantes." Die vier anderen Artikel sind eben dort erschienen am 15. 5., 1. 6., 15. 6. und 15. 7. In seinem Tagebuch hielt Hanotaux ausdrücklich die Versöhnungsabsicht seines Werkes fest: „Tenter une conciliation entre les Français, en montrant Jeanne à la fois héroïne et sainte". Eintrag vom 20. 5. 1909, in: ders., Carnets, S. 39.

144 Ibidem, S. 527: „Par elle, la France de François I, de Louis XIV et de la Révolution ait été possible, pour l'étonnement et la splendeur du monde."

145 Von Hanotaux beeinflußt, wenngleich etwas nationalistischer, ist der Artikel von Louis Marin, Jeanne d'Arc, in *Les marches de l'Est* vom 15. 5. 1912.

nier eines Honoratiorenpolitikers hatte er aber zunächst die ideellen Grundlagen für ein weiteres Vorgehen gelegt, das kulturpolitisch ansetzen und die kollektiven Erinnerungen langsam durch wissenschaftliche Erkenntnis auflösen sollte. Ein nächster Schritt erfolgte im Mai 1912, als der ehemalige *ralliierte* und jetzt *progressistische* Abgeordnete Georges Berry[146] einen Antrag zur Wiederaufnahme der Vorlage zur Einrichtung eines Jeanne-d'Arc-Feiertags in der Kammer einbrachte. Dies war der erste Versuch seit 1894 und führte immerhin zur Etablierung einer Kommission unter dem Vorsitz von Edouard Aynard, einem liberalen *Progressisten* aus Lyon[147]. Bei allen beiden war mehr als offensichtlich, daß sie an die Ideen von Hanotaux anknüpften, nun aber nicht nur auf einer theoretischen, sondern einer praktischen Ebene vorgehen wollten. Um Jeanne d'Arc zu einer nationalen Integrationsfigur zu machen, mußte ihr Feiertag zu einem *nationalen* Feiertag gewandelt werden, d.h. er mußte in erster Linie „entkatholisiert" und für alle Republikaner akzeptabel gemacht werden. Aynard schrieb in seinem Bericht: „Jeanne d'Arc est à nous tous [...] . Le jour de sa fête sera celui d'une trêve des partis, unis dans le sentiment de la grandeur et de la perpétuité de la nation."[148] Da man wußte, wie wenig historische Erkenntnis gegenüber einer in Ritualen internalisierten kollektiven Erinnerung wog, sollte die Einrichtung eines Feiertages als kulturpolitische Maßnahme dienen, um diesem neuen Nationalismus eine eigene, für Republikaner und Katholiken tragbare symbolische Basis zu geben. Er sollte eine „eigene" politische Kultur entwickeln, die in der Feier der *Pucelle* die Gräben Frankreichs rituell zuschüttete. Mit etwas anderen Worten, aber ganz in der Tradition des Denkens von Barrès formulierte Berry dazu: „Jeanne d'Arc personnifie l'unique religion qui ne comprend pas d'athées, la religion de la Patrie"[149]. Trotz der Bemühungen Berrys und Aynards gelang es jedoch nicht, ihren Vorschlag in der Kammer gegen die radikale Mehrheit durchzubringen. Der Jeanne-d'Arc-Feiertag als ein überpolitischer Feiertag, nicht nur in dem Sinn, daß er alle Franzosen versammeln, sondern daß er auch ihre politischen Kulturen verbinden konnte, mußte vor dem Ersten Weltkrieg noch ein Desiderat bleiben.

Die Jeanne-d'Arc-Feier als Symbol des „neuen Nationalismus" in den 1920er Jahren

Während des Ersten Weltkriegs hatte sich an der oben skizzierten Dichotomie der Jeanne-d'Arc-Deutung zunächst nichts wesentliches geändert. Jeanne d'Arc war weiterhin nur in Verbindung mit dezidiert katholischen Symbolen wie dem *Sacré-*

---

[146] Berry war kein „klassischer" *Progressist* wie Méline oder Motte, sondern ein ralliierter Monarchist aus Paris, der nach 1898 die Republik anerkannte und sich von der ALP und den Monarchisten distanzierte.

[147] Aynard hatte 1912 in Zusammenarbeit mit den Katholiken aus Lyon ebenfalls schon versucht, den 2. Sonntag im Mai als Feiertag für Jeanne d'Arc durchzusetzen. Vgl. Ponson, Les catholiques lyonnais, S. 58.

[148] Zitiert nach Krumeich, Jeanne d'Arc, S. 199, der diesen Ansatz als „zentristisch" bezeichnet. Der *Progressist* Thierry hat auf die Artikel von Hanotaux hin von einem Versuch in Marseille berichtet, den Klerus zu überzeugen, aus dem Festtag eine „fête harmonieuse et appartenant à tous [...] avec la cocarde tricolore" zu machen, zitiert nach Hanotaux, Carnets, Eintrag vom 25.5.1910, S. 46.

[149] Ibidem.

Cœur oder dem Lilienbanner aufgetaucht, ihr Festtag wurde immer noch allein vom Klerus und dem Vereinskatholizismus begangen[150]. Die Feier in Notre-Dame von Paris 1917 sowie der anschließende Umzug der *Ligue des Patriotes*, der Turner der FGSPF und der *Comités royalistes* zur Jeanne-Statue am *Place des Pyramides* führten mehr als deutlich die Kohärenz des konservativ-katholischen Lagers vor Augen[151]. Dennoch äußerten vor allem die nationalkatholischen Käfte innerhalb des katholischen Lagers wie der Bonapartist Baudrillart oder liberalkatholische Zeitungen wie der *Eclair* das zunehmende Verlangen, den Jeanne-d'Arc-Feiertag als einen nationalen Feiertag der Wiederversöhnung zu begehen und die katholische Exklusivität aufzugeben[152]. Selbst in der eher intransigenten *Libre Parole* wurde ihr Feiertag als „fête nationale" gefordert, da sich in Jeanne „toutes les intelligences et toutes les âmes françaises" wiederfinden könnten[153].

Dieser Forderung trug die Dynamik der ersten drei Nachkriegsjahre in einer bemerkenswerten Geschwindigkeit Rechnung. Auf der einen Seite war die laizistische Regierung Clemenceau überzeugt, daß man auf Grund des patriotischen Verhaltens des katholischen Klerus im Kriege diesem ein Zeichen der Versöhnung anbieten müsse und ließ daher am 18. Mai 1919 zum ersten Mal nationale Feiern zu Ehren von Jeanne d'Arc abhalten[154]. Andererseits schien sich auch Papst Benedikt XV. seiner Unbeliebtheit in Frankreich, auch bei den Katholiken, auf Grund seiner Friedensnote von 1917 bewußt zu sein. Er ließ die anhängige Prüfung der für eine Kanonisierung notwendigen Wunderheilungen Jeannes wieder aufnehmen (März 1919) und erklärte sie einen Monat später in Gegenwart französischer Kriegerwitwen, die gleichsam das geschändete, aber siegreiche Frankreich verkörperten, für rechtmäßig[155]. Am 16. Mai 1920 fand die offizielle Zeremonie der Heiligsprechung Jeanne d'Arcs in Rom statt, an der der gesamte höhere französische Klerus sowie 80 katholische Abgeordnete, die meisten aus der ERD, unter Führung General de Castelnaus teilnahmen[156]. Ein Jahr später wurde auch von der französischen Regierung der zweite Sonntag im Mai als nationaler Feiertag der Jeanne d'Arc beschlossen, auf Antrag des ERD-Abgeordneten Maurice Barrès.

Obwohl die treibenden Kräfte hinter dieser Entwicklung, der Papst bzw. die Regierungen Clemenceau und Millerand, nur zum Teil von der liberal-konservativen Sammlung beeinflußt waren, konnte sich in der republikanischen Konzilianz

---

150 Ibidem, S. 218ff.

151 *La Croix* vom 22.5.1917. Deutlich klerikal auch der 12. Kongreß der Fédération Jeanne d'Arc unter Bischof Ginisty von Verdun, wo u.a. der Integralist Jean Guiraud sprach, *La Croix* vom 30.5.1916.

152 So Baudrillart bezüglich seiner Aktivität während des Krieges im Rückblick, Eintrag zum 15.5.1920, in: Carnets, S. 480. Ähnlich auch das Buch des liberalkatholischen Bischofs von Orléans, Touchet, La Sainte de la Patrie.

153 *La Libre Parole* vom 13.7.1918.

154 So Clemenceau zu Baudrillart, Eintrag am 30.3.1919, in: Baudrillart, Carnets, S. 133.

155 Vgl. Georges Goyau, Les Etapes d'une gloire religieuse – Jeanne d'Arc, II, in: RDDM vom 1.5.1920, S. 167–204. Auch hier hatte Hanotaux im April 1915 den Papst dazu gedrängt, vgl. Eintrag vom 10.4.1915, in: Hanotaux, Carnets, S. 133.

156 Die Beschreibung der Zeremonie und der Vorbereitungen bei de las Cases, Ephémérides, S. 177–179. Neben de Castelnau führten de las Cases (für das Zentralmassiv) und de Tinguy (für die Bretagne) die Abgeordneten an.

gegenüber einer katholischen Heiligen und der päpstlichen Konzilianz gegenüber einer französischen Patriotin die ERD und später die FR in besonderem Maße wiederfinden. Erneut war es der liberale Historiker Hanotaux, der in einer Gesamteinschätzung der Heiligsprechung Jeanne d'Arcs dafür die intellektuellen Grundlagen legte[157]. Er betonte dabei, daß sich der *caractère sacré* der Heiligen und der *caractère laïque* der lothringischen Bauerntochter nicht ausschlössen, sondern im Gegenteil zu *einem* Symbol der französischen „Freiheitsmission" geronnen seien. Deshalb könne sich in ihrer Ehrung durch den Papst auch der Ruhm der französischen Nation wiederfinden, so wie umgekehrt auch der Papst sich am heroischen Charakter der *fille du peuple* erfreut habe[158]. Französische „Freiheitsmission", d.h. politische und kulturelle Hegemonie Frankreichs im Nachkriegseuropa und die Heiligsprechung Jeanne d'Arcs waren damit unentwirrbar miteinander verbunden: „La défaite de notre ennemi et la canonisation de Jeanne d'Arc sont deux faits connexes."[159]

In den Reihen der liberal-konservativen Sammlung hatte man schnell erkannt, daß im Gegensatz zu vielen Figuren der französischen Geschichte Jeanne d'Arc ein hohes Versöhnungspotential für alle bürgerlich-nationalen Franzosen mit sich führte. Sie barg in sich gleichermaßen das volkstümlich-emanzipatorische wie das patriotisch-katholische Element und gehörte obendrein einer fernen Zeit an, die weder absolutistisch noch revolutionär geprägt war. Während sich nämlich jene Jahre zwischen 1661 und 1870 bei der Suche nach gemeinsamen Erinnerungssymbolen oder -orten wohl als ein wahres Minenfeld für liberal-konservative Politiker erwiesen hätten, konnte man in der „mittelalterlichen" Jeanne d'Arc den Geist der nationalen Republik von 1919 präfiguriert sehen[160]. Mit ihr als Symbol des siegreichen Frankreich konnten sich alle Franzosen die Hand reichen[161]. *Progressisten* wie Louis Madelin wurden daher auch nicht müde, gerade auf katholischen Ver-

---

157 Gabriel Hanotaux, La Canonisation de Jeanne d'Arc, in: RDDM vom 15.8.1920, S.673-694.

158 „Par l'accroisement de l'honneur de Jeanne d'Arc sera accru l'honneur de la nation française et de ses vertus militaires", der Papst habe laut Hanotaux zum Bischof Touchet von Orléans gesagt: „Nous trouvons si juste que le souvenir de Jeanne d'Arc enflamme l'amour des Français pour leur patrie", ibidem, S.690/1. Gegenüber Baudrillart äußerte Hanotaux, daß ihn an der Papstrede vor allem dessen Wortgebrauch *patriote* erfreut habe, Eintrag vom 15.5.1920, in: Baudrillart, Carnets, S.479.

159 Ibidem.

160 Zu einem ähnlichen Ergebnis ist Alan Confino in seiner Untersuchung für Feiertage in Württemberg während des Kaiserreiches gekommen. Während sich der noch frische Sedanstag in der Erinnerungskultur nicht durchsetzen konnte, hatte die Konzeption einer tief ins Mittelalter reichenden Heimatidee als transtemporale und transpolitische Vorstellung großen Erfolg. Vgl. Confino, The Nation as a local Metaphor, S.186ff.

161 So formulierte es Maurice Barrès zum Feiertag von Jeanne d'Arc am 14.4.1920 mit folgender Begründung: „Il n'y a pas un Français quelle que soit son opinion religieuse, politique ou philosophique dont Jeanne d'Arc ne satisfasse les vénérations profondes [...]. Ainsi tous les partis peuvent réclamer Jeanne d'Arc. Mais elle les dépasse tous. Nul ne peut la confisquer. C'est autour de sa bannière radieuse que peut s'accomplir aujourd'hui comme il y a cinq siècles, le miracle de la réconciliation nationale. Comme à Bouvines, comme à Denain, comme à Valmy [...] toutes les forces de la nation se sont redressés pour bouter dehors l'ennemi 1914-18." *La Libre Parole* vom 14.4.1920.

anstaltungen ab 1919 diese integrierende Funktion des Jeanne-d'Arc-Kultes in den Vordergrund zu stellen und auf eine Allianz der Katholiken mit den „nationalen" Republikanern zu drängen[162]. Noch 1927, als die Aufregung um den neuen Feiertag deutlich nachgelassen hatte, reklamierte *La Nation*, die Parteizeitung der FR, die Feier der Jeanne d'Arc als Ergebnis der vor ihr selbst vertretenen Versöhnung und beanspruchte damit ein gewisses Monopol auf ihre Symbolkraft[163].

Jeanne d'Arc wurde somit zu einem Kristallisationspunkt der liberal-konservativen Sammlung, weil sie auf eine effektive Art die oben beschriebene Synthese der *deux France* im neuen Nationalismus als Symbol und in dem mit ihr verbundenen Festritual verkörperte: „Jeanne d'Arc appartient à tous; elle est peuple; elle est nationale [...] La Fête nationale de Jeanne d'Arc, c'est la fête du patriotisme"[164]. Als Fest mit nationalkatholischem Hintergrund war sie die ideale Ergänzung zum nationalrepublikanischen 14. Juli und somit geeignet, die Brücke zwischen allen *patriotes* zu schlagen[165]. Obwohl sicher nicht nur die Vertreter der ERD/FR diese Vorstellung vertraten, blieb die liberal-konservative Sammlung jedoch die einzige politische Gruppierung, die daraus eine eigene kulturpolitische Konzeption gemacht, weiterentwickelt und politisch instrumentalisiert hatte. Die Zeitung des langjährigen *Progressisten* und Trägers der liberal-konservativen Sammlung im Doubs, des Marquis de Moustier, rief daher alle Franzosen auf, Jeanne d'Arc öffentlich und nicht nur in der Messe der katholischen Kirche zu feiern. Denn: „ C'est, qu'en effet, Jeanne d'Arc n'est la prisonnière ou la propriété d'aucun parti [...] son nom soit le cri de ralliement."[166] Der nationale Jeanne-d'Arc-Kult war so einerseits Ausdruck und Beweis einer gesellschaftlichen Versöhnung von *Gauche* und *Droite*, und andererseits eine *conditio sine qua non* für den Zusammenhalt der beiden Traditionslinien innerhalb der liberal-konservativen Sammlung. Auch in ihm manifestierte sich eine „neue" nationalistische Kultur, die im Kern antipluralistisch war, d.h. einen Deutungsstreit von rechts und links ablehnte[167]. Diese zu generieren, zu verbreiten und zu konservieren wurde zum Anliegen einer politischen Strömung, die wie die liberal-konservative Sammlung ianusköpfig in beiden Lagern verwurzelt war. Der Jeanne-d'Arc-Kult sollte daher die dem „neuen" Nationalismus noch fehlende symbolische Basis bieten, um diesen in der Bevölkerung zu verbreiten.

Auch die liberal-konservative Sammlung mußte jedoch erfahren, daß sich eine neue Kultur nicht einfach von oben oktroyieren läßt, auch nicht im Ritual. Eine

---

[162] Madelin sprach auf Wunsch von Georges Goyau bei den sozialkatholischen *Semaines Sociales* 1919 und auf Wunsch von René Bazin bei der *Union régionale de l'Ouest* (ACJF) 1920. Vgl. Brief von Goyau an Madelin vom 19.6.1919, in: AN 355, AP 4, Brief Bazin an Madelin vom 19.2.1920, in: AN 355, AP 1.

[163] *La Nation* vom 7.5.1927.

[164] So die *progressistische Dépêche républicaine* vom 10.5.1927.

[165] So betonte es auch der ERD-Abgeordnete Gaborit in seinem Bericht in der Kammer zum Jeanne- d'Arc-Feiertag am 24.6.1920: Im Nationalfeiertag vom 14.7. zelebriere man „la liberté, qui est un droit", im Nationalfeiertag für Jeanne „le patriotisme, qui est un devoir." JO, Documents parlementaires, Chambre, 1920, Nr. 1007.

[166] *La Dépêche Républicaine* vom 26.5.1919.

[167] Daher sprach *La Dépêche Républicaine* auch von den „guten Franzosen", die Jeanne d'Arc feiern, z.B. am 9.5.1921: „C'est la fête de tous les bons Français."

staatliche Feiertagsregelung sorgte als kulturpolitische Maßnahme an sich noch nicht dafür, daß die tradierten politischen Kulturen von *Droite* und *Gauche* zu bestehen aufhörten. So verliefen die ersten nationalen Feierlichkeiten zu Ehren Jeanne d'Arcs im Mai 1921, nach der Heiligsprechung Jeannes, zwar einträchtig; die Zivilgewalt, Veteranenverbände und der Klerus begingen den Feiertag gemeinsam in Orléans und Paris, und nur die *Camelots du Roi* der AF sorgten für kleinere Zwischenfälle, die den national-republikanischen Konsens der anderen Gruppen im übrigen aber nicht verhinderten[168]. Zum ersten Mal nahm auch ein Minister der Republik, der ERD-Abgeordnete Bonnevay, gemeinsam mit dem päpstlichen Legaten di Belmonte an den großen Feierlichkeiten in Orléans teil und brach damit mit einer republikanischen Tradition, gemäß der sich die Minister der Republik an den von der Kirche veranstalteten Jeanne-d'Arc-Feiern nicht beteiligen durften[169].

Bereits in den beiden Folgejahren traten jedoch Veränderungen auf und die Jeanne-d'Arc-Feiern tendierten zunehmend wieder dazu, rein katholische Feste zu werden. Die quantitative Dominanz von Neomonarchisten und Klerikern untergrub die integrierende Symbolkraft der Jeanne-d'Arc-Feier und verschreckte gemäßigte Liberale, v.a. im Umfeld der *Alliance Démocratique*. Selbst für einen katholischen Priester wie Kardinal Baudrillart, dem kirchlichen Verbindungsmann der ERD, machte die Jeanne-d'Arc-Feier einen zu „klerikalen" Eindruck, weshalb er den Versöhnungsgehalt der Figur 1922 bereits verblichen sah[170]. Der ERD-Abgeordnete Louis Dubois hielt sogar mit Kritik an dieser klerikal-monarchistischen Vereinnahmung des Feiertags nicht zurück und sah die integrierende Wirkung des Feiertages und seine Symbolkraft verpufft[171]. Ein Polizeibericht bestätigt darüber hinaus, daß republikanische Gemeinderäte angesichts der klerikalen Dominanz des Feiertages in bestimmten Regionen sogar zu laizistischen Gegenoffensiven übergingen[172]. Damit war eingetreten, was viele *Progressisten* und liberale Katholiken befürchtet hatten, nämlich daß Jeanne d'Arc wieder zu einer Symbolfigur des katholischen Lagers wurde und erneut disjunktiv auf den *Bloc National* und seine Mentalität der *Union Sacrée* zu wirken begann. Die ERD nahm daher im folgenden eine ambivalente Haltung zwischen einer prinzipiellen Bejahung des Jeanne-d'Arc-Kultes und der Verneinung seiner Ausschlachtung durch klerikale und monarchistische Kreise ein. Nach 1923 führte dies sogar zu einem Verstummen der liberal-konservativen Presse bei diesem Thema, da sie Gefahr lief, sich mit der extremen Rechten zu kompromittieren. Hatte man 1920 noch vor allem auf Seiten der liberalen Katholiken die rituelle Kraft des Jeanne-d'Arc-Kultes ge-

---

168 So Kardinal Baudrillart, Eintrag vom 9.5.1921, Carnets, S.800, und der Polizeibericht vom 4.5.1925 in: AN, F/7 13213 (im Rückblick)

169 Unter heftigem Protest der Logen und Freimaurer, die darin ein unerhörtes Novum sahen: „C'est la revanche de l'Eglise sur l'Etat laïque." So Marcel Huart auf dem Kongreß des *Grand Orient* de France in Paris 1922. Sein Bericht findet sich in: AN, F/7 12949.

170 So Baudrillart, Eintrag vom 14.5.1922, Carnets, S.175, und vom 17.5.1923, S.512. Er habe den Eindruck, dies sei der Tag der *curés* gegen den 14.7.!

171 Zitiert von Baudrillart, ibidem.

172 Bericht vom 9.5.1923 in: AN, F/7 12952.

priesen[173], so führten die Erfahrungen der Jahre 1922 und 1923 zu einer tiefen Skepsis darüber. Als am 11. Mai 1924 die Kammerwahlen auf den gleichen Sonntag fielen, an dem die Jeanne-d'Arc-Feier stattfinden sollte, ließ die Regierung Poincaré, in der immerhin drei ERD-Minister saßen, die Feierlichkeiten absagen, da sie Ausschreitungen zwischen Kommunisten und der AF befürchtete. Dieser Haltung schloß sich nicht nur die gesamte ERD an, sondern selbst das nationalkatholische *Echo de Paris* unterstützte diese Maßnahme, zum großen Bedauern der fundamentalkatholischen *La Croix* im übrigen[174].

War also der Versuch der liberal-konservativen Sammlung, aus dem Kult der Jeanne d'Arc ein eigenes Symbol und Ritual für alle sogenannten nationalen Republikaner zu schaffen, gescheitert? Es ist sicher richtig, daß in den 1920er Jahren der Kult nicht die „versöhnende" Wirkung entfalten konnte, die sich viele Mitglieder aus ERD und FR erhofft hatten. Er blieb ein Kult des katholischen Frankreich, das, wie wir gesehen hatten, zwar weitaus mehr in die nationale Gemeinschaft integriert war als vor 1914, aber dennoch weiterhin eine politische Kultur der *Droite* fortführte. Dies galt zumal nach dem Sieg des Linkskartells 1924, als die Katholiken unter General de Castelnau wieder in eine defensive Lagerbildung zurückpendelten. Paradigmatisch hierfür kann der Festumzug der *Union catholique diocésaine de l'Aisne* in Laon 1928 stehen, der unter der Führung des Bischofs von Laon, de Castelnaus und Colonel Schwerers (AF) mit 10000 Teilnehmern zuerst zum Ehrendenkmal der Weltkriegstoten und dann zur Jeanne-d'Arc-Statue marschiert ist[175]. Letztere war damit wieder zu einem symbolischen Kristallisationspunkt der katholischen Einheit im Kampf gegen die Ausdehnung des laizistischen Staates geworden und stand gerade nicht mehr für eine die *deux France* versöhnende Figur[176]. Diese Tradition hat sich bis heute fortgesetzt, da die Feier des Jeanne-d'Arc-Tages weiterhin ein Privileg von Klerikalen und des rechtsextremen *Front National* ist. Gleichwohl ist die von Jeanne d'Arc ausgehende konvergierende Kraft auf diejenigen, die sich 1919 als nationale Republikaner bezeichneten, nicht zu unterschätzen. Wenn also der Jeanne-d'Arc-Kult es auch nicht vermocht hat, ein kulturelles Versöhnungsritual der *deux France* zu generieren und dauerhaft in der Gesellschaft zu verankern, so stand dahinter doch der Versuch v. a. liberal-konservativer Politiker, eine in der kollektiven Erinnerung lange Zeit umstrittene Figur als Symbol nationaler Eintracht zu konzipieren und zu verbreiten, um dem nationalistischen Konsens der *Union Sacrée* ein Fest und Ritual zu geben und ihn möglichst lange in die Friedenszeit hineinzutragen.

---

[173] Vor allem der ALP-Abgeordnete Pierre Lenail aus Lyon in *Bulletin de l'ALP* vom 1. 6. 1920, sowie de Magallon am 15. 5. 1920 (mit deutlich reaktionären Zügen), sehr viel zurückhaltender *Bulletin de la FR* vom Mai-Juni 1920.

[174] *Echo de Paris* vom 12. 5. 1924, Kritik der AF vom 9. 5. und *La Croix* vom 10. 5., diese Diskrepanz zwischen nationalkatholischer und neomonarchistischer Presse vermerkte sogar die *sûreté*, Bericht vom 4. 5. 1925 in: AN, F/7 13213.

[175] Bericht aus Laon vom 29. 5. 1928 in: AN, F/7 13224.

[176] Vorwurfsvoll gegen die kirchlichen und die Freimaurer-Kreise schrieb die progressistische *Dépêche républicaine* am 10. 5. 1927: „Ceux qui disent: les gens d'église l'ont accaparée [gemeint Jeanne d'Arc], ne réfléchissent pas qu'une idée, un fait historique, un souvenir, n'appartient à une catégorie d'individus que dans la mésure où les autres catégories s'en désintéressent."

3. Politisches Ethos: „Disziplin und Opfer" – der Krieg als Lehrmeister

Die Nationalismen der Vorkriegszeit, die durch unterschiedliche politische Ordnungsmodelle bei *Droite* und *Gauche* gekennzeichnet waren, sind also in der liberal-konservativen Sammlung überwunden worden. Die Nation als höchster Leitwert war weder mit einer zum Ideal stilisierten Republik, noch mit der Monarchie verbunden, sondern konnte, als ewiger Ausdruck der *âme française*, eine überpolitische Existenz beanspruchen. Wenngleich der „neue" Nationalismus also nicht mit einem bestimmten verfassungsrechtlichen *Ordnungsmodell* verwoben war, so verfügte er dennoch über bestimmte *Ordnungsvorstellungen*, die aus einem politischen Ethos resultierten, das der liberal-konservativen Sammlung als handlungsleitender Maxime zu Grunde gelegen hat. Obwohl diese weder in ihrer lockeren Form der ERD noch in der etwas gefestigteren der FR eine ausgearbeitete „Ethik" geschaffen hat, so ist doch ihrer Programmatik, den Reden ihrer Repräsentanten und ihrem politischen Handeln ein solches Ethos inhärent. Dieses Ethos ist mehr als die Summe der privaten Moral der Repräsentanten der ERD und FR und stellt eine eigene Ausdrucksform ihrer politischen Kultur dar. Es unterscheidet sich insofern von einer philosophischen Ethik, als keine stringente Theorie hinter seinen Vorstellungen steht. Es geht aber über Moralvorstellungen von Einzelpersonen hinaus, indem es eine gewisse Lebensweise und bestimmte Verhaltensnormen *politisch* als normativ postuliert und damit den „eigentlichen" Kernbereich der Tagespolitik verläßt. Es ist mithin ein politisches Ethos[177].

Hintergrund dieses gemeinsamen politischen Ethos ist die Erfahrung eines tiefgreifenden sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Wandels im Zuge der Modernisierung, die bei konservativen Republikanern wie bei konservativen Katholiken gleichermaßen das Gefühl einer Wertekrise, bzw. einer „Aushöhlung und Zerfaserung aller überkommenen Kulturwerte" (Ernst Troeltsch) hervorgebracht hatte[178]. Damit wurden Debatten um alltägliche Verhaltensweisen und Normen nicht mehr kasuistisch geführt, sondern gerieten zu prinzipiellen Konflikten ver-

---

[177] Darin liegt auch der Unterschied zu der griechischen Ursprungsbedeutung von to ethos, „Gewohnheit, Sitte".

[178] Zitiert nach Platte, Ethos und Politik bei Ernst Troeltsch, S. 14. Der kulturpessimistische Wandel des französischen Liberalismus, insbesondere der Rechtsliberalen, vor der Jahrhundertwende wäre ein eigenes Themenfeld für eine Untersuchung. Als ein Indiz dafür sei auf das Schwinden des Fortschrittsoptimismus bei der RDDM hingewiesen. Diese hatte noch 1890 die posthum edierte Arbeit von Renan, L'avenir de la science, begrüßt, unter ihrem neuen Chef Brunetière fünf Jahre später aber die Überzeugung von „la banqueroute de la science" angenommen und ein sozialkonservatives „concordat moral" zwischen französischem Bürgertum und der Religion gefordert, um den „Entartungen" des städtischen Lebens Einhalt zu gebieten. Dies ist um so bemerkenswerter, als Brunetière selbst als *voltairien* von der weltanschaulichen Linken kam. Vgl. de Broglie, Histoire politique de la Revue des Deux Mondes, S. 232f. Ein großes Betätigungsfeld dieser Kulturpessimisten war die Zensur und die normative Festschreibung einer öffentlichen Moral, z. B. in den antipornographischen Ligen, vgl. Stora-Lamarre, L'enfer de la III. République, Zum Dekadenzdiskurs im katholischen Bürgertum vgl. Winock, Nationalisme, antisémitisme et fascisme, S. 103–112, und Nguyen, Aux origines, S. 20–93.

schiedener Weltanschauungen und ihrer Lebensentwürfe. Ein besonders markantes Beispiel, das weiter unten in einem eigenen Kapitel abgehandelt werden wird, ist hierfür die Auseinandersetzung zwischen „Malthusianern" und „Natalisten", die beide ihre konkurrierenden Familienentwürfe politisch umgesetzt sehen wollten und daher über ein je eigenes „politisches Ethos" verfügten. Je pluralistischer die Gesellschaft wurde, man denke nur an die Massen- und Freizeitkultur der 1920er Jahre oder die Entstehung einer klassenbewußten Arbeiterbewegung auch in Frankreich, desto grundsätzlicher wurde der politische Streit um normative Moralvorstellungen[179]. Das folgende Kapitel wird zeigen, wie eine bestimmte Interpretation der Kriegsereignisse ein politisches Ethos als Gegenentwurf zu dem sich ausdifferenzierenden Pluralismus der Lebensweisen in der Nachkriegszeit hervorgebracht hat.

Politisches Ethos bei Progressisten und ALP vor 1914?

Zunächst einmal muß man konstatieren, daß weder die *Progressisten* noch die ALP ein eigenes Ethos in ihren politischen Forderungen vor dem Ersten Weltkrieg entwickelt hatten. Diese der politischen Kultur inhärente Frage barg auf beiden Seiten zu viel Sprengstoff, als daß sie hätte behandelt werden können. Auf Grund ihres katholischen Charakters war die aus dem Programm der ALP und den Reden ihrer Vertreter hervortretende Moral eine „christliche" Moral, d.h. sie war in diesem Fall eng an die Lehren des Papstes und der Kirche geknüpft. Die Präferenz des Spirituellen vor dem Materiellen, des Emotionalen vor dem Rationalen und des Gemeinschaftlichen vor dem Individuellen spiegelten den päpstlich vorgegebenen Antimodernismus und Antimaterialismus und beweisen eine enge Verzahnung von Ethik und Dogmatik. Eine Spezifizierung dieser Aussagen, z.B. in bezug auf freiheitliche bzw. patriarchalisch-autoritäre Elemente in den gesellschaftlichen Leitwerten, wurde bewußt unterlassen, da dies zu Konflikten der verschiedenen in der ALP versammelten „Temperamente" geführt hätte, v.a. zwischen dem liberalen Flügel und den konservativen Traditionalisten[180].

Auf der anderen Seite blieben auch die *Progressisten* sehr vage und unbestimmt in ihren allgemeinen Vorstellungen über die gesellschaftliche Moral. Wenngleich sicherlich viele von ihnen die im Entstehen begriffene großstädtische Massenkultur mit ihren volkstümlichen Theatern und Kabaretts, dem Kino und neuen Formen der Unterhaltungsliteratur mißtrauisch beäugten und die modernen Moden der Frauen kritisierten, fanden doch explizit formulierte Dekadenzvorstellungen noch keinen Eingang in ihre politische Programmatik und ihren Wahlkampf. Zu

---

[179] Vgl. Rioux/Sirinelli, Histoire culturelle de la France, Bd.4, S.13f., 56f., 70-87. (Dort auch die Reaktionen der konservativen Presse).

[180] So einigte man sich auf einen sehr vagen Begriff der *autorité*, die als sozialkultureller Leitwert dienen sollte. Eine genauere Betrachtung zeigt aber, daß darunter beim liberalen *L'Eclair*, bei dem bonapartistischen *Le Gaulois* und bei der ultramontanen *La Croix* jeweils unterschiedliches verstanden wurde. Beim ersten die Wiederherstellung einer starken Regierung, beim zweiten die eines starken Mannes, bei der dritten die Unterordnung unter den Papst. Vgl. die Aussagen ebendort am 13., 14. und 15.7.1914.

unterschiedlich waren die Lebenswelten zwischen einem großbürgerlichen Abgeordneten wie Charles Benoist aus dem rapide wachsenden Paris und einem Repräsentanten der ruralen Departements wie z.B. Jules Méline aus den Vogesen oder Joseph Delachenal aus Savoyen, als daß die Rechtsliberalen hier eine gemeinsame Position hätten finden können. Dies hinderte freilich einzelne von ihnen nicht daran, gegen den konstatierten „Sittenverfall" auch legislatorisch vorgehen zu wollen, z.B. durch eine Neugestaltung des Strafrechts. Der FR-Senator René Bérenger, der nicht ohne Grund *père la pudeur* genannt wurde, initiierte große Kampagnen im Umfeld der *Academie des Sciences morales* und des *Musée Social* zur Hebung der öffentlichen Moral, z.B. durch das Verbot „pornographischer" Literatur und Schauspiele[181]. Wenngleich die *Progressisten* also immer noch den Fortschritt in ihrem Namen führten, partizipierten doch auch sie an der kulturpessimistischen Wende, die große Teile des konservativen Frankreich, nicht nur die Katholiken, um die Jahrhundertwende erfaßte[182]. Obwohl diese Wende noch keine parteipolitische Relevanz aufwies, manifestierte sich in ihr doch eine zunehmende Abwehrhaltung der sozialen Eliten gegenüber der Herausbildung einer Massenkultur, die der traditionellen Sozialmoral zu widersprechen schien. Dies sollte ein gemeinsamer Nährboden sein, auf dem sich Rechtsliberale und Katholiken nach dem Ersten Weltkrieg treffen konnten.

Einen ersten Annäherungsschub zwischen *Progressisten* und Katholiken auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Moral brachten die unmittelbaren Vorkriegsjahre, als die internationalen Spannungen (seit 1911) und die Debatte um die Verlängerung des Wehrdienstes auf drei Jahre den öffentlichen Diskurs beherrschten. Die bürgerliche und die katholische Rechte partizipierten dabei an der nationalistisch-spirituellen Kehrtwende der Generation der um 1870–1880 Geborenen, für die sinnbildlich die Konversion eines Charles Peguy oder eines Ernest Psichari zum Katholizismus steht. Peguy und Psichari hatten sich, obwohl alte Dreyfusards und überzeugte Linksrepublikaner, von der rationalistischen Kultur und dem materiellen Fortschrittsglauben abgewandt und priesen dagegen die mystischen Kräfte der Intuition, des Gefühls und, nicht zuletzt, der Religion. Diese als *renouveau spirituel* bezeichnete Strömung war zutiefst anti-intellektuell und überzeugt von der Dekadenz des modernen Frankreich; sie hatte keineswegs nur die jungen Royalisten der AF ergriffen, sondern unter dem Einfluß der Philosophen

---

[181] Vgl. Stora-Lamarre, Le sénateur René Bérenger. Als „pornographisch" galten bereits Theaterstücke, die wie das Stück *maternité* (1903) von Brieux sich für die Abtreibung aussprachen.

[182] Auf Kritik des Sittenverfalls stößt man immer wieder, wenn man die Erinnerungen von Charles Benoist oder das Journal Auguste Isaacs heranzieht. Benoist hatte sich z.B. über den Pariser Sozialisten Jean Bon mokiert, der als einfacher Arbeitersohn auch mit dem Gehrock (*redingote*) und nicht mit dem Anzug im Parlament erschien. Er nannte dies einen „parlementarisme, qui, par l'invasion de ces gens, de ces mœurs, de ce langage et de ces manières [...] était tombé à n'être plus qu'une foire à l'engueulade." In: Benoist, Souvenirs, Bd. 3, S. 205. Isaac beklagte den Sittenverfall der Großstädte, die alkoholisierten und unsolidarischen Massen des Proletariats, anzügliche Theaterstücke etc., Eintrag vom 24.3.1912, Carnets, S. 173. Für die Netzwerke der „Sittenwächter", zu denen auch *Progressisten* wie Georges Picot gehörten, vgl. Stora-Lamare, L'enfer de la III. République, S. 105–125.

Bergson und Blondel auch den christlich-demokratischen *Sillon*[183]. Peguy selbst hatte diese kulturpessimistische Dekadenzvorstellung auf den Punkt gebracht: „Nous avons connu un temps, où quand une bonne femme disait un mot, c'était sa race, son être, son peuple qui parlait, et quand un ouvrier allumait sa cigarette, ce qu'il allait vous dire, ce n'était pas ce que le journal avait dit le matin." [184]

Die neuen Spiritualisten um Peguy und Psichari waren natürlich weder bei den *Progressisten* noch bei der ALP Mitglied geworden, dennoch bot ihre öffentliche Verherrlichung der spirituell-religiösen, teilweise auch bellizistischen Werte für Rechtsliberale und Katholiken einen Anknüpfungspunkt für ihre Kulturkritik[185]. Ihre Werte konnten als ein Gegenentwurf gegen die seit Jahren dominierende rationalistische und individualistische Kultur genutzt werden, der der Verfall der öffentlichen Sitten mit dem Einzug der Massenkultur angelastet wurde. Ein Albert de Mun, der den nationalistischen Kurs des Katholizismus vorbereitet hatte, erwartete bereits 1913 eine „schreckliche, aber fruchtbare Reinigung" der Nation durch den Krieg, der *eo ipso* die spirituellen Kräfte in allen wecken werde[186]. Dies war ein deutlicher Einfluß der Gedanken eines Psichari. Obwohl der spirituelle Kulturpessimismus bis dahin nur punktuell und auf intellektueller Ebene aufgetaucht war, verhalfen ihm dann bereits die ersten Kriegsmonate zu einem rasanten Durchbruch.

Der Erste Weltkrieg und das politische Ethos der liberal-konservativen Sammlung

Es war der greise Albert de Mun, ein *ralliierter* Katholik mit legitimistischen Wurzeln, der in den letzten drei Monaten seines Lebens, vom August bis Oktober 1914, dafür gesorgt hatte, daß die Idee eines aus dem Krieg geborenen politischen Ethos dauerhaft in weiten Kreisen des Katholizismus verbreitet wurde. In seinen fast täglich erscheinenden Leitartikeln im *Echo de Paris* präzisierte er Vorstellungen, die er bereits vor dem Krieg in bezug auf die mentalen Auswirkungen von Kriegsgeschehen angedacht hatte: „La guerre est l'école de la souffrance et du sacrifice". „Leiden" und „Opfer" waren dabei keineswegs negativ konnotiert, sondern galten geradezu als die *primae virtutes* der zukünftigen Generation[187]. Je größer die Entbehrungen der Bevölkerung und vor allem der Soldaten wurden,

---

183 In dieses Umfeld gehört auch die berühmte *Enquête sur les jeunes gens d'aujourdhui* von Henri Massis und Alfred de Tarde, deren Bedeutung zu Recht Winock, Nationalisme, antisémitisme et fascisme, S. 26, gegen die Abwertung bei Becker, 1914: Comment les Français, S. 37, betont. Ein Überblick über die Bewegung bei Agulhon, La République, S. 151-153, Le Goff/Rémond, Histoire de la France religieuse, Bd. 4, S. 101-110, und Gugelot, La Conversion des intellectuels au catholicisme.

184 Zitiert von Jérôme Tharaud/Jean Tharaud, Notre cher Péguy, S. 20.

185 Für die positive Aufnahme der *Cahiers de la Quinzaine* bei Barrès und anderen vgl. ibidem, S. 192ff., für die Rechtsliberalen vgl. Ferdinand Brunetière, Discours de Combat, 1. Serie. Vor allem die junge Generation der gemäßigten Liberalen unterstützte diese Vorstellungen, z. B. um die *Revue de l'Energie française*, vgl. auch den Nachruf auf Peguy in *Echo de Paris* vom 17. 11. 1914. Eine gute Zusammenfassung seines Wirkens bietet immer noch Halévy, Péguy et les Cahiers de la Quinzaine.

186 De Mun, Combats, Bd. 5, S. 216.

187 Die Leitartikel sind gesammelt in De Mun, La Guerre de 1914, Paris 1915.

um so mehr setzte sich diese Idee vom Krieg als heilsamer Katharsis, als spiritueller Erweckung durch die Leidenserfahrung breiter Volksschichten, durch, zumindest an der Heimatfront. Die Vorstellung vom Krieg als „Schule des Lebens" bzw. als „Lehrmeister" knüpfte ferner an die Thesen von Maurice Blondels *De l'Action* (1893) an, und man betrachtete den Krieg als Erzeuger eines neuen Lebensideals, das nicht mehr das Wort oder die Schrift, sondern die Tat und die Handlung an die erste Stelle rückte: *„Discipline, action, devoir, idéalisme patriotique"* sollten die neuen Leitwerte der künftigen Generationen sein[188]. Damit war, wie es Victor Giraud in einem wegweisenden Artikel formulierte, der Sieg über den rational-positivistischen *scientisme* der Vorkriegszeit endlich durch den Krieg besiegelt worden[189]. Die französische *civilisation* hatte sich von ihrer rationalistischen Kultur gelöst und zur *intuition du cœur* als spirituellem Wegweiser zurückgefunden.

Diese Umdeutung der Zivilisationsidee auf der Seite liberal-konservativer Denker[190] war nun einerseits ein wichtiger Schritt für die Entwicklung eines politischen Ethos. Andererseits zeigt sie aber auch, daß die „Kulturdebatte" im Zeitalter der Modernisierung und der Massenkultur keinesfalls ein Privileg der deutschen Geisteswelt war[191]. Von besonderem Interesse hierbei ist, daß die Positionen der deutschen Rechten[192] und der französischen Rechten, bei allen sonstigen Unterschieden, in diesem Punkt parallel verlaufen. So, wie ein Tönnies oder Chamberlain die Kultur als eine der Natur entsprechende Harmonie des „Geistes" und des „Gemüts" beschrieben haben, so betonte auch Giraud, daß in einer *civilisation* die Seele (*l'âme*) das notwendige moralische Gegengewicht zur *raison* sein müsse[193]. Französische wie deutsche Kulturkritiker wiesen eine Entartung der Rationalität und damit eine Dekadenz dem jeweiligen Kriegsgegner zu, der „materialistischen Zivilisation des Westens" bzw. der *Kultur scientiste et matérialiste d'outre-Rhin*. Der Sieg Frankreichs habe, in den Worten Girauds, damit einen Sieg

---

188 Victor Giraud, Ernest Psichari, in: RDDM vom 15.6.1917, S.887–894, und Henri Massis, La Vie d'Ernest. Ganz ähnlich die *Libre Parole* vom 17.5.1918: „L'esprit de sacrifice [...] est la preuve d'un véritable ésprit de guerre [...] la vertu du sacrifice n'est pas seulement surnaturelle et chrétienne, elle est aussi bien efficace dans l'ordre naturel et dans l'évolution des sociétés humaines."

189 Victor Giraud, Un Demi-Siècle de Pensée Française, in: RDDM vom 1.3.1918, S.98–126. Er sprach bei Taine und Renan sogar von einer *superstition de la science*, während er in den Werken von Blondel, Peguy und Psichari den Spiritualismus präfiguriert sah. Ähnlich auch Fonsegrive, De Taine à Péguy (1917), und ders., La Science française (1915).

190 Giraud war ein liberaler Republikaner und Gefolgsmann Gambettas und Mélines gewesen, als Geisteswissenschaftler bei der RDDM hoch angesehen. Auch ein nüchterner *Progressist* wie Charles Benoist teilte jedoch die Auffassung von der spirituellen Erweckung, z.B. in *Chronique de la Quinzaine*, in: RDDM vom 1.5.1917.

191 Vgl. zur deutschen Seite Bollenbeck, Tradition, Avantgarde, Reaktion, und Beßlich, Wege in den „Kulturkrieg". Einen anderen Standpunkt hat in Frankreich die extreme Rechte vertreten, die jegliche Zivilisationsidee als Entfremdung des *homme primitif* ablehnte (Jean Giraudaux, Drieu la Rochelle). Vgl. Guillaume, L'hygiène et le corps, S.517f. Ebenfalls skeptisch gegenüber diesem romantisch-emotionalen Spiritualismus war der Klassizist Maurras.

192 Das folgende beruht auf Stefan Breuer, Ordnungen der Ungleichheit, S.263ff.

193 Giraud, Un Demi-Siècle. Es ist im übrigen bezeichnend, daß zu den Wegbereitern dieses Denkens auch die ehemaligen *ralliés* und liberalen Katholiken De Vogüe und Brunetière gehörten, ersterer zumal durch seine Übersetzungen der Dostojewski-Romane.

des idealistisch-spirituellen über das materialistisch-rationale Prinzip gebracht: „En face de cette Allemagne grossièrement matérialiste [...] la guerre a dressé une France toute nouvelle, [...] qui a puisé dans sa foi ardemment spiritualiste la force de se sacrifier [...]"[194]. Aus der konstruierten Absetzung gegen ein seit Kant und Hegel macht-rationalistisches Deutschland war damit im Krieg die Legitimation für ein neues politisches Ethos in Frankreich geboren, daß den „spirituellen Kräften" in der Gesellschaft eine dominierende Rolle einräumte.

Dieses politische Ethos, das sich dezidiert vom Rationalismus des 18./19. Jahrhunderts abwandte, bot auf einer ethisch-moralischen Ebene die Möglichkeit, die christliche Moral in einer entdogmatisierten Form einzubinden, denn, so Giraud[195], auch die *croyances religieuses* gehörten zu den für die Nachkriegszeit notwendigen *forces spirituelles*. In dieser Konstruktion der spirituellen Wiedergeburt Frankreichs lag gewissermaßen auch das Amalgamierungspotential für kulturkritische *Progressisten* und Katholiken, die sich beide in einer umgedeuteten Zivilisationsidee finden konnten. Zivilisation war für sie nun nicht mehr ein Produkt aus Vernunft, Aufklärung und materiellem Wohlstand, sondern zeichnete sich im Gegenteil durch die Zurückdrängung von Rationalismus und Materialismus und den damit verbundenen Erscheinungen des „Sittenverfalls" aus. Wie fortgeschritten diese Überzeugung war, illustriert die Tatsache, daß trotz einiger Versuche die Bezeichnung „Progressisten" für die Rechtsliberalen nach dem Krieg nicht mehr aufgenommen wurde. Offensichtlich hatte der Terminus seine Aussagekraft, die anfängliche Idee eines graduellen Fortschritts und Zukunftsoptimismus, verloren[196]. Man bezeichnete sich in der ERD nun entweder als *modérés et libéraux* oder als *républicains tout court*; neben den *progrès* im Programm der FR traten zunehmend die Worte *ordre*, *sécurité* und *travail*.

Die geistesgeschichtlichen Wirkungen der spiritualistischen Vorkriegsbewegung und der Adaption ihrer Lehren in der bürgerlich-katholischen Presse während des Krieges zeigten sich daher auch schon sehr früh nach Ende des Krieges in der ERD, als es darum ging, sozialmoralische Lehren für die Politik zu entwickeln. Nun wurde ausformuliert, welche konkreten Inhalte unter den spirituellen Kräften zu verstehen seien. In einem Artikel mit dem bezeichnenden Titel „La renaissance" schrieb der Generalsekretär der FR, Maurice Halay, im August 1919, daß Frankreich nur durch die kriegsbewährte „force morale et physique" wieder auferstehen könne, d.h. durch „l'ordre, l'union, l'action, [...] le sacrifice"[197]. Die *Li-*

---

[194] Ibidem, und Breuer, Ordnungen der Ungleichheit, S. 126. Ganz ähnlich argumentiert auch Charles Benoist, Souvenirs, Bd. 3, S. 443: „L'Allemand sort des Universités tel qu'il sortait autrefois de ses forêts. C'est la différence essentielle entre la culture et la civilisation. [...] La Kultur allemande ne «cultive» que le cerveau, elle laisse l'âme et le cœur en friche."

[195] Giraud, Un Demi-Siècle, S. 120.

[196] Über die Diskussion innerhalb der FR, das Etikett *Progressist* weiter zu führen (wie von Maurice Halays vertreten), vgl. Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 154f., sowie Jean Baudouin in *Bulletin de la FR* Februar 1923 (*L'Epithète nécessaire*). Gegen die Parteispitze um Isaac und Méline versuchte Halays vergeblich, den Begriff *progressiste* (= *républicain partisan du réformisme progressif par opposition au réformisme radical ou socialiste*) aufrechtzuerhalten.

[197] *Bulletin de la FR* vom August 1919. Ähnlich über den neuen „civisme" nach dem Krieg Halay in *Bulletin de la FR* vom Juli 1919.

bre Parole, die auf einem ersten Treffen der ALP-Vertreter 1919 zu dem gemacht wurde, was die *Humanité* für die Sozialisten war, d.h. zur führenden und einflußreichsten Zeitung aller Katholiken, stellte ebenfalls immer wieder die aus christlichem Ursprung herrührenden Tugenden wie *sacrifice, ordre, devoir* beim künftigen Wiederaufbau Frankreichs in den Vordergrund[198]. Das neue Ethos kreiste also um traditionalistische Moralvorstellungen wie „Opferbereitschaft", „Ordnung" und „Pflichtbewußtsein", die die Unterordnung des einzelnen unter ein nationales Interesse vertraten. Es wurde nicht nur im politischen Raum, sondern, wo möglich, auch gesellschaftlich, zumal von der jüngeren Generation, eingefordert. Vor der Abschlußklasse des Jahres 1921 mahnte z.B. Louis Marin die Schüler zur Annahme der „Tugenden der Vorväter", d.h. von Opfer, Pflicht und Einigkeit: „Le sacrifice de la vie est bien toujours le sacrifice suprême". Nur als Nachahmer der Kriegshelden, der „vrais chefs" mit „courage, abnégation, caractère" könnten auch sie weiterhin garantieren, daß Frankreich „le rempart de l'ordre et de la civilisation" bleibe[199]. Die in den Reihen der liberal-konservativen Sammlung propagierte Zivilisationsidee, in der *progressistische* und katholische Traditionslinien konvergierten, hatte also ihren freiheitlich-emanzipatorischen Charakter deutlich verloren, verband sich statt dessen mit einem das persönliche Opfer und die persönliche Unterordnung postulierenden Ethos mit autoritären Zügen[200].

Wie schon für die anderen ideologisch-kulturellen Kongruenzen angemerkt wurde, ist nicht auszuschließen, sondern sogar wahrscheinlich, daß dieses Ethos nicht nur auf Vertreter der liberal-konservativen Sammlung beschränkt blieb, sondern auch Befürworter in anderen politischen und gesellschaftlichen Gruppen fand. Allein entscheidend ist, daß dieses gemeinsame Ethos von der ERD auch politisch instrumentalisiert, d.h. zu einem *politischen* Ethos gemacht worden ist. Insofern war es ein Spezifikum der ERD und später der FR[201]. Zum po-

---

198 Über die Umwandlung der *Libre Parole* vgl. *Bulletin de l'ALP* vom 15.2.1921 auf Antrag Jean Lerolles. Ähnlich argumentiert auch Isaac, der in der Armee den Garanten für „ordre, discipline, obéissance" sieht, Eintrag vom 26.6.1924, Carnets, S.380. Über Peguy als Lehrmeister des Opfertums schreibt René Johannet im liberalkatholischen *Correspondant* vom 10. und 25.9.1919: er habe die „existence du surnaturel" gelehrt und durch seinen Tod vorgelebt.

199 Louis Marin, Discours prononcée à la Distribution des Prix le 19 Juillet 1921 au Lycée Saint-Louis (Ancien collège d'Harcourt), Melun 1921. Auf dem FR-Kongreß vom März 1926 forderte General Hirschauer unter heftigem Beifall der Teilnehmer, daß die Offiziere auch im Frieden die Elite der Nation sein sollten. Bericht vom 11.3.1926 in: AN 317, AP 86.

200 Ganz ähnlich auch ein Beschwerdebrief des späteren JP-Führers Pierre Taittinger von 1921 an Poincaré, wo er bemängelte, daß den Veteranen als Repräsentanten des neuen Frankreich bei der Beerdigung des Marschalls Foch sowie am 11.11. der Ehrenplatz verweigert würde, der ihnen als Ausdruck von „droiture, patriotisme et discipline" zustünde. Der Brief, wohl vom Dezember 1921, ist erhalten in APP, T6 Pierre Taittinger. Für die katholische Traditionslinie, die in die Forderung nach Tugendhaftigkeit, Pflichtbewußtsein und Autorität eingeflossen ist, vgl. auch die Rede von Eugène Duthoit, La crise d'autorité, vor den *Semaines Sociales de Lyon*, abgedruckt in: DC 14 (1925), S.387–411.

201 Ein illustrierendes Beispiel sind die über 140 Gegenstimmen aus der ERD gegen ein Regierungsprojekt, das eine *Médaille militaire commémorative française* für alle Truppenteile, auch rückwärtige Einheiten und den Sanitätsdienst, vorsah. Die ERD-Redner Blaisot und Vandamme wollten die Verdienstmedaille jedoch nur den Fronteinheiten zuerkennen, nicht dem Troß. Die Debatte in JO, Débats, Chambre, 16.3.1920, S.536ff.

litischen „Einsatz" kam es vor allem gegen den sich verstärkenden Sozialismus und Kommunismus, deren pazifistische und „internationalistische" Agitation die Kriegserfolge in Frage zu stellen schien. In der Debatte um die Zusammenlegung der Siegesfeiern am 11. November 1920 mit dem 50. Jahrestag der Republik zeigte sich dieses politische Ethos zum ersten Mal in einer äußerst turbulenten Kammerdebatte. Das von dem ERD-Abgeordneten Maurisson vorgestellte Projekt sah vor, die zeremonielle Bestattung von acht unbekannten Soldaten am Arc-de-Triomphe mit der feierlichen Überführung des Herzens von Gambetta ins Pantheon rituell zu verknüpfen. Damit sollte die Aussöhnung zwischen dem alten (Arc-de-Triomphe) und neuen (Pantheon) Frankreich im Sieg des Jahres 1918 symbolisiert werden. Auf die Einwände des Sozialisten Bracke, man würde die Republik durch diese *Fête militaire* entehren, reagierten mehrere ERD-Abgeordnete, vor allem die Veteranen About, Galli und Kempf, mit Empörung: Die Republik erhalte vielmehr ihren eigentlichen Sinn in der Erinnerung der soldatischen Leistungen, die der Sozialist Bracke, der kein Soldat gewesen sei und dessen Patriotismus äußerst zweifelhaft sei, nicht das Recht habe zu beleidigen[202].

Das politische Ethos der liberal-konservativen Sammlung wurde damit zum ideengeschichtlichen Fundament ihrer Republikvorstellung. Anders als bei der herkömmlichen Sichtweise, die besonders den antimonarchisch-rationalistischen Zug der republikanischen Kultur hervorgehoben hatte, sollte diese neue, „nationale" Republik der ERD die soldatischen Werte und die Erinnerung an Opferbereitschaft und Tapferkeit als Leitwerte ihrer politischen Kultur besitzen: „Le sacrifice a fait la patrie plus grande et plus sacrée"[203]. Es ist offensichtlich, daß diesem Diskurs ein pseudo-religiöser Zug innewohnte, der mit den gleichzeitigen kulthaften Veranstaltungen der Veteranenverbände und dem Veteranengeist (*esprit combattant*) korrespondierte, zumindest im Umfeld der konservativen Veteranenverbände (UNC)[204]. Je enger sich Republik und Kriegsethos für die ERD in einer Art „heiligen" Vorstellung verknüpften, um so heftiger wurde natürlich die Anklage derer, die diese Konstruktion in Frage zu stellen schienen. Die Ausführungen des Sozialisten Bracke wurden, nachdem die eben genannte Kammersitzung im Tumult unterbrochen worden war, daher

---

[202] JO, Débats, Chambre, 8.11.1920, S.3179: „Quand on honore les poilus, on honore la République" (About), „C'est le plus bel hommage qu'on puisse rendre à la République" (Galli), „M. Bracke n'a pas le droit de parler des poilus, il n'a pas fait la guerre" (Kempf), „Un Français n'a pas le droit de parler comme parle M. Bracke" (Josse).

[203] So Maurisson in seinem Bericht am 8.11.1920, JO, Débats, Chambre, S.3178. Ähnlich auch der Wahlaufruf de la Rochefoucaulds 1924: „Assurer au parti de l'ordre le succès qui donnera à la France le moyen de jouir enfin de la victoire, payée du sang de nos 1,5 Mio morts, et d'une paix si péniblement acquise, que menace [...] la folie furieuse et antipatriotique des partis d'extrême-gauche", in: AN 362, AP 149.

[204] Die *Union Nationale des Combattants* UNC wurde 1918 von mehreren führenden Katholiken um Charles Bertrand gegründet. Sie verfügte 1932 über 860000 Mitglieder in Frankreich. Es ist das Verdienst von Hermann Weinreis, Liberale oder autoritäre Republik, S.227-239, auf den Politisierungsprozeß hingewiesen zu haben, den die UNC im Laufe der 1920er Jahre durchlebte und auf Grund dessen sie als „nationalkonservativ" bezeichnet werden kann.

auch als „sacrilège et profanation" bezeichnet, d.h. als Entweihung eines heiligen Prinzips[205].

Damit ist ein weiteres Merkmal des politischen Ethos der liberal-konservativen Sammlung angesprochen, das eben nicht nur ein Gegenkonzept zur rationalistisch-republikanischen Weltanschauung der Vorkriegszeit, sondern in besonderem Maße ein Gegenkonzept zur sich entwickelnden sozialistisch-pazifistischen Arbeiterkultur darstellte. Diese verbreitete sich rasant in den dynamisch wachsenden Vorstädten der Ballungsräume, wo die Landflüchtigen aus den Provinzen und die Einwanderer aus anderen Staaten ein heterogenes Gemisch aus *déracinés* bildeten, die ganz besonders empfänglich für pazifistische, internationalistische und klassenkämpferische Parolen waren[206]. Die sozialistisch-kommunistischen Veteranenverbände (ARAC) sorgten nicht nur für die Verbreitung der den Krieg verdammenden Frontliteratur eines Henri Barbusse, sondern organisierten auch im kulturellen Raum Gedenkfeiern, die dem offiziellen nationalen Konsens der Kriegserinnerung diametral entgegenstanden[207]. Ihre Leitfiguren waren nicht die Generale und die dekorierten Soldaten, sondern die Meuterer, die wie der Kommunist Marty 1917 den Befehl verweigert hatten[208]. Gemeinsam mit den Gewerkschaften forderten diese Gruppen gleichzeitig ein Mehr an Freizeit und Konsum für die lohnabhängige Arbeiterschaft, d.h. staatliche Drückung der Weizenpreise, Reduktion der Wochenarbeitszeit etc. Allenthalben schossen Konsumkooperative aus dem Boden, bei denen die durch die Demobilisierungswelle arbeitslos gewordenen Frauen die Hauptrolle gespielt zu haben scheinen und die die wiedereingeführte Marktwirtschaft und den Ansteig des Preisniveaus zu boykottieren suchten[209]. All diese Gruppen standen damit für eine großstädtische Unterschicht, für die der Krieg den Bankrott der bürgerlich-kapitalistischen Welt bewiesen hatte

---

[205] So der Baron de Lyons, ibidem. Mit der gleichen Begründung hatten auch die sieben Bloc-National-Kandidaten des Calvados den Radikalen *député sortant* Lecherpy 1919 von ihrer Liste ausgeschlossen: „Il n'a pas payé l'impôt du sang. Il a perdu le droit de voter les autres impôts", zitiert nach Quellien, Bleus, Blancs, Rouges, S. 264.

[206] Einige anschauliche Beispiele mögen genügen: Die Banlieue von Paris wuchs zwischen 1911 und 1931 von 1,4 Mio. Einwohnern auf 2,2 Mio, allein Bobigny von 1173 (1901) auf 17373 (1931); ebenso wuchs Villeurbanne (Lyon) von 43000 (1914) auf 78000 (1936). Die Zahl der zugewanderten Personen in Bobigny betrug 1925 über 60%, vgl. Fourcaut, Bobigny, banlieue rouge. Über die Einwanderer in Lothringen, die zum Kommunismus neigten, vgl. Longwy, immigrés et prolétaires, 1880–1980, und über die Wohnverhältnisse vgl. Magri, Housing.

[207] Für den ideengeschichtlichen Hintergrund der kommunistischen Anführer vgl. Relinger, Henri Barbusse, Ginsburg, Raymond Lefebvre et les origines du communisme français. Eine soziale Studie ist Barzman, Dockers, métallos, ménagères.

[208] Der Kommunist Cachin sagte auf dem Kongreß von Tours am 27.12.1920: „Le Bloc National est enivré d'idées guerrières", zitiert nach Girault/Robert, 1920, Le congrès de Tours, S. 45. Die kommunistischen Meuterer Marty und Badina und der streikende Eisenbahner Midol wurden, obwohl sie als Verurteilte nicht wählbar waren, vom PCF zu Wahlen aufgestellt und erzielten z.B. im proletarischen 20. Arrondissement von Paris über 70% der Stimmen.

[209] Die beiden Studien von Barzman, Entre l'émeute, la manifestation et la concertation, und Stovall, Du vieux et du neuf, haben nachgewiesen, daß sich in diesen Kooperativen gewerkschaftlicher Sozialprotest, traditionelle Brot- und Getreideunruhen und politische Agitation der Sozialisten verdichtet haben.

und deren Lehren aus dem Krieg zu denjenigen der liberal-konservativen Politiker genau spiegelverkehrt waren: Nicht Opferbreitschaft, Disziplin und Arbeit, sondern das Recht auf Freizeit, persönliche Entfaltung und Erhalt des Lohnniveaus bildeten die Leitwerte der Arbeiterkultur.

Ohne Zweifel war das von der liberal-konservativen Sammlung eingeforderte politische Ethos damit nicht nur gegen die Sozialisten, sondern auch gegen die im Entstehen begriffene Arbeiterkultur gerichtet. So verlangte Jules Méline in der Debatte um Aufrechterhaltung oder Abschaffung des Acht-Stunden-Tages von allen Franzosen den gleichen Einsatz bei der Aufbauarbeit wie an der Front, d.h. „sacrifice" und „travail" – „tout leur temps et toutes leurs forces" – statt Freizeit und Konsum, wie von den Sozialisten und Gewerkschaften gefordert: „L'oisif est un criminel, un traitre à la patrie."[210] Soziale Zugeständnisse sollten allein denjenigen gemacht werden, die ihre Opferbereitschaft und ihr Pflichtbewußtsein gegenüber dem Vaterland bewiesen hatten, also vor allem den Veteranen und unter ihnen besonders den Kriegsversehrten. Für staatliche Unterstützung kinderreicher Familien von Kriegsversehrten und deren privilegierte Anstellung im Staatsdienst plädierten z.B. der selbst beinamputierte ERD-Abgeordnete Taurines (Loire) sowie Join-Lambert und About (beide ERD)[211]. Die Kriegsversehrten wurden geradezu zu einem Symbol für die selbstentsagende Opferbereitschaft vieler Franzosen, die von der liberal-konservativen Sammlung den „unverdienten" Forderungen der in ihren Augen ohnehin selten mobilisierten Industriearbeiter gegenübergestellt wurde[212]. Gleichzeitig lehnte die ERD in bemerkenswerter Geschlossenheit im Februar 1920 die *amnestie intégrale* für alle Fahnenflüchtigen von 1917 ab, da ihr Verhalten, wie General de Castelnau betonte, nicht dem auf alle Zeiten gültigen Motto der Armee entsprochen hätte: „La garde meurt, mais elle ne se rend pas."[213] Auch vier Jahre später, als die Kartellregierung auf Druck des linken Flügels die Amnestierung von Caillaux und Malvy beschloß und 700 wegen Streikens suspendierte Eisenbahnarbeiter wieder einstellte, stand die URD geschlossen gegen das Regierungsprojekt. Da sie keine parlamentarische Mehrheit hatte, versuchte sie, mit einer Welle von *amendements* den Gesetzesvorschlag zu verwässern und hinauszuzögern, wobei die scharfen Angriffe ihrer Redner gegen die *embusqués* Caillaux und Malvy sogar zu handgreiflichen Auseinandersetzungen im Parlament führten[214].

---

[210] *Bulletin de la FR* vom Februar 1920.

[211] Taurines sagte am 26.4.1921, JO, Débats, Chambre, S.1969: „Le mutilé a gravi le plus haut échelon à l'école du sacrifice", ähnlich About in: JO, Débats, Chambre, 28.4.1921, S.2172 und 2182. Den Kriegsversehrten sollte ein Recht auf privilegierte Einstellung zustehen, so Taittinger und Join-Lambert am 26.4.1921, JO, Débats, Chambre, S.2172ff.

[212] Ein anderer Fall ist die im Oktober 1919 verhandelte Amnestierung von Fahnenflüchtigen. Gegen die allgemeine Amnestie brachte der *Progressist* Georges Bonnefous ein *amendement* ein, das die nicht selbst gestellten Fahnenflüchtigen ausnahm, um eine *hiérarchie morale* zwischen denen zu wahren, die ihre Pflicht erfüllt haben, und denen, die dies nicht taten. Das *amendement* wurde mit einer breiten „rechten" Mehrheit von 321 zu 125 Stimmen angenommen. JO, Débats, Chambre, 18.10.1919, S.5218.

[213] JO, Débats, Chambre, 26.2.1920, S.339.

[214] Die Debatte zog sich vom 19.6.1924 bis zum Ende der Sitzungsperiode im Juli, vgl. Bonnefous, Histoire, S.35.

Je mehr das politische Ethos seine Kohäsionskräfte innerhalb der liberal-konservativen Sammlung entfaltete, um so mehr entwickelte es eine normative Wirkung auch auf die Programmatik und die Statuten. Man huldigte auf den Kongressen der FR ab 1925 nämlich nicht nur mit konstanter Regelmäßigkeit der Opferbereitschaft und den nationalen Tugenden[215], sondern selbst im Parteiprogramm der FR tauchten als Prinzipien der *politique intérieure* nun „les forces morales et spirituelles" auf, ja man sah sich sogar selbst in einer „tradition spiritualiste" stehen. Das politische Ethos, das die liberal-konservativen Politiker vertraten, hatte damit Eintritt in das Parteiprogramm gefunden und war bald zu einem so festen Konsens geronnen, daß es kaum einer politischen Entscheidung in ihren Reihen *nicht* zugrundelag. Es drückte daher auch mehr als nur den Kampf gegen Kommunismus und Sozialismus aus und hatte sich gewissermaßen zu einem Gegenkonzept gegen eine faktische Entwicklung der kulturellen Moderne herausgebildet. In seiner schroffen Ablehnung der „Amerikanisierung"[216] der Sitten, d.h. vor allem einer als hedonistisch gebrandmarkten Freizeit- und Konsumkultur und einem damit verbundenen grenzenlosen Individualismus, und seinen diametral entgegengesetzten Vorschlägen war es nicht mehr nur kulturkritisch, sondern in einem weiteren Sinne kulturpessimistisch[217].

Besonders deutlich zeigte sich dies zwischen 1925 und 1928, während der Diskussion um die sogenannten *dettes interalliées*, d.h. die Rückzahlung der Kredite, die Frankreich während des Krieges in den USA und Großbritannien aufgenommen hatte. Die emotional besonders heftig geführte Debatte hatte sich an der Loslösung der Rückzahlung der französischen Kredite vom Eintreffen der deutschen Reparationszahlungen im sogenannten Mellon-Bérenger-Abkommen vom 29. April 1926 entzündet. War das Deutsche Reich zahlungsunfähig, so hätte das siegreiche Frankreich dennoch seine Tilgungen weiter fortsetzen müssen, was in

---

215 Z.B. der Bericht von Guy de Montjou auf dem Kongreß von 1926 über *La Défense Nationale*, der Offiziere und ihre Tapferkeit als das Rückrat des Landes pries, in: AN 317 AP, 75.

216 Über den Wandel des Amerika-Bildes im Zuge des Antimodernismus vgl. die ablehnende Haltung gegenüber der standardisierten Massengesellschaft als Gefahr für Familie und Staat durch Lucien Romier, Vues sur les Etats-Unis, in: RDDM vom 1.9. und 15.9.1927, S.56–75, hier S.73. Die Selbstabgrenzung gegenüber der politischen Kultur Amerikas, an der die FR an vorderster Stelle teilnahm, d.h. gegen die „suprématie de l'industrie et de la banque sur la vie entière de l'époque", wird umfassend zum ersten Mal bei Aron/Dandieu, Le Cancer américain (1931), und Duhamel, Scènes de la vie future (1930), dargestellt. Marin griff deren Kritik an den USA, die vor allem nach dem Hoover-Moratorium 1931 laut geworden war, auf und formulierte auf dem Parteitag 1933: „Horrible nous paraît cet état d'esprit matérialiste, sectaire où aboutissent inévitablement ceux qui entrent en lutte contre la spiritualité", ein Abzug seiner Rede in: AN 317, AP 79. Einführend zur Problematik Guerlain, Dead again: anti-americanism in France.

217 Dies zeigt auch die von Anne-Marie Duranton-Crabol, De l'antiamericanisme en France vers 1930, durchgeführte Untersuchung über die Rezeption des Buches von Georges Duhamel. Die ausgewerteten Statements lassen erkennen, daß Amerika als Verkörperung der Auflösung der bürgerlichen Welt des alten Europa galt, ja als eigenes Ordnungsmodell gefaßt wurde, das Europa bedrohte. In besonderem Maße betonten dies der FR-nahe Redakteur der RDDM, Chaumeix, sowie der FR-Vize-Präsident Bardoux, die von einer *rupture* zwischen der europäischen Zivilisation und Amerika sprachen.

den Augen vieler Franzosen das Ergebnis des Krieges auf den Kopf gestellt hätte[218]. Ohne auf die besonderen Umstände der Verhandlungen und die tiefe Spaltung innerhalb der FR einzugehen[219], ist dennoch auf die Argumentation zu schauen, die in geradezu paradigmatischer Art und Weise vom Parteivorsitzenden der FR/URD, Louis Marin, entwickelt wurde. Eine Anerkennung der französischen Schulden ohne Junktim mit den deutschen Reparationszahlungen war für ihn nämlich nichts anderes als ein nachträglicher Triumph des Deutschen Reiches und einer internationalen Finanzwelt, die ihre Interessen auf Kosten der kleinen Leute durchsetzte. Diese „ploutocratie internationale"[220] verkörpere ein materialistisch-kapitalistisches Gesellschaftsbild, das den Menschen allein auf seinen ökonomischen Wert reduziere und keine moralischen Maßstäbe anlege, vor allem nicht jene, die sich auf den Schlachtfeldern des Krieges bewährt hätten: „Il faut que nous proclamions que les vies humaines, les qualités morales, les efforts prodigieux, les actes d'héroisme qui ont été accomplis sur les champs de bataille compensent largement l'argent qui a été prêté."[221]

Diese Argumentation führte sogar soweit, daß Marin den 47 000 gefallenen US-Amerikanern die 1,7 Millionen Toten auf französischer Seite und die gleiche Zahl an Kriegsversehrten gegenüberstellte, die im gemeinsamen Kampf für die Freiheit als Opfer gebracht worden waren. Auf Grund der höheren *moralischen* Leistung Frankreichs seien deshalb die Schulden zu erlassen oder zumindest an die deutschen Zahlungen zu koppeln. Daß hinter Marins Forderungen nicht nur ökonomisch motivierte Zahlungsunwilligkeit steckte, sondern eine kulturpessimistische Haltung gegen eine Gesellschaft mit finanzkapitalistischen Spielregeln, drückte er an anderer Stelle sogar noch deutlicher aus, wenn er die Republik der Geschäftsleute (*gens d'affaires*) nach amerikanischem Vorbild als „bourgeoisie décadente" des Überschusses und des Konsums bezeichnete[222]. In dieser Argumentation ist deutlich erkennbar, wie Marin sein politisches Ethos und seine Leitwerte als normative Basis der internationalen Politik zugrundelegte und damit ein Gegenbild zu einer sich verkapitalisierenden Welt entwarf: „La guerre de 1914–1918 [...] n'a pas été faite pour ce triomphe du matérialisme sur l'ésprit. Elle n'a pas eu pour but l'apothéose du dollar."[223]

---

[218] Zur Problematik vgl. Artaud, La question des dettes interalliées, Knipping, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära.

[219] Vgl. dazu unten Kapitel VII.3. Die Spaltung erfolgte nicht aus prinzipiellen Differenzen, sondern um die Frage nach pragmatischer oder intransigenter Politik gegenüber den USA.

[220] So der Generalsekretär Jean Guiter in einer undatierten Notiz zum Mellon-Bérenger-Abkommen mit der Überschrift *Angoisses*, vermutlich vor dem Sommer 1927, in: AN 317, AP 75.

[221] Daneben wurde Marin in seiner Kampagne von fast allen Veteranenvereinigungen unterstützt, gleich welcher politischen Couleur. Höhepunkt war ein nationales Treffen aller AC am 17.7.1926 unter dem Vorsitz von Jean Goy, der 1924 noch auf einer FR-Liste für die Wahlen kandidiert hatte. Vgl. Prost, Les Anciens Combattants, Bd. 1, S. 100.

[222] L'Eternel Communisme et sa Menace, présente par Louis Marin. Discours prononcé le 25 mai 1925 à la séance d'ouverture du Congrès annuel de la Société d'Economie sociale, S. 31f.

[223] So der langjährige Freund Marins und Redakteur von *La Nation*, Georges Ducroq, in *La Nation* vom 16.7.1927. Ganz ähnlich auch der FR-Vorsitzende aus der Rhône, Per-

Zusammenfassend kann man sagen, daß die liberal-konservative Sammlung eine der Kriegserfahrung entlehnte Moral zum politischen Ethos verformt hat. Politisches Ethos heißt, daß es der ERD nicht darum ging, dem einzelnen ein *agathon* vorzuschreiben, sondern zu definieren, wie der einzelne dem *bonum commune* dienen könne. Die Definition wiederum, und darin lag die Besonderheit der liberal-konservativen Sammlung, wurde nicht mehr aus humanistischen Prinzipien der Revolution, wie bei der *Gauche*, bzw. autoritär-religiösen Prinzipien, wie bei der *Droite*, gewonnen, sondern explizit aus der geschichtlichen Erfahrung. Geschichtliche Erfahrung meinte dabei zuallererst die Erfahrung des Weltkriegs, der ja ohnehin als Telos der französischen Nationalgeschichte begriffen wurde. Da der Weltkrieg wohl in der Erfahrung der allermeisten als opfervoller, mühseliger und entbehrungsreicher Vorgang empfunden wurde, war die Lehre für liberal-konservative Politiker, daß genau in diesen „Tugenden" das Geheimrezept französischer Stärke stecke: Opferbereitschaft, Ordnung und Pflichtbewußtsein sollten der Maßstab individuellen und politischen Handelns sein. Die Anspannung aller nationalen Kräfte sollte daher nicht nur für den Krieg gelten, sondern auch in den Frieden hinübergerettet werden[224].

Mit der Politisierung dieser Grundüberzeugung und ihrem Eingang in die Tagespolitik haben ERD und FR ein kulturpessimistisches Gegenkonzept gegen moderne Formen der Massen- und Freizeitkultur entworfen. Dies geschah in einem weiteren Rahmen der kulturellen Auseinandersetzung mit der Modernisierung seit der Jahrhundertwende, wurde jedoch durch den Krieg entscheidend katalysiert. Der Krieg als „Lehrmeister" spiritueller Werte wie Opfer, Tugend und Ordnung konnte dabei als ein durch den Sieg positiv bestätigter Kontrapunkt zur modernen Massenkultur dienen[225]. Darin zeigt sich gewissermaßen der kulturelle Ort der liberal-konservativen Sammlung in den 1920er Jahren, da sie alle nichttraditionalistischen Verhaltensweisen ablehnte und ihnen ein positives Ideal gegenüberstellte, nämlich eben jenes politische Ethos. Als gewonnener Krieg hatte der Erste Weltkrieg für sie bestätigt, daß Leitwerte wie *sacrifice, ordre, discipline, travail* nicht nur der privaten, sondern der öffentlichen Moral angehörten. Da sich dieses Ethos, als empirisch deduziertes, sowohl von der ethischen Dogmatik der Kirche wie von der humanistischen Dogmatik der Aufklärung gelöst hatte, konnten sich darin kulturkritisch-liberale und konservativ-katholische Konzeptionen zu einem allgemeinen Kulturpessimismus verbinden[226]. Dieser Kulturpessimis-

---

ret, an Marin, vom 19.8.1926: „Les conditions actuelles (sc. des dettes interalliés) et la façon dont elle sont présentées, sont inadmissibles. C'est une insulte à nos morts." Brief in: AN 317, AP 249.

224 Dafür entwickelten führende Repräsentanten der ERD und FR wie Paul Chassaigne-Goyon auch soziale Verbände: er war Präsident der *Union des pères et mères dont les fils sont morts pour la patrie.*

225 Ein Tagebuch-Eintrag von Isaac bringt dies auf den Punkt: „La guerre est un admirable exercice de patience, de discipline, de dévouement, d'honneur, de loyauté et d'esprit de sacrifice", Eintrag vom 16.1.1929, Carnets, S. 487.

226 In ungewöhnlicher Deutlichkeit formulierte dies der Oberstleutnant Josse (FR, Gauche républicaine) im Senat am 13.7.1927 in der hitzigen Debatte über die Wahlrechtsreform: „J'ai la conviction que la décadence de notre pays correspond à la disparition progressive de la morale chrétienne." Zitiert nach *La Croix* vom 14.7.1927.

mus und seine Ordnungs*vorstellungen* bildeten das Fundament des „neuen" Nationalismus, der ja, wie oben gesehen, gerade nicht mehr an politische Ordnungs*modelle* geknüpft war. Statt eines republikanisch-freiheitlichen oder eines autoritär-monarchischen Nationalismus war in der ERD/FR der „neue" Nationalismus auf moralischer Grundlage entstanden.

Politisches Ethos und Kulturpessimismus waren, weshalb sie häufig übersehen worden sind, in den Jahren nach dem Sieg 1919 stets nur unterschwellig zu spüren und keine antirepublikanischen „Kampfmaschinen" wie zur gleichen Zeit in der Weimarer Republik[227]. Dennoch gehörten sie als handlungsleitende Denkmuster zur politischen Kultur der liberal-konservativen Sammlung und bestimmten deren politisches Handeln in innen- und außenpolitischen Fragen, die die Bewältigung des Krieges in irgendeiner Form betrafen. In seiner weltanschaulichen Basis und seiner Argumentation stimmte dieses politische Ethos durchaus mit demjenigen überein, das in den Reihen der konservativen Veteranenverbände zur gleichen Zeit – wie von Antoine Prost beschrieben – gepflegt wurde[228]. Wie Prost und Weinreis bereits herausgearbeitet haben[229], folgte dieser Harmonie in der Vorstellungswelt jedoch nur sehr selten eine entsprechende Verankerung in den gesellschaftlichen Strukturen. Höhepunkt der Annäherung von FR und UNC war die Teilnahme Marins als Pensionsminister am nationalen UNC-Kongreß im Juni 1928 in St. Malo, wo er unter Rückgriff auf das oben vorgestellte Weltbild bei den Veteranen gegen das interalliierte Schuldenabkommen sprach[230]. Ansonsten wiesen Veteranenverbände und FR-Komitees nur selten Personalunionen auf, und gerade die konservativen Veteranengruppen bemühten sich sehr, ihre „unpolitische" Tendenz beizubehalten. Der FR als größter Partei der parlamentarischen Rechten gelang es daher nicht, sich substrukturell mit dem Veteranenmilieu zu verflechten und damit eine breite vorpolitische Basis für ihre Partei zu schaffen.

Abschließend ist noch zu ergänzen, daß das politische Ethos der FR, zumindest während des Untersuchungszeitraums, keine militaristischen Züge annahm. Eine offen militaristische Sprache, wie sie bei den deutschen Konservativen vorherrschte, verwendete die FR nie, auch wenn sie die schulische *préparation militaire* und die Aufrüstung als die Basis einer nationalen Außenpolitik pries[231]. In den 1920er

---

[227] Deshalb hat Klaus-Jürgen Müller zu Recht darauf hingewiesen, daß Kriegserinnerung und Veteranenkultur in Frankreich im Unterschied zu Deutschland ein stabilisierender Faktor waren, in: ders., La mémoire des guerres, S. 3f. und 64–68.

[228] Vgl. Prost, Les Anciens Combattants, Bd. 3, S. 55–61 und 146–151.

[229] Prost, Les Anciens Combattants, Bd. 2, S. 207f., und für die Parteikritik Bd. 3, S. 131–134, Weinreis, Liberale oder autoritäre Republik, S. 204–213.

[230] Vgl. Weinreis, Liberale oder autoritäre Republik, S. 235.

[231] Stellvertretend hierfür seien die regelmäßig erscheinenden Artikel des Commandant Sorb in *La Nation* genannt, in denen das deutsche Bedrohungspotential (!) in z. T. bizarren Zügen vorgeführt wird. Diese Artikel und auch die Debatten auf den FR-Kongressen zeigen eine Hochschätzung des Militärs und eine strikte Verteidigungsbereitschaft, sie sind aber nicht militaristisch in der Definition von Alfred Vagt, weil sie militärische Institutionen und Formen nicht höher stellten als zivile. Gegen den zunehmenden Pazifismus in der französischen Gesellschaft vertrat man lediglich die Position, daß zwischen Zivilem und Militärischem ein gesundes Gleichgewicht herrschen müsse. Zum Militarismus und der Definition Vagts vgl. Kittel, Provinz zwischen Reich und Republik, S. 262, und von Bredow, Moderner Militarismus.

Jahren wirkte das politische Ethos, das ja in den republikanischen Konsens eingebunden war, deshalb nicht destabilisierend auf die parlamentarische Demokratie. Erst in den 1930er Jahren trat es, je mehr in der französischen Außenpolitik aus dem gewonnenen Krieg ein verlorener Friede wurde, als eine eigene Alternative zur republikanischen Kultur hervor. Am Ende dieser Entwicklung stand oftmals der völlige Bruch mit der Dritten Republik, wie z. B. im Falle der späteren Vichy-Minister Vallat oder Henriot, die lange Zeit als Kriegsveteranen das politische Ethos im Vorstand der FR verkörpert hatten. Aber auch Widerstandskämpfer, wie der langjährige Vizepräsident der FR, Camille Blaisot, hatten zu diesem Zeitpunkt mit der republikanischen Kultur gebrochen. Kurz vor seiner Deportation nach Dachau schrieb er im Juni 1940 an Louis Madelin, daß die Staatsschule der Hauptschuldige an der Niederlage 1940 sei, da die pazifistischen Lehrer es versäumt hätten, den Schülern Opfertum, Disziplin und Vaterlandskult zu predigen[232].

4. Antikommunismus und Antisozialismus: Selbstabgrenzung durch die Entwicklung eines Freund-Feind-Denkens

Die europäische Zwischenkriegszeit wird in der jüngeren Forschung immer mehr als eine Zeit gewaltsamen Konflikts und militanter Organisation, ja gar als eines „fast permanenten Bürgerkriegs" betrachtet[233]. Der Krieg habe, so fährt die Argumentation fort, durch die bloße Existenz von Waffen und die Kampferfahrung eines nicht unerheblichen Teils der männlichen Bevölkerung ein physisches und psychisches Gewaltpotential in die Gesellschaften der Nachkriegszeit hineingetragen, das im Zuge sozialer und kultureller Krisen für den politischen Kampf instrumentalisiert werden konnte. Dieser innergesellschaftliche Kampf konnte besonders dann bürgerkriegsähnliche Zustände annehmen, wenn sich radikale Bewegungen der extremen Linken und der extremen Rechten gegenseitig dynamisierten und das Straßenbild beherrschten[234]. Die Verlagerung der Politik auf die Straße, ihre gewaltsame Austragung durch Parteimilizen und die Aushebelung der friedlichen politischen Willensbildung in den Institutionen eines Verfassungsstaates, kurz die Auflösung des liberalen Systems, scheinen zumindest in den durch das Kriegsergebnis zu den „Verlierern" zu zählenden Ländern ein epochenspezifisches Phänomen dargestellt zu haben. Da Frankreich zu den großen Gewinnern des Krieges zählte, machte sich diese Problematik dort lange nicht so stark bemerkbar wie anderswo, und erst die Mitte der 1930er Jahre gewonnene Einsicht, daß man den Krieg zwar gewonnen, den Frieden aber verloren habe[235], stimulierte auch dort antiliberale und totalitäre Bewegungen.

---

[232] Blaisot an Madelin, 24. 9. 1940, in: AN 355, AP 5: „Le patriotisme a été bafoué par les maîtres à l'école. Les jeunes Français ont désappris qu'une patrie veut que l'on meure pour elle. Il faut remettre le culte de la patrie dans les âmes et réapprendre au peuple à prier Dieu."

[233] So bei Mai, Europa 1918–1939, S. 168, und Wirsching, Political Violence in France and Italy.

[234] Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 90ff., 113ff. und 611ff., und ders., Politische Gewalt.

[235] So André Tardieu, L'Heure de la décision, S. 1.

Wenn die 1920er Jahre in Frankreich in bezug auf den gewalttätigen politischen Kampf daher relativ ruhig waren, so wurden gleichwohl in diesem Jahrzehnt die ideologischen Grundlagen für ein mehr oder weniger plötzliches Auftauchen dieses Phänomens in den 1930er Jahren gelegt. Zu diesen Grundlagen gehört ein zunächst parteiübergreifender Antikommunismus ab 1919, der durch seinen exkludierenden Charakter eine große innere Kohärenz innerhalb des gesamten bürgerlichen Lagers, von den Radikalsozialisten bis zur AF, herstellte. Das folgende Kapitel wird nun zeigen, welche Rolle der Antikommunismus für die liberal-konservative Sammlung gespielt hat und in welcher Form er zu einem Merkmal der ERD/FR werden konnte.

Antisozialismus der Progressisten und der ALP vor 1914

(I) Es wurde bereits gezeigt, daß der Kampf gegen den Sozialismus sowohl das erste *Ralliement* wie auch die Gründung eines rechtsliberalen Bündnisses der Progressisten, die FR, nachdrücklich beeinflußt hat. Die Sozialisten der Jahrhundertwende, die immer noch sehr stark in einer aufständisch-kollektivistischen Tradition[236] der Revolution und der Kommune standen und noch keineswegs die marxistische Dogmatik vom *politischen* Klassenkampf angenommen hatten[237], galten als nichtstandesgemäße Repräsentanten einer unorganisierten Masse der Vorstädte, die die gesellschaftliche Ordnung bedrohten[238]. Wenn man sich die paternalistischen Aktivitäten eines Eugène Motte in Roubaix oder der Familie de Wendel in Lothringen anschaut, so zeigen diese deutlich, daß die soziale Frage aus einer karitativen Sicht sehr ernst genommen wurde[239]. Die von den Sozialisten geforderte Durchsetzung sozialer Errungenschaften im Parlament und damit die Untergrabung des bürgerlich-liberalen Systems, das auf einer Herrschaft der ökonomischen Eliten beruhte, sah man jedoch als große Gefahr. Die zunehmend internationale Ausrichtung der französischen Arbeiterbewegung nach 1905 und die graduelle Adaption von Marxismus und Pazifismus taten ein übriges, den Kampf gegen die Sozialisten zu einem Primat *progressistischer* Politik werden zu lassen. So wurde beispielweise die harte Politik Clemenceaus gegen die Streikbewegungen 1906–1909 von den *Progressisten* vorbehaltlos und lobend unterstützt.

Gleichwohl bewahrte man gegenüber dem politischen Gegner, der auch als solcher, als *adversaire* bezeichnet wurde, eine bestimmte, aber höfliche Distanz. Es entsprach ganz dem deliberativen Parlamentarismusverständnis, wenn sich der Sozialist Jean Jaurès und der *Progressist* Alexandre Ribot durch rhetorische *suasio* zu

---

236 Verkörpert vor allem von Georges Sorel und Pierre-Joseph Proudhon. Einführend dazu Touchard, La Gauche en France, S. 52–69, und Rébérioux, Le socialisme français de 1871 à 1914.

237 Vgl. Touchard, La gauche an France, S. 17ff. Über die Galionsfigur des französischen Sozialismus, Jean Jaurès, vgl. Goldberg, Jean Jaurès.

238 Für den Antisozialismus bei der FR vgl. Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 32ff., und Bernard, La dérive, S. 212–221.

239 De Wendel hatte für seine Arbeiter 2 Schulen, Miethäuser, ein Krankenhaus etc. gebaut. Vgl. dazu Rudischhauser, Liberalismus, S. 35–39.

bekämpfen versuchten, sich zu keiner Zeit aber beleidigten oder gar bedrohten[240]. Auch außerparlamentarisch sollte der Staat, d.h. vor allem die Armee, den von den *Progressisten* unterstützten Kampf gegen sozialistische Arbeiter führen, niemals jedoch eine von der Unternehmerschaft finanzierte Miliz. Der Sozialismus wurde als Gegner politisch und ökonomisch bekämpft, jedoch immer im Rahmen der Legalität und unter Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols. Antisozialismus war vor dem Hintergrund der Virulenz der religiösen Konflikte vor 1914 insbesondere auch eine Form, die *guerre religieuse* zu entkräften und alle bürgerlichen Elemente, laizistische wie katholische, zur Verteidigung der eigenen sozialökonomischen Interessen zu sammeln[241]. Insofern stellten die Sozialisten ein ideales Ziel der politischen Invektive seitens der *Progressisten* dar, da sie eine Sammlung bürgerlicher Interessen beschleunigten und jenseits der religiösen Gegensätze die gemeinsame sozialökonomische Interessenlage bewußt machten.

(II) Antisozialismus prägte andererseits ebenfalls den Diskurs der ALP. Motivation und Grundlage unterschieden sich von jenem der *Progressisten* aber insofern, als der Sozialismus als ideologische Lehre und Konsequenz der französischen Revolution betrachtet und abgelehnt wurde[242]. Der in die ALP eingeflossene Sozialkatholizismus, gleich ob in seiner legitimistischen oder schon demokratischen Variante, hatte sich ja dezidiert als Alternative zu einem Sozialismus entwickelt, dessen areligiöse und materialistisch-klassentheoretische Inhalte man ablehnte, wobei man soziale Forderungen der entstehenden Arbeiterschaft sehr wohl anerkannte[243]. Im Unterschied zu den Radikalen unterstellte man den Sozialisten sogar wenigstens ehrliche Motive[244]. Der Kampf gegen den Sozialismus wurde deshalb von der ALP nicht defensiv und im Zeichen sozialkonservativen Denkens wie von den *Progressisten* geführt, sondern offensiv, durch sozialpolitische Forderungen und eine sozialkatholische Aktion, d.h. durch legislative Initiativen zur Linderung der sozialen Probleme, katholische Arbeitervereine und ein Laienapostolat in Arbeitervierteln. Der sozialistische Arbeiter war daher nicht nur der politische Gegner, sondern in gewisser Hinsicht der verlorene Sohn, den man zurückgewinnen mußte. Insofern blieb bis weit in den Ersten Weltkrieg hinein der laizistische Radikalismus der Hauptgegner der ALP, als dessen ungezogenes Kind der Sozialismus galt, das man nur durch eine moralisch-religiöse Erziehung auf den richtigen Weg zu bringen brauchte[245].

---

[240] Paul-Boncour bezeugt den Respekt, den die beiden Redner Ribot und Jaurès voreinander hatten, in: Entre Deux Guerres, S. 10.

[241] Vgl. Francis Charmes, *Chronique de la Quinzaine*, in: RDDM vom 15.5.1914, S. 469–480, hier S. 470ff.

[242] Die ALP stand daher ganz in der Tradition der sozialkatholischen Enzykliken Leos XIII.

[243] Man sollte nicht vergessen, daß neben dem christlich-demokratischen Sillon quantitativ viel bedeutendere sozialkatholische Verbände wie die ACJF oder auch die LPDF bestanden, die allesamt der ALP angehörten. De Mun wurde von den liberalen Republikanern gar als „christlicher Sozialist" auf Grund seiner arbeitnehmerfreundlichen Vorschläge bezeichnet, vgl. Rudischhauser, Liberalismus, S. 112.

[244] Vgl. *La Libre Parole* vom 19.7.1914 zum Kongreß der Sozialisten, vom 25.4.1914 vor den Wahlen und selbst noch am 3.1.1918.

[245] Die beste Zusammenfassung des Sozialkatholizismus, der im Rahmen der ALP vertreten wurde, bei Cholvy/Hilaire, Histoire Religieuse, Bd. 2, S. 158–169.

ALP und *Progressisten* waren also gleichermaßen vom Antisozialismus durchdrungen. Während bei den einen jedoch ein defensiver Sozialkonservatismus die maßgebliche Motivation darstellte, war es bei den anderen der Versuch, durch offensive, katholische Missionierung den Zerfall der Gesellschaft in Klassen zu verhindern und eine gemeinsame Klammer für alle Volksschichten zu finden. Daraus resultierte bisweilen auch ein völlig unterschiedliches politisches Verhalten, wenn zum Beispiel die Sonntagsruhe, der *repos hebdomadaire*, aus religiösen und karitativen Gründen von der ALP akzeptiert wurde, während die *Progressisten* die unternehmerische Freiheit in Fragen des Arbeitsrechts nicht unterminiert sehen wollten und ihn deshalb ablehnten[246]. Antisozialismus war also nur eine Gemeinsamkeit in der Ablehnung, aus der jedoch kein gemeinsames politisches Handeln erwachsen konnte.

Antikommunismus und Freund-Feind-Denken bei der liberal-konservativen Sammlung nach dem Ersten Weltkrieg

Der faktische und sehr bald schon mythographisch überhöhte Ursprung des französischen Antikommunismus lag im Krisenjahr 1917, als die russische Doppelrevolution das Zarenreich als mächtigen Alliierten paralysierte und gleichzeitig die französische Arbeiterbewegung ihre Treue zum Burgfrieden der *Union Sacrée* aufgab. Die „Meutereien" französischer Soldaten, die die Internationale sangen, Streiks sozialistischer Munitionsarbeiter und der Austritt der Sozialisten aus der Regierung ergänzten als innenpolitisches Pendant den kriegspolitischen Zersetzungseffekt, den der internationale Sozialismus auf Frankreich auszuüben schien[247]. Hatte die „bürgerliche" Revolution in Rußland im Frühjahr 1917 die russische Armee zwar lahmgelegt, aber zur Bindung deutscher Kräfte im Osten intakt gelassen, so setzte die kommunistische Revolution im Herbst desselben Jahres durch ihren radikalen Kurswechsel und ihre Friedenspolitik zahlreiche deutsche Divisionen frei, die zum Kampf an die Westfront verlegt werden konnten. Die Parole der russischen Bolschewiki, den Krieg der Imperialisten in einen Revolutionskrieg umzuwandeln, mußte daher für die große Mehrheit der Franzosen, zumal im bürgerlichen Lager, als Angriff auf die nationale Integrität *und* die innere Ordnung Frankreichs erscheinen. Die Deutschland zugute kommende Politik der Russischen Revolution und der Zerfall der *Union Sacrée* konnten sich somit zu einem Ursprungstrauma verbinden und bildeten die beiden konstitutiven Elemente des französischen Antikommunismus der folgenden Jahre[248].

---

[246] Der sozialkatholische Flügel der ALP um de Mun hatte den Unternehmerflügel in der Partei dabei überstimmt, eine besonders führende Rolle scheint der ansonsten eher „großbürgerlich" eingestellte Pariser Abgeordnete Joseph Denais gespielt zu haben, der die Wichtigkeit dieser Frage erkannte. Zum Problem einführend: Beck, Histoire du Dimanche, und Haupt, Les petits commerçants et la politique sociale. Für den Kurs der ALP vgl. Louis Duval-Arnould, Paul Lerolle. Lecture faite à la séance publique de l'Academie d'éducation et d'entr'aide sociales, 26.1.1926, S. 11.

[247] Zu den Ereignissen vgl. Annie Kriegel, Aux origines du Parti communiste français, und Pedroncini, Les Mutineries.

[248] Bereits die bürgerliche Revolution war von der *progressistischen* und katholischen Presse als Säuberung des Zarenhauses von deutschen Elementen, d.h. allein aus nationalistischer Perspektive betrachtet worden, nicht jedoch aus der republikanisch-emanzipatori-

Die Bolschewisten erwiesen sich daher in der Vorstellung des *Progressisten* Benoist als „bande d'anarchistes manœuvrés par l'Allemagne", die außen- wie innenpolitisch das Prinzip der Unordnung verkörperten, das der „Räte" als „réunions tumultuaires" und als „bourdonnement d'une foule d'ouvriers, de paysans et de soldats", die nichts als die dumpfe Masse repräsentierten, in keinem Fall aber die russische Nation[249]. Spätestens nach dem Friedensschluß von Brest-Litowsk am 15. Dezember 1917 stimmte auch die gesamte bürgerlich-laizistische Presse der Radikalen und der *Alliance Démocratique* dieser Auffassung zu und hatte in der Verschmelzung von deutschem Imperialismus und russischem Kommunismus den ideologischen Hauptfeind entdeckt[250]. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung änderten schließlich auch katholische Blätter wie *La Croix* ihren Fokus und erweiterten ihre Feindperspektive vom „lutherischen Germanismus" (so Jacques Maritain noch 1914), zum „kommunistischen Germanismus", der auf alle Länder außer das eigene destabilisierend wirke[251]. Das lange Krisenjahr 1917 und die Ereignisse in Rußland hatten infolgedessen einen neuen Konsens bei allen bürgerlich-nationalen Gruppierungen geschaffen, der von den Laizisten bis zu den Katholiken reichte und sozialgeschichtlich Aristokratie, Bürgertum und Bauernschaft gleichermaßen umfaßte. Er war einerseits nationalistisch, für eine unerschütterliche Fortsetzung des Krieges trotz des Wegfalls des russischen Verbündeten, andererseits antikommunistisch, gegen die defätistischen Meuterer im Innern wie im Äußern eingestellt[252]. Die Kommunisten wurden gleichgesetzt mit einem *parti de l'étranger*, der von außen gesteuert ein Komplott gegen den französischen Staat intendierte. Beide Elemente entwickelten sich zu Topoi antikommunistischer Propaganda.

Derartige mentale und ideologische Umwälzungen konnten auch auf der politischen Ebene nicht ohne Konsequenzen bleiben. Am deutlichsten illustriert dies die innere Kehrtwende, die die französische Politik mit der Übernahme der Regierung durch Georges Clemenceau 1917 vollzog. Clemenceau versprach, einen unerbittlichen Kampf gegen innere und äußere Feinde *jusqu'au bout* zu führen und erhielt dafür die Unterstützung des gesamten rechten Lagers. Von nun an waren die alten Spielregeln der parlamentarischen Republik außer Kraft gesetzt und alles dem nationalen Überlebenskampf untergeordnet. Wie gewaltig diese Erschütterungen auf parteipolitischer Ebene waren, zeigt die Tatsache, daß sich kurze Zeit später ein neuer *Groupe indépendant* aus Nationalisten und Katholiken in der Kammer gründete, der sich im nationalen Interesse vom Primat seiner religiösen Forderungen löste und sich ganz der *action vigoureuse* des Laizisten

---

schen wie von Clemenceau, in dessen Augen ein debiler Tyrann nun endlich beseitigt war. Vgl. Becker/Berstein, Histoire de l'anticommunisme, Bd. 1, S. 18f.

[249] Benoist, Chronique de la Quinzaine, in: RDDM vom 1.12.1917, S. 472, und in: RDDM vom 15.12.1917, S. 953.

[250] Vgl. die Belege bei Sanson, L' Alliance Démocratique, S. 436, und allgemein für den bürgerlichen *Le Temps*, *Le Matin*, und den radikalen *Le Moniteur* bei Becker/Berstein, Histoire de l'anticommunisme, S. 21ff.

[251] *La Croix* vom 10.11.1917.

[252] Dieser Umschwung ist sehr schön bei einem nationalistischen Radikalen und Clemencisten der ersten Stunde, Abel Ferry, beschrieben, vgl. Abel Ferry, Carnets Secrets, passim.

Clemenceau anvertraute. Die neue Fraktion bestand zum großen Teil aus dem ehemaligen *Groupe nationaliste* um Barrès und Bienaimé, hatte aber auch führende Leute der ALP wie Léonce de Castelnau oder Bertrand de Mun für sich gewonnen[253]. Nach der verbalen Ablehnung des päpstlichen Friedensangebots im August 1917 war dies der deutlichste Beweis für eine Herauslösung der nationalkatholischen und bonapartistischen Elemente aus der katholischen Klammer der ALP und dem mit ihr verbundenen Ultramontanismus. Zwar markiert diese Entwicklung noch nicht die Rückkehr zu einer nationalkirchlichen Eigenständigkeit, einer Art erneuertem Gallikanismus, sie illustriert aber deutlich, daß die Verbindung aus Nationalismus und Antikommunismus, die Clemenceau zu repräsentieren schien, eine höhere Integrationswirkung entfaltete als die *défense-religieuse*-Strategie der ALP. Der Kommunismus konnte daher aus nationalistischen und sozialkonservativen Gründen zu einem Hauptfeind derjenigen Katholiken werden, die lange Zeit nur die laizistischen Radikalen bekämpft hatten. Das Krisenjahr 1917 und die Übernahme der Regierung durch Clemenceau stehen also am Anfang einer Entwicklung, in der der Antikommunismus ein Amalgamierungspotential für alle bürgerlichen Schichten, gleich welcher weltanschaulichen Herkunft, entfalten konnte.

Als erstes zeigte sich dies nach dem Krieg bei den Wahlen im Jahr 1919, die nicht nur in den Augen des Historikers Georges Bonnefous, der selbst als *progressistischer* Kandidat antrat, sondern auch nach Ansicht der heutigen Historiker wesentlich unter dem Einfluß des Antikommunismus stattfanden[254]. Von Kriegsende bis November 1919 war die Demobilisierung und die Umstellung der Kriegswirtschaft auf Friedensproduktion von Streikwellen ungekannten Ausmaßes begleitet worden, wie z.B. den Metallarbeiterstreiks im Sommer 1919, sowie mehreren, letztlich gescheiterten Aufrufen zum Generalstreik. Die größte französische Gewerkschaftsorganisation, die CGT, schien sich für die meisten bürgerlichen Beobachter von ihrer apolitisch-syndikalistischen Tradition gelöst und ganz auf den kommunistischen Klassenkampf-Kurs umgeschwenkt zu haben: Der Generalstreik diente nicht nur der Durchsetzung sozialer Forderungen in der Demobilisierungsphase, sondern sollte auch einen revolutionären Aufstand vorbereiten, um gemäß der Devise Lenins aus dem Krieg der Imperialisten einen Revolutionskrieg zu machen[255].

---

[253] Die Mitglieder waren: Ancel, de Bagneux, Barrès, Bienaimé, Blaisot, Bougère, de Castelnau, de Dion, Duboys-Fresnas, Engerand, Flandin, Flayelle, Fougère, de Fontaines, Galpin, de Montplanet, de Monti, de Mun, Pugliesi-Conti, de Narcay, Viellard, Ybarnégaray. *La Croix* vom 17.11.1917. Zur Unterstützung Clemenceaus durch die katholische und nationalistische Rechte vgl. oben Kapitel II.

[254] Vgl. zusammenfassend für den *Bloc-National* Vavasseur-Desperriers, Culture, S.149ff. Paradigmatisch *Le Temps* vom 13.10.1919: „Il faut subordonner tout à la lutte contre le bolchevisme".

[255] Zu den Ereignissen des Jahres 1919 und der kommunistischen Massenmobilisierung durch Rückgriff auf die Gewerkschaften vgl. Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg, S.109ff., und Wohl, French Communism in the Making. Die *progressistische* FR verabschiedete unter dem Vorsitz von Charles Benoist am 18.10.1919 folgendes Votum: „La FR aussi résolue que jamais à participer avec les associations républicaines d'autres nuances au combat patriotique contre les idées bolchevistes et de révolution sociale", in: *Le Temps* vom 19.10.1919. Kardinal Maurin von Lyon hatte im Mai 1920 offiziell den Beitritt von Katholiken in die CGT verboten, in: DC I (1920), 15.5.1920, S.656.

Die Reaktion des gesamten bürgerlichen Lagers, von den eher kleinbürgerlichen Radikalsozialisten über die großbürgerlichen *Progressisten* bis hin zum alten Adel und der Bauernschaft, war eine empörte Ablehnung der kommunistischen Agitation, die sich schnell zu einer propagandistischen Kampagne verdichtete. Neben den politischen Bekenntnissen der einzelnen Kandidaten vor allem der *Bloc-National*-Listen illustriert dies besonders die Plakatierungsaktion, die von der größten Arbeitgebergruppierung Frankreichs, der *Union des Intérêts Economiques* (UIE) unter Ernest Billiet, vor den Wahlen gestartet wurde. Auf einem millionenfach aufgelegten und plakatierten Bild war ein unrasierter Mann mit einem Dolch zwischen den Zähnen zu sehen, aus dessen Rachen Blut tropfte und in dem sich offensichtlich die Züge eines fremden Barbaren mit denen eines Gewaltverbrechers verbunden hatten. Dieser *homme au couteau entre les dents* sollte auf lange Zeit das Sinnbild des Bolschewismus darstellen und knüpfte an die aus dem Krieg bekannte Darstellung der „deutschen Barbaren" an. Durch die Gleichsetzung des inneren und äußeren Feindes wurde die für den Krieg typische „Barbarisierung" des Gegners in die Friedenszeit hinübergetragen und politisch instrumentalisiert[256].

Es war aber nun nicht mehr der deutsche Barbar, der die französische Zivilisation bedrohte, sondern der vaterlandslose Kommunist, auf den sich die feindperspektivisch ausgerichtete Denktradition der Kriegszeit übertragen hatte. Infolgedessen war auch die Wahlkampfpropaganda von seiten des *Bloc National* weniger von Inhalten als vielmehr von dem Slogan „pour ou contre le bolschevisme" geprägt, der den Wahlen eine manichäische Dimension verlieh, gewissermaßen als Wahl zwischen Gut und Böse. Sozialismus und Kommunismus wurden dabei stets als identisch behandelt[257]. Zahlreich waren die Broschüren und Wahlaufrufe, die die Wahl als Entscheidung zwischen „Pillage, Meurtre et Famine" oder „Ordre et Sécurité" präsentierten. Als mächtige Kräfte in den Reihen des *Bloc National* schlossen sich auch *Progressisten* und Katholiken dieser Propaganda an und stellten ihre eigentlichen Anliegen auf religiösem oder wirtschaftlichem Gebiet zurück. Der Kommunismus, dessen politische Organisierung und Agitation peinlich genau dokumentiert wurde, verhinderte in den Augen der *Progressisten* nicht nur die „renaissance économique" des Landes, sondern sei „un programme d'insurrection", ein ständiges Gewaltpotential mit dem Ziel eines Bürgerkrieges[258]. Ganz ähnlich argumentierte man auch auf Seiten der ALP, zumal nach den Streiks im Sommer 1919, als man die konziliante Haltung gegenüber den organi-

---

[256] Zur Barbarisierung des Kriegsgegners während des Weltkriegs vgl. Jeismann, Das Vaterland der Feinde, S. 348ff. Zur Kampagne gegen die Kommunisten und die Plakatierung des barbarischen Kommunisten vgl. Duclos, Mémoires 1896–1934, S. 170f.

[257] Bei fast allen von Becker/Berstein, Anticommunisme, S. 46–62, untersuchten Listen des *Bloc National* fand eine Gleichsetzung der Sozialisten mit den Kommunisten statt, auch wenn sich Sozialisten wie Alexander Varenne oder Leon Blum von der Übertragung der russischen Revolution auf Frankreich distanziert hatten. Durch einen Parteitagsbeschluß, die *Motion Bracke*, waren sie jedoch gebunden, an keiner bürgerlich-radikalen Liste teilzunehmen und somit der Vorkriegsstrategie des Linkskartells abzusagen.

[258] *Bulletin de la FR* vom Juni-Juli 1919: „Le bolchevisme n'est pas une doctrine [...] il ne vise qu'à s'emparer du pouvoir par la violence. C'est un programme d'insurrection [...] et constitue un attentat contre le regime démocratique."

sierten Arbeiterinteressen völlig aufgab und der Sozialkatholizismus deutlich Position für das bürgerliche Lager bezog[259]. Selbst ein prominenter Vertreter des kirchlichen Sozialkatholizismus wie der Abbé Belorgay forderte vor den Wahlen eine „entente patriotique entre catholiques et hommes d'ordre [...] pour préserver la société contre l'ennemi du dedans, le communisme"[260]. Beide Traditionslinien der nach den Wahlen entstehenden liberal-konservativen Sammlung hatten sich also der Bipolarisierung des Wahlkampfes in „nationale", d.h. gute, und international-kommunistische, d.h. böse Kräfte angeschlossen und waren mit dem Aufruf „Combattons le bolchevisme – le bolchevisme voilà le péril et l'ennemi" angetreten[261].

Wenn der Antikommunismus also ein breites Band der Einigung des gesamten bürgerlich-nationalen Lagers 1919 dargestellt hat, ist gleichwohl zu fragen, worin nun die typische Qualität des Antikommunismus für die liberal-konservative Sammlung bestand, und inwiefern sich „ihr" Antikommunismus vom dem der anderen unterschied. Die folgende Erörterung wird dabei der Reihe nach die inhaltliche Ausgestaltung des Antikommunismus (I), das Selbstverständnis der liberal-konservativen Sammlung als antikommunistische Partei (II), ihre Handlungsmuster (III) und ihre Haltung zu außerparlamentarischen Formen des antikommunistischen Kampfes (IV) untersuchen.

(I) Wie wir bereits gesehen hatten, war die Verschränkung antigermanistischer Topoi mit der Propaganda gegen den Bolchewismus seit 1917 ein fester Bestandteil des Antikommunismus. Je mehr nun nach 1920 ein antideutscher Nationalismus wie oben geschildert zum Kennzeichen der ERD um Barrès oder Marin wurde, desto prononcierter wurde die Verbindung von Kommunismus und „Deutschtum" (*Germanisme*), d.h. die Gleichsetzung von äußerem und innerem Feind vertreten. Ein von katholischen Verlagen publiziertes Pamphlet beschrieb den Kommunismus als deutsches Monster und zeigte Bilder geschändeter und verstümmelter Leichen, Opfer des Bolschewismus in Osteuropa, die deutlich an die vermeintlichen deutschen Greuel der Kriegsjahre anknüpften und damit ein bekanntes Propagandamuster fortsetzten[262]. Gleiches drohe auch für Frankreich, so das Pamphlet, sollten die Sozialisten ihr „jeu des Boches" fortsetzen und sich als subversive Hilfstruppen des deutschen Generalstabs erweisen[263]. Der Antikommunismus konnte sich daher zu einem ergänzenden Pendant des für die ERD typischen „neuen" Nationalismus entwickeln und wurde auch von ihren Vertretern selbst als *cri de Ralliement*, d.h. als Einigungsruf verstanden. Indem er unter Beibehaltung bestimmter Topoi, z.B. dem des Barbaren, die nationalistische Feindperspektive vom äußeren auf einen inneren Feind verschob, entfaltete er integrative Kräfte, wie sie schon 1917 von der Regierung Clemenceau ausgegangen waren, in denen sich *progressistische* und katholische Traditionslinien vereinen konnten.

---

259 *Bulletin de l'ALP* vom 15.8.1919.
260 *Bulletin de l'ALP* vom 1.9.1919.
261 *Bulletin de la FR* vom August 1919.
262 Verax, Le Bolchevisme (1919), und Georges Ducroq, in: *La Nation* vom 1.7.1925.
263 *Bulletin de la FR* Juni-Juli 1919: „La Paix que nous avons gagnée ne saurrait être affaiblie, la France ne tolérera pas la trahison des socialistes amis ou complices de l'ennemi vaincu."

Der Antikommunismus als ideologischer Kern der liberal-konservativen Sammlung wurde durch die faktische Entwicklung der französischen Arbeiterbewegung ab 1920 noch verstärkt. Diese hatte ihre traditionelle Allianz mit den laizistischen Radikalen aufgegeben und war ganz auf einen klassenkämpferischen Kurs umgeschwenkt. Aus der politischen Kultur der *Gauche* schälte sich zum ersten Mal eine eigenständige, sozialistische Arbeiterkultur heraus. Diese manifestierte sich in den Streikbewegungen im Frühling 1920, wo in Paris am 1. Mai 150000 Arbeiter ein sozialistisches Volksfest feierten. Arbeiterbewegung und Sozialisten arbeiteten Hand in Hand, so daß die klassenkämpferische Zeitung *L'Humanité* ihre Verkaufszahlen von 6,6 auf 8,5 Mio Exemplare im Mai 1920 steigern konnte[264]. Die neue Arbeiterkultur hatte ihren sozialen Rückhalt vor allem in den rapide anwachsenden Banlieues der Ballungsgebiete Paris (Bobigny, St. Denis) und Lyon (Villeurbanne), daneben aber auch in einer älteren Form in den Kohlegebieten des Nordens und um St. Etienne sowie bei den Pachtbauern und Holzfällern im Südwesten Frankreichs (Allier, Cher, Corrèze)[265]. Ein entscheidendes Novum war dabei, daß sich die politischen und sozialen Anführer der Arbeiterbewegung von der Französischen Revolution als ideologischem Referenzpunkt lösten und damit die Tradition des französischen Sozialismus à la Jaurès aufgaben. Den neuen Referenzpunkt bildete die russische Revolution von 1917, deren Interpretation ganz einem doktrinär verstandenen Marxismus und teilweise Leninismus verpflichtet war. Auch nach außen sichtbar wurde dies dadurch, daß innerhalb der Bewegung die auf 1789 zurückgehende Anrede *citoyen* durch *camarade* ersetzt wurde. Die „Nation" als zentrale Errungenschaft von 1789 wurde – als bürgerlich-kapitalistisches Konstrukt – zugunsten der identitätsstiftenden „Klasse" aufgegeben und der moskautreue kommunistische Flügel innerhalb der SFIO gewann die Oberhand, indem er z. B. am Nationalfeiertag 1920 den Beitritt zur III. Internationale einforderte. Im Dezember 1920 spaltete sich zwar der französische Sozialismus in eine die *légalité bourgeoise* anerkennende SFIO und einen sich zunehmend bolschewisierenden *Parti Communiste Français* (PCF); über Gewerkschaften, sozialistische Veteranenverbände (ARAC) sowie eine gemeinsame Wohn- und Arbeiterkultur blieb das dahinter stehende Sozialmilieu der Arbeiterbewegung jedoch vernetzt.

Da mit der *Scission de Tours* 1920 der Kommunismus nicht nur eine soziale, sondern auch eine politische Realität geworden war, blieb die Bekämpfung des neu entstandenen *Parti Communiste Français* ein Primat liberal-konservativer Politik und gerann zusammen mit der strengen Wacht über das Versailler System in Europa sogar zum Kernstück ihrer Programmatik[266]. Je mehr sich auch der fran-

---

[264] Courtois/Lazar, Histoire du parti communiste francais, S. 42ff.

[265] Vgl. die Arbeiten von Brunet, Saint-Denis, la ville rouge, Bonneville, Villeurbanne, naissance et métamorphose d'une banlieue ouvrière, Boswell, Rural Communism in France, und Fourcaut, Bobigny, Banlieue rouge.

[266] Auf dem Kongreß von Tours im Dezember 1920 hatten sich Sozialisten (SFIO) und Kommunisten (PCF) über die Teilnahme an der III. Internationale gespalten und waren von nun an getrennte Wege gegangen. Die SFIO blieb weiter sehr stark in den Gebieten südlich der Loire und wies sozialgeschichtlich weiterhin Bezüge zur weltanschaulichen *Gauche* auf. Die Kommunisten, sozial eher in den Proletariervorstädten des Nordens

zösische Kommunismus dem Typus der totalitären Bewegung annäherte[267], um so strikter wurde auf ihn das Freund-Feind-Schema des Wahlkampfes von 1919 appliziert. Als im Februar 1925 zwei katholische FNC-Anhänger in Marseille und im April desselben Jahres vier Anhänger der *Jeunesses Patriotes* in Paris von kommunistischen Aktivisten erschossen worden waren, drängte auch die liberal-konservative Sammlung auf eine Wiederherstellung der „Ordnung" in der Gesellschaft und eine Auflösung des kommunistischen Parteiapparates[268]. Besonders aktiv war hierbei der Bankier und Weltkriegsveteran Pierre Taittinger, der vor dem Krieg noch in das Umfeld des bonapartistischen Flügels der ALP gehört hatte und später zu einem Vizepräsidenten der FR aufsteigen sollte[269]. Als Repräsentant der Frontgeneration waren ihm ab Mitte der 1920er Jahre die alten, parlamentarischen Politikformen bald zu ineffizient und er versuchte durch die Gründung der *Jeunesses Patriotes* eine antikommunistische Kampfformation zu etablieren, die für den Straßenkampf gerüstet war[270]. Als erster – und bis 1934 einer der wenigen[271] – Politiker der liberal-konservativen Sammlung hatte er sich von den politischen Spielarten der parlamentarischen Republik ab- und neuen Formen zugewandt. Zuvor jedoch war er in den Reihen der ARS bzw. der URD/FR für eine permanente Bekämpfung der „anarchie révolutionnaire" eingetreten und hatte auf die Aufstellung einer „Ordnungspartei" gedrängt[272]. Da die Kommunisten immer wieder die französische Nation und deren Stärke untergraben würden, könne allein ein „parti de l'ordre", sei es als politische oder gesellschaftlich-soziale Formation, d.h. als Partei oder *Ligue*, ein gesundes Gegengewicht „contre tous défaitismes" schaffen[273]. Mit Taittinger und anderen, zumal der Frontgeneration entstammenden Abgeordneten wie Jean Ybarnégaray oder später auch Philippe Henriot

---

und von Paris verwurzelt, stellten sich außerhalb des Schemas *Droite/Gauche* und wiesen Zweckbündnisse mit den Linksliberalen z.B. vor Wahlen zurück.

267 Vgl. die Schilderung bei Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S.234-268, zum Typus der totalitären Bewegung ibidem, S.7-13.

268 Die beiden Vorfälle ereigneten sich am 9.2. und 23.4.1925. Der FR-Vorsitzende Marin forderte am Tag darauf in der Kammer, gemeinsam mit Taittinger, Ybarnégary und Maginot, die Regierung dazu auf, die energischsten Maßnahmen gegen die Kommunisten und ihre Vorbereitungen zum *guerre civile* zu ergreifen. Sowohl der *Echo de Paris* wie auch *Le Temps* warnten am 26.4.1925 vor kommunistischen Umsturzversuchen.

269 Taittinger war vor 1914 Vorsitzender der *Jeunesse Plébiscitaire* sowie der *Ligue des chefs de Sections* gewesen. Ein Polizeibericht urteilt über ihn: „Il s'est toujours montré un férvent partisan du régime plébiscitaire tel qu'il a été appliqué par Napoléon I et III.", in APP, T6 Pierre Taittinger, Polizeibericht vom 28.4.1924.

270 Vgl. Philippet, Le Temps des ligues, S.250ff., und über die *Jeunesses Patriotes* Soucy, French Fascism. The First Wave, S.27-38, und Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S.280ff.

271 Zwei weitere FR-Mitglieder, Edouard Soulier und Désiré Ferry, waren Ehrenpräsidenten der JP, haben aber bei der Mobilisierung der Jugend auf der Straße keine Rolle gespielt.

272 JO, Débats, Chambre, 18.5.1920, S.1532.

273 Vgl. seinen oben zitierten Brief an Poincaré von 1921 und die Selbstdarstellung in: DC 15 (1926), S.37. Ein im Nachlaß des Generals de Castelnau aufgefundenes Dokument der JP vermerkt ausdrücklich: Gegen die Kommunisten seien „tous les moyens" erlaubt: „Le communisme se prépare à employer la force, imitons-le", zitiert nach Bonafoux-Verax, Fédération, S.263.

hat damit ein Element in die liberal-konservative Sammlung Einzug gehalten, das das staatliche Gewaltmonopol nicht mehr für unumschränkt gültig hielt und statt dessen einer Heranbildung eigener paramilitärischer Verbände und Strukturen zumindest gewogen war[274]. Der altgediente Streiter für den Katholizismus und die ALP, Jacques Piou, mußte daher auch mit einer gewissen Resignation feststellen, daß sich die junge Generation der Rechten kaum noch um die „libertés religieuses" kümmerte; allein der „parti de l'ordre" und der „combat contre l'anarchie" würden deren Gemüter beherrschen und hätten die programmatischen Schwerpunkte innerhalb der parlamentarischen Rechten stark verschoben[275].

Je mehr sich der *Parti communiste* im Verlauf der 1920er Jahre auch in Fragen der Außenpolitik einmischte, z.B. gegen die Ruhrbesetzung 1923 oder für die Unabhängigkeitsbewegungen in Marokko und Syrien, um so harscher wurde die Kritik aller bürgerlichen Parteien an seiner Existenz[276]. Von besonderer Bedeutung für die liberal-konservative Sammlung war dabei, daß selbst Teile des Katholizismus, insbesondere Erzbischof Dubois von Paris, der die kommunistischen Umzüge aus eigener Anschauung kannte, den Kommunismus als Hauptfeind der Gesellschaft entdeckten. Dubois ging von der traditionellen Kritik des fundamentalkatholischen Episkopats ab, die alles Übel der Welt – auch den Kommunismus – auf die Revolution von 1789 und die Freimaurerei zurückgeführt hatte. Der Kommunismus sei vielmehr „la révolution en préparation et en marche", den zu unterstützen „travailler contre la France" bedeuten würde. Dagegen mit allen Ordnungselementen Widerstand zu leisten, sei nur eine legitime Selbstverteidigung: „Opposer la force au communisme, quand il tente d'en user lui-même contre la société, est un acte de défense légitime."[277] Die Katholiken in der FR hatten damit offizielle Rückendeckung von Seiten des Klerus erfahren, ihre Zusammenarbeit mit den *Progressisten* und der bürgerlichen Mitte im Interesse der „Ordnung" fortzusetzen.

(II) Begonnen hatte dieser Prozeß bereits 1920, als sich während der Eisenbahnerstreiks allenthalben Selbsthilfeverbände, sogenannte *unions civiques*, bildeten, die die Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens garantieren sollten. Ihr antikommunistischer Impetus war mehr als augenscheinlich und unter ihren Mitglie-

---

[274] Neben der Heranbildung von Ordnungskräften drängten die Spitzen der ERD, allen voran ihre drei Minister Isaac, Dior und Leredu, bei Millerand auf ein kollektives Verbotsverfahren gegen die CGT, das dieser am 11.5.1920 einleitete.

[275] So in einem Brief Pious an de la Rochefoucauld vom 8.3.1926 in: AN 142, AP 14. Isaac bezeichnete die JP als „défenseurs de l'ordre", die es zu unterstützen gelte. Eintrag vom 25.4.1925, Carnets, S.397.

[276] Immer wieder wurde dabei die Verbindung von französischen Bolschewisten und dem Deutschen Reich betont, so z.B. als der PCF gegen die Ruhrbesetzung protestierte oder die Unabhängigkeitsbewegung in Marokko um Abd el-Krim unterstützte, vgl. grundsätzlich Becker/Berstein, Histoire de l'anticommunisme, S.171.

[277] Der wichtige Artikel von Dubois wurde zuerst in der *Semaine religieuse de Paris* vom 14.4.1928, kurz vor den Wahlen, veröffentlicht. Er wurde danach in allen Diözesanblättern Frankreichs abgedruckt. Auch Isaac notiert in seinem Tagebuch die Notwendigkeit, die entfesselten Kommunisten zu Ruhe und Ordnung zu bringen, Eintrag vom 26.3.1926, Carnets, S.421. Ganz ähnlich auch ein Presseartikel des Generals de Castelnau vom 26.3.1934, der die Zurückführung des Kommunismus auf Revolution und Luthertum, wie sie von manchen katholischen Klerikern betrieben wurde, ironisch belächelte, zitiert bei Bonafoux-Verax, Fédération, S.317.

dern fanden sich nicht wenige national gesinnte Veteranen, die, gleich ob aus katholischer oder laizistischer Tradition, zur Wählerschaft der ERD gehört hatten. Der von ihnen vertretene Ordnungsbegriff verblieb jedoch in einem eher weitgesteckten Feld, das sich von der Aufrechterhaltung einer konkreten, lebensunmittelbaren Ordnung (Wasser, Elektrizität etc.) bis hin zur ideologischen Transzendierung des Begriffes im Sinne eines autoritären Staates erstrecken konnte[278]. Das Scheitern des ausgerufenen Generalstreiks und das gleichzeitige gewaltsame Vorgehen der kommunistischen Verbände im Frühjahr 1920 forcierten jedoch innerhalb der ERD die Vorstellung von der erwünschten „Ordnung" im Staate. Zur gleichen Zeit wie Pierre Taittinger forderte auch der ehemalige katholische Nationalist Engerand einen weiteren Ausbau der (nicht dem öffentlichen Dienst angehörenden) *unions civiques* als Ergänzung des staatlichen Gewaltmonopols, dessen Kräfte nicht mehr ausreichten[279]. Ganz ähnlich urteilten auch die Progressisten, die die Ursache des Scheiterns des Generalstreiks gerade in der „collaboration étroite du gouvernement et des éléments d'ordre" erblickten[280]. Der Antikommunismus der liberal-konservativen Sammlung besaß also eine autogene Qualität, indem er sich über die Alleingültigkeit des staatlichen Gewaltmonopols hinwegsetzte, ohne allerdings, wie z.B. die extreme Rechte, die Autorität des republikanischen Staates an sich in Frage zu stellen. Die liberal-konservative Sammlung ging daher von der Notwendigkeit einer „Ordnungspartei" aus, die sich aus allen „nationalen" Kräften rekrutieren und gerade die staatlichen Organe ergänzen sollte[281]. Auch ein Georges Pernot, der eher zum gemäßigten Flügel der Partei gehörte, beschrieb die liberal-konservative Sammlung im Doubs als „un grand parti groupant tous les hommes d'ordre en face de revolutionnaires"; nicht nur Stimmen für die Sozialisten, sondern sogar Wahlenthaltung qualifizierte er als „Fahnenflucht vor dem Feind"[282]. Gerade von Seiten der *Progressisten* lag hier eine deutliche Aufgabe liberaler und individualistischer Prinzipien zugunsten einer Ordnungskonzeption vor, mit der sie sich deutlich von der Programmatik und dem politischen Handeln ihrer linken Nachbarn bei der *Alliance Démocratique* unterschieden. „Ordnung" meinte eben nicht mehr nur innere Ruhe und Sicherheit, sondern bezeichnete als ideologisch aufgeladener Begriff den Kampf gegen Kommunismus und Sozialismus[283].

---

[278] Für ihre Entwicklung vgl. Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 121ff.

[279] In der Kammersitzung vom 18.5.1920. Ganz ähnlich argumentierte auch Maurice Barrès im *Echo de Paris* vom 17.5.1920, der sich damit von dem gemäßigt konservativen *Le Temps* des gleichen Tages deutlich unterschied.

[280] *Bulletin de la FR* vom Mai-Juni 1920.

[281] Ein FR-Mitglied des *Conseil général de la Nièvre*, Henry de Jouvencel, schrieb an Guiter am 16.5.1926: Er mißbillige zwar einige Vorgehensweisen der AF, bestehe aber auf einer „union de tous les hommes d'ordre de toutes les droites". Der Brief findet sich in: AN 317, AP 76 und ist auch ausführlich zitiert in: Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 252.

[282] Vgl. *Dépêche républicaine* vom 22.6.1925 und 24.7.1925. Die Aussage Pernots wiegt um so schwerer, als es sich bei den Wahlen „nur" um Kantonalwahlen ohne große nationale Auswirkungen handelte.

[283] Der *Bloc Républicain National de Bas-Rhin* schreibt in seinem Wahlmanifest 1924: „Vous aurez le choix entre deux politiques: une politique d'ordre [...] et une politique de désordre." Zitiert in *La Revue d'Alsace et de Lorraine* vom Juni 1924, S. 140ff.

(III) Was die konkreten Handlungsmuster der liberal-konservativen Sammlung betrifft, diente der Antikommunismus nicht nur der ideologischen Festigung in den eigenen Reihen, sondern auch als politisches Instrument in der öffentlichen Debatte gegen politische Gegner. Den Radikalen, die ihrerseits nur dezidiert den russischen Bolschewismus ablehnten, in den französischen Sozialisten teilweise aber potentielle Partner sahen, warf man beispielweise vor, den französischen Kerenskij zu spielen und als Steigbügelhalter einer künftigen Revolution zu fungieren[284]. Dies war zumal der Fall, als das Linkskartell 1924 die Sowjetunion öffentlich anerkannte und einen Botschafter in Paris empfing[285]. Dieses Leitmotiv der Kritik an den Radikalen bestimmte die Wahlen 1924 und 1928 und stellte den Versuch dar, deren kleinbürgerliche Klientel für sich zu gewinnen. Daß der Antikommunismus dafür absichtlich eingesetzt wurde, kann aus dem Briefwechsel de Warrens mit Marin erkannt werden, wobei der Erfolg bei der Wählerschaft jedoch nicht immer garantiert war[286]. Antikommunismus war schließlich auch eine Waffe im Kampf gegen die Verstaatlichungstendenzen, die Frankreich in den 1920er Jahren erlebte. So führte der ERD-Abgeordnete Engerand die Ausmaße des Eisenbahnerstreiks auf die Verstaatlichung der Eisenbahngesellschaften wie der *Compagnie de l'Ouest* zurück, da durch diese starke Syndikate im Staatsdienst mit kommunistischer Tendenz entstünden[287]. Um dem vorzubeugen, müsse man auf alle Verstaatlichungsprojekte verzichten. Engerand manövrierte damit geschickt die antietatistische Grundausrichtung seiner Fraktion in ein ideologisches Fahrwasser, bei dem er auf relativ breite Zustimmung aller bürgerlichen Fraktionen hoffen konnte.

(IV) Der polemische Einsatz im politischen Alltag, d.h. die Instrumentalisierung zu konkreten Zwecken, war nicht das einzige antikommunistische Handlungsmuster der ERD. Vielmehr existierte noch eine zweite Form antikommunistischen Handelns, die die ERD und später die FR grundsätzlich von ihren Nachbarn auf der Linken, der AD, trennte. Hierbei handelt es sich um das bisweilen sehr schillernde Selbstverständnis als „Ordnungspartei", das zwischen außerparlamentarischer Aktion und „bloßer" politischer Rhetorik oszillierte. Zwar hat die FR zu keiner Zeit eine Applizierung einer im Sinne von Carl

---

[284] Ibidem: „Partout Kérensky précède Lénine ou rend nécessaire Mussolini." Vor allem seit die *Fédération Radicale et Radical-Socialiste de la Seine* in den Nachwahlen des 2. Sektors von Paris 1926 im zweiten Wahlgang die kommunistischen Kandidaten gegen de Kerillis und Reynaud unterstützt hatte, siehe unten Kapitel VII. Für die Gleichsetzung von Sozialisten und Kommunisten vgl. *Credo* vom Mai 1926.

[285] Zur diplomatischen Anerkennung der UdSSR am 28.10.1924 sagte Millerand auf der LRN-Veranstaltung im Luna-Park: „Par quelle aberration criminelle [...] le Gouvernement installe-t-il en plein Paris, sous la bannière croisée de la faucille et du marteau, le quartier général de la Révolution?" Zitiert nach Bonnefous, Histoire politique, S. 33.

[286] So schreibt de Warren am 31.3.1927 an Marin: „La masse, qui, entre nous, se soucie peu du communisme." Dieser und weitere Briefe desselben Jahres darüber in: AN 317, AP 183.

[287] Über die dreitägige Kammersitzung, wo Taittinger, Rollin und Engerand sprachen, letzterer beweisend, daß die Nationalisierung der Ouest eine starke CGT nach sich gezogen habe, was für ihn hieß, daß keine weiteren Nationalisierungen erfolgen dürften, vgl. Berstein, Parti Radical, S. 75ff. Dort auch die Attacken von Baudry und Daudet.

Schmitt „existentiellen" Freund-Feind-Ideologie als Grundmuster innerstaatlicher Konfliktaustragung[288] bzw. gar ein konsequentes Handeln in diesem Sinne unternommen. Dennoch spielten einige ihrer Führungselemente, und nicht zuletzt die jüngeren, eine nicht unerhebliche Rolle bei der außerparlamentarischen Mobilisierung 1924–26 und den ersten außerparlamentarischen Bewegungen der Rechten[289]. In den 1930er Jahren sollte diese Spannung zwischen einem liberal-parlamentarischen und einem autoritären Flügel sogar zu einem Grundkonflikt der FR und der Ursache der inneren Erosion werden[290]. In dem für diese Arbeit veranschlagten Untersuchungszeitraum der 1920er Jahre blieb die FR als Partei jedoch auf dem Boden der republikanischen Verfassung, obgleich sie, wie geschildert, die Organisation einer „Ordnungspartei" auch parallel zum staatlichen Gewaltmonopol unterstützte. Dieser für den Historiker schwer zu kategorisierende Balance-Akt wird vielleicht am besten von den Vorstellungen und dem politischen Handeln des Vorsitzenden der FR, Louis Marin, illustriert.

In einem Vortrag vor der *Société d'Economie sociale*, d. h. dem Hort eines liberal orientierten Sozialkatholizismus im Gefolge von Frédéric Le Play, sprach Marin am 25. Mai 1925 über „L'Eternel Communisme et sa menace"[291]. Er entwickelte als Argumentationsfigur die klassische Freund-Feind-Ideologie aller antikommunistischen Kräfte und erweiterte sie sogar zu einem universalen Geschichtsprinzip: Der Kommunismus in seiner von Deutschland lancierten Version sei der „ewige Feind" der Zivilisation, der die traditionellen Autoritäten wie Familie, Armee und Staat außer Kraft setze und damit den Kampf der „vices" gegen die „vertus" repräsentiere[292]. So erbittert sein Plädoyer gegen den Kommunismus auch ausfiel, so wenig gehorchte Marin aber *de facto* der Logik der Gegenmobilisierung. Zwar bedauerte er den geringen Organisationsgrad aller „Ordnungselemente", der nicht ausreiche, um dem Kommunismus Einhalt zu gebieten, mit keinem Wort erwähnte er jedoch die Notwendigkeit von paramilitärischen Milizen als Gegenstück zu den kommunistischen Verbänden, die bei mehreren Gelegenheiten wie der Überführung des Leichnams von Jean Jaurès in Paris in Erscheinung getreten waren. Marin blieb wie viele seiner Parteigenossen bei der Strategie, alle nationalistischen Elemente durch einen vehementen Antikommunismus zu sammeln, ohne jedoch den Weg der „Straße", d. h. des gewalttätigen politischen

---

288 Vgl. Schmitz, Die Freund-Feind-Theorie Carl Schmitts.

289 Es ist bereits auf Pierre Taittinger, Jean Ybarnégaray, Philippe Henriot u. a. hingewiesen worden. Vgl. z. B. den Bericht über ein JP-Treffen am 26. 1. 1926 in Paris, wo neben Taittinger und Ybarnégaray auch Louis Madelin und Marcel Habert anwesend waren. Dies sowie weitere Indizien im Dossier Jean Ybarnégaray in: APP BA 2036.

290 Irvine, French Conservatism in Crisis, S. 98ff.

291 Discours pronocée le 25 mai à la séance d'ouverture du congrès annuel de la Société d'Economie sociale, veröffentlicht Paris 1925. Über die geistesgeschichtlichen Hintergründe des Anthropologen Marin vgl. Lebovics, True France. The Wars over Cultural Identity, S. 27ff.

292 Insofern habe der ewige Kommunismus als zeitloses „Barbarentum" und als Feind der traditionellen Ordnung auch schon Ägypten, Griechenland und Rom heimgesucht, ibidem, S. 6.

Kampfes zu gehen[293]. Insofern kam es Marin mehr darauf an, die weltanschaulichen Divergenzen im nationalen Lager zu überbrücken, als neue politische Organisationsformen, wie es die JP waren, zu schaffen[294]. Er und die FR-Führung verhielten sich in dieser Hinsicht wie General de Castelnau, der die neuartige Organisationsform der JP als politische Bewegung („agiter le public [...] descendre dans la rue") mißtrauisch beäugte und sich von diesen distanzierte[295].

Der Antikommunismus blieb also während der 1920er Jahre in den Reihen von ERD und FR ein entscheidender Kristallisationspunkt progressistischer und katholischer Positionen, er führte jedoch nicht dazu, daß sich die Partei im Zeichen einer Mobilisierung gegen den Kommunismus neue Organisationsformen suchte. Sie blieb parlamentarisch orientiert und Louis Marin lehnte die ihm auf Grund seiner nationalistischen Propaganda zugekommene Einladung von Georges Valois, dem Gründungskomitee des faschistischen *Faisceau* beizutreten, ab. Gleichwohl blieb in den Köpfen der Mitglieder der FR eine Vorstellung virulent, die man vielleicht am besten als *esprit des unions civiques* bezeichnen kann. Für den Fall eines kommunistischen Aufstands, und nur für diesen, sollte eine tragfähige Organisation aller „Ordnungselemente" das staatliche Gewaltmonopol ergänzen. So war es auch in einem Geheimpapier der *Ligue Millerand*, die maßgeblich und ab 1926 nur noch von Elementen der FR getragen wurde, vorgesehen, in dem für den Fall des Bürgerkrieges eine Bewaffnung der Mitglieder und deren paramilitärische Einteilung konzipiert war[296]. Der Antikommunismus und das ihm zugrundeliegende Freund-Feind-Denken hatten also die FR dazu bewegt, ein Konzept des Ausstiegs aus dem liberalen Verfassungsrahmen zu entwickeln, um gegebenenfalls selbst als nichtstaatliche Ordnungsmacht aufzutreten. Damit verließen zumindest die *Progressisten* in der FR ihre liberal-parlamentarische Tradition, ohne jedoch in das Extrem der antiparlamentarischen Ordnungspartei zu verfallen, wie es die konservative Rechte in Deutschland zu dieser Zeit tat[297]. Hintergrund dafür war nicht nur die grundsätzliche Zurückweisung totalitärer Ideologien, sondern auch die Ablehnung politischer Gewalt als Mittel der öffentlichen Auseinandersetzung, sei es von rechts oder von links[298]. Einem Optionszwang zwischen den Extremen

---

[293] Er sprach vom „redressement de l'esprit public" und „refaire notre unité morale" und, so notwendig, von der „défense par la loi, c'est-à-dire par la force". Im übrigen sah er mit seiner nationalistischen Brille die französischen Kommunisten ohnehin von Berlin gesteuert: „La clé de la paix sociale est à Berlin." Ibidem, S. 16 und 24. Eine ganz ähnliche Haltung nahmen die der FR nahestehenden Blätter Echo de Paris, *L'Avenir*, *La Liberté* und *L'Eclair* ein, die Umsturzpläne der Kommunisten veröffentlichten und zur nationalen Geschlossenheit, nicht jedoch zum Kampf aufriefen.

[294] Er betonte: „Mettre la France au-dessus des partis, refaire notre unité morale en banissant les querelles religieuses", ibidem, S. 25.

[295] Ein sehr deutlicher Brief de Castelnaus an Taittinger, wo er die Trennung von der Jugendabteilung ankündigt, hat Bonafoux-Verax, Fédération, S. 263 und 265 im Nachlaß de Castelnaus gefunden. Diesem Brief entstammt auch das Zitat.

[296] Das als „Principes considérés comme nouveaux dans l'organisation" titulierte Papier ist erhalten im Nachlaß Millerand in: AN 470, AP 87, und besprochen von Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 279f.

[297] Vgl. Holzbach, System Hugenberg, passim.

[298] Paradigmatisch hierfür steht die scharfe Kritik an den blutigen Übergriffen der AF im Jahre 1923 auf Marc Sangnier, vgl. die Chronique de la Quinzaine, in: RDDM vom

hat sich die FR daher in den 1920er Jahren nicht ausgesetzt, vielmehr hielt man immer an einem mittleren Weg zwischen Ordnungspartei und Ordnungsmacht fest[299].

Als eine markante Neuerung in der politischen Auseinandersetzung kann schließlich die öffentliche Anwendung des Freund-Feind-Schemas auf den politischen Gegner gewertet werden, die der Antikommunismus mit sich brachte. Waren vor dem Krieg selbst die Sozialisten nur *adversaires* gewesen, setzte sich im politischen Vokabular der FR nach 1919 immer mehr der Terminus *ennemis* durch. Was zu Beginn nur für die Kommunisten und Sozialisten galt, dehnte sich mit der Allianz der Radikalen und der Sozialisten auch auf die ersteren aus. In einem sehr emotionalen Brief an Louis Marin schrieb der URD-Fraktionsvorsitzende Edouard de Warren 1927: „C'est l'heure du Front Unique. Tous au front [...] contre les ennemis cartellistes, radicaux socialistes, socialistes ou communistes."[300] Die Front war in diesem Falle aber der Wahlkampf, womit sich erneut bestätigte, daß ein Freund-Feind-Denken, das sich seinen Grundüberzeugungen nach kaum vom dem der rechten Ligen unterschied, dennoch nicht zwangsläufig in einer antiliberalen Radikalisierung enden mußte. Als ein berühmter *Figaro*-Artikel mit dem Titel „Le péril communiste" im April 1927 einen angeblichen Bürgerkriegsmobilisierungsplan der Kommunisten veröffentlichte, reagierte die Öffentlichkeit geschockt und die rechten Ligen waren alarmiert[301]. Auch die FR reagierte mit unerbittlicher Härte, aber auf rechtsstaatlicher Grundlage. *„Chassons les communistes du Parlement"* war der Leitartikel von *La Nation,* allerdings nicht physisch, sondern juristisch: durch die Gleichsetzung von kommunistischer Propaganda mit Hochverrat und der dadurch ermöglichten Auflösung des PCF sollte dies erreicht werden[302]. In diesem Sinne agierten auch die beiden FR-Abgeordneten Desjardins und Blaisot, beide aus der ALP-Tradition kommend, in der Kammer mit einem Gesetzesvorschlag, der den Kommunisten die Strafverfolgung im Falle von Bürgerkriegspropaganda androhte[303]. In beiden Fällen zeigte sich, daß die Hand-

15.8.1923. Marin selbst sagte, er bedauere die kommunistischen Streiks genauso wie ihre oft blutige Niederschlagung im Interesse der Ordnung, vgl. seine Rede vor der *Société d'Economie sociale*, S.26.

299 Die *Jeunesses Patriotes* waren daher von der FR auch lediglich als Saalordner in Paris und den großen Städten konzipiert, es wurde ihnen jedoch keine eigene politische Legitimation zugeschrieben. Wo sie wie in Lothringen um 700 Mitglieder pro Monat anwuchsen, versuchten de Warren und Marin ihr Abdriften nach rechts zu verhindern („il serait dangereux de les voir glisser ailleurs") und die JP zu überwachen und bei der Stange zu halten. Brief de Warrens an Marin vom 4.8.1927, in: AN 317, AP 183. Lediglich der Chefredakteur der nationalistisch-katholischen Zeitung *La Liberté*, Camille Aynard, der der ERD und der FR sehr nahestand, warb ab 1925 für den Optionszwang, vgl. sein Buch Bolchevisme ou Fascisme? Français, il faut choisir (1925).

300 Brief de Warrens an Marin vom 13.12.1927, in: AN 317, AP 183.

301 Vgl. die Akte über den Figaro-Artikel vom 29.4.1927 in: AN, F/712955. In der Tat hatten die Jahre 1924–28 eine Radikalisierung des PCF gesehen, der mit der *Jeunesse communiste* paramilitärische Umzüge abhielt und offensichtlich von Moskau finanziert wurde, um einen Umsturzversuch zu unternehmen. Vgl. Courtois/Lazar, Histoire du parti communiste français, S.92ff.

302 *La Nation* vom 21.5.1927.

303 Ihre Initiative wurde mit der Kartellmehrheit von 265 zu 256 Stimmen abgelehnt. Vgl. den Polizeibericht vom 19.5.1927 in: AN, F/7 12955.

lungsorientierung der FR auf die Kammer ausgerichtet war, in der allein legale Ordnungskompetenzen vergeben werden konnten.

Zusammenfassend kann man sagen, daß der Antikommunismus und das mit ihm verbundene Freund-Feind-Denken ein konstitutives Element der Ideologie und der politischen Kultur der liberal-konservativen Sammlung waren. Wie der Antigermanismus in der Außenpolitik diente der Antikommunismus in der Innenpolitik zur Selbstabgrenzung gegen als „Barbaren" stigmatisierte „Feinde". In dieser inhaltlichen Aufladung, die das Freund-Feind-Denken aus der Kriegszeit in die Friedenszeit transportierte, unterschieden sich ERD/FR kaum von den Vorstellungen der außerparlamentarischen Rechten in den 1920er Jahren. Allerdings brachte es ihre situationsbezogene Selbstauffassung von der „Ordnungspartei" mit sich, daß ihre Position im Spannungsfeld von liberalem Parlamentarismus und antiliberalem Extremismus janusköpfig blieb. Auf der einen Seite war eine Nähe zu den *Jeunesses Patriotes* und den politischen Formen der neuen Rechten personell und strukturell gegeben. Auf der anderen Seite wollte die FR aber nur im Notfall das staatliche Gewaltmonopol durch nationale, d. h. ihre eigenen Truppen, ergänzen. Gegen die parlamentarische Republik sollten diese – selbst zu Zeiten des Linkskartells – jedoch nie marschieren. Zentraler Ort des Vorgehens gegen Kommunisten blieb das Parlament, wo das Stellen von Verbotsanträgen zu einem steten Bestandteil liberal-konservativer Politik wurde. Etwas pointiert könnte man sagen, daß die FR, nicht zuletzt auf Grund der bonapartistischen Elemente, die in sie eingeflossen waren, „nicht mehr liberal", aber auch „noch nicht faschistisch" war, sondern eine „Ordnungspartei" eigener Prägung.

5. Protest gegen moderne Welten: Agrarromantik und Antimodernismus

Agrarromantik als ideologisierte Protestkultur gegen sozialökonomische Veränderungen im Zuge der Verteilungskämpfe zwischen Landwirtschaft und Industrie war in einem Land wie Frankreich, in dem 1905 noch mehr als 42% der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig war, 85% davon als Subsistenzbauern, keine seltene Erscheinung und vor allem nicht auf eine bestimmte politische Strömung beschränkt[304]. Je mehr die Landwirtschaft seit den 1880er Jahren von Krisen erschüttert wurde, um so mehr rekurrierten Intellektuelle, Politiker und landwirtschaftliche Interessenvertreter auf die Agrarromantik als sinnstiftende Konstruktion zur Mobilisierung oder zur Besänftigung des bäuerlichen Protestpotentials. Gemäß dem Ziel Gambettas und Ferrys, die Bauern für die Republik

[304] André Siegfried hielt dies treffend in einer handschriftlichen Notiz in seinem Nachlaß fest: „Cybèle a plus d'orateurs en France que le Christ. Le paysan ne connait qu'une religion, celle de la terre." In Nachlaß André Siegfried, Archives FNSP, 3 SI 15, Dossier 5. Grundlegend Barral, Les Agrariens Français, Boussard, Les agriculteurs et la République, und Augé-Laribé, La politique agricole. Der Begriff Agrarromantik wurde zuerst von Kittel, Provinz zwischen Reich und Republik, S. 295, auf Frankreich übertragen; von einer „agrarischen Sinnwelt" als „sinnstiftender Konstruktion" gegen subjektive Erfahrungen der Modernisierungsprozesse spricht Wirsching, Agrarischer Protest, S. 41.

zu gewinnen, hatte eine Schutzzollpolitik der Republikaner in den 1880er Jahren ökonomisch motivierten Agrarprotest abgemildert und agrarische Konfliktpotentiale eingedämmt. Protektionismus und die Erhaltung einer ländlichen Lebenswelt fanden sich daher in den Wahlprogrammen von den republikanischen Sozialisten, wie Paul-Boncour im Tarn, über die Radikalen und Republikaner bis hin zur aristokratischen *Droite* mit ihren Großgrundbesitzern in der Bretagne[305]. Auch ALP und *Progressisten* teilten diese Auffassung, obgleich – wie oben erläutert – der Konflikt zwischen Freihandel und Protektionismus innerhalb der *Progressisten*, symbolisiert durch Thierry und Méline, niemals programmatisch entschieden wurde, sondern jeder Kandidat nach den Bedürfnissen seines Wahlkreises Position beziehen konnte.

Die Problematik bei der Vertretung bäuerlich-ländlicher Interessen und Weltbilder bestand in Frankreich in der Tatsache, daß sich kein einheitlicher Verband zu diesem Zwecke, vergleichbar dem Bund der Landwirte in Deutschland, herausgebildet hatte. Vielmehr hatte sich der Vergesellschaftungsprozeß von Agrarinteressen – entsprechend der *Droite-Gauche*-Polarisierung – in zwei verschiedenen nationalen Organisationen vollzogen, einer konservativ-katholischen und einer republikanischen, die beide jedoch den Protektionismus der 1880er und 1890er Jahre mittrugen[306]. Die genossenschaftliche Selbstorganisation der Bauernschaft war deshalb jedoch bis in einzelne Kantone hinein gespalten, meistens zwischen einem kirchennahen, vom alten Adel dominierten und patriarchalisch geführten *syndicat agricole* und einer republikanisch-laizistischen *association paysanne* unter Führung bürgerlicher Honoratioren[307]. Die Handlungsfelder beider Gruppen innerhalb eines Departements waren genau abgesteckt und abgegrenzt, so daß es trotz einer Gleichheit der Interessen (Protektionismus) auf dieser untersten gesellschaftlichen Ebene zu keiner Annäherung kam, zumal die konservativen Organisationen den Willen zu einer „unpolitischen" Politik vertraten, d.h. zur Nichteinmischung des Staates – mit Ausnahme der Schutzzollgesetzgebung – in die Landwirtschaft[308], während die linken Gruppen staatliche Fördermaßnahmen und Unterstützung der Genossenschaftskassen einforderten.

Daran änderte sich auch nach dem Ersten Weltkrieg wenig. Angesichts einer immer stärker zunehmenden Landflucht und Verstädterung der französischen

---

[305] Vgl. grundsätzlich Duby, Histoire de la France rurale, Bd. 4., S. 28–32 und 442ff., sowie Pitié, L'Exode rural. Zum Übergang von einer landwirtschaftlichen zu einer sich industrialisierenden Wirtschaft zwischen 1900 und 1950 vgl. Bairoch, Les passages des économies traditionelles.

[306] Die von landsässigen Großgrundbesitzern dominierte *Société nationale d'agriculture* (*Rue d'Athènes*) und die von republikanischen Mittel- und Großbauern dominierte *Société nationale d'encouragement à l'agriculture*. Auch im Parlament gab es bis 1885 einen rechten und linken *groupe agricole*. Vgl. Barral, Les Agrariens Français, S. 78ff., Aldenhoff-Hübinger, „Les nations anciennes, écrasées...", und Mendras, Les Organisations agricoles.

[307] Vgl. Hubscher, Syndicalisme agricole et politisation paysanne, und die Exemplarstudie von Jean Vercherand, Un siècle de syndicalisme agricole.

[308] Die beiden maßgeblichen Werke von Vertretern der konservativen Verbände sind Robert de Rocquigny, Les syndicats agricoles et leur œuvre (1900), und Marquis de Marcillac, Les syndicats agricoles. Leur action économique et sociale (1913).

Gesellschaft, die von den Zeitgenossen als großes Problem wahrgenommen wurde[309], blieb die Frage nach dem Schutz der französischen Landwirtschaft und der damit verbundenen sozialmoralischen Lebenswelt virulent. Ein kurzer Blick auf Wahlkampfaussagen und Parteiprogramme fast aller Gruppierungen würde genügen, um die ideologische Bedeutung dieses Phänomens zu erfassen. Die liberal-konservative Sammlung hat nun innerhalb dieser agrarischen Positionen eine bestimmte Haltung angenommen, die sie einerseits von Positionen der Radikalsozialisten oder auch der klassischen Rechten unterschied und die andererseits den ihr innewohnenden Konsens einer liberalen und einer katholischen Tradition spiegelte. Die schon bei *Progressisten* und ALP im Grunde unentschiedene Frage nach Protektionismus und Freihandel, zumindest als grundsätzliche Positionen, blieb weiterhin offen und anscheinend bewußt ausgespart. Demgegenüber dominierte allenthalben die Propagierung einer ländlichen Lebenswelt als menschlichem Idealzustand, die man gemeinhin als Agrarromantik zu bezeichnen pflegt[310]. Das folgende Kapitel wird zeigen, wie und warum sich in einer bestimmten Form der Agrarromantik die liberal-konservative Sammlung herauskristallisieren konnte und welche politischen Positionen daraus resultierten.

Agrarromantik der Progressisten und der ALP vor 1914

(I) Die Wahl zwischen Protektionismus und Freihandel war ein zentraler und ungelöster Konflikt in den Reihen der *Progressisten* vor 1914. Auf der einen Seite stand der großbürgerlich-liberale Flügel (*Centre gauche*) aus den großen Handels- und Hafenstädten um Aynard (Lyon), Thierry (Marseille), und Leroy-Beaulieu (Paris), der am Freihandel festhalten wollte und die Schutzzollpolitik der Opportunisten bekämpft hatte; auf der anderen Seite stand eben jener agrarisch-republikanische Protektionismus um Méline, der als Initiator einer gezielten Agrarpolitik und Förderer eines staatlichen *encouragement à l'agriculture* gelten konnte[311]. Da sich die *Progressisten* intern zu keiner Zeit auf eine gemeinsame Strategie einigen konnten, blieb der Konflikt virulent und führte dazu, daß die faktische Differenz von einer konstruierten Harmonie übertüncht wurde. Diese Harmonie entwickelte sich auf einer ideologischen Ebene und fand ihren Ausdruck hauptsächlich in den Vorstellungen von Jules Méline, der nicht nur der Initiator der Hochschutzzollpolitik war, sondern auch einer der einflußreichsten agrarromantischen Schriftsteller Frankreichs vor 1914.

---

[309] Vgl. z.B. *La Revue Hebdomadaire* vom 13.6.1914, Eysseric, Politique laïque et dépopulation (1931), Guillou, L'émigration des campagnes vers les villes (1905).

[310] Zur Problematik vgl. Bergmann, Agarromantik und Großstadtfeindschaft, S.38ff und bes. 277–280, Kittel, Provinz zwischen Reich und Republik, S.296f., unterschätzt das Ausmaß von Agrarromantik in Frankreich, wie ein vergleichender Blick auf den Südwesten zeigt. Vgl. dazu die Arbeit von Teulières, Immigrés d'Italie et paysans de France, Kapitel II., und als ideengeschichtliche Annäherung Barral, La terre.

[311] Zum Konflikt Barral, Les Agrariens Français, S.86. Vertreter des Protektionismus waren z.B. Touron (Aisne), Rambourgt (Aube), Krantz (Vosges), Rambaud (Doubs), de Kerjegu (Finistère).

Mélines Buch *Le retour à la terre*, mehrfach aufgelegt[312], spiegelt *par excellence* die moralisch verklärende Idealisierung der Landwirtschaft und die daraus gefolgerten politischen Schlüsse für das Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft im Rahmen der Nationalökonomie. Méline ging zunächst davon aus, daß die Maschinisierung und Agglomeration der Industrie zu Überproduktion und Arbeitslosigkeit führen müsse, da sie ein von ihm apriorisch als ideal gesetztes Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft verletze. Dieses Gleichgewicht, das vor allem in den industriellen Ballungszentren um Paris und Lille gestört sei, könne nur wiederhergestellt werden, wenn die arbeitslose Bevölkerung zur Landarbeit, d.h. zu „terre, nourricière de l'humanité, féconde et éternelle[313]", zurückfände. Um diese Rückkehr auf den Weg zu bringen, sollte das Land umfassend modernisiert werden: Einsatz von Chemikalien, Ausbau des Straßen- und Stromnetzes, Kredit- und Versicherungsgenossenschaften und schließlich auch ein dörfliches Café, „propre et élégant", sollten das Leben auf dem Land erleichtern und die Arbeiter der Städte anlocken[314].

Die Befürwortung der Modernisierung auf der einen Seite war aber nicht Ausdruck einer prinzipiellen Befürwortung der Moderne, sondern im Gegenteil ein Mittel zur Bekämpfung derselben. Der ökonomische und moralische Feind war für Méline nämlich „la puissance stupéfiante des machines américaines" und die damit einhergehenden „villes tentaculaires", die durch ihre „vie élégante et amusante", ihre Cafés und Kabaretts und überhaupt alle ihre „vices inséparables de la promiscuité" die Bauern vom Land in die Städte gelockt hätten, wie das verderbende Licht den Schmetterling[315]. Zumal Paris verkörperte für ihn diese „athmosphère viciée, empoisonnée au milieu de laquelle notre civilisation ou plutôt la dégénérescence de notre civilisation a plongé l'espèce humaine depuis un demi-siècle"[316]. Agrarromantik und Antiurbanismus gingen also Hand in Hand und der Schutz der Landwirtschaft war mehr als nur sozialökonomische Interessenpolitik. Dahinter stand die moralisierende Vorstellung einer heilen Welt, einer einstigen *aurea aetas*, in der die nicht entfremdete Arbeit an der frischen Luft und die Eintracht mit der Natur die Garanten einer „race forte, vigoureuse et prolifique" waren, mithin eines starken und unabhängigen Frankreich[317].

Obwohl diese Agrarromantik zunächst sicher nur Ausdruck der persönlichen Überzeugungen Mélines war, fand sie doch auch Eingang in das Programm der

---

312 Méline, Le Retour à la Terre.

313 Die Erörterung zur Industrie ibidem, S. 70–100, und das Zitat S. 97. Mélines ökonomische Argumentation ist erörtert bei Boussard, Les arguments économiques en faveur du retour à la terre. Überraschend ist auch, daß Auguste Isaac, der als Textilunternehmer selbst Teil der Industrialisierung war, gleichermaßen urteilte: „Il faut honorer le travail; un sentiment que l'on désapprend malheureusement dans la plupart des ateliers modernes. On ne prise plus le travail que pour ce qu'il rapporte, on ne fait aucun cas de sa valeur intrinsèque, fonctionelle, hygiénique et moralisatrice." Eintrag vom 1.5.1906, Carnets, S. 31.

314 Méline, Retour, S. 119–200, Zitat S. 195. Landwirtschaft solle gemäß der lateinischen Ursprungsbedeutung industria = Fleiß auch eine *industrie* sein.

315 Zitate ibidem, S. 96, 110 und 191.

316 Ibidem, S. 207.

317 Ibidem, S. 219.

Progressisten und der Vorkriegs-FR, da die Beschlüsse zum Thema Landwirtschaft regelmäßig von Jules Méline als Berichterstatter eingebracht wurden[318]. Nicht wenige *Progressisten* waren zudem selbst Vorsitzende landwirtschaftlicher Interessenverbände in ihren Departements und benutzten modernitätskritische Tendenzen der von Preisverfall und Landflucht bedrohten Bauernschaft[319]. Die Konzeption eines notwendigen Gleichgewichts von Industrie und Landwirtschaft wurde nicht nur vom protektionistischen Flügel der *Progressisten* um Touron, Hervey und Boivin-Champeaux, sondern auch von großbürgerlich-liberalen Politikern wie Benoist, Aynard oder Jules Roche vertreten. Allen gemeinsam war zudem, und das unterschied sie von den sogleich zu besprechenden Vorstellungen der ALP, daß man die Kritik an der Moderne nicht gegen die Republik mobilisierte und auch keine religiösen Begründungen in die Argumentation eingeführt hat.

(II) Im Zuge der antimodernistischen Lehre des Katholizismus hatte das konservativ-katholische Lager, und darunter besonders die ALP, agrarromantische und antiurbane Positionen aus religiösen Gründen an prominenter Stelle in ihr Programm aufgenommen. Korporatistische Konzepte eines de Mun oder La Tour du Pin vom eigenen *Stand* der Bauernschaft waren hierbei untrennbar mit der kirchlichen Vorstellung einer frommen Bauernschaft als Rückgrat der *société chrétienne* verbunden: Das spätere Vorstandsmitglied der ALP de Gailhard-Bancel, ein ultramontaner Katholik und Großgrundbesitzer, hatte so 1891 z.B. die *Etats libres du Dauphiné* abgehalten und damit ein ständisch-korporatistisches Programm zur Schau gestellt[320]. Konservative Bauernvereinigungen wie die *Union du Sud-Est* [321](Zentralmassiv) oder die *Union des Syndicats Agricoles du Finistère et des Côtes-du-Nord* (Bretagne) standen unter dem Einfluß der kirchlichen Hierarchie und des grundbesitzenden Adels, die im übrigen durch sogenannte *Semaines agricoles* und regelmäßige Pilgerfahrten zu Sacré-Cœur versuchten, die Bauernverbände noch fester an den katholischen Kalender und in die katholische Subkul-

---

[318] Auch der FR-Kollege Alfred Mezieres (Meurthe-et-Moselle) vertrat agrarromantische Positionen in seinem Buch: Au temps passé von 1903.

[319] Dazu zählten der Marquis de Moustier im Doubs, der Direktor Sagnier der Zeitung *L'Agriculture*, Marcel Vacher (Allier) und die Großgrundbesitzer Gustave Prevet (Seine-et-Marne), Lelievre (Jura), Denis (Mayenne), Drake (Indre-et-Loire) und Dulau (Landes).

[320] Zu de Mun vgl. Levillain, De Mun, passim, und zum liberalen Katholizismus vgl. *Le Correspondant* vom 25.7.1905. Die Nähe der ALP zur *Rue d'Athènes* durch eines ihrer führenden Mitglieder, de Gailhard-Bancel, sowie dessen religiös-ideologische Konzepte in Toussaint, L'Union des syndicats agricoles (1920). Zum ökonomischen Hintergrund der katholischen Grundbesitzer im Zentralmassiv vgl. Béteille, Grandes propriétés, grandes familles et progrès agricole en Aveyron, S.49ff.

[321] Die *Union du Sud-Est* war anfangs komplett in der Hand des grundbesitzenden Feudaladels (Vorsitzende de Saint-Victor, de Fontgalland, de Monicault, de Gailhard-Bancel), der auch die Departementalkomittees des Ain, Ardèche, Drôme, Isère, Loire, Rhône, Haute-Loire, Saône-et-Loire, Savoie und Haute-Savoie kontrollierte. Unter dem bürgerlichen Weinbauer Emile Duport aus der *Union des Beaujolais* nahm sie ab der Jahrhundertwende Züge einer Massenorganisation an, die für eine regionale Agrarpolitik eintrat, die vor allem antisozialistisch und klassenharmonisch war. Sie erreichte 1912 immerhin 123 202 Mitglieder und gründete Raiffeisenkassen nach deutschem Vorbild (1899 *Caisse régionale du Sud-Est*), die 1912 bereits 130 Lokalkassen umfaßten. Vgl. Garrier, L'Union du Sud-Est des syndicats agricoles avant 1914.

tur einzubinden[322]. Der sozialkatholische Impetus der ALP verhinderte aber in der Zeit vor dem Krieg, daß dezidiert agrarische Positionen in das Programm aufgenommen wurden, man sprach vielmehr von den *travailleurs des champs et des villes*, die gleichermaßen mit Hilfe der Religion von ihren Nöten befreit werden sollten[323]. Auch die ALP verfügte eben über einen eher großstädtischen Flügel um Paul Lerolle und Joseph Denais, der dem landwirtschaftlichen Kreis der Großgrundbesitzer nicht die programmatische Hoheit überlassen wollte. Wenn man jedoch einen der ALP nahestehenden Romancier wie René Bazin betrachtet, so reihen sich in seinen Werken, besonders im berühmten *La Terre qui meurt*[324], die gleichen Topoi der antimodernistischen Kulturkritik aneinander wie bei Jules Méline: Die lasterhafte Großstadt, der durch die Arbeit an Maschinen entfremdete Mensch, Dekadenz und Sterilität. Jedoch betonte Bazin als Katholik gerade die religiösen Ursachen dieser Entwicklung, d.h. vor allem Entchristianisierung und die antireligiöse Politik des Staates[325]. Auch er favorisierte die Rückkehr zu einer landwirtschaftlich geprägten Gesellschaft, allerdings nicht so sehr aus sozialmoralischen Gründen wie Méline, sondern aus religiös-moralischen Gründen, da allein in den robusten ländlichen Provinzen Frankreichs ein wahrer Glaube verwurzelt sei.

Wenn man also Bazin und Méline als zwei idealtypische Vertreter der Katholiken und *Progressisten* herausnimmt, so zeichnen sich die Vorstellungen beider durch moralisierende Agrarromantik und Antimodernismus aus, die jedoch unterschiedlich konnotiert waren. Während im Denken Mélines eine säkulare Moral und die ökonomische Konzeption eines harmonischen Gleichgewichts von Industrie und Landwirtschaft maßgeblich waren, offenbarte sich bei Bazin eine religiöse Moral, die ganz den zeitgenössischen Lehren der katholischen Kirche entsprach und gegen die laizistische Republik gerichtet war.

Agrarromantik während des Ersten Weltkriegs: Der Fall Emmanuel Labat

Es ist in der Forschung unumstritten, daß der Erste Weltkrieg als geschichtliches Ereignis lange währende Entwicklungen in der französischen Landwirtschaft auf einmalige Weise katalysiert und dynamisiert hat, und zwar sowohl auf der technisch-strukturellen wie auf der mentalen Ebene. Aus einer traditionellen Subsistenzbauernschaft, z.T. auf Pachtbasis, schälte sich eine durch Spezialisierung und Modernisierung krisenresistente „moderne Landwirtschaft" heraus, die aber nur einen deutlich kleineren Teil der Bauern beschäftigen konnte. Die Landwirtschaft

---

322 Vgl. den Brief des Bischofs von Agen zur Weihung der *Agriculture française* an *Sacré-Cœur* in der *Libre Parole* vom 1.2.1918. Zu der nach ihrem Sitz in Landerneau benannten *Union* vgl. Berger, Peasants against Politics.

323 Z.B. Programm der ALP für die Wahlen 1914, in *Libre Parole* vom 2.2.1914.

324 René Bazin, La Terre qui meurt, Paris 1903. Ähnlich auch der ALP-nahe Emile Duport, Testament syndical, Paris 1905, der neben de Gailhard-Bancel im Vorstand der Union du Sud-Est saß. Zu René Bazin und seine enge Bindung in das Lager der ALP vgl. Catta, René Bazin.

325 Gerade die *Union du Sud-Est* machte die laizistische Staatsschule auf ihren jährlichen Kongressen seit 1894 für die Landflucht verantwortlich. So auch *La Croix* vom 1.7.1914: „L'ordre agricole se modelait sur l'ordre religieux."

hörte auf, der wichtigste ökonomische Sektor des Landes zu sein und wurde von einer fast allgemeingültigen Lebens- und Arbeitsform zu einer Berufssparte neben anderen reduziert. Begleitet wurde der mehr oder weniger schnelle Niedergang der landwirtschaftlichen Dominanz bis etwa 1960 von mehreren politischen „Fieberschüben" bäuerlicher Protestbewegungen, man denke nur an Dorgères und Poujade[326]. Im Unterschied zu Deutschland und England wurde die französische Bauernschaft zwar nicht ruckartig zu einer sozialökonomischen Marginalie und stellte mit etwa 35% weiterhin einen europaweit relativ hohen Prozentsatz der Erwerbstätigen in der Zwischenkriegszeit, ihre „geschlossenen Gesellschaften" der Weiten der *France rurale* wurden aber durch ökonomische Spezifizierung, Industrialisierung, Elektrifizierung und Straßenbau geöffnet und verloren ihren isolierten Charakter. Selbst im sehr traditionell bewirtschafteten *bocage* des Westens hatten technisch-rationale Anbaumethoden, Dampfpflüge und motorisierte Dreschmaschinen Einzug gehalten[327]. Auch dies war eine Entwicklung, die bereits 1870 durch Zeitungswesen, Telefon und Verwaltungsprozesse begonnen hatte[328], die aber durch die Anforderungen der Kriegswirtschaft enorm beschleunigt wurde und im Zuge der „Eroberung des französischen Raumes" zwischen 1919 und 1939 ihren Abschluß fand[329].

Die für dieses Kapitel entscheidende Frage ist nun aber weniger, welche strukturellen Veränderungen der Erste Weltkrieg provoziert hatte, als vielmehr, wie diese wahrgenommen wurden, insbesondere in liberal-konservativen Kreisen. Dabei ist zunächst festzustellen, daß die Probleme der Landwirtschaft während des Krieges sehr wohl debattiert worden sind, zum einen sicherlich auf Grund der prekären Nahrungsmittelversorgung, zum anderen aber auch aus sozialmoralischen Gründen. Durch die Mobilisierung vor allem der Landarbeiter und Bauernsöhne blieben Saat, Ernte und Viehzucht an den Frauen und Alten hängen, die trotz gelegentlichen Einsatzes deutscher Kriegsgefangener oft überlastet waren oder gar selbst für die Kriegsindustrie verpflichtet wurden. Die Folge waren aufgegebene Bauernhöfe und brachliegende Acker- und Weideflächen, vor allem 1917, als der entbehrungsreiche und immer umfassender werdende Krieg auf die vierte Kriegsernte zuging. Emmanuel Labat, ein enger Vertrauter Jules Mélines bei der *Revue des Deux Mondes*, verfaßte kurz vor der Erntezeit 1917 und 1918 zwei wegweisende Artikel zu diesem Problem, die in liberal-konservativen Kreisen großen Beifall fanden[330]. Er konstatierte, daß die Mobilisierung der Bauern, der

---

[326] Einen Überblick über die ökonomischen Veränderungen gibt Sauvy, Histoire économique de la France, S. 290ff. Vergleichend über das „Zeitfenster", in dem die Landwirtschaft von einer Lebensform zum sozialökonomischen Interesse reduziert wird, vgl. Wirsching, Agrarischer Protest, S. 20ff.

[327] Vgl. Denis, Royalistes, S. 533–536. Allgemein über diese grundlegende, aber oft übersehene Veränderung im Europa nach dem Ersten Weltkrieg vgl. Hermann, Die Veränderung landwirtschaftlicher Arbeit.

[328] Vgl. Weber, Peasants into Frenchmen.

[329] So wuchs die Elektrifizierung der ländlichen Gemeinden von 17% 1919 auf 95% 1938, vgl. Moulin, Les Paysans, S. 178–194, dort auch das Zitat.

[330] Emmanuel Labat, La Terre pendant l'épreuve: Le devoir paysan, in: RDDM vom 1.9.1917, S. 153–179, und RDDM 15.7.1918, S. 426–450. Die Gedanken Labats flossen in den 1930er Jahren auch in das Denken des Neokorporatismus um Louis Salleron und Jacques Le Roy Ladurie ein, vgl. Paxton, Greenshirts, S. 28ff.

Eintritt der Frauen in industrielle Arbeitsverhältnisse und die Aufgabe der Höfe nicht nur ökonomische, sondern in besonderem Maße moralische Konsequenzen hätten, da sie die Qualität dessen reduzierten, was er in Anknüpfung an die oben behandelten Zivilisationsvorstellungen die „âme française" nannte: „La disparition de la famille paysanne entraînerait celle de la paysannerie, non seulement une classe sociale qui fait le fond même de notre population, mais une des formes les plus belles et les plus caractéristiques de l'âme française."[331]

Labats Agrarromantik knüpfte dabei deutlich an die antimodernistischen und insbesondere antiurbanen Vorstellungen von Méline und Bazin an, wobei er selbst bereits in der Vorkriegszeit zu einem wesentlichen Vordenker von agrarromantischen Positionen avanciert war: Man erwarte viel zuviel vom „machinisme puissant" und der „motoculture", die das Leben erleichtern sollen; keiner könne jedoch leugnen, daß die Erfindung des Schubkarrens dem menschlichen Genie weitaus mehr zur Ehre gereicht habe als die Erfindung des Automobils, das der elegante „citadin" nur zum Vergnügen durch die Straßen steuere[332]. Ganz besonders entwickelte Labat aber die Entfremdungstheorie weiter, gemäß der der an Maschinen arbeitende Mensch aus einer heilen Lebenswelt gerissen und zum Werkzeug und Sklaven der Maschine gemacht werde: „La machine imprime à ses serviteurs l'automatisme dont elle est trépidante. Elle les transforme en matériel humain."[333] Der Franzose werde damit „artfremd" und verliere die der „âme française" innewohnenden moralischen Fähigkeiten, die ein Bauer durch den täglichen Umgang aller seiner Sinne mit der Natur stetig vermehren könne[334]. Ein besonderes Kennzeichen dieser Argumentationsweise bildete dabei die Abhebung des Franzosen von dem der rationalen und maschinisierten Organisation völlig unterworfenem Deutschen in der Kriegspropaganda, in der die Entfremdungstheorie also nationalistisch aufgeladen wurde[335].

Agrarromantik und Antimodernismus erfuhren bei Labat jedoch eine entscheidende Wendung, da er die Richtigkeit seiner Thesen durch das tapfere Standhalten der französischen Truppen und vor allem der vom hohen Blutzoll gezeichneten ländlichen Regimenter bestätigt sah: „O race paysanne, mère des hommes durs au travail et à la bataille, comme tu as fait ton devoir!"[336] In diesem Sinne konnte La-

---

331 Labat, Le devoir paysan I, S. 178.

332 Labat, Le devois paysan II, S. 444. Ähnlich auch in: ders., La culture morale à l'Ecole du Village, in: RDDM vom 15. 1. 1914, S. 364–400. Labat hob nicht auf den Konfikt Staatsschule vs. Privatschule ab, sondern betonte: „La science [...] ruinera peu à peu l'âme paysanne en expliquant le pourquoi et le comment des phénomènes dont l'obscurité était cause d'une foi qui constituait le fond même de cette âme." S. 387.

333 Labat, Le devoir paysan II, S. 445.

334 Ganz ähnlich hatte schon zwei Jahre früher der ALP-Abgeordnete de Gailhard-Bancel bei der Einweihung des *Institut agricole de mutilés* durch die katholische *Union du Sud-Est* argumentiert: „Le travail, qui s'accomplit au grand air, sous le ciel, dans l'espace libre et le calme des champs n'est il pas le plus sain, le plus conforme à la nature, le plus noble, le meilleur pour le corps et pour l'âme?" In *La Croix* vom 30. 11. 1915.

335 Labat, Le devoir paysan I, S. 446f.

336 Labat, Le devoir paysan II, S. 450. Ähnlich auch *la Libre Parole* vom 29. 8. 1914: „La France s'est ressaisie. Elle est redevenue elle-même [...] le paysan, en qui sevit la vertu guerrière des aieux a compris." Über den hohen Blutzoll der Bauernschaft vgl. Barral, La paysannerie française à l'arrière.

bat ein politisches Ethos als Lehre des Krieges entwickeln, das ganz in Kongruenz mit dem im vorletzten Kapitel besprochenen stand, jedoch deutlich auf die Qualitäten des französischen Landmanns Bezug nahm. Nur weil die Feldarbeit „la fatigue, le dévouement et le sacrifice" gelehrt habe, hätten die französischen Regimenter durchgehalten. Nicht der „intellectualisme" und „scientisme" der Vorkriegszeit, der an den Schulen verbreitet wurde, sondern die moralische Unterrichtung der Seele durch die Landarbeit, die Verfeinerung dessen, was er „subconscience" nennt, kurz die Pflege all des nicht-Rationalen im Menschen, hätten dazu geführt, daß aus der alltäglichen „vocation paysanne" eine kriegerische Berufung geworden ist[337]. Auch bei Emmanuel Labat ist wie bei Viktor Giraud also zu erkennen, daß hinter dem postulierten politischen Ethos eine Zivilisationsidee stand, die das rationalistische Erbe der französischen Aufklärung, vor allem aber den rationalistischen Optimismus der französischen Wissenschaft und des Schulsystems, ablehnte. Insofern waren Agrarromantik und Antimodernismus mehr als nur eine defensive Haltung gegen strukturelle Veränderungsprozesse, sondern drückten vielmehr eine aktive, mentale Auseinandersetzung mit der dominierenden geistesgeschichtlichen Tradition Frankreichs aus.

Auf dem Gebiet dieser Auseinandersetzung konnten sich die jeweiligen Vorstellungen von *Progressisten* und Katholiken amalgamieren, für die idealtypisch die Beispiele Méline und Bazin stehen. Bereits Labat hatte den Weg geebnet, in dem er für die Nachkriegszeit eine Rückkehr zum „Adel des Schweißes" (*noblesse de la sueur*), also zur Landarbeit forderte, eben nicht nur aus ökonomischen, sondern moralischen Gründen[338]. Zur Durchsetzung dieses politischen Ethos sei aber eine Umgestaltung der Grundschulen auf dem Lande notwendig, wo nicht mehr ein staatlich geschulter Lehrer, sondern ein *maître paysan* in praktischen und nicht mehr theoretischen Dingen unterrichten sollte. Labat erkannte dabei ausdrücklich die Religion als Teil der unterbewußt-spirituellen Kräfte und als „amie de la terre" an[339]. Er übernahm dabei Forderungen der ALP-nahen Bauernverbände des Ostens, die eine Lockerung der staatlichen Laizität durch die Einführung des *enseignement agricole* als Pflichtfach auf der Grundschule anstrebten[340]. Wenn man berücksichtigt, wie heftig die Kämpfe um das Schulprinzip vor dem Ersten Weltkrieg noch waren, und wie sehr diese Katholiken und *Progressisten* getrennt hatten, so war dieser Vorschlag ein deutliches Kompromißangebot an beide Seiten. Anerkennung der Religion als sozialmoralischer Teil der Erziehung auf dem Lande und Umgestaltung des Unterrichts in praktisch-ökonomischer Hinsicht

---

337 Die Zitate in Labat, Le devoir paysan I, S. 167 und 171, sowie II, S. 430 und 449.

338 Labat, Le devoir paysan I, S. 161, und *La Libre Parole* vom 1.2.1918: „La guerre va déterminer un retour sensible vers la terre. Les initiatives du commandement, la vie au grand air [...] dégouteront beaucoup des jeunes hommes de l'existence sédentaire d'un bureau."

339 Labat, Le devoir paysan II, S. 436.

340 Gerade im Norden und Osten waren unter Führung des niederen Klerus *syndicats agricoles* enstanden, die die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Bauernschaft vertraten, die weiterhin am katholischen Glauben festhielt, aber ihre Kinder aus finanziellen Gründen auf die Staatsschule schickte. Vgl. Faucon, Les origines du syndicalisme agricole dans la région du nord, und Barral, Apects régionaux.

ohne Aufgabe der staatlichen Neutralitätspflicht konnten agrarromantische und antimodernistische Sentiments auf beiden Seiten befriedigen und so zu einem tragfähigen Konsens gerinnen.

Agrarromantik und Antimodernismus als ideologische Pfeiler der liberal-konservativen Sammlung

Bevor zu den konkreten Auswirkungen der Gedanken Labats in den Reihen der liberal-konservativen Sammlung übergegangen werden wird, soll an dieser Stelle noch einmal betont werden, daß weder Agrarromantik, noch Antimodernismus, noch Technikfeindschaft in Frankreich ein nur von der gemäßigten Rechten besetztes Thema waren. Sie wurden vielmehr in einem breiten Diskurs in Literatur, Philosophie oder Soziologie diskutiert, man denke nur an die Werke von Durkheim, Bergson oder Mounier. Gleichwohl versuchte die liberal-konservative Sammlung diese modernitätskritischen Potentiale zu absorbieren und zu monopolisieren. Durch sie wurden Agrarromantik und Antimodernismus zu einem *politischen* Instrument im Kampf um die Leitwerte der französischen Nachkriegsgesellschaft. Obwohl die Vertretung landwirtschaftlicher Interessen nach 1919 von vielen politischen Fraktionen übernommen wurde, war es allein die liberal-konservative Sammlung, die als Kernstück ihrer Argumentation ein agrarromantisch-antimodernistisches Weltbild präsentierte, das innerhalb der Fraktion nicht so sehr ökonomisch, sondern insbesondere moralisch motiviert war[341]. In der Moral, so hatten wir gesehen, konnten sich ja religiös-katholische (ALP) und moralisch konservative (*Progressisten*) Konzeptionen im Zeichen einer Kulturkritik ideal verbinden. Das folgende Kapitel wird daher erörtern, wie die Vorstellungen Labats in die politische Programmatik eingesickert sind (I), welche Forderungen daraus erwuchsen (II), welche strukturelle Nähe zu Bauernorganisationen damit entstand (III) und schließlich welche Probleme damit verbunden waren (IV).

(I) Agrarromantische Potentiale der ERD offenbarten sich zum ersten Mal im März 1920, als über die Aufrechterhaltung des Weizenmonopols und die staatliche Subventionierung des Brotpreises in der Kammer debattiert wurde. Jean A. Molinié (ERD) aus dem katholischen Departement Aveyron bezichtigte die Regierung, der immerhin drei seiner Fraktionskollegen angehörten, des Ausverkaufs französischer Interessen zu Gunsten amerikanischer oder australischer Farmer, deren billigeren Weizen man zu Lasten der französischen Bauern staatlich aufkaufe, um die Proteste der städtischen Bevölkerung gegen die *vie chère* zu besänftigen: „Cette nation, qui a donné avec héroisme ses fils et son sang était supposée ne pas

[341] Dies zeigt auch die sehr anregende Untersuchung von Teulières, Immigrés d'Italie et paysans de France, die die Einwanderung von Norditalienern in den französischen Südwesten diskutiert. Gerade im Südwesten, wo große Teile der Bauernschaft zum Klientel der laizistischen Radikalen gehörten, versuchten auch diese durch den Rückgriff auf eine „heile Welt auf dem Lande" die modernitätskritischen Potentiale der Bauern für sich zu gewinnen. Es gelang ihnen jedoch nur teilweise, eben weil sie, um sich von den konservativen Kräften vor Ort zu unterscheiden, stärker die Leistungen der Republik für die Bauern betonten und den Schulterschluß mit den Sozialisten suchten. Vgl. ibidem, S. 20-27.

devoir connaître et comprendre la vérité, et on lui prodiguait le pain à bon marché, mais au détriment de sa culture."[342] Zur Unterstreichung seiner Forderung, allein den teureren französischen Weizen auf dem heimischen Markt zuzulassen, beschwor er das verklärende Bild des Bauern aus seiner heimatlichen Rouergue, wobei er, wie schon Labat, Feldarbeit und Militärdienst argumentativ verknüpfte: Man sehe diesen *paysan* noch am Abend mit seiner „blouse bleue – ou porte-il encore la tunique bleu horizon?" auf dem Feld stehen; mit seinem „calot pâli des batailles" verkörpere er den Typus des Franzosen, „qui sauvera la France dans la paix, comme il a largement contribué à la sauver dans la guerre". Die ERD stand daher bei dem sich in der Zwischenkriegszeit zuspitzenden Konflikt zwischen Produzenten (Bauernschaft) und Konsumenten (städtische Bevölkerung) eindeutig auf der Seite der ersteren und war bereit, durch hohe Schutzzölle auch ein hohes Preisniveau der landwirtschaftlichen Produkte zu akzeptieren und das Bauerntum gegen Verleumdungen der städtischen Unterschichten als „affameur" und „profiteur" zu verteidigen[343]. Wie sehr es sich bei dieser Argumentation um ein Spezifikum der ERD handelte, zeigt die Tatsache, daß entgegen dem Usus die ERD unter Molinié, Castelnau, Coucoureux und Roques einen eigenen *Ordre du jour* am Ende der Debatte einbrachte, der sich von dem ihrer Koalitionskollegen im *Bloc National* absetzte[344].

Die enge Verzahnung von Bauerntum und militärischer Stärke entwickelte sich also früh zu einem Topos innerhalb der ERD. Der spätere FR-Vorsitzende Louis Marin charakterisierte den französischen Landmann 1923 in der Kammer folgendermaßen: „Le paysan français n'est pas seulement le bon soldat, toujours prêt à défendre ses foyers. Il est aussi la fourmi toujours au travail." [345] Aber auch Entfremdungstheorie und Antiurbanismus fanden gleichermaßen ihre Verbreitung, wenn z.B. der ERD-Abgeordnete Henri Auriol (Ex-ALP) schrieb, daß sich die „paysannerie française" auch gegen die brutalen Methoden der modernen Industrie zu verteidigen wisse, da bei ihr „rien n'est anonyme, ni la société, ni le travail"[346]. Gleichwohl muß man festhalten, daß ERD/FR zu keiner Zeit die Industrie als Ganzes in Zweifel gezogen haben, was angesichts der Anwesenheit führender Stahlmagnaten wie de Wendel in ihrem Präsidium auch mehr als unglaubwürdig gewirkt hätte. Ihr landwirtschaftlicher Flügel um den Grundbesitzer de Monicault setzte vielmehr die Position Mélines von einer apriorisch gesetz-

---

[342] JO, Débats, Chambre, 12.3.1920, S.542f.

[343] Während der ersten 10 Jahre der Nachkriegszeit wurde dieses Problem noch nicht virulent, als aber die Weizenpreise ab 1929 zu fallen begannen, vor allem nach 1931, unterstützte die FR die Hochschutzzollpolitik Tardieus energisch, der die Zölle auf 50 bzw. 80 Francs pro Doppelzentner Weizen erhöhte und damit praktisch importierten Weizen vom französischen Markt fernhielt. Vgl. Paxton, Greenshirts, S.14f. Zu der Kritik an der Bauernschaft durch die Städte vgl. Augé-Laribé, Le paysans français, S.133–182.

[344] Die *Bloc National*-Koalition hatte einen *ordre du jour* Noblemaire-Boulanger eingebracht, dem sich die ERD erst nach Abwehr eines sozialistischen *ordre du jour* anschloß.

[345] Abgedruckt in der Parteigeschichte *Au service du pays* 1939, S.14. Ähnliche Positionen auch bei der *Union des Syndicats agricoles de la Mayenne*, zitiert bei Denis, Royalistes, S.536.

[346] *Bulletin de l'ALP* vom 15.2.1922.

ten Harmonie von Industrie und Landwirtschaft fort[347] und begnügte sich mit seiner Kritik an den modernen Großstädten und ihren Lastern, also mit den sozialen Begleiterscheinungen von Industrialisierung und Modernisierung.

Kritik an der Moderne mußte ferner auch nicht notwendigerweise Kritik an modernen Errungenschaften bedeuten, da z.B. der Ausbau der Infrastruktur auf dem Land, Elektrifizierung und Wasserversorgung stets unterstützt wurden, immer mit dem Ziel, die Landbevölkerung vom Abwandern abzuhalten und das Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft zu wahren[348]. Auch hier zeigte sich, daß der Agrarromantik hauptsächlich antiurbane Motive zugrundelagen, d.h. daß sie nicht gegen die materiellen Möglichkeiten der Moderne, sondern gegen ihre im weitesten Sinne sozialen und kulturellen Nebenwirkungen wie Großstädte, Massenkultur etc. gerichtet war[349]. Bisweilen konnte die Argumentation daher auch stark antisozialistische Züge annehmen, da dem „gesunden" Verhalten des Bauern der entfremdete und zuchtlose Arbeiter gegenübergestellt wurde. Der Katholik Ambroise Rendu[350] erklärte 1921 unter dem Beifall der gesamten ERD-Fraktion, daß die Bauern ihren Verdienst sinnvoll investierten, um „la vie simple d'autrefois" fortzusetzen, anstatt, wie die Fabrikarbeiter der Städte, die überhöhten Löhne für Luxusartikel wie Seife, Kino etc. auszugeben[351]. Wie sehr dieses Lob der „habitudes de simplicité" des Landmanns auch einem aus dem Zentrum-Peripherie-Konflikt entstandenem Ressentiment der Provinzbürger gegen Paris entsprach, zeigt der Einwurf des ERD-Abgeordneten Roques nach der Rede Rendus: „Ce sont des choses qu'il faut dire, car on les ignore à Paris!"[352].

(II) Allgemeine Kulturkritik an der Moderne und Agrarromantik hatten bei der liberal-konservativen Sammlung also eine politische Heimat gefunden und trugen dazu bei, daß sich dort *Progressisten* und Katholiken amalgamieren konnten. Aus diesem Grund wurden auch Vorschläge Labats übernommen, die die materiellen

---

[347] Dies betont de Monicault in *La Nation* vom 2.4.1927: Nur die URD habe in der Zollkommission versucht, „équilibrer l'agriculture et l'industrie". Auch der Textilindustrielle Isaac aus Lyon, der das großstädtische Patronat repräsentierte, äußerte in seinem Tagebuch agrarromantische Vorstellungen, Eintrag vom 3.9.1925, Carnets, S.404.

[348] So im Programm der FR von 1926 und de Monicault in *La Nation* vom 8.1.1927. Ähnlich auch Pierre de Monicault de Villardeau, Le Commerce de produits agricoles, der das Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft postuliert. Das ideale Gleichgewicht fordern auch Vicomte Roquette-Buisson/ Hérubel, La terre restauratrice (1920). Grundsätzlich zum Programm vgl. Les Cahiers du Bloc National Républicain vom März 1924: Gefordert wurden *enseignement agricole, chambres d'agriculture* und Schutzzoll.

[349] Vgl. z.B. die Aussage des katholischen Senators de Las Cases, der später Mitglied der FRS du Plateau Central wurde, vom 26.4.1923: „Ce pauvre pays de Lozère se dépeuple chaque jour davantage [...]. Les jeunes gens ne veulent plus se donner au travail de la terre et s'en viennent à Paris se faire marchands de vin et s'abîmer l'estomac par l'alcool et les maladies des villes", in: ders., Ephémérides, S.192.

[350] Rendu war auf einer ERD-Liste gewählt worden, saß aber bei den Indépendants. Er kann als ERD-nah gelten.

[351] JO, Débats, Chambre, 2.12.1921, S.4484.

[352] Ganz ähnlich argumentiert ein Artikel der progressistischen *Dépêche Républicaine* vom 30.9.1928: „La notion du sacrifice est à jamais perdue [...] rien n'importe aujourd'hui sauf jouir [...] c'est de ce crime intentionnel contre la race, voulu, décidé, [...] que se meurt le village français."

und ideellen Interessen der Bauern bedienen sollten. Einer davon war der Aufbau von Landwirtschaftskammern, die – von der ERD vehement gefordert – ein Äquivalent zu den Industrie- und Handelskammern darstellen sollten[353]. Ein weiterer Vorschlag betraf die Professionalisierung des Unterrichts auf dem Land, d.h. die Vorstellung, ihn an den sozialen und moralischen Bedürfnissen der Bauernschaft zu orientieren und nicht mehr am republikanisch-laizistischen Ethos der Republikgründer. Mit Hilfe von säkularisierten Mönchen entstanden nach 1919 eine ganze Reihe von Landwirtschaftsschulen, die anstelle des *enseignement sécondaire* Landwirtschaft in einer Art „Berufsschule" unterrichteten, „pour former une élite de propriétaires ruraux"[354]. Obwohl die Vertreter der ERD diese Initiativen natürlich unterstützten, gingen sie in ihren Forderungen sogar noch einen Schritt weiter und wollten auch den Grundschulunterricht der ländlichen *écoles publiques* ganz auf die landwirtschaftlichen Bedürfnisse der Region zuschneiden. Hierfür wurde ab 1925 auf jedem FR-Kongreß mit großer Mehrheit votiert, wobei dieses Anliegen neben dem Berichterstatter für die Landwirtschaft, dem Großgrundbesitzer de Monicault (Ain), gerade auch beim Parteichef Louis Marin Unterstützung fand[355].

Das Parteiprogramm der FR sah dazu vor, daß es zukünftig zwei Kategorien von Lehrern geben sollte, *urbains et ruraux*, wobei letztere ihre landwirtschaftlichen Kenntnisse nachweisen müßten. Besonders betont wurde ferner, daß der Unterricht moralisch und patriotisch zu erfolgen habe. Gerade auf dem Land sollten sogenannte *écoles ménagères rurales* entstehen, in denen junge Mädchen von der Landflucht abgehalten und zur Sittsamkeit erzogen würden[356]. In dieser Wendung gegen die republikanische Grundschule der 1880er Jahre spiegelte sich das Bedürf-

---

[353] In ihnen sollten keine Landarbeiter und Nebenerwerbslandwirte zugelassen werden, sondern nur „véritables agriculteurs [...] n'ayant d'autre intérêt que les intérêts agricoles." So de Monicault in der Kammer, JO, Débats, Chambre, 22.12.1921, S.5188. Er war sich mit seinen Fraktionskollegen Delachenal und de Menthon jedoch uneinig, ob auch Abgeordnete und existierende Bauernverbände in den Kammern vertreten sein dürften. Letztere wollten gerade dieses aus dem Korporatismus kommende Element eingebracht wissen. Ihre Debatte in JO, Débats, Chambre, 27.12.1921, S.5284ff.

[354] Die älteste Landwirtschaftsschule war das 1854 gegründete *Institut agricole de Beauvais*. Vor 1914 betrug die Anzahl von Absolventen aller existenten Schulen kaum 2000 pro Jahr, schnellte aber nach 1920 durch zahlreiche Neugründungen, meist durch katholischen Bischöfe, empor. Die wichtigsten Institute waren: Ecole pratique d'agriculture de Genoch (Nord), Institution agricole der Limonest (Rhône), Institution agricole de Vals (Haute-Loire), Ecole d'agriculture La Mennais (Morbihan), Ecole d'agriculture de Ressins (Loire, 1920 gegründet), Ecole d'agriculture du Nivot (Finistère, 1923 gegründet), Ecole d'agriculture Lavoque (Aveyron, 1922 gegründet), Institution Notre-Dame de la Forêt (Vendée, 1923 gegründet), Ecole des Pont-de-Cé (Anjou). Vgl. *Semaine religieuse de Besançon* vom 19.9.1926.

[355] Z.B. auf dem Kongreß 1926, nach dem Rapport de Monicault über die Subsistenzbauerschaft, in: AN 317, AP 70. Vor dem Ersten Weltkrieg war ein derartiger Unterricht wegen des hohen ideologischen Gehalts der Debatten um den Schulunterricht nicht durchsetzbar. Vgl. Nadaud, L'évolution de l'enseignement agricole. In den 1930er Jahren knüpften an diese Forderungen der *Parti Agraire* sowie die Bewegung Dorgères an, vgl. Paxton, Greenshirts, S.31.

[356] Vorbereitet wurde dieser Programmteil ebenfalls durch de Monicault, z.B. in einem Artikel in *La Nation* vom 1.1.1927.

nis nach professioneller Ausbildung der jungen Bauern und Bäuerinnen, um ein Überleben der französischen Landwirtschaft zu sichern. Wichtiger als die ökonomische Motivation war jedoch die moralische, da ein Aussterben der französischen Landwirtschaft als moralische Katastrophe für Frankreich gewertet wurde. Dafür gaben die Katholiken den Primat der religiösen Erziehung, wie sie ihn in den Privatschulen praktizierten, auf, während sich die *Progressisten* vom republikanischen Ethos der *école publique* lösten und auf dem Land eine Umformung der Grundschule nach moralischen und professionellen Gesichtspunkten, auch mit säkularisierten Mönchen, akzeptierten.

(III) Dies scheint im übrigen den Wünschen der Basis entsprochen zu haben, so schwierig dies empirisch auch zu fassen ist. Ein nur kurzzeitig 1921 entstandenes Blatt wie *Le Champenois, Organe de l'Union Républicaine Démocratique*, das für die liberal-konservative Sammlung in der Champagne stand, forderte zum Beispiel: „Faites-nous des paysans!" durch neuartige Erziehungsmethoden. Der Lehrer müsse sich dem Milieu und der „Seele" des Ortes anpassen und den Kindern die „exotischen Träume" austreiben: „Assez de mirages de la ville, assez des jours de fête et de joie: il faut à la France la paix qui fait le labeur."[357] Die im Nachlaß von Louis Marin erhaltenen Briefe einzelner Mitglieder oder Wähler der ERD bzw. FR künden ebenfalls vom agrarromantisch-antimodernistischen Sentiment, das die Wählerschaft der liberal-konservativen Sammlung umtrieb. So gratulierte ein Pariser Weinhändler Louis Marin 1918 zu seinem Angriff auf die „embusqués" in den Fabriken, die während des Krieges dem modernen Leben gefrönt und Autos gefahren hätten, während die Bauernschaft, darunter seine zwei Söhne, ihr Leben für Frankreich gegeben hätten[358]. Eine aus 51 „cultivateurs n'ayant jamais quitté leurs champs" bestehende *Union républicaine* aus der Nähe von Dünkirchen trat 1926 geschlossen der FR bei, weil allein diese den Bedürfnissen der Landwirtschaft und des ländlichen Lebens entgegengekommen sei[359].

Je mehr die Reden und die Programmatik der liberal-konservativen Sammlung die antimodernistische Subkultur in den agrarischen Gebieten Frankreichs spiegelte und auf die politische Ebene übertrug, sie mithin zum Transmissionsriemen wurde, desto offensichtlicher wurde auch eine strukturelle Vernetzung der entstehenden FR-Parteistruktur mit den Bauernverbänden. FR-Mitglieder wie Maurice Taillandier, de Monicault, der Marquis de Moustier oder Edouard de Warren saßen örtlichen Bauernvereinen vor und konnten diese gezielt für wahltaktische Zwecke benutzen[360]. Gerade die der *Rue d'Athènes* angegliederten konservativen Landwirtschaftsverbände dehnten sich in der Zwischenkriegszeit stark aus und erfaßten durch ihre strikte *défense-paysanne*-Thematik immer mehr auch ehema-

---

[357] *Le Champenois, Organe de l'Union Républicaine Démocratique*, vom 1.3.1921.

[358] Brief vom 30.12.1918 in: AN 317, AP 7.

[359] Brief vom 24.7.1926 an Marin in: AN 317, AP 234.

[360] Der Vorsitzende der *Jeunesses Patriotes* im Cher, Cothenert, empfahl daher auch 1928 den parteilosen Kandidaten des örtlichen Bauernverbandes, Mathieu, der URD, wo „près que tous les ruraux de la Chambre" säßen. Brief an Guiter vom 16.5.1928, in: AN 317, AP 75. Ein weiteres Beispiel hierfür ist auch Pierre Taittinger, der dem *Syndicat agricole* der Charente-Inférieure vorsaß, vgl. Bernard, Les parlementaires de la Seine, S. 165.

lige „linke" Genossenschaften[361]. Bereits 1920 hatte der Sozialist Compère-Morel dem ERD-Abgeordneten Gavoty daher vorgeworfen, die neuen *chambres d'agriculture* seien so konzipiert, daß die konservativen Bauernverbände die Mehrheit bei den Wahlen bekommen mußten, und daß hier ein eindeutiger Machtmißbrauch seitens des *Bloc National* vorliege[362]. In der Tat war auch die größte konservative Bauernorganisation, die *Société d'Agriculture*, fest in der Hand von ERD-Abgeordneten, allen voran Gavoty, de Menthon, Caron und de Monicault[363]. Obwohl nun nicht für jedes ländliche Departement entschieden werden kann, wie sehr die Abgeordneten der ERD/FR mit dem agrarischen Milieu vernetzt waren, so ist doch nicht zu übersehen, daß beispielsweise ein Maurice Taillandier als Vorsitzender der *Fédération Agricole du Pas-de-Calais*, die verschiedene Kreditkassen und Versicherungen umfaßte, über einen gewaltigen sozialökonomischen Einfluß in seinem Departement verfügen mußte. Ähnliches galt auch für die *Union du Sud-Est*, die das personelle und organisatorische Rückgrat der FR im Zentralmassiv bildete, wie auch für die *Union des syndicats de Bourgogne et de Franche-Comté* (unter dem FR-Abgeordneten Bertrand de Menthon) sowie für die Bauernverbände der Seine-et-Oise (unter dem FR-Abgeordneten Cornudet des Chaumettes)[364]. Auch im Calvados hatten die sechs FR-Abgeordneten Laniel, Flandin, Engerand, Blaisot, Baron Gérard und Cautru für die Wahlen 1928 mit Hilfe des Bauernverbandes die *masse rurale* hinter sich gebracht, wobei Cautru gerade die Cidre produzierenden Mostbauern mobilisierte[365]. Man kann also festhalten, daß die FR ein agrarisches und auch agrarromantisches Interessenpotential sammeln konnte, dadurch daß ihre Abgeordneten in entsprechenden Schlüsselpositionen der Bauernverbände vor Ort saßen, bzw. enge Vertraute an den wichtigen Schaltstellen installiert hatten.

Die Tatsache, daß es der FR ab 1924 gelungen ist, vor allem in den ländlich-katholischen Gebieten Fuß zu fassen, spiegelt also ihre Fähigkeit, die ländlichen In-

---

361 Dies galt z.B. für die *Union du Sud-Est*, die in der Isère um 1900 noch 69 Teilverbände und 8706 Mitglieder zählte, 1930 bereits über 310 Syndikate und 29100 Mitglieder verfügte, vgl. Barral, Isère, S.134–136. Auch in der Mayenne sammelten sich katholisch-konservative und republikanische Bauernverbände unter einem Dach nach 1920, zur alleinigen Vertretung der Agrarinteressen, unter den FR-Abgeordneten de Montjou und de Montalembert, vgl. Denis, Royalistes, S.544, und Cleary, Peasants, S.60ff.

362 JO, Débats, Chambre, 29.7.1920, S.3240–3246.

363 Le Béguec, Entrée, S.425. Gavoty war außerdem Präsident der *Union agricole des Alpes de Provence* und der *Fédération des syndicats agricoles du Var*. Ein weiteres Beispiel ist der ERD-Abgeordnete Etienne Fougère, der Vorsitzender der *Association industrielle, agricole et commerciale de la Region lyonnaise* war.

364 Die FR des Zentralmassivs hat sogar komplett die Strukturen der *Union du Sud-Est* auf sich übertragen, vgl. Rivet, Haute-Loire, S.449ff., und als lokales Beispiel den *propriétaire exploitant* de Roquefeuil, der als Präsident der *Union des Syndicats Agricoles de la Région d'Arvant* im Vorsitz der FR de la Haute-Loire saß. Der Vorsitzende der *Union* ab 1923 war Félix Garcin, dem auch die FR-Zeitung *Le Nouvelliste de Lyon* gehörte.

365 Bericht des Präfekten aus Caen vom 20.4.1928, in: AN, F/7 13255. Der Bauernverband des Calvados wurde von einem engen Vertrauten von Blaisot geführt, Cautru war Präsident der *Association nationale du bon cidre* und der *groupe cidricole*. Eine große personelle Durchdringung bestand auch zwischen der *Fédération des Agriculteurs catholiques de l'Ile-de-France* der Diözesen Soissons, Beauvais, Meaux, Versailles und der FR vor Ort.

teressen zu vertreten und die Bauernschaft über Agrarromantik und Antimodernismus anzusprechen. Emmanuel Labat hat diese Gebiete 1920 treffend beschrieben, indem er festhielt, daß dort der Bauer nun endlich „konservativ" im eigentlichen Sinne des Wortes sein könne, ohne zwischen der Obhut des Klerus und der antireligiösen und damit oft auch amoralischen Schulpolitik der Republik entscheiden zu müssen. Nicht mehr die religiöse Frage stehe im Mittelpunkt der dörflichen Alltagswelt, sondern eine mit der ländlichen Lebensweise verknüpfte moralische: „L'enseignement morale", basierend auf den religiösen Werten und dem Verbleiben auf der Scholle, war der agrarromantische Konsens dieser zuvor gespaltenen Bauernschaft[366]. Ob dies auch überall auf dem katholischen Land der Realität entsprochen hat, muß offen bleiben, jedoch scheint gerade das Beispiel Lothringen mit der *Union Lorraine des syndicats agricoles* ein weiteres Indiz dafür zu liefern, daß es gelingen konnte. Dort hatte es der *Progressist* und spätere URD-Fraktionschef Edouard de Warren bereits vor dem Krieg geschafft, katholische und republikanische Bauernverbände im Zeichen eines agrarromantischen Nationalismus in der *Union Lorraine* zusammenzufassen. Nach dem Krieg erlebte die *Union Lorraine* eine regelrechte Blüte und entwickelte auf genossenschaftlicher Basis sogar Wohnbauprogramme für Landarbeiter, die damit von der Landflucht abgehalten werden sollten[367]. Auch bei de Warren lassen sich als Motivationsgründe ein moralisierender Antimodernismus und eine nationalistisch geprägte Agrarromantik ausmachen, wenn er auf den Veranstaltungen der *Union Lorraine* regelmäßig vom Wert der französischen Bauernfamilie sprach. Diese allein könne durch ihre Fertilität und ihre Tapferkeit „perpétuer la race et garantir la sécurité de la Nation"[368]. Der Einfluß de Warrens in diesen Bauernverbänden erlaubte einen großen Erfolg liberal-konservativer Politiker in Lothringen bis 1940.

(IV) Gleichwohl gelang es der FR nicht, sich das Monopol der Bauerninteressen in ganz Frankreich zu sichern. Dies lag vor allem daran, daß Teile der französischen Landwirtschaft in einer stark antiklerikal-egalitären Tradition standen, vor allem im *Centre*, im Midi und im Südwesten[369]. Auch dort waren agrarische und agrarromantische Bewegungen aus dem Boden geschossen, wie z.B. die um Fleurant-Agricola[370]. Diese blieben aber gegenüber der moralisierenden Kultur-

---

366 Labat, Hier et Demain II: Le Paysan, in: RDDM vom 1.8.1920, S.477–498, hier S.488ff.

367 Brief de Warrens an Marin vom 1.8.1928: „Sans des possibilités nouvelles d'habitation et des améliorations de logement pour la culture familiale et pour les ouvriers agricoles, l'exode rurale vers les villes continuera et s'accentera avec l'amélioration des conditions d'habitat des villes." In: AN 317, AP 183. Die *Union lorraine des syndicats agricoles* verfügte 1910 immerhin über 100 Teilverbände, 18 Rentenkassen und 39 genossenschaftliche Versicherungen. 1926 konnte sie diese Zahl auf über 250 Teilverbände ausweiten. Ihr gelang es dabei auch, linke Syndikate zu absorbieren, und mit ihrer bis in die 1960er Jahre anhaltenden Agrarromantik die landwirtschaftliche Interessenvertretung zu monopolisieren. Vgl. Bonnet, Sociologie politique et religieuse de la Lorraine, S.52f.

368 Zitiert in der Zeitung der *Union Lorraine*, *Le Bon Grain* vom 15.1.1926.

369 Zwei regionale Fallstudien haben den Antiklerikalismus als Zement der linken, radialdemokratisch-sozialistischen Bauernbewegung untersucht: Judt, Socialism in Provence, McPhee, The Politics of Rural Life.

370 Zum laizistisch-radikalen *Patri agraire et paysan français* und Gabriel Fleurant-Agricola vgl. Duby, Histoire de la France rurale, Bd.4, S.466f., und Kittel, Provinz zwischen

kritik der FR, vor allem ihrer katholischen Mitglieder, immun. Dafür waren zwei Gründe ausschlaggebend: Zum ersten tolerierten die „linken Agrarier" Fleurant-Agricolas die Präsenz von Industriemagnaten wie de Wendel im Führungskomitee der FR nicht, sondern strebten eine reine Interessenspartei für die Landwirtschaft an. Zum zweiten waren sie im Kern immer noch laizistisch geprägt, weshalb sie die Kompromisse der FR gegenüber den Katholiken ablehnten. Zu keiner Zeit hätten sie daher die Vorstellungen eines Taillandier über die Rückkehr der Landarbeiter als untergeordnete Familienmitglieder des Gutsbesitzers mitgetragen, hinter denen ein katholisch-prämodernes Verständnis sozialer Harmonie stand[371]. Genauso wenig hätten sie dem Vortrag Edouard de Warrens vor der *Union Lorraine des syndicats agricoles* applaudiert, in dem dieser aus der *jeunesse rurale* eine neue Elite formen wollte, in denen „la beauté de la vie rurale et la noblesse de la mission terrière" fortleben könnten[372]. Die moralisierende und in gewisser Hinsicht traditionalistische Kritik an der industriellen Moderne blieben als massenmobilisierendes Phänomen auf die katholisch geprägten Hochburgen der FR beschränkt, von der Bretagne und Normandie über den Nordosten und Osten bis ins Zentralmassiv. Nur dort gelang es der FR, die Protestpotentiale einer Landwirtschaft im Umbruch für sich zu mobilisieren. Selbst die nationalistische *Ligue Républicaine Nationale* des Staatspräsidenten Millerand, die neben der FR auch die weiter links stehende *Alliance Démocratique* umfaßte, hatte zwar die Verteidigung der Bauernschaft in ihr Programm aufgenommen, ohne allerdings explizit agrarromantisch-antimodernistische Argumentationen zu vertreten[373]. Diese wären wahrscheinlich auf den Widerstand des starken reformistisch-modernistischen Flügels der AD gestoßen, der gerade in der Modernisierung der französischen Gesellschaft den Schlüssel zur Bewältigung der Nachkriegsprobleme sah[374].

Agrarromantik und Antimodernismus waren in ihrer moralisierend-traditionalistischen Form also ein von der ERD und FR besetztes Thema, sie speisten sich aber nicht zwangsläufig nur aus der Zuspitzung des Konfliktes zwischen landwirtschaftlich-traditionellen und industriell-maschinisierten Lebensweisen. Gerade wenn man die Hochburgen der FR betrachtet, liegt eine Vermischung dieser Elemente mit *antizentralistischen* Motivationen nahe, d.h. mit einer traditionellen

---

Reich und Republik, S. 650–657. Zu den in den 1930er Jahren auftretenden Bauernmilizen des Journalisten Dorgères vgl. Paxton, Greenshirts, passim.

371 *Bulletin de la FR* vom Mai 1922. Taillandier betonte die moralische Aufgabe der Gutsfamilien und der Bauernverbände im Kampf gegen die Landflucht, nicht ohne Verweis auf de Fronterfahrung: „Nous devons en tant que propriétaires [...] rester [...] et partager comme naguère dans la tranchée le sort des ouvriers ruraux."

372 *La Nation* vom 8.1.1927. Die Idee einer Elitenbildung auf dem Land, eines Bauernadels, hat sicherlich ihre Parallelen zu deutschen Phänomenen wie der Artamanenbewegung, wenngleich in Frankreich keinerlei Blut-und-Boden-Vorstellung damit verbunden war. Vgl. auch de Las Cases am 14.10.1920 über das Bauerntum: „La disparition de cette race sobre, économe, laborieuse, persévérante, éminemment morale", in: Ephémérides, S. 183.

373 Aufgenommen in das Programm der LRN-Generalversammlung am 15.11.1925, in: AN 470, AP 90.

374 Dieser Flügel wurde vor allem von dem immer mehr zu einer Allianz mit den Radikalen drängenden Pierre-Etienne Flandin verkörpert, vgl. Wileman, Pierre-Etienne Flandin.

Abwehrhaltung gegenüber dem wirtschaftlichen und politischen Zentrum Paris. Dies zeigte bereits der Zwischenruf des ERD-Abgeordneten Roques, und es wird auch bestätigt durch die Stimmen von etwas mehr als 20 dissidenten ERD-Abgeordneten, die in den Haushaltsberatungen 1920 einer Steuererleichterung für die Provinzstädte und -gemeinden zustimmten, die vom Monarchisten Monti de Rezé eingebracht worden war, und sich damit über die haushaltspolitische Vorgabe ihres eigenen Ministers, des ERD-Finanzministers François-Marsal, hinwegsetzten. Die Abgeordneten kamen alle aus den Randgebieten mit einer traditionellen Ablehnung der steuerlichen Vorrechte von Paris, wie z. B. dem Jura (About), Savoyen (Delachenal), der Normandie (Flandin, Engerand), dem Zentralmassiv (de Castelnau, Molinié) oder den Pyrenäen (Ybarnégaray)[375]. Ihr Antizentralismus mit agrarromantischer Einfärbung veranlaßte sie also, sich über die Fraktionsdisziplin in einer „technischen Frage" wie der Haushaltsdebatte hinwegzusetzen, und demonstriert, wie sehr beide Denkmuster bei Teilen der liberal-konservativen Sammlung miteinander verwoben waren.

Es sei abschließend noch erwähnt, daß die feste Verankerung der FR auf dem katholischen Land im Verlauf der 1930er Jahre nachließ. Mit dem Fall des Weizenpreises binnen weniger als drei Jahre auf fast ein Drittel 1932 trat auch dort eine zunehmende Abwendung des agrarischen Milieus von den herkömmlichen Parteien auf. Die Folge war, daß antiparlamentarisch-korporatistische Ideen zur Sicherung des Primats der Landwirtschaft Gehör fanden, die ausschließlich von Personen propagiert wurden, die die etablierten politischen Parteien bekämpften. Darunter fiel der im Westen und Norden starke „Bauernfaschismus" von Henry Dorgères genauso wie der autoritär-konservative Korporatismus eine Jacques Le Roy Ladurie. Diese „Bauernpolitiker" waren nicht bereit, die FR als Interessenagglomeration verschiedener, nicht nur agrarischer Positionen, zu akzeptieren und riefen politische Bauernbewegungen mit protoparteilichen Zügen ins Leben. Im Falle von Dorgères schreckten sie auch nicht davor zurück, selbst aktionistisch und bisweilen gewalttätig aufzutreten, weshalb sie von den FR-Mitgliedern Georges Pernot und Camille Blaisot auch heftig bekämpft wurden[376]. Gerade im Westen (Dorgères) und Norden (Le Roy Ladurie) büßte die FR trotzdem ihren Rückhalt bei den Bauern ein, und nur im katholischen Zentralmassiv scheint die von Jacques Bardoux geführte *Fédération républicaine et sociale* als Teilverband der FR bis 1940 eine Implantierung einer neokorporatistischen Bauernpartei verhindert zu haben.

---

[375] JO, Débats, Chambre, 16. 4. 1920, S. 1034 und 1010. Sie taten dies im übrigen mit dem Verweis auf die alte steuerliche Überbelastung der Provinz, die mit ihren Bauern das Rückgrat des Landes bilde.

[376] Pernot ließ Dorgères als Justizminister verhaften und sorgte für seine Verurteilung. Der Abgeordnete Blaisot aus der Normandie schrieb während der 1930er Jahre regelmäßig Artikel gegen den gewalttätigen Aktionismus von Dorgères. Vgl. Paxton, Greenshirts, S. 135 und 162. Zum Korporatismus eines Leroy-Ladurie vgl. ders., Mémoires, S. 87. Dort sprach er mit dem Katholiken Toussaint bei den *Semaines Sociales* 1927 ab, die „organisation professionnelle" unabhängig von „toute forme de confessionnalisme" gründen zu wollen.

Wenn man die agrarromantischen Leitwerte der liberal-konservativen Sammlung nun zusammenfassen will, so ist als erstes ihre *moralisierende* Vorstellung einer traditionellen bäuerlichen Lebenswelt auffallend. Religiös und sozial motivierte Moralvorstellungen von Katholiken und *Progressisten* hatten sich unter dem Druck der strukturellen Veränderungen im Gefolge des Ersten Weltkriegs verbunden, um einen weiteren Rückgang der Landbevölkerung und der damit verbundenen idealisierten Lebenswirklichkeit zu verhindern. Die Bauernschaft war für die ERD/FR gewissermaßen ein Garant für die Kontinuität traditioneller Verhaltensweisen und damit für Natalität und Verteidigungsbereitschaft. Die offensiv vertretene Agrarromantik ermöglichte es ferner, das Protestpotential der Bauernverbände, die sich als Verlierer der Modernisierung sahen, aufzunehmen und der Partei bzw. den einzelnen Abgeordneten eine gesellschaftliche Basis, z.B. durch den Vorsitz in Bauernorganisationen, zu geben. Je mehr sich die gegen das nationale Zentrum Paris gerichtete Protesthaltung der Bauern zu einer eigenen, durch Vernetzung der Bauernverbände zusammengehaltenen Subgesellschaft in den 1920er Jahren verdichtete, um so mehr Rückhalt fand dort das agrarromantische und antiurbane Programm der FR.

Hintergrund dieser Vorstellungen war eine ins Politische verformte Entfremdungstheorie, wonach der Franzose nur im Einklang mit der Natur und ohne die Laster der Großstadt seiner *âme française* genügen könne. Antimodernistisch waren in dieser Hinsicht selbst die FR-Abgeordneten aus dem urbanen Großraum Paris, die die heile Landwelt ebenfalls priesen und den Hereinbruch der Moderne in die „vie parisienne de la Belle Epocque" beklagten: Sittenlose Frauen („amazones contemporaines"), „Negermusik" und deutsche Schauspieler an französischen Theatern dominierten den „règne tyrannique", unter dem die Hauptstadt kulturell leide[377].

Kritik an der Moderne und Antiurbanismus waren gleichwohl nicht reaktionär intendiert, d.h. sie versuchten keine Rückkehr zur Vormoderne, sondern waren ein eigener Entwurf für eine *andere* Moderne[378]. Insofern war die Kritik an der Moderne nur selten fundamentalistisch, wie etwa im deutschen George-Kreis, sondern wollte materiellen Fortschritt und moderne Errungenschaften nutzen, um die Verteilung von Land- und Stadtbevölkerung zu bewahren und die Landflucht aufzuhalten. In diesem Sinne können die Vorstellungen von Méline, de Monicault oder de Warren als ein konservativ-moralisierender Weg in die Moderne gesehen werden, der sich als Alternative zum Modell fortschrittlicher Industriegesellschaften wie Großbritannien, Deutschland oder nach 1929 den USA begriff[379].

---

[377] *La Nation* vom 25.10. und 10.11.1925. Die Jazzmusik wurde charakterisiert als „concert de miaulement et de tétarades à faire fuir un troupeau d'éléphants au fond des forêts." So wandte sich auch der Pariser FR-Deputierte Michel Missoffe, Tardieu, S.136, gegen „Paris, qui fronde et qui s'émeut", und für „la France silencieuse de la ferme, du bourg, de la petite ville".

[378] Ähnlich argumentiert auch Joseph Mooser, der im agrarischen Protest einen alternativen Weg in die Moderne, keinen antimodernen Weg ausmacht, in: Das Verschwinden der Bauern.

[379] Dies hat die grundlegende Untersuchung von Schor, Les Etats-Unis vus de droite, gezeigt: Das antimodernistische Potential der konservativen Presse hat sich nach dem Bör-

Deren Ungleichgewicht zwischen ländlicher und großstädtischer Wirtschaft und Gesellschaft galt als Ursache des internationalen Sozialismus, den man in seiner „nicht-französischen", marxistisch-deutschen Variante auch in den eigenen Großstädten erblickte. Ohne daß hier eine bewußte Rezeption vorgenommen wurde, bildeten sich damit in Frankreich ähnliche Vorstellungen vom „gesunden" Bauerntum als Gegengewicht zum urbanen Sozialismus heraus, wie sie auch in Deutschland seit Wilhelm Heinrich Riehl verbreitetet wurden[380]. Die These von Ralf Dahrendorf, wonach Großstadtfeindschaft und Agrarromantik als Teile eines typisch deutschen Kulturpessimismus zu gelten haben[381], ist damit zu relativieren, da die liberal-konservative Sammlung, als Repräsentantin eines nicht unbedeutenden Teils der französischen Gesellschaft, in ihrer politischen Kultur gleichermaßen von diesen geprägt war. Ausblickend sei darauf hingewiesen, daß agrarischer Protest und agrarische Potentiale durch die agrarromantischen Leitwerte der liberal-konservativen Sammlung während der 1920er Jahre fast vollständig in das etablierte Parteiengefüge kanalisiert wurden und damit keine systemoppositionelle Relevanz annehmen konnten. Erst in der Wirtschafts- und Staatskrise ab Mitte der 1930er Jahre bildeten sich agrarische Interessensparteien heraus, die in Konkurrenz zur FR traten. Erfolgreich waren sie, wie die Gruppe um Fleurant-Agricola, vor allem dort, wo die FR aus religiösen Gründen nicht hatte Fuß fassen können, d.h. im laizistischen *Centre* und dem Süden.

6. Zusammenfassung

Die liberal-konservative Sammlung hat also versucht, eine „eigene" politische Kultur hervorzubringen, die den Graben zwischen den beiden etablierten politischen Kulturen *Droite* und *Gauche* überbrücken konnte. Dazu gehörte zunächst ein die universelle Sendung Frankreichs hervorhebender Nationalismus, der inklusiv gegenüber allen „Patrioten", aber exklusiv gegenüber allen „Nicht-Patrioten" war, worunter vor allem Sozialisten und Kommunisten fielen. Ein virulenter Antikommunismus im Innern, der einem aus dem Krieg in die Friedenszeit transportierten Freund-Feind-Schema verpflichtet war, bildete gewissermaßen die Kehrseite des außenpolitischen Nationalismus. Die liberal-konservative Sammlung war des weiteren bemüht, die Dichotomie der politischen Kulturen auch

---

senkrach 1929 die USA als Projektionsfläche ausgesucht, um den eigenen, sozialkonservativen und agrarromantischen Weg in die Moderne zu preisen. So wurde an den USA vor allem ihre zur Überproduktion führende industrielle Landwirtschaft kritisiert: „Les Américains ont pris la terre sans la comprendre et sans l'aimer [...]. Industriels du sol, ils n'ont pas formé de classes paysannes [...]. Ils n'ont jamais compris la grandeur, la beauté, la poésie et la noblesse des vieilles races terriennes", so im *Echo de Paris* vom 4.11.1931, zitiert nach Schor, Les Etats-Unis vus de droite, S. 569. Ähnlich auch Henri de Kerillis im Echo de Paris vom 27.11.1932 und selbst beim liberalen *Journal des Débats* vom 22.12.1930.

380 Zu Riehl und seiner Wirkung auf den deutschen Agrarkonservatismus und den späteren Reichsbauernführer Darré vgl. Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, S. 60ff.

381 Dahrendorf, Vorwort.

symbolisch und rituell zu überbrücken, z.B. durch die Einrichtung der Feier der Jeanne d'Arc, eine eigene Nationalgeschichtsschreibung, aber auch durch den engen Kontakt zu den konservativen Veteranenverbänden der UNC, die ihrerseits eine eigene nationalkonservative Erinnerungskultur errichteten. Gleichwohl blieb der Versuch liberal-konservativer Politiker, das konservative Veteranenmilieu als gesellschaftliche und kulturelle Basis für sich zu gewinnen, erfolglos, die Veteranen wahrten eine strikte Distanz zur Parteipolitik. Größeren Erfolg hatte die FR bei der Absorbierung agrarischer Protestpotentiale, die aus dem beschleunigten Übergang Frankreichs vom Agrar- zum Industriestaat resultierten. Agrarromantik und Großstadtfeindschaft sprachen viele Bauern an, und zwar ehemals rechte wie linke, und erlaubten liberal-konservativen Politikern oft eine führende Position in den lokalen Bauernverbänden. Große Teile der entstehenden agrarischen Subgesellschaft konnten so in den 1920er Jahren für die FR gewonnen werden. Ein letztes Merkmal der „eigenen" politischen Kultur der liberal-konservativen Sammlung war die Betonung von „Ordnung", und zwar nicht nur in bezug auf die innere Sicherheit, sondern gerade auch als ideologisierter Begriff bezüglich eines sozial-moralischen *Status quo* in der Gesellschaft. Ordnung konnte daher einerseits die Zusammenarbeit mit den Bewegungen der neuen Rechten (JP) bedeuten, die im aktiven (Straßen)Kampf gegen die kommunistische Partei ihre Hauptaufgabe sahen. Sie war aber andererseits auch, zusammen mit Werten wie *sacrifice* oder *discipline*, ein eigener Entwurf gegen die moderne Massen- und Freizeitkultur, die vor allem in den 1920er Jahren stark in Erscheinung trat.

IV. „Réformer la République": Die Problematik der Staatsreform

Die Modernisierungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft, die der Erste Weltkrieg in Frankreich beschleunigt hatte, haben eine breite Debatte über Aufgaben, Kompetenzen und den Funktionsmechanismus des Staates in der Nachkriegszeit stimuliert. Das weitgesteckte Feld der Staats- und Verfassungsreform, die im Frankreich der Ersten Nachkriegszeit diskutiert wurde, soll im folgenden nun nicht als ganzes, sondern in drei Abschnitten analysiert werden, da sich die politischen Pläne und Vorstellungen der liberal-konservativen Sammlung zu diesem Thema an drei zentralen Punkten festmachen lassen: Der Verfassungsreform, der Rückkehr zu einem doktrinären Liberalismus in der Nationalökonomie und dem Regionalismus. Alle drei Teilbereiche werden mit einem kurzen Blick auf die Positionen der *Progressisten* und ALP vor dem Ersten Weltkrieg und einer längeren Abhandlung der Position der ERD bzw. URD/FR 1919 bis 1928 erörtert werden. Beachtung verdient dabei die Tatsache, daß während der Phase der Sammlung liberal-konservativer Politiker in der ERD-Fraktion 1919-1924 noch zwei verschiedene Presseorgane der Progressisten und ALP fortbestanden. Sie äußerten die maßgeblichen politischen Standpunkte der beiden Traditionslinien rechtsliberal bzw. konservativ-katholisch und werden die programmatische Konvergenz beweisen, die auf diesem Gebiet erfolgt ist. Es handelt sich dabei zum einen um den *Bulletin de la FR*, zum anderen um den *Bulletin de l'ALP*. Erst ab 1925 begann die Wochenzeitung *La Nation*, mit ihrem Anspruch für alle *républicains nationaux* zu sprechen, diese Dichotomie zu beenden. Das Blatt der ehemaligen ALP bestand gleichwohl noch bis in das Jahr 1932 fort, wenngleich auch mit sinkender Auflage.

1. Die „eigentliche" Staatsreform: Verfassungsreform, Verwaltungsreform und Verhältniswahlrecht

Vorbemerkung

„Chez les Français, le pouvoir central s'était déjà (sc. avant la Révolution) emparé, plus qu'en aucun pays du monde, de l'administration locale. La Révolution a seulement rendu ce pouvoir plus habile, plus fort, plus entreprenant"[1]. Mit diesen bekannten Worten versuchte der liberale Schriftsteller und politische Beobachter Alexis de Tocqueville in der Mitte des 19. Jahrhunderts eine von seinen Zeitgenossen allenthalben geäußerte Meinung zu widerlegen, wonach die Französische Revolution für die Einführung eines zentralistischen und etatistischen politischen

[1] Alexis de Tocqueville, L'Ancien Régime et la Révolution (1856), Bd. 1, S. 65. Ein repräsentatives Standardwerk für ähnliche Überzeugungen ist Laboulaye, Le Parti Libéral (1863).

Systems in Frankreich verantwortlich sei. Wieweit er mit seinem Hinweis auf die ebenfalls stark zentralstaatsorientierte Verwaltung des absolutistischen *Ancien Régime* Recht hatte, sei dahingestellt; in jedem Falle ist aber die frühe und ungebrochene Herausbildung eines „starken" und auf das politische und ökonomische Machtzentrum Paris konzentrierten französischen Staates als eine Grundtatsache der französischen Geschichte zu bewerten. In diesem vollzog sich, mit der Herausbildung einer speziellen Verwaltungselite und mit der konsequenten Ordnung und Hierarchisierung verschiedener Verwaltungsebenen, der von Max Weber beschriebene „Rationalisierungsprozeß" der modernen Staatlichkeit mit erstaunlicher Stringenz[2]. Besonders anschaulich hierfür ist beispielweise der Reißbrettentwurf der Departements während der Revolution, durch die das Land gegen viele traditionelle und gewachsene Strukturen aufgeteilt wurde[3]. Diese Einteilung überdauerte, wie die meisten strukturellen Errungenschaften der Revolution, die verschiedenen Systemwechsel der französischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert und gerann zu einem nationalen *Acquis*[4].

Monarchische wie republikanische Regime schätzten den Kontroll- und Aufsichtscharakter der zentralistischen Verwaltung, da sie eine straffe Herrschaft über kommunale, korporatistische oder regionale Emanzipationsbemühungen garantierte. So kannte beispielweise nicht nur das Zweite Kaiserreich, sondern auch noch die Dritte Republik das Prinzip der sogenannten offiziellen Kandidatur, d. h. der präfektoralen Unterstützung für den Kandidaten der jeweiligen Regierung[5]. Der bedeutende Machtapparat, der einer Regierung bei einem Machtwechsel also in die Hände fiel, war sicherlich auch eine der Ursachen, weshalb im 19. Jahrhundert der Kampf um die Staatsform zwischen *Gauche* und *Droite* so erbittert auf allen Ebenen, von der Kantonalversammlung bis zum Parlament, geführt wurde. Dies galt für die Zeit der Juli-Monarchie und des Kaiserreichs genauso wie für die Zweite und Dritte Republik.

Angesichts dieses starken Verwaltungsapparats ist es erstaunlich und gleichzeitig signifikant, daß es weder republikanischen noch monarchischen Regierungen seit 1789 gelungen war, ein festes konstitutionelles Gehäuse zu schaffen, das den Zugriff auf die staatliche Macht geregelt hätte. Es ist hier das Verdienst von Odile Rudelle, in mehreren grundlegenden Arbeiten auf die Aushöhlung aller Konstitutionalisierungsversuche hingewiesen zu haben: Weder die Konstitutionellen von 1789 um Mirabeau, noch die *juste-milieu*-Liberalen um Thiers oder Guizot von 1830 konn-

---

[2] Max Weber bezeichnete damit die Konzentration der Verfügungsgewalt über die Verwaltungs- und Kriegsbetriebsmittel und die Schaffung einer anstaltsmäßigen Ordnung. Vgl. Breuer, Bürokratie und Charisma, S. 33–59.

[3] Vgl. Ozouf-Marignier, La Formation des départments, S. 90–95, und dies., De l'universalisme constituant aux intérêts locaux. Es ist freilich einzuschränken, daß in gewissem Maße auf lokale Eigenheiten Rücksicht genommen wurde und sich nicht die radikalsten Vorschläge der *découpage* durchgesetzt haben.

[4] Grundlegegend: Rosanvallon, L'Etat en France, und Le Goff/Descimon/Guery, L'Etat et le pouvoir, Paris 1989.

[5] Die Wahlplakate waren für diesen Kandidaten im Weiß der Präfektur gehalten, während die anderen Kandidaten Farben benutzen mußten. Für diese wenig untersuchten, aber verbreiteten Machenschaften vgl. Mairry, Les pratiques électorales dans le Doubs, Rivet, Haute-Loire, S. 228f., und Barral, Le Département de l'Isère, S. 358f.

ten ihre am englischen bzw. amerikanischen Vorbild orientierten Vorstellungen durchsetzen, und so blieb der französische Staat ein formbares Gebilde in der Hand der jeweiligen Machthaber, unabhängig von Erbmonarchie, Kaiserreich oder Republik[6]. Erst die Erben von Thiers und Guizot, die *Centre-gauche*-Liberalen um Say, Waddington und Laboulaye, legten zu Beginn der Dritten Republik den Grundstein für ein konstitutionelles Gehäuse. In Zusammenarbeit mit den liberalen Monarchisten des *Centre droite* gelang es 1875 mit den sogenannten *lois constitutionelles* einen Verfassungskompromiß zu erzielen, der die Machtpositionen im Staat und insbesondere die Gewalt über den Staatsapparat verteilte. Einerseits wurde das System als eine parlamentarische Republik mit zwei Kammern festgelegt, um der Linken zu genügen, andererseits konnte ein auf sieben Jahre gewählter Präsident mit quasi-monarchischen Rechten die Kammern auflösen und Minister und hohe Verwaltungsbeamte selbst bestellen[7]. Letzteres war ein Postulat der Rechten gewesen, deren Restaurationsbemühungen einer Monarchie kurz zuvor gescheitert waren.

Die eigentümliche politische Rechts-Links-Dynamik der Dritten Republik ließ danach aber nicht zu, daß sich das liberal-konstitutionelle Modell von 1875 in der Praxis durchsetzte. In der sogenannten *Crise du 16 mai* behauptete sich eine republikanisch dominierte Kammer gegen den monarchischen Präsidenten Mac-Mahon und zwang ihn schließlich zur Demission. Die darauf folgende Übernahme der Regierung durch die Republikaner brachte nicht nur einen sofortigen Austausch von 82 Präfekten mit sich[8], sondern etablierte nunmehr die sogenannte *république des républicains*, d.h. eine Republik, die nicht allein durch eine republikanische Form, sondern auch eine republikanische Kultur geprägt sein sollte. Diese hob zwar die Verfassungsgesetze nicht auf, reduzierte aber gründlich die Rechte des Präsidenten, indem sie die exekutive Gewalt beschnitt, Entscheidungsbefugnisse in die Kammer verlagerte und den quasi-monarchischen Charakter des Präsidentenamtes zurückdrängte[9]. Der damit verwirklichte Traum der Republikaner von einem *régime d'assemblée*, ganz in der Tradition der französischen Revolution, produzierte die für die Dritte Republik typische Dichotomie zwischen dem *gesetzten Recht*, also den liberal-konstitutionellen Verfassungsgesetzen, und dem *Gewohnheitsrecht*, also den allmählich adaptierten Spielregeln einer beinahe absoluten Parlamentsherrschaft, in der die Regierung ausschließlich dem Parlament verantwortlich war. Ein Beispiel für die Gewohnheitsrechte der Dritten Republik war fortan das unausgesprochene Verbot für den Präsidenten der Republik, sich in die Tagespolitik einzumischen oder gar von seinen konstitutionellen Vorrechten wie dem Auflösungsrecht der Kammer Gebrauch zu machen[10]. Weitere

---

[6] Rudelle, Le suffrage universel, mit weiterer Literatur.

[7] Für dieses zu Recht orleanistisch genannte Verfassungsmodell vgl. Rudelle, La République absolue, S. 33–41.

[8] Zur administrativen *épuration* vgl. Wright, L'épuration du Conseil d'Etat.

[9] Es etablierte sich ein in der Verfassung nicht genannter *président du conseil* als führender Minister, der die exekutive Rolle übernahm und ohne konstitutionelle Rechte allein vom Parlament abhängig war. 1884 wurden Teile der Verfassung, insbesondere was den Senat betraf, demokratisiert. Vgl. Hauriou, Droit constitutionnel et Institutions politiques, S. 840.

[10] Eine partielle Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Präsidenten als Oberhaupt, wie es für die V. Republik symptomatisch ist, konnte sich so nicht etablieren. Für

bedeutende Spielregeln betrafen die politische Machtverteilung nach personalen, nicht programmatischen Gesichtspunkten in den *couloirs* der Kammer oder die feierliche Deklarierung mancher Gesetze wie die zur Einführung der Staatsschule oder der allgemeinen Wehrpflicht als unantastbar (*intangible*). Nicht zu Unrecht hat man daher dieser *république des républicains* eher den Charakter einer „Idee" bzw. „Doktrin", als den einer bloßen Staatsform zugesprochen[11].

Intrarepublikanischer Verfassungsrevisionismus: Die Progressisten und die Staatsreform

Die Dominanz der sogenannten gemäßigten Republikaner (Opportunisten) um Gambetta, Ferry oder Méline in der Republik zwischen 1880 und 1900 hatte für diese eine Rückkehr zu den Buchstaben der Verfassungsgesetze unnötig gemacht. Obwohl viele von ihnen den Kompromiß von 1875 mitgetragen hatten, schien es ihnen opportun, ein möglichst starkes Parlament aus Kammer und Senat einer schwachen Regierung, einem *Comité de la Chambre*, gegenüberzustellen[12]. Dies gewährleistete einerseits einen Schutz davor, daß sich ein einzelner von ihnen vom *primus inter pares* zum Diktator emporschwang, wie es General Boulanger versucht hatte, und ermöglichte andererseits einen Herrschaftsausgleich mit den Präfekten der Departements, die ihrerseits von einer schwachen Zentralgewalt profitierten. Kandidaten, die unter dem Motto des Verfassungsrevisionismus antraten, wollten in der Regel keine Rückkehr zu den Gesetzen von 1875, sondern strebten als verdeckte Bonapartisten oder Legitimisten eine autoritäre Umformung oder gar ein Ende der Republik an[13]. Die Krise des *16 mai* und die Boulanger-Erfahrung hatten damit Revisionismus und Republikanismus zu zwei unauflöslichen Gegensätzen gemacht[14]. Erst die Dreyfus-Affäre und die durch sie bedingte Spaltung der gemäßigten Republikaner setzte eine Programmatik in Gang, die man als intrarepublikanischen Verfassungsrevisionismus bezeichnen kann[15]. Ein maßgeb-

---

die Bedeutung vgl. Raithel, Der preußische Verfassungskonflikt 1862–1866 und die französische Krise von 1877, Pisani-Ferry, Le Coup d'état manqué du 16 mai 1877, und Machelon, La République contre les libertés. Eine allgemeine Einschätzung dieses Verfassungsmodells bei von Albertini, Regierung und Parlament in der Dritten Republik.

[11] Grundsätzlich Nicollet, L'Idée républicaine, und Berstein, La culture républicaine, S. 115ff.

[12] Eine Ausnahme bildeten die Versuche des Präsidenten Jules Grévy, die politische Praxis wieder den konstitutionellen Vorschriften anzupassen, die 1895 zu seiner Demission führten, vgl. Mayeur, Vie politique, S. 125.

[13] Rudele, La République absolue, S. 198ff.

[14] Eine ganz andere Art von Revisionismus betrieben die Radikalen, die eine weitere Demokratisierung und Abschaffung der zweiten Kammer wollten, vgl. Mollenhauer, Auf der Suche nach der „Wahren" Republik, S. 240–250.

[15] Die ideengeschichtlichen Wurzeln des intrarepublikanischen Verfassungsrevisionismus reichen bis in die 1880er Jahre zurück, wurden aber erst während der Dreyfus-Affäre in den öffentlichen Diskurs eingeführt. Sie kristallisierten sich um die Zeitungen *Revue du droit public et de la science politique* und die *Revue des Deux Mondes* heraus. Zum Phänomen vgl. Monnet, Refaire la République, S. 177–184. Zu Recht betont auch Jean-Marie Mayeur, daß die Revisionismuskonzepte der Liberalen und *Progressisten* nicht antirepublikanisch, sondern allein gegen die *culture républicaine* gerichtet waren. Sie sind insofern

licher Träger dieses Prozesses und gleichzeitig ein typischer Vertreter der *Progressisten* war der Pariser Abgeordnete Charles Benoist.

Über Benoist als Verfasser des Programms der FR von 1908 und damit Anhänger eines „zentristischen" Kurses der Progressisten zwischen der ALP und der ARD wurde oben gesprochen. Bereits vor der Jahrhundertwende war der junge Professor für Verfassungsgeschichte an der *Ecole des Sciences Politiques* durch seine theoretischen Werke über die Herausforderungen des modernen Staates hervorgetreten[16]. Das entscheidende Merkmal der modernen Zeiten war für Benoist der Hereinbruch der amorphen Masse, des „Nombre", in Politik und Gesellschaft: „L'introduction du Nombre dans la mécanique de l'Etat concorde donc et peut se comparer absolument avec l'introduction de la vapeur dans la mécanique des métiers."[17] Um dieser bedrohlichen Gefahr Herr zu werden, müßten die Gesellschaft und das politische System grundlegend organisiert, das heißt in eine juristische Form gegossen werden. Benoist war mithin also ein Befürworter der konstitutionellen Verfassung mit weitreichenden rechtlichen Festlegungen der politischen Prozesse und er verabscheute nichts mehr als die arrivierten Abgeordneten, die, kaum in der Kammer angekommen, sich der Eigendynamik und den Gefälligkeiten des parlamentarischen Milieus zu beugen begannen[18]. Aus diesem Grunde erarbeitete er eine umfassende Verfassungserneuerung, die zunächst einmal die volle Gewaltenteilung durch Etablierung eines obersten Gerichtshofes nach amerikanischem Vorbild und durch Wahl des Präsidenten durch lokale Gremien gewährleisten sollte[19]. Sein wichtigstes Instrument für die Staatsreform war aber die Reform des allgemeinen Wahlrechts, das viele bürgerliche Liberale 1870 schweren Herzens akzeptiert hatten und das nun wie kein zweites unter dem Eindruck des Phänomens „Masse" stand und daher am meisten „entfremdet" worden war[20].

---

nicht zu verwechseln mit den Reformkonzepten der klassischen oder modernen Rechten, vgl. ders., Les catholiques face au défi de l'extremisme politique.

16 La Réforme parlementaire (1902), La Réforme électorale, L'Organisation de la Démocratie, La Crise de l'Etat moderne I und II (1894/99), La Politique (1894), sowie verschiedene Veröffentlichungen in der *Revue Bleue*, dem *Journal des économistes* und der RDDM.

17 Charles Benoist, L'Organisation du travail, S. 19. Ganz ähnlich argumentiert auch Auguste Isaac: „l'idée d'un gouvernement dans l'intérêt bien compris du plus grand nombre, par le plus grand nombre, est évidemment séduisante, mais la réalisation en est à peu près impossible. Il faudrait que le plus grand nombre fût vertueux et intelligent, ce qu'il n'est pas [...] la démocratie française est empoissonée par un suffrage universel sans contrepoids." Eintrag vom 18.2.1917, Isaac, Carnets, S. 286f.

18 Benoist nannte diesen Typus einen *parlementarite*, in: ders., Les Maladies de la Démocratie, in: RDDM vom 15.4.1925, S. 761f. Bereits 1902 hatte er in einer Rede gefordert: „transformer en un parlementarisme limité et régulier le parlementarisme illimité et arbitraire dont les excès discrediteraient le régime républicain", zitiert in seinen Souvenirs, Bd. 3, S. 348. Zur Kritik am „arrivierten Berufspolitiker" im Umfeld von Maurras und Barrès vgl. Estèbe, Le parlementaire, S. 333–337.

19 Vgl. seine proposition de loi Nr. 712 vom 28.1.1903, wo er ausdrücklich auf das amerikanische Vorbild des *Supreme Court* Bezug nahm, und ders., L'organisation de la démocratie, S. 50ff.

20 Handschriftliche Notiz von 1913 „La réforme électorale, qui nous apparait comme la préface d'autres réformes organiques, [...] est au premier rang de nos préoccupations." In: Fonds Charles Benoist MS 4534. An anderer Stelle bezeichnet er das allgemeine Wahlrecht als anarchisch, vgl. L'organisation de la démocratie, S. 15.

Die Debatte um die Form des Wahlrechts kann als ein dauerhaftes Phänomen der Dritten Republik gelten und wurde nur selten als sachliche Frage behandelt, im Gegenteil: heftige ideologische Diskussionen darüber waren die Regel[21]. Bereits gemäßigte Republikaner wie Gambetta oder Grévy hatten in den 1880er Jahren versucht, das Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen pro Wahlkreis (*scrutin uninominal en deux tours* oder vereinfacht *scrutin d'arrondissement*) durch ein departementales Listenwahlrecht zu ersetzen, gemäß dem sich politisch nahestehende Personen zu einer Listenverbindung vor den Wahlen gruppieren sollten. Der Mißbrauch dieses letzteren Wahlsystems durch General Boulanger desavouierte es aber für lange Zeit und der *scrutin d'arrondissement* entwickelte sich zu einer Gewohnheitspraxis der Dritten Republik. Das Mehrheitswahlrecht brachte es mit sich, daß viele Abgeordnete nur auf Grund lokaler Versprechungen, durch Druck auf die Wähler oder durch Unterstützung vorpolitischer Verbände gewählt wurden, nicht jedoch auf Grund ihres politischen Programms. Die vorpolitischen Verbände existierten wiederum in der Regel nur auf religiös-weltanschaulichem Gebiet, d.h. es handelte sich entweder um laizisische Vereine und Logen oder den Vereinskatholizismus. Selbst andere Formen der Geselligkeit, wie Sport-, Gesangs- und Schützenvereine, waren in dieses bipolare Gefüge eingebunden. An diesem Punkt setzte die Kritik von Benoist ein: Um einer aus seiner Sicht fatalen Bipolarisierung auf Wahlkreisebene zwischen den lebensweltlichen Sphären der *deux France* zu entgehen, sollte das sogenannte integrale Verhältniswahlrecht (*représentation proportionnelle intégrale*, RPI) als programmorientiertes Wahlrecht eingeführt werden. Mit ihm wurde die Repräsentation von Minderheiten garantiert und der Wahlkampf verlor vor Ort seine korruptiven und massensuggestiven Züge, die eine weltanschauliche Aufladung zwischen „laizistisch" und „katholisch" zwangsläufig mit sich gebracht hatte. Ferner konnten die verschiedenen politischen Nuancen eines jeden Departements in der Kammer abgebildet werden, was im ganzen gesehen ebenfalls zu einer Strukturierung der Wählermasse beitrug[22].

Wenn man sich nun nach der ideengeschichtlichen oder auch in einem weiteren Sinne kulturellen Verortung von Charles Benoist im französischen Parteiengefüge fragt, so ist er, der 1861 geboren wurde, sicherlich in die in Frankreich eher schwach ausgeprägte Tradition eines konstitutionellen Liberalismus einzuordnen[23]. Seine Befürwortung einer rechtlichen Fixierung der politischen Arbeit, insbesondere des Verhältnisses von Exekutive und Legislative, und seine Vorstellung von der Gewaltenteilung machten ihn zu einem Liberalen, der mit der Monarchie wie der Republik gleichermaßen zufrieden gewesen wäre, vorausgesetzt, sie war

---

[21] Für das folgende vgl. Lachapelle, Les régimes électoraux, Huard, Le suffrage universel, S. 129–184, und Le Béguec, La représentation proportionnelle.

[22] Charles Benoist, La Crise de l'Etat moderne, in: RDDM vom 15.12.1895. Vor allem in seinen Aufsätzen Les Deux Parlementarismes: La Cour suprême des Etats-Unis, in: RDDM vom 15.1.1902, La Réforme parlementaire, in: RDDM vom 15.10.1902, Le Suffrage universel et l'évolution des partis politiques, in: RDDM vom 1.4.1904, La Réforme electorale in: RDDM vom 1.7.1907, plädierte er für Programmparteien. Vgl. dazu seinen Brief an Ribot vom 4.9.1912, in: AN 563, AP 27.

[23] Vgl. hierzu Rousselier, La culture libérale, S. 88ff.

freiheitlich und konstitutionell. Republik war für ihn eher ein normativer Begriff denn eine substanzgeladene Vorstellung. Da Benoist die Republik als gegeben vorfand, wurde er zu einem republikanischen Liberalen, der, wie er selbst sagte, sich „la faction la plus modérée du parti républicain modéré" zugehörig fühlte[24]. Als Angehöriger einer Generation, die die Republik selbst nicht geschaffen und das Zweite Kaiserreich kaum miterlebt hatte, verkörperte Benoist aber gleichzeitig auch eine neue Form des Liberalismus, der nicht mehr so sehr gegen ein autoritäres Regime, als vielmehr für eine Selbstorganisierung aller gesellschaftlichen Kräfte eintrat. Insofern steht Benoist stellvertretend für eine Art kulturpessimistischer Wende[25] bei den Liberalen, die zwar weiterhin an den Grundideen der individuellen Freiheit und der zivilen Staatlichkeit festhielten, das Heranwachsen eines nicht mehr in die Nation integrierten Proletariats als *Klasse* und die Entstehung von amorphen Großstädten als Zentren der *Masse* aber mit Sorge beobachteten[26].

Im Wahlkampf 1906 war der Progressist Benoist daher mit dem Themenbündel *réforme électorale, réforme parlementaire, réforme constitutionnelle* erfolgreich angetreten und hatte damit der Programmatik der im Entstehen begriffenen FR den Weg gewiesen. Auf deren Parteitag 1908 wurde seine komplette Reformthematik ins Programm übernommen[27]: Als Garantie für eine funktionierende Gewaltenteilung sollten die Verfassungsgesetze von 1875 wieder Anwendung finden, vor allem was den Präsidenten betrifft, und ein oberster Gerichtshof nach amerikanischem Vorbild eingerichtet werden. Daneben sollte ein *code électoral* das integrale Verhältniswahlrecht festschreiben und die Zahl der Abgeordneten verringern. Durch eine grundlegende *réforme administrative* sollte der allzu mächtige Verwaltungsapparat zurückgefahren werden, wobei insbesondere die Abschaffung der Unterpräfekturen, des Präfektenrates und der Tribunale[28] im Arrondissement angestrebt war. Umgekehrt sollten die kommunalen Einrichtungen gestärkt werden, z. B. durch weitreichende Befugnisse des Stadtrates und ein *référendum municipal*. Ziel dieses Programms war eindeutig, die seit Jahren von den Radikalen kontrollierte Verwaltung zu schwächen und das Machtgefüge innerhalb des Staates auszugleichen, um es vor Mißbrauch jedweder Art zu schützen. „Le régime parlementaire", schrieb Charles Benoist 1916, „est un système de gouvernement par séparation, par relation er par équilibre des pouvoirs publics [...] un système

---

[24] Zitiert bei Reclus, Notice sur la vie et les travaux de Charles Benoist, S. 12.

[25] Über den kulturpessimistischen Wandel und Dekadenzvorstellungen bei Rechtsliberalen und Katholiken vgl. oben Kapitel III.

[26] Dies tritt am deutlichsten in seinem Buch über die 1848er Revolution, L'Organisation du travail (1905), zu Tage. Für die bürgerlichen Liberalen als *guide* und *modérateur* der Masse vgl. die Aussagen von Paul Leroy-Beaulieu, zitiert bei René Stourm, Paul Leroy-Beaulieu, in: RDDM vom 1.4.1917, S. 532-553. Kulturpessimistisch auch die Kritik an der „absoluten Republik" bei Isaac, Carnets, Eintrag vom 15.7.1912, S. 185f.: die Massendemokratie sei durch Sittenverfall zu Demagogie und „Vouyoucratie" entartet, ohne Respekt vor sozialen Autoritäten.

[27] Das Programm ausführlich abgedruckt in der Parteigeschichte *Au service du pays* von 1939. Vgl. auch Benoist, Souvenirs, Bd. 3, S. 359ff., für den Wahlkampf.

[28] Frankreich hat anders als Deutschland ein zweigeteiltes Gerichtswesen entwickelt. In den *tribunaux d'arrondissement* wurden allein strafrechtliche Fälle verhandelt, oftmals unter Einmischung der Präfektur.

de gouvernement à soupapes et à contrepoids". D.h. er akzeptierte weder eine cäsaristische noch eine jakobinische Diktatur, sondern allein den Herrschaftskompromiß zwischen drei unabhängigen Gewalten nach der Lehre von Montesquieu[29]. Während die Radikalen in einer konsequenten Demokratisierung und Republikanisierung der französischen Gesellschaft das Mittel zur Schaffung von Freiheit und Gerechtigkeit zu finden glaubten, stellte die Gewaltenteilung und die Reduktion der Auswirkungen des allgemeinen Wahlrechts für Benoist die beste Garantie für Freiheit und Gerechtigkeit dar.

Es entstünde nun ein falsches Bild, wenn man die Thematik der Staatsreform vor 1914 auf Seiten der Republikaner allein den *Progressisten* zuschriebe. Bei den Propagandakampagnen für das Verhältniswahlrecht beispielsweise beteiligten sich auch Sozialisten, *republicains de gauche* und Teile der traditionellen Rechten; auch der Vorsitzende der benachbarten AD, Adolphe Carnot, war ebenfalls Anhänger einer Staatsreform. Als entscheidend erwies sich aber, daß die Bündelung der Reformthematik und ihre im Grunde antietatistische Stoßrichtung ein Privileg der Progressisten blieben[30]. Bei den *républicains de gauche* wurde sowohl die Wahlrechtsfrage wie auch die nach anderen Reformen – trotz der Bemühungen eines Reformerflügels um Poincaré und Jonnart – teils aus Überzeugung, teils aus politischem Opportunismus nur halbherzig formuliert[31]. In öffentlichen Gruppierungen wie dem *Comité de Réforme Républicaine* dominierten *progressistische* Kräfte wie Georges Berger, Paul Beauregard, Georges Bonnefous oder natürlich Charles Benoist selbst, der zugleich mehrere Jahre Vorsitzender des *Groupe de la Réforme électorale* im Parlament war. Die intrarepublikanische Staatsreform war also zu einem Schwerpunkt und zu einem Kennzeichen des Programms der Progressisten geworden, die sich damit als die wahren Erben einer liberal-konstitutionellen Strömung seit Mirabeau und Thiers erwiesen.

Der konstitutionelle Liberalismus der *Progressisten* hatte gleichwohl im Zuge der Modernisierung Frankreichs eine kulturelle Aufladung angenommen, indem er die zeitgenössische Entstehung und Entdeckung der Masse kulturpessimistisch adaptierte[32]. Noch glaubte man aber bei den *Progressisten* – den „Fortschrittlichen" – an die Möglichkeit, den nivellierenden Desintegrationsprozeß der Gesellschaft, der auf Grund der unterschiedlichen Modernisierungsgeschwindigkeiten innerhalb Frankreichs noch nicht überall gleichweit fortgeschritten war, durch eine Rückkehr zur Gewaltenteilung und durch eine Reform des Wahlrechts auf-

---

[29] Charles Benoist, Chronique de la Quinzaine, in: RDDM vom 15.2.1916, S.954.

[30] Im Parteiprogramm von 1914 heißt es explizit: „La centralisation [...] est la négation de l'idée républicaine, qui implique le développement de la liberté individuelle, le respect des libertés communales et le gouvernement à bon marché."

[31] Vgl. Sanson, L'Alliance Démocratique, S.224.

[32] Über den „Hereinbruch der Masse" vgl. das zeitgenössische Werk von Gustave Le Bon, Psychologie des foules (1895), und das polemische Werk des liberal-konservativen *Academien* Emile Faguet, Le Culte de l'incompétence (1910). Ein Beispiel für das Bemühen, trotz der Vermassung der Städte den moralischen „Verfall" aufzuhalten, gab der *progressistische* Senator René Bérenger, den man *Pére de la pudeur* nannte. Vgl. Stora-Lamarre, Le sénateur René Bérenger; zum Problem allgemein: Mai, Europa 1918–1939, S.30–41.

halten zu können[33]. Weil sie hofften, die politischen Auswirkungen der sozialen Umbrüche und die Entstehung einer Arbeiterklasse mit ihren Plänen dämpfen zu können, haben die *Progressisten* aus den Vorschlägen zur Verfassungs- und Verwaltungsreform einen so zentralen Programmpunkt ihres Vorkriegsprogramms gemacht. Daß sie als ganzes jedoch weiterhin auf dem Boden liberaler Ideen blieben, zeigte die Tatsache, daß sich der ständestaatlich inspirierte Vorschlag Benoists auf dem Parteitag der FR 1908, wonach der Präsident der Republik nicht mehr von Kammer und Senat, sondern von berufsständischen Wahlkörpern zu wählen sei, nicht durchsetzen konnte[34]. Zu sehr war damit der Dünkel des Korporatismus und *eo ipso* des *Ancien Régime* verbunden, als daß die Vorkriegs-*Progressisten* ihre liberale Ideentradition dafür aufgegeben hätten.

Die Vorstellungen der *Progressisten* zur Verfassungs- und Verwaltungsreform spiegeln also einerseits ideengeschichtlich eine liberal-konstitutionelle Denktradition, die für eine klaren Gewaltenteilung und für eine Festlegung der unterschiedlichen Zuständigkeiten im Staat durch eine Verfassung eintrat und den jakobinischen *régime d'assemblée* und seine zentralistische Bürokratie ablehnte. Andererseits unterscheiden sie sich von der Welt eines Mirabeau, Thiers oder Say darin, daß sie die Organisation politischer Willensbildung in der modernen Massengesellschaft als Präventivmaßnahme zur Sicherung einer „bürgerlichen", von Honoratioren dominierten Herrschaft als notwendig erachteten. Mit ihrem intrarepublikanischen Revisionismuskonzept, das François Monnet „révisionisme modéré" nennt, distanzierten sie sich deutlich von der immer noch mehr oder weniger republikfeindlichen Rechten. Sie vollzogen aber gleichzeitig ideengeschichtlich den Übergang von einem ideologischen (Monnet nennt es „mystischen") zu einem technischen (Monnet nennt es „politischen") Verständnis der Republik[35], das diese als Staatsform, als ein konstitutionelles Gehäuse, betrachtete, in der die aus dem allgemeinen Wahlrecht resultierende Macht des *nombre* mittels verschiedener Regelungen, wie einem Obersten Gerichtshof, dem RPI etc., ausgeglichen werden sollte. Gerade der Oberste Gerichtshof, der ausschließlich mit anerkannten Juristen zu besetzen war – also mit Leuten aus der bürgerlichen Führungsschicht, der die *Progressisten* selbst entstammten – sollte gleichrangig neben dem Parlament stehen und die Gesetzgebung der Volksvertreter bei Bedarf mäßigen und korrigieren.

Konservativer Katholizismus und die Staatsreform: Die ALP und ihr zweideutiges Verhältnis zur Republik

Bei der Analyse des Verhältnisses von *Progressisten* und ALP ist bereits darauf hingewiesen worden, daß letztere explizit ein dogmatisches *défense-religieuse*-Programm vertreten hat, dessen Fokus auf der Bewahrung der kirchlichen Vorrechte in der Gesellschaft lag. Gleichwohl finden sich bei führenden Vertretern der katholischen Sammlung und im ALP-Parteiprogramm auch deutliche Hin-

---

[33] Zur Genese des kulturpessimistischen Denkens bei den liberalen Progressisten und deren Kritik an der Mediokrität des allgemeinen Wahlrechts vgl. Le Béguec, Entrée, S. 265ff.
[34] Zu diesem Problem innerhalb der FR vgl. Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 23.
[35] Vgl. Monnet, Refaire la République, S. 187.

weise auf antietatistische Vorstellungen, auf sozialkatholisch-korporatistische Themen und auf die Staatsreform. Intellektueller Wegbereiter dieser Thematik im konservativ-katholischen Lager war der katholische Rechtsgelehrte Eugène Duthoit, der bereits 1901 ein Buch mit der Forderung nach einer durch das RPI organisierten Demokratie veröffentlichte[36]. Wie bei Charles Benoist findet sich auch bei ihm der Gedanke, daß die amorphe Masse des Industriezeitalters „organisiert" werden müsse, um einem irrationalen oder chaotischen Wahlverhalten vorbeugen zu können. Der ALP-Kongreß von 1904 übernahm dieses Prinzip und legte im Programm eine umfassende Wahlreform fest: Durch geheimes und obligatorisches Wahlrecht auf der Basis des RPI sollten alle politischen Parteien im Parlament vertreten sein und damit „vraiment la majorité exacte du pays" abbilden[37]. Im Unterschied zu den *Progressisten* wurde dabei besonders viel Wert auf die genaue Erfassung und Unabhängigkeit der Wähler gelegt[38], da es in den Hochburgen der Radikalsozialisten im Süden und Südwesten immer wieder zu Bestechung, Wahlbetrug und Einflußnahme auf den Wähler gekommen sei[39].

Obgleich diese Wahlrechtsreform auch bei der ALP einen festen Bestandteil des Programmpunktes darstellte, der ab 1906 den Titel *réformes constitutionelles* trug, spielte sie niemals die Schlüsselrolle wie bei der Kampagne der *Progressisten.* Zwar beteiligten sich auch ALP-Leute wie Jules Dansette oder Jacques Piou an öffentlichen Veranstaltungen und *Comités* für das RPI, der antietatistische Reflex vieler Katholiken war aber zu tief und in gewisser Hinsicht zu alt, um sich allein darauf zu konzentrieren. Während die *progressistische* Reform sozusagen „oben", am Funktionsmechanismus des Staates ansetzte, konzentrierte sich das Reformprogramm der ALP, der „Volksaktion", auf die Möglichkeit, die Gesellschaft „von unten", und damit auch gründlicher, zu reformieren. Diese den konterrevolutionären Denkern des frühen 19. Jahrhunderts entlehnte Vorstellung manifestierte sich in den Forderungen ehemaliger Monarchisten nach einer Revision der Gesetze von 1875, zumal bezüglich der Präsidentenwahl: Hyacinthe de Gailhard-Bancel, ein ALP-Abgeordneter aus der Ardèche und Vorreiter eines katholischen Korporatismus, ließ deshalb die Erweiterung des Wahlkörpers für das höchste Amt im Staat auf organisierte Berufsgruppen in das ALP-Programm hineinschreiben[40]. Diese als *représentation professionnelle* deklarierte Umformung des Wahl-

---

[36] Eugène Duthoit, Le Suffrage de demain, régime électoral d'une démocratie organisée (1901). Duthoit war ein vor allem in Lille aktiver Sozialkatholik, der mehreren katholischen Vereinen vorsaß und in den 1920er Jahren zunehmend korporatistische Ideen vertrat. Vgl. Droulers, Le Père Desbuquois, Bd. 2., S. 70f. und 141–144.

[37] Für das folgende vgl. die Programmsammlung der Statuten Action Libérale Populaire, Section d'Etudes Sociales, Documents pour servir à l'étude d'un programme électoral et d'un projet de Réforme constitutionnelle, Paris 1910.

[38] So forderte der Kongreß von 1904 im Votum a)7), daß jeder Wähler, der von Beamten unter Druck gesetzt worden sei, dies einklagen können solle.

[39] Es genügt ein kurzer Blick in die Korrespondenz eines Präfekten vor den Wahlen, um zu sehen, wie die Bürgermeister und Unterpräfekten angewiesen wurden, den Wahlausgang möglichst zu beeinflussen. Zum Phänomen allgemein vgl. Huard, Suffrage universel, S. 162.

[40] Über de Gailhard-Bancel und seine korporatistische Organisation in der Ardèche vgl. ders., Les Syndicats agricoles aux champs et au parlement (1924).

körpers sollte sukzessive auch auf Kammer und Senat angewandt werden und stand in frappierendem Gegensatz zum individuellen Wahlrecht, das in der Revolution durch die Abschaffung der Zünfte und Korporationen etabliert worden war[41]. Es ist dabei auch erwähnenswert, daß de Gailhard-Bancel selbst in der Ardèche eine katholische Union verschiedener Berufsgruppen aufgestellt hatte, die das soziale und wirtschaftliche Geschehen im Departement dominierte. Der als Verteidiger der Jesuiten bekannt gewordene Politiker genoß bei der Bevölkerung fast priesterliches Ansehen[42]. Es kann daher kein Zweifel bestehen, daß seine auf einen ständestaatlichen Korporatismus zielende Vision der Staatsreform „von unten", wie er sie in den Statuten der ALP durchsetzte und selbst praktizierte, ein antietatistischer und antiindividualistischer Gesellschaftsentwurf war, der eben nicht nur die Verfassungspraxis, sondern die staatlichen Prinzipien der Republik grundsätzlich in Frage stellte.

In der in Kapitel II geschilderten Genese der ALP ist bereits auf ihre Heterogenität hingewiesen worden, in der sich ein mehr oder weniger harmonisches Amalgam aus liberalen, klerikalen und *ralliierten*, also ehemals monarchischen und bonapartistischen Katholiken wiederfand, die alle im Namen der *défense religieuse* zusammengehalten wurden und den entschiedenen Katholizismus als weltanschauliche Grundlage ihres politischen Handelns angenommen hatten. Staatsreform war damit auch automatisch mit der Problematik der religiösen Freiheiten und der Ausdehnung einer zivilen und laizistischen Staatlichkeit verbunden. Das ALP-Programm wollte daher die Verfassungsgesetze von 1875 um einen „liberalen Grundrechtekatalog" erweitert sehen, der neben einem für jeden zugänglichen obersten Gerichtshof auch die volle Unterrichts- und Glaubensfreiheit garantieren sollte. Zweck dieser Forderung war es natürlich, die laizistische Schul- und Vereinsgesetzgebung der Republik zu untergraben und den katholischen Schulen und Seminaren einen Verfassungsrang einzuräumen. Das Wort „liberal" im Namen der ALP bedeutete in diesem Zusammenhang also keinen Rückbezug auf die revolutionäre Errungenschaft der *liberté*, sondern meinte in erster Linie „Freiheit von etwas", nämlich von der „Bevormundung" des säkularisierten Staates. Die Staatsreform der *Action Libérale Populaire* hatte einen gegen die moderne Staatlichkeit gerichteten Impetus, gegen das „Mehr" an Staat, das in besonderem Maße der französischen laizistisch-zivilrechtlichen Staatsidee innewohnte.

Der Unterschied der ALP-Programmatik zu der liberal-konstitutionellen Grundausrichtung der *Progressisten* wird darin besonders deutlich. Im Vorwort zu den Statuten des ALP-Programmes war eine eindeutige Ablehnung der Prinzipien von 1789 formuliert, d.h. auch der verfassungspolitischen Pläne Mirabeaus, die als Werk der Freimaurer deklariert wurden. War damit die intrarepublikanische Stoßrichtung des ALP-Verfassungsprogramms schon mehr als zweifelhaft, so

---

[41] Der Kongreß von 1909 hatte beschlossen : „Qu'en attendant que la représentation des professions dans les grandes assemblées du pays puisse être établie, – et le Congrès se déclare en principe partisan de cette représentation – il soit constitué une représentation générale des professions émanant d'une organisation professionnelle".

[42] Vallat, Le Grain de sable de Cromwell, S.23 und 218. Vallat behauptete sogar, de Gailhard-Bancel wäre immer im Herzen Monarchist geblieben.

verlor sie endgültig ihre republikanische Glaubwürdigkeit mit der Aufnahme des *referendum* als Form politischer Willensbildung. Obgleich das *referendum* als solches auch in radikal-republikanischen Kreisen immer wieder diskutiert worden war, blieb es doch in Erinnerung an die Plebiszite Napoleons III. und die Umtriebe General Boulangers lange Zeit, letztlich bis 1958, als „cäsaristisch-imperialistisch" desavouiert[43]. Wenn die ALP dennoch die Anwendung von Referenden auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene forderte, so war dies Ausdruck eines starken bonapartistischen Flügels in ihren Reihen, der seine autoritären Ambitionen wie schon während der Boulanger-Affäre unter dem Deckmantel des Verfassungsrevisionismus versteckte und ins ALP-Programm eingebracht hatte. Eine Partei, die wirklich in der Republik angekommen war, hätte niemals eine derartige Forderung in ihren Statuten niedergeschrieben. Selbst ein Jacques Piou, der innerhalb der ALP eine gemäßigte Position vertreten hat, sprach 1914 noch von der „absurde constitution de 1875", ohne exekutive Autorität und einen berufsständischen Senat, und machte damit die immer noch antirepublikanische Virtualität der ALP deutlich[44].

Wenn man also die beiden programmatischen Positionen von *Progressisten* und ALP zusammenfaßt, so kommt man zu dem Ergebnis, daß beide das Thema der Staatsreform bereits vor 1914 behandelt haben. Während die *Progressisten* aber gezielt auf dem Boden der republikanischen Verfassung vorgehen wollten und sensible Punkte wie die Frage nach einer starken Exekutive eher vor der Wahl- und Verwaltungsreform zurückstellten, offenbarte das Programm der ALP mehr als deutlich eine reaktionäre Denktradition. Obwohl sie dem Namen nach an die Republik *ralliiert* war, zeigten ihre sozialkulturellen Leitvorstellungen, mit denen sie die Republik zu reformieren gedachte, ihre Verankerung im Lager der klassischen Rechten: Durch einen Korporatismus nach La Tour du Pin, Plebiszit und Wiederherstellung katholischer Vorrechte in der Gesellschaft setzte die ALP eine im Sinne von Kondylis, „konservativistische" Grundströmung fort, ihre Staatsreformprogrammatik war nur ein republikanischer Deckmantel für den Willen zu einer anderen sozialen und kulturellen Ordnung. Ganz im Gegensatz dazu muß die Reformprogrammatik der *Progressisten* als liberal-konstitutionell mit kulturpessimistischem Einschlag bezeichnet werden, da sie den Rationalisierungsprozeß des modernen Staates akzeptierte, seine Macht aber durch Gewaltenteilung ausbalanciert und durch das Verhältniswahlrecht geregelt sehen wollte. Wenn sich die beiden Programme in einzelnen Punkten wie der Wahlreform, einem obersten Gerichtshof oder der Reduzierung der Beamten berührten und der *Progressist* Charles Benoist wie der republikanische Katholik Etienne Lamy punktuell zusammenarbeiteten[45], so dürfen doch der jeweils unterschiedliche ideengeschichtliche Hintergrund und die kulturelle Verankerung nicht übersehen werden. Charles

---

[43] Vgl. Huard, Suffrage universel, S. 185–188.

[44] Auf einem Kongress der ALP in Bourg-en-Bresse (Ain), in *La Libre Parole* vom 12.1.1914. Vgl. auch das Programm des Hauptmanns Driant aus Nancy zur Verfassungsreform, veröffentlicht in *La Libre Parole* vom 2.1.1914.

[45] Z.B. in der Bewegung *La République Nouvelle*. Bemerkenswert ist auch hier, daß nicht alle *ralliés*, sondern nur die liberal-republikanischen um Lamy mitmachten. Vgl. Benoist, Souvenirs, Bd. 2, S. 435.

Benoist selbst bezeichnete deswegen seine Staatsreformthematik als mittlere Position zwischen den *antiparlementaires* der Rechten und den *ultraparlementaires* der Radikalen und Jakobiner[46]. Erst die fundamentalen Umwälzungen des Ersten Weltkriegs und der durch ihn weiter beschleunigte Modernisierungsprozeß in Staat und Gesellschaft vermochten die Differenzen zwischen *Progressisten* und ALP auf diesem Gebiet aufzuheben.

Die Staatsreform bei der liberal-konservativen Sammlung

Die Staatsreformthematik, wie sie von der Gruppe der *Entente Républicaine Démocratique* (ERD) und ab 1922 von der *Fédération républicaine* (FR) aufgenommen und entwickelt wurde, erstreckte sich auf drei separate Felder: einmal auf eine Umformung bzw. Reduzierung des administrativen Apparates, wie ihn die Revolution etabliert hatte, zweitens auf die Frage nach einer Neujustierung der Gewalten, sei es mit der alten Verfassung oder durch Revision derselben, drittens auf eine vollständige Durchsetzung des integralen Verhältniswahlrechts[47]. Alle drei Teilaspekte werden in den drei folgenden Abschnitten separat besprochen werden.

Gegen den jakobinischen Zentralstaat: Verwaltungsreform und Antietatismus bei der liberal-konservativen Sammlung nach 1919

Bei der Frage nach der Verwaltungsreform ist zunächst zu berücksichtigen, daß der Erste Weltkrieg zwangsläufig eine Aufblähung des gesamten Staatsapparates in Frankreich mit sich gebracht hatte. Zu Beginn des Krieges, als man noch von einem kurzen Feldzug ausging, hatten die Ausnahmerechte zur Beschlagnahmung von Eisenbahnen, Pferden und Rohstoffen für Kriegszwecke genügt. Mit zunehmender Dauer und Intensivierung des Krieges war aber eine umfassende Organisation der Ressourcen und Produktionsmittel im Sinne einer dirigistischen Kriegswirtschaft notwendig geworden. Ergebnis war ein oft improvisiertes Nebeneinander von Dienststellen und ihrer zur konkreten Umsetzung im Land verzweigten Filialen[48], deren unklare Aufgabenzuteilung oftmals zu Polykratie und Chaos geführt hat[49]. Ein hoher Verwaltungsbeamter, Hubert Bourgin, hat die Wirkung dieser Behörden 1919 auf den Punkt gebracht: „quadruplicité du personnel, contra-

[46] Zitiert bei Le Béguec, Charles Benoist, S. 78.

[47] Die Staatsreformproblematik ist bisher fast ausschließlich für die 1930er Jahre untersucht worden, wo ihre politische Virulenz größer war. Gleichwohl entstanden die Ideen, sei es bei der ERD, oder noch viel mehr bei der Bewegung der *Quatrième République* und ihrem Pendant, der ARS, im Parlament bereits 1919. Zu diesem Kreis um Maurice Colrat und den Staatsrechtler Barthélemy vgl. Le Béguec, Entrée, S. 279ff. Mit Fokus auf den 1930er Jahren: Wurm, Westminster als Modell, und Goguel, L'incapacité de la IIIe République.

[48] In der Regel geschah dies durch die Gründung eines *office*, das die jeweilige Problemlage zentral koordinierte, z. B. die *office national du commerce extérieur*, *office de la reconstitution agricole*, *office national des mutilés et réformés*. Ihnen angegliedert waren sog. *services*, d. h. untergeordnete Dienststellen.

[49] Grundlegend: Renouvin, Les formes du gouvernement du guerre, S. 61–65.

dictions et rabâchages, impuissance finale"[50]. Obwohl am Ende des Krieges auch einige dieser Dienststellen wieder verschwanden, so blieben doch im Sektor des Wiederaufbaus und der Kriegsentschädigung auf nationaler wie lokaler Ebene eine Vielzahl von staatlichen Verwaltungsstellen existent[51]. Als ein weiteres Ergebnis der Kriegsentwicklungen in diesem Bereich kann auch die flächendeckende Ausbreitung von Gewerkschaften der Beamten und öffentlichen Angestellten gelten, die ab 1919 ihre Macht durch Streiks zu zeigen begannen[52].

Bereits im Januar 1919, also kurz vor der Gründung der ERD im Parlament, brachten der katholische Abgeordnete Lefebvre du Prey[53] (Pas-de-Calais) und der *Progressist* Louis Marin in der Debatte um das Gesetz über die Kriegsentschädigungen in den östlichen Departements ein *amendement* ein, das die gerade neu geschaffene Verwaltungsstelle des *tribunal des dommages de guerre* eines jeden Departements abschaffen wollte[54]. Beide befürchteten eine präfektorale Günstlingswirtschaft und wollten die Zahl der Beamten reduzieren, anstatt sie durch die neue Institution weiter aufzublähen. Zwar wurde das *amendement* mit 244 zu 225 Stimmen abgewiesen, es sammelte aber hinter den beiden nicht nur die *Progressisten*, sondern auch die AL-Abgeordneten um Piou, Lerolle, Denais und Grousseau, sowie die verschiedenen *Indépendants*, die ebenfalls zur ALP zu rechnen waren, auch wenn sie im Parlament nicht bei der Gruppe Pious saßen. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verwaltungsreform zwischen ehemaligen *Progressisten* und Katholiken war damit initiiert und setzte sich nach den erfolgreichen Wahlen 1919 in der ERD weiter fort. So arbeitete der Finanzexperte der liberal-konservativen Sammlung, der liberale Katholik De Tinguy de Pouet gemeinsam mit dem *Progressisten* Charles Bellet auf die Aufhebung der rechtsprechenden Gewalt des Präfektenrates hin, da diese nicht nur gegen die Gewaltenteilung verstoße, sondern auch unnötiges administratives Räderwerk („rouages administratifs") nötig mache. Gleichermaßen sollten die Unterpräfekturen abgeschafft werden, wobei sich die beiden Redner jedoch nicht auf ein Procedere einigen konnten und somit dieser Punkt von der ERD nicht durchgesetzt werden konnte[55].

Das Agieren der Parlamentarier der ERD für eine Verwaltungsreform geschah jedoch nicht im luftleeren Raum, sondern war Ausdruck einer zuvor erfolgten programmatischen Fixierung gewesen. Bereits im Programm des *Bloc National*

---

[50] Hubert Bourgin, Administration et Gouvernement, in: RDDM vom 15.11.1919, S.428–448, hier S.442.

[51] Die Expansion der Behördenlandschaft wurde bereits von Zeitgenossen analysiert: Bourget, Gouvernement et Commandement (1923), und Chardon, L'Organisation d'une démocratie (1921).

[52] Vgl. Raymond Poincaré, Chronique de la Quinzaine, in: RDDM vom 15.5.1920, S.474ff., und Mayeur, Vie politique, S.310ff.

[53] Lefebvre du Prey saß zwar in der Gruppe der *Progressisten*, entstammte aber einem katholischen Bürgertum und gehörte in seinem Heimatdepartement auch in das Umfeld der ALP.

[54] JO, Débats, Chambre, 17.1.1919. S.296ff. Das Tribunal sollte über Anspruch und Höhe der Kriegsentschädigungen entscheiden.

[55] Die Debatte in JO, Débats, Chambre, 5.7.1920, S.2746–2748. Es handelte sich um den Artikel 62 des Haushalts für das laufende Jahr.

Républicain von 1919, der von den Radikalen bis zur ALP alle bürgerlichen Gruppierungen gesammelt hatte, hatte es geheißen, daß die staatliche Verwaltung grundsätzlich zurückgefahren werden sollte. Auch eine der ersten Erklärungen der ERD hat dieses – zugegeben etwas vage gehaltene Ziel – verkündet. Da mit Ausnahme des *républicains de gauche* Emmanuel Brousse die verschiedenen Mittelfraktionen zwischen ERD und Radikalen dem Lippenbekenntnis der Wahlen jedoch keine Taten folgen ließen, waren es immer wieder die ERD-Abgeordneten, die Vorlagen der von ihr getragenen Regierung bekämpften, wenn sie das Prinzip der Verwaltungsreform verletzten. Unter dem Schlagwort der *décentralisation* sollten möglichst viele Rechte an die kommunalen Träger zurückgegeben bzw. ihnen erhalten werden, nicht zuletzt um staatliche Verwaltungsstellen einzusparen[56]. Als angesichts der zunehmenden Aufweichung des *Bloc National* die FR 1922 ihre parteipolitische Tätigkeit wieder aufzunehmen begann, war daher die Reform der Administration eine der ersten thematisierten Forderungen. Die Zahl der Staatsbeamten sei auf Grund der Schaffung neuer Ämter und Dienststellen von 543271 (1914) auf 690038 (1922) gestiegen und müsse drastisch reduziert werden, um das Haushaltsdefizit auszugleichen[57]. Maurice Spronck, der vor dem Krieg in Paris gleichermaßen ein FR wie ALP-Komitee geführt hatte, diagnostizierte dazu: „Le culte de l'Etatisme, la foi en l'Etat providence et en ses miracles [...] n'ont jamais abouti qu'aux plus décevants échecs."[58]

Auf dem ersten Nachkriegskongreß der FR[59], mit dem sich bereits eine erste Eingliederung namhafter Katholiken der ALP in die FR vollzog (s.u.), wurde daher auch eine vor allem von Louis Marin befürwortete Staatsreform ins Programm übernommen und zu einem Bündel von Wahlrechtsreform, Steuerreform, Beamtenreform und Verwaltungsreform zusammengefaßt. Der Grundtenor blieb weiterhin die Abschaffung der Unterpräfekturen und die Dezentralisierung von Machtbefugnissen auf gewählte kommunale Träger. Obwohl Louis Marin selbst nicht Bürgermeister war, bekleidete er doch den Vorsitz der *Fédération républicaine des maires de France*, einer nicht unbedeutenden Sammlung kleinstädtischer Bürgermeister, und konnte so auf großen Rückhalt in deren Reihen zählen. Allmählich konnte er so zum Fürsprecher aller derjenigen Kleinstadtbürgermeister werden, die sich als Verlierer des für die moderne Staatlichkeit typischen Konfliktes zwischen Zentrum und Peripherie glaubten und zu eifrigen Anhängern der FR wurden. Nach dem Kartellsieg 1924 und der Mobilisierung der konservativen Kreise (s.u.) hat Marin sein Projekt daher weiter ausgebaut und wurde dafür auch

---

[56] So z.B. die ERD-Abgeordneten Bonnevay und Dior gegen eine einheitliche staatliche Handelssteuer, deren Prozentsatz seither Sache der Kommunen gewesen war, JO, Débats, Chambre, 16.6.1920 S.2150f.

[57] *Bulletin de la Fédération républicaine* vom Februar 1922. Gegen die „fonctionnarisation" auch Frédéric François-Marsal, Finances et Liberté, in: RDDM vom 1.3.1925, S.58f., und Gaston Japy im *Echo de Paris* vom 11.10.1923, der eine Abschaffung der Unterpräfekturen, Reduktion der Berufsbeamten, Rückführung der Zentralisation und des Etatismus forderte. Seine These: „Les uns demandent un roi, d'autres un Lénine, alors qu'il faut simplement garder la République et perfectionner le régime parlementaire."

[58] Maurice Spronck in *Bulletin de la Fédération républicaine* vom Juni 1921.

[59] Ein allgemeiner Kongreß wurde noch wegen mangelnder Organisation abgesagt, es war eine erweiterte Tagung des *Conseil général*, vgl. *Bulletin de la FR* vom November 1922.

von den führenden Arbeitgeberverbänden mit einer Spendensammlung unterstützt[60]. Für seine Gesetzesentwürfe im Februar und August 1926 konnte er zwar nur die etwa 100 Stimmen seiner eigenen Fraktion hinter sich scharen, er zeigte damit aber deutlich, wie sehr die Verwaltungsreform ein Anliegen der FR als liberal-konservativer Partei geworden war[61]. Zwei Jahre später bezichtigte Marin die staatliche Verwaltung und vor allem die Beamtengewerkschaften sogar der „délits et escroqueries" und kündigte erneut eine gemeinsame Kampagne mit dem Steuerzahlerbund, der *Ligue des Contribuables*, für eine Verwaltungsreform an[62].

Wenn die Verwaltungsreform mit antietatistischer Stoßrichtung also die Interessen von *Progressisten* und *ralliierten* Katholiken problemlos konvergieren ließ, so stellt sich nun die Frage nach der Ursache dieser Entwicklung. Zunächst muß man festhalten, daß sie nicht zuletzt ein Ergebnis der bedeutenden Veränderungen war, die der Krieg auf dem Gebiet der staatlichen Verwaltung mit sich gebracht hatte. Eine liberal-konstitutionelle Tradition der *Progressisten* wie eine konservativ-katholische Tradition der Katholiken ertrugen die Ausdehnung der staatlichen Befugnisse auf soziale und wirtschaftliche Gebiete nur schwer. Abgeordnete beider Traditionen formulierten deshalb unter der tatkräftigen Ägide von Louis Marin ein Reformprogramm, daß bereits 1928 zehn verschiedene Unterpunkte allein für die Beamtenreform enthielt. Die Verwaltungsreform war aber zweitens nicht nur ein „bürgerliches" Konsensprogramm gegen administrative Erneuerungen des Krieges gewesen, sondern auch gegen eine nach 1919 entstehende rationalistisch-technokratische Bewegung innerhalb der höheren Verwaltung. Diese hatte die genau umgekehrten Lehren aus dem Krieg gezogen und trat nun für eine weitere Zentralisierung, Expansion und Rationalisierung des Verwaltungsapparates ein[63]. Je mehr diese auf die Modernisierungsprozesse der IV. Republik hinweisenden Ansichten im politischen Establishment Gehör fanden, desto heftiger wurden sie von der liberal-konservativen Sammlung bekämpft. Der dezentrale Ansatz von Louis Marin war dabei sicherlich der entscheidende Kristallisationspunkt für die

---

[60] Bericht vom 7.6.1926, in: AN, F/7 12954: Marin versprach, bis zu einer Milliarde Francs durch eine Verwaltungsreform einsparen zu können. Für die Haltung der Arbeitgeberverbände vgl. den Artikel von Lucien Roumier in *la Journée Industrielle* vom 28.1.1924. Der *Progressist* Bonnevay trat sogar für eine Substituierung der Präfekten durch gewählte Bürgermeister ein, vgl. du Poujet, Laurent Bonnevay, S. 164.

[61] Sein Antrag vom 3.2.1926 wurde mit 399 zu 112 Stimmen abgelehnt, sein zweiter Antrag am 3.8.1926 ebenso.

[62] Stenographische Mitschrift des FR-Kongresses von 1928 in: AN 317, AP 85. Über die enge Verbindung der Progressisten zur *Ligue des Contribuables* vgl. Le Béguec/Prévotat, L'éveil, S. 235ff. Der Einfluß der Arbeitgeberverbände auf die FR, trotz der Mitgliedschaft eines de Wendel, darf, wie Jeanneney gezeigt hat, nicht allzu hoch veranschlagt werden, vgl. ders., de Wendel, S. 160ff.

[63] Diese technokratisch-professionalistische Bewegung war im Zuge des *esprit de 1919* (Le Béguec) entstanden und verortete sich als vorgeblich „unpolitisch" jenseits der Parteigrenzen. Sie sammelte sich um die *Revue Cahiers du redressement français* und wurde vertreten von Henry Chardon, Henri Fayol und Ernest Mercier. Deren zahlreiche Veröffentlichungen sind besprochen bei Brun, Technocrates et Technocratie, Rials, Administration et Organisation. Eine exemplarische Fallstudie behandelt den Reorganisator des französischen Eisenbahnwesens nach 1919, Raoul Dautry, der zum ersten Generaldirektor der neugegründeten SNCF aufstieg, vgl. Baudoui, Raoul Dautry.

progressistisch-liberalen und konservativ-katholischen Vorstellungen[64]. Marin begriff Verwaltung als eine Form von Herrschaft, die möglichst delegiert, d.h. auf der Basis der lokalen gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu geschehen habe[65]. Eine Professionalisierung der Verwaltung mußte demgegenüber notwendigerweise den zivilstaatlichen Raum weiter ausdehnen und die traditionellen Herrschaftsstrukturen der örtlichen Honoratioren auflösen. Sie zog gleichzeitig die Gefahr nach sich, ein starkes und unabhängiges Verwaltungskorps mit gewerkschaftlicher Tendenz hervorzubringen[66]. Ordnungs- und Regulierungstendenzen des Staates bewirkten also eine Unterdrückung kommunaler Freiheiten und bürgerlicher Freiräume, zu deren Verteidigung sich liberale und konservativ-katholische „Bürgerliche" gleichermaßen bereit fanden. Als nicht unerheblich erwies sich dabei auch eine strikte Ablehnung der gewerkschaftlichen Organisierung der Beamtenschaft, die immer mehr zum Sündenbock und sogar zu „Republikfeinden" gemacht wurden[67]. Antietatismus und Kritik an Beamtengewerkschaften konnten sich so ergänzen: Auf dem Kongreß der FR von 1926 brachte Louis Marin unter großem Beifall daher das allgemeine Empfinden auf den Punkt, wenn er im Anschluß an einen Vortrag von Georges Bonnefous über die Staatsreform konstatierte: „Nous avons un système de fonctionnarisme."[68]

Gegen das Gewohnheitsrecht: Das Problem der Verfassungsrevision bei der liberal-konservativen Sammlung

Ein weiterer Kristallisationspunkt der Sammlung von *Progressisten* und ALP war die Verfassungsrevision. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die gewohnheitsrechtliche Praxis im Parlamentarismus der Dritten Republik vor 1914 den Wortlaut der Verfassungsgesetze verzerrt hatte. Die Schwäche der Exekutive war gewissermaßen ein Teil der republikanischen Kultur und des *régime d'assemblée* geworden. Der Krieg selber brachte nun zwar eine leichte Stärkung der exekutiven Gewalt mit sich, ohne jedoch Grundsätzliches an der Regierungsbestellung und ihren Rechten zu ändern. Ein Versuch Briands im Dezember 1916, sich selbst weitgehende Dekretierungsgewalt zu übertragen, scheiterte am breiten Widerstand der Kammer – darunter auch der *Progressist* Bonnevay –, die ihre parlamentarischen Vorrechte nicht aufgeben wollte. Gleichwohl entwickelte sich während

---

[64] Über die Dezentralisierung als Schlagwort der Verwaltungsreform vgl. Lanza, Les Projets de réforme administrative en France.

[65] Vgl. das Dossier der *Fédération Républicaine des Municipalités de France*, die von Louis Marin gegründet wurde, in: AN, F7/ 12954.

[66] Vgl. den Artikel von Jules Méline über die Arbeitsmoral der Beamten in *Bulletin de la FR* vom Januar 1920. Schon am 30.6.1914 hatte *La Croix* von katholischer Seite gewarnt: „Tout gouvernement qui acceptera le principe de la grève des fonctionnaires sera victime de l'anarchie."

[67] Vgl. für viele René Pinon, Chronique de la Quinzaine, in: RDDM vom 1.5.1927, S.229: „Le péril vient actuellement, pour le gouvernement [...] de ces fonctionnaires [...] ces fonctionnaires publics, devenus des salariés comme les autres, organisés comme les autres en syndicats arrogants et autoritaires, qui exigent de gros profits pour un minimum de travail."

[68] Stenographische Mitschrift des Kongresses, erhalten in: AN 317, AP 71.

des Krieges eine politische Strömung um die Deputierten Abel Ferry, Klotz und Ignace sowie die Clemenceau-Anhänger Tardieu und Mandel, die eine autoritäre Umformung der Konstitution auf eine starke Exekutive hin anstrebten. Entscheidend war, daß diese Kräfte nicht vom rechten Rand, sondern aus der parlamentarischen Mitte herstammten und ab November 1917 energisch die autoritäre Herrschaft Clemenceaus unterstützten. In Anlehnung an die Erfahrung des Krieges propagierten sie auch nach dem Krieg einen Verfassungsrevisionismus, der das Auflösungsrecht und andere Vorrechte des Staatspräsidenten dem Ministerpräsidenten übertragen sollte. Zusätzlich sollten plebiszitäre und korporatistische Elemente in die Verfassung eingeführt und so die vierzig Jahre alte Republik an die Herausforderungen der Nachkriegszeit angepaßt werden. Wortführer dieser Bewegung, die sich in einem Netzwerk mit dem Namen *Mouvement pour la IV. République* sammelte, waren Maurice Colrat, André Tardieu, der Verfassungsrechtler Joseph Barthélemy und René Capitant, die alle der Generation der um 1880 geborenen Jungparlamentarier angehörten[69]. In der Kammer wurde sie durch eine eigene Gruppe, die *Action républicaine et sociale* (ARS) repräsentiert, in der sich die Verfassungsrevisionisten um Bokanowski und Reibel mit den Resten des plebiszitären Bonapartismus um Taittinger und Villeneau verbunden hatten. Andere Revisionisten wie Alexandre Millerand oder der immer mehr nach rechts abdriftende Charles Benoist wollten ebenfalls eine umfassende und autoritäre Stärkung der Rechte des Präsidenten der Republik. Keiner von diesen gehörte jedoch der ERD oder der FR an, auch Charles Benoist war 1919 vom Vorsitz der FR zurückgetreten und wechselte im Lauf der 20er Jahre zur *Action Française*[70].

Innerhalb dieses breiten Stromes von verfassungsrevisionistischen Vorstellungen nahm die liberal-konservative Sammlung eine eher zögerliche Position ein und wurde zunächst nicht zu deren Wortführer, ganz im Unterschied zur Vorkriegszeit. Die Reformprogrammatik der ERD und der FR blieb in Anknüpfung an die Vorkriegsprogrammatik der *Progressisten* im wesentlichen auf dem etablierten republikanischem Boden, zumindest vor 1934. In der Definition von Gicquel waren sie „Antirevisionisten", die das existierende System effizienter machen wollten, ohne die Verfassung einer fundamentalen Revision zu unterziehen. Grundlegend für den antirevisionistischen Konsens war, daß sich viele Katholiken auf diese Reformen einigen konnten, weil sich innerhalb der ALP ein liberaler und nationaler Flügel aus der korporatistisch-republikfeindlichen Doktrin emanzipiert hatte. Er knüpfte an die im Kapitel III gezeigte Hinwendung von Teilen der ka-

---

[69] Grundsätzlich Gicquel/Sfez, Problèmes de la Réforme de l'Etat, und auf breiterer empirischer Basis Monnet, Refaire la République, S. 190–204, sowie Rousselier, André Tardieu, ders. La contestation du modèle républicain dans les années 30, und Marc Simard, Doumergue et la réforme de l'Etat en 1934. Zur *IV. République* vgl. Le Béguec, Entrée, S. 279–301.

[70] Vgl. Farrar, Principled Pragmatist, S. 207, für Benoist vgl. ders., Les maladies de la démocratie 1925, in: RDDM vom 15.4., 1.6., 15.12.1925. Die ARS war die Sammlungsgruppe der Clemencisten von 1917, wo sich ehemals plebiszitäre Deputierte wie Taittinger, Capus oder de Cassagnac neben Verfassungsrevisionisten wie Joseph Barthélemy fanden. Ihre autoritären Forderungen überspannten den Graben zwischen Laizisten und Katholiken und können als Vorläufer der gaullistischen Staatsreformpläne für die V. Republik betrachtet werden.

tholischen Öffentlichkeit (*La Croix, La Libre Parole*) zum amerikanischen Verfassungsmodell als Kompromiß zwischen pluralistischem Parlamentarismus und Autorität an, der durch den Kriegsausgang überdies bestätigt worden war. Der Krieg hatte ja nicht zuletzt die letzten „autoritären" Monarchien in Europa beseitigt und allenthalben den Zeitgenossen die Stärke der parlamentarisch regierten Länder vor Augen geführt[71]. Deshalb konnte die ALP am Nationalfeiertag 1919 erklären: „La République a tenu pendant quatre ans le drapeau de la France et l'a conduit à la victoire. Elle est indiscutablement le gouvernement national de la France intégrale."[72] Daran erinnerte auch der Bischof Gibier von Versailles, als er von den Katholiken vor den Wahlen 1919 eine Garantie „au point de vue constitutionnel" verlangte, damit die Allianz mit den *républicains modérés* gelingen konnte[73]. Die öffentliche Ablehnung des amerikanischen Verfassungsmodells durch den Monarchisten Denys Cochin wurde daher von der ALP – „comme libéraux et comme catholiques" – zurückgewiesen[74]. Am Beginn der liberal-konservativen Sammlung stand also das öffentliche und eindeutige Bekenntnis der ALP zur parlamentarischen Republik, das eine gemeinsame Aktion mit den *Progressisten* zum Zwecke einer konstitutionellen Reform erst möglich machte. Die ALP hatte nun endgültig ihre ambivalente Haltung zur Republik aufgegeben.

Die ersten Schritte, die die ERD in der Legislatur unternahm, betrafen deshalb auch die Abschaffung der verschiedenen *parlamentarischen Gewohnheitsrechte* und Spielregeln der Vorkriegszeit, ohne eine eigentliche *Revision* der Verfassung anzustreben. Am deutlichsten zeigte sich dies in einer Kammersitzung im Januar 1920, als die bonapartistisch-revisionistische Gruppe der *Action républicaine et sociale* (ARS) eine sofortige Umsetzung der Staatsreform vorschlug, die das parlamentarische Procedere grundlegend geändert hätte. Louis Marin wies diesen Vorschlag jedoch zurück, da „la contrôle et la permanence parlementaire" weiterhin die „essence" einer starken Regierung seien und die Kammer daher nicht grundsätzlich in ihren Rechten beschnitten werden dürfte[75]. Statt dessen solle der Parlamentarismus, vor allem seine ausufernden Sitzungen[76], in gewisse formale Bahnen gelenkt werden, z.B. durch Verringerung der Redezeiten, durch den Entzug des Initiativrechts der Abgeordneten in der Haushaltsdebatte und durch eine Stär-

---

[71] So urteilte im Rückblick Joseph Barthélemy, La crise de la démocratie représentative, Revue du droit public de la science politique, Oktober 1928, und der *Bulletin de la FR* vom März 1920: „La République est le régime qui s'est le mieux défendu dans la tourmente universelle."

[72] *Bulletin de l'ALP* vom 15.7.1919.

[73] *Bulletin de l'ALP* vom 15.9.1919.

[74] *Bulletin de l'ALP* vom 15.9.1920. Statt dessen forderte man wie schon *La Croix* und *La Libre Parole* eine am amerikanischen Modell orientierte Rückkehr zur Verfassung von 1875. Ähnlich auch der *Progressist* Jules Roche, Quand serons-nous en République? (1918).

[75] JO, Débats, Chambre, 27.1.1920, S.64ff.

[76] Die im übrigen auch für den deutschen Beobachter etwas eigenartiges hatten: So berichtet der deutsche Botschafter am 12.5.1923 aus Paris: „ *Auf vielen Gebieten alleingelassen, ist die Kammer nicht im Stande, für ihre Arbeiten selbst eine ordnungsmäßige Bahn zu finden. Es entsteht das, was man in Bayern ‚Gschaftlhuberei' nennt. Wahllos werden eine große Menge von Materien in Angriff genommen, in langen Reden erörtert, unvollendet fallen gelassen, plötzlich wieder aufgegriffen...*" in PA/AA R 70695.

kung der Kommissionen[77]. Die Formalisierungsbemühungen der ERD, die im übrigen von *Progressisten* und Katholiken gleichermaßen vorangetrieben wurden, waren daher nicht gegen das parlamentarische System an sich gerichtet, sondern lediglich gegen die besondere Form des „absoluten" Parlamentarismus in Frankreich, der den *régime d'assemblée* aus der Revolutionszeit perpetuierte[78]. Die Redebeiträge der ERD-Deputierten Marin, Bonnefous, de Lasteyrie und Gay (alle ERD), die sich im Mai 1920 erneut gegen eine revisionistische Initiative der ARS richteten, offenbarten darüber hinaus ein von René Remond als „orléanistisch" gekennzeichnetes politisches Temperament, das den bürgerlich-liberalen Parlamentarismus als besten Garanten gegen eine Diktatur von rechts oder links betrachtete und an den hergebrachten parlamentarischen Prärogativen nicht rütteln wollte[79].

Die wichtigste der innerhalb des parlamentarischen Systems zu erreichenden Reformen betraf die Rolle des in der Verfassung von 1875 nicht verankerten *Ministerpräsidenten*, des *président du conseil*. Da damit kein eigenes Amt bezeichnet war, sondern lediglich der Vorsitz im Kreise der Minister, blieb die Rolle des *président du conseil* im fluktuierenden System parlamentarischer Mehrheiten stets prekär. Um dieser Insuffizienz des Systems Abhilfe zu schaffen, hatte Louis Marin in einer kritischen Phase des Ersten Weltkriegs am 25. Mai 1917 vorgeschlagen, dem Ministerpräsidenten einen *service administratif* zuzuteilen[80]. Sein ehemaliger Parteigenosse, der nach links gewanderte *Progressist* Alexandre Ribot, richtete daraufhin als Ministerpräsident ein auf drei Minister reduziertes, inoffizielles *comité de guerre* ein, das die Entscheidungsfindung der Regierung straffen sollte und dabei auf die neue Verwaltungsstelle Marins zurückgriff. Es ist evident, daß beide *Progressisten* die Rolle des Ministerpräsidenten akzentuieren wollten, um diesem ein höheres Maß an Autorität im Parlament zu verschaffen. Wie Ribot in einem Brief an den Historiker Lavisse aber betonte, dürfe dies auf keinen Fall öffentlich bekannt werden, da er eine die *Union sacrée* bedrohende Verfassungsdebatte fürchte[81]. Solange eine öffentliche Diskussion um ein zu schaffendes Amt des Ministerpräsidenten als autoritärem Gegenpol zum Parlament unmöglich war, unterstützten sowohl *Progressisten* wie auch Katholiken während des letzten

---

[77] So Maurice Halay im *Bulletin de la FR* vom Juni/Juli 1919, und der ARS-Abgeordnete Joseph Barthélemy im *Echo de Paris* vom 26.4.1924. Das theoretische Fundament der FR-Position lieferte der langjährige Mitarbeiter Mélines, Georges Lachapelle, L'Œuvre de demain: la réforme électorale, la décentralisation, la revision de la Constitution (1917).

[78] Für den „absoluten Parlamentarismus", der v. a. von den Radikalen als direkter Ausdruck des allgemeinen Wahlrechts gesehen wurde, vgl. Berstein, Parti Radical, S. 57ff.

[79] JO, Débats, Chambre, 27.5.1920, S. 1657ff. Marin, Bonnefous, de Lasteyrie und Gay wollten eine erhöhte Effizienzsteigerung durch straffere Kommissionsdebatten und Begrenzung des Interpellationsrechts, jedoch keine Aufgabe des Prinzips der parlamentarischen Kontrollfunktion.

[80] Über die weitere Entwicklung des sich als Regierungschef verselbständigenden *président du conseil* bis 1940 vgl. Rousselier, Gouvernement et parlement.

[81] Brief Ribots an Lavisse vom 19.8.1917, in: AN 563, AP 37:„La machine parlementaire est trop lourde et ses défauts s'aggravaient pendant la guerre." Der enge Ministerrat umfaßte nur den Kriegs-, Marine- und Rüstungsminister. Für den ausführlichen Brief siehe das Dokument 3 im Anhang.

Kriegsjahres ihren alten Gegner Clemenceau, der mit einem das Parlament mißachtenden Regierungsstil neue Maßstäbe in der französischen Politik setzte. Sie taten dies trotz der antiklerikalen und bisweilen skurrilen Vergangenheit des „Tigers", weil er Kriegsnationalismus und Autorität nach außen und innen verkörperte und mit den Spielregeln einer als absolut empfundenen Parlamentsherrschaft brach[82].

Es war daher zunächst auch die ERD und dann die FR, die in den 1920er Jahren immer weiter auf einen Ausbau der Autorität des Ministerpräsidenten, in der Regel nach englischem Vorbild, drängte, ohne allerdings dem Ministerpräsidenten diktatorische Vollmachten, die *pleins pouvoirs*, zuzugestehen[83]. So unterstützte man Poincaré im Januar 1924 vorbehaltlos, als dieser im Angesicht einer beginnenden Inflation des *Franc* zur Bewältigung der französischen Kriegsschulden und damit zur Währungsstabilisierung das Budgetrecht des Parlaments teilweise aushebelte und der Regierung die „Ermächtigung" zum Erlaß steuerlicher Maßnahmen erteilte[84]. Eine der wenigen Ausnahmen innerhalb der liberal-konservativen Sammlung bildete der aus einer traditionsreichen republikanischen Familiendynastie stammende Désiré Ferry, der gemeinsam mit Tardieu die Pläne Poincarés bekämpfte und vom Ministerpräsidenten deshalb sogar zu einem Duell herausgefordert wurde[85]. Ein ähnlicher Vorgang wiederholte sich im Juli 1926, als erneut Poincaré, nun bereits in einer fortgeschrittenen Inflation, zur Währungsstabilisierung auf *décrets-lois* zurückgriff und wenige Tage später das Initiativrecht für Abgeordnete in der Haushaltsdebatte einschränkte, unter dem Vorbehalt allerdings, daß das Budget-Recht des Parlaments im Prinzip unangetastet blieb[86]. Die Erweiterung der Kompetenzen des Ministerpräsidenten sollte also eher graduell und auf einer Verordnungsebene erfolgen, ohne den Umweg einer Verfassungsrevision und vor allem ohne die Kernkompetenzen des Parlaments zu beschneiden. Die besondere Dynamik des französischen Parlamentarismus verwirklichte aber erst nach einer existentiellen Staatskrise in den 1930er Jahren diese im übrigen bis heute geltenden Regelungen[87].

---

[82] Charles Benoist, Chronique de la Quinzaine, in: RDDM vom 1.12.1917, S.717, und Jean Guiraud in *La Croix* vom 19.11.1917. Zur Regierungsform Clemenceaus vgl. Bock, Parlementarisme de guerre, S.771ff.

[83] Als Caillaux diese im Juli 1926 verlangte, sagte Marin: „Je ne veux pas de ce projet parce qu'il marque l'abdication du Parlement, j'en veux encore moins à cause du fond même et j'en veux moins encore parce que si je confiais les pleins pouvoirs à quelqu'un, ce ne serait pas à vous." Zitiert nach Bonnefous, Histoire politique, S.158.

[84] Gerade der ERD-Abgeordnete Marin scheint in der Vorbereitung dieses Gesetzes eine wichtige Rolle gespielt zu haben, gemeinsam mit dem ERD-Finanzminister de Lasteyrie, vgl. Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus, S.393–401. Die ERD-Gruppe bewahrte in der Schlußabstimmung mit 92% die höchste Fraktionsdisziplin.

[85] Protokoll eines Gesprächs Ferrys mit Poincaré vom 8.2.1924 in: AN 317, AP 168.

[86] Poincaré hatte die Ermächtigungsklausel bereits 1924 durchgesetzt, machte aber nun im Juli 1926 als frisch gekürter Ministerpräsident der großen Koalition von ihr Gebrauch. Alle 102 URD-Abgeordneten sprachen ihm ihr Vertrauen aus. Vgl. Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus, S.507ff.

[87] Die Bemühungen Marins und des Staatsrechtlers Barthélemy fruchteten erst in den 1930er Jahren, als 1934 dem Ministerpräsidenten im Hotel Matignon ein Amtssitz eingerichtet wurde, mit einem permanenten Sekretariat. Zur Entwicklung vgl. Rousselier, Gouvernement et parlement, S.265.

Formalisierung der parlamentarischen Vorgänge und Festigung der Position des Ministerpräsidenten bildeten also die wesentlichen Elemente des Reformprogramms der ERD/FR in der ersten Hälfte der 1920er Jahre, das auf Grund seines liberal-konstitutionellen Charakters zu Recht als *antirevisionisme* bezeichnet wurde. Gleichwohl blieb die „Verfassungsreform" in einem weiteren Sinne auch in der liberal-konservativen Sammlung bis 1924 eine eher schillernde Vorstellung. Durch den Eintritt der sozialkatholischen und bonapartistischen Elemente in die FR ab 1924 muß man zumindest von verschiedenen Nuancen der Staatsreformforderungen innerhalb der liberal-konservativen Sammlung ausgehen, die sich zunächst nicht alle in der Programmatik und dem parlamentarischen Vorgehen niederschlugen. So blieb zum Beispiel die Frage nach der Rolle des Präsidenten der Republik ungeklärt. Während sich die *Progressisten* auf eine Rückkehr zum Wortlaut der Verfassung von 1875 versteiften, schien die ALP unentschieden über die Wahl zwischen der französischen Verfassung von 1875 und der amerikanischen von 1776[88]. Der eklatante Unterschied zwischen den beiden Verfassungsmodellen und auch die Frage nach dem Wahlgremium für den Präsidenten konnten nicht entschieden werden, es blieb vielmehr in ERD und FR ein Nebeneinander verschiedener Vorstellungen, die nur darin übereinstimmten, daß die Präsidentenrolle gestärkt werden und seine Wahl von Kammer und Senat auf das Volk übertragen werden müsse[89]. Der Konsens innerhalb der ERD konnte insbesondere durch das autoritäre Auftreten Staatspräsident Millerands gewahrt werden, der ab 1920 seine eigenen revisionistischen Vorstellungen, die er während des Krieges entwickelt hatte, umsetzte und unter anderem als erster Präsident seit Mac-Mahon in die außenpolitischen Geschäfte des Ministerpräsidenten eingriff, z. B. anläßlich Briands Reparationspolitik in Cannes im Januar 1922[90]. Das Vertrauen auf diese Entwicklung sollte eine innerparteiliche Diskussion vermeiden, denn es war augenscheinlich, daß Militärs wie der General de Castelnau, Nationalisten wie Maurice Barrès oder Marcel Habert und alte Republikaner wie Laurent Bonnevay oder François Arago zu einem verfassungsreformerischen Konsens finden würden. Da in der ERD also zwar eine Übereinstimmung über die Notwendigkeit der Verfassungsreform bestand, nicht aber über den Modus und den Grad der Veränderung, nahm man eine reaktive Haltung ein, d. h. man startete von selbst keine Initiativen. Dies erklärt auch, warum die öffentlichen Bekundungen und selbst der Wahlkampf 1924 das Thema nur unpräzise ansprachen und lediglich das Ziel, die Herstellung

---

[88] *Bulletin de la FR* vom Dezember 1919 (Maurice Halay, *La République*) und *Bulletin de l'ALP* vom 15. 6. 1920. General de Castelnau plädierte für eine Revision der französischen Verfassung und für einen starken Präsidenten nach dem Vorbild des (Republikaners) Grévy!, in: *Le Gaulois* vom 26. 4. 1924.

[89] Die Divergenzen betrafen vor allem das Wahlgremium, das bisweilen aus Berufsständen, regionalen Kammern oder dem ganzen Wahlvolk zusammengesetzt sein sollte. Vgl. dazu die Artikel der beiden Progressisten aus dem Doubs Maurice Ordinaire und René de Moustier in: *Dépêche Républicaine* vom 29. 10. 1919 und 6. 1. 1921 sowie die Rede de Moustiers in Ornans am 8. 11. 1919: „La République, après un demi-siècle de gouvernement [...] s'est singulièrement affirmée, il faut adapter les institutions de la France à ce régime."

[90] Zur systemverändernden Qualität der Präsidentschaft Millerands vgl. Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus, S. 354ff.

politischer Autorität *in* der parlamentarischen Republik, formulierten. Wenn die ERD in der Praxis also „antirevisionistisch", d.h. auf dem Boden der Verfassung von 1875 in der Definition von Gicquel blieb, so schloß dies bestimmte Affinitäten zu den bekennenden Revisionisten nicht aus[91].

Diese ambivalente Haltung betraf auch den letzten großen Punkt der Verfassungsreform, die *Umwandlung des Senats* in eine berufsständische Kammer. Ideengeschichtlich gehörten korporatistische Ordnungsmuster natürlich in das Feld des Konservativismus, also der *Droite*, und hatten daher nur bei der ALP, nicht aber bei den *Progressisten*, in der Vorkriegszeit Fuß fassen können. Trotz der Bemühungen von Charles Benoist und Jean Laméroux hatte kein Kongreß der Vorkriegs-FR berufsständische Organisationsformen in das Programm aufgenommen, da die republikanische Verwurzelung und die Ablehnung der gesellschaftlichen Verhältnisse vor 1789, insbesondere die korporative Beschränkung der Gewerbefreiheit, zu tief saßen. Da korporatistische Vorstellungen also den ideengeschichtlichen Nerv der liberalen Progressisten wie auch der konservativen Katholiken berührten, konnte die Konsequenz in der politischen Praxis der ERD zunächst nur das Beschweigen des Themas sein. Bei keiner Debatte, nicht einmal bei der um die Einrichtung der Landwirtschaftskammern 1923, äußerte ein ERD-Abgeordneter dezidiert korporatistische Vorstellungen. Das Tabu wurde erst gebrochen, als der Sieg des Linkskartells 1924 eine breite Gegenmobilisierung aller konservativ-nationalen Kräfte, darunter die FR, um die *Ligue Républicaine Nationale* des abgesetzten Staatspräsidenten Millerand provozierte. Da Millerand die Umwandlung des Senats in eine berufsständische Kammer anstrebte, begann sich auch die liberal-konservative Sammlung für diese Forderung zu öffnen. Vor allem die sozialkatholischen Kräfte in ihren Reihen, die nicht zum christlich-demokratischen PDP abgewandert waren, verschafften ihren Forderungen Gehör und konnten selbst langjährige *Progressisten* von der Notwendigkeit der Senatsreform nach berufsständischem Prinzip überzeugen[92].

Um die progressistisch-liberale Sensibilität jedoch nicht zu verletzen, wurden die korporatistischen Vorstellungen ihres konservativ-katholischen Mantels entkleidet und aus dem antirepublikanischen Gesamtkonzept der Vorkriegs-ALP entbunden. Als eigenständiges Postulat stellten sie nicht mehr das allgemeine Wahlrecht und republikanische Grundprinzipien als solche in Frage, sondern sollten die republikanische Verfassung lediglich ergänzen. Dieses Komplementärmodell war im Umfeld des bürgerlichen Sozialkatholizismus von Paris entwickelt

---

[91] Das Parteiprogramm der FR enthielt unter dem Punkt *Réforme constitutionelle* zur Gewalt des Präsidenten daher den vielsagenden Satz: „Il s'agit donc moins de lui (Président) donner de nouveaux pouvoirs que de remettre en usage ceux qui lui appartiennent et qui sont tombés en désuétude." Die FR verließ hier den konstitutionellen Rahmen nicht und stimmte auch 1925 einen Antrag Taittingers nieder, den Präsidenten von Land- und Gemeinderäten wählen zu lassen, vgl. *La Nation* vom 13.3.1925.

[92] Entscheidend war dabei, daß sich der *progressistische* Verfassungsrechtler Bonnefous, der sich im Februar 1923 noch gegen einen ständischen Senat ausgesprochen hatte, gemeinsam mit dem FR-Vorsitzenden Isaac an das volle Programm der Ligue Millerand, inklusive der Senatsumwandlung, anschloss. Vgl. *Bulletin de la FR* vom Februar 1923, und Brief Isaacs an Millerand vom Dezember 1924, in: AN 470, AP 104.

worden und hatte sich zu einer programmatischen Schrift verdichtet[93], die ab 1925 vom ehemaligen ALP-Abgeordneten Louis Duval-Arnould in die Kongresse und Parteiorgane der FR eingebracht worden ist. Das berufsständische Prinzip, die *organisation professionnelle*, stellte dabei, neben der Familie, eine zweite Säule des Gesellschaftsentwurfs für die Nachkriegsgesellschaft dar und sollte sich unter anderem in der Zusammensetzung des Senats widerspiegeln[94]. Sie war ferner ein Gegenstück zu dem von der Kartellregierung zum ersten Mal einberufenen *Conseil National Economique*, der als staatlicher Wirtschaftsrat gerade nicht die berufsständischen Wurzeln aufwies, die Duval-Arnould forderte, und außerdem an den staatlichen Dirigismus anknüpfte und sogar das Gewerkschaftsrecht für Beamte anerkannt hatte[95]. Je mehr sich in der Folgezeit die Grenzen des parlamentarischen Handlungsspielraums in der Inflationskrise 1924–1926 zeigten, um so lauter wurden die vom Sozialkatholizismus inspirierten Stimmen in der FR, die eine sofortige Umwandlung des Senats in eine Berufskammer forderten, damit diese in die entscheidenden wirtschaftlichen Fragen kompetent eingreifen könne. 1928 wurde die *organisation professionnelle* schließlich auch in das Parteiprogramm der FR aufgenommen[96]

Was die inhaltlichen Positionen betrifft, kann man zusammenfassend also sagen, daß die sich in der ERD vollziehende liberal-konservative Sammlung, entgegen vieler neuen Stimmen von links und rechts, 1919 bis 1924 zunächst immun gegen einen weitreichenden Verfassungsrevisionismus blieb. Es dominierte ohne Zweifel die von den *Progressisten* vorgegebene liberal-konstitutionelle Linie, die die durch den Krieg bestätigte parlamentarische Republik voll akzeptiert hatte und nur zu

---

[93] Die anonyme Schrift ist im Nachlaß des ALP-Vorsitzenden de la Rochefoucauld unter dem Titel *Note sur la Réforme du Senat et sa transformation possible en un Senat professionnelle* erhalten. Sie sah die Aufteilung des Senats in 100 *gloires de la Nation* (Generalität, Admiralität, höchste Richter, Akademie), 100 Industrievertreter und 100 Landwirtschaftsvertreter vor. Das Mandat sollte an die Funktion, nicht an die Wahl gebunden sein. In: AN 142, AP 14.

[94] So Duval-Arnould, in: *La Nation* vom 10.11.1925. Duval-Arnoulds wirtschaftspolitische Position war sozialliberal, d.h., er vertrat keinen doktrinären Liberalismus, sondern einen fortschrittlichen Arbeitnehmerschutz u.a. durch die *organisation professionnelle*. Gleichwohl erkannte er in liberaler Tradition den „respect des conventions internvenues", d.h. die prinzipielle Vertragsfreiheit zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer an (So in der Kammer am 13.12.1920, JO, Débats, Chambre, S.3590f.). Darin unterschied er sich von den christlichen Demokraten des PDP.

[95] Vgl. Chariot, La démocratie sociale à la française, und die Kritik an dieser etatistischen „machine de guerre" bei Isaac, Carnets, S.445, Eintrag vom 13.2.1927. Gegen den am 17.1.1925 beschlossenen CNE gründete sich im Umfeld von FR und AD der Arbeitgeber-nahe Interessensverband *Union des Forces nationales*, zu dem u.a. die *Société d'Agriculteurs*, die *Confédération des groupes commerciaux et industriels de France*, die *Union de la Propriété bâtie* und die *Fédération des classes moyennes* gehörten.

[96] *La Nation* vom 21.1.1928: „Nous considérons comme indispensable la consultation de la profession organisée pour la préparation de toute loi concernant le statut économique ou fiscal du commerce, de l'industrie ou de l'agriculture." Berufsständische Organisation und *chambres des métiers* hatten schon seit 1924 zu den Forderungen der sozialkatholisch inspirierten liberal-konservativen Sammlungen in Lothringen und im Elsaß gehört. Vgl. das Wahlprogramm der URL und der ANR de Haut-Rhin in *La Revue d'Alsace et de Lorraine* vom Juni 1924, S.140f.

formalen Veränderungen, jedoch keiner Revision bereit war. Gewiß, man unterstützte Reformer wie Millerand solange sie an der Regierung waren, eine wirkliche Adaption ihrer Erneuerungsversuche und des *esprit de 1919*[97] fand aber nicht statt. Man darf dabei nicht vergessen, daß bei den wirklichen Verfassungsrevisionisten um Millerand und Tardieu auch immer eine neue, dirigistisch-technokratische Staatsauffassung mittransportiert wurde. Deren autoritäre Umformung der Republik baute auch auf einem „Mehr" an Staat auf, das, wie gezeigt wurde, FR und ALP aus antietatistischen Gründen grundsätzlich ablehnten. Die Konsensprogrammatik der liberal-konservativen Sammlung in der Frage der Verfassungsreform geriet ab etwa 1924 ins Wanken, da einerseits der Sieg des Linkskartells die Hoffungen auf eine autoritäre Umformung der Republik zerstörte und andererseits auch in Frankreich die Unzulänglichkeiten des herkömmlichen parlamentarischen Systems erkannt wurden. Der Inflationskrise von 1924–1926 kam dabei eine besondere katalytische Wirkung zu, da sie Handlungsgrenzen einer parlamentarischen Regierung und in gewisser Weise des liberal-parlamentarischen Modells in einer finanziell komplizierten Krisensituation offenbarte[98]. Je mehr diese gemeineuropäische „Krise des liberalen Systems" auch in Frankreich zu wirken begann, desto eher konnten sich antiliberale Ordnungsmuster wie berufsständisch-korporatistische Vorstellungen auch in der FR durchsetzen. Die Jahre 1924–1928 markieren die Inkubationszeit dieser Vorstellungen, die den liberalen Kern der FR allmählich aufweichten und in den 1930er Jahren, allerdings erst nach weiteren existentiellen Staatskrisen, zu einer völligen Erosion progressistisch-liberaler Ordnungsmuster in der FR führten[99].

Der Einzug berufsständisch-korporatistischer und autoritärer Positionen in das FR-Programm steht damit in Zusammenhang mit einer allgemeinen Umwertung der Rolle des Individuums in der französischen Gesellschaft der Zwischenkriegszeit. Je mehr in den rasch wachsenden Städten soziale Zwänge wegfielen und individuelle Lebensentwürfe florierten, um so stärker betonte die politische Rechte, und zwar von der neomonarchistischen *Action Française* bis zur bürgerlichen Mitte, die Unterordnung des einzelnen unter eine Gemeinschaft, sei es die Familie, den Berufsstand oder die Nation. Einziges Unterscheidungskriterium innerhalb dieser antiindividualistischen Phalanx war die Frage nach der „Freiheit" und dem Pluralismus, die in dieser neuen „Ordnung" verbleiben sollten. Es ist dabei zu konstatieren, daß die Inflationszeit 1924–1926 und die beginnende Weltwirtschaftskrise ab 1929 eine neue Dichotomie innerhalb der FR generierten, die quer zur alten Scheidelinie Progressisten/Katholiken verlief und die genau jenes liberalpluralistische Kriterium der individuellen Freiheit betraf. Diese Dichotomie ent-

---

[97] Diese Erneuerungsstimmung von 1919 ist ausführlich behandelt bei Le Béguec, Entrée, S. 301ff. Allenthalben gab es Gruppierungen, die eine erneuerte Republik ankündigten, z. B. *IV. République, la Jeune République, la rénovation française*, zu diesem Phänomen Le Béguec, Entrée, S. 279ff.

[98] Für den Zäsurcharakter vgl. Monnet, Réfaire la République, S. 200–204.

[99] Der Progressist Madelin bezeichnete sich 1925 selbst als „Vernunftrepublikaner" ohne tiefe Vorliebe für das parlamentarische Regime, das zunehmend unfähig zur Krisenlösung wurde: „ J'ai pour le gouvernement parlementaire [...] quelques sympathies personnelles qui viennent plus de la raison que du cœur." *La Nation* vom 25. 12. 1925.

spannte sich zwischen einem demokratisch-reformistischen und einem autoritär-revisionistischen Flügel.

Der demokratisch-reformistische Flügel akzeptierte zwar Prinzipien wie Autorität und die Einordnung des Individuums in eine Gemeinschaft, bestand aber weiterhin auf einem Mindestmaß an Freiheit. Er setzte gewissermaßen das „orleanistische" Republikverständnis fort und hielt auch im Angesicht wirtschaftlicher und finanzpolitischer Krisen eine Rationalisierung des Parlamentarismus für ausreichend[100]. Ihm ging es also mehr um eine Revision der gewohnheitsrechtlichen Spielregeln im Parlament als um die Verfassung des liberalen Systems selbst. In dieser Strömung fanden sich liberale Katholiken wie Georges Pernot oder de Tinguy de Pouet neben liberalen Republikanern wie Jacques Bardoux und Alexandre Lefas und beteiligten sich an der Arbeit der sogenannten *Commission Barthélemy*, die eine Rationalisierung des Parlamentsbetriebes ausarbeitete[101]. Das schloß ein Eintreten für eine ständische zweite Kammer nicht aus, da sie, im Unterschied zu den autoritären Revisionisten, auch dort pluralistische Elemente in der Entscheidungsfindung verankern wollten. Selbst in den viel stärker von der Staatsreformproblematik geprägten 1930er Jahren blieben Bardoux, Pernot und Lefas diesem rationalen und pluralistischen Parlamentarismus treu und arbeiteten an einer Reform des parlamentarischen Procedere statt an einer autoritären Wende[102].

Ganz anders entwickelte sich der autoritär-revisionistische Flügel der liberalkonservativen Sammlung, zu dem unter anderem Clément Villeneau, vor 1914 Sekretär von Jacques Piou, gehörte[103]. Dieser hatte bereits 1920 mehrere Artikel veröffentlicht, in denen er eine Wiederbelebung der Vorrechte des Staatspräsidenten und eine Staatsreform forderte, die den Parlamentarismus deutlich zurückgestutzt hätten. Er schloß dabei auch eine Änderung der Verfassung von 1875, also des konstitutionellen Gehäuses, nicht aus[104]. Als Mitglied der FR war Villeneau ab 1924 besonders eng in die Kampagne der *Ligue Millerand* eingebunden, wo er so-

---

[100] Vgl. das Buch des Katholiken Joseph Denais, Pour que la France vive (1926), das strikt auf seinen liberal-konstitutionellen Vorstellungen von 1917 aufbaute. Sehr deutlich machte dies auch der Katholik Henry Reverdy, dessen *Ralliement* an die Republik im Dritten Kapitel gezeigt wurde, während der Parlamentarismuskrise 1925: „La France peut encore dénouer pacifiquement, et même constitutionnellement, la crise du parlementarisme qui mine son gouvernement", in: DC 14 b (1925).

[101] Gegründet am 15.7.1926 erzielte sie schon am 30.7. den Erfolg, daß in den Haushaltsdebatten von einzelnen Abgeordneten keine *amendements* mehr eingebracht werden durften. Vgl. Mirkine-Guetzevitch, Les nouvelles tendances du Droit constitutionnel. Für Jacques Bardoux' Parlamentarismusreform vgl. seinen Brief an Millerand vom 18.11.1924, in: AN 470, AP 89, und allgemein Capitant, La Réforme du parlementarisme (1934).

[102] Vgl. Jacques Bardoux, Le redressement du pouvoir exécutif et le métier de Premier Ministre, Revue de Paris, vom 1.2.1934, S.506–520, und Alexandre Lefas, La réforme des méthodes de travail parlementaire, Revue des sciences politiques LIV (1931). Für das Auseinanderdriften des liberal-gemäßigten und des national-revisionistischen Flügels ab 1927 vgl. die Analyse unten in Kap. VII.3.1.

[103] Villeneau gehörte in der Legislaturperiode 1919–1924 noch der revisionistischen ARS an, wechselte dann aber in die FR. Er entstammte einem bonapartistischen Hintergrund und war schon in der Dreyfus-Zeit Delegierter der *Jeunesse Antisémite et Nationaliste*, vgl. Le Béguec, Entrée, S.956.

[104] *Bulletin de l'ALP* vom 15.6.1920 und 1.10.1920.

gar als *délegué régional* fungierte. Dort unterstützte er – gegen das FR-Programm – explizit die Wiedereinführung des Plebiszits auf lokaler Ebene. Neben Villeneau und Louis Ollivier von der ALP gehörte zu diesem autoritär-revisionistischen Flügel auch der ehemalige *Progressist* Louis Madelin, der durch die Mitgliedschaft in der *Ligue des Patriotes* enge Verbindung zu Millerand hielt und dessen revisionistische Kampagne voll unterstützte.[105] Alle drei verweisen auf eine zunehmend Republik und Liberalismus ablehnende Strömung in der FR, die in den 1930er Jahren durch den Eintritt weiterer autoritärer Revisionisten wie Xavier Vallat und Philippe Henriot immer bedeutender werden sollte. Dieser autoritäre Flügel näherte sich ab 1932 den verschiedenen Ligen an und stellte bald, gemeinsam mit der „neuen Rechten" bzw. den „konservativen Revolutionären", das liberale System als Ganzes in Frage[106].

Die Koexistenz unterschiedlicher Positionen innerhalb ein und derselben Partei in den Jahren 1924–1928 darf nun nicht als widersprüchlich interpretiert werden, sondern entspricht vielmehr dem lockeren Charakter französischer Parteien in der Zwischenkriegszeit, die ohne Parteidisziplin ein hohes Maß an interner Heterogenität ertrugen. Hatte sich die liberal-konservative Sammlung um das Bekenntnis zu einer strikten Gewaltenteilung, einem formalisierten Parlamentarismus und der Wiederherstellung einer autoritären Position des Präsidenten und Premierministers 1919–1924 herauskristallisiert, so durchliefen die darin vermengten unterschiedlichen Positionen einen Gärungsprozeß, der schließlich in den 1930er Jahren, zumal nach dem 6. Februar 1934, zu einer Explosion der Partei führte[107]. Die Jahre 1924–1928 markierten dabei die erste Phase, in der antiliberale Vorstellungen zunehmend an Gewicht gewannen und Eingang ins Parteiprogramm fanden, ohne daß dies allerdings das parlamentarisch-republikanische System grundsätzlich in Frage stellte. So lange sich der Sieg der französischen Republik in der außenpolitischen Stärke und den deutschen Reparationen niederschlug, war die parlamentarische Republik unumstritten und sollte lediglich durch berufsständische und autoritäre Regelungen ergänzt werden. Der Stabilisierungserfolg Poincarés in der Inflation 1926 gab dem etablierten System darüber hinaus jedoch eine tiefe Bestätigung, die viele Parlamentarier der URD/FR in ihrer Ansicht bestätigte, ein starker Ministerpräsident und eine große bürgerliche Koalition reichten zur Bewältigung sozialer und politischer Krisen aus[108]. Erst die vollkommen neue Dynamik der Weltwirtschaftskrise und der Erosion des Versailler Systems provozierte in

---

[105] Vgl. Louis Ollivier in *Bulletin de l'ALP* vom 1.12.1924, und Villeneau in *Bulletin de l'ALP* vom 1.12.1926. Über Louis Madelin als Mitglied der FR bei der *Ligue des Patriotes* und seine plebiszitären Gedanken vgl. *La Nation* vom 25.12.1925. Der Historiker Madelin hat mit seinen Werken über Napoleon nicht unerheblich zu dessen Rehabilitierung in Frankreich beigetragen und die Herrschaft eines starken Mannes wieder salonfähig gemacht.

[106] Die Ideen der „neuen Rechten" und der „konservativen Revolution" in Frankreich sind abgehandelt bei Eckert, Konservative Revolution in Frankreich?

[107] Vgl. grundlegend Irvine, French Conservatism in Crisis, S. 98ff.

[108] Revisionsforderungen und Korporatismus traten in der Zeit der Großen Koalition 1926–1928 in den Hintergrund, und Poincaré genoß ein „quasidiktatorisches" Ansehen im Parlament und bei der URD. So ein Bericht von Hoesch vom 19.3.1928 in: PA / AA R 70702

der FR die Frage, ob korporatistisch-berufsständische Ordnungsmuster den Parlamentarismus ergänzen oder ersetzen sollten[109]. Im Laufe der 1930er Jahre spitzte sich so die Spaltung zwischen einem demokratisch-reformistischen Flügel, der an dem Prinzip der Komplementarität festhielt, und einem autoritär-revisionistischen Flügel, der die Republik durch einen neuen Staat substituieren wollte, zu. Sie sollte das Bild der Partei in den 1930er Jahren dominieren, hatte jedoch nichts mehr mit der Dichotomie *Progressisten*/Katholiken zu tun, die am Anfang der liberal-konservativen Sammlung gestanden hatte.

Ordnung der Masse: Das integrale Verhältniswahlrecht (RPI)

Die Einrichtung des integralen Verhältniswahlrechts (RPI) gehörte bereits vor dem Ersten Weltkrieg zum Kernbestand der Reformforderungen der *Progressisten* und ALP. Während die *Progressisten* aber in ihm ein zentrales Instrument zur Ordnung und Gliederung der modernen Massengesellschaft in den Wahlen gesehen hatten, war es für die ALP eine Forderung unter vielen gewesen, die letztlich nur eine größere Abgeordnetenzahl im Parlament garantieren sollte. Die Abgeordnetenkammer hatte nun im Juni 1912 zwar eine Wahlrechtsreform mit proportionalem Listenwahlrecht verabschiedet, der von den Radikalen und Radikalsozialisten dominierte Senat verzögerte jedoch seine Zustimmung und lehnte sie schließlich im Juni 1914 ab. Ein von Charles Benoist am 2. Juli 1914 eingebrachter erneuter Gesetzesvorschlag zur Wahlrechtsreform konnte auf Grund des Kriegsausbruchs kurze Zeit später nicht mehr debattiert werden, da die Diskussion um die Wahlrechtsreform auf das Ende des Krieges verschoben worden war[110]. Erst die im November 1919 anstehenden Wahlen zur Abgeordnetenkammer entfachten die Debatte um den Wahlmodus erneut.

Die Erfahrungen der Kriegszeit hatten das politischen Klima in Frankreich verändert und flossen nun unter anderem auch in die Diskussion um das Wahlrecht ein. So rief die umfangreiche Einbindung der Frauen in den Produktionsprozeß und die Kriegswirtschaft ab 1916 eine Suffragettenbewegung und eine Kampagne für das aktive und passive Frauenwahlrecht hervor[111]. Daneben hatte sich in führenden Kreisen der Radikalen und Radikalsozialisten die Überzeugung durchgesetzt, daß das oftmals nur lokale Präferenzen begünstigende *scrutin d'arrondissement* angesichts der zu erwartenden Probleme in der Nachkriegszeit nicht mehr zeitgemäß sei und daher geändert werden müsse[112]. Die Klientelpolitik der von Briand einstmals als *mares stagnantes* bezeichneten Einerwahlkreise sollte einem Repräsentationssystem weichen, das die verschiedenen, in einem Departement vertretenen Ideen berücksichtigte und repräsentierte.

Am 14. März 1919 begann die Abgeordnetenkammer über einen Bericht des radikalen Abgeordneten Dessoye zu debattieren, der ein solches Listenwahlrecht

---

[109] Für diese Frage vgl. Weinreis, Liberale oder autoritäre Republik, passim.

[110] Vgl. Bonnefous, Histoire politique Bd. 1, S. 145–155, 195–198, 233–239, 286–303 und 324–335 sowie Huard, Suffrage universel, S. 226ff. Für eine Diskussion der Vorstellungen, die mit dem RPI verbunden waren, vgl. Le Béguec, Entrée, S. 232–245.

[111] Vgl. näheres dazu in Kapitel V.2.

[112] Vgl. Berstein, Parti Radical, S. 114ff.

auf Departementebene gemeinsam mit der Wahlrechtskommission ausgearbeitet hatte. Da die Radikalen und Radikalsozialisten das Mehrheitsprinzip nicht vollständig aufgeben wollten, bestand das neue Wahlrecht, das am 12. Juli 1919 schließlich von der Kammer verabschiedet wurde, in einem etwas schwerfälligen Kompromiß aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht. Ein aus der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen und der Gesamtzahl der zu vergebenden Deputate errechneter Quotient wurde mit dem Durchschnittsergebnis einer jeden Liste in Relation gesetzt, um so proportional die Abgeordneten einer jeden Liste zu ermitteln. Da bei dieser Methode regelmäßig Sitze unverteilt blieben, wurden diese nach dem Mehrheitsprinzip automatisch der stärksten Liste zugeschlagen. Im übrigen galt auch weiterhin, daß ein Kandidat, der die absolute Mehrheit der Stimmen errungen hatte, grundsätzlich ein Mandat erhielt[113].

Die *Progressisten* sahen sich mit diesem Gesetz schnell in ihren Erwartungen getäuscht, und ihr Sprecher Charles Benoist erklärte, er werde für dieses Gesetz nur deshalb votieren, weil er eine Änderung des alten Wahlrechts um jeden Preis wolle. Seine wirkliche Auffassung dazu formulierte er später in seinen *Souvenirs*, in denen er das Gesetz als „monstre" und „produit bâtard" zweier entgegengesetzter Systeme bezeichnete[114]. Obwohl der neue Wahlmodus, dem nun der Name *représentation proportionnelle avec prime à la majorité* gegeben wurde, in den Wahlen 1919 die Mitte-Rechts-Koalitionen und damit auch *Progressisten* und Katholiken überdurchschnittlich begünstigte[115], ist die konsequente Anwendung des RPI, ohne Einflüsse des Mehrheitssystems, daraufhin zu einem Kern der Staatsreformforderungen der ERD und FR geworden. Der *Progressist* und spätere Vizepräsident der FR, Georges Bonnefous, kritisierte bereits im Juli 1919 die Wahlreform als „atom d'une proportionnelle", die die Rückkehr der alten „mœurs politiques" der Vorkriegszeit befürchten lasse.[116] Auch Clément Villeneau forderte im *Bulletin* der ALP die konsequente Anwendung des Verhältniswahlrechts, ohne Kompromisse mit dem Mehrheitswahlrecht[117].

Weil die Zahl der Selbstständigen im alten Mittelstand und der Landwirtschaft ab- und die der lohnabhängig Beschäftigten zunahm, befürchteten liberal-konservative Politiker in der Folgezeit eine ungebremste Zunahme der Stimmen für Radikalsozialisten und Sozialisten und damit deren ungehinderte Erfolge in Einerwahlkreisen. Einer der ersten Parteibeschlüsse der FR nach dem Weltkrieg, im

---

[113] Für das komplizierte Wahlsystem vgl. Huard, Suffrage universel, S. 228, der das Beispiel der Mayenne (5 Deputate) anführt: Während die konservative Liste 1919 im Durchschnitt 28875 Stimmen erhielt, kam die radikale nur auf 24972. Da vier Kandidaten der konservativen Liste die absolute Mehrheit erzielten, erhielten alle vier einen Sitz, und auch noch der 5. über den Quotient.

[114] Charles Benoist, Souvenirs, Bd. 3, S. 367, und in RDDM, Chronique de la Quinzaine, vom 1. 10. 1919: „une étrange et doctrinalement absurde combinaison de deux systèmes opposés".

[115] Den Berechnungen von Georges Lachapelle zufolge erhielten die *Bloc-National*-Listen 338 Sitze, hätten bei RPI-Modus aber nur 275 errungen, vgl. ders., Elections législatives du 16 novembre 1919.

[116] *Bulletin de la FR* vom Juni-Juli 1919 Nr. 15: „Il était temps d'élever à un autre niveau les consultations électorales."

[117] *Bulletin de l'ALP* vom 15. 6. 1920.

Sommer 1922, sah daher eine enge Konzertierung von FR und ERD zur vollen Umsetzung des RPI vor und zeigt die Bedeutung, die diese Frage für die liberal-konservative Sammlung hatte[118]. Infolgedessen konnte auf den Kongressen der FR ab 1922 stets eine Einigung über die Notwendigkeit eines neuen Wahlmodus erzielt werden, wobei nun auch die aus der ALP stammenden Katholiken Villeneau, Joseph Denais oder Paul Desjardins die zentrale Bedeutung des Verhältniswahlrechts für die Staatsreform anerkannten[119]. Sie vollzogen damit eine Wende, die paradigmatisch für die Herausschälung des liberalen Katholizismus aus dem konservativ-katholischen Lager der Vorkriegszeit stehen kann. Die Anerkennung der Bedeutung der Wahlrechtsreform separierte den liberalkatholischen Flügel von den reaktionären Kreisen, die vor dem Krieg ebenso in das Umfeld der ALP gehört hatten und die auf Grund ihrer starken gesellschaftlichen Stellung in ihren Hochburgen in der Bretagne und im Midi weiterhin am alten Mehrheitswahlrecht festhielten[120]. Explizit betonten dies der liberale Katholik Jeanneau aus der Vendée und der Progressist Auguste Isaac aus Lyon auf dem FR-Kongreß 1925, als sie den wichtigsten Unterschied zu ihren *„amis de droite"* – also den rechtskonservativen Aristokraten aus der Bretagne – gerade in der Haltung zum Wahlmodus sahen[121].

Wenn die nach dem Ersten Weltkrieg entstandene liberal-konservative Sammlung in ERD und FR also das integrale Verhältniswahlrecht zu einem Kernbestand ihrer Programmatik gemacht hatte, so war dies nicht allein aus Parteiräson und wegen einer höheren Abgeordnetenzahl im Parlament geschehen. Neben den funktionalen Gründen spiegelte sich darin vielmehr ein größer werdendes Mißtrauen der „bürgerlichen" *Progressisten* und Katholiken gegenüber einer Massengesellschaft, die die herkömmliche gesellschaftliche Schichtung aufzulösen drohte[122]. Dieser der Modernisierung und Technisierung inhärente Desintegrationsprozeß der sozialen Ordnung, mit dem gemäß Gustave Le Bon ein breites Zerstörungspotential einherging[123], untergrub den Führungsanspruch einer sich

---

[118] Der Parteibeschluß der FR vom 7.7.1922, veröffentlicht in *Le Temps*, lautete: „Qu'une démarche pressante soit faite par le bureau de la FR auprès des groupes parlementaires amis, notamment du groupe de l'ERD, pour obtenir que la discipline nécessaire assure le vote de la réforme en temps opportun."

[119] Vgl. zum Beispiel über die Debatte auf dem Kongreß 1925 den stenographischen Bericht in: AN 317, AP 86, S. 40–41.

[120] Vgl. die im Nachlaß vom ALP-Vorsitzenden de la Rochefoucauld erhaltene *Note sur la Réprésentation Proportionnelle Intégrale et les Conditions de la Réforme électorale*, die als Ziel ausdrücklich festschrieb: „plébisciter des idées sans plébisciter des hommes", in: AN 142, AP 14.

[121] Vgl. die Diskussion zwischen Jeanneau, Isaac und Sancerne auf dem Kongreß 1925, Bericht S. 39.

[122] So sprach Louis Marin beispielsweise von der „masse mal élévé", die stets im Mehrheitssystem siege. Ibidem, S. 43. Seine Kritik am „nombre" kommt auch in seinem Gesetzesvorschlag zur Einführung der *réprésentation proportionelle municipale* vom 20.7.1920 zum Ausdruck, in: JO, Débats, Chambre, S. 915–937.

[123] Gustave Le Bon, La psychologie des foules (1895). Mit dem Werk Le Bons wurde gerade in Frankreich die negative Perzeption der Masse als dumm, egoistisch, feminin, wankelmütig und von Affekten getrieben in die Wege geleitet. Zur Bedeutung der Masse als antithetischer Vorstellung von Ordnung vgl. Mai, Europa 1918–1939, S. 30–41.

selbst als soziale und kulturelle Elite begreifenden Honoratiorenschicht, zu der in besonderem Maße das Umfeld der ERD und FR gehörte. Zu ihren Vertretern zählte ja nicht nur ein einflußreiches Unternehmertum um François de Wendel oder Auguste Isaac, sondern auch die in die *Academie Française* oder die *Academie des Sciences Morales* integrierte intellektuelle Elite des Landes um Louis Madelin oder Jacques Bardoux. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich die von Charles Benoist bereits vor 1914 formulierte Angst vor dem *nombre* als maßgebliche Motivation für eine weitere, an das integrale Verhältniswahlrecht angeknüpfte Forderung, die nach der Pflichtwahl (*vote obligatoire*)[124]. Ihr Ziel war es, die der Enthaltung verdächtigen bürgerlichen und bäuerlichen Kreise zur Wahl zu zwingen und damit ein „gesundes" Gegengewicht zur industrieproletarischen Masse zu schaffen[125].

In der RPI-Programmatik der FR zeigen sich also die Bemühungen einer sozialen Elite von Honoratiorenpolitikern, die Wählermasse auf der Ebene des Departements oder der Region zu ordnen und zu strukturieren. Angesichts der durch den Weltkrieg beschleunigten Verstädterung und der Auflösung der geschlossenen Dorfgesellschaften befürchteten *Progressisten* und Katholiken gleichermaßen, daß durch das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht die bisherige Übereinstimmung von sozialer und politischer Macht im Wahlkreis nicht mehr zur Geltung komme. Mit zunehmender organisatorischer Stärke der Sozialisten und Kommunisten, besonders nach dem linken Wahlsieg von 1924, sah man die unkoordinierte städtische Masse in deren Arme laufen und die eigene, traditionelle Machtposition schwinden. Als es im Frühjahr 1927 zu einer erneuten Diskussion um den Wahlmodus kam, die schließlich in der Wiederherstellung des Mehrheitswahlrechts endete, zeigte sich, wie sehr das integrale Verhältniswahlrecht zu einem fast schon weltanschaulichen Kernpunkt des FR-Programms geworden war. In den Augen ihrer Vertreter drohte nämlich nichts weniger als der Verlust von allen Mandaten in den traditionellerweise „links" wählenden Regionen des *Centre*, des Südens und Südwestens, wo sich, wie schon vor 1914, eine Allianz von Sozialisten und Radikalen im zweiten Wahlgang ankündigte. Da die Fraktion der URD zur Mehrheit des in einer großen nationalen Union regierenden Ministerpräsidenten Poincaré gehörte, stand sie vor der Entscheidung, entweder die Rückkehr zum Mehrheitswahlrecht mitzutragen und damit sich selbst zu schaden oder die Koalition platzen zu lassen.

Die Debatten innerhalb der FR und der URD um das Koalitionsverhalten in dieser Frage waren äußerst heftig und der Generalsekretär der URD, Eduard de Warren, ein nationalistischer *Progressist* aus Lothringen, bezeichnete das Mehrheitswahlrecht sogar als „crime contre la patrie" und seinen Befürworter, den radikalen Innenminister Albert Sarraut, als Vaterlandsverräter[126]. Auf Grund der Schärfe der Auseinandersetzung drohte kurzzeitig sogar eine Spaltung der URD und der FR, wobei der Riß nicht über die Frage *pro* oder *contra* Mehrheitswahl-

---

[124] Vgl. *Bulletin de l'ALP* vom 1.8.1922, und im Programm der FR nach dem Ersten Weltkrieg ab 1922.
[125] Vgl. den ERD-Abgeordneten Paul Gay in: JO, Débats, Chambre, 28.10.1921, S.3770.
[126] *La Nation* vom 16.7.1927.

recht, sondern über die Wahl zwischen einer gouvernementalen und einer oppositionellen Fraktionsstrategie entstand. War es das Votum gegen das Mehrheitswahlrecht wert, die große Koalition, die immerhin den Franc stabilisiert und die Inflation beendet hatte, aufzugeben? Nur gegen größte Wiederstände konnte Parteichef Marin, selbst ein überzeugter Anhänger des Verhältniswahlrechts, die Partei und die Departementalverbände überzeugen, die Koalition nicht platzen zu lassen, sondern gegen die eigene Auffassung zu stimmen, im Interesse der *union nationale*. Die Episode zeigt dennoch, wie sehr die RPI zu einem integralen Bestandteil des Programms der FR geworden war, für das manche selbst den Weg der nationalen Opposition einzuschlagen bereit waren. Die RPI-Forderung hatte sich längst von ihrem funktionalen Charakter gelöst, den sie vor 1914 für die Katholiken noch gehabt hatte. Sie konnte einen eigenen politischen Wert annehmen, weil sie die einzige Möglichkeit für die FR war, als konservative Partei aufzutreten und ihre Idee von der „nationalen Republik" in den Wahlen durchzusetzen, ohne, wie beim Einerwahlkreissystem, zwischen die Mühlen von *Gauche* und *Droite* zu geraten. Nur so konnte eine programmatische Linie in die Wählermasse gebracht werden, die die „bürgerlich-nationalen" von den „sozialistisch-pazifistischen" Elementen trennte, so daß nicht mehr vor Ort die Kirchturmpolitik zwischen Pfarrer und laizistischem Lehrer ausgetragen wurde, die stets auf Kosten der *progressistischen modérés* gegangen war[127].

2. „*Bourgeois Politics*" in der Nachkriegszeit: Wirtschaftlicher Antietatismus als Leitmotiv der liberal-konservativen Sammlung

Bürgerliche Interessenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg: Progressisten und ALP

Wenn man die verbindende Kraft begreifen will, die ein ökonomisch motivierter Antietatismus auf *Progressisten* und Katholiken ausübte, so muß man sich zunächst den *status quo ante bellum*, d.h. das Verhältnis von Staat und Wirtschaft in der sogenannten *Belle Epoque* vergegenwärtigen. Dieses war von einem breiten Konsens aller bürgerlich-liberalen Schichten geprägt gewesen, die das Prinzip von Angebot und Nachfrage, d.h. das freie Spiel der ökonomischen Kräfte und die Gewerbe- und Vertragsfreiheit, als Basis allen wirtschaftlichen Handelns anerkannt hatten und den Staat grundsätzlich in einer Nachtwächterrolle, im französischen sprach man vom *Gendarme*, belassen wollten[128]. Die dirigistischen „Rest-

[127] Obwohl dies natürlich explizit nicht so formuliert wurde, tritt diese Motivation immer wieder in den Aussagen zum RPI hervor, z.B. wenn Marin vom „fièvre électorale" und der „haine et violence" zwischen den gesellschaftlichen Gruppierungen unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechts v.a. im Munizipalwahlkampf sprach, vgl. seinen Gesetzesvorschlag zum *RP municipale* 1920, in: JO, Documents, Nr. 3819, Chambre, S. 915.

[128] Grundlegend zum folgenden: Kuisel, Capitalism and the State, S. 1–29, Rudischhauser, Liberalismus, S. 28–48, und ideengeschichtlich: Rowley, L'économie et le marché.

kompetenzen" des Staates, wie bestimmte Manufakturen und Waffenfabriken, gingen noch auf die colbertistische Tradition des *Ancien Régime* zurück und waren im 19. Jahrhundert lediglich um die staatliche Überwachung der Eisenbahnen und den Aufkauf der öffentlichen Kommunikation (PTT: *poste-télégraph-téléphone*) erweitert worden. Im übrigen hatte sich der Staat aber vollständig aus dem ökonomischen Gebiet herausgehalten und zu keiner Zeit interventionierend eingegriffen: das Steuersystem der *quatre vieilles* basierte bis zur Einführung der Einkommenssteuer 1916 auf der Gesetzgebung von 1791, und eine monetäre Politik zur staatlichen Industrieförderung gab es ebensowenig wie Regelungen der sozialen Absicherung für Arbeiter und Angestellte. Die „Fortschrittlichkeit" Deutschlands auf diesen Gebieten galt in bürgerlichen Kreisen als antiindividualistischer Ausdruck eines „*caporalisme d'Etat*", der perfekt mit dem autoritären Charakter der preußisch-deutschen Militärmonarchie zu korrespondieren schien[129].

Die Dominanz dieses an John Stuart Mill und Herbert Spencer anknüpfenden Liberalismus resultierte letztlich aus seiner Verbreitung in den für die hohen staatlichen Beamtenstellen maßgeblichen *Grandes Ecoles*[130]. Die Lehrer an diesen Schulen, allen voran Paul Leroy-Beaulieu und Léon Say, gehörten in das Umfeld jenes *Centre-gauche*-Liberalismus[131], der, wie gezeigt wurde, eine der drei Gründungsgruppierungen der FR 1903 gebildet hatte. In ihren Kursen, über informelle Netzwerke sowie in der *Revue d'économie politique* propagierten sie die Nützlichkeit und die Bewahrung der liberalen Ordnung, zumal gegen die kollektivistischen Tendenzen des aufkommenden Sozialismus. Die Basis der französischen Wirtschaft in Handel, Industrie und Landwirtschaft war für sie der freie und grundbesitzende Selbstständige, der, geschützt vor ausländischer Konkurrenz durch eine strikte Zollpolitik, Waren im Land frei ein- und verkaufen konnte. Protektionistische Schutzzollpolitik nach außen und fast unbeschränkter Liberalismus nach innen waren dabei keineswegs inkompatibel. Im Gegenteil, sie gewährleisteten einen für Frankreich typischen „Sonderweg" in die Moderne, der aus einer harmonischen Balance zwischen industrieller und agrarwirtschaftlicher Entwicklung bestand[132]. Die *Progressisten* als „bürgerliche" Republikaner waren also nicht nur die Profiteure einer freien Wirtschaftsordnung, sondern auch deren maßgebliche Propagandisten, die, wenngleich von der politischen Macht seit 1901

---

[129] Die Identifizierung des deutschen Sozialstaatsmodells mit dem monarchischen Prinzip findet sich allenthalben, z.B. bei Guyot, La conférénce de Berlin, in *Revue politique et parlementaire* 1897, S. 512–529, zitiert bei Rudischhauser, Liberalismus, S. 62.

[130] Diese waren, wie die *Ecole Libre des Sciences Politiques*, die *Ecole Polytechnique* und die *Ecole des Ponts et Chaussées* dezidiert zur Ausbildung einer bürgerlich-republikanischen Verwaltungselite gegründet worden. Zu ihrem Verhältnis zum *Centre gauche* vgl. Garrigues, Leon Say, und Dubos, l'Ecole libre des sciences politiques.

[131] Siehe oben Kapitel I sowie den Nekrolog von René Stourm, Paul Leroy-Beaulieu, in: RDDM vom 1.4.1917, S. 532–553, und Rudischhauser, Liberalismus, S. 22ff.

[132] So hat es zumindest Jules Méline, Le retour à la terre (1905), analysiert. Für die Nachkriegszeit daran festhaltend der Vicomte Roquette-Buisson/Hérubel, La terre restauratrice (1920), und die *Cahiers du Bloc National Mars 1924: Production agricole*, wo es heißt: „Liberté de la production, de la circulation et de la vente; protection douanière".

ausgeschlossen, die ökonomische Deutungshoheit durch ihre Stellung in den *Grandes Ecoles* und der liberalen Presse behielten.

Im ersten Kapitel der Arbeit wurde bereits gezeigt, daß sich auf Grund der Verwerfungen im Gefolge der Modernisierung auf sozialökonomischem Gebiet auch im Umfeld des konservativ-katholischen Lagers ein wirtschaftsliberaler Flügel herausgebildet hatte, zu dem beispielsweise der Stahlindustrielle Schneider oder der Bergbauunternehmer Marquis de Reille gehörten. Eine Annäherung an die *Progressisten* zum Zwecke einer großindustriell-agrarischen Sammlung war jedoch an den durch die religiöse Frage und die politische Agitation der Dreyfus-Affäre entfachten weltanschaulich-kulturellen Gegensätzen gescheitert. Gleichwohl darf dieses Scheitern nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei weiten Teilen der *Progressisten* und der ALP um „Produktionsmittelbesitzer" bzw. um Großagrarier handelte, d.h. um eine bürgerlich-agrarische Oberschicht, die gemeinsame soziale und wirtschaftliche Interessen verfolgte. *Progressistische* Textilfabrikanten wie Motte (Roubaix) oder Isaac (Lyon) unterschieden sich darin genauso wenig von ihrem ALP-Kollegen Plichon (Tourcoing), wie der *progressistische* Stahlmagnat de Wendel (Lothringen) von seinem ALP-Kollegen Schneider (Creusot). Dies galt *mutatis mutandis* auch für die protektionistischen Agrarier, man denke nur an die Zusammenarbeit des *Progressisten* Méline mit dem Vorsitzenden der *Rue d'Athènes* de Fontgalland. In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg hatte dieser großbürgerlich-agrarische Hintergrund bereits dazu geführt, daß beide von den Sozialisten und Radikalsozialisten pauschal als „Kapitalisten" bzw. „*Droite*" qualifiziert wurden, unabhängig von den von ihnen selbst zur Schau gestellten Unterschieden[133].

In der Tat läßt sich in der Behandlung der zunehmend virulenter werdenden sozialen Frage eine programmatische Annäherung beider Parteien vor 1914 nicht leugnen. So lehnten beide jegliche staatliche Interventionspolitik auf wirtschaftlichem Gebiet grundsätzlich ab, ohne allerdings über die gleiche Motivation und die gleichen Lösungsvorschläge zu verfügen. Die *Progressisten* blieben in der ideengeschichtlichen Tradition des *Centre-gauche* einem Ordo-Liberalismus des 19. Jahrhunderts verpflichtet, der einen Nachtwächterstaat und das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte befürwortete[134]. Für einen Paul Leroy-Beaulieu entstand die größte Gefahr der Moderne sogar weniger durch die Forderungen streikender Arbeiter, sondern durch den lautlosen „Etatisme", der sich durch die Hintertür in die politischen Amtsstuben einschleiche[135]. Um der Notwendigkeit einer staatlichen Intervention in der sozialen Frage vorzubeugen, distanzierten sich die *Progressisten* zunehmend von einem „Manchester-Liberalismus" und strebten eine Lösung der sozialen Frage auf betrieblicher Basis an. Dabei rekurrierten sie auf genossenschaftliche Versicherungsmodelle für Unfälle, Alter oder kinderreiche

---

133 Vgl. Gordon, Liberalism in the Nord, S. 322.

134 Dies zeigte der FR-Kongreß von 1910 mehr als deutlich: Dem FR-Vorsitzenden Thierry gelang es zwar, das Prinzip der staatlichen Intervention bei den Arbeiterrenten (*retraites ouvrières*) durchzusetzen, die innerparteiliche Gegenströmung um Jules Roche arbeitete aber im folgenden auf eine Absetzung Thierrys hin, der sich dann nach dem Eintritt einiger wirtschaftliberaler Katholiken 1911 vom Parteivorsitz zurückzog.

135 Zitiert in Kuisel, Capitalism and the state, S. 3.

Familien, die durch finanzielle Stützung in der Hand des Unternehmers blieben und deren Mitgliedschaft freiwillig war[136]. Dieses paternalistische System ermöglichte einerseits eine sozialdisziplinierende Kontrolle über die eigene Arbeiterschaft, konnte wie im Fall Mottes 1902 zu einem Wahlkampfsieg über den Sozialisten Guesde führen[137], und entsprach andererseits den liberalen Vorstellungen von einer gesellschaftlichen Selbstorganisation, die ohne staatliche Intervention und Steuerung auskommen sollte.

Etwas anders lag der Fall bei der ALP, die ja durch ihre Qualität als katholische Sammlungspartei auch einen der christlichen Soziallehre entsprechenden sozialkatholischen Charakter hatte. Dieser sozialkatholische Flügel innerhalb der ALP war vor dem Ersten Weltkrieg immer noch von seiner legitimistischen Variante dominiert, d.h. von einer ehemals antirepublikanischen, ein christlich-soziales Königtum anstrebenden Strömung um den Grafen Albert de Mun, der sich zwar auf päpstliche Order an die Republik *ralliiert* hatte, aber weder deren *culture républicaine* noch ihre Repräsentanten akzeptierte. Ein demokratischer Flügel des Sozialkatholizismus um Marc Sangnier bzw. Jean Lerolle war zwar minoritär vorhanden, konnte sich eigenständig aber erst nach 1919 durchsetzen[138]. Das soziale und wirtschaftliche Programm der ALP war daher im eigentlichen Sinne nicht liberal, obwohl es den marktwirtschaftlichen *Status quo* der Dritten Republik als gegeben hinnahm. Das freie Spiel der Kräfte und die durch die Industrialisierung entstehenden sozialen Probleme sollten durch eine umfassende berufsständisch-korporatistische Organisation abgefedert werden, die sich an den Lehren von La Tour du Pin orientierte und einen sozialen Interessensausgleich zwischen Unternehmern und Arbeitern durch den gemeinsamen katholischen Glauben ermöglichen sollte.

Eine staatliche Intervention auf sozialökonomischen Gebiet wurde abgelehnt[139], wobei diese Ablehnung ihre Motivation in einer konservativistischen Denktradition hatte, die die Ausbildung des modernen, in allen politischen Feldern souveränen Staates grundsätzlich zurückwies[140]. Schon seit den Tagen des *Ancien Régime* hatte der grundbesitzende Feudaladel die Übertragung von Entscheidungsbefugnissen von den traditionellen Herrschaftsträgern der *societas civilis* an einen absoluten und später revolutionären Staat mißbilligt. Dieser antietatistische Grundzug im konservativistischen Denken von de Maistre bis zu La Tour

---

[136] Z.B. die *Union sociale patriotique* von Motte in Roubaix, die 1600 Mitglieder zählte, dazu Gordon, Liberalism in the Nord, S.324, und Pedersen, Family, Dependance and the Origins of the Welfare State, Rudischhauser, Liberalismus, S.36f., und für die frühe Phase Ewald, La question sociale.

[137] Motte war im Wahlkreis Roubaix vor allem von seiner eigenen Arbeiterschaft gewählt worden, die Guesde die klassensolidarische Gefolgschaft verweigerte.

[138] Für die Unterscheidungen vgl. Mayeur, Catholicisme social und für den demokratischen Sozialkatholizismus vgl. Delbreil, Centrisme, S.11-13.

[139] Als Ausnahmen sind hier Zuzahlungen des Staates zu genossenschaftlichen Kassen, Arbeitszeitverkürzungen, Unfall- und Kinderarbeitsgesetzgebung zu erwähnen, die maßgeblich von de Mun auf den Weg gebracht wurden und auf große Kritik bei den *Progressisten* stießen.

[140] Vgl. den Brief Pious an de la Rochefoucauld gegen die staatliche Einkommenssteuer vom 13.7.1913, in: AN 142, AP 14.

du Pin war nun in die Programmatik der konservativ-katholischen ALP eingeflossen und hatte sich mit den sozialkatholischen und antimodernistischen Lehren des Vatikans verbunden. Diese Allianz aus Legitimismus und Sozialkatholizismus, wie sie der vielleicht wichtigste Vertreter der ALP, Albert de Mun, verkörperte, versprach eine Rückeroberung von gesellschaftlicher und politischer Macht durch die traditionellen Eliten *und* eine Zurückdrängung der als zerstörerisch angesehenen Individualisierung durch korporatistische Organisation. Das soziale und wirtschaftliche Programm der ALP, im übrigen auch der katholischen Unternehmer[141], ging daher mit diesem holistischen Grundansatz bei weitem über die liberale Selbsthilfe-Programmatik der *Progressisten* hinaus und strebte, zumal in den katholisch dominierten Gebieten, eine Lösung der sozialen Frage durch Rückführung der „atomisierten" Gesellschaft in den Schoß der alten Eliten aus Kirche und Adel an[142]. Soziale Konflikte sollten deshalb durch klassenübergreifende Organisationen vermittelt und gelöst werden, wofür de Mun vor allem innerhalb des konservativ-katholischen Lagers mehrere gemischte Interessensorganisationen gründete, die allein mit Hilfe des einigenden Bandes des katholischen Glaubens zusammengehalten wurden[143].

Antietatismus auf wirtschaftlichem Gebiet als politische Grundeinstellung entsprang bei Progressisten und Katholiken also einer unterschiedlichen Motivation. Bisweilen konnte dies auch zu deutlichen Differenzen führen, beispielsweise in der Frage um den arbeitsfreien Sonntag, den der sozialkatholische Flügel der ALP vehement befürwortete, während ihn die *Progressisten* ablehnten (vgl. Kapitel I). Hatte ein sozialer und wirtschaftlicher Antietatismus bei *Progressisten* und ALP vor dem Ersten Weltkrieg also unterschiedliche Beweggründe und Lösungsansätze offenbart, so schloß dies andererseits eine punktuelle Kooperation auf diesem Gebiet im Parlament natürlich nicht aus. Dies hatte sich schon beim staatlichen Aufkauf der Eisenbahngesellschaft *Compagnie de l'Ouest* gezeigt und sollte sich während des Krieges fortsetzen, als *Progressisten* und ALP gleichermaßen gegen die Verlängerung der Mietmoratorien protestierten, die insbesondere das Immobilien besitzende Stadtbürgertum trafen. Ferner zeugte auch eine gemeinsame Initiative des Pariser ALP-Abgeordneten Joseph Denais mit dem progressistischen Stahlmagnaten de Wendel gegen die Verstaatlichungsprojekte der Kriegsindustrie durch den sozialistischen Rüstungsminister Thomas von einer gemeinsamen In-

---

[141] Vgl. Talmy, Une forme hybride de catholicisme social, und allgemein, Cholvy/Hilaire, Histoire religieuse, S. 182ff. Lediglich Schneider von den Creusot-Werken zog sich ab 1907 aus der ALP zurück, wohl auf Grund dieser reaktionären Tendenzen.

[142] Ein Beispiel hierfür sind die verschiedenen, von Pfarrern geführten *syndicats agricoles* in Lothringen, die in enger Beziehung zu den ALP-Abgeordneten Driant und de Ludre standen, oder die *Union de Sud-Est* um den ALP-Abgeordneten de Gailhard-Bancel. Vgl. exemplarisch Cleary, The Plough and the Cross, und ders., Priest, squire and peasant.

[143] Der wichtigste Verband ist hier der in den meisten Diözesen existierende und zentral in Paris vernetzte *Œuvre des cercles catholiques d'ouvriers*. Daneben gab es aber auch für die katholischen Arbeitnehmer eine regionale Anlaufstelle, den *Sécrétariat social*, wo ihre Anliegen aufgenommen und mit den bürgerlichen und großagrarischen Gruppen des katholischen Lagers verhandelt wurden. Ein Heraustreten in den öffentlichen Raum im Rahmen eines Tarif-Konfliktes sollte so vermieden werden.

teressenlage[144]. Erst die sozialen, wirtschaftlichen und finanzpolitischen Auswirkungen des Krieges auf die gesamtwirtschaftliche Situation Frankreichs waren es aber, die zu einer Konvergenz *progressistischer* und katholischer Interessen führten und aus der punktuellen Zusammenarbeit eine programmatische Allianz werden ließen.

Wirtschaftlicher Antietatismus und bürgerliche Interessenpolitik bei der liberal-konservativen Sammlung

Wenngleich der Strukturwandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft in Frankreich wesentlich langsamer als in Großbritannien oder Deutschland verlief und dabei auf einzelne regionale Zentren beschränkt blieb, so brachte doch auch hier der Erste Weltkrieg eine Beschleunigung dieses Prozesses und eine Verschärfung der damit verbundenen Gegensätze und Konflikte. Die von Méline weltanschaulich verklärte Balance aus Industrie und Landwirtschaft war dahin. Dies wirkte sich einerseits auf das Verhältnis von Agrar- und Industrieinteressen, und andererseits auf das Verhältnis von Unternehmerschaft und Arbeitnehmer aus. Während des Krieges war ein Zusammenprall der unterschiedlichen Interessen noch durch das Gefühl vom nationalen Ausnahmezustand und durch schlichterische Maßnahmen der staatlichen Verwaltung verhindert worden. Diese hatte sich umfangreiche Steuerungs- und Ordnungskompetenzen vor allem auf ökonomischem Gebiet zugelegt, die sie 1919 nur schwer wieder loswerden konnte oder wollte. Entscheidende Bereiche der Nahrungsmittelversorgung, der Rohstoffversorgung und des öffentlichen Transports waren monopolisiert worden, wodurch eventuelle Konflikte zwischen den Industriezweigen, der Landwirtschaft und der Bevölkerung vermieden wurden[145]. Schon während des Krieges war diese Entwicklung in den wirtschaftsliberalen Kreisen der *Progressisten* aufgefallen und als „absorption complète des activités pacifiques individuelles dans l'action publique de salut national" bezeichnet worden. Ein liberaler Katholik wie Hébrard de Villeneuve erwartete nach dem Krieg daher eine Rückkehr zu den „initiatives privées" im sozialökonomischen Sektor[146]. Allgemein akzeptierte man als einzige Rechtfertigung dieser Aufgabe liberaler Prinzipien die Notwendigkeit eines „*socialisme patrioti-*

---

[144] *La Libre Parole* vom 16.3.1917. Der Reformsozialist Thomas hatte die Kriegswirtschaft als zweite industrielle Revolution begriffen und eine völlige Umwandlung der französischen Nachkriegswirtschaft angestrebt. Vgl. Rebérioux/Fridenson, Albert Thomas, pivot du réformisme français, und Alain Hennebicque, Albert Thomas et le régime des usines de guerre.

[145] Die wichtigsten Monopole waren das Weizenmonopol, sowie die auf Kohle, Öl, Industrialkohol und die Handelsmarine. Unter den staatlichen Zentralbehörden sind die *Société pour l'alimentation de l'armée*, die *Société d'approvisionnement des cultivateurs* und die *Société des métaux de guerre* als wichtigste zu nennen. Vgl. Renouvin, Les formes du gouvernement du guerre, S. 130, und weitere Konsortien bei Kuisel, Capitalism and the state, S. 41–46. Die bittere Kritik an der ausufernden Verwaltung bereits während des Krieges bei Isaac, Eintrag vom 18.3.1917, Carnets, S. 288.

[146] Die Zitate bei Hébrard de Villeneuve, Les Grandes Questions de Demain, in: RDDM vom 1.3.1914, S. 151–168, hier S. 155. Ähnlich auch ein Programmblatt der FR vom 22.12.1916 mit dem Titel *politique de guerre*.

que" für die Dauer des Krieges, durch den im Falle des Sieges die alte Ordnung wiederhergestellt werden sollte[147].

Am Beginn des Jahres 1919 stand also die Frage nach der Fortsetzung, Abänderung oder Aufgabe der staatlichen Interventionspolitik und damit auch die grundsätzliche Frage nach der Rolle des Staates in der Nachkriegswirtschaft. Die drei „Modernisierer" des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft während des Krieges, Albert Thomas, Louis Loucheur und Etienne Clémentel, hatten noch vor den Wahlen 1919 unterschiedliche Auffassungen über die Kontinuität der kriegswirtschaftlichen Zustände geäußert. Insbesondere Clémentel und Thomas wollten im Zeichen einer interalliierten Kooperation das Konsortiensystem aufrechterhalten und die staatlichen Munitionsbetriebe in eine nationalisierte Metallindustrie umwandeln[148]. Vor diesem Hintergrund erklärt sich, daß auf den gemeinsamen Wahllisten des *Bloc National*, die von *progressistischen* und katholischen Kräften dominiert wurden, eine konsequente Rückführung des staatlichen Einflusses aus dem wirtschaftlichen Gebiete als Hauptforderung auftauchte. Robert Pinot, der langjährige Generalsekretär des *Comité des Forges*, vertrat die Interessen der *Progressisten* wie des wirtschaftsliberalen Flügels der ALP, wenn er die Versuche zur staatlich gelenkten „organisation de l'industrie" heftig kritisierte und die Regierung Clemenceau vor deren Einführung warnte[149].

Die Modernisierer der Wirtschaftspolitik um Thomas und Clémentel konnten sich zunächst nicht durchsetzen. Staatliche Interventionspolitik als Lehre aus den Kriegsereignissen schien spätestens nach den Wahlen 1919 wieder gebannt zu sein. Die Niederlage der Sozialisten und der Radikalen in den Wahlen 1919 machte die Bahn frei für Louis Loucheur und seine Idee von einer Re-Liberalisierung der Kriegswirtschaft, die *ex post* gesehen eine von der technokratischen Avantgarde um Albert Thomas und Etienne Clémentel intendierte Nationalisierungswelle verhindert hat[150]. Der Triumph des wirtschaftlichen Liberalismus nach 1919 war aber im besonderen ein Triumph der liberal-konservativen Sammlung, da diese die ökonomischen Schlüsselministerien zwischen 1920 und 1924 besetzte und erheblichen Einfluß auf die staatliche Wirtschaftspolitik ausübte. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der *Bloc-National*-Regierungen ist in der Forschung daher mit Recht als der Versuch einer Rückkehr zur finanziellen Orthodoxie und zur Marktwirtschaft der Vorkriegsjahre gewertet worden[151].

Eine biographische Annäherung an die jeweiligen Minister für Finanzen bzw. Handel und Industrie, die fast ausschließlich von der ERD gestellt wurden[152], il-

---

147 Georges Blanchon, La Guerre nouvelle, in: RDDM vom 1.1.1916, S. 82-119 (Zitate S. 102 und 109), und in: RDDM vom 15.1.1916, S. 326-364.

148 Kuisel, Capitalism and the state, S. 51-58.

149 Robert Pinot, Le Comité des Forges au service de la nation (1919). Zu Pinot vgl. das Buch des FR-Mitglieds André François-Poncet, La Vie et l'œuvre de Robert Pinot.

150 Vgl. Carls, Louis Loucheur.

151 Vgl. Kuisel, Capitalism and the state, S. 62-66: *return to normalcy*, und aus stark materialistischer Perspektive Maier, Recasting Bourgeois Europe, S. 86ff.

152 Kabinette Millerand I und II und Leygues: Finanzminister *François-Marsal*, Handelsminister *Auguste Isaac*, Kabinett Briand VII Handelsminister *Lucien Dior*, Kabinett Poincaré II Finanzminister *Charles de Lasteyrie*, Handelsminister *Lucien Dior*, Kabinett Poincaré III Finanzminister *François-Marsal*.

lustriert den antietatistischen Impetus, der von der liberal-konservativen Sammlung in die *Bloc-National*-Regierungen getragen wurde, sehr deutlich. Mit Ausnahme des Handels- und Industrieministers Lucien Dior waren die drei anderen ERD-Minister Frédéric François-Marsal, Auguste Isaac und Charles de Lasteyrie Neulinge in der Abgeordnetenkammer und nicht durch eine Gruppenzugehörigkeit vorbelastet[153]. Ihre Berufung verdankten sie ihren persönlichen Fachkenntnissen als Administratoren bzw. Großunternehmer, die der 1919 verbreiteten Überzeugung entgegenkamen, man solle nicht mehr Berufspolitikern, sondern berufserfahrenen Spezialisten die „technischen" Ministerien übertragen[154]. Da die vier ERD-Minister als „technische" Minister nicht die Durchsetzung einer Weltanschauung, sondern die Verteidigung der liberalen Vorkriegsordnung gegen den aufkommenden Sozialismus und Kommunismus zum Ziel hatten, verkörperten sie einen neuen Typus des großbürgerlichen Parlamentariers, der den Arbeitgeberverbänden nahe stand und vor allem anti-interventionistische Politik machen wollte.

Persönlich entstammten alle vier einem liberalkatholischen Bürgertum und hatten, wie Auguste Isaac und Lucien Dior, ihre politische Karriere sogar im konservativ-katholischen Lager begonnen. Im Zuge des *Ralliement* hatten sie sich aber dezidiert auf die Seite der Republik als Garantin der liberalen Wirtschaftsordnung gestellt und waren in die FR eingetreten, zu deren Unternehmerflügel sie gehörten[155]. Dort scheiterten jedoch ihre Versuche, eine gemeinsame Interessenpolitik mit dem wirtschaftsliberalen Flügel der ALP um Plichon und Schneider zu betreiben, an der Virulenz der religiösen Problematik. Erst ab 1919 führten alle vier aus bürgerlichen Katholiken und Republikanern zusammengesetzte Wahlkampflisten bzw. Departementalverbände an[156], in denen sich paradigmatisch die Verschmelzung von *progressistischem* und katholischen Antietatismus spiegelte. Bei Isaac, François-Marsal, Dior und de Lasteyrie kann man also *in persona* die Amalgamierung aus katholischem und republikanischem Großbürgertum vollzogen sehen, weil nun nicht mehr die weltanschauliche Prägung, sondern der sozialökonomi-

---

[153] Für das Folgende vgl. Le Béguec, La Famille, und das Dossier BA 2013 de Lasteyrie in APP, sowie Ladous, Auguste Isaac.

[154] Isaac war Seidenfabrikant in Lyon und Vorsitzender der dortigen Handelskammer, der ehemalige Berufsoffizier François-Marsal war Direktor der *Banque de l'Union parisienne*, Charles de Lasteyrie war langjähriger Präsident der Land-Bank in Kairo gewesen, Lucien Dior war Großkaufmann im Departement Manche. Zu Notwendigkeit von Experten vgl. Hubert Bourgin, Administration et Gouvernement, in: *Revue de Paris* vom 15.11.1919, S.428–448, hier S.446f., sowie Raymond Poincaré über François-Marsal, der noch nicht alle *finesses de la vie parlementaire* kenne, in: RDDM vom 15.4.1920, S.950.

[155] François-Marsal war Wegbereiter der *FR et social* im Cantal gewesen, der Vater von Charles de Lasteyrie, Robert de Lasteyrie, war Gründungsmitglied der FR und Auguste Isaac war Vizepräsident der FR du Rhône.

[156] Auf der Liste Isaac in Lyon war die ALP mit Lenail vertreten, auf der Liste Dior im Manche mit Guérin und dem Grafen de la Groudière, lediglich de Lasteyrie hatte als Listengenossen in der Corrèze zwei *républicains de gauche*. Marsal war kein Mitglied der Kammer 1919–1924, sondern des Senats. Sein Komitee der FR im Cantal und das von de Lasteyrie in der Corrèze rekrutierten sich aus bürgerlich-liberalen und katholischen Kreisen.

sche Hintergrund die politische Haltung determinierte[157]. Das französische Großbürgertum hatte damit politisch zu dem gefunden, was es nach marxistischem Geschichtsdeterminismus längst hätte haben müssen, nämlich zu einem politisch artikulierten Klassenbewußtsein[158].

Das Übergewicht des Unternehmerflügels bei der parlamentarischen Rechten zeitigte schnell politische Wirkungen. Die liberal-konservative Sammlung hielt sich während der Legislaturperiode nicht zurück, schnellstmöglich die Rückkehr zur liberalen Vorkriegsordnung zu preisen und, gegebenenfalls, einzufordern. So war das Jahr 1920 in der Kammer geprägt von Reden und Diskursen der ERD gegen den aus ihrer Sicht immer noch anhaltenden *Etatisme de guerre*. In der Debatte um die provisorischen Haushaltskredite für die Monate April bis Juni 1920 verlangte der ERD-Abgeordnete Georges Ancel weitere Einsparungen im Haushalt, „en cessant de développer outre mésure les services nés de la guerre et devenus aujourd'hui inutiles"[159]. Kurze Zeit später legte Handelsminister Isaac in einer Grundsatzrede seine Auffassung von der Rolle des Staates in der Wirtschaft dar: Anstatt die freien Bürger wie Kinder zu behandeln, ihnen Vorschriften zu machen und für sie Vorsorge zu treffen, werde er dafür sorgen, daß ihnen „la plus grande somme de la liberté" gelassen werde[160]. Selbst in der heiklen Frage der ökonomisch motivierten Zuwanderung von „Gastarbeitern" beharrte der ERD-Abgeordnete de Warren darauf, daß die zu schaffende Einwanderungsbehörde (*Office de l'immigration*) mindestens zur Hälfte von Vertretern privater Arbeitsvermittlungen bestellt würde und nicht der staatlichen Zentralverwaltung unterstehen sollte[161].

Diese verbindende Motivation, die der wirtschaftliche Antietatismus bei den in einer liberalen Traditionslinie stehenden *Progressisten* und den Konservativen der ALP hervorrief, schlug sich, insbesondere nach den Streikbewegungen 1919/20, auch in der Parteipresse nieder. Der aus dem protektionistischen Umfeld Jules Mélines stammende Senator und Textilindustrielle Touron machte die verschiedenen staatlichen Behörden zur wirtschaftlichen Steuerung als „services parasitaires" für das Haushaltsdefizit verantwortlich und forderte ihre Auflösung[162]. Auf der

---

[157] Eine Zusammenfassung der antietatistischen und wirtschaftsliberalen Ansichten de Lasteyries findet sich in: *Le Matin* vom 16.7.1921, sowie in seinen Büchern Les Finances de la France au cours de la dernière législature (1919–1924) und Le Bilan du Bloc National, beide 1924. Für seine Verbindungen zum Pariser *Chambre de Commerce* vgl. den Bericht vom 5.10.1922 in: APP, BA 2013 Dossier de Lasteyrie. Für die Interessengruppen hinter den ERD-Ministern vgl. Dubos, André Lebon, S.307ff., und André Lebon, Problèmes économiques nés de la Guerre (1918/1919).

[158] Typisch hierfür ist auch die Rede von Marcel Habert gegen Léon Blum am 15.4.1920. Blum hatte Habert vorgeworfen, ein *bourgeois* zu sein, worauf Habert antwortete: „Je suis très fier, pour ma part, d'en être un. Ce sont les bourgeois français [...] qui ont crée la liberté française [...] ce sont ceux qui se sont dressés contre la féodalité." JO, Débats, Chambre, S.993ff.

[159] JO, Débats, Chambre, 29.3.1920, S.803.

[160] JO, Débats, Chambre, 1.7.1920, S.2701. Ganz ähnlich die Rede Lucien Diors im Senat am 8.11.1921, zitiert in Kuisel, Capitalism and the state, S.63.

[161] Vgl. seinen Gesetzesvorschlag vom 17.3.1921. Die Einwanderungsbehörde war im Gespräch, um den Bedarf an ausländischen Arbeitern für den Wiederaufbau Frankreichs zu koordinieren.

[162] *Bulletin de la FR* vom Januar 1920.

Seite der ALP wurde die antietatistische Haltung ebenfalls klar ausgedrückt: „L'incompétence de l'Etat comme industriel, commerçant, entrepreneur de travaux est [...] mathématiquement démontrée, prouvée, reconnue."[163] Wie sehr die antietatistische Programmatik zur Grundsatzhaltung der ERD geworden war, zeigte sich dann im Dezember 1920, als Handelsminister Isaac aus kabinettsinternen Gründen das Weizenmonopol des Staates bis Ende 1921 aufrechterhalten mußte. Obwohl die meisten anderen Konsortien bereits aufgelöst waren, kam es zu Protesten und sogar Gegenstimmen aus seiner eigenen ERD-Fraktion, und zwar gleichermaßen von ehemaligen Progressisten wie Katholiken. In der Schlußabstimmung spaltete sich die ERD in einen regierungsfreundlichen Flügel, um den *Progressisten* Bonnevay und den Katholiken General de Castelnau, sowie einen prinzipientreuen Flügel um den Progressisten Arago sowie den Katholiken Paul Gay, die am doktrinären Wirtschaftsliberalismus festhielten[164]. Dieser Spaltungstypus, der uns in der Folgezeit noch häufiger begegnen wird, demonstriert deutlich, wie unerheblich die Vorkriegsausrichtungen innerhalb der ERD in der parlamentarischen Praxis geworden waren, welche bedeutende Rolle aber die Frage nach opportunistischem Verhalten und programmorientierter Prinzipientreue spielte.

Auf Grund des Drängens der ERD-Gruppe und auch ihrer Minister entwickelte sich das Jahr 1921 dann zum entscheidenden Jahr in der Rückführung der staatlichen Kompetenzen auf wirtschaftlichem Gebiet: Es fiel das Weizen-, Kohle- und Industriealkoholmonopol, ein Jahr später wurde die Handelsmarine wieder freigegeben, 1924 fiel das Monopol auf Zündhölzer. Aus der Retrospektive erscheint daher der Staatsdirigismus des Ersten Weltkriegs eher wie eine parenthetische Ausnahme denn wie ein impulsgebender Erneuerungsfaktor in der französischen Wirtschaftsgeschichte[165]. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß diese Politik wie keine zweite die Handschrift der ERD und der in ihr verwirklichten Konsensprogrammatik trug. Die im Winter 1921 kurz vor der Spaltung über die religiöse Frage stehende ERD (s.u.) hat nicht ohne Grund ihre Einheit ausgerechnet in einer Grundsatzerklärung gegen den *Etatisme* wiedergefunden, den es auf wirtschaftlichem Gebiet zurückzudrängen galt[166].

Die Allianz von Großindustriellen und Agrariern im Namen einer finanziellen Orthodoxie, die nur geringe staatliche Kompetenzen und einen ausgeglichenen Haushalt vorsah, reflektierte jedoch nicht allein deren sozialökonomische Interessenskonvergenz. Sie war auch Ausdruck einer verklärten bürgerlichen Lebensauffassung der *Belle Epoque* und einer Ideologisierung des Goldstandards und der

---

[163] *Bulletin de l'ALP* vom 15.8.1920.

[164] JO, Débats, Chambre, 2.12.1920, S.2269ff. Ein *amendement* des Abbé Lemire hatte Isaacs Dekret vom 25.8.1920 gutgeheißen und war mit 399 zu 51 Stimmen angenommen worden, darunter Bonnevay, de Castelnau, Audiffret-Pasquier sowie die Mehrheit der ERD. Eine Minderheit um Marin, Ferry, Barrès, Duval-Arnould folgte Arago in die Enthaltung, vier ERD-Mitglieder, alle Ex-ALP, stimmten sogar dagegen: Causeret, Gay, Desjardins, de Menthon.

[165] So schon Antoine Delemer, Le Bilan de l'étatisme (1922), und Hardach, La mobilisation industrielle.

[166] Über die Probleme der ERD 1921 vgl. Rousselier, Phénomène, S.157.

haushaltspolitischen Solidität, die von der organisierten Arbeiterschaft und ihren Forderungen nach sozialstaatlichem Eingreifen zunehmend in Frage gestellt wurde[167]. In ihr lösten sich die weltanschaulichen Konflikte von Katholiken und *Progressisten* auf und gerannen zu einem moralisierend-nostalgischen Konsens über den hohen Wert des Sparens, des Haushaltsgleichgewichts und der individuellen Gewerbe- und Marktfreiheit, die das Frankreich von vor 1914 gekennzeichnet hätten und deren Symbol der in allen Erdteilen geschätzte, durch die Goldreserven der *Banque de France* gedeckte *Franc* war[168]. Besonders deutlich zeigte sich dies immer dann, wenn es um Steuererhöhungen bzw. die 1921 und 1924 geplante Kapitalsteuer ging, die mit einer staatlichen „Inquisition" des Privatlebens gleichgesetzt wurden[169]. Bereits im November 1921 formulierte der ERD-Abgeordnete Raiberti das paradigmatische Diktum, die Steuer sei für Unternehmer ein „devoir patriotique", sie dürfe aber keinesfalls zu einer „servitude", einem Sklavendienst, entarten[170].

In einigen wenigen, aber nicht unbedeutenden Fällen konnte sich der strikte wirtschaftliche Antietatismus der ERD gleichwohl nicht durchsetzen: der halbherzigen Verstaatlichung der Eisenbahnen 1921 und der Gründung der *Compagnie Française de Pétroles* als *société d'économie mixte*, aus privaten und staatlichen Anteilseignern. Eine kurze Betrachtung der Debatte um die Eisenbahnen zeigt, wie fundamental der antietatistische Liberalismus der ERD sein konnte. Das von Loucheur entworfene und mehrmals modifizierte Eisenbahn-Projekt zielte auf eine Reorganisation der finanziell desolaten Eisenbahngesellschaften durch Auflösung der Verträge von 1883, die die verschiedenen Schienennetze an private Betreibergesellschaften übertragen hatten. In Zukunft sollte eine im Krieg erprobte nationale Eisenbahnbewirtschaftung erfolgen, ohne allerdings die verschiedenen Betreiber zu enteignen. Der Kompromiß lag in der Schaffung eines gemeinsamen Direktionsrates mit eigenem Budget, in das alle Überschüsse einfließen sollten, um die Verluste an anderer Stelle wieder auszugleichen. Bei allgemeinem Defizit sollte eine Unterstützung durch den nationalen Haushalt erfolgen. Wie schon auf dem Gebiet der Kriegspensionen und der Entschädigungen war auch hier das Prinzip der *solidarité* angewandt worden, wonach die kriegsbedingten Lasten, in

---

[167] Ein Beispiel für diese nostalgische Verklärung der *Belle Epoque* ist der Artikel von Gabriel Hanotaux über das Ministerium Méline 1896–98, in dem er selbst das Amt des Außenministers bekleidet hatte, und der demonstrativ während der Finanz- und Staatskrise am 15.1.1926 in der RDDM erschien (S.440–453). Diese Jahre galten ihm als Höhepunkt der Dritten Republik, gezeichnet von wirtschaftlicher Prosperität, „une France de sagesse et de pondération, nulle agitation morale ou intellectuelle".

[168] Im finanzpolitischen Programm der FR von 1926 heißt es: „L'équilibre et le progrès de notre civilisation ont pour base la famille et l'épargne." Für die aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr erklärbare Anbetung des Goldstandards in Frankreich vgl. Mouré, The Gold Standard Illusion.

[169] So der ehemalige FR-Minister François-Marsal am 5.2.1924 vor der *Société d'Economie Politique*.

[170] JO, Débats, Chambre, 15.11.1921, S.4008. Über die Inquisitionskampagne vgl. schon Isaac in: JO, Débats, Chambre, 9.11.1921, S.3913, sowie die Aufrufe der *Ligue Millerand* und der FR 1925 auf ihren Werbeveranstaltungen. Das Vokabular entstand bereits während des Krieges, als Ribot mit den Radikalsozialisten nach langjährigen gescheiterten Versuchen die Einkommenssteuer durchsetzte, vgl. *La Libre Parole* vom 5.1.1917.

diesem Fall vor allem bei den Schienennetzen des Nordens und Ostens, auf die ganze Nation umgewälzt werden sollten[171]. Obwohl diese Neuerung ja keinesfalls einer von den Sozialisten und den streikenden Eisenbahnarbeitern geforderten Nationalisierung gleichkam, wurde sie von der ERD in der Kommission, im Parlament und in der Presse vehement bekämpft. Der 1919 gekürte Generalsekretär der FR, Maurice Spronck, konnte zwar die Rolle des Staates als „grand régulateur général" verstehen, seine finanzielle Verpflichtung gegenüber den Defiziten sowie seine Vertretung im Direktionsrat der Betreiber gingen ihm aber zu weit[172]. Damit würde die Vertragsfreiheit angetastet, die der katholische Unternehmer Lefebvre du Prey bereits 1919 als „une des libertés les plus chères à une société raisonnable" bezeichnet hatte[173]. In der Schlußabstimmung der Kammer über das neue Gesetz am 9. Juli 1921 enthielt sich daher auch fast die gesamte ERD: das Gesetz wurde mit nur 193 zu 85 Stimmen angenommen und nach Zustimmung des Senates am 29. Oktober 1921 ratifiziert. Die Enthaltung der ERD-Fraktion als Ganzes zeigt sehr deutlich, daß das tiefe Mißtrauen gegenüber staatlicher Intervention ein Herzstück ihrer Konsensprogrammatik geworden war.

Der wirtschaftliche Antietatismus der ERD beschränkte sich jedoch nicht nur auf die dirigistischen Funktionen des Staates im ökonomischen Sektor, sondern erstreckte sich auch auf dessen regulativ-legislative Maßnahmen. Da die Konstituierung von landesweiten Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbänden vor 1914 im Vergleich mit den Industrienationen England und Deutschland wenig fortgeschritten war, hatte sich in Frankreich nur eine schwache Tradition des Tarifvertragsprinzips entwickelt[174]. Um die soziale Problematik in den Griff zu bekommen und um Streiks vorzubeugen, hatte daher der französische Staat selbst durch Gesetzgebung zum Arbeitsrecht und zum Arbeiterschutz (Verbot von Kinderarbeit, Schutzvorschriften am Arbeitsplatz, 10-Stunden-Tag) eingegriffen[175]. Die Haltung von *Progressisten* und ALP zu dieser staatlichen Intervention vor 1914 war dabei durchaus unterschiedlich gewesen. Während die *Progressisten* derartige Maßnahmen blockierten, da sie weiterhin einem paternalistisch-liberalen Sozialmodell vertrauten, hatte sich die ALP, und vor allem ihr sozialkatholischer Flügel um Albert de Mun, geradezu zu einem Wegbereiter dieser Gesetzgebung entwickelt, der sich dabei auch nicht scheute, mit den Sozialisten zusammenzuarbei-

---

171 Caron, Histoire de l'exploitation d'un grand réseau, S. 443–508.

172 *Bulletin de la FR* vom Mai–Juni 1920.

173 JO, Débats, Chambre, 27.2.1919, S. 883. Lefebvre du Prey aus dem Pas-de-Calais entstammte dem katholischen Großbürgertum, hatte sich aber bereits vor dem Krieg an die Republik *ralliiert* und saß bei den *Progressisten*. Der spätere Minister verkörpert beispielhaft ein national-konservatives Bürgertum, zu dem *Progressisten* wie ALP gehörten.

174 Von etwa 15 Millionen abhängig Beschäftigten waren nur 350000 Mitglied des gewerkschaftlichen Dachverbandes CGT. Da diese einen syndikalistisch-revolutionären Charakter an den Tag legte, organisierten manche Berufszweige wie die Bergarbeiter ihren eigenen, auf pragmatische Forderungen ausgerichteten *syndicalisme de métier*. Vgl. Trempé, Le réformisme des mineurs français. Die Arbeiterbewegung blieb so mehrheitlich in den republikanischen Konsens eingebunden, vgl. Haupt, Republikanische Sozialisten und soziale Republikaner.

175 Vgl. Haupt, Sozialgeschichte Frankreichs, S. 88ff., und Kaelble, Nachbarn am Rhein, S. 60ff.

ten[176]. Aus dieser regulativen Tradition heraus und beeinflußt von der arbeitnehmerfreundlichen Politik des sozialistischen Rüstungsministers Albert Thomas war im Frühjahr 1919 ein Gesetz über den allgemeinen Achtstundentag in Frankreich von der Kammer und vom Senat verabschiedet worden[177]. Als Kompensation und Anerkennung der Leistung und Loyalität der Arbeiterbewegung während des Krieges ist dieses Gesetz zu Recht als etatistisches Äquivalent zum Stinnes-Legien-Abkommen in Deutschland interpretiert worden[178]. Dieser Vergleich verweist seinerseits jedoch auch auf die dem Gesetz inhärente Problematik: die französische Unternehmerschaft hatte ihm nämlich nicht als ökonomische Interessengruppe einheitlich zugestimmt, sondern in einer wahren Stimmenkakophonie unterschiedlichste Positionen eingenommen, die allein auf die jeweilige Berufsparte, Region und die persönliche Überzeugung Rücksicht nahmen. Erst als die relativ zügige Anwendung des Gesetzes zu einem Rückgang der Produktion, zu einer allgemeinen Hebung des Preisniveaus (*vie chère*) und zu einem Verlust der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland geführt hatte, begannen sich Unternehmerverbände, und in enger Verbindung mit ihnen die Abgeordneten der ERD, für eine Revision des Gesetzes einzusetzen.

Das Ziel sollte nicht die Aufhebung des Gesetzes sein, was ohnehin nur Mißstimmung beim Wähler hervorgerufen hätte, sondern seine Modifizierung vor allem im Bereich der ländlichen Kleinbetriebe wie Hammerschmieden oder Sensenfabriken sowie bei der Landarbeit. Die Abhängigkeit dieser Arbeiten von der Jahreszeit würden eine strikte Anwendung des Achtstundentag Sommer wie Winter unmöglich machen und französische Betriebe ruinieren, was einer Niederlage im ökonomischen Ringen mit Deutschland gleichkäme[179]. Begleitet von einer Kampagne der Unternehmerverbände brachten der ERD-Handelsminister Isaac sowie mehrere seiner Fraktionskollegen im Februar 1922 eine Gesetzesinitiative ein, die eine Einzelfallregelung für bestimmte Wirtschaftszweige einführen wollte[180]. Da

---

[176] Vgl. Hilaire, Les catholiques sociaux, und die Bemerkungen in Kapitel I. Für einen typischen *Progressisten* vgl. das Journal von Auguste Isaac, ausgewertet von Ladous, Auguste Isaac mit der Kritik an de Mun, S. 145. Zur Haltung der *Progressisten* um Aynard, de Montebello und Méline vgl. Rudischhauser, Liberalismus, S. 194-210.

[177] JO, Débats, Chambre, 17.4.1919, S. 2040, und Rébérioux, Albert Thomas. Von der ALP hatte sich der Sozialkatholik Jean Lerolle dafür ausgesprochen.

[178] Vgl. Didry, Naissance de la convention collective. Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände als nationale Verbände hatten sich in Frankreich noch nicht entwickelt. Eine Zentralarbeitsgemeinschaft wie in Deutschland, wo sich Arbeitgeber (Stinnes) und Arbeitnehmer (Legien) u.a. auf kollektive Tarifverträge, Betriebsräte und den Acht-Stundetag geeinigt hatten, waren daher nicht möglich gewesen. Vgl. Feldman, German Business. Der liberale Unternehmer Isaac hat das Gesetz über den Achtstundentag auch als „sorte de rançon payée par les classes dirigeantes à la classe prolétarienne pour avoir bien voulu faire son devoir pendant la guerre" bezeichnet, Eintrag vom 24.5.1919, Carnets, S. 332.

[179] Da die kleinindustriellen Betriebe ihre Energie oft aus Wasserkraft bezogen, war ihre Produktion ebenfalls jahreszeitenabhängig. Eine umfangreiche Erörterung von liberalkonservativer Seite zum ersten Mal bei Raphael-Georges Levy, La loi de huit heures jugée par les faits, in: RDDM vom 1.2.1922, S. 605-631. Allgemein zum Hintergrund der Kritik am Gesetz vgl. Cross, The Quest for Leisure, S. 203f.

[180] Als Verbindungsmann zur Schwerindustrie und den Arbeitgeberverbänden (*Comité des forges*, UIMM) fungierte dabei das FR-Mitglied André François-Poncet, vgl. dessen Buch La France et les huit heures, S. 10ff.

von diesen „Sonderfällen" auf Grund des immer noch kleingewerblichen Charakters der französischen Industrie ein großer Teil der Betriebe betroffen gewesen wäre und in den großen Bergbau- und Metallverarbeitungszentren ohnehin schon lange die Achtstundenwoche galt, hätte das Gesetz den *Status quo* von vor 1919 mehr oder weniger wiederhergestellt[181]. Wenn man nun die Unterzeichnerliste des Gesetzesvorschlags betrachtet, so zeigt sich darin klar die Verschmelzung der liberalen Elemente der *Progressisten* mit den liberalen Elementen der ALP. Neben Isaac signierten Charles Prévet und Alphonse Gourd als Teile des Unternehmerflügels der FR, während mit Chassaigne-Goyon und Viktor Constans zwei großbürgerliche ALP-Vertreter, der erste aus bonapartistischer, der zweite aus orleanistischer Tradition, unterschrieben. Alle zogen die Rückkehr zu einer vollen *liberté de travail* als Kernbestand der gesellschaftlichen Ordnung der aus dem Kriegskonsens herrührenden Arbeitsrechtgesetzgebung des Staates vor[182]. Auch in diesem Fall erwies sich die antietatistische und restaurative Motivation der bürgerlich-liberalen Kräfte bei *Progressisten* und ALP als entscheidender Konvergenzfaktor, der sich als Reaktion auf kriegsbedingte sozialpolitische Veränderungen entwickelt hatte.

Die dogmatisch verstandene *liberté du travail* und die prinzipielle Gegnerschaft der liberal-konservativen Sammlung gegenüber staatlichen Eingriffen in ökonomische Prozesse bestimmten auch ihr politisches Handeln in anderen Fällen der Sozialgesetzgebung. Der von den beiden Radikalsozialisten Jourdain und Vincent 1921 eingebrachte Gesetzesvorschlag zur Einrichtung einer staatlichen Sozialversicherung auf der Basis von regionalen Versicherungskassen für Renten, Unfall und Krankheit konnte von den ERD-Abgeordneten in den Kommissionsverhandlungen derart verwässert werden, daß die bereits existierenden genossenschaftlichen und patronalen Kassen keinen Schaden davontrugen. Im Gegenteil, in dem am 8. April 1924 votierten Gesetz wurde diesen bereits existierenden Kassen der Vorrang vor den staatlichen Kassen eingeräumt, was deutlich den paternalistisch-liberalen Vorstellungen der ERD entsprochen hat: „C'est une loi d'obligation qui fonctionnera avec des organisations librement créées et gérées par les assurés. C'est la méthode mutualiste généralisé et imposée à toute la nation"[183]. Der Widerstand des Senats und die Finanzkrise der Jahre 1924–1926 verhinderten in den

---

[181] Teilweise veröffentlicht in *Bulletin de la FR* vom Februar 1922. Allein Beamte und die noch wenigen Angestellten sollten nicht betroffen sein.

[182] Es gelang den liberal-konservativen Kräften Frankreichs, in Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Mitte, die CGT-Forderung nach kollektiven Arbeitsverträgen, wie sie in Deutschland 1919 verwirklicht worden waren, bis 1936 abzuwehren. Erst die Volksfront unter Léon Blum erlaubte diese in den sogenannten *accords de Matignon*.

[183] So der ERD-Abgeordnete Patureau-Mirand, der in der Kammer (JO, Débats, Chambre, 7.4.1924, S. 1914ff.) erklärte, warum seine Fraktion das Prinzip der Versicherungspflicht (*obligation*) annehme, allerdings nur unter der Bedingung, daß die genossenschaftlichen und patronalen Kassen die Basis der Versicherung bildeten: „La liberté est d'essence vraiment française, l'obligation au fond allemande, [...] mais l'actualité du danger impose la nécessité d'abandonner notre préférence pour la prévoyance libre [...] pour nous rallier [...] à l'obligation." Vgl. dazu Hatzfeld, Du paupérisme à la sécurité sociale, S. 143f. Ein orthodox-liberaler Standpunkt wurde auch vertreten von Paul Pic, Le Nouveau projet de loi sur les assurances sociales, in: *Revue politique et parlementaire* vom 10. April 1922, S. 167–178.

folgenden Jahren eine rasche Behandlung des Gesetzentwurfes, so daß das Gesetz in seiner endgültigen Form erst am 5. April 1928 verabschiedet und nach Veröffentlichung der Versicherungsstatuten am 19. März 1929 mit Wirkung für das Folgejahr umgesetzt werden konnte. Die Position der FR/URD war es während dieses Zeitraums immer gewesen, den Ausbau genossenschaftlicher Versicherungen, wie er z. B. von der *Fédération Nationale Catholique* oder Veteranenverbänden betrieben wurde, zu unterstützen und staatliche Behörden obsolet zu machen. Sie hatte auf Druck ihrer Sozialexperten Pernot und Duval-Arnould dabei sehr wohl auch die Verpflichtung der Arbeitgeber anerkannt, 5% des Bruttolohnes an die jeweilige Versicherung abzuführen, wehrte sich aber gegen ein staatliches Sozialversicherungsmodell, wie es im Deutschen Reich entwickelt worden war, das die reformistischen Kräfte des Radikalismus auf Frankreich übertragen wollten[184].

Es ist abschließend noch zu erwähnen, daß die wirtschaftsliberale Programmatik der ERD ihren konsensuellen Charakter im Laufe der 20er Jahre in dem Maße verlor, in dem das liberal-kapitalistische System nicht mehr zur Lösung der neuen sozialen und finanziellen Probleme des Landes zu taugen schien. Dies zeigte sich zum ersten Mal nach den Wahlen 1924, als sich der sozialkatholische Flügel der ALP, der ja ebenfalls mit in die ERD eingetreten war, jedoch durch den Tod de Muns 1914 und die Niederlage Jean Lerolles in den Wahlen 1919 über kein eigenes Sprachrohr verfügt hatte, von der liberal-konservativen Sammlung abspaltete. Als christlich-demokratische Bewegung gründete er einen *Parti Démocrate Populaire* (PDP) und sammelte diejenigen sozialkatholischen Kräfte, die sich von den ständestaatlichen Modellen de Muns gelöst hatten, aber nicht zu einem liberalen, sondern zu einem volksdemokratischen Gesellschaftsmodell übergegangen waren, das staatliche Intervention auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet nicht ausschloß[185].

Trotz dieser „Reinigung" der parlamentarischen Rechten von ihren christlich-demokratischen und sozialkatholischen Elementen blieb der wirtschaftsliberale Kurs weiterhin nicht unumstritten. Dabei ging es zunächst weniger um das grundsätzliche Bekenntnis zur arbeitsrechtlichen Vertragsfreiheit und zur staatlichen Nichtintervention, als vielmehr um die Haltung zur Krisenbewältigung der Inflationsjahre 1924–1927, wo sich innerhalb der FR *stabilisateurs* und *revalisateurs* gegenüberstanden. Die einen stimmten einer verlustreichen, aber pragmatischen An-

---

184 So war es der Industrielle Isaac, der die Verpflichtung der Arbeitgeber in der Kammer am 7.4.1924 (JO, débats, Chambre, S. 1919) explizit anerkannte. Für die komplizierten Verhandlungen um das Gesetz vgl. Hatzfeld, Du paupérisme à la sécurité sociale, S. 148ff. Die URD stimmte dem Gesetz, kurz vor den Wahlen 1928, zu, allerdings unter dem Vorbehalt, daß gerade die Landwirtschaft eine eigene, von Handel und Industrie unabhängige berufsgenossenschaftliche Versicherungsstruktur erhalte, vgl. de Monicault in *La Nation* vom 7.1.1928. Die Position der FR deckte sich hier mit der der FNC, die ebenfalls die Pflichtversicherung (*obligation*) anerkannte, aber den Staat aus der Verwaltung heraushalten wollte. Sie forderte ebenfalls ein gesondertes Versicherungssystem für die Landwirtschaft, vgl. Bonafoux-Verax, Fédération, S. 196–201.

185 Grundlegend: Delbreil, Centrisme, S. 20–36. Der PDP und die katholische Arbeitnehmervertretung CFTC nahmen in der Frage der Sozialversicherung ab 1928 eine eigene Haltung ein, die eine volle Verstaatlichung der Versicherungskassen dem Nebeneinander von mutualistischen, katholischen, patronalen und staatlichen Kassen vorzog.

erkennung der finanziellen Umstände der Inflation zu, indem sie mit Poincaré eine Stabilisierung des *Franc* auf niedrigerem Niveau unterstützten, während die anderen die volle Rückkehr zur Vorkriegsstärke des *Franc* verlangten[186]. Die Spaltung innerhalb der FR war insofern Ausdruck einer prinzipiellen Dichotomie über die Frage der Anerkennung der neuen sozialökonomischen Realitäten der 1920er Jahre: während ein pragmatisch orientierter libertär-modernistischer Flügel die Notwendigkeit einer geringen staatlichen Intervention in der Geldpolitik – und damit die Stabilisierung – akzeptierte, beharrte ein konservativer Flügel auf seinen antietatistischen Vorstellungen und einer orthodoxen Finanzpolitik. Ähnliche Zerrüttungen gab es auch in der Frage des Achtstundentages, der noch 1927, als das Gesetz schon acht Jahre in Kraft und von Arbeitsminister Peyronnet sogar als „unantastbar" erklärt worden war, für Unruhe auf dem Parteikongreß der FR sorgte. Man konnte sich immer noch nicht auf eine klare Linie dazu einigen, da eben der Flügel der Modernisierer um Georges Pernot und Join-Lambert den *Status quo* akzeptieren wollte, während die Mehrheit der Anwesenden, darunter der gewichtige Flügel der Industriellen, dieser Realität immer noch die Zustimmung verweigerte. Nach einer längeren Debatte mußte der für die *questions sociales* zuständige Berichterstatter Joseph Delachenal mit der Empfehlung schließen, „de laisser dans l'ombre la question des 8 heures"[187].

Die strukturellen Veränderungen des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft im Krieg sowie die Notwendigkeit zum ökonomischen Wideraufbau haben also ehemalige *Progressisten* und Katholiken aus ihrer weltanschaulichen Geschiedenheit gelöst und in einer bürgerlichen Interessensallianz verbunden. In dem Willen zur Rückkehr zur liberalen Ordnung von vor 1914 kristallisierte sich in ihr eine liberal-konservative Sammlung heraus, die, in enger Verbindung zur Unternehmerschaft in Industrie und Handel, einen im Krieg erprobten staatlichen Dirigismus ablehnte. Interventionismus und eine staatlich geförderte Organisation von Industriezweigen, selbst in der sehr moderaten und technokratischen Form von Louis Loucheur, wurden als schädlich zurückgewiesen. Durch den Verweis auf den Tod vieler Franzosen für das Frankreich von vor 1914, also mithin auf die liberale Ordnung, wurde dieses Prinzip sogar moralisch aufgeladen. Weil die liberal-konservative Sammlung daher vor allem einen „bürgerlichen" oder, wie die Sozialisten sagten, einen „kapitalistischen" Charakter hatte, spalteten sich 1924 die christlich-demokratisch orientierten Sozialkatholiken der ehemaligen ALP ab. In URD/FR setzte sich dadurch, trotz der oben beschriebenen internen Spannungen, ein paternalistischer Wirtschaftsliberalismus durch, der einerseits die enge Verbindung zu den Arbeitgeberverbänden und sozialkonservativen Interessengruppen spiegelte, andererseits aber auch moralisch motiviert war und nicht nur die „Klasseninteressen" vertrat[188].

---

[186] Die *revalisateurs* waren v.a. Louis Marin und der Stahlmagnat de Wendel, vgl. Jeanneney, de Wendel, S. 329ff. De Wendels Finanzprogramm in *La Nation* vom 1.3.1927.

[187] Der Bericht des Kongresses vom 10.12.1927 in: AN, F/7 13962.

[188] Darauf hat auch Jeanneney, de Wendel, S. 317ff., hingewiesen, der den Einfluß der Industriemagnaten um de Wendel, entgegen früherer Darstellungen, als eher gering gewertet hat. Z.B. konnte de Wendel seine Forderung nach der Rückkehr zur indirekten Besteuerung ohne Einkommenssteuer in der FR nicht durchsetzen.

Exemplarisch kann hierfür der Abgeordnete Camille Cautru aus dem Calvados stehen. Cautru entstammte einem liberalkatholischen Bürgertum und war 1919 als Parlamentsneuling in die Kammer gekommen. Als Bauunternehmer und Vorsitzender einer privaten Wohnungsbaugesellschaft für Arbeiterwohnungen forderte er mehrfach die Aufhebung der Steuern für den Hausbau, da nur so genügend Wohnraum für die einkommensschwache Bevölkerung geschaffen werden könne. Sein System sah ein Konsortium mehrerer Großunternehmer vor, die in paternalistischer Manier über Kredithilfe und Unterstützung ihrer Arbeiter beim privaten Hausbau entscheiden sollten. Ziel dieser paternalistischen Wohnbauförderung war nicht allein der Profit für die Bauwirtschaft, sondern die Schaffung von Eigentum bei der Arbeiterschaft. Denn, so Cautru, „la maison communique à l'enfant le sentiment inoubliable de l'ordre", d. h. einer liberal-paternalistischen Ordnung, die in wichtigen sozialen Bereichen des Lebens nicht dem Staat, sondern den sozialökonomischen Eliten die Entscheidungsbefugnisse übertrug, gleichzeitig aber auch deren soziale Verpflichtung einforderte[189]. Der bürgerliche Charakter der ERD und FR resultierte also nicht nur aus konvergierenden sozialökonomischen Interessen im Angesicht der Ausdehnung sozialistischer Ideen und Kräfte, sondern war auch durch moralische Ordnungsvorstellungen geprägt, die um so sichtbarer wurden, je mehr in Frankreich Mietskasernen, proletarische Vorstädte und soziales Elend als Begleiterscheinungen der Modernisierung und Urbanisierung auftraten.

3. Der französische Zentralstaat im Fadenkreuz der Kritik: „Regionalismus" als Teilkonzept der Staatsreform

Einleitung

Im Unterschied zu Deutschland und Großbritannien hatte Frankreich während des Absolutismus eine Konzentration und Zentralisation der Entscheidungsbefugnisse durchlaufen, die die traditionellen Vorrechte des Provinzadels – nach Kondylis ja die Trägerschicht des Konservativismus – stark einschränkte. An die Stelle einer graduellen Emanzipation der bürgerlichen Gesellschaft aus der ständischen *societas civilis* war eine kraftvolle Entmachtung der letzteren getreten, die ihren abrupten Abschluß in den Revolutionsdekreten zur Auflösung der Korporationen und der alten Provinzen als dezentrale Entscheidungsräume gefunden hat. Die Revolution führte damit nicht nur eine Zentralisierungstradition des Absolutismus fort, sondern setzte sich absichtlich über historisch gewachsene Strukturen hinweg und „entwarf" einen rationalen Staat mit neuen territorialen und

[189] Cautru veröffentlichte zu diesem Thema mehrere Artikel in *La Nation*, das Zitat aus *La Nation* vom 8.1.1927; zu seinem sozialkatholischen Hintergrund in Caen vgl. Le Béguec, Entrée, S. 590. Cautru steht somit ideengeschichtlich und politikgeschichtlich in der Tradition von Georges Picot, dem ersten Vorsitzenden der *Fédération des chambres syndicales de la propriété bâtie*, einem Mitbegründer der FR. Ein prominenter Nachfahre, ebenfalls Vorsitzender der Wohnungseigentümer, war Jules Ramarony, Chef des Parti républicain de la liberté, dem Nachfolger der FR 1945. Vgl. Le Béguec, La République des avocats, S. 98.

politischen Einteilungen und einer pyramidalen Struktur, an deren Basis kein ständischer Oikos mehr, sondern das freie Individuum zu finden war[190]. Alle konservativistischen Denker des frühen 19. Jahrhunderts, von Chateaubriand über de Maistre bis de Bonald, haben gerade diese Selbsterhebung der revolutionären *raison* über die in langen Zeiten entstandene hierarchische Ordnung zu einem Leitfaden ihrer Revolutionskritik gemacht[191].

Kritik an der revolutionären Zentralisation war gleichwohl kein Privileg der *Droite* geblieben, da sich schon während der Revolution selbst eine liberale Bewegung um die Föderalisten der Gironde entwickelt hatte, die, ohne an die ständischen Provinzen des *Ancien Régime* anknüpfen zu wollen, eine dezentrale Organisation des neuen Staates unter Berücksichtigung regionaler Traditionen verlangten. Der aus der Revolution entstandene republikanische Staat sollte zwar „von oben" entworfen und regiert werden, dennoch regionale und ökonomische Entscheidungskompetenzen an gewählte Vertreter der Departements und Kommunen delegieren[192]. Diese „girondistische" Sensibilität sollte prägend für das republikanische Provinzbürgertum werden und wirkte als antijakobinischer Reflex bei vielen liberalen Denkern des 19. Jahrhunderts fort. Auch ein Tocqueville oder ein de Lamennais versuchten, eine Mittelposition zu beziehen, die zwischen jakobinischer Zentralisation und konterrevolutionär konnotierter Idealisierung der alten Provinzen gelegen war. Eingekeilt in den Grabenkämpfen um die Staatsform zwischen *Gauche* und *Droite* gelang es ihnen aber nicht, ihre Dezentralisierungsideen politisch zu verwirklichen[193]. Die antijakobinische Opposition wurde vielmehr monopolisiert durch die Konservativen, bei denen die *région* als Substitut der alten Provinzen entdeckt wurde und sich unter dem sozialkatholischen Einfluß von Fédéric Le Play und La Tour du Pin mit korporatistischen Vorstellungen eines christlichen Ständestaates verband[194]. „Region" bzw. „Regionalismus" verkörper-

---

[190] Es ist freilich einzuräumen, daß die Departements auf bestimmte geographische oder topographische Gegebenheiten Rücksicht nahmen und oft einfach nur Aufteilungen innerhalb der alten Provinzen waren. Vgl. Soboul, De l'Ancien Régime à la Révolution. Die Kritik der konservativistischen Denker bezog sich jedoch genau auf diesen schöpferischen Akt des Menschen. Joseph de Maistre schrieb in seinen *Considérations sur la France* (1797): „La Constitution de 1795 est fait pour l'homme. Or, il n'y a point d'homme dans le monde. J'ai vu, dans ma vie, des Français, des Italiens, des Russes etc [...] mais quant à l'homme, je déclare ne l'avoir rencontré de ma vie."

[191] Grundsätzlich hierzu Rossi-Landi, La région, Langendorf, Joseph de Maistre .

[192] Der *fédéralisme* wollte keineswegs einen Staatenbund nach Vorbild der USA und unterschied sich von den royalistischen Bewegungen der Vendée deutlich. Neben der Gironde hatte er einen weiteren Schwerpunkt in Lyon, wo es zwischen der jakobinischen Zentralregierung und den Föderalisten zu schweren Kämpfen mit über 2000 Toten kam. Die beiden Standardwerke über diese Bewegung sind von zwei Fortsetzern dieser Ideen verfaßt worden, einmal Henri Wallon, La Révolution du 31 mai et le fédéralisme en 1793, 2 Bde. (1886), und C. Riffaterre, Le mouvement antijacobin et antparisien à Lyon et dans le Rhône et Loire en 1793, 2 Bde. (1912 und 1928). Für eine moderne Erfassung des Phänomens vgl. Sydenham, The Republican Revolt of 1793.

[193] Über die Bedeutung des regionalen Dezentralismus für den liberalen Katholizismus um Lamennais oder Montalembert vgl. Mayeur, Démocratie chrétienne et régionalisme, S. 446ff.

[194] Man kann von einer Vermengung der von Rossi-Landi, La région, S. 93, entworfenen Idealtypen der *Droite conservatrice* mit der *Droite organiciste* sprechen. Grundsätzlich dazu Talmy, Aux sources du catholicisme social.

ten am Anfang der Dritten Republik also zwei unterschiedliche Ordnungsmuster, die beide einer traditionellen Zentralstaatstendenz des jakobinischen Linksliberalismus entgegenstanden: einmal einen liberal-reformerischen und dezentralen Regionalismus mit pragmatisch-ökonomischen Motiven, und zum zweiten einen konservativen und korporatistischen Regionalismus, der einer antirepublikanischen und antirevolutionären Tradition verpflichtet war.

„Region" bzw. „Regionalismus" erlebten jedoch mit dem Hereinbrechen der industriellen Moderne in Frankreich eine neue Blüte. Die durch die Industrialisierung hervorgerufene demographische Dynamik, Landflucht und Verstädterung hatten seit den 1880er Jahren die Unzulänglichkeit des über 100 Jahre alten französischen Verwaltungssystems offenkundig gemacht. Aus diesem Grund begannen Vorstellungen von einer Region als räumlich-struktureller Verwaltungseinheit auch auf Seiten der Linken Gehör zu finden. Mit Freuden konstatierte bereits 1895 Maurice Barrès, daß der Regionalismus nunmehr bei allen *familles d'esprit* in Frankreich Einzug gehalten habe[195]. Um den Gymnasiallehrer Charles-Brun entstand 1902 daher eine *Fédération régionaliste française (FRF)*, die sich ausdrücklich jenseits der Parteigrenzen ansiedelte, und der die Sozialisten Paul-Boncour und Longuet, die gemäßigten Republikaner Deschanel, Doumer, Marin, Ribot, Tardieu und Lebrun sowie die Sozialkatholiken Lémire und de Gailhard-Bancel angehörten[196]. Selbst ein Radikaler wie Charles Beauquier aus dem Doubs war Teil der FRF, blieb jedoch in den Reihen der Erben der Jakobiner eine Einzelerscheinung[197]. Der politische Einfluß der FRF wuchs jedoch kaum, obwohl sie mit der Zeitung *L'Action régionaliste* und mehreren Konferenzserien eine rege Aktivität entwickelt und sogar *soirées* unter Parlamentariern abgehalten hatte[198]. Ganz ähnlich wie bei den Kampagnen für das Verhältniswahlrecht, die ja ebenfalls über die Parteigrenzen hinweg durch eine Zusammenarbeit von Sozialisten, gemäßigten Republikanern und Katholiken gekennzeichnet gewesen waren, scheiterte die FRF an internen und oft parteitaktischen Gegensätzen[199]. Auf Grund des Nebeneinanders von korporatistischen, reformistischen und sozialistischen Vorstellungen gelang nicht einmal die Ausarbeitung eines gemeinsames Programms, wodurch die FRF als organisierter Verband über einen embryonalen Status nicht hinauskam. Die Definition des Regionalismus blieb daher Aufgabe der jeweiligen politischen Strömungen, darunter natürlich auch die Progressisten und die ALP.

---

[195] Ein am 15.12.1895 in *La Quinzaine* veröffentlichter Beitrag, abgedruckt in: Barrès, Scènes et doctrines du nationalisme, S.483–507. Über die Hintergründe des nicht nur politischen, sondern auch literarischen Regionalismus um Barrès und Mistral vgl. Thiesse, Ecrire la France.

[196] Vgl. Jean Charles-Brun, Le régionalisme (1911), Flory, Le mouvemente régionaliste français, Rossi-Landi, La région, S.87–90.

[197] Serge Berstein, Le Parti radical et le problème du centralisme, S.232f.

[198] So berichtet Charles-Brun in einem Brief an Louis Marin vom 21.11.1919 über *soirées* der FRF im Parlament 1906, in: AN 317, AP 239. Vgl. auch Martel, Regionale Identität und nationale Kultur.

[199] So beschwert sich Maurras bei Barrès, daß der konservative Mistral innerhalb der FRF von Charles-Brun kaltgestellt worden sei, Brief an Barrès vom September 1904, in: Le roi où la République, S.424f.

Korporatistischer und dezentralistischer Regionalismus bei ALP und Progressisten vor 1914

Bevor man sich mit dem Phänomen des Regionalismus näher auseinandersetzen kann, muß zuerst die Bedeutung des Begriffes geklärt werden. Er entstammt nämlich selbst der französischen Zentralstaatskritik des 19. Jahrhunderts und bezeichnet eine politische Haltung, die die Wahrung und Förderung partikularer Sonderrechte in bestimmten Regionen anstrebt[200]. Als Regionen wiederum können Gebiete gelten, die objektiv eine strukturelle Einheit bilden oder gebildet haben, z. B. in der Verwaltung oder der Wirtschaft, und subjektiv von den Menschen dort als eine eigene Entität unterhalb der staatlichen Ebene wahrgenommen wurden[201]. Besonders das subjektive Element ist im Rahmen von konstruktivistischen Interpretationsansätzen in jüngster Zeit gerade von Regionalhistorikern hervorgehoben worden, weshalb man, in Anlehnung an ein Konzept aus der kognitiven Hirnforschung, auch von Regionen als *mental maps* gesprochen hat[202]. Das objektiv-meßbare Element tritt dabei immer mehr in den Hintergrund und Regionen werden beinahe nur noch als gedachte und konstruierte, nicht mehr als essentiell-gegebene Räume begriffen. Ob und wie sehr diese rein konstruktivistische Sichtweise nun das Gewicht von strukturellen Realitäten verkennt, soll hier nicht erörtert werden; wichtig für diese Analyse ist allein, daß gerade die Verbindung von beidem, den strukturellen und empfundenen Elementen, die Problematik des Regionalismus in Frankreich kennzeichnete und bei allen regionalistischen Programmen größte Schwierigkeiten hervorrief. War es nämlich relativ einfach, dezentrale Verwaltungsstrukturen entlang gewachsener Räume zu entwerfen, so bereitete das subjektive Regionalbewußtsein, die *conscience régionale*, große Probleme. Es hatte sich nämlich nur in den Gegenden bewahrt, die entweder relativ spät an die französische Nation gekommen waren, wie die Franche-Comté (1693) oder Savoyen (1870)[203], oder die über eine in der kollektiven Erinnerung verhaftete Eigengeschichte verfügten, wie die Normandie oder die Bretagne[204]. Große Teile des

---

200 Gollwitzer, Zum deutschen politischen Regionalismus, und etwas modifizierend, aber mit einer Besprechung der neuesten Literatur Steber, Nationalsozialismus und Region, S. 8f.

201 Bartos, Methodologische und methodische Probleme der Regionalgeschichte.

202 Der Begriff der *mental maps* ist aus der medizinischen Hirnforschung übernommen worden und wird als Konzept zur Einordnung des Raumes in der Vorstellungswelt des Menschen verwendet. Nach diesem Konzept strukturiere der Mensch seine Umwelt, den Raum um sich, durch kognitive Karten, d. h. mental maps, die subjektiv sind und nicht objektiven Kriterien wie Staatsgrenzen etc. entsprechen müssen. Vgl. Schenk, Mental Maps.

203 Zu Savoyen Jacques Lovie, Essai sur le régionalisme savoyard.

204 Vgl. Fouéré, La Bretagne écartelée, über die *An emsav-* Bewegung in der Bretagne seit dem 19. Jahrhundert, und Martin, La Vendée, région-mémoire. Die Normandie, in der das eigene Brauchtum stets gepflegt wurde, hat sich dennoch niemals gegen den Zentralstaat gewandt und autonomistische Bestrebungen gezeigt, vgl. Fremont, Atlas et Géographie de la Normandie, S. 53ff. Aber immerhin wurde in der Basse-Normandie (Calvados, Manche, Orne) 1918 auf Druck der *Union régionale des syndicats agricoles* und der sechs Handelskammern eine *région économique* gegründet und immer wieder im Wahlkampf „*La Normandie aux Normands*" gefordert, vgl. Quellien, Bleus, Blans, Rouges, S. 352f.

zentralen und südlichen Frankreichs kannten aber so gut wie keine regionale Identifikation, sondern lediglich ein unbestimmtes, Paris-feindliches Autonomiegefühl[205].

(I) Ein akzeptables Regionalismusprogramm mußte sich dieser Realität stellen, und so dauerte es innerhalb der *ALP* fünf Jahre, bis dem Bekenntnis zum Regionalismus 1902 ein ausgearbeitetes und stringentes Programm 1907 folgte[206]. In seinen Grundsätzen sowie in seinen konkreten Forderungen demonstriert es *par excellence* die für die ALP typische Mischung aus einer konservativistischen Traditionslinie, sozialkatholischem Gedankengut und einigen liberalen und modernen Elementen. Die konservativistische Traditionslinie findet sich vor allem in den im *Titre I, Art. 1-15* verfaßten Prinzipien, die explizit die „volonté humaine" bei der Formulierung öffentlichen Rechts den „lois supérieures, morales et physiques" der von Gott gewollten und gewachsenen Ordnung unterordnete. Deshalb sollte die staatliche Verwaltungseinteilung nicht den menschlichen Entwürfen der Revolution, sondern den gewachsenen „milieux climatériques, géographiques et topographiques" entsprechen. Diese legten eine Aufteilung Frankreichs in 21 Regionen nahe, deren Namensgebung deutliche Bezüge zu den ehemaligen Provinzen des *Ancien Régime* aufwies und die nicht nach einer gleichmäßigen, sondern nach einer historischen Qualifizierung zustande gekommen waren[207]. So blieben zum Beispiel die zwei großen Gebiete der Guyenne und des Burgund (inklusive Franche-Comté) als Ganzes erhalten, obwohl eine pragmatische Aufteilung, wie sie 1871 bei den Militärregionen oder den Gerichtsbezirken erfolgt war, deren Aufsplitterung bewirkt hätte[208]. Umgekehrt existierten die kleinen ehemaligen Grafschaften Anjou und Touraine weiter, die bei den gleichen Reformen aus pragmatischen Gründen mit anderen Gebieten zusammengelegt worden waren. Schließlich erinnerte auch ein Name wie die Dauphiné mehr als deutlich an das *Ancien Régime*.

Diese monarchischen Reminiszenzen wurden durch korporatistische Vorstellungen des Sozialkatholizismus ergänzt und ausgefüllt. So sollten die zu schaffenden Regionalversammlungen *(assemblées régionales)* zur Hälfte von überall zu gründenden Berufsorganisationen besetzt sein. Ihnen kam das Recht zu, den Senat

---

[205] Vgl. Corbin, Paris-province, Nguyen, Aperçus sur la conscience d'Oc . Der *Félibrige*-Regionalismus im Midi näherte sich gegen Ende des 19.Jahrhunderts zunehmend Charles Maurras und der konterrevolutionären AF an. Er war nicht repräsentativ für breite Bevölkerungskreise. Vgl. Martel, Félibres et Félibrige, sowie Kittel, Provinz zwischen Reich und Republik, S.321ff., der auch für die Corrèze festgestellt hat, daß erst nach dem Ersten Weltkrieg auch die Republikaner regionalistische Forderungen aufstellten.

[206] Veröffentlicht unter dem Titel *Projet de constitution libérale et Documents*, présentés par la Section d'Etudes Sociales, Paris 1907.

[207] Die 21 Regionen waren: Flandern, Île-de-France, Champagne, Lorraine, Bourgogne, Lyonnais, Dauphiné, Provence, Bas-Languedoc, Haut-Languedoc, Béarn, Guyenne, Auvergne, Orléanais, Touraine, Anjou, Bretagne, Basse-Normandie, Haute-Normandie, Méditerranée und Colonies.

[208] Frankreich war in 18 Militärregionen und 27 Gerichtsbezirke aufgeteilt. In beiden Fällen waren die Gebiete Burgunds und der Guyenne aus praktischen Gründen halbiert worden.

zu wählen sowie ein regionales Budget zu verwalten[209]. Ein ebenfalls zu gründender *Conseil régional de travail* sollte ausschließlich von den Berufskorporationen bestellt werden und in technischen Fragen beratend wirken. Es kann also mithin kein Zweifel bestehen, daß der Regionalismus der ALP eine antiindividualistische Stoßrichtung hatte und damit nicht nur eine bloße Dezentralisierung, sondern eine umfassende Neuorganisation der französischen Gesellschaft beabsichtigte. In dieser kam zwar den Angestellten und Arbeitern eine eigene Rolle zu, in keinem Fall wurde aber der Quantität dieser Berufsgruppen Rechnung getragen. Besonders deutlich zeigte sich dies darin, daß die Berufsgruppe der Industriearbeiter in allen Regionen, also auch in den hochindustrialisierten, lediglich ein Fünftel der den Berufskorporationen zukommenden Vertreter in den Regionalversammlungen stellen sollte. Der Regionalismus der ALP hatte also primär einen berufsständischen Charakter und richtete sich gleichermaßen gegen die Individualisierung der Gesellschaft seit der Revolution wie gegen eine dem allgemeinen Wahlrecht inhärente bloße Quantifizierung der Wähler[210].

Es ist allerdings einzuräumen, daß der Regionalismus der ALP nicht völlig reaktionär war, da er zu keiner Zeit ein föderales Frankreich anstrebte[211]. So sollte ein vom Präsidenten ernannter *gouverneur* das exekutive Gegengewicht zur Regionalversammlung bilden und über die volle Polizeigewalt verfügen. Auch sollten die Departements als untere Verwaltungseinheit erhalten bleiben. Es wird außerdem mit keinem Wort die Möglichkeit einer Identifikation der Bürger mit ihrer Region angesprochen, und der Verfassungstext ist im übrigen verdächtig still bezüglich regionaler Kulturmerkmale, allen voran die Sprache, die doch einen entscheidenden Mobilisierungsfaktor für ein regionales Bewußtsein dargestellt hätte. Hierin zeigt sich, daß die ALP also sehr wohl den modernen Nationalstaat Frankreich anerkannte und keineswegs mehr eine mittelalterliche *societas civilis* anstrebte, wie sie nur wenige Jahrzehnte zuvor von dem katholischen Legitimisten Louis Veuilllot noch gepriesen worden war. Ihr Regionalismus war eher eine eigene Form, die beginnende Massengesellschaft unter Berücksichtigung historisch gewachsener Gegebenheiten zu organisieren. Er war damit nicht reaktionär im eigentlichen Sinne, sondern bediente sich konservativistisch-korporatistischer Elemente, um einen eigenen Weg in die Moderne zu finden.

(II) Der Regionalismus der *Progressisten* war in ihrem Programm weitaus weniger dominant und präzise formuliert als derjenige der ALP. Obwohl junge Mitglieder der FR wie Louis Marin von Beginn an mit Charles-Brun in der FRF zusammenarbeiteten, führte dies nicht zu einer Ausarbeitung konkreter regionalistischer Vorschläge auf Seiten der *Progressisten*. Zwar konnte Louis Marin als Be-

---

[209] Die *organisations professionelles* waren in fünf Gruppen geschieden (*professions libérales, patrons de l'industrie, ouvriers de l'industrie, patrons et employées de commerce, propriétaires et ouvriers ruraux*).

[210] Die Verfasser des ALP-Programms stehen eindeutig in der Tradition von La Tour du Pin, der, als ehemaliger Militärattaché in Wien, einen Ständestaat alteuropäischen Musters anstrebte und mit seinem Werk *Vers un ordre social chrétien. Jalons de route* 1882-1907, Paris 1907, den gesamten französischen Katholizismus, von der christlichen Demokratie über die ALP bis zur AF, beeinflußte.

[211] Darin unterscheidet er sich von den Vorstellungen der extremen Rechten um Maurras.

richterstatter auf dem FR-Kongreß von 1907 seine regionalistischen Vorstellungen den Parteigenossen vortragen, sein Bericht trug aber den konzilianten Namen „décentralisation" und war allein auf ein subsidiäres Verwaltungsverständnis ausgerichtet. Die Regionen sollten nur einen weiteren Baustein im Organisationsgefüge der Staatsverwaltung bilden und keinesfalls die departementale Einteilung ablösen. Sie sollten ferner nur auf ökonomischem Gebiet Entscheidungsbefugnisse erhalten und beim Bau von Verkehrswegen über die Departementgrenzen hinweg unterstützend wirken. Marin unterließ jedoch jeden Hinweis auf die Bedeutung eines regionalen Bewußtseins, das sozusagen von unten an diese Verwaltungsräume hätte andocken können[212]. Dies zeigt sehr deutlich, wie tief bei Marin und gerade bei seinem Publikum immer noch das Mißtrauen gegenüber föderalistischen oder gar autonomistischen Tendenzen war. Wenn also regionalistische Forderungen bei den *Progressisten* auftraten, so waren sie in der Regel Ausdruck eines antietatistischen Willens zur Dezentralisierung und Verschlankung des Staatsapparates, keinesfalls aber zu einer kompletten Umgestaltung der räumlichen Verfaßtheit Frankreichs[213]. Die *Progressisten* zeigten sich darin als Nachfahren des liberalen *fédéralisme girondin*, der 1793 ja ebenfalls keinen eigentlichen Föderalstaat auf Basis der alten Provinzen, sondern lediglich eine Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse auf der Departementebene gefordert hatte. Bestätigt wird diese These noch durch die Tatsache, daß der stärkste *progressistische* Departementalverband ausgerechnet in Lyon beheimatet war, dem Ort des blutigsten Widerstandes der Föderalisten 1793[214].

Die beiden Jahrzehnte vor und nach der Jahrhundertwende brachten gleichwohl eine tieferliegende, ideengeschichtliche Neuorientierung in Frankreich, die sich allmählich auch bei den *Progressisten* bemerkbar machen sollte. Der „neue" Nationalismus der Jahrhundertwende hatte nämlich postuliert, vor allem durch seinen prominentesten Vertreter, Maurice Barrès, daß starke regionale Identifizierung und echter Nationalismus nicht widersprüchlich waren und der Idee der französischen Staatsnation nicht widersprachen. In dieser traditionalistischen Sichtweise von Barrès wurde die regionale Verwurzelung sogar geradezu die Garantie für ein starkes Empfinden für das Vaterland, da nur durch sie der einzelne die Balance zwischen Tradition und Moderne halten konnte[215]. Besondere Wir-

---

[212] Vgl. die Dokumentation von Marins Programm in: AN 317, AP 223; und über den Regionalismus im Umfeld von Marin und dessen Freund Georges Ducroq, Barral, L'Esprit lorrain, S. 111.

[213] Aus diesem Grund waren viele Bürgermeister der mittleren und größeren Provinzstädte der FR beigetreten, da sie eine größere Autonomie der städtischen Verwaltung gegenüber dem Präfekten und eine Kontrolle von unten forderten. Dazu zählten die Bürgermeister Casamayot-Dufaur (Oloron), Chanot (Marseille), Daney (Bordeaux), Delesalle (Lille), Ducrot (Mourges), Ermant (Laon), Fessard (Chartres), Hucher (Beauvais), Leblond (Rouen), Maillard (Le Havre), Pigalle (Nevers), Stein (Epinal) und der Präsident des Conseil général de la Seine, Ernest Caron.

[214] Über diese girondistische Tradition in Lyon von 1793 bis 1905 vgl. die Analyse von Bernhard, La dérive, S. 193.

[215] Vor allem in seinem Werk: Roman de l'Energie Nationale (Les Déracinés 1897, L'Appel au soldat 1900, Leurs Figures 1902), sowie einem Sammelband seiner Artikel mit dem Titel Scènes et doctrines du nationalisme, Paris 1902. Dazu vgl. immer noch die sehr lesenswerte Arbeit von Curtius, Maurice Barres, S. 135ff., und Sternhell, Maurice Barrès, S. 322–336.

kung entfaltete diese Vorstellung von der gegenseitigen Bedingtheit der *grande* und der *petite patrie* bei den *Progressisten* aus den östlichen Departements, wo ein regionalistisch gefärbter Nationalismus ohnehin zur politischen Kultur der großen Mehrheit der Bevölkerung gehört hatte[216]. Darunter zählten neben dem Lothringer Louis Marin auch Jules Méline und Louis Madelin, beide aus den Vogesen, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg zunehmend die Wichtigkeit eines an einer ländlichen Lebenswelt orientierten regionalen Bewußtseins erkannten[217].

Der erste und vor dem Krieg einzige Versuch, das regionale Bewußtsein in die politische Reformprogrammatik der FR einzubringen, war der Vorschlag Marins, das integrale Verhältniswahlrecht (RPI) auf regionaler Basis zu organisieren. Eine regionale Liste für jede politische Strömung anstelle mehrerer departementaler Listen sollte ein authentisches Bild der Region als gewachsener Entität im Parlament wiedergeben. Dieser Vorschlag stieß aber sowohl innerhalb der FR wie bei der Wahlrechtsreformbewegung auf Widerstand und konnte sich nicht durchsetzen[218]. Obwohl Marins Vorschlag bei weitem nicht den restaurativen Charakter des ALP-Programms hatte, war für die Mehrheit der *Progressisten*, die einen jakobinischen Zentralstaat sehr wohl ablehnten, ein auf regionale Besonderheiten und Empfindungen abgestellter Regionalismus immer noch des reaktionären Autonomismus verdächtig. Er war dies nicht zuletzt deshalb, weil in den bretonischen, baskischen und provenzalischen Randgebieten der dortige Regionalismus in der Tat von neomonarchistischen Kräften und dem niederen Klerus getragen wurde, die das nationalstaatliche Erbe der französischen Revolution in Frage stellten[219]. Erst die triumphale Bestätigung der Republik im Krieg und die Eingliederung Elsaß-Lothringens sollten hier zu entscheidenden Veränderungen führen.

---

[216] Als erstes regionalistisches Manifest kann das sogenannte Programme von Nancy 1865 gelten, in dem sich die lokale bürgerlich-aristokratische Elite für einen Regionalismus ausgesprochen hatte. Die Gruppe war aber an internen Konflikten über die Staatsform zerbrochen. Vgl. Voilliard, Autour du Programme de Nancy.

[217] Vgl. Philippe, Le régionalisme dans les Vosges, sowie das Buch von Louis Marin, Regards sur la Lorraine, Réflexions sur des notions fondamentales du caractère lorrain, posthum von seiner Frau Fernande 1966 publiziert. Eine weitere Dokumentation über Marins Regionalismus in der *Union régionaliste lorraine* findet sich in: AN 317, AP 189. Zu Jules Méline vgl. den Nekrolog seines Freundes Gabriel Hanotaux in: RDDM vom 15.1.1926, S.440–453, hier S.441: „Il est impossible de comprendre Jules Méline [...] si l'on ne s'est fait une idée de ce que sont ces petites villes qui ont sur leur horizon la ligne bleue des Vosges et qui de toute éternité ont été les nœuds de la résistance française."

[218] Brief Louis Marins an Charles Benoist vom 13.6.1912, wo er die „région lorraine – si nettement caractérisé par la géographie et l'histoire" – als „région électorale" vorschlug, die Vorläufer für die zukünftige regionale Wahlrechtsorganisation werden könne, in: BI, Fonds Benoist, MS 4554.

[219] Vgl. die zitierten Artikel von Mayeur, Démocratie chrétienne et régionalisme, und Nguyen, Aperçus sur la conscience d'Oc, sowie den Royalisten und Autonomisten de l'Estourbeillon am 4.10.1919 in der Kammer: „En Bretagne on s'applique à détruire la langue bretonne tous les jours." JO, Débats, Chambre, 4.10.1919, S.4786ff.

Elsaß-Lothringen und der neue Regionalismus der liberal-konservativen Sammlung nach dem Ersten Weltkrieg

Die umfassende staatliche Organisation zur Versorgung der Bevölkerung und der Zuteilung von Kriegsgefangenen in Industrie und Landwirtschaft hatte während des Ersten Weltkriegs bereits die Unzulänglichkeiten der departementalen Einteilung vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet gezeigt. Regionale Wirtschaftsräume erwiesen sich als weitaus effizienter in der Umverteilung von Nahrungsmittel und Arbeitskraft als die hergebrachten Präfekturen[220]. Louis Marin, der 1916 Charles-Brun als Vorsitzenden der FRF abgelöst hatte, forderte auf Grund dieser Erfahrung bereits seit 1917 eine „réalisation immédiate" des Regionalismus nach Kriegsende[221]. Als entscheidende Peripetie in der regionalistischen Debatte erwies sich jedoch die Notwendigkeit, das Reichsland Elsaß-Lothringens in den französischen Zentralstaat einzugliedern. Diese Reintegration war auf Grund der besonderen Situation des Grenzlandes nicht mehr nur ein administratives Problem, sondern tangierte eben auch die Frage nach der Berücksichtigung eines regionalen Bewußtseins und einer regionalen Kultur, die auf Anhieb inkompatibel mit dem französischen System erschien. Ein eigener Landtag, ein dem deutschen Modell entsprechendes Sozialversicherungssystem, ein auf dem Konkordat von 1801 beruhendes Verhältnis von Staat und Kirche und ein gegen das preußisch dominierte Reich entwickeltes Sonderbewußtsein waren nur schwer mit dem laizistischen und zentralistischen französischen Nationalstaat in Einklang zu bringen[222]. Bereits im Januar 1915, als französische Truppen Teile des Elsaß zurückerobert hatten, löste ein Artikel von *Le Temps* bei Katholiken und *Progressisten* gleichermaßen Bestürzung aus, da dieser die Rückkehr des Grenzlandes „en plein droit commun" forderte, d.h. unter strikter Anwendung der französischen Gesetzgebung, insbesondere der Laizitätsgesetze, ohne Berücksichtigung regionaler Traditionen. Sowohl die katholische wie die *progressistische* Presse schlugen Alarm und wollten eine Rückkehr „en pleine liberté"[223], d.h. unter Beachtung der regionalen Besonderheiten, worin sich bereits ein für die Nachkriegszeit typischer Konsens abzeichnete.

Die Gewährung eines regionalen Sonderstatus für das ehemalige Reichsland durchzog dann auch die politischen Vorstellungen der ERD. Da die Rückkehr Elsaß-Lothringens an Frankreich durch einen Revanche-Krieg, mehr oder weniger

---

220 Hébard de Villeneuve, Les Grandes questions de demain, in: RDDM vom 1.3.1915, S. 151–168, Hauser, Le problème du régionalisme (1924), und Kuisel, Capitalism and the state, über die Überlegungen des dissidenten Radikalen Etienne Clémentel 1919. Ein weiterer dissidenter Radikaler wie der Cognac-Fabrikant Jean Hennessy argumentierte 1919 ähnlich.

221 Auf dem *Congrès Régionaliste* in Paris am 31.5.1917, abgedruckt in: *Le Pays* vom 1.6.1917.

222 Zur Problematik vgl. den späteren ERD-Abgeordneten Abbé Wetterlé, L'Alsace et la Lorraine au lendemain de la Délivrance, in: RDDM vom 15.10.1919, S. 855–869, zum Sonderbewußtsein S. 858.

223 *Le Temps* vom 12.1.1915 und die Reaktion in *La Libre Parole* vom 16.1.1915, *La République Française* vom 3.2.1915, *L'Echo de Paris* vom 3.2.1915 (Maurice Barrès), *La Croix* vom 4.2.1915 (Henri Collin).

offen zugestanden, zu einer Kernvorstellung breiter bürgerlich-nationalistischer Schichten, Progressisten und ALP eingeschlossen[224], gehört hatte, waren deren Vertreter 1919 auch sehr darauf bedacht, diese Eingliederung konfliktlos und dauerhaft zu vollziehen[225]. Aus diesem Grund hatte Ministerpräsident Clemenceau am 21. März 1919 die drei neuen Departements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle nicht der präfektoralen Verantwortung übergeben, sondern sie gebündelt einem *Commissariat général de la République* unterstellt. Er selbst und der neue Hochkommissar Alexandre Millerand versicherten, daß sich die Anpassung der Verhältnisse in Elsaß-Lothringen an die Frankreichs langsam und nur unter Mitwirkung der einheimischen Bevölkerung vollziehen werde. Als der Nachfolger von Millerand im Amt des Hochkommissars, der laizistische Republikaner Jules Jeanneney, eine rigidere Religionspolitik zu verfolgen begann, intervenierten der Generalsekretär der FR, Halays, der liberale Katholik Etienne de Nalèche sowie Kardinal Baudrillart bei Poincaré, um Jeanneneys Absetzung zu betreiben[226]. Die Initiativen dieser liberal-konservativen Sammlung *en miniature* zeigten bald Früchte und Jeanneney wurde zurückbeordert. Um den gemeinsamen Sonderinteressen der drei neuen Departements entgegen zu kommen, wurde im September 1920 auf Drängen der elsaß-lothringischen Abgeordneten der ERD-Fraktion sogar eine Art Regionalrat (*Conseil consultatif*) aus Abgeordneten und Landräten des ehemaligen Reichslandes einberufen. Dieser konnte zwar nicht die 1911 zugestandenen Autonomierechte und den Landtag ersetzen, war aber als erster seiner Art in Frankreich ein deutlicher Kompromiß der *Bloc-National*-Regierung an die elsaß-lothringische Verwaltungstradition. Auf Druck der ERD im Parlament bezogen

---

[224] So z. B. Maurice Barrès vor der *Ligue des Patriotes* am 13. 7. 1914. Es tauchte daher auch schon sehr früh in der Presse als Forderung auf, z. B. anläßlich der Vertreibung des Abbé Delsor durch die Regierung Combes 1904, vgl. in: RDDM vom 1. 2. 1904 („nous considérons l'Alsace comme une partie détaché de nous-mêmes"), in: RDDM vom 1. 3. 1910, über das Autonomiestatut, und noch deutlicher Edouard Schuré in RDDM vom 1. 12. 1914, S. 435–456: „L'Alsace-Lorraine rendue à la France sera le gage et le symbole d'une victoire sereine et radieuse: celle du Droit sur la Force." Die These von Duroselle, La Grande Guerre des Français, S. 38, daß es mehrheitlich kein Revanchebedürfnis in Frankreich gegeben habe, ist aus unserer Sicht falsch und geht an der Problematik vorbei. Nur weil man das Wort Revanche nicht formulierte, konnte es im Denken gleichwohl vorhanden sein, nur dies erklärt auch die schnelle Übernahme in die Kriegsziele. Raithel, Das Wunder der inneren Einheit, S. 372 und 409, spricht daher vom verschwiegenen Revanchismus, der schnell in die Kriegsziele eingegangen sei. Der grundlegende Artikel hierzu von Bertrand Joly weist zwar nach, daß der *nationalisme revanchard* auf wenige extreme Gruppen begrenzt blieb, seine S. 327 und 344 zitierten Aussagen des liberalen Ribots beweisen aber auch, daß man in bürgerlichen Kreisen das Ziel der Revanche niemals aufgegeben hat, vgl. Joly, La France et la Revanche. Für die Kriegsziele vgl. Renouvin, Les buts de guerre du gouvernement français, Soutou, La France et les marches de l'Est, und Stevenson, French war aims against Germany. Die Erinnerung an die verlorenen Provinzen war Teil der französischen Schulbücher, v. a. des berühmten Tour de la France par deux enfants vor 1914, vgl. Mayeur, Une mémoire-frontière: l'Alsace, S. 89.

[225] Vgl. die Rede des AD-Mitglieds Lazare Weiler am 1. 10. 1919, JO, Débats, Chambre, S. 4678ff., in der Abgeordnetenkammer. Über die Rolle Elsaß-Lothringens im französischen Denken vgl. Digeon, La Crise allemande de la pensée française, und allgemein für die Nachkriegszeit Dreyfus, La vie politique en Alsace, S. 34ff.

[226] Raymond Poincaré, Au Service du Pays, Bd. 9, Eintrag vom 3. 5. 1920, S. 205f.

sich die einzigen Veränderungen, die bis 1924 an dieser Sonderstellung vorgenommen wurden, auf die von Poincaré in der sogenannten *loi Colrat* intendierte Umwandlung des Hochkommissariats in ein eigenes Unterministerium (*Sous-secrétariat d'Etat*)[227]. Ansonsten wurde der Sonderstatus von Elsaß-Lothringen nicht angetastet.

Zum Träger dieser „regionalistischen" Haltung gegenüber Elsaß-Lothringen im Parlament wurde die ERD, deren Vorstellungen später in die Programmatik der FR eingehen sollten. Dafür waren zwei Gründe entscheidend: erstens flossen in der Beibehaltung eines Sonderstatus für Elsaß-Lothringen regionalistische Vorstellungen der Progressisten und Katholiken zusammen, weil eine lang gehegte Forderung nach Revanche erfüllt war[228]. Zweitens waren alle konservativ-katholischen Abgeordneten dieser drei Departements der ERD beigetreten und verkörperten gewissermaßen *in persona* die der liberal-konservativen Sammlung inhärente Vorstellung von einer Versöhnung der katholischen Elemente mit der Republik im Zeichen des Triumphes über Deutschland[229]. Um sie von einer möglichen Abspaltung und der Gründung einer landespolitischen Gruppe abzuhalten, mußten gerade ihre Interessen berücksichtigt werden.

Wenn man sich zunächst diesem *personalen* Aspekt zuwendet, so stellt man fest, daß mit den elsaß-lothringischen Abgeordneten ein klerikal-katholisches Milieu in die französische Kammer Einzug gehalten hatte, das in seiner organisatorischen Stärke und seiner Anbindung an die Kirche selbst die am besten organisierten Departementalverbände der ALP übertraf[230]. Im Unterschied zu Frankreich war der Parteibildungsprozeß im ehemaligen Reichsland, analog zur deutschen Entwick-

---

[227] Der von Maurice Colrat ausgearbeitete Gesetzesvorschlag sah vor, das Kommissariat in Straßburg aufzulösen und Teile der Verwaltung den Pariser Zentralbehörden unterzuordnen, z.B. die Eisenbahn, Justiz, Bergwerke, PTT, Straßenbau, Forst-, Wasser- und Landwirtschaft. Dagegen sollten die heiklen Bereiche Erziehung, Kult, Inneres, Polizei, Sozialversicherung, Finanzen in einem eigenen *Sous-sécretariat d'Etat* zusammengefaßt werden. Damit konnten die über 2847 konfessionellen Schulen zunächst erhalten bleiben, ebenso die Bismarcksche Sozialversicherung und die Kirchensteuer. Vgl. den Bericht des ERD-Deputierten Schumann dazu in: *La Revue d'Alsace et de Lorraine* vom Januar 1924, S. 20f.

[228] Am 16.10.1921 wurde in Metz eine Statue zu Ehren von Paul Déroulède aufgestellt. Poincaré, der 1899 noch für Déroulèdes Exilierung gestimmt hatte, schrieb nun bezogen auf Déroulèdes revanchistische Propaganda vor dem Krieg über diesen: „Il a mieux que tout autre contribué à nous sauver de la lâchté et de l'oubli", vgl. Raymond Poincaré, Chronique de la Quinzaine, in: RDDM vom 15.10.1921, S. 948.

[229] Vgl. die Rede des FR-Präsidenten Milliard auf dem Bankett des *Bloc National* in Paris, abgedruckt in *Bulletin de la FR* vom Januar 1920, und die Rede des Elsässer Deputierten Oberkirch auf der ersten FR-Konferenz in Lyon am 30.4.1922: „Il faut que par l'Alsace Lorraine vienne la fin des nos dissensions qui font le jeu de l'Allemagne." In Bulletin *de la FR*, Mai 1922. Der ERD-Vorsitzende Arago hatte ausdrücklich am 18.1.1920 Robert Schuman versprochen, seine Gruppe werde die religiösen und schulpolitischen Forderungen der Elsaß-Lothringer unterstützen. Der Brief ist zitiert in Poidevin, Robert Schuman, homme d'Etat, S. 45.

[230] Mit dem Abbé Muller, dem Pastor Altorffer, dem Abbé Wetterlé und dem Abbé Hackspill waren allein vier Kleriker gewählt worden, mehr als das ganze französische Parlament 1914–1919 besessen hatte. Dazu kamen eine Reihe von bekannten Sozialkatholiken um Seltz, Simonin, Walter und Schuman sowie zwei aristokratische Offiziere, der General de Maud'Huy und der Comte de Leusse.

lung, weit fortgeschritten: die neuen Abgeordneten um den jungen Robert Schuman und den Abbé Wetterlé entstammten mitgliederstarken und gut strukturierten Organisationen. Im Elsaß hatte sich zunächst gegen die preußische Verwaltung, dann aber auch gegen die protestantischen Liberalen und Sozialisten (Großblock der Linken) ab 1903/6 ein dem Zentrum nahestehendes *Centre Alsacien* um Wetterlé und Delsor gegründet, das durch die Einbindung des stark ausgeprägten Milieukatholizismus einen volksparteilichen Charakter angenommen hatte[231]. Analog dazu war in Metz eine katholische *Union populaire lorraine* entstanden, ebenfalls mit starker Verwurzelung im katholischen Sozialmilieu. Die führenden Abgeordneten der ERD hatten deshalb schnell erkannt, daß diese Milieuparteien einerseits als organisatorisches Vorbild für die eigene Parteistruktur dienen konnten, und andererseits vor Ort die Garanten für eine reibungslose Eingliederung der drei Departements in die „Mère-patrie" Frankreich waren[232]. So war es auch kein Wunder, daß der erste FR-Delegierte für Lothringen, Pierre Braun, im August 1920 die französische Verwaltung kritisierte, die sich wie eine „civilisation supérieure" geriere und alle französischen Regionen in die gleiche „moule impitoyable" einzwängen wolle[233]. Die Linie von ERD/FR gab also eindeutig eine möglichst selbständige, dezentrale Entwicklung der neuen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen vor.

Neben der Einbindung der katholischen Milieuparteien in ihre eigenen Reihen war eine zweite Motivation der ERD für diese Linie auch die Idee eines regionalistischen Experimentierfeldes gewesen[234]. Elsaß und Lothringen sollten einen Präzedenzfall bilden, mit dessen Hilfe das Regionalismuskonzept sukzessive auf weitere Teile Frankreichs ausgeweitet werden konnte, denn: „Le régionalisme, et lui seul, refera de la France [...] une pôle d'attraction, parce qu'il offrira l'institution de l'unité dans la diversité et dans la liberté"[235]. Es war dabei klar, daß diese Ausweitung *eo ipso* eine Anbindung des regionalen Bewußtseins an den neuen Verwaltungsraum mit sich brachte, analog zu den Verhältnissen im Elsaß und in Lothringen[236]. In dem Vorhaben, das regionalistische Potential der Bevölkerung

---

231 Vgl. Baechler, Le Parti Catholique Alsacien, S. 95ff. Im deutschen Lothringen hatte sich mit der *Union populaire catholique* eine Sonderabteilung des Volksvereins für das katholische Deutschland gegründet, die über 10000 Mitglieder zählte. Über die enge Vernetzung von Politik, Klerus, Presse und Vereinskatholizismus am Beispiel Schumans vgl. Poidevin, Robert Schuman, homme d'Etat, S. 29ff. und 49ff.

232 Vgl. *Bulletin de l'ALP* vom 1.6.1921, wo der Zustand der französischen *modérés* gegenüber den elsaß-lothringischen Gruppen als *embryonnaires* bezeichnet wird. Ferner Paul Bourson, Le Vote de l'Alsace, in: RDDM vom 15.12.1919, S. 909–919, und Pierre Braun, Le Vote de la Lorraine, ibidem S. 920–929, das Zitat *Mère-Patrie* S. 924.

233 Anlaß für Konflikte waren unter anderem die unterschiedliche Bezahlung von „indigenen" und französischen Lehrern sowie die Aufhebung der priesterlichen Befugnisse in den Konfessionsschulen. *Bulletin de la FR* vom Juli–August 1920.

234 Dies bestätigt der damalige ERD-Abgeordnete Georges Bonnefous in seiner Histoire politique, Bd. 4, S. 41. Ähnlich auch schon der General Bourelly am 1.9.1916 in *La Croix* in einem Artikel mit dem Titel *La petite et la grande patrie*.

235 So Soulier auf dem FR-Kongreß 1925 in seinem *rapport religieux*, ein Exemplar in: AN 317, AP 75.

236 Vgl. den Artikel von Maurice Ordinaire in DR vom 10.3.1924, der sogar explizit das Wort *régionalisme* verwendet.

für solche Räume zu mobilisieren, lag auch der entscheidende Unterschied zwischen der ERD und den *progressistischen* Vorschlägen der Vorkriegszeit, da die liberal-konservative Sammlung nun bereit war, auf Sensibilitäten „von unten" einzugehen. Sie unterschied sich darin von den Vorstellungen des Staatspräsidenten Millerand, der in seiner Ba-Ta-Clan-Rede 1919 die Regionen noch als reine Verwaltungsräume „von oben" konstituieren wollte, ohne Rücksicht auf ein regionales Bewußtsein[237]. Der Generalsekretär der FR, Maurice Halays, der 1919 ähnliche, rein administrative Vorstellungen hatte, mußte sich aus der FR sogar zurückziehen und bezeichnenderweise Maurice Spronck, einem katholisch inspirierten Regionalisten, Platz machen[238].

Mit diesem „neuen" Regionalismus, der regionale Entitäten nicht nur als Verwaltungsstruktur, sondern auch als *mental maps* begriff, hatte die ERD/FR zwar noch nicht die von der Revolution abgeschafften Provinzen als *corps intermédiaires* revitalisiert, sie bot aber dem Individuum eine unterhalb der staatlichen Ebene angesiedelte zweite Identifikationsmöglichkeit an, die nicht mehr mit der republikanisch-jakobinischen Idee des *contrat social* zwischen Individuum und Staatsnation kongruent war. Hierin zeigte sich, daß die Vorkriegsposition der Progressisten, die mehrheitlich noch den Regionalismus als bloße Dezentralisierungsvariante gesehen hatten, einer neuen, vormals nur von Leuten wie Marin und Méline vertretenen Position gewichen war. Diese akzeptierten sehr wohl auch eine „emotionale" Aufladung des Regionalismus, d.h. die Einbindung kultureller Besonderheiten und Identifikationsmuster „von unten" in die Region. Da die Gebiete, die bereits über eine entwickelte *conscience régionale* verfügten, v.a. auf die katholischen Grenzprovinzen Bretagne, Baskenland, Savoyen, Lothringen und die Franche-Comté beschränkt waren, kann diese Positionsänderung als ein eindeutiger Schritt in Richtung der Katholiken interpretiert werden[239]. Wenngleich auch nicht die Protektion der katholischen Kirche explizit thematisiert wurde, so konnten sich unter dem Deckmantel des Regionalismus bzw. der regionalen Besonderheiten sehr wohl katholische Interessen oder Vorrechte verbergen, die nun von der liberal-konservativen Sammlung unterstützt wurden[240].

---

[237] Millerand hatte in seiner Ba-Ta-Clan-Rede *conseils régionaux* auf sozio-professioneller Basis gefordert, vgl. Farrar, Principled Pragmatist, S. 206–208. In seinem wichtigen Buch Le Bloc National Républicain, S. 23, schrieb der protestantische Pfarrer und spätere Vizepräsident der FR, Edouard Soulier, daß die Regionen über eine eigene „personnalité" verfügen müßten, um den „renouveau provincial" wirklich in die Wege leiten zu können. Michel Missoffe, ein junger FR-Abgeordneter aus Paris, hatte die Departements 1919 gar „une sabotage géographique" genannt, zitiert bei Maurice Talmeyer, Les Bouleversements de Paris – La Capitale de Demain, in: RDDM vom 15.7.1923, S. 436–452, hier S. 447.

[238] Zur Einordnung des Rücktritts Halays im Juni 1920 vgl. Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 155. Halay hatte eine dezidiert *progressistische* Linie innerhalb der ERD vertreten.

[239] Zum Beispiel sollte die Schulpolitik, die für die ERD/FR immer ein heikles Thema darstellte, nicht national, sondern regional behandelt werden, also im katholischen Westen anders als im republikanischen Centre, v.a. was die Subventionierung der Privatschulen betraf.

[240] So berief sich der Abbé Bergey 1924 in seiner Kampagne für den religiösen Sonderstatus von Elsaß-Lothringen auf den „régionalisme" als „défenseur de nos traditions, de notre parler, de nos coutumes, en un mot de tout ce qui fait le charme prenant de notre petite patrie." Zitiert bei Bonafoux-Verax, Fédération, S. 24.

Hatte die elsaß-lothringische Frage also eine Positionsänderung bei den ehemaligen *Progressisten* bewirkt, so hatten sich im Gegenzug auch viele Katholiken bewegt. Entscheidend war dabei, daß sich die Fundamentalkatholiken und halbherzigen *Ralliés* gegen eine große, zum Ausgleich bereite Mehrheit nicht durchsetzen konnten. Jean Guiraud hatte zwar seit 1915 Elsaß-Lothringen als Sprungbrett für eine „Rekatholisierung" ganz Frankreichs gepriesen, beklagte sich aber selbst nach dem Krieg über den geringen Rückhalt, den seine Meinung in katholischen Kreisen fand[241]. Auch die Forderung des ehemaligen Monarchisten Xavier Vallat, den neuen Regionen politische Rechte zuzugestehen, konnte sich innerhalb der ALP nicht durchsetzen. Die Mehrheit der Katholiken stellte sich vielmehr hinter einen Regionalismus, der sozial, wirtschaftlich und kulturell motiviert war, aber keine *politischen* Sonderrechte forderte, die Möglichkeiten für bundesstaatliche oder gar autonome Bestrebungen geboten hätten. Diesem stimmte selbst ein so prominenter Katholik wie der Kardinal Baudrillart vom *Institut catholique* zu, der im Regionalismus gleichermaßen eine Chance und eine Gefahr erkannte[242]. Die große Mehrzahl der Katholiken der ALP hatte also die reaktionäre Traditionslinie aufgegeben und den modernen Zentralstaat Frankreich anerkannt. Das umfangreiche Vorkriegsprogramm der an das *Ancien Régime* erinnernden „gewachsenen Regionen" mit politischen Rechten wurde zu keiner Zeit mehr aufgenommen. Statt dessen akzeptierte man Regionen, die einerseits durch ihre sozialökonomische Verfaßtheit und andererseits, soweit möglich, durch ein regionales Bewußtsein eine Entität bildeten, ohne damit in Konkurrenz zum republikanischen Staat zu treten.

Zur sozialen und wirtschaftlichen Struktur der jeweiligen Region gehörte ohne Zweifel auch der Aspekt von *berufsständischer Repräsentation*. Sollte sich die Berufs- und Erwerbsstruktur einer Region auch auf die dortige Verwaltung auswirken? Diese Frage tangierte eine der wesentlichen Errungenschaften der Französischen Revolution, nämlich die Abschaffung der Zünfte und ständischen Gremien, an deren Stelle der Gesellschaftsvertrag zwischen Individuum und Nation getreten war. Wie bereits dargelegt wurde, hatten die *Progressisten* als liberale Republikaner lange Zeit berufsständische Repräsentation abgelehnt, während sie bei den Katholiken der ALP in ein großes korporatistisch-reaktionäres Gesamtprogramm eingebettet war. Die Zunahme der wirtschaftlichen und sozialen Probleme, das quantitative Anwachsen der Arbeiterschaft und der sozialistischen Parteien sowie der Eintritt sozialkatholischer Kräfte in ERD und FR nach 1919 haben diesbezüg-

---

[241] *La Croix* vom 21.1.1915. Guiraud hatte gleichzeitig die Dezentralisierungsvorschläge des AD-Politikers de Lanessan gutgeheißen, aber auch *politische* Rechte für regionale Versammlungen gefordert. *La Croix* vom 29.10.1918. Seine Kritik an den „halbherzigen" Regionaldebatten in *La Croix* vom 16.5. und 20.5.1919.

[242] Vallat in *Bulletin de l'ALP* vom 15.6.1920, wo er Vorschläge des späteren elsässischen Autonomisten Abbé Muller aufnahm. Baudrillart im Gespräch mit dem katholischen ERD-Abgeordneten und Landwirtschaftsminister Lefebvre du Prey, Eintrag am 19.11.1921, Baudrillart, Carnets 1919-21, S. 944 : „nous tombons d'accord sur les dangers du régionalisme, surtout à l'heure où la France a besoin d'être très une. Cependant un certain régionalisme économique est nécessaire." Bei Baudrillart mag hierbei auch seine bonapartistische Prägung mitgewirkt haben. Ähnlich auch schon der liberalkatholische *Eclair* vom 16.11.1918.

lich zu einer Positionsverschiebung bei der parlamentarischen Rechten geführt[243]. Die berufsständische Repräsentation wurde, wie oben bereits ausgeführt wurde, aus ihrem korporatistischen Gesamtzusammenhang gelöst und als eigene Forderung zur Lösung der ökonomischen Probleme der Nachkriegszeit aufgestellt. Alte *Progressisten* wie Bonnefous beugten sich dieser Aufgabe liberaler Positionen nur zögerlich, wichen aber zumal in der Zeit der Inflationskrise dem Druck der sozialkatholischen Elemente, die von der ALP kamen. „Le bon régionaliste", so schrieb die FR-Zeitung La Nation 1927, „proteste contre les excès de la centralisation jacobine dont nous souffrons et qui deviennent intolérables quand la conscience professionnelle disparait des rouages de l'Etat."[244]

Diese Argumentation resultierte aus den oben besprochenen Überlegungen zur *organisation professionnelle* anläßlich der Umwandlung des Senats in eine berufsständische Kammer. Auch die Regionen sollten einen berufsständisch gegliederten Unterbau erhalten und damit als Ebene zwischen das Individuum und den Staat im wirtschaftlichen Bereich treten. Der aus der sozialkatholischen Tradition stammende Vizepräsident der FR, Louis Duval-Arnould, betonte so schon 1925, als die Auswirkungen der Inflationskrise unmittelbar zu spüren waren, daß weniger auf nationalstaatlicher Ebene als vielmehr in den Regionen der Berufsstand als Entität zwischen Staat und Individuum erscheinen müsse[245]. Weil die Regionen, wären sie nach der Vorstellung der liberal-konservativen Sammlung eingerichtet worden, daher zwangsläufig den Charakter eines *corps intermédiaire* angenommen hätten, kann man in dieser Forderung eine deutliche Abweichung von der liberalen Traditionslinie der *Progressisten* feststellen. Es ist allerdings zu betonen, daß der Konsens bei der FR in dieser Frage vor allem der Herauslösung der berufsständischen Repräsentation aus einem reaktionären Gesamtkatalog geschuldet ist, was auch von Seiten der Katholiken eine Aufgabe traditioneller Positionen bedeutete. Berufsständisch aufgebaute Regionen waren also gewissermaßen der Kompromiß zwischen liberal-individualistischen und korporatistisch-konservativen Regionalismusvorstellungen.

Die ökonomischen Herausforderungen der 1920er Jahre haben bei den ehemals liberal-*progressistischen* Kräften zur Adaption regionalistisch-berufsständischer Vorstellungen aus sozialkatholischer Provenienz geführt und die liberale Traditionslinie zurückgedrängt. Gleichwohl würde man zu weit gehen, die ERD/FR als „neokorporatistische" Sammlung zu bezeichnen, wie oben bereits ausgeführt wurde. Im Unterschied zu La Tour du Pin oder zur Programmatik der Vorkriegs-ALP ging es der ERD/FR nicht mehr um ein *régime corporatif* als gesellschaftliches Gegenkonzept zur bürgerlich-egalitären Republik, sondern um die Verlagerung von ökonomischen Entscheidungskompetenzen von einer staatlich-politischen auf eine regional-berufsständische Ebene[246]. Der eigentliche Korporatismus, bzw. Neokorporatismus entwickelte sich in Frankreich jenseits der politischen

---

[243] Vgl. *Bulletin de l'ALP* vom 1.3.1922 und *Bulletin de la FR* vom Januar 1920 (Artikel Méline).

[244] *La Nation* vom 23.4.1927.

[245] In *La Nation* vom 10.11.1925.

[246] Vgl. die Kritik von Georges Bonnefous an einem Artikel von Jean Laméroux über *La Répresentation professionnelle* in *Bulletin de la FR* vom Februar 1923.

Gruppierungen und verstand sich dezidiert als „unpolitisch". Da er fast alle sozialökonomischen Kompetenzen in die Hände nationaler oder regionaler Ständekammern legen wollte, gab es weder inhaltliche noch personelle Berührungen dieser Strömung mit der FR[247]. Erst nach 1935, als die Weltwirtschaftskrise auch das französische Handwerk und die Landwirtschaft getroffen hatte, sonderte sich aus dem Herzen der FR ein neokorporatistischer Flügel ab, der sich vom Parlamentarismus löste und bald in den Dunstkreis der rechten Ligen und Verbände trat.

Die Annahme dieses neuen Regionalismus mit berufsständischen Zügen und einem eigenen Identifikationsangebot blieb innerhalb der FR nicht unumstritten. Daß die sozialkatholischen Entwürfe schließlich die altliberale Tradition zurückdrängen konnten, lag an der Tatsache, daß mit der Übernahme der Parteiführung durch Louis Marin 1925 ein Vertreter dieser neuen Regionalismus-Variante an die Spitze der Partei kam. Marin selbst war bereits vor dem Krieg nicht nur aktiver Regionalist, sondern zusammen mit katholischen Geistlichen und ALP-Abgeordneten auch Mitglied in genossenschaftlichen Verbänden seines Wahlkreises gewesen. Er hatte den klerikalen Einfluß nur auf politischem, nicht auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet gescheut[248]. Diese konziliante Haltung gegenüber regionalistisch-korporatistischen Ideen sozialkatholischer Herkunft zeigte sich auch 1925 auf dem ersten FR-Kongreß unter seiner Präsidentschaft, als ein Bericht des Abgeordneten de Lamaze über die Verwaltungsreform und eine regionale Einteilung mit berufsständischen Zügen Widerspruch hervorrief. Dank eines im Nachlaß Marins erhaltenen Manuskripts, aus dem die Einsprüche der Anwesenden noch nicht gestrichen wurden, kann man nachvollziehen, daß der altliberale Senator Coignet dem Begriff sowie der intendierten Bedeutung des Wortes *région* skeptisch gegenüberstand. Zu sehr würde der Begriff an die „division de la France en provinces sous l'Ancien Régime" erinnern und unnötig die Gemüter erhitzen. Ferner akzeptierte der Senator zwar grundsätzlich „corps régionaux", aber nicht mit einheitlichen Grenzen in allen Bereichen, sondern mit variierenden pragmatischen Einteilungen[249]. Diese Divergenz der einzelnen Regionstypen hätte natürlich einen Regionalismus „von unten" erschwert, da gleiche Bevölkerungskreise unterschiedlichen Regionen angehört hätten. Marin wehrte jedoch die Kritik des Senator Coignet ab und verhinderte, daß eine eventuelle Abänderung des Berichts von de Lamaze zur Abstimmung kam. Auch beim FR-Kongreß 1927 brach ein ähnlicher Konflikt aus, als der Abgeordnete Lépire die politischen Regionen unter Beifall für tot erklärte. Als dieser aber auch grundsätzlich die Etablierung von Re-

---

[247] Vgl. das zeitgenössische Werk Louis Salleron. Naissance de l'Etat corporatif (1942), und Le Crom, Syndicats, nous voilà!, S. 63ff. Als einer der wenigen FR-Vertreter mit Nähe zum Korporatismus kann der Agrarexperte und Großgrundbesitzer de Monicault gelten.

[248] Unter zahlreichen Verbänden ragt die bewußt regional organisierte *Caisse Lorraine de Retraites* von Erzbischof Turinaz von Nancy heraus, zu deren Gründungsmitgliedern neben Marin auch die ALP-Abgeordneten Driant und de Ludre gehörten. Akte in: AN 317, AP 189. vgl. auch Eck, Louis Marin, S. 200–203 u. 237ff.

[249] D.h. die Militärbezirke, die Gerichtsbezirke, die Wirtschaftsregionen und die Hochschulregionen sollten nicht einheitlich sein, sondern „suivant chaque ordre d'idées" eingerichtet werden, „ce qui évitera d'avoir l'air de reconstituer les anciennes provinces", der 1926 publizierte Kongreß-Bericht in: AN 317, AP 86.

gionen aus dem FR-Programm zu streichen beantragte, kam Unruhe auf und Marin nahm den Antrag erneut nicht in die Tagesordnung auf[250]. Der Regionalismus in seiner neuen, Katholiken und *Progressisten* verbindenden Form, wurde also zur Not auch gegen Kritik der traditionellen Liberalen durchgesetzt und illustriert damit sehr deutlich die programmatische Neuorientierung einer Mehrheit der ehemaligen *Progressisten*.

Der Sieg des Linkskartells 1924 brachte auf nationaler Ebene eine erneute Wiederbelebung der Regionalismusdebatte, da die neue Regierung sowohl den administrativen Sonderstatus Elsaß-Lothringens wie auch die dortigen schul- und sozialpolitischen Ausnahmeregelungen aufzuheben gedachte. Obwohl Mitglieder der FR wie Marin oder der Doubs-Abgeordnete Georges Pernot an den großen Protestkundgebungen der Katholiken in Straßburg und Metz gegen die Maßnahmen der Kartell-Regierung teilnahmen, gelang es der FR und ihrer sich nun *Union républicaine démocratique* (URD) nennenden Fraktion nicht mehr, die Forderung nach den „libértés régionales", wie es im FR-Programm hieß, zu monopolisieren[251]. Der neugegründete *Parti démocrate populaire* (PDP) verfolgte nämlich ähnliche Ziele, zumal der sozialkatholische Flügel des ehemaligen elsässischen Zentrums um Seltz und Walter sowie christliche Demokraten aus den katholischen Hochburgen der Bretagne und des Baskenlandes zu seinen Gründungsmitgliedern gehörten[252]. Schon allein auf Grund ihrer Zusammensetzung aus Abgeordneten der sprachlich-religiösen Randgebiete entwickelte sich diese Partei zu einem Hort des Regionalismus, der auf Grund der sozialkatholischen Tradition seiner Gründer ebenfalls korporatistische Züge annehmen konnte[253].

Da sich die PDP als „Volkspartei" (populaire = populare) verstand, legte sie auch eine gewisse Konzilianz gegenüber dem Gebrauch anderer Sprachen, z. B. im Gottesdienst, an den Tag, ohne jedoch selbst die Autonomiebewegung zu unterstützen. Ihr Regionalismus war damit deutlich radikaler in der Heranziehung der regionalen politischen Kultur als der der FR. Diese blieb nämlich trotz aller regionalistischen Bekenntnisse eine nationalistische Partei und sah gerade in der französischen Sprache ein Bollwerk gegen die Autonomiebewegung[254]. Die Beibehal-

---

250 Lépire sagte „Le régionalisme est un mirage" und wollte aus dem Programm die Worte „sur la base de la constitution de régions" streichen, der 1928 publizierte Kongreß-Bericht in: AN 317, AP 85.

251 Die FR betonte stets die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum nationalen Erbe Frankreichs, immer weniger aber die regionalen Spezifika, vgl. Lucien Romier in DR vom 12.3.1925: „L'Alsace et la Lorraine font partie de la France historique. Elles n'ont pas à adopter des traditions ou des ambitions qu'elles contribuèrent grandement à former."

252 Vgl. Mayeur, Démocratie chrétienne et régionalisme, S. 456, und Delbreil, Centrisme, S. 28f. In der Mitte zwischen beiden Fraktionen stand Robert Schuman, der alle regionalistischen Kräfte für den Erhalt des Sonderstatus von Elsaß-Lothringen, v. a. des *Conseil consultatif*, mobilisieren wollte. Vgl. seinen Artikel in der *Revue d'Alsace et de Lorraine* vom Juni 1925, S. 126.

253 Vgl. Izaure, L'évolution de l'idée d'organisation professionnelle chez les catholiques sociaux en France (1931), Delbreil, Centrisme, S. 371-374, und Droulers, Le père Desbuquois, S. 105-206.

254 In ihr verblieben nur die dissidenten Mitglieder der elsässischen UPR Oberkirch, Pfleger und Weydmann, die 1925 eine pro-französische *Action Populaire Nationale d'Alsace* gründeten. Vgl. Baechler, Le Parti Catholique Alsacien, S. 494ff. Typisch auch die Aus-

tung einer nicht-französischen Landessprache würde ein „retour au passé", ein „démembrement de l'unité française" bewirken und sei als „mauvais régionalisme" zu verurteilen[255]. Das autonomistische Manifest des elsässisch-lothringischen Heimatbundes vom 7. Juni 1926, das für erheblichen Wirbel in der Regionalismusdebatte sorgte, wurde daher auch entschieden abgelehnt[256]. Der Regionalismus der FR blieb ganz dem Denken von Maurice Barrèrs verhaftet, wonach der Kult der Region als *petite patrie* und der der Nation als *grande patrie* sich gegenseitig bedingten. Ausdrücklich wurde am Ende des eben zitierten Artikels aus *La Nation* auch das Wort von Barrès aufgenommen, daß „la province" kein Nippes (bibelot) sei, sondern „une note harmonieuse dans le concert des voix françaises".

Zusammenfassend kann man sagen, daß sich regionalistische Vorstellungen als ein weiterer Kristallisationspunkt der liberal-konservativen Sammlung erwiesen haben. Der dezentrale Ansatz der Vorkriegs-Progressisten blieb dabei weiter von großer Bedeutung, einerseits auf Grund der Überholtheit der revolutionären Departementgrenzen, andererseits angesichts der zunehmenden ökonomischen Probleme in der Nachkriegszeit. Gleichwohl hatte sich als der eigentliche Katalysator der gemeinsamen Vorstellung die Problematik um die Eingliederung Elsaß-Lothringens entwickelt. Nationalistische Hoffnungen auf eine schnelle und dauerhafte Rückgewinnung der Provinzen konvergierten mit katholischen Forderungen nach der Beibehaltung eines kirchenpolitischen Sonderstatus für die drei neuen Departements. Der „neue" Regionalismus der liberal-konservativen Sammlung verließ damit die rein dezentralistischen Konzeptionen des *progressistischen* Regionalismus der Vorkriegszeit und wollte, wo möglich, Rücksicht auf regionale Besonderheiten, auf eine Identifizierung der Bevölkerung mit der Region „von unten", nehmen. Er bewegte sich damit auf den konservativen und korporatistischen Regionalismus der Vorkriegs-ALP zu, ohne allerdings dessen reaktionären Hintergrund zu übernehmen. Der Region sollte also eine soziale, wirtschaftliche und kulturelle Autonomie zugestanden werden, jedoch keine politische. Eine in Regionen mit berufsständischer Repräsentation gegliederte Republik war die Kompromißformel für liberale und katholische Regionalisten.

Die Durchsetzung dieses Regionalismuskonsenses innerhalb der FR war ein maßgebliches Verdienst des Lothringers Louis Marin, der damit die nationalistischen Vorstellungen von Maurice Barrès oder René Bazin über das große und kleine Vaterland zur Parteidoktrin erhob. Diese regionalistisch inspirierte Konstruktion der Nation tolerierte jedoch keinen Regionalismus mit autonomistischen Zügen, der die nationale Einheit untergraben konnte. Wenn Regionalismus und Nationalismus sich auszuschließen begannen, galt für die FR und Marin klar

---

sage Isaacs, Eintrag vom 10.2.1929, Carnets, S. 491: „La langue étant la condition de la nationalité, tous les Français doivent parler français. La langue allemande ne doit subsister, en Alsace et Lorraine, que sous la forme du dialecte."

255 *La Nation* vom 23.4.1927, ein Artikel anläßlich des Prozesses in Colmar gegen den Heimatbund.

256 Vor allem wurde das Recht bestritten, als „nationale Minderheit" den Völkerbund anrufen zu können, da Elsaß-Lothringen 1919 staatsrechtlich nicht annektiert, sondern lediglich restituiert worden war, als auf ewig rechtmäßiger Teil des französischen Staatsgebietes, vgl. *La Nation* vom 19.6.1926.

der Primat des Nationalismus, wie z.B. im Elsaß 1926. Es zeigte sich, daß der christlich-demokratische PDP weitaus flexibler und konzilianter auf solche Konflikte reagieren konnte als die FR, weil diese im Grunde stets eine nationalistische Partei blieb. Regionalismus war für sie insofern immer auch ein Mittel gewesen, die traditionalistischen Kräfte einer Region für sich zu mobilisieren, ohne im Grunde wirkliche regionale Sonderinteressen verteidigen zu wollen.

V. „Familie" und „Frau" im Weltbild der liberal-konservativen Sammlung

1. Zwischen Individualismus und Korporatismus: Familie als liberal-konservativer Gesellschaftsentwurf

Die familienpolitische Debatte vor dem Ersten Weltkrieg

Während in den meisten europäischen Ländern die letzten drei Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg von einem ungebremsten Bevölkerungswachstum geprägt waren, verzeichnete Frankreich, das noch im 18. Jahrhundert das bevölkerungsreichste Land Europas gewesen war, bereits ab 1850 eine Stagnation und bald auch einen langsamen Rückgang der Bevölkerung. Wie in den literarischen Werken von Emile Zola oder Anatole France auf sehr eindrückliche Weise beschrieben wird, war die Ursache dafür die gewollte Selbstregulierung der Kinderzahl vor allem bei den aufsteigenden Mittelschichten. Diese mentale Veränderung, an deren Anfang die Überlegung stand, den wenigen Kindern eine solide Ausbildung und die Chance zum Wohlstand zu ermöglichen, griff rasant um sich und wurde damit zum entscheidenden Faktor der besonderen demographischen Entwicklung Frankreichs. Schon die Zeitgenossen prägten den dafür bis heute gebräuchlichen Begriff des demographischen *malthusianisme*, wobei dieser sowohl zur Anklage wie zur Verteidigung in der familienpolitischen Debatte eingesetzt wurde. Daß es eine solche in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg überhaupt gegeben hat, ist sicherlich ein weiterer Beweis für den demographischen Sonderweg Frankreichs und sollte von entscheidender Bedeutung für das Gelingen einer im übrigen bis heute nachhaltigen Familienpolitik werden.

Es dürfte nach den bisherigen Ausführungen in dieser Arbeit kaum überraschen, daß auch die familienpolitische Debatte in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg in das bipolare Spannungsfeld von *Droite* und *Gauche* eingebettet war. Dennoch war es keineswegs so einfach, wie man denken könnte, daß Natalismus eine Sache der Rechten und Malthusianismus eine Sache der Linken gewesen ist[1]; vielmehr verlief die Grenze der beiden Positionen durch die Mitte der klassischen Linken, wobei vor allem die Freimaurer und die Verbände der *Libre Pensée* eher dem Malthusianismus zuneigten, während das große Spektrum der gemäßigten Liberalen der Mitte durchaus natalistische Positionen bezog. Dies brachte es mit sich, daß der Natalismus selbst, der den malthusianistischen Habitus der Gesell-

[1] Natalismus bzw. Pronatalismus wird im folgenden als Aktivität und Propaganda zur Hebung der Geburtenrate verstanden; Malthusianismus bzw. Neomalthusianismus als gewollte und propagierte Senkung der Geburtenrate nach der bevölkerungstheoretischen Lehre von John Malthus. Über die gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstandene und bis heute virulente natalistische Konzeption in Frankreich vgl. die stark kritische Studie von Le Bras, Marianne et les lapins, über den Malthusianismus Ronsin, La Grève des ventres, und Dienel, Kinderzahl und Staatsräson.

schaft bekämpfen wollte, in zwei Strömungen gespalten war – eine republikanisch-linke (a) und eine katholisch-rechte (b), die je unterschiedliche Argumentationsfiguren benutzten und Ziele verfolgten. Ergebnis dieser Aufspaltung war ein doppelter Vergesellschaftungsprozeß der natalistischen Interessenvertretung entlang den genannten Bruchlinien.

(a) Zunächst wurde von dem Professor für Anthropologie Bertillon 1896 die republikanisch orientierte *Alliance nationale pour l'accroissement de la natalité française* (ANANF) gegründet, deren Ziel es war, das herrschende Dogma der Zwei-Kinder-Familie zu durchbrechen und durch Intervention bei den Parlamentariern eine materielle Begünstigung kinderreicher Familien zu erwirken. Ihre Methode war einer wissenschaftlich-rationalen Tradition verpflichtet, die durch theoretische Analysen versuchte, soziale, wirtschaftliche, politische und mentale Ursachen des Bevölkerungsrückgangs auszumachen, um ihn dadurch eindämmen zu können. Die Motivation dafür war einem „patriotischen" Bedürfnis nach Bevölkerungspolitik entsprungen, da man das Schwinden der Geburtenzahlen als potentielle Schwäche der eigenen Wehrkraft (*défense nationale*) betrachtete[2]. Auf Grund ihrer wissenschaftlichen Herangehensweise hatte die ANANF in ihren Publikationen den moralischen Gründen für die Entvölkerung bestimmter Gebiete in Frankreich Gewicht eingeräumt, hütete sich aber davor, explizit das Thema der Religion anzuschneiden, das sie als republikanischen Verband in der Hochphase des französischen Kulturkampfes in arge Bedrängnis gebracht hätte.

(b) Aus Unzufriedenheit darüber und auf Grund tatkräftiger Unterstützung des katholischen Klerus bildete sich daher kurz nach der Jahrhundertwende eine eigenständige „rechte", oder, wenn man so will, katholische Natalistengruppe heraus, die sich explizit als *Familien*bewegung *(mouvement familial)* verstand. Ihre theoretische Grundlage bildeten im wesentlichen die sozialkatholische Lehre der Päpste sowie die Ideen der legitimistischen Philosophen de Maistre, de Bonald und insbesondere des liberalkatholischen Frédéric Le Play. Alle drei hatten die Familie als Gegenkonstruktion zum „revolutionären" Individualismus, wie er sich im *Contrat social* und im *Code civil* manifestierte, entworfen und sie deutlich in die korporatistische und monarchistische Denktradition eingewoben[3]. Im Unterschied zu ANANF entstand sie nicht „von oben", d.h. auf der Ebene der bürgerlichen Eliten in Paris, sondern in den einzelnen Regionen und Departements und war nicht selten vom niederen Klerus und der sozialkatholischen Vereinsstruktur getragen. Beispiele hierfür sind die *Action sociale* des gesellschaftlich sehr engagierten Bischof Gibier von Versailles sowie die *Action populaire* in Reims unter P. Leroy, die beide erste Verbandsstrukturen für kinderreiche Fami-

---

[2] Vgl. das Buch des langjährigen Vorsitzenden der AN, Fernand Boverat, Patriotisme et Paternité (1913), dessen Devise „La Dépopulation, c'est la guerre" war.

[3] Dies geschah auch vor dem Hintergrund der in Frankreich besonders starken neoscholastisch-thomistischen Renaissance, die die katholische Naturrechtslehre vom Menschen als *animal sociale* dem Individualismus der Moderne entgegensetzte. Vgl. die für den deutschen Katholizismus in der Weimarer Republik sehr ertragreiche Studie von Heinemann, Familie zwischen Tradition und Emanzipation, S. 109–132, und für Frankreich Dupâquier/Faure-Chamoux, La famille.

lien gründeten[4]. Gebündelt wurden die zahlreichen lokalen und regionalen Gruppen 1908 in der *Ligue populaire des pères et mères de familles nombreuses* (*Ligue Maire*) unter dem Hauptmann Maire, dem es bis 1914 gelang, die Zahl der Mitgliedsverbände auf über 1500 zu erhöhen und eine zentrale Vernetzung der katholischen Familienbewegung herbeizuführen.

Wenn man nun nach der Verortung von Progressisten und ALP im Gefüge der doppelt entwickelten Natalistenbewegung fragt, so zeigt sich, daß beide zwar dezidiert pronatalistische Positionen vertreten haben, jedoch in ihrer Argumentation und ihrem Engagement verschieden blieben. Mit legitimistischen Sozialkatholiken wie Albert de Mun stellte sich die ALP deutlich in die Tradition des konservativistischen Familiendiskurses und war über die Zeitung *L'Eclair* eng mit der *Ligue Maire* verbunden[5]. Da sich weder die AF noch der Sillon vor 1914 für die Familienproblematik interessierten, konnte die ALP dieses Thema auf der rechten Seite gewissermaßen monopolisieren. In ihrer Argumentation schloß sie sich dabei der Linie der kirchlichen Hierarchie an: Ursache des Bevölkerungsrückgangs war für sie im Grunde die Entchristianisierung des Landes seit der Revolution und ihre gravierenden „moralischen" Konsequenzen wie Abtreibung und Empfängnisverhütung. Durch Individualisierung des Rechtsverständnisses und Maßnahmen des republikanisch-laizistischen Staates wie die Einführung des Scheidungsrechtes oder die Trennung von Schule und Kirche sei diese allgemeine gesellschaftliche Verfallserscheinung noch unterstützt worden. Im Anschluß an die von der Enzyklika *Rerum Novarum* von 1891 aufgestellte Soziallehre Leos XIII. postulierte die ALP eine prinzipielle und vorstaatliche Autonomie der Familie, in die einzugreifen kein staatliches Organ befugt war. Die Mobilisierung von Familienverbänden diente daher nicht nur der Verteidigung materieller Interessen kinderreicher Familien, sondern war ein gegen den modernen Individualismus gerichteter gesellschaftlicher Gegenentwurf, der Familie als organischen Teil einer korporatistischen und christlich-katholischen Sozialordnung verstand.

In den östlichen Gebieten Frankreichs war die ALP des weiteren mit einer eigenen katholischen Bewegung für Familieninteressen verbunden, der *Union des associations catholiques de chefs de famille* (ACCF) unter Jean Guiraud[6]. Die Vertei-

---

[4] Zu Gibier vgl. seine Werke Nos plaies sociales (1900), und La désorganisation de la famille (1901), zur *Action sociale* vgl. *La Croix* vom 25.9., 1.10., 9.10.1917 und 10.1.1918. Zur *Action populaire* und den *Semaines Sociales*, die 1911 zum ersten Mal einen Kongreß über die Entvölkerung abhielten, vgl. Droulers, Le Père Desbuquois, und ders., L'Action populaire et les Semaines sociales de France.

[5] *L'Eclair* um Ernest Judet war ein bonapartistisches Blatt, das die *ralliierte* ALP voll unterstützte. Es diente gleichzeitig als Öffentlichkeitsorgan der *Ligue Maire*.

[6] Jean Guiraud selbst war lange Zeit Vorsitzender der ALP im Doubs. Ebenfalls im Vorstand der ALP sowie der ACCF war der spätere Abgeordnete Paul Gay (Haute-Saône). Im Mai 1911 wurde in Paris der Zusammenschluß aller ACCF-Verbände unter der Ägide des Monarchisten Colonel Keller sowie Jean Guiraud vollzogen. Es entstanden 22 Modellkomitees nach dem Vorbild des Doubs mit den Schwerpunkten Haute-Savoie, Marne, Isère, Rhône, Aisne, Saone-et-Loire, Ain, Haute-Marne, Yonne, Drôme. Vgl. Talmy, Histoire du mouvement familial, S.151ff., und Brugerette, Le prêtre français, Bd.III, S.53ff. Zur Personalunion von ALP und ACCF-Vorsitzenden in den einzelnen Gemeinden vgl. die Aufstellung von Jean Guiraud vom 4.12.1912 für die Franche-Comté in: AN 362, AP 151, Dossier 4. Die Zahl der Mitgliedsverbände wurde auf 659, die der Mitglie-

digung religiös-paternalistischer Familienvorstellungen und die Eindämmung der Entvölkerung hatten sich dort mit dem Kampf gegen die neutrale Staatsschule verbunden und spiegelten auf eindrückliche Weise die konservativ-katholische *défense-religieuse*-Strategie der ALP wider. Die ACCF griff besonders stark in den „Kampf um die Schulbücher" ein und verließ damit ihr ursprüngliches Gebiet der Familienpolitik. Unter ihrem sehr engagierten Vorsitzenden Jean Guiraud, dem späteren Chefredakteur von *La Croix*, konnte sie über die Gründung von Elternvereinen bis 1914 fast 170 öffentliche Schulen *de facto* kontrollieren und stand im permanenten Kampf mit der öffentlichen Verwaltung[7]. Die von Guiraud publizierte Zeitschrift *Ecole et Famille*, die den programmatischen Dualismus der Organisation im Namen führte, diskutierte die Familienproblematik immer ausschließlicher unter dem Gesichtspunkt der religiösen Erziehung der Kinder, auf die die „Familienchefs" einen naturrechtlichen Anspruch hätten[8]. Ihr zentrales Anliegen wurde dadurch immer weniger die Familienpolitik als solche, denn vielmehr die Durchsetzung der katholischen Weltanschauung bei der Kindererziehung. Sowohl die ideengeschichtliche Verortung wie auch die Untersuchung struktureller Netzwerke des katholischen Natalismus haben daher ergeben, daß Pronatalismus und Familienpolitik für die ALP kein eigenständiges politisches Anliegen darstellten. Sie waren vielmehr Bestandteil des umfassenden Forderungskatalogs der katholischen Sammlung und dem Kampf gegen den laizistischen Staat untergeordnet. Insofern waren sie in dieser Form ein „rechtes" Postulat.

Für die *Progressisten* hingegen war die Positionierung in diesem Spannungsfeld des Pronatalismus äußerst schwierig. Einerseits sahen sie ein, daß es einen nicht zu leugnenden geographisch-demographischen Zusammenhang zwischen Religiosität und Population gab, da gerade die entchristianisierten Gebiete Zentral- und Südwestfrankreichs die höchsten Geburtenrückgänge verzeichneten; umgekehrt wiesen Gebiete mit hoher religiöser, d.h. katholischer Verhaftung wie die Bretagne oder der Osten weiterhin steigende Geburtenraten auf. Andererseits mußten die *Progressisten* jedoch vermeiden, in den Sog der katholischen Familienbewegung zu geraten, da sonst ihre *sincérité républicaine* auf dem Spiel stand. Ein *progressistischer* Abgeordneter wie Louis Dubois unterstützte daher zwar die ACCF und

---

der auf über 50000 geschätzt, so ein Bericht der *surêté* vom Juli 1921 in AN, F/7 12949. Allein in der Isère bestanden 1914 241 ACCF-Gruppen, vgl. Barral, Le Département de l'Isère, S. 265.

[7] Anders als im Westen war im östlichen Frankreich der traditionelle Adel seit dem 17. Jahrhundert immer mehr verschwunden und damit auch die soziale Basis für ein Netz von katholischen Privatschulen, wie z.B. in der Bretagne. Da Teile Lothringens, der Franche-Comté und Savoyens weiterhin stark katholisch geprägt waren, entwickelten sich unter Guiraud diese Selbsthilfeorganisationen der ACCF, die das Thema Familie auf das engste mit dem Thema Schule verflochten. Ihre Teilverbände sammelten 1914 immerhin 1,2 Millionen Unterschriften gegen die neutrale Staatsschule (*La Croix* vom 13.7.1914). Auf Grund der bitteren Auseinandersetzungen um die Schulbücher wurde z.B. der ACCF-Verband von Bayonne 1911 verboten; der offizielle Rechtsstatus der ACCF wurde sogar erst am 23.7.1918 vom obersten Verwaltungsgericht anerkannt.

[8] Die Schwerpunktverlagerung von *famille* auf *école* kann anhand der Briefe von Paul Gay an Guiraud vom 13.3.1910, 27.12.1912, 16.2.1913 und 15.1.1914, nachvollzogen werden. In: AN 362, AP 148, Dossier 2.

abonnierte sogar deren Zeitung *Ecole et Famille*[9], trat damit aber weder in die Öffentlichkeit noch gründete er einen Lokalverband in seiner Heimatgemeinde. Die zwischen der rechten und linken Natalistenbewegung oszillierende[10] Position der *Progressisten* zeigte sich besonders deutlich in ihrer Argumentation. Der Antrieb für Familienpolitik erfolgte nämlich nicht vor dem Hintergrund der katholischen Soziallehre und ihrer antimodernistischen Stoßrichtung, sondern auf Grund der Sorge um die nationale Wehrkraft.

Im Sinne dieses nationalistisch motivierten Natalismus erklärte der *Progressist* Louis Marin 1912 vor einem Mädchenpensionat in Ecouen, daß eine große Familie nicht nur das Ziel der menschlichen Natur, sondern auch „un service civique et national" und ein „dévouement patriotique" sei[11]. Diese Position, die den physischen Erhalt der Nation in den Mittelpunkt der familienpolitischen Debatte stellte, unterschied sich kaum von der anderer *Progressisten* wie Méline[12] und reflektierte auch die allgemeine Argumentationslinie der AN. Familienpolitik wurde somit in erster Linie als Bevölkerungspolitik begriffen, wobei diese wiederum im Zuge der nationalistischen Erhitzung vor dem Ersten Weltkrieg ein entscheidendes Element der Verteidigungspolitik war[13]. Gleichwohl gab es aber auch Unterschiede zwischen den *Progressisten* und dem Gros der der ANANF angehörenden republikanischen Natalisten. Während die letzteren ausdrücklich das Ziel verfolgten, den Wohlstand einer Zwei-Kinder-Familie auf eine Drei- oder Vier-Kinder-Familie durch staatliche Hilfen auszuweiten, zogen die *Progressisten*, ganz ihrer liberalen Tradition entsprechend, die genossenschaftliche Selbsthilfe der staatlichen Intervention vor. Sie akzeptierten daher auch das Leitbild von drei oder vier Kindern nicht, sondern postulierten weiterhin *familles nombreuses* mit mehr als sechs Kindern als Idealfamilie. Das damit zwangsläufig verbundene Armutsrisiko sollte durch private Verbände unter Führung bürgerlicher Patrone vermindert werden. Der entscheidende argumentative Unterschied zu den linken und rechten Natalisten bestand jedoch darin, daß die *Progressisten* moralisch-religiöse Gründe als *causa prima* für den Bevölkerungsrückgang aner-

---

[9] Zwei Briefe von Louis Dubois an Guiraud vom 17.8.1911 und 13.5.1913, in: AN 362, AP 148, Dossier 2.

[10] Oszillierend war auch die Haltung zum Scheidungsrecht: Einerseits waren die *Progressisten* die prononciertesten Verfechter einer „bürgerlichen Familie" als staatsunabhängigem Hort moralischer Ordnung, entsprechend der für die bürgerliche Welt typischen Trennung von Öffentlichem und Privaten (Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1, S. 44), andererseits waren es ihre Vorläufer um Ferry, die 1884 das Scheidungsrecht als republikanische Errungenschaft einführten und damit in den „staatsfreien" und privaten Raum der Familie eingriffen. Erst nach dem Ersten Weltkrieg konnten sie eine einheitliche Position dazu festlegen.

[11] Discours prononcé à la distribution des Prix, Maison d'Education d'Ecouen, 23.7.1912, par Louis Marin, ein Exemplar in AN 317, AP 223.

[12] In seinem Buch Retour à la terre, S. 109f. Für ähnliche Positionen vgl. Offen, Exploring the Sexual Politics of Republican Nationalism, und dies., Depopulation, Nationalism and Feminism.

[13] Diese Verknüpfung von Familienpolitik und Verteidigungspolitik konnte soweit führen, daß in der 2. *commission interministérielle de la natalité* 1911 die katastrophalen Ergebnisse des Bevölkerungsrückganges geheimgehalten wurden, um den Spott Deutschlands nicht zu provozieren. Vgl. Talmy, Histoire du mouvement familial, S. 131.

kannten[14], und damit über die Position der ANANF hinausgingen, ohne jedoch dezidiert katholische Postulate daraus abzuleiten, wie es die rechten Natalisten taten[15]. Natalität war für sie keine Frage der Religion, kein Faktor der Dogmatik oder der katholischen Lehre und mithin an eine christliche Umwandlung des Staates gebunden, sondern ein Faktor der öffentlichen Moral, zu der die Religion neben anderen Traditionen und Sitten gehörte[16].

Der traditionalistische und nationalistische Natalismus der Progressisten befand sich im Frankreich der Jahre vor dem Ersten Weltkrieg jedoch in einer blockierten Position, genauso wie die Bedürfnisse der kinderreichen Familien selbst. Durch den alles bestimmenden Kulturkampf war Familienpolitik ein so heikles Thema geworden, daß eine 1901 eingerichtete *commission extraparlementaire de la dépopulation* bald wieder die Arbeit einstellte. Keiner wagte, das Thema öffentlich zu diskutieren, weil er ein schnelles Abgleiten in eine weltanschauliche Debatte fürchtete. So scheiterten beispielsweise auch die verschiedenen Initiativen des Sozialkatholiken Abbé Lemire zur Hebung der Natalität an Verzögerungsmanövern von Poincaré und Caillaux, die darin eine Gefahr für den republikanisch-laizistischen Konsens erblickten. Selbst die großbürgerliche Presse von Paris um die *Revue des Deux Mondes* oder die *Revue politique et parlementaire* widmete dem Problem der Natalität nur je einen Artikel in den Jahren zwischen 1896 und 1914, was mehr als Zeichen der hohen Brisanz dieses Themas als das mangelnder Aufmerksamkeit interpretiert werden muß[17]. Erst die unmittelbare Vorkriegszeit sollte in ihrer nationalistischen Erhitzung eine parteiübergreifende Zusammenarbeit auf dem Feld der Familienpolitik erlauben, zunächst durch die Gründung eines *groupe de défense des familles nombreuses* 1911 in der Kammer[18], sodann durch die *loi d'assistance aux familles nombreuses* 1913 sowie den *sursalaire familiale* für

---

[14] Paradigmatisch hierfür kann das Umfeld der *Academie des Sciences Morales et Politiques* stehen, in dem führende *Progressisten* wie Leroy-Beaulieu oder Beauregard aktiv waren. 1906 wurde dort ein *Concours* eröffnet, der in mehreren Berichten zu dem einheitlichen Ergebnis kam, daß die *donnée religieuse* das Grundproblem der Depopulation darstellte. 1908 eröffnete auch die *Ecole de la Science Sociale* ihren Jahreskongreß mit der gleichen Frage, wo als Berichterstatter unter anderem die *Progressisten* Picot, Marin und Madelin den religiös-moralischen Faktor betonten.

[15] Paul Leroy-Beaulieu ging darauf in mehreren Artikeln im liberalen Blatt *L'Economie Française* ein, z. B. am 25. 6. 1910. Seine Artikel wurden 1913 als Buch mit dem Titel *La Question de la Population* von der *Academie des sciences morales et politiques* publiziert.

[16] Vgl. die Aussage des *Progressisten* Auguste Isaac, des späteren Führers des *Mouvement familial* aus dem Jahre 1908: „Je crois que ni les lois ni les prescriptions d'hygiene n'y peuvent rien changer. Ce qui fait la population c'est la natalité, ce qui fait la natalité, c'est avant tout la morale", zitiert nach Talmy, Histoire du mouvement familial, S. 60.

[17] Emmanuel Labat, La dénatalité en Gascogne, in: RDDM vom 1. 7. 1911, S. 62–95, und Ch. Bournisien, L'affaiblissement de la natalité française, in: *Revue Politique et Parlementaire* vom 1. 5. 1911. Nur wenige Publizisten widmeten sich mit warnenden Büchern dem Thema: Deherme, Croître ou disparaître (1910), und Vuillermet, Le suicide d'une race (1910).

[18] Die 264 Mitglieder umfassende Gruppe stand unter dem Vorsitz des Radikalen Buisson, Vizepräsident war der *Progressist* Lefebvre du Prey, führende Mitglieder waren die AN-Aktivisten und Linksrepublikaner Landry, und Honorat sowie de Gailhard-Bancel von der ALP.

Angestellte des öffentlichen Dienstes im gleichen Jahr[19]. Angesichts der dramatischen Differenzen des Bevölkerungswachstums zwischen Frankreich und seinen Nachbarstaaten, zumal Deutschland, stellten diese Errungenschaften jedoch lediglich einen Minimalkonsens der verschiedenen Natalisten dar, ohne Ausdruck einer konsequent verfolgten Familienpolitik zu sein. Auch in diesem Fall sollte der Erste Weltkrieg eine katalytische Wirkung auf die bereits begonnenen Prozesse entfalten.

Die Entwicklung eigenständiger familienpolitischer Vorstellungen im Ersten Weltkrieg im Umfeld der RDDM

Da auf Grund der Kriegshandlungen die Aktivität in den verschiedenen Natalistenverbänden ruhte, verblieb das Spektrum der bürgerlichen Tagespresse und der halbmonatlichen Zeitschriften das einzige Aktionsfeld für die familienpolitische Debatte. Angesichts des erwähnten Schweigens anerkannter großbürgerlicher Zeitungen wie der *Revue des Deux Mondes* vor dem Weltkrieg ist es um so bemerkenswerter, mit welcher Intensität man sich dort, aber auch bei anderen Organen, dem Problem der Natalität kaum ein Jahr nach Kriegsausbruch zu widmen begann. Auf einen ersten Schub mehrerer maßgeblicher Artikel dazu im Sommer 1915, als das blutige Scheitern der Frühjahrsoffensiven von 1915 bekannt wurde, folgte ab Januar 1917, ebenfalls nach Bekanntwerden des hohen Blutzolls der Schlacht von Verdun, eine zweite Artikelserie in der RDDM[20]. Die Autoren bekannten ganz offen, daß der Krieg das politische Klima bezüglich dieses zuvor heiklen Themas verändert habe und so eine freie Diskussion „endlich" möglich werde. Sie sprachen dabei von einer *„importance primordiale"* die der Natalität zukomme, von einer Frage um Leben und Tod der französischen Nation, und bezeichneten die Entvölkerung als einen noch schlimmeren (!) Feind als die „barbarischen Horden" Wilhelms II.[21]. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Krieg die weltanschaulichen Blockaden wie ein Ventil geöffnet hat, so daß der angestaute natalistische „Druck" der Vorkriegszeit freigegeben wurde und zur vollen Entfaltung kommen konnte.

Die in der RDDM erschienenen Artikel entwickelten eine eigene Argumentationslinie, die den vorherrschenden Gegensatz zwischen linken und rechten Natali-

---

[19] Das Gesetz wurde am 14.7.1913 beschlossen, Berichterstatter war der *Progressist* Cheron (Calvados). Es legte eine obligatorische Beihilfe des Staates für Väter von mehr als vier Kindern von 60 bis 90 *Francs (allocations)* nach Bedürftigkeit fest. Ebenfalls 1913 wurden die Ideen von Lemire aufgenommen, und Soldaten, Beamte und PTT-Angestellte je nach Kinderzahl höher bezahlt *(sursalaire familiale)*, vgl. Talmy, Histoire du mouvement familial, S. 162-164.

[20] Die erste Serie M.C.Colson, La Tâche de Demain: La population, in: RDDM vom 15.4.1915, S.840-875, Charles Richet, La Dépopulation de la France, in: RDDM vom 15.5.1915, S.425-432, die zweite Artikelserie Emile Picard, La Répopulation Française, in: RDDM vom 15.1.1917, S.372-388, Etienne Lamy, La Flamme qui ne doit pas s'éteindre, in: RDDM vom 15.11., 1.12. und 15.12.1917. Parallel veröffentlichte E. Jordan den Artikel Dépopulation et lois successorales, in der *Revue politique et parlementaire* 93 (1917), S.42-51. Ebenso Galéot, L'Avenir de la race (1917).

[21] Zitiert nach Richet, La Dépopulation, S.425 und 427, sowie Picard, La Répopulation, S.376.

sten aufzuheben versuchte. Sie sollten damit wegweisend für die familienpolitische Position der liberal-konservativen Sammlung nach 1918 werden. Diese Position zeichnete sich durch drei Spezifika aus, die alle bereits während des Krieges thematisiert wurden: Es handelt sich hierbei um die gemeinsame Motivation für Familienpolitik (I), die konkreten Maßnahmen (II) und die postulierte Idealvorstellung der Familie (III).

(I) Bevölkerungspolitische und aus der Religion stammende sozialmoralische Argumentationslinien verbanden sich zu einer spezifischen neuen Motivation. So wies man einer steigenden Geburtenrate nach dem Krieg die entscheidende Bedeutung für den „Gewinn des Friedens" zu, einerseits durch militärische Abschreckung, andererseits durch eine wachsende Wirtschaft und koloniale Ausdehnung[22]. Dieses bevölkerungspolitische Moment vermengte sich mit dem sozialmoralischen Anspruch an die Familie, insbesondere die kinderreiche und ländliche, als Garantin einer öffentlichen Moral und „gesunder" Traditionen[23]. Gerade der republikanische Katholik Etienne Lamy, der bezeichnenderweise schon in den 1890er Jahren das erste *Ralliement* maßgeblich mitgetragen hatte, verwies in seinen drei Artikeln auf die enge Verbindung von Glauben, Patriotismus und traditioneller Lebensweise, die eben nicht vom „sterilen" Arbeiter der Großstadt, sondern vom Landmann praktiziert werde[24]. Diese Anklänge an agrarromantische Vorstellungen erlaubten es Lamy, die Familie als prinzipielle *cellule sociale* der Gesellschaft aus dem fundamentalkatholischen „Magnetfeld" zu lösen und so als eigene Ordnungsvorstellung zu etablieren. Der kinderreichen und traditionellen Familie kam damit eine eigene sozialmoralische Qualität zu, die den katholischen Natalismus der Rechten und den bevölkerungspolitischen der Linken verbindend aufhob und neu generierte.

(II) Diese eigene sozialmoralische Qualität der Familie sollte in der Vorstellung von Lamy, Colson, Richet und Picard auch in konkreten legislativen Maßnahmen zum Ausdruck kommen. Ihre Kritik bezog sich insbesondere auf das Gesetz von 1913, das nur bedürftigen kinderreichen Familien staatliche Unterstützung gewährte. Während das Bedürftigkeitsprinzip eher einem sozialkaritativem Denken entsprang, forderten sie eine *prinzipielle* staatliche Unterstützung für alle kinderreichen Familien, arme wie reiche, um die qualitativ neuartige Rolle der Familie zu würdigen. Basis staatlicher Hilfsprogramme sowie der gesamten Steuergesetzgebung sollte weder das Individuum sein, wie es die Revolution geschaffen hatte,

---

[22] Picard, La Répopulation, S. 375ff., (Stichworte „perpétuité de la patrie, gagner la paix"), Colson, La Tâche, S. 844 („amour de la patrie, avenir de la patrie, arrêter la décadence, réparer des pertes").

[23] Eine „fruchtbare" Familie war das beste Bollwerk gegen moralische Verfallserscheinungen, die die französische „Rasse" angriffen: Alkoholismus, Syphilis und Abtreibung. Colson, La Tâche, S. 865. Die „sterilen" Familien oder die Unverheirateten zeichneten sich durch „égoisme, la soif des jouissances, la crainte de l'effort" aus, Picard, La Répopulation, S. 376. Demgegenüber stünden die „vertus familiales" als Garanten des „ordre moral", ibidem, S. 379.

[24] Die Gegenüberstellung von Fabrikarbeiter, geprägt von den „nihilismes désespérants", und Landmann mit „sens traditionnel", in: Lamy, La Flamme III, S. 834ff. Lamy setzt in seinen Artikeln das Denken von René Bazin fort, indem er die „resurrection de la race" an die Rückkehr zu einer ländlichen Großfamilie gebunden sieht.

noch die Korporation oder der Berufsstand, wie es konservativistische Denker gefordert hatten, sondern die Familie als hierarchisch strukturierte Keimzelle der Gesellschaft. Sogenannte „célibataires" sollten alle Steuervergünstigungen und Bevorzugungen verlieren[25]. Neben materiellen Begünstigungen sollte den kinderreichen Familien auch eine politische Sonderstellung zukommen, um, wie es Lamy formulierte, aus dem „père de famille" einen „citoyen politiquement supérieur au célibataire" zu machen. Die maßgebliche Forderung auf diesem Gebiet war die nach dem *vote familial*, d.h. nach einer Neujustierung des allgemeinen Wahlrechts, das nicht mehr nur Individuen, sondern die Familie als Basis der politischen Willensbildung anerkennen sollte[26]. Jedem Familienvater sollten zusätzlich zu seiner eigenen Stimme noch die seiner unmündigen Kinder zukommen, um den Interessen der Familien ein proportionales Übergewicht über die der Kinderlosen zu verschaffen. Der *vote familiale* wurde später zu einer Kernforderung der liberal-konservativen Sammlung und wird daher unten ausführlicher besprochen werden.

(III) Den besonderen materiellen und politischen Begünstigungen der kinderreichen Familien entsprach auf ideengeschichtlicher Seite die Überzeugung, daß der Krieg die Notwendigkeit eines neuen Familienbildes offenkundig gemacht hatte, das zu propagieren eines der Hauptanliegen der liberal-konservativen Sammlung wurde. Die Schlüsselfigur in diesem Prozeß war der Seidenindustrielle Auguste Isaac aus Lyon[27], selbst Vater von zehn Kindern, der von 1921-1924 Vorsitzender der FR war, und der gemeinsam mit dem späteren Vizepräsidenten der FR, Georges Pernot, zum wichtigsten Begründer eines eigenständigen *mouvement familial* der Zwischenkriegszeit avancieren sollte. Ihm gelang es schon während des Krieges, einen zunächst stark katholisch dominierten Verband für kinderreiche Familien unter Führung des katholischen Patronats in Nordfrankreich vom religiösen Primat zu lösen und ganz auf eine familienideologische Linie zu bringen, maßgeblich unterstützt im übrigen von Etienne Lamy. Robert Talmy hat in seinem bis heute unüberholten Standardwerk den Terminus von den *familiaux* – im Unterschied zu den Natalisten – für diese Richtung geprägt, weil sie eine „mystique familiale", d.h. ein verklärendes Idealbild der Familie entworfen und propagiert haben[28]. Ab 1915 kristallisierten sich diese *familiaux* um den Verband *La Plus Grande Famille* heraus, dessen erster Vorsitzender Isaac wurde, und der, wie

---

[25] Z.B. Aufhebung der Steuerbefreiung für sozial schwache, aber alleinstehende Mieter; proportionale Einkommenssteuer nach Kinderzahl (Revision des Gesetzes vom 15.7.1914), Aufhebung der kostenlosen medizinischen Beihilfe für Alleinstehende (Revision des Gesetzes vom 15.7.1893), Aufhebung der Altenunterstützung für Alleinstehende (Revision des Gesetzes vom 14.7.1905). Vgl. Colson, La Tâche.

[26] Picard, La Répopulation, S.387ff. Die Rechnung ging folgendermaßen: Von 36 Mio Franzosen gehörten 23 Mio. einer Familie mit drei oder mehr Kindern an, die aber nur von 3 Mio. Vätern repräsentiert wurde. Diese sollten das Wahlrecht für die Kinder und im übrigen auch für die Frauen im Haushalt bekommen.

[27] Zur familienpolitischen Aktion Isaacs vgl. Talmy, Histoire du mouvement familial, S.180f., sowie *Le Salut public de Lyon* vom 26.3.1938. Eine kurze biographische Notiz über die familienpolitischen Aktivitäten auch in: AN 317, AP 78.

[28] Talmy, Histoire du mouvement familial, S.180-189. Talmy selbst entstammt dem Umfeld der Familienbewegung und hat daher nicht immer eine strikte Objektivität gewahrt. Seine Analysen, die er auf einen unzugänglichen Nachlaß von Achille Glorieux stützen konnte, sind dennoch immer noch sehr wertvoll.

der Name schon sagt, allein die materiellen und moralischen Interessen von *kinderreichen* Familien, d.h. Familien mit mehr als fünf Kindern, vertreten wollte. Es ging ihm weniger um die allgemeine Hebung der Natalität im Sinne der Dritt-Kind-Familie der ANANF noch um die Durchsetzung der katholischen Familienlehre, sondern allein um die Etablierung der *famille nombreuse* als patriotisches und traditionelles Ordnungsmodell für die Nachkriegszeit. In diesem Sinne wurde auf den ersten *journées familiales* 1917 auch ein öffentlicher Preis an einen Bauern verliehen, dessen zwölf Söhne und zehn Enkelsöhne unter den Fahnen standen, und der das Idealbild von *La Plus Grande Famille* aufs trefflichste verkörperte.

Am Ende des Ersten Weltkriegs hatte sich also eine neuartige pronatalistische Strömung herausgebildet, die die rechten und linken Ausprägungen der Vorkriegszeit synthetisch überwunden hatte und aus ihrer Motivation heraus, in ihren Forderungen und ihrem Idealbild der kinderreichen Familie eine eigene Berechtigung und sozialmoralische Qualität zusprach. Auf Grund der Kriegsmobilisierung war dieser Prozeß zunächst nur auf intellektueller Ebene, im Umfeld der RDDM, erfolgt, sowie bei einem Nukleus engagierter Familienpolitiker um Auguste Isaac und Etienne Lamy[29]; eine wirkliche Vergesellschaftung sollte erst nach 1918 beginnen. Die Betonung der „Moral" als Ursache der Entvölkerung und damit auch die Notwendigkeit einer Gegenmoral, nämlich der einer traditionsverhafteten und patriotischen Großfamilie, enthielt in sich ferner genau jenen Konsens, der kennzeichnend für die liberal-konservative Sammlung werden sollte. Die Vorstellung der *famille nombreuse* erwies sich dort als fruchtbarer Boden für die Zusammenarbeit derjenigen Katholiken, die ihr natalistisches Familienbild aus der katholischen Soziallehre befreit hatten, mit den *Progressisten*, denen Verteidigungsbereitschaft und Traditionalismus wichtiger waren als das republikanische Individualprinzip. Es überrascht daher kaum, daß bereits auf den ersten Kongressen der *familiaux* 1917 und 1918 fast ausschließlich Vertreter der *Progressisten* und der ALP anwesend waren[30], und daß das Familienbild in dieser neuen Form zu einem zentralen Punkt der politischen Forderungen von ERD und FR gerinnen konnte.

Die „kinderreiche Familie" als gesellschaftliches Ordnungskonzept der liberal-konservativen Sammlung

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde sich die französische Öffentlichkeit sehr schnell bewußt, daß die Kämpfe einen gewaltigen Aderlaß gefordert hatten, der angesichts der ohnehin seit Jahren schwindenden Geburtenzahlen einer bevölkerungspolitischen Katastrophe gleichkam. 1,4 Millionen gefallene Soldaten und 500000 getötete Zivilisten waren der Blutzoll für das nationale Überleben gewesen, darunter oftmals gerade die „zeugungsfähigsten" Jahrgänge. Manche kleinere

---

[29] Der sehr aktive Sekretär von *La Plus Grande Famille*, Achilles Glorieux, war 1915 auf Antrag des ALP-Abgeordneten Joseph Denais demobilisiert worden, um den Verband organisieren zu können!

[30] 1917 waren es die beiden ALP-Abgeordneten Grousseau und Denais sowie die *Progressisten* Dubois, Lefas und Roulleaux-Dugage. 1918 hatte Isaac u.a. die ALP-Leute de Gailhard-Bancel und Duval-Arnould sowie die *Progressisten* Benoist und Lefebvre du Prey geladen. Eintrag vom 8.9.1918, Carnets, S.317 (mit Rückblick auf 1917).

Gemeinden bestanden z.T. nur noch aus Frauen und Alten, und die Jahrgänge 1914–1919 erhielten bald den vielsagenden Beinamen der *classes creuses*. Selbst die 1,7 Millionen „neuer" Franzosen aus dem Elsaß konnten langfristig die Kriegsverluste nicht aufwiegen[31]. Die Hebung der Geburtenrate durch eine aktive Familienpolitik avancierte daher zu einem zentralen Anliegen der *Bloc-National*-Regierungen von 1920–1924, was sich bereits bei den Wahlen 1919 ankündigte, für die die meisten Kandidaten der *Bloc-National*-Listen mit einem natalistischen Programm angetreten waren. Unter maßgeblicher Mitwirkung der ERD-Fraktion entstanden in der Folgezeit mehrere staatliche Behörden, wie 1920 der *Conseil Supérieur de la Natalité* und 1923 die *Commissions départementales de la Natalité*, die materielle Unterstützung, juristische Beratung und natalistische Propaganda im Sinne der kinderreichen Familien koordinieren sollten. Es ist dabei zu betonen, daß dieser natalistische Konsens, der mental noch stark den Kriegsereignissen verpflichtet war, ein weites politisches Spektrum überspannte, von den *républicains socialistes* auf der Linken bis ganz rechts zur AF.

Die liberal-konservative Sammlung nahm gleichwohl innerhalb dieses Spektrums eine eigene Position ein, sowohl was ihre Initiativen (I) als auch was ihren ideologischen Kern (II) betraf.

(I) Wenn man sich zunächst den Initiativen zuwendet, ist festzustellen, daß an allen möglichen „Fronten" der natalistischen Aktion Vertreter der ERD in vorderster Linie standen. Auguste Isaac war nicht nur Vorsitzender von *La Plus Grande Famille*, sondern auch des staatlichen *Conseil supérieur de la Natalité*; gleichermaßen bekleideten die Abgeordneten Désiré Ferry (Meurthe-et-Moselle), Georges Pernot (Doubs, Abgeordneter ab 1924), Jean de Tinguy de Pouet (Vendée) und Joseph Delachenal (Isère) führende Positionen in den departementalen Natalitätsbehörden. Das Mißtrauen, das gerade katholische Natalisten wie Pernot oder de Tinguy vor dem Krieg gegenüber der republikanischen Verwaltung gehabt hatten, war einer konstruktiven Mitarbeit und einem couragierten Auftreten gewichen. Auch im Parlament wurden die wichtigsten Initiativen auf dem Gebiet der Familienpolitik stets von Vertretern der ERD eingebracht, so z.B. der Bericht zur *loi d'assistance aux familles nombreuses* 1923 von Joseph Delachenal. Wenngleich also der gesamte *Bloc National* pronatalistische Positionen vertrat, so gelang es doch der ERD, die Initiative, und zu einem gewissen Teil auch die Inhalte auf diesem Gebiet zu monopolisieren. Nicht selten sprachen *familiaux* wie Isaac oder de Tinguy explizit im Namen der *familles-nombreuses*-Verbände für die ERD in der parlamentarischen Debatte[32].

---

[31] Als eine für viele Stimmen Max Turmann, Les idées et les faits sociales, in: *Le Correspondant* vom 10.2.1921, S.529–553, hier S.529: „La guerre nous a vraiement appris quelque chose: partout, dans le monde politique et gouvernemental comme dans les milieux industriels ou agricoles, on commence à se préoccuper de favoriser les foyers peuplés d'enfants." Aus historisch-demographischer Perspektive Reggiani, Procreating France, Huss, Pronatalism in the Interwar Period in France, und Camiscioli, Producing Citizens. In vergleichender Perspektive: Koven/Michel, Womanly Duties: Maternalist Politics and the Origins of the Welfare States.

[32] So de Tinguy 1920, als er sich für eine proportionale Steuerumverteilung für kinderreiche Familien gemäß der Kinderzahl aussprach, JO, Débats, Chambre, 17.4.1920, S.1054, und Isaac am 22.3.1921, wo er im Namen von *La Plus Grande Famille* eine Rede hielt, JO

Diesem familienideologischen Auftreten der ERD war eine aus dem Krieg resultierende Wendung auf gesellschaftlichem Gebiet vorausgegangen, die man etwas allgemein gefaßt als eine Laienemanzipation im Katholizismus bezeichnen kann und die große Auswirkungen auf den Vergesellschaftungsprozeß der *familiaux* haben sollte. War die Lösung des sozialkatholischen Vereinswesens aus den Klammern des Klerikalismus ein generelles Merkmal der Zwischenkriegszeit in Frankreich, so galt dies insbesondere für die Verbände des *mouvement familial.* Obwohl nicht alle Bischöfe die Lockerung der organisatorischen Zügel gleichermaßen mittrugen[33], so gab es doch innerhalb des Episkopats eine Mehrheit, die ebenso dachte wie Bischof Gibier von Versailles, der in zwei Briefen an Jean Guiraud die zunehmende Übertragung des sozialkatholischen Vereinswesens an die „laïques" verteidigte, einerseits um den Vorwurf des Klerikalismus zu entkräften, andererseits um die Zusammenarbeit mit den gemäßigten Republikanern auf politischer Ebene nicht zu gefährden[34]. Guiraud, der sich immer mehr zum Sprachrohr des intransigenten Katholizismus entwickelte und deshalb auch weiterhin am *katholischen* Charakter seiner pronatalistischen ACCF-Verbände festhielt, kritisierte Bischof Gibier dafür immer wieder. Dieser ließ sich jedoch nicht beirren und gab seine *Action sociale* mit dem sehr starken Verband der *familles nombreuses* ganz in die Hände der Laien. Eine ähnliche Entwicklung spielte sich auch bei der *Association pour le mariage chrétien* ab, die von einem Kleriker, dem Abbé Viollet, gegründet, aber ab 1921 von Isaac und später von Georges Pernot übernommen wurde. Diese Entklerikalisierung des *mouvement familial* war daher nicht nur wegweisend für andere Sparten des Sozialkatholizismus, sondern ermöglichte es den Katholiken des zweiten *Ralliements* auch, eine Organisationsform zu finden, die zwar christlich inspiriert, dogmatisch aber unabhängig von der katholischen Kirche war. Die Konstituierung der Familie als eigenständigem Ordnungsmodell, jenseits von republikanischem Individualismus und katholischem Organizismus, bot somit einen idealen Punkt, in dem die Initiativen von *Progressisten* und Katholiken auch gesellschaftlich konvergieren konnten.

Die wichtigste Organisation, die gesellschaftlich die Verselbständigung der Familienbewegung nach 1918 repräsentierte, war die *Fédération Nationale des Associations de Familles nombreuses.* Unter Isaac, der sie 1921-1924, als er den Parteivorsitz der FR innehatte, anführte, stieg ihre Mitgliederzahl in den ersten Nachkriegsjahren auf 95 000 Familien an und umfaßte elf sehr aktive Regionalverbände mit insgesamt über 500 Lokalsektionen. Ihr Schwerpunkt lag in den ländlich-katholischen Gebieten Frankreichs, wo sie z.B. mit der starken *Union de familles*

Débats, Chambre, 22.3.1921, S.1373. Ferner saßen auch im Vorstand der *Alliance nationale pour l'accroissement de la population française* die ERD/FR-Mitglieder Duval-Arnould, Lenail, Rendu und Pernot als einzige Abgeordnete.

[33] Darunter die traditionalistisch-integralistischen Erzbischöfe Andrieu, Humbrecht oder Chollet. Vgl. die heftige Kritik Isaacs an der Intransigenz Andrieus, auch Protestanten und Juden auf die Natalitätskongresse einzuladen, Eintrag vom 2.10.1921, Carnets, S.354. Gleichzeitig hielt er es für „imprudence de faire réclamer le vote familial par des publications émanant de bureaux de presse catholiques: l'Action populaire de Reims, l'Action civique et sociale de la Somme [...]". Eintrag vom 1.2.1929, Carnets, S.489.

[34] Zwei Briefe an Guiraud vom 2.2. und 7.2.1918, in: AN 362, AP 145, Dossier 4.

nombreuses du Nord, der *Fédération de familles nombreuses de l'Est* oder der *Fédération des groupements de familles nombreuses du Sud-Est* eine enorme Implantierung in der katholischen Subgesellschaft erreichen konnte[35]. Weil viele Politiker und Abgeordnete der liberal-konservativen Sammlung, wie Isaac in Lyon, Pernot im Doubs, Ferry in Lothringen, Delachenal in Savoyen, gleichzeitig auch Vorsitzende dieser Familienverbände waren, gelang es ihnen, diese Subgesellschaft an sich und die politische Partei zu binden, ohne den Weg über die katholische Weltanschauung und kirchliche Organisationen gehen zu müssen. Die Familienverbände, die beispielsweise im Fall des Zentralmassivs sogar organisatorisch mit der dortigen *Fédération républicaine et sociale* verflochten waren[36], boten eine ideale Möglichkeit der Verschränkung von gesellschaftlichen Interessen und politischer Partei. Man kann in ihnen, neben den Bauernverbänden und z. T. der konservativen Veteranenbewegung, die wichtigste gesellschaftliche Stütze der FR nach 1919 sehen, ohne die der konstante Erfolg mit stets etwa 100 Abgeordneten im Parlament nicht zustandegekommen wäre.

Im Verlauf der 1920er Jahre war diese Entwicklung jedoch auch von Rückschlägen und damit Problemen für ERD und FR nicht frei. Zwar hatte *La Plus Grande Famille* die Reste der *Ligue Maire* und damit den katholischen Troß in sich aufgesogen[37], die Probleme um die Stellung der Religion und damit die der katholischen Kirche blieben aber virulent. Während Isaac, selbst ein gläubiger Katholik, seine Organisation „neutral" halten wollte, d. h. Protestanten und Juden gleichermaßen darin akzeptierte, begann sich eine katholische Richtung um Achille Glorieux und Jean Guiraud zu verselbständigen und geriet zunehmend in das alte Fahrwasser der Vorkriegszeit, als das Natalitätsproblem ausschließlich vom dogmatisch-katholischen Standpunkt betrachtet worden war[38]. Schon 1921 hatte der päpstliche Staatssekretär Merry del Val ganz zum Unwillen des versöhnungsbereiten Kardinal Baudrillart den Katholiken verboten, an interkonfessionellen Natalitätskongressen teilzunehmen, und damit den Weg für eine Rückkehr des fundamentalkatholischen Natalismus geebnet[39]. Diese katholische Intransigenz steigerte sich noch nach dem Sieg des Linkskartells 1924, als sich die FNC General de Ca-

---

[35] Ihr gehörten damit etwa 500000 Mitglieder an, vgl. die Analyse bei Talmy, Histoire du mouvement familial, S. 249–253.

[36] So saß z. B. im Vorsitz der *FR de la Haute-Loire* Augustin Michel als Präsident der *Assemblée des Familles nombreuses de la Haute-Loire* .

[37] Über die Kritik Isaacs an Maire und dessen Intransigenz vgl. Eintrag vom 19. 10. 1919, Carnets, S. 341.

[38] In der *Ligue des droits de la Famille Française*, wo u. a. auch der katholische Senator Joseph Massabua engagiert war, Brief Massabuas an Guiraud vom 3. 1. 1924, in: AN 362, AP 149, Dossier 2, wo dezidiert „la défense des droits des catholiques" hervorgehoben wird. Gleichermaßen wollte auch der katholische Senator Maurice Morand aus der Vendée seinen *groupe des associations de pères de famille* (ACCF) wiederbeleben, Brief an Guiraud vom 21. 9. 1922, ibidem. Zu Glorieux vgl. Talmy, Histoire du mouvement familial, S. 143–151 und 270ff.

[39] Tagebucheintrag vom Juni 1921, Carnets, S. 828. Hintergrund war die Tatsache, daß Merry del Val nicht akzeptierte, daß katholische Laien im Namen ihrer Verbände Kompromisse mit anderen Glaubensrichtungen eingingen, die der römischen Orthodoxie widersprochen hätten.

stelnaus zunehmend des Themas der Familie aus katholischer Perspektive annahm und die ACCF-Verbände Guirauds wieder Zulauf im katholischen Sozialmilieu gewannen[40]. Daß die *familiaux* politisch nicht wieder in zwei Richtungen zerfielen und das familienpolitische Thema ein Kernbestandteil des Programms der FR bleiben konnte, war letztlich allein der persönlichen Initiative von konzilianten Katholiken wie Georges Pernot oder Louis Duval-Arnould zu verdanken [41].

Besonders aufschlußreich ist hierfür ein Brief Georges Pernots an Jean Guiraud aus dem Jahre 1928, in dem man sehr klar die Trennung katholischer *familiaux* wie Georges Pernot von katholischen Intransigenten wie Jean Guiraud nachvollziehen kann. Guiraud und Pernot kannten sich noch vom ALP-Verband in Besançon, zu dessen Führungskomitee sie gehörten hatten, und bewahrten auch in den 1920er Jahren ein vertrauensvolles Verhältnis. Dennoch hatte Guiraud in mehreren Artikeln im März 1928, also gut einen Monat vor den Kammerwahlen, die „katholischen" Abgeordneten der URD, darunter Pernot, kritisiert, sie hätten aus Sorge um die Stabilisierung des *Franc* alle katholischen Forderungen aufgegeben, insbesondere die nach Revision des Scheidungsrechts und nach dem Verbot der *Union libre* zwischen Ehepartnern. Pernot reagierte mit Empörung[42] darauf und zählte die Errungenschaften des „groupe Marin" für die „œuvre familiale" in den Jahren 1924–1928 auf: Zwar habe man nicht den Parteitagsbeschluß der FR zur Aufhebung des Scheidungsrechts umsetzen können, er, Duval-Arnould und Grousseau hätten jedoch die Erleichterung der Scheidung verhindert, ebenso die *Union libre*.[43] Es sei daher in höchstem Maße ungerecht zu behaupten, die katholischen Abgeordneten hätten die Interessen der Familien oder der Moral verraten und nur an die finanzielle Ordnungspolitik gedacht; vielmehr verdiene ihre Aktion im Interesse eines familienpolitischen Pragmatismus ohne doktrinäre Forderungen Hochachtung. Pernot verteidigte also die konziliante Position der URD-Katholiken im Parlament und distanzierte sich damit deutlich vom doktrinär-katholischen Flügel des *mouvement familial*, dem es nicht um konkrete Verbesserungen, sondern um die Durchsetzung prinzipieller Forderungen ging, wie eben die vollständige Aufhebung des Scheidungsrechtes[44]. Zur gleichen Zeit

---

[40] Diese erklärten ausdrücklich, daß sie die familienpolitische Frage nicht von der religionspolitischen zu lösen bereit waren: „Elles déclarent ne jamais séparer la question de la natalité et celle de l'éducation parce qu'il ne suffit pas d'appeler en grand nombre des êtres à la vie [...] sans une éducation [...] chrétienne.", so in DC 13 (1925), S. 434.

[41] Beide, Pernot und Duval-Arnould, waren in der „republikanischen" AN engagiert und repräsentieren damit den pragmatischen Flügel der *familiaux*, der religiös-weltanschauliche Debatten für schädlich hielt und statt dessen alle pronatalistischen Kräfte bündeln wollte.

[42] Brief vom 18.3.1928 in: AN 362, AP 149, Dossier 3: „J'aime trop la franchise pour ne pas vous dire, en toute simplicité, la peine réelle que m'a causée la lecture de l'article que vous avez consacré en tête de La Croix, à la question de la famille."

[43] „Vous écrivez en effet, que le divorce a été élargie. Or, il n'en est rien. Aucun texte élargissant le divorce ou le facilitant n'a été voté entre 1924 et 1928. Il a fallu beaucoup d'efforts pour y parvenir. Mais ces efforts je les ai faits avec Duval-Arnould et Grousseau (19.7.1926)." Auch was die *Union libre* und die *épouse de fait* betrifft: „Combattu par Duval-Arnould et par moi, ce texte a été supprimé après un vif débat.", ibidem.

[44] Auch mancher Kleriker wie der Kardinal Binet von Soissons kritisierte die doktrinär-katholische Familienbewegung, da sie in seiner Diözese (Aisne) als *„machine de guerre"* der

wies auch Isaac alle Versuche des Katholiken Glorieux zurück, die Familienbewegung auf einen weltanschaulichen Katholizismus einzuschwören, d.h. sie allgemein für den Kampf gegen die Laizität zu mobilisieren[45]. Die *familiaux* im Kreis der FR machten dadurch deutlich, daß sie nicht bereit waren, ihre familienpolitischen Postulate zugunsten einer fundamentalkatholischen Opposition aufzugeben.

(II) Wenn wir uns nun den familienpolitischen Leitgedanken der liberal-konservativen Sammlung zuwenden, so können wir eine fast vollständige Identität der Vorstellungen der während des Krieges entstandenen *familiaux* mit denen der liberal-konservativen Sammlung feststellen[46]. Angesichts der personalen Kongruenz, die zwischen der politischen Strömung von ERD und FR sowie dem *mouvement familial* existierte, verwundert dies kaum, ist aber alles in allem auch nicht selbstverständlich. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß unmittelbar gegen Ende des Krieges eine nicht unerhebliche Diskrepanz im Lager der Katholiken über die Frage herrschte, wie man zukünftig bezüglich der Natalität argumentieren sollte. Im Gegensatz zu Jean Guiraud und *La Croix*, der bei der Ursachenanalyse für den Geburtenrückgang weiterhin stark die katholische Religion in den Vordergrund stellte, hatte sich der Tenor in den Reihen der liberalen Katholiken gewandelt. Der Bulletin der ALP betonte daher kurz vor den Wahlen 1919 zwar den moralischen-religiösen Gehalt der Natalitätsfrage, konzedierte aber, daß ein pragmatisches Mittel zur Lösung des Problems auch in ökonomischen Hilfen und Umverteilungen bestehen könne[47]. Diese Abkehr von einer intransigent katholischen Linie war möglich geworden, weil sich der familienideologische Konsens von der *famille nombreuse* als eigener Ordnungsvorstellung aus dem *mouvement familial* auch innerhalb der ERD durchsetzte. Paradigmatisch hierfür steht die übereinstimmende Erklärung des *Progressisten* Isaac und des ALP-Mannes Louis Duval-Arnould in der Kammer 1921, die beide den „ruhmreichen Anteil" der kinderreichen Familien am Sieg hervorhoben und sie als Idealbild präsentierten. Des weiteren betonten sie: „Le sentiment le plus propre à maintenir la famille

---

Klerikalen erscheine und damit die guten Beziehungen zu den *modérés* im Departement untergrabe. Vgl. den sehr kritischen Brief Binets an Guiraud vom 20.10.1927, der sogar die Implantation von ACCF-Verbänden verbietet, in: AN 362, AP 145, Dossier 1.

[45] Glorieux hatte eine katholische Gegenveranstaltung zum Natalitätskongreß 1928 geplant, war aber von Isaac daran gehindert worden. Isaac kritisierte verbittert die Verbindungen von Glorieux zum katholischen Milieu, den „cléricaux" und der Zeitung *La Croix*, die die Familienbewegung kompromittierten. Eintrag vom 21.8. und 3.10.1928, Carnets, S.477 und 479.

[46] Für eine Untersuchung der rein natalistischen Vorstellungen der AN vgl. Thébaud, Le mouvement nataliste, und dies., Quand nos grand-mères donnaient la vie.

[47] *Bulletin de l'ALP* vom 15.10.1919. Der sprachliche Unterschied zwischen einer Formulierung Guirauds, wie z.B. in *La Croix* vom 1.1.1918, zur ALP ist subtil, offenbart aber zwei grundlegend unterschiedliche Denkarten. Während Guiraud in seinem Artikel *Pour la famille française* ökonomische Hilfsmaßnahmen gar nicht erwähnt, statt dessen von den *traditions chrétiennes* oder *la famille chrétienne* spricht und damit natürlich die katholische Familie meint, benützt der ALP-Artikel das Wort *chrétien* nicht, sondern verbleibt beim Ausdruck *religieux*, worunter auch die protestantische oder jüdische Religion fallen konnte. Er betonte dafür um so mehr die ökonomischen Hilfen. Ähnlich dogmatisch wie Guiraud argumentierte auch noch der Monarchist de Lamarzelle am 2.1.1919 im *Echo de Paris*: „Seul la religion peut imposer aux âmes l'obligation de la fecondité des mariages".

nombreuse est la morale religieuse traditionnelle"[48]. In dieser Formulierung erkennt man die Verschmelzung der beiden Vorstellungen, indem die Moral als verbindende Brücke zum Subjekt wurde, während die Adjektive religiös und traditionell die beiden unterschiedlichen Pfeiler markierten, der eine den katholischen der ALP, der andere den sozialkonservativen der *Progressisten*.

Die *famille nombreuse* als sozialmoralische Ordnungsvorstellung, wie sie im *mouvement familial* entwickelt worden war, wurde also auch zur Leitvorstellung in den Reihen der liberal-konservativen Sammlung. Sie wurde damit gleichzeitig in einer Weise verabsolutiert, die bereits selbst weltanschauliche Züge enthielt. Ihre Funktion als *cellule sociale* rückte dabei so sehr in den Mittelpunkt, daß sie den Individualismus republikanischer Tradition vollkommen verdrängte[49]. Bereits 1922 hatte Auguste Isaac den republikanischen Nationsbegriff, wie er 1789 formuliert worden war, völlig umgedeutet: „La Nation, c'est la réunion des foyers qui se sont fondés aux heures de confiance et d'éspereance de la jeunesse, c'est la somme des familles qui vivent sur le territoire d'un Etat, et ce qui définit cette somme, c'est la population"[50]. Gerade für die *Progressisten*, die ja in einer liberal-republikanischen Tradition standen und sich auf Ferry und Gambetta als Vorläufer beriefen, stellte diese Auffassung einen enormen Wandel der politischen Leitwerte dar. Wenngleich ihr Traditionalismus einen übertriebenen Individualismus zu keiner Zeit geduldet hatte, hatte doch die Vorstellung vom freien Individuum auch stets für sie als Matrix ihrer politischen Programmatik, sei es in konstitutionellen, wirtschaftlichen oder sozialen Fragen, gedient. Die Aufgabe dieses Prinzips zeigt, wie sehr der Erste Weltkrieg und seine realen oder imaginierten Folgeerscheinungen den Liberalismus verändern und bis zur Unkenntlichkeit verformen konnten. Wie sehr sich die *Progressisten* selbst dieses Wandels bewußt waren, zeigt eine Rede des liberalen Katholiken Charles-Maurice Bellet auf dem FR-Kongreß 1926, wo dieser sagte: „Si nous sommes très attachés à certaines principes de la révolution de 1789, l'évidence nous a démontré que c'est une erreur que de ne s'occuper que de l'individu et que la cellule sociale la plus importante est la famille."[51]

Der Übergang vom individuellen Liberalismus zu einem orthodoxen Familialismus war seinerseits von durch den Krieg noch verstärkten nationalistischen und moralisierenden Tönen begleitet. Bei Politikern wie Isaac oder seinem Nachfolger im FR-Vorsitz, Marin, waren der nationale und der familiale Aspekt in der Argumentation kaum noch zu unterscheiden. Kinderreiche Familien repräsentierten für sie nicht nur eine moralisch „gesunde" Ordnung, sondern trugen auch die

---

[48] JO, Débats, Chambre, 22.3.1921, S.1375.

[49] Die Formulierung der „cellule sociale" enstammt dem Parteiprogramm der FR, vgl. auch Isaac in der Kammer, JO, Débats, Chambre, 17.3.1922, S.838, und der Gesetzesvorschlag Louis Marins zur Einführung des Deliktes „L'abandon de famille", in dem es ausdrücklich heißt: „Pour la collectivité, l'abandon de famille ne blesse pas seulement des intérêts privés [...] il porte un trouble réel à l'ordre public, [...] parce que celui-ci repose essentiellement sur la famille". Der Vorschlag wurde am 20.2.1923 eingebracht und ist als Annexe 5619 im JO, Documents, Chambre 1923, S.399ff., abgedruckt.

[50] In *Bulletin de la FR* vom Mai 1922.

[51] In: AN 317, AP 86 am 11.3.1926.

Hauptlast der nationalen Verteidigung und waren damit die Garanten der „perpétuité de la race" und „la source de toute grandeur national"[52]. Als Vorsitzender des *groupe de défense de la famille* in der Kammer erhielt Marin nach seinem Wahlsieg 1928 auch Glückwünsche von der *Fédération des Unions de Familles Nombreuses et des Associations Familiales du Nord de la France (Nord, Pas-de-Calais, Aisne, Somme),* die ihn dazu aufforderten „de renforcer encore son action salutaire tant au point de vue familial que national".[53] Ein rigoroser Moralismus zeigte sich insbesondere darin, daß die Familie – „hiérarchiquement constituée sous l'autorité paternelle"[54] – immer mehr als eine konservierende Kraft in der kulturellen Vielfalt der 1920er Jahre gesehen wurde[55]. In ihrem Interesse sollten nicht nur Abtreibungen konsequent verfolgt, sondern auch die „schädlichen" Elemente großstädtischen Lebens wie „cabarets", Bordelle und der Alkoholmißbrauch beseitigt werden.[56] Der Fortschrittsoptimismus, der einst den Progressisten den Namen gegeben hatte, war einem kulturpessimistischen Traditionalismus gewichen, der die Familie als letztes moralisches Bollwerk gegen die „décadence" begriff[57].

Parallel zu dieser moralisch-nationalistischen Argumentation wurde auch die Definition der kinderreichen Idealfamilie weiter ausgebaut. Einerseits konnte diese kaum groß genug sein, wie die von Etienne Lamy und anderen initiierten Preise für kinderreiche Familien zeigen, die im Namen der *Académie Française* ab 1917 verliehen wurden: Erst eine ländlich-katholische Familie ab dem neunten Kind (!) durfte überhaupt eine Bewerbung einreichen, wobei immerhin ein gefallener Sohn wie ein lebender zählen sollte[58]. Andererseits galten uneheliche Kinder oder Familien von zweifelhaftem Leumund gleichzeitig als ungeeignet für öffentliche Preise oder staatliche Hilfeleistungen. Isaac sagte dazu unmißverständlich: „Si

---

[52] In: *Bulletin de la FR* vom Mai 1922 und Castelnau in den *Droits de la Famille* Artikel 9, in Lille 1920 vor 1200 Delegierten, darunter Isaac und weiteren 44 Abgeordneten der ERD, vgl. *Correspondance Hebdomadaire* de la FNC, vom 14.12.1925. Vgl. auch Isaac in der Kammer 17.3.1922: „Si à Verdun l'armée française n'avait pas eu des enfants de familles nombreuses [...] qui ont gardé la bonne tradition de la race, nous aurions certainement eu de la peine à atteindre le jour de la victoire." JO, Débats, Chambre, S. 838.

[53] Brief an Marin vom 4.5.1928, in: AN 317, AP 240.

[54] So de Castelnau in seiner Erklärung der *Droits de la Famille*, Präambel.

[55] Vgl. Victor Giraud, La Crise de la Natalité, in: RDDM von 15.3.1924, S. 369-399, hier S. 387. Im Parteiprogramm der FR hieß es: „La loi devra réprimer sans pitié toutes les propagandes tendant à pervertir les mœurs [...] comme publications obscènes, spectacles licencieux, prostitution cachée ou publique."

[56] Vgl. die Reden von Isaac und Pernot bei der *Association du Mariage Chrétien* gegen Scheidung und *corruption des mœurs,* Bericht des 5. Kongresses in AN, F/7 13223 und den Brief des Präsidenten der *Section de Villerupt* der *Ligue Populaire des Familles Nombreuses de France* am 5.12.1928 an Louis Marin sowie den des Offiziers im Ruhestand und Präsident der *Familles Nombreuses* in Rosières-aux-Salines, Mitglied der *société antialcoholique* am 8.2.1932 an Louis Marin, beide in: AN 317, AP 189.

[57] Vgl. den Artikel von Join-Lambert in *La Nation* vom 12.2.1927: „L'organisation sociale est fondée sur la petite société naturelle qu'est la famille", sie allein verhindere „isolation" und „déracinement". Schon die römisch-griechische Dekadenz sei durch eine Schwächung der Familientraditionen bewirkt worden: „Un pays ne peut s'élever que si la famille progresse".

[58] Eine Aufstellung der verschiedenen *Fondations*, darunter die von Lamy, findet sich im Nachlaß von Ernest Pezet, in: AFNSP, Dossier PE 3.

nous désirions la consolidation de la famille française et si nous voulions l'augmentation de notre population nationale, c'était par le chiffre des naissances légitimes [...] et non pas par celui des naissances naturelles"[59]. *Familialismus* und Moralismus bedingten sich also gegenseitig und wurden zu einem Gesamtgebilde amalgamiert, das die Moral der bürgerlichen Familie für alle anderen Familien, v. a. die der unteren Gesellschaftsschichten, normativ festlegte.

Andererseits wurde sowohl in den Familienverbänden selbst wie auch in der liberal-konservativen Sammlung eine Diskussion darüber vermieden, was denn eigentlich unter „Familie" zu verstehen sei. Ohne eine substantielle Definition wurde „Familie" vielmehr als normativer Begriff gebraucht, der verschiedene konkrete Ausprägungen umschließen konnte. „Familie" konnte dabei sowohl die klassische bürgerliche Kern-Familie (Eltern-Kind-Gemeinschaft) meinen, wie sie vor allem in den wirtschaftlich fortschrittlichen Gebieten vorkam, wie auch noch die vormoderne, ständisch geprägte Familie als Oikos, wie sie z. T. noch im bretonischen Westen existierte[60]. Diese konnte auch ledige Anverwandte miteinbeziehen, und in besonderen Fällen natürlich auch die Toten und die zukünftigen Generationen[61]. Um einer Paralysierung des *mouvement familial* durch interne Querelen über unterschiedliche Familientypen vorzubeugen, blieb dieses Problem jedoch unausdiskutiert, die *famille nombreuse* wurde vielmehr noch offensiver als eigene Wertvorstellung, unabhängig vom Grad ihrer Modernität, propagiert.

„Familie" als sozialmoralische Ordnungskonzeption für die Nachkriegszeit beschränkte sich jedoch nicht nur auf die Vorstellungswelt der liberal-konservativen Sammlung, sondern fand auch im konkreten politischen Handeln ihren Niederschlag. Sie bildete gewissermaßen ein unvermintes Gebiet für die Kooperation von *Progressisten* und Katholiken, da die bisher trennende religiöse Frage in der neuen Familienideologie aufgehoben war. Von Anfang an war es daher den Abgeordneten der ERD ein Anliegen, die Unterstützung kinderreicher Familien als prinzipielles Recht und nicht als karitatives Almosen zu verankern. Anders als die Sozialisten, die eine Umverteilung von den Besitzenden zu den Arbeitnehmern als Grundlage ihres Programms hatten, war für ERD und FR das einzig gültige Kriterium für eine Umverteilung der erwirtschafteten Steuern ein sozialmoralisches, das der Größe der Familie[62]. In diesem Sinne schlug der ERD-Experte für den *vote familial*, Henry Roulleaux-Dugage, schon am 20. Februar 1919 vor, durch staatliche Garantien den Hausbau für *familles nombreuses* zu sichern, wobei auch für ihn nicht die soziale Bedürftigkeit, sondern allein die Zahl der legitimen Kinder den Ausschlag gab. Einen Triumph dieser Vorstellung kann man dann in dem

---

[59] JO, Débats, Chambre, 22.3.1921, S. 1366–1371. Auch der Berichterstatter Delachenal hatte in der *loi d'assistance aux familles nombreuses* von 1923 nur Unterstützung für legitime Familien vorgesehen.

[60] Zur Unterscheidung vgl. Schwab, „Familie", und Wirsching, Agrarischer Protest, S. 54ff.

[61] So die Vorstellung bei Duval-Arnould, der die Verkürzung der Familienkonzeption bei den Sozialisten auf die Eltern-Kind-Gemeinschaft kritisiert, in: JO, Débats, Chambre, 20.4.1920, S. 1132f.

[62] Castelnau, Droits de la Famille, Artikel 7: „La famille a droit à la justice distributive. Les impôts, les charges, les tarifs, les subventions, les allocations de vie chère, les pensions doivent être calculés, non en fonction de l'individu seul, mais en fonction de la famille."

1923 verabschiedeten Gesetz zur staatlichen Unterstützung von kinderreichen Familien sehen, in dem der Berichterstatter Delachenal (ERD) eben jenes Prinzip der *„justice"* gegenüber den kinderreichen Familien als den wertvollsten Elementen des Vaterlandes verankert sehen wollte[63].

Familienpolitik im Interesse der kinderreichen Familien war also für die ERD und die FR auch eine *Form der Sozialpolitik*, mithin ein eigener Weg, soziale Problemlagen durch staatliche Unterstützung zu beseitigen. Durch den ihr inhärenten Moralismus hatte diese Sozialpolitik gleichzeitig einen sozialdisziplinierenden Charakter, der im Grunde nichts anderes als die Fortsetzung sozialkatholischer Auffassungen mit anderen Mitteln bedeutete. Hatte sich am Ende des 19. Jahrhunderts der Sozialkatholizismus dezidiert als Sozialismusprophylaxe verstanden, so war diese Aufgabe nun vom Familialismus der ERD/FR übernommen worden. Jacques Bardoux, ein liberal-*progressistischer* Abgeordneter aus der Auvergne und Großvater von Valéry Giscard d'Estaing, hat dies auf den Punkt gebracht: „Nous ne connaissons et ne voulons connaître qu'une seule classe, celle des pères et des mères de famille: ils sont les vrais et les seuls participants du capital national."[64] Familienpolitik als sozialpolitische Sozialismusprophylaxe und die Vorstellung einer moralisch begründeten sozialen Harmonie der Klassen durchzog auch das Lebenswerk des FR-Abgeordneten Georges Pernot. Auch er motivierte sein Eintreten für die Änderung der Einkommenssteuer nach Anzahl der Kinder, für die Erhöhung der staatlichen Zahlungsleistungen an kinderreiche Familien und die Ausweitung des *sursalaire familial* für alle Staatsbediensteten mit dieser sozialismusprophylaktischen Argumentation[65].

Außer in sozialpolitischen Vorschlägen trat die familienpolitische Konzeption der liberal-konservativen Sammlung auch in Vorschlägen zur Entwicklung eines eigenständigen „Familienrechtes" (*Code familial*) hervor, das ein Gegenstück zum individualistisch geprägten *Code civil* sein sollte. Bereits 1920 hatte General de Castelnau eine „Déclaration des droits de la famille" gefordert, die die Menschenrechtserklärung der Revolution ergänzen und zu einem gewissen Teil einschränken sollte[66]. Eine pauschale Erklärung wie diese mußte jedoch den Argwohn aller gemäßigten Republikaner hervorrufen, da das antirevolutionäre Element nicht zu überhören war. In der Folgezeit arbeiteten daher Isaac, Marin und Pernot an verschiedenen Einzelpunkten, die sukzessive die Basis für diesen *Code familial* bilden konnten, ohne durch lautstarke Erklärungen den Mißmut der bürgerlichen Mitte zu provozieren[67]. Dazu gehörte in erster Linie die Modifizierung des Scheidungs-

---

[63] Vgl. seine Rede in der Kammer am 22.3.1921, JO, Débats, Chambre, S. 1361-1365. Das Gesetz sah vor, jedem Vater ab dem vierten Kind 380 Fr. pro Jahr mit einer Steigerung um 30 Fr. pro weiterem Kind zu zahlen. Der Gegenvorschlag des Sozialkatholiken Lemire, das Geld an die Mutter auszuzahlen, wurde von der gesamten ERD zurückgewiesen. Aus ähnlicher Perspektive Georges Hilleret, Le Problème de la population en France et le vote familial (1928).

[64] Zitiert in *Au Service du pays* 1939, S. 23.

[65] In *La Nation* vom 6.8.1927, 10.11.1925 und 5.2.1927.

[66] In Lille vor 3000 *pères des famille*, vgl. *Correspondance Hebdomadaire* de la FNC, vom 14.12.1925.

[67] Gerade das Scheidungsrecht war auch bei der URD trotz der FR-Programmatik nicht unumstritten. In dem oben angeführten Brief von Pernot an Guiraud vom 18.3.1928

rechts, die Einführung des Delikts des *abandon de la famille* und die graduelle Aufhebung der individualistischen Erbteilung zugunsten eines den bäuerlichen Familienbesitz erhaltenden Anerbenrechts[68]. Diese Revision von Prinzipien des bürgerlichen Rechts entsprach ganz dem oben beschriebenen mentalen Übergang vom Individualismus zum Familialismus, den die *Progressisten* durchlaufen hatten. Als Ganzes konnte der *Code familial* jedoch erst 1939, unter ganz anderen politischen Umständen, von Pernot im Parlament durchgebracht werden.

Als letzte Konkretisierung der Familienideologie der liberal-konservativen Sammlung ist schließlich noch der *vote familial* zu betrachten, der seit der Mitte des 19. Jahrhunderts immer wieder öffentlich debattiert worden war, jedoch niemals zum Durchbruch gelangte. Bezeichnenderweise waren es gerade Katholiken des liberalen Flügels wie Lamartine (1850) und Henri Lasserre (1873), die die Erweiterung des republikanischen, allgemeinen Männerwahlrechts auf alle Franzosen, also auch Frauen und Kinder, als Kompromiß zwischen liberalen und konservativen Staatsvorstellungen anstrebten. Die Skepsis der Republikaner und die Dynamik des *Droite-Gauche*-Gegensatzes verhinderten jedoch lange Zeit eine Verständigung in dieser Frage, und selbst der republikanische Sozialkatholik Abbé Lemire erreichte vor 1914 keine Änderung des republikanischen Wahlmodus. Kein Republikaner hätte einem Gesetzesvorschlag zugestimmt, in dessen Motivation die Aufgabe individualistischer Prinzipien verankert war[69]. Erst dem *Progressisten* Henry Roulleaux-Dugage gelang es in Zusammenarbeit mit Louis Marin 1919 und 1923, ein umfangreiches Gesetzesprojekt zum *vote familial* in die Kammer einzubringen, das zwar von dieser verabschiedet, vom Senat jedoch abgelehnt wurde. Das Projekt Roulleaux-Dugage war insofern neu, als es erstens dem Familienvater so viele Stimmen zugestand, wie Kinder in seinem Haushalt waren, und zweitens dieses Wahlrecht im Falle des Todes des Mannes auch auf die Frau übertragen wollte. Wie im nächsten Kapitel über das Frauenwahlrecht noch zu besprechen sein wird, setzten sich Roulleaux-Dugage und Marin damit über die Skepsis in ihren eigenen Reihen hinweg, die in keinem Fall die Frau zum politischen Wahlkampf zulassen wollte. Wie Roulleaux-Dugage in seiner Begründung 1919 erklärte, war für ihn nicht mehr ein traditionell-hierarchisches Familienbild ent-

---

schrieb dieser über die Legislaturperiode 1928: „Sans doute, nous n'avons pas demandé l'adoption de la loi du divorce. Vous qui connaissez bien la Chambre, vous savez quel accueil aurait reçu, même à droite et au centre-droite, une telle proposition." In: AN 362, AP 149, Dossier 3.

[68] Marin hatte am 20.2.1923 und am 7.4.1925 zwei Gesetze im Parlament durchgebracht, die den *abandon de la famille* von einem Ehepartner unter Strafe stellten. Die beiden anderen Punkte sind seit 1925 Teil des Programms der FR und wurden von Georges Pernot formuliert. Auch de Castelnau hatte sich in seiner Erklärung Artikel 5 gegen den „partage forcé en nature" bei Gutshöfen ausgesprochen. Interessant ist, daß es auf dem FR-Kongreß von 1925 zu einer spitzfindigen Diskussion zwischen Marin und Isaac über die Frage kam, ob Scheidung und *abandon de la famille* nicht das gleiche sei. Die undatierte Mitschrift des Kongresses 1925 in: AN 317, AP 85. Vgl. auch André Toulemon, Le Suffrage familial, ou Suffrage universel intégral. Le vote des femmes. Préface Georges Pernot (1933).

[69] Die Vorschläge von Lemire waren noch relativ verhalten, er forderte lediglich eine zusätzliche Stimme pro Frau und pro viertem Kind für den Mann, vgl. Talmy, Histoire du mouvement familial, S. 122ff.

scheidend, das dem Familienvater allein alle Rechte zugestand, sondern nur die Tatsache, daß der kinderreichen Familie möglichst viele Rechte zukamen, egal, ob sie nun vom Vater oder der Mutter wahrgenommen wurden[70]. Sein Projekt wurde bereits 1923 mit Unterstützung von Isaac in das Programm der FR aufgenommen und zu einem festen Bestandteil der FR-Programmatik bis 1949[71]. In ihm manifestierte sich noch einmal die Skepsis der liberal-konservativen Sammlung gegenüber dem Grundprinzip der demokratischen Republik, dem allgemeinen Männerwahlrecht, weil dieses allein das Individuum anerkannte, ohne Rücksicht auf gewachsene Strukturen wie die Familie zu nehmen[72].

2. Der Kampf für das Frauenwahlrecht: eine konservative Emanzipation?

Es gehört zu einem besonderen Kennzeichen der Dritten Republik, daß sie, die im europäischen Vergleich sehr früh das republikanisch-demokratische Prinzip institutionalisiert hatte, am längsten die Frauen von der Teilnahme am allgemeinen Wahlrecht, dem Kennzeichen einer demokratischen Republik, ausschloß. Während in vielen europäischen Ländern immerhin nach dem Ersten Weltkrieg den Frauen das aktive und passive Wahlrecht eingeräumt wurde, blieb die älteste europäische Republik der Neuzeit gegen diesen Emanzipationsschub bis 1944 resistent. Sie knüpfte damit an die französischen Revolutionsregierungen 1789-1793 an, die ebenfalls die Frauen von der politischen Betätigung fernhalten wollten. Das Argumentationsmuster der Gegner des Frauenwahlrechts der Jahre 1870 bis 1940 korrespondierte dabei ideengeschichtlich mit demjenigen der Revolutionszeit, da beide nicht aus prinzipiellen Gründen das Frauenwahlrecht ablehnten – auch für die Frauen galt die *égalité* – sondern aus Gründen der politischen Räson. Die Frauen, so argumentierte man, stünden zu großen Teilen unter dem Einfluß des Klerus und würden daher auf dessen Rat Vertreter der *Droite* wählen. Sie seien *nolens volens* ein Steigbügelhalter der Gegenrevolution und daher vom politischen Kampf auszuschließen[73].

---

[70] Er führt dabei vor allem die Familien an, deren Väter gefallen waren, und die nun nicht ihrer Rechte beraubt werden dürften, vgl. JO, Débats, Chambre, 3.4.1919, S.1705ff.

[71] Bezeichnend hierfür ist, daß der erste große Nachkriegskongreß der FR 1923 bereits einen eigenen Bericht zum *vote familial* enthielt, der von Roulleaux-Dugage verfaßt wurde und 1925 nochmals debattiert wurde, in: stenographische Mitschrift des Kongresses, in: AN 317, AP 85. Es sei noch erwähnt, daß der *vote familial* in seiner konkreten Ausformung stets ein Stein des Anstoßes innerhalb der FR blieb, wobei es aber mehr um technische Fragen ging, wie die nach der genauen Stimmenverteilung pro Kind etc. Vgl. Bonnefous auf dem Kongreß 1927, in: AN 317, AP 85.

[72] Insofern steht der *vote familial* in einer nahen Beziehung zum RPI. Bei beiden ging es um die Berücksichtigung gewachsener Strukturen, der Familie bzw. der Region, im Wahlvorgang. Isaac bezeichnet den Zweck des *vote familial* daher auch mit „améliorer le suffrage universel". Eintrag vom 1.2.1929, Carnets, S.489. Die Position der FR deckte sich hier mit der der FNC und de Castelnaus, vgl. Bonafoux-Verax, Fédération, S.226.

[73] Gängig war die Formulierung: „Un bulletin de vote donné aux femmes est un bulletin donné aux prêtres". Über die Motive der Verweigerung des Frauenwahlrechts seit der

Wenn man die sozialen und politischen Gruppen untersucht, die dieses Argumentationsmuster vertreten haben, findet man v.a. diejenigen Republikaner, die das aufklärerisch-freiheitliche Erbe des 18. Jahrhunderts auf beinahe religiöse Art in ihrer politischen Kultur internalisiert hatten. Freidenker und Freimaurer, Jakobiner und Radikale bildeten die gesellschaftliche und politische Trägerschicht einer allgemeinen Skepsis gegenüber der politischen Reife von Frauen, die geradezu zu einem essentiellen Grundzug des französischen Republikanismus wurde. Es waren nämlich politisch in erster Linie die Radikalen, d.h. die Anhänger eines jakobinischen Linksliberalismus, die bis zum Ende der Dritten Republik in Kammer und Senat die verschiedenen Initiativen zum Frauenwahlrecht blockierten[74]. Der Radikalismus, der seine soziologischen Wurzeln in einem in Logen und *Libre-Pensée*-Verbänden organisierten Bürgertum hatte, erwies sich darin als ein wahrer Nachfolger des Jakobinertums, das seine eigene Vorstellung von Staat und Demokratie verabsolutiert und sich selbst zum Hohepriester der Republik ernannt hatte. Dieser linksliberale Radikalismus war in höchstem Maße antipluralistisch, d.h. er begriff die demokratische Republik nicht als Ort des politischen Ringens verschiedener Strömungen, sondern als einen fest definierten Apparat, zu dem nur diejenigen Zutritt haben sollten, die zuvor ihr republikanisch-laizistisches Credo in Logen und Clubs unter Beweis gestellt hatten. Da Frauen von diesen soziologischen Basisverbänden *per definitionem* ausgeschlossen waren, konnten sie auch nicht den republikanischen *cursus honorum* durchlaufen und den Grad an demokratischer „Mündigkeit" erreichen, der für das politische Wahlrecht erforderlich war.

Diese Resistenz gerade der politischen Linken verhinderte indessen nicht, daß bereits vor 1914 eine Frauenbewegung entstand, die politische Rechte für alle Frauen einforderte. Diese Vergesellschaftung erfolgte analog zum bipolaren Spannungsfeld in einer rechten, d.h. katholischen Frauenbewegung, und mehreren, sich bündelnden linken Feministinnenverbänden[75]. Die *katholische Frauenbewegung*, wie sie in Kapitel II vorgestellt wurde, wies eine personelle und programmatische Verbindung zur ALP auf und teilte mit ihr ein traditionalistisch-konservatives Bild von der Rolle der Frau als Mutter und als Hüterin der Sitten. Sie wollte sich dezidiert antifeministisch verstanden wissen und besaß als ein propagandistisches Schlagwort z.B. *le retour au foyer*. Ihre aktivsten Verbände waren die bereits besprochenen LDPF und LFF, die im Umfeld des Kampfes gegen die Kirchentrennungsgesetze 1902 entstanden waren. Daneben existierte noch eine eher sozialkatholisch ausgerichtete *Action sociale de la femme* sowie eine aus der Anti-Dreyfus-Agitation herrührende *Union nationaliste des femmes françaises*.

Französischen Revolution bis 1945 vgl. Rudelle, Le vote des femmes, und mit einer Untersuchung der Presse der Menschenrechtsliga Irvine, Women's Right and the Rights of Man.

[74] Vgl. Berstein, Parti Radical, Bd. 1, S. 234–238.

[75] Mittlerweile gibt es eine Vielzahl von Untersuchungen zum Feminismus in Frankreich, wobei die katholische Frauenbewegung eher stiefmütterlich behandelt wurde. Grundlegend Klejman, L'Egalité en marche, Rabaut, Féministes à la Belle Epoque, Hause/Kenney, Women's Suffrage, und Bard, Les filles de Marianne. Für die katholische Frauenbewegung: Cova, „Au service de l'église, de la patrie et de la famille".

Mit Ausnahme der letzteren verweigerten sich alle anderen Bewegungen dem Kampf für das Frauenwahlrecht[76], da sie der Direktive von Pius X. von 1906 folgten, wonach Frauen von der Politik fernzuhalten seien. Ihre Aktivität beschränkte sich auf die Adaptation bürgerlicher Handlungsformen, d.h. auf ein Engagement in Vereinen, sozialkaritatives Wirken, Verwaltung der eigenen Interessen, oder die Lösung frauenspezifischer Probleme[77].

Diese Gruppierungen reflektierten damit das Frauenbild der ALP, die einerseits das Frauenwahlrecht für alle Frauen außer den Witwen aus traditionalistisch-konservativen Gründen ablehnte, andererseits im Interesse des Katholizismus eine Emanzipation auf dem bisher männlich dominierten Gebiet des Vereinswesens und des sozialen Handelns begrüßte. Paradigmatisch mag hierfür eine Aussage Jean Guirauds aus dem Jahre 1912 stehen, der erklärte: „Je suis nettement partisan du vote des femmes chef de famille, soit pour les élections politiques soit pour les élections municipales", aber: „Quant au vote de toutes les femmes, pour les élections municipales et à plus forte raison pour les élections politiques, je n'en suis pas actuellement partisan."[78] Dem politischen Katholizismus der ALP genügte es, die propagandistischen und personellen Kapazitäten des *feminisme catholique* für sich zu gewinnen und einzusetzen. Wir hatten bereits gesehen, wie dieses *engagement civique* der katholischen Frauen nicht selten auch im politischen Wahlkampf zum Tragen kam und damit der ALP bedeutende Schützenhilfe leistete. Ob man nun wie manche Forscher in dieser unpolitischen Kanalisierung der katholischen Frauenbewegung eine (Selbst)Blockierung der Emanzipation erblicken kann, muß hier offen bleiben; in jedem Fall handelte es sich um eine eigene Form weiblichen Handelns, eine konservativ-katholische eben, deren Grad an Fortschrittlichkeit zeittypisch an den Vorgaben eines ultramontanen Katholizismus orientiert war.

Demgegenüber spielte die Frage nach dem Frauenwahlrecht in den Reihen der *Progressisten* nur eine untergeordnete Rolle. Nur wenige ihrer Abgeordneten wie Louis Marin oder Charles Benoist nahmen sich des Themas an, ohne allerdings personell einer Frauenbewegung nahezustehen. Gemeinsam mit dem *républicain de gauche* Jules Siegfried und dem Radikalen Ferdinand Buisson unterhielten sie Beziehungen zu der gemäßigt-republikanischen und bürgerlichen *Union française pour le suffrage des femmes* (UFSF) unter Cécile Brunschwicg und Marguerite de Witt-Schlumberger, also zu einem Vertreter der „linken" Frauenbewegung. Ohne jemals Teil der UFSF gewesen zu sein, sahen Marin und Benoist in ihr eine ideale Unterstützung für die große Kampagne der Wahlrechtsreform (RPI), zu der unter anderem auch das Frauenwahlrecht gehören sollte. Ausschlaggebend dafür war, daß es die UFSF verstanden hatte, sozialkulturelle Leitbilder aus ihrer Argumentation zurückzudrängen und allein als Zweckgemeinschaft zur Durchsetzung des Frauenwahlrechts aufzutreten. Sie unterschied sich darin von der katholischen wie

---

[76] Die antisemitische *Union nationaliste* unter Marie Maugeret, die seit 1896 für das Frauenwahlrecht eintrat, scheint eine eher marginale Rolle gespielt zu haben und wurde nach 1906 immer mehr isoliert.

[77] Die wichtigsten darunter waren die regelmäßigen *Congrès de Jeanne d'Arc*. Zur Entwicklung vgl. Bard, Les filles de Marianne, S. 273ff., und Hause/Kenney, The Development of the Catholic Women's Suffrage Movement.

[78] Brief vom 9.7.1912 an Mme. Baigne in: AN 362, AP 151, Dossier 4.

auch sozialistischen Frauenbewegung, deren wahlpolitische Forderungen stets auch ihre moralischen Wertvorstellungen mittransportierten[79]. Gleichwohl verblieb dieses Engagement von Marin und Benoist ein individuelles; ihre Auffassung wurde zu keiner Zeit offizielle Parteilinie der Vorkriegs-FR, die im übrigen nicht wenige Kritiker des Frauenwahlrechts in ihren Reihen hatte. Statt dessen gründeten Marin und Benoist in einer für den parteipolitisch noch nicht klar definierten Honoratiorenparlamentarismus typischen Manier zusammen mit Politikern anderer Partein eine *Ligue d'électeurs pour le suffrage des femmes*, die das parteipolitische Vakuum in dieser Frage füllen sollte[80]. Zusammenfassend kann man also sagen, daß das Frauenwahlrecht kein eigentliches Politikfeld der *Progressisten* war und daß die wenigen, die sich damit beschäftigten, dies parteiübergreifend mit der gesamten Linken zu lösen versuchten.

Mit dem Hereinbrechen des Ersten Weltkriegs änderte sich vieles im gesellschaftlichen Zusammenleben, darunter besonders auch die Rolle der Frau. Durch ihren Einsatz in den Rüstungsbetrieben und anderen Teilen der Kriegswirtschaft gelangte eine große Zahl bisheriger Hausfrauen in ein geregeltes Arbeitsverhältnis; in den Dörfern der Provinz lastete die Landwirtschaft und die Führung des landwirtschaftlichen Anwesens ganz auf den Schultern der Frauen; in den besetzten Gebieten des Nordens und Ostens mußten die verbliebenen Frauen bisweilen sogar die Gemeindeverwaltung übernehmen und mit den deutschen Behörden zusammenarbeiten. Zahlreiche jüngere Studien haben die dadurch verursachten Umwälzungen analysiert und, trotz aller Vorsicht vor einer Überinterpretation des Phänomens, die katalytische Wirkung des Weltkriegs auf die gesellschaftliche Emanzipation der Frau betont[81]. Auch die Zeitgenossen waren sich dieser Entwicklung wohl bewußt, und am Ende des Ersten Weltkriegs traten die verschiedenen feministischen Gruppierungen, die zumeist die *Union Sacrée* mitgetragen hatten, mit neuem Selbstbewußtsein für ihre Forderungen ein, ohne allerdings das gleiche Ausmaß an Aktivität zu entwickeln wie die englischen Suffragetten[82].

Eine entscheidende Veränderung vollzog sich auf der Seite der katholischen Frauenbewegung, die unter großer Opferbereitschaft und unter Aufgabe des katholischen Primats einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Heimatfront während des Krieges geleistet hatte. Große Teile dieser Frauenbewegung begannen sich von der kirchlichen Vormundschaft zu lösen und das Frauenwahlrecht einzufordern. Angeführt wurden sie von der Vorsitzenden der *Action sociale de la femme*, Jeanne Chenu, sowie der Marquise de Moustier, der Vorsitzenden der LPDF und Frau des *progressistischen* Abgeordneten René de Moustier (Doubs), die im Herbst 1920 die *Union nationale pour le vote des femmes* (UNVF) gründeten[83].

---

[79] Zur UFSF vgl. Hause/Kenney, Women's Suffrage, S. 135ff.

[80] Dazu gehörten auch der Republikaner Deschanel, der sozialistische Republikaner Viviani sowie die Sozialisten Jaurès, Sembat und Thomas, vgl. ibidem, S. 156ff.

[81] Vgl. allgemein den Sammelband von Wall/Winter, The Upheaval of War: Family, work and welfare.

[82] Vgl. Bard, Les filles de Marianne, S. 71–85.

[83] Vgl. die Erinnerungen der späteren Vorsitzenden Edmée de La Rochefoucauld, Frau des ALP-Vorsitzenden Xavier, La Femme et ses droits (1939), sowie Bard, Les filles de Marianne, S. 268–280, und Hause/Kenney, Women's Suffrage, S. 219ff.

Damit hatte auch die katholische Frauenbewegung Frankreichs den Schritt der politischen Emanzipation vollzogen, nachdem ein Jahr zuvor bereits das päpstliche Veto gefallen war, als Benedikt XV. gegenüber der englischen *Catholic Women's Society* seine Zustimmung zum Frauenwahlrecht erklärt hatte.

Diese Neuorientierung der katholischen Frauenbewegung verlief jedoch nicht im luftleeren Raum, sondern korrespondierte mit einer gleichzeitigen Entwicklung innerhalb von Teilen des politischen Katholizismus. Dort hatte man sich im Verlauf der letzten beiden Kriegsjahre ebenfalls von der konservativen Dogmatik zu lösen begonnen und sich immer mehr auf eine Akzeptanz des Frauenwahlrechts hinbewegt. Während Jean Guiraud und die Mehrheit von *La Croix* an der Position festhielt, nur eine Witwe dürfe in ihrer Funktion als *chef de famille* wählen[84], begannen die liberalen Kräfte in der ALP alsbald das prinzipielle Recht der Frau zum Votum einzufordern[85]. Auch der Rektor des *Institut catholique* in Paris, Kardinal Baudrillart, berichtet in seinen Aufzeichnungen, daß sein öffentliches Eintreten für das Frauenwahlrecht auf große Skepsis bei einigen Katholiken gestoßen sei, was ihn aber im übrigen von seiner Haltung nicht abbrachte[86]. Es ist nun schwierig, die eigentlichen Ursachen für diese Wende im politischen Katholizismus und für den Sieg der liberalen Kräfte auszumachen. Zum einen spielte sicherlich die Kriegserfahrung selbst eine große Rolle, weil sich die Frauen in allen möglichen gesellschaftlichen Positionen bewährt hatten[87]. Zum anderen darf aber auch nicht das – wenig geäußerte – taktische Argument außer acht gelassen werden, wonach die Frauen vermutlich ihre Stimmen mehrheitlich den konservativen und katholischen Kandidaten gegeben hätten. Insofern war das Frauenwahlrecht ohne Zweifel auch als Instrument für eigene Wahlsiege gedacht, weshalb man sich gerne auch vom päpstlichen Verbot zu lösen begann.

Seinen ersten Niederschlag fand dieser allgemeine gesellschaftliche Wandel während der Kammerdebatte im Mai 1919, als im Anschluß an die Diskussion über die Einführung des Verhältniswahlrechts auch über das Frauenwahlrecht verhandelt wurde. Die wichtigsten Vertreter der Nationalisten, ALP und *Progressisten* – Barrès, Piou und Benoist – erklärten gemeinsam mit den Sozialisten ihre Unterstützung und brachten eine Mehrheit von 329 zu 95 Stimmen für das Frauenwahlrecht zusammen. Nur sechs monarchistische Abgeordnete hatten sich der Direktive Pious verweigert und mit den Radikalsozialisten dagegen votiert[88]. In der gleichen Weise, wie sich die ALP-Abgeordneten über ihre konservativ-katho-

---

[84] *La Croix* vom 5.3.1917 und 10.6.1917. Die Frau in den Wahlkampf zu zerren war für ihn „une excitation à la déchristianisation de la femme par les sectes et les pouvoirs publics". Die biblische und päpstliche Lehre (1906) schreibe vor, daß Mann und Frau in Heim und Gesellschaft eine „mission distincte" hätten, wobei der Frau die „vertus conjugales et maternelles" zukämen.

[85] Vgl. Joseph Denais in *La Libre Parole* vom 12.6.1917, und allgemein Albert Bessières, Le devoir civique des femmes et le suffrage féminin (1926).

[86] Eintrag vom 1.5.1919, Baudrillart, Carnets, S. 185.

[87] So argumentiert auch der katholische Senator Emmanuel de las Cases am 26.5.1919 in seinem Tagebuch: „On ne peut évoquer aucune infériorité de la femme sur l'homme, dans aucun ordre. Peut-être vaudrait-elle même mieux que l'homme, étant moins égoiste, moins intéressée, plus économe." In: Ephémérides, S. 162.

[88] Das Abstimmungsergebnis bei Hausse/Keney, Women's Suffrage, S. 226.

lische Tradition hinweg gesetzt hatten, stimmten auch die *Progressisten* unter der Führung von Benoist und Marin für das Frauenwahlrecht und überwanden damit den Widerstand der konservativen Kräfte in ihren eigenen Reihen. Ein *progressistischer* Traditionalist wie Lefebvre du Prey versuchte zwar, mit einer flammenden Rede auf die „douceur de la femme" die anderen Traditionalisten der Kammer hinter sich zu bringen, blieb aber mit seiner Haltung in den Reihen der *Progressisten* ohne Rückhalt[89]. Diese verzeichneten gemeinsam mit der AL die höchste Befürwortungsrate in der Abstimmung. Bei beiden hatte sich also noch vor den Wahlen 1919 eine einheitliche Position in der Frage nach dem Frauenwahlrecht herauskristallisiert, weil sich beide „gehäutet" und ihre traditionalistischen Positionen abgestreift hatten. Ohne Zweifel wurde damit ein fruchtbarer Boden für eine Konvergenz *progressistischer* und katholischer Positionen in der Frage des Frauenwahlrechts geschaffen.

Infolgedessen wurde die konsequente Umsetzung des Frauenwahlrechts auch ein Hauptanliegen von ERD und URD/FR in den kommenden Jahren. Als das positive Votum der Kammer nach mehreren Verzögerungen 1922 im Senat debattiert wurde, war es der liberal-konservative Senator Gourju (Rhône), der als einer der wenigen Senatoren die Verteidigung des Frauenwahlrechts übernahm. Gleichwohl überstimmte die radikalsozialistische Mehrheit seinen Antrag, und das Frauenwahlrecht wurde schließlich im November 1922 endgültig abgelehnt. Lediglich die *progressistischen* und katholischen Senatoren der Fraktionen *Union républicaine*, *Gauche républicaine* und *Droite* hatten dafür gestimmt[90]. Nachdem unter der Regierung des *Bloc National* das Frauenwahlrecht trotz Drängens der ERD also *ad acta* gelegt wurde, gründeten sich die Hoffnungen der Frauenbewegungen 1924 auf das Linkskartell, an dem immerhin die Sozialisten als große Befürworter des Frauenwahlrechts partizipierten. Auch Louis Marin erwartete nun eine Initiative seitens der Regierung und trug Innenminister Chautemps seine Unterstützung in dieser Frage an. Gleichwohl, den großen Erwartungen, die das Linkskartell durch seine republikanisch-revolutionäre Mystik geweckt hatte, folgten keine Taten, weder auf sozialem noch auf feministischem Gebiet. Als Chautemps Marin mitteilen ließ, das Frauenwahlrecht werde erst 1929 debattiert werden, erkannte dieser sehr genau, daß erneut die alte Verzögerungstaktik der Radikalen am Werke war. Marin brachte daraufhin im Dezember 1924 eine eigene Gesetzesinitiative zum Frauenwahlrecht ein, die den Frauen wenigstens für die Kommunalwahlen 1925 das aktive Wahlrecht zu-

---

[89] Er argumentierte, daß die *luttes politiques* den Frauen schaden würden. Ferner: „Il faut, autant que possible, que la mère de famille n'aille pas à l'usine et que le salaire du père soit suffisant pour nourrir la femme et les enfants." Zwar hätten auch die Frauen ihre Rolle im Weltkrieg gespielt, aber: „l 'homme en a joué un aussi beau et même un plus grand (rôle), parce que [...] il a fait le plus sublime des sacrifices, celui de la vie sur l'autel de la patrie." JO, Débats, Chambre, 5.5.1919, S.2299-2303, hier S.2301. Lefebvre du Prey wurde daher auch in der größten *progressistischen* Tageszeitung, *La République française*, am 6.5.1919 kritisiert.

[90] Die von Hause/Keney, Women's Suffrage, S.236-248, analysierten Reden zeigen, daß sich das Argumentationsmuster der radikalen Senatoren kaum verändert hatte und in der Regel stets auf die Beeinflußbarkeit der Frau durch die Kirche abhob. Ein radikaler Senator sah damit sogar das Ende der Republik besiegelt.

gestanden hätte[91]. Er erhielt dafür nicht nur Rückendeckung in der Partei, sondern auch von seiten der bürgerlichen Frauenbewegung, die in Marin ihren letzten Trumpf zu sehen begann[92].

Marins Vorschlag wurde von der linken Mehrheit der Kammer abgelehnt, zum großen Unmut mancher Sozialisten im übrigen, die sich immer deutlicher von den Radikalen zu distanzieren begannen. In der FR wurde das Vorgehen Marins zwar gutgeheißen, jedoch bestand keine vollständige Einigkeit darüber, wie nach dessen Scheitern weiter zu verfahren sei. Marin selbst wußte, daß die gleichzeitige Einführung von aktivem *und* passivem Frauenwahlrecht, die er prinzipiell befürwortete, auch in den Reihen der Opposition, d.h. bei URD und den *républicains de gauche*, auf Widerstand stoßen würde[93]. Wie in vielen Fragen erforderte die parlamentarische Praxis eine langsame Desensibilisierung auf diesem heiklen Gebiet und keine überstürzten Schnellschüsse. Auf dem FR-Parteitag von 1927 stellte der Experte für Wahlrechtsfragen der FR, Georges Bonnefous, daher auch ein modifiziertes Modell des Frauenwahlrechts vor, das sukzessive erst das aktive Wahlrecht (*électorat*) und dann das passive (*éligibilité*) einführen sollte, beginnend bei den Kommunalwahlen 1929 und endend mit den Kammerwahlen 1932, die das Erreichen der vollen politischen Gleichberechtigung der Frau markieren würden. Widerspruch kam dabei vom Familienpolitiker Auguste Isaac, der zwar einerseits das Familienwahlrecht gleichermaßen zwischen Mann und Frau aufteilen wollte, jedoch den Frauen prinzipiell kein passives Wahlrecht zugestand. Sein Antrag auf Abänderung des Berichts Bonnefous wurde von Marin in autoritärer Manier abgelehnt, da sich bei der Abstimmung vermutlich nicht wenige FR-Mitglieder auf die Seite Isaacs geschlagen hätten. In seiner Gegenrede betonte daher Marin auch nicht die moralische Richtigkeit des aktiven und passiven Frauenwahlrechts, sondern dessen funktionale Vorzüge: In Polen hätten gerade die gewählten Frauen die revolutionäre Welle gebremst, und auch schon während des Krieges hätten Frauen in vielen Gemeinden des besetzten Frankreich lokale Verwaltungspositionen übernommen und sich als gleichwertig bewährt[94].

Obwohl also das Frauenwahlrecht grundsätzlich eine Kernforderung der liberal-konservativen Sammlung und später der Partei darstellte, waren seine Details und das parteitaktische Procedere nicht unumstritten. Die FR befürwortete zwar

---

[91] Marin erzählte diese Geschichte auf dem Kongreß der FR 1925, die stenographische Mitschrift in: AN 317, AP 85.

[92] Die Initiative Marins war mit führenden Vertretern der URD abgesprochen, vgl. den Brief Blaisots an Marin vom 10.4.1925. Vgl. auch den Brief einer Gymnasiallehrerin aus Marseille vom 2.4.1925 im Namen ihrer 4 Töchter, die Marin dankt: „La France peut continuer à vivre grâce à vous", in: AN 317, AP 17.

[93] Dies betont er auf dem FR-Kongreß 1925 und wittert in einem derartigen Vorschlag ein radikales Manöver, die ganze Sache platzen zu lassen, wie auch schon 1922. Vgl. die stenographische Mitschrift von 1925, in: AN 317, AP 85.

[94] Bonnefous hatte als Negativbeispiel die konservative Lady Harving in England angeführt, die sofort nach Einführung des Wahlrechts 1919 gewählt worden ist. Isaac vertrat seinen Vorschlag zum Familienwahlrecht ausdrücklich im Namen der *familles nombreuses*. Der Bericht über den Kongreß am 9.12.1927 findet sich in AN 317, AP 85. Zur Kritik Isaacs am Frauenwahlrecht und an Roulleaux-Dugage vgl. das Tagebuch Isaacs, Eintrag vom 1.2.1929, Carnets, S.489.

auch die politische Emanzipation der Frau, jedoch in einer gemäßigten und kontrollierten Form und ohne die Radikalität der eigentlichen feministischen Bewegungen. Wenn man nun bedenkt, daß das Eintreten für das Frauenwahlrecht zu keiner Zeit nur ein von der ERD und FR besetztes Thema gewesen war, sondern vielmehr in allen politischen Strömungen und insbesondere bei den Sozialisten Anhänger hatte, so gilt es nun danach zu fragen, worin denn das Typische für die Motivation und Argumentation der liberal-konservativen Sammlung bestand. Für die Beantwortung dieser Frage soll nun sowohl eine strukturelle Dimension (I), d.h. die nach der Anbindung an Frauenverbände, sowie eine kulturelle (II), d.h. die nach den Leitvorstellungen, untersucht werden.

(I) Was die strukturelle Dimension betrifft ist zunächst festzustellen, daß die oben erwähnte UNVF als gemäßigt konservative Frauenbewegung im Verlauf der 1920er Jahre gewissermaßen zu einem femininen Pendant der liberal-konservativen Sammlung wurde. So zählten zu den Mitgliedern ihres Führungsstabes unter anderem die Frauen der FR-Abgeordneten Pierre Taittinger, Viellard, Bonnefous und de Moustier. Die Kommunikationsebene zwischen den beiden Verbänden beschränkte sich jedoch nicht nur auf persönliche Beziehungen, sondern zeigte sich auch in Reden des einen auf Veranstaltungen des anderen. So las vor den anstehenden Munizipalwahlen auf dem FR-Jahreskongreß 1925 Mlle. Moreau von der UNVF in deren Namen einen eigenen Bericht über die Einführung des Frauenwahlrechts, welchen der Kongreß als Parteitagsbeschluß annahm (!). Der frisch gekürte Vorsitzende Louis Marin rundete ihren Vortrag ab, indem er erklärte, daß bei Einführung des Frauenwahlrechts 1871 die letzten 50 Jahre von „la paix intérieure" und einem „gouvernement stable" gekennzeichnet gewesen wären[95]. Auch umgekehrt sprachen bei Tagungen der UNVF Redner im Namen der FR, und so waren z.B. auf dem großen Jahreskongreß der UNVF 1927 gleich vier Vizepräsidenten der FR, der Generalsekretär Guiter und der Vorsitzende des mächtigen FR-Verbandes von Paris, Dufresne, zugegen[96].

Die Zusammenarbeit der liberal-konservativen Sammlung mit dem konservativen Zweig der Frauenbewegung entwickelte sich also zu einem Charakteristikum und unterschied ERD und FR von allen anderen politischen Gruppierungen[97]. Immer wieder dienten die UNVF und ihr Anliegen als Schnittstelle liberal-*progressistischer* und national-katholischer Positionen, so z.B. wenn sich Louis Madelin und der Marschall Foch auf eine gemeinsame Aktion mit der UNVF ver-

---

[95] Vgl. die stenographische Mitschrift über den Kongreß vom 19.–21.März 1925, in: AN 317, AP 86. Moreau war später auch Vorsitzende des Damenkomitees der *Jeunesses Patriotes* im Pariser 6. Arrondissement.

[96] Sie erklärten im Namen von URD und FR ihre volle Unterstützung; es waren die Abgeordneten Hervey, Bonnefous, Chassaigne-Goyon und Soulier, vgl. *La Nation* vom 5.3.1927. Maurice Ordinaire von der UNR du Doubs hielt sogar einen Vortrag dort und sagte ausdrücklich: „La guerre n'a-t-elle pas démontré que les femmes demeurées au pays, à la charrue, à l'ambulance, avraient les qualités voulues pour s'intéresser au salut public?" In DR vom 4.3.1927.

[97] Nur der rechte Flügel der AD um Tardieu und Reynaud scheint mit der UNVF zusammengearbeitet zu haben, vgl. die beiden Briefe der Duchesse de la Rochefoucauld an Tardieu vom 16.6. und 25.6.1936, in: AN 324, AP 10.

ständigten[98]. Das Interesse, das beide Seiten daran haben mußten, den Kontakt möglichst eng zu halten, ist gleichfalls evident. Für die UNVF bildete die FR den Transmissionsriemen ihrer Forderungen, während umgekehrt die FR vom strukturellen Netzwerk der zeitweise über 100000 Mitglieder zählenden UNVF profitieren konnte[99]. Obwohl die Frauen während der gesamten Zeit der Dritten Republik das Wahlrecht nicht zugesprochen bekamen, darf ihre propagandistische Rolle im Wahlkampf sicherlich nicht unterschätzt werden, und zwar nicht nur was den Einfluß auf ihre Ehemänner betraf, sondern gerade auch bezüglich der sozialkulturellen Leitwerte, die von der UNVF verbreitet wurden, und die, wie gleich zu zeigen sein wird, mit denen der FR übereinstimmten. Die UNVF übernahm daher in gewisser Hinsicht diejenige Rolle für die FR, die die katholische Frauenbewegung für die ALP vor dem Krieg eingenommen hatte.

(II) Von besonderer Bedeutung war dabei, daß die Motivation und die Argumentationsmuster von FR und UNVF identisch waren. Beide strebten sie nicht nach einer prinzipiellen Gleichberechtigung von Mann und Frau und der damit aus ihrer Sicht verbundenen Angleichung der Geschlechter, sondern nach der Aufrechterhaltung der verschiedenen Geschlechterrollen gerade *durch* das moderne Element des Wahlrechts[100]. In dieser Konzeption waren progressive und traditionalistische Vorstellungen auf eine eigenartige Weise verbunden, da die Frau zwar als *citoyen* politisch gleichberechtigt sein sollte, ihre soziale Rolle aber auf den Erhalt der Nation durch Gebären und Kindererziehung reduziert wurde. Zunächst zum fortschrittlichen Element: Die FR-Zeitung *La Nation* stellte am 25. Februar 1928 fest, daß es weder intellektuelle noch moralische noch staatsbürgerliche (*civiques*) Unterschiede zwischen Mann und Frau gebe. Aus diesem Grund hätten sich auch die Frauen in allen Krisensituationen der französischen Geschichte bewähren können, angefangen von Jeanne d'Arc bis zu den Frauen der Gegenwart. In diesem Sinne argumentierte z. B. François de Wendel vor der UNVF in Nancy, wenn er die Blockade-Haltung der Radikalen mit den Auffassungen der Merowinger verglich: „Malgré les exploits de Jeanne la bonne lorraine [...] bon nombre de nos compatriotes raisonnent encore je crois comme les Mérovingiens."[101] Edmond Petitfils, ebenfalls Abgeordneter der URD, betonte, daß die alte Regel der Jakobiner, nur den Mobilisierbaren, d. h. den Männern, komme das Wahlrecht zu, seit dem Krieg überholt sei, da gerade die Krankenschwestern und Bäuerinnen einen großen Anteil am Sieg hätten[102]. Die Mobilisierbarkeit der Frau

---

98 Brief Fochs an Madelin vom 11. 12. 1924, in: AN 355, AP 2.

99 Bemerkenswert ist, daß viele Gruppen der katholischen Frauenbewegung LPDF komplett in die UNVF übergetreten waren oder an deren Kampagnen partizipierten. Innerhalb der FNC blieb freilich das Frauenwahlrecht bis in die 1930er Jahre umstritten, obwohl der FR-Senator François-Saint-Maur immer wieder dafür warb, vgl. Bonafoux-Verax, Fédération, S. 228.

100 Vgl. *La Nation* vom 10. 11. 1925: Deutliches Indiz dafür seien die neueren Modererscheinungen, die die Frauen zu „amazones contemporaines" machten und ihnen neuartige Rollen zuwiesen („tout se virilise"). Nur morgens könne man noch ehrenwerte Frauen sehen, die an die „vie parisienne" der Jahre 1880 bis 1890 erinnerten.

101 Das Manuskript für die Rede vom 23. 4. 1934 im Dossier Notes personnelles von de Wendel, in: AN 190, AQ 13.

102 *Bulletin de l'ALP* vom 1. 3. 1927.

für die nationale Sache, wie sie der Krieg gezeigt hatte, wurde also zu einem wichtigen Argument in der Forderung nach dem Frauenwahlrecht.

In dieser nationalen Mobilisierbarkeit lag gleichzeitig auch das entscheidende Verbindungselement zwischen den fortschrittlichen und rückwärtsgewandten Vorstellungen. Mit der staatsbürgerlichen und politischen Gleichberechtigung, die aus der Mobilisierbarkeit resultierte, korrespondierte nämlich eine gewisse Aufgabe der Frau in der Nation, die alles andere als modern war. Louis Marin, einer der eifrigsten Verfechter des Frauenwahlrechts, hatte bereits 1908 den Tod der Mutter im Kindbett als höchste Pflichterfüllung der Frau, als ihr eigenes Schlachtfeld der Ehre (!) bezeichnet[103]. Den gleichen Ansatz verfocht auch die UNVF, die, so wie einst die LDPF die religiösen Interessen verteidigte, die Bewahrung und Förderung der traditionellen Frauenrolle als Mutter und Erzieherin auf die Fahnen geschrieben hatte. Nur so könnten die „tradition suprême de la famille", der „ordre établi" und die mütterlichen Tugenden erhalten bleiben[104]. Die hier vorgebrachte Ordnungsvorstellung korrespondierte auf ideale Weise mit dem sozialmoralischen *Familialismus* und dem konservativen Ordnungsdenken der FR. Wenn die UNVF aber das liberal-konservative Familienbild teilte und als erste Aufgabe der Frau ihr Dasein als Mutter möglichst vieler Kinder anpries, so war ihr Leitbild nicht mehr das von der privaten Isoliertheit der Frau, wie es im 19. Jahrhundert noch der Fall gewesen war. Im Gegenteil, die Frau sollte sich trotz oder gerade auf Grund ihrer Mutterrolle in erzieherischen und sozialen Werken einbringen und fortbilden, um ihrem Anspruch auf politische Mitgestaltung gerecht zu werden. Das Frauenwahlrecht war insofern nicht nur Kompensation für die Leistung der Frau in der Nation, sondern fungierte als politische Ergänzung des sozialen Auftrags der Frau zur Erhaltung einer als ideal gesetzten sozialmoralischen Ordnungsvorstellung. Es wurde daher nicht so sehr als ein individuelles Recht, sondern vielmehr als kollektive Pflicht interpretiert, die die Frau im Interesse ihres Wesens, aber auch zur Bewahrung der für sie als adäquat gedachten Lebenswelt, wahrnehmen müsse.

3. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß die liberal-konservative Sammlung die „kinderreiche Familie" als eigenes Ordnungsmodell für die Nachkriegsgesellschaft postulierte, das sowohl Individualismus wie Korporatismus überwand und als eigenständige ideengeschichtliche Position verstanden werden kann. Dieser *Familialismus* war einer breiten Debatte der konservativen Kreise – republikanischer wie katholischer – im Umfeld der RDDM während des Ersten Weltkriegs entsprungen und hatte in den gleichzeitig entstandenen Vereinen des *mouvement familial* seinen sozialen Niederschlag gefunden. Viele ERD/FR-Po-

---

[103] Zitiert in einer biographischen Skizze in Au service du pays, 1939, S. 10: Seine eigene Mutter sei auf dem „champ d'honneur de la maternité comme les soldats" gefallen; der Tod im Kindsbett sei „l'accomplissement d'une mission sublime! Mourir pour l'avenir de la race et de la patrie."

[104] Zitiert nach Hausse/Keney, Women's Suffrage, S. 226.

litiker führten diese Verbände an und schufen sich damit eine gesellschaftliche oder, wenn man so will, interessenspolitische Basis für ihre Aktion. *Familialismus* und *mouvement familial* können mithin als Versuche der liberal-konservativen Sammlung interpretiert werden, sich eine eigene Subkultur und Substruktur in der Gesellschaft, v. a. den ländlich-katholischen Gebieten, aufzubauen, die nicht mehr der Unterstützung des Klerus und der Fundamentalkatholiken bedurfte. Es konnte ferner gezeigt werden, daß sich die liberal-konservative Sammlung an diesem Familienmodell herauskristallisieren konnte, weil es die weltanschaulichen Gegensätze der Vorkriegszeit aufhob. Die *Progressisten* gaben die Reste ihres liberal-individualistischen Erbes vollends auf und nahmen aus bevölkerungspolitischen Motiven (Garantie der nationalen Wehrkraft) die „kinderreiche Familie" als Basiszelle der Gesellschaft an. Gleiches taten die Katholiken, die auf die fundamentalkatholische Argumentation in ihrer Familienvorstellung verzichteten und die „kinderreiche Familie" als eigenständige sozialmoralische Kategorie akzeptierten.

Eine in diesem Sinne betriebene Familienpolitik, die von Nationalismus und moralischem Rigorismus geprägt war, brachte nicht nur eine eigene, für die liberal-konservative Sammlung typische Sozialpolitik hervor, sondern verstand sich selbst auch dezidiert als Alternative zu den Forderungen der Sozialisten und Kommunisten. Staatliche Umverteilung sollte nicht nach materiellen Kriterien (Art der Arbeit, Armut, Besitz), sondern nach moralischen Maßstäben erfolgen. Nur die für die nationale Verteidigung und die öffentliche Moral „wertvollen" ländlich-katholischen Großfamilien sollten in den Genuß staatlicher Leistungen kommen. Ein ähnliches Prinzip galt auch für das Wahlrecht, das nicht mehr auf dem Individuum als freiem und unabhängigem Wesen, sondern auf der Familie als Keimzelle der Gesellschaft aufgebaut sein sollte und die Stimmenanzahl proportional zur Kinderzahl festlegte (*vote familial*).

Einen weiteren Konsens *progressistischer* und katholischer Vorstellungen erzielte die Forderung nach dem Frauenwahlrecht, da beide Gruppen bereit waren, einen Modernisierungsschritt zu vollziehen und sich vom hergebrachten Männerwahlrecht zu lösen. Anders als bei den Sozialisten war dieser Modernisierungsschritt aber an konservative Ordnungsvorstellungen von der sozialen Rolle der Frau als Mutter gebunden und hatte seine argumentative Kraft aus der im Krieg erprobten Leistungs- und Mobilisierungsfähigkeit der Frau für die Nation geschöpft. Darin stimmten die Politiker der liberal-konservativen Sammlung und der FR mit der bürgerlich-konservativen Frauenbewegung (UNVF) überein, was zu einer dauerhaften und intensiven Allianz und Kooperation der beiden führte. Die FR verfügte daher in dieser Frage über eine sozialstrukturelle Rückkoppelung und fungierte selbst als Transmissionsriemen eines gesellschaftlichen Interessenverbandes. Wie auch schon bei den *familles nombreuses* ergänzten sich Partei- und Interessenpolitik zur Durchsetzung nationalistisch-konservativer Ordnungsvorstellungen, wobei, dies sei abschließend noch einmal betont, die FR wohl nicht nur ein ideelles, sondern auch ein taktisches Interesse am Frauenwahlrecht gehabt hatte: Man erwartete sich ohne Zweifel einen überproportionale Anteil an der Zahl der Frauenstimmen.

VI. Kulturkampf und Zwang zur Verständigung: Die religiöse Frage als Problem der liberal-konservativen Sammlung

Im ersten Kapitel der Arbeit ist bereits gezeigt worden, wie eine in mehreren Etappen erfolgte Laizisierung des französischen Staates die religiöse Frage in der politischen Debatte stets virulent gehalten hat. Je mehr die Kirche aus der Gesellschaft hinausgedrängt wurde, desto stärker konnte sich ein laizistisch-republikanischer Bereich des Zivilen entfalten, der als Negation der christlichen Lehre erscheinen mußte, auch für diejenigen Katholiken, die sich an die Republik *ralliiert* hatten. Nicht nur Fundamentalkatholiken, die den Katholizismus als weltanschauliches System begriffen, sondern auch liberale Katholiken konnten sich in diese *république radicale* nicht einfinden. Wenn man daher feststellt, daß die religiöse Frage eine Grundachse in der Entstehung der politischen Formationen Frankreichs um die Jahrhundertwende gebildet hat, so ist sie weniger als Frage nach den Glaubensinhalten, sondern vielmehr als die nach der Rolle des Religiösen und Zivilen im modernen Staat zu verstehen[1]. Nur deshalb konnte sich das einstmals um Republik oder Monarchie entstandene Spannungsfeld *Droite-Gauche* religiös aufladen und, unter anderem, eine partei- oder fraktionspolitische Sammlung der gemäßigten Rechten, d. h. der rechtsbürgerlichen und katholischen Kräfte, verhindern. Ein Ergebnis dieser bereits von Zeitgenossen so bezeichneten *guerre religieuse* war nicht nur die vollständige Trennung von Staat und Kirche in Frankreich, sondern auch ein durch den Bruch mit dem Vatikan hervorgerufener rechtsfreier Zustand der französischen Kirche ab 1905.

Wir hatten bereits gesehen, daß die Haltung zur religiösen Frage ein wesentliches Unterscheidungskriterium zwischen den sozialgeschichtlich aus ähnlichen Schichten stammenden *Progressisten* und ALP-Katholiken gewesen war. Die Progressisten hatten die ersten Laizisierungsschritte (Allgemeine Wehrpflicht, Staatsschule) der 1880er Jahre mitgetragen und zu keiner Zeit deren Richtigkeit in Frage gestellt. Als republikanische Liberale akzeptierten sie diesen Grad an Laizität, den intransigente Katholiken bereits für eine Beschneidung der kirchlichen Rechte und der katholischen Weltanschauung interpretierten. In der erhitzten Debatte um die Separationsgesetzte 1901 bis 1905 bildeten dann beide, *Progressisten* und ALP, zwar eine antiradikale Opposition, eine Einigung der im Entstehen begriffenen Formationen von FR und ALP erwies sich jedoch als unmöglich, da die Katholiken über die Separationsgesetze hinaus eben auch jene republikanische Laizität der Anfangsjahre der Republik revidieren wollten. Darin liegt nun auch der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Gruppierungen: Während die Pro-

---

[1] Für einen liberalen *Progressisten* wie Charles Benoist, der sich selbst als *gallican* bezeichnete, war klar „La religion et la politique, l'Etat et l'Eglise, ne sont point dans le même plan; on pourrait dire: ne sont pas du même temps ni du même monde." In: Charles Benoist, Les lois de la politique française, S. 208.

gressisten aus traditionell liberaler Perspektive für einen gewissen Grad an Zivilstaatlichkeit, aber gegen ein Staatsmonopol im Bildungswesen argumentierten, d.h. „Freiheit" im Sinne der „Freiheit von etwas", nämlich der staatlichen Regelung begriffen, ging es der ALP nicht um Freiheit, sondern um den katholischen Glauben als gesellschaftliche Leitkultur. Trotz der Betonung der *liberté religieuse* hatte sich das in der ALP versammelte konservativ-katholische Amalgam einer *défense-religieuse*-Strategie verschrieben, die die Trennung von *Spiritualia* und *Temporalia* im modernen Verfassungsstaat leugnete und auf einem Einfluß der katholischen Lehre in der staatlichen Politik beharrte. Die Ablehnung von Kirchentrennung und Kongregationsverbot resultierte bei *Progressisten* und ALP also aus unterschiedlichen Motiven, die nur durch die divergierende ideengeschichtliche Tradition erklärt werden können. Die *Progressisten* standen eben in einer langen Traditionslinie des gemäßigten Liberalismus, während die ALP ihre Wurzeln im konservativen Katholizismus des 19. Jahrhunderts hatte.

Wenn man sich diese historische Vorprägung ins Bewußtsein ruft, kann daher kein Zweifel bestehen, daß die Lösung der religiösen Frage eine *condicio sine qua non* für das Zustandekommen einer liberal-konservativen Sammlung darstellen mußte. Die verschiedenen, bisher erörterten Kristallisationspunkte auf dem Gebiet der politischen und ökonomischen Programmatik, der Ideologie und der Familienvorstellung waren insofern notwendige Bedingungen. Hinreichend konnte aber nur eine Versöhnung bzw. ein Ausgleich auf dem Gebiet der religiösen Frage sein, da man dort auf den weltanschaulichen Nerv der beiden konvergierenden Kräfte stieß. Das folgende Kapitel wird deshalb erörtern, wie diese Einigung gelingen konnte, aber auch wo Probleme und Hindernisse lagen. Es wird sich dabei zeigen, daß die religiöse Frage ein stetiger Konfliktfaktor innerhalb von ERD und FR in den 1920er Jahren geblieben ist und in erheblichem Maße zu deren Destabilisierung beigetragen hat, auch wenn – dies sei vorweg gesagt – sie immer mehr an Virulenz verlor. Die eigentliche Problematik für den inneren Konsens der liberal-konservativen Sammlung resultierte dabei aus der Tatsache, daß sich die politische Rechte und die katholische Subgesellschaft vor dem Ersten Weltkrieg zu einem konservativ-katholischen Lager verdichtet hatten. Die Einbindung katholischer Politiker in ERD und FR war daher an das Gelingen der gesamtgesellschaftlichen Eingliederung des Katholizismus in die Republik nach dem Ersten Weltkrieg gebunden. Aufgrund dieser sozialen und gesellschaftlichen Vertiefung der Problemlage konnte ein rein *politischer* Konsens als Pakt zweier Parteien – beispielsweise zwischen den Vorsitzenden der ALP und der FR – nicht ausreichen, sondern mußte von einer parallelen Entwicklung im gesellschaftlichen Katholizismus begleitet werden. Die vier Untersuchungsfelder, die im folgenden behandelt werden, reflektieren alle dieses komplizierte Spannungsverhältnis zwischen politischer und gesellschaftlich-sozialer Ebene. Es handelt sich dabei um die Frage nach der Laizität, die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan und das Kirchenstatut, die Rückkehr der Kongregationen sowie die Frage nach dem Verhältnis von Schule und Kirche.

1. Liberale Laizität als Kompromiß der liberal-konservativen Sammlung

Die Kompromißformel des Bloc National Républicain de la Seine 1919

Wie im nächsten Kapitel noch näher auszuführen sein wird, war es anläßlich der Kammerwahlen im November 1919, die zum ersten Mal mit einem Proporzwahlrecht durchgeführt wurden, in Paris und der Mehrheit der übrigen Departements zu einer sehr heterogenen Listenverbindung mit dem Namen *Bloc National* gekommen. Auf diesen Listen fanden sich neben den *ralliierten* Katholiken der ALP und den *Progressisten* auch *républicains de gauche* und sogar Radikale, die die nationale Eintracht höher als den Schulterschluß nach links bewerteten. Sie alle einte der Gedanke, die siegreiche Politik Clemenceaus fortzusetzen und den radikalen Unruhen in Frankreich Einhalt zu gebieten. Mit dem Schlagwort *Ni réaction, ni révolution* trat diese heterogene Koalition als Fortsetzung der *Union Sacrée* an, ohne allerdings über ein ausgefeiltes Programm zu verfügen. Lediglich in einer Frage, der entscheidenden, mußte in mehreren Sitzungen über den genauen Wortlaut der programmatischen Erklärung gerungen werden. Bei dieser Gretchenfrage handelte es sich natürlich um die nach dem Status der Religion im Staat, d.h. um das Ausmaß an zivilrechtlicher Laizität, das im Frankreich der Nachkriegszeit Geltung haben sollte.

Auf Grund der Tatsache, daß Radikale und Katholiken an einem Tisch saßen, war eine grundsätzliche Lösung dieses Problems *a priori* nicht zu erwarten, sondern vielmehr ein Kompromiß, der zumindest für die kommende Legislaturperiode einen *modus vivendi* garantieren konnte. Die Radikalen und ihr neuer Vorsitzender Herriot hatten in mehreren Äußerungen betont, daß die *lois laïques* absolut und unberührbar (*intangibles*) seien, da sie zum ideologischen Grundgerüst der Republik gehörten. Dieser quasi-religiösen Sakralisierung auf Seiten der Jakobiner stand bei den Katholiken die Auffassung gegenüber, daß ihnen nur eine Revision der Laizitätsgesetze gerecht werde, zumal sie ihren Einsatz für das Vaterland und damit die Republik während des Krieges unter Beweis gestellt hätten. Der Nachfolger im Vorsitz der ALP, Xavier de la Rochefoucauld, der auch die Verhandlungen in den *Globe*-Sitzungen des *Bloc-National* führte, vertrat die Auffassung, daß die Katholiken nun endgültig den „régime établi" und seine Institutionen akzeptieren müßten, daß sie aber nur mit „tête haute" auf Grund ihrer Kriegsleistungen in die Republik eintreten könnten: „Un accord est donc indispensable entre la République et le Catholicisme [...] l'ALP veut sur le terrain collaborer à une politique nationale car elle croit le règlement de la question religieuse possible."[2]

Wie sollte nun aber der Kompromiß aussehen, wenn die eine Seite eine Revision der Laizität strikt ablehnte, die andere aber ein Entgegenkommen auf diesem

[2] Brief de la Rochefoucaulds an den Chefredakteur der *Revue de Paris* vom 15.3.1918. Er hatte dies bereits im Februar 1918 in einem Artikel in der *Revue de Paris* geschrieben und den Beifall des republikanischen „Hohenpriesters" Lavisse geerntet, in: AN 142, AP 14.

Gebiet erwartete? Auf Grund der wenigen Quellen[3], die uns über diese Geheimverhandlungen erhalten sind, läßt sich erschließen, daß es das Wirken der beiden republikanischen Nationalisten Maurice Barrès und Marcel Habert war, das zumindest in Paris das Zustandekommen des später als *Bloc National Républicain de la Seine* bezeichneten Bündnisses bewirkte. Beide trotzten den Radikalen und Katholiken die Aufgabe ihrer intransigenten Positionen ab und vermittelten schließlich eine Einigung zwischen dem mächtigen Präsidenten der linksrepublikanischen *Alliance Démocratique*, Adophe Carnot, und dem Erzbistum von Paris. Der Pariser Kardinal Amette, ein liberaler und bisweilen nationalistischer Katholik[4], hatte am Tag der Weihung Montmartres an das Sacré-Cœur mit Jacques Piou einen Text ausgehandelt, der von Barrès und Habert abgesegnet und an Carnot übergeben wurde. Er korrigierte eine erste, von den Radikalen, der AD und der FR(!) unterzeichnete Fassung bezüglich der Laizität vom 20. Oktober 1919, die noch die „laïcité absolue de l'Etat" beibehalten wollte, zu einer salomonischen Kompromißformel: „Le fait de la laïcité doit se concilier avec les libertés et les droits de tous les citoyens à quelque croyance qu'ils appartiennent et ainsi sera assurée dans notre pays la paix religieuse." Damit waren, wie von der AD gefordert, das Wort *laïcité* verankert, und ebenso, wie von den Katholiken gefordert, die Begriffe „libertés" und „paix religieuse"[5]. Im Rückblick beschrieb Marcel Habert 1920 das Zustandekommen des *Bloc-National* folgendermaßen: „Une entente est intervenue sur ce terrain même (religiöse Frage) entre des radicaux notoires et des catholiques non moins notoires. Nous avons nettement déclaré, nous catholiques, que nous acceptions le principe de laïcité que nous considerions comme compatible avec le respect des libertés religieuses, et l'on nous a assuré, en échange, qu'on renoncerait à la politique de division sectaire."[6]

---

[3] Als Augenzeugenberichte können Robert Cornilleau, Du Bloc National au Front populaire, S. 19ff., und Georges Goyau, Fait laïque et idée laïque, in: *La Revue des Jeunes* vom 10.2.1923, dienen. Wichtige Briefe finden sich in Maurice Barrès, Mes Cahiers, Bd. 19, S. 125ff., und bei Kardinal Baudrillart, Carnets, S. 299–317. Mit Hilfe der Zeitungen haben Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 120ff., und Rousselier, Phénomène, S. 23ff., die Sitzungen im *Globe* ausgewertet. Cornilleau sprach von Marcel Habert als dem „Père du Bloc National".

[4] Vgl. den Bericht der deutschen Botschaft in Paris vom 28.8.1920, der Papst habe Amette Anweisung erteilt, „seinem allzu nationalistischen Gebaren etwas die Zügel anzulegen", in: PA/AA, R 72140.

[5] Dieser Pakt führte in manchen Teilen des Pariser katholischen Bürgertums zu heftigen Irritationen. Im Dossier der Briefe an *La Croix* im Nachlaß von Guiraud sind mehrere Anfragen erhalten, ob man als Katholik, wie Kardinal Amette es forderte, für den *Bloc National* stimmen sollte oder für die AF, die im II. Sektor von Paris eine eigene Liste aufgestellt hatte. Die AF brachte mit Léon Daudet schließlich immerhin einen Abgeordneten durch, nicht zuletzt auf Grund des katholischen Votums. Ein Pariser Bürger schrieb an Guiraud am 14.11.1919: „Je voterai carrément pour l'AF, moi vieux républicain, mais que ce serait la mort dans l'âme, et que cependant je ne pourrais faire autrement comme catholique." Die Briefe finden sich in: AN 362, AP 95/96, ein weiterer ist ausführlich als Dokument 4 im Anhang abgedruckt.

[6] JO, Débats, Chambre, 22.12.1920, S. 3394. Die Erklärung Haberts war freilich sehr optimistisch: nicht überall im Land wurde die Formel der liberalen Laizität auch in die Wahlprogramme aufgenommen. Z. B. hatten die Deputierten de Tinguy und Bazire (beide Vendée) die Revision der Laizität im Programm, während die Deputierten Dutreil, Chabrun

So subtil und exakt jedoch die Formulierung geschliffen war, so dehnbar und vage war ihre Interpretation. Sollten nun also die Laizitätsgesetze unberührt bleiben oder doch revidiert werden? Waren die Ansprüche der Katholiken auf alle „Freiheiten" und „Rechte" stärker oder schwächer als die staatliche Laizität? Eine eindeutige Antwort auf diese Fragen kann nicht gegeben werden. Zunächst scheint klar, daß die Kompromißformel aufschiebenden Charakter haben sollte, d.h. sie markierte eine Art weltanschaulichen Waffenstillstand aller bürgerlichen Parteien mit dem Ziel, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und eine forcierte Außenpolitik nicht zu gefährden[7]. Dafür sollte der seit Beginn des Krieges etablierte *modus vivendi*, der z.B. Angehörigen von Kongregationen die Rückkehr nach Frankreich ermöglicht hatte und teilweise sogar ihren Unterricht tolerierte sowie umgekehrt die katholischen Vertreter von antirepublikanischen Aktionen abgehalten hatte, intakt bleiben[8]. Gleichzeitig barg der Kompromiß, der den Graben zwischen traditioneller *Droite* und *Gauche* schließen sollte, auch eine Verständigungslinie in sich, die später maßgeblich für die Programmatik der liberal-konservativen Sammlung werden sollte, durch die dieser Graben ja immer noch lief. Indem der Laizität die „Unberührbarkeit" nicht explizit zugestanden wurde, blieb die Möglichkeit zu einer Revision offen, die dann allerdings nur entlang der republikanischen Freiheitsrechte und auf der Basis der Trennung von Staat und Kirche erfolgen konnte. So hatten die linken Republikaner ihre dogmatisierte Laizität ebenso aufgegeben, wie die Katholiken ihre dogmatische *défense-religieuse*-Strategie.

Um nun verstehen zu können, was dies konkret heißen sollte, muß man sich zunächst noch einmal den genauen Inhalt der Laizitätsgesetze vor Augen führen. Ein erster Laizisierungsschub der 1880er Jahre hatte die Republik *religionsneutral* gemacht, d.h. es wurden öffentliche Fürbitten und religiöse Embleme aus staatlichen Veranstaltungen ferngehalten, die kostenlose und religionsneutrale Schulpflicht eingeführt sowie der Militärdienst für alle Geistliche beschlossen. Keine Religion, d.h. insbesondere nicht die katholische Kirche sollte in Staat, Schule, oder Armee irgendwelche Vorrechte genießen dürfen. Ein zweiter Laizisierungsschub der Jahre nach der Jahrhundertwende hatte die Republik *laizistisch* gemacht, indem durch die Autorisierungspflicht und das Unterrichtsverbot der Kongregationen sowie die Trennung von Staat und Kirche in die kirchliche Organisation selbst eingegriffen wurde. Jede Religion, d.h. auch die katholische

---

und de Montjou (Mayenne) immerhin volle Unterrichtsfreiheit, also auch eine Aufhebung der Laizität, forderten.

[7] So sieht es auch der Monarchist Xavier Vallat in seinen Erinnerungen: „Des élus du groupe Arago autour de Castelnau, tenaient pour essentiel à la santé politique de la France que soient enterrées les querelles anticléricales", in Le Grain de Sable de Cromwell, S. 40. Der deutsche Botschafter Wedel sprach am 11.9.1920 von einem „kulturpolitischen Waffenstillstand", in: PA/AA, R 72140.

[8] Dies war zumindest die Abmachung des *Bloc National de la Seine* in Paris zwischen Millerand und Barrès. Barrès schrieb in sein Tagebuch: „Nous avons promis l'intangibilité des lois scolaires qui ont établi la gratuité et la laïcité de l'enseignement. En promettant de modifier les lois de 1901 et de 1904, nous ne modifions pas la loi scolaire, mais les lois sur la religion", in: Maurice Barrès, Mes Cahiers, S. 126, Eintrag vom 2. Oktober 1919. Umgekehrt habe Millerand die „égalité de traitement pour les associations laïques et religieuses" versprochen.

Kirche, sollte sich in ihrer inneren Verfaßtheit, ihren Strukturen und Regeln auf französischem Boden dem demokratisch-aufklärerischen Weltbild anpassen[9]. Daß darin eine Beschneidung essentieller Freiheitsrechte wie die der Vereinsfreiheit und der Unterrichtsfreiheit lag, hatten bereits klarsichtige Republikaner wie Briand und Clemenceau oder die *Progressisten* bemerkt. An deren Argumentation, die allein aus einer Tradition des französischen Liberalismus schöpfte, konnte nun nach dem Ersten Weltkrieg angeknüpft werden. Zwar sollten die Laizitätsgesetze der zweiten Phase nicht abgeschafft werden, es sollte jedoch sukzessive die volle Vereins- und Unterrichtsfreiheit auch für die Kongregationen zurückgegeben und damit der Wortlaut der Gesetze von 1901 und 1904 verändert werden. Ob dies durch eine Revision der Gesetze, wie es die Katholiken forderten, oder durch eine stillschweigende Änderung der politisch-administrativen Praxis *ohne* Gesetzesänderung geschehen sollte, blieb in der Laizitätsformel bewußt ausgespart[10].

Diese Interpretation, die ganz offensichtlich von der Mehrheit der *Bloc-National*-Vertreter geteilt wurde, fand keine Mehrheit in den Reihen der Radikalen, die sich noch vor den Wahlen am 5. November 1919 genau aus diesem Grund als Gesamtpartei aus dem *Bloc* zurückzogen und lediglich den radikalen Departementkomitees eine Teilnahme im Einzelfall gestatteten. Die liberale Laizitätsformel verband also am Ende nur noch *républicains de gauche*, *Progressisten* und *ralliierte* Katholiken sowie die wenigen Vertreter der verschiedenen Erneuerungsbewegungen wie der *Ligue Civique* oder der *Jeune République*. Es darf im übrigen auch bezweifelt werden, daß die Mehrheit der *républicains de gauche* und auch manche *Progressisten* mit voller Überzeugung die Formel mittrugen. Vermutlich hätten sie einer offenen Erklärung zur Revision der Gesetze von 1901 und 1904 nicht zugestimmt, lediglich der verschleiernde und aufschiebende Charakter der Formel als *modus vivendi* für die nächsten vier Jahre erwirkte ihre Unterstützung[11]. Als ein Entgegenkommen von seiten der Katholiken kann dabei sicherlich der Verzicht Pious auf eine Kandidatur 1919 gewertet werden. Dieser – unfreiwillige – Rück-

---

[9] Über die beiden Schübe vgl. Bauberot, Histoire de la laïcité française, und die Einführungen und Dokumente bei Ognier, La laïcité scolaire dans son histoire. Die Gesetze des zweiten Schubes zielten vor allem darauf, die ökonomische und soziale Macht des Klerus und der Kongregationen zu treffen.

[10] Bezeichnend hierfür ist, daß sich die *Progressisten* offiziell nicht dazu äußerten, um die interpretatorische Dehnbarkeit der Formel zu bewahren. Von katholischer Seite wissen wir, daß eine Revision der Gesetze eindeutig angestrebt wurde. So schon Laya an Guiraud, 3.1.1919, in: AN 362, AP 155, sowie ein Brief des Pariser Chanoine Soulange-Bodin an Guiraud vom 7.6.1919, in: AN 362, AP 149. Barrès scheint im Gegensatz zu manchen Katholiken eher der toleranten Praxis denn der Revision der Gesetzgebung zugestimmt zu haben. Vgl. Barrès, Mes Cahiers, S. 128: „Nous les acceptons (les lois laïques), nous demandons simplement que dans la pratique il n'y ait pas d'ultimatum."

[11] Die AD führte gleichzeitig auch Verhandlungen mit dem *Parti radical* und der FR über ein eigenständiges Wahlmanifest, das deutlich weiter links stand und noch von der *laïcité absolue* sprach, vgl. Sanson, L'Alliance Démocratique, S. 466. Dieses Programm trug keine Früchte und wurde von den Ereignissen in Paris um den *Bloc-National de la Seine* völlig überschattet. Auch die FR hat unter ihrem Präsidenten Milliard und dem Generalsekretär Halays in dieser Frage keinen klaren Kurs gefahren, wie Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 125, nachgewiesen hat.

zug des langjährigen Vorsitzenden der ALP mußte als Gewähr von seiten der Katholiken erscheinen, die liberale Laizität nicht offensiv einzufordern, sondern das Prinzip *quieta non movere* von 1914 fortsetzen zu wollen[12].

Probleme der Katholiken mit der liberalen Laizität

Eine große Schwierigkeit für die Umsetzung des Kompromisses zur Laizität bestand darin, daß die liberale Laizitätsformel innerhalb des Katholizismus umstritten war. Der überaus versöhnungswillige Xavier de la Rochefoucauld hatte auf einer *Bloc-National*-Veranstaltung kurz vor den Wahlen als offizielle Linie „prenant pour base le fait de la laïcité" ausgegeben und damit den Text von Piou und Amette leicht verändert. Gleichzeitig hatte er die weltanschauliche Aussöhnung als „paix dans l'oubli du passé" bezeichnet, mithin als Aufgabe der eigenen, das katholische Lager konstituierenden Vergangenheit. Die Kritik an seiner Rede ließ daher auch nicht lange auf sich warten und zeigt, wie sehr selbst bei eher liberalkatholischen Kreisen, ganz zu schweigen vom intransigenten Episkopat, die Laizität verstanden wurde. Der liberale Katholik Jacques Piou wies de la Rochefoucauld in einem Brief darauf hin, daß seine Formulierung der „vergessenen Vergangenheit" viel zu stark war und daß der Ausdruck „pour base" nicht Teil der Laizitätsformel sei. Vielmehr müsse es heißen „devant le fait de la laïcité", denn „nous suivons plus que nous acceptons la laïcité"[13]. In gleichem Sinne beurteilte auch Kardinal Baudrillart die Formulierung, da er nur den „fait de la laïcité" hinnehme, nicht jedoch den Verzicht auf die volle Vereins- und Unterrichtsfreiheit für Kongregationen[14].

Fundamentalkatholiken wie Guiraud und Laya, die wie letzterer bereits 1898 ein Zusammengehen mit den rechtsliberalen *Progressisten* Mélines durch die Gründung des *Comité Justice-Egalité* verhindert hatten, standen auch jetzt einer Kompromißformel zur Laizität mit den gemäßigten Republikanern ablehnend gegenüber. Ihre Auffassung war vielmehr, von Clemenceau umfangreiche Zugeständnisse an die katholischen Forderungen zu verlangen, weit mehr als Piou und Amette erreicht hatten. Neben der Aufhebung der Laizität und der Kirchentrennung sollten dazu die volle Unterrichtsfreiheit für Kongregationen und ausdrücklich ein „Mea culpa" von seiten Clemenceaus gegenüber den Katholiken gehören:

---

[12] Die Kandidatur Pious als bekanntestem ALP-Vertreter wurde auf Drängen der AD-Republikaner verhindert, vgl. Cornilleau, Du Bloc National au Front populaire, S. 33, und der Brief Pious an Barrès vom 11.11.1919: „Je n'aurais pas de moi-même quitté la politique au moment où les idées que j'ai défendues pendant quarante ans approchent du succès, où le discours de M.Clemenceau et surtout celui si décisif de M.Millerand font entrevoir une pacification et des concessions." In: Barrès, Mes Cahiers, S. 133. Als *quieta non movere* wurde die tolerante Politik der Union Sacrée gegenüber den Katholiken von Viviani 1914 bezeichnet, vgl. Hanotaux, Eintrag vom 10.4.1915, Carnets, S. 131.

[13] Brief Pious an de la Rochefoucauld vom 1.12.1919, in: AN 142, AP 14. In einem Brief an Guiraud von Ende 1919 hatte Piou geschrieben: „Si le Bloc National veut vivre, il faut qu'il se décide à n'être pas ultralaïque", in: AN 362, AP 155.

[14] Eintrag vom 6.10.1919 und vom 28.11.1919, in Baudrillart, Carnets, S. 301 und 309. Über die Rolle Baudrillarts für den *Bloc-National* vgl. Rossi, Baudrillart e la coscienza nazionale della Francia, S. 171–182.

„La nécessité pour les catholiques [...] c'est d'obtenir de Clemenceau un programme d'union sacrée qui contient implicitement, en germe la satisfaction de nos revendications essentielles: concordat, statut légale du clergé, des congrégations, des biens ecclésiastiques, liberté d'enseignement, rétablissement des relations avec le Vatican etc. sur la base de la liberté, du droit et de la justice [...] et un nouveau mea culpa en ce qui concerne ses (i.e. Clemenceaus) erreurs parlementaires."[15]

Allerdings gab es auch nicht wenige Befürworter der liberalen Laizität in den Reihen der ALP, die wie der Industrielle Jean Maître aus Belfort die ALP 1901 in der Franche-Comté aufgebaut hatten, nun aber eine *défense-religieuse*-Strategie vor den Wahlen 1919 dezidiert ablehnten. Maître betonte gegenüber Guiraud, die „intérêts économiques généraux du pays" würden einen Verzicht auf katholische Forderungen und eine Allianz aller nationalen und sozialkonservativen Gruppen zwingend notwendig machen, zumal sich die ALP am Anfang auch immer als liberale Partei verstanden habe, mit Forderungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Mit der Zeit hätte sie sich jedoch zu einer Gruppe entwickelt, in der nur noch weltanschauliche Reden zur Rolle des Katholizismus in der Gesellschaft gehalten wurden und die ökonomischen Kompetenzen verlorengingen: „On trouve encore à droite des orateurs convaincus et éloquents tant qu'on veut pour parler d'abondance sur les questions religieuses ou proprement politiques, mais dès qu'il faut travailler un sujet et aligner des chiffres, il n'y a plus personne." Um so notwendiger sei es nun für die Katholiken, ihre Kompetenzen auf diesem Gebiet hervorzukehren, um mit den sozialkonservativen Republikanern für den Wiederaufbau Frankreichs zusammenarbeiten zu können. Nur so, und nicht durch intransigente Forderungen von seiten der Presse und des Klerus, könne man im übrigen auch die laizistischen Republikaner dazu bewegen, Zugeständnisse an die Katholiken zu machen: „C'est n'est qu'en se montrant indispensables à la vie de la nation que les catholiques obtiendront les égards et les satisfactions dues à leurs compétences."[16]

Ganz anders fiel die Einschätzung der liberalen Laizitätsformel auf Seiten des intransigenten Episkopats aus. Während die (Erz)Bischöfe Amette (Paris), Gibier (Versailles) und Chapon (Nizza) zu einer Allianz mit den gemäßigten Republikanern gemäß der liberalen Laizitätsformel aufriefen, erklärten sie andere, wie die Kardinäle Andrieu (Bordeaux), Maurin (Lyon) oder Humbrecht (Besançon) für inakzeptabel und verboten sogar ein Votum für einen Kandidaten, der nicht die Revision der Kirchentrennung versprach[17]. In manchen katholischen Gegenden

---

[15] Brief Layas an Guiraud vom 3.1.1919, in: AN 362, AP 155. Laya hatte den Brief mit einer Kritik an den „vieux partis de Méline et de Carnot" begonnen, von denen man nicht erwarten könnte, „que tous ces politiciens lâchent l'or du laïcisme dont ils vivent et qui constitue leur seule raison d'être".

[16] Der Brief vom 12.3.1919 in: AN 362, AP 156, findet sich in großen Auszügen als Dokument 5 im Anhang. Maître betonte, daß gerade für die Kleinsparer und die anonymen Gesellschaften die Steuergesetzgebung zu revidieren sei.

[17] Die verschiedenen Wahlaufrufe der Bischöfe sind publiziert in der *Documentation Catholique* von 1919 und analysiert z.T. bei Paul, Second Ralliement, S.33ff., und Mayeur, Abbé Lemire, S.565. Ähnlich auch ein Brief des Erzbischofs de la Villerbabel (Rouen) an Guiraud vom 7.3.1919, der neben der Aufhebung der Kirchentrennung und der Kongregationsgesetzgebung sowie der vollen RPS auf der „reconnaissance de la société spirituelle", d.h. der Kirche, durch den Staat bestand, in: AN 362, AP 146, Dossier 1.

wie im Finistère, der Vendée, dem Nord, Pas-de-Calais oder der Haute-Saône folgte auch der politische Katholizismus den Direktiven von Paris nicht. Anstelle von *Bloc-National*-Listen konstituierten sich dort konservativ-katholische und gemäßigt-republikanische Listen separat, wobei die ersteren explizit die Revision der *lois laïques*, also nicht die liberale Laizität, im Programm führten. Das Zustandekommen der liberalen Laizitätsformel von 1919 war also von einem großen Dissens innerhalb des katholischen Lagers gekennzeichnet, das nun aufgehört hatte, als ein einheitlicher Block zu agieren. Liberale und intransigente Bischöfe standen sich fortan genauso gegenüber wie auch die Katholiken in der Kammer, die sich zwischen den systemtragenden und den systemüberwindenden Gruppen verteilten. Während der Großteil der ALP, der sich definitiv an die Republik *ralliiert* hatte, sich der ERD anschloß, entschieden sich einige wenige ALP-Leute für eine Fortsetzung der konservativ-katholischen Strategie, wie z.B. Henri Grousseau und Hyacinthe de Gailhard-Bancel, die in die Gruppe der *Indépendants* eintraten, wo sie sich den Monarchisten Delahaye, Rendu und Daudet anschlossen.

In der einleitenden Bemerkung dieses Kapitels ist darauf hingewiesen worden, daß die Lösung der religiösen Frage innerhalb der liberal-konservativen Sammlung nicht nur durch einen politischen Kompromiß zu bewältigen war, sondern daß sie auch ein gesellschaftliches Pendant besitzen mußte. Dazu gehörte eine konfliktlose Eingliederung der kirchlichen Hierarchie und des katholischen Sozialmilieus in die mehrheitlich republikanisch-säkulare Gesellschaft. Wir hatten soeben gesehen, daß diese Eingliederung keineswegs *in toto* vollzogen wurde, sondern von Diözese zu Diözese variierte. Selbst in Paris, wo der Kardinal Baudrillart die Parole „silence sur la question religieuse" ausgeben hatte und Kardinal Amette den BNR de la Seine unterstützte, mangelte es nicht an Kritik seitens Jean Guiraud und *La Croix* an der Laizitätsformel[18]. Auch in einem Departement wie der Haute-Loire, wo ein Kompromiß zwischen Republikanern und Katholiken auf der Wahlliste 1919 zustandegekommen war, verzichteten die Vertreter des Vereinskatholizismus nur ungern auf ihre „légitimes revendications" zugunsten der liberalen Laizität[19]. Solange die katholische Subkultur als ganzes noch nicht die Republik akzeptiert hatte, blieb die Tragfähigkeit des Kompromisses daher zweifelhaft und mußte genau dann nachlassen, wenn der *modus vivendi* von 1919 konkret debattiert wurde, so wie es während der Legislaturperiode 1919–1924 immer wieder geschah.

---

[18] Baudrillart, Carnets, S.317, seine Schelte Guirauds, der die *Bloc-National*-Kandidaten Jean Lerolle und Louis Duval-Arnould kritisiert hatte, Eintrag vom 4.11.1919, ibidem, S.306.

[19] Brief des späteren ACJF-Vorsitzenden Coppin an Guiraud vom 8.6.1920: „Vous savez [...] comment les catholiques, noyés dans le Bloc Républicain National ont dû faire taire leurs plus légitimes revendications, notamment sur les fameuses ‚lois intangibles'. Il leur a fallu sacrifier – provisoirement, je l'espère – la politique des principes à celle des intérêts devant l'épouvantail du Bolchevisme." In: AN 362, AP 148, ausführlich zitiert als Dokument 9 im Anhang.

Die liberale Laizität als Problem von ERD und FR

Gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode im Januar 1920 wurde die liberal-konservative Sammlung auf eine erste Probe gestellt, als Alexandre Millerand in seinem neuen Kabinett neben den drei ERD-Deputierten François-Marsal, Isaac und Leredu den als Freimaurer bekannten Radikalen Theodore Steeg als Innenminister präsentierte. Vor allem die Katholiken in der ERD befürchteten, daß der liberale *modus vivendi* der Laizitätsformel unter einem antiklerikalen Innenminister nicht garantiert sei und drängten die ERD zu ihrer ersten Gruppensitzung. Obwohl wir über die genauen Vorkommnisse der Sitzung keine Quellen besitzen, ist anzunehmen, daß eine heftige Debatte über die Frage geführt wurde, ob die Gruppe als ganzes die Regierung Millerand, in der sie immerhin drei Minister stellte, unterstützen sollte oder nicht. In der Erklärung, die abschließend vom Fraktionsvorsitzenden Arago verlesen wurde, bewahrte sich die ERD volle „liberté d'action" und kritisierte die Regierung als nicht dem allgemeinen „volonté d'union nationale, républicaine et sociale" entsprechend. Mit dem Begriff „nationale" war eindeutig die Eingliederung der Katholiken in die Regierungskoalition gemeint, die die ERD durch den Innenminister Steeg gefährdet sah. In der folgenden Vertrauensfrage enthielten sich fast alle 183 Mitglieder der ERD, d.h. sie verweigerten *de facto* der neuen Regierung die Zustimmung. Die ERD mußte also, um selbst nicht gleich wieder zu zerbrechen, den sie tragenden Kompromiß der liberalen Laizitätsformel höher stellen als die Unterstützung einer Regierung, in der sie selbst drei Minister stellte[20].

Wenngleich damit das innere Zerwürfnis vermieden war, blieb die ERD jedoch in der prekären Lage, daß fast alle ihre Mitglieder auf *Bloc-National*-Listen angetreten waren und eigentlich die Regierung Millerand unterstützen mußten, zumal diese gegen eine rechte Opposition von 183 Abgeordneten kaum eine erfolgreiche Politik hätte machen können. Aus diesem Grund erklärte der langjährige *progressistische* Abgeordnete Bonnevay, ein enger Vertrauter von ERD-Minister Isaac, am 27. Januar im Namen der ganzen ERD-Fraktion, daß sie trotz der Vorbehalte gegen Steeg im Interesse der Rekonstruktion und der staatlichen und wirtschaftlichen Reformen ein „parti de gouvernemement" seien und von nun ab die Regierung unterstützen würden. Er distanzierte sich öffentlich von der Interpellation des Monarchisten Xavier de Magallon und brachte die ERD als ganzes dazu, der Regierung diesmal ihr Vertrauen auszusprechen[21]. Der Spagat zwischen konstruktiver Regierungstreue und prinzipiellem Festhalten an der liberalen Laizitätsformel als Garantin der inneren Einheit war der liberal-konservativen Sammlung damit geglückt, es sollte sich jedoch schnell zeigen, daß die Frage nach der Laizität ein prekäres Thema für die ERD blieb.

Als in einer Nachwahl im Dezember 1920 ein Kandidat der SFIO mit Unterstützung der Verwaltung im Departement Lot-et-Garonne gegen einen *Bloc-National-*

---

[20] Eine genauere Besprechung dieses Votums und die Einordnung in das Fraktionsverhalten findet sich unten im Kapitel VII.

[21] JO, Débats, Chambre, 27.1. und 30.1.1920, S. 87–93. Zum parlamentarischen Verhalten der ERD siehe auch unten Kapitel VII ausführlich.

Kandidaten gewählt wurde, interpellierte Pastor Soulier die Regierung Leygues und warf ihr zu lasches Handeln gegenüber der linken Präfektur vor. In der sich entwickelnden Debatte brachen die alten weltanschaulichen Gegensätze wieder auf und zum ersten Mal seit 1914 endete die Sitzung in einer *bataille des ordres du jour*, d.h. in einer Vielzahl vorgebrachter Vertrauenserklärungen und deren Korrekturen. Da der detaillierte Ablauf bei weitem zu kompliziert ist, soll nun lediglich Einzelnes in den Blick genommen werden. Der erfahrene Parlamentarier Arago erklärte im Namen der ERD, man werde der Regierung das Vertrauen – trotz mangelnder Kontrolle der Präfekten – aussprechen, sofern der *ordre du jour* das Datum des 16. November 1919 als Referenzpunkt und Ausdruck der „neuen" französischen Republik enthalte. Er erklärte mithin dieses Datum zu einer Art Chiffre des nationalen Konsenses nach dem Krieg[22]. Radikale und Sozialisten witterten in der hitzigen Debatte aber die Möglichkeit, durch ein geschicktes Manöver einen Keil in die Reihen der Regierungskoalition, vor allem in die ERD zu treiben. Zunächst beantragten sie, darüber abzustimmen, dem Vertrauensvotum die Worte „de respect des lois de laïcité" hinzuzufügen, d.h. den liberalen *modus vivendi* von 1919 in Frage zu stellen. Dies wurde mit 472 zu 66 Stimmen angenommen, wobei die ERD die Einheit nicht wahren konnte und in drei Teile zerfiel: 38 der 66 Gegenstimmen kamen vom katholischen Flügel der ERD, darunter die Vertreter Elsaß-Lothringens um Seltz und Schuman sowie ehemalige ALP-Leute wie Caron, Gay, Bartholoni etc. Ein etwa gleich großer Block von Katholiken um den General de Castelnau, der zwischen Laizität und Regierungstreue schwankte, enthielt sich, während das Gros der ERD Bonnevay und Arago in der Unterstützung der Regierung folgte. Der Versuch Aragos, mit der Konstruktion einer Chiffre des 16. November 1919 seine Gruppe bei der Stange zu halten, schlug also fehl und zeigte, wie mächtig das Problem der Laizität noch über der ERD dräute[23].

Das Abstimmungsverhalten der ERD und ihr Auseinanderbrechen in der Laizitätsfrage gab natürlich den intransigenten Kräften des Katholizismus Auftrieb und brachte die liberal-konservative Sammlung in weitere Schwierigkeiten. Schon zwei Wochen vor der Debatte hatte der katholische Monarchist de Magallon an Jean Guiraud geschrieben, er sei der einzige, der es noch wagen würde, wenigstens im Interesse der Freiheit die *„idées catholiques"* in der Kammer zu vertreten: „Il est vrai que trop de soi-disant catholiques ont proclamé leur respect des lois intangibles."[24] Nach der Abstimmung begrüßte Guiraud die hohe Anzahl der Abtrünni-

---

[22] JO, Débats, Chambre, 22.12.1920, S.3891f.

[23] Die Abstimmung selbst ging noch weiter und ließ die ERD noch zwei weitere Male in drei Teile zerfallen: es wurde über die Verurteilung von „klerikalen Angriffen" auf die Republik abgestimmt, wobei sich die Hälfte der ERD dagegen aussprach, die andere sich enthielt und ihre drei Minister dafür waren; der abschließende *ordre du jour* wurde mit 276 zu 191 Stimmen angenommen, wobei die ERD erneut in drei diesmal etwa gleichstarke Teile zerfiel. Die Analyse von Vavasseur-Desperriers, Culture, S.159ff., hat zudem ergeben, daß das Votum stark von der departementalen Herkunft geprägt war, d.h. z.B. Katholiken aus den antiklerikalen Gebieten des Südwestens wie Bellet oder Auriol mit der Regierung gestimmt haben, während unter den Gegnern vor allem Abgeordnete aus katholischen Bastionen wie der Vendée, dem Elsaß oder Savoyen waren.

[24] De Magallon an Guiraud am 12.12.1920, in: AN 362, AP 149, ausführlich als Dokument 6 im Anhang.

gen, von denen die meisten auf rein katholischen Listen gewählt worden waren, und kritisierte all diejenigen ERD-Mitglieder, die mit der liberalen Laizitätsformel einen faulen Kompromiß eingegangen waren und jetzt aus Opportunismus mit der Regierung gestimmt hatten[25]. Die liberal-konservative Sammlung geriet also in schwieriges Fahrwasser, da sie nicht nur von links, sondern nun auch von rechts torpediert wurde. Guiraud, der die ERD stets mit Mißtrauen betrachtet hatte, begann von nun ab mit Hilfe der einflußreichsten katholischen Zeitung, *La Croix*, diese Versammlung der „hommes d'ordre", wie er sie abwertend nannte, immer wieder zu desavouieren.

Es kann heute nicht mehr *en detail* nachvollzogen werden, welcher Aufruhr in den Reihen der Katholiken im Dezember 1920 herrschte und welche Wirkung die Artikel Guirauds hatten. Der Bulletin der ALP schwieg sich komplett über das Thema aus und auch der Nachlaß des Grafen de la Rochefoucauld enthält keine diesbezüglichen Unterlagen. Daß es gleichwohl zu Diskussionen gekommen sein mußte, beweist ein Brief des liberalen Katholiken Joseph Denais aus Paris, den dieser noch am Abend des Erscheinens von Guirauds ERD-Kritik geschrieben hatte. Denais führte in diesem Brief aus, die Anschuldigungen Guirauds seien falsch, er selbst hätte als Teilnehmer der *Bloc-National*-Verhandlungen 1919 darauf bestanden, zu keinem Zeitpunkt eine „acception des lois laïques" zu unterschreiben. Dies sei von den Republikanern angenommen worden und bis heute gültig. Aber er betonte auch, und darin stimmte er sicherlich mit der Mehrzahl der Katholiken der liberal-konservativen Sammlung überein, daß „le salut de la patrie pourrait commander certains ajournements", d. h. die Diskussion der religiösen Frage müsse verschoben werden und die von Guiraud geforderte Rückkehr zur dogmatischen *défense-religieuse* Strategie und damit der Bruch der ERD seien aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen abzulehnen[26].

Wenngleich ein öffentlicher Bruch der ERD in der Folgezeit vermieden werden konnte, so hatte sich doch gezeigt, daß die Haltung zur Laizität als Gradmesser der zivilrechtlichen Staatlichkeit innerhalb der ERD weiter umstritten war. Die Fundamentalkatholiken, unter ihnen Teile des katholischen Klerus, begannen die Einbindung katholischer Abgeordneter in die ERD auf der Basis der liberalen Laizität und des *quieta non movere* in Frage zu stellen. Da der Kompromiß der Laizitätsformel auf einer Aufschiebung des Problems basierte, nicht aber auf einer konkreten Vereinbarung, mußte er immer dann hinfällig werden, wenn Abstimmungen ein deutliches Bekenntnis, ein ja oder nein, erforderten. Dann optierten viele katholische Abgeordnete wie es die Fundamentalkatholiken erwarteten, nämlich gegen die Aufrechterhaltung der *lois laïques*. Der Versuch Aragos, durch die Chiffre des 16. November 1919 einen eigenen Identifikationspunkt zu schaffen, der die kulturellen Gräben überwinden und die Forderungen der Katholiken

---

[25] *La Croix* vom 23. 12. 1920. Er kritisierte dabei vor allem Marcel Habert und den ehemaligen ALP-Mann Villeneau, die in Paris die *lois laïques* akzeptiert hätten.

[26] Brief von Denais an Guiraud vom 23. 12. 1920, in: AN 362, AP 149: „Parmi les candidates du BNR [...] il en est plusieurs qui, tout en constatant le fait de la laïcité [...] n'ont jamais admis de considérér comme intangibles – ce qui est contraire à la charte d'un pays démocratique – des lois attentatoires aux droits de la conscience [...]".

mäßigen sollte, konnte sich in dieser frühen Phase der Legislaturperiode noch nicht als wirksam erweisen, denn noch war die ERD kaum zwei Jahre alt und weit davon entfernt, eine eigene „Erinnerungskultur" entwickelt zu haben.

Gegen Ende des Jahres 1921, die Regierung war mittlerweile an Aristide Briand übertragen worden, der mit einer eher nach links gerichteten Mehrheit regierte, spitzte sich der Konflikt in der ERD über die Laizitätsfrage erneut zu. Briand hatte in einer vielbeachteten Rede die Republik als einen „état d'esprit" definiert, als ein Haus mit festem Mobiliar, das nicht verrückt werden dürfe. Zu diesem Mobiliar gehörten insbesondere die *lois laïques*; wenn die ERD fortfahre, weiterhin eine Änderung des Mobiliars für möglich zu halten, d.h. eine völlige oder teilweise Revision der Laizität anstrebe, müsse er an ihrer „probité républicaine" zweifeln[27]. Sowohl Pastor Soulier wie auch Arago entgegneten, daß sie ein anderes Verständnis der Republik hätten: „La République, avec la guerre, elle est devenue la patrie", d.h. sie sei lebendig und formbar, insbesondere in bezug auf ihr Verhältnis zur Kirche[28]. Zu dieser *nationalen* Republik habe man eine „déclaration fermément républicaine" abgegeben, die jegliche Rückkehr zu einer anderen Verfassungsordnung ausgeschlossen habe. Dieses Programm habe am 16. November 1919 triumphiert, eben weil es durch die liberale Laizität auch die Katholiken angesprochen habe: „Notre programme a triomphé le 16 novembre [...] et ce programme [...] c'est le groupe![29]" Arago versuchte also erneut, dem laizistischen Republikverständnis Briands ein neues, aus dem Kriegskonsens erwachsenes gegenüberzustellen, das den dogmatischen Laizismus als Kerngedanken der Republik aufgab, und dem eine liberale Interpretation der Laizität, d.h. eine größtmögliche Einbindung des Katholizismus in die Nation zugrundelag. Weil er nicht präzisieren konnte, was dies außer *quieta non movere* genau bedeutete, griff er, um die Einheit der liberal-konservativen Sammlung zu wahren, auf den 16. November 1919 als Symbol für den Versöhnungswillen des französischen Volkes und Ursprung der nationalen Renaissance zurück.

Obwohl sich die ERD in der Vertrauensfrage zu Briand am gleichen Tag wie zehn Monate vorher in zwei Teile spaltete – einen regierungstreuen und einen, der am Prinzip der liberalen Laizität festhielt[30] –, war mit dieser Abstimmung doch eine Peripetie in der Debatte um die Laizität erreicht. Der für den mehrheitlich gegen Briand stimmenden Flügel sprechende Abgeordnete Raiberti betonte noch einmal, daß die Republik weder ein „état d'esprit" noch ein möbliertes Haus sei, sondern das Prinzip der Volkssouveränität, von dem niemand ausgeschlossen werden könne. Im Interesse des Wiederaufbaus und der nationalen Sicherheit solle die

---

[27] Briand hat damit ein substantielles Verständnis der Republik, eine *culture républicaine* beschworen. Die Rede ist abgedruckt bei Georges Suarez, Briand, Bd. 5, S. 223–230. Vgl. auch Berstein, La culture républicaine.

[28] Soulier in JO, Débats, Chambre, 25.10.1921, S. 3662.

[29] Arago in JO, Débats, Chambre, 26.10.1921, S. 3705f. Er betonte, daß die Kohäsion der Gruppe, die aus verschiedenen „nuances d'opinion" bestünde, nicht einfach sei und oft trotz der „difficultés persistantes que beaucoup rencontrent dans leur departements" erhalten bleibe.

[30] In Kapitel VII.1. wird dieser Spaltungstypus in Blocisten und Ententisten auch bezüglich dieser Abstimmung genauer behandelt werden.

„division des partis" aufhören, da ihre weltanschaulichen Werkzeuge zur Lösung konkreter Probleme nicht genügten[31]. Raiberti hat damit genau jene bürgerlich-nationale Konsenshaltung beschworen, die am Beginn der Verhandlungen über einen *Bloc National* gestanden hatte. Wie im Kapitel VII.1.2. noch näher zu erläutern sein wird, zeigte das Abstimmungsergebnis, daß die ERD jedoch nicht, wie zu erwarten war, in ihre beiden Ausgangsflügel der *Progressisten* und Katholiken zerfallen war, sondern daß die Vertrauensfrage von Briand, die auch einen außenpolitischen Hintergrund hatte, neue Grenzlinien zog: Für Briand, und damit implizit für sein Republikmodell und eine gemäßigte Außenpolitik, haben prominente Katholiken wie Duval-Arnould gestimmt, während zu Briands Gegnern nun auch die Befürworter einer liberalen Laizität und einer harten Außenpolitik wie die *Progressisten* Raiberti, Marin, Arago etc. zählten[32].

Das Prinzip der liberalen Laizität trennte also nicht mehr *Progressisten* und Katholiken, sondern zwei Flügel, von denen der eine an den Grundprinzipien der Gruppe, der andere an der Unterstützung Briands festhalten wollte, unabhängig von der weltanschaulichen Herkunft. Es hatten sich gewissermaßen rechte *Progressisten* und rechte Katholiken zu einem antibriandistischen Flügel geformt, während linke *Progressisten* und linke Katholiken der Regierung ihr Vertrauen aussprachen. Die Interpretation der liberalen Laizität verlor damit inhaltlich an Brisanz und wurde zunehmend von der Frage um den außenpolitischen Kurs überdeckt. Eine erste Phase dieser Entwicklung bildeten die Jahre 1922–1924, die unter der Führung Poincarés von einem harten außenpolitischen Kurs geprägt waren und weiter die Bedeutung der Laizitätsfrage reduzierten. Ausdruck dieses vertieften Konsenses[33] in der liberal-konservativen Sammlung war die Konstituierung einer außerparlamentarischen *Action Nationale Républicaine* (ANR) unter der Führung von Arago, die ein Auseinanderfallen der ERD und des ganzen *Bloc National* in Zukunft im Vorfeld verhindern sollte[34]. Neben Isaac und Arago für die *Progressisten* gehörten ihr auch de la Rochefoucauld von der ALP und Pastor Soulier für die *Action républicaine et sociale* an. Die ANR stellte bewußt außen- und finanzpolitische Themen in den Vordergrund, betonte aber, daß die Wahlen 1919 und die bisherige Entwicklung nur durch eine liberale Interpretation der Laizität, d.h. durch großes Entgegenkommen an die Katholiken, möglich gewesen seien. Der „paix religieuse" bedeutete, wie de la Rochefoucauld auf der ersten ANR-Sitzung formulierte, das Verschwinden der „cléricaux de droite" und der „cléricaux de gauche", d.h. derjenigen, die in der Politik keine Interessen vertra-

---

[31] JO, Débats, Chambre, 26.10.1921, S.3718f.

[32] Bezeichnend ist auch der Bericht der deutschen Botschaft vom 24.12.1921, in: PA/AA, R 72140: „Die Debatte, die an die Gegenstände rührte, die das französische Volk jahrzehntelang aufs leidenschaftlichste erregt haben, gab Rednern sämtlicher Parteien Gelegenheit, der angeborenen Lust am Wohlklang der Sprache, an geistreicher und witziger Diktion [...] freien Lauf zu lassen. Durch das Parlament ging etwas wie ein Vergnügen darüber, daß einmal nicht die unmittelbare Not der Zeit zur Debatte stand."

[33] So auch ein Bericht der *sûreté* vom 20.1.1922, in: AN, F/7 12951: „Pour la première fois depuis longtemps, l'ERD a retrouvé son unité en faisant bloc en faveur de Poincaré."

[34] Sie wurde bereits im Dezember 1921, also kurz nach der zitierten Sitzung, von Arago in einem Brief an Marin angekündigt, um den *Bloc National* bis zu den Wahlen fortbestehen zu lassen, Brief vom 15.12.1921, in: AN 317 AP, 171.

ten, sondern ihre religiösen oder quasi-religiösen Weltanschauungen durchsetzen wollten[35]. Schon von Beginn an konnte auch bei der ANR kein Zweifel bestehen, daß die Laizitätsfrage in ihr nicht aufgehoben, sondern lediglich aufgeschoben war. De la Rochefoucauld erklärte daher, es könne auch in der ANR keine Versöhnung der „principes catholiques" und „principes laïques" geben, noch könnten die „lois laïques" als unberührbar erklärt werden; gleichwohl sollten alle Seiten aber das Bekenntnis zum „paix religieuse", d.h. zum Verzicht auf eine Agitation in der Öffentlichkeit, die den *modus vivendi* von 1919 stören könnte, ablegen[36]. Nur so könne die innere Einheit des *Bloc National Républicain* im ganzen Land auch bis zu den Wahlen 1924 gewährleistet bleiben.

Obgleich die ANR zu keiner Zeit eine eigene Dynamik entfalten konnte und unter ihrem alternden Präsidenten Arago langsam verkümmerte, war es dennoch ihr konzertiertes Vorgehen, das weitere Zerfallserscheinungen des *Bloc National* und der ERD verhinderte. Dies war umso wichtiger, als die Wahlen 1924 wieder einmal auch um die Frage der Laizität geführt wurden, da sich die Radikalen aus dem *Bloc National* gelöst hatten und ein Kartell mit den Sozialisten eingegangen waren, zu dessen wichtigstem Zement der gemeinsame Antiklerikalismus wurde. Angesichts dieser Blockbildung konnte sich auf der Gegenseite in der Regel eine Allianz aus *républicains de gauche*, *Progressisten* und Katholiken bilden, wobei die beiden letzteren in ihrer Benennung kaum mehr zu unterscheiden waren und beide als *républicains nationaux* antraten. Für diese Allianz war es, wie schon 1919, weiterhin unumgänglich, an der liberalen Laizitätsformel als Kompromiß festzuhalten, wozu besonders die ANR aufrief. In einem 1924 verteilten Wahlaufruf der ANR hieß es deshalb ausdrücklich, daß die „union profonde de la République et de la Nation" nur durch eine liberale Laizität gewährleistet werden könne[37].

Die Wahlen 1924 und die Rückkehr der „guerre religieuse"

Durch die Hervorhebung laizistischer Traditionen als konstitutive Elemente des Linkskartells im Wahlkampf fanden die Wahlen 1924 in einer Atmosphäre großer ideologischer Überhitzung statt. Insbesondere die intransigenten Teile des französischen Klerus sahen sich daher dazu berufen, ihr politisches Schweigen zu brechen und in die Wahlkampfarena zurückzukehren. Es sollte sich dabei erneut bestätigen, daß die Eingliederung der Katholiken in die liberal-konservative Sammlung nur dann möglich war, wenn auch der Katholizismus als Ganzes sich in die republikanische Gesellschaft einband. Dem stand aber immer noch eine Reihe von Kardinälen und Bischöfen entgegen, die alle unter Pius X. ernannt worden waren und die die zivilrechtlich-laizistische Republik nicht anerkannten. Zwar waren mit der Vatikanbotschaft und dem Kirchenstatut, über die das nächste Kapitel handeln wird, im Frühjahr 1924 zwei wesentliche Forderungen der Katholiken erfüllt worden, der französische Episkopat hielt aber an seiner Intransigenz in der

---

[35] Die Rede vom 13.6.1922 findet sich in: AN 142, AP 14, Dossier 1.
[36] *Bulletin de l'ALP* vom 1.1.1922.
[37] „La laïcité de l'Etat doit se concilier avec les droits et les libertés de tous les citoyens", erhalten in: AN 317, AP 75.

Laizitätsfrage fest. Er beschloß, auf Antrag Kardinal Andrieus von Bordeaux, im Februar 1924 einen „lettre collective" für die Wahlen zu verfassen, der den Katholiken das Wählen eines „gemäßigten" Kandidaten untersagte, wenn dieser nicht öffentlich die Revision der Laizitätsgesetze einforderte. Damit wäre die konservative Wahlallianz extrem gefährdet gewesen, da sie weiterhin nur einen Aufschub der Revision nach dem Motto *quieta non movere* im Programm führte. Allein eine päpstliche Intervention sorgte dafür, daß der Vorschlag Andrieus aus dem Abschlußprotokoll des *lettre collective* gestrichen wurde[38]. Obwohl Andrieu die Meinung der Mehrheit der französischen Kardinäle und Erzbischöfe vertrat, gab es auch andere Bischöfe, die sehr wohl in ihrer Diözese eine Allianz mit den gemäßigten Republikanern unterstützten. Liberale Bischöfe wie Mgr. Julien aus Arras versuchten wenigstens vor Ort eine Listengemeinschaft aller *modérés* auf der Basis der liberalen Laizität zustande zu bringen und unterstützten führende ERD-Politiker wie Lefebvre du Prey im Wahlkampf[39]. Die Laizität und ihre Auslegung blieb also weiterhin ein Problem nicht nur für die liberal-konservative Sammlung, sondern für den Katholizismus selbst.

Daß es in den Wahlen 1924 dennoch in der überwiegenden Mehrheit der Fälle zu den konservativen Wahlallianzen gekommen ist, hing vor allem mit der Bereitschaft der katholischen Deputierten zusammen, Kompromisse zu machen, zumal sie dafür in ungewohnt deutlicher Manier von Staatspräsident Millerand unterstützt wurden[40]. Viele katholische Kandidaten führten damit ihren Emanzipationsprozeß aus dem konservativ-katholischen Lager fort, den sie 1919 begonnen hatten. Der liberale Katholik Joseph Denais sah sich deshalb, wie auch 1920, gezwungen, den die Wahlallianzen kritisierenden Jean Guiraud darauf hinzuweisen, daß allein „prudence et mésure" in der Frage der Laizität helfe. Die liberale Laizitätsformel werde eine graduelle Revision der Laizitätsgesetze zulassen, vor allem wenn endlich die Generation der Kriegsteilnehmer in die Politik käme[41]. Ganz

---

[38] Über diese päpstliche Intervention berichtet Coppin in einem Brief an Guiraud vom 13.4.1924 ausführlich und empört sich darüber. In: AN 362, AP 145.

[39] In dem eben zitierten Brief von Coppin kritisiert dieser seinen Bischof Julien, da er den „paix religieuse dans le respect de lois républicains, lisons intangibles" akzeptiere und keine rein katholische Liste fördere.

[40] So z.B. die liberal-katholische Liste in der Lozère um de Castelnau, die unter der Vormundschaft des katholischen Senators Daudé stand. Dieser hatte zu de las Cases am 13.5.1924 gesagt: „Il faut marcher avec son temps. L'évolution doit être suivie. S'attarder à la défense des idées religieuses, de l'école libre, écouter la voix des évêques, tout cela n'est que vieilleries et crétinisme." In: Ephémérides, S.202. Allgemein ist eine quantitative Bemessung schwierig, da es oft unklar bleibt, ob es sich bei einem Kandidaten um einen Katholiken, *Progressisten* oder *républicain de gauche* handelte, da sie oftmals nur unter dem Motto *„candidat national"* antraten. Die Analyse von Vavasseur-Desperriers, Culture, S.209ff., hat immerhin ergeben, daß fast alle ERD-Mitglieder (FR und ALP) auf *Bloc-National*-Listen gewählt worden sind, allein in der Gironde hat sich die ERD um Ballande, Bergey, Mandel nicht mit dem *républicain de gauche* Capus einigen können.

[41] „Le terrain gagné depuis quatre ans et demi apparait comme très important: je n'ai personnellement aucune peine à obtenir de mes co-listiers [...] le silence total sur les lois laïques et dans les circulaires et dans les réunions, et je reclame publiquement devant eux liberté de conscience, d'enseignement, d'association [...] la détente est certaine, surtout chez ceux qui n'ont pas 60 ans." Brief Denais' an Guiraud vom 5.5.1924, in: AN 362, AP 145, ausführlich als Dokument 11 im Anhang abgedruckt.

ähnlich argumentierte zwei Jahre später Abbé Thellier de Poncheville, ein ehemaliger Abgeordneter aus Valenciennes, der sich gegen die Kritik Guirauds an Listenverbindungen zwischen Katholiken und *modérés* in den Departements Nord und Pas-de-Calais wehrte. Dieser Pakt, bei dem man sich auf „demandes très modérées de paix religieuse" geeinigt habe, ohne die Kirchentrennung in Frage zu stellen, sei auch vom Bischof in Lille abgesegnet worden. Guiraud würde sich also nicht nur gegen die Mehrheit der Katholiken, sondern auch gegen den Klerus stellen[42]. Die Loslösung der ehemaligen ALP-Abgeordneten Denais und de Poncheville von der katholischen *défense-religieuse*-Strategie Guirauds steht also paradigmatisch für das Verhalten einer ganzen Reihe von Katholiken[43], die bisweilen mit, bisweilen ohne Unterstützung des eigenen Klerus die Allianz mit den anderen „Ordnungsparteien" gesucht haben.

Die Wahlen 1924 brachten mit dem Triumph des Linkskartells eine Wiederbelebung der religiösen Frage in der öffentlichen Debatte, weil einerseits die Regierung Herriot die Botschaft am Heiligen Stuhl wieder schließen und die volle Laizität auch in Elsaß-Lothringen einführen wollte, andererseits das Kartell aus Radikalen und Sozialisten insbesondere durch eine antiklerikale Mystik zusammengehalten wurde[44]. Gegen diese Maßnahmen und auch gegen den damit verbundenen *esprit publique* konstituierten sich zwei außerparlamentarische Organisationen, die zwar kooperierend geplant waren, aber bald in das Dilemma der weltanschaulichen Gegensätze gerieten. Zum einen handelte es sich um die *Ligue Républicaine Nationale* (LRN), die unter Alexandre Millerand die *Bloc-National*-Allianz aller Kräfte rechts der Radikalsozialisten fortsetzten wollte und sich dabei explizit auf das politische Feld beschränkte. Zum anderen handelte es sich um die *Fédération Nationale Catholique* (FNC) unter General de Castelnau, die als Sammlung aller katholischen Kräfte, also auch der Monarchisten, auf gesellschaftlichem, nicht auf politischem Gebiet, durch Protestaktionen wirken sollte[45]. Wenn man beide Ligen politisch zusammennimmt, umfaßten sie das gesamte Spektrum von der *Alliance Démocratique* über die FR, die ALP bis zu den intransigenten Katholiken und Monarchisten. Die liberal-konservative Sammlung aus *Progressi-*

---

[42] Brief Thellier de Ponchevilles an Guiraud vom 9.4.1927, in: AN 362, AP 149. Da der Brief die ganze Problematik der Sache enthält, ist er in extenso im Anhang als Dokument 7 nachzulesen.

[43] Allgemein hierfür vgl. das Dossier eines anonymen ALP-Sympathisanten *La Politique Religieuse en France et les élections*, 1924, das sich gegen die Taktik „catholique d'abord" und für eine „pacification religieuse" aussprach, in: AN 142, AP 14. Ein konkretes Beispiel ist auch der ehemalige ALP-Deputierte de Chambrun aus der Lozère, der im Unterschied zu seinem Kollegen E. de las Cases das konservativ-katholische Lager zugunsten der ERD verlassen hatte. De las Cases gibt für ihn eine typische Beschreibung ab: „Il [...] est passé maître dans l'art de flairer d'où vient d'où viendra le vent, pour y diriger sa voile. 28 années de Parlement en ont fait un politicien accompli. Son art consiste à deviner quel programme doit l'emporter et aussi à s'appuyer à la fois sur l'administration en catimini, et ouvertement sur le clergé lozèrien, deux forces presque toujours opposées." Eintrag vom 24.5.1924. Ephémérides, S. 203.

[44] Die sich z.B. öffentlich bei der feierlichen Überführung von Jaurès ins Pantheon 1924 zeigte.

[45] Zu den beiden Ligen vgl. ausführlich unten Kapitel VII.2. und die dort angeführte Literatur.

sten und ALP bildete in dieser Allianz also die Mittelachse zwischen *républicains de gauche* und dem konservativ-katholischen Lager.

Wir hatten gesehen, in welch prekäre Situationen die Laizitätsfrage die liberal-konservative Sammlung bringen konnte, da ihrer Lösung nicht eine prinzipielle Überzeugung, sondern ein aufschiebender Kompromiß zur liberalen Laizität zugrundegelegen hatte. Jedesmal, wenn Elemente der katholischen Subgesellschaft in den politischen Kompromiß hineinwirkten, z. B. durch eine Aktion des Bischofs oder katholischer Verbände, wurde er brüchig, weil sich der alte Graben zwischen *Droite* und *Gauche* wieder auftat. Was sich nun als Makel der liberal-konservativen Sammlung erwies, wurde gleichsam zur Achillesferse der beiden außerparlamentarischen Ligen. Zwar hatte Millerand versucht, das Laizitätsprogramm der LRN sehr liberal zu halten, indem er unter anderem den ersten Programmentwurf nach Rücksprache mit de Castelnau revidierte; die Mitarbeit von überzeugten Linksrepublikanern wie Reibel oder Mamelet in den Reihen der LRN zwang ihn aber immer wieder zu Kompromissen, die der FNC zunehmend mißfielen[46]. Bereits im November 1924 bestand dieser laizistische Flügel der LRN darauf, daß man die Frage Elsaß-Lothringen möglichst kleinhalte und keine Sonderregelung verspreche, so wie sie von der FNC gefordert werde[47].

Auf der anderen Seite unterstrichen die französischen Bischöfe zur gleichen Zeit noch immer ihre Treue zur Republik, wenn sie den von der Kartellregierung aufgelegten *emprunt* zur Sanierung der Finanzen – ganz in der Tradition der Kriegsanleihen – unterstützten und die Katholiken nicht zum Boykott aufriefen, trotz der antiklerikalen Ankündigungen Herriots[48]. Die Zögerlichkeit der LRN, auf dem Gebiet der religiösen Frage gegen die Kartellregierung vorzugehen, veranlaßte jedoch die fundamentalkatholischen Kreise des französischen Episkopats, ihre gemäßigte Oppositionslinie zu verlassen: Das Kollegium der Kardinäle und Erzbischöfe, weiterhin dominiert vom intransigenten Flügel um Andrieu und Chollet, veröffentlichte im März 1925 eine Erklärung, die allen Mitgliedern der FNC untersagte, auch Mitglied in der LRN zu werden, da diese nur die antiklerikale Politik des Linkskartells, nicht jedoch die Laizität an sich kritisiere[49]. Diese Erklärung wirkte wie ein Schlag ins Gesicht der „Ordnungsparteien", die gerade

---

[46] Der ursprüngliche Entwurf war von dem *républicain de gauche* François-Poncet ausgearbeitet worden und enthielt noch als Kernstelle „la paix religieuse dans le respect des lois fondamentales de la République neutre et laïque". Millerand hatte dies dahingehend verbessert, daß er noch „liberté dans" vor *paix* einfügte und die Worte *fondamentales, neutre* und *laïque* strich. Erhalten ist das handschriftlich korrigierte Exemplar in: AN 470, AP 87.

[47] Brief Emmanuel Brousses an Millerand vom 1.11.1924. Brousse erklärt dies mit den gouvernementalen Ambitionen von Reibel und Mamelet, in: AN 470, AP 87.

[48] So schrieb Bischof Julien (Arras): „L'intérêt du pays, qui est au-dessus de tout et qu'il n'est pas permis de sacrifier, même pour faire échec à une politique déplaisante" (*Semaine religieuse d'Arras* vom 20.11.1924), und Bischof Thomas (Bayeux): „Nos diocésains l'ont fait généreusement pendant la guerre, et Nous les engageons à souscrire à cet emprunt par patriotisme." (*Semaine religieuse de Bayeux* vom 7.12.1924). Weitere Appelle in: DC 13 (1925), S. 188f.

[49] Das Manifest forderte unter anderem die Aufhebung der Kirchentrennung, volle staatliche Unterstützung für Privatschulen und den Einfluß der katholischen Religion auf Staat und Gesellschaft.

dabei waren, erste Erfolge in der Destabilisierung der Kartellregierung zu verzeichnen. Nachdem die weltanschauliche Linke im Umfeld von Herriot also die religiöse Debatte angeheizt hatte, konterte nun auch die katholische Rechte mit fundamentalkatholischen Äußerungen: *quieta moventur*. Nicht nur die LRN, sondern auch liberalkatholische Kreise und selbst der Papst kritisierten deshalb die Erklärung, die aber, einmal im Umlauf, nicht mehr rückgängig gemacht werden konnte[50]. Als Folge lösten sich viele Provinzkomitees der LRN auf, da sie von Katholiken getragen waren, die der Vorgabe ihrer Bischöfe gehorchten. Die Laizitätsfrage hatte also den weltanschaulichen Graben innerhalb der „Ordnungsparteien" wieder aufgerissen und deren gemeinsame Aktion zum Stillstand gebracht.

Die Definition der liberalen Laizität bei der FR: der „Rapport Soulier" 1925

Wie sah es aber nun bei der liberal-konservativen Sammlung aus, die ja als Scharnier zwischen LRN und FNC fungiert hatte und auf die der Brief der Kardinäle eine gleichermaßen zersetzende Wirkung haben mußte, da er den aufschiebenden Kompromiß der liberalen Laizität zurückwies? Im Frühjahr 1925 war die liberal-konservative Sammlung, die sich im Parlament nun URD nannte, auf dem Weg, auch ein parteipolitisches Pendant zur Fraktion zu entwickeln. Den Rahmen dafür bot die *progressistische* FR, die sich unter dem Vorsitz von Auguste Isaac seit 1922 den Katholiken der ALP geöffnet hatte, von denen die meisten, wie z. B. Joseph Denais, auch eifrig hineinströmten, ohne ihre Verbindung zur ALP zu kappen. Um so mehr stand die liberal-konservative Partei, um die es sich nun handelte, vor dem Problem, den Konsens zur liberalen Laizität in eine programmatische Form zu gießen, der von beiden weltanschaulichen Flügeln der Partei akzeptiert werden konnte. Es erwies sich dabei als ein glänzender taktischer Schachzug des neuen Vorsitzenden Louis Marin, daß er den protestantischen Pastor Soulier, einen überzeugten Republikaner und Anhänger der Kirchentrennung, zur Ausarbeitung eines *Rapport religieuse* veranlaßte, der von der FR verabschiedet werden sollte. Soulier hatte zu denjenigen Protestanten gehört, die eine möglichst große Liberalität auch gegenüber den Katholiken gelten lassen wollten und sich für die Beibehaltung der Botschaft am Vatikan und die katholischen Auslandsmissionen ausgesprochen haben[51]. Niemand anderes als er hätte auf so ideale Weise eine Brücke zwischen dem politischen Ideal der Republik und der Religiosität schlagen können, ohne dabei das Mißtrauen der einen oder der anderen Seite zu provozieren.

---

[50] Kritik bei RDMM vom 1.4.1925, S.716ff., für die LRN und die liberalkatholischen Zeitungen *Echo de Paris*, *Liberté* und *l'Avenir* vgl. Bericht vom 12./13.3.1925, in: AN, F7/12953 (*scission entre LRN et FNC*), F/7 12969 (Märzbericht): „*On peut dire que dans les milieux modérés elle a été sévèrement jugé en raison de son inopportunité*"; zur Papstkritik vgl. die Notiz von Baudrillart, Carnets, vom April 1925, S.67. Zur Folge für die LRN vgl. unten VII.3. Auch der deutsche Botschafter Hoesch berichtet über den Ärger vieler laizistischer Katholiken über die Erzbischöfe. Bericht vom 17.3.1925, in: PA/AA, R 70927.

[51] Vgl. auch das große Lob Kardinal Baudrillarts über den „toleranten" und „nationalgesinnten" Soulier, in: Carnets, Eintrag vom 6.2.1920, S.386. Zu Soulier vgl. auch Dictionnaire du Monde Religieux dans la France Contemporaine, 5. Les Protestants, S.461f.

Sein *Rapport*[52], den er auf dem Parteitag der FR am 18. März 1925, acht Tage nach der Erklärung der Kardinäle, zur Abstimmung brachte, ist in dieser Hinsicht auch eine Meisterleistung des Kompromisses und der parteipolitischen Sinnstiftung.

Soulier bedauerte zunächst den Umstand, daß sich eine politische Partei überhaupt ein religiöses Programm zulegen müsse; dies sei immer ein Zeichen mangelnder Liberalität und Glaubensfreiheit im Staat, zumal seit der „Bürgerkriegserklärung" der Regierung Herriot an die Katholiken[53]. In der Wahl der Forderungen und des argumentativen Vorgehens mußte Soulier aber notwendigerweise auf der Hut sein: Weder durfte er den kompletten Forderungskatalog der katholischen FNC übernehmen, noch sich allzu sehr auf die Basis der laizistischen Gesetzgebung stellen. Er behalf sich daher mit dem Kunstgriff, seine Argumentation ganz in die Tradition des Denkens Waldeck-Rousseaus zu stellen, dessen republikanische Integrität auch von der Linken nicht angezweifelt wurde. Schon Waldeck-Rousseau habe, laut Soulier, bei den nach ihm benannten Gesetzen von 1884 und 1901 nichts anderes als die volle Vereinsfreiheit im Sinn gehabt, auch für die Kongregationen[54]. Deshalb gehöre zu den ersten Maßnahmen einer liberalen Laizität die Aufhebung des Autorisierungszwangs für Kongregationen, wie er im dritten Abschnitt des Gesetzes von 1901 geregelt sei, und die Gewähr der vollen Unterrichtsfreiheit, d.h. eine Revision des Gesetzes von 1904. Dies sei obendrein erforderlich, da die Kongregationen im Weltkrieg ihre Pflicht geleistet hätten und nun ein „ordre nouveau des choses" vorherrsche[55]. Eine Sakralisierung der *lois laïques* als unberührbar, wie sie vom Linkskartell vorgenommen werde, lehnte er als undemokratisch ab. Dies hieß konkret, daß die Trennung von Staat und Kirche grundsätzlich nicht angetastet werden durfte, sehr wohl aber die Gesetzgebung zu den Kongregationen. Des weiteren forderte er für die Kongregationen und die neugeschaffenen *associations diocésaines* die Möglichkeit, als juristische Personen Vermögen zu erwerben und Kapital zu bilden. Die als „klerikal" gebrandmarkten Basisorganisationen der katholischen Kirche, weltliche wie geistliche, sollten also in den vollen Nutzen der modernen Freiheitsrechte gelangen und damit wieder eine gewisse soziale Machtbasis erhalten[56]. Schließlich verlangte er auch in Über-

---

[52] *La Politique Religieuse du Parti, Rapport présenté au Congrès National de 1925 de la Fédération Républicaine de France,* par Edouard Soulier, veröffentlicht von der Imprimerie de la Journée Industrielle, 1925.

[53] „Avoir parler des questions religieuses dans un programme politique est mauvais signe", ibidem, S. 2.

[54] Was im übrigen so nicht stimmt, wofür Soulier aber wie ein Historiker als Beweis eine handschriftliche Notiz aus dem Nachlaß von Waldeck-Rousseau anführt. Die Notiz datiert aus dem Jahre 1899.

[55] Ein im Nachlaß Marins erhaltenes Papier hat die Stellen notiert, an denen Soulier Applaus von der Versammlung bekam. Es zeigt, daß Soulier bei diesem Satz zum einzigen Mal einen Zwischenapplaus bekam, in: AN 317, AP 86.

[56] Die Kongregationen sollten nicht einer gesonderten Gesetzgebung unterworfen sein, sondern wie alle Vereine auf dem Vereinsgesetz von 1884 operieren dürfen. Weitere Forderungen betrafen vor allem konkrete Eigentumsfragen, wie die Rückgabe des Priesterseminars von St. Sulpice (enteignet 1906) an das Erzbistum von Paris. Der *Rapport* Soulier hat einen deutlichen Schwerpunkt auf dieser materiellen Aufwertung der katholischen Kirche, gerade auch für die Kirchenvereine, während er in den Prinzipien nicht von der grundsätzlichen Trennung von Staat und Kirche abging.

einstimmung mit der Ligue Millerand und der FNC die Aufrechterhaltung des kirchenpolitischen Sonderstatus in Elsaß-Lothringen sowie die Beibehaltung der Botschaft am Heiligen Stuhl.

Da diese Vorschläge Souliers auf eine deutliche Revision der Laizitätsgesetze und selbst des *modus vivendi* von 1919 hinausliefen[57], mußte er neben Waldeck-Rousseau noch andere „republikanische" Referenzpunkte bemühen, um nicht in den Verdacht des Klerikalismus zu geraten. So betonte er, daß für die obigen Maßnahmen keine „révolution législative" erforderlich sei, womit er sich eindeutig von der FNC distanzierte, sondern eine graduelle Anpassung der Gesetzgebung an die Bedürfnisse der Zeit[58]. Die katholische Kirche sollte weder Sonderrechte noch Sonderpflichten erhalten, sondern lediglich in den „tissu même des lois françaises générales" eingewoben werden. Dieser Freiheitsanspruch für alle stelle die *FR de France* in die Tradition von 1789 und 1848, während die diktatorisch auftretenden Radikalen und Sozialisten die wahren Nachfahren des *Ancien Régime* mit anderen Vorzeichen seien. Dem Pastor Soulier schien es damit gelungen, der Formel von der liberalen Laizität eine programmatische Entsprechung gegeben zu haben, die einerseits den Forderungen der Katholiken am weitesten von allen Parteien entgegenkam – mit Ausnahme des PDP –, andererseits aber die liberal-republikanische Tradition nicht verließ[59]. Lediglich in einem Punkt der Laizität konnte er der Partei keinen Kompromißvorschlag anbieten, nämlich der Forderung nach der staatlichen Subventionierung der Privatschulen (*Réprésentation proportionnelle scolaire, RPS*), die in einem eigenen Kapitel noch behandelt werden wird.

Souliers *Rapport*, der ab 1925 Basis des „religiösen Programmes" der FR wurde, stellt sich in einer analytische Betrachtung in der Tat als ein Kompromiß zwischen *progressistisch*-liberalen und katholischen Vorstellungen dar. *Progressistisch*-republikanisch war, daß er die Gesetze der ersten Laizisierungsphase der 1880er Jahre (Schul- und Wehrgesetze) unangetastet ließ und lediglich diejenigen der Combes-Jahre 1901 – 1904 – mit Ausnahme der Kirchentrennung – revidieren wollte. Auch verteidigte er die Revision mit den Argumenten der Freiheit, nicht mit denen der katholischen Wahrheit, wie es die Kardinäle soeben in ihrem Manifest getan hatten[60]. Deutlich katholische Züge zeigten sich aber in der Ausweitung der rechtlichen Befugnisse der Kongregationen und der *associations diocésaines*, was, wie wir durch einen Brief de la Rochefoucaulds wissen, auch von der ALP als Forderung an die FR herangetragen worden war[61]. Ferner hatte Soulier den *lois laïques* eine

---

[57] Noch im Januar 1922, also vor Eintritt der Katholiken, hatte es im *Bulletin de la FR* geheißen: „Nous ne désavouons donc ni les idées de la neutralité ni celles de laïcité", d.h., man hatte die liberale Laizität immer noch als *modus vivendi* **ohne** Revision der bestehenden Gesetzgebung verstanden, ähnlich auch der *progressistische Journal de Rouen* vom 19.12.1921.

[58] *Rapport* Soulier, S. 3.

[59] So auch eine aus Mitte der 1930er Jahre stammende Einschätzung Marins: „Ce programme, simple et net, n'a cessé de rallier depuis des adhésions de plus en plus étendues", undatierte Notiz von 1936, in: AN 317, AP 77.

[60] So auch *La Nation* vom 19.2.1927 und 16.4.1927, wo jedesmal die freiheitliche Tradition von 1789 in den Vordergrund gestellt wurde.

[61] Brief de la Rochefoucaulds an den Nuntius Ceretti und Kardinal Gasparri vom 20.12.1926: Das religiöse Programm der FR sei „adopté par ce Parti sur nos conseils et

neue Bezeichnung gegeben, die mit dem Sprachgebrauch innerhalb der FR brach: Dort hatte man sie seit 1921 als *lois fondamentales* bezeichnet, nun sollten sie nur noch die *lois respectables* sein[62]. Der FR war damit ein Schritt gelungen, der wesentlich zu ihrer inneren Kohäsion und zur Entwicklung eines eigenen Parteiapparates beigetragen hat. Aus dem vagen und aufschiebenden Kompromiß *quieta non movere* von 1919 war eine konkrete Vorstellung von „liberaler Laizität" geworden, bei der beide Seiten, *Progressisten* und Katholiken, Zugeständnisse gemacht hatten. Louis Marin sprach gegenüber de Wendel gar von einem „acte le plus hardi" der Progressisten gegenüber den Katholiken[63]. Wie später noch zu zeigen sein wird, hat dieses Programm Pastor Souliers es ermöglicht, den Fehler der Ligue Millerand zu vermeiden und, ohne sich öffentlich mit der FNC zu arrangieren, die katholischen Bedürfnisse weitgehend zu befriedigen[64]. Die Departementalverbände der Ligue Millerand, aus der die Katholiken nach der Erklärung der Kardinäle scharenweise ausgetreten waren, konnten so von der FR absorbiert und die Katholiken wieder zurückgewonnen werden.

Die Frage um die Laizität trat nach dem Zusammenbrechen des Linkskartells in der Inflationskrise 1926 wieder in den Hintergrund. Erneut war es Poincaré, der in einer großen Regierung der *Union Nationale* von den Radikalen bis Louis Marin im Interesse der Stabilisierung der Währung und einer geschlossenen Außenpolitik die politischen Schwerpunkte auf andere Gebiete lenkte. Die FR profitierte von der nachlassenden Brisanz des Themas und bestätigte ihr religiöses Programm Jahr um Jahr auf den Parteitagen. Die von den Radikalen als Spaltungskeil lancierte Debatte um die Einheitsschule, die *école unique*, im *enseignement secondaire* verstärkte sogar noch den inneren Konsens in der FR, da sowohl der *progressistische* wie der katholische Flügel das staatlich finanzierte und einstufige Koedukationsmodell ablehnten. Gleichwohl hatte der *Rapport* Soulier keine endgültige Lö-

---

en raison de notre force electorale", in: AN 142, AP 14. Dies bestätigt auch Isaac, Eintrag zum 23.3.1925, Carnets, S. 394. Marin habe Soulier mit dem Rapport beauftragt, in Absprache mit seinem Freund (!) de la Rochefoucauld die republikanischen Katholiken der ALP durch ein geeignetes Programm aufzunehmen. Das Programm wurde sogar dem Nuntius vorgestellt, weshalb die FR das politische Äquivalent zur FNC werden konnte, so Isaac.

[62] So bekannte der katholische Senator Coignet ganz offen auf dem Kongreß, die Laizitätsgesetze ändern zu wollen und erzählte vom Kompromiß der FR-Gruppe im Senat, wo man sich von „lois intangibles" auf „fondamentales" geeinigt habe. Nun sei es an der Zeit, auch diesen Begriff fallen zu lassen. Marin schlug daraufhin in Anlehnung an den *Rapport* Soulier die Bezeichnung „respectables" vor. Vgl. den stenographischen Bericht des Kongresses, in: AN 317, AP 86.

[63] In einem Brief an de Wendel vom 12.8.1925 schreibt er: „Les troupes du centre – puisque malheureusement une droite se maintient toujours active – n'ont commencé leur évolution que tard. L'acte le plus hardi a été, en mars dernier, cela de la Fédération vis-à-vis des troupes catholiques." In: AN 190, AQ 29.

[64] So verteidigte Soulier auch sein Programm in *La Nation* vom 10.11.1925: „Nous apercevons le devoir républicain [...] à satisfaire l'opinion catholique, dominante en France, par la suppression des mésures vexatoires et injustifiables". Dies betonte auch Louis Marin am 5.3.1937 in seinem Brief an den Nuntius Valerio Valeri: seine Gruppe habe 1925 als erste „un statut sûr, normale et large pour les églises, la rentrée des Congrégations, le soutien aux Missions, la liberté d'enseignement, surveillance des écoles publiques par les parents" zum Programm erhoben, in: AN 317, AP 104.

sung der Laizitätsfrage in der liberal-konservativen Partei mit sich gebracht, sondern lediglich einen programmatischen Minimalkonsens. Einzelne katholische Abgeordnete wie Georges Pernot oder Oberkirch agierten weiter als Mitglieder in den Führungsgremien der FNC und trugen deren Maximalforderungen, die vom FR-Programm nicht gedeckt waren, öffentlich vor. Die Verbindung einzelner Persönlichkeiten der FR zur FNC blieb innerhalb der FR daher umstritten, weil sich alte *Progressisten* wie ein François de Wendel vor einem Aufflackern der „passions religieuses" fürchteten. FR-Auftritte im Rahmen von katholischen Manifestationen sollten sich vielmehr nur auf Elsaß-Lothringen beschränken, nicht jedoch das „Innere" Frankreichs erreichen, wo sie die FR bei der linken Mitte kompromittierten[65].

Der programmatische Minimalkonsens zur liberalen Laizität war also die Garantie dafür, daß die liberal-konservative Sammlung nicht nur als Fraktion, sondern auch als Partei einheitlich gedeihen konnte. Nichtsdestotrotz konnte der unausgetragene Konflikt zwischen *Progressisten* und Katholiken auch später noch zu ernsten Spannungen führen, da sich auch die liberalen Katholiken der FR nicht scheuten, mit den fundamentalkatholischen Abgeordneten der *Indépendants* wie Grousseau oder der christlich-demokratischen PDP wie Champetier des Ribes von Fall zu Fall zusammenzuarbeiten. 1927 brachte diese Allianz sogar gemeinsam einen als *proposition Grousseau* bekannt gewordenen Gesetzentwurf in der Kammer ein, der wie der *Rapport* Soulier eine Ausdehnung der wirtschaftlichen und juristischen Rechte der Kongregationen und Kirchenvereine vorsah (Revision des Gesetzes von 1901), aber in einem entscheidenden Punkt darüber hinausging: Während Soulier den Kapitalerwerb der Kongregationen an eine Autorisierung durch den *Conseil d'Etat* geknüpft hatte, wollte Grousseau keinerlei staatliche Aufsicht akzeptieren und forderte die „volle Freiheit" für alle Vereine, und damit auch die kirchliche Organisation.

Was auf den ersten Blick nur eine juristisch-technische Frage zu sein schien, hatte im Grunde eine tiefere Bedeutung und führte zu mehreren Irritationen innerhalb der FR. Hinter der Forderung von Grousseau, die eben auch FR-Abgeordnete wie Pernot und Denais unterstützten, stand die Auffassung, daß der katholischen Kirche ein möglichst großer autonomer Spielraum zur Selbstentwicklung in der Gesellschaft eingeräumt werden müsse. *Progressisten* wie Marin und Soulier akzeptierten zwar einen großen Freiraum für die Kirche, wollten jedoch unkontrollierten Erwerb von Vermögen und Kapital nicht zulassen, zumal neben den kirchlichen Organisationen auch Parteien und Gewerkschaften auf der Basis des Gesetzes von 1901 operierten. Die Angst vor Geldern aus Moskau oder Rom saß bei nationalistischen Republikanern wie Marin so tief, daß er sogar gegen

---

[65] Brief de Wendels an Marin vom 9.8.1924 : „On (la FR) semble se mettre à la remorque de ceux qui ont, dès l'armistice, voulu régénerer la France au point de vue religieux par l'Alsace-Lorraine, et ceci me paraît répondre beaucoup moins au sentiment populaire et ne devoir avoir pour conséquence que de réveiller les passions religieuses dans le pays. Or, ceci c'est précisement la chose que nos adversaires désirèrent le plus parce qu'ils savent qu'il y a en France un vieux levain de gallicanisme, voltairianisme, appelez-le comme cous voudrez, qui fait que chaque fois que l'on surexcite ces passions cela leur a profité." In: AN 190, AQ 29.

seinen engen Freund Edouard de Warren in der URD-Fraktion das Projekt Grousseau verurteilte[66]. Auch Soulier betonte, daß die gemeinsame Parteilinie der *Rapport* von 1925 sei, d.h. die obligatorische staatliche Autorisierung zum Kapitalerwerb; ein autonomes Vorgehen der Katholiken sei zwar verständlich, aber nicht klug[67].

Die grundsätzliche Frage nach dem Verhältnis von Staat und Kirche in der französischen Republik, d.h. nach dem Grad der Laizität der französischen Gesellschaft, blieb also ein stetiger Unruheherd in den liberal-konservativen Reihen. Auch wenn die 1930er Jahre auf Grund ihrer ganz eigenen Dynamik diese weltanschauliche Frage weiter in den Hintergrund drängten, verlor die Frage selbst kaum an Sprengkraft und ist bis heute immer wieder Grund für Konflikte auf der Seite rechter Allianzen in der französischen Politik. In den 1920er Jahren blieb sie, trotz finanzieller und außenpolitischer Problemlagen, weiterhin ein bestimmender Faktor der französischen Politik, nicht zuletzt deshalb, weil führende Politiker wie Poincaré, Millerand, Herriot, Briand und selbst noch ein Tardieu in den weltanschaulichen Kämpfen des 19. Jahrhunderts politisiert worden waren. Ein entscheidendes Kriterium zur Einigung innerhalb der liberal-konservativen Sammlung mußte also die Ausarbeitung eines Kompromisses auf diesem Gebiet darstellen. Die zunächst gefundene liberale Laizitätsformel, die auf einem breiten politischen Konsens beruhte, ermöglichte 1919 Listenverbindungen, aus denen die ERD als große Siegerin hervorgehen konnte. Dennoch brachte die nur graduelle und bisweilen sehr verzögerte Eingliederung des gesamten Katholizismus in die republikanische Gesellschaft Probleme für eine Partei mit sich, die von vielen Katholiken gewählt wurde, aber große Distanz zur katholischen Hierarchie bewahrte. Insofern mußte die FR und ihr bestimmender religionspolitischer Akteur, Edouard Soulier, einen geschickten Kurs zwischen der Scylla der *lois intangibles* und der Charybdis der katholischen Intransigenz fahren. Wir hatten gesehen, daß dies in einem nicht zu unterschätzenden Ausmaße gelang, vor allem ab 1925 mit dem Eintritt der „catholiques nouvellement convertis" in die FR[68]. Gleichwohl blieben Probleme mit der Laizitätsfrage virulent, z.B. wenn einzelne Abgeordnete weitergehende Forderungen als die der FR vertraten und mit dezidiert katholischen Gruppierungen zusammenarbeiteten. Die liberale Laizität war damit kein Kristallisationspunkt der liberal-konservativen Sammlung, an dem sich diese gewissermaßen „automatisch" herausbildete, sondern ein Konstrukt der politischen Vernunft. Sowohl in ihrer aufschiebenden Form von 1919 wie in ihrer konkreten Umsetzung 1925 blieb sie ein Minimalkonsens, der

---

[66] Die genaue Haltung Marins in dieser Affäre ist unklar, in jedem Fall scheint er nach anfänglichem Zustimmen seine Unterstützung zurückgezogen zu haben, vgl. Brief de Warrens an Marin vom 9.9.1927, in: AN 317, AP 183.

[67] *La Nation* vom 10.6.1927. Seine Kritik am Parteifreund Pernot ist sehr subtil.

[68] So bezeichnet Louis Marin die von der AF gekommenen Katholiken, die in ihrem Kampf für die Unterrichtsfreiheit die wahren Nachfolger der Revolution von 1789 seien: „Le respect des droits de la liberté de l'enseignement et les droits communs montrent que ceux qui participent vraiment aux idées républicaines et aux idées de 1789 sont les catholiques nouvellement convertis." Maschinenschriftliche Notiz 1930, in: AN 317, AP 244.

sofort zu brechen drohte, wenn die gesellschaftliche Integration des gesamten Katholizismus in die Republik gefährdet schien. Insbesondere der Einfluß der intransigenten Kreise aus Klerus und Presse, die weiterhin über großes Gewicht in der katholischen Subgesellschaft verfügten, wirkte sich stets negativ darauf aus.

2. Der juristische Rahmen: Vatikanbotschaft und Kirchenstatut

Wir hatten im ersten Kapitel der Arbeit gesehen, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rom im Jahre 1904 in das Umfeld der Debatte um die Kirchentrennung gehörte. Gleichwohl war sie zunächst kein Bestandteil derselben gewesen, sondern resultierte aus der Intransigenz der beiden Protagonisten, Papst Pius X. und Staatspräsident Combes, die ihrerseits wiederum die ideologisch aufgeladene Atmosphäre der Zeit reflektierten. Deshalb hatten sich *Progressisten* wie ALP gegen das Aufgeben der Beziehungen ausgesprochen, wobei die Motivation jeweils unterschiedlich war. Während *Progressisten* wie Ribot, Aynard oder Benoist die Vatikanbotschaft allein aus Gründen des nationalen Interesses verteidigten, lag der katholischen Argumentation die Angst vor einem Rückfall in den Gallikanismus und vor Mißverständnissen mit Rom zugrunde. Vor allem der ultramontane Klerus fürchtete um seinen Einfluß an der Kurie und übte heftigen Druck auf die katholischen Abgeordneten in dieser Frage aus. Die *Progressisten* wollten wiederum am Konkordat und der Vatikanvertretung festhalten, weil diese den französischen Einfluß an einem Knotenpunkt der internationalen Politik garantierten und im Gegenzug einen allzu ausgeprägten Ultramontanismus der französischen Katholiken verhinderten.

Obgleich Kirchentrennung und Lösung der diplomatischen Beziehung zum Vatikan ursprünglich also nicht miteinander verbunden waren, erschien es im Verlauf des Krieges und der Nachkriegszeit zunehmend als evident, daß beide Problemfelder in einer gewissen Abhängigkeit voneinander standen, mithin außen- und innenpolitisch die Kehrseiten derselben Medaille waren. Die Kirchentrennung von 1904 hatte nämlich nicht zu dem von ihren Initiatoren geplanten Ergebnis einer Reduktion der öffentlichen Institution Kirche auf einen privaten Kultusverein geführt, sondern im Gegenteil eine komplette Entlegalisierung der katholischen Kirche Frankreichs zur Folge gehabt. Sie war zunächst auf den erbitterten Widerstand von Klerus und Kirchenvolk gestoßen, da sich diese auf päpstliches Geheiß hin geweigert hatten, die im Separationsgesetz vorgesehenen *associations cultuelles* zu bilden. Ohne die Konstituierung dieser Kultusvereine fehlte der Kirche als juristischer Person aber das Recht, Vermögen zu besitzen, zu erwerben oder zu vermehren. Fast alle ihre mobilen und immobilen Vermögenswerte mußten daher an die staatlichen Träger abgegeben werden, lediglich die Kultgebäude selbst, also die Kirchen, verblieben zur unbeschränkten Nutzung als kostenlose Pacht in den Händen der Pfarrer. Die Hierarchie und die Verzweigung der katholischen Kirchenorganisation war von der republikanischen Gesetzgebung nicht anerkannt worden, d.h. die katholische Kirche Frankreichs befand sich zwischen 1905 und

1924 in einer rechtlichen Dunkelzone oder gar der Illegalität[69]. Engagierten Katholiken, die das Bekenntnis zur Republik nach 1918 aus Überzeugung formulierten, mußte es daher daran gelegen sein, diesem rechtsfreien Zustand ein Ende zu machen, d.h. der katholischen Kirche Frankreichs ein vom Staat und vom Papst anerkanntes Kirchenstatut zu verleihen. Es war klar, daß dafür eine Botschaft am Heiligen Stuhl, d.h. der direkte Austausch zwischen der französischen Regierung und dem Vatikan auf politischer Ebene eine *condicio sine qua non* war. Deshalb war die Frage nach dem Kirchenstatut von Anfang an mit der nach der Vatikanbotschaft gekoppelt, was allerdings, wie zu zeigen sein wird, zu einigen Verwirrungen führte.

Zunächst zeigte sich bereits nach wenigen Wochen des Krieges, daß das Fehlen einer Botschaft am Vatikan ein entscheidender Nachteil im Wettrennen um die Gunst der neutralen Staaten war. Deutsche und österreichische Vertreter an der Kurie nutzten das französische Vakuum, um die laizistische Republik als gottlos und materialistisch zu brandmarken. Schon 1915 sagte Aristide Briand zum katholischen Senator Le Cour Grandmaison, daß er aus diesen Gründen sofort eine Botschaft am Vatikan eröffnen würde, sich jedoch vor den weltanschaulichen Debatten im Parlament fürchte, die unweigerlich auf ihn zukämen[70]. Da die strikte Laizität und bisweilen auch ein offener Antiklerikalismus zur republikanischen Kultur der Vorkriegszeit gehörten, konnte es sich selbst ein angesehener Politiker wie Briand nicht erlauben, mit dieser weltanschaulichen Frage die *Union Sacrée* zu gefährden. Aus diesem Grunde sollten außerordentliche Besuche des ehemaligen Außenministers Hanotaux bei den „deux Rome" sowie regelmäßige Berichte des Botschaftsattachés Loiseau am Quirinal das Vakuum in den Beziehungen überbrücken[71]. Im Verlauf des Krieges zeigte sich jedoch, daß das Fehlen einer direkten Verbindung zum Vatikan auch von Nachteil bei den Verhandlungen um Elsaß-Lothringen und um die französischen Protektorate in Nordafrika, dem Nahen und Fernen Osten sein würde. Erst dieser Prozeß rief auch in den Reihen der überzeugten Republikaner einen Meinungsumschwung hervor, der die Nichtunterhaltung diplomatischer Beziehungen mit dem Vatikan nicht mehr als Zeichen der Laizität des Staates, sondern als außenpolitische Naivität interpretierte.

---

[69] Vgl. Campenhausen, Staat und Kirche, S. 80ff., und Méjan, La Séparation des Eglises et de l'Etat.

[70] Briand erwartete sogar seinen Sturz in einer derartigen Debatte. Die Geschichte erzählt bei Brugerette, Le prêtre français, Bd. 3, S. 634. Beklagt wurde das Fehlen einer Botschaft gerade in progressistischen und liberalkatholischen Kreisen, vgl. N.N., Le Pontificat de Pie X, in: RDDM vom 15.9.1914, S. 146–165. Dort erwartete man „le rétablissement des rapports avec Rome" und „un statut pour l'Eglise de France" nach dem Krieg.

[71] Hanotaux machte insgesamt drei Reisen nach Rom 1915/16, deren Ablauf in seinen *Carnets* dokumentiert ist. Seine Papstbesuche waren mit dem Kardinal Amette von Paris abgesprochen, wobei er jedoch die von Viviani und Poincaré aufgestellte Forderung erfüllte: „Il nous faudrait un républicain, mais sûr d'être bien accueilli à Rome", zitiert in Hanotaux, Eintrag vom 1915, Carnets, S. 122, dort auch das Zitat der „deux Rome". Die einzige permanente Verbindung Frankreichs mit dem Heiligen Stuhl war der Diplomat Charles Loiseau bei der Botschaft in Italien, der von Millerand in einem wagemutigen Schritt dazu aufgefordert wurde, seinen Fokus vom Quirinal zum Vatikan zu lenken, vgl. dessen Erinnerungen in Charles Loiseau, Ma mission auprès du Vatican.

Die Forderungen nach der Vatikanbotschaft während des Ersten Weltkriegs

Zwei Linksrepublikaner jüdischer Herkunft, Joseph Reinach und Lazare Weiller, sowie der Freimaurer Anatole de Monzie fungierten als die republikanischen Wellenbrecher, die die Botschaft am Vatikan als außenpolitische Notwendigkeit in den Reihen der Republikaner propagierten[72]. Sie argumentierten allein aus außenpolitischer Perspektive, indem sie zur Konterkarierung der Propaganda der Mittelmächte sowie zur Lösung der Frage um Elsaß-Lothringen und die französischen Protektorate bilaterale Beziehungen zum Vatikan für unabdingbar hielten. Was sie dezidiert ablehnten, war eine Abbitte gegenüber Rom, Verhandlungen über den Kirchenstatus und Zugeständnisse in der Laizitätsfrage: „sans Canossa" sollte man, in der Diktion de Monzies, den Weg zum Papst antreten. Dies sollte auch die Linie der *Progressisten* werden, die schon lange die Wiederherstellung der Vatikanbotschaft in ihrem Programm hatten, jedoch auf eine parlamentarische Initiative aus Furcht vor weltanschaulichen Debatten verzichtet hatten. Pastor Soulier, der zwar noch nicht zu den *Progressisten* in der Kammer gehörte, aber ihnen programmatisch nahe stand, argumentierte auf einer Konferenz des liberalen Katholiken Julien de Narfon im Jahre 1916 ähnlich wie de Monzie. Neben der Staatsräson führte er aber auch noch einen weiteren Grund an, der die Vatikanbotschaft rechtfertigte, nämlich den Willen zur „paix religieuse" ohne Veränderung der laizistischen Gesetzgebung[73]. Soulier repräsentierte damit genau jene liberal-*progressistische* Denktradition, die die Vatikanbotschaft sowohl aus außenpolitischer Vernunft wie auch zum Zwecke der inneren Aussöhnung propagierte.

Im konservativ-katholischen Lager lag die Motivation für eine derartige Forderung freilich auf einem anderen Gebiet. Sie war nicht nur bei den Monarchisten, sondern auch bei der ALP in den Forderungskatalog der dogmatischen *défense-religieuse*-Strategie eingebettet und wurde stets in Zusammenhang mit der Aufhebung der Kirchentrennung und anderer Laizitätsgesetze vorgebracht. Die Botschaft am Vatikan sollte Teil einer umfassenden Rechristianisierung der französischen Republik, nicht ein isoliertes außenpolitisches Manöver sein. Nicht die außenpolitische Staatsräson, sondern die kirchenpolitischen Ordnungsvorstellungen waren daher für die meisten Katholiken und insbesondere den Klerus ausschlaggebend. Dies hatte jedoch nicht verhindert, daß einzelne liberale Katholiken wie Denys Cochin, Gabriel Hanotaux oder René Bazin von Fall zu Fall als Mittler zwischen Außenministerium und Vatikan agierten, ohne offiziellen Status und gegen die Linie der Mehrheit des französischen Episkopats. Eine gewisse gallikanische Denktradition und das nationale Interesse ließen diese immer wieder für eine Annäherung von Vatikan und Republik eintreten, zumindest bis zu einem gewissen Punkt. Wir hatten im Fall Denys Cochin bereits gesehen, wie ihn letztlich 1917 das Fehlen offizieller Beziehungen zum Vatikan zum Austritt aus der Regie-

---

[72] Die wesentlichen Veröffentlichungen: Anatole de Monzie, Rome sans Canossa ou la diplomatie de la présence (1918); die Artikel von Reinach und Weiller sind zitiert und diskutiert in Paul, Second Ralliement, S. 36ff.

[73] Veröffentlicht im Vorwort von Edouard Soulier zu Julien de Narfon, Que subsistera-t-il de l'Union Sacrée? Paris 1916. Conférence donné le 28. mai 1916 à la Fraternité de l'Ascenion.

rung Ribot veranlaßte und den katholischen Senator de Las Cases aus demselben Grund daran hinderte, Cochins Nachfolge anzutreten.

Als entscheidend sollte sich nun nach dem Krieg erweisen, daß viele Katholiken die Vatikanbotschaft nicht mehr als Teil der religiösen Forderungen, sozusagen als Teil ihrer Weltanschauung begriffen, sondern ihr einen eigenen außenpolitischen Wert zugestanden. Die Friedensnote des Papstes sowie der von Clemenceau forcierte Kriegsnationalismus hatten das katholische Lager im letzten Kriegsjahr heftig erschüttert und erheblich zu seiner Erosion beigetragen. Nicht wenige katholische Zeitungen versuchten die Differenzen zu übertünchen und das Zerwürfnis mit Rom zu reparieren, in der Regel ohne Erfolg[74]. Für viele Katholiken mußte es evident erscheinen, daß die Wiederholung einer Situation vom August 1917, als sie sich im Loyalitätskonflikt zwischen Papst und Nation für die letztere entschieden, nur zu vermeiden war, wenn bilaterale Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan bestünden[75]. Der Einrichtung einer Botschaft am Vatikan kam daher ein „eigenes" Recht zu, d.h. sie löste sich aus dem *défense-religieuse*-Katalog und konnte zu einer Forderung im Namen der *Union Sacrée* werden, da sie eben nicht nur kirchen- sondern auch außenpolitisch motiviert war. In einem Brief an Guiraud brachte dies der ERD-Deputierte Paul Gay auf den Punkt: „Il faut commencer par solutionner la question du Vatican, qui contient toutes les autres questions religieuses."[76] Gleiches hatte auch der ALP-Vorsitzende Xavier de la Rochefoucauld im März 1918 in einem vielbeachteten Artikel der Öffentlichkeit bekannt gemacht: „Un accord est donc indispensable entre la République et le Catholicisme; cet accord me semble possible et il n'appartient selon moi qu'aux autorités compétentes, le gouvernement français et le pape."[77] Als eigenständige Forderung konnte die Vatikanbotschaft daher zu einem Kristallisationspunkt *progressistischer* und katholischer Vorstellungen werden und die nationale Eintracht der *Union Sacrée* symbolisieren. Es verwundert kaum, daß sie zu einer der Kernforderungen der liberal-konservativen Sammlung zu Beginn der Legislaturperiode 1920 wurde.

Progressisten und der rechte Flügel der *républicains de gauche* um Jonnart und Deschanel unternahmen es ab Frühjahr 1919, die günstige Stimmung in den Rei-

---

[74] So versuchte der R. P. le Floch Ende 1918 im *Correspondant*, das *non possumus* von 1917 und die Divergenzen zu überspielen, gegen die *Revue de Paris* vom 15.10.1918. Die Artikel sind abgedruckt in: DC I (1919), S.324-329, 376-382 und 521-530. Für die Haltung der Katholiken zur Papstnote vgl. Kapitel II.

[75] Vgl. die Notiz de la Rochefoucaulds vom 17.10.1917: „L'ALP a entièrement conservé la confiance au gouvernement Pontifical", wenn ihr aber die Versöhnung von Nation und Katholizismus nicht gelinge, verliere sie ihre „raison d'être", in: AN 142 AP 14. Ähnlich auch die Einschätzung des Berichterstatters Noblemaire am 16.11.1920 in der Kammer: „Certains ont pu dire que le nouvel Attila n'a pas vu se dresser devant lui un nouveau Léon-le-Grand, [...] ce sont les cœurs des catholiqúes français qui en ont ressenti la plus grande peine". JO, Débats, Chambre, 16.11.1920, S.3224. Auch André Halays, Redakteur vom *Journal des Débats* berichtete Kardinal Baudrillart über eine breite Unzufriedenheit mit dem Papst in katholischen Kreisen, Eintrag vom 6.1.1919, in: Baudrillart, Carnets, S.53.

[76] Brief an Guiraud vom 11.2.1920, in: AN 362, AP 148, Dossier 3.

[77] *Revue de Paris* vom 15. 3 1918, das Zitat ist einem Brief de la Rochefoucaulds an den Redakteur der *Revue de Paris* vom 15.3.1918 entnommen. Zu dieser vernünftigen Haltung gratuliert ihm auch Ernest Lavisse. Das Dossier in: AN 142, AP 14.

hen der Katholiken und Republikaner zu nutzen und auf die Errichtung einer Vatikanbotschaft hinzuarbeiten. Der Problemdruck war hoch genug, stand doch die Ersetzung der beiden vertriebenen deutschen Erzbischöfe von Straßburg und Metz sowie die Regelung der Verhältnisse im Nahen Osten an. In beiden Fällen war eine vorherige offizielle Absprache mit dem Vatikan unumgänglich. Ministerpräsident Clemenceau zeigte sich jedoch widerspenstig und wollte außer halboffiziellen Unterhändlern wie Kardinal Amette oder Abbé Lemire keine offiziellen Gesandten am Vatikan akzeptieren, und schon gar keinen Nuntius in Frankreich[78]. Kardinal Baudrillart erklärte er, der Papst sei ein *„boche"*, von dem nichts zu erwarten sei[79]. Da sich die Einrichtung einer Vatikanbotschaft festzulaufen schien und nach einer ersten emotionalen Debatte in der Kammer am 2. Juli 1919 auch der bürgerliche *Le Temps* von einem vorzeitigen Entschluß abriet, unternahmen die Linksrepublikaner Deschanel und Jonnart ein Manöver, das Clemenceau zum Rückzug zwingen sollte. Bei den anstehenden Wahlen zum Präsidenten der Republik, die Clemenceau als Triumphator zu gewinnen dachte, trat als Gegenkandidat eben jener Paul Deschanel an. Unter Vermittlung Kardinal Baudrillarts hatte er den katholischen Deputierten und Senatoren versprochen, bei seiner Wahl die Vatikanbotschaft wiederherzustellen. In der Tat stimmte die überwiegende Mehrzahl der Katholiken für Deschanel, darunter auch die Nationalisten, die im Herzen für Clemenceau waren[80]. Deschanel wurde in einer Vorwahl zur Überraschung vieler gewählt und Clemenceau zog sich verbittert aus der Politik zurück. Die Bahn für die Vatikanbotschaft war frei, weil viele Katholiken die Vatikanbotschaft als eigenständige Forderung für wichtiger hielten als eine Unterstützung des radikalnationalen „Tigers".

Die Motivation für die Einrichtung der Vatikanbotschaft bei der ERD

Bevor nun auf das weitere Verfahren bei der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan und die Rolle der ERD dabei eingegangen werden wird, sollen zunächst noch die eigentliche Motivation der ERD und ihre Argumentationsfiguren analysiert werden. Wir hatten im vorigen Kapitel gesehen, daß eine liberal verstandene Laizität den Brückenpfeiler für die Verbindung über den durch die ERD laufenden Graben von *Gauche* und *Droite* bildete. Was war daher eher dafür geeignet, die innerfranzösische Aussöhnung auch auf internationaler Ebene abzusegnen, als eine Annäherung zwischen Papsttum und Republik?

---

[78] Zu den Ereignissen im Jahr 1919 und Clemenceaus Haltung vgl. Paul, Second Ralliement, S. 45ff., und Mayeur, Abbé Lemire, S. 551ff.

[79] Im März 1919, zitiert in: Baudrillart, Carnets, S. 133.

[80] Dank der Tagebücher des Kardinal Baudrillart ist man nun zuverlässig über das Procedere informiert. Das Votum für Deschanel wurde nach einem Gespräch dessen mit Kardinal Baudrillart vereinbart und von Grousseau und Admiral de la Jaille in die Kammer und den Senat weitergeleitet. Typisch für die katholisch-nationalistische Haltung war der von Cornilleau S. 60 zitierte Ausruf: „J'ai voté pour Deschanel en criant Vive Clemenceau". Eine Ausnahme bei den Katholiken bildete E. de las Cases, der für Clemenceau votiert hat. Vgl. Ephémérides, S. 170. Ähnlich auch Vallat, Le Grain de Sable de Cromwell, S. 48ff., der betont, daß sich wegen eines Zeitungsartikels von Maurras alle Katholiken, auch die Royalisten des Midi, dem Votum gegen Clemenceau angeschlossen hätten.

Genau in dieser symbolischen Funktion wurde die Vatikanbotschaft auch von der liberal-konservativen Sammlung wahrgenommen. Erneut war es Pastor Soulier, der in einer Interpellation im Februar 1920 formulierte: „La France ne sera pas [...] sous un régime de la neutralité absolue [=liberale Laizität], tant qu'il n'aura pas sans aller contre la séparation, mis fin à cet état [=Bruch mit Vatikan] qui blesse les consciences catholiques."[81] Die Vatikanbotschaft sollte also das äußere Zeichen sein für eine innerfranzösische Entwicklung, nämlich die Aussöhnung zwischen Katholiken und der Republik, die die Basis für das Gelingen der liberal-konservativen Sammlung darstellte[82].

Gleichwohl mußte sich die ERD davor hüten, allzu sehr die katholischen Interessen in den Vordergrund zu stellen. Der ALP-Abgeordnete Grousseau, der 1919 als einer der wenigen nicht in die liberal-konservative Sammlung eintrat, bekannte in der Kammer ganz offen, daß er „comme catholique et comme Français" die Vatikanbotschaft befürworte[83], wofür sicherlich die Mehrheit der Katholiken hätte applaudieren können. Dennoch verhielten sich die ERD-Katholiken ruhig und kein einziger Redebeitrag ihrer Vertreter führte katholische Interessen als Argument an. Sie alle folgten der von Marcel Habert 1920 ausgegebenen Parole: „Le rétablissement de l'ambassade au Vatican doit être une œuvre de réconcilitation et non un geste de combat."[84] Dementsprechend war die Forderung nach der Vatikanbotschaft auch nicht mehr an eine Revision der *lois laïques* geknüpft, wie es vor dem Krieg bei der ALP der Fall gewesen war und von *La Croix* immer noch vertreten wurde[85], sondern eine eigenständige außenpolitische Auffassung. Die *progressistische République Française*, der liberalkatholische *Eclair* und selbst das nationalkatholische *Echo de Paris* erklärten ausdrücklich, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Vatikan zwar eine Lösung kirchenrechtlicher Fragen erwarten lasse, jedoch keinen Anlaß zur Revision der Laizität bedeute[86].

Im Gegenzug stellte die liberal-konservative Sammlung gemäß ihrer nationalistischen Doktrin vor allem die außenpolitischen Vorteile in den Vordergrund. Auf

---

[81] JO, Débats, Chambre, 5.2.1920, S.124. Soulier hatte sich zuvor Informationsmaterial von Kardinal Baudrillart geholt, was die enge Verbindung der liberal-konservativen Sammlung mit dem versöhnungswilligen Flügel der katholischen Kirche unterstreicht, Eintrag vom 22.4.1920, Baudrillart, Carnets, S.443.

[82] So formulierte es auch der Progressist Capus in der Kammer am 20.4.1923 über den Wahlpakt aus Republikanern und Katholiken in der Gironde: „Comme nous formions une liste composée d'hommes venant d'horizons politiques un peu opposés, voici ce qui a été convenu entre nous: du côté gauche nous avons convenu que nous voterions le rétablissement de l'ambassade de France au Vatican; du côté droite on s'est engagé à ne pas remettre sur le tapis au cours de cette législature les lois laïques." Diese Aussage war so signifikant, daß selbst ein Polizeibericht sie am 1.6.1923, in: AN, F/7 12952, zitierte.

[83] JO, Débats, Chambre, 2.7.1919, S.2999.

[84] *La Patrie* vom 6.2.1920.

[85] Vgl. z.B. Franc in *La Croix* vom 4.2.1920.

[86] Vgl. *L'Eclair* und *La République Française* vom 5.7.1919, *Echo de Paris* vom 4.2.1920, sowie den *Journal des Débats* vom 4.7.1919. Andere Artikel von katholischer Seite in: DC I vom 20.3.1920. Auch der ERD-Vorsitzende Arago sagte am 16.11.1921 in der Kammer: „Il ne s'agit pas, en ce moment, de la loi de séparation des Églises et de l'Etat. Il s'agit de la reprise des relations diplomatiques avec le Vatican." Zitiert nach Bonnefous, Histoire politique, S.178.

dem Gebiete der Diplomatie dürfe es keine weltanschaulichen Debatten geben, sondern allein die Staatsräson; Politik und Religion müßten streng geschieden werden, innen- wie außenpolitisch[87]. So liege die Verhinderung eines deutschen Mitteleuropa durch die Schaffung eines polnischen Staates sowohl im Interesse des Vatikans wie Frankreichs[88]. Auch die Aufteilung Syriens und das englische Mandat in Palästina hätten zu einer Konvergenz französischer und vatikanischer Interessen im Nahen Osten geführt[89]. Die ERD-Abgeordneten Lenail und de Castelnau unternahmen es sogar, die Vatikanbotschaft allein unter dem Gesichtspunkt der „intérêts généraux français" diskutieren zu wollen, d.h. als kolonialpolitische Debatte, die ein Ausufern in weltanschauliche Divergenzen verhindern sollte[90]. Neben den kolonialpolitischen Motiven spielte natürlich auch der Status Elsaß-Lothringens eine Rolle, der nur in Übereinstimmung mit dem Papst festgelegt werden sollte, um die neugewonnenen Provinzen nicht vor den Kopf zu stoßen[91]. Schließlich hätten selbst protestantische Länder wie Holland (1916), Großbritannien (1919) und das Deutsche Reich (1920) die Notwendigkeit eines ständigen Vertreters am Vatikan erkannt. Der außenpolitische Nutzen einer Vatikanbotschaft war also in den Augen der ERD immens und konnte der ihrer Überzeugung entsprechenden missionarischen Rolle Frankreichs in der Welt nur zugute kommen.

Wenn wir uns nun wieder den konkreten Ereignissen zuwenden, so läßt sich feststellen, daß sich die bilateralen Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und dem Vatikan länger hinzogen als erwartet. Zunächst wollte Millerand keinen päpstlichen Nuntius akzeptieren, dann versuchten die intransigenten französischen Bischöfe die Einigung zu torpedieren. Als sich schließlich am 28. Mai 1920 der Sondergesandte Doulcet und Kardinal Gasparri in Rom auf eine Vereinbarung einigen konnten[92], war bereits der Terminkalender der Kammer für die of-

---

[87] So Chassaigne-Goyon im Namen der ERD am 16.11.1920, JO Débats, Chambre, S.3297. Ähnlich hatte auch schon der Berichterstatter Noblemaire (AD) im Parlament argumentiert: „Nous sommes ici sur le terrain diplomatique et ne permettons à personne de droite ni de gauche, de s'égarer, ni de nous entraîner dans les maquis de la politique ou vers les guèpiers du confessionnalisme", ibidem, S.3226. Ähnlich auch der *Journal des Débats* vom 13.3.1920.

[88] Vgl. den Artikel von Maurice Spronck im *Bulletin de la FR* vom Juli/August 1920, und Alfred Baudrillart, Catholicisme, France et Pologne, in: *Revue pratique d'apologétique* vom 15.9.1914.

[89] Ausführlich hierzu Georges Goyau, La Présence de la France au Vatican, in: RDDM vom 15.9.1924, S.253–280, und Spronck in *Bulletin de la FR* vom April und Juni 1921.

[90] So die Notiz Baudrillarts vom 25.6.1920, Carnets, S.511.

[91] So die ERD-Abgeordneten Oberkirch und de Maud'huy am 30.11.1920 in der Kammer. Ungewöhnlich klar mit Hinweis auf die Sensibilität der Bevölkerung sagte Oberkirch am 22.1.1925 in der Kammer: „L'esprit de nos populations est essentiellement concordataire. Elles ont toujours pensé que le meilleur moyen de sauvegarder la paix religieuse c'est d'assurer la collaboration respectueuse et confiante de deux pouvoirs, du pouvoir spirituel et du pouvoir temporel." Zitiert nach *La Nation* vom 25.1.1925.

[92] Wesentliche Punkte der Einigung waren: Anerkennung der Bilateralität der Beziehungen (frz. Zugeständnis), französisches Protektorat über die katholischen Missionen im Nahen Osten und in China, Vatikan toleriert Laizität (vatikanisches Zugeständnis), man verpflichtet sich zu Staatsbesuchen; vgl. Dansette, Histoire religieuse, S.502, und Charles-Roux, Souvenirs Diplomatiques, S.98–105. Zu den Verhandlungen von Denys Cochin und des Abbé Trochu mit dem Papst kurz zuvor vgl. Soutou, La condamnation de l'AF, S.450f., und zur vermittelnden Rolle des Abbé Lemire vgl. Mayeur, Abbé Lemire, S.558ff.

fizielle Sitzungsperiode des Jahres 1920 so ausgebucht, daß kein Raum mehr für eine Debattierung der notwendigen Kredite vorhanden war. Zudem hatte die Finanzkommission eine sofortige Diskussion der Kredite abgelehnt[93]. Die Einrichtung der Botschaft drohte auf das Jahr 1921 verschoben zu werden, falls die ERD als stärkste Fraktion der Regierungsmehrheit nicht eingriff. Nachdem ihr Vorsitzender Arago mehrmals die Notwendigkeit betont hatte, eine Botschaft und keine Mission am Vatikan einzurichten, ließ die ERD als ganzes am 7. Juli 1920 eine Erklärung verfassen, in der sie eine Debatte über die notwendigen Kredite für die Vatikanvertretung noch vor der Sommerpause forderte[94]. Daraufhin nahm sich die Kommission für Auswärtige Angelegenheiten, in der die ERD und die ARS die Mehrheit stellten, der Frage an und befürwortete sie mit 25:6 Stimmen. Dank dieser Intervention der ERD konnten im November 1920 die Kredite diskutiert und schließlich von der Kammer beschlossen werden[95]. Da dies eine der wenigen Gruppenerklärungen war, die die ERD überhaupt verfaßt hat, beweist sie, wie sehr die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan eine der Kernforderungen der liberal-konservativen Sammlung geworden war, und wie sehr ihr daran gelegen sein mußte, diese schnellstmöglich umzusetzen[96].

Das positive Votum der Kammer wurde vom Senat nicht bestätigt, vielmehr zeigte sich das Oberhaus einmal mehr als Bastion der Beharrung und der antiklerikalen Tradition. Viermal wurde die Ratifizierung durch den Senat bis zum Herbst 1921 vertagt, so daß Ministerpräsident Briand im Mai 1921, dem mit dem Papst vereinbarten Datum, einen Sondergesandten nach Rom delegieren mußte, da die legislative Basis für die Botschaft immer noch nicht geschaffen war. Zudem hatte die Kammersitzung im November 1920 erneut eine weltanschauliche Debatte provoziert, die sich zwischen dem Sozialisten Varenne und den Monarchisten Daudet und Baudry d'Asson abspielte und beinahe das Votum noch gekippt hätte[97]. Erst im Dezember 1921 votierte der Senat mit 169 zu 123 Stimmen auf Drängen Briands und de Monzies für die Kredite und ebnete damit die Bahn für

---

[93] In der Finanzkommission hatten am 18.6.1920 nur die ERD-Vertreter für die Diskussion gestimmt, während andere *Bloc-National*-Abgeordnete mit den Radikalen dagegen waren.

[94] Ein Eintrag von Kardinal Baudrillart zeigt, daß es der katholische Flügel um de Castelnau war, der Arago zu dieser Erklärung überredet hat, vgl. Eintrag vom 21.7.1920, Carnets, S. 529.

[95] Vgl. die ganze Debatte in: DC 5 (1921), S. 636ff.

[96] Dies zeigte sich noch einmal, als die Vatikanbotschaft von der Kartellregierung 1924 wieder aufgelöst werden sollte. URD/FR traten als stärkster Gegner dieser Aktion auf und stellten in der Debatte am 20. und 21.1.1925 als Redner de Tinguy, Engerand und Oberkirch, die die gleiche Argumentation wieder aufgriffen: Hinweis auf außenpolitische Notwendigkeit und ein Entgegenkommen an Elsaß-Lothringen; Nichtverletzung des Prinzips der Laizität (durch Hinweis auf protestantische Staaten, die ebenfalls eine Botschaft am Vatikan unterhielten), Möglichkeit des französischen Missionarismus nur mit päpstlicher Unterstützung; abgedruckt in: DC 13 (1925), S. 362-383.

[97] Daudet und Baudry formulierten explizit ihren Willen, mit Hilfe der Religion die Republik zerstören zu wollen, was natürlich Wasser auf die Mühlen der antiklerikalen Radikalen war. Bonnefous hielt es sogar für eine konzertierte Debatte der extremen Rechten und Linken, die durch ihre Hetze gemeinsam das Projekt scheitern lassen wollten. Die Debatte, in die kein einziger Deputierter der ERD, der ARS oder der *républicains de gauche* eingriff, findet sich in: JO, Débats, Chambre, 25.11.1920, S. 3301ff.

eine reguläre Botschaft am Vatikan[98]. Erst jetzt war das wichtige Anliegen der ERD umgesetzt worden. Die zögerliche Haltung des Senats erklärt sich aber nicht nur durch eine gewisse antiklerikale Tendenz des seit 1914 nicht mehr erneuerten Gremiums, sondern resultierte auch aus einer öffentlichen Diskussion, die ab Mitte 1920 gleichzeitig geführt wurde: Es handelt sich dabei um die Frage nach der Neuordnung des Kirchenstatuts in Frankreich, die mit der Botschaftsfrage gekoppelt schien, jedoch zu diesem frühen Zeitpunkt noch fern von einer Lösung war.

Die ERD und die Frage nach dem Kirchenstatut

Die Klärung des französischen Kirchenstatuts war 1919 von denjenigen Katholiken in die Diskussion gebracht worden, die, wie Abbé Lemire oder Bischof Chapon von Nizza, schon vor dem Krieg auf eine Annäherung von Republik und katholischer Kirche hingearbeitet hatten. Da die Problematik zwei verschiedene Dimensionen aufwies, eine rechtliche und eine materielle, verliefen die Verhandlungen nur schleppend und waren immer wieder von Rückschlägen begleitet. Das juristische Problem betraf die Harmonisierung von staatlichem und kanonischem Recht, da das Kirchentrennungsgesetz die der katholischen Kirche inhärente hierarchische Struktur nur in der Ausübung des Kults, nicht aber bei der Verwaltung von Eigentum und Vermögen anerkannt hatte[99]. Diese Aushebelung der traditionellen Machtstellung des Bischofs hatte zur Ablehnung der Kultusvereine durch Pius X. geführt. Die materielle Konsequenz des päpstlichen Neins war die gleichsam totale Enteignung der katholischen Kirche gewesen, die ohne legale Basis nicht als juristische Person auftreten konnte und Besitz und Vermögen verlor. Ergänzungsgesetze von 1906 und 1907 hatten zwar den Rückkauf der kirchlichen Güter durch die Katholiken ermöglicht, jedoch nur durch juristische Personen, d.h. entweder durch Privatleute oder eingetragene Vereine, nicht aber durch die Kirche selbst.

Da Papst Benedikt XV. aus materiellen und außenpolitischen Gründen an einem Ende des rechtlosen Zustandes der katholischen Kirche in Frankreich interessiert war, erlaubte er 1919 dem liberalen Bischof Chapon, einem Zögling des letzten großen liberalkatholischen Bischofs Dupanloup, den Versuch einer *association cultuelle* auf der Basis des Separationsgesetzes von 1905, unter größtmöglicher Wahrung bischöflicher Vorrechte. Gleichzeitig lancierte ein enger Vertrauter Bischof Chapons und Benedikts XV., der Jurist Abbé Renaud, einen Artikel in der *Revue des Deux Mondes*, der zu zeigen versüchte, daß bei richtiger Auslegung des Separationsgesetzes dieses keineswegs dem kanonischen Recht der Kirche und den bischöflichen Prärogativen widerspreche[100]. Diese ersten Versuche einer

---

[98] Auch hier betonte der *Progressist* Touron, daß die Vatikanbotschaft „en dehors de toute question confessionnelle" im Interesse Frankreichs liege.

[99] Artikel VII des Kirchentrennungsgesetzes sah vor, daß die von Laien dominierte *association cultuelle* das Vermögen verwaltete, nicht der Bischof. In ihm spiegelte sich der demokratisch-aufklärerische Impetus der Radikalen, die ihre Ideen auch im Kult verwirklicht sehen wollten. Kritik daran noch im *Bulletin de l'ALP* vom 1.7.1920.

[100] Der Artikel wurde anonym publiziert als ***, Les Associations Cultuelles, in: RDDM vom 1.10.1920, S.551-576. Er stieß auf weite Beachtung, Poincaré nannte ihn *retentis-*

schnellen Lösung der Kirchenstatutfrage von seiten der liberalen Katholiken noch im Jahr 1919 trugen jedoch keine Früchte, da die Mehrzahl der französischen Bischöfe, von denen die meisten unter Pius X. ernannt worden waren, weiterhin eine Akzeptanz der Separationsgesetze und der damit verbundenen Kultusvereine ablehnte[101]. Weil die katholische Öffentlichkeit aber weiter auf eine Lösung der Frage drängte, mußte dieses Thema unter diesen Umständen kontraproduktiv auf den Kompromiß der liberalen Laizität wirken: Solange nicht geklärt war, ob sich die katholische Kirche gemäß den eigenen, kanonischen Prinzipien, oder gemäß republikanischen Vorschriften konstituieren konnte, mußte die Debatte darüber jedes Mal zu einem Stolperstein der liberal-konservativen Sammlung werden, für die die friedliche Koexistenz von Katholizismus und Republik auf gesellschaftlicher Ebene eine Grundvoraussetzung war.

Wenn man nun nach der Rolle der ERD in den Verhandlungen um das Kirchenstatut fragt, so zeigt sich, daß ihr an einer größtmöglichen Reduzierung der Debatte gelegen war. Vor allem auf der *progressistischen* Seite finden sich keinerlei öffentliche Äußerungen dazu, das Schweigen in dieser Frage scheint geradezu Programm gewesen zu sein. Offensichtlich hatte das Kirchenstatut aber eine entscheidende Rolle bei der Konstituierung der ERD nach den Wahlen 1919 gespielt, denn der rechte Flügel der ALP um Grousseau und de Gailhard-Bancel hatte sich, wenn man einer Notiz Kardinal Baudrillarts glauben darf, gegen den Eintritt in die ERD entschieden, eben weil dort die Forderung nach einem Kirchenstatut nicht programmatisch festgelegt wurde[102]. Vermutlich bestand gerade der *progressistische* Flügel auf deren Verzicht, da man um die Intransigenz des Episkopats wußte und von dort Forderungen nach einer Revision der Laizität erwartete, was der soeben gefundenen liberalen Laizitätsformel den Todesstoß versetzt hätte.

Wie Progressisten über die Eingliederung der katholischen Kirche in die Republik dachten, zeigt ferner das Beispiel François de Wendels. Der lothringische Stahlindustrielle bereitete während des Ersten Weltkriegs im sogenannten *groupe lorrain* einen möglichst friedlichen Übergang des elsaß-lothringischen Kirchenstatuts, das im wesentlichen noch auf dem napoleonischen Konkordat von 1801 beruhte, in das französische Rechtssystem vor. Sein Anliegen war es dabei, im Unterschied zu seinen klerikalen Kollegen aus Paris und Metz, die existierenden Kirchenfabriken in *associations cultuelles* nach dem Gesetz von 1905 umzuwandeln, um eine Revisionsdebatte im Parlament und damit die *„querelles stériles"* zu vermeiden[103]. Auch

---

sant, Herriot zitierte ihn im Parlament, Kardinal Baudrillart fand ihn bemerkenswert und selbst der deutsche Botschafter Mayer widmete ihm eine fünfseitige Abhandlung in PA/AA, R 72140 (dort auch die Zitate). Später publizierte Chapon seinen Standpunkt in dem Buch L'Eglise de France et la loi de 1905, Réponse aux objections, Jurisprudence relative aux cultuelles (1922).

101 Eine Erörterung der offiziellen Äußerungen der intransigenten Bischöfe findet sich bei Paul, Second Ralliement, Kap. IV. Der deutsche Botschafter Mayer schrieb aus Paris am 1.7.1920: „Der französische Klerus war also in diesem Falle (Kirchenstatut) im wahrsten Sinne päpstlicher als der Papst", in: PA/AA, R 72140.

102 Eintrag vom 14.12.1919, in: Baudrillart, Carnets, S. 340.

103 Ein überaus interessantes Dossier findet sich hierzu in: AN 190, AQ 15. Das Zitat entstammt einer Rede de Wendels vor der Gruppe im Jahre 1915, die Kritik an seinem Projekt kam vom Chanoine Collin aus Metz (Brief vom 10.9.1915) und dem Vikar des Erz-

de Wendel wußte gut, daß eine Diskussion über das Kirchenstatut eine emotionale Debatte um das Prinzip der Laizität mit sich gebracht hätte, in der viele gemäßigte Republikaner vermutlich mit den Radikalen gestimmt hätten. Deshalb schlug er vor, daß lediglich ein Regierungsdekret den Fortbestand des Sonderstatus Elsaß-Lothringens garantieren sollte, und zwar in bezug auf die Bezahlung der Priester, den Unterhalt der Gebäude und die bischöflichen Prärogativen. Gleichzeitig sollten die Präfekturen zu einem möglichst liberalen Umgang mit der katholischen Kirche verpflichtet werden. Damit reihte sich de Wendel genau in jene Logik der liberalen Laizitätsformel ein, die an der legislativen Grundlage der *lois laïques* nichts änderte, jedoch durch Verwaltungsmaßnahmen einen *modus vivendi* finden wollte, der auch für die Katholiken akzeptabel war.

Dies blieb die Haltung der *Progressisten* und im folgenden auch der ERD während der gesamten Zeit der Verhandlungen um das Kirchenstatut bis 1924. Insofern war es auch konsequent, daß der zitierte Artikel Abbé Renauds – als theoretischer Versuchsballon zur Umsetzung des Separationsgesetzes und der Kultusvereine von 1905 – gerade in der großen *Revue* veröffentlicht wurde, die wie keine zweite sowohl personell wie inhaltlich jene liberal-konservative Sammlung in der Presse repräsentierte, nämlich die *Revue des Deux Mondes*. Je deutlicher sich aber die Haltung der französischen Bischöfe offenbarte, die Kultusvereine und die Laizität nicht anzuerkennen, um so vehementer plädierten die ERD-Abgeordneten für eine Verschiebung der Frage, damit die gleichzeitig geführte Debatte um die Vatikanbotschaft nicht gefährdet würde[104]. Wo Katholiken wie Grousseau oder die Kardinäle Andrieu oder Maurin einen intrinsischen Zusammenhang erblickten, nämlich zwischen Botschaft und Kirchenstatut, beharrte die ERD auf einer strikten Trennung der beiden Fragen. Die eine war eine Frage der Außenpolitik, d. h. der Staatsräson, während die andere allein die französische Kirchen- und Vereinsgesetzgebung tangierte, also primär eine innenpolitische Frage war. Dadurch, daß die Katholiken in der ERD diese Logik anerkannten und ihrerseits auf Forderungen nach einem Kirchenstatut verzichteten, bewiesen sie, daß sie die Trennung von *Temporalia* und *Spiritualia* akzeptiert und der dogmatischen *défense-religieuse*-Strategie abgeschworen hatten.

Dank der ausführlichen Aufzeichnungen Kardinal Baudrillarts sind wir relativ gut darüber informiert, wie sich die Verhandlungen über das Kirchenstatut im weiteren Verlauf bis zu ihrem Durchbruch Ende des Jahres 1923 abgespielt haben. Ihren ausführlichen Verlauf darzustellen, kann hier nicht der Ort sein, jedoch seien kurz die entscheidenden Etappen erwähnt. In Anknüpfung an seinen Artikel in der RDDM begann Abbé Renaud, einen konkreten Entwurf sogenannter *associations diocésaines* auszuarbeiten, die einerseits auf der Basis des Gesetzes von 1905 operieren, andererseits aber ausdrücklich die Bewahrung des kanonischen Rechts

---

bistums Paris (vom 27. 9. 1915). Ganz ähnlich argumentierte Louis Marin 1929: „Quelle que soit en effet la pensée qu'on ait eue sur les Concordats, celui du XIX[e] siècle avait assuré une paix relative et il avait fallu les trente années qui avaient précédé la guerre pour voir une lutte religieuse violente réapparaître." Maschinenschriftliche Notiz, in: AN 317, AP 244.

[104] Beispielhaft *Journal des Débats* vom 30. 5. 1921 und *La République Française* vom 18. 5. 1921, dagegen die intransigente *La Croix* vom 31. 5. 1921

in ihrer Satzung feststellen sollten[105]. Trotz der ständigen Torpedierung dieses Projekts durch den intransigenten französischen Episkopat gelang es nach der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan auf bilateraler Ebene[106], d.h. unter Ausschluß des französischen Episkopats, eine Einigung zu erzielen. Die von Renaud erarbeiteten Diözesanvereine wurden dabei in Rom besonders von Kardinal Baudrillart angepriesen – auf Drängen des ERD-Abgeordneten und Handelsministers Lucien Dior im übrigen[107] – der sich damit als Motor und geistiger Vater des sogenannten zweiten *Ralliements* der Katholiken an die Republik erwies[108]. Es verwundert kaum, daß er, der den reibungslosen Eintritt der katholischen Kirche in die Republik ermöglichte, daher zum maßgeblichen Ansprechpartner für ERD-Abgeordnete in kirchlichen Fragen wurde und sogar über die ERD-Abgeordneten César Chabrun, Louis Duval-Arnould und Lucien Dior enge Verbindung in deren parlamentarisches Milieu hielt[109]. Baudrillart war mithin der Garant der ERD, daß die Verhandlungen über das Kirchenstatut nicht im Parlament, sondern zwischen Papst und französischer Regierung auf direktem Wege geklärt wurden.

Das Projekt der Diözesanvereine nahm seinen Weg über allerlei Hürden in Detailfragen[110], die sich bis 1923 stellten, und wurde schließlich im Dezember 1923 vom französischen *Conseil d'Etat* als rechtmäßig anerkannt. Erst danach äußerten sich Katholiken der ERD wie der katholische Großindustrielle Plichon (Nord) ebenfalls positiv dazu. Kurze Zeit später promulgierte auch Pius XI. die Enzyklika *Maximam gravissimamque*, in der er die Diözesanvereine akzeptierte, ohne sich jedoch über die Frage der Laizität zu äußern[111]. Forderungen des intransigenten Episkopats nach einer Parlamentssitzung zu diesem Thema wurden von Kardinal Baudrillart abgewehrt und somit das Abdriften in weltanschauliche Debat-

---

105 Für Details vgl. Campenhausen, Staat und Kirche, S. 81.

106 Als wesentlich sollten sich die jeweils von Kardinal Baudrillart initiierten Begegnungen von Briand und Poincaré mit dem Nuntius Ceretti erweisen. Vgl. Baudrillart, Carnets, S. 10, Eintragungen zum Januar 1922. Sehr ausführlich und präzise ist auch die Akte R 70927 des Archivs des Auswärtigen Amts über die Beziehungen Frankreichs zum Heiligen Stuhl. Vor allem der deutsche Gesandte am Heiligen Stuhl, von Berger, war über die internen Verhandlungen gut informiert. Vgl. die Berichte vom 29.11.1922, 13.3., 21.4., 7.5.1923.

107 Vgl. den Eintrag vom Februar 1923, in: Carnets, S. 450.

108 Vgl. Eintragungen vom 11.5., 13.5. und 15.5.1920 (S. 474–480), wo Baudrillart heftig in Rom vor Gasparri die Intransigenz der Bischöfe kritisierte. Vgl. weitere Eintragungen vom 10.2., 15.11., 20.12.1920. Baudrillart selbst galt dabei vielen Bischöfen als „gallican" und „gouvernemental". Vgl. sein Eintrag vom 11.5.1920, S. 474.

109 César Chabrun war wie Baudrillart Professor am *Institut catholique*, wo auch Duval-Arnould bisweilen Vorlesungen hielt. Dior, der spätere Handelsminister, gehörte wie auch Charles Benoist zu den regelmäßigen Gesprächspartnern von Baudrillart. Dagegen kritisierte Baudrillart die obstinate Haltung der „cléricaux de province" wie Grousseau und Guiraud heftig, Eintrag vom 19.12.1922, Carnets, S. 410.

110 Es ging hierbei vor allem und die Restituierung der Kirchengüter, die anderweitig veräußert worden waren, sowie um Fragen der Nachfolgeregelung der Pfarrer. Vgl. die Eintragungen Baudrillarts in den Carnets vom 22.1., 14.3., 26.4.1922.

111 In der Enzyklika heißt es: „Cum ad legale quoddam fundamentum Ecclesiae Gallicae restituendum, tum ad pleniorem, ut sperare licet, nationis vestrae Nobis carissimae pacificationem, edicimus et declaramus, Consociationes Dioecesanas, quae adjectis statutis regantur, saltem ad experimentum permitti posse."

ten verhindert[112]. Der bis heute gültige Status der katholischen Kirche in Frankreich war somit Ausdruck einer Verständigung zwischen französischer Regierung und Papst, die eine laizistische Gesetzgebung mit Hilfe einer liberalen Auslegung mit dem kanonischen Recht verband. Die Diözesanvereine erlangten als juristische Personen unter dem Vorsitz des Bischofs die Möglichkeit, Eigentum zu erwerben, zu besitzen und zu vermehren und konnten so sukzessive den Kirchenbesitz wieder zurückgewinnen.

Diese Einigung zwischen der katholischen Kirche und der republikanischen Gesetzgebung auf juristisch-sozialer Ebene kann in ihrer *politischen* Wirkung für die liberal-konservative Sammlung kaum überschätzt werden[113]. Sie nahm dem intransigenten Klerus, der immer wieder bemüht war, die Laizität in Frage zu stellen, den Wind aus den Segeln und schuf damit jene gesellschaftliche Hintergrundatmosphäre, vor der die liberal-konservative Sammlung gedeihen konnte[114]. Nicht nur die katholische Religion, sondern auch ihre institutionelle Trägerin, die römisch-katholische Kirche, waren mit der laizistischen Republik übereingekommen und rechtlich verbunden. War die ERD im Falle der Einrichtung der Vatikanbotschaft der Motor und die treibende Kraft in Parlament und Öffentlichkeit gewesen, so hatte sie sich in der Frage des Kirchenstatuts schweigend enthalten, um die vermeintlich juristische Debatte nicht auf die politische Bühne zu tragen. Denn in gleichem Maße, wie die Forderung nach der Vatikanbotschaft einen Konsens bei *Progressisten* und Katholiken hergestellt hatte, drohte die Forderung nach dem Kirchenstatut die innere Einheit zu sprengen. Solange mit dem Kirchenstatut, wie vom französischen Episkopat gefordert, eine Revision der Kirchentrennungsgesetze verbunden war, solange waren die Verhandlungen über dieses Statut eine potentielle Gefahr für die Kompromißformel der liberalen Laizität. Erst die erfolgreiche Einrichtung der Vatikanbotschaft und des Kirchenstatuts ohne eine Revision der Laizität an sich ebneten der liberal-konservativen Sammlung den Weg, ein eigenes, positives *programme religieux* zu entwickeln.

3. Die Rückkehr der Kongregationen

Wir hatten im zweiten Kapitel dieser Arbeit gesehen, wie zu Beginn des Krieges 1914 Angehörige der vertriebenen Orden und Kongregationen nach Frankreich zurückkehrten und sich freiwillig zu den Fahnen meldeten, sei es im Sanitätsdienst

---

[112] Einträge vom 19.12. und 26.12.1922, Carnets, S.410 und 414. Liberale Katholiken wie Edouard Trogan unterstützten die Einigung mit dem Papst maßgeblich, vgl. *Le Correspondant* vom 2.2.1924.

[113] Es ist auch bezeichnend, daß die vier von Baudrillart aufgezählten Befürworter der Diözesanvereine allesamt die liberal-konservative Sammlung aus *modérés* und Katholiken unterstützten. Es handelte sich um die Bischöfe Gibier (Versailles), Chapon (Nizza), Julien (Arras) und Amette (Paris), Eintrag vom 22.6.1920, Baudrillart, Carnets, S.506. Außerdem hatte neben Baudrillart in *La Croix* der ERD-Abgeordnete Plichon im *Echo de Paris* eine Werbekampagne für die Diözesanvereine Ende 1923 gestartet.

[114] So hatte z.B. Bischof Rivière aus Aix-en-Provence, ein typischer Vertreter des royalistischen Midi, die Diözesanvereine als zu demokratisch abgelehnt. (Eintrag Baudrillarts vom 10.2.1921, Carnets, S.708) Auch er mußte der päpstlichen Weisung jedoch folgen.

oder als Feldgeistliche. Ein Dekret Innenminister Malvys vom 2. August 1914 hatte alle Bestimmungen der Gesetze von 1901 und 1904 aufgehoben und den Ordensleuten die straffreie Rückkehr und Niederlassung in Frankreich gestattet[115]. Die Kongregationen waren zu Beginn des Jahrhunderts Zielscheibe der laizistischen Politik geworden, weil gleichsam das ganze private Unterrichtswesen in ihrer Hand war. Eine nicht unerhebliche Zahl junger Franzosen, in manchen Gebieten über 50% eines Jahrgangs, meist aus wohlhabenden katholischen Familien, kamen so in den Genuß einer reaktionär-katholischen Erziehung, die dem aufklärerisch-demokratischen Anspruch der Republik entgegenstand. Während die laizistische Staatsschule sozusagen das Streitroß der republikanischen, oder wenn man so will, linken Kultur wurde, entwickelten sich die Kongregationsschulen zur Bastion der rechten Kultur und ihrer Leitwerte. Die Autorisierungspflicht von 1901 und das Unterrichtsverbot 1904 trafen die Kongregationen ins Mark und stellten neben der Kirchentrennung den Höhepunkt des französischen Kulturkampfes dar[116].

Am Ende des Ersten Weltkriegs waren über 1500 Ordensleute für Frankreich, d.h. für die *République Française* gefallen, viele Tausende mehr waren verwundet worden; 2500 hatten die *Croix de guerre* erhalten, 220 sogar die *Croix de la Légion d'honneur*[117]. Sollte die Republik nun, da sie ihren Dienst in Anspruch genommen hatte, die Kongregationen wieder auflösen, wie es der Wortlaut der Gesetze von 1901 und 1904 verlangt hätte? Oder sollten diese Gesetze, die in der Hitze der Dreyfus-Affäre entstanden waren, revidiert werden? Bei den Verhandlungen zur Bildung des *Bloc National* ist von allen beteiligten Parteien eine liberale Laizität als *modus vivendi post bellum* akzeptiert worden, der in diesem speziellen Fall vorsah, die Kongregationen *de facto* zu tolerieren, ohne sie auf parlamentarischem Wege zu autorisieren bzw. die Autorisierungspflicht aufzuheben. Juristen haben diese schizophrene Haltung als „gewohnheitsrechtliche Änderung der Rechtslage" bezeichnet[118]. So konnte sich auf der Basis des Dekretes von Malvy 1914 eine gewohnheitsrechtliche Praxis etablieren, die der Rechtslage widersprach, weil man eine parlamentarische Diskussion um eine Revision scheute.

---

[115] Für das Folgende vgl. Paul, Second Ralliement, S. 87ff., und von Campenhausen, Staat und Kirche, S. 90ff. Eine juristische Analyse mit ausführlichen Zitaten bringt Audibert, Laïcité et liberté d'association.

[116] Symptomatisch hierfür die Aussage des liberalen Katholiken Denys Cochin gegenüber seinem Sohn 1902: „La vérité est qu'un part poursuit avec rage la destruction du catholicisme en France. La guerre de religion sévit encore avec une fureur que moi, qui, en devenant vieux, après avoir lu et vu bien de choses [...] je ne comprends pas." Um dagegen vorzugehen, suchte Cochin vor allem die Unterstützung der *Progressisten* Leroy-Beaulieu, Berger und Brunetière. Der Briefwechsel Cochins ist abgedruckt in: RDDM vom 1.10.1924, S. 660-673. Allgemein vgl. Laufrey, Sécularisation, séparation et guerre scolaire.

[117] Das Gesetz vom 18.8.1920 zur Aufnahme der Kriegshelden in die Ehrenlegion schloß sogar zum ersten Mal ausdrücklich auch Priester und Mönche ein.

[118] Campenhausen, Staat und Kirche, S. 94.

Zwischen Toleranz und Legalisierung: Barrès und die Rückkehr der Missionskongregationen

Die juristisch ungeklärte Lage barg für den Konsens innerhalb der liberal-konservativen Sammlung ein erhebliches Gefahrenpotential, sowie es auch schon das ungeklärte Kirchenstatut getan hatte. Einerseits drängten die Ordensleute, der Papst und viele katholische Abgeordnete[119] darauf, den toleranten *modus vivendi* juristisch festzuschreiben, also eine Revision der Gesetze von 1901 und 1904 vorzunehmen. Andererseits basierte die liberale Laizitätsformel ja gerade darauf, *keine* legislativen Änderungen vorzunehmen, um religiöse Debatten im Parlament zu verhindern. Beim geringsten Anlaß drohte eine öffentliche Auseinandersetzung um den Status der Kongregationen, der unweigerlich den kulturellen Graben zwischen *Gauche* und *Droite* wieder aufgerissen und die ERD ins Mark getroffen hätte[120]. Die liberal-konservative Sammlung war daher gezwungen, einen Vorschlag auszuarbeiten, der, wenn er auch nicht die ganze Problematik auf einmal lösen, so doch einen ersten Schritt dazu darstellen konnte. Zu diesem Zwecke verfaßte Maurice Barrès fünf parlamentarische *rapports* über die legislative Autorisierung von fünf missionarischen Kongregationen[121], die allesamt wieder in Frankreich ihre Heimstätte finden sollten.

Diese Repatriierung der missionarischen Kongregationen wurde zwar auch vom rechten Flügel der *républicains de gauche* um Poincaré und Jonnart unterstützt[122], stellte aber im Grunde ein Produkt des Konsenses in der liberal-konservativen Sammlung dar. Hintergrund dieses Konsenses war die Tatsache, daß Frankreich noch 1875 75% aller katholischen Missionare gestellt hatte, auf Grund der Vertreibung der Kongregationen aber deren Anteil ständig fiel. Vor allem im Nahen Osten, wo 1900 fast 80% aller Kongregationsschulen französischen Ursprungs waren, nahm ihre Zahl wegen Nachwuchsmangels rapide ab[123].

---

[119] Für den ALP-Abgeordneten Joseph Denais vgl. seine Briefe, oben Kapitel VI.2., für den Papst vgl. die Briefe Gasparris an Deschanel im März 1920, zitiert bei Paul, Second Ralliement, S. 88, darüber hinaus auch Jean Guiraud in *La Croix* vom 24.10.1919 und Kardinal Baudrillart im *Echo de Paris* vom 1.7.1920.

[120] Als *pars pro toto* möge hier der Brief des ACJF-Vorsitzenden Coppin an Jean Guiraud vom 30.10.1921 stehen, der die ganze Unruhe des katholischen Lagers in dieser Frage widerspiegelt. Coppin kritisierte die Haltung des *républicain de gauche* Jonnart, und den mit ihm verbundenen ERD-Abgeordneten Lefebvre du Prey („toute la souplesse et la dialectique interéssée d'un Lefebvre du Prey, politicien et arriviste"): „Voilà bien les PP Jésuites et les autres, étrangement payés de leurs deuils, de leurs sacrifices, de leur héroïsme et de leurs vertus au cours de la guerre, par ce Gouvernement soi-disant National, soutenu par les élus du 16 novembre, où figurent, parmi ses champions, les personnalités les plus en vue de l'Institut Catholique, les Boissard, les Chabrun et les Duval-Arnould", in: AN 362, AP 148, ausführlich abgedruckt als Dokument 10 im Anhang.

[121] Es handelte sich hierbei um die *Frères des Écoles chrétiennes*, die *Missionnaires d'Afrique* (*Pères blancs*), die *société des missions africaines de Lyon*, die *société des missionnaires du Levant* und die *Franciscains français pour les missions à l'étranger*.

[122] Vgl. das Gespräch von Kardinal Baudrillart mit Poincaré, Eintrag vom 22.3.1922, Carnets, S. 113.

[123] Der Hauptträger dieser Missionsschulen waren die *Frères des écoles Chrétiennes*, die 1921 noch 819 Auslandsschulen unterhielten, davon die wichtigsten in Smyrna, Kon-

Der Rückgang der die französische Sprache und Kultur verbreitenden Missionare war nicht mehr nur ein Problem der katholischen Kirche, sondern auch eines der französischen Sendung. *Progressisten* wie Katholiken konnten im Interesse dieser Sendung ein weiteres Ausbluten der französischen Missionen nicht zulassen, da es ihrer imperialistischen Weltsicht und ihrer Zivilisationsidee widersprochen hätte: „La civilisation française [...] est tellement supérieure à toutes les autres que la raison en fait l'idéal présent de l'humanité."[124] Aus diesem Grund beantragte Maurice Barrès, die fünf genannten, rein missionarischen Kongregationen durch Parlamentsbeschluß zu autorisieren, Sitz und Vermögen wieder nach Frankreich zu verlagern. Die gesamte ERD unterstützte diesen Vorschlag, da in dieser Frage imperialistische und katholische Interessen ideal konvergieren konnten und ein Anfang gemacht war, die Tolerierung der Kongregationen in das französische Recht umzusetzen.

Um keine grundsätzliche Debatte um Sinn und Nutzen der Kongregationsgesetzgebung anzustoßen, argumentierte Barrès vorsichtig entlang der Ideen des „neuen" Nationalismus. Nicht katholische Interessen würden durch die Repatriierung der Missionskongregationen in erster Linie vertreten, sondern genuin französische. Nur so könne beispielsweise der Einflußverlust in Palästina wettgemacht werden, das Großbritannien als Völkerbundsmandat erhalten hatte, dessen heilige christliche Stätten aber seit dem 16. Jahrhundert unter dem Protektorat Frankreichs gestanden hatten[125]. In diesem Sinne hatte Louis Marin auch schon während des Krieges, als sich seit der Besetzung der Levante durch englische Truppen eine Aufteilung des Gebietes abzeichnete, für Kongregationsschulen in Jerusalem bei der Regierung interveniert[126]. Kongregationsmissionen waren also für die liberal-konservative Sammlung ein Pfeiler der französischen Sendung, wobei man offen zugab, daß deren Arbeit höher zu bewerten sei als die der italienischen oder spanischen Missionare, die besonders nach 1919 in die Missionsschulen drängten[127]. Der für

---

stantinopel, Alexandria, Kairo, Bethlehem und Jerusalem. Vgl. Georges Goyau, Les Frères des Ecoles chrétiennes, Pionniers de la plus grande France, in: RDDM vom 15.5.1923, S. 342-360.

[124] So Louis Marin 1925 in dem oben zitierten Vortrag *l'Eternel Communisme et sa Menace*, S. 18. In katholischen Kreisen kursierten zudem Gerüchte, daß Staatspräsident Millerand auf der Konferenz von San Remo insgeheim das französische Protektorat nicht beansprucht, sondern den Italienern überlassen habe, vgl. Brief Goyaus an Millerand vom 18.9.1924. Im Antwortbrief, ausführlich zitiert als Dokument 12 im Anhang, behauptet Millerands, daß dies ein „astucieuse manœuvre de la diplomatie italienne" gewesen sei, beide Briefe in: AN 470, AP 103.

[125] Veröffentlicht sind die fünf *rapports* in Maurice Barrès, Faut-il autoriser les congrégations?, Paris 1924. Die Interessenkonvergenz in dieser Frage zeigen die Artikel der *progressistischen République française* vom 24.3.1919, der katholischen *Libre Parole* vom 9.1.1919 und dem *Journal des Débats* vom 9. und 10.2.1919. Auf dem englischen Mandatsgebiet befanden sich die katholischen Missionsschulen von Jerusalem, Jaffa, Caiffa, Bethlehem und Nazareth.

[126] Vgl. das Dossier über die Missionen im Nahen Osten in: AN 317, AP 108, sowie ein Brief des Verwalters des collège St. Louis in Teheran vom 19.5.1923, in: AN 317, AP 107. Ähnlich argumentiert auch der *Journal des Débats* vom 18.3.1919.

[127] Der Botschafter Jonnart am Vatikan, ein Parteifreund Poincarés, warnte diesen davor, daß die italienischen Novizen Mussolinis schon bereitstünden, die freigewordenen fran-

ERD und FR typische zivilisationsmissionarische Imperialismus hatte also katholische und kolonialistische Interessen amalgamiert[128].

Obwohl Poincaré auf Drängen der ERD zustimmte, den *rapport* Barrès' aufzunehmen und den fünf Kongregationen die legale Rückkehr durch eine parlamentarische Autorisierung zu ermöglichen[129], verhinderte das politische Klima Ende 1923, kurz vor den Wahlen, eine parlamentarische Debatte. Poincaré fürchtete einen Zerfall seiner Mehrheit und stellte klar, daß er auf keinen Fall denjenigen Kongregationen die Rückkehr erlauben würde, die auch in Frankreich zu unterrichten gedachten; auch würde er unbedingt an den *lois laïques* festhalten, ohne die Absicht, sie allmählich zu revidieren. Weil Poincaré in dieser Hinsicht ein echter *républicain de gauche*, ein laizistischer Linksliberaler blieb, verlief der *rapport* Barrès', der von der liberal-konservativen Sammlung als erster Schritt auf dem Weg zur Legalisierung des *modus vivendi* von 1919 und in gewisser Hinsicht auch als Anästhetikum für katholische Belange geplant war, zunächst im Sand. Vor den Wahlen 1924 wurde er nicht mehr im Parlament debattiert.

Die Sensibilität des Themas zeigt sich auch darin, daß es weitere vier Jahre dauerte, bis Poincaré, erneut auf Drängen der URD, die fünf *rapports* von Barrès wieder beherzigte. Diesmal wollte er aber nicht öffentlich diskutieren, sondern versuchte, mit Hilfe der Artikel 70 und 71 des Haushaltsentwurfes eine Autorisierung der Missionskongregationen durch die Hintertür der Finanzdebatte einzuführen. Auch dieses Mal war er von Abgeordneten der URD/FR dazu gedrängt worden, endlich seinen Worten Taten folgen zu lassen. Nachdem die linken Gegner der beiden Artikel in der Finanzkommission überstimmt worden waren, drohten die Radikalen mit einem Bruch der Großen Koalition – die sozialistische *Humanité* titelte gar: „L'Union Nationale au pieds du Saint-Père" – und veranlaßten Poincaré zum Nachgeben[130]. Die Debatte hatte derweil auch für gesellschaftli-

---

zösischen Plätze einzunehmen, sollte kein Nachwuchs kommen, Brief vom 3.11.1922 im Nachlaß Poincaré, in: BN, NAF Papiers 16005. Poincaré selbst pries die Kampagne von Barrès nach dessen Tod auf dem 3. Diner der RDDM vom 15.5.1923: „Avec quel patriotique souci Barrès ne vérifie-t-il pas l'état de notre puissance spirituelle en Orient?" Ibidem, S. 142.

[128] Eine typische Argumentation, die die spirituellen Elemente und das Prinzip der Autorität der Kongregationen in den Vordergrund stellte, findet sich bei H. Toussaint, Pour un nouveau statut des congrégations, in: RDDM vom 1.7.1926, S. 209–225, hier S. 215: „À l'intérieur, devant le communisme qui monte, au dehors, devant les persistantes intrigues d'adversaires qui n'ont pas désarmé, la France [...] a besoin autant que jamais de ses forces spirituelles, de ces forces que Barrès aimait à exalter, plaçant au premier rang la force religieuse, celle de l'Eglise catholique." Ganz ähnlich auch der *Figaro* am 15.6.1921: „Ce sont tous ces Ordres religieux qui, malgré les difficultés toujours plus grandes de leur recrutement, maintiennent le prestige de la France et le rayonnement de la culture française."

[129] Geplant waren zunächst 13 Mutterhäuser mit 150 *maîtres*, 1800 Novizen und dem sozialen Sitz in Frankreich. Das Zögern Poincarés in dieser Frage wird in einem Brief Jonnarts an Poincaré vom 3.11.1922 bestätigt, in dem dieser ihm versichert: „Je crois que la masse des modérés ne se montrerait pas hostile à vos déclarations", in: BN, NAF 16005.

[130] Der Artikel 70 betraf vor allem die Diözesanverbände, die das Recht zum Vermögenserwerb erhalten sollten, der Artikel 71 hätte den Missionskongregationen die Möglichkeit eröffnet, aus der Liquidationsmasse von 1904 wieder Vermögen zu erwerben und Mutterhäuser in Frankreich zu gründen. Die 6 URD-Abgeordneten de Tinguy, Denais, de

chen Zündstoff gesorgt, weil ein Trupp der Camelots du Roi bei der Einweihung einer Büste für Combes in Pons, wo der Radikale Daladier gegen die Artikel 70 und 71 gesprochen hatte, die Zeremonie gestürmt und das Denkmal zerstört hatte, wobei einer von ihnen von der Polizei erschossen worden war. Poincaré zog die Artikel zurück, weil er seine finanzpolitische Rettung des *Franc* nicht durch weltanschauliche Debatten und Konflikte gefährden wollte. Innerhalb der liberal-konservativen Sammlung hingegen bestand größte Einheit, sowohl seitens der *Progressisten* wie der Katholiken, daß die Missionskongregationen in erster Linie „un but patriotique" verfolgten, weil ihnen „le souci de la culture française avant leurs préoccupations confessionnelles" komme[131]. Ihre Auffassung konnte sich jedoch während der Dritten Republik nicht durchsetzten, erst Marschall Pétain sollte derjenige sein, der den *de facto* existierenden Zustand 1940–1943 verrechtlichte[132].

Trotz all der politischen Diskussionen um die rechtlichen Fragen darf nicht vergessen werden, daß in der Praxis, wie erwähnt, die Kongregationen, und zwar nicht nur die missionarischen, wieder zurückkehrten. Sie begannen auch wieder in Frankreich zu unterrichten und Eigentum zu erwerben, was ihnen ohne legale Grundlage eigentlich verwehrt war[133]. Obwohl bis 1940 so gut wie keine Kongregation autorisiert wurde, erlebten ihre Häuser einen Altweibersommer, der bisweilen nicht nur die Antiklerikalen beunruhigte. So bat Poincaré bereits 1922 Kardinal Baudrillart, die Jesuiten mögen bei ihrer Rückkehr in die Bretagne weniger „Lärm" machen, und auch Pastor Soulier und Duval-Arnould hatten Baudrillart dazu gedrängt, er möge einer öffentlichen Ausschlachtung der positiven Umstände durch die Ordensleute vorbeugen[134]. Dennoch war diese Taktik des halblegalen Zustandes und des öffentlichen Verschweigens auf Dauer für die liberal-konservative Sammlung zu unbefriedigend, zumal als sich 1923 abzeichnete, daß Poincaré den *rapport* Barrès' nicht zur Abstimmung bringen wollte. Vereinzelte Versuche von ERD-Abgeordneten, die Kongreganisten in technischen Schulen unterrichten zu lassen und so ihre Legalisierung über die Hintertür zu betreiben, zeigten sich ebenfalls als fruchtlos[135]. Die liberal-konservative Sammlung mußte sich daher

---

Monicault (alle Ex-ALP) und Sérot, Fould, Chassaigne-Goyon (Ex-*Progressisten*) warfen ihren radikalen Gegnern vor: „En vous abritant derrière le principe de la laïcité, vous perdes les intérêts supérieurs du pays." Die Debatte ist detailliert berichtet im *Temps* und dem *Echo de Paris* vom 5.10.1928. Das Zitat der *Humanité* ist ebenfalls vom 5.10.1928.

131 So Maurice Ordinaire in der *Dépêche républicaine* vom 25.10.1928.

132 Das Vichy-Régime hat diese in mehreren Dekreten 1940–1943 legalisiert; es stellt aus diesem Grund weniger eine religionspolitische Erneuerung dar, wie landläufig gemeint wird, sondern lediglich eine rechtliche Fixierung der ohnehin bestehenden Lage, so schon Campenhausen, Staat und Kirche, S. 92f.

133 Basis war in der Regel die tolerante Auslegung der Laizitätsformel, die an die Präfekturen weitergegeben wurde und zu einer Vereinbarung Bischof-Präfekt führte, wie z.B. in der Mayenne, über die der ERD-Deputierte Chabrun berichtet, vgl. Eintrag Baudrillarts vom 11.7.1920, Carnets, S. 57.

134 Gespräch mit Poincaré, Eintrag vom 13.3.1922, Carnets, S. 57, und mit Soulier und Duval-Arnould, Eintrag vom 21.3.1920, Carnets, S. 417.

135 Z.B. der Duc d'Audiffret-Pasquier, der versuchte, die Ordensleute zum *Institut Agricole de Giel* zuzulassen. Bericht des Präfekten aus Alençon vom 24.5.1923, in: AN, F/7 12949.

eine Strategie überlegen, wie sie ein öffentliches Klima schaffen konnte, das auch die *républicains de gauche* wie Poincaré schrittweise zu einer Verrechtlichung der Praxis veranlassen konnte.

Zu diesem Zweck intensivierte man die imperialistische Propaganda, die im Rahmen des *Comité Dupleix* verbreitet wurde[136]. Dieses *Comité*, das zur Förderung und Ausdehnung des *Empire français* gegründet worden war, wurde in den 1920er Jahren dominiert von den Abgeordneten aus ERD und FR wie Marin, de Warren, Soulier oder Duval-Arnould. In seinem Namen erfolgte eine systematische Ausarbeitung kolonialistischer Vorstellungen und eine imperialistischen Propaganda. „La France", so sagte Soulier 1925, „va à peu près sans discontinuité du Rhin au Congo"[137], d. h. es hatte eine nationale Aufgabe in der Erziehung und Erschließung der außerhalb des Mutterlandes gelegenen Landstriche. Neben der Armee kam diese Aufgabe natürlich den katholischen Kongregationen, insbesondere den *Frères des Ecoles Chrétiennes* zu, wie der reformierte Pastor betonte. In dieser Idealkonzeption von „la plus grande France"[138] konnten sich also republikanisch-imperialistische und katholisch-imperialistische Vorstellungen verbinden und eine Ausdehnung des legalen Status der Kongregationen in Frankreich rechtfertigen. Ganze ALP-Basisverbände, wie die in Dijon oder Troyes, die später zu Kreisverbänden der FR wurden, organisierten zusammen mit dem *Comité Dupleix* gemeinsame Veranstaltungen zur Verteidigung der französischen Interessen im Orient[139]. Auch das ALP-Mitglied Saint-Yves bereitete mit dem *Comité Dupleix* eine gemeinsame Veranstaltungsserie zur Rolle Frankreichs in der Levante vor[140]. Bei all diesen Veranstaltungen stand jedoch nicht der katholische Charakter der Missionskongregationen, sondern ihr Wert für die französische Zivilisationmission im Vordergrund. Der Versuch, die Rückkehr der Missionskongregationen zu legalisieren, war somit auch von Seiten der Katholiken in imperialistische Propaganda eingebettet, um die religionspolitische Qualität der Maßnahme zu übertünchen.

Die FR und der Kampf für die Orden

Mit dem Ende der Regierung Poincaré und der Regierungsübernahme durch das Linkskartell im Mai 1924 war auch dem Hoffen der liberal-konservativen Sammlung, eine baldige Legalisierung der Kongregationen zu erreichen, ein Ende gesetzt. Auf Grund der lautstarken Ankündigung Herriots stand sogar zu befürch-

---

[136] Das *Comité Dupleix* war 1894 von Gabriel Bonvalot mit dem Ziel gegründet worden, die koloniale Sendung Frankreichs auszubreiten. Sein Organ war *La France de demain*. Zur Verbindung der parlamentarischen Rechten mit imperialistisch-kolonialistischen Vorstellungen vgl. Marc Michel, La colonisation, S. 141–148.

[137] Vor der *Ligue des Patriotes*, Section de Fontainbleau am 30. 10. 1925, vgl. *La Nation* vom 1. 11. 1925.

[138] So Edouard de Warren in *La Nation* vom 1. 7. 1925. Vgl. allgemein Trimbur, L'ambition culturelle de la France en Palestine.

[139] Bericht in *Bulletin de l'ALP* vom 15. 6. 1920. Schon während des Krieges hatte Auguste Isaac dafür plädiert, vgl. seine Reden in Les Droits de la France dans le Levant à l'issue de la guerre 1914–1915, Académie des sciences, belles lettres et arts de Lyon, communication du 27 avril et 4 mai 1915, Lyon 1915.

[140] Eintrag von Baudrillart vom 14. 11. 1920, Carnets, S. 641.

ten, daß die illegal existierenden Ordenshäuser ihre Tolerierung einbüßen und erneut aufgelöst werden könnten. Ihnen drohte so die erneute Vertreibung, trotz der Anerkennung ihrer Leistungen im Krieg[141]. Aus Sicht der FR war damit die liberale Laizität von 1919 aufgehoben und die Nutzlosigkeit einer nicht legalisierten Praxis offenkundig. Wir hatten gesehen, daß das von Pastor Soulier 1925 formulierte religionspolitische Programm der FR daher zum ersten Mal öffentlich die Forderung nach einer Revision der die Kongregationen betreffenden Gesetze von 1901 und 1904 formulierte[142]. Für alle Angehörigen der Orden und Kongregationen sollte volle Vereins- und Unterrichtsfreiheit gelten, denn: „Nous ne pouvons apercevoir rien qui distingue essentiellement le ou la congréganiste des autres Français"[143]. Was zuvor nur überzeugte Katholiken geäußert hatten, war nun Konsens der liberal-konservativen Sammlung geworden. In dieser Frage zeigten sich selbst eingefleischte *Progressisten* bereit, das *quieta non movere* aufzugeben und öffentlich für die Revision der Kongregationsgesetzgebung einzutreten.

Die Verteidigung der bedrohten Orden fand jedoch nicht nur Eingang ins Programm der FR, sondern wurde auch Teil der Kampagne gegen das Linkskartell. Während sich die FR grundsätzlich zurückhielt, eine allzu enge Verbindung mit dem organisierten Katholizismus General de Castelnaus einzugehen, machte sie bei einem einzigen katholischen Interessensverband eine Ausnahme: Diese zunächst als Veteranenverband gestartete Bewegung nannte sich *Ligue des Droits du Religieux Ancien Combattant* (DRAC) und war im August 1924 von Dom Moreau und dem Jesuitenpater Doncœur, beides Kriegsveteranen, unter dem plakativen Motto gegründet worden: „Nous ne partirons pas."[144] War die DRAC zunächst in die antikartellistische Blockbildung um die *Ligue Millerand* und die FNC eingebunden – gegenüber dem Linkskartell gebrauchte man dieselbe Rhetorik wie gegen die Deutschen: „Ils ne passeront pas"[145] –, näherte sie sich im Laufe der Zeit immer mehr dem intransigenten Katholizismus und selbst der *Action Française* an[146]. Mit modernen Propagandamethoden wie einem selbst gedrehten

---

[141] Dies betonte Louis Marin: „Il n'y avait eu aucune faiblesse et [...], au point de vue national, leur patriotisme s'était maintenu au point de continuer à servir le pays à l'étranger et de revenir comme combattants ou aumôniers." Maschinenschriftliche Notiz, undatiert [1929], in: AN 317, AP 244.

[142] Bereits zuvor hatte der liberalkatholische Rechtsgelehrte Hébrard de Villeneuve einen wegweisenden Artikel dazu veröffentlicht: ders., La liberté religieuse, in: RDDM vom 15.12.1924, S.796–810, der die Änderung der Gesetze von 1901 und 1904 für richtig erachtete. Vgl. auch Soulier in *La Nation* vom 25.8.1925.

[143] *Rapport* Soulier, S.8.

[144] Zur DRAC vgl. die Bemerkungen bei Cholvy/Hilaire, Histoire Religieuse, S.285ff., Aron, Paul Doncoeur. Unsere Analyse stützt sich unter anderem auf die Auswertung der *Surêté*-Akten in: AN, F/7 13228 (DRAC) sowie zur FNC in: AN, F/7 13223 und 13224.

[145] Damit wurde bewußt eine Parallele zwischen dem deutschen Angriff auf Verdun, als das Motto *Ils ne passeront pas* geprägt wurde, und der antiklerikalen Offensive des Linkskartells hergestellt.

[146] Zur anfänglichen Nähe zur Ligue Millerand vgl. Polizeibericht vom 6.2.1925, in: AN, F/7 13228; Alexandre Millerand hatte im Februar 1925 zum erstenmal das Unterrichtsrecht für Kongregationen öffentlich gefordert und seine laizistische Linie verlassen, vgl. Eintrag Baudrillarts vom 2.3.1925, Carnets, S.986. Die Annäherung an die AF und andere royalistische Gruppen z.B.: St. Etienne im Polizeibericht vom 3.12.1925, sowie

Film (*Les Religieux en France*), dem Einsatz von Autobussen und großen Massenveranstaltungen sowie einem eigenen Schutzdienst reihte sie sich bald in die Gruppe der entstehenden protofaschistischen Bewegungen ein[147]. Bisweilen kam es zu Straßenkämpfen mit Kommunisten, und das Italien Mussolinis wurde immer wieder als Vorbild gefeiert[148]. Obwohl die FR keinesfalls ähnliche politische Grundüberzeugungen hatte, partizipierten doch viele ihrer Mitglieder, vor allem aus katholischem Hintergrund, und manchmal sogar ganze Departementalverbände, an DRAC-Veranstaltungen[149]. Der Höhepunkt dieser Allianz war sicherlich das große *DRAC-Meeting* in Paris 1925, wo neben dem Christdemokraten Raymond Laurent auch General de Castelnau für die FNC und Pastor Soulier für die FR sprachen[150]. Einer der Mitbegründer der DRAC, der hochdekorierte Abbé Bergey aus der Gironde, trat 1927 sogar an der Spitze seines politischen Verbandes, der *Union Populaire Républicaine de la Gironde*, offiziell der FR bei[151].

Die FR hatte sich somit in die außerparlamentarische katholische Verteidigung der Kongregationen eingereiht, einerseits, weil ihre Forderungen auf diesem Gebiet identisch waren, andererseits, weil man in den Kriegsveteranen aus den Orden zuvörderst verdiente französische Helden und nicht klerikale Propagandisten sah. Auch hier hatte die Teilnahme am Krieg den Ordensleuten eine besondere Legitimation verliehen, weshalb auch republikanische Parteien wie die FR für deren Interessen eintreten konnten. Während die FR zu den FNC-Verbänden offiziell eine strikte Distanz wahrte, traten ihre Redner ohne Scheu auf Veranstaltungen der DRAC auf. Dies dürfte nicht zuletzt auch dadurch zu erklären sein, daß viele nicht-religiöse Veteranenverbände, hauptsächlich aus dem Umfeld der der FR nahestehenden konservativen UNC, ebenfalls Mitglieder bei der DRAC wurden[152].

---

zwei ausführliche Polizeiberichte vom 3.6. und 8.9.1925. Der Generalsekretär der DRAC habe in einer geheimen Sitzung sogar öffentlich zum *fascisme* in Frankreich aufgerufen (alle Dokumente in: AN, F/7 13228).

147 Der auf einem Wanderkino gezeigte Film mit großem Erfolg z.B. in Lille (Bericht vom 23.5.1927), der Einsatz von Autobussen in Chalons sur Marne (Bericht vom 27.6.1927), St. Etienne (Bericht vom 23.4.1925). Die Schutztruppe z.B. auf der Versammlung der Provinzdelegierten am 11.2.1925, wo man seine Mitglieder als „compagnie de choc" bezeichnete (alle Dokumente in: AN, F/7 13228).

148 Straßenkämpfe mit Kommunisten z.B. in Avignon (Bericht vom 11.2.1925); das Lob Mussolinis auf der DRAC-Veranstaltung in Reims 30.1.1927 (beide Berichte in: AN, F/7 13228).

149 Z.B. der FR-Abgeordnete Jean Ybarnégaray am 23.2.1926 in Marseille, der spätere Vizepräsident Philippe Henriot am 17.1.1927 in Bordeaux; Oberkirch am 10.6.1927 und Schuman am 5.4.1927 in Metz. Der ganze FR-Departementalverband und die FR d'Orléans am 21.2.1927 in Orléans, wo der Vorsitzende der dortigen FR-Sektion, Louis d'Illiers, gleichzeitig auch der DRAC-Abteilung vorsaß (alle Polizeiberichte in: AN, F/7 13228).

150 Vor 20000 Teilnehmern am 15.12.1925 im Luna-Park. Vgl. den Bericht vom 26.12.1925, in: AN, F/7 13228.

151 Als Deputierter 1924–1928 hatte sich der Abbé Bergey gemeinsam mit Philippe Henriot die Basis für eine nationalkatholische Volkspartei in der Gironde geschaffen, die stark von Bischof Andrieu unterstützt wurde. Er war gleichzeitig auch Vorsitzender der *association des Prêtres Anciens Combattants* (PAC).

152 Die DRAC verstand sich selbst explizit als „association d'anciens combattants, même non religieux, groupés pour la défense de leurs camarades menacés", vgl. Dom J. Moreau, D.R.A.C., son histoire, son but, son organisation (1925) und die Statuten in: DC 12 (1924), S.1188ff.

Ganz ungefährlich war dieses Manöver nicht, denn obgleich die Parteikader von ihren Verbindungen zur DRAC profitieren konnten, haftete ihnen doch von nun der Makel des Klerikalismus an. Als einer der ersten bekam dies der reformierte Pastor Soulier zu spüren, der von den protestantischen Kreisen Frankreichs heftig kritisiert wurde[153]. Die Tatsache, daß die FR eine Revision der Kongregationsgesetze von 1901 und 1904 propagierte, im Verbund mit den Kongregationsleuten selbst, war sicherlich auch der markanteste Unterschied zwischen ihr und der benachbarten *Alliance Démocratique*[154]. Mochten sie auch in sozialen und ökonomischen Vorstellungen übereinstimmen, niemals hätten ein Jonnart oder Poincaré der Revision der Gesetze von 1901 und 1904 zugestimmt oder wären auf einer DRAC-Veranstaltung als Redner erschienen. Die FR hatte mit dieser Haltung offenkundig den programmatischen Bruch mit den *républicains de gauche* um Poincaré vollzogen, wie ihn der oben zitierte Brief Coppins an Guiraud gefordert hatte[155]. Das FR-Programm der liberalen Laizität, das zunächst die Zulassung der missionarischen Kongregationen, dann die aller Kongregationen sowie ihre Möglichkeit zum Unterrichten vorsah, kann daher als Versuch einer eigenen Positionsbestimmung zwischen den laizistisch-republikanischen und den intransigent-katholischen Vorstellungen interpretiert werden. Ohne das Prinzip der Laizität aufzugeben, sollten im Interesse der zivilisatorischen Sendung Frankreichs und im Gedenken an den Einsatz der Kongregationen für Frankreich im Krieg zwei der als unberührbar geltenden *lois laïques* revidiert werden. Vom religiösen Standpunkt aus betrachtet erwies sich die FR auch hier als Vertreterin eines liberalen Katholizismus, der die Freiheit für alle höher stellte als weltanschauliche Dogmen. Ihre eigentliche Motivation war jedoch nationalistischer Natur, denn die Ordensleute galten *Progressisten* und Katholiken gleichermaßen als bewährte Veteranen und Garanten der französischen Sendung im Ausland.

4. Staatsschule versus Privatschule: Schulpolitik und die Grenzen der liberal-konservativen Einheit

Kein Problem hatte nach der Trennung von Staat und Kirche den Graben zwischen *Droite* und *Gauche* in Frankreich derartig geprägt und vertieft wie das des Schulunterrichts[156]. Noch 1911, als die internationale Situation in den meisten europäischen Ländern das Fieber des Nationalismus bereits entfacht hatte, bestimm-

---

153 Polizeibericht vom 23. 1. 1926 in: AN, F/7 13228.

154 Dies bringt der Brief eines Pfarrers aus dem 5. Arrondissement in Paris an Louis Marin auf den Punkt: „Votre groupe [...] a posé devant le suffrage universel les deux revendications minima des catholiques, liberté d'association et liberté d'enseignement." Brief vom 5. 5. 1928, in: AN 317, AP 240.

155 Daher gratulierte auch der Dom Moreau im Namen der DRAC Marin zu seinem Wahlsieg: „La DRAC est heureuse de vous dire combien elle se réjouit de pouvoir compter sur votre concours durant cette nouvelle législature." Brief an Marin vom 23. 4. 1928, in: AN 317 AP 240.

156 Das Standardwerk immer noch Mona Ozouf, L'Ecole, l'Eglise et la République, sowie Caperan, Histoire contemporaine de laïcité française.

te das Problem der Schule, in dem Fall das der Schulbücher, die innenpolitische Debatte Frankreichs derart, daß Zeitgenossen mehr denn je von einer stattfindenden *guerre scolaire* sprachen[157]. Auf der einen Seite des Grabens befand sich eine Allianz aus *républicains de gauche*, Radikalen und Sozialisten, die vehement an der Laizität der Staatsschule festhielten, keinerlei staatliche Unterstützung für Privatschulen erlauben wollten und die Schulbücher in einer sehr harschen Form von allen positiven Referenzen auf das Christentum gereinigt hatten, auf heftiges Drängen der laizistischen Logen und *Libre-Pensée*-Verbände im übrigen. Auf der anderen Seite hatte sich ein katholisches Lager formiert, wo liberale, intransigente und monarchistische Katholiken Seite an Seite mit dem Episkopat die christlichen Traditionen Frankreichs verteidigten, auf der Ebene der Schulbücher, d. h. im Unterrichtsstoff selbst, ebenso wie auf der der kirchlichen Institutionen[158]. Die liberalen *Progressisten*, die die Laizisierung der Schule in den 1880er Jahren mitgetragen hatten, befanden sich in einer heiklen Zwitterposition zwischen einer Anerkennung der Leistungen des *Enseignement libre*, und somit der allgemeinen Unterrichtsfreiheit, und einer prinzipiellen Bejahung der Staatsschule zum Zwekke der Volkserziehung. Nach der Kirchentrennung 1905, als Staat und Kirche rechtlich und faktisch geschieden waren, war die Schule das einzige Terrain geblieben, auf dem sich die laizistisch-zivilrechtliche Staatsidee und die katholische Weltanschauung weiterhin begegneten und unversöhnlich gegenüberstanden. Die *question d'enseignement* war zum Indikator schlechthin geworden, ob jemand zur politischen Kultur der *Droite* oder der *Gauche* gehörte.

Aus diesem Grund leuchtet es sehr schnell ein, warum jede Auseinandersetzung um die Schulpolitik und die damit verbundene weltanschauliche Dimension katastrophale Wirkungen auf die liberal-konservative Sammlung haben mußte. Wir hatten gesehen, wie die Debatten um die liberale Laizität, die Vatikanbotschaft, das Kirchenstatut und die Kongregationen einen stetigen inneren Unruheherd der ERD und FR bildeten, eben weil es Fragen waren, die das tagespolitische Feld verließen und die politische Kultur im weitesten Sinne tangierten. Zwar war es der ERD und FR gelungen, eine Kompromißlinie des inneren Konsenses zu finden. Gleichwohl erwies sich dieser Konsens immer dann als prekär, wenn die Sinnstifter der rechten und linken Deutungskultur die Debatte vorantreiben wollten. Mit anderen Worten gab es immer dann Probleme, wenn sich die katholische Kirche, der Vereinskatholizismus, oder auf der anderen Seite die Freimaurer und Logen in die Politik einmischten oder ihrerseits von politischen Maßnahmen berührt wurden. Dann begann sich das bipolare Spannungsfeld von *Droite* und *Gauche* wieder aufzuladen und die ERD im Innern zu zerreißen. Als ein Sonderfall dieser Problematik, der auch nach dem Ersten Weltkrieg seine Virulenz nicht verlor, erwies sich die Frage nach der staatlichen Unterstützung für Privatschulen, den sogenannten *écoles libres*. Diese sollten, wie von eigens dafür gegründeten katholischen Vereinen gefordert, proportional zu ihrer Schülerzahl am Budget aller staat-

---

[157] Laufrey, Sécularisation, séparation et guerre scolaire.

[158] Eine Illustration dieses Denkens bietet der Artikel des monarchistischen Katholiken Gustave de Lamarzelle, Question de l'enseignement, in: *Le Correspondant* vom 10.1.1911, der die Schulfrage ganz aus katholisch-weltanschaulicher Sicht behandelt.

lichen Schulausgaben beteiligt werden. Die Forderung wurde daher unter dem Schlagwort *Repartition proportionnelle scolaire* (RPS) zusammengefaßt.

Die RPS-Forderung war nach der Trennung von Staat und Kirche entstanden, als viele Kongregationen ihren Unterricht einstellen mußten und der katholischen Kirche immer mehr die finanziellen Mittel zum Unterhalt der Schulen fehlten. Dies betraf vor allem die katholischen Gebiete des Nordostens, Lothringens, der Franche-Comté und Savoyens, in denen ein traditionell starker katholischer Adel nicht mehr existierte, der, wie etwa in der Bretagne, die Privatschulen hätte finanziell unterstützen können. Viele katholische Familien mußten daher für die Erziehung ihrer Kinder „doppelt" bezahlen: einmal zahlten sie durch ihre Steuern in den großen Topf des Erziehungsministers ein, zum anderen mußten sie aber auch *via* Schulgeld die volle Last der Privatschule tragen. Vielen armen und kinderreichen katholischen Familien blieb daher nur der Ausweg der kostenlosen Staatsschule. Daß dies angesichts der seit der Revolution zurückgehenden Zahl der praktizierenden Katholiken ein Horrorszenario für die katholische Kirche war, ist evident[159]. Wir hatten bereits gesehen, wie daher im Umfeld der katholischen Familienverbände auch solche mit dezidiert schulpolitischer Ausrichtung entstanden waren, allen voran die ACCF von Jean Guiraud, die die RPS zu einer ihrer Hauptforderungen gemacht haben und damit Grundprinzipien der laizistischen Republik in Frage stellten.

Paul Gay und die RPS-Kampagne: Die liberal-konservative Sammlung vor dem Ende?

Der Erste Weltkrieg hat an dem Zustand der Privatschulen letztlich kaum etwas geändert, den ärmeren katholischen Familien fiel es weiterhin schwer, die *école libre* für ihre Kinder zu bezahlen. Aus diesem Grund traten katholische Deputierte auch nach 1918 öffentlich dafür ein, daß im Zeichen des nationalen Triumphes und der inneren Aussöhnung die aus ihrer Sicht gerechte proportionale Unterstützung der Privatschulen durch den Staat eingeführt werde. Ein eifriger Verfechter dieses Prinzips vor und nach dem Krieg war der ALP-Abgeordnete Paul Gay (Haute-Saône), der 1919 in die ERD eintrat und durch seine engen Kontakte zum Episkopat und zu Jean Guiraud ohne Zweifel den rechten Rand der liberal-konservativen Sammlung markierte[160]. Dank der im Nachlaß von Jean Guiraud erhaltenen Korrespondenz mit Gay sind wir außerordentlich gut über die inneren Geschehnisse um die RPS-Kampagne der Nachkriegszeit und die Verwerfungen innerhalb der ERD unterrichtet. In ihnen kann deutlich nachvollzogen werden, wie die katholischen Deputierten, die in die liberal-konservative Sammlung einge-

---

[159] Artikel 1374 des kanonischen Rechtes verbot im übrigen auch den katholischen Familien, ihre Kinder in eine neutrale Schule zu schicken. Vgl. allgemein Langlois, Catholiques et laïcs.

[160] Paul Gay war auf einer der wenigen rein katholischen Listen zusammen mit de Menthon, Causeret und About gewählt worden, da eine *Bloc-National*-Liste in der Haute-Saône nicht zustande gekommen war. Er und seine Kollegen galten daher als „députés religieux", vgl. den Brief von de Beauséjour an Guiraud vom November 1919, in: AN 362, AP 145.

treten waren, zwischen einer Rückkehr zur *défense-religieuse*-Strategie, d.h. fundamentalkatholischen Anschauungen, und der Öffnung gegenüber einer liberalen Laizität oszillierten.

Begonnen hatte die Kampagne für die RPS im April 1920, als sich der erste Nachkriegskongreß der größten katholischen Jugendorganisation, der *Association Catholique de la Jeunesse Française* (ACJF), ganz dem Thema der proportionalen Schulfinanzierung gewidmet hatte[161]. Gleichzeitig versuchten die intransigenten Kräfte im katholischen Lager um Jean Guiraud und Colonel Keller, das katholische Lager – die *union catholique* – durch die RPS-Kampagne zu restituieren und damit implizit ein weiteres Einströmen katholischer Abgeordneter in den *Bloc National* und die ERD zu verhindern. In dieses Gravitationsfeld gehörte auch noch Paul Gay, stellvertretend für viele Katholiken, die nur zögerlich den Pakt mit den *Progressisten* einzugehen wagten[162]. Die Wiederbelebung des konservativ-katholischen Lagers und damit der Strukturen der *Droite* der Vorkriegszeit sollte auch schnell ihre Konsequenzen auf der politischen Ebene zeitigen. Als die Unterrichtskommission der Kammer für den Haushalt von 1920 nur staatliche Stipendien für Schüler an der Staatsschule beschloß (*rapport* Raveil), sah Gay den Moment gekommen, in der Kammer die RPS zu debattieren und damit die eigene ERD-Gruppe auf die Probe zu stellen. Indem er die RPS als „pierre de touche" für die liberal-konservative Sammlung gegen den Vorschlag der Mehrheit der Kommission lancierte, wollte er prüfen, wie weit die liberal-konservative Sammlung bereit war, den Begriff der liberalen Laizität zu dehnen, d.h. ob sie als ganzes die RPS akzeptieren und sich damit von der ebenfalls zum *Bloc National* gehörenden bürgerlich-republikanischen Mitte distanzieren würde[163].

Es war klar, daß Paul Gay mit dieser Intention den alten Graben zwischen *Droite* und *Gauche*, der mitten durch die ERD lief, wieder aufreißen mußte, und damit die liberal-konservative Sammlung, zu deren Grundkondition ein Stillschweigen in allen die Religion betreffenden Fragen gehörte, in eine kritische Situation brachte[164]. Bevor es aber zu einer derartigen Debatte in der Kammer

---

[161] Eine kurze Diskussion der Ereignisse findet sich bei Paul, Second Ralliement, S. 87–90.

[162] Gay hatte das ganze Jahr 1919 mit Guiraud am Projekt einer katholischen Reorganisation gearbeitet, die den Titel „Union Générale des Catholiques de France" tragen sollte. Gleichzeitig bildeten sich ein *Comité* Keller, das für die RPS eintrat, sowie verschiedene ACCF-Verbände, alles in Absprache mit dem intransigenten Episkopat, z.B. dem Erzbischof Humbrecht von Besançon. Vgl. Briefe Gays an Guiraud vom 10.2., 21.3. und 11.5.1919, in: AN 362, AP 148, Dossier 3, sowie über das *Comité* Keller den Brief des Monarchisten Baudry d'Asson an Guiraud vom 20.3.1919, in: AN 362, AP 148. Im Parlament wollte Baudry „un groupement d'action catholique patriotique et sociale" herstellen.

[163] Brief Gays an Guiraud vom 23.2.1920: „C'est la première occasion très nette de savoir quel est le sentiment de la nouvelle Chambre [...] c'est l'occasion de mettre à l'épreuve le fameux groupe Arago, auquel je n'ai pas voulu m'inscrire avant d'avoir pu me rendre compte sur la place de la solidité de sa doctrine et de sa volonté." In: AN 362, AP 148.

[164] „La partie sera rude, car c'est Herriot qui est rapporteur de l'Instruction publique", berichtete er an Guiraud am 22.4.1920, in: AN 362, AP 148. Die *Progressisten* der ERD haben 1924 dazu geschrieben: „Le Bloc National Républicain n'a pas inscrit à son ordre du jour la question de la RPS [...] qui risquait, trop tôt soulevée, de compromettre leur accord, car elle touche **aux fondements mêmes** de notre législation scolaire." Les Cahiers du Bloc National Républicain vom März 1924.

kam, mußte zuerst der Senat darüber abstimmen, nachdem dort ein *amendement* zur RPS von Senator Baudry d'Asson am 29. Juli 1920 eingebracht worden war. Im Senat hatten sich im Unterschied zur Kammer die alten Einteilungen der Vorkriegszeit erhalten, d. h. zur Gruppe der *Droite*, die als ganzes das *amendement* unterstützte, gehörten *ralliierte* Katholiken wie de las Cases und Monarchisten wie die Brüder Delahaye oder Gustave de Lamarzelle. Die *Progressisten* und *républicains de gauche* saßen dort verteilt auf zwei eigene Gruppen, der etwas rechteren *Gauche républicaine* und der zur Mitte tendierenden *Union républicaine*. Ein Pendant zur liberal-konservativen Sammlung in der Kammer existierte nicht. Die Debatte und die Abstimmung zur RPS zeigte dann auch sehr deutlich die politischen Trennlinien, die zwischen den Senatsfraktionen verliefen und die damit auch der liberal-konservativen Sammlung in der Kammer drohten. Während die Rechte um Delahaye und de Lamarzelle die Qualität des katholischen Unterrichts herausstellte und damit die RPS begründete, lehnten *Progressisten* wie Alexandre Ribot oder Henry Chéron[165] diese Forderung ab und beharrten auf dem neutralen Charakter, den der Staat in der Erziehung behalten müsse. Die Gruppe der *Droite* gab sich damit eindeutig als Vertreter fundamentalkatholischer Weltanschauungen und der *défense-religieuse*-Strategie zu erkennen, während ein Großteil der *Progressisten* am Prinzip der Laizität festhalten wollte[166]. Das *amendement* wurde mit 78 zu 188 Stimmen abgelehnt, wobei die *Progressisten* komplett auseinanderfielen und teilweise mit und teilweise gegen die *Droite* stimmten[167].

Die Abstimmung im Senat hatte damit erwiesen, daß die Forderung nach der RPS als Chiffre für die politische Kultur an sich stehen konnte, d. h. entweder republikanisch-laizistisch oder konservativ-katholisch. Sie wurde so zur Achillesferse für den *Bloc National* wie für die liberal-konservative Sammlung. Intransigente Katholiken wie Jean Guiraud hatten dies erkannt und nicht gezögert, aus der RPS-Forderung sogar eine Demarkationslinie für die nächsten Wahlen zu machen, was nicht nur den *Bloc National*, sondern sicherlich auch die liberal-konservative Sammlung gespalten hätte[168]. Wir wissen leider kaum, was in diesen letzten Monaten des Jahres 1920 innerhalb der ERD diskutiert wurde und wie man sich dem Problem des kulturellen Grabens zu stellen gedachte, aber auch Paul Gay scheint seine Strategie, die ERD auf die Probe stellen zu wollen, revidiert zu haben. Immerhin war es eine Zeit, in der die dem Krieg entwachsene innere Einheit Frankreichs am 11. November 1920 feierlich durch die Errichtung eines Denkmals für den Unbekannten Soldaten unter dem Arc de Triomphe zelebriert wurde. Vielleicht war es dieses Einheitsgefühl, das die ERD in der folgenden Zeit dazu

---

165 Henry Chéron war ein typischer *progressist de gauche*, d. h. ein konservativer Republikaner, der zu AD und FR gleichermaßen Kontakt hielt. Vgl. Sanson, L'Alliance Démocratique, S. 425f.

166 Die Debatte mit den Reden Delahayes und de Lamarzelles ist abgedruckt in: DC 4 (1920), S. 107–112.

167 Unter den 78 Befürwortern fanden sich *progressistes de droite* wie Gourju, Touron, Boivin-Champeaux, Hirschauer, während z. B. Ribot und Poincaré dagegen gestimmt haben.

168 Vgl. *Ecole et Famille* vom August-September 1920. Guiraud wollte die *Progressisten* zwingen, sich öffentlich von Poincaré und dem *Parti Jonnart* zu distanzieren, was in vielen Departements eine Spaltung der ERD-Listen bedeutet hätte.

bewogen hatte, in der Haushaltsdebatte die RPS nicht mehr als eigenständige Forderung einzubringen, wie es Gay gewollt hatte[169], sondern in Etappen, beginnend mit einem staatlichen Stipendium für alle höheren Schulen, auch katholische. Damit sollte eine weltanschaulich-emotionale Debatte um das Prinzip der Laizität vermieden werden, um die Einheit der Fraktion selbst nicht zu gefährden. Die ERD beantragte im Februar 1921, staatliche Stipendien auch an Schüler der höheren Privatschulen auszuzahlen, d.h. es sollte eine staatliche Unterstützung wenigstens der qualifizierten Katholiken, wenn schon nicht der katholischen Schulen, erfolgen. Dafür präsentierten sowohl die monarchistische Gruppe der Kammer um Baudry d'Asson wie auch Paul Gay ein je eigenes *amendement* zum Artikel 130 im Haushaltsentwurf, das die Ausdehnung der staatlichen Stipendien vorsah[170]. Trotz dieser vorsichtigen Taktik der ERD entglitt die Debatte schnell in einen weltanschaulichen Kampf zwischen der klassischen *Droite*, vertreten durch Baudry d'Asson, und der *Gauche*, vertreten durch Herriot, so daß der ERD-Abgeordnete Balanant bereits die „trêve des partis" gefährdet sah und die Überweisung des Antrags an die Finanzkommission beantragte. Um die große Allianz des *Bloc National* nicht zu gefährden, wurde Paul Gay ferner dazu veranlaßt, gegen seinen Willen sein *amendement* zurückzuziehen, damit die ERD nicht den Eindruck erweckte, ein gemeinsames Bündnis mit der Rechten zu machen[171].

Hatte sich die ERD damit aus der politischen Sackgasse manövriert, so mußte sie dennoch bei der Abstimmung des *amendements* von Baudry d'Asson Farbe bekennen. Dieses wurde mit 344 zu 200 Stimmen abgelehnt, wobei fast die ganze ERD mit den Monarchisten gestimmt hatte, mit Ausnahme der ERD-Minister Bonnevay, Dior und Lefebvre du Prey! Dieses Ergebnis, das *ex post* gesehen den Rückzug Gays und seines *amendements* überflüssig gemacht hatte, hatte nicht nur die politischen Beobachter, sondern auch die ERD selbst derart überrascht, daß ihr geistiger Führer Marcel Habert in der darauffolgenden Kammersitzung eine Erklärung im Namen der ERD abgab, die die „republikanische Überzeugung" der Gruppe betonte. Keinesfalls habe man mit dem Votum für den Monarchisten Baudry die Laizität der Staatsschule und die Errungenschaften von Ferry in Frage stellen wollen, jedoch sei man für die Unterstützung aller Schüler auf allen Schulen wegen der *liberté d'enseignement* eingetreten[172]. Die Gefahr, durch das Votum als Handlanger der klassischen Rechten zu erscheinen, hatte offensichtlich die *Progressisten* in den Reihen der ERD so sehr beunruhigt, daß sie diese öffentliche

---

[169] Offensichtlich haben Gay und der elsässische Abgeordnete Muller die ERD zur vollen RPS überreden wollen, es aber nicht geschafft, vgl. Brief Gays an Guiraud vom 22.11.1920, in: AN 362, AP 148.

[170] Der Unterschied zwischen der monarchistischen Rechten und der ERD war, daß die letzteren nur die „familles nécessiteuses et nombreuses" der Privatschulen mit Stipendien ausstatten wollten, während die *Droite* umfassende Unterstützung forderte, also prinzipiell und nicht pragmatisch argumentierte. Die Debatte in JO, Débats, Chambre, 19.2.1921, S.675ff.

[171] Gay hat dies in einem Brief an Guiraud stark bedauert: „J'ai très vivement regretté de laisser tomber mon amendement de celle sorte que la question n'a été soutenu que par l'entière droite", Brief vom 26.2.1921, in: AN 362, AP 148. Vermutlich hatten ihn die ERD-Minister Dior, Bonnevay und Lefebvre du Prey dazu gedrängt.

[172] JO, Débats, Chambre, 21.2.1921, S.763.

Stellungnahme einforderten. Liberale Laizität konnte von der ERD eben nur auf der Grundlage der Laizitätsgesetze der 1880er Jahre, d.h. auf den Schulgesetzen von Ferry, und nicht gegen diese interpretiert werden.

Die Ablehnung des *amendements* Baudrys mußte eine Enttäuschung für viele Katholiken in der liberal-konservativen Sammlung sein, denn obwohl man faktisch nichts erreicht hatte, waren die weltanschaulichen Gräben wieder aufgerissen worden, ohne daß sich eine pragmatische Lösung für die betroffenen Familien abgezeichnet hätte. Paul Gay hat daraufhin den für die ERD unangenehmsten Weg beschritten, indem er von der Konsenssuche in der Fraktion Abstand nahm und den Weg über die katholische Sammlung ging. Er gründete ein katholisches *Comité d'Initiative de la RPS*, das sich aus allen Teilen des Katholizismus zusammensetzte: neben der ACJF fanden sich dort auch die *Action Française*, die beiden katholischen Frauenligen, die kirchliche Hierarchie und die sozialkatholische *Action Populaire*[173]. Er hat also mit anderen Worten genau jenes konservativ-katholische Lager in dieser Frage hinter sich versammelt, das die Substruktur der *Droite* vor dem Krieg ausgemacht hatte und das stets im Verdacht des Klerikalismus und der Gegenrevolution stand. Daß damit in der schulpolitischen Debatte das bipolare Spannungsfeld zwischen *Gauche* und *Droite* erneut aufgeladen wurde, ist evident. In einer großen Debatte am Ende des Jahres 1921 sollte dies auch zum Tiefpunkt der inneren Kohäsion der liberal-konservativen Sammlung führen.

Erneut hatten die Abgeordneten Baudry d'Asson und Gay zwei *amendements* in die Haushaltsdebatte eingebracht, die dieses Mal sogar die umfassende Unterstützung des Staates für die Privatschule forderten, d.h. die integrale RPS[174]. Gay hatte sein *amendement* abgeschwächt, indem er Unterstützung nur für kinderreiche und sozialschwache Familien reklamierte, um, wie er sagte, keine „controverse de doctrine" zu beschwören. Dennoch ließen seine Rede und seine Übereinstimmung mit den Rednern der Rechten um Baudry d'Asson und Xavier de Magallon keinen Zweifel daran, daß es die Intention seines *amendements* war, eine grundsätzliche Änderung der schulrechtlichen Verfaßtheit Frankreichs herbeizuführen. Dies warf ihm auch Innenminister Bérard, ein liberaler *républicain de gauche* mit deutlicher Nähe zur ERD, vor: Gays *amendement* würde das Grundprinzip des *enseignement public*, die staatliche Neutralität, außer Kraft setzen. Im Angesicht des sich öffnenden Grabens zwischen der alten Rechten und der alten Linken, der das Versöhnungswerk des Ersten Weltkriegs über den Haufen zu werfen drohte, muß es daraufhin in der ERD-Fraktion zu großer Unruhe gekommen sein. Dies lassen zumindest die Worte vermuten, die Auguste Isaac kurz darauf auf der Rednerbühne verkündete. Der liberale Katholik Isaac hatte diese außerplanmäßig betreten, um hauptsächlich seiner eigenen Fraktion eine *„ligne de con-*

---

[173] Er berichtet darüber in einem Brief an Guiraud vom 17.5.1921, wo er ausdrücklich um „approbation et appui moral de l'episcopat" bittet und das *Comité* in allen Diözesen etablieren will. Dort auch der gleichlautende Durchschlag eines Briefes an den Erzbischof Humbrecht aus Besançon, in: AN 362, AP 148. Für die von der AP und der Kardinalsversammlung unterstützte und konzertierte RPS-Aktion vgl. auch Droulers, Le père Desbuquois, S. 249ff.

[174] JO, Débats, Chambre, 11.12.1921, S 4916ff. Die Debatte ist auch abgedruckt in: DC 6 (1922), S. 555ff.

duit" vorzugeben, nachdem er von mehreren Seiten darum gebeten worden war[175]. Isaac befand sich als liberaler Katholik an der Nahtstelle zwischen *Progressisten* und Katholiken in der ERD und war allein in der Lage zu verhindern, daß die schulpolitische Frage die liberal-konservative Sammlung sprengte.

Wir hatten an anderer Stelle bereits gesehen, wie ERD-Chef Arago in einer die politische Kultur betreffenden Frage den 16. November 1919 als Chiffre für die Entstehung einer neuen, nationalen politischen Kultur erfunden hatte. Gleichermaßen entwickelte jetzt auch Isaac die Idee, daß der Krieg alle Kinder, die der privaten und der staatlichen Schulen, in derselben „religion de la patrie" zusammengeführt habe, und daß, um diesen Konsens nicht zu brechen, die Katholiken auf eine Forderung wie die RPS verzichten müßten, zumindest solange, bis die „pacification religieuse" im Land abgeschlossen sei[176]. Das „Schlachtfeld" der schulpolitischen Debatte, das den Kulturkampf der Vorkriegszeit fortsetze, sei daher zu verlassen: „On doit s'abstenir d'y jeter des traits enflammés, pour déchaîner des escarmouches stériles." Solange nicht eine republikanische Regierung die RPS von selbst einführe, rate er zur Enthaltung[177]. Isaac hatte damit, unter Berufung auf den Mythos der *Union Sacrée*, die liberale Laizität auf der Basis der Ferry-Gesetze höher als die Forderungen der Katholiken bemessen und zu einer abwartenden Haltung, einem *quieta non movere* geraten. Trotz seines Versuchs, die ERD durch diese „neue" politische Kultur an sich zu binden, war die Gravitationskraft des alten Spannungsfeldes aber zu groß. Zwar gehorchte Gay dem Willen Isaacs und zog sein eigenes *amendement* zurück[178], als es aber zur Abstimmung des *amendements* Baudry d'Asson kam, zerfiel die ERD in zwei beinahe gleich starke Gruppen, die mehr oder weniger den *progressistischen* und katholischen Flügel widerspiegelten[179].

Das Echo dieses Abstimmungsergebnisses war gewaltig, und daß die liberal-konservative Sammlung darüber nicht zerbrochen ist, hat letztlich nur mit der besonderen Situation zu Beginn des Jahres 1922 zu tun, als der für seine nationalisti-

---

[175] Ibidem: „Un certain nombre des nos amis sont venus me demander dans quel sens j'étais disposé à accueillir les amendements proposés par nos collègues." Der spirituelle Anführer der ERD, Barrès, notierte in sein Tagebuch, daß er nur ungern die RPS-Debatte unterstütze und in ihr eine Gefahr für den *Bloc National* sehe, vgl. Mes Cahiers, S. 134.

[176] Die Rede Isaacs ist ein Paradebeispiel für den Versuch, aus zwei verschiedenen politischen Kulturen eine einzige herzustellen, sozusagen durch eine bestimmte Geschichtsinterpretation zu generieren: „C'est la guerre qui a changé notre mentalité à tous, c'est la guerre qui a amené tous nos enfants sur le champ de la bataille, qui les a fait communier dans une seule pensée, je dirais près que dans une seule religion, [...] la religion de la patrie[...]." Abgedruckt in: DC 6 (1922), S. 557.

[177] Er erhielt dafür den offenen Applaus von Marcel Habert: „Ces paroles étaient nécessaires", ibidem.

[178] Mit den bezeichnenden Worten: „Je retire mon amendement, sans faire aucun sacrifice à mes idées".

[179] Unter den Befürwortern des amendements Baudry befanden sich u. a. die katholischen Abgeordneten der Franche-Comté (About, Gay, Causeret, Caron, Maire), der Normandie (Blaisot, Laniel), Savoyens (Bartholoni, Delachenal), des Zentralmassivs (de Castelnau, Bonnet de Paillerets, Coucoureux), der Rhône (Lenail, Gourd), des Elsaß (Pfleger, Müller), der Bretagne (De Tinguy, Thomas) und Lothringens (Marin, de Wendel, Wetterlé).

sche Außenpolitik bekannte Poincaré die Regierung übernahm[180]. Zuvor jedoch gingen nicht wenige Beobachter von einer allmählichen Erosion der ERD aus. Selbst der deutsche Botschafter in Paris vermeldete das Auseinanderbrechen der größten Regierungsfraktion nach Berlin[181]. Da die religiöse Frage immer noch einer der maßgeblichen Faktoren der Fraktions- und Parteibildung in Frankreich war, schien das „Experiment" ERD als ein Amalgam aus *progressistischen* und katholischen Traditionalisten und Nationalisten gescheitert zu sein. Der Kulturkampf als Teil des liberalen und konservativ-katholischen Selbstverständnisses ließ sich nicht einfach durch einen Beschluß der Parteiführung zur liberalen Laizität und zum Schweigen in religiösen Fragen wegdekretieren. War der dem Mythos der *Union Sacrée* entsprungene liberal-konservative Kompromiß also zu schwach gegenüber den beiden fest etablierten politischen Kulturen der Vorkriegszeit? Hatte der lange Schatten des französischen Kulturkampfes erneut die alten Gräben unversöhnlich aufgeworfen? Wie bereits erwähnt, überlebte die ERD bis 1924 und bildete den Grundstein für die Entstehung einer liberal-konservativen Partei, der FR, ab 1925. Da außer den privaten Nachlässen keine Quellen über das Innenleben der ERD existieren, ist man bei der Suche nach Erklärungen, warum die ERD den Krisenwinter 1921/22 überlebt hat, auf Vermutungen angewiesen. Zum einen erklärt sich das Überleben der liberal-konservativen Sammlung aus dem Bemühen des Fraktionsvorsitzenden Arago, im Januar 1922 mit der *Action Républicaine Nationale* eine außerparlamentarische Plattform zu schaffen, die derartige Vorkommnisse im Vorfeld durch Absprache verhindern sollte. Zum anderen brachte die internationale Situation, das Ausbleiben der deutschen Reparationen und die Konferenz von Cannes, die Realität der Kriegsfolgen wieder so kraftvoll auf die politische Bühne zurück, daß die weltanschaulichen Debatten darüber verblaßten. Am 15. Januar übernahm Poincaré die Regierung und vermutlich hat sein nationalistischer Kurs, der stark an das *jusqu'au-bout*-Klima des letzten Kriegsjahres erinnerte, die ERD im Inneren wieder zusammengeschweißt, da Poincaré auf eine solide Unterstützung des ganzen *Bloc National* angewiesen war, also auch der Katholiken[182].

---

[180] Die Rolle des nationalistischen Kurses von Poincaré auf das bürgerliche Lager wird auch unterstrichen bei Rousselier, Phénomène, S. 183ff. Die Kritik an Gay und dem Auseinanderfallen der Katholiken in *La Croix* vom 14.12.1921; über die Rolle Abbé Lemires in dieser Debatte vgl. Mayeur, Abbé Lemire, S. 570.

[181] Hoesch am 12.1.1922 in: PA/AA, R 70693. Er sah nicht nur den Zerfall der ERD, sondern des ganzen *Bloc National* über die Frage der „Stellung zur Republik und die Laiengesetzgebung" voraus.

[182] Es ist auch nicht auszuschließen, daß dem Erhalt der ERD der kalendarische Zufall zu Hilfe kam: Nach der Sitzung am 21.12. folgte nur noch die Votierung des Haushalts, den die ERD wie alle 470 Nichtsozialisten der Kammer billigte. Die nächste größere Debatte stand erst nach den Winterferien, am 19.1.1922, an und erfolgte auf einem „Konsensfeld" der ERD, der Außenpolitik. Der Christdemokrat Marc Sangnier hatte der Regierung Poincaré vorgeworfen, das friedliche Deutschland zu verkennen und nur das kriegerische zu sehen. Der ERD-Abgeordnete Bellet erklärte daraufhin unter dem Beifall seiner Fraktion: „Il n'y a pas d'Allemand qui ne veuille la revanche." Die beiden ARS-Abgeordneten Oberst Picot und Oberst Josse warfen Sangnier sogar „propagande allemande" vor, in: JO, Débats, Chambre, 19.1.1922, S. 45ff.

Dabei war es wieder einmal der liberale Katholik Auguste Isaac, der die ERD auf Regierungskurs brachte und die innere Einheit wiederherstellte. Als sich die Konfrontation mit England um die Auslegung des Versailler Vertrages im Frühjahr 1922 zuspitzte und sich die Radikalen zunehmend aus der Mehrheit des *Bloc National Républicain* zu lösen begannen, brachte Isaac die Katholiken in der ERD dazu, den laizistischen Kurs Poincarés in der Innenpolitik mitzutragen, im Interesse einer nationalistischen Außenpolitik. In der großen Kammerdebatte um die *politique générale* der Regierung vom 25. Mai bis 2. Juni 1922 erwies sich die ERD als treue Stütze des Ministerpräsidenten, indem sie die „nationalen" Interessen vor ihre „religiösen" stellte, d. h. Poincaré vorbehaltlos und ohne Forderung auf religiösem Gebiet unterstützte. Daß dies im katholischen Lager nicht auf Zustimmung stieß, verwundert kaum, und noch am Abend des 2. Juni griff Jean Guiraud Isaac und die kompromißbereiten Katholiken in einem Artikel in *La Croix* heftig an. Wie schon in der RPS-Debatte im Dezember hätte man aus purem Opportunismus prinzipielle Forderungen aufgegeben und außenpolitische Interessen vor religiöse gestellt[183]. Mit dieser Attacke hatte Guiraud aber offensichtlich den Loyalitätskonflikt der Katholiken in der ERD zu sehr zugespitzt, da schon am nächsten Tag Paul Gay als Repräsentant des katholischen Flügels der ERD die Kritik Guirauds zurückwies und ihm in einem Brief die Gefolgschaft aufkündigte. Seit Dezember hätte er die Attacken Guirauds nur noch schwer ertragen, nun sei aber der Punkt erreicht, wo auch er, der überzeugte Katholik, nicht mehr schweigen könne: Mit dogmatischen „coups de baton" erreiche man in der Politik keine Realisierung der eigenen Forderungen, vor allem nicht, wenn diese die seit Dezember mühsam hergestellte innere Einheit der ERD und des *Bloc National* gefährdete[184]. Mit Paul Gay hatte sich damit der am engsten dem intransigenten Lager verbundene Katholik in der ERD von der *défense-religieuse*-Strategie gelöst und seine Zugehörigkeit zur liberal-konservativen Sammlung unter Beweis gestellt: Auch er ging nun dazu über, in einer Zeit außenpolitischer Krisen das Grundprinzip der *Union Sacrée* von 1914, *quieta non movere*, konsequent umzusetzen.

Die Wirkungen dieses entscheidenden Bruchs im politischen Katholizismus Frankreichs zeigten sich bereits drei Wochen später, während einer erneuten Diskussion über das Unterrichtswesen, in der der Abgeordnete Gay auf eine Forderung zur RPS bewußt verzichtete. In einer beachtenswerten Rede distanzierte er sich vom *amendement* des intransigenten Katholiken Grousseau (*Droite*), das die integrale RPS zum Inhalt hatte, und erkannte zum ersten Mal in einer öffentlichen Parlamentssitzung die positiven Leistungen der laizistischen Staatsschule an[185]. Ausdrücklich verurteilte er die „klerikale Agitation" in manchen katholischen Gegenden und rief beide Seiten zu einer „entente scolaire", d. h. zu einer wechsel-

---

[183] *La Croix* vom 2. 6. 1922.

[184] Der Brief ist ein entscheidendes Dokument für die Eingliederung des politischen Katholizismus in die Republik und die Erosion des antirepublikanischen katholischen Lagers. Er ist deshalb als Dokument 8 in voller Länge im Anhang abgedruckt.

[185] Er wollte damit offensichtlich dem Bild entgegenwirken, daß er einer der engsten Vertrauten Jean Guirauds sei. Jedenfalls beklagte er in dem eben zitierten Brief, daß ihm die Freundschaft zu Guiraud stets geschadet habe.

seitigen Anerkennung der Laizität und der moralischen Kraft des Katholizismus auf[186]. Paul Gay, der vor dem Weltkrieg noch zum fundamentalkatholischen Flügel gezählt hatte und auch danach noch enge Kontakte zu diesen Kreisen hielt, vollzog durch die Anerkennung der Laizitätsgesetze der 1880er Jahre einen entscheidenden Schritt in der Akzeptanz der liberalen Republik. Als letzter Katholik in der liberal-konservativen Sammlung gab er in dieser Frage seine *défense-religieuse*-Strategie auf und verhielt sich dem politischen Temperament nach wie ein wahrer *modéré*, d.h. ein auf Ausgleich bedachter Pragmatiker, wie selbst die bürgerliche Mitte zugestand[187].

Dieser Wandlung des politischen Stils war es letztlich auch zu danken, daß der Kompromiß über die liberale Laizität in der ERD nicht mehr brüchig wurde. Gay hielt zwar weiter an der Forderung nach der RPS fest, verzichtete aber auf parlamentarische Initiativen und konzentrierte sich auf die Schaffung einer außerparlamentarischen „Atmosphäre" zugunsten der katholischen Schulen[188]. Während das intransigente Lager um Guiraud weiter versuchte, mit der RPS einen Keil in die liberal-konservative Sammlung zu treiben, blieb Gay, nun ebenfalls im Visier der Kritik von *La Croix*, auf seinem konzilianten Kurs[189]. Der liberal-konservativen Sammlung gelang es dadurch, bei den folgenden Haushaltsberatungen bis 1924 ein *amendement* zur RPS aus ihren Reihen zu verhindern und damit ihre Distanz zum konservativ-katholischen Lager deutlich zu machen. Um die innere Kohäsion zu stärken, stimmten *Progressisten* und Katholiken lediglich in der Forderung nach einer strengeren Überwachung „pazifistischer" und „freimaurerischer" Lehrer an den Staatsschulen sowie nach staatlicher Förderung des *Institut catholique* und der neu entwickelten Landwirtschaftsschulen überein. Diese waren aus den sozialen Werken der katholischen Bauernbewegung, wie z.B. der *Union de Sud-Est*, entstanden, und galten, trotz ihrer primär „technischen" Ausrichtung, als katholische Schulen[190]. Eine Debatte über die allgemeine Auffassung der Schulpoli-

---

[186] JO, Débats, Chambre, 22.6.1922, S.1922-1925: „Nous considérons que la laïcité de l'Etat ne doit pas être détournée de son sens et ne doit pas dévier [...] Je sais qu'il est quelques régions de France, où certaines de nos collègues pourraient nous citer des faits témoignant de la part de l'ecole libre d'une aprêté extrême dans la lutte. Je regrette ces faits et je déclare très nettement qu'ils ne correspondent pas à ma conception de l'entente scolaire." Gay hatte die Ideen der *„entente scolaire"* bereits zuvor in der *Libre Parole* vom 19.6.1922 veröffentlicht.

[187] Auch die republikanische Mitte war von dieser Wendung Gays so überrascht, daß Raynaldy, ein *républicain de gauche* einwarf: „Vous traitez cette question avec beaucoup de tact et de modération." Umgekehrt konstatierte Gay im Dezember 1922 gegenüber Guiraud: „ Vous avez bien pris votre revanche en me refusant depuis tout appui dans votre journal." Brief vom 17.12.1922, in: AN 362, AP 148.

[188] Vgl. den Polizeibericht vom 19.5.1923 über eine private Sitzung des *Comité d'Initiative de la Répartition Proportionelle Scolaire*, in: APP, GA D1, Dossier Louis Dubois.

[189] Der Monarchist Baudry d'Asson schrieb an Guiraud daher über die Katholiken „froussards" in der ERD: „ Il serait vraiment amusant de voir l'affolement d'un grand nombre des mes collègues du Bloc National devant la perspective d'avoir à se prononcer sur la RPS qu'ils voudraient certainement bien envoyer au diable." Brief vom 11.12.1922, in: AN 362, AP 148.

[190] Für den Kampf gegen die Freimaurer an den Schulen vgl. Josse und Poitou-Duplessy am 6.12.1922, JO, Débats, Chambre, S.3881, für das *Institut catholique* vgl. das einheit-

tik, die unweigerlich den Konsens der liberalen Laizität in Frage gestellt hätte, wurde jedoch bewußt unterlassen[191].

Die RPS-Forderung und der lange Schatten der politischen Kultur innerhalb der liberal-konservativen Sammlung

Obwohl die schulpolitischen Konflikte als Indikatoren der kulturkampfartigen, weltanschaulich motivierten Auseinandersetzungen innerhalb der französischen Nation auch in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre nicht versiegten, gefährdeten sie die liberal-konservative Sammlung immer weniger. Dafür waren externe wie auch intrinsische Gründe ausschlaggebend. Als Papst Pius XI. während der alliierten Ruhrbesetzung eine kritische Note zur französischen Außenpolitik veröffentlichte, schlugen sich große Teile des französischen Katholizismus, allen voran die Nationalisten in der ERD um de Castelnau und Duval-Arnould, auf die Seite Poincarés: „Dans le domaine du dogme et de la discipline, je dois et je donne sans hésiter ma soumission au Saint-Père, dans le domain politique je regarde ma pleine et entière liberté."[192] Diese Argumentation, die der Unterscheidung zwischen *Temporalia* und *Spiritualia* folgte, entsprach bester liberalkatholischer Tradition und illustriert das Ende des Ultramontanismus der Vorkriegszeit. Zwar konnten dank der etablierten Botschaft größere Spannungen auf der internationalen Ebene vermieden werden, jedoch verhielt sich die Mehrheit der französischen Katholiken 1923 wie schon 1917: sie stellten das nationale Interesse über das päpstliche Anliegen[193].

Schon kurz zuvor hatte die ERD in einer für den außenpolitischen Kurs der Regierung Poincaré entscheidenden Sitzung im Juni 1923 für diesen gestimmt und dafür sogar einheitlich dem Wortlaut „respectueux des lois laïques" – d.h. unter Beibehaltung der Schulgesetze – des *ordre du jour* zugestimmt und damit ihre Revisionsansprüche, die hinter dem Prinzip der liberalen Laizität verborgen waren,

---

liche Votum der ERD am 24.1.1923 gegen einen *ordre du jour* Buissons; für die Landwirtschaftsschulen vgl. den ERD-Agrarexperten Alexandre Duval in: JO, Débats, Chambre, 17.11.1922, S.3238.

[191] Der katholische Senator de Las Cases, der die Vatikanbotschaft, das Kirchenstatut und die Tolerierung der Kongregationen als positive Errungenschaften des *Bloc National* lobte, mußte am 20.5.1924 dennoch feststellen: „Sans doute les légitimes revendications de l'Eglise en matière scolaire ont été méconnues, et c'est là un reproche capital à adresser à la législature défunte. Mais pouvait-on espérer de Poincaré une attitude qui eût constitué un reniement de tout son passé. Il a maintenu les lois religieuses ou antireligieuses par lui votées, mais il les a exécutées dans un esprit conciliant, libéral, de véritable neutralité." In: Ephémérides, S.203.

[192] Duval-Arnould in JO, Débats, Chambre, 6.7.1923, S.3217ff., dort auch die ganz ähnliche Rede de Castelnaus.

[193] Vgl. z.B. die Kritik Baudrillarts am Papst, der in diesen weltlichen Dingen schweigen möge: Eintrag vom 28.6.1923, Carnets, S.539-543. Baudrillart berichtet auch über den Ärger, den der Papstbrief in den Reihen der *modérés* hervorgerufen habe sowie von der Rede de Castelnaus, die in Rom getadelt wurde, Eintrag vom 1.10.1923, Carnets, S.627. Selbst der ultramontane katholische Senator de Las Cases hatte die päpstliche Haltung zu Beginn der Ruhrbesetzung in einem Brief an Guiraud vom 3.2.1923 kritisiert. In: AN 362, AP 149.

zurückgestellt[194]. Guiraud hatte erneut nicht davor zurückgeschreckt, die republikanischen Katholiken wie Bellet, dessen Rede die ERD auf den Poincaré-Kurs gebracht hatte, zu kritisieren, und hatte nach Veröffentlichung seines Artikels wieder einen empörten Brief von Paul Gay erhalten: „Votre position à vous est facile! Vous n'êtes pas dans la tranchée des Parlements."[195] Gays Anliegen, das Verhalten der katholischen Deputierten in *La Croix* erklären zu dürfen, wurde von Guiraud sogar abgelehnt. Damit war der Bruch im katholischen Lager endgültig vollzogen und die liberal-konservative Sammlung gerettet[196]. Auch die ehemaligen Anhänger eines intransigenten Katholizismus in der ERD hatten ihre Bindung zum konservativ-katholischen Lager und dessen *défense-religieuse*-Strategie nun aufgegeben. Genau dieses Verhalten war die tragfähige Basis der ERD, mit der sie auf gemeinsamen Listen mit den *républicains de gauche* in den Wahlkampf 1924 ziehen konnte.

Hatte es 1922–1924 die politische Opportunität der Katholiken erfordert, auf die RPS im Parlament zu verzichten, ohne sie prinzipiell aufzugeben, so bestand für sie die Hoffnung, daß die Wahlen 1924 eine Änderung des öffentlichen Klimas und damit eine breitere Mehrheit für diese Forderung bringen würden. Das Gegenteil war jedoch der Fall, denn mit dem Linkskartell kehrte vielmehr der Antiklerikalismus als kraftvolle politische Doktrin zurück. Die im Entstehen begriffene FR war damit im Zugzwang zu reagieren, wollte sie nicht die Katholiken aus ihren Reihen in das katholische Lager um die FNC des Generals de Castelnau abdriften lassen. Wir hatten bereits gesehen, wie der *Rapport* Soulier auf dem FR-Kongreß von 1925 ein wichtiger Meilenstein in der Einbindung religiöser Forderungen in das Programm der liberal-konservativen FR gewesen ist. Auf dem gleichen Kongreß stellte auch der Abgeordnete Join-Lambert einen *Rapport* zum Unterrichtswesen vor, der sich der Thematik annahm und staatliche Unterstützung auch für Privatschulen akzeptierte. Da das Thema immer noch heikel war und sich seit 1924 auch die FNC und die kirchliche Hierarchie für die RPS einsetzten[197], sollte die staatliche Zuteilung jedoch nicht sofort und proportional, sondern graduell und von Region zu Region verschieden erfolgen. Das eigentliche Ziel der FR wurde es, entsprechend ihres Regionalismusprogramms die Frage der Schulfinanzierung von der staatlichen auf eine regionale Ebene zu verlagern, um so eine unterschiedliche Lösung des Problems herbeiführen zu können. Beispielsweise sollten in Gegenden mit einer großen Dichte von Privatschulen, wie z.B. im

---

[194] JO, Débats, Chambre, 15.6.1923, S.2587ff. Wegweisend für das einheitliche Votum war eine Erklärung von Marcel Habert.

[195] Brief Gays an Guiraud vom 28.6.1923, in: AN 362, AP 148. Die Rede Bellets am 15.6.1923 in: JO, Débats, Chambre, S.2558–2562. Unter heftigen Protesten des Monarchisten Daudet betonte er: „La République, qui est définitivement établie dans ce pays, la République qui, de plus en plus, se confond avec la France moderne, qui nous a rendu, pour toujours, l'Alsace et la Lorraine [...]."

[196] Bezeichnenderweise bricht der Briefkontakt von Gay zu Guiraud von nun an bis 1926 ab.

[197] Mit unterschiedlichem Eifer im übrigen, da gerade die am Ausgleich mit der bürgerlichen Mitte interessierten Katholiken wie der General de Castelnau die RPS zwar forderten, sie aber nicht zur Kernforderung ihrer Agitation machten, wie ein Guiraud, vgl. Bonafoux-Verax, Fédération, S.159ff.

katholischen Westen, diese in den Genuß staatlicher Finanzierung kommen, eben weil sie oft mehr als 50% der Kinder aufnahmen. In katholischen Gebieten mit nur wenigen Privatschulen, wie z.B. in Lothringen oder der Franche-Comté, wo viele katholische Kinder die staatliche Schule besuchten, ging es der FR weniger um finanzielle Unterstützung der *écoles libres* als vielmehr um ein Recht der Eltern, in die weltanschaulichen Inhalte auf den Staatsschulen eingreifen zu dürfen[198]. Der Schwerpunkt des *Rapports* Join-Lambert lag daher nicht auf der Umsetzung des Prinzips der RPS, sondern auf einer pragmatischen Stärkung der Rechte katholischer Eltern in von Region zu Region verschiedener Weise.

Dieser pragmatische Ansatz war es schließlich auch, der die Vorschläge Join-Lamberts für die Gesamtpartei annehmbar machte. Dadurch, daß Join-Lambert das Wort RPS gezielt vermieden hat und sooft es ging von einer „Unterstützung der Familien an allen Schulen" sprach, konnte auf dem Kongreß und auch danach in der Presse eine emotionale Diskussion verhindert werden. Denn, und dies gilt es zu berücksichtigen, die FR hat mit diesem *Rapport de facto* eine Vorform der RPS in das FR-Programm aufgenommen und somit 1925 einen *progressistisch*-republikanischen Grundsatz über Bord geworfen[199]. Die neutrale Staatsschule ohne religiösen Unterricht war ja doch ein Grundpfeiler des ersten Laizisierungsschubes in Frankreich gewesen, den die damaligen *modérés* maßgeblich unterstützt hatten. Wenn sich Leute wie Marin oder Désiré Ferry daher auf den großen Kulturkämpfer Jules Ferry als Ahnherrn ihrer Partei beriefen, so war dies in dieser Hinsicht ein pures Lippenbekenntnis, denn sie hatten zugunsten der Katholiken ein Grundprinzip der staatlichen Laizität aufgegeben[200].

Obwohl die offizielle Parteilinie damit festgelegt war, hörte die RPS nicht auf, ein umstrittenes Element innerhalb der liberal-konservativen Sammlung zu bilden, ohne allerdings zersetzende Wirkung zu entfalten. Einige ihrer Kandidaten, die bei den Wahlen 1928 im Namen der FR und AD antraten, betonten ausdrücklich, daß sie diese Forderung im Parlament nicht unterstützen würden, um die Stimmen der laizistisch-republikanischen Wähler nicht zu verlieren. In manchen Fällen, wie dem des Kandidaten Baufle in Montbéliard, hing dies auch damit zusammen, daß ein großer Teil seiner Wählerschaft protestantisch war und eine Übervorteilung durch die zahlenmäßig stärkeren katholischen Schulen befürchtete[201]. Andererseits veröffentlichte das Presseorgan der ACCF-Verbände des Fundamentalkatholiken Guiraud, *Ecole et famille*, das Programm der FR zur RPS,

---

198 Der *Rapport* Join-Lambert findet sich in AN 317, AP 86. Begründet wurde die Forderung mit der „liberté d'enseignement" und den „droits de familles". Auch der *Rapport* Soulier war sehr vorsichtig in der Formulierung zu diesem Thema. Er forderte: „La répartition d'allocations de l'Etat aux Ecoles privées, selon le nombre de leurs élèves et de leurs succès". S. 14.

199 Sie wurde z.B. auch auf Drängen der katholischen Senatoren in das Programm der *FRS de Plateau Central* aufgenommen. Katholische Senatoren wie de Las Cases konnten die Doppelbelastung der katholischen Eltern durch Steuern und Privatschulen nicht akzeptieren. Vgl. Eintrag vom 13.12.1923, Ephémérides, S. 195.

200 Die FR war in dieser Hinsicht der Vorreiter einer Gesetzgebung, die nach dem Zweiten Weltkrieg erst dazu übergehen sollte, Privatschulen durch den staatlichen Haushalt zu unterstützen.

201 Vgl. Hoffmann, Konfession oder Klasse?, S. 409ff.

weil es als einziges neben dem der christlichen Demokraten wenigstens die Möglichkeit zur staatlichen Unterstützung der Privatschulen offen hielt[202]. Dies war zwar noch keine eigentliche RPS, veranlaßte aber Guiraud, unter Vorbehalten seine Mitglieder zur Wahl eines FR-Kandidaten zu ermuntern.

Daß die Schulpolitik als solche schließlich doch an parteisprengendem Konfliktpotential für die liberal-konservative Sammlung verloren hat, hing vor allem mit einer neuartigen Schuldebatte zusammen, die Mitte der 1920er Jahre von den Radikalen lanciert worden war. Diese wollten das Laizisierungswerk der Vorkriegszeit fortsetzen und nun auch die höhere Schulbildung, den *enseignement secondaire*, der bisher kein Staatsmonopol kannte, in einer *école unique* zusammenfassen. Jungen und Mädchen sollten bei ausreichender Qualifikation gleichermaßen und kostenlos in eine staatlich subventionierte Einheitsschule gehen. Diese als „Monopolisierung" des Unterrichtswesens verschrieene Maßnahme beunruhigte *progressistisch*-liberale wie katholische Vertreter gleichermaßen, weil sie das Recht der Familienväter auf freie Wahl der Schulbildung für ihre Kinder beschnitten sahen und überdies aus moralischen Gründen eine *coéducation* ablehnten[203]. Die eigentliche Motivation dürfte bei den beiden Vertretern jedoch unterschiedlich gewesen sein, ganz entsprechend ihrer ideengeschichtlichen Herkunft. So war es den Katholiken in der FR primär daran gelegen, die laizistische Staatsschule für die höhere Schulbildung abzuwehren und den verbliebenen Einfluß der *écoles libres* auf diesem Gebiet zu wahren[204]. Bei den *Progressisten* spielten weniger die religiösen, als vielmehr antietatistische – gegen den erforderlichen staatlichen Schulapparat – und sozialkonservative Argumente – zur Verteidigung der Rechte der *pères de familles* – die entscheidende Rolle[205]. Beide betonten, daß sowohl in der Frage der Privatschulen wie auch der *école unique* hauptsächlich ein Prinzip zu gelten habe: „le respect absolu des droits du père de famille". Als Ganzes erwies sich die liberal-konservative Sammlung daher einheitlich als konservativ, die am bestehenden Schulsystem ohne staatliche Sekundarstufe und seiner sittlichen Ordnung festhalten wollte.

Mit dieser Wahrung des schulpolitischen *Status quo* korrespondierte eine Überzeugung innerhalb der gesamten liberal-konservativen Sammlung, die nicht mehr

---

[202] Das FR-Programm für die Wahl 1928 war ein klassischer Fall von Täuschung: An keiner einzigen Stelle wurde die RPS wörtlich oder inhaltlich konkret erwähnt, sondern man beschränkte sich auf eine sehr allgemeine Aussage wie: „Liberté entière, pour le père et la mère, de diriger l'éducation et l'instruction de leurs enfants, conformément à leurs convictions religieuses et morales. L'Etat ne peut se substituer à la famille [...] soit matériellement, soit moralement." Vgl. *Ecole et Famille* vom Februar 1928. Der Unterschied zum ACCF-Programm wird in der darauffolgenden Märzausgabe der Zeitschrift deutlich: die RPS wurde dort überall als wichtigste Forderung erwähnt.

[203] So z.B. die *Correspondance Hebdomadaire* der FNC vom 29.9.1925, *Bulletin de l'ALP* vom 1.8.1926, *La Nation* vom 1.1.1927 und 5.2.1927. Die *progressistische Dépêche républicaine* betonte am 16.6.1926: „Nous sommes laïcs [...] mais étant en même temps républicains, nous nous gardons de prononcer aucune exclusive."

[204] Vgl. die Wahlkampfaussagen des *Bloc Républicain National du Bas-Rhin* und der URL 1924, in *La Revue d'Alsace et de Lorraine* vom Juni 1924, S. 141.

[205] So z.B. der Katholik Duval-Arnould in *La Nation* vom 8.1.1927: „Partisans convaincus et [...] défenseurs de l'école libre, nous sommes bien sûr, quoique prétendent nos adversaires politiques [...] pas du tout les ennemis de l'école publique".

die Stellung zur Religion, sondern die zur Nation in den Mittelpunkt der schulpolitischen Debatte rückte. So erachtete der Parteivorsitzende Louis Marin nicht mehr die weltanschaulich-kulturkämpferische Dimension der Schulfrage für entscheidend, die zwischen laizistisch und katholisch trennte, sondern allein die Erziehung der Schüler im Geiste des Nationalismus. Nicht die Schulart – *école unique* oder *école libre* – legte für ihn *a priori* die unterrichteten Leitvorstellungen fest, sondern die Lehrer. Da diese wiederum in den staatlichen Schulen sehr häufig die soziologischen Trägerschichten eines zum Sozialismus tendierenden Freidenkertums mit stark pazifistischen Zügen waren[206], hatte Marin gerade in ihnen seinen Hauptfeind ausgemacht[207]. Gegen sie richtete sich seine Forderung, daß den Schülern als erstes Ideal die französische Nation eingetrichtert werden müsse[208]. Da der *instituteur laïque* dies aber häufig versäume, hätte eine Ausdehnung des staatlichen Schulwesens auf die Sekundarstufe für Marin einen weiteren sozialistischen Unruheherd im Herzen der Nation geschaffen. Daher richtete sich die hauptsächliche Polemik der Parteizeitung *La Nation* nicht gegen die Institution der *école laïque*, sondern gegen die Lehrer, die dem „pazifistischen" und „internationalistischen" Umfeld zuzuordnen seien[209]. Dieses Protestpotential gegen den laizistischen Lehrer, nicht gegen die Staatsschule an sich, wuchs mit dem Beitritt der Lehrergewerkschaften zur CGT 1925 und deren Zusammenarbeit mit den Sozialisten (SFIO)[210]. Die Propagandisten der FR versuchten daher alles, die Kritik, die manche Katholiken noch an der Staatsschule aus weltanschaulichen Gründen hatten, in das Konfliktfeld zwischen Nationalismus und Pazifismus/Internationalismus zu kanalisieren und die schulpolitische Debatte ganz unter dem Banner der nationalen Größe zu führen. Der Kampf gegen die *école unique* wurde deshalb von der FR mit großer Härte geführt, weil er die internen Differenzen auf dem Gebiet der Schulpolitik überdeckte und gleichzeitig die nationalistischen Empfindsamkeiten bei *Progressisten* und Katholiken befriedigte. Man isolierte die sozialistisch-freimaurerischen Lehrer als antinationale Feindgruppe und ging sogar soweit, den antifreimaurerischen Kurs Mussolinis in seiner Schulpolitik zu loben[211].

Die Position der FR-Führung war es also, die Konfliktstellung des Kulturkampfes zwischen laizistischer und katholischer Schule zu neutralisieren und statt

---

206 Vgl. Girault, L'histoire du syndicalisme chez les instituteurs.

207 Beispielhaft ist hierfür der Skandal um den Abbé Hans in Lothringen, der von Kriminellen ermordet worden war, an dessen Grab aber der mit Marin verbündete Baron de Turckheim die sozialistische Lehrerschaft der *école laïque* für Kriminalität und Sittenverfall verantwortlich machte. Vgl. den Brief de Turckheims an Marin vom 2.1.1924, in: AN 317, AP 117.

208 *La Nation* vom 1.1.1927.

209 Man sprach von den sogenannten écoles rouges. Auch die katholische FNC hat diese Forderung übernommen: „Lutte contre l'introduction des doctrines syndicalistes et révolutionnaires à l'école laïque", vgl. *La Croix* vom 1.12.1925, und allgemein die Streitschrift von Henri Toussaint, L'école unique (1927).

210 So schrieb der katholische Nationalist Blaisot an Louis Madelin am 24.9.1940: „Le patriotisme a été bafoué par les maîtres à l'école. Les jeunes Français ont désappris qu'une patrie vaut que l'on meurt pour elle. Il faut remettre le culte de la patrie dans les âmes", in: AN 355, AP 5.

211 *Bulletin de la FR* vom 30.5.1925.

dessen die politische Ausrichtung der Lehrer als Kriterium der Auseinandersetzung einzuführen. Dies war einerseits sicherlich eine Taktik, die kaum nachlassende Debatte um die Schule, die in Frankreich ja bis heute mit sehr großem gesellschaftlichen Zündstoff versehen ist, auf ein Gebiet zu kanalisieren, wo die liberal-konservative Partei einig war. Dieses Gebiet war der Nationalismus[212]. Andererseits drückte diese Haltung nicht nur eine Taktik, sondern auch eine politische Grundüberzeugung aus. Selbst der URD-Fraktionschef Edouard de Warren, der sehr eng mit dem organisierten Katholizismus verbunden war, distanzierte sich von den intransigenten Kräften im katholischen Lager, die auch 1928 noch immer auf ein Verschwinden der *école publique* hinarbeiteten[213]. Das Werk Ferrys – die *école publique* – war also unbestrittener Konsens in der liberal-konservativen Partei, auch wenn man ab 1925 die katholische Forderung von der RPS ins Parteiprogramm übernommen und das Prinzip der Laizität damit eingeschränkt hatte. Was 50 Jahre früher noch als ein undenkbarer Kompromiß aus „linken", d. h. liberalen, und rechten, d. h. konservativ-katholischen Vorstellungen hätte erscheinen müssen, war nun denkbar, da sich die gesellschaftlichen Konfliktlinien verschoben hatten. Das Spannungsfeld von *Droite* und *Gauche* hörte zwar auch in der Schulfrage nicht auf zu existieren, die FR setzte jedoch alles daran, es durch die Polarisierung Nationalismus/Pazifismus zu ersetzen[214].

5. Zusammenfassung

Trotz der enormen sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Veränderungen, die der Erste Weltkrieg in Frankreich ausgelöst hatte, blieb die religiöse Frage, d. h. der Konflikt zwischen einer laizistischen Zivilstaatlichkeit und der katholischen Weltanschauung auch in den 1920er Jahren virulent. Um die liberalen *Progressisten* und die Katholiken im Interesse einer bürgerlich-nationalen Partei zu bündeln, mußte innerhalb von ERD und FR ein Ausgleich bzw. eine Verständigung zwischen beiden Traditionen herbeigeführt werden. Die Analyse hat gezeigt, daß am Anfang dieses Ausgleichs das Bekenntnis zur *liberalen Laizität* stand, wie es vom *Bloc Républicain National de la Seine* ausgehandelt worden war. Obwohl dieser Kompromiß bis zum Jahre 1925 der liberal-konservativen Samm-

---

212 Eine Notiz aus dem Jahre 1924 beweist, daß Marin eine Interpellation in der Kammer zur Ermordung des Abbé Hans in Lothringen allein aus nationaler, nicht aus katholischer Sicht behandeln wollte, um den religiösen Inhalt durch einen nationalen zu übertünchen: „Cette interpellation est, en effet, extrêmement dangereuse, parce qu'elle roule sur l'un des points les plus délicats de la politique nationale [...] Il ne faut plus laisser la bataille s'engager sur la seule question de cléricalisme, mais il faut la porter intentionnellement sur le point véritablement vivant, qui est celui de l'enseignement national", in: AN 317, AP 117.

213 Brief de Warrens an Marin vom 13. 8. 1928: „Dassonville va alors beaucoup trop loin et veut supprimer l'école laïque, pour n'avoir plus que des écoles libres subventionnés. Nous ne sommes pas en Amérique. Ayons une école publique qui ne soit pas laïque dans le mauvais sens du mot", in: AN 317, AP 183.

214 Auch der *mouvement gaulliste* sollte im übrigen nach 1948 über diese Frage stets gespalten sein. Vgl. Rémond, Forces religieuses et attitudes politiques, S. 84f.

lung zugrundelag, war er doch äußerst problematisch, da sein Inhalt zu keinem Zeitpunkt fest definiert war und er lediglich auf einem *quieta non movere* gründete. Die Interpretationen schwankten zwischen einer liberalen Anwendung der Laizität und einer unausgesprochenen Revision derselben, was in mehreren Abstimmungen darüber zum Auseinanderbrechen der ERD-Fraktion führte.

Aus diesem Grund wurde es für die liberal-konservative Sammlung wichtig, den Begriff der liberalen Laizität mit Inhalten zu füllen, d.h. konkrete Vorschläge zu machen, was darunter zu verstehen sei. Deshalb gab es früh schon zwei Programmpunkte, die mit besonderem Nachdruck von der ERD vorgebracht worden sind: Die Einrichtung einer Botschaft am Vatikan und die Autorisierung der Missionskongregationen. Beides konnte mit außenpolitischen Motiven begründet werden, kam aber innerhalb der Fraktion den Katholiken auf ihrem weltanschaulichen Gebiet entgegen und trug so zur Kohäsion der Gruppe bei. Dies war notwendig, da andere konkrete Punkte der liberalen Laizität, das Kirchenstatut und die RPS, keine gemeinsame Position der *Progressisten* und Katholiken ermöglichten. In den Verhandlungen um das Kirchenstatut war es der ERD mit tatkräftiger Mithilfe Kardinal Baudrillarts gelungen, eine öffentliche oder gar parlamentarische Debatte darüber zu verhindern, während gleichzeitig der Papst den intransigenten französischen Episkopat zur Annahme der *associations diocésaines* bewegen konnte. In der RPS-Debatte konnte jedoch zu keiner Zeit ein wirklicher Konsens gefunden werden. Im Gegenteil, die Anträge zur RPS von Paul Gay brachten die ERD bis 1922 in höchste Bedrängnis, die erst vor dem Hintergrund der nationalen Außenpolitik Poincarés nachließ. Aber auch später, im Programm der FR, wurde die RPS, ohne beim Namen genannt zu werden, durch die Hintertür eingeführt, wobei viele eher nach links tendierende Kandidaten die Forderung nicht akzeptierten[215].

Die endgültige Kompromißlinie der liberal-konservativen Sammlung und die Definition der liberalen Laizität wurde 1925 in einem vom reformierten Pastor Soulier ausgearbeiteten religiösen Programm festgeschrieben, das als ein Mittelweg zwischen laizisistsch-zivilstaatlichen und fundamentalkatholischen Positionen bezeichnet werden kann. Während die Kirchentrennung und das Prinzip der Laizität grundsätzlich anerkannt wurden, sollte allen Kongregationen, nachdem sie vom Linkskartell mit Auflösung bedroht waren, die volle Vereins- und Unterrichtsfreiheit (Revision der Gesetze 1901 und 1904) gewährt werden. Auch die

---

[215] Es sei an dieser Stelle erwähnt, daß die staatliche Unterstützung für Schüler auf Privatschulen auch nach dem Zweiten Weltkrieg nicht an Brisanz verlor, eben weil in einigen Gebieten des Westens mehr als die Hälfte der Kinder katholische Privatschulen besuchte. Die *Loi Barangé* vom 21.8.1951 hatte die gleiche staatliche Unterstützung für jeden Schüler, also auch für die auf Privatschulen, festgelegt und damit der althergebrachten katholischen Forderung Genüge getan. Die Regierungskoalition der sogenannten *Troisième Force* aus SFIO, MRP, CNIP und Radikalen war jedoch darüber zerbrochen, weil Radikale und SFIO das Prinzip der Laizität bedroht sahen, vgl. Mayeur, Question laique, S. 181-190. Auch Mitte der 1960er Jahre scheiterte die geplante Allianz aller sozialmodernisierenden Parteien aus SFIO, Radikalen, MRP und Liberalen (*Fédération démocrate et socialiste*) gegen Gaullisten und Kommunisten genau an diesem Thema, weil die Sozialisten die *Loi Barangé* abschaffen, der MRP sie sogar ausbauen wollte, vgl. Taris, L'échec de la grande fédération démocrate et socialiste, S. 149.

neu gebildeten kirchlichen Kultusvereine sollten über größtmögliche Freiheiten zum Eigentum- und Kapitalerwerb verfügen können. Ein Kennzeichen dieses Programmes ist es daher gewesen, das Prinzip der Kirchentrennung nicht aufzugeben, in einzelnen Fällen jedoch Änderungen zugunsten der Kirchen vorzunehmen. Damit unterschied sich die FR deutlich von allen benachbarten republikanischen Parteien, mit Ausnahme des im Entstehen begriffenen PDP. Ferner galten sowohl die Vatikanbotschaft wie auch der religionspolitische Sonderstatus Elsaß-Lothringens als unantastbar. Obwohl in der Frage der RPS keine wirkliche Einigung erzielt werden konnte, blieb dieses Programm die Basis des Konsenses aus *Progressisten* und Katholiken bis zum Ende der Dritten Republik.

Die besondere Schwierigkeit der Kompromißfindung resultierte für die liberal-konservative Sammlung daraus, daß eine schlichte Abmachung in dieser die politische Kultur betreffenden Frage, wie z.B. zwischen Piou (ALP) und Carnot (AD) 1919, auf die Dauer nicht ausreichte. Derartige Abmachungen zwischen Politikern zogen immerzu eine Reaktion auf Seiten der republikanisch-laizistischen und der katholischen Subkultur nach sich, die das Abgemachte wieder in Frage stellten. Es konnte gezeigt werden, wie die Forderungen aus den Reihen des Episkopats, der fundamentalkatholischen Presse und des Sozialkatholizismus die liberal-konservative Sammlung immer wieder in Schwierigkeiten brachten, da sie den innerparteilichen Konsens torpedierten. Solange die Basisorganisationen von Laizisten und Katholiken den Kulturkampf auch in den 1920er Jahren fortsetzten, war die Mittelposition der ERD/FR daher äußerst gefährdet. Liberal-konservative Politiker versuchten zwar stets, den Kulturkampf hin zu einer Auseinandersetzung zwischen Nationalisten und Pazifisten zu verschieben, indem sie z.B. auf die Rolle der Kongregationen für das Kolonialreich oder die patriotische Erziehung in den Privatschulen hinwiesen, um so die Katholiken aus der klerikalen Klammer zu lösen. Es gelang ihnen jedoch in den 1920er Jahren nur selten, die beiden traditionellen politischen Kulturen vollständig zu neutralisieren. Die FR steht daher in einer Tradition des liberalen Katholizismus, der es, seit seiner Entstehung in den 1830er Jahren, stets schwer gehabt hatte zwischen den beiden wie Mühlräder funktionierenden politischen Kulturen der *Droite* und der *Gauche*. Immerhin, der Erste Weltkrieg hatte die fundamentalkatholische Bastion der *Droite* aufgelöst und viele Katholiken zu national denkenden Republikanern werden lassen, die den Anspruch der katholischen Weltanschauung, auch im politisch-gesellschaftlichen Feld Einfluß nehmen zu können, aufgegeben hatten. Deshalb konnte es gelingen, diese freiwerdenden Kräfte in einer Art französischer Tory-Partei einzubinden. Die Anbindung dieser liberal-katholischen Kräfte an die katholische Subkultur und Substruktur verhinderte jedoch ein glattes und konfliktfreies Eintreten in die liberal-konservative Sammlung, weshalb es zu den oben beschriebenen Konflikten und Erschütterungen kam.

VII. Die liberal-konservative Sammlung in der Politik der 1920er Jahre: Parlamentarische Aktion und Parteigenese

1. Politisches Handeln I: Zusammensetzung und politische Aktion der ERD 1919–1924: Die ERD im „Chambre Bleu Horizon"

Hatten die vorangegangenen Kapitel zu zeigen versucht, warum, d.h. auf welchen programmatischen und ideologisch-weltanschaulichen Gebieten die liberal-konservative Sammlung entstehen konnte, so wird sich dieser Abschnitt nun ausschließlich dem „wie", d.h. den politischen Handlungsformen und der Parteigenese widmen. Dafür soll zunächst die ERD als parlamentarische Fraktion im Zentrum des Interesses stehen, d.h. ihre politische Strategie, ihre Träger und auch ihre internen Probleme. Gerade im letzten Kapitel wurde bereits ein bedeutendes Feld ihrer internen Spannungen, die religiöse Frage, behandelt, weshalb der Fokus im folgenden eher auf andere Konfliktfelder gelenkt werden wird. In einem zweiten Abschnitt wird die Mobilisierungsphase des bürgerlich-nationalen Lagers ab 1924 untersucht werden, als aus der liberal-konservativen Fraktion im Parlament auch eine politische Partei, die *Fédération républicaine de France (FR)*, wurde und damit die lockere Organisationsform der *modérés* aufgegeben wurde. War diese kurzzeitig zwischen der *Ligue Millerand* und der *Fédération Nationale Catholique* des Generals de Castelnau eingekeilt, konnte sie später doch deren Mobilisierungserfolge abschöpfen und zu sich kanalisieren. Der letzte Abschnitt wird sich sodann den Jahren 1926–1928 widmen, wo die Teilnahme der FR an einer breiten Regierungskoalition der *Union Nationale* zu heftigen internen Spannungen in der Partei, vor allem mit den jungen Abgeordneten und den Departementalverbänden, geführt hat.

Hochburgen und soziale Zusammensetzung der ERD

(I) Bei der bisherigen Erörterung ist die historische Relevanz regionaler Prägungen und Kulturen weitgehend ausgeblendet worden. „Progressistisch-liberal" und „katholisch-konservativ" wurden als für ganz Frankreich geltende, idealtypische Strömungen verstanden, die als die Grundtriebkräfte der liberal-konservativen Sammlung gelten konnten. Ohne diese im allgemeinen richtige Aussage nun in Frage stellen zu wollen, muß doch für ein näheres Verständnis der liberal-konservativen Sammlung wenigstens eine kurze Erörterung der regionalen Spezifika ihrer Mitglieder in Angriff genommen werden[1]. Mit anderen Worten soll nun ver-

[1] Sie basiert im wesentlichen auf den wertvollen statistischen Auswertungen zu den Wahlen 1919 von Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 886, Sanson, Alliance Démocratique, S. 540f.,

sucht werden, die parlamentarische Zusammensetzung der ERD und die Herkunft ihrer Abgeordneten in Verbindung mit den regional unterschiedlichen Milieus zu bringen, aus denen die Abgeordneten stammten. Bei dieser notwendigerweise nur in groben Skizzen möglichen Analyse werden soziale und religiöse Signaturen derjenigen Regionen und Departements betrachtet werden, in denen die ERD besonders erfolgreich war. Die Analyse kann sich dabei auf eine zunehmende Erforschung von Wahlverhalten und sozialkulturellen Prägungen auf der Mikroebene von Kantonen oder der Mesoebene von Departements stützen[2]. Diese sozialkulturellen Prägungen sollen im folgenden jedoch nicht automatisch als politische Orientierungen interpretiert werden, sondern lediglich als bestimmende Faktoren für die Entwicklung eines speziellen, für eine Region typischen politischen Klimas. Obwohl Frankreich seit dem ausgehenden Mittelalter ein einheitliches Staatsgebilde war, hatten sich doch bis weit in das 20. Jahrhundert hinein Temperamente und mentale Signaturen der Regionen erhalten und auf die nationale politische Ebene ausgestrahlt[3]. Ihre Eingliederung in eine homogene politische Parteienlandschaft war schwierig und langwierig und spiegelt den Akkulturationsprozeß der Regionen selbst in den französischen Nationalstaat wider. Bei einer liberal-konservativen Partei, die sich vor Ort aus den traditionsbewahrenden Elementen rekrutierte, mußte das Gewicht des Regionalen daher besonders hoch und von erheblicher parteipolitischer Relevanz sein.

Beginnen wir mit dem Gebiet Frankreichs, das auf Grund seiner landwirtschaftlichen Prägung, seiner Dominanz durch den grundbesitzenden Feudaladel und seiner tiefen katholischen Volksfrömmigkeit stets als Paradefall des französischen Konservativismus angeführt wird: der Westen, d.h. die Bretagne und das untere Ende der Loire. Seit dem maßgeblichen Werk von André Siegfried über die sozialen, ökonomischen, kulturellen und religiösen Strukturen im französischen Westen ist die Sonderrolle dieses Gebietes auch in einer wissenschaftlichen Form erwiesen. Der bretonische Westen bildete jedoch nicht nur objektiv eine „Welt für sich", sondern die Bretonen waren sich auch subjektiv ihrer Sonderrolle bewußt und hatten ein eigenes kollektives Bewußtsein entwickelt, das den unitarischen und zentralisierenden Tendenzen des französischen Republikanismus diametral entgegenstand[4]. Die traditionelle Bewirtschaftung, das vom Adel beherrschte

---

und einigen Informationen bei Joly, Dictionnaire. Die Listenanalyse von Rousselier, Phénomène, S. 33f., ist zwar hilfreich, bringt jedoch keine detaillierten Angaben zu der genauen Verortung der Kandidaten.

[2] Die beiden klassischen Werke sind immer noch Siegfried, Tableau politique de la France de l'Ouest (1913), und ders., Géographie électorale de l'Ardèche (1949). Auch Siegfried geht von regional unterschiedlichen „tempéraments" aus, die die Region charakterisierten. Die weitere Literatur wird bei der jeweiligen Region genannt werden.

[3] Hierfür können z.B. die Unterschiede im Sozialismus stehen, der mit Jaurès aus dem Süden eine humanitäre Aufladung hatte, während Guesde im Norden sich eher an den dogmatischen Marxismus deutscher und belgischer Prägung anlehnte. Derartige Unterschiede bestanden auch bei den Radikalen, z.B. zwischen den eher pazifistisch-freimaurerisch orientierten Radikalen im Umkreis der *Dépêche de Toulouse* und den eher nationalliberal ausgerichteten Radikalen nördlich der Loire.

[4] Man sollte deshalb nicht automatisch von einer „rechten" Kultur, sondern eher von einer „eigenen" Kultur sprechen. Sie war geprägt durch ein eigenes Geschichtsbild und -be-

Pachtsystem sowie die geringe Siedlungsdichte bewirkten, daß die Departements von der Vendée über Finistère bis zur Mayenne Hochburgen des Monarchismus und in dessen Gefolge des Katholizismus wurden – der *Blancs* –, wenngleich sich in manchen Hafenstädten auch ein republikanisches Bürgertum (*Bleus*) herausbilden konnte. Die Gegenüberstellung von *Blancs* und *Bleus*, d.h. von katholisch-konservativen Aristokraten und liberalkatholischem Bürgertum beherrschte auch die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg und schloß eine Annäherung aller sozialkonservativen Kräfte aus. Typisch war vielmehr ein konservativ-katholisches Lager, das sich in der Zusammenarbeit der Abgeordneten de Mun (ALP) und de Lamarzelle (*Droite*) widerspiegelte[5]. Da sich an der sozialkulturellen Grundlage auch nach dem Ersten Weltkrieg wenig änderte, blieb der Westen eine konservative Hochburg, in die die liberal-konservative Sammlung, mit ihrem Anspruch Republik und Katholizismus zu verbinden, nur mühsam eindringen konnte[6].

So standen sich in den klerikal dominierten Departements Finistère und Côtes-du-Nord 1919 wie schon 1914 *Blancs* und *Bleus*, d.h. Monarchisten und *républicains de gauche* gegenüber, die keinen Platz für *Progressisten* und liberale Katholiken ließen[7]. Im benachbarten Ille-et-Vilaine kam es sogar zu dem kuriosen Fall, daß sich zwei *Progressisten* auf einer Listenallianz mit den *républicains de gauche* einschrieben, gegen eine Liste der *Droite* aus Monarchisten und ALP. Im Parlament saßen die beiden *Progressisten* jedoch gemeinsam mit den beiden ALP-Mitgliedern, die auf der rechten Konkurrenzliste kandidiert hatten, in der ERD-Fraktion![8] In manchen Gebieten wie in Maine-et-Loire, Morbihan und der Vendée gelang es der liberal-konservativen Sammlung jedoch auch, durch eine feste Struktur dem bipolaren Spannungsfeld zu entkommen und eine gemeinsame Liste mit der *Droite* zu bilden – mit großem Erfolg im übrigen. Sie profitierte dabei einerseits vom Rückgang des Pachtwesens und dem Aufstieg einer selbstständigen Bauernschaft 1918/19 und andererseits der endgültigen Akzeptanz der Republik bei Tei-

---

wußtsein (Angelpunkt Vendéeaufstand), eigenen Riten (katholischer Kalender), den bretonischen Katechismus und die hohe soziale Autorität des Pfarrers und des Schloßherrn, der zugleich der größte Grundbesitzer war. Vgl. grundsätzlich Lagrée, Religion et cultures en Bretagne.

[5] Grundlegend Siegfried, Tableau politique de la France de l'Ouest, S. 361–380, 389ff., 407–411 und 427–441. Für den katholischen Adel in Nantes: Bourreau, Monarchie et modernité; für das von Reaktionären dominierte katholische Lager vgl. Joly, Dictionnaire, S. 596, Ford, Creating the Nation in Provincial France, und Denis, Royalistes, S. 509ff. und 530ff.; auch die neue Arbeit von Patrick, Les Bretons et la République, bestätigt den Befund von den ländlichen Wahlkreisen, die von Aristokratie und Klerus dominiert wurden, während die Städte Mehrheiten für die Republikaner brachten.

[6] Brief de Lamarzelles an Guiraud vom 6.1.1919: „J'ai réussis à maintenir l'union des catholiques jusqu'au bout. Ce qui se passe en Vendée me paraît inoui." Der Bruch von *conservateurs* und *républicains libéraux* kam erst 1923, Brief an Guiraud vom 19.10.1923, beide in: AN 362, AP 149.

[7] Vor allem im Léon dominierte ein Priesterkollegium die ländlichen Wahlbezirke, vgl. Anderson, Conservative Politics, S. 100.

[8] Die beiden *Progressisten* waren René Brice und Fernand Marçais, die im Gefolge von Alexandre Lefas die Allianz mit der *Droite* verweigerten. Von dieser saßen der Comte de La Riboisière und Poussineau bei der ERD.

len des Klerus und der Aristokratie[9]. Im Departement Maine-et-Loire vermochten es die beiden *Progressisten* Monprofit und de Grandmaison sogar, alle antiradikalen und antisozialistischen Kräfte auf einer gemeinsamen *Bloc-National*-Liste zu vereinen. Im Departement Mayenne, einer katholisch-konservativen Hochburg der grundbesitzenden Aristokratie, wurde auf Betreiben der *Progressisten* Duboys-Fresney und Dutreil eine Kandidatur des Vorsitzenden der *Action Française*, Bernard de Vesins, verhindert, zum großen Ärger der royalistischen Aristokraten, die nur auf Drängen des Bischofs von Laval von einer Kampagne gegen die *Bloc-National*-Liste abließen[10]. Zusammenfassend kann man sagen, daß sich das konservativ-katholische Lager im Westen zumindest in Teilen 1919 zu erodieren begann und sich eine liberal-konservative Sammlung als Amalgam aus *Bleus* und *ralliierten Blancs* auch vor Ort entwickeln konnte. Sie stellte zunehmend ihre Eigenständigkeit unter Beweis, brach sogar bisweilen ihre Allianz mit den Monarchisten und repräsentierte alle sozialkonservativen Kräfte – bäuerliche, bürgerliche und adlige – die die Republik als endgültige Staatsform akzeptiert hatten[11].

Einen wahren Triumph konnten die liberal-konservativen Kräfte in der Normandie erringen. Die Region war in sehr viel stärkerem Maße als die Bretagne von einer unabhängigen Bauernschaft und einem Handelsbürgertum geprägt, das bereits vor 1914 für sozialkonservative und nationalistische Parolen empfänglich war[12]. Dieses „bonapartistische" Temperament, das sich im Bürgertum der normannischen Städte und auf dem Land erhalten hatte, vereinbarte Vorstellungen von nationaler Größe, traditioneller Moral und einer besitzenden Bürgergesellschaft, ohne den Einfluß des Adels oder der Kirche zu akzeptieren. Bereits vor 1914 hatten sich Vertreter dieser politischen Richtung wie Camille Blaisot oder Ernest Flandin von der ALP entfernt, da sie deren ultramontanen Charakter nicht mittrugen. Das nationale Versöhnungsklima und die Ankündigung einer Stärkung des Präsidenten fielen 1919 daher in den „bonapartistisch" geprägten Gebieten auf fruchtbaren Boden, und liberal-konservative Listen konnten in allen normanni-

---

[9] Beispiele für den Erfolg der liberal-konservativen Sammlung mit rechten Listen: Mayenne: drei von vier Kandidaten der Rechten stießen zur ERD, darunter César Chabrun, in der Sarthe vier von sechs der Rechten, in Morbihan drei von vier, in der Vendée zwei von sechs. Ausnahme war die Loire-Inférieure, wo sich nur der Industrielle Delafoy bei der ERD einschrieb, die anderen bei den Monarchisten. Als wesentlich erwies sich, daß in diesen Gebieten bereits eine Vorkriegsstruktur des liberalen Katholizismus existierte, der sich von der *Droite* gelöst hatte. Für liberale Vorkriegsstrukturen in Maine-et-Loire vgl. Joly, Dictionnaire, S. 584. Zur Kritik der Monarchisten an der Allianz mit den *Progressisten* in Morbihan vgl. den Ausschluß de Lamarzelles aus dem Royalistenkomitee, Eintrag Baudrillarts vom 25. 10. 1919, Carnets, S. 299.

[10] Denis, Royalistes, S. 519ff. Statt Vesins wurden die liberalen Katholiken César Chabrun und de Montjou auf die Liste genommen, was erneut 1921 zu heftigen Unruhen bei der Aristokratie führte, als Chabrun in der Kammer die *lois scolaires* der Republik öffentlich anerkannte.

[11] So z. B. durch die Gründung der *Fédération républicaine de la Vendée* 1922 durch de Tinguy.

[12] Papet, Cléricaux et anticléricaux dans l'arrondissement de Senlis, Chaline, Des catholiques normands. Für die bonapartistische Tradition, die ab 1904 in die ALP einfloß, vgl. Quellien, Bleus, Blancs, Rouges, S. 169 (Ernest Flandin) und 200–206, sowie Fuller, Belle Époque French Nationalism.

schen Departements, z.T. ohne Allianzen mit anderen Kandidaten, große Erfolge erzielen: Im Calvados stellte die ERD sieben von sieben, in der Eure sechs von sechs, in der Orne drei von vier Abgeordneten, von denen die meisten aus dem nationalistisch-bonapartistischen Milieu kamen, das sich mit dem Krieg nun vollends an die Republik *ralliiert* hatte[13]. Lediglich in den stark industrialisierten Departements Manche und Seine-Inférieure mußten liberal-konservative Kandidaten eine Listenverbindung mit der gemäßigt liberalen AD eingehen, um gegen die sozialistischen Listen eine Chance zu haben. Die Basis des Wahlerfolgs der liberal-konservativen Sammlung in der Normandie war also sozialgeschichtlich die Vereinigung von Bauernschaft und Bürgertum, die beide von der sozialkonservativen und nationalistischen Programmatik der ERD-Kandidaten angesprochen wurden. Das Beispiel Normandie zeigt, wie sehr die von Rémond hervorgehobene „bonapartistische" Grundströmung innerhalb der französischen Rechten während der 1920er Jahre in die ERD/FR eingeflossen ist.

Der Nordosten Frankreichs war, wie auch schon die Bretagne, im Grunde ein schwieriges Gebiet für die liberal-konservative Sammlung. Eine vor allem in der flandrischen Grenzregion stark verankerte Religiosität hatte vor 1914 zu einer scharfen Zuspitzung des Konflikts zwischen Republikanern und Katholiken geführt und ein sehr fest organisiertes konservativ-katholisches Lager hervorgebracht[14]. Versuche eines Abbé Lemire, einen liberal-republikanischen und sozialen Katholizismus zu verbreiten, blieben gleichermaßen außergewöhnlich und isoliert[15]. Die Virulenz des Kulturkampfes überschnitt sich mit der zunehmend wichtigeren sozialen Frage, da der *Nord* mit Lille-Roubaix-Tourcoing eines der industriellen Zentren Frankreichs darstellte. Die katholische Unternehmerschaft versuchte mit Hilfe sozialkatholischer Initiativen die Arbeiterschaft an sich zu binden und dem entstehenden Sozialismus das Wasser abzugraben, distanzierte sich also nicht wie in anderen Gebieten vom konservativ-katholischen Lager. Die Zementierung der Blöcke von *Droite* und *Gauche* verhinderte infolgedessen auch bei den Wahlen 1919 eine *Bloc-National*-Liste; es blieb vielmehr die Gegenüberstellung einer katholischen (mit Plichon und Grousseau), einer republikanisch-radikalen (mit Daniel-Vincent) und einer sozialistischen Liste bestehen, die kaum Platz für einen liberal-konservativen Kandidaten ließ. Lediglich im zweiten Sektor des Pas-de-Calais, einem eher ländlichen Wahlbezirk, gelang es dem liberalen

---

[13] Beispiele sind die langjährigen FR-Abgeordneten Join-Lambert (Eure) und Camille Blaisot (Calvados), die in Fortführung einer bonapartistischen Tradition 1925 die *Ligue des Patriotes* in ihrem Departement wieder aufbauten. Vgl. Joly, Dictionnaire, S.546 (Eure) und 528 (Calvados). Für den Erfolg der *Droite républicaine* im ländlichen Milieu und den bürgerlichen Stadtvierteln vgl. Quellien, Bleus, Blans, Rouges, S.264ff., 300-304 und 321ff.

[14] Der Streit um die *inventaires* hatte immerhin im flandrischen Boeschèpe ein Todesopfer gefordert. Auf Grund der starken katholischen Organisation (ACJF, LDPF, etc.) spricht Cholvy sogar von einer *contre-société catholique*, in: ders./Hilaire, Histoire religieuse, S.192.

[15] Über Probleme Lemires mit der ALP Mayeur, Abbé Lemire, S.106ff. und 300ff. Lemire hatte die ALP als „une sorte de parti catholique alimenté par tous les braves prêtres et excellents chrétiens qui sont toujours prêts à refaire l'union conservatrice"(ibidem, S.301), bezeichnet. Über die Wahlen 1919 vgl. S.541ff.

Katholiken Lefebvre du Prey, dem späteren ERD-Minister, eine gemeinsame Liste mit den *républicains de gauche* einzugehen und sich so seinen Wahlsieg zu sichern. Die Konsequenz aus der anhaltenden Gegenüberstellung von *Droite* und *Gauche* war jedoch, daß sich von 44 möglichen Abgeordneten nur drei bei der ERD einschrieben, während die anderen entweder zu den rechten *Indépendants* oder zu den republikanischen Gruppierungen der Mitte gingen. Weil das katholische Patronat die Arbeiterschaft mit Hilfe eines sozialkatholischen Programms für seine Kandidaten gewinnen wollte und das städtische und ländliche Handwerk und Gewerbe weiter radikalrepublikanische Kandidaten unterstützte, setzte sich die weltanschauliche Dichotomie der Vorkriegszeit fort. Obwohl der Nordosten auf Grund seines hohen Industrialisierungsgrades eigentlich ein ideales Terrain für eine bürgerlich-nationale Sammlung wie die ERD hätte sein müssen, konnte sie dort erst nach 1924 und nur langsam Fuß fassen[16].

Picardie, Ardennen und Lothringen bildeten hingegen ein günstigeres Gebiet für die liberal-konservative Sammlung. Vor 1914 hatte sich der Katholizismus dort weniger zu einem Lager verdichtet als im Nordosten und war bis in die Reihen des Episkopats hinein stark nationalistisch geprägt. Ähnlich wie in der Normandie herrschte auch in diesen Gebieten ein kleines und mittleres Bauerntum auf dem Lande vor, während die Städte zunehmend vom sozialen Konflikt zwischen dem Bürgertum in Handel und Gewerbe und einer entstehenden Arbeiterschaft gekennzeichnet waren. Die Nähe zur deutschen Grenze und die Erinnerung an den deutschen Vormarsch 1870/1 machten aus diesen Regionen, vor allem Lothringen, Bastionen des Nationalismus – mit Hochburgen in Nancy oder Amiens – wo dieser früh die politische Mentalität der Bevölkerung beherrschte und selbständige Formen der Organisation hervorbrachte[17]. Alle drei Regionen waren heftig vom Kriegsgeschehen mitgenommen worden und standen 1919 vor einer ökonomischen Katastrophe. Dies und die Erfahrung feindlicher Besatzung hatte in großen Teilen der Bevölkerung einen Konsens hervorgebracht, der im Zeichen des Wiederaufbaus die alten weltanschaulichen Divergenzen vergessen machen wollte. Daher kam es in den Departements Somme, Aisne, Orne, Ardennes, Haute-Marne, Meuse, Meurthe-et-Moselle und Vosges zu großen Koalitionen, die wie der *BNR de la Seine* von der bürgerlichen Mitte bis ganz rechts reichten. Diese Koalition aller sozialkonservativ-nationalen Elemente, die sozialgeschichtlich das linksliberale Kleinbürgertum in Handel und Gewerbe, die *bourgeoisie catholique* und die Bauernschaft bis zur landsässigen Aristokratie umfaßte, hatte durchweg Erfolg und ermöglichte vielen Kandidaten den Einzug in die Kammer, die

---

[16] Eine besondere Rolle sollte dabei der Neffe des FR-Gründers Motte, Fernand Motte, spielen, der es zwischen 1924 und 1926 schaffte, eine *Entente républicaine* auf die Beine zu stellen, der der Fundamentalkatholik Grousseau genauso angehörte wie die liberalen Katholiken Plichon und Vandame sowie einige *républicains de gauche*.

[17] Dieser Nationalismus konnte republikanisch sein, wie im Falle eines Méline, Ferry oder Poincaré, oder katholisch, wie im Falle eines Driant oder de Ludre. Es lag ihm aber derselbe Grundgedanke von der Nation als höchstem Wert zu Grunde. Vgl. Barral, L'Esprit lorrain, S. 96–103, Joly, Dictionnaire, S. 590–595, sehr ausführlich und gut dokumentiert Eck, Louis Marin, passim, Serman, The Nationalists of Meurthe-et-Moselle, über Bar-le-Duc (Meuse) vgl. George, „Provinciaux", S. 122–126.

sich bei der ERD einschrieben. Am markantesten war das Departement Meurthe-et-Moselle, das mit dem späteren Parteivorsitzenden Louis Marin, dem Stahlindustriellen de Wendel, dem Großgrundbesitzer de Warren und dem hochdekorierten Kriegsveteran Désiré Ferry vier ERD-Abgeordnete stellte – neben drei bürgerlichen Linksliberalen –, in denen sich die soziale Zusammensetzung der liberal-konservativen Sammlung, wie noch zu zeigen sein wird, *en miniature* abgebildet hat.

Es wurde bereits darüber gesprochen, daß ein wesentliches Merkmal der ERD die Aufnahme der katholischen Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen gewesen ist. Die konfessionelle Sonderprägung und die Anbindung an das Deutsche Reich hatten in den drei neuen Departements Moselle, Haut- und Bas-Rhin eigene parteipolitische Entwicklungen gefördert, unter die unter anderem die elsaß-lothringischen Landespartei zu zählen war, in der regionalistische und katholische Potentiale konvergiert waren. Diese der bayrischen Volkspartei ähnliche Formation blieb über den Krieg hinweg erhalten und erzielte einen durchschlagenden Erfolg (in Moselle allein, im Elsaß auf einer Listenverbindung mit den konservativen Protestanten) und stellte insgesamt achtzehn der vierundzwanzig Abgeordneten des ehemaligen Reichslandes, die alle als Zeichen des nationalen Triumphes und der inneren Aussöhnung mit dem Katholizismus in der ERD Platz nahmen[18]. Das Spektrum der Abgeordneten reichte von den Sozialkatholiken Robert Schuman (*Union républicaine lorraine*) und Seltz (*Union popuplaire républicaine*), über den Industriellen Guy de Wendel, die Stabsoffiziere de Maudhuy und de Leusse bis zu den Klerikern Abbé Wetterlé, Abbé Hackspill und Chanoine Muller. Diese heterogene Gruppe wurde dadurch zusammengehalten, daß sie, wie schon im deutschen Kaiserreich, die katholisch-regionalistischen Sonderinteressen des ehemaligen Reichslandes vertraten, d.h. eine möglichst autonome Angliederung an die französische Republik anstrebten. Erst 1924 spalteten sich die sozialkatholischen Teile von der von ihnen als „bürgerlich-nationalistisch" verschrieenen URD ab und halfen, den christlich-demokratischen PDP mitzubegründen.

Zwei weitere östliche Randgebiete, Savoyen und die Franche-Comté, erwiesen sich ebenfalls als Hochburgen für die liberal-konservative Sammlung. Beide waren relativ spät an Frankreich gefallen (1693 und 1870) und hatten sich daher ein begrenztes regionales Sonderbewußtsein gewahrt, das sich unter anderem durch eine tiefe religiöse Frömmigkeit und Bindung an lokale Heilige auszeichnete. Beide Regionen waren durch ein unabhängiges Bauern- und Bürgertum geprägt, das früh die traditionelle Machtstellung des ohnehin nicht zahlreichen Adels beseitigt hatte und für eine konservative Republik der *modérés* eingetreten war. Der Katholizismus stellte daher bei der Mehrheit der männlichen Bevölkerung eher ein soziologisches denn ein politisches Phänomen dar und hatte nur im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg eine politische Dimension angenommen und

[18] Vgl. Baechler, Le Parti catholique alsacien, S. 331ff. Auch noch 1924 saßen zehn der 15 „rechten" Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen bei der URD (François, Moncelle, Paqué, Schuman, Sérot, de Wendel, Muller, Oberkirch, Pfleger, Silbermann), nur fünf waren zum neugegründeten PDP übergegangen.

zu einer konservativ-katholischen Lagerbildung geführt[19]. Die innere Aussöhnung zwischen Republik und Katholizismus sowie die nationale Konsensstimmung nach 1918 sorgten für eine Annäherung der konservativen Kräfte der Bauernschaft und des Bürgertums, die vor allem gegen eine entstehende sozialistische Arbeiterbewegung und gegen die klerikal-aristokratische Rechte gerichtet war. In allen sechs Departements kam es 1919 zu einer Liste aus *Progressisten* und Katholiken, die in der Regel gegen eine Liste der Radikalen antrat, und die soziologisch wie kulturell ein bürgerlich-nationalistisches Milieu wiederspiegelte. Elf der dreizehn Abgeordneten der Franche-Comté und elf der siebzehn Abgeordneten Savoyens schrieben sich bei der ERD ein und unterstrichen die Bedeutung der voralpinen Regionen des Ostens für die liberal-konservative Strömung[20]. Wie auch schon in den Regionen Picardie, Ardennen und Lothringen konnten die fundamentalkatholischen und monarchistischen Kräfte dadurch komplett neutralisiert werden.

Ein letzter regionaler Schwerpunkt der ERD, neben den abschließend zu erörternden Großstädten Paris und Lyon, stellten die *hautes terres mériodionales* dar, d.h. die zum Mittelmeer hin abfallenden Hochebenen des Zentralmassivs zwischen dem Rhône-Tal und den Pyrenäen um die Departements Loire, Haute-Loire, Ardèche, Lozère, Aveyron, Tarn, Tarn-et-Garonne und Haute-Garonne. Auch sie waren nach 1789 Hochburgen der Religiosität geblieben, wobei diese, wie in der Lozère mit einem hohen Protestantenanteil, konfessionelle Konturen annehmen konnte. Die Abgrenzung gegenüber den Protestanten und die traditionalistisch-rurale Lebenswelt in den Hochebenen des Zentralmassivs machten dieses Gebiet bereits vor dem Krieg zu einem Schwerpunkt der ALP. Ein dichtes Netzwerk aus Bauernverbänden und Vereinskatholizismus um Léonce de Castelnau und Hyacinthe de Gailhard-Bancel zeugten von einem ländlich-katholischen Milieu, das vor 1914 alle antiradikalen Kräfte, vom liberalen Stadtbürgertum über die konservative Bauernschaft bis hin zu Teilen der alten Aristokratie, gesammelt hatte[21]. Dieses Milieu existierte auch nach dem Ersten Weltkrieg weiter, mit dem entscheidenden Unterschied jedoch, daß sich die Mehrzahl der Katholiken, allen voran General de Castelnau, definitiv an die Republik *ralliiert* hatten und für eine Aussöhnung von Republik und Katholizismus eintraten. Die Wahllisten waren daher, wie die Zeitgenossen sagten, „liberale" Listen, d.h. auf ihnen fanden sich fast ausschließlich

---

[19] Für die Franche-Comté vgl. meine Untersuchung „Konservative und der politische Katholizismus im Doubs 1900–1940", die voraussichtlich 2007 erscheinen wird. Für Savoyen vgl. Barral, Le Département de l'Isère, S. 332–336 und 414–423. Zu der in der Isère gegründeten *Union dauphinoise nationale et républicaine* als liberal-konservativer Sammlung vor Ort gehörten die ERD-Abgeordneten Rocher, Dugueyt, Gourin und Blanchet. Zur Haute-Saône vgl. Carel, Les Forces Politiques en Haute-Saône.

[20] Unter den Abgeordneten fanden sich nicht selten Katholiken wie About (Haute-Saône) oder Tapponier (Savoie), die von der ACJF kamen, aber durch das Kriegserlebnis zu überzeugten Vertretern einer nationalen Republik im Geiste der *Union Sacrée* geworden sind.

[21] Rivet, Haute-Loire, S. 292–300, 314, 337ff. und 525. Zur Loire ausführlich Joly, Dictionnaire, S. 570–574, Siegfried, Géographie électorale de l'Ardèche, Faury, Cléricalisme et anticléricalisme, S. 223ff., sowie zur Lozère das sehr eindrucksvolle Tagebuch von Emmanuel de Las Cases, Ephémerides, S. 165ff.

ehemalige ALP-Mitglieder, die ihr Etikett abgelegt hatten und nun als *républicains libéraux* antraten. Nur in manchen Fällen schlossen die Listen auch Vertreter der monarchistischen Rechten mit ein, die sich nicht bei der ERD einschrieben[22]. Die Erfolge dieser Listen waren um so bedeutender, als es ihnen auch gelang, die bürgerlich-liberalen Kräfte, zu denen später Jacques Bardoux gehören sollte, einzugliedern. Sie repräsentierten damit nicht nur das katholische Land, sondern auch die bürgerlichen Schichten der Provinzstädte: Die Liste General de Castelnaus erreichte im Aveyron sechs der sieben Sitze. Die gewählten Kandidaten schrieben sich komplett bei der ERD ein. Ähnlich verlief es auch in den anderen Departements, mit Ausnahme der Loire, deren fünf ERD-Abgeordnete zwar allesamt einer liberal-progressistischen Tradition entstammten, aber auf einer Liste der *Anciens Combattants* gewählt wurden[23].

Zuletzt seien schließlich noch die beiden größten Städte Frankreichs erwähnt, Paris und Lyon, die ebenfalls zu den Hochburgen der ERD gehörten. Anders als in den bisher besprochenen, eher ländlich-vorindustriell geprägten Gebieten, hatten die weltanschaulichen Gegensätze in den wachsenden Metropolen bereits vor 1914 ihre Virulenz verloren. Vielmehr bestimmte die soziale Frage als Konflikt zwischen einer amorphen Masse abhängig Beschäftigter und dem grund- und kapitalbesitzenden Stadtbürgertum den politischen Kampf, wobei jedoch in beiden Städten katholisches und republikanisches Bürgertum vor 1914 noch nicht organisatorisch verschmolzen waren[24]. Dies änderte sich mit dem Krieg, der vor allem in Paris drastische Veränderungen der Wohn- und Arbeitskultur mit sich brachte und zu einer Radikalisierung der Arbeiterbewegung und ihrer sozialen Forderungen führte. Im Angesicht der klassenkämpferisch auftretenden Gewerkschaften und Sozialisten hatte sich daher im *Bloc National Républicain de la Seine* eine breite Allianz aller antisozialistischen Kräfte gebildet, die von der linken Mitte bis zur Rechten reichte, unter Ausschluß der *Action Française*. Innerhalb dieses heterogenen Gemischs waren alle Varianten bürgerlich-nationaler Gruppierungen vertreten, und so schrieben sich am Ende nur elf der einundvierzig *Bloc-National*-Abgeordneten, die in Paris gewählt wurden, bei der ERD ein. Unter diesen ragten vor allem die Nationalisten Barrès, Galli und Habert heraus, die in denjenigen

---

[22] Es handelt sich hierbei um de Gailhard-Bancel, Vallat und Rendu, die alle zu den *Indépendants* gingen.

[23] In der Loire schrieben sich fünf von fünf Abgeordneten, in der Lozère zwei von vier Abgeordneten bei der ERD ein. Im Laufe der 1920er Jahre entwickelte sich daraus ein sehr schlagkräftiger regionaler Verband, die *Fédération républicaine et sociale du Massif Central* unter dem Vorsitz des FR-Abgeordneten François-Marsal. Sie umfaßte den *Parti Républicain Fédéral du Puy-de-Dôme* (Vorsitz Jacques Bardoux), den *Parti Républicain Social du Cantal* (Fonteilles) sowie die FR-Verbände Aveyron (Dr. Augé), Haute-Loire (Antier) und Lozère (de Chambrun). Den Parteivorstand bildeten neben Bardoux die liberalkatholischen Senatoren Bonnet de Paillerets, Monsservin und Néron.

[24] In Paris hatte sich seit 1900 eine Zusammenarbeit aller bürgerlich-nationalen Kräfte abgezeichnet, vertreten durch den Orleanisten Denys Cochin, den Nationalisten Maurice Binder, den liberalen Protestanten Georges Berger sowie die *Progressisten* Laurent Prache und Charles Benoist. Als Fraktionen saßen *Progressisten* (*républicains municipaux*), Nationalisten und *Droite* aber getrennt, vgl. Combeau, Paris et les élections municipales, S. 255ff.

großbürgerlichen Arrondissements der Hauptstadt gewählt wurden, in denen bereits die *Ligue de la Patrie Française* stark organisiert gewesen war. Der *Bloc National* als politische Vertretung aller im marxistischen Sinne „bourgeoisen" Kräfte bot also zwar auch der liberal-konservativen Strömung eine Heimat, angesichts der Vielfalt der alten und neuen Bewegungen, die in Paris gediehen waren, vermochte sie es jedoch nicht, mehr als nur ein Teil des antisozialistischen Zweckbündnisses für den Wahlkampf zu werden.

Anders verhielt sich die Lage in der zweitgrößten Stadt Frankreichs, Lyon, wo sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine starke liberal-*progressistische* Organisation herausgebildet hatte. Die *FR du Rhône* war vor 1914 nicht nur die erste und einzige Partei der *progressistischen modérés* auf Departementebene mit einer umfassenden Struktur gewesen, sondern hatte auch alle liberalkatholischen und sozialkonservativen Kräfte vor Ort an sich gezogen. Mathias Bernhard hat gezeigt, daß gerade das Großbürgertum aus Industrie und Handel seinen liberalen Katholizismus mit paternalistisch-sozialreformerischen Inhalten verband, jedoch gleichzeitig die Nähe zur katholischen Kirche gescheut hatte[25]. Durch die Stärke dieser wirtschaftsliberalen Zirkel, die auch das rurale Umland Lyons in die Organisation mit einbanden, konnten die weltanschaulichen Konflikte zurückgedrängt werden, bzw. nicht die Ausmaße annehmen, die sie z.B. im *Nord* angenommen haben[26]. Es entstand zwar auch in der Rhône eine ALP, diese war jedoch nur schwach organisiert und wies eine große Nähe zum Erzbischof und monarchistischen Kreisen auf. Sie vermochte es nicht, republikanisch-liberale Katholiken wie Auguste Isaac an sich zu binden. Die *FR du Rhône* wurde deswegen 1919 auch zur Achse einer bürgerlichen Konsensliste, die von *Progressisten* dominiert war, und der sich die Reste der ALP und der *républicains de gauche* angeschlossen hatten. Sechs Abgeordnete dieser Liste, einer von der ALP und fünf *Progressisten*, schrieben sich bei der ERD ein und versinnbildlichen das Gewicht der liberal-konservativen Strömung im Departement Rhône.

Nachdem nun vieles über die Hochburgen der ERD gesagt worden ist, sollen auch kurz ihre Schwachstellen aufgezeigt werden. Dazu gehört, wie man auf der Karte der ERD-Abgeordneten deutlich sieht, ein breiter geographischer Streifen, der vom Südwesten diagonal nach Nord-Osten verläuft und vor allem die Regionen Aquitaine, Limousin, Centre, Burgund und Champagne umschließt[27]. Daneben blieben auch große Teile des Midi, vom Languedoc bis zur Provence, für libe-

---

[25] Entscheidend war, daß eine Figur der liberalen Bourgeoisie wie Aynard einen katholischen Patron wie Isaac dazu veranlaßt hatte, sich von der ALP zu distanzieren und in die FR du Rhône einzutreten. Bernard, La dérive, S. 143–184.

[26] Sie hätten dies zweifellos getan, da sich mit Edouard Herriot, dem Bürgermeister von Lyon, und dem Kardinal Maurin, Erzbischof von Lyon, zwei intransigente Vertreter des Antiklerikalismus bzw. des Katholizismus gegenüberstanden.

[27] Zu den Hochburgen der *Alliance démocratique* und des bürgerlichen Laizismus, der für die ERD-Programmatik nicht empfänglich war, vor allem in den stark entchristianisierten Gebieten des Centre vgl. Pataut, Sociologie électorale de la Nièvre, zu den AD-Hochburgen in der Gironde und der Yonne vgl. Sanson, L'Alliance Démocratique, S. 257–265, Long, Les Elections législatives en Côte d'Or, S. 90ff. Für die antiklerikale und egalitär-demokratische Prägung der Bauernschaft im Limousin vgl. Vallin, Paysans rouges du Limousin, S. 206–209, 268–277.

ral-konservative Kandidaten unzugänglich[28]. Die Frage, warum es gerade dort entweder zu keinen Listen mit potentiellen ERD-Kandidaten kam, oder diese, wenn sie existierten, nicht gewählt wurden, ist sicherlich kaum pauschal zu beantworten, sondern müßte von Fall zu Fall durch eine entsprechende Wahlforschung und Milieuanalyse geprüft werden. Gleichwohl sprechen einige Indizien dafür, daß es wiederum die Verstrickung regionaler Besonderheiten war, die zu diesem Ergebnis geführt hat. Die Regionen des Centre, des Limousin und Burgunds gehörten zu den am stärksten „entchristianisierten" Gebieten Frankreichs nach 1789, die von der katholischen Kirche sogar bisweilen als „Missionsgebiete" bezeichnet wurden. Aus diesem Grund hatten sozialkonservative Kräfte, d.h. Vertreter der Bauernschaft und des Bürgertums, Wahlchancen nur auf der Basis der Laizität, d.h. sie waren als Teilverbände der *Alliance Démocratique* – wie in Burgund oder der Gironde bereits vor 1914 – entstanden[29]. Wenn überhaupt einzelne Kandidaten der *Progressisten* oder Katholiken Platz auf diesen AD-Listen 1919 fanden, so nur durch ein striktes Laizitätsprogramm[30]. Die französische Mittelmeerküste, insbesondere die „roten" Hafenstädte Toulon und Marseille, waren zur gleichen Zeit auf dem Weg, nach Paris die stärksten Bastionen der Sozialisten zu werden, weshalb es auch dort zu großen antisozialistischen Blockbildungen aller bürgerlichen Fraktionen kam. Wie in Paris erwies sich eine derartige Sammlung als eher ungünstig für die ERD, zumal der Katholizismus immer noch von den wenigen, aber einflußreichen royalistischen *Blancs de Midi* kontrolliert wurde, die eine Allianz mit den konservativen Republikanern ablehnten[31]. Sozialistische Dominanz und anhaltende katholische Intransigenz verhinderten also das Entstehen einer liberal-konservativen Strömung im Midi. Bezeichnenderweise wurden auch die drei einzigen ERD-Abgeordneten der Mittelmeerküste (Alpes-Maritimes), Arago, Baréty und Raiberti, eigentlich Mitglieder der AD, auf einer republikanisch-liberalen Liste gegen eine konservativ-katholische Liste gewählt.

Man könnte bei der Betrachtung der Regionen und Departements noch weiter ins Detail gehen und würde immer mehr lokale Besonderheiten finden, die eine liberal-konservative Liste verhindert oder begünstigt haben. So wurden z.B. in der Charente-Inferieure, einem Departement mit einer ausgeprägten Landwirtschaft

---

[28] Der Midi wies immer noch stark royalistische Konturen auf, weshalb bürgerlich-liberale Katholiken wie Arago oder Raiberti in der Regel im Namen der AD antraten. Vgl. grundsätzlich: Autrand, Un siècle de politique en Vaucluse, sowie Droite et gauche de 1789 à nos jours en Languedoc-Roussillon, Schram, Traditions religieuses et réalités politiques, Girault, Le Var rouge.

[29] Vgl. Sanson, L'Alliance Démocratique, S.262–273, mit weiteren Beispiel für die beiden Charentes und den Gers.

[30] So z.B. der der katholischen Bourgeoisie entstammende Charles de Lasteyrie in der Corrèze. Für deren „politische Mentalität" und die Schwierigkeiten der Konservativen vgl. Kittel, Provinz zwischen Reich und Republik, S.467.

[31] Vgl. den Brief des monarchistischen Kardinals de Cabrières von Montpellier an Guiraud vom 28.11.1919: „Attaché de cœur aux principes monarchiques j'avais remarqué avec une peine réellement sans le dire ouvertement, plusieurs des comités [...] au moment des élections, condamnaient les Royalistes à disparaître de toutes les listes." Man habe die Royalisten von den gemäßigten Wahllisten gestrichen, obwohl sie doch allein die „intérêts politiques et religieux du pays" repräsentierten: „En réalité les royalistes [...] sont d'excellents citoyens." In: AN 362, AP 145.

und Fischereitradition, 1919 vier spätere FR-Mitglieder gewählt, von denen sich aber keiner 1919 in die ERD einschrieb[32]. Der Grund dafür war, daß sich die sozialkonservativen Bauernvertreter, republikanische und katholische, auf ein laizistisches Revisionismusprogramm in bonapartistischer Tradition geeinigt hatten, das die vier Abgeordneten eher in den Reihen der *Action républicaine et sociale* (ARS) verwirklichen zu können glaubten. Die ARS verstand sich, wir hatten es gesehen, als rein reformistische und „technische" Gruppe auf der Basis der Laizität und stellte die Verfassungsreform in den Vordergrund ihrer Bemühungen. Erst später, nachdem die ARS verschwunden war und die „bonapartistischen" Kräfte sich der FR zugewandt hatten, wurde auch die Charente-Inférieure zu einer Hochburg der liberal-konservativen Sammlung.

Wenn man die regionale Verwurzelung der ERD 1919 zusammenfassend bestimmen will, kann man zunächst festhalten, daß es eine unbestreitbare Verbindung zwischen dem Erfolg von liberal-konservativen Kandidaten und der katholischen Prägung der Bevölkerung gab. ERD-Kandidaten kamen vor allem aus den Regionen, in denen der Katholizismus als soziale Kraft und als Teil der konservativen Moralvorstellung akzeptiert war. War ein Gebiet jedoch entchristianisiert oder wiesen die besitzenden Schichten dort antiklerikale Traditionen auf, bot es keinen fruchtbaren Boden für die ERD, da sich dort die bürgerlichen-sozialkonservativen Kräfte unter dem Banner der *Alliance démocratique* sammelten. Ferner stieß die liberal-konservative Sammlung auch dort auf Schwierigkeiten, wo vor dem Weltkrieg ein festes konservativ-katholisches Lager entstanden war, in dem die monarchistische Feudalaristokratie weiterhin wichtige Positionen besetzte[33]. Dort wiederum hatten es die liberalen Kräfte des Katholizismus schwer, sich aus der klerikalen und aristokratischen Klammer zu lösen und wurden umgekehrt auch von den bürgerlichen Republikanern immer noch mit Mißgunst beäugt. Daher war die liberal-konservative Sammlung v. a. in den Gebieten erfolgreich, wo der Katholizismus als Teil der traditionellen Mentalität nicht zu einer eigenen, intransigenten Weltanschauung unter dem Einfluß von kirchlicher Hierarchie und grundbesitzender Aristokratie ausgeformt war, sondern wo er bereit war, die liberale Republik als Garantin wirtschaftlichen Fortschritts und endgültige Staatsform Frankreichs anzuerkennen. Nur dort brachten bürgerliche und bäuerliche Schichten ihre eigenen politischen Vertreter hervor, die das sozialkonservative Interesse mit konservativ-katholischen Moralvorstellungen verbanden. Diese Koinzidenz von sozialem Kriterium (Bauernschaft/Bürgertum) und kulturellem Kriterium (Katholizismus) war die wichtigste Bedingung für die Entstehung einer liberal-konservativen Sammlung auf Departementebene 1919.

(II) Wenn man die soziale Zusammensetzung der ERD näher betrachtet, ist zunächst festzustellen, daß bereits den Zeitgenossen die Heterogenität der Fraktion

---

[32] Es handelt sich um Pierre Taittinger, Le Provost de Launay, Voyer und Villeneau. Die beiden ersteren entstammten bonapartistischen Zirkeln, Voyer gehörte schon 1910 zu den *Progressisten*, Villeneau zur ALP. Alle vier wurden 1924 Mitglied der FR.

[33] Neben der Bretagne und dem Midi können hier auch noch die Pyrenäen als Beispiel angeführt werden, in denen sich Katholiken und Republikaner auch 1919 noch unerbittlich gegenüberstanden.

ins Auge gefallen ist. Jean Guiraud, Paul Reynaud und Robert Cornilleau haben wertvolle Beschreibungen der Gruppe hinterlassen, die, indem sie den je eigenen Standpunkt des Betrachters reflektieren, mehrere unterschiedliche soziale und kulturelle Stränge in der ERD ausmachten. Am nächsten zu dem, was in dieser Arbeit über die Herkunft der liberal-konservativen Abgeordneten gesagt worden ist, kommt die Analyse von Jean Guiraud, der die Fraktion als Amalgam aus fünf verschiedenen Strömungen betrachtet: republikanische Nationalisten (Barrès, Habert), „laizistische" Katholiken (Boissard, Bellet, Chabrun), „eigentliche" ALP-Katholiken (de Tinguy, Duval-Arnould), republikanische *Progressisten* (Marin, Brice, Raiberti) und *ralliierte* Monarchisten (de Bagneux) säßen ungeordnet, d.h. ohne weltanschauliche Basis, nebeneinander[34]. Dieser Einteilung des Fundamentalkatholiken Guiraud liegen eindeutig nur weltanschauliche Kriterien zugrunde, d.h. die persönliche Glaubensüberzeugung und die Haltung zum Katholizismus als gesellschaftlich-politischer Kraft. So blieb für ihn der nationalistische Flügel um Barrès und Habert, der ohne Zweifel aus der politischen Kultur der *Droite* kam, „republikanisch", also links, weil er die Laizitätsgesetze akzeptierte. Liberale Republikaner, die zugleich praktizierende Katholiken waren, wie die beiden Minister Isaac und Dior, konnte er in sein Raster nicht einsortieren und ließ sie daher beiseite. Die *Progressisten*, die nur der Nationalismus an die Katholiken band, ordnete er ebenfalls dem Lager der Republikaner zu. Die Bemerkungen Guirauds beweisen, daß, von einem katholisch-weltanschaulichen Standpunkt aus gesehen, die ERD eine Mixtur aus „Katholiken" und „Nichtkatholiken" (*Progressisten*/Nationalisten) darstellte, d.h. eine Sammlung war, die nicht mehr auf der Basis des gemeinsamen Glaubens als politischem Motor operierte, wie es bei der ALP noch der Fall gewesen war.

Was die ideengeschichtliche Herkunft der ERD-Abgeordneten betrifft, war die Analyse Guirauds sicher richtig. Bereits die Zeitgenossen bemerkten jedoch, daß die Besonderheit der ERD nicht in ihrer doppelten weltanschaulichen Verwurzelung lag, sondern in den sozialen, ökonomischen und, in einem weiteren Sinne, im persönlichen Hintergrund der ERD-Abgeordneten, die Unterschiede zu den bisherigen rechten Gruppen im Parlament aufwiesen. Als erstes fallen darunter die Weltkriegsveteranen, die durch ihre blauen Uniformen dem *Chambre Bleu Horizon* den Namen gegeben haben. Prozentual war ihr Anteil in der ERD der zweithöchste aller Fraktionen, gleich hinter der ARS, absolut gesehen sogar der höchste. Sehr häufig waren diese Veteranen Neulinge in der politischen Arena und von dem Gedanken beseelt, den französischen Wiederaufbau im *esprit combattant*, d.h. mit Tatkraft und innerer Eintracht anzugehen. Repräsentanten dieser neuen Politikergeneration aus dem Veteranenmilieu waren z.B. der hochdekorierte Kriegsversehrte Gaston About aus der Haute-Saône oder der Abgeordnete Taurines aus Savoyen, die neben anderen die Verbindung zum größten konservativen Veteranenverband, der *Union nationale des Combattants*, herstellten. Deren Generalsekretäre Ernest Pezet und Humbert Isaac standen der ERD ebenfalls nahe,

[34] Jean Guiraud, L'Évolution des partis politiques en France de décembre 1920 à juin 1922, in: DC 7/8 (1922), S. 223–256, 495–512 und 685–701.

letzterer war sogar der Sohn des ERD-Ministers Auguste Isaac[35]. Daneben fanden sich in der ERD auch schillernde Figuren der Weltkriegszeit wie der baskische Fliegeroffizier Jean Ybarnégaray[36], oder auch eine Reihe von Offizieren und Stabsoffizieren[37], darunter die beiden Generäle de Castelnau und de Maud'huy. Als Repräsentanten eines nationalistischen und militaristischen Milieus standen sie für eine soziale Gruppe, die nach der Dreyfus-Affäre an den politischen Rand gedrängt worden war, nun aber, im Zuge der Versöhnung von zivilem und militärischem Prinzip, wieder Aufnahme in den republikanischen Konsens fand. Sie standen sinnbildlich für die gesellschaftliche Aufwertung und Reintegration der Armee in eine neue Republik und verkörperten jenen „nationalen" Katholizismus der oberen Militärführung um Foch, Lyautey oder Pétain, der durch den Kampf für die Republik sich 1919 an diese *rallüert* hatte[38].

Eine weitere Besonderheit der ERD bestand in der Tatsache, daß ihr drei von vier katholischen Geistlichen in der Kammer angehörten, die als elsässische Abgeordnete nicht nur die Rückkehr des Elsaß an Frankreich, sondern auch die nationale Versöhnung mit der katholischen Kirche symbolisierten[39]. In ihnen manifestierte sich der zum Programm gewordene Wille der liberal-konservativen Sammlung, regionale Prägungen zu achten und zu repräsentieren, in diesem Fall also die

---

[35] Über Gaston About vgl. seine Wahlkampfaufrufe 1919–1928 in Archives Départementales de la Haute-Saône (Vesoul), 3 M, 124–126. Über Pezet und Isaac vgl. Prost, Les Anciens Combattants, Bd. 1, S. 56ff. und 104f. Allgemein zum Hintergrund der Veteranen, die 44% der gesamten Abgeordneten stellten, vgl. Rousselier, Phènomène, S. 62ff., der zu Recht betont, daß weniger die Uniform oder Medaillen als vielmehr körperliche Blessuren, wie z. B. bei den beinamputierten Abgeordneten Maginot und Vallat oder dem Kriegsblinden Scapini, für Hochachtung sorgten. Weitere Verbindungsleute der ERD zur UNC waren Anquetil, Barillet, Bartholoni, Bouteille, Boissard, Blaisot, de Castellane, Crolard, Duval-Arnould, Evain, Engerand, Ferraris, Fonck, Gérard, Habert, Josse, Kempf, Leger, de Lesseux, Poitou-Duplessy, Ruellan, Tapponier, de Wendel (Guy), Ybarnégaray, Roullin. Vgl. über die Verbindung von ARS und ERD zum Veteranenmilieu Gilles Le Béguec, Entrée, S. 420ff.

[36] Über Ybarnégaray als „basque frémissant" vgl. Reynaud, Mémoires: Venu de ma montagne, S. 138, und einen sehr aufschlußreichen Polizeibericht vom Juni 1926 in: APP, BA 2036: „Politiquement il est à la droite des républicains nationaux et à la gauche des royalistes [...] d'une humeur assez rude et parfois peu engageante avec ses collègues, Y. est toujours prêt au combat et surtout à l'attaque, sans grand souci des conseils de modération ou de prudence [...] un battailleur en quête d'offensive ou d'interpellation." Er gehörte den JP und später der Croix-de-Feu-Bewegung de la Rocques an.

[37] Dies bemerken auch Paul Reynaud, Mémoires: Venu de ma montagne, S. 139, Cornilleau, Du Bloc National au Front Populaire, sowie retrospektivisch Paul-Boncour, Entre deux guerres, Bd. 1., S. 35f. Der General Louis-Ernest de Maud'huy war Befehlshaber der 10. Armee und leitete 1914 den französischen *Course à la mer*. Der General Edouard de Castelnau war Generalstabsoffizier im GQG unter Joffre und später Befehlshaber der Armeegruppe Ost.

[38] Ideologisch war damit die *troisième France* gemeint, vgl. oben S. 115ff. Die Zahl der Generäle im Parlament nahm dennoch seit der Dreyfus-Affäre konstant ab, allein die ERD verfügte mit diesen genannten und später mit Hirschauer, Stuhl, Bourgeois über Vertreter des Generalstabs, vgl. allgemein Le Béguec, Amiraux et généraux au parlement, sowie für de Castelnau Bonafous-Verax, Le Général de Castelnau.

[39] Es handelt sich um die Abbés Hackspill, Wetterlé und den Chanoine Muller, der vierte Kleriker war der fraktionslose Abbé Lemire.

konfessionelle Tradition des ehemaligen Reichslandes. In enger Verbindung zur kirchlichen Hierarchie standen auch die ERD-Abgeordneten Duval-Arnould, Chabrun und Boissard, alle drei Professoren des *Institut catholique*, die regelmäßigen Kontakt zum einflußreichen Kardinal Baudrillart unterhielten und somit die Brücke zum nationalkatholischen Flügel des französischen Episkopats schlugen. So sehr die Gegenwart dieser sechs Abgeordneten auch den Antiklerikalen Anlaß zu einer Wiederbelebung der religiösen Frage bot, zumal die kirchliche Hierarchie nun direkt über Statthalter im Parlament zu verfügen schien, so bezeichnend ist es für die weltanschaulich entspannte Lage der Nachkriegszeit, daß alle sechs bald aus dem Fokus der Kritik verschwanden. Vor allem ihre der sozialkatholischen Prägung geschuldete Kompetenz auf sozialökonomischen Gebiet machte sie zu gesuchten Gesprächspartnern der Radikalen und Sozialisten. Ferner verkörperten die drei Professoren Duval-Arnould, Chabrun und Boissard jenen universitärmodernistischen Flügel des Katholizismus, der sich in der ersten Jahrhunderthälfte des 20. Jahrhunderts immer mehr gegen den intransigenten und doktrinären Neothomismus durchzusetzen begann[40]. In ihnen spiegelte sich also auch die innerkatholische Emanzipation katholischer Laien von Dogma und Doktrin, die einerseits zu so schweren Spannungen im französischen Katholizismus führte[41], andererseits aber auch die Grundvoraussetzung für die Einbindung der Katholiken in eine moderne und demokratische Republik war.

Eine dritte Besonderheit der ERD-Fraktion betraf den sozialen Hintergrund der Abgeordneten und lag in der massiven Präsenz eines Unternehmerflügels aus Industrie und Handel, die weit über dem Durchschnitt der anderen Fraktionen lag. 44 aller 87 hauptberuflichen Unternehmer, Bankiers und Großhändler der Kammer saßen in den Reihen der ERD und stellten dort 24% der Abgeordneten. Katholisches und republikanisches Bürgertum hatten sich vermischt und repräsentierten vor allem die großen Handelsstädte mit wirtschaftsliberaler Tradition. Der Seidenfabrikant Isaac aus Lyon, der katholische Industrielle Vandamme aus Roubaix, der Waffenfabrikant Ballande aus Bordeaux, der Großhändler Dior aus dem Manche und der Stahlindustrielle de Wendel aus Lothringen verkörperten genau jenes bürgerliche Klassenelement der liberal-konservativen Sammlung, das, wie oben gezeigt wurde, eine antietatistische Wirtschaftspolitik durchzusetzen bemüht war, ohne allerdings jemals untereinander zu einer klaren Entscheidung

---

[40] Louis Duval-Arnould hatte der ACJF angehört und später den Vorsitz der *Société d'économie sociale* bekleidet, seit 1900 war er *conseiller municipal* von Paris für den Bezirk Saint-Germain-des-Près. Über Duval-Arnould vgl. ein umfangreiches Dossier in: AN 317, AP 77 und seine Rede am 21.6.1920 in der Kammer. Adéodat Boissard war Mitbegründer der *Semaines Sociales* und zeitweise Professor an der katholischen Fakultät von Lille und Paris. Nach 1924 verwirklichte er seine sozialreformerischen Vorstellungen als Generalsekretär der *Association française pour le progrès social*. Vgl. Dictionnaire Lille-Flandres, S. 76f. Für Chabrun vgl. den Eintrag von Baudrillart vom 15.1.1922, Carnets, S. 57. Weitere Beispiele sozialliberaler Katholiken, die aus der ALP kamen und in die ERD eingetreten waren, sind Joseph Denais und Louis Rollin, vgl. Mayeur, Attitudes religieuses et options politiques.

[41] Das spannungsgeladene Dreieck von modernem Katholizismus, päpstlicher Dogmatik und positivistischem Nemonarchismus spitzte sich vor allem in der Frage um die *Action Française* zu. Vgl. grundlegend Prévotat, Condamnation, passim.

zwischen Protektionismus und Freihandel gekommen zu sein[42]. Zu dieser Gruppierung gehörten auch professionelle Vertreter aus dem Finanzwesen, wie die beiden späteren Finanzminister Charles de Lasteyrie und Frédéric François-Marsal, die das Haushaltsgleichgewicht zur Parteidoktrin erhoben und die Tradition des *Centre-gauche*-Liberalismus fortsetzten.

Der hohe Prozentsatz von Vertretern des Industrie- und Handelsbürgertums brachte notwendigerweise eine große Nähe zu den Interessenverbänden der Industrie und des Handels mit sich, deren Einfluß auf die liberal-konservative Sammlung zumindest ideell stets vorhanden war. Auch wenn die Studie von Jeanneney über den Stahlindustriellen de Wendel und die französische Wirtschaft die These entkräftet hat, wonach einige wenige einflußreiche Familien eine *mur d'argent* gegen sozial fortschrittliche Regierungsprojekte errichtet hätten – vor allem 1924-26[43] –, so ist doch nicht zu leugnen, daß die Mitgliedschaft einzelner ERD-Abgeordneten in Arbeitgeberverbänden wie der *Fédération Lébon* oder der *Union des intérêts économiques*, in Interessenverbänden der Schwerindustrie (*Comité des forges*, UIMM) oder der Textilindustrie einen Einfluß auf die politische Orientierung der Abgeordneten hatte[44]. Die liberal-konservative Sammlung setzte insofern die Tradition der *modérés* fort, in sozialkonservativen Interessenverbänden mitzuarbeiten, wobei nun aber das Gewicht deutlich auf den schwerindustriellen

---

[42] Über die Beziehungen de Wendels zum *Comité des Forges* und zur Banque de France vgl. grundsätzlich Jeanneney, de Wendel, und ein Dossier in: APP, GA –W2, Famille de Wendel, Bericht vom 31.5.1926. Die Textilindustrie, vertreten durch Isaac, deren Exporte nach England und Amerika gingen, war freihändlerisch orientiert, während die Schwerindustrie, vertreten durch de Wendel, den „protectionnisme intégral" vertrat. Vgl. das Zitat bei Isaac, Eintrag vom 28.3.1927, Carnets, S.450. Weitere Unternehmensvertreter in den Reihen der liberal-konservativen Sammlung waren Jean Plichon (*Comité Central des Houillères de France* und *UIMM*), Louis Nicolle, Pierre de Haut etc. Hintergründe dafür bietet Hamon, Les Maîtres de la France, Bd.2, S.318ff.

[43] Vgl. Jeanneney, de Wendel, S.317ff. Er betont, daß de Wendel seinen harten Kurs gegenüber dem Linkskartell, als Ausdruck seiner privaten ökonomischen Interessen, gerade nicht habe durchsetzen können und vor allem von den anderen Unternehmern um die *Fédération Lebon* und das *Comité Mascuraud* geschnitten worden sei. Die Grundüberzeugung de Wendels läßt sich einem Brief an Louis Marin vom 20.4.1946 entnehmen, als der neue französische Staat erste Formen des wirtschaftlichen Dirigismus zur Anwendung brachte. De Wendel schrieb: „Faites-moi de la bonne politique et je vous ferai de bonne finances [...] le premier devoir est de substituer à la notion de l'Etat voleur la notion de l'Etat honnête homme. C'est ce qu'a fait Poincaré", in: AN 190, AQ 29.

[44] De Wendel selbst hatte dazu gesagt: „J'ai le sentiment que la situation d'ensemble que j'ai – le fait d'être à la fois régent, député et industriel – m'a permis d'exercer une action que peu d'autres auraient pu exercer à ma place", zitiert nach bei Jeanneney, de Wendel, S.321. Ein weiterer wichtiger Sammlungsort dieser Interessen war die *Compagnie universelle du Canal maritime de Suez*, der neben Lebon der Vertraute de Wendels, de Nalèche, Eugène Motte und François-Marsal angehörten. Letzterer führte ferner auch die *Union du commerce et de l'industrie pour la défense sociale* an. Vgl. Dubos, André Lebon, S.370ff. Auf dem Kongreß der in den 1920er Jahren zur wichtigsten Spendensammelstelle der Arbeitgeber aufsteigenden *Union des Intérêts Economiques* (UIE) 1927 fanden sich etwa gleich viele Abgeordnete der AD um Bérard, Colrat, Maginot und Ratier wie der FR um Taittinger, Lemire, Prévet, Dubois, Missoffe, Soulier. Vgl. *L'Avenir* vom 23.11.1927. Louis Dubois, ein Druckereibesitzer aus Paris, war während der 1920er Jahre Vorsitzender des *Comité de Patronage* der industrienahen *Monde économique*.

und textilindustriellen Organisationen lag[45]. Diese bürgerlich-kapitalistische Strömung innerhalb der ERD, zu der auch der Fraktionschef Arago selbst gehörte, verfügte über den größten Einfluß auf die nationale Politik, da ihm fast alle Minister und Staatssekretäre entstammten, die die ERD in den *Bloc-National*-Regierungen stellte. Aus diesem Grund wies die Wirtschaftspolitik des *Bloc National*, wie oben im Kapitel V.2. gezeigt werden konnte, am klarsten liberal-konservative Züge auf und wurde von Charles S. Maier *ex post* nicht zu Unrecht als *bourgeois politics* bezeichnet[46].

Trotz des Gewichts bürgerlich-kapitalistischer Repräsentanten war die ERD nicht nur eine bürgerliche Klassenfraktion. Industrielle und Großhändler fanden sich auch bei den Fraktionen der republikanischen Mitte und, was schwerer wog, dem liberalen Stadtbürgertum der ERD saß ein selbstbewußtes Großagrariertum zur Seite, das Paul Reynaud spöttisch und etwas übertrieben als „noblesse de l'ancien régime, de l'empire et de la monarchie de Juillet" beschrieben hat[47]. Es sei gleich vorweg gesagt, daß die Reste der legitimistischen Feudalaristokratie des *Ancien Régime*, z. B. die Marquis de La Ferronays, de Juigné und de Dion (alle Loire-Inférieure), nicht in die ERD eingetreten waren, sondern sich als soziologisch letzte Repräsentanten des Konservativismus der monarchistischen Gruppe der *Indépendants* angeschlossen hatten. Gleichwohl fand sich in der ERD eine Reihe von Großgrundbesitzern, meist ehemalige Orleanisten oder Bonapartisten, wie z. B. der Duc d'Audiffred-Pasquier, der Marquis de Moustier „avec sa belle tête d'officier du Second Empire", wie Reynaud schreibt, oder der Marquis de Chambrun. Obwohl der eigentliche Kern der Großgrundbesitzer nur 21 Abgeordnete ausmachte, also nur gut 12% der Fraktion, waren mindest doppelt so viele ihrer familiären Herkunft nach dem agrarischen Milieu zuzuordnen[48]. Sie alle unterschieden sich nicht nur in ihrem politischen Temperament von der legitimistischen Feudalaristokratie, sondern auch in ihrer Bereitschaft, die Chancen der Modernität für die agrarische Produktion anzuerkennen. Sie allein dominierten den Vorsitz der *Rue d'Athènes*, des konservativen Bauernverbandes, und traten für eine Landwirtschaft mit modernen, kapitalintensiven Methoden ein, die nach rationalen Gesichtspunkten betrieben werden sollte. Ein besonders prominentes Beispiel hierfür ist der Großgrundbesitzer de Monicault aus dem Ain, der nicht müde wurde,

---

[45] Der *Parti Radical* wies hingegen eher personelle Verflechtungen mit den Verbänden des Kleingewerbes und Handwerks, wie das *Comité Mascuraud*, auf. Es ist allerdings zu betonen, daß der einflußreichste industrielle Spendensammler der 1920er Jahre, Ernest Billiet (UIE), die FR stets zu einer Allianz mit den anderen Liberalen und selbst den *Radicaux nationaux* drängte, während er eine Unterstützung seitens der katholischen Kräfte, die nicht an die Republik *ralliiert* waren, ablehnte. Vgl. seinen im ganzen Land veröffentlichten Artikel nach den Wahlen im 2. Sektor in Paris, in: *La Dépêche républicaine* vom 2.4.1926.

[46] Zu de Lasteyrie vgl. die oben S. 233 zitierte Literatur sowie seine Bücher: Les Finances de la France au cours de la dernière législature (1924), und Le Bilan du Bloc National (1924). Zu François-Marsal vgl. seinen Artikel Finances et Liberté, in: RDDM vom 1.3.1925, S. 57-65. Allgemein Maier, Recasting Bourgeois Europe, S. 91-108 und 153-158.

[47] Reynaud, Mémoires. Venu de ma montagne, S. 144.

[48] Etwa die Hälfte der ERD-Abgeordneten stimmten 1923 gegen die Einführung der Sommerzeit, da sie nur den Städtern zugute komme. Über die Verbindung zur *Rue d'Athènes* und den Bauernverbänden vgl. oben S. 186f.

die Modernisierung der Landwirtschaft zu predigen[49] und zum Agrarspezialisten der ERD und später der FR aufstieg. So sehr die prozentual starke Repräsentanz der Großagrarier in der ERD daher ein Ausdruck ihrer Verankerung in einem ländlich-konservativen Frankreich war, so wichtig war andererseits deren Schritt, Landwirtschaft als Teil der modernen Ökonomie und ihrer Gesetze zu begreifen und sich damit von den Strukturen einer aristokratisch-präindustriellen Lebenswelt und deren Repräsentanten zu lösen[50].

Sozialgeschichtlich betrachtet manifestierte sich also in der liberal-konservativen Sammlung genau jene großindustriell-agrarische Interessenverbindung, von der wir gesehen hatten, daß sie auf Grund der weltanschaulichen Gräben vor 1914 nicht gelingen konnte. Trotz des *Ralliements* hatten sich *Progressisten* und Katholiken immer wieder entfremdet und zerstritten, so daß keine französische Tory-Partei entstehen konnte. Erst die „Urkatastrophe" des Ersten Weltkriegs brachte die notwendigen mentalen und strukturellen Veränderungen mit sich. Zur dauerhaften Überbrückung der weltanschaulichen Gräben innerhalb dieser Interessenverbindung bedurfte es jedoch gewissermaßen der nationalistischen Elemente, allen voran der Vertreter des intellektuellen (Maurice Barrès) und militärischen (de Castelnau) Triumphes, deren Gefolge die zahlreichen Veteranen, die in der Kammer saßen, bildeten. Sie waren die Personifikationen des „neuen" Nationalismus, der als gemeinsame ideologische Basis der ERD diente. Sie gewährleisteten nicht nur in einem übertragenen, sondern auch in einem sehr konkreten Sinne den Zusammenhalt, da es immer wieder ihre Vertreter waren – allen voran Barrès und Habert – die die Fraktion zu einem einheitlichen Votum bewegten.

Daß die liberal-konservative Sammlung durch die Dominanz des bürgerlichen und agrarischen Klassenelements eine qualitativ neuartige Verbindung darstellte, zeigt sich vor allem dann, wenn man ihre soziale Zusammensetzung mit der der bürgerlichen Gruppen der Vorkriegszeit, den *modérés*, vergleicht. Zu deren parlamentarischen Soziologie hatte es, wie oben gezeigt, gehört, daß sich die republikanischen Parteien, von den Radikalen bis zu den *Progressisten*, aus „Honoratioren" zusammensetzten, die einen wirtschafts- oder bildungsbürgerlichen Provinzliberalismus repräsentierten und sich vor allem aus der Anwälte- und Ärzteschaft rekrutierten. Die jüngste Forschung hat mit Recht diesen sozialprofessionellen Charakter der *république des avocats* hervorgehoben und auf seine Dynastienbildung hingewiesen[51]. Dies hatte sich, zumindest bei der ERD, 1919 schlagartig gewan-

---

[49] Durch Gründung von Kreditanstalten zur Finanzierung kapitalintensiver Maschinen (Dampfpflüge, motorisierte Dreschmaschinen, Traktoren), Elektrifizierung des Landes, Monokulturen etc., vgl. *La Nation* vom 1.1.1927 und 2.4.1927. Über die Rolle von de Monicault in der Landwirtschaftskommission der URD vgl. den Brief de Warrens an Marin vom 9.11.1927, in: AN 317, AP 183.

[50] Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Anwendung moderner Mittel keinesfalls im Widerspruch zu der gerade von diesen Großagrariern geäußerten Agrarromantik stand. Diese war, wie gezeigt, eben nicht fundamentalistisch, sondern wollte einen eigenen Weg in die Moderne gehen, der die traditionelle Mentalität und Lebensweise mit den modernen Methoden zu verbinden suchte.

[51] Oftmals funktionierten die Anwaltszirkel einer Provinzstadt als parteipolitische *antechambres* und ersetzten den nicht existierenden Parteiapparat. Ein bekanntes Beispiel für eine liberal-bürgerliche Dynastie ist die Familie Carnot in Burgund. Vgl. grundsätz-

delt. Daß 1919 nur mehr 28 Anwälte und Notare in der ERD saßen, d.h. nur etwa 15% ihrer Abgeordneten stellten, bedeutete sozialgeschichtlich einen gewaltigen Bruch mit der Vorkriegszeit, wo die *Progressisten*, wie alle übrigen *modérés*, zu über 50% Juristen gewesen waren. Während die gemäßigt liberale *Alliance démocratique* und auch die Radikalen 1919 weiterhin von diesen freiberuflichen Honoratioren dominiert wurden und somit die bürgerlich-liberale Lebenswelt des 19. Jahrhunderts perpetuierten, hatte die liberal-konservative Sammlung personell den Schritt zu einer sozialökonomischen Interessenpartei modernen Stils vollzogen.

Bürgerliche Industrielle und Großagrarier bildeten also das Rückgrat der ERD und später auch der FR, wobei stets, als Ausdruck der Nähe zum Militär, einige Offiziere und Generäle in gehobene Parteifunktionen avancierten, die als Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Temperamenten – *Progressisten*/Katholiken, Freihändler/Protektionisten – fungierten. Mit der Brille Jean Guirauds gesehen, war die ERD also eine heterogene Allianz aus Laizisten, gemäßigten und dogmatischen Katholiken; für den heutigen Historiker erweist sie sich jedoch als eine durch industriell-agrarische Interessen und eine nationalistische Kultur zusammengehaltene Fraktion, die gleichwohl einige Anstrengungen unternehmen mußte, um die unterschiedliche weltanschauliche Verwurzelung, auf die Guiraud hinwies, zurückzudrängen. Es bestätigt sich damit die Analyse, die André Siegfried bereits 1930 zur FR gegeben hatte, nämlich daß sie eine Partei sei „où [...] une réaction chimique ferait apparaître au moins trois couleurs, la couleur de la féodalité industrielle, celle du nationalisme intransigeant et celle de la défense sociale catholique“[52].

Kohäsion und Diffusion: Die ERD als Teil der Bloc-National-Regierungen 1919–1924

Da die allermeisten Mitglieder der ERD auf *Bloc-National*-Listen gewählt worden waren, teils in einer großen Allianz bis zu den Radikalsozialisten (Typus *Bloc-National-Républicain*), teils nur auf antiradikalen Listen (Typus *Bloc-National*, von AD bis ALP), waren ihre Mitglieder der Devise der *Union Sacrée*, d.h. der Fortsetzung des Burgfriedens aus dem Weltkrieg, verpflichtet. Dieser hatte, wie wir gesehen haben, nicht nur den Triumph Frankreichs ermöglicht, sondern auch eine innere Aussöhnung der *deux France* auf gesellschaftlicher Ebene bewirkt. Nur die Perpetuierung dieses Zustandes versprach den ehemaligen *Progressisten* und *ralliierten* Katholiken, die in der neuen Fraktion der ERD zusammenkommen waren, eine dauerhafte innere Kohäsion. Das Schicksal der ERD war somit nicht nur an ihren eigenen Erfolg, sondern in viel größerem Maße an den Erfolg der gesamten Koalition des nationalen Blocks gebunden, da nur dieser versprach, die weltanschaulichen Differenzen innerhalb der ERD zu übertünchen. Diese eigenartige Konstellation zu Beginn der Legislaturperiode führte dazu, daß es in den folgenden Jahren bis 1924 zu einer steten inneren Auseinandersetzung um die Frakti-

---

lich Le Béguec, De la République des avocats à la république des énarques, und ders., Une lignée républicaine: les Carnot.

[52] Siegfried, Tableau des partis en France, S. 183.

onsstrategie kam, die zwischen den beiden Polen der *Blocisten* und der *Ententisten* oszillierte[53].

Bei den *Blocisten* handelte es sich um diejenigen ERD-Abgeordneten, die aus Opportunität und wegen des Erhalts der Koalition des *Bloc National* das eigene Profil der ERD in den Hintergrund stellten und bereit waren, die eigene liberal-konservative Programmatik der Koalitionsräson[54] zu opfern. Umgekehrt versuchten die *Ententisten*, der Koalitionsräson eine eigene „Fraktionsräson"[55] entgegenzustellen, die bestimmte programmatische Kernforderungen der ERD nicht zu opfern bereit war, auch nicht im Interesse des Erhalts der Koalition des *Bloc National*. Zu diesen Kernforderungen gehörten die im Wahlkampf noch etwas vage gehaltenen Programmpunkte einer antietatistischen Wirtschafts- und Verwaltungsreform, einer liberalen Laizität, einer offensiven Familienpolitik und der strikten Überwachung des Systems von Versailles in Europa. Die Jahre 1919 bis 1924 waren daher ein ständiges Ringen zwischen *Blocisten* und *Ententisten*, bis zu welchem Grad die Prinzipien der ERD aufgegeben werden durften und welche Fraktionsstrategie im Einzelfalle angewandt werden sollte. Das Grundproblem dieser Dichotomie, die Fraktionsstrategie, konnte, wie man sich leicht vorstellen kann, einen fraktionssprengenden Charakter annehmen, wenn sich die strategische Frage mit einer weltanschaulichen verschränkte, mit anderen Worten, wenn es um Probleme ging, die im weitesten Sinne die religiöse Frage betrafen. Wir hatten bereits in der Schulpolitik Beispiele gesehen, wo dies zu starken Rissen in der ERD geführt hat, weil sich Fraktionsräson und Koalitionsräson widersprochen haben. Von besonderer politischer Relevanz war dieser Konflikt immer dann, wenn nicht nur ein Artikel des Staatshaushalts wie in der RPS-Frage auf dem Spiele stand, sondern die Regierung selbst, beispielsweise in einer Vertrauensfrage. Die folgende Erörterung wird nun chronologisch das Fraktionsverhalten der ERD prüfen, wobei zuerst eine Periode zunehmender Diffusion bis 1921 (I), dann die einer wiedergefundenen Kohäsion (II) erörtert werden wird.

---

[53] Eine ähnliche Einschätzung liefert auch der deutsche Botschafter am 12.1.1922: „Die Parteien des *Bloc National* sind eigentlich auch heute nicht Parteien im deutschen Sinne mit einem klar gefaßten individuellen Parteiprogramm, sondern mehr Nuancen von mehr oder weniger ausgesprochenen Richtungen [...]. Bei mehr als einer Gelegenheit hat sich gezeigt, daß gerade die ERD in vielen Hinsichten sehr verschieden orientiert ist und keineswegs einheitlich votiert, was in der französischen Kammer auch sonst nicht durchweg der Fall zu sein pflegt. Die Hauptschwierigkeit dieser Gruppe besteht in ihrer Stellung zur Republik und zur Laiengesetzgebung". Er spricht ferner von einem linken Bonnevay-Flügel und einem rechten Arago-Flügel, in: PA/AA, R 70693.

[54] Unter Koalitionsräson wird im folgenden, analog zum Begriff der Staatsräson, derjenige Grundsatz verstanden, der den Erhalt der Koalition, hier des *Bloc National*, als oberste Richtschnur des politischen Handelns ansetzt. Auf den Punkt gebracht wird er von einem *républicain de gauche*, der 1921, gegen seine Überzeugung, die Marschallsterne für den General de Castelnau, abgelehnt hatte, weil Minister Barthou derartiges verlangte. Der Abgeordnete kam später zu de Castelnau, um dies zu erklären: „Vous le savez, nous, républicains de gauche, nous suivons toujours le gouvernement. Alors, j'ai fait voter le groupe contre", zitiert nach Gras, de Castelnau, S. 391.

[55] Unter Fraktionsräson wird analog zum in der vorherigen Fußnote Gesagten derjenige Grundsatz verstanden, der den Erhalt und die Konsistenz der neuen Fraktion ERD als oberste Richtschnur politischen Handelns ansetzt.

(I) Die erste große Diskussion der Nachkriegslegislatur, die in der Kammer am 22. Januar 1920 geführt wurde, behandelte die Zusammensetzung der neuen Regierung Millerand, die sich kurz zuvor dem Land präsentiert hatte, und stellte die ERD sogleich auf die Probe[56]. Millerand hatte einen alten Freund, den Radikalsozialisten Théodore Steeg, zum Innenminister berufen und damit selbst die Zeitgenossen verblüfft. Steeg war bekannt für seine antiklerikale Vergangenheit und wurde von Millerand sicherlich als Zugeständnis an den Senat ausgewählt, da dieser immer noch eine radikalsozialistische Mehrheit aufwies[57]. Gleichwohl war es ein äußerst gewagtes Manöver, ausgerechnet das Innenministerium mit einem dezidierten Antiklerikalen zu besetzen, wo doch Millerand selbst mit einem Programm der inneren Aussöhnung und der Öffnung gegenüber den Katholiken angetreten war. Als größte Fraktion der *Bloc-National*-Mehrheit mit vielen *ralliierten* Katholiken in ihren Reihen stand die ERD damit vor der Frage, ob sie die Regierung aus Koalitionsräson unterstützen oder sie aus Fraktionsräson ablehnen sollte. Steeg konnte nämlich auf Grund seiner Vergangenheit keinesfalls als Garant einer liberalen Laizität gelten, und nicht wenige Katholiken in der ERD befürchteten die Rückkehr laizistischer Präfekte in ihre Departements. Noch bevor Millerand am Nachmittag des 22. Januar seine Regierungserklärung verlesen konnte, hatte die ERD am Morgen bereits eine Gruppensitzung einberufen und eine Erklärung votiert, daß Steeg nicht dem Willen zur „union nationale républicaine et sociale, affirmée par le pays le 16 novembre" entspreche, und die Gruppe sich daher alle Handlungsfreiheit reserviere. Was dies konkret bedeutete, zeigte sich in der Vertrauensabstimmung zum Vertrauen für die neue Regierung am Abend, nachdem der Monarchist Léon Daudet auch noch eine persönlich beleidigende Rede auf den „Defätisten" Steeg gehalten hatte. Der *ordre du jour*, der ausdrücklich Millerand und Steeg das Vertrauen aussprach, wurde mit 272 zu 23 Stimmen angenommen, wobei sich fast alle 183 Abgeordneten der ERD enthielten und damit ihr Mißtrauen gegenüber der Regierung kundtaten[58]. Zwar stimmte kein einziger ERD-Abgeordneter gemeinsam mit den Monarchisten um Daudet gegen die Regierung, die komplette Enthaltung der Fraktion war aber ein deutliches Indiz dafür, daß die ERD als ganzes die Fraktionsräson über die Koalitionsräson in dieser Frage stellte und als homogener Körper handlungsfähig war.

Mit Recht ist dieses Votum *ex post* als „coup de théatre" bezeichnet worden[59], einerseits, weil es die Erwartungen der Regierung Millerand düpierte, andererseits, weil es die ERD als scheinbar homogene Gruppe mit eigenen Prinzipien vorführ-

---

[56] Die Episode ist analysiert bei Rousselier, Phénomène, S. 70f., und dokumentiert bei Bonnefous, Histoire politique, S. 110ff. Zu Millerands Politik allgemein vgl. Martens, Alexandre Millerand.

[57] Das konstitutionelle Gefüge der 3. Republik räumte dem Senat fast identische Rechte wie der Kammer ein, eine Regierung gegen die Senatsmehrheit war daher undenkbar. Millerand sah sich also einer eher rechten Mehrheit in der Kammer und einer linken Mehrheit im Senat gegenüber und mußte durch seine Ministerwahl eine Art *cohabitation* zustandebringen.

[58] Für Millerand gestimmt haben nur zehn ERD-Abgeordnete, darunter Isaac, Galli, Dubois und Brice.

[59] So Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 148.

te, die sich auch ohne die Regierungsmehrheit behaupten konnte[60]. Der Sieg der Fraktionsräson über die Koalitionsräson blieb jedoch nur von kurzer Dauer, denn nur fünf Tage später setzten sich die *Blocisten* in der ERD um den Lyoner *Progressisten* Laurent Bonnevay[61] durch und brachten die ERD wieder auf Regierungslinie. Zuvor hatte der monarchistische Abgeordnete de Magallon erneut eine Interpellation gegen Steeg eingebracht, und Millerand nun in einer klareren Sprache sein Bekenntnis zur liberalen Laizität und zum Sonderstatus von Elsaß-Lothringen abgelegt. Bonnevay erklärte daraufhin im Namen der ERD, daß sie zwar nicht mit der personellen, wohl aber der programmatischen Ausrichtung der Regierung zufrieden seien, und sie deshalb die *„politique d'union nationale, d'union républicaine et d'union sociale"* Millerands wieder unterstützen würden. Der Trick in Bonnevays Rede lag darin, die personelle Frage von der programmatischen zu trennen, und nicht weniger als fünfmal den 16. November als Neubeginn der politischen Nachkriegszeit und der inneren Aussöhnung auszurufen[62]. Damit konnte er die Balance zwischen der *ententistischen* und der *blocistischen* Tendenz wahren und zumindest zu einem gewissen Teil Koalitionsräson und Fraktionsräson vereinbaren. Gleichwohl war mit dieser Konstruktion die eigentliche Konfliktaustragung nur aufgeschoben und nicht aufgehoben, was sich in mehreren Debatten, die alle die Fraktionsstrategie mit der weltanschaulichen Frage vermengten, erweisen sollte.

Eine erste dieser Debatten fand kaum sechs Wochen später, am 5. März statt und behandelte eine Interpellation des ERD-Abgeordneten Balanant, der dem sozialistischen Bürgermeister von Brest vorgeworfen hatte, Umzüge der *Union Nationale des Combattants*, d. h. des konservativen Veteranenbundes, zu verhindern. Dies könne von einer „patriotischen" Regierung nicht toleriert werden, wie im übrigen auch Louis Rollin (ebenfalls ERD und UNC), hinzufügte[63]. Wenn man sich erinnert, welch große Rolle die Berufung auf das Kriegserlebnis, das *unis comme au front* gerade für den der ERD nahestehenden nationalen Flügel der Veteranenbewegung, aber auch den inneren Konsens in der ERD bedeutete, so er-

---

[60] Fraktionsdisziplin war im französischen Parlament vor 1914 ohnehin unüblich gewesen, und selbst kleinere Fraktionen mit nur wenigen Mitgliedern fielen bei Abstimmungen regelmäßig auseinander. Daß eine Sammelgruppe wie die ERD mit 183 Mitgliedern aber fast wie ein ganzer Block abstimmte, war im französischen Parlamentarismus ungewöhnlich.

[61] Zu Bonnevay und seiner gemäßigt *progressistischen* Haltung vgl. Bernard, La dérive, S. 246.

[62] Die Rede Bonnevays am 30. 1. 1920 in: Bonnefous, Histoire politique, S. 109f. Die wesentlichen Stellen: „Nous avons été étonnés que la composition du Cabinet ne parût pas répondre à ce passé récent (16 novembre) [...]. Qu'a voulu le pays, le 16 novembre? Il a voulu l'abandon des vieilles querelles et l'union des républicains, pour une œuvre de reconstitution nationale." Die Parallelität zur Argumentation von Arago und Isaac, die in der Debatte um die liberale Laizität ebenfalls den 16. 11. 1919 als Chiffre der nationalen Republik bemühten, ist evident.

[63] JO, Débats, Chambre, 5. 3. 1920, S. 420–480, die Reden Balanants und Rollins S. 418ff. und 470ff. Balanant warf den Sozialisten vor, sie dächten folgendermaßen: „Nous voulons empêcher les poilus et les mutilés d'aller en cortège porter des couronnes au moment des morts pour la patrie, parce que les mutilés n'étaient pas de socialistes parce que ces poilus voulaient porter un drapeau tricolore en tête de leur manifestation."

kennt man schnell den weltanschaulichen Charakter, der dieser Interpellation zugrundelag. Zum Kriegskonsens hatte es gehört, daß die Veteranen jeglicher Couleur, also auch Katholiken und Kommunisten, ihre Toten in öffentlichen Prozessionen ehren durften. Die Verweigerungshaltung des Bürgermeisters von Brest mußte als ein Angriff auf die *Union Sacrée,* und damit auf das Wesen der ERD selbst erscheinen. Zur Zerreißprobe für die ERD kam es nun, als die Regierung Millerand einen *ordre du jour* von Bellet (ERD), der explizit den Bürgermeister von Brest tadelte, zurückwies und statt dessen einen einfachen *ordre du jour* ohne Zusatz als einzig tolerabel annahm. Die ERD, vor der Wahl, der Regierung das Vertrauen zu entbieten oder gemäß ihren Prinzipien für den *ordre du jour* Bellet zu stimmen, zerfiel bei der Abstimmung in mehrere Teile: ein *ententistischer* Flügel von 37 Abgeordneten um de Castelnau, Duval-Arnould und Marin votierte gegen den einfachen *ordre du jour*, ein weiterer Teil um 25 Abgeordnete enthielt sich, während etwa knapp 120 Abgeordnete um Barrès, Arago und Bonnevay mit der Regierungsmehrheit, also gegen die Fraktionsräson, stimmten. Fraktionsräson und Koalitionsräson hatten folglich zu starke zentrifugale Kräfte in der ERD entfaltet und zu einem Auseinanderfallen der Fraktion in einer wichtigen, die politische Kultur betreffenden Abstimmung geführt.

Die Debatten um Innenminister Steeg und den Bürgermeister von Brest können beide in gewisser Hinsicht als Chiffre für eine grundsätzliche Frage der politischen Kultur stehen. Sie hatten in der Wahl des parlamentarischen Verhaltens der ERD Fraktionsstrategie, d.h. die Entscheidung zwischen Koalitions- und Fraktionsräson, mit der Weltanschauungsfrage verschränkt. Im einen Fall war das Ergebnis die Kohäsion der Gruppe, im anderen Fall die Diffusion gewesen. Es ist *ex post* schwer nachzuvollziehen, warum im einen Fall die Fraktionsdisziplin funktionierte, und im anderen nicht; wahrscheinlich ist jedoch, daß der Grundkonflikt latent stets vorhanden war und lediglich der Bedeutungsgrad der Debatte oder auch mangelnde Absprache im Vorfeld das Votum determinierten. Dies legen auch weitere Voten nahe, bei denen die ERD im Frühjahr 1920 auseinanderfiel: Über die von der Regierung geforderte Verschiebung einer Interpellation des baskischen Nationalisten Ybarnégaray, der Millerand wegen seiner nachgiebigen Haltung gegenüber Deutschland zur Rede stellen wollte, zerbrach die ERD ebenso wie über die Anhebung der Abgeordnetendiäten[64]. Beides waren Themen, die auf Grund ihres populistischen Potentials von der extremen Rechten hätten ausgeschöpft werden können und veranlaßten daher nicht wenige ERD-Mitglieder, aus Furcht vor der Kritik der eigenen Basis, zu einem Votum gegen die Regierung.

---

[64] JO, Débats, Chambre, 18.3.1920, S.616ff.: 77 Abgeordnete um Marin, Ybarnégaray und den General Maud'huy stimmten gegen die Verschiebung, 13 enthielten sich, der Rest um Bonnefous, de Castelnau und Duval-Arnould dafür. Die Interpellation Ybarnégarays wurde mit 373 zu 161 Stimmen verschoben. In den verschiedenen Voten zur Diätenerhöhung am 23.3.1920 zerfiel die ERD ebenfalls in zwei Teile. Ein Gegenprojekt des ERD-Abgeordneten Duval-Arnould konnte nicht einmal die Hälfte der eigenen ERD-Leute gewinnen. Vor allem die ländlichen Großgrundbesitzer stimmten gegen eine Erhöhung, während die städtischen Abgeordneten, oft aus dem Sozialkatholizismus kommend, dafür waren.

Die anhaltend gespannte internationale Lage im ersten Halbjahr 1920 (Besetzung Frankfurts, Konferenz von San Remo) vertiefte im übrigen den Riß zwischen *Blocisten* und *Ententisten* innerhalb der ERD, so daß in der großen Debatte über die Außenpolitik am 28. Mai 1920 gleich zwei *ordre du jour* von seiten der ERD vorgetragen wurden. Die Ententisten um Chassaigne-Goyon, Habert und Escudier verknüpften in ihrem *ordre du jour* das Vertrauen für die Regierung mit der strikten Anwendung des Versailler Friedensvertrages, während die *Blocisten* um Arago und de Lasteyrie ein linksrepublikanisches Vertrauensvotum mitsignierten, das Millerand größeren Verhandlungsspielraum geben sollte. Zwar zogen auf Wunsch Millerands die *Ententisten* ihren *ordre du jour* zurück und verhinderten so ein Auseinanderfallen des *Bloc National*, die Debatte hatte aber sehr deutlich gezeigt, daß sich innerhalb der ERD die Gräben noch mehr vertieft hatten. Auf der einen Seite beharrten die *Ententisten* auf einer der nationalistischen Grundüberzeugung der ERD entsprechenden Außenpolitik, während auf der anderen Seite die *Blocisten* zu Kompromissen im Interesse des Koalitionserhalts auf diesem Gebiet bereit waren. Dieses Spannungsfeld präfigurierte im übrigen eine innerparteiliche Konstellation der FR 1928–1932, als ebenfalls die Außenpolitik und die Revision des Versailler Systems auf dem Spiel stand, und die FR schließlich über die Frage Koalition oder Opposition zur Regierung auf dem Feld der Außenpolitik auseinanderfiel[65].

Das Abstimmungsverhalten der ERD im ersten Jahr der Legislatur 1920 ergab somit ein Nebeneinander von Kohäsion und Diffusion, wobei letztere im Laufe der Zeit mehr und mehr zunahm. Natürlich darf nicht vergessen werden, daß in allen großen Abstimmungen, wie z. B. dem Haushalt, die Schlußabstimmung in der Regel mit der *Bloc-National*-Mehrheit von über 500 Stimmen gegen 68 Sozialisten erfolgte, wobei auch die ERD stets Koalitionsdisziplin wahrte und geschlossen dafür stimmte. Lediglich in den Vorabstimmungen und *amendements* zeigte sich immer wieder die gespaltene Haltung der Gruppe zwischen *Ententisten* und *Blocisten* und damit die Existenz zweier Flügel in der ERD. Diese Realität konnte immer dann eine kritische Stärke erreichen, wenn die Abstimmung zusätzlich zur Fraktionsstrategie auch an weltanschaulich verschiedene Grundüberzeugungen in der ERD rührte. Darunter fielen zunächst alle Abstimmungen, die mit der religiösen Frage zu tun hatten. Dies zeigte sich auch nochmals im Dezember 1920, als in einer bereits im Kapitel VII.1. besprochenen „Schlacht der *ordres du jour*" die ERD über das weltanschauliche Bekenntnis, das in den Worten „sur la base des lois laïques" und „contre les ménées royalistes et cléricales" zum Ausdruck kam, zerbrach[66]. Neben diesem „alten" weltanschaulichen Graben, der mehr oder we-

---

[65] Dies geschah v. a. über die Räumung des Rheinlands und den Young-Plan. Vgl. die Analyse bei Weinreis, Liberale oder autoritäre Republik, passim.

[66] Wesentlich an diesem Votum war, daß nicht nur in den einzelnen Abschnitten des *ordre du jour*, sondern auch in der Schlußabstimmung die ERD auseinanderfiel: 56 *Blocisten* um Arago votierten für die Regierung, 66 *Ententisten* (v. a. aus Elsaß-Lothringen und dem Westen) dagegen, der Rest enthielt sich. Im Rückblick urteilte Isaac auch über das Jahr 1920 als ein verlorenes Jahr, weil zu viele Voten in Uneinigkeit erfolgt waren und keine wirkliche Programmarbeit geleistet wurde. Vgl. Bernard, La dérive, S. 249. Auch der deutsche Botschafter Dr. Mayer berichtet am 26. 12. 1920 über den Zerfall der ERD-Gruppe, in: PA/AA, R 70691. Ein Bruch der Fraktion konnte nur durch eine außerordentliche ERD-Sitzung am 29. 12. 1920 vermieden werden (*Le Temps* vom 29. 12. 1920).

niger zwischen den *Progressisten* und Katholiken in der ERD verlief, begann sich aber zunehmend auch ein „neuer" Graben aufzutun. Dieser betraf die außenpolitische Haltung der Fraktion, insbesondere die Umsetzung ihres nationalistischen Programms in politische Realitäten, und verlief quer zum religiösen Graben zwischen einem intransigent-nationalistischen und einem gemäßigt nationalistischen Flügel. Gerade dieser Bruch war es auch, der während der Regierung Briand im Jahre 1921 die ERD beinahe gespalten hätte.

Paradoxerweise war es zunächst die Außenpolitik selbst, die zu Beginn des Jahres 1921 die Einheit der ERD wieder herstellte, die Regierung Leygues stürzte und den Weg für Briand freimachte. Leygues war für seine nachgiebige Haltung in der Reparationenfrage kritisiert worden, hatte aber trotzdem vor der anstehenden Konferenz von Paris unbedingtes Vertrauen in seine Politik gefordert[67]. Der ERD-Abgeordnete Bonnevay versagte ihm jedoch im Namen der gesamten Fraktion diese „confiance dans la nuit" und konnte sogar 447 Stimmen, d.h. die Mehrheit der Kammer, hinter sich bringen. Leygues trat zurück und Bonnevay wurde zu einer zentralen Figur des neuen Ministeriums Briand, wo er Briands Stellvertreter und Justizminister wurde. Er sorgte auch dafür, daß die ERD weit besser repräsentiert war als in den Kabinetten davor, und plazierte die ERD-Abgeordneten Lefebvre du Prey (Landwirtschaft), Dior (Handel und Industrie) und Leredu (Soziales) auf weitere Ministerposten. Bonnevays Plan war es, der *Bloc National*-Mehrheit deutlichere Konturen zu verleihen, indem er Briand zu einer schärferen Trennung zwischen den pazifistischen Radikalen und den nationalen Radikalen aufrief[68]. Dies hätte den *Blocistenflügel* der ERD gestärkt und die lang ersehnte Spaltung der Radikalen herbeigeführt.

Diese Taktik[69] Bonnevays war zunächst erfolgreich, zumindest was die Stärkung des *Blocistenflügels* in der ERD betraf. Nur wenige katholische Abgeordnete aus den östlichen Departements haben sich bei der Vertrauenserklärung für die Regierung Briand am 21. Januar 1921 der Stimme enthalten[70], und die ERD unterstützte als ganzes die Außenpolitik Briands, insbesondere die Besetzung von Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf im März 1921[71]. Die Entwicklung der inter-

---

[67] Leygues unterstützte wie auch Millerand die Pläne des Leiters der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium, Jacques Seydoux, die deutschen Sachleistungen für den französischen Wiederaufbau nutzbar zu machen und im Zweifelsfall gegen die Reparationen aufzuwiegen. Dieser Pragmatismus stieß aber auf vehemente Kritik bei der ERD, vgl. Soutou, Die deutschen Reparationen und das Seydoux-Projekt.

[68] In einer vielbeachteten Rede in Lyon am 16.1.1921, vgl. Bernard, La dérive, S. 254.

[69] Rückblickend sprach der ERD-Abgeordnete de Wendel von einer Gruppe um Bonnevay, die sich durch eine „campagne préparé" die ERD unterworfen habe, ohne Rücksicht auf die Mehrheit. Brief an Marin vom 27.10.1921, in: AN 190, AQ 29.

[70] Die Regierung erhielt das Vertrauen mit 462 zu 77 Stimmen. Unter den Enthaltungen der ERD waren die katholischen Abgeordneten Caron, Delachenal, Bartholoni, Bilger, Maire, Pfleger, Seltz, Walter.

[71] Der nationalistisch-intransigente Marin wurde sogar von seinem einflußreichen Freund de Wendel dazu angehalten, keine „opposition excessive" zu betreiben und sich wenigstens zu enthalten. De Warren und Ferry, die beiden anderen lothringischen ERD-Abgeordneten, sollten sogar für Briand stimmen, um nicht die „mésure" des Angebrachten zu überschreiten. Brief de Wendels an Marin vom 7.2.1921, in: AN 190, AQ 29. Über die außenpolitischen Hintergründe vgl. Bariéty, Les relations franco-allemandes, S. 82ff., und Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 110ff.

nationalen Situation und insbesondere die Konferenz von London im Mai 1921, die die Reparationsansprüche Frankreichs auf 132 Milliarden Goldmark festlegten, untergruben aber erneut das gestärkte Vertrauen der ERD in die Regierung. Vor die Wahl zwischen ihren nationalistischen Überzeugungen (Bemessung der deutschen Reparationen an der französischen Schadenshöhe, ohne Vorabfixierung) und der Unterstützung Briands gestellt, zerfiel die ERD am 26. Mai 1921 in der außenpolitischen Debatte. Teile schlossen sich dem *ordre du jour* Paul Reynauds (ARS) an, der der Regierung nur das Vertrauen aussprechen wollte, wenn sich diese zu einer Revision der Londoner Konferenzergebnisse bereitfände[72]; die *Blocisten* der ERD um Arago sprachen der Regierung jedoch ohne Bedingung das Vertrauen aus. In der Schlußabstimmung votierten knapp 50 ERD-Abgeordnete gemeinsam mit den Sozialisten und Teilen der ARS gegen Briand, der nur noch 391 Stimmen der Mehrheit auf sich ziehen konnte, darunter 130 der ERD. Obwohl der intransigent-nationalistische Flügel der ERD mit 50 Stimmen noch relativ gering war, zählten dazu doch bedeutende Parlamentarier wie der General de Castelnau, Georges Bonnefous oder Louis Marin. Die Einheit der ERD-Fraktion war also erneut bedroht, und die *Blocistenstrategie* Bonnevays wegen der internationalen Entwicklung nicht aufgegangen.

Ihren Tiefpunkt erreichte die Kohäsion der ERD daher im Herbst 1921, nachdem ein erster Versuch, alle Fraktionen rechts der Mitte (ERD, ARS, *républicains de gauche*) in einem *Intergroupe Républicain* zur besseren Abstimmungskoordination zu sammeln, gescheitert war[73]. Wir hatten bereits über die tiefe Kluft gesprochen, die die Abstimmung über die RPS im Dezember 1921 in die ERD gerissen hat, weil sie religiöse Frage und Fraktionszwang miteinander kombinierte. Zwei Monate zuvor war es in einer ähnlichen Frage zu einem inneren Zerwürfnis der ERD gekommen, diesmal aber gekonnt eingefädelt von Briand, der den *Blocistenteil* der ERD um Bonnevay von den nationalistisch-katholischen Elementen trennen wollte, um seine Mehrheit nach rechts deutlich abzugrenzen[74]. Briands Vorstellung von der Republik als „Haus mit unverrückbarem Mobiliar", worunter insbesondere die *lois laïques* zu zählen waren, und seine Aufforderung an die ERD, zwischen „Regierung und Reaktion" zu entscheiden, stürzten diese in eine existentielle Krise. Während der Kammerdiskussion vom 19. bis 26. Oktober, die

---

[72] Reynaud sammelte eine Mehrheit der *Clemencisten* der ARS, die extreme Rechte und die nationalistischen Teile der ERD hinter sich. Für die reparationspolitischen Vorstellungen Reynauds vgl. Grüner, Paul Reynaud, S. 85ff., für die Spaltung der ERD trotz der Ambitionen de Wendels gegen Briand vgl. Jeanneney, de Wendel, S. 134.

[73] Ein Versuch, im Sommer 1921 eine *Intergroupe Républicain* aller *Bloc-National*-Fraktionen zu gründen, war gescheitert, weil die Achse der neuen Gruppe der PRDS sein sollte. Zu den Befürwortern dieser Gruppe gehörten aus der Reihe der ERD die Katholiken de Tinguy, Boissard, Chabrun, Bazire, Dutreil und der Bonapartist Chassaigne-Goyon. Vgl. *Le Temps* vom 16. 6. 1921 und *Le Parlement et l'Opinion* vom 20. 6. 1921. Aufgrund ihres Festhaltens an der „absolue laïcité" und mehreren Diskursen von Jonnart vom PRDS für eine strikte Laizität mußten sich die Katholiken auf Druck aus ihrem eigenen Lager wieder zurückziehen. Vgl. den Brief Coppins an Guiraud vom 30. 10. 1921, in: AN 362, AP 148, und die Kritik der *Libre Parole* und der *République Française* vom 16. 6. 1921.

[74] Über dieses Manöver war selbst der deutsche Botschafter Hoesch durch ein Gespräch mit Jean Hennessy informiert, Bericht vom 27. 9. 1921, in: PA/AA, R 70692.

die politische Mehrheit der Regierung Briand bestimmen sollte, berief die ERD nicht weniger als vier außerordentliche Gruppensitzungen ein, um einen Konsens zu finden[75]. Nachdem die Gruppensitzungen keinen Ausgleich zwischen Blocisten und Ententisten gebracht hatten, versuchte es der Fraktionsvorsitzende Arago am 26. Oktober noch einmal mit der Beschwörung des 16. November 1919 als Ursprung eines mentalen Wandels in Frankreich, gar einer nationalen Republik auf der Basis der Kriegserrungenschaften, um seine Fraktion zu einem einheitlichen Votum zu bewegen. Zu tief und zu fest hatte sich aber der Bruch in der ERD bereits etabliert, als daß diese Rede noch etwas hätte verändern können[76]. Der ERD-Abgeordnete Raiberti erklärte im Namen von „seinen Freunden der ERD", unter den Zwischenrufen „pas tous", daß er das Vertrauensvotum für Briand nicht unterstützen werde, da dessen Ansinnen, die ERD zu spalten, eine „injure immeritée" gewesen sei. Sowohl in der innenpolitischen Konzeption der Republik wie in der außenpolitischen Anwendung des Versailler Vertrages stimme er mit der Regierung nicht überein und werde ihr das Vertrauen nicht aussprechen[77]. Das Ergebnis der Abstimmung, die Briand mit 338 zu 172 Stimmen gewann, setzte die Aufspaltung der ERD in den vorangegangenen Gruppensitzungen fort, und ließ 85 Abgeordnete des *ententistischen* Flügels um Marin, Barrès und de Castelnau gegen Briand stimmen. Für Briand stimmte der geschrumpfte Teil (73) der *Blocisten* um Bonnevay und Isaac, 16 enthielten sich.

Die Abstimmung um das Vertrauen für die Regierung Briand ist besonders instruktiv, wenn man sich die Frage stellt, welchen Personenkreis eigentlich *Blocisten* und *Ententisten* umfaßten. Bisher schien es so, als ob im *blocistischen* Teil v. a. die ehemaligen *Progressisten* zu finden waren, die als *modérés* traditionell mit der linken Mitte zu stimmen bereit waren, während die Katholiken im Zweifelsfall für ihre weltanschauliche Überzeugung und gegen die Regierung votierten. War es nun aber in diesem Fall eher eine Abstimmung auf dem Gebiet der religiösen Frage, wie die Argumente Briands nahelegen, oder war es, am Ende eines Jahres gewaltiger außenpolitischer Veränderungen, doch eine Abstimmung über die Außenpolitik? Es ist sicherlich nicht zu leugnen, daß beide Elemente ineinandergespielt

---

[75] Am 20., 21., 25., und 26. Oktober. Die Abstimmungsergebnisse der Gruppe sind in *Le Temps* vom 27.10. veröffentlicht und zeigen 71 Stimmen für, 85 Stimmen gegen die Regierung sowie 15 Enthaltungen. Vgl. Rousselier, Phénomène, S. 148. Isaac berichtete, daß auf den Gruppensitzungen fast nur 60 Briand-Gegner, also *Ententisten*, anwesend waren, die ihn und Bonnevay überstimmt und Raiberti zu seiner Intervention beauftragt hätten. Bonnevay habe daraufhin diesen *Ententisten* vorgeworfen, sie ließen sich den Kopf von der AF verdrehen, Eintrag vom 30.10.1921, Isaac, Carnets, S. 357.

[76] François de Wendel beklagte deshalb einen Tag später, daß seit Monaten nur etwa 80 der 183 ERD-Abgeordneten an den Gruppensitzungen teilnehmen würden und daß somit eine konzertierte Absprache im Vorfeld nicht möglich sei, vgl. Brief an Marin vom 27.10.1921, in: AN 190, AQ 29. Er bestätigt damit den Bericht Isaacs, was den Schluß zuläßt, daß gerade die *Blocisten*, in der Tradition der *modérés*, eine konzertierte Fraktionsstrategie und Fraktionsdisziplin ablehnten und sich von den Gruppensitzungen fernhielten.

[77] Die Rede Raibertis in JO, Débats, Chambre, 26.10.1921, S. 3709ff. Der *Figaro* titelte daraufhin am 27.10.1921: „L'Entente se comporte comme une mésentente." Barrès notierte zynisch in sein Tagebuch: „Le mobiliar de la République? Fermez ces latrines!" in: Mes Cahiers, S. 924.

haben und daß Briand die Laizitätsfrage gewiß deshalb aufgegriffen hatte, weil er um die weltanschaulichen Differenzen in der ERD wußte und so sein Spaltungsmanöver besonders effektiv gestalten konnte. Eine nähere Analyse der Abstimmung ergibt jedoch, daß das Ansinnen Briands, gerade die katholischen Elemente nach rechts abzuspalten, nur zum Teil erfolgreich war. Bei der Auszählung des Abstimmungsergebnisses ergab sich nämlich, daß die alte Gleichsetzung von *Blocisten* = *Progressisten* und *Ententisten* = Katholiken nicht mehr gültig war. Vielmehr hatte sich eine neue Trennlinie quer zum religiösen Graben entwickelt.

Bereits einen Tag nach der Abstimmung schrieb der verwunderte de Wendel an Marin, daß er überhaupt keine „Demarkationslinie" zwischen den beiden Abstimmungsflügeln entdecken könne, sondern daß die Gruppe letztlich nur ein amorphes Gebilde sei, das nun auseinandergefallen war[78]. Was sich für de Wendel als amorph darstellte, weil es nicht mehr der Polarität *Progressisten*/Katholiken gehorchte, ist jedoch nichts anderes als die Tatsache, daß die Trennlinie eben nicht mehr zwischen *Progressisten* und Katholiken verlief, wie es Briand erwartet hatte, sondern zwischen einem *ententistisch*-programmatischen[79] und einem *blocistisch*-gemäßigten Flügel[80]. Letzterer war bereit, in außen- und religionspolitischen Abstimmungen mit der Regierung zu stimmen – auch gegen die eigene Überzeugung – während die *Ententisten* in beiden Fällen an ihrer Überzeugung wie an einer Doktrin festhielten. Daher kam es, daß prominente Katholiken wie Duval-Arnould, Boissard, Delachenal, Lenail oder Reille-Soult mit den *Progressisten* Bonnevay, Isaac und Laniel *für* Briand gestimmt hatten – trotz dessen Erklärung zu den *lois laïques* – während *Progressisten* wie Marin, Bonnefous oder Raiberti mit Katholiken und Nationalisten wie de Castelnau oder Barrès *gegen* Briand votiert hatten. Die Pole der *Blocisten* und *Ententisten* waren damit inhaltlich festgelegt und sollten sich bis zu Beginn der 1930er Jahre auch nicht mehr ändern: Auf der einen Seite hatte sich aus rechten *Progressisten* und rechten Katholiken ein nationalistisch-katholischer Flügel (*Ententisten*) herauskristallisiert, dem auf der anderen Seite ein opportunistisch-republikanischer Flügel (*Blocisten*) aus linken *Progressisten* und linken Katholiken gegenüberstand.

Eine Erklärung für diese Spaltung in einen regierungstreuen und einen regierungskritischen Flügel liegt nun darin, daß sich mit dieser Abstimmung zum ersten Mal ein neuer Spaltungstypus innerhalb der liberal-konservativen Sammlung

---

[78] „Je ne crois pas que M. Briand ait coupé le groupe en deux parce que je ne vois, en relisant les noms des votants, aucune ligne de démarcation politique entre ceux qui ont voté «pour» ou «contre», mais il a démontré que le groupe était complètement amorphe." (Brief vom 27.10.1921, wie Anm. 76).

[79] Die *Ententisten* folgten dem *clemencistischen* Flügel der ARS um Tardieu, Mandel und Soulier. Der spätere FR-Vizepräsident Soulier hatte kurz vor der Abstimmung die Politik Briands als die eines „chien crevé qui suit le fil de l'eau" bezeichnet, zitiert nach Suarez, Briand, Bd. 5, S. 232.

[80] Zu letzteren zählte Auguste Isaac, der die Hetze der „groupes indésirables de l'extrême droite" bedauerte und erklärte, Briand sei für ihn „la moindre mal" gewesen: „Je n'ai aucune sympathie personnelle pour Briand, qui est un charmeur mais un faux bonhomme." Eintrag vom 30.10.1921, Carnets, S. 358. Isaac selbst erwähnt eine ganze Reihe von Politikern, die für Briand stimmten, weil sie auf einen Ministerposten spekulierten, ibidem, S. 360.

durchgesetzt hatte, der quer zum traditionellen Graben zwischen *Progressisten* und Katholiken lief und der zeigte, wie der Konflikt um die Laizität an Virulenz verloren hatte. Wie wir aus einem Tagebucheintrag Kardinal Baudrillarts wissen, hatte es beim „linken" Flügel der ERD, der bereits im Sommer am *Intergroupe républicain* mitgearbeitet hatte, eine Abmachung zwischen liberalen Katholiken und zur Mitte tendierenden *Progressisten* gegeben, die beide Briands gemäßigte Außenpolitik unterstützen wollten. Es wurde ein *programm laïque* entworfen, das die konzilianten Katholiken besänftigen konnte, indem z.B. die Revision der Kongregationsgesetzgebung in Aussicht gestellt wurde, auch gegen den Wortlaut der Erklärung Briands[81]. Im Gegenzug sollten die konzilianten Katholiken dem Drängen des päpstlichen Nuntius Ceretti und der päpstlichen Versöhnungspolitik Folge leisten und ihr Vertrauen in die Regierung Briand und die ersten Ansätze einer internationalen Verständigung aussprechen[82]. Diese Neuorientierung schlug sich nun in der Abstimmung nieder und sonderte den an den Prinzipien des Wahlprogramms von 1919 festhaltenden rechten Flügel der *Progressisten* und der Katholiken ab.

Dieser hier zum ersten Mal festzustellende Spaltungstypus sollte im Lauf der 1920er Jahre von immer größerer Bedeutung für die FR werden und die Divergenzen um die Laizität zugunsten der außenpolitischen Problematik zurückdrängen. Je mehr die internationale Entwicklung das politische Geschehen zu bestimmen begann, um so unbedeutender wurde die Laizitätsfrage, auch wenn Briand und die Radikalen an des *lois intangibles* festhielten, und um so wichtiger die Frage, wie das Versailler System in Europa durchzusetzen sei. Ohne daß es den Zeitgenossen aufgefallen war, hatte diese Abstimmung den latenten Konflikt der beiden unterschiedlichen politischen Kulturen innerhalb der ERD beinahe aufgelöst. Liberale und konservativ-katholische Traditionen spielten keine entscheidende Rolle mehr für die Fraktionsstrategie, dafür aber um so mehr die Frage des Nationalismus, d.h. die Umsetzung der Forderung nach innerer Aussöhnung und nach einer harten Haltung gegenüber Deutschland, in die konkrete Tagespolitik[83]. In der Entwicklung der politischen Ideengeschichte Frankreichs ist daher mit diesem Jahreswechsel 1921/22 sicher eine wichtige Etappe vollzogen worden, indem Denktraditionen des 19. Jahrhunderts wie Liberalismus und Konservativismus aufhörten, von parteipolitischem Belang zu sein, zumindest was die liberal-konservative Sammlung betrifft.

Natürlich ist es immer schwierig, Anfang und Ende ideengeschichtlicher Strömungen konkret zu benennen, da sie als Phänomene der *longue durée* nicht an einem bestimmten Punkt beginnen oder abbrechen. Gleichwohl legt diese Ab-

---

[81] Eintrag vom 25.10.1921, Carnets, S.926: Baudrillart sprach von einem Programm, das den Katholiken „satisfaction" biete. Gleichzeitig konkretisierte der *Journal des Débats* vom 26.10.1921 Forderungen nach einer Rückkehr aller Kongregationen und die Revision der Gesetze von 1901 und 1904.

[82] Für die päpstliche Verständigungspolitik und den seit 2.8.1921 in Frankreich anwesenden Nuntius Ceretti vgl. Marchese, Francia et Santa Sede, S.168ff. und 230f.

[83] Dies sollte sich am 27.12.1921 erneut zeigen, als die ERD in der außenpolitischen Debatte um Indochina und die französische Kolonialpolitik in die beiden gleichen Teile zerfiel. Vgl. Rousselier, Phénomène, S.159f.

stimmung die Interpretation nahe, daß eine zeitimmanente Dynamik der ersten Nachkriegsjahre zur Entstehung bzw. Verbreitung neuer Ideen und damit neuer Konfliktfelder geführt hat, die die alten ablösten. Wenn man daher allgemein die Jahre der Zwischenkriegszeit in der Dialektik von Verständigungspolitik und nationalen Eigenwegen, bzw. in ihrer ideologischen Aufladung zwischen pazifistischem Internationalismus und bellizistischem Nationalismus betrachten kann, so markiert das Jahr 1921 sicherlich den erstmaligen Durchbruch dieses neuen Konfliktfeldes, was die Flügelbildung bei der liberal-konservativen Sammlung betrifft. Nie mehr sollten die weltanschaulichen Gegensätze der Vorkriegszeit eine derart prominente Bedeutung für das Innenleben der Gruppe spielen, wie es von nun ab der außenpolitische Nationalismus tat. Obgleich der Nationalismus der ERD und der FR, wie er im Kapitel IV beschrieben wurde, ideengeschichtlich für die ganze Gruppe galt, entwickelten sich doch Unterschiede im politischen Handeln, d.h. in der konkreten Umsetzung der Vorstellungen. Während die intransigente Gruppe um den baldigen Parteivorsitzenden Marin Kompromisse ablehnte und bereit war, notfalls auch eine eigene „nationale Opposition" zu bilden, blieb die konziliante Gruppe um Bonnevay, zu der bald auch viele liberale Katholiken stoßen sollten, einer Verhaltensnorm verpflichtet, die typisch war für einen *modéré*: Wo es der Erhalt der Regierung oder auch die eigene Machtposition erforderte, ging man Kompromisse mit Regierungen ein, die eine internationale Verständigungspolitik betrieben[84].

(II) Zunächst aber war für die Kohäsion der ERD entscheidend, daß am 15. Januar 1922 Raymond Poincaré die Regierung übernahm, die er bis zu den Wahlen im Mai 1924 auch nicht mehr aus der Hand geben sollte. Mit Poincaré war nun nicht nur ein lothringischer Nationalist an die Regierung zurückgekehrt, der vor und während des Krieges seine außenpolitische Intransigenz unter Beweis gestellt hatte[85], sondern auch der ganze Mythos der inneren Einheit Frankreichs, der sich im Gefolge der *Union Sacrée* entwickelt hatte, erfuhr eine Neuauflage. Pflegte sein Vorgänger Briand noch eine außenpolitische Rhetorik des Neuanfangs anzustimmen, so waren die Reden Poincarés gesättigt von Erinnerungsfloskeln und Beschwörungen des Kriegsmythos[86]. Dieser Bezug auf die Kriegserinnerung garan-

---

[84] Diese Flügelbildung wird implizit sogar von Marin in einer Kammerrede bestätigt, als er darauf hinweist: „Bonnevay est de mon parti et avec lequel cependant mes collègues savent que je ne m'entends guère sur la conduite générale des affairs du pays." JO, Débats, Chambre, 17.10.1922, S.2677. Der deutsche Botschafter, der ebenfalls über die Aufspaltung der Gruppe berichtet (Bericht vom 27.10.1921), zog jedoch den falschen Schluß, wenn er glaubte, daß die „alten Gegensätze aus der Zeit vor dem Kriege" wieder aufgetaucht wären, in: PA/AA, R 70692.

[85] Poincaré hatte seit 1920 die Leitung der *Chronique de la Quinzaine* bei der RDDM übernommen und war auch vor Kritik des englischen Verbündeten nicht zurückgeschreckt. Anders als die Regierung Briand hatte er auch immer wieder den Revanchismus in Deutschland hervorgehoben und vor einer schleichenden Revision des Versailler Vertrages gewarnt. Vgl. Georges Wormser, Le septennat de Poincaré, Paris 1977, S.255ff.

[86] Diese Analyse bei Rousselier, Phénomène, S.182. Zu Poincarés Politik vgl. Jeannesson, Poincaré, la France et la Ruhr. Ein Polizeibericht vom 20.1.1922 vermerkt: „Pour la première fois depuis longtemps, l'ERD a retrouvé son unité en faisant bloc en faveur de Poincaré." In: AN, F/7 12951. Thibaudet, La République des Professeurs, S.256, hat für Poincaré den treffenden Satz geprägt: „Aussi patriote que n'importe quel homme de droite, aussi républicain que n'importe quel homme de gauche."

tierte einerseits den Fortbestand des *Bloc National* und der Eingliederung der Katholiken, andererseits legte er die Basis für eine strikte Umsetzung des Versailler Vertrages, insbesondere bei der Einforderung der deutschen Reparationen[87]. Mit dieser Politik konnte sich die ganze ERD abfinden, zumal Poincaré den wichtigen Posten des Innenministers nicht mit einem Radikalsozialisten besetzt hatte[88]. Die Reparationen stellten für die ERD nämlich nicht nur die notwendigen finanziellen Mittel dar, die für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete des Ostens gebraucht wurden, sondern repräsentierten auch die moralische Kriegsschuld Deutschlands und damit die Richtigkeit des Kampfes Frankreichs für *Droit et Justice*. Als unter diesen Voraussetzungen das neue Kabinett Poincaré beide Flügel der ERD aufnahm, de Lasteyrie für die *Blocisten*, Raiberti für die *Ententisten*, war die Bahn frei für eine innere Zusammenführung der ERD und damit die Einbindung der ganzen Fraktion in die Regierungsmehrheit.

In den vier wichtigsten innen- und außenpolitischen Abstimmungen des Jahres 1922 – am 19. Januar, am 3. April und am 2. Juni zur Außenpolitik, am 5. Juli zur Aufhebung der parlamentarischen Immunität von drei Kommunisten – stimmte die ERD geschlossen und anerkennend für die Regierung Poincaré[89]. Gewiß gab es auch weiterhin kleinere Differenzen, so z. B. in der Abstimmung über die Sommerzeit, als die ERD, wie im übrigen alle anderen Fraktionen außer den Sozialisten auch, auseinanderfiel[90]. Gleichwohl war das Jahr 1922 wie auch das Jahr 1923 ein Jahr der wiedergefundenen Einheit für die liberal-konservative Sammlung[91].

---

[87] Selbst ein Jean Guiraud konzentrierte sich nun in *La Croix* auf die strikte Exekutionspolitik, z. *B. La Croix* vom 29. 8. 1922, und wurde vom früheren ALP-Gründer im Doubs, Jean Maître, am 11. 9. 1922 dafür gelobt: „Il serait très désirable que l'attention des intéressés, MM. Poincaré, Dubois etc. fut appelée sur ces articles, qui posent si clairement [...] le principe." In: AN 362, AP 156. Dies zeigt, daß selbst die Fundamentalkatholiken nun ihre religiösen Forderungen zurückstellten.

[88] Poincaré scheint eine Zeit lang an Herriot gedacht zu haben, berief aber nach dessen Absage den AD-nahen Maunoury als Innenminister. Zuvor hatte eine Delegation der ERD nachdrücklich bei Poincaré gegen Herriot interveniert, vgl. *Le Temps* vom 15. 1. 1922.

[89] Bemerkenswert ist dabei, daß in der Kammerdebatte am 2. 6. 1922 die ERD auf Antrag Isaacs fast vollständig mit der Regierung Poincaré stimmte. Zuvor hatten ihre Redner wie Habert das Scheitern der Konferenz von Genua und den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo zum Anlaß genommen, Poincaré zu kritisieren und sogar einen eigenen *ordre du jour* einzubringen. Erst auf Drängen Isaacs zogen Cornudet und Habert diesen zurück und stimmten für den von der Regierung verlangten *ordre du jour*. JO, Débats, Chambre, 2. 6. 1922, S. 1677ff.

[90] JO, Débats, Chambre, 9. 3. 1922, S. 750ff. Die Sommerzeit war 1917 eingeführt worden und wurde vom agrarischen Flügel der ERD bekämpft. Die Abgeordneten de Monicault, Duval und Gay sprachen vergeblich gegen die Mehrheit der industrienahen Vertreter um Marin und de Wendel.

[91] Einzige Ausnahme war der Austritt von Louis Rollin und einiger Sozialkatholiken um Boissard, Dutreil und Puis am 6. 11. 1922, die die Kritik an Poincarés Innenpolitik seitens der ERD nicht unterstützten. Zu den Dissidenten gehörte anfangs auch Bonnevay, der aber in der Gruppe blieb. Vgl. Bericht vom 6. und 7. 11. 1922 in: AN, F/7 12951, sowie den Bericht des deutschen Botschafters vom 28. 10. 1922, in: PA/AA, R 70694. Symptomatisch für die Stimmung in liberal-konservativen Kreisen ist die Aussage des Akademiemitglieds Henry Bordeaux zu Poincarés Rede im Januar: gegen Deutsche und Kommunisten „plus de factions, plus de partis, plus de haine fratricide!", in Henry Bordeaux, Histoire d'une vie, Bd. 8, S. 274.

In den sich von Februar bis Juni 1922 hinziehenden Verhandlungen über eine neue Wehrdienstpflicht wurden zwar einige *amendements* der Familienpolitiker der ERD um Isaac und Delachenal eingebracht, die für die vierten, fünften oder sechsten Söhne einer Familie eine Reduktion des Wehrdienstes forderten; am Ende war der Wille der ERD, die allgemeine Wehrpflicht bei 18 Monaten für alle Söhne zu halten – wie es das Regierungsprojekt vorsah – aber zu groß, als daß das ganze Projekt gefährdet gewesen wäre: „Je tiens à dire [...] que le sentiment patriotique que nous éprouvons et le désir que nous avons de voir voter sans trop tarder une loi militaire [...] ont contribué à faire cesser nos hésitations."[92] Poincaré war also mit seiner Außenpolitik der Schachzug gelungen, das, was er „union républicaine et nationale" nannte, wieder herzustellen und damit die zentrifugalen Tendenzen in der ERD zu beseitigen. Die ERD agierte wieder als eine einheitliche Fraktion im Rahmen der Regierungspolitik Poincarés. Statt dessen gerieten die Radikalen zunehmend in Bedrängnis, da, wie Rousselier und Berstein nachgewiesen haben, ein linker Flügel um Daladier mit den Sozialisten votierte, während die Mitte um Herriot und die Rechte um Sarraut unschlüssig den Kurs Poincarés teils unterstützten, teils kritisierten[93].

Das Jahr 1923, das mit der Ruhrbesetzung die kriegerische Realität zurück auf die außenpolitische Bühne gebracht hatte, vertiefte Entwicklungen aus dem Vorjahr: Die Radikalen lösten sich, mit Ausnahme ihres rechten Flügels, aus der Regierung des *Bloc National* und formierten sich als eigenständige liberale Mitte, zwischen *Bloc National* und Sozialisten. Bald schon deutete sich außerparlamentarisch der Brückenschlag der Radikalen zu den Sozialisten an, weil die von Painlevé und Briand ins Leben gerufene *Ligue de la République* als Sammelbecken aller verständigungsbereiten Kräfte in der Außenpolitik geschaffen wurde, die auch für Sozialisten offen war. Umgekehrt scharten sich alle „nationalen" Kräfte um Poincaré und die von Arago ins Leben gerufene *Action Nationale Républicaine*[94]. Gerade die ERD erhoffte sich von der Ruhrbesetzung eine dauerhafte Absonderung des Rheinlands vom Deutschen Reich und unterstützte daher die von der Regierung betriebene Etablierung eines Wirtschaftsblocks, der neben Belgien und Frankreich auch Luxemburg und das Rheinland umfassen sollte[95]. Die Konfrontation zwischen einem *Bloc de gauche* und dem *Bloc National* spitzte sich im Verlauf der Ruhrbesetzung zu, wovon in aller erster Linie die ERD profitierte. Das Abwandern der Radikalen aus der Regierungsmehrheit hatte eine klare Trennlinie in der außenpolitischen Frage in der Kammer gezogen und das von Briand erweckte Gespenst der *concentration républicaine*, das die parlamentarische Mehr-

---

[92] Isaac in JO, Débats, Chambre, 13.6.1922, S.1705ff.

[93] Vgl. Rousselier, Phénomène, S.229ff., und Berstein, Parti Radical, Bd.1, S.358–365.

[94] Der ERD-Abgeordnete Bellet sagte dazu: „Le front unique contre la mauvaise foi allemande", in: JO, Débats, Chambre, 15.6.1923, S.2559. Die ANR kam über ein großes Bankett im Juli 1922 nicht hinaus, da ihr zu sehr ein Honoratiorencharakter anhaftete, vgl. unten S.395f.

[95] Ziel dieses vor allem von Stahlindustriellen geförderten Projektes war eine Schwächung der industriellen Kraft Deutschlands und damit eine von Frankreich dominierte, den politischen *Status quo* auch auf wirtschaftlicher Ebene fortschreibende Hegemonie in der Schwerindustrie. Vgl. Bussière, La France, la Belgique, S.161ff.

heit nach rechts abgrenzen wollte, vertrieben. Keine einzige wichtigere Abstimmung des Jahres 1923 führte deshalb zu einer Diffusion der Stimmen der ERD, und selbst in dem einen Fall, wo die ERD gegen die Regierung stimmte, tat sie dies als ganzes und ohne Dissidenten[96].

Schlaglichtartig illustriert eine Debatte zur *politique générale* im Sommer 1923 das konzertierte Verhalten der ERD. In einer programmatischen Rede formulierte Charles Bellet die Position der ERD, die Poincaré vorbehaltlos unterstütze, auch wenn sich der *Bloc National* langsam zersetze. Die Errungenschaft des *Bloc National* sei es gewesen, die weltanschaulichen Debatten vergessen zu machen und Innen- wie Außenpolitik unter „technisch-objektiven" Gesichtspunkten zu behandeln, womit natürlich bürgerlich-nationale Gesichtspunkte gemeint waren[97]. Da Poincaré dies auf das trefflichste erfülle, sei ihm die Gefolgschaft der ERD gewiß. Als es zur Abstimmung der *ordres du jour* kam, legten Vertreter der Regierungsmehrheit zwei separate Fassungen vor, die beide nur in einem Wort differierten: Während der aus der republikanischen Mitte kommende Vorschlag die Formel „respectueux des lois laïques" enthielt, forderte der ERD-Vorschlag nur ein allgemeines „respectueux de toutes les lois". Damit sollte der innere ERD-Konsens zur Laizität ausgedrückt und eine weltanschauliche Spaltung der liberal-konservativen Sammlung verhindert werden. Da Poincaré die Vertrauensfrage aber an den ersten *ordre du jour*, mit dem Wort *laïque*, knüpfte, gab es in der ERD eine kurze Unruhe darüber, ob die liberale Laizität dadurch gefährdet sei und ob der eigene *ordre du jour* auch gegen die Regierung aufrechterhalten werden sollte. Daraufhin erklärte Isaac im Namen der Fraktion, daß er den eigenen *ordre du jour* zurückziehe, weil sich Poincaré zuvor auf die *Union Sacrée* berufen habe, was Garantie genug für eine liberale Laizität sei[98].

Offenbar hatte dieses *„blocistische"* Manöver aber nicht alle in der ERD befriedigt, denn der katholische ERD-Abgeordnete Jean Molinié beantragte, die Abstimmung des *ordre du jour* vor der Formel *respectueux des lois laïques* zu splitten, was ihm ermöglicht hätte, das Vertrauen für Poincaré zu votieren, sich beim Wort *laïques* aber zu enthalten. Da wahrscheinlich nicht wenige *Ententisten* in der ERD dies getan hätten, hätte die ERD den geschlossenen Eindruck der letzten anderthalb Jahre aufgegeben und wäre durch die weltanschaulichen Gräben erneut getrennt worden. Erst als der Nationalist Marcel Habert Molinié dazu drängte, zog auch dieser, wie Isaac zuvor, seinen Antrag zurück[99]. Das Ergebnis war ein ge-

---

[96] Dies betraf das Votum zur öffentlichen *affichage* der Rede Herriots zur Bedrohung der Republik durch die *Action Française*, die kurz zuvor drei Abgeordnete überfallen hatte. Die ERD stimmte komplett dagegen.

[97] „Alors qu'autrefois on examinait toutes les lois sous l'angle des idées et des principes, il fut entendu que ces idées et ces principes qui divisent [...] seraient laissées de côté. Nous voulions tous examiner du point de vue purement objectif". In: JO, Débats, Chambre, 15.6.1923, S.2562.

[98] JO, Débats, Chambre, 15.6.1923, S.2587. Der Ausdruck „application la plus libérale" habe das Zögern seiner Kollegen überwunden.

[99] Habert hatte öffentlich erklärt: „N'insistez pas", auch die ALP habe in der Laizität von 1919 alle Garantien der *liberté religieuse* gesehen. Daraufhin erklärte Molinié: „Devant l'instance de mes collègues, je retire ma demande de division." Isaac beklagte indes die Führungslosigkeit der ERD unter Arago, der ohne „netteté, fermeté, préparation" vor-

schlossenes Votum der ERD für Poincaré und für die *lois laïques* in liberaler Anwendung. Diese Abstimmung beweist daher, daß der außenpolitische Kurs Poincarés auf die Koalitionsräson der ERD eine starke Wirkung ausübte und diese selbst in einer weltanschaulichen Frage, die bei manchen Mitgliedern eher die Entscheidung für die Fraktionsräson nahelegen mußte, als Ganzes hinter die Regierung brachte. Es bestätigt sich damit der Befund vom Ende des Jahres 1921, daß ideengeschichtliche Denkmuster des 19. Jahrhunderts zunehmend redundant gegenüber neuen Konfliktfeldern wurden[100].

Zusammenfassend kann man also feststellen, daß die Geschichte des parlamentarischen Verhaltens der ERD 1919–1924 ein beständiges Lavieren zwischen Koalitionstreue und Koalitionskritik und damit auch zwischen interner Kohäsion und Diffusion gewesen ist. Es hatten sich zwei Flügel entwickelt, zunächst noch aufgrund weltanschaulicher Unterschiede, die das Nebeneinander von *Progressisten* und Katholiken in der liberal-konservativen Sammlung mit sich brachte. Die *Blocisten*, der Tendenz nach eher *Progressisten* und Nationalisten, sahen in der Koalitionstreue zu den Regierungen des *Bloc National* die wesentliche Aufgabe der ERD. Die *Ententisten*, zu Beginn eher die rechten *Progressisten* und Katholiken, legten jedoch den Schwerpunkt auf die Verwirklichung des Programms der ERD, zu dem als *condicio sine qua non* die Verwirklichung der liberalen Laizität gehörte. Deshalb kam es zu einem häufigen Auseinanderfallen der Fraktion in wichtigen Abstimmungen bis Ende 1921. Die außenpolitischen Ereignisse der ersten Nachkriegsjahre entfalteten jedoch eine neue Dynamik, die zunehmend die Frage nach der Umsetzung einer nationalistischen Außenpolitik in den Mittelpunkt stellte. Die Entscheidung darüber, ob man seine eigene nationalistische Doktrin aus Koalitionsräson für eine weit weniger intransigente Regierung aufgeben sollte oder nicht, überschattete zunehmend das weltanschauliche Konfliktfeld der religiösen Frage. *Blocisten* und *Ententisten* definierten sich daher bald nur noch durch ihre Haltung in der Außenpolitik und nicht mehr über ihre weltanschaulich-kulturelle Herkunft. An diesem Punkt hörten die ideengeschichtlichen Traditionen des Liberalismus und Konservativismus auf, in der ERD eine entscheidende Rolle zu spielen, und wurden vom Denkmuster des „neuen" Nationalismus abgelöst. Unter der nationalistischen Regierung Poincarés 1922–1924 fand die ERD daher zu ihrer inneren Einheit zurück, da Koalitionsräson und Fraktionsräson vor allem während der Ruhrbesetzung zusammenfielen.

Ganz unabhängig von der Frage nach Koalitions- bzw. Fraktionsräson hat das Verhalten der ersten liberal-konservativen Fraktion Frankreichs in der Kammer 1919–1924 gezeigt, daß sie sich als Ganzes stets systemloyal verhalten hat, niemals den Weg über eine außerparlamentarische Opposition gegangen ist, mithin auf der Basis der Grundregeln des parlamentarischen Systems mitgespielt hat. Dieses faktische Grundbekenntnis zur parlamentarischen Republik und die Bereitschaft von

---

gehe. Zudem seien andere Leute wie de Castelnau zu klerikal, de Wendel als Arbeitgeber suspekt, Bonnefous taub und Chassaigne-Goyon zu intrigant. Eintrag vom 24.7.1923, Carnets, S. 370.

[100] Daß die Laizität und das *quieta non movere* 1922–1924 von der ERD voll berücksichtigt wurden, haben auch die Kapitel VI.1. und VI.4. gezeigt.

seiten der größten parlamentarischen Rechtsfraktion, pragmatische Kompromisse einzugehen und Verantwortung zu übernehmen, haben in einem erheblichen Maße zur Stabilisierung der Dritten Republik in den ersten Nachkriegsjahren beigetragen. Gleichzeitig wurden vor allem diejenigen Kräfte in der ERD bestätigt, die nicht nur in der Systemtreue, sondern auch in der Koalitionstreue – in Fortsetzung der *Union sacrée* – einen Wert an sich entdeckten und eine dogmatische Opposition bzw. eine Flucht aus der Verantwortung und in eine radikal-nationalistische Ideologie ablehnten. Dafür steht insbesondere die Einbindung des *ententistischen* Flügels in die Regierungspolitik Poincarés 1922–1924, der durch seine Person, seine Wortwahl und seine Politik virtuell an die Bedingungen der Kriegszeit anknüpfte und damit seiner Regierung der nationalen Einheit eine hohe, weil durch den Triumph 1918 bestätigte Legitimation verschaffte.

2. Politisches Handeln II: Bürgerliche Mobilisierung und Parteineugründung: Die Entstehung einer liberal-konservativen Partei (1924–1928)

Vorgeschichte 1919–1924

Die Wahlen des Jahres 1919 hatten in den französischen Departements unterschiedliche Listenverbindungen hervorgebracht, von denen die meisten jedoch einem Typus der *Bloc-National*-Liste glichen, d. h. eine Versammlung aller bürgerlichen Parteien darstellten. Diese konnte, wie in Paris, von ganz rechts bis zu den republikanischen Sozialisten reichen, oder auch nur von den *républicains de gauche* bis zu den *ralliierten* Katholiken. Die Listenverbindungen resultierten aus politischen Absprachen der verschiedenen Departementalkomitees der Vorkriegszeit, die ihre parteipolitische Existenz dadurch aber keineswegs aufgaben. Die jüngsten Arbeiten über die *Fédération républicaine*, den *Bloc National* und die *Alliance Démocratique* haben die schwierigen Verhandlungen im zweiten Halbjahr 1919 in Paris nachgezeichnet, wobei sie mangels archivalischer Quellen hauptsächlich auf die Tagespresse zurückgreifen mußten[101]. Für das spätere Zustandekommen einer liberal-konservativen Sammlung, die den Eintritt der katholisch-nationalistischen Elemente in eine gemeinsame Fraktion mit den *Progressi-*

[101] Als Beginn des *Bloc National Républicain de la Seine* gilt der Aufruf des AD-Sekretärs Chaumet zu einer großen republikanischen Partei von den Radikalen bis zu den *ralliés* am 9.7.1919. Es folgten Sitzungen im *Salle de Globe*, wo es hauptsächlich um die Achse des Blocks ging. Die Radikalen lehnten die FR als Mittelachse ab, da sie die Aufnahme der ALP zurückwiesen und bestanden auf der ARD als Mittelachse. Darüber kam es schließlich am 16.10.1919 zum Bruch und Austritt der Radikalen. Diese überließen es von nun an ihren Kandidaten, ob sie auf *Bloc-National*-Listen oder auf eigenen Radikalen-Listen antreten wollen. Vgl. Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 120ff., Rousselier, Phénomène, S. 24–30, Sanson, L'Alliance Démocratique, S. 460–469. Für die Einbindung der *ralliierten* Katholiken vgl. zwei Briefe Carnots an Ernest Pezet vom 20.10. und 23.10.1919, in: AFNSP, PE 2.

sten bewerkstelligte, war, wir hatten es gesehen, die Annahme einer vom ALP-Chef Jacques Piou und dem Pariser Erzbischof Amette ausgearbeiteten liberalen Laizitätsformel durch die auf einer Liste Kandidierenden erforderlich. Obgleich der *Bloc National Républicaine de la Seine* somit Vorbildcharakter für das ganze Land hatte bzw. haben sollte, kam es keinesfalls überall zu gleichen Listenverbindungen, denn die Pläne der Parteizentrale blieben auf Grund der lockeren Struktur der französischen Parteien in der Provinz oft unbefolgt[102].

Wenn man sich also die Frage nach der Entwicklung von *außerparlamentarischen* Strukturen der liberal-konservativen Sammlung stellt, so muß zunächst festgestellt werden, daß eine einfache Antwort darauf nicht gegeben werden kann. Was die Parteizentralen betrifft, existierten die der FR und der ALP unabhängig voneinander weiter, und lediglich im Parlament bildeten ihre Abgeordneten eine gemeinsame Gruppe, die ERD. Sowohl der ALP-Vorsitzende de la Rochefoucauld wie auch führende Mitglieder der FR betonten die Eigenständigkeit ihrer jeweiligen Partei, die einen als Vertreter christlich-konservativer Traditionen, die anderen als Nachfahren des republikanischen *Progressisme*[103]. Der Kontinuität der beiden Parteizentralen in Paris entsprach in den Departements oftmals ein Parallelismus lokaler Komitees, wobei, und darin liegt eine entscheidende Entwicklung, diese auch langsam miteinander verschmelzen konnten. Hatte man bisher in der Forschung angenommen, daß das Zustandekommen gemeinsamer Listen in den Departements von Anfang an den lokalen Verhältnissen und lokalen Initiativen überlassen worden war, so beweisen zwei im Nachlaß von Etienne Lamy aufgefundene Briefe des ALP-Mitglieds Saint-Yves, daß es bereits gegen Ende 1918 Bemühungen seitens der Pariser Parteizentralen gab, auch in der Provinz einen Vorläufer des *Bloc National* aufzustellen. Diese Verbindung trug den Namen *Alliance Républicaine Revisionniste*, und sollte sich aus den vier Gruppierungen der AD, der FR, der ALP und der *Ligue des Patriotes* zusammensetzen[104]. Je drei Abgeordnete aus den sieben großen Regionen Frankreichs sollten deren Führungskomitee bilden und so eine Balance der parteipolitischen wie der regionalen Strömungen herstellen[105]. Den Vorsitz sollte der Wegbereiter des ersten

---

[102] Weitsichtig hat der FR-Generalsekretär Maurice Halays geschrieben: „Différences d'origine, nuances de sentiment et de tempérament, traditions particulières à chaque milieu politique, toutes ces raison, malgré la similitude actuelle des programmes." Zitiert nach Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 650.

[103] Vgl. die Sitzung der ALP-Führung 1920, wo de la Rochefoucauld erklärte, daß die ALP nicht verschwinden dürfe, da nur sie die Idee verkörpere, „que la Fance affaiblie ne retrouvera son entière vitalité que si elle revient aux traditions chrétiennes qui jadis ont fait sa force et sa grandeur." Undatierter Bericht von 1920, in: AN 142, AP 14, und Maurice Halays im *Bulletin de la FR* vom Januar 1920: „Il est certain qu'on ne peut pas confondre notre grand parti de la FR avec un groupe de la Chambre." Vgl. auch den Rundbrief Pious vom 21.2.1919 zum „esprit nouveau" des Jahres 1919, ein Exemplar in: AN 362, AP 155.

[104] Brief von Saint-Yves an Lamy vom 19.11.1918. Vor allem der ALP-Abgeordnete Denais, ein späterer Vizepräsident der FR, hielt die Fäden in der Hand, in: AN 333, AP 48.

[105] „Il faut tenir compte de l'équilibre entre les groupes parlementaires, il faut surtout que toutes les régions soient également représentées." Die Vorschläge waren: 3 Abgeordnete des Südwestens: Constans/Augé (ALP) für Toulouse, Ballande (FR) für Gironde, Ybarnégaray für Pyrenäen; 3 für den Südosten: Bouge/Raiberti für Provence, Nezet für Languedoc; 3 für den Centre: Fougère für Indre, Weiller für Charente und Brunet für

Ralliements, Etienne Lamy, übernehmen, der als langjähriger Republikaner und Katholik die beste Integrationsfigur für alle Seiten dargestellt hätte. Sein Tod 1919 machte diese Bemühungen zwar hinfällig, der Briefwechsel beweist jedoch, daß es zumindest Initiativen gab, bereits 1919 einen landesweiten *progressistisch*-katholischen Verbund zu gründen.

Da es mangels einer konzertierten Aktion – und auch wegen des Todes von Lamy – also keine „offizielle" Entstehung liberal-konservativer Parteistrukturen parallel zur Entwicklung im Parlament gab, verlief die lokale Verschmelzung von *Progressisten* und Katholiken äußerst unterschiedlich und zeitlich verschoben oder funktionierte, wie in wenigen Ausnahmefällen, überhaupt nicht[106]. In der Regel blieben die starken Vorkriegskomitees intakt, so z. B. die FR-Verbände der Rhone, der Seine-Inférieure[107] oder der Seine-et-Oise, oder auch die ALP-Verbände in Reims und Paris. Lediglich in manchen Departements kam es sofort nach den Wahlen 1919 zu Verschmelzungen *progressistischer* und katholischer Strukturen, wie etwa in Dijon, wo wir auf Grund eines Vortrags des FR-Vorsitzenden der Côte-d'Or, des Bâtonniers Nourissat, auf dem Parteikongreß 1925 gut über diesen Vorgang informiert sind[108]. Nourissat hatte gemeinsam mit Henri Barboux 1900 eine *Union libérale républicaine* in Dijon gegründet, die sich dezidiert allen Konfessionen im Namen der Freiheit geöffnet hatte. Aus diesem Grund waren ihr

---

Dordogne; 3 für den Westen: Lamy (ALP) für Morbihan, Flandin/Engerand/Blaisot (ALP) für Calvados, D'Aubigny (FR) für Sarthe; 3 für den Osten: Marin/de Wendel (FR) für Lothringen, Viellard/de Mun für Belfort/Reims und Bonnevay für Rhône; 3 für Paris: Denais/Lerolle (ALP), Beauregard/Spronck (FR), Galli (LDP); 3 für Norden: Dansette/Plichon (ALP), Bonnefous (FR), Seydoux/Paisant/Brébant (ARD).

106 So berichtet der ACJF-Vorsitzende Coppin an Guiraud über die Weigerung der Katholiken im Nord, mit den Progressisten zusammenzugehen: „Nous hésitons à nous reconstituer sous le drapeau de l'ancienne Action Libérale, qui n'a plus de groupe à la Chambre. Mais comme nous extimons qu'il y a des concessions qu'un catholique ne peut pas faire sur le terrain des libertés religieuses, familiales ou scolaires, nous ne voulons pas non plus nous confondre avec les Progressistes qui sacrifient trop volontiers les principes essentiels à leur besoin de plaire à gauche, par lassitude ou indifférence. La forme républicaine est pour nous hors de discussion; nous ne la prenons pas comme un dogme, mais nous l'acceptons comme un fait [...].Toutefois, dans nos groupements, nous ne voulons pas d'excommunication à droite, où se recrutent toujours tant d'admirables dévouements pour la défense des intérêts religieux", Brief vom 8. 6. 1920, in: AN 362, AP 148, Dossier 1.

107 Der FR-Verband unter Jean Baudoiun wurde 1920 durch den Beitritt des ALP-Verbandes unter Dutreil vergrößert, vgl. *Bulletin de la FR* vom 30. 9. 1921. Weitere FR-Komitees gab es in Aisne, Eure, Eure-et-Loire, Manche, Calvados, vgl. Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 150.

108 Erhalten in: AN 317, AP 86, Berichterstattung zum FR-Kongreß 1925. Ähnliches vollzog sich auch in der Marne, wo die *ralliierten* Katholiken um Bertrand de Mun 1924 mit den *Progressisten* zusammengingen. Vgl. den Brief von de Breguac von de UC Reims an Guiraud vom 29. 7. 1926: „Dans la Marne, les catholiques forment avec les indifférents libéraux un tiers environ des votants [...]. Partant de ce fait, avec l'approbation de leurs chefs, ils se sont, pour la plupart, unis à ces libéraux sur le terrain politique, après avoir obtenu des garanties explicites pour les libertés religieuses, et collaborent avec eux dans la presse quotidienne, dans la propagande politique, dans les élections." In: AN 362, AP 146, Dossier 1. Weitere Beispiele hierfür sind die *Union républicaine de la Drôme*, die *Union dauphinoise* und die *Union républicaine de l'Ardèche*. Vgl. Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 382.

aber die Katholiken, die eine Allianz mit konservativen Republikanern ablehnten, fern geblieben und hatten ihn mit einer eigenen ALP-Gründung bekämpft: „Mon affair a échoué", mußte Nourissat 1906 konstatieren. Erst die Erfahrung des Schützengrabens des Ersten Weltkriegs habe in der Côte d'Or unter seiner Vermittlung zu einer „wahren" nationalen Liste geführt, auf der Freimaurer genauso wie Katholiken vertreten waren. Die auftretenden Unstimmigkeiten auf Seiten der Katholiken wie der Republikaner habe er durch ein Flugblatt zu unterbinden versucht, daß das Votum für Frankreich über das der Partei, gemeint der Weltanschauung, stellen sollte[109]. Deshalb sei die ganze Liste gewählt und die Grundlage für eine Zusammenarbeit von Republikanern und *conservateurs* geschaffen worden. Aus diesem ersten strukturellen Embryo um seine *Union libérale* konnte Nourissat nach 1924 einen starken Departementalverband der FR gründen, über den noch zu sprechen sein wird.

Während also in manchen Regionen bereits nach 1919 erste liberal-konservative Parteistrukturen entstanden, verlief auf der Ebene der Parteizentralen eine Annäherung von ALP und FR äußerst zögerlich, nicht zuletzt weil die Tätigkeit der Parteien allgemein nach dem Ersten Weltkrieg ruhte[110]. Erst im Frühjahr 1921 verkündete ein offener Brief des FR-Vorsitzenden Milliard, daß die FR ihre Aktivität wieder aufnehmen werde und ein Jahr später ließ sie auf Parteikosten 500000 Flugblätter für die Kantonalwahlen drucken[111]. Dies waren auch die einzigen faßbaren Aktivitäten der Partei, denn weder 1920 noch 1921, noch 1922 konnte ein Jahreskongreß der FR abgehalten werden, und eine kurzfristig anberaumte Vorstandssitzung 1922 mußte den FR-Mitgliedern nahelegen, sich an die politische Tagespresse ihres Departements zu wenden, um politisch wirken zu können, da es zum Aufbau von Departementalverbänden an Parteiaktivisten fehle[112]. Auch die ALP beschränkte sich auf Banketts kleineren Stils in Paris, in denen die wenigen lokalen Erfolge von wiedererrichteten ALP-Komitees z. B. in Nancy, Lyon, Romilly oder Vesoul zelebriert wurden, ohne jedoch eine wirkliche Initiative zur Wiederbelebung der „Volksaktion" zu starten[113]. Zudem scheint der Versuch de la

---

[109] Das Flugblatt hatte folgenden Inhalt: „Le catholique qui refusera de voter un tel ou tel parce qu'ils sont radicaux, et le radical qui refusera de voter pour un tel par ce qu'il est catholique, mettront leurs intérêts de parti au-dessus des intérêts français." Zitiert von Nourissat auf dem Kongreß 1925, vgl. Bericht (wie Anm. 108).

[110] Isaac, Carnets, S. 327, spricht am 14.2.1919 von einer „déplorable anémie des forces libérales". Typisch auch die Einschätzung des britischen *Economist* vom 12.1.1924: „The material of French political parties inevitably appears to English eyes as something without form and void, and the only shapes which we, in our ignorance, can distinguish are a comparatively articulate Bloc National and a somewhat more shadowy Bloc des Gauches."

[111] Der offene Brief ist erhalten in: AN 317, AP 75, und beginnt mit den Worten: „Maintenant notre association se trouve réorganisé." Für die Kantonalwahlen und die Trägheit der FR zwischen 1919–1922 vgl. Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 151ff. und 174. Auch Gabriel Hanotaux sprach im Januar 1922 noch von dem *groupe Milliard*, ohne Nennung der Partei, vgl. Eintrag vom 21.1.1922, Hanotaux, Carnets, S. 371.

[112] Die relativ dünne „Parteigeschichte" der FR bis 1924 ist aufgearbeitet bei Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 175ff., der neben den wenigen erhaltenen Exemplaren der FR-Parteizeitung auch die *République Française* und den *Journal de Rouen* ausgewertet hat.

[113] Vgl. *Bulletin de l'ALP* vom 15.1.1921 und 15.2.1921. Das Bankett der ALP am 12.2.1921 war ein Abbild der Treffen der Vorkriegszeit, mit Piou, Lerolle, de la Roche-

Rochefoucaulds, die päpstliche Unterstützung für eine Revitalisierung der ALP zu gewinnen, fehlgeschlagen zu sein[114]. Wenn man die personellen Besetzungen der beiden Parteizentralen betrachtet, blieben die *Progressisten* um Milliard, Hervey, Marin, Bonnefous etc. genauso unter sich wie die ALP-Leute Piou, de la Rochefoucauld, Gay, Caron, etc. Es fand so gut wie kein personeller Austausch statt, mit Ausnahme der bonapartistischen Abgeordneten Chassaigne-Goyon, Spronck, Poitou-Duplessy und Taitttinger, die alle vier in die FR eingetreten waren[115]. Die im vorangegangen Kapitel diagnostizierte Diffusion der liberal-konservativen Sammlung im Parlament bis 1921 korrespondierte also mit einer außerparlamentarischen Zerklüftung der Strukturen, die erst langsam wieder aufgebaut werden mußten und deren Protagonisten noch keine Anstalten machten, aufeinander zuzugehen.

Vieles änderte sich im Jahr 1922, nach dem kurzzeitig drohenden Bruch der ERD unter der Regierung Briand. Wir hatten bereits gesehen, daß der ERD-Vorsitzende François Arago zur Wiederbelebung des *Bloc National* und zur außerparlamentarischen Konzertierung seiner Gruppe eine *Association Républicaine Nationale* (ARN) gegründet hatte[116]. Ziel war die Vernetzung aller „national-republikanischen" Kräfte, d.h. von der *Alliance démocratique*[117] über die *Action républicaine et sociale* zur FR und ALP, um Konflikte innerhalb des *Bloc National* im Vorfeld, und ohne parlamentarischen Eklat, abwenden zu können und die Wahlen 1924 in nationaler Eintracht vorzubereiten[118]. Für die Kantonalwahlen

---

foucauld, und den katholischen ERD-Abgeordneten de Tinguy, Boissard, Maire, Caron, Schuman, Nicolle, Gay. Während de la Rochefoucauld für einen Ausbau der ALP-Struktren sprach, trat Piou für eine langsame Begrenzung der ALP-Aktivität ein.

114 Der wichtige Brief von Piou an de la Rochefoucauld vom 9.7.1921, in: AN 142, AP 14, ist ausführlich zitiert bei Vavasseur-Desperriers, Culture, S.669: „Les impressions que vous paraissez avoir rapportés de votre voyage ne correspondent pas aux espérances que nous avions connues. Evidemment la politique réaliste prévaut; c'est peut-être avec raison. La politique de Leon XIII. sera défendu théoriquement, oratoirement, c'est déjà quelque chose. L'avenir dira si les affirmations verbales dispensent de l'organisation effective [...]. La réponse à la quatrième question «L'AL doit-elle disparaître» m'a un peu déconcerté. Cette réponse est une autorisation à s'en aller."

115 Taittinger gehörte im Parlament allerdings der ARS an, ist jedoch seit 1923 Mitglied der FR. Jacques Poitou-Duplessy ist der Bruder des gleichnamigen Bonapartisten aus der Charente, der vor 1914 bei den Nationalisten in der Kammer saß.

116 Die wenigen uns erhaltenen Quellen über diese Honoratiorenversammlung sind ein Polizeibericht (APP, BA 1964), einige Drucke im Nachlaß Marin (AN 317, AP 75), eine Rede im Nachlaß de la Rochefoucaulds (AN 142, AP 14) und das Buch von Edouard Soulier, Le Bloc Républicain National (1924).

117 Die AD trug zwischen 1919 und 1926 den Namen *Parti républicain démocratique et social* (PRDS) und hatte Ambitionen, zur großen Sammlungspartei aller bürgerlich-liberalen Kräfte aufzusteigen. Der Einfachheit halber wird sie in dieser Arbeit weiterhin als AD bezeichnet. Zu ihren Ambitionen vgl. Sanson, l'Alliance démocratique, in: René Rémond, La France et les Français.

118 Ausgeschlossen waren alle „nationaux non républicains et républicains non nationaux". Von den kleineren Gruppen waren auch die Reformbewegungen von 1919 (Bourgin) und die christlichen Demokraten (Alfred Bour) vertreten. Von der FR saßen Isaac, Touron, Boivin-Champeaux, Constans, Escudier, François-Marsal, Gourd, Hervey, de Wendel, von der ALP nur de la Rochefoucauld, Bazire, Dufresne, Lafarge und Blaisot im Vorstand. Piou verweigerte auch auf Anfrage eine Spende von 50000 Francs aus dem

1922, die auf Grund ihres lokalen Charakters zuvor stets örtlichen Parteikomitees überlassen worden waren, riefen ANR, FR und ALP sogar zu gemeinsamen Listen und einem konzertierten Wahlkampf auf[119]. Da sich die *républicains de gauche* der AD schnell von dem Unterfangen zurückzogen, entwickelte sich die ARN zu einem Sammelbecken der Revisionisten, *Progressisten* und Katholiken, wobei personell die FR mit Abstand die meisten Vertreter im ARN-Vorsitz stellte[120]. Die ARN war insofern, trotz ihrer Propaganda, natürlich keine Fortsetzung des *Bloc National*, sondern eher eine Präfiguration der liberal-konservativen FR nach 1924, allerdings strukturell noch auf sehr schwachen Beinen. Der Revisionist Bourgin warf der ARN daher *ex post* auch vor, ein Versuch gerontokratischer Herrschaftswahrung einer Kaste von Honoratiorenpolitikern um Arago und Isaac gewesen zu sein, die keine wahren Impulse in das Land getragen hätte[121]. Gerade die zum ersten Mal gewählten jungen Abgeordneten der Provinz scheinen sich also mit dem zögerlichen Vorgehen Aragos und dessen Neigung zu exklusiven Debattierrunden ohne organisatorische Vernetzung nicht abgefunden zu haben. In jedem Fall ist festzustellen, daß die Aktivität der ARN das Jahr 1922 kaum überdauerte und nur vor den Wahlen 1924 kurzfristig revitalisiert wurde. Obwohl sie als struktureller Konzertierungsversuch aller gemäßigt rechter Strömungen gescheitert ist, kann dennoch angenommen werden, daß sie, als Nukleus der späteren FR, zum ersten Mal Leute an einen Tisch gebracht hat, die zuvor nur in getrennten Komitees und Zirkeln verkehrt waren. Ein Indiz dafür ist, daß zu Beginn des Jahres 1923 ein erstes *dejeuner* der FR zur Vorbereitung des ersten Nachkriegskongresses im selben Jahr stattfand, bei dem im Hotel Lutetia in Paris nun auch zum ersten Mal diejenigen ERD-Katholiken anwesend waren, die bisher nur im Umfeld der ALP aufgetreten waren[122].

Es war sicherlich kein Zufall, daß sich nur wenige Tage nach der Ruhrbesetzung und der offensichtlichen Eintracht der ERD im Parlament zum ersten Mal auch außerparlamentarisch *progressistische* und katholische Strukturen amalgamierten. Die internationale Lage und die parlamentarische Situation hatten eine günstige Atmosphäre für diese Entwicklung geschaffen, die obendrein noch von dem Umstand begleitet wurde, daß die ARN ein gutes Stück an organisatorischer und

---

Vermögen der ALP für die ANR. Brief Salvettis an de la Rochefoucauld vom 8.11.1921, in: AN 142, AP 14. Die ANR richtete ein Dokumentationszentrum 20, Boulevard Montmartre ein, das allerdings nur 2 Traktate edierte, einmal eine Auflistung der Erfolge des *Bloc National* (*L'Œuvre de la Chambre et la politique du Bloc National Républicain*) und den Aufruf *Aux républicains de France*.

119 Für die *Progressisten* Bonnefous in *La République Française* vom 13.4.1922 und Isaac im *Echo de Paris* vom 20.4.1922. Für die ALP *La Libre Parole* vom 30.4.1922.

120 Zuvor war der im vorigen Kapitel erwähnte Versuch Jonnarts gescheitert, einen *Intergroupe républicaine* zu gründen, die von den rechten Radikalen bis zum linken Flügel der ERD (74 Abgeordnete) reichen sollte, unter Ausschluß aller ERD-Abgeordneten, die die Laizität nicht anerkannten. Die ERD bewahrte ihre Einheit und fand zu innerer Kohäsion zurück, vgl. *La Libre Parole* vom 16.6.1921, *La Croix* vom 16.6.1921, *Le Temps* vom 26.6.1921.

121 Zitiert bei Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 182ff.

122 Dazu gehörten Plichon, Blaisot, Caron, Desjardins, Maire, de Monicault, Ancel, de Tinguy u.a. Vgl. *Bulletin de la FR* vom Februar 1923.

zwischenmenschlicher Vorarbeit geleistet hatte[123]. Ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur liberal-konservativen Partei war sicherlich die Tatsache, daß seit Januar 1922 der mehrmalige Minister und FR-Abgeordnete Auguste Isaac die Führung der FR übernommen hatte. Isaacs katholische Wurzeln waren bekannt und sein Engagement für die Familienpolitik stieß auf großen Rückhalt bei vielen ALP-Katholiken. Als republikanischer Katholik und überzeugter Liberaler war er also ein idealer Mann des Ausgleichs zwischen *Progressisten* und Katholiken[124]. Es überrascht daher kaum, daß auf dem zwei Monate später stattfindenden ersten Jahreskongreß der FR nach dem Krieg nicht nur altgediente *Progressisten*, sondern nun auch katholische Neulinge die Ausarbeitung von Programmberichten übertragen bekamen: De Tinguy und Bellet repräsentierten dabei den liberalen Flügel der ALP, Taittinger und Villeneau den bonapartistischen. Umgekehrt scheint die ALP bis zum Sommer 1923 in ein wahres Vakuum gefallen zu sein, da erst im Juli 1923 eine Vorstandssitzung beschloß, die Partei überhaupt weiterzuführen[125]. Trotz dieser Bekundung dürfte es wohl realistischer sein, von der ALP ab Frühjahr 1923 als von einem Kopf ohne Körper zu sprechen, da nur das Pariser Zentralkomitee um Xavier de la Rochefoucauld weiterhin aktiv war, während die Provinzverbände, die einstmals die Basis der „Volksaktion" ausgemacht hatten, immer mehr zur FR übergingen[126]. In den ehemaligen Hochburgen der ALP im Zentralmassiv hatten sich *Progressisten* und Katholiken bereits zu einer schlagkräftigen *Fédération républicaine et sociale* zusammengeschlossen[127], und auch der römische Nuntius Ceretti schien auf ein Zusammengehen mit den *modérés* hinzuarbeiten[128].

Vor den Wahlen 1924 hatte sich also die alte *progressistische* FR um diejenigen katholischen Elemente erweitert, die im Parlament auch in die ERD eingetreten waren. Deshalb hatte weder die ALP noch der an sie angegliederte Vereinskatholizismus aufgehört zu existieren, aber es war ein entscheidender Schritt auf einer personellen Ebene vollzogen worden, um aus der liberal-konservativen *Sammlung* eine liberal-konservative *Partei* zu machen. Der Wahlkampf wurde von einem Block aller nationalen Republikaner geführt, zu dem die ALP zwar als unabhän-

---

123 Darauf weist Soulier, Le Bloc Républicain National, S. 14, hin : „Par la place fait desormais dans la majorité républicaine à l'ALP, c'est-à-dire aux républicains faisant profession d'être catholiques, était consacré un double fait d'une portée sans mésure: le cléricalisame était mort en France et les catholiques pratiquants faisaient état de la laïcité aquise de l'Etat."

124 Er selbst beklagte allerdings die Lethargie der Mitglieder: „C'est un parti sans consistance", Eintrag vom 20. 4. 1922, Isaac, Carnets, S. 364, konzedierte aber: „Ma réputation de catholique est même utile à tous ceux qui, tout en tenant à être républicains, ne veulent à aucun prix des lois laïques." Eintrag vom 12. 7. 1924, Carnets, S. 384.

125 So Louis Ollivier im *Bulletin de l'ALP* vom 15. 7. 1923.

126 Ein sehr detaillierter Bericht der *sûreté* vom Juli 1923 spricht von der ALP als „ombre d'elle-même", der nur dem Namen nach noch existiere. „Elle n'exerce plus aucune action, ni même aucune influence politique, ne dispose plus de comités", in: AN, F/7 12952.

127 Unter dem Vorsitz des FR-Abgeordneten François-Marsal umfaßte sie die Departements Aveyron, Cantal, Haute-Loire und Puy-de-Dôme.

128 So in dem in Anm. 126 zitierten Bericht der sûreté: „Il semble bien que le haut clergé de province juge sans avantage pour lui et les catholiques, la reconstitution d'un groupement, affectant les allures d'un parti catholique. Dans l'esprit de la majorité des évêques et du nonce [...] cette tactique (soutenir de préférence des groupements politiques modérés) permettrait d'espérér qu'aux avantages déjà obtenus [...] viendront s'en ajouter encore."

gige Partei gehörte, deren eigentlicher Motor aber die FR gewesen ist[129]. Sie verfügte seit kurzem mit dem kriegsverwundeten Jean Guiter, einem ehemaligen ALP-Mann aus Savoyen, über einen sehr ehrgeizigen jungen Generalsekretär, der zielstrebig auf eine parlamentarische Rechtspartei, eine Art französischer Tory-Party, hinarbeitete[130]. Während Pious Versuch, eine eigene ALP-Liste 1924 für die Wahlen aufzustellen, scheiterte[131], gelang es Guiter in vielen Departements, eine „nationale" Liste aus *Progressisten* mit Katholiken zustande zu bringen, bzw. zumindest eine Konfrontation zwischen Katholiken und *Progressisten* zu vermeiden[132]. Zuvor hatte auch Xavier de la Rochefoucauld, als Vertreter des liberalen Flügels der Katholiken, in einem Rundbrief alle Katholiken dazu aufgerufen, sich der „parti de l'Ordre", d.h. dem *Bloc National*, gegen die „folie furieuse et antipatriotique des partis d'extrême-gauche" anzuschließen und „d'oublier leurs préferences personnelles, pour ne voir que l'intérêt supérieur de leur foi et de la patrie"[133]. Infolgedessen war der FR-Jahreskongreß im April 1924 – kurz vor den Wahlen – durch eine erweiterte Präsenz der Katholiken gekennzeichnet, die mit den Kongreßberichten von Victor Constants und Louis Duval-Arnould zum ersten Mal auch sozialkatholische Elemente in das Parteiprogramm einbrachten[134].

---

[129] Wie eine von Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 190, zitierte Notiz von Jean Guiter beweist, gehörten der FR 136 Abgeordnete an, darunter 119 bei der *Entente*. Dies zeigt, daß nicht alle ERD-Abgeordneten bereits 1924 in die FR eingetreten waren, manche, wie der General de Castelnau oder Arago, sollten dies auch nie tun.

[130] Guiter war ein Vetter des *progressistischen* Abgeordneten Delachenal und hatte sich mit 17 freiwillig an die Front gemeldet. Mit 19 Jahren war er bereits Hauptmann und *Chevalier de la Légion d'honneur*, vgl. Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 231. Er stellte als einer der ersten innerhalb der FR den Typus des Berufspolitikers dar, der – wie Max Weber es beschrieb – die Partei als Interessenbetrieb sah, Geldmittel sammelte und die Programm- und Kandidatenwahl vom Parlament und den Honoratioren auf Parteitage verlegte, die er mit Hilfe einer Parteimaschine organisierte, vgl. Weber, Herrschaftssoziologie, S. 58–62.

[131] So ein Bericht vom 1.2.1924, in: AN, F/7 12952, über die ALP-Vorstandssitzung. Nach dem Scheitern dieser Initiative einigte sich der ALP-Vorstand darauf, die „attitude modérée et ferme" fortzusetzen, d.h. eine Allianz mit den *Progressisten* unter der Beibehaltung der Forderung „liberté pour tous", inklusive der Kongregationen, einzugehen. Dazu eine Notiz de la Rochefoucaulds von 1924, in: AN 142, AP 14. Das große Vermögen der ALP sollte jedoch zu keiner Zeit der FR übertragen werden, sondern wurde 1935 an die FNC de Castelnaus überwiesen.

[132] Illustrativ dazu der Brief eines katholischen Wählers aus Nancy vom 18.5.1924 an Marin: „Nous avons confiance en vous pour défendre les droits religieux et nationaux", und der eines Curé aus Bruley: „Nous avons en bloc voté pour votre liste." Beide Briefe in: AN 317, AP 239. Zu Konfrontationen mit konservativ-katholischen Listen kam es im Bouches-du-Rhône gegen de Magallon, in Maine-et-Loire gegen d'Audigné, sowie im Cher und im Gard, wo liberal-konservative Kandidaten gegen die klassische Rechte antraten, vgl. eine Zusammenfassung bei Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 208ff.

[133] Der Rundbrief de la Rochefoucauls vom Februar 1924 ist erhalten in: AN 362, AP 149. Als dezidiert katholische Forderungen verlangte er nur „des idées d'apaisement", katholische Kandidaten auf den Wahllisten und eine „Union Nationale pour la Paix Religieuse". Mit keinem Wort erwähnte er Forderungen nach der Revision der Laizität.

[134] Vgl. die Besprechung des Kongresses bei Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 198ff. Duval-Arnould sprach zu genossenschaftlichen Elementen, die bisher bei den liberalen *Progressisten* nicht behandelt wurden.

Außerparlamenarische Mobilisierung I: Die Ligue Millerand und die Fédération Nationale Catholique

Das Jahr 1924 stellt mit den Wahlen und dem erdrutschartigen Wahlsieg des Linkskartells aus Sozialisten und Radikalen einen entscheidenden Einschnitt nicht nur in der Geschichte Frankreichs, sondern auch in der der liberal-konservativen Sammlung dar. Hatte diese noch im Mai 1924 eine Stärkung des bürgerlich-nationalen Lagers in den Wahlen erwartet, mußte sie mit Erschrecken eine fast alle Departements ergreifende Niederlage ihrer Wahllisten konstatieren. Prominente ERD-Politiker wie Isaac, Arago oder der General de Castelnau, die 1919 mit ihrer kompletten Liste gewählt worden waren, fielen nun ebenso komplett durch; manche *progressistischen* Hochburgen wie die Rhône oder das Zentralmassiv stellten nur noch wenige oder gar keine „nationalen" Abgeordneten mehr. Die Wahlen waren landesweit als Konfrontation eines linken und eines „nationalen" Blocks geführt worden, dennoch setzte sich die Unterschiedlichkeit der Listen von 1919 fort, wobei festgestellt werden kann, daß die Bündnisse der ERD/FR-Abgeordneten mal nach rechts und mal nach links orientiert waren. Im bretonischen und normannischen Westen trat man in der Regel auf einer Liste mit der klassischen Rechten um die alten Aristokraten an und konnte seine Positionen wahren; in den industrialisierten Departements Manche, Seine-Inférieure und im Norden und Osten konstituierte man mit unterschiedlichem Erfolg mit den bürgerlichen *républicains de gauche* antiradikale Wahllisten. Im südlichen Gard oder Bouches-du-Rhone einigte man sich mit allen antisozialistischen Parteien auf Wahllisten, allerdings ohne Erfolg, weil sich daneben eine monarchistisch-katholische Liste der *Blancs du Midi* halten konnte, die viele Katholiken für sich gewann. Besonders schlecht erging es den rein liberal-konservativen Listen, die in Savoyen, dem Zentralmassiv und dem Südwesten gebildet worden waren und die allesamt bittere Niederlagen erlitten[135]. Als Ergebnis wurden von 161 ERD-Abgeordneten[136] im Mai 1924 nur 77 wiedergewählt, d.h. weniger als die Hälfte[137], wovon sich zehn, hauptsächlich aus dem Elsaß, der Fraktion des neugegründeten *Parti Démocrate Populaire (PDP)*, dem Versuch einer christlichen-demokratischen „Volkspartei", anschlossen. Aus den verbleibenden 67 konstituierte sich mit 4 Überläufern der ARS und 33 Neugewählten, also insgesamt 104 Abgeordneten, die Nachfolgerin der ERD, die sich zur Unterstreichung der inneren Einheit nun *Union Républicaine Démocratique* (URD) nannte[138].

---

[135] Schwerpunkte der Niederlagen waren die Departements Isère, Savoie, Haute-Savoie, Tarn, Tarn-et-Garonne, Aveyron, Haute-Loire, und auch die Gironde, wo die Wahlallianz des *Clemencisten* Mandel mit dem Kleriker Abbé Bergey gegen eine radikale und eine weitere bürgerliche Liste um Alfred Capus antreten mußte.

[136] Die Zahl war zusammengeschrumpft durch den Tod mancher Abgeordneter (Barrès, Bazire), dem Austritt einiger weniger (Rollin, Chambrun) und dem Übertritt anderer in den Senat.

[137] 61 waren in den Wahlen geschlagen worden, 23 hatten sich zuvor schon zurückgezogen. Vgl. Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 205.

[138] Der fließende Übergang von ERD in URD und FR wird auch von Jean Guiter in *La Nation* vom 10.3.1928 betont.

Die eigentliche Bedeutung der Wahlen 1924 lag jedoch nicht in der katastrophalen Niederlage des bürgerlich-nationalen Lagers, sondern in der mit besonderer Sorgfalt und quasi-religiösen Ritualen inszenierten Politik, mit der das Linkskartell seine Regierungszeit begann. Die Absetzung des als autoritär verschrieenen Präsidenten Millerand[139], die feierliche Überführung des Leichnams von Jaurès ins Pantheon, die Beschwörung der parlamentarisch-laizistischen Tradition der Republik, alles dies war Ausdruck einer politischen Kultur, die dezidiert mit dem Nachkriegskonsens des *Bloc National* und seiner militärisch-soldatischen Färbung (*Bleu horizon*) brechen wollte. Als eine der ersten Maßnahmen sollten daher auch die Errungenschaften des *Bloc National* auf religiösem Gebiet, die Vatikanbotschaft, der Sonderstatus Elsaß-Lothringens und die Tolerierung der Kongregationen, abgeschafft werden. Alle Verkörperungen dessen, was oben als liberale Laizität beschrieben worden ist, sollten zugunsten des jakobinischen Ideals der laizistischen *„République une et indivisible"* verschwinden[140].

Angesichts dieser Programmatik und der Teilhabe der Sozialisten an der Regierungsmehrheit – ohne Minister freilich – kam es zu einer Mobilisierung und Politisierung des katholisch-nationalen Bürgertums und der Bauernschaft, wie sie Frankreich noch nicht erlebt hatte. Diese wurde noch verstärkt durch die Tatsache, daß das Bürgertum das Vertrauen in die staatlichen Finanzen verlor und sich seine *„bons"* der staatlichen *Trésorie* wieder zurückzahlen ließ, wodurch wiederum eine Inflationsspirale in Gang gesetzt wurde. Hatten bisher lockere Zirkel der Honoratioren als quasi-parteiliche Strukturen in den ländlich-kleinstädtischen Gebieten Frankreichs genügt, um den politischen Willen der besitzenden bürgerlichen und bäuerlichen Schichten im Parlament zu vertreten, so offenbarte sich nun die Insuffizienz dieses dem 19. Jahrhundert verpflichteten Politikmodells der *modérés*. Die straff organisierte und programmatisch disziplinierte SFIO hatte gemeinsam mit den Radikalen ein Programm ausgearbeitet und verabschiedet, gegen das die wenig konzertierte und ohne strukturelle Verbindung zur Bevölkerung arbeitende Opposition machtlos war. Aus diesem Grund setzte sich bei führenden Politikern der Opposition, aber auch in den bürgerlich-nationalen Bevölkerungskreisen selbst, die Überzeugung durch, nur eine außerparlamentarische Sammlungsbewegung mit Aktivisten und Propaganda könne das Linkskartell stoppen und die eigenen Reihen schließen. Wegen der immer noch gärenden religiösen Frage in den Reihen der nationalen Republikaner entwickelten sich zwei Ausformungen dieser Sammlungsbewegung, die parallel operieren sollten[141]: auf politi-

---

[139] Millerand hatte als erster Staatspräsident seit Mac-Mahon in die Tagespolitik eingegriffen und die Regierungskoalition des *Bloc National* im Wahlkampf unterstützt. Sein energisches Eintreten für eine Aufwertung der Rolle des Staatspräsidenten führte dazu, daß sich die Kartellmehrheit nach dem Wahlsieg weigerte, Millerand im höchsten Staatsamt zu tolerieren. Vgl. Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus, S. 382–388 und 435f.

[140] Es kann kein Zweifel bestehen, daß neben der politischen Kultur der Radikalen auch funktionale Überlegungen eine Rolle spielten, denn im Linkskartell gab es große innere Differenzen über die soziale Frage, die mit diesen Maßnahmen kaschiert werden sollten, vgl. Berstein, Parti radical, Bd. 1, S. 376–386.

[141] Dies legt der wichtige Eintrag von Baudrillart am 6. 11. 1924 nahe, der von einem Gespräch de Castelnaus mit Millerand über eine konzertierte Aktion berichtet, Baudrillart,

schem Gebiet, d.h. vor allem in der Außen- und Wirtschaftspolitik, sollte die *Ligue Républicaine Nationale* (LRN) um den abgesetzten Staatspräsidenten Millerand das Kartell bekämpfen; auf religiösem Gebiet sollte eine Organisation der Katholiken, die *Fédération Nationale Catholique* (FNC) des Generals de Castelnau, die Kartellmaßnahmen torpedieren.

Bürgerliche Mobilisierung gegen das Linkskartell: Die Ligue Républicaine Nationale (LRN)

Wenden wir uns zunächst der LRN zu. Die LRN entwickelte sich im Sommer 1924 als *antikartellistische Sammelbewegung* bzw., wie sie sich schnell bezeichnete, als Ordnungspartei *(parti de l'ordre)*, im Umfeld des aus den Pyrenäen stammenden Abgeordneten Emmanuel Brousse und des abgesetzten Staatspräsidenten Alexandre Millerand[142]. Sie unterschied sich in ihrer Zielsetzung, in ihren Methoden und ihrer Aktivität von den herkömmlichen politischen Organisationen der *modérés* in mehrfacher Hinsicht. Zunächst lag ihr das Bekenntnis zugrunde, nicht als politische Partei ein eigenes positives Programm zu entfalten, sondern lediglich durch Propaganda und persönlichen Einsatz der Aktivisten die geplanten Maßnahmen der Kartellregierung zu konterkarieren und zu verhindern[143]. Deshalb sah sie sich auch nicht als Ergänzung, sondern als Bindeglied der existierenden „nationalen" Parteien und Gruppierungen. Vor allem Millerand legte großen Wert darauf, daß die religiöse Frage, die immer noch den wichtigsten Konfliktpunkt im bürgerlichen Lager zwischen der AD und der FR bildete, im Sinne der liberalen Laizität von 1919 gelöst würde, d.h. unter Annahme der Laizität bei einer sehr liberalen Auslegung derselben[144]. Nur so konnte ein gemeinsames Vorgehen gegen die Kartellregierung gewährleistet werden.

Carnets, S. 908. Auch der deutsche Botschafter Hoesch hatte von einem Zusammengehen der LRN mit den „Kampfklerikalen" der FNC gehört. Sein Bericht vom 23.12.1924 in PA/AA, R 70699; auch Isaac, Carnets, S. 389, spricht am 23.11.1924 vom „secours mutuel" beider Ligen.

142 Vgl. die drei im Nachlaß Millerand erhaltenen Briefe von Brousse an Millerand vom 26.9. („Installation est faite!"), 8.10., 16.10. 1924, in: AN 470, AP 87, und den Brief des AD-Sekretärs Mamelet an Millerand am 22.8.1924, in: AN 470, AP 88. Zur LRN als antikommunistischer Sammelbewegung vgl. auch Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 278ff., und allgemein Farrar, Principled Pragmatist, S. 383–387.

143 So der Brief des kranken Isaac an Millerand vom 17.12.1924: „Vous avez répondu que vous ne comprenniez pas le comité comme une émanation parlementaire des différents partis en quoi je suis complètement d'accord avec vous. Je ne demande pas un siège de droite pour la Fédération, mais regrettant [...] l'état de ma santé [...] je souhaîte d'y être remplacé par M. Hervey." In: AN 470, AP 104, ausführlich als Dokument 13 im Anhang. Über die Aktionsform *Ligue* vgl. Berstein, La ligue, S. 85ff.

144 Vgl. die handschriftliche Notiz Millerands auf dem Entwurf seiner Rede im Luna Park 1924: „L'Action libérale me fait savoir qu'elle aimerait entendre quelque chose comme cela: Paix religieuse [...] il importe d'harmoniser, dans la pratique, les exigences laïques que nul ne peut heurter et les libertés religieuses que nul ne peut méconnaître sans injustice [...]. Tous les Français ayant les mêmes devoirs envers leurs patrie, la patrie doit leur reconnaître à tous les mêmes droits." Vgl. ebenso die oben zitierte Überarbeitung der ersten sehr laizistischen Fassung des LRN-Entwurfs durch Millerand, in: AN 470, AP 89. Millerand zögerte auch nicht, vor der *Union chrétienne des jeunes gens* eine Rede ge-

Auch in ihren *Methoden* unterschied sich die LRN deutlich von den parteipolitischen Gruppen. Die Gründung der Departementalverbände erfolgte nach einem zentralistischen Prinzip, d.h. durch die Führung in Paris, die in jede Region bestimmte Delegierte zum Aufbau der LRN-Komitees entsandte[145]. Zur Mobilisierung der bürgerlich-nationalen Kräfte sollten dabei ausdrücklich nicht nur bereits existierende Parteiverbände herangezogen werden, sondern auch alle möglichen vorpolitischen Organisationen wie die Bürgerwehren der *Unions civiques*, katholische Bauernverbände, nationale Gewerkschaften oder der örtliche Veteranenverband[146]. Gleichfalls war es ein Novum, daß die *Ligue* zur Entwicklung eines Ordnungsdienstes auch Jugendverbände gründete, unter denen die *Jeunesses républicains* von Brousse mit allein 1000 Mitgliedern in den Ost-Pyrenäen herausragten[147]. Diese neuartigen Organisationsformen der politischen Agitation brachen mit allen Traditionen, die der Honoratiorenparlamentarismus der *modérés* im bürgerlichen Lager Frankreichs verankert hatte[148]. Obwohl sich die LRN als „unpolitische" *Ligue* verstand[149], zeigten sich hier zum ersten Mal Ansätze einer für das 20. Jahrhundert typischen Mitgliederpartei, die nicht nur die weltanschaulichen Gräben im bürgerlich-nationalen Lager, sondern auch dessen honoratiorenpolitische Organisationsformen hinter sich ließ. Sie erreichte binnen eines Jahres immerhin eine Mitgliederzahl von etwa 300000. Auf Grund dieses innovativen Charakters der LRN zögerten zunächst auch die beiden etablierten Parteizentralen der AD und der FR, geschlossen der LRN beizutreten, da sie sehr wohl die schöpferische Kraft und Dynamik dieser Bewegung erkannten und eine Absorption fürchteten[150].

---

gen die Abschaffung der Vatikanbotschaft zu halten, wofür er vom Sozialkatholiken Georges Goyau gelobt wurde, Brief an Millerand vom 17.11.1924, in: AN 470, AP 103.

145 Brief Brousses an Millerand vom 4.6.1925: „Rien ne doit être fait au point de vue de la détermination des régions ni de la désignation des délegués qu'après décision du Comité Directeur", in: AN 470, AP 87. Es wurden Delegierte in die Städte Grenoble, Amiens, Rennes, St. Etienne, Marseille und Toulouse geschickt, darunter ehemalige ERD-Abgeordnete wie Taurines oder Villeneau.

146 Für die *Unions civiques* vgl. den begeisterten Brief eines Bürgermeisters aus dem Departement Somme vom 17.12.1924, der in *„bon ordre"* gegen die roten Fahnen marschieren wollte; für nationale Arbeiterverbände vgl. den Brief der *Union des Syndicats Nationaux* du Rhône vom 6.1.1925; für einen katholischen Bauernverband vgl. den Brief des Abbé Patuel vom 12.10.1924 aus Haute-Savoie, der mit seiner *Fédération agricole* beitrat, alle Briefe in: AN 470, AP 89.

147 Über die im November 1924 gegründete Gruppe vgl. *Le Canigou*, Organe de la Démocratie vom 23.1.1926.

148 Innerhalb eines Jahres hatte die LRN 249 Konferenzen in 68 Departements gehalten, 368 Lokalverbände aufgestellt, darunter in allen 20 Arrondissements von Paris, 300000 Mitglieder gesammelt und 3 Millionen Traktate verteilt. Bericht Brousses vom Juni 1925, in: AN 470, AP 89.

149 Unpolitisch in dem Sinne, daß sie keine „Parteipolitik" betreiben wollte, vgl. den Brief Jacques Bardoux' an Millerand vom 26.9.1924, in: AN 470, AP 87.

150 Die AD trat als Ganzes nicht bei, ihr Chef Jonnart wollte sogar verhindern, daß einzelne Mitglieder des rechten Flügels wie Ratier, Reynaud und Reibel der LRN beitreten, vgl. Brief Brousses an Millerand vom 1.11.1924, in: AN 470, AP 89, dort auch Brief Mamelets an Millerand vom 29.10.1924 (Die AD hat jedoch die Doppelmitgliedschaft ihrer Mitglieder erlaubt). Auch Isaac bestand auf der „pleine liberté", die sich die FR

Ferner überwand auch die *Aktivität* der LRN viele Traditionen des bürgerlich-nationalen Lagers. Es kann kein Zweifel bestehen, daß ihre mobilisierende Kraft vor allem in der Präsentation eines autoritär auftretenden Mannes lag, der in der Nachfolge Clemenceaus das Geschick Frankreichs in die Hand zu nehmen versprach[151]. Millerand plante zwar keinen Staatsstreich und blieb zeit seines Lebens ein Republikaner, er repräsentierte aber *in persona* einen parlamentskritischen und autoritär auftretenden Führungsstil, der, wie ein in seinem Nachlaß aufgefundenes Dokument beweist, auch vor dem Einsatz seiner Truppen als Waffe gegen kommunistische Generalstreiks nicht zurückschreckte[152]. Ziel der LRN war es, notfalls auch gegen das staatliche Gewaltmonopol „Ordnung" zu schaffen. Da es zu einem solchen Notfall nicht kam, muß Hypothese bleiben, ob Millerand seine Truppen wirklich mobilisiert hätte. Erwiesenermaßen hatte er aber den Focus seiner Aktivität vom Parlament auf die politische Öffentlichkeit und die Straße verlegt und damit einem neuen Politikstil den Weg geebnet. So war auch die Aktivität der LRN zuvörderst auf regelmäßige Konferenzen und Propaganda konzentriert, die das ganze Jahr über stattfanden, auch wenn keine Wahlen anstanden. Die Dauerhaftigkeit und Intensität dieser Veranstaltungen, die gut organisiert und mit eigenen Saalordnern durchgeführt wurden, verliehen der LRN bisweilen sogar einen antirepublikanischen Charakter, auch wenn sie diesen *a priori* nicht hatte[153]. Obwohl sie an die Abgeordneten unter ihren Mitgliedern die Devise ausgab, sie

---

wahre, wenn sie der LRN beitrete, Brief an Millerand vom 17.12.1924, in: AN 470, AP 104. Auf Grund der raschen Organisierung der LRN-Verbände in der Provinz verlangten die beiden Generalsekretäre der AD, Mamelet, und der FR, Guiter, Zugang von Brousse zu den LRN-Dossiers. Offenbar befürchteten sie ein Abgleiten ihrer Lokalverbände. Brief Brousses an Millerand vom 26.12.1924, in: AN 470, AP 89.

151 Die zahlreichen Beitrittsbriefe im Nachlaß Millerand haben alle den Grundtenor, daß ein „parti de l'ordre" einen „homme énergique" brauche, in: AN 470, AP 88. Auch ein republikanischer Abgeordneter wie Maurice Schwob schrieb an Brousse am 24.9.1924: „Le Chef? Ce n'est pas Poincaré qui n'a fait preuve d'aucune des qualités morales d'un chef de parti [...] c'est Millerand.". Der Nachfolger Millerands, Maginot, betonte gegenüber Poincaré am 7.10.1924, daß er diese personale Ausrichtung der LRN nicht schätze: „Je n'hésite pas à dire qu'elle se constitute dans les conditions contraires à mes sentiments. Je vous avez dit que je demanderais que M. Millerand n'en fut pas nommé président [...] d'une entreprise qui apparaîtra comme ayant un caractère personnelle." In: BN, NAF Papiers Poincaré 16008.

152 Dieses gemeinsam mit de Castelnau ausgearbeitete Programm sah die Bewaffnung von Bürgerwehren als Unterstützung von Militär und Polizei vor. Es distanzierte sich aber ausdrücklich vom Einsatz dieser Truppen im politischen Kampf: „Si on emploie le groupement de combat à peser sur l'action politique, c'est le fascisme, avec tous ses inconvénients." In: AN 470, AP 87. An ein gewaltbereites Mitglied in Nantes schrieb Millerand am 20.1.1925: „ J'estime que la ligue commettrait une grave erreur en envisageant la violence comme pouvant être un moyen efficace et fecond d'action", in: AN 470, AP 88.

153 Zu ihren Mitgliedern gehörte auch Anfangs ein protofaschistisches Klientel, z.B. der sich selbst als Reaktionär betitelnde Vizeadmiral Berrenger, der an Millerand am 10.12.1924 schrieb: „Je pense fermément [...] que notre méthode gouvernemental est incapable de nous donner la sécurité, l'ordre, la prosperité." In: AN 470, AP 88. Im Januar 1925 kursierten bei der Pariser *sûreté* Berichte, wonach junge Berufsoffiziere aus der Kriegsschule St. Cyr, alle Mitglieder der LRN, planten, das Lokal der kommunistischen Zeitung *L'Humanité* zu stürmen, in: AN, F/7 12953.

mögen sich den parlamentarischen Sitzungen entziehen und statt dessen Propagandakonferenzen abhalten[154], griff die LRN doch zu keinem Zeitpunkt öffentlich das parlamentarisch-republikanische System im Grundsatz an.

Ein weiterer wichtiger Unterschied zu den herkömmlichen Parteien war, daß die LRN die Notwendigkeit eines *nationalen Massenblattes* erkannte, das ein Pendant zur sozialistischen *L'Humanité* oder zum radikalen *Le Quotidien* bilden konnte. Keine große Tageszeitung repräsentierte für sich allein alle Strömungen der bürgerlich-nationalen Opposition, selbst die ERD und die FR waren bis dato in der Presselandschaft nicht gemeinsam vertreten, sondern hatten verschiedene Tagesblätter als Sprachrohr[155]. Mit dem Aufkauf von *L'Avenir* und *La Liberté* sollte diesem Zustand ein Ende gesetzt werden, und die LRN wendete erhebliche Teile ihres Vermögens dafür auf, die beiden Blätter als wichtigste Oppositionszeitungen auflagenstark zu plazieren[156]. Darüber hinaus sollte mit fünf großen regionalen Zeitungen, sowie mit nicht weniger als 640 (!) daran angegliederten Lokalzeitungen, jede Kommune Frankreichs erreicht werden und am besten sogar über einen eigenen, mit der jeweiligen Zeitung in Kontakt stehenden Repräsentanten der LRN verfügen.[157] Dieser Anspruch propagandistischer Expansion und Durchdringung des Landes sprengte jeden bekannten Rahmen von Wahlkampagnen und Mobilisierungsversuchen, die das bürgerliche Lager Frankreichs je zustande gebracht hatte. Insofern kann die innovative Kraft der LRN kaum überschätzt werden: als bürgerlich-nationaler Ordnungsbund gelang es ihr, nicht nur punktuell vor den Wahlen, sondern strukturell und dauerhaft ein bestimmtes Milieu zu mobilisieren und an sich zu binden. Wie noch zu zeigen sein wird, war dies eine entscheidende Errungenschaft, die sie an die FR vererben sollte.

Programmatisch knüpfte die LRN deutlich an die nationalistische, revisionistische und antikommunistische Thematik des Jahres 1919 an, weil sie damit am besten mobilisieren und ihre internen Differenzen überdecken konnte. Da sie kein positives Programm hatte, bestanden die Reden Millerands und der Provinzdelegierten in der Regel aus rhetorisch aufgeblähten Tiraden gegen Herriot, den Steigbügelhalter des Kommunismus, und das Linkskartell, das Deutschland zuarbeite.

---

154 So ein Polizeibericht vom 26.3.1925 in: AN, F/7 12953.

155 Den *progressistischen* Flügel repräsentierte die *République Française*, den katholischen der *Echo de Paris*. Einen eher liberal-opportunistischen Kurs fuhr der *Journal des Débats*, während die Nationalisten vom *Intransigéant* unterstützt wurden. Darüber hinaus gab es noch die rein katholische *Libre Parole* und die gemäßigt republikanische *Liberté*.

156 Allerdings lief die Presseinitiative nur schleppend an, vgl. den *Compte-Rendu* von Brousse 1925: „Il faudrait aux républicains nationaux un organe populaire." In: AN 470, AP 89. Allein die *Liberté* wurde im September 1924 mit 300 000 Francs bezuschußt.

157 Die fünf Regionalzeitungen waren *Le Nouveau Journal de Lyon, Le Bien Public (Dijon), Le Télegramme du Pas-de-Calais, Le Journal de Rouen, Le Havre Eclair*. Von diesen fünf Regionalzeitungen sollten Artikel in die Presse des Westens, des *Centre* und des Südwestens weitergeleitet werden. Berichte über die Provinzpresse finden sich in den erhaltenen *Rapports de la Quinzaine*, die Brousse für Millerand verfaßte. Ein Brief des Chefredakteurs des *Télégramme du Pas-de-Calais*, Equoy, vom 2.5.1925, zeigt, daß es mangels fester LRN-Strukturen das Büro seiner Zeitung war, das in 700 Kommunen Propaganda betrieb, in: AN 470, AP 87.

Allein eine Reform der Verfassung, die die Autorität der Exekutive stärke, eine nationale Außenpolitik und die Herstellung eines Haushaltsgleichgewichts könnten den Ruin Frankreichs verhindern[158]. Die LRN war als außerparlamentarischer Bund nicht dazu gezwungen, diese Aussagen zu präzisieren, und vermied interne Debatten, die auf Grund der Disparität ihrer Mitglieder unweigerlich aufgetreten wären, indem sie ihre Aussagen äußerst vage hielt. Der rhetorisch abwägend-deliberative Stil, der die *modérés* noch gekennzeichnet hatte, war nun zugunsten von propagandistischer Kampfrhetorik, die nur auf die eigenen Anhänger zielte, aufgegeben worden. Die LRN profitierte so durch ihre Propaganda von der durch wachsende Inflation geschürten Unsicherheit eines Bürgertums, daß mit Schrekken die roten Fahnen in Paris vor dem Pantheon gesehen hatte, als der Leichnam von Jaurès dorthin überführt wurde. Dieses Bürgertum mußte zum ersten Mal erkennen, daß die industrielle Modernisierung weitaus fundamentalere innergesellschaftliche Gegensätze provozieren konnte, als es noch der Kulturkampf des 19. Jahrhunderts vermocht hatte. In den Anfangswochen der LRN war der Zulauf an Neumitgliedern daher erheblich, manche Delegierte berichteten von 200 Personen täglich, so daß nach dem ersten Auftritt Millerands im Dezember 1924 die *Ligue* auf über 300000 Mitglieder herabblicken konnte. Damit erreichte sie den höchsten Mitgliederbestand, den je eine französische Partei oder *Ligue* bis dato für sich reklamieren konnte.

Obwohl die Inflationskrise die öffentliche Unzufriedenheit vor allem beim Geld besitzenden Bürgertum bis 1926 weiter anheizte, erwies sich das Ziel der LRN doch bald als zu ehrgeizig. Politisch gesehen umspannte sie die rechten Teile der AD, die kleine christliche Volkspartei PDP, die FR und große Teile des nationalistisch-katholischen Milieus um die *Ligue des Patriotes*[159]. Diese heterogene Mixtur funktionierte in bestimmten Departements, vor allem in den Großstädten Paris, Marseille, Bordeaux und Lyon, wo der antisozialistische Reflex relativ stark war und die LRN an eine auf die Dreyfus-Affaire zurückgehende Tradition nationalistischer Strukturen anknüpfen konnte[160]. In den eher ländlichen Gebieten begannen auf der Ebene der Basisorganisation jedoch schnell wieder die politischen Kulturen der *Gauche* und der *Droite* ihre Wirkung zu entfalten und unterminier-

---

158 Vgl. die verschiedenen Propagandaschriften vor den Munizipalwahlen 1925: *Le bolchevisme et les Paysans ou de la Paix honteuse à la Famine* und *Les Bolchevistes et nous*, wo es auf S. 4 heißt: „Ainsi monte à l'orient de l'Europe et cherche à la submerger le flot d'une barbarie nouvelle, monstrueux et redoutable mélange de sophistique et de technique allemande, de mysticisme slave, de cruauté asiatique et de bêtise humaine."

159 Dies traf nicht nur für die Zentrale der LRN in Paris, sondern auch für die Lokalverbände zu: Vgl. den Brief der LRN von Clermont-Ferrand vom 1.9.1925: „Depuis les républicains démocrates et les républicains progressistes, à droite, jusqu'aux radicaux indépendants à gauche" reiche die LRN vor Ort, in: AN 470, AP 87.

160 Für Paris vgl. den Brief Brousses an Millerand vom 3.2.1925, wo er von einem „grand esprit de combativité" im 13., 15., u. 18. Arrondissement sprach, sowie den Kadern der *Action populaire* und der *Ligue des Patriotes* in den bürgerlichen Arrondissements 1-8, die man übernehmen konnte, in: AN 470, AP 87. Für Marseille, wo die LRN aus AD, *Cercle Républicain*, *Union Républicaine* und PDP bestand, vgl. den Bericht vom 29.5.1925. Er sprach zwar von „rivalité des personnes", aber trotzdem auch von einer Kohärenz.

ten das Bemühen einer „Ordnungspartei" jenseits der religiösen Frage. Konkret manifestierte sich dies in der Abwehrhaltung der katholischen Monarchisten und Klerikalen gegen die LRN[161], teilweise wollte aber auch die LRN sich nicht mit diesen kompromittieren[162]. Bei den Gemeinderatswahlen 1925 tat die LRN durch finanzielle Unterstützung zwar ihr möglichstes, in Zusammenarbeit mit dem größten Arbeitgeberverband UIE überall Einheitslisten aufzustellen[163], jedoch nicht immer mit Erfolg, und in prominenten Fällen kam es sogar zu Doppelkandidaturen im bürgerlichen Lager[164]. Eine weitere Problematik bestand in der Tatsache, daß die LRN im Grunde immer noch von Honoratiorenpolitikern geführt und unterstützt wurde, deren Politikstil die Jugend nicht mehr zu integrieren vermochte. Weder die LRN noch die eng mit ihr verbundene *Ligue des Patriotes* konnten das allmähliche Wegbrechen extremistischer Bewegungen wie die der *Jeunesses patriotes* oder des *Faisceau* verhindern, die sich vor allem aus der jüngeren Generation rekrutierten und deren aktionistisches Politikverständnis politische Gewalt nicht mehr ausschloß.

Die weitaus größte Problematik für die LRN erwuchs jedoch aus der Tatsache, daß die kirchliche Hierarchie, ermutigt durch die großen Erfolge der *Ligue de Castelnau*, begann, den Katholiken die Mitgliedschaft in der LRN zu untersagen. Bereits am 23. Dezember 1924 setzte als erster der Erzbischof Nègre von Tours die LRN unter Anathema, gefolgt von den Bischöfen Le Fer de la Motte von Nantes, Izard von Bourges und Garnier von Luçon. Sie ließen ein Plakat mit der Erklärung drucken, daß zwischen der LRN und der *Ligue de Castelnau* „un abîme" bzw. „la différence entre le jour et la nuit" liege, weil die erstere die Laizitätsgesetze akzeptiere und damit „antikatholisch" sei, die letztere die Gesetze bekämpfe und daher in vollem Sinne „katholisch" sei[165]. Auch der noch amtierende Vorsitzende der ALP, de la Rochefoucauld, erklärte, er könne solange nicht der LRN beitreten, solange diese nicht die *„liberté pour tous"*, d. h. auch für die Kon-

---

[161] So z. B. der royalistische *Eclair du Midi*, der im ganzen Languedoc gegen die LRN operierte, Bericht Brousses über die Propaganda-Tour in Nîmes, Montpellier und Bordeaux, vom 8. 7. 1925, in: AN 470, AP 87. Auch in der bretonischen Maine-et-Loire meldete man zu starke antiparlamentarische Kräfte gegen die LRN (Bericht vom Dezember 1925).

[162] Sie verbot „confidentiellement" ihren Mitgliedern, an den von der AF dominierten katholischen Jeanne-d'Arc-Festen teilzunehmen, vgl. Bericht vom 7. 5. 1925, in: AN, F/7 12953.

[163] Die Zusammenarbeit von Brousse mit dem Chef der UIE, Billiet war vor allem finanzieller Natur. Billiet unterstütze mit z. T. mehreren 100 000 Francs die Kampagnen der LRN, z. B. vor den Senatswahlen 1925. Vgl. den Bericht Brousses an Millerand vom Juni 1925, in: AN 470, AP 87.

[164] Z. B. in den Hautes-Alpes 1925 zwischen Petsche und Dechaumes, Brief an Brousse vom 5. 2. 1925, in: AN 470, AP 87. Gleiches ereignete sich auch in den Hautes-Pyrénées in einer Nachwahl im August 1925, wo der FR-Kandidat Larméroux, ein bekannter Katholik, gegen einen AD-Kandidaten antrat, der von Brousse unterstützt wurde. Selbst Millerand konnte diesen Streit zwischen den Ordnungsparteien nicht schlichten, Brief Brousses an Millerand vom 18. 8. 1925, in: AN 470, AP 87.

[165] „Nous ne pouvons pas admettre et nous n'admettrons jamais dans l'Union diocésaine un homme qui s'inscrit à la Ligue Millerand". Vgl. die Kritik an diesen Plakaten bei Baudrillart, Carnets, S. 937.

gregationen, im Programm habe[166]. Damit glitt die LRN in das gleiche Spannungsfeld, in dem die ERD schon seit Jahren lavierte, und das durch die Kartellregierung mit ihrer antikatholischen Politik noch verstärkt worden war, nämlich das zwischen Laizisten und Katholiken. Es bestand die Gefahr, daß sich das alte katholische Lager der Vorkriegszeit wieder herausbildete, das natürlich jeden Versuch der Gründung einer nationalen, liberalkatholischen Ordnungspartei zum Scheitern verurteilt hätte. Höhepunkt dieser katholischen Lagerbildung war eine Erklärung der Versammlung der Erzbischöfe und Kardinäle Frankreichs am 11. März 1925, die die staatliche Laizität heftig angriff und die Einflußnahme der Kirche in säkulare Angelegenheiten forderte. Der Konsens der liberalen Laizität, der auch der LRN zugrunde gelegen hatte, war damit dahin, und die Kooperation von LRN und *Ligue de Castelnau* mehr oder weniger beendet[167].

Viele Katholiken traten in der Folgezeit aus der LRN aus, manche, wie das *comité modéré* von Savoyen, waren von ihrem Erzbischof überhaupt schon am Eintritt gehindert worden[168]. Trotz einer erneuten Konferenzserie im Winter 1925/26 sollte sich die LRN nie mehr von diesem Schlag erholen[169]. Aus immer mehr Departements mußte vermeldet werden, daß die bischöfliche Weisung zum Zusammenbruch der Lokalkomitees geführt hatte, da gerade in Gegenden mit hoher katholischer Praxis die Katholiken das Rückgrat der LRN-Verbände gebildet hatten[170]. Der lange Schatten der politischen Kulturen von *Droite* und *Gauche* erwies sich also besonders auf der untersten Ebene der Organisation, in den Basisverbänden, als größtes Hindernis für das Zustandekommen einer Ordnungspartei mit gesellschaftlich breiter Verankerung. Darüber hinaus kam es über die zu verfolgende politische Strategie wegen der Problematik der Laizität auch zu Schwierig-

---

166 Auf einer Sitzung der *Fédération Républicaine de la Seine* am 5.2.1925: Er wolle, daß „Liberté pour tous – Egalité devant la loi – Droit commun – pas de privilèges, pas d'ostracisme fut inséré dans le manifeste de la LRN, sans cette formule, les nombreux éléments modérés et catholiques ne pourront avoir une absolue confiance dans le mouvement." Das Sitzungsprotokoll in: AN 317, AP 81.

167 Lediglich der Pariser Erzbischof Dubois versuchte die Erklärung zu entkräften und sorgte damit für Erleichterung bei der LRN, daß wenigstens in der Hauptstadt der Katholizismus auf einer gemäßigten Linie bleibe, Polizeibericht vom 27.7.1925, in: APP, GA D1.

168 Der Vorsitzende des Komitees, Leger, beklagte, daß die LRN kein positives Sozial- und Agrarprogramm habe, weshalb er seine katholische Bauernschaft nicht zu einem Handeln gegen die bischöfliche Order aufmuntern könne. Die Bauern würden lieber der kirchlichen Sozialmoral gehorchen, als sich einem „tagespolitischen" Programm anzuschließen. Brief an Millerand vom 29.5.1925, in: AN 470, AP 87.

169 In dieser massiven Konferenzserie gab die *Ligue* pro Monat ca. 137000 Francs aus, organisierte 65 Treffen und erweiterte die Zahl der Lokalverbände von 56 auf über 70. Finanzbericht der LRN in: AN 470, AP 87. Die Früchte der Arbeit sollte aber die LRN, die wegen der obengenannten Gründe sich von innen heraus destabilisierte, nicht mehr ernten.

170 Vgl. z.B. den Brief Brousses an Millerand vom 15.1.1926 über das bischöfliche Verbot in Indre-et-Loire und dessen fatale Konsequenzen, in: AN 470 AP 87, oder den Brief eines anonymen Katholiken mit der Bitte „Que la Ligue Millerand renverse cet obstacle (les lois laïques) en répudiant les lois néfastes pour ne former qu'une seule ligue du bien public", in: AN 470, AP 89.

keiten in der LRN-Führung selbst. Generalsekretär Brousse, ein laizistischer Republikaner, verfolgte in der politischen Führung der *Ligue* einen kompromißlosen Kurs und verprellte damit viele Provinzdelegierte, die in Einzelfragen zu Kompromissen mit der kirchlichen Hierarchie bereit gewesen wären[171]. So überlagerten sich weltanschauliche und persönliche Motive und vertieften, indem sie sich gegenseitig verstärkten, die beginnende Krise der LRN.

So sehr die religiöse Frage also die Wurzel des Übels für die LRN darstellte, so wenig dürfen auch verbandsinterne und parteitaktische Gründe bei ihrem Niedergang außer acht gelassen werden. Eine der LRN inhärente Spannung resultierte aus der niemals gelösten Frage, ob die LRN ausschließlich ein negatives Programm – gegen das Linkskartell – oder eventuell doch auch ein positives Programm haben sollte. Als das Linkskartell 1926 immer mehr erodierte, kam es daher zu Spaltungen innerhalb der LRN über Fragen der politischen Taktik: Während der spätere Ministerpräsident Etienne Flandin die neue Regierung Briand teilweise unterstützen wollte, beharrten Reibel und Marin auf einem strikten Oppositionskurs[172]. Diese unterschiedliche politische Positionierung innerhalb der LRN setzte sich insbesondere nach dem Ende des Kartells fort, als Poincaré eine Regierung der *Union Nationale* von den Radikalen bis zur URD eingerichtet hatte. Die zu lösende Frage war nun, ob die LRN mit diesem „Sieg" über das Kartell ihren Existenzgrund verloren habe, oder ob sie als dauerhaftes Zentrum des bürgerlich-nationalen Lagers weiterbestehen solle, trotz der Regierung Poincaré. Heftige Zerwürfnisse in der LRN waren die Folge, wobei vor allem die Anhänger der AD ein Fortbestehen der „Ordnungspartei" LRN ablehnten, während die FR um Marin und Soulier an einer Kontinuität ihrer Agitation interessiert war. Um das Auseinanderfallen der LRN zu verhindern, gab es sogar Überlegungen, alle Abgeordneten aus der LRN-Führung zu verdrängen und diese nur mit außerparlamentarischen Propagandisten zu besetzen[173]. Damit war aber weder der AD- noch der FR-Flügel der LRN einverstanden.

In der Dominanz der Honoratiorenpolitiker in der LRN lag wiederum ein letzter Grund für die Erosion der *Ligue*: Es war die Unfähigkeit, die junge Generation und z.T. noch die jüngeren Frontkämpfer an diese durch bürgerliche Honoratioren geführte „Ordnungspartei" heranzuführen und dauerhaft zu binden. Mangelnde Kohärenz, „bürgerliche" Methoden und weltanschauliche Differenzen, mit denen die im Krieg politisierte Generation nichts mehr anzufangen wußte, wirkten sich spürbar auf die Jugendverbände der LRN aus. Früh schon machte sich die Abwanderung dieser Kräfte zu den extremistischen Bewegungen bemerkbar, vor allem im studentischen Milieu, wo die LRN-Verbände zugunsten der

---

171 Eine erste Krise gab es bereits im Januar 1925, die nur durch Vermittlung von François-Poncet gelöst werden konnte. Am 25.5.1925 betonte Brousse gegenüber Millerand, daß er allein die „action politique" in der Hand habe, während das Verwaltungs- und das Propagandakomitee seinen Weisungen zu folgen habe, in: AN 470, AP 87.

172 Bericht der Vorstandssitzung vom 13.1.1926, wo Reibel wegen der internen Schwierigkeiten sagte: „L'unité de l'opposition aura été rompue." In: AN 470, AP 87.

173 Brief von François-Marsal an Millerand vom 5.10.1926, in: AN 470, AP 87. Der Grund war die Überlegung, Abgeordnete seien im Parlament oft zu Kompromissen gezwungen, die der LRN schaden könnten.

Jeunesses patriotes und des *Faisceau* ausbluteten[174]. Umgekehrt lehnten auch die bürgerlichen Honoratioren der LRN den dynamisch-aktionistischen Impetus der Jungen ab, zumal wenn diese „rauchend, lärmend und lachend" den älteren Mitgliedern die Plätze bei Veranstaltungen wegnahmen und überhaupt ein Gebaren an den Tag legten, das der „notoriété et situation financière" der bürgerlichen Respektspersonen nicht gerecht werde[175]. Das Abdriften der jungen Generation hatte nicht nur personelle Konsequenzen, da diese oft das Rückgrat der Basisaktivität gebildet hatten, sondern auch finanzielle, da mit ihnen auch viele Sponsoren abwanderten oder sich zurückzogen. Sei es, daß die LRN zu wenig oder zu sehr extrem erschien, die Sponsoren der Wirtschaft glaubten ab 1926 nicht mehr an den Erfolg der nationalen Ordnungspartei und zerstreuten ihren Spenden je nach privater Vorliebe. Brousse mußte mehrere Male die finanzielle Unterstützung für die Regionaldelegierten und die Provinzpresse streichen, was zu einem beschleunigten Niedergang der dortigen Strukturen führte[176]. Binnen kurzer Zeit war die LRN nur noch in den großen Städten vertreten, zumal in Paris, wo sie an eine bürgerlich-nationalistische Tradition der Jahrhundertwende anknüpfen konnte[177].

Zusammenfassend kann man also sagen, daß der Versuch, eine bürgerlich-nationale „Ordnungspartei" im Sinne einer Sammlung aller antikartellistischen Kräfte unter dem Banner der LRN zu gründen, gescheitert ist. Der Hauptgrund dafür war die religiöse Frage, die die weltanschaulichen Gräben in der nationalen Opposition wieder aufgerissen und eine Implantierung von Basisstrukturen verhindert hat. An der gesellschaftlichen Basis der Provinz spielte der aus dem Kulturkampf resultierende Unterschied der *deux France* bzw. zwischen Laizisten und Katholiken weiterhin eine wichtige Rolle. Die mit der Weltanschauung verbundenen vorpolitischen Strukturen, wie z. B. die katholische Kirchenorganisation, konterkarierten die Vervielfältigung und Vergrößerung von LRN-Lokalkomitees jenseits der weltanschaulichen Differenzen. Gleichwohl stellte die Mobilisierungskampagne der LRN die erste moderne politische Kampagne der bürgerlichen Rechten in Frankreich dar, die nicht durch vorpolitische Strukturen, wie den Vereinskatholizismus, sondern explizit von politischen Basiskomitees durchgeführt wurde. In ihrer Methodik, ihrem programmatischen Aufwand und ihrer Organisation unterschied sie sich von dem Politikverständnis, das bisher die *modérés* geprägt hatte. Die überall wie Pilze aus dem Boden geschossenen Lokalverbände gerieten allerdings in ein politisches Vakuum, zumal ihnen die jungen Mitglieder wegbrachen, denen dieser bürgerliche „Aktionismus" immer noch zu wenig war.

---

[174] Vgl. Brief François-Poncets an Millerand 1926 (undatiert); allein die vom Sohn von Brousse geführte Jugendorganisation der östlichen Pyrenäen konnte ihre Mitgliederzahl erhalten, vgl. Brief Brousses an Millerand vom 15. 1. 1926, in: AN 470, AP 87.

[175] So der Brief eines empörten Bankiers aus Paris an Millerand vom 15. 11. 1925. Er beklagte sich dezidiert über die „surveillants de l'ordre" und ihre „allures", in: AN 470, AP 88.

[176] Bericht Brousses an Millerand vom Januar 1926, wo er das Wegfallen der Spenden mit dem Auseinanderfallen der nationalen Opposition in verschiedene Gruppierungen in Verbindung bringt, in: AN 470, AP 87.

[177] Brief des Regionaldelegierten Burgard (Gironde) an Millerand vom 24. 1. 1927: „J'ai la conviction que les jours de la ligue sont comptés", in: AN 470, AP 88.

Obgleich die Zentrale der LRN unter dem Nachfolger Millerands Maginot bis 1932 fortexistierte, trieben die Departemental- und Lokalverbände wie Kometen ohne Sonnensystem umher und warteten nur darauf, von einer anderen Gravitation angezogen und absorbiert zu werden.

Katholische Mobilisierung gegen das Linkskartell: Die Fédération Nationale Catholique (FNC)

Als zweite außerparlamentarische Form der Opposition gegen das Linkskartell konstituierte sich mit der FNC eine explizit „katholische" Protestbewegung, die alle Katholiken im Namen der *défense religieuse* sammeln wollte[178]. Diese katholische Protestbewegung hatte zunächst in Elsaß und Lothringen im Sommer 1924 Aufmärsche mit mehreren tausend Teilnehmern organisiert, wo diese gegen die geplante Aufhebung ihrer religionspolitischen Sonderstellung, die Auflösung der Botschaft am Vatikan und die drohende Vertreibung der Kongregationen protestierten. Der ungeheure Erfolg der Anfangswochen, der nicht zuletzt dem dichten Netzwerk des Vereinskatholizismus vor Ort geschuldet war, ermunterte die kirchliche Hierarchie und prominente Katholiken wie General de Castelnau, dieselbe Mobilisierung in allen französischen Diözesen zu wagen[179]. Deshalb wurde ab Oktober 1924 mit Hilfe des *Echo de Paris* eine Kampagne gestartet, die alle Katholiken – demokratische, liberale, konservative und monarchistische – unter dem Banner einer schlagkräftigen, nationalen Organisation sammeln sollte. In konstitutiven Versammlungen gründeten sich unter der Führung des Bischofs in fast allen Diözesen sogenannte *Unions des catholiques* (UC), die alle Verbände des Vereinskatholizismus sowie die Kirchengemeinderäte (*Unions paroissiales*, UP) miteinander vernetzten[180]. Als ganzes schlossen sich dann insgesamt 86 *UC* zur *Fédération Nationale Catholique* (FNC) des Generals de Castelnau zusammen,

---

[178] Vgl. für das Folgende Corinne Bonafous-Verax, Fédération, passim, sowie Prévotat, Condamnation, S. 250ff., und unkritisch: Coquelle-Viance, La Fédération Nationale Catholique, sowie Gras, Castelnau, S. 385–419.

[179] Der über seine Wahlniederlage enttäuschte de Castelnau schrieb am 30.5.1924 an den FR-Abgeordneten Madelin: „Je n'étais au Parlement qu'un symbole qu'il sera facile de reconstituer sous une forme ou sous une autre. Les électeurs des Vosges viennent d'y envoyer en votre personne une valeur positive et je m'en réjouis avec tous ceux qui vous connaissent et comptent sur vous pour défendre la cause de Dieu et de la Patrie [...]. Je vais continuer la lutte sur un terrain autre que le Parlement." In: AN 355, AP 2.

[180] Anders als über die LRN existieren mehrere wertvolle Dossiers der *sûreté* über die *„Action cléricale"* ab 1924. In monatlichen Berichten wurden aus allen Departements die Aktionen der FNC zusammengestellt und bewertet. Für die Anfangsphase vgl. AN, F/7 12967, Berichte Oktober, November, Dezember und Bonafoux-Verax, Fèdération, S. 30ff., 52ff., 62f., die als Beispiel die Heimat des Generals de Castelnau, die Rouergue anführt, wo sich binnen weniger Wochen 7000 Menschen bei der UC einschrieben. Im März 1925 waren es sogar 20000. Der Mitgliedsbeitrag war mit 3–5 Franc pro Jahr äußerst niedrig, um möglichst auch einkommensschwache Katholiken anzusprechen. Ein Drittel dieses Beitrags, der in der jährlichen Kirchengemeindeversammlung bezahlt wurde, mußte an die Pariser Zentrale abgegeben werden. Die Gesamtzahl der Mitglieder kann nicht mehr genau nachvollzogen werden, dürfte aber in der Hochphase an die zwei Millionen herangereicht haben.

der bereits Ende 1924 auf ein Heer von zwei Millionen Mitgliedern herabblicken konnte. Damit hatte sich im Zeichen der Religion der schlagkräftigste und mitgliederstärkste Interessenverband organisiert, den Frankreich bis dato gekannt hatte und der über ein gut funktionierendes logistisches Netzwerk verfügte[181]. Unter dem Weltkriegsgeneral de Castelnau war man bereit, die von der Linksregierung angekündigte „guerre fratricide" – so de Castelnau – als Herausforderung anzunehmen.

Es ist nun in der Forschung immer wieder diskutiert worden, welche Rolle die FNC in der Politik der 1920er Jahre gespielt hat bzw. ob sie überhaupt unter dem Gesichtspunkt der „Politik" analysiert werden kann[182]. Immerhin hat sie sich selbst ja stets als un- bzw. überpolitisch betrachtet, da sie mehrere politische Nuancen in sich vereinbarte und *eo ipso* nur als katholischer Interessenverband auftreten konnte. Dieser Argumentation zu folgen, hieße aber nicht nur den Beteuerungen der FNC ein allzu großes Vertrauen zu schenken, sondern grundsätzlich die Bedeutung von vorpolitischen Strukturen für politische Organisationen zu verkennen. Wie im einleitenden Kapitel ausgeführt wurde, kann als ein wesentlicher Bestandteil bei der Entstehung von Parteien eine normative politische Subkultur und ein geschlossenes Vereins- und Sozialmilieu gelten, die ineinander verwoben sind. Insofern kann die Entstehung des größten katholischen Interessenverbandes Frankreichs kein „unpolitischer" Vorgang gewesen sein, im Gegenteil, er sollte sich von höchster politischer Brisanz und im übrigen sehr großer Bedeutung für die Probleme beim Zustandekommen einer liberal-konservativen Partei erweisen.

Der Mobilisierungsschub der FNC war so enorm, daß sich binnen kurzer Zeit wieder ein *katholisches Lager* restituiert hatte, das bezüglich seines Organisationsgrades sogar das vor dem Ersten Weltkrieg existierende übertraf. Dieses Lager erfüllte in besonderem Maße die von Rohe und anderen aufgestellte Grundbedingung, daß ein politisches Lager aus der Abgrenzung gegenüber einem anderen Lager entsteht, und, anders als ein Milieu, dadurch eine gewisse Heterogenität im Innern erträgt[183]. Genau dies war auch der Fall, da sowohl die Zentrale der FNC wie auch die Diözesan- und Lokalverbände eine Mixtur unterschiedlicher politischer Strömungen darstellten. Neben dem nationalistisch-katholischen de Castelnau fanden sich an der FNC-Spitze der Christdemokrat Ernest Pezet, der Monarchist Xavier Vallat, der Fundamentalkatholik Grousseau und der sozialkatholische Kleriker Abbé Desgranges. Als Abgeordnete waren sie nach 1919 in unterschiedlichen Fraktionen eingeschrieben, als „Katholiken" operierten sie aber in der FNC gemeinsam. Auch wenn es bisweilen zu Spannungen kam, weil die verschiedenen Strömungen keineswegs immer harmonierten, konnte eine innere

---

[181] Gerade die großen Veranstaltungen im bretonischen Westen mit z.T. 50000 Teilnehmern wurden mit Omnibussen, Sonderzügen und einem Fuhrpark von nicht weniger als 15000 Autos organisiert, vgl. Bonafoux-Verax, Fédération, S.35.

[182] Vgl. Mayeur, Vie politique, S.281, und Bonafous-Verax, Fédération, S.233, die den halbpolitischen Charakter (*civique*) betont.

[183] Rohe, Wahlen und Wählertradition, S.21. Daran war auch Jean Guiraud von *La Croix* beteiligt, der schon 1919 den Ausschluß der Royalisten aus dem *Bloc National* beklagt hatte. Vgl. *La Croix* vom 18.10.1919.

Einheit der FNC und des katholischen Lagers aufrechterhalten werden. Ein festigende Rolle dürfte dabei auch ein dichtes Pressewesen der FNC gespielt haben, das alle Mitglieder mit der Zentrale in Paris verband[184]. Die einzige Ausnahme bildete 1926/27 die Abspaltung der neomonarchistischen AF, die sich der päpstlichen Verurteilung nicht unterwarf und von da an ihre eigenen Wege ging[185].

Auf der Ebene der Diözesanverbände ist nicht nur die politische Heterogenität, sondern insbesondere die *organisatorische Durchdringung* der katholischen Subgesellschaft bemerkenswert. Dabei gewann der katholische Klerus seine nach dem Krieg bisweilen aufgegebene soziale Macht und Deutungshoheit zurück und stoppte die vor allem auf politischem Gebiet so wichtige Laienemanzipation innerhalb des Katholizismus. Ohne Ausnahme bekleidete der Bischof den Ehrenvorsitz der UC der Diözesen und hatte großen Einfluß auf den regionalen Präsidenten der FNC. In den Bistümern selbst waren ja bereits die unterschiedlichen Vereine in einem speziell eingerichteten Büro der *Union Diocésaine* (UD) zusammengefaßt, das in engstem Kontakt zur FNC und ihren lokalen Basisstrukturen stand. Auch dieses Büro wurde in der Regel von einem Kleriker geführt[186]. Obwohl de Castelnau versuchte, der FNC eine einheitliche Linie vorzugeben, die man am ehesten als nationalkatholisch bezeichnen kann, führte die Rückkehr der Bischöfe in prominente gesellschaftliche Positionen zu Divergenzen in der Strategie und auch über die verwendeten Mittel innerhalb des katholischen Lagers. Während de Castelnau versuchte, das Kriegserlebnis als zentrale Peripetie der französischen Geschichte zu verankern und damit zur Legitimation seiner Forderungen den „Veteranengeist" (*esprit combattant*) anzusprechen [187], fielen Teile des intransigenten Episkopats in die Metaphorik der Vorkriegszeit zurück. So rief z. B. der Bischof von Valence im November 1924 zum „Kreuzzug" gegen die Republik auf und untermauerte damit die antirepublikanische Haltung von Teilen des Klerus[188]. Solche Äußerungen, die immer wieder aus den Reihen des intransigenten und monarchistischen Episkopats zu hören waren, wurden daher auch in den Reihen der liberalen Katholiken mit höchster Mißbilligung aufgenommen. Da sie das zweite *Ralliement* der Katholiken an die Republik zu konterkarieren drohten, arbeiteten die liberalen Katholiken darauf hin, daß sowohl der Papst wie auch der Nuntius die FNC von politischen Ambitionen fernhielt[189]. Nur mit Mühe konnte im übrigen auch de Castelnau verhindern, daß sich nicht die Versammlung

---

184 Für die lokalen Anführer wurde ein *Bulletin officiel de la Fédération nationale catholique* herausgegeben (Auflage 50 000), für die einfachen Mitglieder *Le Point de direction* (Auflage 400 000) und zusätzlich eine für alle gedachte Wochenzeitschrift, *La Correspondance hebdomadaire*, vgl. Bonafoux-Verax, Fédération, S. 76f.

185 Zum Problem vgl. Prévotat, Condamnation, S. 291ff.

186 Vgl. den Bericht vom Oktober 1924 über die Konstituierung der UC in der Bretagne, in: AN, F/7 12967. Die UC de Nancy verfügte bereits 1925 über 41 000 Mitglieder, 1928 waren es gar 55 000. Gleichzeitig wuchs die ihr verbundene katholische Frauenbewegung von 20 000 auf 70 000 Mitglieder an.

187 Mit dem Motto *Unis comme au front* wurde versucht, die Vertreibung der Kongregationen zu verhindern, da auch diese ihren Dienst fürs Vaterland geleistet hätten.

188 Novemberbericht über ein UC-Treffen vom 10. 11. 1924, in: AN, F/7 12967.

189 Brief de la Rochefoucaulds an Kardinal Gasparri und den Nuntius Ceretti vom 20. 12. 1926, in: AN 142, AP 14.

der Erzbischöfe und Kardinäle Frankreichs (ACA) der FNC bemächtigte und sie ganz der kirchlichen Hierarchie unterwarf[190].

Trotz dieser Probleme, die aus der Aufwertung der bischöflichen Rolle resultierten, zeigte die FNC, ganz anders als die LRN, über die Jahre hin eine bemerkenswerte *Stabilität*. Auch nach dem Ende der Kartellregierungen 1926 setzte sie ihren Kampf und ihre Organisation fort, freilich unter neuen Vorzeichen. Eine Ursache für diese enorme innere Kohärenz liegt in der Tatsache begründet, daß die FNC an Strukturen der Vorkriegszeit anknüpfen konnte, die damals die gesellschaftliche Basis der konservativ-katholischen *Droite* und nicht zuletzt der ALP gebildet hatten. Ihre Kampagne fiel in den katholischen Gebieten auf fruchtbaren Boden, weil die dortige Bevölkerung in der Regel eine gewisse Widerstandshaltung gegen den laizistischen Staat eingeübt und in die Sozialmoral übernommen hatte. War der Vereinskatholizismus nach dem Krieg nur mühsam und verstreut wieder in Gang gekommen, so fand 1924, nach den Ankündigungen der Kartellregierung, ein starker Mobilisierungsschub statt, der die Vorkriegsstrukturen wiederbelebte und neue hinzufügte. Vor allem in den Gebieten mit hoher katholischer Frömmigkeit, also im Westen, Norden, Osten und im Zentralmassiv wurden die Frauenligen der LPDF, die katholischen Patronagen der FSGPF, die ACJF, die ACCF sowie Gruppen der Berufs- und Standesvertretung wieder aktiv und entwickelten eine enorme propagandistische Tätigkeit[191]. Dank ihres geschlossenen Auftretens mobilisierten die UC in Rennes 22000, in Angers 30000, in Nancy 30000 und im bretonischen Saint-Laurent-sur-Sèvre sogar 60000 Katholiken zu großen Festversammlungen und Umzügen, die den Kampfeswillen der FNC dokumentierten[192]. Der Vereins- und Sozialkatholizismus war also die wesentliche Grundlage für die hohe Integrationskraft, die das katholische Lager ab 1924 entfalten konnte.

Die strukturelle Vernetzung und der gemeinsame katholische Glaube als weltanschauliche Basis waren das Erfolgsrezept der FNC und trotzten anderen Phänomenen, die z.B. die LRN oder die nationalistische *Ligue des Patriotes* zur gleichen Zeit bedrohten. Wir hatten gesehen, daß aktive Jugendmitglieder die moderate Organisationsform dieser Ligen ablehnten und zu radikaleren Gruppierungen der extremen Rechten überliefen. Dies traf für die FNC in einem weitaus geringeren Umfang zu. Über die katholischen Sport-Patronagen und die sozialkatholische ACJF konnte sie die jungen Katholiken in die FNC integrieren, wobei sie diesen auch bestimmte Freiräume zugestand. Nachdem im Februar 1925 zwei

---

190 Über den dauerhaften Konflikt zwischen der FNC und dem *Assemblée des Cardinaux et Archevêques* (ACA), der zeigt, wie schwer sich die Laienemanzipation im Katholizismus vollzog, vgl. Bonafoux-Verax, Fédération, S. 84ff., und für dieselben Probleme auf regionaler Ebene S. 92f.

191 Vgl. die Berichte vom Oktober bis Dezember zu Lannion, Lille, Epinal, Grenoble, Lyon in: AN, F/7 12967.

192 Die Teilnehmerzahlen sind den Berichten der Präfekten entnommen, die eher zur Untertreibung neigten, in: AN, F/7 12968. In der katholischen Tagespresse und einer weiteren Polizeiakte, die offensichtlich auf der Presse fußt, werden höhere Zahlen angegeben, vgl. die monatlichen Bestandsaufnahmen in: AN, F/7 13219. Berichtet wird immer wieder von den verschiedenen katholischen Jugendvereinen, die die Treffen organisieren, Ordner stellen etc.

FNC-Aktivisten in Marseille von Kommunisten ermordet worden waren, gab de Castelnau die Parole aus, man werde sich mit Gewalt zur Wehr setzen, und tolerierte die Aufstellung von katholischen Kampfabteilungen[193]. Auch manche Bischöfe ließen ganz offen ihren Zuspruch zur gewaltsamen Auseinandersetzung erkennen[194]. Mit Ausnahme der royalistischen Camelots du Roi konnte dadurch der Aktionismus und das Gewaltpotential des katholischen Lagers während der ersten *fascist wave* (1924-26) in Frankreich weitgehend in die FNC kanalisiert werden. Gewiß gab es vor allem in den Großstädten auch katholische Jugendgruppen, die geschlossen zu den extremistischen Ligen der *Jeunesses patriotes* oder des *Faisceau* übertraten. Auf dem katholischen Land hingegen konnten die Jugendverbände flexibel reagieren und so auch gewaltbereite Mitglieder bei der Stange halten. Ein Generationenkonflikt innerhalb des katholischen Lagers fand in den 1920er noch nicht statt, erst die 1930er mit ihrer ganz eigenen Dynamik ließen an dieser Stelle das katholische Lager aufbrechen[195].

Betrachtet man nun die *Inhalte* der FNC-Kampagne, so ist von seiten der Parteizentrale im ersten Jahr 1924/25 ein deutlicher Willen zum Gleichschritt mit den anderen nationalen Ligen festzustellen. De Castelnau, der neben der FNC auch die nationalistische *Ligue des Patriotes* anführte, versuchte seine Verbindungen ins Lager der Republikaner nicht abreißen zulassen. Daher wurden die katholischen Forderungen auch nicht als solche allein formuliert, sondern in einen weiteren Zusammenhang mit antikommunistischen, antigermanischen und militaristischen Inhalten gestellt: „En brisant avec le Pape, Herriot a tendu la main aux Soviets; en se dispensant des engagements de la France envers l'Alsace-Lorraine, il a dispersé l'Allemagne d'une partie de ses engagements envers la France; en faisant le poing aux religieux, il a fait visette aux déserteurs et autres Français de qualité douteuse."[196] Der Bezug auf das Kriegserlebnis durchzog wie ein roter Faden die Veröffentlichungen der FNC und dokumentierte den Willen, trotz der katholischen Mobilisierung nicht mit dem „Geist von 1919" brechen zu wollen. Teils berief man sich auf die französischen Generale, die zumeist aus katholischen Schulen kamen, teils betonte man Disziplin und Gehorsam, die der Krieg allen Menschen dauerhaft auferlegt habe[197]. In jedem Fall stand für die FNC fest, daß die Angriffe des Linkskartells Angriffe auf alle Veteranen seien, da ihre Kameraden im Geiste der *Union Sacrée*, d.h. unter Einschluß der Katholiken, gefallen seien.

---

[193] De Castelnau am 9.3.1925 in Paris: „Les catholiques [...]. s'opposeront par la force, s'il le faut", in: AN, F/7 12968. So auch der Eintrag von Baudrillart vom 20.2.1925, der von Bewaffnungsplänen der FNC spricht. Schon am 6.12.1924 hatte sich in Nantes eine *Avant-Garde catholique* mit 20 Personen gegründet, die, mit Gewehren ausgestattet, auch Straßenkämpfe zu führen bereit war, Bericht in: AN, F/7 12967.

[194] So der Erzbischof von Toulouse am 19.4.1925: „Je salue l'esprit belliqueux de la génération actuelle qui s'apprête à livrer bataille sans faiblesse", Bericht in: AN, F/7 12968.

[195] Das maßgebliche Werk hierzu ist Rémond, Les crises du catholicisme, S.129-137, vor allem über den Konflikt der verschiedenen Jugendorganisationen des Katholizismus (JOC, JAC, JEC) mit der FNC.

[196] Zitiert nach der FNC-Broschüre *A ceux qui ne veulent pas être esclaves* vom 9.2.1925, S.16f.

[197] Die ersten Flugblätter der FNC distanzierten sich ausdrücklich von der päpstlichen Unterstützung für Briands Verständigungspolitik.

Als nach dem Rücktritt Herriots 1925 klar wurde, daß weder die Vatikanbotschaft noch der Sonderstatus von Elsaß-Lothringen angetastet würden, stand die FNC vor der Frage, ob sie die erfolgreiche Organisation nun wieder auflösen und die Kampagne beenden oder sich dauerhaft als katholischer Interessenverband etablieren sollte. Für letzteren Fall bedurfte es, nach Wegfall des Situationsdrucks von außen, eines eigenen, positiven Programms, mit dem das katholische Lager zusammengehalten werden konnte. Die FNC stand damit vor der gleichen Entscheidung wie die LRN, mit dem Unterschied, daß ihre soziale Anbindung an die katholischen Netzwerke und das Vereinsmilieu eine eigene Dynamik entwickelte. Wir hatten bereits gesehen, daß sich die Erklärung verschiedener Bischöfe und der Kardinalsversammlung im Frühjahr 1925 nicht mehr nur gegen die Regierung Herriot, sondern gegen die laizistische Republik an sich richteten. Der Episkopat vollzog damit eine Annäherung an die Vorkriegspropaganda und bestimmte auf Grund seiner Position in den UC eine neue Linie innerhalb der FNC, die langsam auf einen intransigenten Kurs umzuschwenken und Züge der „Volksaktion" der Vorkriegszeit anzunehmen begann [198]. Hatte die FNC die Munizipalwahlen 1925 noch ohne eigene Listen und einträchtig mit der LRN angegangen, so distanzierte sie sich danach immer mehr von dieser. Ein beredtes Zeichen dafür ist, daß der antikommunistische und nationalistische Diskurs immer mehr in den Hintergrund trat, und statt dessen der Kampf gegen die „Freimaurer" seine Rolle übernahm: „C'est quelque chose qui n'est pas français, n'a pas de patrie, [...] c'est la Franc-Maçonnerie."[199] Schließlich wurde ab Sommer 1925 auch die öffentliche Forderung nach einer Revision der Laizität in das Propagandaprogramm übernommen, wodurch der Unterschied zur LRN mehr als offensichtlich wurde und die FNC eine politische Note bekam[200].

Der Kurswechsel in der Propaganda der FNC und die Herausbildung fester Strukturen eines katholischen Lagers verhinderten eine weitere Zusammenarbeit mit den Kräften der republikanischen Mitte und konterkarierten die Versuche der FR, sich zu einer liberal-konservativen Partei zu entwickeln. Nach einem Tagebucheintrag Kardinal Baudrillarts waren die beiden URD/FR-Abgeordneten Dior und Lefebvre du Prey sogar weinend zu ihm gekommen und hatten beklagt, daß der Brief der Kardinäle vom März 1925 und seine Konsequenzen ihre Bemühungen seit 1919 zunichte gemacht hätten[201]. Selbst der zum rechten Rand der FR ge-

---

198 Das Dokument der Kardinäle war ein Sieg der intransigenten über die versöhnungsbereiten Bischöfe gewesen und wurde vom Nuntius nicht gegengezeichnet. Einer seiner Urheber, Erzbischof Chollet aus Cambrai, schrieb an Guiraud am 28.3.1925: „Toutes les forces libérales sont soulevées contre la Déclaration. Continuez le bon combat. Il ne faut pas qu'elle devienne lettre mort et que tous les «La Rochefoucauld» viennent la torpiller, comme ils l'ont déjà essayé." Am 12.4.1925 teilte er Guiraud seine Sorge mit: „Nous nous dissolvons dans un libéralisme plus dangereuse que toutes les persécutions." In: AN 362, AP 145.

199 Vgl. das von der FNC unterstützte Buch Michel, La Dictature de la Franc-Maçonnerie sur la France (1925). Für die Kritik der Bischöfe an der LRN siehe oben.

200 Isaac und de Castelnau waren der gleichen Meinung, daß dies das Werk von AF-freundlichen Kardinälen gewesen sei. Die Verbindung zur LRN waren damit abgebrochen, vgl. Isaac, Carnets, S.393.

201 Baudrillart, Eintrag vom 11.3.1925, Carnets, S.994. Auch Baudrillart erwartete, daß die „lois laïques" nun zum „pierre de touche" für die Republikaner werden würden.

hörende François de Menthon witterte darin die Gefahr einer erneuten Koppelung von „catholiques et réactionnaires", und sowohl de la Rochefoucauld wie General de Castelnau kritisierten dies insgeheim heftig[202]. Je mehr also der französische Episkopat, der mehrheitlich von Pius X. ernannt worden war, seine intransigente Position in der FNC durchsetzen konnte, desto schwieriger wurde die Lage für die katholischen Abgeordneten der FR, ihre Allianz mit den konservativen Republikanern zu rechtfertigen. Selbst General de Castelnau wurde vom Episkopat gedrängt, den Vorsitz der *Ligue des Patriotes* zu räumen und seine Verbindungen zum national-republikanischen Lager zu kappen. „Ne pas céder sur le chapitre des concessions, ne pas rétomber dans un libéralisme confiant", lautete die Devise[203]. Als ein erstes Ergebnis dieser Entwicklung kann das Fernbleiben der FNC von der *Conférence des Ligues Nationales* am 27. November 1925 interpretiert werden, zu der immerhin alle antikartellistischen Oppositionsgruppierungen eingeladen worden waren. Die FNC hatte sich damit dezidiert von der republikanischen Opposition separiert und einen Weg eingeschlagen, der sie unweigerlich in die gleiche Isolierung wie vor 1914 führen mußte.

Infolgedessen begingen die meisten UC ihren ersten Jahrestag im Winter 1925 mit großen Feierlichkeiten, bei denen stets die Revision aller Laizitätsgesetze, also auch der Kirchentrennung, gefordert wurde. Sie überschritten damit den Kompromiß, der von den ralliierten Katholiken 1919 akzeptiert worden war. Diese Selbstreduktion auf die *défense-religieuse*-Strategie und den Fundamentalkatholizismus führte zu einer klaren Trennung der FNC von den Kampagnen der LRN, und Polizeiberichte sprachen bereits von erneuten Versuchen, einen *„parti catholique"* ähnlich dem deutschen Zentrum zu gründen, der alle katholischen Elemente, auch die nicht-republikanischen, eingeschlossen hätte[204]. Die FNC war damit auf dem besten Weg, ein konservativ-katholisches Lager mit eigener Subkultur und Substruktur zu revitalisieren, wie es vor dem Ersten Weltkrieg bestanden hatte. Es kann daher kein Zweifel bestehen, daß sich im Lauf des Jahres 1926 die Rivalität zwischen den beiden Ligen zugespitzt hätte und die weltanschaulichen Gräben voll aufgerissen wären, wenn es nicht auf Seiten der FNC zu einer gewichtigen Wandlung gekommen wäre. Im katholischen Lager kam nämlich zu eben dieser Zeit ein „Selbstreinigungsprozeß" zu seinem Ende, weil die neomonarchistisch-nationalistische *Action Française* aus der Gemeinde des Katholizismus ausgeschlossen wurde und dem katholischen Lager damit den Makel der Gegenrevolution nahm. Dank der hervorragenden Arbeit von Jacques Prévotat[205] ist

---

[202] Zitiert nach Weber, Action Française, S. 182. So berichtet auch Isaac, Eintrag vom 23.3.1925, Carnets, S. 392. Auch für ihn selbst ist es „une manifestation des intégristes contre les modérés".

[203] Polizeibericht vom 3.12.1925, in: APP, BA 1905.

[204] Bericht vom 10.8.1925: „Si les catholiques avaient aujourd'hui un chef de large envergure, on peut dire qu'ils se seraient trouvés d'accord pour renouveler la tentative de création d'un parti catholique, une sorte de centre catholique allemand, qui rencontrerait toutefois bien des difficultés intérieurs dans sa formation, étant donné les vues politiques différentes des catholiques républicains libéraux et du petit nombre toujours irreductible des catholiques rigides." Auch die *Ligue dauphinoise d'action catholique* hat sich am 11.10.1925 für einen *parti catholique* ausgesprochen, beide Berichte in: AN, F/7 12968.

[205] Prévotat, Condamnation, S. 291ff.

man nun gut über Beweggründe und Verlauf dieses Prozesses informiert, der sich an einigen Stellen bereits 1925 angekündigt hatte und der in der Verurteilung der AF durch Papst Pius XI. 1926 gipfelte.

Hintergrund dieser Entwicklung war ein langatmiger Transformationsprozeß der katholischen Kirche in der modernen Gesellschaft, in dem sie zögerlich, aber immer klarer die dem liberalen Denken inhärente Trennung von *Temporalia* und *Spiritualia* akzeptierte[206]. Dies bedeutete im französischen Fall, daß sich der Katholizismus immer mehr als gesellschaftlich-spirituelle und immer weniger als politisch-ideologische Kraft verstand. Monarchistische Katholiken, die die katholische Basis für ihre politischen Pläne mobilisieren wollten, gerieten daher in den Verdacht der Instrumentalisierung des Katholizismus für eigennützige Zwecke, zumal wenn wie bei der AF deren Führer als Agnostiker und Neuheiden bekannt waren[207]. Im Zuge der Auseinandersetzungen zwischen kommunistischen und „faschistischen" Gruppierungen in Paris 1924/5[208] kam der AF eine immer wichtigere Rolle zu, und die Frage nach ihrer Stellung innerhalb des katholischen Lagers wurde virulent. Dies führte zu einer langsamen Zuspitzung des Konflikts zwischen *ralliierten* und monarchistischen Katholiken, der das katholische Lager in zwei Nachwahlen 1925 und 1926 heftig erschütterte. Im ersten Fall ging es um die Kandidatur von Léon Daudet als Nachfolger des verstorbenen Royalisten Jules Délahaye im bretonischen Departement Maine-et-Loire. Obwohl Daudet von der dortigen UC und den großen katholischen Blättern *La Croix* und *L'Echo de Paris* unterstützt wurde, ergriff der christlich-demokratisch orientierte Generalsekretär der FNC, Ernest Pezet, Partei für den republikanischen Katholiken und Gegner Daudets, Manceau, der schließlich auch gewählt wurde[209]. Die folgende Polemik der AF gegen Pezet war heftig und bitter, und als Pezet selbst in einer Nachwahl in der Marne 1926 für die *Alliance Républicaine* um Bertrand de Mun antrat, zögerte die AF nicht, die Katholiken gegen Pezet zu mobilisieren und mit einer *„politique du pire"* den Kandidaten des Linkskartells wählen zu lassen[210].

---

[206] Die geistesgeschichtliche Analyse dieses Prozesses bei Sutton, Charles Maurras et les catholiques français, S. 120ff, Fouilloux, Une Eglise en quête de liberté, S. 59–62, und Chenaux, Entre Maurras et Maritain.

[207] Dieser gegen Charles Maurras und Léon Daudet schon 1911 vorgetragene Vorwurf spielte eine wesentliche Rolle in der bischöflichen und päpstlichen Argumentation bei der Verurteilung.

[208] Bei bürgerkriegsähnlichen politischen Zuständen waren mehrere Tote zu beklagen gewesen, z. B. in der Rue Damrémont. Vgl. Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 287.

[209] Vgl. das Dossier über die Wahlen in Maine-et-Loire mit einem Protestbrief der UC für Daudet und gegen Manceau, in: AFNSP, PE 3. De Castelnau war eher Manceau gewogen, wollte aber Neutralität in diesem Fall wahren. Der Wahlkampf ist aus dem Nachlaß des Generals nachgezeichnet bei Bonafoux-Verax, Fédération, S. 277ff. Es scheint aber, daß nicht nur Pezet, sondern fast die gesamte FNC-Führung erfreut über die Niederlage des Royalisten Daudet gewesen ist.

[210] Die AF hatte gegen den „Freimaurer Pezet" ein Faltblatt mit einer Auflage von 100000 Stück aufgelegt, obwohl Pezet von Bischof Tissier und der *Croix de la Marne* unterstützt wurde. Vgl. den Brief der UC de Reims von de Bruignac an Pezet vom 29. 3. 1926, und Kopie eines Briefes de Castelnaus an Bertrand de Mun vom 6. 4. 1926, in: AFNSP, PE 2.

Damit hatte sich genau das ereignet, was de Castelnau stets befürchtet hatte, nämlich daß die FNC durch den Eintritt in die Politik vor dem inneren Bruch stand, symbolisiert durch die Auseinandersetzung ihres Generalsekretärs Pezet mit den Monarchisten der AF.

Da der integrale Nationalismus der AF schon länger Unbehagen bei Papst Pius XI. hervorgerufen hatte, war für diesen nun die Gelegenheit günstig, auch den intransigenten französischen Episkopat, der seither die Bindung zur AF gewahrt hatte, von einer Zurechtweisung der AF zu überzeugen. Deren Agitation und auch deren neuartige Organisationsformen, die sich der FNC und der bischöflichen Hierarchie nicht unterwarfen, drohten das katholische Lager aufzuspalten und die *défense-religieuse*-Strategie zu konterkarieren[211]. Deshalb schritten im Winter 1926 zuerst der für seinen Fundamentalkatholizismus bekannte Erzbischof Andrieu von Bordeaux und schließlich der Papst selbst zur Verurteilung der AF[212]. Als bedeutend für die FNC und das katholische Lager erwies sich dabei, daß Maurras und andere in einer *non-possumus*-Erklärung die Forderung zum Rückzug aus der Politik verweigerten und damit ihre Abspaltung vom katholischen Lager besiegelten. Umgekehrt zögerten viele Sympathisanten der AF, deren Weg in den Bann zu folgen und sich außerhalb des Konsenses des katholischen Lagers und der päpstlichen Direktive zu begeben. Damit wurde dieses Lager zwar nicht automatisch „republikanisch" im Sinne einer laizistisch-liberalen Republik, es hatte aber eine deutliche Demarkationslinie zu den Monarchisten der extremen Rechten gezogen und die Legalität des republikanischen Staates offen bekundet, anders als das konservativ-katholische Lager vor 1914[213].

Die Kampagne der FNC hatte dagegen trotz der internen Schwierigkeiten während des Jahres 1926 kaum gelitten, im Gegenteil, die Versammlungen erreichten neue Rekordzahlen: 100000 Teilnehmer in Landernau (28. Februar), 80000 in Nancy (5. April), 75000 in Lille (30. Mai) und 30000 in Bordeaux (11. Juli)[214].

---

[211] Brief de Castelnaus an Pezet vom 31. 8. 1926: „Je me dresserai toujours contre les Matadas qui affirment urbi et orbi leur volonté de s'emparer du pouvoir par la force". AFNSP, PE2. In einem Manifest *La FNC au dessus des partis* heißt es: „L'avenir de l'Eglise de France est en jeu [...] l'élection recente du Maine-et-Loire a montré l'écueil où peut se briser l'union si l'esprit politique continue de primer chez les catholiques de France l'esprit religieux et chrétien." Die päpstliche Intention, die FNC zu stärken, geht aus den Papieren des Botschafters Doulcet hervor, vgl. Soutou, La condamnation de l'AF, S. 460ff.

[212] Die wichtigsten Etappen: 26. 8. 1926 Warnung der Katholiken durch den Kardinal Andrieu vor Mitgliedschaft bei der AF; 5. 9. 1926 Papst bestätigt Andrieu in einem Brief; 29. 12. 1926 erscheint das Dekret von 1914, das sieben Bücher von Maurras und die Zeitung AF auf den Index setzte; 8. 3. 1927 Vatikan kündigt Sanktion gegen Katholiken an, die sich der päpstlichen Direktive nicht beugen. Einzelheiten bei Prévotat, Condamnation, S. 296ff., und Weber, Action Française, S. 250–271.

[213] Vgl. zwei Briefe des intransigenten Abgeordneten Le Cour Grandmaison an Guiraud, wo selbst dieser fordert, daß sich die FNC unbedingt ihrer politischen Elemente entkleiden müsse, um nicht wie die AF in die Schußlinie zu geraten. Briefe vom 18. 11. und 8. 12. 1926, in: AN 362, AP 149. Typisch auch der Triumph des liberalen Katholiken Isaac, daß nun auch die konservativ-katholische Bourgeoisie von Lyon und der Erzbischof endlich aufhörten, auf Maurras und Daudet zu hören, und die Republik als legale Staatsform anerkannten. Eintrag Isaac vom 12. 12. 1926 und 9. 1. 1927, Carnets, S. 438 u. 442.

[214] Aufstellung Ende 1927, in: AN, F/7 13219.

Auch nach dem Ende des Linkskartells und dem Beginn der Regierung der *Union Nationale* Poincarés bewahrte der Katholizismus also ein hohes Maß an Konsistenz und Organisation, über 2,5 Millionen Mitglieder waren dauerhaft in das katholische Lager eingebunden. Auch 1927 und 1928 setzte die FNC ihre Konferenzserien mit anhaltendem Erfolg fort[215]. Damit zeigte sie, daß ihre Mobilisierung nicht nur defensiv, gegen etwas, erfolgt war, sondern daß sie auch ein positives Programm hatte, das auf dem Boden der Legalität bestimmte Gesetze der Republik abschaffen bzw. verändern wollte[216]. Der systemüberwindende Zug, der dem konservativ-katholischen Lager der Vorkriegszeit innegewohnt hatte, war also verschwunden. Die Redner der FNC, die wie Xavier Vallat der AF nahestanden und dem *non possumus* zunächst gefolgt waren, trafen auf zunehmende Kritik der Bischöfe bei den UC und kamen immer weniger bei den Konferenzen zum Einsatz; selbst ein liberaler Katholik wie Georges Pernot blieb in seiner Heimatstadt Besançon einer Veranstaltung fern, die Vallat zum Thema RPS organisierte[217].

Zusammenfassend kann man feststellen, daß als Reaktion auf die antiklerikalen Ankündigungen des Linkskartells 1924 mit der FNC eine schlagkräftige katholische Bewegung in Frankreich entstanden war, die die Tradition des katholischen Lagers und der Volksaktion von vor 1914 wieder aufleben ließ. Das besondere war, daß nicht nur im Elsaß, wo die Konfessionalisierung schon lange einen milieuhaft verankerten Vereinskatholizismus generiert hatte, sondern in ganz Frankreich die Entwicklung dieser Strukturen rapide zunahm. Bis in kleinste Dörfer hinein verschränkten sich so lokale katholische Subgesellschaft und nationale Interessenorganisation. Um die zunächst intendierte Allianz mit der national-republikanischen LRN nicht zu gefährden, trat die FNC mit einem negativen Programm der *défense religieuse* an. Der überwältigende Erfolg und die enge Verstrickung der FNC mit dem mehrheitlich intransigenten Episkopat führten 1925 und 1926 jedoch dazu, daß man die Allianz mit der LRN auflöste und ein eigenes positives Programm – Aufhebung der staatlichen Laizität – formulierte. Dies war ein Schritt rückwärts, hinter das Programm der liberalen Laizität, dem viele Katholiken 1919 zugestimmt hatten: schon waren Züge einer katholischen Partei mit eigenen Vertretern zu erkennen, und der Konsens mit den konservativen Republikanern schien gefährdet. Erst der Ausschluß des neomonarchistischen Flügels um die AF aus dem katholischen Lager verhinderte dessen Abdriften in eine Sondergesellschaft mit antirepublikanischer Tendenz und brachte die FNC 1926/27 wieder auf einen mittleren Kurs, der freilich immer noch die Laizität ablehnte, jedoch nur legale politische Mittel im Rahmen der republikanischen Verfassung anwen-

---

[215] Vgl. die Berichte in: AN, F/7 13223 und F/7 12969.

[216] Polizeibericht vom März 1927, in: AN, F/7 13219: „Tendre exclusivement à réformer la législation anticléricale sans discuter la valeur des institutions politiques ou le cadre organique du régime établie."

[217] Vgl. den Bericht über die empörte *UC de Lille* angesichts der Anwesenheit des Monarchisten Vallat vom 15.7.1927, in: AN, F/7 13223, und für Pernots Fernbleiben vgl. *Dépêche Républicaine* vom 29.4.1926. Vallat trat in den 1930er Jahren in die FR ein und wurde unter Pétain Generalkommissar für Judenfragen, vgl. Joly, Xavier Vallat, und weitere Beispiele bei Gras, Castelnau, S. 402.

den wollte[218]. Am Ende der Mobilisierungsphase 1927/8 stand also ein gut organisiertes katholisches Lager, das sich von den Monarchisten getrennt hatte, aber politisch nur diejenigen Kandidaten unterstützen wollte, die seinem Kampf gegen die Laizität entgegenzukommen versprachen. Anders als die LRN hatte die FNC eine innere Kohäsion über die Jahre erhalten können und stellte einen der wichtigsten Verbände im bürgerlich-nationalen Lager Frankreichs dar.

Außerparlamentarische Mobilisierung II: Die Gründungskampagne der FR 1925–1927

Die Übernahme der LRN-Verbände und die Parteierneuerung durch Louis Marin

Die Veränderung der politischen und vorpolitischen Organisation der bürgerlich-nationalen Schichten, die soeben geschildert wurde, konnte nicht ohne Auswirkungen auf eine Partei wie die FR bleiben. Da sie sich seit 1923 als Pendant zur liberal-konservativen ERD im Parlament zu entwickeln begonnen hatte und bei den Wahlen 1924 mit dem Anspruch angetreten war, alle *républicains nationaux*, d.h. *Progressisten* und Katholiken, zu vertreten, mußte die Mobilisierungskampagne von LRN und FNC genau jene Klientel erfassen, die eigentlich die potentielle Basis der FR ausmachte. Wir hatten bereits gesehen, daß die französischen Parteien rechts der Sozialisten ohne eine stringente Angliederung von Lokalverbänden sowie innerparteilichen Instanzen und Hierarchien ausgekommen waren. Bemühungen, in den einzelnen Departements Lokalverbände im Anschluß an die Listengemeinschaften von 1919 zu etablieren, waren nur hie und da erfolgreich, z.B. die *Union Nationale Républicaine* in der Vendée oder die *Fédération républicaine et sociale du Massif Central,* und stellten daher für den FR-Vorsitzenden Isaac im Juni 1924 noch ein Desiderat dar[219]. Die Mobilisierungskampagne von FNC und LRN füllte nun dieses Vakuum und beeinträchtigte notwendigerweise Überlegungen der FR zum Aufbau einer eigenen vertikalen Parteistruktur. Aber auch ganz grundsätzlich mußte die FR als Verbund von Honoratioren und Abgeordneten fürchten, von der Welle der Mobilisierung hinweggefegt zu werden, da die außerparlamentarischen Ligen auf eine neue Art und Weise Mitglieder warben und banden, die der FR bis dato fremd war.

---

[218] Vallat unterwarf sich erst 1928 der päpstlichen Direktive und separierte sich von der AF. De Castelnau bewahrte während der Verurteilung der AF schweigsame Neutralität, scheint aber, alles in allem, nicht unglücklich über die päpstliche Entscheidung gewesen zu sein, die ihn und seinen legalen Kampf für die katholischen Interessen bestätigte, vgl. Bonafoux-Verax, Fédération, S. 282–299.

[219] Für die UNR der Vendée vgl. Fédération vendéenne d'Union Nationale Républicaine. Notice historique et compte-rendu de l'assemblée générale du 22. Juillet 1923, für die FRS-Geschichte vgl. den Brief Bardoux' an Millerand vom 19.5.1925, in: AN 470, AP 88, und den Brief Bardoux' an Madelin vom 29.1.1926, in dem er betont, daß die Organisation der „opposition républicaine" im Zentralmassiv kurz vor dem Abschluß steht, in: AN 355, AP 1. Isaac beschloß im Juni 1924, über die Regionalpresse und die Abgeordneten in allen Departements Lokalvereine zu gründen. Vgl. Brief Isaacs an Marin vom Juni 1924, in: AN 317, AP 75.

Im ersten Jahr der Kartellregierung stand daher die FR auch ganz im Schatten der beiden großen Ligen, vor allem der LRN. Departementalverbände, die eigentlich zu Basisorganisationen der FR hätten werden sollen, traten komplett zur LRN über. Darunter fielen katholisch geprägte Verbände wie die *Union Nationale Républicaine* der Haute-Sâone gleichermaßen wie die eher laizistische *Alliance républicaine des Vosges*, eine Mischung aus FR und AD[220]. Fernand Motte, der Neffe des FR-Gründers Eugène Motte, sorgte sogar höchstpersönlich dafür, daß die *Entente Républicaine du Nord*, eine liberal-konservative Sammlung aus ALP und *Progressisten*, der LRN beitrat[221]. Der Eingliederung der Strukturen in die LRN folgte natürlich auch der Übertritt der Personen, der *militants*, aus den *progressistischen* oder katholischen Kreisen in die Departementalverbände der LRN. Da in den bürgerlichen Schichten und auf den Dörfern diese ohnehin nur spärlich zu finden waren, hatte sich die Basis für eine „Mitgliederpartei" modernen Zuschnitts bald der LRN zugewandt. Die vom Linkskartell ausgelöste Mobilisierungswelle konservativer Wähler und Aktivisten verlief also auf dem politischen Gebiet fast ausschließlich zugunsten der LRN und nicht der FR.

Obwohl dies keineswegs eine erfreuliche Entwicklung für die FR darstellte, folgte sie doch im Interesse der antikartellistischen Opposition der LRN und stellte nicht wenige Redner bei deren Kampagnen. Eine weitaus größere Gefahr entwickelte sich für die FR aber aus der Tatsache, daß sich mit der FNC die Herausbildung eines katholischen Lagers abzeichnete. Als konservativ-katholische Subgesellschaft mit politischen Repräsentanten hatte dieses vor 1914 bereits alle Bemühungen der *Progressisten* zunichtegemacht, die bürgerlich-nationalen Kräfte auf dem Boden der republikanischen Verfassung zu sammeln. Zu sehr waren die katholischen Abgeordneten der ALP mit der kirchlichen Hierarchie und dem Vereinskatholizismus verstrickt gewesen, als daß sie für „echte" Republikaner hätten gelten können. Die entscheidende Leistung der liberal-konservativen Sammlung nach dem Ersten Weltkrieg war es dann gerade gewesen, den politischen Katholizismus aus der klerikalen Klammer zu lösen und seine bürgerlich-nationalen Elemente in eine Allianz mit den rechten Republikanern einzubinden. Dafür hatten sich die katholischen Abgeordneten von der fundamentalkatholischen *défense-religieuse*-Strategie des Episkopats emanzipiert und zur Fortsetzung des innenpolitischen Burgfriedens eine liberale Laizitätsformel akzeptiert. Je mehr sich nun aber ab 1924 die FNC als unpolitischer bzw. vorpolitischer Verband der *défense-religieuse*-Strategie und der kirchlichen Hierarchie wieder annäherte, um so mehr mußte der innere Konsens der FR und ihres parlamentarischen Arms, der URD, auf dem Spiel stehen. Die Entwicklung eines katholischen Lagers, auch wenn es zunächst nicht politisch auftrat, mußte die Errungenschaften der ERD und der FR wieder in Frage stellen.

---

[220] Für die Haute-Saône vgl. den Brief von Gaston About an Millerand vom 14.1.1925, in: AN 470, AP 88, für die Vogesen vgl. *Le Républicain d'Épinal, Journal d'Union Républicaine Démocratique* vom 14.4.1928. Das katholische Akademie-Mitglied Henry Bordeaux hat 1919 die Mitgliedschaft in diesem Vogesenverband abgelehnt, weil er zu laizistisch war und nicht „le manifeste qui doit venir du horreur de la guerre" aufgenommen habe. Brief Bordeaux' an Madelin vom 3.5.1919, in: AN 355, AP 1.

[221] Notiz Brousses vom 31.12.1924, in: AN 470, AP 87.

Ob es eine konzertierte Strategie der FR gegenüber diesen Bedrohungen gegeben hat, ist unklar und im übrigen aus den uns erhaltenen Quellen nicht nachvollziehbar. Das erste Kampagnenjahr der LRN und FNC fiel jedoch zusammen mit einer Führungskrise innerhalb der FR, weil drei Vizepräsidenten kurz zuvor gestorben waren und der alternde Präsident Isaac zu schwach war, die Parteizentrale in Paris zu leiten[222]. Es liegt also nahe, daß innerparteiliche Probleme die FR derart lahm gelegt haben, daß sie eine eigene Antwort auf die neue Herausforderung nicht geben konnte. Andererseits kündigte sich im Frühjahr 1925 ein Führungswechsel an, der schließlich im Juli 1925 vollzogen wurde und der neuen Schwung in die Partei brachte: Der altgediente *Progressist* Louis Marin, der seit Juni 1924 Vorsitzender der URD im Parlament war, übernahm nach dem Rückzug Isaacs die FR mit dem Ziel, diese zu einem zeitgemäßen *parti des militants*, einer Mitgliederpartei, auszubauen[223]. Die Personalunion von Fraktions- und Parteivorsitzendem, ein absolutes Novum unter den bürgerlichen Fraktionen, demonstrierte den Ehrgeiz der neuen Parteiführung, Fraktion und Partei noch enger zu koppeln und aufeinander abzustimmen. Wahrscheinlich sah man darin sogar die einzige Lösung, bis zu den Wahlen 1928 eine Absorption der FR durch die LRN oder gar einen inneren Bruch zu verhindern[224].

Je mehr sich LRN und FNC nach der Erklärung der Erzbischöfe zur Laizität im März 1925 auseinanderzuentwickeln begannen, um so eklatanter wurden die unterschiedlichen Handlungsmuster der FR-Abgeordneten. Während der *progressistisch*-republikanische Flügel um Marin, Hervey oder Bonnefous regelmäßig bei Veranstaltungen der LRN auftrat, sprachen katholische FR-Abgeordnete wie de Monicault, Pernot oder Join-Lambert auf FNC-Veranstaltungen[225]. Im Vorstand der LRN wie der FNC fanden sich FR-Mitglieder, Marin und Hervey im ersten

---

222 Vgl. die Analyse bei Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 229f.

223 Gleichzeitig wurde mit Jean Guiter ein erst 28-jähriger schwer kriegsversehrter Veteran zum Generalsekretär berufen und mit Jean Baudouin ein Nicht-Abgeordneter Vertreter des Departementalverbandes Seine-Inférieure in den Vorstand gewählt, vgl. Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 231ff. Die friedliche Übergabe des Parteivorsitzes von Isaac an Marin in einem Brief von Guiter an Marin vom 21.1.1925, in: AN 317, AP 75. Zum Typus des *parti des militants* als Zwischenstufe vom *parti de cadres* zum *parti de masses* vgl. Le Béguec, République des avocats, S. 124. In der französischen Geschichtswissenschaft spricht man seit dem Standardwerk von Maurice Duverger, Les partis politiques, von dem *parti de cadres* und dem *parti de masses* (dort S. 84ff.), so z. B. Berstein, Les partis.

224 Das ehrgeizige Programm Marins zur Umstrukturierung der FR zeigt sich deutlich, wenn man es mit den lockeren Organisationsformen der *modérés* im *Bloc National* vergleicht. Noch 1924 hatte der deutsche Botschafter Hoesch darüber berichtet: „Derartige Parteien fehlen in Frankreich fast vollständig. Ihre Bildung steht mit dem auf individuelle Freiheit gerichteten, mehr auf persönliche Vorliebe und Abneigung als auf Massendisziplin abgestellten politischen Volkscharakter der Franzosen in grundsätzlichen Widerspruch. Parteien im britischen oder im deutschen Sinne bilden fast nur die Extreme." Bericht vom 19.4.1924, in: PA/AA R 70 697.

225 De Monicault vor der UC de l'Ain am 3.5.1926, Bericht in: AN, F/7 13219, Join-Lambert vor der UC de l'Eure am 5.1.1926, Bericht in: AN, F/7 13213, Pernot vor der UC du Doubs am 15.11.1925, Bericht in: AN, F/7 12968; weitere Beispiele sind die FR-Mitglieder Taittinger vor der UC Lozère und Bouteille vor der UC Oise am 19.6. und 22.6.1925, Berichte in: AN, F/7 13213, sowie Henri Auriol vor der UC Toulouse am 19.4.1925, Bericht in: AN, F/7 12968.

Fall, Weydmann und Oberkirch im zweiten[226]. François de Wendel, der als Stahlindustrieller vor allem aus finanzpolitischen Gründen an einem Ende des Kartells interessiert war und nichts mehr als eine erneut ausbrechende religiöse Debatte befürchtete, hatte in weiser Voraussicht sogar davor gewarnt, eine Ausbreitung der katholischen Demonstrationen von Elsaß-Lothringen auf ganz Frankreich zu fördern. Die damit wieder entzündeten religiösen Diskussionen würden nur schaden und den intransigenten Flügel der Katholiken stärken[227]. Da dies spätestens mit der Erklärung der Kardinäle im März 1925 passiert war, schien es nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis die FR vor die Wahl zwischen der Linie der LRN oder der der FNC gestellt werden würde. Die Gefahr lag für die FR nun nicht mehr nur im Verlust der Glaubwürdigkeit angesichts der unterschiedlichen Positionen, die beide Ligen vertraten, sondern in der Tat in einem Bruch entlang der weltanschaulichen Grenzen in ihrem Innern, die man längst überbrückt geglaubt hatte.

Wahrscheinlich haben erfahrene Politiker wie Marin diese Gefahr geahnt, zumindest läßt der eben zitierte Brief von de Wendel ein hohes Maß an Verständnis für politische Gefahren bei der FR-Führung erkennen. Der Fall der *Fédération Républicaine de la Seine (FRS)*, einem trotz Namensgleichheit mit der FR unabhängigem Verband aller bürgerlich-nationalen Gruppen in Paris, muß allen vor Augen gestanden haben[228]. Bereits Versuche Isaacs, diesen Verband der FR anzugliedern, waren gescheitert, da die bürgerlichen Kräfte in Paris zu heterogen waren und über diese Frage auseinandergebrochen wären[229]. Nachdem es bei den Wahlen 1924 zu Problemen zwischen den verschiedenen Gruppierungen gekommen war, übernahm im Sommer 1924 das ehemalige ALP-Mitglied Dufresne den Vorsitz der FRS und brachte diese auf eine katholische Linie[230]. Er stand dem Kurs der LRN abwartend gegenüber und näherte die FRS den katholischen Kreisen von Paris um Xavier de la Rochefoucauld an. Dieser wiederum versuchte die FRS an die ALP und die FNC anzugliedern und scheute auch vor einem Wahlkampf gegen die *républicains de gauche* in den Gemeinderatswahlen 1925 nicht zurück[231]. Wie wir aus einem späteren Protokolleintrag wissen, haben aus diesem

---

[226] Als Vertreter der *Ligue catholique d'Alsace* verkörperten die beiden letzteren den rechten Flügel der liberal-konservativen Sammlung.

[227] Brief an Marin vom 9.8.1924: „On semble se mettre à la remorque de ceux qui ont, dès l'armistice, voulu régénérer la France au point de vue religieux par l'Alsace-Lorraine, et ceci me paraît répondre beaucoup moins au sentiment populaire et ne devait avoir pour conséquence que de réveiller les passions religieuses dans le pays. Or, ceci c'est précisement la chose que nos adversaires désirent le plus parce qu'ils savent qu'il y a en France un vieux levain de gallicanisme, voltairianisme, appelez-le comme vous voudrez, qui fait que chaque fois que l'on surexcite ces passions cela leur a profité." In: AN 190, AQ 29.

[228] Ein glücklicher Zufall hat die Protokollbücher der Vorstandssitzungen der Partei für die Jahre 1922-1927 im Nachlaß Marin überdauern lassen, jetzt in: AN 317, AP 81.

[229] Eintrag vom 20.1.1923, ibidem, wo Isaac, Prévet, Bonnefous und Duval-Arnould als Delegierte bei der FRS in Paris auftraten.

[230] Listenprobleme gab es zwischen Chassaigne-Goyon und der FRS am 28.2.1924, Dufresne, Mitbegründer der *Union Nationale Républicaine*, kam erst am 26.6.1924 zur FRS, wurde aber bereits am 16.10.1924 zu deren Präsidenten gewählt. Vgl. die Einträge ibidem.

[231] Dufresne hatte am 11.12.1924 gesagt: „La Ligue Millerand ne donne pas toutes les satisfactions nécessaires", de la Rochefoucauld intervenierte am 5.2.1925 und am 6.3.1925, Einträge ibidem.

Grund die *Progressisten* um Rollet-Maine die FRS sogar verlassen und damit genau die Spaltung vollzogen, die die FR auf nationaler Ebene vermeiden mußte. In der einzigen organisierten konservativen Parteigruppierung in Paris hatten sich also *Progressisten* und Katholiken in der Hochphase der antikartellistischen Bewegung 1925 separiert. Die Gretchenfrage nach der inneren Orientierung und Kohärenz der FR als Partei aus rechtsliberalen und katholischen Kräften war damit offenkundig: Wenn es nicht gelang, in der größten Stadt Frankreichs, wo das sozialökonomische Klassenkriterium der „Bürgerlichkeit" angesichts eines mächtigen sozialistischen Stadtproletariats viel bedeutender war als weltanschauliche Differenzen, die Einheit einer liberal-konservativen Sammlung zu wahren, wie sollte dies auf dem Lande funktionieren, wo die soziale Ausdifferenzierung weit weniger fortgeschritten und das Gewicht der traditionellen politischen Kulturen viel größer war?

Den Weg aus dem Dilemma ebnete der neue Parteivorsitzende Louis Marin. Dessen erster und entscheidender Schachzug war es, von dem protestantischen Pfarrer Soulier ein religiöses Programm für die neue FR ausarbeiten zu lassen, das zwar nicht am Prinzip der Laizität rüttelte, jedoch die Revision der Gesetzgebung für die Kongregationen verlangte und damit deutlich auf die Position der FNC zuging. Ohne den republikanischen Boden zu verlassen, konnte die FR damit den von der LRN enttäuschten Katholiken ein akzeptables Angebot machen. Nicht zuletzt war Pastor Soulier auch der einzige republikanische FR-Abgeordnete, der sowohl für die LRN wie auch für die FNC auf Versammlungen sprach[232]. Marins zweiter Schachzug war es, die AD-Kräfte aus der LRN zurückzudrängen und die antikartellistische Propaganda durch die FR zu übernehmen. Grund dafür war eine Veränderung der politischen Rahmenbedingungen im Juli 1925, die zu einem Ende des eigentlichen Linkskartells aus Radikalen und Sozialisten geführt hatten. Der radikale, aber in finanziellen Belangen konservative Finanzminister Caillaux hatte die Haushaltskrise durch erneute Anleihen, nicht aber wie von den Sozialisten gefordert durch eine Kapitalsteuer bewältigen wollen und sein Projekt nur mit den Stimmen der bürgerlichen Opposition gegen seine eigene Mehrheit durchgesetzt[233]. Dieser Ruck zur Mitte veranlaßte viele *républicains de gauche*, den systematischen Oppositionskurs der LRN aufzugeben und diese auf eine opportunistische Linie zu bringen[234]. Die halbherzige Unterstützung der neuen Regierung Painlévé–Caillaux durch die linken Kräfte der LRN bot Marin, seit Juli 1925 neuer Vorsitzender der FR, die Gelegenheit, die antikartellistische Propagandakampagne selbst zu übernehmen und damit von der LRN auf die FR zu verlagern. Zwar hatte auch seine Gruppe für die *projets Caillaux* votiert, eine dauerhafte Unterstützung des „Verräters von 1917" kam für die URD jedoch nicht in Frage, anders

---

[232] So am 24.3.1926 mit Abbé Bergey in Amiens, Bericht in: AN, F/7 12968, und vor der LRN de l'Indre am 2.6.1926 mit Henri de Kerillis, Bericht in: AN, F/7 13213. Er wurde vor allem von den calvinistischen Protestanten des Midi dafür kritisiert, vgl. deren Zeitung *Evangile et Liberté* vom 2.12.1924.

[233] Für die Hintergründe vgl. Jeanneney, de Wendel, S. 258f.

[234] So der Bericht vom 5.8.1925, in: AN, F/7 12953. Sehr treffend ist hier der Zwischenruf Briands zu einer Rede des Linksrepublikaners Maurice Bokanowski, als dieser sagte „Nous voulon des actes": „vous ne voulez pas des actes, vous voulez des portefeuilles".

als für viele *républicains de gauche*[235]. Vielmehr gelang es Marin binnen eines Jahres, durch die Fortsetzung eines regierungskritischen Kurses, die „republikanisch-nationale" Opposition im Namen der FR zu monopolisieren[236].

Die Pläne Marins und des neuen Generalsekretärs Guiter sahen vor, die FR von einer Honoratiorenpartei zu einer Mitgliederpartei zu verändern, in der die Departementalverbände und die Parteitage eine größere Rolle spielen sollten: „Nous sommes décidés à nous organiser dans la France entière, et à mettre sur pied un ‚parti' digne de ce nom, qui sera seul susceptible de préparer le redressement nécessaire. Or, l'expérience nous prouve que, sans Fédérations Départementales actives et bien organisés, les soi-disant ‚Partis' de Paris ne sont que des Comités parlementaires sans action réelle."[237] Die Freiheit der einzelnen Abgeordneten, die bisher die FR als lose Sammlung gleichgesinnter *modérés* betrachtet hatten, sollte zugunsten eines programmatischen Konsenses aufgegeben werden, der den FR-Abgeordneten im Parlament eine gewisse Richtlinie vorgab. Bereits auf dem FR-Kongreß im März 1925 wurde diese Erneuerung verabschiedet, wobei vor allem die beiden Vertreter der stärksten Departementalverbände, Baudouin (*FR de la Seine-Inférieure*) und Peissel (*FR du Rhône*) eine entscheidende Rolle spielten[238]. Sie wollten die unberechenbare Unabhängigkeit der Abgeordneten beenden und diese stärker an die programmatischen Beschlüsse der Basis und der Parteitage binden. Gleichzeitig veränderte sich auch die Präsenz der FR in der Presse. Ab Juni 1925 erfolgte die zweiwöchentliche und bald wöchentliche Publikation einer eigenen Parteizeitung, der bereits erwähnten *La Nation*, die das Vakuum der FR in der Presselandschaft beendete und die als Sprachrohr der Gesamtpartei dienen sollte. Zudem startete ab Herbst 1925 die FR eine große Propagandakampagne, die zunächst unter dem Deckmantel der LRN stattfand, im Laufe des Winters aber immer mehr an Eigenständigkeit gewann. Bis zum Juli 1926 fanden im Namen der FR 88 Konferenzen statt, deren Hauptredner die *Progressisten* Louis Marin, Henri Rollet-Maine, Maurice Hervey und Georges Bonnefous, die Katholiken Poitou-Duplessy und Duval-Arnould sowie Pastor Soulier waren[239].

---

[235] Caillaux hatte bei den Meutereien der Truppen 1917 eine unklare Rolle gespielt und ein für die Nationalisten unerträgliches Maß an Konzilianz gegenüber diesen gezeigt. Er war daraufhin vom obersten Gericht zu 3 Jahren Haft und 5 Jahren Exil verurteilt worden.

[236] Jules Méline, der alte Führer der Vorkriegs*progressisten*, hat Marin daher am 15. Juni 1925 als „un vrai Général" bezeichnet, nachdem er ihn schon fünf Jahre (29. 5. 1920) zuvor als „le meilleur des amis et couronnement de ma vie publique" gepriesen hatte. Zwei Briefe an Marin, in: BN, NAF, 14827 F52 und F53. Die Neuartigkeit der FR unter dem energischen Vorsitz Marins betont auch Le Béguec, Le parti, S. 53.

[237] Vgl. die Protokolle über die Kongresse 1925 und 1926 in: AN 317, AP 86. Das Zitat dieses Plans ist einem Brief Guiters an Madelin vom 7. 10. 1925 entnommen, in: AN 355, AP 4.

[238] Marin war auf diesem Kongreß noch nicht gewählter Präsident, vertrat aber den kranken Isaac im Vorsitz. Entscheidend waren der Bericht Baudoiuns über die Departementorganisation und die Einigung Marins mit Perret auf eine gemeinsames Vorgehen auf regionaler Basis, vgl. das Protokoll in: AN 317, AP 86.

[239] Vgl. Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 259. Die Ausgaben der FR stiegen von 13791 Francs im Oktober 1925 auf 80762 im März 1926, vgl. Brief Guiters an Marin vom 14. 5. 1926, in: AN 317, AP 75.

Die organisatorische Erneuerung und das konzertierte Auftreten der FR-Redner ermöglichte es ihnen, im ganzen Land die existierenden LRN-Verbände zu unterwandern und für sich zu gewinnen[240]. Je mehr sich die Redner der AD aus der LRN zurückzogen, um so mehr drängten die FR-Aktivisten nach und stellten bis zum Frühjahr 1926 bei weitem die Mehrzahl der Redner auf LRN-Veranstaltungen[241]. Die wenigen verbliebenen AD-Mitglieder der LRN wie Brousse, Reynaud oder Reibel waren oft nicht verfügbar[242], und so konnte die LRN nur tatenlos zusehen, wie ihre Verbände langsam in das Gravitationsfeld der FR gerieten. Viele Sektionen der LRN, die im Winter 1925/26 ihr einjähriges Bestehen feierten, erweiterten ihren Namen von „LRN" zu „LRN et FR" des jeweiligen Departements und drückten somit ihre doppelte Zugehörigkeit aus[243]. Bereits im Oktober 1925 hatte Guiter daher die Losung ausgegeben: „Si la LRN vit, nous appuyons ses efforts dans toute la mésure de nos moyens; si elle meurt, nous recueillons ses troupes pour continuer l'action qu'elle avait entreprise."[244] Die FR-Redner profitierten dabei von einer wachsenden Unzufriedenheit der bürgerlichen Schichten angesichts der steigenden Inflation, die den *Franc* auf ein Fünftel seines Vorkriegswertes reduziert hatte. Da die LRN ihre unentschiedene Haltung gegenüber den Finanzprojekten der neuen Regierung Briand fortsetzte[245], gelang es der FR ab Februar 1926, immer mehr LRN-Sektionen zu sich zu ziehen und die unzufriedenen besitzenden Schichten anzusprechen. Marin und die FR-Finanzexperten de Lasteyrie und François-Marsal stellten stets das finanzpolitische Thema in den Mittelpunkt ihrer Kampagnen und priesen die Rückkehr zu einer *orthodoxie libérale* ohne Steuererhöhungen, die allein Stabilität und ein hohes Niveau des *Franc* garantieren könne[246]. Sie konnten sich damit als einzige bürgerlich-nationale Op-

---

[240] So war im übrigen wohl der parteiinterne Plan, vgl. den Anm. 237 zitierten Brief Guiters an Madelin: „Dans ces conditions, et en raison de l'effacement croissant d'une organisation dont nous attendions bien davantage (LRN), le devoir de notre FR est d'entrer en relations, dès à présent, avec les Sections et adhérérents de la LRN dans le pays tout entier."

[241] Die Kampagne kann in AN, F/7 13237 verfolgt werden. Die unterschiedlichen Polizeiberichte sind uneins, ob es sich um eine LRN- oder FR-Kampagne handelt, was die langsame Durchdringung des einen durch den anderen beweist. Wichtig auch das Bekenntnis de Warrens: „Chaque période a ses théories et ses manières. Notre période est aux groupements, aussi bien sur les terrains économique, social, politique." Brief an Marin vom 16.12.1927, in: AN 317, AP 183.

[242] So kann Brousse trotz Bitten der Sektion von Nizza kein AD-Mitglied mit Bonnefous zur dortigen LRN schicken und muß die eher linke Sektion bitten, Bonnefous als alleinigen Repräsentanten der LRN zu betrachten. Notiz vom 10.11.1925, in: AN 470, AP 87. Das AD-Mitglied Yves Le Troquer war am 4.11.1925 sogar aus der LRN ausgetreten.

[243] So z.B. in Amiens am 20.5.1926, wo sich die *LRN de la Somme* in *LRN et FR de la Somme* umbenannte, am 7.6.1926 in Orléans (*LRN d'Orléans* in *LRN et FR d'Orléans*), beide Berichte in: AN, F/7 13237. Am 2.6.1926 erfolgte der gleiche Vorgang in Issoudun (*LRN de l'Indre* in *LRN et FR de l'Indre*), Bericht in: AN, F/7 13213 .

[244] In dem oben Anm. 237 zitierten Brief an Madelin vom 7.10.1925.

[245] Dies wurde gerade von den orthodox-liberalen FR-Mitgliedern in der LRN wie Jacques Bardoux kritisiert, vgl. Notiz Brousses vom 16.2.1926, in: AN 470, AP 87, und der Artikel von Alabet in *Mémorial de la Loire* vom 15.2.1926.

[246] So schrieb der Präsident Carlier der LRN de Melun, der Generalsekretär der LRN du Tarn-et-Garonne sowie der LRN de l'Haute-Vienne, daß ihre Sektionen der FR beitre-

positionspartei etablieren, die ihr wirtschaftsliberales Programm nicht dem Kompromiß mit den Radikalsozialisten zu opfern bereit war.

Die FR hatte sich also aus der eingekeilten Lage – zwischen LRN und FNC – von 1924 und 1925 befreit und die auf Grund interner Schwierigkeiten zerfallende LRN systematisch unterwandert[247]. Durch ein festes Programm und ein konzertiertes Vorgehen konnten die LRN-Sektionen, die in einem politischen Vakuum trieben, an die FR gebunden und ihre Strukturen übernommen werden. Auch wenn dies nicht überall im Land gelang, weil lokale Besonderheiten im Wege standen[248], so war es doch die Regel[249], zumal die FR im Sommer 1926 auch noch die Regionaldelegierten der LRN wie Villeneau oder Saint-Yves übernommen hatte und als eigene Regionaldelegierte installierte. Weitere Beitritte von Departementalsektionen folgten, und bis 1928 hatte sich die Zahl der departementalen Mitgliedsverbände der FR von 28 auf über 50 erhöht[250]. Als Gründe für den Erfolg der FR wurden bisher der innere Zerfall der LRN, das energische und konzertierte Auftreten der FR unter der Führung von Marin und Guiter sowie die orthodox-liberalen wirtschaftspolitischen Forderungen der FR in der Inflationszeit herausgearbeitet. Das „bürgerliche" Motivationselement war es jedoch nicht allein, das der FR zum Durchbruch verhalf. Vielmehr ist in der Ausarbeitung des oben besprochenen religiösen Programms ein weiterer wichtiger Grund dafür zu sehen, daß die FR, anders als die LRN, ihre Attraktivität für die Katholiken nicht verlor und damit diejenigen katholischen Gruppen wieder einbinden konnte, die der LRN nach den bischöflichen Verboten 1925 ferngeblieben waren. Die Forderung nach einer liberalen Laizität, die die Kirchentrennung nicht antastete, aber die Kongregationsgesetzgebung aufzuheben versprach, mußte für viele Katholiken und die kirchliche Hierarchie weitaus akzeptabler sein als das Programm der LRN, das keine legislativen Änderungen der *lois laïques* vorsah.

Gerade in den Gebieten mit hoher katholischer Frömmigkeit war die LRN in große Bedrängnis geraten, wenn die kirchliche Hierarchie ihr Laizitätsprinzip nicht tolerierte. Da dort die Jugendverbände des Katholizismus oftmals die Fußtruppen der LRN gestellt hatten, verfiel sie nach deren Rückzug in ein politisches Koma. Erst die Übernahme der betroffenen Sektionen durch die FR und das Auftreten dezidiert katholischer Abgeordneter belebte die Verbände wieder und führte sie in der Regel in die Mitgliedschaft der FR[251]. Auch als Millerand auf dem

---

ten werden, wenn die URD in Zukunft die Finanzprojekte der Regierung ablehne, alle drei Briefe vom 3.3.1926, in: AN 317, AP 73.

247 Die von Berstein, La Ligue, S. 63, geäußerte Meinung, die LRN sei 1926 verschwunden, stimmt somit nicht. Sie ging, zumindest in Teilen, in die Basisverbände der FR über.

248 So z. B. in Toulon oder Marseille, wo die LRN weiterhin alle politischen Nuancen rechts der Mitte gruppierte. Bericht vom Oktober 1926, in: AN, F/7 13237.

249 Ein Brief Guiters an Marin vom 20.8.1926 spricht von einer Briefaktion, die die Übernahme durch die FR beschleunigen sollte. Dafür wurden alle LRN-Sektionen „à titre confidentiel" angeschrieben, in: AN 317, AP 71.

250 Vgl. die Diskussion der oft zweifelhaften Angaben von Guiter bei Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 382.

251 Ein Beispiel ist die *LRN de l'Ardèche*, die am 16.3.1926 durch Bonnefous und Duval-Arnould und durch *groupes de Jeunesse catholique* reanimiert wurde, Bericht in: AN, F/7 13237.

letzten großen Treffen der LRN in Paris im November 1926 die Laizitätsfrage bewußt ausgespart hatte, waren die Fronten zwischen LRN und dem Katholizismus bereits zu verhärtet, als daß es noch zu einer Versöhnung hätte kommen können[252]. Die LRN blutete weiter aus und die FR absorbierte ihre Strukturen, nicht zuletzt auf Grund ihres religiösen Programms[253].

Im Verlauf der Jahre 1925–1927 hatte die FR, gewissermaßen als liberal-konservative Parteineugründung, also den Schritt von einem lockeren Abgeordnetenverband zu einer programmorientierten Mitgliederpartei vollzogen. Sie stellte innerparteiliche Kommissionen auf, gliederte departementale Verbände an und publizierte eine eigene Parteizeitung. Das honoratiorenpolitische Element, das die *modérés*, wie im ersten Kapitel dargestellt wurde, charakterisiert hatte, trat in den Hintergrund und machte einer neuen Parteistruktur Platz. Ein deutliches Indiz für die Verwandlung der Partei ist die Tatsache, daß die Vorsitzenden der Departementverbände, die nicht zugleich Abgeordnete waren, in die Führungsränge der Partei und den *Conseil national* aufrückten[254]. Zwei von ihnen, Peissel und Baudouin, wirkten als Vizepräsidenten sogar unmittelbar im Exekutivorgan der FR, dem *Conseil Directeur*, mit. Beim Aufbau einer im Land verwurzelten politischen Basis profitierte die FR ferner von einer außerparlamentarischen Mobilisierung der bürgerlich-nationalen Schichten gegen das Linkskartell. Ihr gelang es, das Sammelbecken der LRN zu übernehmen, da diese als große Parteienkoalition über taktisches Verhalten und die religiöse Frage zerbrochen war und sich langsam auflöste. Dank ihres religiösen Programms konnte die FR den Rückzug der Katholiken aus den LRN-Verbänden stoppen und diese in ihre eigene Struktur eingliedern. Deshalb ist die Zahl der Mitglieder, die William D. Irvine auf etwa 10000 geschätzt hat, deutlich nach oben zu korrigieren[255]. Wenngleich auch nicht alle 300000 Aktivisten der LRN übernommen werden konnten, so dürfte ihre Zahl doch zwischen 150000–200000 gelegen haben, vor allem nach dem Beitritt der personell sehr starken *URP de Gironde* und der *Fédération républicaine et sociale du Plateau Central*[256].

---

252 Ein Polizeibericht zitiert aus den Vorstandskreisen der LRN: „Ça va fournir à notre droite et aux troupes de Castelnau une nouvelle occasion de tenir Millerand et nous pour suspects." Bericht vom 27.11.1927, in: AN, F/7 13237.

253 Vgl. den Polizeibericht vom 21.6.1926 über eine Vorstandssitzung der LRN, auf der gesagt worden ist: „La LRN est à la veille de s'éffondrer." In: AN, F/7 13237.

254 Waren 1924 nur sieben der 99 Mitglieder des *Conseil national* Vorsitzende von Departementverbänden gewesen, so stieg ihre Zahl auf 62 von 194 Mitgliedern 1929, vgl. Irvine, French Conservatism in Crisis, S. 29.

255 Die Schätzung von Irvine, French Conservatism in Crisis, S. 37, basiert auf der Auflage der Parteizeitung *La Nation*, die bei knapp 12000 lag. Diese Interpretation ist allerdings sehr problematisch, da die umfangreiche Parteizeitung vermutlich nur von den lokalen Vorsitzenden der FR-Verbände gelesen wurde, keineswegs von jedem *militant*. Wenn man sich allein die UNR du Doubs betrachtet, verfügte diese über 2–3000 Mitglieder in den 1920er Jahren. Von diesen Verbänden verfügte die FR sicher über 43 (1925), was ebenfalls eine weitaus höhere Mitgliederzahl nahelegt.

256 Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 380ff., schätzt die Zahl zu Recht auf etwa 180000. Die FR selbst schrieb sich in *La Nation* vom 15.10.1925 ebenso viele Mitglieder wie die Sozialisten, ungefähr 100000, zu.

Die Aktions- und Organisationsformen der parlamentarischen Rechten in Frankreich hatten sich also ab 1925 grundlegend verändert, aus der lockeren Honoratiorenpartei FR war eine bürgerliche Mitgliederpartei, ein *parti des militants*, geworden. Sie war nicht nur im Wahlkampf aktiv, sondern verfügte über ein ständiges Büro in der *Rue de Varenne*, das als Presse- und Dokumentationszentrum diente, die Arbeit der Partei und Fraktion zu koordinieren versuchte und immerhin acht festangestellte Bedienstete 1928 bezahlte[257]. Gleichwohl ist festzuhalten, das auf dem wichtigen Gebiet der Interessenintegration und -artikulation die FR auf halbem Weg zwischen Honoratiorenpartei und Mitgliederpartei stehen blieb: Dies betraf vor allem die Form der Entscheidungsfindung und der Umsetzung des Parteiprogramms. Auf den Parteitagen stellten die Abgeordneten und Senatoren weiterhin eine knappe Mehrheit vor den Delegierten der Departementverbände und gaben der FR fürderhin ein sehr parlamentslastiges Erscheinungsbild[258]. Vor allem wurde aber die Exekutive der Partei weiter von Parlamentariern kontrolliert und entschied oft allein über das Abstimmungsverhalten im Parlament. Wie das nächste Kapitel noch zeigen wird, kam es dabei vor allem zu Konflikten mit den zur Mitte tendierenden Abgeordneten der Partei wie Laurent Bonnevay, die der Tradition der *modérés* verpflichtet bleiben wollten und im Zweifelsfall auch gegen das Parteiprogramm und die Mehrzahl der Departementverbände zu stimmen bereit waren[259]. Diese Einschränkungen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Zuge der bürgerlich-nationalen und katholischen Mobilisierung gegen das Linkskartell mit der FR ab 1925 zum erstenmal eine durchorganisierte Partei aller liberal-konservativen Kräfte in Frankreich entstanden ist.

Die FR und das Problem des katholischen Lagers

Wir hatten bereits analysiert, daß eine wesentliche Vorraussetzung für die Stabilität der liberal-konservativen Sammlung ERD im Parlament die Auflösung des konservativ-katholischen Lagers als Sammelbecken des gesellschaftlichen und politischen Katholizismus gewesen war. Dieser Prozeß, der im Ersten Weltkrieg be-

---

[257] Die Finanzierung der Partei und des Wahlkampfes, immerhin 1,89 Millionen Francs 1928, wurde weiterhin nicht durch Mitgliedsbeiträge, die in der Regel zu 75% bei den Departementverbänden verblieben, sondern durch Spenden geleistet. Die Rolle des Stahlindustriellen de Wendel, der in Zusammenarbeit mit Ernest Billliet von der UIE die Spenden im bürgerlichen Lager sammelte, ist analysiert bei Jeanneney, de Wendel, S. 440–454.

[258] Als sich die FR über die Haltung in der Außenpolitik (Young-Plan, Rüstungskonferenz, Hoover-Moratorium) zunehmend zerstritt, beklagten gerade die intransigenten *militants* der Departementverbände, daß die Parlamentarier unabhängig von Programmen abstimmten und die Führung der Partei dominierten, mit Ausnahme Marins natürlich, vgl. Irvine, French Conservatism in Crisis, S. 31.

[259] Z. B. sorgte die doktrinär nationalistische Rede Marins zu den Locarno-Verträgen für Unruhe, da er diese Position mit Hilfe der Departementverbände der Partei aufoktroyieren wollte. Daraufhin kam es im Dezember 1925 zu einer Austrittswelle einzelner Mitglieder und 1926 zu einer heftigen Debatte mit dem Progressisten Bonnevay, der die Parteiführung Marins nicht akzeptierte. Die Austrittsbriefe von verschiedenen FR-Mitgliedern in: AN 317, AP 73. Eines der ausgetretenen Mitglieder, Villard (Mitglied seit 1904), schrieb in einem von zwei Briefen an Marin: „Je n'affirme pas la politique intransigeante que fait la Fédération depuis quelques mois." Für die Debatte zwischen Bonnevay und Marin, die im Austritt Bonnevays aus der FR gipfelte, siehe unten S. 446.

gonnen hatte und das sogenannte zweite *Ralliement* der Katholiken an die Republik in Gang setzte, erlaubte es katholischen Abgeordneten, gemeinsame Gruppen mit den Republikanern zu bilden, um dort ihre je spezifischen Interessen zu vertreten: bonapartistische Katholiken wie Taittinger oder Villeneau in bezug auf die Staatsreform, liberale Katholiken wie Denais oder Duval-Arnould in bezug auf ein sozialkonservatives Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Die Herausbildung der FNC als einer dezidiert katholischen Interessenvertretung und deren Tendenzen, das katholische Lager wiederzubeleben, mußte also FR/URD als Nachfolgerin der ERD parlamentarisch und außerparlamentarisch unter Druck setzen. Die katholische FNC als vorpolitischer Basisverband der Katholiken stellte in dieser Hinsicht eine Herausforderung, und gleichzeitig auch eine Chance für die FR dar. Entweder gelang es dieser, ihre gedeihenden Parteistrukturen an ein bestimmtes Sozialmilieu zu binden, eben das katholische, oder sie drohte, bei einem Konfliktfall mit diesem, einen Teil ihrer Wählerschaft dauerhaft zu verlieren.

Diese Problematik war auch in den Jahren des *Bloc National* 1919-1924 nur aufgehoben, aber nicht gelöst worden. Gerade in den einzelnen Departements war es nur in seltenen Fällen zur Verschmelzung von *progressistischen* Komitees mit der katholischen Substruktur gekommen, die Regel war vielmehr eine Parallelität der beiden. Solange sich der Vereinskatholizismus, der seine Aktivitäten ab 1921 ausweitete[260], auf das soziale und gesellschaftliche Feld beschränkte, mochte das Nebeneinander noch konfliktfrei bleiben; sobald er aber wieder begann, z. B. mit Hilfe einer ehrgeizigen katholischen Lokalpresse, politisch zu agieren und die weltanschauliche Komponente des Katholizismus herauszustellen, war der Rückfall in eine katholische Gegengesellschaft möglich. Als Beispiel sei auf Lothringen verwiesen, wo der *Progressist* Edouard de Warren Louis Marin vor der Revitalisierung einer ALP um die Zeitung *L'Eclair de l'Est* warnte. Dort hatte sich die alte ALP unter dem neuen Namen *Union républicaine* rekonstituiert und begonnen, mit katholischen Forderungen an die *progressistischen* Abgeordneten de Warren und Marin heranzutreten. Sie war dabei maßgeblich mit dem Aktivpol des lothringischen Vereinskatholizismus, Abbé Thouvenin, verbunden, und de Warren argwöhnte, daß ihre Vertreter für die nächsten Lokalwahlen eigene Vertreter aufstellten und die Aktivität des *progressistischen* Journals, des *Impartial de l'Est*, beeinträchtigten[261].

Eine Lösung dieses Problems war für die *Progressisten* nicht immer möglich, außer sie verfügten, wie im lothringischen Fall, über eine finanzielle Stütze. Um eine Konkurrenz der beiden Zeitungen *L'Eclair de l'Est* und *Impartial de l'Est* zu

---

260 Vgl. die Berichte für das Jahr 1922, in: AN, F/7 13214.

261 Brief de Warrens an Marin vom 12.7.1923: „Le Comité UR comprendra une vingtaine de membres choisis parmi les amis de l'Eclair, à l'exclusion des parlementaires [...] c'est, en somme, l'Action libérale reconstituée sous une autre forme. Elle représente une force qu'il faut regrouper [...]. Le comité est décidé à soutenir au fond nos quatre députés, en retour, et au cas où on serait amené – comme il le désire, je crois, à présenter une liste composée de 7 candidats du Bloc National il entend avoir [...] la destination des trois candidats nouveaux. Ceux-ci seraient sans doutes assez marqués à droite, genre chanoine Thouvenin [...]. C'est la campagne perfide et acharnée contre l'Impartial qui continue, et sous toutes les formes." In: AN 317, AP 168.

vermeiden, kaufte der *progressistische* Stahlindustrielle de Wendel kurzerhand erstere auf und installierte dort seine eigenen Leute. Eine Patentlösung für ganz Frankreich konnte dieses Vorgehen aber auf keinen Fall sein[262]. In den Wahlen 1924 kam es dank des angekündigten Linkskartells in den allermeisten Fällen zu keinen Problemen der FR mit einem auf Eigenständigkeit drängenden politischen Katholizismus: Während die Zahl der großen *Bloc-National*-Listen im Stil von 1919, die von den rechten Radikalen bis zu den *ralliierten* Katholiken reichten, weiter zurückging, etablierten sich immer mehr rein liberal-konservative Listen, die die Voraussetzung für die Entwicklung eines späteren liberal-konservativen Departementalverbandes bilden konnten. Dies war der Fall im Doubs, in der Charente[263] und in der burgundischen Côte-d'Or, über die wir durch den oben erwähnten Vortrag des *Progressisten* Nourrissat auf dem FR-Kongreß 1925 gut unterrichtet sind. Nach dem Verschwinden der ALP in seinem Departement 1924 hatte er einen großen „parti républicain conservateur" gegründet, dessen „armature" die Katholiken bildeten, der jedoch für alle ordnungsliebenden Elemente offen sei[264]. Da das Wort „conservateur" in Frankreich mißverständlich war und sehr oft Monarchisten damit bezeichnet wurden, stellte er sodann klar: „Nous ne rougissons pas de ce mot de conservateur [...] si par là on entend le parti qui veut résister au désordre sur le terrain républicain." Damit hatte Nourrissat genau das Ziel Marins umschrieben, eine nationalkonservative Ordnungspartei auf republikanischer Basis zu entwickeln, jenseits der Konfessionsgrenzen, aber mit deutlicher Verhaftung im katholischen Sozialmilieu. Nourrissat betonte, daß vor dem Krieg die ALP, als „parti de la conservation sociale", viele potentielle Mitglieder der FR von dieser abgehalten habe, daß nun aber die Zusammenarbeit auch mit dem Vereinskatholizismus fruchtbar sei[265].

Aus der Aufnahme der ehemaligen ALP-Abgeordneten in die FR ab 1923 und deren Ausweitung zu einer liberal-konservativen Partei resultierte also ohne Zweifel eine Anbindung der FR an ein katholisches Sozialmilieu, das in manchen Fällen die Basis für den Aufbau departementaler Parteistrukturen bilden konnte[266]. Daß die Einigung überall so glatt verlief wie in der Côte d'Or, ist wenig

---

[262] Auf Anraten de Warrens und Marins. Der obige Brief fährt fort: „Il faut que tu fasses comprendre au petit François qu'après été idiot de dépenser un million avec Teitgen à ne rien faire, il sera encore plus idiot de ne pas dépenser les 200000 nécessaires pour mettre debout son journal."

[263] Weitere Beispiele für diese zweite Welle der Parteigründungen in: Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 382.

[264] „J'espère arriver à la suite de la disparition de l'Action Libérale dans le département de la Côte-d'Or, à constituer un parti républicain conservateur, où les catholiques seront l'armature, mais largement ouvert à toutes les confessions." Stenographische Mitschrift des Kongresses von 1925, in: AN 317, AP 86.

[265] „Nous n'avions pas suffisament d'adhérents, parce que, du côté de nos amis catholiques, nous constations la répugnance [...]. Maintenant notre canapé s'est élargie, et ceux de toutes les provinces se réunissent aujourd'hui [...] sans le moindre difficulté [...]. Ce parti conservateur, qui sera composé en majeure partie des catholiques [...] c'est la véritable parti de la liberté religieuse et de l'amour de la France." Ibidem.

[266] Z. B. trat mit Louis Bazire 1919 der Bruder des gefallenen Henri Bazire, des langjährigen Vorsitzenden der ACJF, in die ERD ein. Seine sozialkatholischen Jugendverbände bildeten das Mark der *Federation vendéene d'Union Nationale et Republicaine*, des späteren

wahrscheinlich, vor allem in der Bretagne und in manchen Gebieten des südlichen Zentralmassivs blieben der Vereinskatholizismus und Teile des katholischen Sozialmilieus gegen diese Versuche resistent und folgten lieber ihrem intransigenten Bischof oder dem aristokratischen Großgrundbesitzer in die katholische Gegengesellschaft. Diese Bewegung verstärkte sich natürlich mit zunehmendem Erfolg der FNC ab 1925 und führte landesweit zu einer Verknüpfung aller katholischen Vereinsstrukturen und der Revitalisierung des katholischen Lagers. Daß daraus ein Problem für die FR erwuchs, ist evident, da ihr katholischer Flügel wieder zurück in die klerikale Klammer zu driften drohte. Verstärkt wurde die Problematik jedoch durch die Tatsache, daß sich nach den Wahlen 1924 aus den christlich-demokratischen Elementen des Sozialkatholizismus eine neue Partei, der *Parti Démocrate Populaire*, gegründet hatte. Im Unterschied zu FR bestand sie homogen aus katholischen Elementen, die allerdings keinen bürgerlichen Liberalismus, sondern volksdemokratische und sozialpolitisch fortschrittliche Vorstellungen vertraten. Die Stellung zur PDP allgemein (I), das komplizierte Verhältnis zur FNC und zum katholischen Lager (II) sowie ein besonderer Konfliktfall zwischen PDP und FR in Lothringen (III) werden daher im folgenden zu erörtern sein, um das Verhältnis von liberal-konservativer Partei und katholischer Subgesellschaft verstehen zu können.

(I) Hatte der große Erfolg der ERD 1919 und der FR 1924 darin bestanden, die nationalkatholischen Elemente aus den Fängen der monarchistischen Rechten zu befreien und Gruppen wie die AF politisch zu neutralisieren, so drohte nun die Gefahr von links, weil sich viele Katholiken vom *Laissez-faire*-Liberalismus der *Progressisten* in der FR abgestoßen fühlten[267]. Eine ganze Reihe von Söhnen prominenter ALP-Vertreter der Vorkriegszeit engagierte sich daher im PDP, und nicht in der FR, der sie dadurch im übrigen auch den Kampf um das katholische Vereinsmilieu ansagten[268]. Das Verhältnis der FR zum katholischen Lager zwischen 1925 und 1928 ist daher als sehr komplex zu bezeichnen. In zweifacher Hinsicht scheint sie eine Scharnierfunktion eingenommen zu haben: Einerseits verband sie die entlang der weltanschaulichen Frage getrennten LRN und FNC, da sie bei beiden persönlich vertreten war und ihr religiöses Programm einen Kompromiß aus dem der beiden Ligen darstellte. Andererseits nahm sie auch in dem sich ausdifferenzierenden katholischen Lager als bürgerlich-nationale Partei eine Mittelstellung zwischen dem demokratischen und sozial fortschrittlichen PDP und der nationalistischen und monarchistischen AF ein. Sie befand sich mit

---

FR-Departementalverbandes, unter de Tinguy. Ein weiteres Beispiel aus dem Sozialkatholizismus ist die von Charles Bellet mitbegründete *Union Regionale du Midi*, deren Strukturen in die FR du Tarn übergingen. Für die *Equipe Bazire* vgl. Le Béguec, Entrée, S. 1287–1293.

267 So hatte sich der christlich-demokratische Flügel der Elsässer-Abgeordneten um Seltz und Walter sowie der Sozialkatholik Boissard schon 1923 von der ERD abgespalten. Der Generalsekretär des PDP, Cornilleau, entwarf bereits 1924 die Strategie, der FR das Wasser abzugraben. Vgl. für dies und das folgende Delbreil, Centrisme, S. 35 f.

268 Es handelt sich hierbei um Jean Lerolle, Sohn von Paul Lerolle, Philippe de las Cases, Sohn von Emmanuel, und François Reille-Soult, Sohn des *ralliierten* Abgeordneten André. Zum Filiationsprinzip und der Verbindung dieser jungen Sozialkatholiken zu den katholischen Jugendorganisationen vgl. Delbreil, Centrisme, S. 39–49.

anderen Worten genau am Schnittpunkt der zwei *cleavage*-Linien „Säkularisierungskonflikt" und „soziale Frage", und damit in einer sehr heiklen Position. Zwar stellte die FR im Parlament mit der 100-Mann starken URD immer noch die größte Oppositionsfraktion, zusammengesetzt aus Progressisten und Katholiken, wie aber würden die nächsten Wahlen verlaufen, wenn die PDP die Bindung an das katholische Lager ausnutzen und katholische Wähler für sich mobilisieren konnte?

Zunächst muß man feststellen, daß die FR im Vorstand oder auf dem Parteitag keine geschlossene Antwort auf diese Frage gegeben zu haben scheint; als parlamentarische Konkurrenz wurde die PDP sogar erst nach 1928 wirklich ernstgenommen[269]. Unsere Quellen überliefern keine Problematisierung dieser Frage auf zentraler Ebene, sondern es scheint vielmehr den departementalen Komitees und den betroffenen Abgeordneten überlassen worden zu sein, wie sie damit umgehen wollten. Da der PDP nur in den katholischen Randgebieten der Bretagne, des flandrischen Nordens, Elsaß-Lothringens und den Pyrenäen erfolgreich war, betraf die neue Konkurrenz ohnehin nur einen Teil der FR-Verbände, allerdings nicht gerade die unbedeutendsten. In Marseille, wo es schon länger ein antikartellistisches Bündnis zwischen *Progressisten* und christlichen Demokraten gab, wurde dieses aufrechterhalten und für Wahlabsprachen genutzt, ebenso in der Vendée, wo die PDP-Abgeordneten sogar in die *Union Nationale Républicaine* des FR-Abgeordneten de Tinguy eingebettet waren[270]. Anders verhielt es sich in Paris, wo die beiden Parteizentralen um die Generalsekretäre Guiter (FR) und Cornilleau (PDP) eher in einem gespannten Verhältnis standen. Dennoch kam es vor den Wahlen 1928 zu keinerlei Rangeleien der beiden Verbände, auch nicht in den Munizipalwahlen 1925, und die AF hatte der PDP sogar vorgeworfen, sie hätte öffentlich zu einer Unterstützung der FR aufgerufen[271]. Im Parlament stimmte die kleine PDP-Gruppe ohnehin in den meisten Fällen mit der URD, und ein Abgeordneter wie Robert Schuman, der 1928 noch bei der URD eingeschrieben war und erst 1931 zur PDP-Gruppe übertreten sollte, kann in dieser Zeit geradezu als Schnittstelle beider Fraktionen gelten[272]. Jean-Claude Delbreil hat daher zu Recht für die Jahre 1924–1928 von einem „virtuellen" statt eines „offenen" Konfliktes zwischen den beiden Parteien gesprochen[273].

Dennoch versuchten Teile der FR, insbesondere ihr Vorsitzender Louis Marin, die Verbindung an das katholische Sozialmilieu nicht zu verlieren, sondern eher

---

269 Der liberale Katholik Joseph Denais, langjähriges Vorstandsmitglied der ALP und seit 1925 auch Vizepräsident der FR, hatte den PDP anfangs sogar moralisch unterstützt. Vgl. eine Notiz Pezets vom 27.10.1924 in: AFNSP, PE 2. Erst nach den Wahlen 1928 wird der PDP in der Zeitung *La Nation* überhaupt erwähnt.

270 Vgl. Delbreil, Centrisme, S. 72.

271 So die *Action Française* vom 28.8.1924. In Wahrheit hatte Pezet (PDP) nur gesagt, daß das Programm der FR „favorable aux catholiques" sei, zu keiner Zeit aber zu deren Wahl aufgerufen. Vgl. das im Nachlaß Pezet erhaltene Manuskript *Mes démêlés avec l'AF* von Jean Suberville, S. 18, erhalten in: AFNSP, PE 2.

272 De Wendel hat über Schuman gesagt, er sei „politiquement sur la frontière des démocrates et de notre groupe", zitiert nach Poidevin, Schuman, S. 84. Als ganz ähnlich dürfen auch Duval-Arnould und Georges Pernot eingeschätzt werden.

273 Delbreil, Centrisme, S. 160.

zu festigen und damit die Organisationsbemühungen des PDP zu konterkarieren. Da der PDP vor allem den Führungskadern der sozialkatholischen *Semaines Sociales* und der ACJF entstammte und auf diesem Weg die Verbindung zur katholischen Subgesellschaft hielt, versuchte Marin auf einem für ihn günstigeren Gebiet zu operieren: Nicht der Sozialkatholizismus als solcher, sondern das weniger religiös dominierte katholische Sport- und Vereinsmilieu aus Patronagen und patriotischen Schützenvereinen wurde Ziel seines Handelns. Ein in seinem Nachlaß erhaltenes Dossier[274] beweist, daß er sich ganz besonders für diese Gruppen einsetzte, da sie dem politischen Ethos der FR, dem „Veteranengeist" (*esprit ancien combattant*) und den Lehren des Ersten Weltkriegs zu entsprechen schienen: Kampfgeist, Disziplin und Patriotismus sowie vormilitärische Übungen zeichneten sie vor allen anderen Verbänden aus und deckten sich mit den Grundwerten, die von der liberal-konservativen Sammlung vertreten wurden[275]. Seit 1903 waren die katholischen Patronagen, vom niederen Klerus geführte Sport- und Jugendgruppen, in der FGSPF des Dr. Michaux zusammengefaßt und hatten zur Basisstruktur des konservativ-katholischen Lagers der Vorkriegszeit gehört[276]. Marins Intention war es nun, dieses Vereinsnetzwerk zu einem Rekrutierungspool junger FR-Mitglieder zu machen, um so eine direkte Verbindung der Partei zur katholischen Subgesellschaft aufzubauen, ohne den Umweg über die vom Klerus geführten sozialkatholischen Werke machen zu müssen. Ein wesentlicher Charakterzug der Patronagen war es nämlich gewesen, daß sie, trotz interner Kritik der kirchlichen Hierarchie, meist von katholischen Laien geführt wurden. Wo dies nicht der Fall war, arbeitete Marin sogar darauf hin, die geistlichen Leiter der einzelnen Gruppen durch Laien zu ersetzen[277]. Während er sich sonst niemals in innerkirchliche Angelegenheiten eingemischt hatte, lag ihm dieser Aspekt doch sehr am Herzen, und er sorgte auch dafür, daß den katholischen Sport- und Schützenvereinen selbst unter der Regierung des Linkskartells öffentliche Subventionen zuflossen.

---

[274] AN 317, AP 188/9. Bereits 1922 hatte Marin die Legalisierung von nicht weniger als 14 katholischen Schützenvereinen bei Kriegsminister Maginot durchgebracht. Briefe Maginots an Marin vom 16.2. und 8.3.1922, in: AN 317, AP 188.

[275] Vgl. das Selbstbekenntnis der FGSPF „Ce qui fait notre force c'est de n'être jamais sorti de ce domaine physique et patriotique où il y a tant de bien à réaliser", in: *Les Jeunes* vom 24.4.1921.

[276] Vgl. den Polizeibericht vom 15.12.1913: „La FGSPF est patronnée par le monde réactionnaire et clérical, la haute bourgeoisie et l'épiscopat [...] elle est une preuve nouvelle de l'effort accomplie par les catholiques pour accaparer et retenir toutes les forces de la jeunesse, avec l'arrière-pensée d'en recueillir plus tard les bénefices en matière religieuse et politique." Sie hatte 1546 Verbände, 30000 Mitglieder und ein Budget von 200000 Francs im Jahr, vgl. Bericht in: AN, F/7 13214. Allgemein vgl. Arnaud, Dividing and uniting: sports societies and nationalism, und Lagrée, Les origines de la FGSFP.

[277] Marin stand in engem Kontakt mit dem Vorsitzenden des FGSPF-Regionalverbandes Ost, der sogenannten Union Drouot. Deren Vorsitzender des Robert schrieb am 6.3.1926 an Marin: Man sei als katholischer Verband auch am 14. Juli in Uniform und mit Trompeten aufmarschiert und wolle sich nun von den Priestern losmachen, denn: „Les Patronages n'ont pas su après la guerre grouper chez eux tous les élements catholiques et patriotiques [...] faute des prêtres, avec leurs éternelles habitudes de mettre des batons dans les roues des organisations civils." Er erklärte, daß man ausdrücklich den „parti libéral" Marins unterstütze und gegen die Kommunisten und Deutschen mobil machen wolle.

Gegenüber dem Erziehungsminister de Monzie betonte er 1925 in zwei Briefen v.a. den patriotisch-militärischen Aspekt der Patronagen, die dank seines Eintretens keine katholischen Werke mehr seien, sondern nationale Kampfverbände[278].

Die Lösung der katholischen Patronagen aus der kirchlichen Dominanz unter Betonung ihres Nutzens für die patriotische Moral und die militärische Wehrkraft Frankreichs war also ein Mittel der FR, Teile des katholischen Sozialmilieus an sich zu binden. Daher saß Louis Marin auch als erster nicht-katholischer Abgeordneter am 17. Juni 1925 einem großen Sportlertreffen katholischer Patronagen in Bordeaux vor und leitete sogar zwei Jahre später als Pensionsminister das große nationale Treffen der FSGPF in Paris[279]. Die Reaktionen der radikalen und sozialistischen Presse auf diese angebliche Verletzung der Neutralitätspflicht eines Ministers in weltanschaulichen Fragen waren heftig, wurden aber von seiten der FR mit der gleichen Deutlichkeit unter Berufung auf die Bedeutung der Patronagen für die nationale Wehrkraft zurückgewiesen[280]. Obwohl Jugendarbeit gerade nicht in Marins Ressort fiel, nahm er als erster Minister der Dritten Republik an einem derartigen Treffen teil, was, wie er zehn Jahre später gegenüber dem päpstlichen Nuntius Valerio Valeri betonte, eine unglaubliche Sensation gewesen sei[281]. Obwohl die FR also eindeutig den nationalistisch-militaristischen Flügel der katholischen Jugendbewegung ansprach, versuchte sie dennoch weiterhin, den Kontakt zum Sozialkatholizismus nicht abreißen zu lassen. Im Sommer 1927 nahmen sowohl Marin als auch de Warren und der liberale Katholik Duval-Arnould im Namen der FR am Jahreskongreß der großen sozialkatholischen Bewegung *Semaines Sociales* teil, ein Jahr zuvor hatte der liberale Katholik Georges Pernot das landesweite ACJF-Treffen in Besançon geleitet[282]. Die FR war also bemüht, möglichst große Teile des katholischen Sozialmilieus, insbesondere den Vereinskatholizismus, als potentielle Wählerbasis weiter anzusprechen und durch Präsenz ihrer Vertreter dort zu kontrollieren. Daß es gerade über diese Frage bei den Wahlen 1928 zu Konflikten mit dem PDP kommen sollte, wird noch zu zeigen sein.

(II) Eine zweite wichtige Frage im Verhältnis der FR zum katholischen Lager betraf die Stellung zur FNC. Wir hatten bereits gesehen, daß es hier keine eindeutige Linie gab und daß die FR vielmehr stark gespalten auftrat. Während die FR-Mitglieder Weydmann und Oberkirch die FNC aktiv bei ihrer Kampagne gegen die Laizität 1925 unterstützten[283], hatten FR-Senatoren der Gruppe *Union républicaine* um Henry Cheron nach der Erklärung der Kardinäle im März 1925 demonstrativ für die Aufrechterhaltung der Laizität votiert und ihr Mißfallen gegen-

---

278 Zwei Briefe vom 18.6.1925, in: AN 317, AP 189.

279 Das Treffen in Bordeaux am 17.6.1925 und in Paris am 2.8.1927, Berichte in: AN, F/7 13214.

280 Z.B. *Dépêche Républicaine* vom 3.8.1927, die den Zweck der Patronagen darin sieht: „pour refaire une race forte et saine". Dort auch eine Besprechung der Kritik der radikalen und sozialistischen Linken.

281 Der lange Brief an Valerio Valeri vom 5.3.1937, S. 18, in: AN 317, AP 104.

282 Vgl. *La Croix* vom 3.8.1927. Auch noch 1931 nahmen sowohl Marin wie de Warren an einer Fahnenweihe der UC bzw. ACJF von Nancy teil, vgl. Briefe der ACJF an Marin vom 16.8.1931 und 31.7.1931, in: AN 317, AP 228.

283 Für weitere Beispiele katholischer FR-Abgeordneter bei FNC-Veranstaltungen siehe Anm. 226.

über der kirchlichen Einmischung in die Politik zum Ausdruck gebracht[284]. Beides widersprach dem Wortlaut des FR-Programms und zeigt, wie prekär der weltanschauliche Kompromiß innerhalb der FR war und wie schnell die weltanschaulichen Kräfte *Gauche* und *Droite* wieder zu wirken begannen. Dieser verfahrenen Situation der ersten beiden Jahre der Kartellregierung folgte eine leichte Entspannung ab 1926 in dem Maße, wie sich die FNC von ihren „Rändern" trennte. Im Mai 1926 mußte ihr Generalsekretär, der christliche Demokrat Ernest Pezet, auf Druck der konservativen Kräfte weichen und kurze Zeit später separierte das *non possumus* der AF die monarchistischen Elemente von der FNC. Nachdem der rechte und linke Rand also abgespalten waren, blieb eine konservativ-katholische Organisation übrig, die republikanisch war, ohne die Laizität zu akzeptieren, und die eine nationalistische Außenpolitik vertrat, ohne mit dem Papst brechen zu wollen. Wahrscheinlich war es diese Entwicklung der FNC, die Marin dazu veranlaßte, zum ersten Mal als Republikaner einer großen Protestkundgebung der UC von Nancy 1926 beizuwohnen und damit ein deutliches Bekenntnis der Nähe der FR zur FNC abzugeben[285]. Auch de Castelnau, der ja mit Marin in der ERD gesessen hatte und in einem guten persönlichem Verhältnis zu diesem stand, hielt seine Truppen zur „modération" an und verzichtete ab Dezember 1926 auf eine allzu lautstarke Propagandakampagne, um die Regierung der *Union Nationale* Poincarés nicht zu gefährden[286].

Das Problem, das ein katholisches Lager mit den Tendenzen der Vorkriegszeit für die FR als liberal-konservative Partei dargestellt hätte, konnte also vermieden werden. FR und FNC ergänzten sich in ihren Kampagnen, ohne ihr jeweiliges Terrain, das politische bzw. religiöse, zu verlassen, aber auch ohne sich gegenseitig organisatorisch zu durchdringen. Die Gründe für dieses harmonische Nebeneinander hatten einerseits mit der Ausdifferenzierung des katholischen Lagers und der Abspaltung einer christlich-demokratischen und einer neomonarchistischen Gruppierung zu tun. Das katholische Lager konnte also bei weitem nicht die Kohäsionskräfte aufbringen wie vor 1914. Andererseits muß auch berücksichtigt werden, daß das Jahr 1926 erneut eine starke antikommunistische Mobilisierung kannte, die auch die katholischen Verbände der FNC erfaßte. In einer Nachwahl im zweiten Sektor von Paris waren Paul Reynaud (AD) und Henri de Kerillis (FR) von zwei Kommunisten geschlagen worden, zu deren Gunsten sich Soziali-

---

284 Auch im Calvados hielten sich die sieben URD-Kandidaten von der örtlichen FNC fern, vgl. Quellien, Bleus, Blancs, Rouges, S. 358–362. Selbst de Warren, der in Lothringen regelmäßig den ACJF-Treffen beiwohnte (*Eclair de l'Est* vom 28. 9. 1925), blieb vom Gründungskongreß der UC de Nancy fern (*Eclair de l'Est* vom 10. 11. 1924).

285 Dies und sein gutes Verhältnis zu den Bischöfen Turinaz und de la Celle betonte er auch im Brief an Valeri (wie Anm. 281).

286 Vgl. Polizeibericht vom 13. 12. 1926, in: APP, BA 1905: „De Castelnau conseille la méthode plus lente [...] qu'est la conquête de l'opinion publique par le bon exemple et la parole bien documentée." Gleichzeitig rief der Bischof de la Celle (Nancy) die Katholiken dazu auf, keinen „parti catholique" zu bilden, sondern in den politischen Parteien aktiv zu werden, die dem Programm der FNC am nächsten kamen. Ohne es zu formulieren, war damit die FR gemeint. „Sur le terrain politique à proprement parler, L'UC n'agit pas directement, en tant que corps ou société constituée, mais indirectement, si je puis m'exprimer ainsi." *Semaine religieuse de Nancy* vom 27. 10. 1926.

sten und Radikale im zweiten Wahlgang zurückgezogen hatten. Fast alle Katholiken hatten für Reynaud und de Kerillis gestimmt, nicht zuletzt auf Drängen der FNC[287]. Der Antikommunismus wirkte also wie ein festigendes Band auf alle Strömungen rechts der Mitte und näherte daher auch FR und FNC weiter an. Schließlich versuchte auch General de Castelnau sein möglichstes, die Fundamentalkatholiken in seinen Reihen, die für die Herstellung eines „ordre social chrétien" eintraten, zu entmachten und seine öffentliche Propaganda mit der der FR zu harmonisieren, beispielsweise gegen die 80000 in der CGT organisierten Lehrer an staatlichen Schulen, die von konservativer Seite als Kommunisten verunglimpft wurden[288].

Der Höhepunkt dieser Annäherung wurde 1927 erreicht, als mit der *Union républicaine populaire* (URP) Abbé Bergeys aus der Gironde zum ersten Mal ein explizit katholischer Departementalverband der FR beitrat. Bergey und sein Stellvertreter, Philippe Henriot, waren führende Redner der FNC und der *Ligue pour les droits des religieux anciens combattants* (DRAC) und verkörperten jenen nationalen Katholizismus, der sich auch nach der Verurteilung der AF als solcher politisch artikulieren wollte, allerdings auf der Basis der republikanischen Verfassung[289]. Mit dem Beitritt der URP zur FR entstand daher zum ersten Mal eine offizielle organisatorische Durchdringung der FR mit dem katholischen Lager. Die URP hatte nicht wenige sozialkatholische Unterabteilungen und war über Abbé Bergey selbst eng mit dem Klerus und dem Erzbistum von Bordeaux verbunden.

Damit war ein neuer Grad der Verschränkung der liberal-konservativen Sammlung mit der katholischen Subgesellschaft erreicht, der die verbliebenen unabhängigen Reste des politischen Katholizismus um Xavier de la Rochefoucauld und den Nukleus der ALP in Paris stark erschüttern mußte. Wir wissen aus dessen Nachlaß, daß dieser ab März 1927 versuchte, die alte ALP wiederzubeleben, um ihr genau jene Scharnierfunktion zwischen der religiösen Interessengemeinschaft FNC und den katholischen Abgeordneten zukommen zulassen, die die FR und in

---

[287] Für den Wahlkampf vgl. Grüner, Paul Reynaud, S. 110–123, für die Katholiken vgl. Polizeibericht vom 20.3.1926, in: AN, F/7 13254. Kurze Zeit später notierte Kardinal Baudrillart, Eintrag vom 30.3.1926: „C'est de plus en plus la révolution en marche. Il semble que la France soit folle." In: Baudrillart, Carnets, S. 339.

[288] De Castelnau selbst plädierte immer wieder dafür, nicht die Laizität als solche anzugreifen. Über die internen Kämpfe und de Castelnaus nationalkatholischen Kurs vgl. Bonafoux-Verax, Fédération, S. 138–142.

[289] Die URP hatten ihren Sitz in Bordeaux, dessen Erzbischof Andrieu wesentlich die Verurteilung der AF beschleunigt hatte. Sie verfügte 1927 bereits über 12000 Mitglieder und 400 Komitees v. a. aus dem ländlichen Weinbauernmilieu um St. Emilion. Ihr Führungskomitee war eng mit sozialkatholischen Interessengruppen wie der *Union chrétienne des Syndicats professionnels* verbunden. Vgl. die Polizeiberichte vom 29.1., 6.2. und 6.3.1928 aus Bordeaux, in: AN, F/7 13255, vom 24.5.1928, in: AN, F/7 13224, sowie den Brief Abbé Bergeys vom 4.4.1932 an Tardieu, wo sich dieser als „Clemenciste" bezeichnet, in: AN 324, AP 4. Ferner *Echo de Paris* vom 27.4.1924 für die Kriegstaten und *Eclair* vom 27.5.1924 für den Wahlkreis von Bergey. In der Kammer war er nicht bei der URD, sondern bei den Rechten eingeschrieben; er sagte über sich selbst: „Je suis un sauvage: je siège à droite mais je suis partout", so in: DC 13 (1925), S. 926. Für Henriot vgl. sein Buch Mort de la trêve (1934), das entschieden das Auftreten der FR als Ordnungsmacht im Staat betont.

geringerem Maße der PDP einzunehmen begannen. Sein Unterfangen, das er sowohl vor Nuntius Ceretti wie vor de Gasparri und Pius XI. vorbrachte, wurde aber nicht gebilligt, der Vatikan drängte die Katholiken vielmehr zu einer Sammlung auf ausschließlich religiösem Gebiet (FNC)[290]. Enttäuscht zog sich de la Rochefoucauld von der Politik zurück und verschaffte so, ohne es zu wissen, der FR weitere Stabilität. Ein gleiches Schicksal erlitt auch die Initiative Dr. Monges in Lyon, ein regionales ALP-Komitee als politisches Pendant zur FNC entstehen zu lassen[291]. Sein ehrgeiziges Ziel, das mit Piou in Paris abgestimmt wurde, scheiterte aber daran, daß dieser der vom Papst vorgegebenen Linie folgte und keine revitalisierte „Volksaktion" unterstützte – vor allem nicht in einer Region, wo die FR seit langem tief verwurzelt war. Diese konnte deshalb mit der FNC Schulter an Schulter in die nächsten Wahlen ziehen und von der katholischen Mobilisierung profitieren[292].

In den Wahlen 1928 kam es im großen und ganzen zu keinen großen Rivalitäten zwischen FR und dem katholischen Lager. Alle FR-Kandidaten unterschrieben die Minimalforderung der FNC, insbesondere bezüglich der vollen Herstellung der Unterrichtsfreiheit und der Revision der Kongregationsgesetzgebung[293]. Meist unterstützten die UC die Kandidaten der FR, auch wenn diese teilweise keine Garantien zur Revision aller Laizitätsgesetze abgaben, um, wie de Castelnau schrieb, keine „politique du pire" zu betreiben, sondern „notre concours [...] à la défense de l'ordre social et à la conservation nationale" zu bezeugen[294]. Umge-

---

290 Notiz vom 18.3.1927 über ein Gespräch mit Gasparri und Ceretti. Note confidentielle vom 8.5.1927: „Je me retirerai de la vie politique définitivement et sans esprit de retour." Mit ihm hörte auch die katholische *Presse Régionale* unter Jules Dassonville auf, nur katholische Anliegen zu vertreten, in: AN 142, AP 14.

291 Der *Comité Régional Lyon* umfaßte die Departements Ain, Ardèche, Drôme, Isère, Jura, Loire, Haute-Loire, Saône-et-Loire, Savoie, Haute-Savoie, Rhône. Vgl. Brief Monges an Guiraud vom 28.3.1927, in: AN 362, AP 149: „M. Grousseau a été agréablement surpris parce que je lui ai appris sur la vitalité de l'ALP du Rhône", nach einer Unterredung mit de Castelnau habe dieser gesagt: „Que l'ALP aurait dans son dessin politique tout ce que revendiquerait la FNC, dont elle était l'expression politique". Monge fuhr fort: „Nous comptons en même temps nous mettre en relations avec les parlementaires des autres régions de la France où les libéraux sont encore restés fidèles à l'ALP." Mangels Unterstützung von Paris und einer Blockade der FR mußte dies aber aufgegeben werden, vgl. Bernhard, La dérive, S.325.

292 Seit Januar 1927 hat die FR-Zeitung *La Nation* zudem die Propaganda gegen die Logen und Freimaurer in ihr Repertoire übernommen, die seither ausschließlich ein Privileg katholischer Zeitungen war, vgl. *La Nation* vom 22.1.1927.

293 Die Taktik der FNC sah vor, an alle Kandidaten bezüglich ihrer Forderungen heranzutreten, d.h. nicht von vorneherein nur eine bestimmte Partei zu unterstützen. Die Minimalforderungen waren aber derart, daß sie allein von der gemäßigten Rechten oder vereinzelten Monarchisten erfüllt wurden. Vgl. Bonafoux-Verax, Fédération, S.240f., und speziell für die FR die Ausgabe *Credo* vom Februar 1928, S.20.

294 *Correspondance hebdomadaire* vom 24.12.1927. Eine Durchsicht der verschiedenen Wahlaufrufe der Bischöfe als Vorsitzende der UC ergab, daß die überwiegende Mehrzahl, darunter selbst Kardinal Andrieu, die Katholiken zur Wahl eines nationalen und antikommunistischen Kandidaten aufrief, der eine Revision der Kongregationsgesetzgebung versprach. Dies traf in dieser Kombination nur auf die FR zu. Die Aufrufe in: DC 19 (1928), S.259ff. Selbst Guiraud stellte, wohl unter päpstlichem Druck, in *La Croix* vom 13.12.1927 fest, daß die „liberalen" Forderungen der FR „se rencontrent exactement avec les revendications catholiques".

kehrt beharrte auch ein de Wendel darauf, sich als Politiker keine öffentlichen Bedingungen von der UC de Nancy stellen zu lassen, zumal er seit langem die Interessen der Katholiken verteidige[295]. Dieser Linie folgte selbst der Erzbischof von Toulouse, Germain, der dazu aufrief, im Zweifelsfall einen laizistischen Kandidaten zu wählen, solange er nur gegen „désordre et révolution" kämpfe: *minus malum est aliquid boni*, war seine Devise[296]. Nach den Wahlen reklamierte die FNC für sich, über 190 Abgeordnete der neuen Kammer unterstützt zu haben, darunter alle 131 der FR/URD, die als „groupe Marin" ausdrücklich als stärkste Vertreterin katholischer Interessen deklariert wurde[297].

Um interne Differenzen im katholischen Lager zu verhindern, hatte General de Castelnau zuvor festgelegt, daß nicht die FNC als zentraler Dachverband, sondern ihre Diözesanverbände über die lokalen Kandidaten zu entscheiden hätten, wobei in der Regel bei diesen die Furcht vor einer Neuauflage des Linkskartells stärker war als eventuelle Differenzen mit den *Progressisten*. Die Kandidaten der FR wurden alle von den gesamten UC unterstützt, mit Ausnahme der Fälle, in denen ein katholischer PDP-Kandidat gegen einen FR-Kandidaten antrat. Um dies im Vorfeld bereits zu verhindern, wurde in Paris eine Schlichtungskommission aus den Generalsekretären der FR, des PDP und der AD eingerichtet[298]. Nur in 19 Fällen mußte zwischen der FR und dem sehr ambitioniert auftretenden PDP ein Schiedsspruch gefällt werden, der in der Regel zugunsten des Mandatsinhabers – gleich welcher Partei – entschieden wurde. In elf Fällen hielt der PDP eigene Kandidaten gegen die FR aufrecht, zog sie aber im zweiten Wahlgang zurück[299].

---

[295] In einer *note personnelle* vom 22.7.1927: „J'ai la prétention d'avoir suffisamment bien depuis deux ans conduit l'opposition avec mes amis pour ne pas me laisser donner des ordres par qui que soit [...]. Je ne réponds pas à l'UC de Nancy." In: AN 190, AQ 15. Gerade in den katholisch-ländlichen Gebieten des Ostens gab es auf den Dörfern häufig eine Personalunion zwischen dem Vorsitzenden der *Union républicaine*, dem FR-Verband, und der *Union catholique*, z.B. der Bauer Angelier in Savoyen, Brief an Marin vom 11.3.1927, in: AN 317, AP 73.

[296] Abgedruckt in: DC 19 (1928), S.971.

[297] Die übrigen Abgeordneten entstammten dem PDP, der extremen Rechten und der AD. Vgl. die *Correspondance Hebdomadaire* vom 26.5.1928, ausgewertet bei Bonafoux-Verax, Fédération, S.243. Ebendort die Kritik der Radikalen, die FR sei als „Droite" nicht mehr von der FNC zu unterscheiden.

[298] Dem Schiedsgericht gehörten auch die *Ligue des Patriotes* und die LRN an, nicht jedoch die FNC. Vgl. Bericht vom 11.1.1928, in: AN, F/7 13255. Die Wahlen 1928 fanden wieder unter dem Einerwahlkreissystem statt. Ein Louis Marin konnte auf den gesamten Rückhalt des Klerus und des Vereinskatholizismus zählen, vgl. den Brief des *curé* aus Faulx an Marin vom 30.4.1928, in: AN 317, AP 240.

[299] Der Generalsekretär des PDP wollte 30 Kandidaten vor allem in den Hochburgen der FR aufstellen; in 11 Fällen kam es zu einer Vorabeinigung, 8 wurden mit dem Schiedsgericht entschieden, 11 weitere erst nach dem ersten Wahlgang. Die Konflikte betrafen vor allem die katholisch geprägten Industriezentren Rouen, Lille und die Haute-Loire, vgl. Delbreil, Centrisme, S.190. De Warren reagierte empört über das Manöver der PDP: „Comme si nous prétendions avoir 200 députés de la FR, quitte à faire battre nos amis de l'AD." Brief an Marin vom 16.11.1927, in: AN 317, AP 183. Auch im proletarischen 18. Arrondissement von Paris wird über das plötzliche Auftauchen des PDP berichtet, das fast alle Sektionen der FR de la Seine zum Bersten bringt, weil es die sozialkatholischen Elemente absorbiert, vgl. Eintrag vom 4.6.1928 in das Protokoll der FR de la Seine, in: AN 317, AP 81.

Da wir durch einen intensiven Briefwechsel der beiden *Progressisten* de Warren und Marin über einen der 19 Konflikte sehr gut informiert sind[300], lohnt es sich, einen kurzen Blick auf den Ablauf dieses Prozesses im Vorfeld der Wahlen 1928 zu richten. Es wird dabei deutlich werden, daß sich PDP und FR zu dieser Zeit nicht nur in ihrer Programmatik, sondern auch in ihrer Vorstellung von der Anbindung an die katholische Subgesellschaft unterschieden haben.

(III) Wenn man sich die Programmatik der beiden Parteien in Erinnerung ruft, so stellt man zunächst große Übereinstimmungen fest: Beide unterstützten eine regionale Verwaltungsreform mit z.T. korporatistischen Zügen, beide hatten sich den *Familialismus* auf ihre Fahnen geschrieben und beide traten für eine liberale Laizität und die Revision der Kongregationsgesetzgebung ein. Dennoch gab es zwei große Unterschiede, die FR und PDP immer mehr zu separieren begannen und eine Zusammenarbeit in den 1930er Jahren sogar unmöglich machten. Zum einen war dies die Frage der Außenpolitik, insbesondere die Haltung gegenüber Deutschland. Während der PDP den Versöhnungskurs Briands und die päpstliche Direktive von der internationalen Verständigung voll mittrug[301], lehnte die FR, und insbesondere ihre nationalistische Parteiführung um Marin, dies als *politique d' abandons* ab[302]. Zum andern unterschieden sich FR und PDP grundsätzlich in ihrer Herangehensweise an soziale Probleme der Industriegesellschaft. Der PDP unterstützte eine staatliche Kontrolle der sozialen Sicherungssysteme, Nationalisierungsprogramme und betriebliche Mitbestimmung, blieb also dem ideengeschichtlichen Erbe des Sozialkatholizismus stark verpflichtet[303]. Die FR hingegen war stets um eine Balance ihrer *laisser-faire*-liberalen und sozialliberalen Kräfte bemüht, lehnte jedoch grundsätzlich staatliche Einmischung in Fragen des Arbeitsrechts und des Arbeitsschutzes als „Etatisme" ab[304]. Damit waren die beiden Konfliktfelder abgesteckt, auf denen der lokale Wahlkampf ausgetragen werden konnte.

Bei dem zu erörternden Fall handelt es sich um den Wahlkreis Nancy-2 in Meurthe-et-Moselle, wo sich ab 1926 eine Kandidatur des PDP-Kandidaten Henri Teitgen gegen den FR-Kandidaten de Warren abzuzeichnen begann[305]. Wir hatten

---

[300] Der Briefwechsel findet sich in: AN 317, AP 183. Alle Briefe, sofern kein anderer Ort angegeben ist, entstammen dieser Akte des Nachlasses Marin.

[301] Unter führender Mitwirkung des PDP wurde 1925 in Paris der *Sécretariat International des Partis Démocratiques d'Inspiration Chrétienne* gegründet, an dessen Veranstaltungen auch der damalige Zentrumspolitiker Konrad Adenauer teilnahm. Für diese Entwicklung vgl. Jean-Claude Delbreil, Les Catholiques français.

[302] Vgl. hierfür den Streit des FR-nahen *Echo de Paris* mit dem christlich-demokratischen *Ouest-Eclair* über die Außenpolitik Briands im Februar 1928.

[303] Vgl. Delbreil, Centrisme, S. 237ff.

[304] Zu den sozialliberalen Kräften der FR in der Tradition von Frédéric Le Play gehörte Duval-Arnould, der sich lange Zeit gemeinsam mit der PDP für Arbeiterinteressen eingesetzt hatte, sich aber ab 1929 zunehmend von diesen distanzierte. Er wollte einen „capitalisme populaire" bzw. „capitalisme modéré", jedoch keine „démocratisation du travail". Vgl. Delbreil, Centrisme, S. 243. Typisch auch die Aussage von Isaac: „Ce qui me sépare le plus des milieux catholiques sociaux est leur faible pour la législation sociale, pour l'intervention de l'Etat, pour l'obligation", Eintrag vom 15.3.1927, Carnets, S. 448.

[305] Über das Gründungsmitglied Henri Teitgen und seine spätere Karriere vgl. Pierre-Henri Teitgen, Faites entrer le témoin suivant, S. 11.

bereits gesehen, daß de Warren mit Unterstützung des Industriellen de Wendel das katholische Blatt *L'Eclair de l'Est* aufgekauft hatte und somit das katholische Lager politisch auf seine Linie gebracht zu haben glaubte[306]. Dennoch betonte er in einem Brief gegenüber Marin, daß die Organisation eines Departementalverbandes der FR in Meurthe-et-Moselle unabdingbar sei, da man sich nicht mehr allein auf die Zeitungen als Zentren der politischen Propaganda verlassen könne: „L'ésprit générale est à l'organisation et non plus au combats individuels. Il faut evoluer avec son époque."[307] De Warrens Wunsch wurde immer dringlicher, je mehr er bemerkte, daß sich die Kampagne Teitgens mit neuen politischen Methoden vollzog, die seinem eigenen honoratiorenpolitischen Verständnis von Wahlkampf widersprachen. Auch wenn de Warren Marin zur Etablierung eines FR-Departementalverbandes drängte, so verstand er doch darunter eher eine erweiterte Basis für den Wahlkampf, jedoch keine Beteiligung dieser Basis an der Politik selbst. Partizipatorische Elemente enthielten seine Vorstellungen nicht[308]. De Warren vertraute in bezug auf seinen politischen Einfluß als *modéré* auf die soziale Autorität, die er vor Ort als Großgrundbesitzer und als Vorstand des regionalen Bauernverbandes genoß. Er unterhielt gute Beziehungen zum Erzbistum in Nancy und zu den lokalen Industriellen und saß sogar in seinem Kanton den sozialkatholischen *Semaines Sociales* vor[309]. Parteipolitik vor Ort war für ihn im Grunde das, was man in Frankreich landläufig als *cuisine* zu bezeichnen pflegt, d.h. die politische Absprache der Repräsentanten einer sozialen Elite z.B. in den Räumen der eigenen Tageszeitung. Die Beziehung zum Wähler und zu vorpolitischen Vereinen fand weiterhin ausschließlich über ausgesuchte Milieumanager – z.B. Vereinsvorsitzende – statt und manifestierte sich konkret in der Gegenwart des Abgeordneten bei wichtigen Anlässen oder gegebenenfalls einer Rede dort[310].

Einen ganz anderen Politikstil vertraten die Gruppen der *Démocrates Populaires*, die ihre Politik „von unten", d.h. von einer in einem Sozialmilieu verankerten Mitgliederbasis aus organisierten. Sie fuhren mit dem Auto von Fabrik zu Fabrik und hielten regelmäßige Konferenzen und Veranstaltungen ab. Ihre Themen

---

[306] Brief de Warrens an Marin vom 19.5.1927. Der Chefredakteur des *Eclair* Sordoillet wurde durch einen Getreuen de Warrens, Meyer, ersetzt, in: AN 317, AP 183.

[307] Brief an Marin am 7.11.1926, ebenso am 16.5.1927: „Il faut absolument organiser politique et journal parallèlement"; und am 9.9.1927: „Pour établir une solide organisation politique d'aspect vraiment Fédération républicaine [...] en introduisant du sang nouveaux et plus libéral en même temps que de nouveaux capitaux". Ibidem.

[308] Dies zeigt auch sein Verhältnis zu den christlichen Gewerkschaften: Während der PDP versuchte, sich aus diesen zu rekrutieren und mit ihnen Versammlungen abhielt, beschränkte sich de Warren auf ein vom ihm finanziertes Mittagessen z.B. vor den *cheminots et métallurgistes catholiques*, Brief an Marin vom 14.7.1927, ibidem.

[309] Noch im Herbst 1928 versprach er dem Erzbischof de la Celle, er werde nicht zulassen, daß man den *Eclair de l'Est* „dekatholisiert", Brief Dassonvilles an de Warren vom 27.9.1928. Sein gutes Verhältnis zu den Unternehmern Peyerimhoff und Geisthodt zeigt ein Brief an Marin vom 6.9.1927, ibidem.

[310] Als de Warren nicht dazu eingeladen wurde, in der Präsenz von Poincaré, Ferry und Marschall Lyautey eine Rede zur Aufstellung eines Denkmals für Maurice Barrès in Nancy zu halten, schrieb er empört an Marin, daß damit die Autorität des Abgeordneten untergraben würde. Brief an Marin vom 1.8.1928 und Brief von Lyautey an de Warren vom 4.8.1928. De Warren konnte schließlich doch durchsetzen, daß er spricht. Ibidem.

waren dabei sozialpolitischer und internationaler Natur, und gerade die *Semaines Sociales* behandelten häufig das Thema der internationalen Aussöhnung z.T. in Gegenwart deutscher Delegierter[311]. Der PDP bemühte sich, die obere Schicht der Arbeiterschaft, z.B. die Vorarbeiter (*contre-maîtres*) und die jungen sozialkatholischen Kräfte einzugliedern und zögerte auch nicht, diese, zum Ausdruck seiner Verhaftung im *peuple*, als Kandidaten in Wahlen auf niederer Ebene antreten zu lassen[312]. Dadurch gelang es der Gruppe um Teitgen, immer mehr katholische Arbeiter und Bauern in die Struktur des PDP einzubinden und sie aus der losen sozialmoralischen Bindung an den Comte de Warren zu lösen[313]. Sozialkatholische Dorfvereine traten teilweise geschlossen in den PDP über und zeigen die Absorptionskraft, die der PDP im katholischen Lager erreicht hatte. Für den Comte de Warren stellte sich hingegen ganz konkret die Frage nach dem Umgang mit dem katholischen Lager, das bisher zu einem Teil seiner Wählerschaft gezählt hatte und sich nun aufzuspalten drohte. Er selbst verstand sich als Kandidat aller „ordnungsliebenden" Elemente[314], der republikanischen wie der katholischen, wollte aber zugleich auch alle Katholiken in seinem Wahlkreis, d.h. konservative wie soziale, repräsentieren. Diese doppelte Scharnierfunktion war für einen FR-Kandidaten nicht gerade einfach zu meistern, vor allem nicht, wenn die Konkurrenz neue Methoden des Wahlkampfes verwendete.

In einer ebenso schwierigen Lage befand sich auch die starke UC von Nancy, die eine Entscheidung zwischen de Warren und Teitgen treffen mußte. De Castelnau hatte als Vorsitzender der FNC angeordnet, daß Fragen der Unterstützung von Wahlkampfkandidaten in der jeweiligen Diözese zu lösen seien, da er genau wußte, daß die Situation der einzelnen Departements zu unterschiedlich für eine nationale Strategie der FNC war. Dies bedeutete, daß die UC von Nancy und der Bischof eine Entscheidung über die Unterstützung von de Warren oder Teit-

---

311 So im August 1927 in Nancy, wo de Warren Marin aufforderte, für die FR bei den *Semaines Sociales* zu sprechen: „La question internationale est délicate à cause des boches, délicate au point de vue national comme au point de vue religieux, nous avons à ce sujet en Lorraine l'épiderme sursible." Brief vom 29.7.1927 an Marin, ibidem.

312 Brief de Warrens an Marin vom 12.6.1928: man liege weit hinter dem PDP in den Konferenzen: „On nous accuse de ne pas assez parler aux gens." Der Bericht über das Auto und die täglichen Konferenzen der PDP vom 1.8.1928: „Ils ont beaucoup d'argent, ils noyautent fort habilement tous les groupements catholiques, même l'Evéché les écoute", in: AN 317, AP 183. De Warren bezeichnete in einem Brief an Marin vom 17.1.1928 den PDP als „parti de jeunes" mit „programme du mysticisme", ibidem. Ganz ähnlich auch der Brief des Chefs des Reservebataillons von Nancy vom 7.11.1927 an Marin, der dem PDP eine starke Aktivität bescheinigte, in: AN 317, AP 20.

313 Im ländlichen Bereich griff der PDP dabei auf die sozialkatholisch engagierten Abbés zurück, die oft den lokalen Bauernverbänden vorsaßen, vgl. de Warren an Marin am 5.2.1927. De Warren mußte, wie er Marin am 31.3.1927 schrieb, schnell feststellen: „Quand nous voudrons former des groupements, nous constaterons que presque tous ceux sur lesquelles nous pouvions compter ont déjà été pris par les Comités démocrates." Ferner konstatierte er: „J'avais 80 jeunes ruraux des mes semaines sociales, réunis par moi, pour visiter l'exposition et les expériences de motoculture [...] dont 10 sont déjà attirés par les démocrates." Brief an Marin vom 1.8.1928. Alle Briefe in: AN 317, AP 183.

314 So hatte er es in einem Treffen mit allen Industriellen des Departements formuliert, Brief an Marin vom 18.11.1927, ibidem.

gen zu fällen hatten, die, ganz gleich wie sie ausfiel, zu einer Spaltung des katholischen Lagers in der Diözese von Nancy geführt hätte[315]. De Warren war zunächst noch optimistisch und vertraute auf seine Freunde im katholischen Lager: „Nos amis catholiques vont organiser une sorte de plébiscite chez les catholiques pour combattre la trahison de Teitgen."[316] Als er aber die solide Bastion Teitgens in der UC von Nancy und deren Machtpotential erkannte, erklärte er sich plötzlich nicht mehr bereit, eine Entscheidung anzuerkennen, die nicht von einem politischen, sondern einem religiösen Gremium getroffen wurde. Er bestand auf einer Lösung der Frage durch die Schiedskommission der großen Parteien in Paris, wo die FR natürlich ein viel größeres Gewicht als der kleine PDP hatte[317]. Selbst der Vorschlag der UC, General de Castelnau, seinen ehemaligen Kollegen in der ERD, als Schiedsrichter zu bestellen, wurde von de Warren nicht akzeptiert: er sei Kandidat der „Union Nationale, c'est à-dire pour tous les électeurs du département, membres ou non de l'Union catholique, catholiques ou non, groupés dans une union patriotique pour le redressement de la France par la famille, le travail, l'épargne, la propriété, le progrès social, la liberté de conscience, l'ordre et la sécurité."[318]

De Warren konnte sich schließlich mit seinem Ansinnen durchsetzen, daß die Schiedskommission aller antikartellistischen Parteien in Paris und nicht die UC von Nancy das letzte Wort haben sollte, nachdem auch General de Castelnau Vermittlungsdienste abgelehnt hatte. Auf Grund des Gewichts der FR mußte der kleinere PDP weichen und Teitgen machte den Weg frei für de Warren, trotz seiner sehr erfolgreichen Kampagne in Nancy. Die Grundproblematik des Umgangs der FR mit dem katholischen Lager, insbesondere mit der besonderen Konstellation FNC – PDP, war damit aber keinesfalls gelöst. Wie in einem Brennglas hatte sie sich vielmehr im Falle de Warren – Teitgen verdichtet und den Protagonisten eingebrannt. Die Strategie der FR, eine Anbindung des katholischen Sozialmilieus zu verfolgen, ohne eine allzu große offizielle Verflechtung mit den katholischen Interessengruppen einzugehen, erwies sich als äußerst problematisch. General de Castelnau selbst hatte dies in einem Brief an de Warren angemahnt: „Il semble que vous vous trouverez là en présence d'un regrettable défaut de liaison avec une organisation catholique dont il serait pueril de méconnaître le valeur moral et l'importance numérique."[319] Die folgende Entwicklung in Lothringen, aber auch in anderen Teilen Frankreichs sah daher auch eine Zuspitzung der Beziehungen zwischen PDP und FR und ein langsames Auseinanderbrechen des katholischen Lagers in einen demokratisch-sozialen und in einen nationalkonservativen Flügel.

---

315 Teitgen war bereits unter dem Protest von de Warren als offizieller Redner der UC aufgetreten. Brief an Marin vom 14.10.1927, ibidem. Erzbischof de la Celle von Nancy hatte das Schiedsgericht den *partis anticartellistes* übertragen wollen, um den Bruch in der UC de Nancy zu verhindern, Brief an de Warren vom 28.12.1927, in: AN 317, AP 170.

316 De Warren an Marin am 16.10.1927, in: AN 317, AP 183.

317 Er bestand sogar auf einer Lösung durch Marin selbst, weil er den Generalsekretär Guiter für zu jung hielt, Brief vom 16.12.1927, ibidem.

318 Brief an die UC de Nancy vom 13.12.1927, vgl. auch Brief an de Castelnau vom 18.12.1927, ibidem.

319 Brief an de Warren vom 17.12.1927, in: AN 317, AP 170.

Der Rückzug Teitgens 1928 blieb nur von kurzer Dauer, und er begann bereits kurz nach den Wahlen erneut, eigene Kantonalwahlkandidaten aufzustellen und die FR-Positionen überall im Departement zu untergraben[320]. Diese allmähliche Unterwanderung des katholischen Lagers durch den PDP führte 1932 bei den Kammerwahlen sogar zu einem Sieg Teitgens über de Warren und damit zum Triumph des modernen Wahlkampfstils der PDP über die Honoratioren der FR[321].

Zusammenfassung

Die Untersuchung der Parteigenese der FR nach dem Kartellsieg 1924 hat gezeigt, daß sie im wesentlichen einem breiten politischen Mobilisierungsschub aller bürgerlich-nationalen Kräfte geschuldet war, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellte. Zum ersten Mal in der französischen Parteiengeschichte entwickelten sich auch bei den bürgerlichen Gruppierungen Lokal- und Departementalverbände, die sehr eng mit der Pariser Zentrale der *Ligue Millerand* verknüft waren. Der Politikstil der *modérés*, der auf dem sozialmoralischen Einfluß der Honoratiorenpolitiker im Wahlkreis basierte, wurde durch das Prinzip der zentralen Organisation, der Strukturierung und der programmatischen Festlegung auf lokaler und nationaler Basis verdrängt und allmählich ersetzt. Als die *Ligue Millerand* auf Grund des latenten inneren Konfliktes um die Laizität paralysiert wurde, gelang es der FR-Führung um Marin und Guiter, die vorhandenen Teilverbände der LRN zu übernehmen und zum Aufbau der eigenen Partei zu nutzen. Dies war der Ursprung der FR als erster großer liberal-konservativer Partei Frankreichs und, wie der Parteivorsitzende Marin 1938 retrospektivisch schrieb, die entscheidende Wendung in der FR-Geschichte nach dem Ersten Weltkrieg[322].

Die gleichzeitig stattfindende Mobilisierung der katholischen Kräfte Frankreichs, die auf der unteren Ebene oft durchaus deckungsgleich mit den bürgerlich-nationalen waren, brachte für die FR die Chance mit sich, den Zugriff auf das katholische Sozialmilieu zu verstärken, ohne selbst die Gruppen der FNC de Castelnaus in sich aufnehmen zu müssen. Man kann daher grundsätzlich von einer inoffiziellen Allianz der FR mit der katholischen FNC in den Jahren 1926–1928

---

320 Vor allem kam es dabei zu einer Konfrontation von Teitgen mit dem „nationalen" Kandidaten Baron de Turckheim, der eng mit den faschistischen Ligen zusammenarbeitete, vgl. Dassonville an de Warren am 28.9.1928, ibidem.

321 De Warren bemühte sich sogar verzweifelt, *La Croix* und Guiraud auf seine Seite zu bringen und schrieb an diesen am 21.10.1931: „Il est dangereux pour nos libertés religieuses, comme pour la France elle-même, que, sous prétexte de faire de la politique du centre, les catholiques, sous le nom de démocrates, s'allient avec des franc-maçons avérés." In: AN 362, AP 149. Auch der Stahlindustrielle de Wendel mußte 1932 gegen einen sozialkatholischen PDP-Kandidaten in seinem Wahlkreis antreten, konnte jedoch gewinnen.

322 „Le premier effort avait été de créer un lien entre tous nos adeptes, qui, en 1924, ne s'étaient pas, depuis plus d'un quart de siècle, groupés hors des éléctions [...]. A l'ensemble des troupes il fallait fournir des directives, des programmes, des solutions cadrant avec leurs instincts d'ordre, de tolérance, de libéralisme, de propriété et d'épargne, de patriotisme etc. [...] et leur donner une doctrine cohérente qui fasse figure de doctrine de parti." Marin an Guiter am 27.7.1938, zitiert nach Jeanneney, de Wendel, S. 442.

sprechen. Der exemplarisch besprochene Fall de Warren – Teitgen hat allerdings auch die möglichen Bruchlinien dieser Konstellation aufgezeigt, die gerade nicht auf einer strukturellen Durchdringung von Partei und katholischer Subgesellschaft aufbaute[323]. Die Verschränkung von religiös-gesellschaftlicher und politischer Ebene war damit aus zwei Gründen unvollkommen. Einerseits konnte die FR nämlich nicht von ihrem Ziel abgehen, alle „nationalen Ordnungskräfte" sammeln zu wollen, d.h. republikanische und katholische gleichermaßen, und scheute deshalb eine direkte Verflechtung mit der FNC und dem katholischen Lager, mit Ausnahme des Verbandes Abbé Bergeys. Zu keiner Zeit hat die FR dieselbe organisatorische Verzahnung mit der katholischen Subgesellschaft erreicht oder erstrebt, wie die „Volksaktion" ALP vor 1914.

Andererseits gehörte das katholische Sozialmilieu als Ganzes zu ihrem traditionellen Wählerstamm und sorgte dafür, daß sie in den Gebieten mit hoher Frömmigkeit besonders starke Bastionen hatte. Die Entstehung einer christlich-demokratischen Partei und die damit verbundene Herauslösung der sozialkatholischen Elemente aus dem katholischen Lager mußte daher die Position der FR unterminieren, zumal der PDP wesentlich direkter mit der katholischen Subgesellschaft vor Ort verbunden war. Die FR wurde immer mehr nur noch für die nationalkonservativen Elemente des Katholizismus attraktiv, nicht mehr aber für die Masse der katholischen Arbeiterschaft und die Jugend. De Warren hatte weitsichtig schon 1927 erkannt, daß darin die eigentliche Schwäche seiner Position lag: Gegen das Sozialprogramm des PDP und seine modernen Wahlkampfmethoden war seine nationalistische und antikommunistische Propaganda machtlos, und auch die Unterstützung der nationalkatholischen Elemente in der UC von Nancy beschleunigte eher die Spaltung im katholischen Lager, als de Warren zu helfen: „Les démocrates, [...] tous catholiques pratiquants [...] affichent et pratiquent sincèrement un libéralisme de bon aloi et possèdent un programme social, qui, bien qu'un peu démagogique, leur attire bien des sympathies dans la masse, qui, entre nous, se soucie peu du communisme."[324] Nationalismus und Antikommunismus als wesentliche Teile einer „eigenen" politischen Kultur der liberal-konservativen FR hatten also bei weitem nicht den erhofften Effekt auf die katholische Wählerbasis.

Obwohl das doppeldeutige Verhältnis der FR zum katholischen Lager, insbesondere der FNC, bei den Wahlen 1928 noch keine großen Auswirkungen auf den Erfolg der FR/URD hatte, sollte es sich doch in den 1930er Jahren als zunehmend problematisch erweisen. Der Versuch, als eine Art nationaler Bürgerblock die katholischen Elemente anzusprechen, ohne eine zu enge Verbindung mit deren vorpolitischen Strukturen einzugehen, stieß auf Widerstand. Insbesondere die Aufspaltung des katholischen Lagers selbst in christlich-demokratische, nationalkonservative und monarchistische Elemente sollte sich als eine Ursache des schwindenden Einflusses der FR im katholischen Sozialmilieu erweisen. Eben

---

[323] In anderen Fällen, z.B. dem Konflikt zwischen dem PDP-Kandidaten Pezet und dem Royalisten de Chabannes in Morbihan, unterstützte die FR aber ohne Umschweife den PDP, vgl. den Brief Pezets an die *délegués républicains nationaux, libéraux et démocrates* vom 18.3.1928, in: AFNSP, PE 4, Dossier 1.

[324] Briefe an Marin vom 31.3.1927 und 15.6.1927, in: AN 317, AP 183.

weil die FR niemals zu einem „politischen Aktionsausschuß" der Katholiken wie das deutsche Zentrum avancierte, sondern immer ihren bürgerlich-nationalen Charakter über die Glaubensinhalte stellte, verlor sie an Boden in den katholischen Gebieten, die lieber einem dezidierten Katholiken des PDP ihre Stimme gaben. Die christlichen Demokraten des PDP hingegen begannen einen langsamen Siegeszug, der sie nach mehreren Windungen und Brüchen nach 1945 zur stärksten nicht-sozialistischen Partei, der MRP, machen sollte. Sie profitierten dabei insbesondere von ihrer direkten Anknüpfung und Verbindung mit den Strukturen des Sozialkatholizismus, dessen untere Trägerschichten sie an der politischen Macht partizipieren ließen, anders als die immer noch sehr dem honoratiorenpolitischen Verständnis verhaftete FR, die unter Marins Führung auf halbem Weg von der Honoratiorenpartei zur Mitgliederpartei stehen geblieben war.

3. Zwischen Kooperation und Opposition: Die FR/URD in der *Union Nationale* 1926–1928

Das folgende Kapitel will sich nun der Frage widmen, wie sich das Zusammenspiel von parlamentarischer Fraktion (URD) und Partei (FR) vom Juli 1926 bis zu den Kammerwahlen im Mai 1928 gestaltet hat. Der besondere Fokus soll dabei auf dem Verhältnis zwischen Parteilinie bzw. Parteibeschluß und parlamentarischer Praxis liegen und somit zeigen, ob man bei FR/URD von einer politischen Partei modernen Zuschnitts, d.h. mit einer besonders engen Verbindung von Fraktion und Partei, sprechen kann, oder ob sich das honoratiorenpolitische Verhaltensmuster der *modérés* – ohne Fraktionsdisziplin – fortgesetzt hat. Der Zeitraum zwischen Juli 1926 und Mai 1928 wurde aus zwei Gründen gewählt. Erstens war im Sommer 1926 die erste Gründungswelle der FR-Departementalverbände erfolgreich abgeschlossen, d.h. die FR befand sich auf dem besten Wege, der liberal-konservativen Fraktion URD eine permanente Parteiorganisation an die Seite zu stellen. Zweitens war am 21. Juli 1926 die letzte Regierung des Linkskartells zurückgetreten und hatte einer großen Regierung der *Union Nationale* unter Poincaré Platz gemacht. Der andauernde Fall des *Franc* und die unüberbrückbare Differenz zwischen dem radikalen Finanzminister Caillaux und den Sozialisten hatten das Linkskartell zersetzt und schließlich einer der *Union sacrée* nachempfundenen Regierung aller bürgerlichen Kräfte, von den Radikalen bis zur URD, den Weg geebnet[325]. Als Gegengewicht zu den linken Vertretern in der Regierung (Herriot, Briand) wählte Poincaré den FR/URD-Vorsitzenden Louis Marin als Minister für Pensionen aus, nicht zuletzt um sich selbst damit eine schiedsrichterliche Rolle zwischen rechts und links zukommen zu lassen. Louis Marin stand damit vor der großen Herausforderung, daß er einerseits FR/URD auf ein klares Programm festlegen wollte, daß er aber andererseits in der großen Koalition zu Kompromissen in vielen Dingen gezwungen sein sollte, die dem FR-Programm widersprachen. Diese Balance zwischen Kooperation und Opposition wird an-

[325] Vgl. für das Krisenverhalten in der Kammer während der Inflationszeit Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus, S. 425–500.

hand der Debatte um Briands Außenpolitik, der Wahlrechtsreform und der Vorbereitung auf die Wahlen 1928 erörtert werden.

Briands Verständigungspolitik, die Wahlrechtsreform und die Aporie des Louis Marin

Als Louis Marin der Regierung Poincaré als Pensionsminister beitrat, konnte er bereits auf eine 23-jährige parlamentarische Karriere zurückblicken und hatte sich durch seinen Arbeitseifer und seinen Fleiß zumindest den Respekt, wenn auch nicht die Bewunderung vieler Parlamentarier erworben. Zudem hatte er mit dem Sekretär der Gruppe URD, seinem alten lothringischen Freund Edouard de Warren, die Fraktion zu koordinieren versucht und damit den Charakter dessen, was man zeitgenössisch unter *modéré* verstand, verändert. Wie der oben erwähnte Bruch mit dem FR-Abgeordneten Bonnevay im Mai 1926 illustriert, verlangte Marin eine Unterordnung der Parlamentarier der URD unter das vom Parteitag der FR beschlossene Programm, um somit ein konzertiertes Vorgehen der URD gegen die sehr diszipliniert auftretenden Sozialisten und Radikalen zu ermöglichen. Er beschnitt damit die einem honoratiorenpolitischen Verständnis innewohnende Entscheidungsfreiheit des Abgeordneten und wurde von Bonnevay deshalb als „autoritär" kritisiert[326]. Ein *modéré* war, in den Augen de Warrens und Marins, nicht mehr nur ein undefinierbarer „nicht-radikaler" Abgeordneter, der im losen Verband mit Gleichgesinnten *ad-hoc*-Mehrheiten beschaffte[327], sondern ein an ein politisches Programm gebundener Abgeordneter einer konservativen Fraktion, der daher auch besser gleich als „républicain national" bezeichnet würde[328].

„Fraktionsdisziplin" in einem modernen Sinne war freilich im französischen Parlamentarismus der 1920er Jahre ein unbekanntes Wort, und so meinte der Anspruch Marins auch nicht den Gehorsam des einzelnen und der Fraktion gegenüber ihrem Vorsitzenden, sondern lediglich die Befolgung des verabschiedeten FR-Programms, im Zweifelsfall auch gegen die eigene Auffassung. Um diesen Prozeß zu forcieren, hatte Marin 1924 zum ersten Mal ein eigenes Sekretariat der URD mit thematischen Kommissionen und einem Dokumentationszentrum eingerichtet[329]. Ein neunseitiges Satzungsprotokoll legte zudem wöchentliche Treffen und Berichte der URD fest und verlangte in kritischen Fragen eine Vorabstim-

---

[326] Die Debatte in *La Nation* vom 1.5., 15.5. und 21.5. 1926, sowie ein Dossier in: AN 317, AP 75.

[327] So hatte es der Comte de Fels in der *Revue de Paris* vom 15. Januar 1928 behauptet.

[328] Vgl. die Kritik de Warrens an dem Artikel von de Fels in einem Brief an Marin vom Februar 1928, in: AN 317, AP 183, und den Artikel von Jacques Bardoux im *Echo de Paris* vom 6.1.1926 über die Organisation der *modérés*: er fordert eine „armature électorale" durch Jugend- und Propagandaabteilungen in starken regionalen Verbänden wie im *Plateau Central*: Die FR sei immer noch zu parlamentslastig.

[329] Brief de Warrens an Marin vom 23.6.1924. Die Koordinierung zwischen Parteiprogramm und Fraktionsprogramm sollte der Abgeordnete Poitou-Duplessy übernehmen. Es gab folgende acht Kommissionen: *Défense Nationale, Economie Nationale, Enseignement, Action sociale, Communications, Finances, Extérieure, Elsaß-Lothringen*, Brief in: AN 317, AP 85. Ein ausführlicher Bericht auch im *Journal des Débats* vom 15.5.1925.

mung der Gruppe und die Aufzeichnung der Voten[330]. Von einem Zwang oder gar einem drohenden Ausschlußverfahren bei „falscher" Abstimmung ist nirgendwo die Rede, aber natürlich bedeuteten diese Schritte eine wichtige Veränderung im Hinblick auf die Tradition des französischen Parlamentarismus, gerade auch wenn man sie mit der unkoordinierten Struktur vergleicht, die die ERD noch charakterisiert hatte.

Die Ordnung der Fraktion erwies sich im ersten Jahr der Kartellregierung als besonders erfolgreich, und Marin rühmte sich im Dezember 1924, daß seine Fraktion die höchste Homogenität aller Gruppen in Abstimmungen habe und nur stets einen Redner auf das Podium entsende[331]. Je mehr sich aber die Sozialisten in finanzpolitischen Fragen von den „bürgerlichen" Radikalen distanzierten und der Finanzminister Caillaux mit orthodox-liberalen Mitteln die Inflation des Francs zu bekämpfen suchte, um so mehr fühlten sich gerade die wirtschaftsliberalen Kräfte der URD um de Lasteyrie, Plichon, Lefebvre du Prey und de Tinguy dazu veranlaßt, Caillaux von Fall zu Fall zu unterstützen. Sie widersprachen damit dem FR-Programm, das eindeutig eine strikte Opposition bis zum Sturz des Linkskartells verlangte, und im übrigen auch dem Kurs Marins und de Wendels[332]. In der entscheidenden Abstimmung zu den Finanzprojekten Caillaux' am 10. Juli 1926 teilte sich daher auch die URD in 32 Pro- und 60 Contrastimmen, trotz aller verzweifelten Versuche Marins, die Fraktion zusammenzuhalten. Kurz darauf verbreiteten sich sogar Gerüchte über eine Spaltung der URD in einen wirtschaftsliberalen und einen nationalkonservativen Flügel[333]. In der parlamentarischen Praxis war Marins Ordnungsstrategie also bei weitem nicht so erfolgreich, wie er es sich versprochen hatte.

Dieses Verhalten offenbarte sich im übrigen nicht nur auf finanzpolitischem, sondern auch auf außenpolitischem Gebiet. Die Zeit des Linkskartells von 1924 bis 1926 war von einem erheblichen Wandel der französischen Außenpolitik gekennzeichnet gewesen, die im wesentlichen mit dem Namen Aristide Briand verbunden ist. Die strikte Exekutionspolitik der Regierungen des *Bloc National* gegenüber Deutschland wich einer Politik der Verständigung und Entspannung, die

---

330 Das Satzungsprotokoll ibidem, v.a. die § II.1.c.a und I.2.1.b. Vgl. auch den Brief des elsässischen Abgeordneten Pfleger an Marin vom Juni 1924: „Je suis décidé de ne plus faire partie d'un groupe comme l'ERD où la débandade arrivait fatalement chaque foi qu'une bataille sérieuse devait être livrée. Il faudra agir dorénavant et ne pas se contester de parler." In: AN 317, AP 239.

331 Das „Mit-einer-Stimme"-Sprechen kann im französischen Parlamentarismus als gutes Zeichen innerer Kohärenz gelten, vgl. *Bulletin de la FR* vom Dezember 1924.

332 Für die Aktion des Stahlindustriellen und *Régent* der *Banque de France* de Wendel vgl. Jeanneney, de Wendel, S. 200–316. Die unterschiedliche Haltung der URD vermerkt auch ein Bericht der *sûreté* vom 15. 1. 1926 und 31. 3. 1926, in: AN, F/7 12954.

333 „Entre ceux qui mettent les susceptibilités nationales, notamment à propos des dettes interalliées et des crédits extérieurs, au-dessus de la défense immédiate contre le socialisme, et ceux qu'obsède la menace socialiste". Le Figaro vom 12. 7. 1926, zitiert nach Jeanneney, de Wendel, S. 309. Für die Spaltungsgerüchte vgl. die Berichte vom 19. und 20. 7. 1926, in: AN, F/7 12954, die von vielen Austritten und einer neuen Gruppe der *Progressisten* berichtet. Auch Isaac kritisierte die obstruktive Oppositionsrolle Marins: „Il aurait mieux fait de se borner à s'abstenir [...]. Cet abus des crises ministérielles me paraît très dangereux." Eintrag vom 18. 7. 1926, Carnets, S. 425.

im Vertrag von Locarno ihren ersten Höhepunkt fand. Mit Briand und seinem deutschen Widerpart Stresemann schien eine neue Zeit der deutsch-französischen Beziehungen angebrochen zu sein, die den Weltkrieg nicht nur faktisch, sondern auch in den Köpfen der Regierenden beendet hatte[334]. Die Verständigungspolitik Briands widersprach jedoch den nationalistischen Vorstellungen der URD, zu deren ideologischen Konsens, wie wir gesehen hatten, eine strikte Beharrung auf der hegemonialen Position Frankreichs durch den Versailler Vertag gehörte. Der Triumph des Krieges hatte eine innere Aussöhnung der Katholiken mit der Republik möglich gemacht, sein Ergebnis mußte daher so lange wie möglich aufrechterhalten bleiben, da es einen Pfeiler für den Konsens innerhalb der liberal-konservativen Sammlung bildete. Gleichwohl hatte das Vertragswerk von Locarno nicht zu einer einhelligen Ablehnung seitens der URD geführt, sondern vielmehr zu deren Spaltung in der Schlußabstimmung am 26. Februar 1926: ein 28-Stimmen starker nationalistischer Flügel um Marin stimmte dagegen, ein 23 Stimmen starker „briandistischer" Flügel um Bonnefous dafür, und 47 enthielten sich[335]. Diejenigen URD-Abgeordneten, die international ausgehandelte Verträge aus Gründen der Staatsräson und zur Demonstration der inneren Einheit aus Prinzip mittrugen, stimmten also in der Schlußabstimmung über den Locarno-Vertrag schweren Herzens mit der Regierung Briand.

Wie erklärt sich nun dieses Verhalten der URD, die doch gemäß ihrem Parteiprogramm und ihren nationalistischen Grundüberzeugungen hätte geschlossen dagegen stimmen müssen? Wenn man sich die Liste der Abgeordneten anschaut, die für den Vertrag von Locarno gestimmt haben, so sind mit Bonnefous und de Lasteyrie zwei renommierte Persönlichkeiten der FR-Führung darunter, die in ihren Grundüberzeugungen nicht viel anders dachten als Louis Marin, und die maßgeblich das FR-Programm mitgestaltet hatten. Die Divergenz ihres Votums von dem des Parteivorsitzenden erklärt sich daher nicht aus einer prinzipiellen inhaltlichen Differenz, sondern ist einer unterschiedlichen Vorstellung von parlamentarischem Verhalten geschuldet. Der „briandistische" Flügel um Bonnefous und de Lasteyrie, der außer den liberalen Katholiken Pernot und Duval-Arnould nur über wenige Verständigungspolitiker verfügte, hatte auf Grund politischer Opportunität für den Außenminister gestimmt, sowie auch in den 1880er Jahren die sogenannten Opportunisten, und ihre Nachfolger, die *Progressisten*, gerade in außenpolitischen Fragen oft mit einer linken Regierung gestimmt hatten. Neben Motiven der persönlichen Anbiederung und der Karrieremöglichkeiten, die niemals vergessen werden dürfen, war es vor allem das Gebot der nationalen Einheit im internationalen Auftreten, daß die „Briandisten" zu ihrem Votum veranlaßte[336]. Sie stellten mithin die Staatsräson, im Sinne einer geschlossenen Haltung in

---

[334] Aus der abundanten Literatur vgl. Bariéty, Der Versuch der europäischen Befriedung, S. 32–63, Jacobson, Locarno Diplomacy, Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Hagspiel, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, Wurm, Die französische Sicherheitspolitik, und Duroselle, The Spirit of Locarno.

[335] Die Abstimmungsergebnisse und die Debatten bei Hagspiel, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, S. 270, und Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 244.

[336] So betont es die *République Française* vom 27. 2. 1926 und kritisiert Marins Intransigenz. Eine ganz ähnliche Haltung nahm auch René Pinon bei der RDDM ein, der erklärte,

der Außenpolitik, vor eine Oppositionsräson, die die URD als eigenständiges Gegengewicht zum Linkskartell verankert hätte. Ihr Verhalten war das eines typischen *modéré*, bei dem mit Sicherheit parlamentarische Handlungsformen der Vorkriegszeit nachwirkten, weil schon damals die *Progressisten*, die ja als „anticombistische" Opposition angetreten waren, immer öfter mit den radikalen Regierungen stimmten und dem katholischen Lager die alleinige Oppositionsrolle überließen[337].

Unter diesen Vorraussetzungen eines relativ instabilen Gruppenverhaltens der URD trat ihr Vorsitzender Louis Marin im Juli 1926 in die Regierung Poincaré ein, nicht, wie de Warren gehofft hatte, in das wichtige Amt des Kriegsministers, sondern als eher unbedeutender Pensionsminister[338]. Angesichts der notwendigen finanzpolitischen Sanierungsmaßnahmen wechselte der nationalistische Flügel um Marin aus der Oppositionsrolle in die Koalitionsrolle und unterstützte die Regierung Poincaré ohne Vorbehalte[339]. Obwohl ein großer Teil der URD um Marin und de Wendel zu den sogenannten *révalorisateurs* gehört hatte, die eine frühzeitige Stabilisierung des stärker werdenden *Francs* ablehnten, stimmte die URD doch mit 97 Stimmen für die Stabilisierungsmaßnahmen Poincarés und gegen ihre eigene Überzeugung[340]. Dieser Schritt ist um so bemerkenswerter, als die liberal-konservative URD-Fraktion der aus den Reihen der rechten Ligen erfolgten Mobilisation der Straßen weder nachgab noch auf eine Auflösung der

---

daß er nur „schweren Herzens" zustimmen könne, vgl. *Chronique de la Quinzaine*, in: RDDM vom 1.2.1926, S.710–720, und RDDM vom 15.7.1926, S.469–480. Die Haltung Marins führte sogar zu einem Austritt des URD-Abgeordneten Peyroux und seines FR-Verbandes in Elbeuf aus der FR.

337 Als Marin beim Sturz der Regierung Briand-Caillaux im Juli 1926 beteiligt war, empörte sich dieser linke Flügel erneut. Es traten viele gemäßigte Provinzvertreter aus und es gingen Gerüchte in Paris um, daß sich wieder ein eigener *groupe progressiste* konstituieren könne, Bericht vom 20.7.1926, in: AN, F/7 12954.

338 Vgl. Brief de Warrens an Marin, zitiert nach Jeanneney, de Wendel, S.397. So beschwert sich auch die URD-Führung 1927 über die proportionale Unterrepräsentation im Kabinett, vgl. das Sitzungsprotokoll in: AN 317, AP 74. Marin wurde wohl auch deshalb zum Pensionsminister ernannt, weil er in den anstehenden Abstimmungen über die interalliierten Schulden auf die Veteranenverbände beruhigend wirken konnte. Auch an de la Rochefoucauld schrieb de Warren am 17.7.1926: „Marin a bien du mal dans cette équipe ministerielle. Bokanowski nous a complètement laché et Tardieu près que autant." In: AN 142, AP 14.

339 Vor allem die Abschaffung von 100 Unterpräfekturen, 150 staatlichen Steuerbüros und 700 anderer Behördenstellen kann als ein Entgegenkommen an die URD-Fraktion gewertet werden, deren Antietatismus, wie wir gesehen hatten, ja wesentlich zu ihrem Programm gehörte. Bedenken gab es lediglich von manchen Katholiken wie Desjardins gegenüber Innenminister Sarraut, der z.B. in der Aisne die Freimaurerlogen unterstützte und am Karfreitag antikatholische Prozessionen erlaubte, vgl. Brief Desjardins an Marin vom 1.8.1926, in: AN 317, AP 234. Freudig hat man das Pensionsministerium gleichwohl nicht begrüßt: Jules Dassonville (*Presse Régionale*) schrieb an de la Rochefoucauld am 24.7.1926: „Chez nos amis de la FR, il n'y a pas eu d'emballement pour l'acceptation par M. Marin du petit ministère de pensions." De la Rochefoucauld selbst kritisierte den Eintritt Marins in die große Koalition, Brief an Dassonville vom 10.8.1926, beide Briefe in: AN 142, AP 14.

340 Für die Debatte zwischen *révalisateurs* und *stabilisateurs* in der URD vgl. Jeanneney, de Wendel, S.342f.

Kammer drängte, sondern das dem Parlamentarismus inhärente Spiel des Wechsels der Mehrheiten „mitspielte" und Regierungsverantwortung übernahm[341]. Wie jüngste wirtschaftsgeschichtliche Untersuchungen ergeben haben, gab dieses Votum der URD für die *de-facto*-Stabilisierung des *Franc* einen entscheidenden Ausschlag für die Rückkehr des finanzpolitischen Vertrauens im In- und Ausland[342]. Auch in der Außenpolitik mußte die URD einige ihrer Grundprinzipien aufgeben und tolerierte den zweiten Höhepunkt der Verständigungspolitik Briands im Herbst 1926, der durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund (8. September 1926) und die sogenannten Thoiry-Gespräche (17. September 1926) charakterisiert war. Die URD bewies daher als größte Fraktion der parlamentarischen Rechten in Frankreich nicht nur ein hohes Maß an innerer Disziplin, sondern auch an Systemtreue. Während in Deutschland zur gleichen Zeit die parlamentarische Rechte der DNVP derartige Krisenlagen der bürgerlichen Koalition ausnutzte, um ihre Systemfeindlichkeit zum Ausdruck zu bringen oder eine prinzipielle Oppositionspolitik zu betreiben[343], ließ sich die URD samt ihres rechten Flügels in eine große Regierungskoalition einbinden und trug so zur Stabilisierung des Systems bei. Sie führte mit anderen Worten das bereits 1919–1924 eingeübte Handlungsmuster fort, wonach pragmatische Kompromißfindung und Bereitschaft zur Verantwortung höher geschätzt wurden als die durchaus leichtere Flucht in eine ideologische Obstruktion. Marin brachte diese Haltung 1927 auf den Punkt: „Nous ne partageons pas pratiquement le pouvoir, le sacrifice que nous faisons au pays est de n'en connaître que les responsabilités."[344]

Die Einbindung der gesamten URD in die Regierung Poincaré war also eine der wesentlichen Leistungen Marins in der zweiten Jahreshälfte 1926, wobei er oft gegen seine persönliche Überzeugung handelte. Die Problematik bestand für Marin aber nicht nur darin, daß er seine Prinzipien aufgeben mußte, sondern daß auch die gerade von ihm geschaffene Parteistruktur ihre Konturen verlor. Entgegen der programmatischen Beschlüsse und vieler Reden trug die URD als parlamentarische Fraktion eine Regierungspolitik mit, die dem widersprach, was die FR auf den verschiedenen Konferenzen zur Mitgliederwerbung propagiert hatte[345]. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß Marin mehrmals mit Demission gegenüber Poincaré drohte, und jener, in großer Verbitterung, die URD

---

[341] Beim Sturz der letzten Kartell-Regierung Herriot II am 21.7.1926 hatten sich über 2000 Mitglieder der AF, des *Faisceau* und der *Jeunesses patriotes* unter Taittinger vor der Kammer versammelt und die Abgeordneten beschimpft. Die meisten URD-Politiker hielten sich von einer derartigen Agitation aber fern. Zum Hintergrund vgl. Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus, S. 494f.

[342] Vgl. Mouré, The Gold Standard Illusion. France, S. 108ff. Dieser *de-facto*-Stabilisierung folgte am 25.6.1928 die Stabilisierung *de iure*, der trotz der Bedenken de Wendels und Marins 78 der 102 URD-Abgeordneten zustimmten.

[343] Vgl. Stürmer, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik, S. 144ff., 190–196, 225f. und 249–254.

[344] Vgl. das Sitzungsprotokoll (wie in Anm. 338) der URD, in: AN 317, AP 74.

[345] Die volle Wiederaufwertung des *Franc* und eine chauvinistische Außenpolitik waren beliebte Themen beim nationalistisch-kleinbürgerlichen Publikum während der Konferenzserie gewesen.

gar als „gens du 16 mai", also als Konterrevolutionäre, bezeichnete[346]. Marin und die Parteiführung der FR konnten nicht umhin, der FR wieder eine eigene Gestalt zu geben, die sie einerseits von den anderen Gruppierungen der großen Koalition unterschied, und die andererseits auch wieder stärker am Parteiprogramm orientiert war. Der Vorsitzende des FR-Departementalverbandes Dordogne, Commandant Comte, warnte sogar davor, daß, wenn man weiter alle Regierungsbeschlüsse mittrage und keine „impression de force et de volonté" mache, die Basis zu den Extremisten überlaufen würde: „Les populations rurales [...] iraient, en masses nombreuses, à l'AF, au Faisceau, au Communisme [...]."[347]

Die erste Reaktion Marins auf die Kritik aus den eigenen Reihen war eine Rede auf dem FR-Kongreß im November 1926, in der er die Radikalen, die ja mit ihm in der Koalition saßen, scharf attackierte. Sie hätten nicht nur durch ihre katastrophale Politik Frankreich an den Rand des Abgrunds gebracht und würden mit Hilfe ihrer Positionen in der öffentlichen Verwaltung eine „sektiererische" Politik betreiben, sondern bereiteten auch für die nächsten Senatswahlen im Januar 1927 Koalitionen mit den Sozialisten vor, obgleich sie doch an der Regierung der *Union Nationale* partizipierten[348]. Marin hatte damit deutlich gemacht, daß sich die FR weiterhin als antikartellistische Fraktion verstand, die sich von den Radikalen distanzierte, auch wenn diese in der gleichen Regierung saßen. Die Reaktionen der Presse und der Radikalen auf diese Rede waren um so heftiger, weil Marin auf geschickte Weise seinen Finger in eine Wunde gelegt hatte, die die Radikalen seit längerem plagte. Vor allem in den industrialisierten Gebieten des Nordens oder des Pariser Beckens (v.a. Seine-et-Oise) sahen diese sich einer starken sozialistischen Arbeiterbewegung gegenüber und waren uneins, ob sie als bürgerliche Linksrepublikaner mit dieser Bewegung koalieren konnten oder nicht[349]. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung fühlten sich die Radikalen düpiert und beschwerten sich bei Poincaré über das Verhalten Marins. Poincaré hingegen verwies in einer ganz eigenen Politikauffassung darauf, daß Marin nicht im Namen der

---

[346] Rücktrittsgerüchte am 22.9.1926 und 12.10.1926, vgl. AN, F/7 12954. Der aufgebrachte Kommentar Poincarés, der über François-Poncet de Wendel mitgeteilt wurde, ist ausführlich zitiert in: Jeanneney, de Wendel, S.364.

[347] Brief an Guiter von 1927 (undatiert), in: AN 317, AP 73. Ebenso ein Brief von Maurice Bovet von der *Action Républicaine Nationale* vom 18.8.1926, ibidem. Besonders unbeliebt war auch die Erhöhung der Diäten Ende 1926 gewesen.

[348] Selbst der Vorgänger Marins, Isaac, war über den harschen Ton, die „language aussi violent" Marins überrascht. Auf englisch fügte er in seinem Tagebuch hinzu: „Things might be said otherwise". Eintrag vom 18.11.1926, Carnets, S.435.

[349] Diese innere Aufreibung des Radikalismus zwischen den Fronten des Bürgertums und der Arbeiterklasse, die den ganzen europäischen Liberalismus im Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft erfaßte, bestimmte die radikale Partei in der Zwischenkriegszeit. Der national-bürgerliche Flügel wurde repräsentiert von Franklin-Bouillon, der linke von Daladier. Herriot versuchte teilweise vergebens die mittlere Linie zu fahren. Die Radikalen-Gruppen von Seine-et-Oise und dem Nord hatten sich im Herbst 1926 gespalten, vgl. Pinon, Chronique de la Quinzaine, in: RDDM vom 1.12.1926, S.713. Der Parteikongreß der Radikalen im Oktober 1927 verlief unter heftigen internen Spannungen und führte zum Parteiaustritt des ehemaligen Vorsitzenden Franklin-Bouillon, vgl. Berstein, Parti radical, S.25ff. und 42–49.

Regierung, sondern als Privatperson gesprochen habe[350]. Trotz der folgenden Irritationen war es Marin also gelungen, der FR wieder eine eigene „anti-radikale" Kontur zu verleihen, nicht nur, weil er sich taktisch von den Radikalen distanziert, sondern weil er damit auch den Unterschied zur benachbarten AD deutlich gemacht hatte, die den Radikalen einen Wahlpakt für die Senatswahlen 1927 angeboten hatte[351].

Jenseits von Parteitaktik und Koalitionsaussagen spielten im Jahr 1927 aber die großen politischen Leitwerte, ja die politische Kultur der FR als liberal-konservativer Sammlung eine viel bedeutendere Rolle in der Entscheidung zwischen Koalitionsdisziplin und Oppositionsrolle. Mit dem Gespräch von Thoiry am 17. September 1926 zwischen Stresemann und Briand, wo letzterer angeblich eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes in Aussicht gestellt haben soll, hatte Briand den Zenit seiner Verständigungspolitik überschritten und war deutlich über das hinausgegangen, was die Regierung Poincaré zu ertragen bereit war[352]. Vor allem Marin kündigte ohne Umschweife an, daß er und seine 100 Abgeordnete starke Gruppe die Regierung der *Union Nationale* nicht mehr unterstützen würde, wenn auch nur die Diskussion über eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes aufkäme[353]. Marin hatte damit deutlich gemacht, wie weit seine Kompromißbereitschaft ging und daß er im Zweifelsfalle nun auch bereit sei, eine „nationale Opposition" zu bilden. Vor eine ähnliche Entscheidung sollte er auch kurz darauf gestellt werden, als mit der Frage der interalliierten Schulden (I) und der Wahlrechtsform (II) zwei Kernelemente des FR-Programmes bzw. ihrer politischen Grundwerte in der großen Koalition debattiert wurden.

(I) Bei den interalliierten Schulden handelte es sich um Kredite, die der französische Staat während des Ersten Weltkriegs bei den Nationalbanken Großbritanniens und der USA aufgenommen hatte, und die nun in den 1920er Jahren zurückzuzahlen waren. In den sogenannten Verträgen von London und Washington (29. April 1926) wurden die zu zahlende Summe und die jährlichen Raten festgeschrieben und die Rückzahlung formell besiegelt. Der Vertrag mußte nur noch von den jeweiligen Parlamenten gegengezeichnet werden. Die Brisanz dieser Abmachung bestand nun nicht nur ihn ihrem materiellen Wert, der sich mit über 6 Milliarden *Francs*, die an Washington zu zahlen waren, auf ein gutes Siebtel des Gesamthaushaltes Frankreichs von 1926 belief[354], sondern in ihrem ideellen Charakter. Gerade in den Reihen der URD/FR war ja, wie wir gesehen hatten, die

---

[350] Die Rede Marins wurde in allen Tageszeitungen debattiert, und sogar die RDDM, die sich so gut wie nie mit Parteikongressen befaßte, berichtete darüber (RDDM vom 1.12.1926, S.710ff.). Vgl. auch den Polizeibericht am 18.11.1926 in: AN, F/7 12954. Für weitere Kritik an den Radikalen und den Freimaurern vgl. *La Nation* vom 8.1.1927 und 22.1.1927.

[351] Über die Gespaltenheit der AD zwischen linkem und rechtem Kurs vgl. Grüner, Paul Reynaud, S.124ff.

[352] Zum Hintergrund vgl. Jacobson/Walker, The Impulse for a Franco-German Entente, und für die französischen Reaktionen Hagspiel, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, S.316ff.

[353] So ein Bericht vom 5.1.1927, in: AN, F/7 12955.

[354] Die auf 62 Jahre zu zahlenden Raten lagen natürlich wesentlich niedriger, bei 30-35 Millionen *Francs*, vgl. grundlegend Artaud, La question des dettes interalliées.

Auffassung verbreitet, Frankreich sei seiner weltgeschichtlichen Mission zum Sieg von „Recht und Gerechtigkeit" im Ersten Weltkrieg besonders nachgekommen und habe dies im Interesse der ganzen Menschheit mit hohem Blutzoll bezahlt. Insofern seien die „Schulden" mehr als abgegolten und der amerikanische Finanzkapitalismus, man sprach des öfteren vom *Shylock*, müsse seine materiellen Interessen hinter dieses moralische Guthaben zurückstellen[355]. Besonders heftig wurde aber in den Reihen der FR die Tatsache kritisiert, daß die amerikanische Regierung kein Junktim zwischen dem Zahlungseingang der deutschen Reparationen und der Überweisung der französischen Tilgungen zulassen wollte. Bei einem Bankrott des deutschen Reiches, so die Argumentation, müßte daher der französische Steuerzahler auch allein die Zahlungen aufbringen. Moralisch sei damit das Kriegsergebnis auf den Kopf gestellt, denn nachdem die Franzosen bereits die Hauptlast des Krieges getragen hätten, müßten sie nun auch noch die Hauptlast der Schulden tragen[356].

Die Argumentation der FR fiel im gesamten bürgerlichen Lager Frankreichs auf fruchtbaren Boden und auch der größte konservative Veteranenbund UNC, der sich sonst dezidiert von politischen Parteien fernhielt, scheute sich nicht, mit Marin und der FR gemeinsame Kampagnen gegen den Vertrag von Washington zu unternehmen[357]. Obwohl viele in der Regierung Poincaré sicherlich ähnlich dachten, erkannten sie doch auch die Gefahr, die in einer Nichtratifizierung des Vertrages lag. Gerade der „moderne" Konservative Tardieu, der lange in den USA gelebt hatte, drängte als Minister für öffentliche Arbeiten auf eine schnelle Ratifizierung, da nur so die USA weiterhin in finanzpolitischen und internationalen Fragen an der Seite Frankreichs gehalten werden könnten[358]. Differenzen in der Regierung konnten daher auch nicht ausbleiben: Poincaré geriet mit Marin nach dem oben zitierten Artikel von *La Nation* gegen die Ratifizierung heftig aneinander. Kurz zuvor hatten sich auch schon François de Wendel und der Herausgeber des gemäßigt liberalen *Journal des Débats*, Etienne de Nalèche, in dieser Frage zerstritten und ihre Freundschaft beendet[359]. Der Riß über das weitere Procedere in der Debatte um die interalliierten Schulden lief also mitten durch die parlamentarische Rechte hindurch und bedrohte die Regierung der *Union Nationale* ernsthaft. Als Poincaré ohne parlamentarische Ratifizierung des Vertrages von Washington erste Überweisungen an die USA in den Haushalt des Jahres 1927 eintragen ließ, kam es zu einer Interpellation des URD-Abgeordneten Louis Dubois in der Kammer, der Poincaré vehement kritisierte. Zwar verteidigte der sich mit dem

---

355 Vgl. Marins Rede am 21.1.1925 in der Kammer, die als Broschüre 1925 vom *Comité Dupleix* veröffentlicht wurde.

356 Vgl. *La Nation* vom 1.10.1926.

357 Vgl. Prost, Les Anciens Combattants, Bd.1, S.99–100, 120–121 und 148, und den Beschluß der UNC von 1927, wo postuliert wurde: „Se défendre contre l'emprise étrangère [...] prendre des mésures énergiques en vue de la révalorisation du Franc." Die Ähnlichkeit mit der Position Marins ist frappierend, der Beschluß als Zeichen der Kooperation in: AN 317, AP 249.

358 Vgl. Monnet, Refaire la République, S.99–101, 105ff. Ähnlich auch die RDDM vom 15.7.1926, S.469–480.

359 So ein Bericht vom 12.10.1926, in: AN, F/7 13954, zu de Nalèche vgl. Jeanenney, de Wendel, S.358.

Verweis darauf, daß eine Änderung des Vertrages von Washington auch jetzt noch möglich sei, stellte aber, um die URD zu prüfen, die Vertrauensfrage. Resigniert stimmte die URD mit der Mehrheit für eine Hinnahme der ersten Zahlungen und bestätigte damit faktisch den Vertrag von Washington – gegen ihre eigene Propaganda[360].

Auf der anderen Seite wußte Poincaré, daß er in einer allgemeinen parlamentarischen Ratifizierungsdebatte nicht so glimpflich davonkommen würde. Louis Dubois und auch Louis Marin waren Experten auf dem Gebiet der internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen und würden sich nicht so leicht abservieren lassen. Im Dezember 1927 hatte die FR die Ablehnung des Vertrages von Washington sogar ausdrücklich in das Parteiprogramm aufgenommen[361]. Poincaré legte daher die Ratifizierung auf Eis und verschaffte sowohl sich selbst wie auch Marin eine Atempause, um die Wahlen im Frühjahr 1928 ohne Bruch innerhalb der antikartellistischen Kräfte vorbereiten zu können. Erst das Ablaufen anderer Handelskredite mit den USA im August 1929 brachte den Vertrag von Washington wieder auf die Tagesordnung. Nun sollte sich zeigen, daß die FR/URD der inneren Ambivalenz zwischen Koalitionsdisziplin und Oppositionsrolle nicht mehr standhalten konnte[362]. Ein nationalkonservativer Flügel um Marin, der weiterhin im Verbund mit der Veteranenbewegung Protestkundgebungen veranstaltete, entschied sich für eine Ablehnung des Vertrages und stimmte gegen die Regierungsmehrheit der großen Koalition, in der die URD vertreten war. Ein reformistisch-gemäßigter Flügel, dem vor allem die liberalen Katholiken um Pernot, die Tardieu-Anhänger um Désiré Ferry und die Opportunisten um de Lasteyrie angehörten, entschied sich für die Staatsräson und gegen das eigene Programm. Damit waren erneut die beiden Flügel in Erscheinung getreten, die schon die ERD ab 1922 gekannt hatte, und die auch 1925/6 immer wieder zu erkennen gewesen waren. Aus den *„Blocisten"* und *„Ententisten"* von damals waren nun gemäßigte Reformer und Nationalkonservative geworden, deren zunehmende Konflikte die weitere Entwicklung der FR in den 1930er Jahren bestimmen und in erheblichem Maße zu deren innerer Auflösung beitragen sollten.

(II) Es wurde bereits darüber gesprochen, wie sehr die Forderung nach dem proportionalen Verhältniswahlrecht (RPI) zu den Kernpunkten des Programms

---

360 Warnend schrieb Bellet dazu in *La Nation* vom 26.3.1927: „Si M. Poincaré veut achever l'œuvre qu'il a commencé, il faut qu'il conserves ses amis fidèles". Gleichzeitig erklärte Marin, daß er sofort demissionieren würde, wenn die Räumung des Rheinlandes auch nur Gegenstand einer Kabinettsdebatte werden würde. So Polizeibericht vom 5.1.1927, in: AN, F/7 12955.

361 Nicht zuletzt auf Druck der Departementalverbände, denn „Depuis plus d'un an, chaque dimanche, nous allons de commune en commune affirmant la volonté absolue de notre parti de se refuser à toutes les abdications: nous voici complètement paralysés." Brief Vavasseurs, FR de Tours, an Guiter vom 26.2.1927, in: AN 317, AP 73.

362 Vgl. den Brief von Peissel (Rhône) vom 6.9.1929, der zeigt, daß die URD Marin und Dubois das Mandat, im Namen der Gruppe gegen den Vertrag von Washington zu sprechen, entzogen hat, ebenso de Lasteyrie an Guiter vom 8.9.1929 und Henri Becquart (FR de Lille) am 2.2.1929: „Si je critique la politique actuelle de M. Marin, c'est parce que je l'éstime périlleuse pour l'union des Partis Nationaux." In: AN 317, AP 73. Marin selbst sprach in einer maschinenschriftlichen Notiz aus dem Jahr 1930 von „deux clans" innerhalb der Partei, in: AN 317, AP 244.

der ERD und der FR gehört hatte. Die RPI wurde nicht nur als eine „technische" Maßnahme mit dem Hintergedanken der Steigerung der eigenen Mandate propagiert, sondern entsprang einem gewissen Mißtrauen gegen die ungeordnete Wählermasse, die unter den Verhältnissen des Mehrheitswahlrechts in der Kirchturmpolitik auf dem Lande am ehesten dem größten Demagogen die Stimme zu geben schien. In Verbindung mit dem *vote familial* und dem *vote obligatoire* sollte die RPI daher der Strukturierung der Wählermasse entlang politischer Ideen, nicht entlang persönlicher Umstände dienen. Da das 1919 eingeführte Listenwahlrecht mit *prime à la majorité* eine unglückliche Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht zu sein schien, hatten FR-Politiker wie Georges Bonnefous immer wieder Gesetzesinitiativen zur Einführung der vollständigen, d.h. „integralen" RPI eingebracht, ohne Erfolg im übrigen[363]. Der Poincaré nahestehende radikale Innenminister Albert Sarraut plante nun im Sommer 1926, das bestehende Listenwahlrecht von 1919 abzuändern, und zwar nicht in die RPI, wie Marin und Bonnefous gehofft hatten, sondern zurück zum ursprünglichen Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen. So wie die Verwaltungsreform 1926 den Vorstellungen der rechten Hälfte der Poincaré-Mehrheit entgegengekommen war, so sollte diese Wahlrechtsänderung einen Köder für die Radikalen darstellen, die Regierung der *Union Nationale* weiter zu unterstützen. Das dem Ursprung nach jakobinische Mehrheitswahlrecht gehörte nämlich nicht nur zur politischen Kultur der Radikalen, sondern sollte auch zukünftige Siege der Sozialisten und Kommunisten, die die linken Hochburgen der Radikalen bedrohten, verhindern[364]. Als die Pläne Sarrauts daher der Öffentlichkeit bekannt wurden, war die Empörung bei URD/FR groß; Louis Marins Position im Kabinett begann immer schwieriger zu werden.

Noch bevor Sarraut sein Wahlreformprojekt als Gesetzesinitiative am 10. März 1927 einreichen konnte, hatte die Vorstandssitzung der FR am 9. Februar 1927 bereits beschlossen, vom Ziel der RPI nicht abzuweichen. Man war entschlossen, entweder am bisherigen Wahlrecht festzuhalten oder gar die RPI einzuführen, eine Rückkehr zum Mehrheitswahlrecht sollte es aber mit der FR nicht geben. Als Sarraut plante, die von den Radikalen dominierten *Conseils Généraux* über die Wahlreform zu befragen, um bei einem zu erwartenden positiven Votum mehr Legitimität für sein Projekt beanspruchen zu können, gab de Warren an alle *modérés* im Land die Initiative aus, die Befragungen zu unterlaufen. Man solle die „voeux" der *Conseils Généraux* durch Aufforderungen zur Reduzierung der Abgeordnetenzahl oder zur Einführung des Frauenwahlrechts ergänzen, „pour annihiler l'effet" der Regierungsbefragung[365]. Gleichzeitig erhöhte man auch den propagandistischen Druck auf Sarraut: man bezeichnete die Rückkehr zum Mehrheitswahlrecht als „crime contre la patrie" [366] und trat geschlossen aus der

---

[363] Da Georges Bonnefous ein so eifriger Verfechter der RPI war, hat er auch in seiner Histoire politique das Thema ausführlich behandelt, zum folgenden siehe: Bd. 4, S. 221–227, Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 334ff. und oben S. 222–226.

[364] V.a. die französischen Freimaurer forderten schon seit 1921 die Rückkehr zum Mehrheitswahlrecht, vgl. *Bulletin Officielle de la Grande Loge de France* 16, Dezember 1921, S. 25.

[365] De Warren an Guiter vom 30.4.1927, in: AN 317, AP 75.

[366] *La Nation* vom 19.2.1927 und 16.7.1927.

Wahlrechtskommission aus, als diese das Regierungsprojekt mehrheitlich für gut befand[367]. Jacques Bardoux, der liberale Vorsitzende der FR du Plateau Central, hatte sogar an Poincaré persönlich geschrieben, daß das Mehrheitswahlrecht bei der gegenwärtigen Bundesgenossenschaft von Radikalen und Sozialisten „un attentat contre la Nation" darstelle, und seine Partei auch vor „obstruction" und „agitation" nicht zurückschrecke[368]. Damit war mehr als deutlich die Drohkulisse aufgebaut, mit der man Poincaré zeigen wollte, daß man zu allem bereit war, auch zum Bruch der Koalition.

Die Haltung in der Debatte um die Wahlrechtsreform war für die URD/FR jedoch nicht nur eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit bzw. der Durchsetzung der eigenen Prinzipien. Sie erhielt ihre besondere Virulenz auch dadurch, daß gerade die Departementalverbände deutlich auf einen Austritt aus der großen Koalition drängten. Für sie war es eine „question vitale", daß das Mehrheitswahlrecht verhindert wurde, denn erstens war zu erwarten, daß die notwendige Neugliederung der Wahlkreise von den Radikalen benutzt würde, um konservative Wahlkreise zu zerschlagen[369]. Zweitens befürchtete man, Vorkommnisse wie 1926 in Paris, wo sich die Radikalen zugunsten der Kommunisten enthalten hatten, könnten sich nun in allen Wahlkreisen wiederholen. Ein Bauer aus der Oise schrieb an Marin, es dürfe keinen Unterschied zwischen den „idées" und der „conduite" einer Partei geben und rief Marin zum Verlassen der Regierung auf: „Le Gouvernement actuel par inaction et par faiblesse risque donc, nouveau Kerenski, de nous livrer au bolchevisme et moi attaché aux idées d'ordre, de liberté, de respect de l'individu, je m'indigne."[370]

Im Gegensatz zu diesen Departementalverbänden aus der Provinz war allerdings nicht jeder Abgeordnete der URD ein prinzipieller Gegner des alten Wahlrechts. Einige *modérés*, darunter auch Leute der URD, konnten sich mit einem Zugeständnis an die Radikalen abfinden, auch wenn es die parteipolitische Konsenslinie verließ. Von einem de Tinguy wußte man es schon lange und auch manche anderen Katholiken des Westens hatten nichts gegen das Mehrheitswahlrecht einzuwenden[371]; die bedeutendste Wendung vollzog aber André Tardieu, der als rechter Flügelmann der AD der URD/FR sehr nahe stand. Nicht aus grundsätz-

---

[367] Ausgetreten sind alle 11 URD-Mitglieder sowie Grousseau von den *Non-Inscrits*.

[368] Von dem Brief an Poincaré vom 1.3.1927 ist eine Kopie an Madelin vom 9.3.1927 erhalten: „Etant donné aussi les contacts locaux entre militants communistes et socialistes [...] instituer le second tour, c'est commettre un crime contre la Patrie, et il va sans dire que nous recourrons à tous les moyens, obstruction au Parlement et agitation dans le Pays, pour empêcher cet odieux attentat contre la Nation." In: AN 355, AP 1.

[369] So Brief der URN aus Savoyen vom 17.2.1927, wo man mit 3–4 verlorenen Wahlkreisen rechnete, in: AN 317, AP 75, und Brief Jean Baudouins (Seine-Inférieure) vom 24.6.1927, ibidem.

[370] Am 29.7.1927 an Marin, in: AN 317, AP 75.

[371] Vgl. Marcellin im *Bulletin de l'ALP* vom 15.2.1927. Die Zeitung schien aber selbst unentschieden, da am 1.3. Salvetti sich ausdrücklich für die RPI aussprach. Über die Eigenwilligkeit des liberalen Katholiken de Tinguy, der mit Pernot und anderen die FR 1932 verließ, schrieb der FR-Abgeordnete Victor Rochereau an Marin am 19.11.1932, daß dessen „égoisme légendaire" sei, in: AN 317, AP 7. Die Gespaltenheit der FR zu dieser Frage belegt auch Isaac, Eintrag vom 13.2.1927, Carnets, S.445, der über einen Flügel gegen Marin berichtet.

licher Überzeugung, sondern aus politischer Opportunität unterstützte er die Wahlreform und zog manche URD-Abgeordnete wie Désiré Ferry mit in seinen Bann[372]. In dem Maße, wie die Departementalverbände der Provinz ihren Druck auf einen Oppositionskurs erhöhten, drängten also linke Teile der URD auf die Koalitionsdisziplin und drohten in der Abstimmung von der URD abzufallen, wenn diese gegen das Projekt Sarraut stimmen würde.

Vor der entscheidenden Debatte über das Projekt Sarraut zwischen dem 1. und 12. Juli 1927 befand sich Marin und mit ihm die URD daher in einer Aporie. Zu oft schon hatte man im letzten Jahr die eigenen Prinzipien verraten und den Mißmut der Basis geerntet; zu wenig Vertrauen brachte einem andererseits Regierungschef Poincaré entgegen, als daß es die Selbstaufgabe wert war. Die Debatte in der Kammer, die ausnahmsweise zum Bersten voll war, zog sich über viele Sitzungen hin, vor allem weil über die einzelnen Wahlkreiseinteilungen abgestimmt wurde und jeder möglichst seinen eigenen Wahlkreis verteidigte. Ein kritischer Beobachter des Parlaments wie Kardinal Baudrillart konstatierte angeekelt: „Le Parlement tombe de plus en plus bas" [6. Juli], „La honte continue [...] Comment le régime parlementaire survit-il à ce déchainement d'appétits et à cette succession de faiblesses?" [8. Juli], „On en est à la décomposition totale" [10. Juli][373]. Inmitten dieser aufgewühlten Atmosphäre versuchten Marin und die URD, das Projekt Sarraut abzuwenden, ohne die Regierung aufzulösen. Nicht weniger als 24 Gegenanträge wurden von der URD eingebracht, die alle abgelehnt wurden, manchmal, wie im Falle des RPI-Vorschlags von Bonnefous, sogar durch eigene Mitglieder der URD[374]. Am 12. Juli wurde schließlich das gesamte Projekt mit 320 zu 234 Stimmen verabschiedet, wobei mehr als drei Viertel der Abgeordneten der URD dagegen waren. Noch am selben Abend stand Marin daher vor der Frage, ob dieses Votum, das eindeutig gegen das Programm der FR erfolgt war, seine Präsenz im Namen der URD in der Regierung Poincaré noch rechtfertigte. Aus einem Brief Generalsekretär Guiters vom selben Abend wissen wir, daß die Führungsriege der FR uneinig und entschlußunfähig war, vor allem auch angesichts der erwarteten Enttäuschung der „militants" im Land[375]. Um so mehr mußte die Entscheidung Marins zählen, entweder gegen das Parteiprogramm oder gegen die Koalition: „Vous êtes le chef: vous déciderez !" mahnte Guiter treffend.

Marin fällte den Entschluß gegen das Parteiprogramm und für die Koalition. Er entschied sich damit bewußt auch für eine größere Bedeutung der parlamentarischen Freiheit der Abgeordneten und gegen eine zu strikte Bindung an das Parteiprogramm und die Departementalverbände. Ausgerechnet er, der den Ehrgeiz ge-

---

372 Zur Geschichte des Abendessens Tardieu, Ferry, de Wendel, wo letzterer empört Tardieus Wendung vernimmt, vgl. Jeanneney, de Wendel, S. 368.

373 Baudrillart, Carnets, S. 717–719.

374 Bonnefous hatte in einer Verzweiflungstat die volle RPI gefordert und damit auch seine eigene Fraktion auf die Probe gestellt. Er wurde nur von 76 der 92 Mitglieder unterstützt, vgl. Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 324f.

375 Für eine Demission und den Sturz der Regierung waren Bellet, Bouteille, Desjardins, Fougère, Poitou-Duplessy, Soulier, François-Poncet, Maginot, de Warren, Bonnefous, Join-Lambert; für Poincaré waren Blaisot, Chassaigne-Goyon, Escudier, Lefebvre du Prey, de Wendel, Reynaud, Brief Guiters an Marin vom 12. 7. 1926, in: AN 317, AP 75.

habt hatte, die *modérés* in eine programmatisch disziplinierte Partei zu zwängen, zog die Regierung der *Union Nationale* dem Willen der eigenen Partei vor[376]. Noch am 9. Juli hatte ihn der Departementalverband FR de la Dordogne dazu aufgerufen „à prévoir le jour où l'intérêt de la Nation pourrait leur faire un devoir de se désolidariser d'avec le grand homme incomplet" [Poincaré][377]. Marin fügte sich aber in die Aufrechterhaltung der Koalition und ertrug den Tadel der Provinzverbände[378]. Es ist nun schwierig, die exakte Ursache dieses Verhaltens herauszufinden, da sich vermutlich mehrere Motivationen vermischt haben. Einerseits hatte er wohl den Worten de Wendels und Reynauds Glauben geschenkt, daß sein möglicher Austritt aus der Regierung vielleicht gar keinen Sturz derselben nach sich ziehen würde, statt dessen aber eine mehr nach links orientierte Koalition. Dann hätte man seinen Einfluß verloren und könnte das Wahlrecht erst nicht mehr ändern[379]. Die eigentliche Ursache dürfte jedoch darin gelegen haben, daß die *Union Nationale*, durch ihren Anklang an die *Union sacrée* während des Krieges und ihre Leistung zur Rettung des *Franc*, eine starke „Koalitionsräson" entwickelt hatte, der sich ein liberaler *Progressist* wie Marin unterbewußt sicherlich nicht entziehen konnte[380].

Die *Union sacrée*, ohnehin als Wiederentdeckung französischer Eintracht mythisch verklärt, war die Garantin für den Sieg und, zumindest in den Augen der liberal-konservativen Sammlung, für ein Ende des Kampfes der *deux France* gewesen[381]. Sie trug für Marin eine eigene Koalitionsräson in sich, was bedeutete, daß ihr Zusammenhalt ein Wert an sich war, weil er sich in mehreren Situationen als konstitutiv für die „Rettung" Frankreichs erwiesen hatte: „La paix entre les partis est un bien en elle-même[382]", hatte Marin in einer persönlichen Notiz geschrieben. Nicht umsonst hatte man vom *Verdun financier* 1926 gesprochen, wo

---

[376] Noch auf dem Kongreß 1926 hatte der Fürsprecher der Departementalverbände, Jean Baudouin gesagt: „En 1912, le congrès de la FR était une sorte de tournoi parlementaire: la province spectatrice [...] ne se risquait pas à discuter". Erst unter dem „homme de province" Marin hatte dieses parlamentarische Übergewicht aufgehört. Bericht vom 11.3.1926, in: AN 317, AP 85.

[377] Brief an Guiter vom 9.7.1927, in: AN 317, AP 75.

[378] Eine Sammlung von mehr als zehn Briefen von Ende Juli 1927 zum Verbleib in der Regierung, ibidem.

[379] So die Überlegungen von Jeanneney, de Wendel, S. 369.

[380] In einem undatierten 30seitigen Manuskript zur *Union Nationale* schreibt Marin: „ Elle permet de ne pas diminuer tous les principes essentiels des sociétés et notamment la conscience patriotique." In: AN 317, AP 168. Außerdem lobte er auf dem FR-Kongreß im Dezember 1928 die Regierung der *Union Nationale*, der er selbst zu diesem Zeitpunkt nicht mehr angehörte, als aus den Schützengräben (*tranchées*) geboren. Selbst zu Zeiten des Linkskartells hatte Marin keine systematische Oppositionspolitik betrieben: „L'opposition a voté avec discipline pour le Gouvernement chacque fois que l'intérêt du pays le lui a commandé." *La Nation* vom 25.8.1925.

[381] So betonten es auch *Les Cahiers du Bloc National Républicain* vom Januar 1924: „L'Union Sacrée, telle qu'elle s'est manifestée durant la période des hostilités, a infirmé les conclusions du discours prononcé, à Toulouse, le 28 octobre 1900." Gemeint ist die berühmte Rede Waldeck-Rousseaus, in der dieser die Existenz von *„deux jeunesses"* als Ausdruck der *deux France* beklagt hatte. Zur mythischen Aufladung vgl. auch Becker, La Première Guerre mondiale dans la mémoire des droites.

[382] So Marin in dem in Anm. 380 zitierten Manuskript.

man nach großen Verlusten in nationaler Eintracht die Krise überwunden hatte[383]. Diese Logik, die sich beispielsweise aus einem diametral anderen Erfahrungshorizont als dem der deutschen DNVP entwickelt hatte[384], brachte Marin dazu, eine nationale Opposition (noch) nicht einzugehen. Er folgte vielmehr einem Handlungsmuster, dem Burgfrieden, das sich 1914–18, 1919–1924 und 1926/7 bewährt hatte. Der linke Flügel der URD begrüßte Marins Entscheidung erfreut, während der nationalkonservative, obwohl dessen Anführer Marin selbst und de Warren waren, murrend folgte[385]. Die URD blieb daher nicht auf Grund ihrer politischen Prinzipien, sondern auf Grund einer parlamentarischen Tradition in die Regierung der *Union Nationale* eingebunden, die etwas überspitzt formuliert geradezu als Flucht in die Verantwortung bezeichnet werden kann. Die Aufgabe der Fraktionsräson, bzw. der Parteiräson zugunsten einer Koalitionsräson besaß eben eine höhere Legitimität, als dies zur selben Zeit in Deutschland der Fall war.

Gegen das Establishment: Junge Nachwuchspolitiker und ihre langsame Entfremdung von der FR

Das Verweilen Marins in der Regierung der *Union-Nationale* war also dem Inhalt wie der Form nach ein Sieg der parlamentarischen Tradition der *modérés* über eine außerparlamentarische Radikalisierungstendenz der rechten Wählerschaft, die seit 1924 zu bemerken war. Marin hatte wissend viele *militants* in den Departementalverbänden verprellt, v. a. die jüngeren Mitglieder, für die das parlamentarische Spiel ein undurchsichtiger Postenschacher älterer Herren war. Besonders deutlich wird dies durch die Flut von Gratulationsbriefen, die Marin im November 1928 erreichte, als er die Regierung der *Union-Nationale* endlich verlassen hatte[386]. Die Gefahr für die eben erst konstituierte FR als politische Partei mit regionalen Strukturen und einem parlamentarischen Pendant lag daher auf der Hand: Ihre Anhänger, darunter viele Katholiken und konservative Veteranen, waren im Namen der antikartellistischen Opposition gesammelt worden, d. h. mit einem defensiven Programm, das Gegner der Kartellregierung und Feinde der parlamentarischen Republik gleichermaßen verbündet hatte. Scharenweise waren die Katholiken nach der Verurteilung der AF durch den Papst in die Reihen der FR übergelaufen[387] und hatten sich zumindest eine systemkritische Haltung bewahrt.

---

[383] Über das Auftreten Poincarés als „Retter" in Analogie zu Clemenceau 1917 sowie das Kammerverhalten vgl. Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus, S. 517ff.

[384] Zu den radikalisierenden Tendenzen in der DNVP seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Hugenberg vgl. Hiller von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei, und Leopold, Alfred Hugenberg.

[385] Noch am 9. Juni 1928 schrieb der Agrarexperte der FR, de Monicault, im Namen der liberalen Teile der Fraktion an Marin: „La majorité de groupe a la notion que la manœuvre politique doit être moins dingue peut-être mais plus souple." In: AN 317, AP 183.

[386] Poincaré hatte Marin durch die gemäßigteren URD-Abgeordneten Bonnefous und Oberkirch ersetzt. Glückwunschschreiben an Marin aus den Departementalverbänden, so z. B. Calais (14. 11.), Nièvre (25. 11.), Oise (14. 11.), Cannes (16. 11.), Seine-Inférieure und auch von Auguste Isaac vom 14. 11. 1928, alle in: AN 317, AP 236.

[387] So Soulier an de la Rochefoucauld, 9. 9. 1926: „Les lettres du Cardinal Andrieu et du Pape contre l'AF qui orientent indirectement mais nettement les fidèles catholiques vers

Während die Basis daher eher eine prinzipientreue Haltung der FR als „nationaler Opposition" befürwortete, wurde sie durch die Koalitionsdisziplin ihres Parteivorsitzenden eines Besseren belehrt. Paul Reynaud, ein junger Vertreter des rechten Flügels der AD, hatte daher schon 1926 an Marin mit Weitsicht geschrieben, daß die *modérés* den Eintritt in die Regierung der *Union Nationale* noch bitter bezahlen könnten[388].

Im Juli 1927 lag die Erwartungshaltung noch anders, zumindest in der FR-Führung, wo de Warren Louis Marin sogar als Nachfolger Poincarés in der Funktion des Regierungschefs erblickte: „Il n'y a que toi qui puisse nous tirer du pétrin. Poincaré prépare ton heure. Mais alors il faudra en mettre comme on disait sur le Front."[389] Da aber Poincaré weder daran dachte, Marin zu seinem Nachfolger zu bestellen noch überhaupt die große Koalition mit den Radikalen aufzugeben, blieben die Konturen der URD und damit der FR weiter unscharf. Marin war im Laufe der Zeit sogar noch zu weiteren Zugeständnissen an die große Koalition gezwungen. Dies führte dazu, daß gerade die jungen Elemente in der FR, die oftmals aktiv als Frontoffiziere den Ersten Weltkrieg durchlebt hatten und 1919 mit dem Ziel einer „unpolitischen" nationalen Erneuerungspolitik in die Wahlen gezogen waren, zunehmend desillusioniert wurden und sich eigene Wege der politischen Artikulation suchten. Es sind dabei zwei große Linien zu unterscheiden, eine linke (I) und eine rechte (II), die sich am Anfang noch nicht entfremdet hatten, sondern durch eine gewisse Generationensolidarität verbunden waren. Beide Gruppen verschwanden bis zu den Wahlen im Mai 1928 zunehmend aus dem Gravitationsfeld der FR, um dann in den Jahren der Weltwirtschaftskrise und der Systemkrise der Dritten Republik 1928-1934 die FR und ihre Organisation ganz zu verlassen.

(I) Bei den „linken" Abweichlern der jungen FR-Generation handelte es sich vor allem um zwei Personen, die stellvertretend für eine ganze Reihe von jungen FR-Aktivisten stehen können: Henri de Kerillis und Désiré Ferry. Beide sind um 1890 geboren worden und entstammten einer Generation, deren frühe Jugend noch von den weltanschaulichen Kämpfen der Dreyfus-Affäre geprägt wurde, die aber ihre eigentliche Politisierungsphase in der nationalistisch erhitzten Vorkriegszeit erfahren hatten. Während Henri de Kerillis einem katholischen Bürgertum entstammte, also eher bei der *Droite* beheimatet war, gehörte Désiré Ferry einer alten republikanischen Dynastie in Lothringen an, die zwar stets national dachte,

---

nous, ont été averées par toute notre action." In: AN 142, AP 14. Auch die Antwort de la Rochefoucaulds unterstützte diese definitive Trennung von Katholizismus und Monarchismus, ibidem. Abbé Bergey berichtet, daß seine URP in der Gironde nach dem Verbot der AF zwar 160 Austritte, aber auch 220 Eintritte zu verzeichnen gehabt hätte, in: *Action catholique* vom 5.10.1926.

388 Brief Reynauds an Marin vom 7.8.1926: „ Je crois que ce fut une grande erreur politique semblable aux grands erreurs de M. Poincaré pendant la dernière législature, que de ne pas avoir dissous cette Chambre au moment où la politique du Cartel était honni par le pays." In: AN 317, AP 234.

389 Brief de Warrens an Marin vom 28.7.1927. De Warren hatte an Poincaré geschrieben, er habe „pas le courage de comprendre vraiment la situation politique de la France et de se laisser aussi dominer par un sentiment de méfiance vis-à-vis de nous et de faiblesse vis-à-vis de ceux qui l'abandonnent toujours." In: AN 317, AP 183.

aber ohne Zweifel in das politische Lager der *Gauche* gehörte[390]. Aufgrund ihres Alters – sie hatten die Kämpfe um die Republik 1870-1889 ja nicht miterlebt – spielte für beide die religiöse Frage eine untergeordnete Rolle, und sie betrachteten vieles nur noch unter dem Blickwinkel einer neuen Weltanschauung, des Nationalismus[391]. Diese Haltung verstärkte sich noch durch ihre Fronterfahrung im Ersten Weltkrieg, in der die inneren Differenzen um Kirche und Religion angesichts des äußeren Feindes zu Imponderabilien reduziert schienen. Mit dem Anspruch, jenseits des Parteienhaders um die religiöse Frage eine nationale und moderne Politik machen zu wollen, waren sie in den Wahlkampf gezogen, Ferry bereits 1919, de Kerillis 1926.

Bei beiden war dabei zu erkennen, daß sie sich im Laufe der 1920er Jahre in wesentlichen Grundprinzipien von der FR-Führung zu unterscheiden begannen. Zunächst einmal vertraten sie politisch einen eher reformorientierten Liberalismus, d. h. sie akzeptierten, daß dem modernen Staat nach den Umwälzungen des Ersten Weltkriegs eine größere Rolle als die eines Nachtwächters in der Gesellschaft zukam. Gerade Ferry schloß sich deshalb früh dem „modernen" Konservativen André Tardieu an, dessen Staatsreformpläne eben auch eine *wirtschaftspolitische* Aufgabe für den Staat vorsahen[392]. Wirtschaftspolitik sollte nicht nur ein Teil der internationalen Politik sein, um die Staaten durch Handelsinteressen aneinander zu binden, sondern auch ein Mittel zur Steuerung und Stabilisierung des heimischen Marktes[393]. Tardieus Reformpläne gingen den Altliberalen in der FR viel zu weit. Ferry war daher früh bemüht, vor allem mit den jüngeren Kräften der benachbarten PDP und selbst der Radikalen Verbindungen zu halten, um zu gegebener Zeit die alte Generation durch eine für die Modernität aufgeschlossene abzulösen. 1929, als er sich bereits ein Jahr lang von der URD im Parlament separiert hatte – ohne aus der FR auszutreten – schrieb er resigniert an Tardieu: „Il nous reste aujourd'hui bien peu de chose de la victoire. J'en ai assez de donner ma confiance à ceux qui défendent si mal les intérêts et le prestige de la France.

---

390 Zu de Kerillis vgl. Lovighi, Henri de Kerillis, und Boulic/Lavaure, Henri de Kerillis. Kerillis war als Commodore des Geschwaders beim Luftangriff auf Karlsruhe am 22.6.1916 dabei, der 257 Todesopfer, v.a. Kinder, forderte. Zum ideengeschichtlichen Hintergrund der Familie Ferry vgl. Barral, Jules Ferry, S. 111–127, und Claude Ferry, Charles Ferry, S. 101ff. Ferry gehörte in der Legislatur von 1919–1924 zu den Heißspornen der ERD, der auch nicht davor zurückschreckte, Poincaré anzugreifen, weshalb ihm dieser mit einem Duell drohte. (Protokoll eines Gesprächs Ferry-Poincaré vom 8.2.1924, in: AN 317, AP 168).

391 So war Ferry z.B. Vorsitzender der nationalrepublikanischen Studentenunion in Paris, die um Ausgleich aller nationalen und republikanischen Kräfte bemüht war, vgl. Le Béguec, Entrée, S. 1228.

392 Ferry unterstützte den Wahlkampf Tardieus in Belfort 1926 und gab ihm Hinweise, wie er mit der Bevölkerung an der Grenze am besten umgehen sollte. Briefe an Tardieu vom 29.1. und 10.2.1926, in: AN 324, AP 7. Umgekehrt half Tardieu Ferry, als dieser Probleme mit der Verwaltung in Meurthe-et-Moselle bekam. Ferry an Tardieu vom 17.7. und 31.7.1926, ibidem. De Warren warnte Marin, daß Ferry „cherche à nous équilibrer vers la gauche". In: AN 317, AP 172.

393 Für die Pläne Tardieus zu den internationalen Handelsverflechtungen und der Wirtschaftspolitik, die später im *plan d'outillage national* enden sollten, vgl. Monnet, Refaire la République, S. 140–145, 153–161 und Rousselier, André Tardieu, S. 58ff.

Quand donc mettra-t-on à la retraite le vieux personnel politique qui est à bout de souffle?"[394]

Wenn die Frage nach der Durchsetzung eines reformorientierten Liberalismus also nicht so sehr eine Frage der politischen Couleur, sondern eine Frage der Generationen war, so ergab sich als logische Konsequenz daraus die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit mit gleichaltrigen Personen aus anderen Parteien. Daher löste sich Ferry ab 1926 zunehmend von den dominanten Figuren Marin und de Warren und arbeitete mit seinem Journal, dem *Impartial de l'Est*, vor allem im Departement *Meurthe-et-Moselle* auf eine Koalition aller jungen, reformorientierten und antikartellistischen Kräfte hin. Sein Verbindungsmann nach links war dabei der Veteran Georges Mazerand, der zum nationalen Flügel der Radikalen gehörte und ein enger Vertrauter des Herausgebers des *Est républicain*, Michel, war[395]. Wie wir aus der Korrespondenz von de Warren mit Marin wissen, schreckte Ferry auch nicht davor zurück, den PDP gegen seinen eigenen Parteifreund de Warren zu unterstützen, sei es in Kantonal- oder Kammerwahlen[396]. Es zeigte sich Ferrys Neigung für die jungen, reformorientierten Kräfte, wenn er Henri Teitgen, den gleichaltrigen sozialkatholischen Redner des PDP seinem eigenen Fraktionskollegen vorzog. Ferrys Aktion war aber nicht nur auf die politischen Strukturen in Lothringen beschränkt, sondern wirkte sich auch im Parlament aus. Er versuchte die jungen Kräfte um sich zu sammeln und sie in eine Allianz mit dem reformorientierten Flügel der AD um Maginot, Reynaud und eben Tardieu zu führen[397]. Tardieu galt ihm dabei, nicht ganz zu Unrecht, als der Regierungschef der künftigen Generation[398].

Die Rivalität der Generationen als Ausdruck einer unterschiedlichen Auffassung von Liberalismus und der Rolle des Staates in der Gesellschaft wurde besonders virulent, wenn die parteipolitischen Konturen in der großen Regierung der *Union-Nationale* verblaßten und die Regierung mehr durch die Loyalität von Personen als durch programmatische Übereinstimmungen zusammengehalten wurde. Ab Mitte 1926 bestand für die FR/URD daher die Gefahr, ihren politischen Nachwuchs zu verlieren. Daß es im Konflikt der Generationen aber nicht nur um unterschiedliche Vorstellungen von der Rolle des Staates in der Gesellschaft ging, zeigte sich insbesondere in der Debatte um den Vertrag von Washing-

---

394 Ferry an Tardieu am 30.8.1929, in: AN 324, AP 7.

395 Vgl. Brief de Warrens an Marin vom 1.8.1928, in: AN 317, AP 183. De Warren sprach bereits von einer „groupe naissant de Ferry". Noch deutlicher ein warnender Brief Marins vom 1.4. 1927 an Ferry: „Je garde, si vous voulez bien, toute la politique locale. Il faut que cela soit bien entendu entre nous." Ibidem.

396 Brief de Warrens an Marin vom 16.10.1927, ibidem.

397 Eine maschinenschriftliche Notiz Marins von 1928 hielt fest, daß Ferry die „dislocation" der URD betreibe und dabei von Lebrun, Laniel und Chabanier unterstützt werde, in: AN 317, AP 183. Kurz darauf kursierten auch Gerüchte, wonach sich eine Gruppe von „*Progressisten*" um Plichon (Ex-ALP!) von der URD abspalten wollte, vgl. Bericht vom 18.5.1928 in: AN, F/7 12556.

398 Brief de Warrens an Marin vom 14.11.1928: Ferry unterstütze weiterhin „cet «excellent Tardieu» qu'il place à la tête de la jeune Chambre", ibidem. Auch Polizeiberichte vom 4.5. und 11.5.1928 vermerkten ein Abwandern der jungen URD-Abgeordneten zu den *républicains de gauche*, in: AN, F/7 12956.

ton. Beide, Ferry wie auch Tardieu, wollten ihn ratifizieren, um die wirtschaftlichen und außenpolitischen Beziehungen zu den USA nicht zu gefährden. Um Poincaré in dieser Entscheidung zu unterstützen und den Druck der Veteranenverbände abzuschwächen, unternahm Ferry mit den *Anciens Combattants* Mazerand und Michel Propagandatouren *für* die Unterzeichnung des Vertrages von Washington, und zwar nirgendwo anders als in Nancy, der Heimat des größten Gegners des Vertrages, Marin[399]. Auf beiden Politikfeldern, Staatsreform und interalliierte Schulden, bekundeten Ferry und Tardieu daher eine neuartiges Verständnis von Politik, das pragmatisch, undogmatisch und für die Modernität aufgeschlossen war, während die FR-Führung zumindest im Programm weiterhin an einem doktrinären Liberalismus und Nationalismus festhielt.

Daß diese Entfremdung der jüngeren Generation in der FR auch zu einer Zersetzung der Parteistrukturen führen konnte, wird im Fall des zweiten ambitionierten Nachwuchspolitikers, Henri de Kerillis, deutlich. Als innenpolitischer Redakteur des nationalkatholischen *Echo de Paris* war de Kerillis durch seine scharfen Attacken gegen die Kartellregierung seit 1925 aufgefallen[400]. Seine spektakuläre Niederlage mit Paul Reynaud in den Nachwahlen des 2. Sektors in Paris 1926 gegen zwei Kommunisten hatte ihn zudem von einer gründlichen Revision der parteipolitischen Organisation aller antikartellistischen Kräfte in Frankreich überzeugt. Nicht mehr die alten, entlang den weltanschaulichen Debatten der Jahrhundertwende entstandenen Parteigruppierungen, sondern eine einzige, antikartellistische Organisation sollte dem Kommunismus und Sozialismus Einhalt gebieten. Er versuchte daher, ähnlich wie die LRN in ihren Anfangstagen, alle bürgerlichen Kräfte zu sammeln und gründete zu diesem Zwecke ein *Centre de Propagande des Républicains Nationaux (CPRN)*[401]. Auf Grund seiner Erfahrungen in England, wo de Kerillis die Parteiorganisation der Konservativen studiert hatte, wollte er auch in Frankreich einen *parti tory* etablieren, der nicht nur im Wahlkampf, sondern permanent als politisches Corpus zur Konzertierung aller „national-republikanischen" Kräfte dienen konnte. Das Rednerideal des *modéré*, das den deliberativen Parlamentarismus der Vorkriegszeit geprägt hatte, wurde von ihm komplett aufgegeben und durch das eines Volkstribunen ersetzt, der

---

399 Vgl. *L'Est républicain* vom 8.7.1929. Eine ähnliche Entwicklung vollzog der Vorsitzende der *Fédération du Massif Central*, Jacques Bardoux, der in seinem fünf Départements umfassenden Verband AD, FR und ALP gruppiert hatte, aber deutliche Tendenzen zur politischen Mitte zeigte. Vor allem in Tardieu sah er den kommenden Mann und separierte sich immer mehr von Louis Marin und dem „extremisme de droite". Vgl. seine Briefe an Tardieu vom 7.5.1927, 21.3.1929, 3.9.1930 und 6.10.1930 (dort das Zitat), in: AN 324, AP 3, und Bardoux, Frédéric François-Marsal, La Fédération républicaine et sociale du Plateau central. Sa méthode, son congrès, son programme, Clermont Ferrand, 1926. Noch 1933 beschwerte sich Guiter in einem Brief an Marin vom 8.9.1933, daß Bardoux, obwohl 90% seiner FRS (*troups et chefs*) zur FR gehörten, eine unabhängige Linie fahren wollte und mit einem „enthusiasme un peu enfantin" von einem großen „parti modéré" träume, in: AN 317, AP 86.

400 Vgl. die Eintragungen Kardinal Baudrillarts, Carnets, S. 161, 198, 260 und 386.

401 Dieses Zentrum sollte die Propaganda und den Wahlkampf der FR, der LRN, der AD, des PDP, der nationalen Radikalen, des *Redressement Français* und der *Union des Intérêts Economiques* bündeln. Vgl. Grüner, Paul Reynaud, S. 124–126, Anderson, Conservative Politics, S. 209–213, und Le Béguec, Entrée, S. 1053–1055.

Massen emotional ansprechen und mobilisieren konnte[402]. Seine Vorstellungen der Parteiorganisation gingen ferner bei weitem über die Restrukturierungspläne Marins und der FR-Führung hinaus. Zwar hatten auch diese die FR von einem lockeren Verband von Honoratiorenpolitikern zu einer eher auf die Basisverbände orientierten Parteiorganisation umgestaltet. Sie waren aber in der Mitte zwischen Honoratiorenverbund und Mitgliederpartei stehengeblieben, da immer noch die Parlamentarier das entscheidende Übergewicht in der Partei hatten. De Kerillis strebte hingegen eine noch stärkere Gewichtsverlagerung von den Abgeordneten und der Fraktion auf die Basis an: So sollten alle konservativen Wähler in Paris in einer „agence électoral" katalogisiert werden, und in jedem „quartier" sollten politische Informanten operieren, die die Haltung potentieller Wähler auskundschafteten und so eine effektive Zuteilung von Propagandatraktaten möglich machten[403].

Um diese Organisation auf den Weg zu bringen, mußte de Kerillis auf eine Vielzahl von engagierten Mitgliedern zurückgreifen, die im Gegenzug natürlich auch einen gewissen Einfluß auf die Politik verlangten. Dieses partizipatorische Element widersprach den honoratiorenpolitischen Überzeugungen der *modérés*, v. a. wenn es sich bei den neuen *militants* um Kräfte aus vorpolitischen Vereinen handelte. Hatte sich die FR schon immer davor gescheut, sozialkatholische Verbände unter klerikaler Führung in ihre regionalen Komitees aufzunehmen, so bekannte de Kerillis ganz offen, daß diese Sozialkatholiken und ihre Priester zu den aktivsten Mitgliedern seines CPRN gehörten[404]. Auch in den Fabriken der Hauptstadt, wohin sich FR-Politiker noch nicht einmal zu Wahlkampfzwecken verirrten, hatte er bereits erste „cellules" organisiert[405]. *Modéré* im Sinne eines Politikers, der seine Position nicht durch ein Programm, sondern durch seine soziale Autorität errungen hat, wurde für de Kerillis geradezu zu einem Schimpfwort, da es im Grunde nur „manque d'action" bedeutete[406].

Es konnte daher auch nicht ausbleiben, daß de Kerillis in Konflikt mit manchen FR-Abgeordneten geriet, die diese moderne Linie nicht akzeptieren konnten[407]. Wir hatten bereits gesehen, wie die Umstrukturierung von FR/URD zu einem heftigen Zerwürfnis zwischen Marin und dem langjährigen *Progressisten* Bonnevay geführt hatte. Je mehr organisatorische Macht aber de Kerillis bekam, um so ge-

---

[402] So de Kerillis in einer Rede am 17.2.1927, in: AN, F/7 13237. Zum Bruch des rhetorischen Stils im CPRN vgl. Le Béguec, République des avocats, S. 140.

[403] Die Pläne von de Kerillis sind in einem Polizeibericht vom 19.1.1927 zu einer Versammlung am Vortag aufgelistet, in: AN, F/7 13237. Ausführlich zitiert ist dieser Bericht bei Grüner, Paul Reynaud, S. 126, Fußnote 68.

[404] So am 17.2.1927 in Paris „surtout avec les prêtres [...] les agents les plus agissants de la prospection", in: AN, F/7 13237.

[405] So auf einem Treffen des CPRN des 13. Arrondissements von Paris am 22.12.1927, Bericht in: AN, F/7 13237.

[406] So de Kerillis am 18.12.1926, in: AN, F/7 13237. Zusammengefaßt ist seine „Abrechnung" mit den bürgerlichen Honoratiorenpolitikern in Henri de Kerillis, Faisons le Point (1936).

[407] Bereits 1922 war er in Konflikt mit den beiden *progressistischen* Politikern Roulleaux-Dugage und François-Marsal gekommen, die ihre Kandidatur zu den Munizipalwahlen in Paris ohne Rücksprache mit den Komitees und gegen Kerillis bekanntgegeben hatten, vgl. Brief de Kerillis an Millerand vom 20.1.1922, in: AN 479, AP 194.

wichtiger wurde sein Einfluß in der politischen Öffentlichkeit, zumal er mit dem *Echo de Paris* über eines der auflagenstärksten konservativen Blätter überhaupt verfügte. Auch in seinem Fall war es schließlich die Frage um die Ratifizierung des Vertrages von Washington, die den Bruch mit der FR und mit seinem langjährigen Gönner Marin herbeiführte. De Kerillis war zwar nicht aus politischer Überzeugung, aber auf Grund seines Willens zum Pragmatismus und zur Erhaltung der Poincaré-Regierung bereit, den Vertrag von Washington zu akzeptieren. Nur so konnte er die verschiedenen Temperamente seiner CPRN-Truppen zusammenhalten, zu denen ja immerhin nicht wenige PDP oder AD-Mitglieder gehörten[408]. Nach heftigen Wortgefechten mit Marin führte diese Haltung im Winter 1929/30 sogar zum Austritt von de Kerillis aus der FR, die damit eine nicht unerhebliche Basisorganisation mit vielen jungen Mitgliedern verlor[409]. Michel Missoffe, der zu den jungen Kadern der FR gehört hatte, schrieb im gleichen Jahr verbittert: „La génération de Verdun n'était-elle pas plus qualifiée pour diriger la République après la victoire que la génération de la Tour Eiffel?"[410]

Die eher „linke" Strömung der jungen Generation in der FR unterschied sich also in zwei grundlegenden Auffassungen von der FR-Führung um Marin. Zum ersten sollte Politik in ihren Augen pragmatisch sein, d.h. sie sollte sich den Erfordernissen der Zeit anpassen und keine doktrinären Positionen vertreten. Dies galt für das Verständnis von der liberalen Ordnung der Gesellschaft genauso wie für die konziliante Haltung in außenpolitischen Fragen, wo die Staatsräson über eine nationalistische Ideologie gestellt wurde. Es galt im übrigen auch in der religiösen Frage, die von diesen jungen Kräften bewußt nicht thematisiert wurde. So gab de Kerillis vor dem *Institut Catholique* in Paris ausdrücklich die Parole aus, daß die national-republikanischen Kandidaten außer dem Bekenntnis zur „liberté religieuse" keine Präzisierungen zur religiösen Frage in ihr Programm aufnehmen sollten, vor allem nicht zur Laizität oder den Kongregationen[411]. Zum zweiten traten Leute wie de Kerillis und Ferry für eine Neuorganisation aller *républicains nationaux*, d.h. aller antikartellistischen Elemente mit Ausnahme der AF ein, die die alten Trennlinien der Parteien überwinden sollte. Anders als die FR-Parteiführung kooperierten sie daher mit den jungen Kräften der AD um Tardieu oder Reynaud, die ähnliche Ziele, eine moderne Sammlungspartei rechts der politischen Mitte zu gründen, verfolgten.

Der CPRN von de Kerillis versuchte, den Weg von der Honoratiorenpartei zur Mitgliederpartei, wo Marin und die FR in der Mitte stehengeblieben waren, zu Ende zu gehen und eine den britischen Konservativen nachgebildete Parteiorgani-

---

[408] Ein weiterer Verbindungsmann zwischen de Kerillis und dem rechten Flügel der AD um Tardieu und Reynaud war der junge Pariser Abgeordnete Michel Missoffe, der lange Zeit zum *Conseil National* der FR gehörte. Vgl. sein Buch La vie volontaire d'André Tardieu, S.200, über die „gérontes usés" wie Arago oder Marin.

[409] Zum Streit de Kerillis-Marin vgl. Irvine, French Conservatism in Crisis, S.56–58, und den *Echo de Paris* vom 25.7.1931, wo de Kerillis eine Grundsatzerklärung gegen Marin abgab.

[410] Missoffe, La vie volontaire d'André Tardieu, S.236.

[411] Am 10.2.1927, Bericht in: AN, F/7 13237. De Kerillis sagte: „Le moment n'est pas encore venu d'en parler au peuple qui ne compte qu'une minorité de catholiques".

sation auf die Beine zu stellen. Die feste Struktur und die Gewichtsverlagerung hin zur Basis sollten dabei die bestehenden Differenzen zwischen den einzelnen Parlamentariern, z.B. über die religiöse Frage, auffangen und neutralisieren[412]. Je mehr dieser linke Flügel der jungen Generation an Einfluß gewann, um so mehr stieß er sich an dem immer unerbittlicher werdenden Marin, der weder das FR-Programm noch ihre Organisation zu modifizieren bereit war[413]. Die Konsequenz daraus war eine langsame Erosion der FR „von unten", da die jungen Mitglieder ausstiegen oder ferngehalten wurden und im Laufe der 1930er Jahre vom CPRN oder den verschiedenen rechten Ligen absorbiert wurden. Obwohl diese von William D. Irvine vorzüglich analysierte Entwicklung auch mit der besonderen Dynamik der 1930er Jahre zusammenhing, man denke nur an die Machtübernahme Hitlers in Deutschland oder die Wirtschaftskrise in Frankreich, so lag eine Ursache dafür sicherlich auch in der verpaßten Reformierung der FR Ende der 1920er Jahre, als diese es nicht vermochte, die jungen Kräfte einzubinden.

(II) Der zweite Flügel der jungen Generation in der FR, den wir oben den „rechten" genannt haben, war zunächst von einer ähnlichen Motivation getrieben wie der linke, nämlich der Umgestaltung politischer Handlungsformen angesichts neuartiger Herausforderungen in der Nachkriegszeit. Er wird v.a. repräsentiert von den ehemaligen Bonapartisten Pierre Taittinger und Jean Ybarnégaray[414]. Alle beide waren wie Ferry und de Kerillis dekorierte Weltkriegsveteranen, Ybarnégaray genoß auf Grund seines „kämpferischen Temperaments" besonders großes Ansehen bei seinen Kollegen und auch in der Frauenwelt[415]. Als ehemalige Offiziere mit Fronterfahrung repräsentierten sie jenen neuen Typus des Parlamentariers, der 1919 allenthalben wegen seiner militärischen Auszeichnungen gewählt worden war und der der Kammer von 1919 den Beinamen *Chambre Bleu Horizon* eingetragen hat[416]. Ihr politisches Selbstverständnis beschränkte sich daher von Anfang an nicht auf die Arbeit in Kommissionen, Ausschüssen und den Kammersitzungen, was z.B. für einen Marin oder Isaac immer noch die einzig denkbare Möglichkeit politischen Engagements war, sondern war von einer Vorliebe für „Aktion"

---

412 Die FR bewahrte dagegen weiterhin eine Distanz zur AD und umgekehrt. In der Seine-et-Oise, im Finistère und auch in den Vogesen kam es zwischen 1924-1928 immer wieder zu Konflikten zwischen FR und AD, die schließlich auch unterschiedliche Kandidaten in den Wahlen präsentierten.

413 Vor allem beschwerte er sich über die linken Vertreter der AD um Lebrun und Mamelet, die die *Union Nationale* immer verraten hätten. Ein außerparlamentarisches Zusammengehen mit der AD war für Marin daher undenkbar, statt dessen forderte er „un programme qui prime tout, la sincérité la plus absolue et la subordination des idées généraux". Manuskript zur *Union Nationale* in: AN 317, AP 168.

414 Zu Pierre Taittinger als Pressebaron vgl. Frustier, Pierre Taittinger, zu Ybarnégaray vgl. die Bemerkungen von Irvine, French Conservatism in Crisis, S. 14 und 107f.

415 Der Gutsbesitzer Ybarnégaray war vor 1914 v.a. als Meister im baskischen Pelotaspiel sehr populär. Ein Polizeibericht sagt über ihn: „Y. est toujours prêt au combat et surtout à l'attaque, sans grand souci des conseils de modération ou de prudence." Bericht vom Juni 1926, in: APP, BA 2036 Jean Ybarnégaray.

416 Ybarnégaray war schon 1914-1919 Abgeordneter in den Reihen der *Indépendants* (er war auf einer ALP-Liste gewählt worden), verbrachte aber während des Krieges die meiste Zeit an der Front.

und „Organisation" geprägt[417]. So trat Taittinger 1919 der *Ligue des Chefs de Section* bei, einer Art politisierter Bürgergarde gegen Streiks und kommunistische Aufmärsche, sowie der nationalistischen *Ligue des Patriotes*, deren Jugendabteilung er übernahm. Aus dieser schuf er 1924 die militante Jugendbewegung der *Jeunesses Patriotes* (JP) mit dem erklärten Ziel, die innenpolitische Ordnung gegen Aufmärsche von Kommunisten und Anarchisten aufrechtzuerhalten[418]. Auch Ybarnégaray sollte ab 1924 in vielfältigen Organisationen wie der FNC, den JP, der *Ligue des Patriotes* und dem *Comité Dupleix* aktiv werden.

Sowohl Taittinger wie auch Ybarnégaray gehörten damit zu jenen ehemaligen Vertretern der *Droite*, die sich zwar an die Republik *ralliiert* hatten, das parlamentarische Spiel aber keinesfalls als einzige Möglichkeit politischen Wirkens anerkannten. Ihr altes Mißtrauen gegenüber der parlamentarischen Republik schlug sich vielmehr in außerparlamentarischer „Aktion" nieder, die die Republik selbst nicht in Frage stellte, aber zur Aufrechterhaltung der „öffentlichen Ordnung" auch durch den Einsatz paramilitärischer Formationen beizutragen bereit war. Das honoratiorenpolitische Establishment der ERD um Arago oder Isaac schreckte sie ab[419], und beide hielten sich daher auch von der liberal-konservativen Sammlung eher fern: Taittinger gehörte 1919–1924 der revisionistischen Gruppe der ARS an, und Ybarnégaray bildete den rechten Rand der ERD, übernahm aber keinerlei politische Funktion in der Gruppe und stimmte sehr oft sogar gegen diese[420]. Bezeichnend für ihren politischen Schwerpunkt war ferner, daß sie sich nicht allzu sehr den konstruktiven Themen im Umfeld der ERD und ARS wie Staatsreform, Regionalismus oder Familienpolitik widmeten. Statt dessen riefen sie in ihren ersten parlamentarischen Interventionen in der Legislaturperiode des *Bloc National* zu einem fortgesetzten Kampf gegen die Feinde Frankreichs im Inneren wie im Äußeren auf[421], betonten also die Verschränkung von innerer und äußerer Gefahr und transportierten so das dem Weltkrieg entsprungene Freund-Feind-Denken in die innenpolitische Auseinandersetzung. An die Stelle programmatischer Vorschläge waren bei ihnen ein ausgeprägter Antigermanismus und Antikommunismus getreten, die, sich gegenseitig verstärkend, die Matrix ihres politischen Denkens und Handelns bildeten. Natürlich gehörten „negative" Ideologien auch zum Repertoire der anderen Abgeordneten von ERD und später der FR, in

---

417 Deshalb übte Isaac auch Kritik an den rechten Ligen, vor allem der AF, weil sie die Straßengewalt fördere und den Staat destabilisiere, Eintrag vom 3.9.1926, Isaac, Carnets, S.428.

418 Vgl. den Polizeibericht vom 28.4.1924, in: APP, T6 Pierre Taittinger. Zur *Ligue des Chefs de Section* vgl. Machefer, Ligues et fascisme.

419 Vgl. den Bericht vom 27.4.1922, in: AN, F/7 12951: „Arago manque totalement de prestige", vor allem bei den jungen Kräften um Taittinger.

420 Vgl. das Schaubild bei Rousselier, Phénomène, S.175.

421 Taittinger am 18.5.1920 (JO, Débats, Chambre, S.1531–1533) und Ybarnégaray am 26.3.1920 (JO, Débats, Chambre, S.747f.). Bezeichnend ist auch ein Brief Taittingers an Poincaré von 1921, in dem er gegen die Ausschreitungen gegen die nationalen Veteranenvereine am Begräbnis Marschall Fochs durch die Kommunisten protestierte. Die Regierung müsse gegen diese „ennemis de la patrie" vorgehen, um zu verhindern, daß sich die Veteranen nicht „avec violence" gegen die Regierung wenden. Brief undatiert von 1921, in: APP, T6 Pierre Taittinger.

nur wenigen Fällen nahmen sie aber diesen leitmotivischen Charakter an wie bei Taittinger und Ybarnégaray.

Dies zeigte sich zuerst nach dem Kartellsieg 1924, als Ybarnégaray und vor allem Taittinger zu den Anführern jener außerparlamentarischen Gegenmobilisierung des bürgerlich-nationalen Lagers gehörten, die später als „first fasciste wave" bezeichnet worden ist[422]. Taittinger hatte mit den nationalistischen Honoratioren der *Ligue des Patriotes* gebrochen und mit den JP eine eigene Bewegung gegründet, die im Zweifelsfall auch den Kampf mit den kommunistischen Organisationen zur Herstellung der inneren Ordnung aufnehmen wollte. Die Vorstellung vom Bürgerkrieg als Kampf zwischen Ordnung und Revolution hatte sich mit klassenkämpferischen Motiven der bürgerlichen Besitzstandwahrung vermischt und war zu einem nationalistisch-antikommunistischen Konsens geronnen[423]. Taittinger und Ybarnégaray, der eine als Präsident, der andere als Vorstandsmitglied der JP, hatten die Handlungsformen der Rechten modernisiert und radikalisiert[424]. Sie saßen den großen Treffen der JP ab 1925 in Paris vor[425] und kamen erst im Zuge der Mobilisierungskampagne der LRN wieder in das Umfeld der noch von der alten Generation dominierten FR. Für diese stellten die JP ab 1926 die Saalordner bei großen Kongressen, umgekehrt stiegen Taittinger und Ybarnégaray zu landesweit bekannten Figuren im Führungsgremium der FR auf. Es ist allerdings zu betonen, daß beide nicht deshalb zur liberal-konservativen Sammlung gestoßen sind, weil sie etwa die politischen Handlungsformen der ehemaligen *Progressisten* und Katholiken teilten, sondern weil die FR eben die größte nationalistische und antikommunistische Partei Frankreichs war. Daher scheute sich Ybarnégaray auch nicht, auf dem FR-Kongreß von 1927 und von 1928 auszusprechen, was kein überzeugter *Progressist* oder liberaler Katholik je gewagt hätte: „Nous sommes un parti de droite."[426]

Der Eintritt Taittingers und Ybarnégarays in die FR darf nicht als isolierter Vorgang auf parteipolitischer Ebene betrachtet werden, sondern war gefolgt von einem

---

[422] Ganz ähnlich argumentierte der junge Veteran und Generalsekretär der FR de la Seine, Dufresne: „Il montre que le système de l'organisation communiste est parfaitement établi et il précise des moyens de défense sur les mêmes bases pour y répondre, en créant notamment, a'accord ou non avec les patrons, des cellules d'usine anticommunistes." Sitzungsprotokoll vom 11.12.1924 der FR de la Seine, in: AN 317, AP 81. Zum Problem, ob es sich bei dieser Mobilisierung bereits um ein „faschistisches" Phänomen in Frankreich handelte, vgl. Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 611ff., und Müller, Protest – Modernisierung – Integration. Das Zitat nach dem Buch von Robert Soucy, French Facism. The First Wave, zu den JP dort, S. 40ff.

[423] Wirsching stellt zu Recht gegen Müller das antikommunistische Element wieder in den Vordergrund.

[424] Den durch dieses Handeln eingeleiteten Modernisierungsprozeß, der auf weiter zurückliegende Anfänge als nur das Linkskartell zurückreiche, hat besonders Müller, Protest – Modernisierung – Integration, und ders., „Faschismus" in Frankreichs Dritter Republik, S. 107f., betont.

[425] Z.B. am 27.1.1926 vor 3500 Personen und am 23.3.1928 vor 5000 Personen, in: APP, BA 2036 Ybarnégaray.

[426] Der Polizeibericht vom 10.12.1927 über den Kongreß findet sich in: AN, F/7 13962. Ybarnégaray hatte deutlich zu Poincaré und zur Großen Koalition gesagt: „Nous sommes la droite de l'armée républicaine [...] Poincaré, malgré tout, est un homme de gauche."

breiten Zustrom junger Kräfte des rechten Lagers in die FR. Insbesondere nach der Verurteilung der AF, zu der Ybarnégaray stets gute Beziehungen unterhalten hatte, absorbierten die JP die nationalistischen Kräfte katholischer Herkunft und avancierten zur halboffiziellen Jugendorganisation der FR[427]. Allenthalben zeigten sich ab 1926 FR-Politiker auf Veranstaltungen der JP in der Provinz und in Paris und gratulierten zu den großen Mobilisierungserfolgen, wobei von jungen FR-Mitgliedern wie Michel Missoffe auch ausdrücklich die Kampfbereitschaft der JP hervorgehoben wurde[428]. Je mehr die JP und ihre Anführer aber an Gewicht innerhalb der FR erhielten, umso deutlicher zeigte sich die mangelnde Integrationskraft der FR und die Verschiedenheit der politischen Handlungsformen, die die Vorstellungs- und Erfahrungswelt der alten und der jungen Generation prägten. Weil die FR nicht gewillt war, lokale JP-Chefs, oftmals junge Kriegsveteranen, schnell in politische Positionen zu bringen und die etablierten FR-Honoratioren zu ersetzen, machte sich bald Unmut in den Reihen der JP breit. De Warren schrieb schon 1927 an Marin, daß er ein Abdriften der JP in Lothringen befürchte, da ihr Generalsekretär aus seinem Dunstkreis verschwinden würde[429]. Auf dem FR-Kongreß im Dezember 1927 kam es dann zu unterschiedlichen Einschätzungen der JP, denen Perret aus Lyon ihre Herkunft von der konterrevolutionären AF vorwarf, während Ybarnégaray sie lediglich als „hommes d'action" und „défenseurs de l'ordre" verstanden wissen wollte[430]. Hier prallten zum ersten Mal innerhalb der FR die unterschiedlichen Vorstellungen von Ordnung – polizeilich-legale Ordnung bei Perret, Ordnung durch halblegale Selbstverteidigung bei Ybarnégaray – aufeinander[431]. Erste markante Risse zwischen JP und FR zeigten sich bei den Wahlen 1928, als der liberale FR-Politiker de Lasteyrie im 16. Pariser Arrondissement von dem ehemaligen Bonapartisten Le Provost de Launay Konkurrenz bekam. Obwohl de Lasteyrie von der FR de la Seine aufgestellt worden war, trat de Launay, ebenfalls im Namen der FR, als Kandidat aller nationalen Kräfte an[432]. Ohne Zweifel erhielt er dabei die Unterstützung der Camelots du Roi der AF, aber selbst Taittinger, der eigentlich zur Aufstellung von de Lasteyrie hätte stehen müssen, zeigte sich kein

---

[427] Dazu gehört z.B. die sogenannte deuxieme vague nationaliste im Pariser Stadtrat, die der liberal-konservativen Fraktion beitraten, zu nennen sind Gaston Le Provost de Launay, Charles des Isnards, Frédéric-Dupont, Pierre Dailly, Noël Pinelli, René Gillouin, vgl. Combeau, Paris et les élections municipales, S. 83.

[428] *La Nation* vom 3.9.1927: „Il est evident [...] qu'une entente disciplinée des Patriotes est une question de vie ou de mort et que, contre des groupes de combat, instruits et armés, on ne se défend pas par des discours."

[429] Brief de Warrens an Marin vom 4.8.1927. Der junge JP-Chef Simon, ein Getreuer de Warrens, sei zu schwach, um den JP-Verband zu führen, der täglich um 7–800 Mitglieder anwachse. Er befürchte daher „de les voir glisser ailleurs", in: AN 317, AP 183.

[430] Vgl. den ausführlichen Bericht über den FR-Kongreß vom 10. und 11.12.1927 in: AN, F/7 13962.

[431] Im Kapitel III.4. wurde dieses schillernde Ordnungsverständnis herausgearbeitet, das Ende der 1920er Jahre zu ersten Konflikten in der FR führte.

[432] Ein von de Lasteyrie angerufenes Parteischiedsgericht der FR hatte Provost nicht akzeptiert. De Lasteyrie gehörte ohne Zweifel zu den *modérés*, die eine bürgerliche Interessenpolitik betrieben und stets die großen Koalitionen unterstützt haben. So läßt er sich auch in diesem Wahlkampf von Poincaré aufstellen und verspricht ihm Gefolgschaft, vgl. die Briefe an Poincaré vom 19.4. und 2.5.1928, in: BN, NAF Papiers Poincaré, 16005.

einziges Mal auf dessen Veranstaltungen und scheint insgeheim sogar seinen alten bonapartistischen Freund Provost unterstützt zu haben[433].

Wie auch schon bei den jungen reformistischen Kräften gelang es daher auch im Falle der jungen nationalistischen Kräfte der FR nicht, diese dauerhaft in ihre Organisation einzubinden. Das größte Hindernis war dabei immer noch ein meritokratisches Verständnis von Politik, wonach erst ein gewisser *cursus honorum* durchlaufen werden mußte, bevor bestimmte Ämter bekleidet werden konnten[434]. Diese honoratiorenpolitische Tradition hatte auch in der erneuerten FR von Marin nicht aufgehört zu bestehen und entfremdete die Nachwuchschefs der JP, die ganz in der Tradition des Weltkriegs ihren persönlichen Einsatz, ihre „Tapferkeit vor dem innenpolitischen Feind", als einzigen Maßstab politischen Aufstiegs anerkennen wollten[435]. Taittinger, der wie auch Ferry und de Kerillis mit Marin in der Außenpolitik divergierte, zog sich und seine Truppen zwischen 1928 und 1930 sukzessive aus der FR zurück und beraubte diese ihrer aktivsten *militants*[436]. Bereits 1929 beklagte sich der Präsident des stärksten FR-Departementalverbandes, Perret, in Lyon gegenüber Taittinger, daß er überhaupt keinen Einfluß mehr auf die JP in seiner Stadt habe[437]. Die nächsten Etappen der Abwanderung waren der – fehlgeschlagene – Versuch Taittingers 1930, einen eigenen *Parti Républicain National et Social* zu gründen, die Kandidatur Ybarnégarays gegen einen Kandidaten der FR 1932 und die Gründung des *Parti républicain national et social* aus den aufgelösten JP 1936. Obwohl auch dies Entwicklungen waren, die maßgeblich mit der Dynamik der 1930er Jahre in Zusammenhang standen, so muß doch festgestellt werden, daß sie in ihrem Ursprung auf eine unüberbrückbare Verschiedenheit im Verständnis der politischen Handlungsformen zurückgeführt werden können, die die Integration und Partizipation der jüngeren nationalistischen Frontkämpfer in die FR verhindert hat[438].

---

[433] Erhalten ist ein umfangreiches Dossier über de Lasteyrie, das ausführliche Berichte über seinen Wahlkampf gegen Provost 1928 enthält, in: APP, BA 2013, sowie ein kleines Dossier über Provost, ibidem, GA P5.

[434] Dieses Prinzip galt im übrigen für alle bürgerlichen Parteien und wurde von Gilles Le Béguec für das Beispiel von Auguste Isaac klar aufgezeigt, vgl. Entrée, S. 1447.

[435] Ein weiteres Beispiel hierfür bietet die aus fünf FR und AD-Honoratioren zusammengesetzte Liste in den Vogesen unter der Führung von Louis Madelin. Die örtliche JP unter ihrem Vorsitzenden Liebenguth akzeptierte den „antinationalen" Kandidaten Amet auf dieser Liste nicht und wollte sogar einen eigenen Gegenkandidaten, einen jungen Berufsoffizier, aufstellen. Dies konnte gerade noch von Guiter verhindert werden, hielt die JP aber nicht von ihrer Ablehnung Amets ab. Vgl. Briefe Liebenguths an Marin (10.1.1928) und Taittinger (9.12.1927) sowie Guiters an Taittinger vom 28.11.1927, in: AN 317, AP 170, sowie ein Brief Madelins an Poincaré vom 2.3.1928 über „certains éléments de Droite" gegen Amet, in: BN NAF, Papiers Poincaré, 16008.

[436] Darunter z.B. der langjährige URD-Sekretär Robert Simon, der mit Taittinger aus der FR verschwand, vgl. Brief an Guiter vom 7.11.1931, in: AN 317, AP 84, sowie weitere Kritik der JP an den Honoratioren wie Castelnau bei Bonafoux-Verax, Fédération, S. 264.

[437] Kopie eines Briefes an Taittinger vom 4.8.1929, in: AN 317, AP 7. Der Vorsitzende der JP in Lyon hatte Beziehungen zur Unterwelt, und Perret hatte seit langem dazu gemahnt, ihn abzusetzen. Erst nach dessen Verhaftung und der öffentlichen Schmähung der JP habe man auf ihn gehört.

[438] Sehr illustrativ dafür sind zwei Briefe von zur PSF übergetretenen FR-Mitgliedern 1937 (29.11.1937 und 1.12.1937). Im ersten heißt es: „La FR représente donc actuellement pour moi un groupement de gens pour la plupart totalement inertes." In: AN 317, AP 87.

Wenn man nun versucht, die Position der FR/URD als politischer Partei mit parlamentarischer Fraktion zwischen Juni 1926 und Mai 1928 zu umreißen, so muß man feststellen, daß die FR von zwei Herausforderungen maßgeblich geprägt wurde. Die erste Herausforderung war die Wahl zwischen dem Erhalt der großen Koalition durch programmatische Zugeständnisse oder ihrem Bruch durch ein Festhalten am Parteiprogramm. Obwohl dem FR-Präsidenten und Fraktionsvorsitzenden Marin die Entscheidung nicht leicht fiel, traf er sie letztlich doch zugunsten der Koalition und gegen die Parteiräson. Die Ursache dafür lag vor allem in einer mentalen Disposition Marins, der die *Union Nationale*, als Fortsetzung der *Union Sacrée* des Krieges, als ein „Gut an sich" betrachtete und sie daher höher als seine programmatischen Postulate setzte. Marin zeigte sich darin als ein Parlamentarier in liberaler Tradition, der im Zweifelsfall der Notwendigkeit des parlamentarischen Spiels für den Machterhalt den Vorzug vor einem vor allem von der Parteibasis eingeforderten Oppositionskurs gab. Obwohl Marin in Zusammenarbeit mit Guiter und de Warren den Honoratiorencharakter der FR deutlich beschnitten hatte, waren sie dennoch nicht bereit, konsequent den Schritt zu einer programmatisch festgelegten und von einer aktiven Mitgliederbasis getragenen Partei zu vollziehen. Hierin liegt einer der wesentlichsten Unterschiede zwischen der FR und den deutschen Nationalkonservativen unter Hugenberg, der zur selben Zeit die Parlamentarier entmachtete und die DNVP ganz auf die von den Landesverbänden unterstützte extremistisch-oppositionelle Programmlinie brachte[439]. Marin selbst reflektierte sogar diesen Unterschied zu den deutschen Nationalkonservativen und hob sich demonstrativ positiv davon ab[440].

Mit diesem Manko an parteipolitischer Veränderung auf dem Weg zur Mitgliederpartei korrespondierte die Unfähigkeit, eine dem Weltkrieg entstammende Frontkämpfergeneration dauerhaft in die Partei zu integrieren. Sowohl deren reformistischer (Ferry, de Kerillis) wie nationalistischer (Taittinger, Ybarnégaray) Flügel suchten sich andere politische Handlungsformen, weil sie mit den auf die Jahrhundertwende zurückgehenden Parteigrenzen nicht zufrieden waren. Der Unterschied zwischen ihnen und der FR-Führung war nur in einem geringeren Maße programmatisch, betraf aber besonders die Vorstellung von politischer Aktion. Während der linke Flügel auf eine innige Allianz mit allen antikartellistischen Kräften hinarbeitete und besonders die Reformvorschläge von Tardieu unterstützte, verlagerte sich der rechte Flügel zunehmend auf die außerparlamentarische Aktion, die im Verlauf der 1930er Jahre auch regimekritische Züge annehmen konnte. Nicht zuletzt war es Taittinger, der die JP am berühmten 6. Februar 1934 aufmarschieren ließ und Ybarnégaray, der am gleichen Tag Daladier zum Rück-

---

[439] Vgl. Holzbach, Das „System Hugenberg", und Mergel, Das Scheitern des deutschen Tory-Konservativismus. Hugenberg hatte vor allem die gemäßigt konservativen Elemente wie Treviranus aus der Partei gedrängt und diese ganz dem Diktat der radikalen Landesvorsitzenden unterworfen.

[440] So würden DNVP-Abgeordnete wie Westarp, Hugenberg und Oberfohren den Bruch im bürgerlichen Lager in Kauf nehmen, er sei jedoch immer zum *Bloc National* gestanden, *La Nation* vom 10.1.1931. Die Aussage Marins ist freilich nur bedingt richtig, da er gerade in dieser Zeit in außenpolitischen Fragen stets gegen die bürgerlichen Regierungen Tardieu und Laval stimmte, lediglich im Vertrauensvotum diese unterstützte.

tritt veranlaßt haben soll[441]. Mit der mangelnden Fähigkeit zur Integration der Nachwuchsgeneration, die dem autoritären Auftreten Marins und einem starken Establishment der Abgeordneten in der Partei geschuldet war, setzte die FR damit nicht nur ihr zukünftiges Überleben aufs Spiel, sondern schuf auch ungewollt die Voraussetzungen für den enormen Aufstieg rechter oder wenn man so will „faschistischer" Ligen in den 1930er Jahren. Bei den letzten Wahlen der Dritten Republik im Jahre 1936 verlor die FR daher auch viele Sitze an die aus den Ligen entstandenen Rechtsparteien, und es kann kein Zweifel bestehen, daß sich dieser Prozeß bei den Wahlen 1940 fortgesetzt hätte, wenn Frankreich nicht kurz zuvor von der deutschen Wehrmacht besetzt worden wäre[442].

Obwohl die Entfremdung der jungen Generation im wesentlichen ein Prozeß der 1930er Jahre war, erkannten weitsichtige Beobachter wie Pastor Soulier doch schon 1928 die ersten Anzeichen dieser inneren Erosion. Zwar war die FR/URD gestärkt aus den Wahlen 1928 hervorgegangen[443], die Erschütterungen bei den Landesverbänden durch den Verbleib in der großen Koalition und das zunehmende Abdriften des Nachwuchses hielten aber unvermindert an[444]: „La situation politique de la FR n'est plus soit devant l'opinion, soit en fait, ce qu'elle était il y a un an et demi." Hätten sich noch 1924–1926 Programm, Propaganda und „action parlementaire" der FR entsprochen und ein hohes Maß an „cohésion" in der Partei erzeugt, sei dieser Zustand seit Sommer 1927 vorüber: „En une année, de Juillet 1927 à Juillet 1928, cette excellente situation [...] a pris fin, parce que nous sommes tombés dans l'illogisme et l'incohérence." Als Gründe für diese Entwicklung machte Soulier die gleichen Phänomene aus, die oben besprochen wurden: Zunächst verstand man es nicht, das eigene Programm durchzusetzen, man habe auf den Gebieten der „monopoles d'Etat", der RPI und der „révalorisation" spektakuläre Niederlagen („retentissants échecs") erlitten und die Basis verprellt. Doch selbst die Entrüstung der Basis habe nichts an dem „ministérialisme sans faille" der FR verändert. Der offene Widerspruch zwischen den Artikeln von *La Nation* und dem Verhalten von Louis Marin, also zwischen „le porte-drapeau et le Colonel", könne nicht anders als eine „condamnation" des FR-Präsidenten beurteilt werden. Darin liege nun der zweite Grund für die innere Zersetzung der FR, denn

---

[441] Ein Polizeibericht vermerkt, daß Ybarnégaray am 7.2.1934 in eine Verhandlung zwischen Daladier und Herriot hineingeplatzt sei und den Bürgerkrieg angekündigt habe, wenn Daladier nicht zurücktrete. In: APP, BA 2036. Zum 6. Februar vgl. Berstein, Le 6 février 1934, und Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 467–475.

[442] Für die Uneinigkeit in der Partei und die Konflikte mit den Ligen kurz vor Beginn des deutschen Überfalls auf Frankreich vgl. Irvine, French Conservatism in Crisis, S. 204.

[443] Marin hatte, bei bleibender Eigenständigkeit der Partei, doch alle *„groupes républicains du centre, entre la droite monarchiste et les extrême-gauches radical-socialiste"* zur Einheit aufgerufen. Die unter dem Banner der *Union républicaine démocratique* angetretenen Kandidaten beliefen sich auf knapp 130, wovon sich aber nur 104 bei der URD einschrieben, die anderen bei einer nach links orientierten *Action démocratique et sociale*. Vgl. Brief Marins an Guiter vor den Wahlen 1928, in: AN 317, AP 75.

[444] Der ausführliche Brief Souliers an Guiter vom 24.10.1928, in: AN 317, AP 75. Im Mai 1928 hatte Soulier noch selbst angeboten, den Fraktionsvorsitz zu übernehmen, solange Marin Minister war. Er war aber von einigen Fraktionsmitgliedern abgelehnt worden, zu seiner großen Empörung im übrigen. Brief Soulier an de Warren vom 27.5.1928, in: AN 317, AP 183.

man habe es nicht verstanden, den Honoratiorencharakter der FR zu überwinden und diese auf eine Mitgliederbasis zu stellen. Obwohl sie immer wieder auf den FR-Veranstaltungen in der Provinz der Jugend versprochen hatten, daß man nicht mehr *modérés* genannt werden wolle, weil an dem Wort der Makel des Opportunismus hafte, habe man doch nach deren klassischer Manier gehandelt: „Nous nous sommes conduits comme de vieux modérés."

Soulier bestätigt damit als Zeitgenosse die Analyse über den Beginn der inneren Zersetzung der FR zwischen 1927 und 1928. Wie kein zweiter FR-Politiker mußte er schon zu dieser Zeit die Entfremdung der jungen Generation von der FR miterleben, denn es gelang selbst ihm nicht, seinen Sohn Henri Soulier, einen Aktivisten der JP, in die FR einzubinden[445]. Souliers Brief beweist ferner, daß die eigentliche Konfliktlinie in der Partei nicht inhaltlicher Natur war, also beispielsweise zwischen *Progressisten* und Katholiken, sondern die politische Handlungsform betraf. Die mittlere Linie von Marin zwischen einer programmatisch orientierten Mitgliederpartei und einer Honoratiorenpartei befriedigte weder die eine noch die andere Tendenz. Die jungen Kräfte und die Departementalverbände wurden genauso verprellt wie der liberale Flügel um Chabrun, de Lasteyrie oder Pernot, die zwischen 1928 und 1932 aus der FR austraten, weil sie den doktrinären Nationalismus Marins nicht teilten[446]. Der Mobilisierungserfolg der FR und der erste Versuch in Frankreich, eine große Partei der parlamentarischen Rechten auf die Beine zu stellen, barg also bereits in seinem Anfangsstadium den Keim zur inneren Zersetzung. Erst der gaullistische *Mouvement républicaine populaire* sollte nach 1945 dank seines Chefs und dank seiner stärkeren Fixierung auf der Mitgliederbasis einen größeren Erfolg haben.

Zusammenfassung

Die Entstehung der liberal-konservativen Sammlung in Frankreich fiel in eine Zeit, in der sich nicht nur die politischen Inhalte, sondern auch der Stil und das Verständnis von Politik grundlegend geändert haben. Noch vor dem Ersten Weltkrieg waren die verschiedenen politischen Strömungen von der linken Mitte bis zur konservativ-katholischen Rechten einem honoratiorenpolitischen Politikverständnis verpflichtet, das die Exponenten einer bürgerlichen, oder manchmal noch adligen Führungsschicht zu den prädestinierten Kandidaten bei politischen Wahlen machte. Ihre Macht im Wahlbezirk beruhte auf sozialer, wirtschaftlicher und,

---

[445] Henri Soulier blieb bei den JP und später beim PSF. Schon 1926 sorgte er mit einem großen Zeitungsartikel für Aufsehen, als er in der *Revue du Siècle* die Gründung eines wahren *parti national* aller Nuancen propagierte. Vgl. Bericht vom 10.4.1926 in: AN, F/7 12954. Soulier trat 1928 in Toul unter dem Banner der *Union Nationale*-FR an, ging nach seiner Niederlage jedoch ganz zu den JP über.

[446] Der Flügel um Pernot, de Lasteyrie und de Tinguy war vor allem nicht mit der intransigenten Haltung Marins in der Deutschlandpolitik einverstanden, vgl. Brief Pernots an Poincaré vom 22.3.1930, in: BN, NAF Papiers Poincaré, 16012, sowie Vavasseur-Desperriers, Culture, S.362. Auch Thibaudet, La République des Professeurs, S.19, hat der gemäßigten Rechten den Vorwurf gemacht, sie habe es versäumt, ihre jungen Mitglieder fest zu integrieren.

damit verbunden, moralischer Autorität und war nur in geringem Umfang an eine Parteiorganisation gebunden. Diese beschränkte sich in der Regel auf elitäre Zirkel und eine lokale Tageszeitung, die den Wähler politisch beeinflussen sollte. Ansonsten verließ man sich auf die Vorfeldorganisationen der *Gauche* oder der *Droite*, d.h. des laizistisch-republikanischen oder des katholischen Vereinswesens zur Mobilisierung der Wähler. Gerade die Volksaktion ALP hat über diese Form der weltanschaulichen Mobilisierung organisatorische Erfolge verbuchen können. Ein direkter Kontakt zum Wähler, oder gar dessen dauerhafte Anbindung und Partizipation an Entscheidungsprozessen in der Partei gehörte nicht zu diesem Verständnis von Politik. Der *Progressist* Charles Benoist berichtete in seinen Memoiren auf sehr eindringliche Weise darüber, wie im Rahmen der Kampagne für das integrale Verhältniswahlrecht 1910 der gemäßigte Republikaner Deschanel, der Orleanist Denys Cochin und er selbst vor einer großen Arbeiterversammlung in Clichy sprachen. Dechanel und Cochin hätten vor der Versammlung große Beunruhigung geäußert, „parce qu'ils n'étaient pas parfaitement accordés à ce milieux populaire."[447]

Auch die ersten fünf Jahre der Nachkriegszeit änderten an dieser Abgeschlossenheit der politischen Klasse von der Wählerschaft, zumindest bei der Mitte und der Rechten, kaum etwas. Die *Chambre Bleu Horizon* war, wie Rousselier gezeigt hat[448], immer noch ein *parlement d'éloquence*, in der die *ars dicendi* nicht selten den entscheidenden Faktor bei der Beschaffung von Mehrheiten darstellte. Die liberal-konservative ERD stand ferner die ganze Zeit über vor dem Problem, den Zusammenhalt zu wahren, so daß sie keine Kräfte entwickeln konnte, auch außerhalb des Parlaments parallele Strukturen aufzubauen. Die wenigen existierenden liberal-konservativen Sammlungen auf Departementebene dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich im Grunde der Zustand der Vorkriegszeit fortsetzte. Die um Zeitungen und akademische oder wohltätige Vereine gruppierten Honoratiorenzirkel blieben erhalten und die ALP hatte ihre Verbindungen zum katholischen Sozialmilieu sogar eingebüßt. Eine grundlegende Änderung trat erst mit dem Sieg des Linkskartells 1924 ein, als zum ersten Mal eine klassensolidarisch aufgestellte SFIO zur Regierungsmehrheit gehörte. Gegen dieses Linkskartell entstand eine Art von nationalem Lager aus der bürgerlichen und katholischen Rechten, die zum ersten Mal bereit waren, dauerhaft ihre Wählerschaft für politische Zwecke zu mobilisieren und in eine nationale Struktur einzugliedern. Auf Grund der anhaltenden Virulenz der religiösen Frage bildeten sich jedoch nicht eine, sondern zwei Formationen des antikartellistischen Protestes heraus: Die LRN und die FNC. Durch gezielten Einsatz von Rednern, Konferenzserien und Propagandatraktaten schafften sie eine Mobilisierung aller bürgerlich-nationalen Schichten, und zwar in weit größerem Umfang, als es der ALP 1902 und 1906 gegen die laizistische Gesetzgebung gelungen war. Dies war eine wesentliche Voraussetzung für die (Neu)-Entstehung der FR 1924/5 als politischer Partei mit vertikalen Strukturen.

---

[447] Benoist, Souvenirs, Bd. 3, S. 359.
[448] Zusammenfassend Rousselier, Phénomène, S. 275ff.

Es konnte gezeigt werden, daß die FR von einer allmählichen Erosion des Führungsstabes der LRN profitierte, die vor allem der anhaltenden Virulenz der religiösen Frage geschuldet war. Unter ihrem Präsidenten Marin übernahm sie die Komitees der LRN und führte sie in eigene Departementalkomitees über; sie hielt, so weit es ging, engen Kontakt mit der FNC und dem katholischen Vereinsmilieu, vor allem nach der päpstlichen Verurteilung der *Action Française*. Zum ersten Mal in der französischen Geschichte entwickelte die parlamentarische Rechte damit eine einheitliche, landesweite Organisationsstruktur. Allerdings ist festzustellen, daß die Führungsebene der FR weiterhin von Parlamentariern dominiert blieb, obwohl Präsident Marin darauf achtete, daß auch Vorsitzende der Departementalverbände in den *Conseil national* aufsteigen konnten. Diese Vorsitzenden erreichten jedoch zu keinem Zeitpunkt entscheidendes Gewicht, und es konnte gezeigt werden, daß sich selbst Marin in einer kritischen Phase gegen die Mehrheit der Departementalverbände und für die von den Parlamentariern der FR gewollte große Koalition der *Union Nationale* entschied. Nicht nur der zur bürgerlichen Mitte tendierende linke Flügel der FR, sondern auch die Nationalkonservativen um Marin gaben dabei Teile ihrer Grundüberzeugungen auf und schlossen sich, in bewußter Abkehr von ihrer gesellschaftlichen Basis und dem Wählermilieu, der Regierung Poincaré an. Diese für den Erhalt des liberalen Systems in den Krisen der 1920er Jahre wichtige Koalitionstreue resultierte aus dem hohen symbolischen Gehalt, den die nationale Eintracht in der *Union Nationale* seit dem Weltkrieg hatte. Weder die *Ententisten* (1919–1924) noch die Nationalkonservativen um Marin (1926–1928) haben eine Flucht aus der Verantwortung angetreten oder gar die liberale Republik in Frage gestellt. Marin und die FR verhielten sich damit anders als die parlamentarische Rechte (DNVP) in Deutschland, die unter Hugenberg gerade die konsensbereiten Parlamentarier mit Hilfe der Landesverbände entmachtete, die große Koalition torpedierte und nicht unerheblich zur Destabilisierung der Weimarer Republik beitrug[449].

Aus der nur halbherzigen Integration der Landesverbände erwuchsen der FR jedoch auch große Probleme, die sich ab Ende 1927 abzuzeichnen begannen und die die ganzen 1930er Jahre über wirksam werden sollten. Die junge Politikergeneration, die meist den Ersten Weltkrieg aktiv mitgemacht hatte, konnte mit dem hierarchischen und meritokratischen Stil der FR-Führung nichts mehr anfangen und entfernte sich aus deren Gravitationsfeld. Die einen, wie de Kerillis oder Ferry, strebten eine große, gemäßigt konservative Partei mit den jungen Kräften der benachbarten AD um Tardieu an, während die anderen, wie Taittinger oder Ybarnégaray, Führungspositionen in den außerparlamentarischen Ligen der Rechten übernahmen. Die Parlamentslastigkeit der FR, die auf der einen Seite den Bestand der großen Koalition gewährleistet hatte, führte auf der anderen Seite zu einem Defizit bei der Integration der jungen Kräfte. Es sollte im übrigen auch bis 1933 dauern, bis die FR eine eigene Jugendorganisation aufstellte, um engagierten Elementen aus den Provinzen den Aufstieg in die Parteispitze zu ermöglichen[450].

---

[449] Vgl. Wirsching, Koalition, Opposition, Interessenpolitik, S. 55ff.

[450] Die 1920er Jahre über verließ sie sich ganz auf die informellen Netzwerke der Pariser Advokatenzünfte, vgl. Le Béguec, République des avocats, S. 130–132.

Ferner wurden weder die FNC noch die konservativen Veteranenverbände dauerhaft an die FR angegliedert. Es schien dem Politikverständnis eines Marin und seiner Parteiführung nicht zu entsprechen, eine personale und organisatorische Verflechtung mit vorpolitischen Interessenverbänden oder der Substruktur des katholischen Sozialmilieus zu suchen. Zu keinem Zeitpunkt verfügte die FR daher über eine Vorfeldorganisation, wie sie die britischen Konservativen in der Prime-Rose-Ligue hatten[451]. Was die Anbindung an das katholische Milieu und den Vereinskatholizismus betrifft, blieb sie weit hinter den Erfolgen der ALP zurück, hatte aber auch den völlig isolierten Charakter der *modérés* überwunden.

Die FR als erste Parteiorganisation der parlamentarischen Rechten in Frankreich blieb daher auf halbem Weg zwischen Honoratioren- und Mitgliederpartei stehen. Zwar adaptierten ihre Anführer 1924/5 neue Methoden der öffentlichen Mobilisierung, indem sie vor großen Versammlungen sprachen und durch die Aufstellung von Lokalkomitees auch partizipatorische Elemente in der Partei akzeptierten. Nebenbei änderte sich auch ihre Rhetorik, die nun seltener der klassischen parlamentarischen Redekunst, sondern öfters der populistischen Propaganda entsprach. Zu keiner Zeit sollte die Mitgliederbasis jedoch Entscheidungsgewalt bei der Aufstellung von Kandidaten oder der Bestimmung des Programms erhalten. Die Rekrutierung des Führungspersonals erfolgte weiterhin aus den verschiedenen bildungsbürgerlichen Zirkeln, wie z.B. der *conférence du stage* oder der *conférence Molé-Tocqueville*, nicht jedoch über Parteikarrieren. Dieses Politikverständnis, das man als einen modernisierten Honoratiorenparlamentarismus bezeichnen kann, kostete die FR während der 1930er Jahre zunehmend an Rückhalt und führte schließlich nach dem Zweiten Weltkrieg zu ihrem Ende. Nur die jungen Kräfte wie Jacques Bardoux, Désiré Ferry oder auch ein Georges Pernot begriffen, daß konservative Politik in der parlamentarischen Republik programmatisch sein und direkten Kontakt zum Wähler halten mußte. Sie stellten sich auf die Seite Tardieus, der mit ersten Radioansprachen als Ministerpräsident den direkten Zugang in jedes Dorf und jedes Haus suchte. Bereits nach dessen erster Ansprache im September 1930 konstatierte Bardoux, daß die Programmatik und der „accent d'autorité" eine „vive impression" bei der ländlichen Bevölkerung produziert haben, die sich zum ersten Mal in ihren Bedürfnissen „angesprochen" fühle[452]. Der honoratiorenpolitischen Führungsriege der FR war ein derartiges Vorgehen, das in seiner Qualität bereits auf den plebiszitären Stil de Gaulles verweist, fremd[453]. Weil sie sich Modernisierungsprozessen bei der politischen Wil-

---

[451] Vgl. Für die Primerose-League und die Tories Pugh, The Tories and the People, S. 19ff. und 38ff., für andere Basisverbände der Tories wie die Navy-League vgl. Coetzee, For Party or Country, S. 22ff. und 64ff.

[452] Brief Bardoux' an Tardieu vom 3.9.1930, in: AN 324, AP 3. Bardoux hatte mehrere programmatische Schriften verfaßt, die alle einen gemäßigt konservativen Kurs widerspiegelten und zur Zusammenarbeit mit allen bürgerlichen Gruppen, auch den Radikalen, aufriefen, vgl.: Jacques Bardoux, Le socialisme au pouvoir, l'expérience de 1924, (1930), und ders., Hors du marais: la route de France (1925), und ders., L'Affaire Millerand (1924).

[453] Zur Präfiguration des Stils de Gaulles bei Tardieu vgl. Monnet, Refaire la République, S. 173ff. Die FR tat sich in den 1930er Jahren gerade auch gegen die christlich-demokra-

lensbildung und insbesondere bei der Parteiorganisation zum Teil verweigert hat, blieb die FR als erste Partei der parlamentarischen Rechten auf die Zwischenkriegszeit beschränkt und fand nach dem Zweiten Weltkrieg nur ephemere Nachfolger[454].

tische PDP immer schwerer, weil diese die modernen Formen der Partizipation der Basis und des direkten Kontaks zum Wähler zur Strategie erhob.

[454] Darunter der *Parti Républicain de la Liberté*, dem alte FR-Abgeordnete wie Pinay oder Pernot angehörten, der aber auf Grund des losen Charakters über keinen nennenswerten Einfluß mehr verfügte.

Schluß

Als am 10. Juli 1940 das französische Parlament – im übrigen das gleiche, das 1936 die Volksfront-Regierung getragen hatte – der Gesetzesvorlage zur Übertragung der *pleins pouvoirs* an Marschall Pétain als *chef de l'Etat français* mit 569 zu 80 Stimmen zustimmte, befanden sich unter den Ja-Stimmen auch die von 43 der 59 FR-Abgeordneten[1]. Es ist im Anschluß an dieses Votum die Frage aufgestellt worden, ob diese mehrheitliche Befürwortung eines autoritär-faschistischen Staates durch die parlamentarische Rechte einer gewissen inneren Notwendigkeit folgte, die in ganz Europa den Konservatismus der Zwischenkriegszeit gleichsam „automatisch" in die Arme des Faschismus trieb, weg vom „liberalen System", das wirtschaftliche Prosperität und die „Ordnung" gegen die kommunistische Internationale nicht mehr zu garantieren schien[2]. Bereits William D. Irvine hat versucht, darauf eine Antwort zu geben, indem er darauf hinwies, daß die FR im Laufe der 1930er Jahre im Inneren erodierte und vor allem ihre jungen und radikalen Elemente an die neuen, außerparlamentarischen Formen der politischen Rechten, die Ligen, verlor[3]. Aber auch die FR selbst wies mit ihren Vizepräsidenten Xavier Vallat und Philippe Henriot zwei Politiker auf, die ab 1934 dem parlamentarischen System feindlich gegenüberstanden und sich mit Überzeugung an das sogenannte Vichy-Frankreich anschlossen.

Diese Herausbildung eines republikfeindlichen Zuges im französischen Konservatismus als paradigmatisch und historisch notwendig zu betrachten, hieße aber nicht nur, den liberal-republikanischen Flügel der FR zu übergehen, den es um Pernot, Bardoux und selbst Marin eben auch gab, sondern auch die besondere Dynamik der 1930er Jahre zu unterschätzen. Erst die Auflösung der Versailler Ordnung ab 1930, der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland und die Entstehung einer totalitären kommunistischen Bewegung in Frankreich haben bei

---

[1] 15 waren zum Teil abwesend oder mißtrauten wie Marin dem Marschall Pétain: sie wollten den Krieg weiter fortsetzen und enthielten sich ihrer Stimme. Nur ein einziger, der frisch von der Front angereiste Comte Léonel de Moustier, stimmte gegen das Gesetzesprojekt. Die Abstimmung bei Irvine, French Conservatism in Crisis, S. 207, und die Auflistung der Namen bei Vavasseur-Desperriers, Culture, S. 903. Die beste Besprechung der Ereignisse und der Atmosphäre der Kammer bei Paxton, La France de Vichy, S. 72ff. Von de Moustier ist folgendes Diktum überliefert: „Oui, aissitôt sans hésiter, moi, marquis de Moustier, soi-disant royaliste et homme de droite, j'ai voté pour la République. Ce n'est cependant pas qu'ils n'aient essayé de me corrompre. – Comment vous! M'ont-ils dit à plusieurs reprises, qui avez des intérêts dans un certain nombre d'affairs industrielles, vous qui avez une nombreuse famille, réfléchissez et voyez si vous n'auriez pas intérêt à voter pour nous! Je les ai tout simplement éconduits et j'ai voté contre." In: Jules Jeanneney, Journal Politique, S. 90.

[2] Dies ist der Grundtenor der Arbeiten von Irvine, French Conservatism in Crisis, und Passmore, From Liberalism to Fascism.

[3] Irvine, French Conservatism in Crisis, S. 98–126, ähnlich auch Passmore, Boy scouting für Grown-ups?

der parlamentarischen Rechten, ihrer Parteibasis und ihrer Wählerschaft Veränderungsprozesse eingeleitet, die Teile von diesen zu einer allmählichen Abkehr von der liberal-parlamentarischen Republik bewegten. Am Beginn der Zwischenkriegszeit, oder besser: am Ende des Ersten Weltkriegs, hatte aber genau die spiegelverkehrte Entwicklung gestanden, die große Teile der zuvor republikfeindlichen Rechten – das konservativ-katholische Lager um die ALP – an das liberale System, d.h. die parlamentarische Republik, *ralliiert* hatte. Auf Grund dieses sogenannten zweiten *Ralliements* war in Frankreich zum ersten Mal eine parlamentarische Rechte, eine *Droite modérée*, als Schmelzprodukt der rechtsliberalen *Progressisten* und der konservativen Katholiken entstanden, zunächst als Fraktion im Parlament (ERD), sodann ab 1924/25 als politische Partei (FR).

Es konnte in dieser Arbeit gezeigt werden, daß die Amalgamierung der beiden Traditionen in einer liberal-konservativen Sammlung mehrere Ursachen hatte, wobei gerade der Erste Weltkrieg als Katalysator sozialer und mentaler Prozesse eine besondere Rolle spielte. Der durch den Krieg verstärkte Nationalismus konnte die beiden herkömmlichen politischen Kulturen der *Droite* und *Gauche* teilweise überwölben und im Zeichen des Triumphes über Deutschland versöhnen. Der religiös-weltanschauliche Graben der Vorkriegszeit verlor deshalb an Tiefe und ermöglichte eine Allianz aus *progressistisch*-republikanischen und konservativ-katholischen Nationalisten. Zu diesen mental-kulturellen Veränderungen im Gefolge des Krieges gesellten sich auch soziale und ökonomische, die mit der veränderten Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft der Nachkriegszeit verbunden waren. Hierbei waren es vor allem ein rigider Antietatismus in sozialökonomischen und administrativen Fragen, die Einrichtung einer Verwaltungsebene auf regionaler Basis sowie der Wille zu einer Aufwertung der Exekutivorgane der Republik, die die rechtsliberale und katholische Strömung konvergieren ließen. Ein weiteres Feld gemeinsamer Aktion war eine natalistische Familienpolitik mit dem Idealbild der „kinderreichen Familie", durch die der Bevölkerungsrückgang in Frankreich gestoppt und der bürgerliche Individualismus als gesellschaftlicher Leitwert ersetzt werden sollte. Schließlich konnte auch gezeigt werden, wie der Wille zur Aufrechterhaltung einer moralisch-sittlichen Ordnung und einer ländlichen Lebenswelt, gegen Kommunisten und Sozialisten, aber auch, und dies sei betont, gegen die moderne Massenkultur der Großstädte, zu einer gemeinsamen Basis für *Progressisten* und Katholiken werden konnte.

Nationalismus, Antietatismus, *Familialismus*, Ordnungsdenken und Agrarromantik – oder etwas verkürzt und plakativ: Ordnung, Familie, Vaterland – stellten also die wesentlichen Charakteristika der politischen Kultur und der Programmatik der liberal-konservativen Sammlung im Frankreich der 1920er Jahre dar. Als parlamentarisch-bürgerliche Rechte gehört sie damit weder soziologisch noch ideengeschichtlich zu dem an der *societas civilis* orientierten *Konservativismus*, wie ihn Kondylis analysiert hat, sondern lediglich in den weitgesteckten Raum des *Konservatismus*, den wir in Anlehnung an Andreas Rödder zu Beginn der Arbeit als „geistige Disposition" mit der Fähigkeit zur Veränderung in der Zeit gefaßt haben. Für eine in diesem Sinne verstandene konservative politische Kultur erfüllte die liberal-konservative Sammlung zunächst die Bedingung der *„Theorielosigkeit"*, d.h. ihrem Denken und Handeln lag anders als dem Liberalismus oder Sozialismus kein ein-

heitliches philosophisches, der menschlichen Vernunft entsprungenes Axiom zugrunde, sondern lediglich eine teils bewußte, teils unterbewußte Orientierung am historisch Gewachsenen[4]. Dies haben gerade die Kapitel über den „neuen" Regionalismus, die Agrarromantik, die Familienvorstellung und die Kulturkritik gezeigt. Die Vorstellungen der liberal-konservativen Sammlung waren damit in erster Linie *reaktiv*, d.h. eine Antwort auf die sozialökonomischen, politischen und mentalkulturellen Veränderungsprozesse in der französischen Gesellschaft. Auch dieser reaktive Charakter gehört zu den Charakteristika des Konservatismus[5], weshalb ihn Karl Mannheim gerade nicht als inhaltlich definierte Wertvorstellung, sondern als eine politisierte Form des Traditionalismus bezeichnet hat, der immer aus Prinzip an den jeweiligen *Status quo* anknüpft, weil dieser das Gewachsene gegenüber dem Entstehenden, die Ordnung gegenüber der Bewegung verkörpere[6].

Als ein letztes Charakteristikum des Konservatismus ist schließlich von den Konservatismusforschern immer wieder die Präferenz des *Irrational-Spirituellen* vor dem Rational-Aufgeklärten angeführt worden[7]. Auch dies ist bei der liberalkonservativen Sammlung grundsätzlich festzustellen, wobei aus ihm gleichzeitig auch der größte innere Unruheherd und die wichtigste Problematik der Partei entsprang: die religiöse Frage. Über die Frage, ob die Präferenz des Spirituellen vor dem Rationalen *in concreto* im Frankreich der 1920er Jahre eine Revision der Laizität der Republik, und wenn ja in welchem Ausmaß, mit sich bringen müßte, sind ERD und FR immer wieder auseinandergefallen, so wie sich auch die bürgerliche und die katholische Rechte vor 1914 darüber nicht einigen konnten. Erst eine politische Lösung auf dem Parteikongreß 1925 mit dem *rapport Soulier* sowie die gleichzeitig stattfindende gesellschaftliche Emanzipation eines liberalen und gegenüber der Modernität offenen Katholizismus aus der fundamentalkatholischen Klammer ermöglichten eine dauerhafte Harmonie der beiden Traditionen innerhalb der liberal-konservativen Sammlung.

Dieses gespaltene Verhältnis der liberal-konservativen Sammlung zum Katholizismus spiegelte sich auch in ihrer Haltung zur katholischen Subgesellschaft der *Droite*, die sich nach der Kirchentrennung 1905 besonders stark herausgebildet hatte. Die FR versuchte nämlich – anders als die ALP vor 1914 – nicht, diese Sub-

---

[4] Die meisten konservativen Denker seit Edmund Burke haben auf dieses Element hingewiesen, vgl. Rudolf Vierhaus, „Konservativ, Konservatismus", S. 537ff.

[5] Rödder, Die radikale Herausforderung, S. 42, weist zu Recht daraufhin, daß der von Koselleck diagnostizierte Einschnitt in der Wahrnehmung von „Zeit" nach der Aufklärung, insbesondere die sich ständig reduzierende Konstanz der Lebensverhältnisse, zu einer umfangreichen konservativen Gegenbewegung geführt haben. Insofern ist konservatives Denken nicht nur gegen den Liberalimus, sondern gegen eine faktische Veränderung von Erfahrungshorizonten entstanden. Koselleck hat diese These in ders., „Erfahrungsraum" und „Erwartungshorizont" – zwei historische Kategorien entwickelt.

[6] Mannheim, Das konservative Denken, S. 24-75.

[7] Eben weil der Mensch und auch seine „raison" begrenzt sei, brauche er spirituell-moralische Anleitung und Führung. Daraus resultierten dann bei den einzelnen konservativen Denkern und Politikern je unterschiedliche Forderungen nach einer gesellschaftlichen Hierachie, nach religiösen Prinzipien und nach Ordnung. Vierhaus, „Konservativ, Konservatismus, S. 537, Rödder, Die radikale Herausforderung, S. 53 (mit den maßgeblichen Quellentexten), und von einem politologischen Standpunkt aus Huntington, Conservatism as an Ideology.

gesellschaft über die Weltanschauung, d.h. die katholische Religion anzusprechen und an diese anzudocken, sondern über verschiedene „nicht-religiöse", aber sozial und moralisch konservative Weltbilder eine Verbindung zu allen nationalkonservativen Interessengruppen aufzubauen. Dazu zählten die Landwirtschafts-, die Familien- und z.T. auch die konservativen Veteranenverbände, deren politische Kultur die FR aufnahm und in die politische Debatte übertrug. Als sich nach 1924 mit der FNC de Castelnaus eine Revitalisierung des konservativ-katholischen Lagers auf gesellschaftlicher Ebene abzeichnete, mußten die liberal-konservativen Politiker, insbesondere die dezidierten Katholiken, einen schwierigen Balance-Akt zwischen Partei und katholischer Interessenorganisation vollführen. Eben weil die FNC auch antirepublikanische Mitglieder aufwies, mußten FR-Politiker darauf achten, keine allzu deutliche Allianz mit dieser einzugehen – trotz der zwei Millionen Mitglieder –, um nicht in den Verdacht reaktionärer Ambitionen zu geraten.

Die Distanz, die die FR stets zu den antirepublikanisch-reaktionären Elementen im katholischen Lager hielt, ist schließlich auch Ausdruck einer grundsätzlich systemtreuen Haltung der Fraktion und Partei während des Untersuchungszeitraums. Der Triumph der Französischen Republik über die Monarchien der Mittelmächte 1918 und das private *Ralliement* vieler Katholiken an ihr republikanisches Vaterland während des Krieges haben zu keiner Zeit – auch nicht in den Inflationsjahren1924–1926 – antirepublikanische Sentiments in der liberal-konservativen Partei aufkommen lassen. Das Bekenntnis zur parlamentarischen Republik blieb jedoch nicht nur Theorie. Vielmehr zeigten Fraktion und Partei eine anhaltende Bereitschaft, politische Verantwortung zu übernehmen; selbst der Erhalt der großen Koalition 1926–1928 galt der nationalkonservativen Parteiführung um Marin als Wert an sich – in Anlehnung an die *Union Sacrée* während des Krieges –, so daß man dafür sogar Forderungen und Grundsätze der Partei aufgab, mit Hilfe derer man gerade eine bedeutende Mitgliederschar im Land gesammelt hatte. Der Koalitionserhalt und das „Mitspielen" in der parlamentarischen Republik sind vielmehr zur Matrix des politischen Handelns von ERD und FR/URD geworden und haben erheblich zur funktionalen Stabilität des französischen Parlamentarismus beigetragen. In kritischen Phasen hat die Partei keine Flucht aus, sondern in die Verantwortung angetreten. Diese zum Teil gegen den Willen der Departementalverbände durchgesetzte Parteilinie beweist ferner, daß die FR als erste liberal-konservative Partei Frankreichs auf halbem Weg von der Honoratiorenpartei (*parti des cadres*) zur Mitgliederpartei (*parti des militants*) stehengeblieben ist. Die Abgeordneten stellten weiterhin die entscheidende Macht auf dem Parteikongreß und mußten dem Druck der auf Rückzug aus der Regierung drängenden Basis nicht weichen[8]. Selbst der Parteivorsitzende Marin maß der Koalition aller bürgerlichen Parteien einen höheren Wert bei als einer nationalkonservativen Opposition.

Dieses dem parlamentarischen Spiel zugewandte Verhaltensmuster sollte sich als entscheidend für die Integration der verschiedenen, durch den Übergang von der vormodernen Agrar- zur modernen Industriegesellschaft hervorgebrachten

[8] Mit dem Verweis auf die vielen liberalen Grüppchen und Gruppierungen der Mitte hat dies auch Manfred Kittel, Stärker als die „décadence"?, S. 116f., betont.

Protestpotentiale in die Republik erweisen. Die Leitwerte, die die liberal-konservative Sammlung mit ihren sozialen Milieus und Interessengruppen verbanden, wie Agrarromantik, *Familialismus*, Nationalismus und Kulturpessimismus, konnten insofern keine systemgefährdende oder systemüberwindende Wirkung entfalten, sondern blieben mitsamt der daran angeschlossenen gesellschaftlichen Basis in das liberal-parlamentarische System eingebettet. Weil die URD/FR als größte parlamentarische Fraktion mit durchschnittlich etwa 100 Abgeordneten gut 20% der Abgeordneten stellte und regelmäßig an der politischen Macht partizipierte, konnte sie auch weiterhin als Garantin der gesellschaftlichen Interessen dieser Gruppen auftreten. Sie büßte somit gegenüber den Landwirtschaftsverbänden, dem Unternehmertum, den Familienorganisationen und den konservativen Veteranen ihre soziale und interessenpolitische Integrationsfähigkeit nicht ein, zumal nicht wenige ihrer Politiker an den gesellschaftlichen Schaltstellen dieser Bewegungen saßen[9]. Ihr politisches Handeln trug in den 1920er Jahren deshalb nicht unerheblich zur Stabilisierung der Dritten Republik in Frankreich bei.

[9] Über den Verlust der Integrationskraft der DNVP in Deutschland ab 1928 durch den Radikalisierungskurs Hugenbergs vgl. Wirsching, Koalition, Opposition, Interessenpolitik, S. 60ff.

Anhang

1. Notiz Louis Marins über einen *parti catholique* 1906, in: AN 317, AP 226:

„Dans ces conditions les partis mélangés comme les radicaux socialistes dont la crise est évidente, comme les républicains de gauche qui savent parfaitement ne correspondre à rien, comme l'Action Libérale, où se coudoient des partis très divers – même s'ils avaient encore une raison d'être – ne sont pas d'intérêt général, et il est urgent qu'ils disparaissent."

Explizit zum *parti catholique*:

„Mais la masse de nos concitoyens qu'on voudrait agglomérer en un grand parti catholique aurait tort de se laisser séduire pour les raisons suivantes:

a) Ce serait dangereux pour l'ensemble du pays, car la position anticléricale est trop facile et trop forte – le catholicisme ne peut donner qu'un programme portant sur quelques points – les libertés qu'il revendique on peut les revendiquer plus facilement et plus fortement avec l'idée de liberté seulement.
b) Ce serait funeste pour les catholiques, car on accorderait plus facilement les mêmes libertés à des gens qui réclament pour tout le monde qu'à ceux qui les réclament en tant que catholique.
c) Ce serait dangereux pour l'Eglise elle-même car elle servirait trop facilement d'otage et surtout elle serait mêlée à la lutte des partis alors que tout son temps et tout ses efforts ne sont pas de trop pour qu'elle remplise bien son rôle essentiel de culture surnaturelle et morale de ses fidèles."

2. Brief von Jean Guiraud an Etiennne Salliard (ALP-Poitiers) vom 26.6.1914 über das *Comité Keller* und die innere Erosion der ALP, in: AN 362, AP 151, Dossier 5:

„J'estime toutefois que depuis quelque temps l'ALP suit une ligne de conduit funeste pour elle autant que pour la politique générale. Elle s'est tellement laissée pénétrer dans ses comités départementaux et locaux et à la Chambre par les progressistes, qu'elle n'est plus elle-même, et que dans une certaine mesure elle a contribué au glissement à gauche [...]. L'ALP finira par disparaître, et après la faillite du ralliement, ce sera la faillite de la tentative si généreuse et qui aurait pu être si utile, si elle avait été menée fermement de M. Piou. C'est pour arrêter ce glissement à gauche et pour proclamer les revendications des catholiques (que trop de candidats et trop de comités ont mises de côté au moment des élections), que nous avons crée l'Union des Catholiques. C'est à tort que certains membres de l'AL ont cru que notre Union était dirigée contre eux!"

3. Auszug aus einem Brief Alexandre Ribots an Ernest Lavisse vom 19.8.1917 über die Staatsführung während des Krieges, in: AN 563, AP 31:

„La machine parlementaire est trop lourde et ses défauts s'aggravaient pendant la guerre. Jamais on n'a fait tant de discours [...]. Il faudrait changer l'esprit des députés et celui des fonctionnaires, peut-être aussi celui des ministres. [...]. J'ai des raisons de douter que celle ci aille beaucoup mieux en Angleterre ou Lloyd George a remplacé l'ancien conseil des ministres par une sorte de directoire composé de cinq membres. On se plaint que les affaires aillent lentement et qu'elles manquent de coordination".
Auch in Frankreich habe man ein *comité de guerre* eingerichtet:
„au lieu de se réunir tous les jours il n'a plus que deux séances par semaine à l'Elysée. Si vous assistiez à cette réunion, vous verriez qu'on y perd beaucoup de temps en discours ou en conversations. J'ai pris l'habitude de réunir tous les matins dans mon cabinet les Ministres de la Guerre, de la Marine et des Armements. Dans ces petites conférences, nous nous communiquons les télégrammes arrivés le matin, nous échangeons nos vues et nous réglons beaucoup d'affaires. Nous ne portons plus au Comité de guerre que les questions qui exigent une véritable délibération. Je vous dis cela à vous seul, afin de vous montrer que nous faisons quelques efforts pour mettre en pratique vos idées."

4. Brief des *ralliierten* Pfarrers Rouleau an Guiraud vom 1.11.1919, in dem er diesen fragt, ob er der Vorgabe seines Erzbischofs Amette als guter Katholik folgen kann, für die *Bloc-National*-Liste zu stimmen, in: AN 362, AP 96, Dossier 2:

„[...] Cependant, dans toutes nos églises parisiennes, on a lu ce matin un mandement de Mgr. Amette conseillant aux catholiques de voter sagement, c'est à dire de voter de préférence pour ‚des candidats qui, sans donner pleine satisfaction à toutes nos légitimes revendicatoins, nous permettraient cependant d'attendre d'eux une action utile au pays, plutôt que de réserver nos votes à d'autres, dont le programme serait plus parfait, mais dont l'échec à peu près certain risquerait d'ouvrir la porte aux ennemis de la religion et de l'ordre social.' Que faut-il penser de cette recommandation? La première circonscription dont je fais partie, comporte, outre une liste bolcheviste et une autre nuance Démocratie nouvelle, la liste Millerand englobant les candidatures Barrès, Galli et Bienaimé, liste qui a signé le manifeste radical que vous savez, et enfin une liste Action Française. Je tiens à vous assurer ici que je ne fais ni moralement ni pratiquement partie de ce dernier groupe, et que je fais miennes toutes les opinions que vous manifestez dans la Croix. Or, selon vous, le mandement de notre archevêque, ne désigne-t-il pas implicitement à nos suffrages la liste Millerand-Barrès, bien que la liste Action Française ait un programme religieux à coup sûr plus satisfaisant. C'est à M. Guiraud, simple particulier que je demande quelques lumières."

5. Brief Jean Maîtres an Guiraud vom 12.3.1919 über die Strategie der Katholiken 1919, in: AN 362, AP 156:

„J'ai une remarque à faire au sujet d'un passage de votre dernière lettre. Vous dites avec raison que trop de catholiques se laissent détourner de la défense de leurs idées par le souci des intérêts matériaux. Rien de plus vrai s'il s'agit de leurs propres (Hervorhebung im Original) intérêts. Mais je me demande ce qui peut motiver chez vous la moindre crainte s'il s'agit, comme dans le cas présent, des intérêts économiques généraux du pays. Quel député catholique a su par ses efforts et son initiative affirmer sa compétence et s'imposer à la Chambre en matiere de réformes financières, de défense de la petite épargne, de grands travaux publics, de réforme administrative etc?[...]. On trouve encore à droite des orateurs convaincus et éloquents tant qu'on veut pour parler d'abondance sur les questions religieuses ou proprement politiques, mais dès qu'il faut travailler un sujet et aligner des chiffres, il n'y a plus personne. J'ai soumis à divers reprises à M. Piou des propositions de loi toutes prêtes qui me semblaient intéressantes sur divers sujets: défense de la petite épargne dans les formations de société, réforme de la Loi sur les sociétés anonymes, justice fiscale vis-à-vis de la richesse anonyme, régime de l'alcool, aménagemenet du Rhône etc. Souvent ces idées avaient la sanction d'un accueil favorable fait par des milieux compétents. Pas une fois M. Piou ne m'a signalé un député s'intéressant à la question et prêt à prendre une initiative. J'en suis reduit à m'adresser à des radicaux intelligents et actifs [...]. Donc je crois que vos craintes sont bien vaines et que vous ne triquiez pas [...] les catholiques pour les études économiques d'intérêt général qui leur donneront autorité près des masses. Ce n'est pas par des sermons que les religieuses convertissent leurs malades [...], c'est n'est qu'en se montrant indispensables à la vie de la nation que les catholiques obtiendront les égards et les satisfactions dues à leurs compétences."

6. Brief de Magallons an Guiraud über die Katholiken im *Bloc National* vom 12.12.1920, in: AN 362, AP 149, Dossier 3:

Er verteidigt sich gegen Angriffe Guirauds, er habe nicht im Namen des Katholizismus in der Kammer gesprochen:
„[...] Je me suis élevé [...] avec assez de force [...] contre l'idée et contre le mot de l'intangibilité [...]. Je regrette que cela n'ait pas été entendu de mes amis [...] cet absurde credo, adopté par tous de mes amis. C'est précisement lorsque je soutiens des thèses tranchées que j'aime à les défendre par des arguments conciliants [...]. J'aurais pu, il est vrai, proclamer que la vérité catholique s'opposait à l'idée d'intangibilité de lois dirigée contre elle. En montrant cette idée opposée à celles admises par mes adversaires (liberté, souverainité populaire, évolution, progrès) je la suivais dans leurs propres esprits, ce qui me paraissait préférable [...]. Cette tactique, c'est délibrement, que je l'admis choisie, [...] je me suis fixé pour but non de flatter les idées de mes amis, mais de tâcher s'entrainer quelques radicaux [...]. C'est pour cela que j'ai fletri les lois ‚intangibles' contre la liberté de l'enseignement comme anti-libérales et non comme anti-catholiques, puisqu'aussi bien elles

sont l'un et l'autre. Mais, sous ce couvert, j'ai maintenu l'unité de notre vie (Hervorhebung im Original), l'unité de combat [...] et tous nos droits pour l'avenir contre les lois de tyrannie, d'exil et de spoliation.»
Daraufhin verteidigt de Magallon seine bittere Kritik am Abbé Lemire, die er in der Kammer geäußert hatte:
„Il est vrai que trop de soi-disant catholiques ont proclamé leur respect des lois intangibles. Il est vrai qu'un seul s'est élevé contre elles. Mais enfin il y en a eu un – moi. J'ajoute que par mon simple mot adressé à l'abbé Lemire, j'ai voulu accentuer encore notre desaccord avec ceux, qui comme lui, ont profité de l'occasion pour assouvir leur adversion contre ceux qui ont su juste, dans le temps, au sujet des cultuelles, et surtout contre les braves gens qui, par leur courageuse attitude au moment d'inventaires, ont brisé la persécution et préparé la paix dont nous jouissons relativement aujourd'hui. Je regrette d'ailleurs de ne l'avoir pas dit plus daignement [...]. Je n'ai pas voulu irriter et troubler une chambre bien intentionnée mais fort ignorante du passé et de très-courte vue sur l'avenir. Neanmoins, les deux réserves [...] que j'ai faites relativement aux propos de l'abbé Lemire marquaient que tous les catholiques ne s'asserviraient pas à lui dans la pitié insultante dont il a couvert les braves gens des inventaires, dans l'outrage misérable qu'il a adressé au St. Père, dont l'esprit aurait été ‚troublé'. L'ensemble des catholiques, dont le sentiment a été unanime dans la résistance aux inventaires, l'aura compris certainement[...]. De même dans mon discours en rappelant le mot de Clemenceau par lequel il a mis fin aux inventaires en s'inclinant devant la résistance des catholiques, je n'ai pas développé une vérité essentielle devant une chambre à ce moment incapable de l'entendre, mais je l'ai affirmée et maintenue réservant les commentaires, sinon d'aujourd'hui au moins de plus tard."

7. Brief Abbé Thellier de Ponchevilles an Jean Guiraud vom 9.4.1927 über die Katholiken und die Wahlen, in: AN 362, AP 149, Dossier 4:

Betreff: Artikel Guirauds in La Croix vom 1.4.1927, der den Katholiken im Nord vorwarf, mit einem „cœur léger" die Laizität zu akzeptieren.
„Mais je vous ai exprimé mon regret de vous voir attaquer comme ‚libéraux' des catholiques qui, mis en face de situations électorales complexes, sont amenés, pour éviter un mal pire, à s'entendre avec des républicains de gauche sur un programme où nos légitimes protestations contre les lois laïques s'atténuent nécessairement."
Bsp. Nachwahlen im Nord 1926: „on s'est tenu à des demandes très modérées de paix religieuse et de liberté (pas de RPS). J'ai ajouté l'exemple encore plus typique de Valenciennes. Nos amis y ont souscrit un pacte où ils s'engageaient à ne pas combattre le principe de la séparation et à ne pas proposer au Conseil Municipal de mesure favorable à la proportionnelle scolaire [...]. Dans une région, où cependant les catholiques sont nombreux et organisés, les nécessités de la lutte électorale contre le sectarisme et le communisme les ont contraints à réduire leurs revendications confessionnelles à très peu de chose [...]."
Er warnt Guiraud „d'engager La Croix dans un conflit avec une grosse partie de sa clientèle, conflit qui ira s'aggravant d'ici 1928, à mesure qu' au terrain des mee-

tings, où nous sommes entre croyants, nous passerons sur le terrain électoral, où il nous faudra négocier avec des indifférents et même parfois des adversaires de la veille, hésitants et défiants [...].
Ce qui n'a été désapprouvé par nos chefs religieux, bons juges de la doctrine et de ses applications, bien renseignés sur les situations de fait au milieu desquelles agissent leurs diocésains, pouvez-vous le présenter comme étant condamnable au nom des enseignements pontificaux?
Il ne s'agit pas seulement de leur honneur et du mien. Donner comme révélatrice de la mentalité libérale d'une partie du clergé et des catholiques une conversation aussi dénaturée, c'est fausser l'opinion du grand public qui vous a donné sa confiance entière; c'est entretenir entre nous des suspicions qui nuisent à notre entente nécessaire et provoquer des polémiques qui nous séparent de plus en plus; c'est accréditer l'idée d'un libéralisme mauvais étendant son emprise sur un bon nombre des nôtres avec la tolérance, au moins tacite, de la hiérarchie."

8. Brief Paul Gays an Jean Guiraud vom 3.6.1922 über die Abstimmung der ERD zur RPS, in: AN 362, AP 148:

Gay hatte am 14.12.1921 auf Antrag Isaacs ein *amendement* zur Einführung der RPS zurückgezogen, um die Einheit des Bloc National zu wahren. Am 1.6.1922 hatte Isaac in der Diskussion um den *enseignement secondaire* die Linie vorgegeben, nicht auf der RPS zu bestehen (was Gay am 20.6. dann prompt auch nicht tat). Diese koalitionsfreundliche Haltung Isaacs unterzog Guiraud erneut heftiger Kritik in seinem Artikel.
«Mon cher ami,
Vous savez à quel point je suis acquis aux idées que vous défendez chaque jour, et les efforts que je fais pour les faire passer dans le domaine des réalisations. Je n'en suis que plus libre pour vous dire combien je regrette la manifestation de caractère trop personnel à laquelle vous vous livrez dans votre article du Vendredi 2 juin ‚Cherchez la justice'.
Je crois être assez bien placé pour avoir été particulièrement sensible à l'incartade d'Isaac. Seulement, à la suite de cet incident, je n'ai pas pris la même méthode que vous. Je suis convaincu que nous pouvons ramener Isaac à une attitude moins opportuniste, et profiter de l'influence incontestable dont il jouit dans beaucoup de milieux; mais il faut pour cela employer d'autres moyens que les coups de baton.
En toute franchise, permettez-moi de vous dire que la répétition trop fréquente de vos attaques personnelles extremement violentes, et qui ont ce caractère pénible de vous ériger en juge de la sincérité des sentiments catholiques de ceux dont vous n'approuvez pas l'attitude, n'est pas faite pour faciliter leur travail à ceux qui livrent les mêmes combats que vous, mais qui, n'occupant pas exactement les mêmes positions, voient la solution des problèmes de façon quelque peu différente. Votre méthode très absolue, procédant par action isolée, ne se prêtant pas à l'entente et à l'échange de vues avec des hommes dont vous pouvez être momentanément séparé par des divergences qui n'atteignent pas le fond même des problèmes

en cause, n'est pas à mon avis celle que nous pouvons appliquer en présence des faits tels que nous les constatons.
J'ai déjà été plusieurs fois sur le point de vous le dire; votre article d'hier ne me permet pas de me taire plus longtemps: votre attitude, en raison de l'amitié fidèle que l'on sait m'unir à vous, m'a été à plusieurs reprises un très serieux obstacle dans le travail que j'ai entrepris à la Chambre. J'étais en bonne voie pour obtenir, dans la discussion du prochain budget de l'Instruction Publique une intervention d'Isaac, qui, jointe à celle que je compte faire, aurait heureusement effacé la pénible impression de la séance du 14 décembre dernier. Votre coup de boutoir n'est pas de nature à faciliter la réalisation de ces efforts. Vos articles sont remarquables quand vous restez sur le terrain de la doctrine. Mais lorsque vous voulez morigéner les personnes, vous arrivez à casser les bras à ceux qui luttent péniblement chaque jour, dans la tranchée, pour la défense et la réalisation de cette doctrine.
Je m'attends bien à ce qu'un de ces jours vous m'exécutiez à mon tour comme n'étant pas assez pur! Cette perspective ne peut m'empêcher de vous dire, un peu rudement peut-être (mais du moins je ne donne pas à cette rudesse la vaste publicité des journaux), ce que je crois profondément vrai: vous avez dit une fois très fortement, ce qu'il y avait de regrettable dans le geste d'Isaac du 14 décembre dernier; c'était bien. Aujourd'hui, il était non seulement inutile, mais nuisible d'y revenir, car vous vous jetez ainsi au travers des possibilités de réparation de ce geste".

9. Brief des ACJF-Vorsitzenden Coppin an Guiraud über eine Revitalisierung konservativ-katholischer Verbände, gegen die Allianz mit den *Progressisten*, vom 8.6.1920, in: AN 362, AP 148, Dossier 1:

„[...] La méthode qui a prévalue aux Elections de 1919, avec le concours plus au moins officiel de l'Episcopat, sous le marteau de l'Union Sacrée, a desorganisé un peu surtout pour ne pas dire brisé les cadres anciens de l'opposition de Droite, et jeté dans nos troupes le désarroi et la confusion [...]. Vous savez ce qu'il en fu, et comment les catholiques, noyés dans le ‚Bloc Républicain National' ont dû faire taire leurs plus légitimes revendications, notamment sur les fameuses ‚lois intangibles'. Il leur a fallu sacrifier – provisoirement, je l'espère – la politique des principes à celle des intérêts devant l'épouvantail du Bolchevisme.
[...], nous hésitons à nous reconstituer sous le drapeau de l'ancienne Action Libérale, qui n'a plus de groupe à la Chambre. Mais comme nous estimons qu'il y a des concessions qu'un catholique ne peut pas faire sur le terrain des libertés religieuses, familiales ou scolaires, nous ne voulons pas non plus nous confondre avec les Progressistes qui sacrifient trop volontiers les principes essentiels à leur besoin de plaire à gauche, par lassitude ou indifférence.
[...] La forme républicaine est pour nous hors de discussion; nous ne la prenons pas comme un dogme, mais nous l'acceptons comme un fait [...].
Toutefois, dans nos groupements, nous ne voulons pas d'excommunication à droite, où se recrutent toujours tant d'admirables dévouements pour la défense des intérêts religieux [...]."

10. Brief Coppins an Guiraud über die AD und die Kongregationsgesetzgebung vom 30.10.1921, in: AN 362, AP 148, Dossier 1:

„Le discours de M. Jonnart publié dans les Journaux de Vendredi sur la question des Congrégations, a provoqué dans les milieux catholiques, une très vive émotion. Non pas que nous puissions nous étonner de retrouver, sur les lèvres du ‚Président du parti républicain démocratique', des déclarations qui n'ont guère varié depuis l'origine de sa fortune politique. Les Catholiques du Pas-de-Calais, qui veulent se souvenir, savent que, depuis 1885, M. Jonnart s'est toujours trouvé devant eux, dans les luttes électorales, de l'autre côté de la barricade, le drapeau laïque à la main, en compagnie des Radicaux, des Franc-Maçons et des Sectaires. Toute la souplesse et la dialectique intéressé d'un Lefebvre du Prey, politicien et arriviste, ne peuvent rien contre ce point d'histoire [...]."
Die Rede Jonnarts bedeute nämlich: „Aussi donc, le devoir accompli, les religieux et religieuses doivent reprendre le chemin d'exil et se soumettre, les uns à la providence d'autorisation, les autres à la proscription définitive [...]. Et, cependant que se dresse devant nous l'effroyable problème de vie ou de mort de l'enseignement libre, si d'une part la RP scolaire n'est pas votée au cours de la législation, et si d'autre part le personnel enseignant nécessaire n'est pas alimenté par ce retour des Congrégations. Voilà bien les P.P. Jésuites et les autres, étrangement payés de leurs deuils, de leurs sacrifices, de leur heroïsme et de leurs vertus, au cours de la guerre, par ce Gouvernement soi-disant national, soutenu par les élus du 16 novembre, où figurent, parmi ses champions, les personnalités les plus en vue de l'Institut catholique, les Boissard, les Chabrun et les Duval-Arnould.
Avec les grosses difficultés, qui se posent pour l'enseignement libre, en matière de finances et de personnel, sacrifier les Congrégations enseignantes, c'est tuer aussi l'Ecole libre, et avec elle laïciser tout l'avenir des générations."

11. Brief von Joseph Denais an Jean Guiraud vom 5.5.1924 über die Wahlen 1924 und die katholische Einbindung in die liberal-konservative Sammlung, in: AN 362, AP 149, Dossier 1:

„Mon cher confrère et Ami,
Vous m'avez si aimablement dit et redit, après les élections du 16 novembre 1919, que vous regrettiez mon insuccès – ainsi que celui de Lerolle – que je me permets de compter sur vous pour que, sous une forme quelconque, les lecteurs de la Croix soient incités à me donner leurs suffrages, même si la liste sur laquelle je figure n'avait pas leur agréement. [...]. Ce que j'ajoute pour vous – étant bien entendu que vous ne ferez éventuellement état de cette lettre que comme d'un renseignement anonyme – c'est que le terrain gagné depuis quatre ans et demi apparaît comme très important: Je n'ai eu personnellement aucune peine à obtenir de mes co-listiers, si variées que soient leurs opinions intimes, le silence total sur les lois laïques et dans les circulaires et dans les réunions, et je réclame publiquement devant eux liberté de conscience, d'enseignement, d'association [...] la détente est certaine, surtout chez ceux qui n'ont pas 60 ans – je veux dire qui n'ont pas de res-

sentiment [...] Mais il y faut prudence et mesure. A vouloir trop vite, on provoquerait de terribles échos en retour. [...]. J'aurai décidement les plus grandes chances si les catholiques qui votent la liste d'Action Française par souci de donner à la cause catholique des défenseurs sûrs comprennent qu'ils doivent y rayer un nom pour inscrire le mien afin qu'entre les élus de la liste d'Union républicaine il y ait aussi un catholique [...] et cela sera fait aussi, je l'espère, pour Lerolle et pour Duval-Arnould, - également pour Taittinger [...]."

12. Brief Alexandre Millerands an Georges Goyau vom 15.9.1924 über das französische Protektorat der Heiligen Stätten in Palästina und den Vertrag von San Remo sowie die Einrichtung einer Vatikanbotschaft, in: AN 470, AP 104:

„[...]. Dans le dernier article à la Revue dont j'en ai pas à dire que j'adopte pleinement les tendances et les conclusions, m'honorant d'avoir dès mon arrivée au Quai d'Orsay, pris l'initiative du rétablissement des relations de la République avec le Vatican, je lis: Quelque éclipse qu'ait [...] notre protectorat traditionnel [...] depuis les conversations franco-italiennes de San Remo. Le ministre des affaires étrangères de l'époque serait très désireux de savoir ce que vous entendez par là. D'autre part, à la fin de l'article vous paraissez indiquer qu'entre le mode des relations occultes et celui de l'ambassade, on (on, c'est moi-même, mon cher confrère, sans nulle vanité), on aurait voulu essayer d'un troisième système en expédiant auprès du Cardinal Gasparri M. Doulcet. Il n'en est rien. En envoyant Doulcet à Rome usant par là d'une procédure comparée, je lui donnais pour mission d'engager la conversation en vue du rétablissement de l'Ambassade au Vatican. Au même instant je saisissais officiellement le Parlement, je m'expliquais sans ambage devant les commissions. Je puis ajouter sans trahir aucun secret que, devenu dans l'intervalle Président de la République, j'ai agi à maintes reprises et avec insistance pour que me fût soumis le décret portant nomination de l'ambassadeur."

13. Brief Auguste Isaacs an Millerand vom 19.12.1924 über die Teilnahme der FR an der LRN, in: AN 470, AP 104:

„Monsieur le Président,
J'avais chargé notre ami Brousse de vous dire mes regrets de ne pouvoir assister au banquet de Luna Park [...]. Je viens de lire votre discours et je ne vous étonnerais pas en vous disant qu'il répond à tout ce que j'attendais de vous: c'est net, c'est franc, c'est patriotique, c'est énergique. Vous appelez au drapeau républicain national tous ceux qui souffrent de la folie du Cartel, c'est beaucoup plus de la moitié de la France. Je suis convaincu qu'en continuant cette tactique nous ou plutôt vous produisez une telle impression sur le pays que le Cartel ne pourra pas aller au terme de la législature et sollicitera de lui même un nouvel appel à la Nation. En mon absence, mes amis de la Fédération Républicaine sont allés vous voir et vous ont exprimé leur désir de ne pas se voir écartés du Comité Directeur de la Ligue par suite de mon absence. Vous leur avez répondu que vous ne comprenniez

pas le comité comme une émanation parlementaire de différents partis en quoi je suis complètement d'accord avec vous. Je ne demande pas un siège de droite pour la Fédération, mais regrettant que mon éloignement et l'état de ma santé ne me permettent pas de me rendre aux réunions aussi assidûment que je le voudrais, je souhaîte d'y être remplacé par un de ceux qui partagent avec moi la responsabilité de la direction. J'avais songé à M. Hervey [...]."

Abkürzungsverzeichnis

ACA	Assemblée des Cardinaux et Archevêques
ACCF	Association catholique de chefs de famille
ACJF	Association catholique de la jeunesse française
AD	Alliance démocratique
AF	Action Française
AFNSP	Archives de la Fondation Nationale des Sciences Politiques
AIAF	Association de l'Industrie et de l'Agriculture Françaises
ALP	Action libérale populaire
AN	Archives Nationales
ANANF	Alliance nationale pour l'accroissement de la natalité française
ANR	Action nationale républicaine
AP	Action Populaire
APP	Archives de la Préfecture de Police
ARAC	Association Républicaine des Anciens Combattants
ARN	Association républicaine nationale
ARP	Alliance républicaine progressiste
ARS	Action républicaine et sociale
BN	Bibliothèque Nationale, Paris
CGT	Confédération Générale du Travail
CGTU	Confédération Générale du Travail Unitaire
CPRN	Centre de Propagande des républicains nationaux
DC	Documentation Catholique
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DRAC	Ligue des Droits du Religieux Ancien Combattant
ERD	Entente républicaine démocratique
FGSPF	Fédération gymnastique et sportive des patronages de France
FNC	Fédération nationale catholique
FR	Fédération républicaine
FRF	Fédération régionaliste française
FRs	Fédération républicaine et sociale
FRS	Fédération républicaine de la Seine
GG	Geschichte und Gesellschaft
GQG	Grand Quartier Général
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht

HZ	Historische Zeitschrift
JO	Journal Officiel
JP	Jeunesses patriotes
LFF	Ligue des Femmes Françaises
LPDF	Ligue Patriotique des Françaises
LRN	Ligue Républicaine Nationale
MSED	Mémoires de la Société d'Emulation du Doubs
NAF	Nouvelles Acquistiones Françaises
NPL	Neue Politische Literatur
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
PAC	Association des Prêtres Anciens Combattants
PCF	Parti Communiste Français
PDP	Parti démocrate populaire
RDDM	Revue des Deux Mondes
RHMC	Revue d'histoire moderne et contemporaine
RPI	Réprésentation proportionnelle intégrale
RPS	Réprésentation proportionnelle scolaire
SFIO	Section Française de l'Internationale Ouvrière
UC	Unions des catholiques
UD	Union Diocésaine
UFSF	Union française pour le suffrage des femmes
UIE	Union des intérêts économiques
UIMM	Union des industries métallurgiques et minières, de la construction mécanique, électrique et métallique et des industries qui s'y rattachent
ULR	Union libérale républicaine
UNC	Union Nationale des Combattants
UNVF	Union nationale pour le vote des femmes
UP	Union paroissiale
URD	Union républicaine démocratique
URP	Union républicaine populaire
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen

Archives Nationales Paris (AN)

Nachlaß Louis Marin AN 317 AP

(Die Parteiarchive der *Fédération républicaine* sind vermutlich zwischen 1948 und 1953 verbrannt. Im Nachlaß Marin erhalten sind mehrere die FR betreffende Akten sowie umfangreiches Material, das das politische Handeln des langjährigen Vorsitzenden betrifft.)

317 AP 7, 14, 15, 17: Persönliche Dossiers (darunter Taittinger, de Wendel)
317 AP 19, 20: Korrespondenz mit Louis Blaison
317 AP 70–72: Wahlkampf 1924, Korrespondenz mit dem Generalsekretär Guiter, Parteiorganisation 1934–1939
317 AP 73: Korrespondenz über die Krisen der FR, z.T. von den Departementverbänden (u.a. Krise Tardieu, de Kerillis, Pernot)
317 AP 74: Dokumente zur URD 1924–1928
317 AP 75: Die FR vor 1925, Rundschreiben und Traktate der ANR, Parteifinanzierung
317 AP 76–78: Persönliche Dossiers über die Mitglieder des *Conseil national*, Korrespondenz 1926–1932
317 AP 79–81: Departementalverbände (v.a. Seine-Inférieure, Rhône, Loire) und Wahlkampf ab 1928, Subventionen
317 AP 82: Protokolle der Parteiführung und des *Conseil national* 1923–1935
317 AP 83: Protokollbücher der *Fédération républicaine de la Seine* 1922–1935
317 AP 84, 85: Korrespondenz zur großen Koalition 1926–1931, Propagandakampagnen zur Parteigründung 1925–1939
317 AP 86: Z.T. stenographische Mitschrift der Berichte der Kongresse 1925–1934, Dossier Bonnevay 1926
317 AP 87: Stenographische Mitschrift des Kongresses 1925 und *rapports* der Kongresse 1925–1929
317 AP 88–91: Korrespondenz mit anderen Parteien und Zweiter Weltkrieg
317 AP 98–100: Rede zu Versailles 1919, Briefe
317 AP 101–107: Dokumente zur religiösen Frage
317 AP 115–117: Dokumente zum Unterrichtswesen
317 AP 168–172: Wahlkampf, politische Organisation in Lothringen
317 AP 183: Korrespondenz mit Edouard de Warren (der sehr wichtige Karton enthält die Privatkorrespondenz von Marin mit seinem lothringischen Fraktionskollegen de Warren)
317 AP 189, 190: Korrespondenz mit Verbänden und Vereinen
317 AP 223–229: Biographisches Material über Louis Marin
317 AP 234, 236, 239: Wahlkampf 1928
317 AP 249: Dossier Interalliierte Schulden

Nachlaß Jean Guiraud AN 362 AP

362 AP 145, Dossier 1: Briefe an Kardinäle Baudrillart, Binet
362 AP 145, Dossier 2: Korrespondenz Guirauds mit dem hohen Klerus, darunter Briefe von Bischof Chollet (Cambrai)
362 AP 145, Dossier 3: Briefe von Erzbischof Dubourg

362 AP 145, Dossier 4: Korrespondenz Guirauds mit dem hohen Klerus, darunter Briefe von Bischof Gibier (Versailles), Humbrecht (Poitiers, später Besançon), Gauthey (Besançon)
362 AP 146, Dossier 1: Brief des Erzbischofs de la Celle
362 AP 148, Dossier 1: Briefe von Politikern: Baudry d'Asson, Benoist, Bourgoin, de Castelnau, Coppin, Denais
362 AP 148, Dossier 2: Briefe von Denais, Dubois, Desgranges, Deschanel, Duraud, Delahaye, Duval-Arnould, François-Marsal
362 AP 148, Dossier 3: Briefe von de Gailhard-Bancel, Gay, Guiter
362 AP 148, Dossier 4: Briefe von Isaac, de Kervanoël
362 AP 149, Dossier 1: Briefe von de Lamarzelle, de Las Cases, Le Cour Grandmaison, Lefas, Lerolle
362 AP 149, Dossier 2: Briefe von de Magallon, Maire, Massabua, Dr. Monge
362 AP 149, Dossier 3: Briefe von Pernot und Xavier de la Rochefoucauld
362 AP 149, Dossier 4: Briefe von Taittinger, Tardieu, Vallat, de Warren
362 AP 151, Dossier 1: Durchschlag der Briefe Guirauds, darunter an Alfred Maire
362 AP 151, Dossier 3: Durchschlag der Briefe Guirauds, darunter an Papillon (ALP-Paris) sowie Salomon (ALP-Pontarlier)
362 AP 151, Dossier 4: Durchschlag der Briefe Guirauds, darunter an verschiedene ALP-Lokalverbände der Franche-Comté
362 AP 151, Dossier 5: Durchschlag der Briefe Guirauds, darunter an de Gailhard-Bancel
362 AP 156, Dossier 1: Briefe Mangolfs an Guiraud
362 AP 156, Dossier 2: Briefe Pernots, Mullers, Carons, Maîtres, Saillards, Sanceys

Nachlaß André Tardieu AN 324 AP

324 AP 3, 4, 7–10, 12, 13, 16, 18: Korrespondenz mit unterschiedlichen Mitgliedern der FR, v. a. Jacques Bardoux und Désiré Ferry

Nachlaß Xavier de la Rochefoucauld AN 142 AP

142 AP 14/15: Intensiver Briefwechsel de la Rochefoucaulds mit Piou, Dokumente zur ALP, Finanzierung, Verhältnis zum Papst, handschriftliche Notizen

Nachlaß Louis Madelin AN 355 AP

355 AP 1–6: Korrespondenz

Nachlaß Alexandre Millerand AN 470 AP

470 AP 87–90: Ligue Républicaine Nationale: Briefwechsel Brousse-Millerand
470 AP 104: Korrespondenz, u. a. mit Auguste Isaac, Georges Goyau

Nachlaß Alexandre Ribot AN 563 AP

563 AP 27: Korrespondenz (Aynard, Baudrillart, Benoist, Bérard, Berger)
563 AP 31: Korrespondenz (Cochin, Giraud, Grosjean, Krantz)
563 AP 33: Korrespondenz (Lachapelle)
563 AP 37: Korrespondenz (Lavisse, Lebrun, Leroy-Beaulieu, Marin, de Mackau, Méline, de Montebello, Motte)
563 AP 38: Korrespondenz (Ordinaire, Piou)

Nachlaß Etienne Lamy AN 333 AP

333 AP 47: *Association Républicaine Libérale et Conservatrice*
333 AP 48: Wahlen 1919
333 AP 49: *Ralliement*
333 AP 50: Dokumente zum *Enseignement libre*
333 AP 51, 52: Beziehungen zum Vatikan vor 1905
333 AP 54: Jeanne d'Arc

Nachlaß Joseph Denais AN 488 AP

488 AP 11, 12: Korrespondenz (Briefe von Déroulède)

Nachlaß François de Wendel AN 190 AQ

190 AQ 13: *Notes personnelles*
190 AQ 15: *Associations cultuelles* in Lothringen, Briefwechsel *Groupe Lorrain* (u. a. mit Collin)
190 AQ 29: Briefwechsel mit Marin
190 AQ 30: Korrespondenz mit Pastor Soulier

Série F7 (Police Générale)

F7 12877, 12878:	ALP
F7 12951-12956:	Notes Jean
F7 13213, 13214:	*Fédération National Catholique FNC*
F7 13215–13217:	*Ligue Patriotique des Françaises*
F7 13219-13226:	FNC 1924-1928 (Monatsberichte aus den Departements)
F7 13228:	DRAC
F7 13232:	*Jeunesses Patriotes*
F7 13237:	*Ligue Républicaine Nationale*
F7 13242:	*Anciens Combattants*
F7 13254, 13255:	Parlamentswahlen im 2. Sektor in Paris 1926
F7 13962:	Dossier *Fédération Républicaine*

Archives de la Fondation Nationale des Sciences Politiques (AFNSP)

Nachlaß Ernest Pezet

Pe 2-4: Aktivitäten von Ernest Pezet 1919–1928, u. a. Nachwahl Marne 1926, FNC, PDP

Nachlaß André Siegfried

3 SI 15
7 SI 12
7 SI 40

Archives de la Préfecture de Police (APP)

BA 1755:	*Guerre 1914–18*
BA 1905:	*Fédération Nationale Catholique*
BA 1964:	*La Croix*
BA 1975:	PDP

BA 2013: Dossier de Lasteyrie
BA 2036: Dossier Jean Ybarnégaray
BA 2121: Dossier Loutil Edmond dit: Piere l'Ermit
BA 2125: Dossier Chailloux Louis

GA D1: Dossier Louis Dubois
GA P5: Dossier le Provost de Launay
GA P1: Dossier de Puymaigre-Bondet
GA T6: Dossier Taittinger
GA W2: Dossier de Wendel

Archives Départementales du Doubs (Besançon) (AD)

M 161–167: Parlamentswahlen im Doubs 1902, 1906, 1910, 1914, 1919, 1924, 1928
M 183, 184: Wahlen der Senatoren 1921, 1929
M 220, 221: Kantonalwahlen Doubs
M 240–245: Wahlen zum *Conseil Général* und *Conseil d'Arrondissement*, Ergebnisse, Briefe, Propaganda 1901–1929
M 787, 788: ALP, *Ligue des Patriotes*
M 848–853: *Situation politique*, Präfektenberichte an den Innenminister
Serie 2 Z 4–6: Munizipalwahlen in Pontarlier 1870–1940
Serie 2 Z 11, 12: Kantonalwahlen in Pontarlier 1870–1940
Serie 2 Z 24–27: Kammerwahlen 1910, 1914, 1919, 1924, 1928 in Pontarlier
Serie 2 Z 29: Wahlen der Senatoren in Pontarlier

Archives de l'Archevêché de Besançon (AAB)

Fonds Erzbischof Gauthey

Karton Nr. **450** (Sillon)

Fonds Erzbischof Humbrecht

Karton IV, 1 Nr. **455**
Karton IV, 3 Nr. **457** (Journal)
Karton V Nr. **458**
Karton VI Nr. **460**
Karton VII Nr. **461**
Karton IX Nr. **463**
Karton X Nr. **464**
Karton XII Nr. **466** (*Action Française*)

Fonds Cardinal Binet

Karton I b Nr. **475**
Karton X Nr. **477** (Korrespondenz)
Karton XI Nr. **478** (Korrespondenz)
Karton XII Nr. **479** (*Assemblée des Cardinaux et Archévêques*)
Karton XXIV Nr. **494** (*Œuvres*)
Karton XXV Nr. **495**

Fundus noch nicht klassifiziert

- *Union des Catholiques*
- *Dossier Pernot/Dubourg*

Bibilothèque Nationale (BN)

Nouvelles Acquistions Françaises (NAF)

MS 14827: Mélanges littéraires, Briefe an Louis Marin
MS 16005: *Papiers Poincaré*/Korrespondenz
MS 16011: *Papiers Poincaré*/Korrespondenz
MS 16012: *Papiers Poincaré*/Korrespondenz
MS 16018: *Papiers Poincaré*/Korrespondenz
MS 16045: *Papiers Poincaré*/Reden
MS 16055: *Papiers Poincaré*/Notizen

Institut de France – Bibliothek

Nachlaß Charles Benoist

Ms 4535: *Réforme électorale RPI*
Ms 4537: *Campagnes électorales* 1902–1914
Ms 4554: Korrespondenz
Ms 4556: Korrespondenz

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin (PA/AA)

Politische Abteilung II: Politik 7 Frankreich

R 70713–70719: Botschaftsberichte 1919–1928
R 70927, 70928: Religion und Kirche
R 70936: Freimaurer
R 72140–72142: Verhältnis Frankreich-Vatikan
R 30199: Innere Politik: Parlament und Parteiwesen

Gedruckte Quellen

Presse

L'Action Française
L'Action régionaliste
L'Alliance Démocratique
L'Autorité
L'Avenir
Bulletin de l'Action Libérale Populaire
Bulletin de l'Enseignement Primaire Libre: Diocèse de Besançon
Bulletin de la Fédération Républicaine de France (1919–1925)
Bulletin de l'Union des Catholiques et des Associations de Chefs du Famille: Diocèse de Besançon, Dieu et Famille
Le Correspondant

Le Courrier de la Montagne
La Croix
La Croix de Franche-Comté
Le Cultivateur Comtois, Organe des Intérêts agricoles de Franche-Comté
La Dépêche Républicaine
La Documentation Catholique
L'Echo des Campagnes – Organe de Défense paysanne et d'informations agricoles
L'Echo de Notre-Dame du Haut (Ronchamp/Ht-Saône)
L'Echo de Paris
L'Eclair
L'Eclair Comtois
L'Eclair de l'Est
Le Figaro
Le Gaulois
Le Bon grain
L'Humanité
L'Intransigeant
Le Journal des Débats
La Journée Industrielle
La Liberté
La Libre Parole
Les marches de l'Est
Le Matin
La Nation
L'Ouest Eclair
La Patrie
Le Pontissalien
La République Française
La Revue des Deux Mondes
La Revue du clergé français
La Revue Hebdomadaire
La Revue Politique et Parlementaire
La Revue pratique et apologétique
La Semaine religieuse de Besançon
Le Temps
Vers l'Avenir, Journal mensuel de l'Union Régionale de la Jeunesse Catholique de la Franche-Comté

Memoiren, Tagebücher, zeitgenössisches Schrifttum

Almanach de l'ALP pour les Départements du Doubs, de la Haute-Saône, du Jura et du Territoire de Belfort, Besançon 1905.
Aron, Robert/Dandieu, Armand: Le Cancer américain, Paris 1931.
Aynard, Camille: Bolchevisme ou Fascisme? Français, il faut choisir, Paris 1925.

Barbier, Emmanuel: Les Progrès du libéralisme catholique en France sous le pape Léon XIII, 2 Bde., Paris 1907.
Bardoux, Jacques: L'Affaire Millerand, Paris 1924.
Ders.: Hors du marais: la route de France, Paris 1925.
Ders.: Frédéric François-Marsal, La Fédération républicaine et sociale du Plateau central. Sa méthode, son congrès, son programme, Clermont Ferrand 1926.
Ders.: Le socialisme au pouvoir, l'expérience de 1924, Paris 1930.
Ders.: Journal d'un témoin de la Troisième République (1.9.1939–15.7.1940), Paris 1997.
Barrès, Maurice: Roman de l'Energie Nationale (Les Déracinés 1897, L'Appel au soldat 1900, Leurs Figures 1902).

Ders.: Scènes et doctrines du nationalisme, Paris 1902.
Ders.: Les diverses familles spirituelles de la France, Paris 1917.
Ders.: L'Ame française et la Guerre, Paris 1914–1919.
Ders.: Faut-il autoriser les congrégations, Paris 1924.
Ders.: Mes Cahiers, 1896–1923, présenté par Guy Dupré, Paris 1994.
Barthou, Louis: Le traité de paix, Paris 1919.
Ders.: La Politique, Paris 1923.
Batiffol, Pierre: Notre Visite en Irlande, 7–14.10.1916, Paris 1917.
Baudrillart, Alfred: Les carnets, texte présenté, établie et annoté par Paul Christophe: Bd. 1914–1918, Paris 1994; Bd. 1919–1921, Paris 2000; Bd. 1922–1925, Paris 2001; Bd. 1925–1928, Paris 2002.
Bazin, René: La Terre qui meurt, Paris 1903.
Beaufort, P.: L'Âme héroïque d'un prêtre. Vie de l'Abbé Jean Lagardère, Besançon 1928.
Benoist, Charles: La Politique, Paris 1895.
Ders.: La Crise de l'Etat moderne, Bd. I, Paris 1899.
Ders.: L'organisation du travail. La crise de l'Etat moderne, Bd. II, Paris 1905.
Ders.: Les lois de la politique française, Paris 1928.
Ders.: Les Maladies de la Démocratie. L'Art de capier le suffrage et le pouvoir, Paris 1929.
Ders.: Souvenirs, 3 Bde., Paris 1936.
Berl, Emmanuel: La Politique et les Partis, Paris 1932.
Bessières, Albert: L'Union catholique. Pour l'unité des forces catholiques, Paris 1924.
Ders.: Le devoir civique des femmes et le suffrage féminin, Reims 1926.
Mgr. Besson: M. de Montalembert en Franche-Comté, Besançon 1872.
Bloy, Léon: Journal, Bd. IV. Au seuil de l'Apocalypse. La porte des humbles, Paris 1963.
Blum, Léon: La Réforme gouvernementale, Paris 1931.
Bonnard, Abel: Le Drame du présent. Les modérés, Paris 1936.
Bonnefous, Edouard: Avant l'oubli. La vie de 1900 à 1940, Paris 1984.
Bonnet, Georges: Vingt ans de vie politique (1918–1938). De Clemenceau à Daladier, Paris 1939.
Bonnevay, Laurent: Les journées sanglantes de février 1934, Paris 1935.
Bordeaux, Henry: Histoire d'une vie, Bd. VIII: L'Enchantement de la Victoire, Paris 1980.
Bordeaux, Henry: Histoire d'une vie, IX: Sous le signe de Jeanne, Décembre 1923 – Mai 1931, Paris 1962.
Borrel, Antoine: Les villages qui meurent, Paris 1932.
Bourget, Jean-Marie: Gouvernement et Commandement, les leçons de la guerre mondiale, Paris 1923.
Bourgin, G./Carrère, J./Guérin, A.: Manuel des partis politiques en France, Paris 1928.
Boverat, Fernand: Patriotisme et Paternité, Paris 1913.
Brugerette, Joseph: Le Prêtre français et la Société contemporaine, Bd. II: Vers la Séparation de l'Eglise et de l'Etat, 1871–1908, Paris 1935; Bd. III: Sous le régime de la Séparation. Le réconstitution catholique, 1908–1936, Paris 1938.
Brunetière, Ferdinand: Discours de Combat. 1. Serie, Paris 1914.
Bucaille, Victor: Lettres de prêtres aux armées, Paris 1916.
Ders.: Denys Cochin, Paris 1922.
Buell, Raymond: Contemporary French Politics, New York 1920.

Caillaux, Joseph: Mes Mémoires. Ma Jeunesse Orgueuilleuse I. 1863–1909, Mes audaces – Agadir, II 1909–1912, Claivoyance III, 1912–1930, Paris 1942.
Capitant, René: La Réforme du parlementarisme, Paris 1934.
Mgr. Chapon: L'Eglise de France et la loi de 1905, Réponse aux objections, Jurisprudence relative aux cultuelles, Paris 1922.
Chardon, Henri: L'Organisation d'une démocratie. Les deux forces, le nombre, l'élite, Paris 1921.
Charles-Brun, Jean: Le régionalisme, Paris 1911.
Charles-Roux, François: Souvenirs Diplomatiques. Une grande ambassade à Rome. 1919–1925, Paris 1962.

Clemenceau, Georges: Grandeurs et misères d'une victoire, Paris 1930.
Cochin, Denys: Le Dieu allemand, Paris 1917.
Ders.: 1914–1922. Entre alliés, Paris 1924.
Ders.: La Guerre, Le Blocus, L'Union Sacrée, Paris 1923.
Ders.: (Hrsg.): Les Organisations de blocus en France pendant la guerre, 1914–1918, Paris 1926.
Collé, Abbé: La Bataille de la Mortagne, hrsg. von Emmanuel Vitte, Lyon 1925.
Corcos, Fernand: Catéchisme des partis politiques, Paris 1927.
Cornilleau, Robert: De Waldeck-Rousseau à Poincaré. Chronique d'une génération (1898–1924), Paris 1926.
Ders.: Du Bloc National au Front Populaire. Bd. I. 1919–1924, Paris 1939.
Cortis, Joseph C.: De l'organisation des forces conservatrices, Paris 1894.
Curtius, Ernst Robert: Maurice Barrès und die geistigen Grundlagen des französischen Nationalismus, Bonn 1921.

Daudet, Léon:, Souvenirs politiques, Paris 1924.
David, Robert: La IIIe République. Soixante ans de politique et d'histoire de 1871 à nos jours, Paris 1934.
Deherme, Georges: Croître ou disparaître, Paris 1910.
Delahaye, Jules: La Reprise des relations diplomatiques avec le Vatican, Paris 1922.
Delemer, Antoine: Le Bilan de l'étatisme, Paris 1922.
Denais, Joseph: Pour que la France vive, Paris 1926.
Ders.: Jacques Piou: un apôtre de la liberté, Paris 1958.
Deschanel, Paul: La République nouvelle, Paris 1898.
Ders.: L'Organisation de la démocratie, Paris 1910.
Desgranges, Abbé: Carnets intimes. Journal d'un conférencier populaire, Bd. I, Genf/Paris 1960.
Dimier, Louis: Vingt ans d'Action française et autres souvenirs, Paris 1926.
Duclos, Jacques: Mémoires 1896–1934. Le chemin que j'ai choisi. De Verdun au Parti Communiste, Paris 1968.
Duhamel, Georges: Scènes de la vie future, Paris 1930.
Dumont-Wilden, Louis: Louis Marin, Paris 1937.
Duthoit, Eugène: Le Suffrage de demain, régime électoral d'une démocratie organisée, Paris 1901.
Ders.: Vers l'organisation professionnelle, Reims 1910.

Eysseric, Jacques: Politique laïque et dépopulation, Paris 1931.

Faguet, Emile: Le Culte de l'incompétence, Paris 1910.
Ferrata, Dominique: Mémoires: ma nonciature en France, Paris 1922.
Ferry, Abel: Les carnets secrets (1914–1918), Paris 1957.
Flandin, Pierre-Etienne: Politique française, 1919–1940, Paris 1947.
Flornoy, Eugène: La Lutte par l'association. L'Action Libérale Populaire, Paris 1907.
Fonsegrive, George: La Science française, Paris 1915.
Ders.: De Taine à Péguy: L'Evolution des idées dans la France contemporaine, Paris 1917.
Fourcade, Jacques: La République de la province. Origines des Partis. Fresques et silhouettes, Paris 1936.
François-Poncet, André/Mireaux, André: La France et les huit heures, Paris 1922.
Ders.: Réflexions d'un républicain modéré, Paris 1925.
Ders.: La vie et l'œuvre de Robert Pinot, Paris 1927.
Ders.: De Versailles à Potsdam. La France et le problème allemand contemporain (1919–1945), Paris 1948.

Gailhard-Bancel, Hyacinthe de: Les Retraites ouvrières. L'Assistance aux vieillards et aux infirmes, préface d'A. de Mun, Paris 1906.
Ders.: Les Syndicats agricoles aux champs et au parlement, Paris 1924.

Ders.: Quatorze années de défense religieuse à la Chambre des Députés 1901-1914. Souvenirs et discours, Paris 1928.
Galéot, A. L.: L'Avenir de la race. Le problème du peuplement en France, Paris 1917.
Gauthey, Abbé Jean: Un des Quatorze. Mgr. François-Léon Gauthey. Evêque de Nevers, Archévêque de Besançon (1848-1918). Vie intime, Poray-le-Monial 1927.
Mgr. Gibier: Nos plaies sociales, Paris 1900.
Ders.: La désorganisation de la famille, Paris 1901.
Ders.: Les devoirs de l'heure présente. Programme d'organisation et d'action catholique, Paris 1917.
Goyau, Georges: Un catholique au XX^{e} siècle, Henri Bazire. Préface de G.Goyau, Paris 1922.
Ders.: Catholicisme et politique, Paris 1923.
Grandmaison, G. de/Veuillot, François: L'Aumônerie militaire pendant la guerre, 1914-1918, Paris 1923.
Guillou, Jean: L'émigration des campagnes vers les villes et ses conséquences économiques et sociales, Paris 1905.
Guiraud, Jean: Clergé et Congrégations. Au service de la France, Paris 1917.

Halévy, Daniel: La fin des notables, Paris 1930.
Ders.: Décadence de la liberté, Paris 1931.
Ders.: La République des Comités. Essai d'histoire contemporaine 1895-1934, Paris 1934.
Ders.: Péguy et les Cahiers de la Quinzaine, Paris 1941.
Hanotaux, Gabriel: Histoire de la France contemporaine (1871-1900), 4 Bde., Paris 1908.
Ders., Carnets (1907-1925), hrsg. von Georges Dethan, Georges-Henri Soutou und Marie-Renée Mouton, Paris 1982.
Harvard de la Montagne, Robert: A propos d'un Centenaire. Etude sur le Ralliement, Paris 1926.
Ders.: Chemins de Rome et de France. Cinquante ans de souvenirs, Paris 1956.
Hauser, Henri: Le problème du régionalisme, Paris 1924.
Henriot, Philippe: Mort de la trêve, Paris 1934.
Herriot, Edouard: Erinnerungen eines Politikers und Staatsmannes, Carl Reissner-Verlag, Dresden 1928.
Ders.: La France dans le monde, Paris 1933.
Ders.: Episodes 1940-1944, Paris 1950.
Hilleret, Georges: Le Problème de la population en France et le vote familial, Paris 1928.

Isaac, Auguste: Journal d'un notable lyonnais 1906-1933. Textes choisis et annotés par Hervé Joly, Lyon 2002.
Izaure, Marcelle: L'évolution de l'idée d'organisation professionnelle chez les catholiques sociaux en France, Paris 1931.

Jeanneney, Jules: Journal Politique, Sept. 1939-Juillet 1942. Edition établie et annoté par Jean-Noël Jeanneney, Paris 1972.
Josse, Prosper: Quatre années de vie politique (1919-1923), Paris 1923.
Ders.: Six années de vie politique (1924-1929), Paris sine die.
Ders.: La décadence économique et sociale de la France sous le régime radical-socialiste et les progrès de l'étranger. Un bilan tragique, Paris 1928.
Journal Officiel, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Paris 1919-1932
Journal Officiel, Chambre des Députés, Documents, Paris 1919-1932
Jouvenel, Robert de: La République des camarades, Paris 1913.
Judet, Ernest: Ma Politique, 1905 à 1917, Paris 1923.
Mgr Julien: Vers la victoire. Discours 1914-1919, Paris 1920.

Laboulaye, Edouard: Le Parti Libéral. Son Programme et son avenir, Paris 1863.
Lachapelle, Georges: Elections législatives des 26 avril et 10 mai 1914. Résultats officiels, Paris 1914.

Ders.: L'œuvre de demain: la réforme électorale, la décentralisation, la revision de la constitution, Paris 1917.
Ders.: L'expérience politique d'après-guerre. La réforme électorale. La révision de la Constitution, Paris 1919.
Ders.: Elections législatives du 16 novembre 1919, Paris 1920.
Ders.: Le Ministère Méline, Paris 1928.
Ders.: L'Alliance démocratique, ses origines, ses hommes, son rôle, Paris 1935.
Lamy, Etienne: Le vrai parti conservateur, Paris 1886.
La Rochefoucauld, Edmée de: La femme et ses droits, Paris 1939.
Las Cases, Emmanuel de: Ephémérides, Journal inédit présenté par son petit-fils Emmanuel de Las Cases, Ancien Sénateur de la Lozère 1854-1934, Montpellier 1992.
Lasteyrie, Charles de: Les Finances de la France au cours de la dernière législature (1919-1924), Paris 1924.
Ders.: Le Bilan du Bloc National, Paris 1924.
La Tour du Pin, René: Vers un ordre social chrétien. Jalons de route 1882-1907, Paris 1907.
Le Bon, Gustave: Psychologie des foules, Paris 1895.
Lebon, André: Problèmes économiques nés de la Guerre, 2 Bde. Paris 1918/1919.
Lelièvre, Abbé Pierre: Le Fleau de Dieu, Paris 1920.
Lenoir, P. Louis: L'Eucharistie au front, hrsg. von L'œuvre des campagnes, Paris 1916.
Leroy-Beaulieu, Paul: La Question de la Population, Paris 1913.
Le Roy Ladurie, Jacques: Mémoires 1902-1945, hrsg. von Anthony Rowley und Emmanuel Le Roy Ladurie, Paris 1997.
Lhéritier, Michel: Tours et la Guerre, Paris 1926.
Loiseau, Charles: Ma mission auprès du Vatican (1914-1918), in: Revue d'Histoire diplomatique (1960), S. 100-115.
Loucheur, Louis: Carnets secrets (1908-1932), Brüssel/Paris 1962.

Marcellin, Louis: Politique et politiciens d'après guerre, Paris 1923.
Ders.: Voyage autour de la Chambre du Cartel, Paris 1925.
Marin, Louis: Regards sur la Lorraine. Réflexions sur des notions fondamentales du caractère lorrain, Paris 1966.
Marin, Fernande: Louis Marin, 1871-1960. Homme d'Etat, Philosophe et Savant, Paris 1973.
Masson, Pierre: Marseille pendant la guerre, Paris 1926.
Maurras, Charles: Le Pape, la guerre et la paix, Paris 1917.
Méline, Jules: Le Retour à la terre et la surproduction industrielle, Paris 1905.
Michelet, Tableau de la France. Introduction au tome II de l'Histoire de France, Paris 1833.
Mirkine-Guetzevitch, Boris: Les nouvelles tendances du Droit constitutionnel, in: Revue du droit public et de la science politique en France et à l'étranger 45 (1928), S. 1-53.
Missoffe, Michel: La vie volontaire d'André Tardieu. Essai de chronologie animée 1876-1929, Paris 1930.
Monicault de Villardeau, Pierre de: Le Commerce de produits agricoles, Paris 1929.
Monzie, Anatole de: Ci-devant. Souvenirs, Paris 1941.
Moreau, Dom J.: D.R.A.C., son histoire, son but, son organisation, Paris 1925.
Mun, Albert de: Contre la Séparation, Paris 1906.
Ders.: Combats d'hier et d'aujourd'hui, 8 Bde., Paris 1905-1914.
Ders.: Pour la Patrie, Paris 1912 .
Ders.: L'Heure décisive, Paris 1913.
Ders.: La Guerre de 1914, Paris 1915.

Narfon, Julien de: La séparation des églises et de l'Etat, Paris 1912.
Nisot, J.: Les Pupilles de la Nation en France, Brüssel 1922.

Ordinaire, Maurice: Le vice constitutionnel et la révision, Paris 1932.
Ders.: La révision de la Constitution, Paris 1934.

Ostrogorski, Moïsei: La démocratie et l'organisation des partis politiques, 2 Bde., Paris 1903.

Paul-Boncour, Joseph: Entre Deux Guerres. Souvenirs sur la IIIe République. Les lendemains de la victoire 1919-1934, Bd. I, Paris 1945.
Ders.: Entre deux guerres, Bd. II, (1930-1945), Paris 1945.
Pernot, Maurice: La Politique de Pie X (1906-1910), préface d'E. Boutroux, Paris 1910.
Pinot, Robert: L'Eglise et l'esprit nouveau, Paris 1894.
Ders.: Le Comité des Forges au service de la nation, Paris 1919.
Piou, Jacques: Le Comte Albert de Mun, Paris 1925.
Ders.: Le Ralliement: son histoire, Paris 1928.
Ders.: D'une guerre à l'autre, 1871-1914, Paris 1932.
Poincaré, Raymond: Au Service du Pays, Bd. IV: L'Union Sacrée, Paris 1927.
Ders.: Au Service du Pays, Bd. V: L'Invasion, Paris 1928.
Ders.: Au Service du Pays, Bd. XI: A la Recherche de la Paix, préface de Pierre Renouvin, Paris 1974.
Ponthière, Maurice: Les Partis de Droite, Paris 1914.
Privat, Maurice: Les heures d'André-Tardieu et la crise des partis, Paris 1930.

Reclus, Maurice: Notice sur la vie et les travaux de Charles Benoist (1861-1936), Paris 1939.
Rédier, Antoine/Abbé Hénoque: Les aumôniers militaires français, Paris 1940.
Reinach, Joseph: Histoire de l'affaire Dreyfus, 6 Bde., Paris 1901-1908.
Renaud, F.: Les Associations diocésaines. Étude sur le statut de l'Eglise en France, Paris 1923.
Rey, Étienne: La Renaissance de l'orgueil français, Paris 1912.
Reynaud, Paul: Mémoires Bd. I: Venu de ma montagne, Paris 1960.
Ders.: Mémoires Bd. II: Envers et contre tous, Paris 1963.
Ribot, Alexandre: Journal et correspondance inédites (1914-1922), Paris 1936.
Riffaterre, C.: Le mouvement antijacobin et antparisien à Lyon et dans le Rhône et Loire en 1793, 2 Bde., Lyon 1912 und 1928.
Rivet, Antoine: Législation sur les pupilles de la nation, Paris 1921.
Roche, Jules: Quand serons-nous en République?, Paris 1918.
Roquette-Buisson/Hérubel, M.-A.: La terre restauratrice, Paris 1920.

Salleron, Louis: Naissance de l'Etat corporatif. Dix ans de syndicalisme paysan, Paris 1942.
Sauzay, Jules: Histoire de la persécution révolutionnaire dans le département du Doubs de 1789 à 1801, 10 Bde., Besançon 1869.
Sonolet, Louis: La vie et l'œuvre de Paul Deschanel (1855-1922), Paris 1926.
Soulier, André: L'instabilité ministérielle sous la troisième République (1871-1938), Paris 1939.
Soulier, Edouard: Le Bloc national républicain, Paris 1924.
Spahn, Martin: Die päpstliche Friedensvermittlung, Flugschriften des „Tag", Berlin 1919.

Tarde, Alfred de/Jouvenel, Robert de: La politique d'aujourd'hui. Enquête parmi les groupes et les partis, Paris 1923.
Tardieu, André: L'épreuve du pouvoir, Paris 1931.
Ders.: L'heure de la décision, Paris 1934.
Ders.: La Révolution à refaire, Bd. I: Le souverain captif, Paris 1936; Bd. II: La profession parlementaire, Paris 1937.
Teilhard de Chardin, Pierre: Genèse d'une pensée. Lettres 1914-1919, Paris 1961.
Terrail, G. (Pseudonyme: Mermeix): Le Ralliement et l'Action française, Paris 1927.
Tharuad, Jérôme/Tharaud, Jean: Notre cher Péguy, Paris 1926.
Thellier de Poncheville, Abbé: Dix mois à Verdun, Paris 1919.
Ders.: L'action du pape pendant la guerre, Paris 1919.
Thibaudet, Alfred: La République des professeurs, Paris 1927.
Tiberghien, Chanoine: La doctrine catholique et la politique, Paris 1928.

Tocqueville, Alexis de: L'Ancien Régime et la Révolution (Originalausgabe 1856), Paris 1964.
Mgr. Touchet: La Sainte de la Patrie, Paris 1920.
Toulemon, André: Le Suffrage familial, ou Suffrage universel intégral. Le vote des femmes, préface de Georges Pernot, Paris 1933.
Toussaint, Adrien: L'union des syndicats agricoles: ses idées directrices, Paris 1920.

Vallat, Xavier: Le nez de Cléopatre. Souvenirs d'un homme de droite, 1918–1944, Paris 1957.
Ders.: Le grain de sable de Cromwell. Souvenirs d'un homme de Droite, Aubenas 1972.
Ders.: La droite française à la pointe du combat social, Paris 1973.
Vaussard, Maurice: Enquête sur le nationalisme, Paris 1925.
Verax: Le Bolchevisme, Paris 1919.
Vuillermet, F.: Le suicide d'une race, Paris 1910.

Wallon, Henri: La Révolution du 31 mai et le fédéralisme en 1793, 2 Bde., Paris 1886.
Westarp, Kuno Graf von: Konservative Politik im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, bearbeitet von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Düsseldorf 2001.

XXX, Le pape et la Guerre, Paris 1916.

Literatur

Agache, Annie: Evocation de Georges Pernot, Besançon 1995.
Agulhon, Maurice: La République au village. Les populations du Var de la Révolution à la seconde République, Paris 1970.
Ders.: La statuomanie et l'histoire, in: Ethnologie française 8 (1978), S. 145–172.
Ders.: La mairie, in: Pierre Nora (Hrsg.): Les lieux de mémoire, Bd. I: La République, Paris 1984, S. 167–195.
Ders.: Histoire de la France, Paris 1988.
Ders.: Marianne au pouvoir. L'imagerie et la symbolique républicaines de 1880 à 1914, Paris 1989.
Ders.: La République – 1880 à nos jours, Rennes 1990.
Ders.: Rechte und Linke: Kampf der Klassen oder Kampf der Ideen?, in: Ders.: Der vagabundierende Blick. Für ein neues Verständnis politischer Geschichtsschreibung, Frankfurt/Main 1995, S. 200–233.
Albertini, Rudolf von: Regierung und Parlament in der Dritten Republik, HZ 188 (1959), S. 17–48.
Ders.: Parteiorganisation und Parteibegriff in Frankreich, in: HZ 193 (1961), S. 529–560.
Aldenhoff-Hübinger, Rita: Agrarpolitik und Protektionismus. Deutschland und Frankreich im Vergleich 1879–1914, Göttingen 2002.
Dies.: „Les nations anciennes, écrasées…". Agrarprotektionismus in Deutschland und Frankreich 1880–1914, in: GG 26 (2000), S. 439–470.
Alter, Peter: Nationalismus, Frankfurt/Main 1985.
Altermatt, Urs: Katholische Subgesellschaft. Thesen zum Konzept der „Katholischen Subgesellschaft" am Beispiel des Schweizer Katholizismus, in: Karl Gabriel/Franz-Xaver Kaufmann (Hrsg.): Zur Soziologie des Katholizismus, Mainz 1980, S. 145–165.
Ders.: Katholizismus und Moderne. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert, Zürich 1989.
Amalvi, Christian: Le 14 Juillet. Du Dies irae à Jour de Fête, in: Pierre Nora (Hrsg.), Les lieux de mémoire, Bd. I: La République, Paris 1984, S. 421–469.
Anceau, Eric: Les écoles du Parlement. Les types de formation des parlementaires, in: Jean-Marie Mayeur (Hrsg.): Les Parlementaires de la Seine, Bd. I, Paris 2001, S. 167–196.
Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzeptes, Berlin 1998.

Anderson, Malcolm: Conservative Politics in France, London 1974.
Andrieu, Claire/Le Béguec, Gilles/Tartakowski, Danièle (Hrsg.): Associations et champ politique: la loi de 1901 à l'épreuve du siècle, Paris 2001.
Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte: Das katholische Milieu als Forschungsaufgabe, in: Westfälische Forschungen 43 (1993), S. 588–654.
Ardaillou, Pierre: Les républicains modérés du Havre, de Jules Siegfried à René Coty, in: François Roth (Hrsg.): Les modérés dans la vie politique française (1870–1965), Nancy 1998, S. 193–208.
Arnaud, Pierre: Dividing and uniting: sports societies and nationalism, 1870–1914, in: Robert Tombs (Hrsg.): Nationhood and nationalism in France from Boulangism to the Great War 1889–1918, London 1991, S. 182–194.
Aron, Dominique: Paul Doncœur, s.j., un croisé dans le siècle (1880–1961), Paris 2001.
Aron, Raymond: L'Opium des Intellectuels, Paris ²1968.
Artaud, Denise: La question des dettes interalliées et la reconstruction de l'Europe (1917–1929), 2 Bde., Paris 1978.
Audibert, G.: Laïcité et liberté d'association et de fondation: Le régime des congrégations in: La Laïcité (1960), S. 285–308.
Augé-Laribé, M.: La politique agricole de la France de 1880 à 1940, Paris 1950.
Autrand, Aimé: Un siècle de politique en Vaucluse, Avignon 1958.

Baal, Gérard: Combes et la République des comités, in: Revue d'histoire moderne et contemporaine 24 (1977), S. 260–285.
Ders.: La Tradition d'intransigeance républicaine et le refus des ralliements. L'exemple du radicalisme des années 1890 à 1914, in: Michel Vovelle (Hrsg.): Révolution et République. L'exception française, Paris 1992, S. 603–616.
Ders.: Histoire du radicalisme, Paris 1994.
Ders.: Jaurès et la laïcité, in: Jaurès et l'Etat. Cahiers Jean Jaurès 150 (1998), S. 19–32.
Ders.: Radicaux et modérés (1901–1914), in: François Roth (Hrsg.): Les modérés dans la vie politique française (1870–1965), Nancy 1998, S. 169–184.
Baechler, Christian: Le Parti catholique alsacien. Du Reichsland à la République jacobine, Straßburg 1982.
Bairoch, Paul: Les passages des économies traditionelles européennes aux sociétés industrielles, Genf 1985.
Bard, Christine: Les filles de Marianne. Histoire de féminismes 1914–1940, Paris 1995.
Bariéty, Jacques: Der Versuch der europäischen Befriedung: Von Locarno bis Thoiry, in: Hellmuth Rößler (Hrsg.): Locarno und die Weltpolitik 1924–32, Göttingen 1969, S. 32–63.
Ders.: Les relations franco-allemandes après la Première Guerre mondiale. 10 Novembre 1918 – 10 janvier 1925. De l'exécution à la négociation, Paris 1977.
Barral, Pierre: Le département de l'Isère sous la IIIe République 1870–1940, Histoire sociale et politique, Paris 1962.
Ders.: Les Agrariens français de Méline à Pisani, Paris 1968.
Ders.: Jules Ferry. Une volonté pour la République, Nancy 1985.
Ders.: L'esprit lorrain, cet accent singulier du patriotisme français, Nancy 1989.
Ders.: La paysannerie française à l'arrière, in: Les sociétés européennes et la guerre de 1914–1918, Actes du colloque organisé à Nanterre et à Amiens, du 8 au 11 décembre 1988, hrsg. von J. J. Becker/Stéphane Audoin-Rouzeau, Paris 1990, S. 237–244.
Ders.: La terre, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Histoire des droites en France, Bd. III, Paris 1992, S. 49–70.
Ders.: La patrie, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Histoire des droites en France, Bd. III, Paris 1992, S. 101–124.
Bartos, Joseph: Methodologische und methodische Probleme der Regionalgeschichte, in: Jahrbuch der Regionalgeschichte 8 (1981), S. 7–17.
Bauberot, Jean: Histoire de la laïcité française, Besançon 1994.
Ders. (Hrsg.): Histoire de la laïcité, Paris 2000.
Baudouï, Rémy: Raoul Dautry (1880–1951): le technocrate de la République, Paris 1992.

Baumgartner, Hans Michael: Kontinuität und Geschichte. Zur Kritik und Metakritik der historischen Vernunft, Frankfurt/Main 1972.
Beaucarnot, Jean-Louis: Les Schneider: une dynastie, Paris 1986.
Bécarud, Jean: Noblesse et représentation parlementaire. Les députés nobles de 1871 à 1968, in: Revue française de science politique 23 (1973), S. 972–993.
Beck, Robert: Histoire du Dimanche de 1700 à nos jours, Paris 1997.
Becker, Annette: La Guerre et la Foi: de la mort à la mémoire 1914–1930, Paris 1994.
Dies.: Guerre totale et troubles mentaux, in: Annales E.S.C., 55/1 (2000), S. 135–151.
Dies.: L'Histoire religieuse de la guerre 1914–1918, in: Revue d'Histoire de l'Eglise de France 86 (2000), S. 539–549.
Becker, Jean-Jacques: 1914: Comment les Français sont entrées dans la guerre, Paris 1977.
Ders.: Les Français dans la Grande Guerre, Paris 1980.
Ders.: L'Union sacrée: l'exception qui confirme la règle, in: Vingtième Siècle 5 (1985), S. 11–22.
Ders./Berstein, Serge: Histoire de l'anticommunisme en France, Bd. I: 1917–1940, Paris 1987.
Ders.: La Première Guerre mondiale dans la mémoire des droites, in: Jean-François Sirinelli, Histoire des droites en France, Bd. II, Paris 1992, S. 505–548.
Ders.: Die Präsenz des Krieges in den 1920er Jahren in Frankreich, in: Jost Dülfer/Gerd Krumeich (Hrsg.): Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918, Essen 2002, S. 39–50.
Becker, Winfried: Der Kulturkampf als europäisches und als deutsches Phänomen, in: HJB 101, S. 422–446.
Ben-Amos, Avner: Les funérailles de Victor Hugo, in: Pierre Nora (Hrsg.): Les lieux de mémoire, Bd. I: La République, Paris 1984, S. 473–522.
Benoist, Jacques: Le Sacré-Cœur de Montmartre, Paris o. J.
Berg-Schlosser Dirk/Schissler, J. (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987.
Berger, Peter L./Luckmann Thomas: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt/Main 1980.
Berger, Suzanne: Peasants against Politics: Rural Organization in Brittany 1911–1967, Cambridge 1972.
Bergmann, Klaus: Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim am Glan 1970.
Bergounioux, Alain: Socialisme et République avant 1914, in: Serge Berstein/Odile Rudelle (Hrsg.): Le modèle républicain, Paris 1992, S. 117–130.
Bernard, Mathias: La dérive des modérés. La Fédération républicaine du Rhône sous la Troisième République, Paris 1998.
Ders.: La diffusion incomplète d'un modèle partisan: les progressistes et la Fédération républicaine 1903–1914, in: François Roth (Hrsg.), Les modérés dans la vie politique française (1870–1965), Nancy 1998, S. 139–154.
Ders.: Les Militaires dans les partis conservateurs sous la IIIe République, un engagement naturel? in: Olivier Forcade/Eric Duhamel/Philippe Vial (Hrsg.): Militaires en République. Les officiers, le pouvoir et la vie publique en France, Paris 1999, S. 395–405.
Ders.: Les parlementaires de la Seine et leurs mandats provinciaux, in: Jean-Marie Mayeur (Hrsg.): Les Parlementaires de la Seine, Bd. I, Paris 2001, S. 161–174.
Ders.: Les Droites parlementaires et les dispositions anticongréganistes, in: Jean-Pierre Machelon/Jacqueline Lalouette (Hrsg.): 1901. Les congrégations hors la loi?, Paris 2002, S. 119–130.
Berstein, Serge: Le Parti radical et le problème du centralisme (1870–1939), in: Régions et régionalisme en France du XVIIIe siècle à nos jours, Actes publiés par Christian Gras et Georges Livet, Paris 1977, S. 225–240.
Ders.: Histoire du Parti Radical, 2 Bde., Paris 1980/1982.
Ders.: La France des années 30, Paris 1988.
Ders./Jean-Jacques Becker: Victoire et Frustrations (1914–1929), Paris 1990.
Ders.: La culture républicaine dans la première moitié du XXe siècle, in: Ders./Odile Rudelle (Hrsg.): Le modèle républicain, Paris 1992, S. 159–171.
Ders.: L'historien et la culture politique, in: Vingtième Siècle 35 (1992), S. 67–77.

Ders.: La ligue, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Histoire des droites en France, Bd. II, Paris 1992, S. 61–112.
Ders./Rudelle, Odile (Hrsg.): Le modèle républicain, Paris 1992.
Ders.: La culture politique, in Jean-Pierre Rioux/Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Pour une histoire culturelle, Paris 1996, S. 371–386.
Ders.: Le modèle républicain, in: Ders. (Hrsg.): Les cultures politiques en France, Paris 1999, S. 113–143
Ders.: Introduction. Nature et fonction des cultures politiques, in: Ders. (Hrsg.): Les cultures politiques en France, Paris 1999, S. 7–31.
Beßlich, Barbara: Wege in den „Kulturkrieg". Zivilisationskritik in Deutschland 1890–1914, Darmstadt 2000.
Béteille, Roger: Grandes propriétés, grandes familles et progrès agricole en Aveyron (1850–1950), in: Etudes aveyronnaises 2000, S. 49–84.
Beyme, Klaus von: „Partei", in: Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. von Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 677–733.
Ders.: Parteien in westlichen Demokratien, München 1984.
Birnbaum, Pierre: L'affaire Dreyfus, culture catholique et antisemitisme, in: Michel Winock (Hrsg.): Histoire de l'extrême droite en France, Paris 1993, S. 83–123.
Ders. (Hrsg.): La France de l'affaire Dreyfus, Paris 1994.
Blanchot, Jean-Michel: Mgr-Fulbert-Petit, archévêque de Besançon 1894–1909, in: MSED 36 (1994), S. 101–144.
Blaschke, Olaf/Kuhlemann, Frank-Michael: Religion in Geschichte und Gesellschaft. Sozialhistorische Perspektiven für die vergleichende Erforschung religiöser Mentalitäten und Milieus, in: dies. (Hrsg.): Religion im Kaiserreich. Milieus-Mentalitäten-Krisen, Gütersloh 1996, S. 7–56.
Ders.: Die Kolonialisierung der Laienwelt. Priester als Milieumanager und die Kanäle kurialer Kuratel, in: Ders./Frank-Michael Kuhlemann (Hrsg.): Religion im Kaiserreich. Milieus-Mentalitäten-Krisen, Gütersloh 1996, S. 93–135.
Ders. (Hrsg.): Konfessionen im Konflikt. Deutschland zwischen 1800 und 1970: ein zweites konfessionelles Zeitalter, Göttingen 2002.
Blondeau, L., Un Vendéen contre la République. Le marquis Armand Baudry d'Asson (1836–1915). Mémoire de maîtrise, Université Paris-IV 1991.
Bock, Fabienne: Un parlementarisme de guerre, Recherches sur le fonctionnement de la III^e^ République pendant la Grande Guerre, Thèse de Doctorat, 3 Bde., Paris 1996.
Dies.: Un parlementarisme de guerre (1914–1918), Paris 2002.
Bösch, Frank: Das konservative Milieu: Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900–1960), Göttingen 2002.
Bois, Pierre: Paysans de l'Ouest. Des structures économiques et sociales aux options politiques depuis l'époque révolutionnaire dans la Sarthe, Paris/Le Mans 1960.
Bollenbeck, Georg: Tradition, Avantgarde, Reaktion. Deutsche Kontroversen um die kulturelle Moderne 1880–1945, Frankfurt/Main 1999.
Bomier-Landowski, Alain: Les Groupes Parlementaires de l'Assemblée Nationale et de la Chambre des Députés de 1871 à 1940, in: François Goguel/Georges Dupeux (Hrsg.): Sociologie Electorale. Esquisse d'un bilan, Paris 1951, S. 75–89.
Bonafous-Verax, Corinne: Des associations catholiques constituées en groupe de pression durant l'entre-deux-guerres, in: Andrieu, Claire/Le Béguec, Gilles/Tartakowski, Danièle (Hrsg.): Associations et champ politique: la loi de 1901 à l'épreuve du siècle, Paris 2001, S. 535–548.
Dies.: A la droite de Dieu. La Fédération nationale catholique 1924–1944, Paris 2004.
Boniface, Xavier: L'aumônerie militaire catholique: les inspecteurs écclesiastiques (1917–1918), in: Revue historique des Armées 3 (1998), S. 19–26.
Ders.: L'aumônerie militaire française, 1914–1962, Thèse sous la direction d'Yves-Marie Hilaire, 3 Bde., Paris 2000.
Bonnefous, Edouard/Bonnefous Georges: Histoire politique de la Troisième République, 7 Bde., Paris 1959–1984.

Bonnet, Serge: Sociologie politique et religieuse de la Lorraine, Paris 1972.
Bordet, Gaston: La Grande Mission de Besançon, Janvier-février 1825. Une fête contre-révolutionnaire, néo-baroque ou ordinaire? Paris 1998.
Borne, Dominique/Dubief, Henri: La crise des années 30, 1929–1938, Paris 1989.
Bosquest-Melou, J.: Louis Barthou et la circonscription d'Oléron, 1889–1914, Pédone 1972.
Boswell, Laird: Rural Communism in France 1920–1939, London 1998.
Boudon, Jacques-Olivier, La figure de Jeanne d'Arc chez les catholiques français au XIX^e siècle, in: Jean Maurice/Daniel Couty (Hrsg.): Images de Jeanne d'Arc, in: Actes du colloque de Rouen, Paris 2000, S. 45–52.
Boulic, Jean-Yves/Lavaure, Anne: Henri de Kerillis 1889–1958. L'absolu patriote, Rennes 1997.
Bouneau, Christophe: Les élites face à l'innovation électrique dans le grand Sud-Ouest au tournant des XIX^e et XX^e siècles, in: Sylvie Guillaume (Hrsg.), Les Elites fins de siècles, XIX-XX^ème siècles, Actes de la journée d'études du 31 janvier 1992, Bordeaux 1992, S. 79–96.
Bourdieu, Pierre: Questions de Sociologie, Paris 1984.
Bouretz, Pierre: Le fonctionnaire, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Histoire des droites en France, Bd. III, S. 353–380.
Bourreau, Hélène/Bourreau, René: Les députés parlent aux électeurs. Les professions de foi en Loire-Inférieure (1881–1936), Monarchie et République, Paris 1999.
Bourreau, René: Monarchie et modernité: l'utopie restitutionniste de la noblesse nantaise sous la Troisième République, Paris 1996.
Boussard, Isabel: Les radicaux face à l'évolution de l'agriculture française, in: Cahiers de l'Histoire du Radicalisme 2 (1985), S. 214–223.
Dies.: Les arguments économiques en faveur du retour à la terre dans le discours agrarien, in: Philippe Chalmin/Abdré Gueslin (Hrsg.): Un siècle d'histoire agricole française, Société Française d'Economie Rurale, Heft 184–186 (1988), S. 75–84.
Dies.: Les agriculteurs et la République, Paris 1990.
Bouyoux, Pierre: L'opinion publique à Toulouse pendant la Première Guerre mondiale, Toulouse 1970.
Bracher, Karl-Dietrich: Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982.
Bredow, Wilfried von: Moderner Militarismus, Analyse und Kritik, Stuttgart u. a. 1983.
Brelot, Claude-Isabelle: Besançon révolutionnaire, Besançon/Paris 1966.
Dies.: La Noblesse en Franche-Comté. 1789–1808, Besançon/Paris 1972.
Dies.: Le sentiment provincial en Franche-Comté dans la première moitié du XIX^e siècle, in: Provinces et Etats dans la France de l'Est: Le rattachement de la Franche-Comté à la France. Actes du Colloque de Besançon 3./4. 10. 1977, S. 109–127.
Dies.: Entre nationalisme et cosmopolitisme: les engagements multiples de la noblesse, in: Pierre Birnbaum (Hrsg.): La France de l'affaire Dreyfus, Paris 1994, S. 339–361.
Breuer, Stefan: Max Webers Herrschaftssoziologie, Darmstadt 1992.
Ders.: Bürokratie und Charisma. Zur politischen Soziologie Max Webers, Darmstadt 1994.
Ders.: Ordnungen der Ungleichheit. Die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871–1945, Darmstadt 2001.
Broglie, Gabriel de: Histoire politique de la Revue des Deux Mondes, de 1829 à 1979, Paris 1979.
Brumel, Claudie: Antoine Lestra, un catholique social dans la tradition légitimiste, in: Cent ans de Catholicisme social à Lyon et en Rhône-Alpes, sous la direction de Jean Dominique Durand et de Bernard Comte et allii. Actes du Colloque de Lyon 18/19. 1. 1991, Paris 1992, S. 181–185.
Brun, Gérard: Technocrates et technocratie en France (1918–1945), Paris 1985.
Burns, Michael: Rural Society and French Politics. Boulangism and the Dreyfus-Affair, Princeton 1984.
Busch, Norbert: Katholische Frömmigkeit und Moderne. Die Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Herz-Jesu-Kultes in Deutschland zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg, Gütersloh 1997.

Bussière, Eric: La France, la Belgique et l'organisation économique de l'Europe. 1918–1935, Paris 1992.
Byrns, Joseph F., Priests and Instituteurs in the Union Sacrée: reconciliation and its limits, in: French Historical Studies 22 (1999), S. 263–283.

Cahm, Eric: Un courant des idées méconnu: l'antidreyfusisme modéré de l'élite dirigéante en France (1894–98), in: Bulletin de la Société internationale d'histoire de l'Affaire Dreyfus, 6 (1999), S. 21–43.
Camiscioli, E.: Producing Citizens, Reproducing the French Race: Immigration, Demography and Pronatalism in Early Twentieth-Century France, in: Gender and History 13 (2001), S. 593–621.
Campenhausen, Axel Freiherr von: Staat und Kirche in Frankreich, Göttingen 1962.
Caperan, Louis: L'Invasion laïque. De l'avènement de Combes au vote de la loi de Séparation, Paris 1935.
Ders.: Histoire contemporaine de laïcité française, 3 Bde., Paris 1951–1961.
Carel, Henri: Les forces politiques en Haute-Saône de 1870 à 1914, in: Recherches sur les forces politiques de la France de l'Est, S. 235–248.
Carls, Stephen D.: Louis Loucheur and the shaping of modern France 1916–1931, Baton Rouge 1993.
Caron, François: Histoire de l'exploitation d'un grand réseau, la Compagnie de Chemin de Fer du Nord, 1846–1937, Paris 1973.
Catta, Monique: René Bazin, un académicien angevin face aux drames humains de son époque, in: Michel Woronoff (Hrsg.): La séparation en province, Tours 2005.
Chaline, Jean-Pierre/Sohn, Anne-Marie (Hrsg.): Parlementaires de Haute-Normandie 1871–1940, Rouen 2000.
Chaline, Nadine-Josette: Des catholiques normands sous la Troisième République. Crises–Combats–Renouveaux, Le Coteau 1985.
Dies., Les aumôniers catholiques dans l'armée française, in: dies. (Hrsg.): Chrétiens dans la Première Guerre Mondiale, Paris 1993, S. 95–121.
Dies. (Hrsg.): Chrétiens dans la Première Guerre Mondiale, Paris 1993.
Chambelland, Colette (Hrsg.): Le Musée social en son temps, Paris 1998.
Chariot, Alain: La démocratie sociale à la française: l'expérience du Conseil National Economique, 1924–1940, Paris 2002.
Charle, Christophe: Les élites de la République, Paris 1990.
Ders.: Naissance des „intellectuels" (1880–1900), Paris 1990.
Ders.: La bourgeoisie de robe en France au XIX^e siècle, in: Le Mouvement sociale, Heft 181 (1997), S. 52–72.
Ders.: Le souvenir du Deux Décembre, les étudiants et le boulangisme, in: Ders. (Hrsg.): La France démocratique (combats, mentalités, symboles). Mélanges offerts à Maurice Agulhon, Paris 1998, S. 277–286.
Ders.: Les parlementaires: avant-garde ou arrière-garde d'une société en mouvement? Vue d'ensemble, in: Jean-Marie Mayeur (Hrsg.): Les parlementaires de la Seine, Bd. I, Paris 2001, S. 45–64.
Chaussinard-Nogaret, Guy: Les grands notables du Jura, de Haute-Saône et du Doubs, Besançon 1979.
Chenaux, Philippe: Entre Maurras et Maritain. Une génération intellectuelle catholique 1920–1930, Paris 1999.
Cholvy, Gérard/Hilaire, Yves-Marie: Histoire religieuse de la France contemporaine, 3 Bde., Toulouse 1986–1988.
Ders.: Christianisme et société en France au XIX^e siècle, 1790–1914, Paris 2001.
Christophe, Paul: Les „silences" de Benoît XV. durant la Grande Guerre. L'attitude du pape au crible de l'opinion française d'après les Carnets du Cardinal Baudrillart, in: Mélanges de science religieuse 52 (1995), S. 25–63.
Ders.: Pour l'histoire religieuse de la Grande Guerre, d'après les carnets du Cardinal Baudrillart, in: Mélanges de science religieuse 53 (1996), S. 145–162.
Clade, Jean-Louis/Michel Peronnet: La Révolution dans le Doubs, Le Coteau 1988.

Cleary, Mark. C.: The Plough and the Cross: peasant unions in south-west France, in: Agricultural history review 30 (1982), S. 129-136.
Ders.: Priest, squire and peasant: the development of agricultural syndicates in southwest France 1900-1914, in: European history quaterly 17 (1987), S. 145-163.
Ders.: Peasants, Politicians and Producers. The organisation of agriculture in France since 1918, Cambridge 1989.
Cnudde-Lecointre, Carine: Monseigneur Charost, évêque de Lille durant la Grande Guerre, in: Revue du Nord 80 (1998), S. 337-354.
Cochet, Annick: L'opinion et le moral des soldats en 1916 d'après les archives du contrôle postal, Thése de Doctorat université Paris-X 1986.
Coetzee, Frans: For Party or Country. Nationalism and the Dilemmas of Popular Conservatism in Edwardian England, New York/Oxford 1990.
Cohen, Paul: Piety and Politics. Catholic Revival and the Generation of 1905-1914, NewYork 1987.
Cohen, Yves: Organiser à l'aube du taylorisme: la pratique d'Ernest Mattern chez Peugeot, 1906-1919, Paris 2001.
Cointat, Michel: Jules Méline: Mérite agricole et protectionnisme, in: Revue politique et parlementaire LXXIV (1972), S. 1-12.
Colin, Pierre (Hrsg.): Les catholiques français et l'héritage de 1789. D'un centenaire à l'autre 1889-1989, Actes du Colloque de l'Institut Catholique de Paris, Textes réunis sous la direction de Pierre Colin, Paris 1989.
Collot, Pascal: L'Action française en Haute-Sâone, Vesoul 2001.
Combeau, Yvan: Paris et les élections municipales sous la III[e] République, la scène capitale dans la vie politique française, Paris 1998.
Confino, Alon: The Nation as a local Metaphor. Württemberg, Imperial Germany and National Memory 1871-1918, Chapel Hill 1997.
Contamine, Henry: La Victoire de la Marne, Paris 1970.
Contamine, Philippe: Jeanne d'Arc dans la mémoire des droites, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Histoire des droites en France, Bd. II, Paris 1992, S. 399-436, auf deutsch in: Jeanne d'Arc oder Wie Geschichte eine Figur konstruiert, hrsg. von Hedwig Röckelein/Charlotte Schoell-Glass/Maria E. Müller, Freiburg im Breisgau 1996, S. 170-219.
Coquelle-Viance, Georges: La Fédération Nationale Catholique, Paris 1939.
Corbin, Alain: Paris-province, in: Pierre Nora (Hrsg.), Les lieux de mémoire, Bd. III,2: Les France, Paris 1984, S. 824-849.
Ders./Jean-Marie Mayeur (Hrsg.): Les Immortels du Sénat 1875-1918. Les cent seize inamovibles de la Troisième République, Paris 1995.
Corpet, Olivier, La revue, in Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Histoire des droites en France, Bd. II, Paris 1992, S. 161-212.
Cova, Anne: „Au service de l'église, de la patrie et de la famille": femmes catholiques et maternité sous la III[ème] République, Paris 2000.
Cross, Gary, The Quest for Leisure: Reassessing the Eight-Hour Day in France, in: Journal of Social History 18 (1984), S. 195-216.

Dabry, Pierre: Les catholiques républicains. Histoire et Souvenirs, Paris 1905.
Dahrendorf, Ralf: Vorwort, in: Fritz Stern: Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland, Bern/Stuttgart/Wien 1963.
Dalisson, Remi: Champs de bataille et mémoire de guerre. L'exemplarité de la célébration de la victoire de la Marne de 1916 à 1939, in: Revue du Nord 82 (2000), S. 763-787.
Dann, Otto: Nation und Nationalismus in Deutschland 1770-1990, München 1993.
Dansette, Adrien: Histoire religieuse de la France contemporaine sous la Troisième République, Paris 1951.
Delbreil, Jean-Claude: Les Catholiques français et les tentatives de rapprochement franco-allemand, 1920-1933, Metz 1972.
Ders.: Centrisme et Démocratie en France. Le Parti Démocrate Populaire des origines au MRP, Paris 1990.

Denis, Michel: Les Royalistes de la Mayenne et le monde moderne (XIX^{e}-XX^{e} siècle), Paris 1977.
Desrumeaux, Véronique: Alexandre Ribot, parlementaire du Pas-de-Calais (1842-1923), in: Revue du Nord 72 (1990), S. 891-905.
Dictionnaire biographique du département du Doubs, Lons-le-Saulnier 1981.
Dictionnaire des parlementaires français. Notices biographiques sur les ministres, députés et sénateurs français de 1889 à 1940, 8 Bde., Paris 1960-1977.
Dictionnaire du Monde Religieux dans la France Contemporaine, 5. Les Protestants, Paris 1993.
Didry, Claude: Naissance de la convention collective. Débats juridiques et luttes sociales en France au début du 20 siècle, Paris 2002.
Dienel, Christiane: Kinderzahl und Staatsräson: Empfängnisverhütung und Bevölkerungspolitik in Deutschland und Frankreich bis 1918, Münster 1995.
Digeon, Claude: La crise allemande de la pensée française (1870-1914), Paris 1959.
Dilthey, Wilhelm: Weltanschauungslehre, in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. VIII, Tübingen 1960.
Dreyfus, François: La vie politique en Alsace 1919-1936, Paris 1969.
Dreyfus, Michel: Histoire de la CGT. Cent ans de syndicalisme en France, Brüssel 1995.
Droite et gauche de 1789 à nos jours en Languedoc-Roussillon. Actes du colloque de Montpellier, 9./10. Juni 1973, Montpellier 1975.
Drouin, Jean-Claude/Lachaise, Bernard: Parlementaires en Aquitaine occidentale: étude comparée de deux fins de siècles, in: Sylvie Guillaume (Hrsg.): Les Elites fins de siècles, XIX^{e}-XX^{e} siècles, Actes de la journée d'études du 31 janvier 1992, Bordeaux 1992, S. 27-54.
Droulers, Paul: Politique sociale et christianisme. Le Père Desbuquois et l'Action populaire, Bd. 1: 1903-1918 (1969), Bd. 2: 1919-1946, Paris 1981.
Ders.: L'Action populaire et les Semaines sociales de France, 1919-1939, in: Revue d'Histoire de l'Eglise de France 67 (1981), S. 227-252.
Droz, Jacques: Der Nationalismus der Linken und der Nationalismus der Rechten in Frankreich 1871-1914, in: HZ 210 (1970), S. 1-13.
Dubos, Joël: Les députés de la III^{ème} République: une élite politique aux caractères nationaux homogènes? L'exemple comparatif des départements de Gironde et d'Eure-et-Loire 1876-1898, in: Sylvie Guillaume (Hrsg.), Les Elites fins de siècles, XIX^{e}-XX^{e} siècles, Actes de la journée d'études du 31 janvier 1992, Bordeaux 1992, S. 157-174.
Ders.: Organisation des réseaux modérés sous la III^{ème} République: André Lebon, un homme à l'intersection des cercles du pouvoir, in François Roth (Hrsg.): Les modérés dans la vie politique française (1870-1965), Nancy 1998, S. 299-316.
Ders.: André Lebon, un homme d'affaires en République (1859-1938), le patriotisme et l'influence, Rennes 2001.
Ders.: Parlementaires et grands patrons: les liens avec les milieux d'affaires, in: Jean-Marie Mayeur, Les parlementaires de la Seine, Bd. I, Paris 2001, S. 221- 239.
Ders.: L'Ecole libre des sciences politiques et les milieux patronaux avant 1914: les canaux informels d'une influence diffuse mais effective, in: Richard Descoings/René Remond (Hrsg.): L'histoire de sciences po, Paris 2005.
Dubreuil, Arnaud: Paul Beauregard (1853-1919). Professeur d'Economie sociale (1894-1919), in: Claudine Fontanon/André Grélon (Hrsg.): Les professeurs du Conservatoire national des arts et métiers. Dictionnaire biographique 1794-1955, Bd. I, S. 157-167.
Duby, Georges: Histoire des mentalités, in: Charles Samaran (Hrsg.): L'Histoire et ses méthodes, Paris 1961, S. 937-966.
Ders./Wallon, Armand (Hrsg.): Histoire de la France rurale, Bd. 4: Depuis 1914, Paris 1977.
Duclert, Vincent, La Ligue de «l'époque héroïque»: la politique des savants, in: Le Mouvement sociale, Heft 183 (1998), S. 27-60.
Duclos, Paul: Catholiques et juifs autour de l'affaire Dreyfus, in: Revue d'histoire de l'Eglise de France 64 (1978), S. 39-55.
Ducrot, Pierre: Georges Pernot, in: Le Jura français 98 (1963), S. 323-327.
Dücker, Burchard: Ritual, in: Nicolas Pextes/Jens Reschak (Hrsg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Lexikon, Hamburg 2001.

Dumons, Bruno: Au nom de la France et du Sacré-Cœur. Catholicisme intransigeant et stratégies missionnaires: nobles et bourgeoises de la Ligue des Femmes françaises 1901-1914, in: Frédéric Meyer (Hrsg.): Les Missions intérieures en France et Italie du XVI[e] au XX[e] siècle, Chambéry 2001, S. 389-402.
Ders.: Strategies féminines dans la France catholique du débuts du siècle. La Ligue des Femmes Françaises et La Ligue Patriotique des Françaises 1901-1914, in: Vingtième Siècle 73 (2002), S. 39-50.
Ders.: Des femmes catholiques face à la loi. Création de la Ligue des Femmes françaises, in: Jean-Pierre Machelon/Jacqueline Lalouette (Hrsg.): 1901. Les congrégations hors la loi?, Paris 2002, S. 131-142.
Dupâquier, Jacques/Faure-Chamoux, Antoinette: La famille, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Histoire des droites en France Sirinelli, Bd. III, Paris 1992, S. 15-48.
Duroselle, Jean-Baptiste: The Spirit of Locarno, in: Foreign Affairs 50 (1972), S. 752-764.
Duverger, Maurice: Les partis politiques, Paris 1951.

Ebertz, Michael N.: „Ein Haus voll Glorie, schauet...". Modernisierungsprozesse der römisch-katholischen Kirche im 19. Jahrhundert, in: Wolfgang Schieder (Hrsg.), Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1993, S. 62-85.
Eck, Jean-François: Louis Marin et la Lorraine, 1905-1914. Le Pouvoir Local d'un Parlementaire sous la III[e] République, Thèse de Doctorat IEP, Paris 1980.
El Gammal, Jean: L'utilisation électorale du passé 1885-1898, in: Revue Historique (1981), S. 103-130.
Ders.: Les parlementaires nobles de Bretagne 1876-1914, in: L.Grell/A. Raumière de Fortanier (Hrsg.): Le Second Ordre: l'Idéal nobiliaire, Paris 1999, S. 367-379.
Ders.: Politique et poids du passé dans la France „fin de siècle", Limoges 1999.
Ders./Plas, Pierre (Hrsg.): Dictionnaire des parlementaires du Limousin sous la Troisième République, Limoges 2001.
Ders.: Lyautey et les droites: réflexions sur un portrait politique, in: Annales de l'Est, Numéro Spécial 2004, S. 97-118.
Elwitt, Sanford: Third Republic Defended. Bourgeois Reform in France, 1880-1914, Baton Rouge 1986.
Estèbe, Jean: Le parlementaire, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Histoire des droites en France, Bd. III, Paris 1992, S. 321-352.
Ders.: Un théâtre politique renouvelé, in: Pierre Birnbaum (Hrsg.), La France de l'affaire dreyfus, Paris 1994, S. 19-55.
Ewald, François:, La question sociale, in: Léo Haman (Hrsg.): Les opportunistes, Auxerre 1986, S. 149-161.

Faivre, Roland, Le pacifisme et la L.D.H. en Charente-Inférieure pendant les années 1920, in: Le Mouvement sociale, Heft 183 (1998), S. 135-138.
Faron, Olivier: Les enfants du deuil. Orphelins et pupilles de la nation de la première guerre mondiale, 1914-1941, Paris 2001.
Ders.: Aux côtés, avec, pour les pupilles de la Nation. Les forces de mobilisation en faveur des orphelins de la Première Guerre mondiale, in: Guerre mondiales 20/3 (2002), S. 15-33.
Farrar, Marjorie M.: Principled Pragmatist, The Political Career of Alexandre Millerand, New York, Oxford 1991.
Faury, Jean: Cléricalisme et anticléricalisme dans le Tarn 1848-1900, Toulouse 1980.
Fayet-Scribe, Sylvie: Associations feminines et catholicisme. De la charité à l'action sociale (XIX-XX[e] siècles), Paris 1990.
Feldman, Gerald D.: German Business between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien-Agreement, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg, Berlin 1970, S. 312-341.
Ferry, Claude: Un républicain modéré face à l'Affaire: Charles Ferry, député des Vosges, in: François Roth (Hrsg.): Les modérés dans la vie politique française (1870-1965), Nancy 1998, S. 101-107.
Flood, Peter I.: France 1914-18. Political Opinion and the War Effort, London 1990.

Flory, Thiébaut: Le mouvement régionaliste français. Sources et développements, Paris 1966.
Fontana, Jacques: Les catholiques français et la Première Guerre mondiale, Paris 1990.
Ders.: Le prêtre dans les tranchées. 1914-1918, in: Guerres mondiales 47 (1997), S. 25-39.
Ford, Caroline: Creating the Nation in Provincial France. Religion and Political Identity in Brittany, Princeton 1993.
Foucault, Michel: L'archéologie du savoir, Paris 1969.
Fouéré, Yann: La Bretagne écartelée, Paris 1962.
Fouilloux, Etienne: Femmes et catholicisme dans la France contemporaine. Aperçu historiographique, in: Clio 2 (1995), S. 319-329.
Ders.: Une Eglise en quête de liberté. La pensée catholique française entre modernisme et Vatican II 1914-1962, Paris 1998.
Francfort, Didier: Réflexion sur le mot «modéré», in: François Roth (Hrsg.): Les modérés dans la vie politique française (1870-1965), Nancy 1998, S. 7-20.
Fremont, Armand: Atlas et Géographie de la Normandie, Paris 1977.
Fridenson, Patrick: Histoire des usines Renault, Bd. I, Paris 1972.
Frustier, Pierre: Pierre Taittinger: patron de presse de l'entre-deux-guerres, Paris 2001.
Fuller, Robert L.: Belle Époque French Nationalism: The Case of Rouen, in: French History 13 (1998), S. 26-47.
Furet, François: 1789 – Jenseits des Mythos, Hamburg 1989.

Gadamer, Hans-Georg: Wahrheit und Methode, Gesammelte Werke, Bd. I, Tübingen 1990.
Ders.: Geschichte und Wahrheit, in: Ders.: Hermeneutik im Rückblick, Gesammelte Werke, Bd. 10, Tübingen 1995, S. 247-258.
Ders.: Historik und Sprache, in: Reinhart Koselleck (Hrsg.): Zeitschichten. Studien zur Historik, Frankfurt/Main 2003, S. 119-127.
Gall, Lothar: Die Nationalisierung Europas seit der französischen Revolution, in: Wilfried Feldenkirchen u. a. (Hrsg.), Wirtschaft–Gesellschaft–Unternehmen. Festschrift für Hans Pohl zum 60. Geburtstag, Stuttgart 1995, S. 568-579.
Ganzer, Magalie, Georges Pernot (1879-1962), Itinéraire politique, maîtrise université de Besançon 1999/2000.
Garrigues, Jean: La République des hommes d'affaires, Paris 1997.
Ders.: Leon Say, in: François Roth (Hrsg.): Les modérés dans la vie politique française (1870-1965), Nancy 1998, S. 41-52.
Ders.: Les libéraux face à la loi de 1901, in: Gilles Le Beguec u. a. (Hrsg.): Associations et champ politique. La loi de 1901 à l'épreuve du siècle, Paris 2001, S. 157-171.
Garzia, Italo: La Questione Romana durante la Prima Guerra mondiale, Neapel 1981.
Gauchet, Marcel: La droite et la gauche, in: Pierre Nora (Hrsg.): Les lieux de mémoire, Bd. III,1: Les France, S. 395-467.
Gaultier, Jean-Patrice: Georges Pernot, Pour la vie, in: Revue d'études familiales, 90/91 (1962), S. 243-270.
Gavoille, Jacques: L'école publique dans le département du Doubs 1880-1914, Paris 1981.
Ders., Besançon capitale (?) au temps du régionalisme (fin XIX-premier XX^{e} siècle), in: MSED 39 (1997), S. 99-120.
Geiger, Theodor: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage, Stuttgart 1932.
Gellner, Ernest: Nationalismus und Moderne, Berlin 1991.
Georges, Jocelyne: Provinciaux: la France aux quatre coins, in: Pierre Birnbaum (Hrsg.): La France de l'affaire Dreyfus, Paris 1994, S. 120-153.
Gibson, Ralph: Le catholicisme et les femmes en France au XIX^{e} siècle, in: Revue d'histoire de l'Eglise de France 79 (1993), S. 63-93.
Gicquel, Jean/Sfez, Lucien: Problèmes de la réforme de l'Etat en France depuis 1934, Paris 1965.
Gignoux, C. J.: Bourges pendant la Guerre, Paris 1926.
Girardet, Raoul: Le Nationalisme français 1871-1914, Paris 1983.
Girault, Jacques: L'histoire du syndicalisme chez les instituteurs jusqu'à la Seconde Guerre mondiale. Essai de bilan, in: Histoire de l'éducation (1979), S. 1-17.

Ders.: Le Var rouge. Les Varois et le socialisme, de la fin de la 1ère guerre mondiale au milieu des années 30, Paris 1995.
Goguel, François: La politique des partis sous la IIIème République, Paris 1958.
Ders.: Géographie des élections françaises sous la troisième République, Paris 1970.
Ders.: L'incapacité de la IIIème République à réformer ses institutions, in: Paul Isoart/Christian Bidegaray (Hrsg.): Des Républiques françaises, Paris 1988, S. 664–673.
Goldberg, Harvey: Jean Jaurès: la biographie du fondateur du Parti socialiste, Paris 1970.
Gollwitzer, Heinz: Zum deutschen politischen Regionalismus des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Alfred Hartlieb von Wallthor/Heinz Quirin (Hrsg.): Landschaft als interdisziplinäres Forschungsproblem, Münster 1977, S. 54–58.
Gontard, M.: L'œuvre scolaire de la IIIème République. L'enseignement primaire en France de 1876 à 1914, Toulouse 1976.
Gordon, David: Liberalism and Socialism in the Nord: Eugène Motte and Republican Politics in Roubaix 1898–1912, in: French History 3 (1989), S. 312–343.
Goulernot, Jean-Marie/Walter, Eric: Les centenaires de Voltaire et de Rousseau, in: Pierre Nora (Hrsg.), Les lieux de mémoire, Bd. I: La République, Paris 1984, S. 381–420.
Gras, Yves: Castelnau ou l'art de commander, 1851–1944, Paris 1990.
Grüner, Stefan: Paul Reynaud (1878–1966): biographische Studien zum Liberalismus in Frankreich, München 2001.
Ders.: Zwischen Einheitssehnsucht und pluralistischer Massendemokratie, in: Manfred Kittel/Horst Möller (Hrsg.): Demokratie in Deutschland und Frankreich – Beiträge zu einem historischen Vergleich, München 2002, S. 219–249.
Guerlain, Pierre: Dead again: Anti-americanism in France, in: French Cultural Studies 3 (1992), S. 192–202.
Gugelot, Frédéric: La conversion des intellectuels au catholicisme en France (1885–1930), Paris 1998.
Guillaume, Pierre: L'hygiène et le corps, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Histoire des droites en France, Bd. III, Paris 1992, S. 509–564.
Guillaume, Sylvie/Lachaise, Bernhard (Hrsg.): Les Elites fins de siècles, XIX–XXème siècles, Actes de la journée d'études du 31 janvier 1992, Bordeaux 1992.
Dies. (Hrsg.): Dictionnaire des parlementaires d'Acquitaine sous la Troisième République, Bordeaux 1998.
Guillon, Jean-Marie, Villages varois entre deux Républiques , in: Christophe Charle (Hrsg.): La France démocratique (combats, mentalités, symboles), Mélanges offerts à Maurice Agulhon, Paris 1998, S. 99–106.
Guislin, Jean-Marc: Parlementarisme et violence rhétorique dans les années 1870, in: Revue du Nord 80 (1998), S. 697–728.
Ders.: Techniques rhétoriques des parlementaires français au début de la Troisième République, in: Fabrice d'Almeida (Hrsg.): L'éloquence politique en France et en Italie de 1870 à nos jours, Rom 2001, S. 25–41.

Hagspiel, Hermann: Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder, Bonn 1987.
Hamon, Augustin: Les Maîtres de la France. 3 Bde., Paris 1937.
Hanriot, Nicolas: Léonel de Moustier (1882–1945), Itineraire Politique, mémoire de maitrîse université de Besançon, Besançon 1999.
Hardach, Gert: La mobilisation industrielle en 1914–1918: production, planification et idéologie, in: Patrick Fridenson (Hrsg.): 1914–1918, L'autre Front, Cahiers du Mouvement social, Paris 1977, S. 81–109.
Hardtwig, Wolfgang: Vom Elitebewußtsein zur Massenbewegung. Frühformen des Nationalismus in Deutschland, in: Ders.: Nationalismus und Bürgerkultur in Deutschland 1500–1914, Göttingen 1994, S. 34–54.
Harismendy, Patrick: Les parlementaires des Côtes-du-Nord. Perspectives cavalière, in: Jean-Marie Mayeur/Jean-Pierre Chaline/Alain Corbin (Hrsg.): Les Parlementaires de la Troisième République, Paris 2003, S. 97–106.

Hatzfeld, Henri: Du paupérisme à la sécurité sociale 1850–1940, Paris 1971.
Haupt, Heinz-Gerhard: Les petits commerçants et la politique sociale: L'exemple de la loi sur le repos hebdomadaire, in: Bulletin du Centre d'Histoire de la France Contemporaine 8 (1987), S. 7–34.
Ders.: Sozialgeschichte Frankreichs seit 1789, Frankfurt/Main 1989.
Ders.: Republikanische Sozialisten und soziale Republikaner. Zur politischen Strategie der französischen Arbeiterbewegung zwischen 1880 und 1914 im internationalen Vergleich, in: GG 20 (1994), S. 519–532.
Ders./Tacke, Charlotte: Die Kultur des Nationalen. Sozial- und kulturgeschichtliche Ansätze bei der Erforschung des europäischen Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert, in: Wolfgang Hardtwig/Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Kulturgeschichte heute, Göttingen 1996, S. 255–283.
Hauriou, André, Droit constitutionnel et Institutions politiques, Paris ^{6}1975.
Hause, Steven C./Kenney, Anne R.: The Developement of the Catholic Women's Suffrage Movement in France, 1896–1922, in: Catholic Historical Review 67 (1981), S. 11–30.
Dies.: Women's Suffrage and Social Politics in the French Third Republic, Princeton 1984.
Heinemann, Rebecca: Familie zwischen Tradition und Emanzipation. Katholische und sozialdemokratische Familienkonzeptionen in der Weimarer Republik, München 2004.
Hennebicque, Alain: Albert Thomas et le régime des usines de guerre, 1915–1917, in: Patrick Fridenson (Hrsg.): 1914–1918: l'autre front, in: Cahiers du Mouvement social Nr. 2, Paris 1977, S. 111–144.
Hermann, K.: Die Veränderung landwirtschaftlicher Arbeit durch Einführung neuer Technologien im 20. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 28 (1988), S. 203–237.
Herrsche, Peter: „Klassizistischer" Katholizismus. Der konfessionsgeschichtliche Sonderfall Frankreich, in: HZ 262 (1996), S. 357–389.
Heuzey-Goyau, Jean-Philippe: Georges Goyau, Paris 1947.
Hilaire, Yves-Marie: L'Association catholique de la Jeunesse Française, les étapes d'une histoire (1886–1956), in: Revue du Nord 66 (1984), S. 903–916.
Ders.: Paul Feron-Vrau, directeur de la Croix (1900–1914), in: Cent ans d'histoire de la Croix. Colloque sous la direction de René Remond et Emile Poulat, Paris 1987, S. 107–117.
Ders.: L'ancrage des idéologies, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Histoire des droites en France, Bd. I, Paris 1992, S. 519–566.
Ders.: Les abbés Six et Vanneufville et la Revue La Démocratie chrétienne 1894–1908, in: Ders.: Le temps retrouvé. Vingt-quatre regards sur deux siècles d'histoire religieuse et politique, Lille 1998, S. 169–176.
Ders.: Les catholiques sociaux précurseurs de la législation sociale en France (1840–1940), in: Ders.: Le temps retrouvé. Vingt-quatre regards sur deux siècles d'histoire religieuse et politique, Lille 1998, S. 213–221.
Hildebrand, Daniel: Landbevölkerung und Wahlverhalten. Die DNVP im ländlichen Raum Pommerns und Ostpreußens 1918–1924, Hamburg 2004.
Hiller von Gaertringen, Friedrich Freiherr, Die Deutschnationale Volkspartei, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 543–652.
Hilsheimer, Jürgen: Interessenverbände und Zollpolitik in den ersten Jahrzehnten der III. Republik, in: Francia 4 (1976), S. 587–624.
Hobsbawm, Eric: Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914–1991, London 1991.
Hoffmann, Michael: Konfession oder Klasse? Die Bedeutung des Protestantismus für die politische Willensbildung und das Wahlverhalten im pays de Montbéliard (1870–1940), in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 65 (2006), S. 381–415.
Holzbach, Heidrun: Das „System Hugenberg". Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981.
Horne, Janet R.: Republican social Reform in France: the Case of the Musée social, 1894–1919, New York 1996.
Horne, John N.: Les mains coupées: „atrocités allemandes" et opinion française en 1914, in: Jean-Jacques Becker (Hrsg.), Guerre et Cultures 1914–1919, Paris 1994, S. 133–146.

Huard, Raymond: Le suffrage universel en France 1848-1946, Paris 1991.
Ders.: Aboutissements préparés et cristallisations imprévues: la formation des partis, in: Pierre Birnbaum (Hrsg.): La France de l'affaire Dreyfus, Paris 1994, S. 87-119.
Ders.: La naissance du parti politique en France, Paris 1996.
Hubscher, R.: L'agriculture et la société rurale dans le Pas-de-Calais du milieu du 19e siècle à 1914, 2 Bde., Arras 1979.
Hudemann, Rainer: Fraktionsbildung im französischen Parlament: zur Entwicklung des Parteiensystems in der frühen Dritten Republik (1871-1875), München 1979.
Ders.: Politische Reform und gesellschaftlicher status quo. Thesen zum französischen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: Dieter Langewiesche (Hrsg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen 1988, S. 332-352.
Huizinga, Johan: Homo ludens, Vom Ursprung der Kultur im Spiel, Hamburg 1987.
Hunt, L.: Politics, Culture and Class in the French Revolution, Berkeley 1984.
Huss, Marie-Monique: Pronatalism in the Interwar Period in France, in: Journal of Contemporary History 25 (1990), S. 39-68.

Ihl, Olivier: La fête républicaine, Paris 1996.
Ingenlath, Markus: Mentale Aufrüstung. Militarisierungstendenzen in Frankreich und Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, Frankfurt 1998.
Irvine, William D.: French Conservatism in crisis: the Republican Federation of France in the 1930s, Baton Rouge 1979.
Ders.: The Boulanger Affair reconsidered: Royalism, Boulangism, and the Origins of the radical Right in France, New York 1989.
Ders.: Women's Right and the Rights of Man, in: Kenneth Mouré/Martin S. Alexander (Hrsg.): Crisis and Renewal in France 1918-1962, New York/Oxford 2002, S. 46-65.

Jacobson, Jon: Locarno Diplomacy. Germany and the West 1925-1929, Princeton 1972.
Ders./Walker, John T.: The Impulse for a Franco-German Entente: The Origins of the Thoiry Conference 1926, in: Journal of Contemporary History 10 (1975), S. 157-181.
Jeanneney, Jean-Noël: François de Wendel en République; l'argent et le pouvoir, 1914-1940, Paris 1976.
Jeannesson, Stanislas: Poincaré, la France et la Ruhr 1922-1924: histoire d'une occupation, Straßburg 1998.
Jeismann, Michael: Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindschaftsbegriff und Selbstverständnis, Stuttgart 1992.
Ders.: Grenzfälle, in: Ders./Henning Ritter (Hrsg.): Über neuen und alten Nationalismus, Leipzig 1993.
Ders.: Alter und Neuer Nationalismus, in: Ders./Henning Ritter (Hrsg.): Über neuen und alten Nationalismus, Leipzig 1993, S. 9-26.
Jemain, Alain: Les Peugeot, Paris 1987.
Joly, Bertrand: Les antidreyfusards avant Dreyfus, in: RHMC 39 (1992), S. 198-221.
Ders.: Dictionnaire biographique et géographique du nationalisme français (1880-1900), Paris 1998.
Ders.: Déroulède: l'inventeur du nationalisme français, Paris 1998.
Joly, Laurent: Xavier Vallat. Du nationalisme chrétien à l'antisémitisme d'Etat 1891-1972, Paris 2001.
Jourdan, Jean-Paul: Perception et composition des elites locales à la fin du XIXe siècle: le cas du Lot-et-Garonne, in: Sylvie Guillaume (Hrsg.): Les Elites fins de siècles, XIXe-XXe siècles, Actes de la journée d'études du 31 janvier 1992, Bordeaux 1992, S. 19-25.

Kaelble, Hartmut: Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880, München 1991.
Kaiser, Jacques: Les grandes batailles du radicalisme, Paris 1961.
Karpik, Lucien: La profession libérale. Un cas, le barreau, in: Pierre Nora (Hrsg.): Les lieux de mémoire, Bd. III,3, Les France, Paris 1997, S. 3277-3306.
Keiger, John F.: Raymond Poincaré, Cambridge/Mass. 1997.

Kittel, Manfred: Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918-1933/36, München 2000.
Ders.: Die „deux France" und der deutsche Bikonfessionalismus im Vergleich, in: Ders./Horst Möller (Hrsg.): Demokratie in Deutschland und Frankreich – Beiträge zu einem historischen Vergleich, München 2002, S. 33-56.
Ders.: Stärker als die „décadence"? Republikanische Tradition und parlamentarisches System in Frankreich zwischen den Weltkriegen, in: Marie-Luise Recker (Hrsg.): Parlamentarismus in Europa. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich, München 2004, S. 97-120.
Klejman, Laurence: L'égalité en marche. Le féminisme sous la Troisième République, Paris 1989.
Kluxen, Kurt: Vorlesungen zur Geschichtstheorie I und II, Paderborn 1974 und 1981.
Knipping, Franz: Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928-1931. Studien zur internationalen Politik in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise, München 1987.
Kocka, Jürgen: Weder Stand noch Klasse, Unterschichten um 1800, Bonn 1990.
Kondylis, Panaiotis: Konservativismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang, Stuttgart 1986.
Koselleck, Reinhart: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt/Main 1984.
Ders.: „Volk, Nation,Nationalismus, Masse", Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 141-433.
Ders.: Erinnerungsschleusen und Erfahrungsschichten. Der Einfluß der beiden Weltkriege auf das soziale Bewußtsein, in: Ders. (Hrsg.): Zeitschichten. Studien zur Historik, Frankfurt/Main 2003, S. 265-284.
Ders.: Historik und Hermeneutik, in: Ders. (Hrsg.): Zeitschichten. Studien zur Historik, Frankfurt/Main 2003, S. 97-118.
Kretschmann, Carsten/Pohl, Henning: Ein „Zweites Konfessionelles Zeitalter"? Vom Nutzen und Nachteil einer neuen Epochensignatur, in: HZ 276 (2003), S. 369-392.
Kriegel, Annie: Aux origines du Parti communiste français (1914-1920), 2 Bde., Paris 1964.
Krüger, Peter: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt ²1993.
Krumeich, Gerd: Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg, Wiesbaden 1980.
Ders.: Poincaré und der Poincarismus, in: Francia 8 (1980), S. 428-454.
Ders.: Der politische Liberalismus im parlamentarischen System Frankreichs vor dem Ersten Weltkrieg, in: Dieter Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus im europäischen Vergleich, Göttingen 1988, S. 353-366.
Ders.: Jeanne d'Arc in der Geschichte. Historiographie–Politik–Kultur, Sigmaringen 1989.
Ders.: Einleitung: Die Präsenz des Krieges im Frieden, in: Ders./Jost Dülffer (Hrsg.): Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918, Essen 2002, S. 7-19.
Kuisel, Richard F.: Le Capitalisme et l'Etat en France. Modernisation et Dirigisme au XX^{e} Siècle, Paris 1984 (im Original: Richard F. Kuisel: Capitalism and the State in modern France. Renovation and Economic Management in the Twentieth Century, Cambridge 1981.).

Lacroix-Riz, Annie: Le Vatican, L'Europe et le Reich de la Première Guerre mondiale à la guerre froide, Paris 1996.
Ladous, Regis: Auguste Isaac et la tradition républicaine, in: Cent ans de Catholicisme social à Lyon et en Rhône-Alpes, sous la direction de Jean Dominique Durand et de Bernard Comte et allii. Actes du Colloque de Lyon 18./19.1.1991, Paris 1992, S. 131-158.
Lagrée, Michel: Les origines de la FGSFP, du catholicisme social au mouvement de jeunesse, Nanterre 1969.
Ders.: Les catholiques bretons en 1889, in: Les catholiques français et l'héritage de 1789. D'un centenaire à l'autre 1889-1989. Actes du Colloque de l'Institut Catholique de Paris, Textes réunis sous la direction de Pierre Colin, Paris 1989, S. 45-56.
Ders.: Religion et cultures en Bretagne, Rennes 1992.

Ders.: Identité religieuse contre identité républicaine: le catholicisme «bleu» en Bretagne, in: Religion et identité, Aix-en-Provence 1998, S. 249–258.
Lalouette, Jacqueline: La libre pensée en France 1848–1940, préface de Maurice Agulhon, Paris 1997.
Dies.: Centenaire de la Terreur et théologie de la réparation, in: Christophe Charle (Hrsg.): La France démocratique (combats, mentalités, symboles), Mélanges offerts à Maurice Agulhon, Paris 1998, S. 343–350.
Dies.: Francs-maçons et libres-penseurs, in: Jean-Marie Mayeur (Hrsg.): Les parlementaires de la Seine, Bd. I, Paris 2001, S. 67–100.
Lamard, Philippe: Histoire d'un capital familial au XIX^{e} siècle, le capital Japy (1777–1910), Paris 1988.
Landau, Lazare: De l'aversion à l'éstime. Juifs et catholiques en France de 1919 à 1939, Paris 1980.
Landes, David S.: Der entfesselte Prometheus. Technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart, Köln 1973.
Ders.: Religion and Enterprise: The Case of the French Textile Industry, in: Edward C. Carter/Robert Forster/Joseph N. Moody (Hrsg.): Entreprise and Entrepreneurs in 19th and 20th Century France, Baltimore 1976, S. 69–82.
Langendorf, Jean-Jacques: Joseph de Maistre (1753–1821) und L. G. A. de Bonald (1754–1840) – zwei Vertreter der Gegenrevolution, in: Politische Theorien des 19. Jahrhunderts, hrsg. von Bernd Heidenreich, Berlin 2002, S. 81–92.
Langewiesche, Dieter: Nation, Nationalismus, Nationalstaat: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: NPL 40 (1995), S. 190–236.
Ders.: Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000.
Ders.: Was heißt Erfindung der Nation? Nationalgeschichte als Artefakt – oder Geschichtsdeutung als Machtkampf, in: HZ 277 (2003), S. 593–617.
Langlois, Claude: Les catholiques français et l'école (1902–1914), 2 Bde., Paris 1990.
Ders.: Catholiques et laïcs, in: Pierre Nora (Hrsg.): Les lieux de mémoire, Bd. III,1: Les France, Paris 1992, S. 140–183.
Lanza, A.: Les projets de réforme administrative en France (de 1919 à nos jours), Paris 1968.
Larkin, Maurice: Loubet's visit to Rome and the question of papal prestige, in: Historical Journal 4 (1961), S. 97–103.
Ders.: The Vatican, French Catholics and the Associations Cultuelles, in: The Journal of Modern History 36 (1964), S. 298–317.
Ders.: The Church and the French Concordat, 1891 to 1902, in: The English Historical Review 81 (1966), S. 717–739.
Ders.: The Separation Issue in France. Church and State after the Dreyfus-Affair, London 1974.
Ders.: The Vatican, France and the Roman Question, 1898–1903: New Archival Evidence, in: The Historical Journal 27 (1984), S. 177–197.
Ders.: La République en danger? The pretenders, the army and Déroulède 1898–1899, in: The English Historical Review 100 (1985), S. 85–105.
Latour, Francis: Le Saint-Siège et la défense de ses intérêts politico-religieux pendant la Première Guerre mondiale, in: Guerre mondiales 46 (1996), S. 105–121.
Ders.: La Papauté et les problèmes de la paix pendant la Première Guerre Mondiale, Paris 1996.
Laufrey, André: Sécularisation, séparation et guerre scolaire. Les catholiques français et l'école 1901–1914, Paris 2003.
Launay, Marcel, L'église et l'école en France, XIX^{e}–XX^{e} siècles, Paris 1988.
Le Béguec, Gilles: Charles Benoist ou les métamorphoses de l'esprit modéré, in: Contrepoint 1976, S. 71–95.
Ders.: L'entrée au Palais-Bourbon: Les filières privilégiées d'accès à la fonction parlementaire (1919–1939). Thèse de Doctorat d'Etat Paris-X, Nanterre 1989.
Ders. (Hrsg.): Une lignée républicaine: les Carnot sous la III^{ème} République, Limoges 1989.
Ders.: L'Aristocratie du barreau, vivier pour la République, les secrétaires de la conférence du stage, in: Vingtième Siècle 31 (1991), S. 22–31.

Ders.: Le parti, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Histoire des droites en France, Bd. II, Paris 1992, S. 13-60.
Ders.: Les élites économiques et la naissance des formations politiques organisées: l'exemple des républicains modérés, in: Sylvie Guillaume (Hrsg.): Les Elites fins de siècles, XIX^{e}-XX^{e} siècles. Actes de la journée d'études du 31 janvier 1992, Bordeaux 1992, S. 141-156.
Ders.: La Famille Lasteyrie et l'organisation du courant républicain modéré, in: Les parlementaires limousins sous la III^{ème} République. Actes du Colloque Tulle 6.5.1990, Tulle 1992, S. 105-119.
Ders./Prévotat, Jacques: 1898-1919. L'éveil à la modernité politique, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Histoire des droites en France, Bd. I, Paris 1992, S. 213-290.
Ders.: Prélude à un syndicalisme bourgeois. L'association du défense des classes moyennnes 1907-1939, in: Vingtième Siècle 37 (1993), S. 93-104.
Ders. (Hrsg.): Avocats et Barreau en France (1910-1930), Nancy 1994.
Ders.: Prélude à la République des avocats, in: Alain Corbin/Jean-Marie Mayeur (Hrsg.): Les Immortels du Sénat 1875-1918. Les cent seize inamovibles de la Troisième République, Paris 1995, S. 81-98.
Ders.: Le momente de l'alerte fiscale: La Ligue des Contribuables, in: Pierre Guillaume (Hrsg.): Regards sur les classes moyennes, XIX^{e}-XX^{e} siècles, Bordeaux 1995, S. 147-162.
Ders.: De la République des avocats à la république des énarques, in: Louis Dupeux/Rainer Hudemann/Franz Knipping (Hrsg.): Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert. Strukturen und Beziehungen, Bd. II, München 1996, S. 79-89.
Ders.: La représentation proportionnelle: cent ans de controverse, in: Vingtième Siècle 40 (1996), S. 67-80.
Ders.: Le bâtonnier Barboux (1834-1910), in: Ders. (Hrsg.): Barreau, politique et culture à la Belle Epoque, Paris 1997, S. 5-27.
Ders.: Amiraux et généraux au parlement 1899-1940, in: Olivier Forcade/Eric Duhamel/Philippe Vial, Militaires en République. Les officiers, le pouvoir et la vie publique en France, Paris 1999, S. 325-336.
Ders.: L'éloquence française entre juridique et politique 1920-1945, in: Fabrice d'Almeida (Hrsg.): L'éloquence politique en France et en Italie de 1870 à nos jours, Rom 2001, S. 131-142.
Ders.: Les jeunes modérés dans la vie politique française (1880-1965). Approche monographique et bibliographique, in: Recherches contemporaines 6 (2000/2001), S. 143-156.
Ders.: Le poids de la boutique et du négoce, in: Jean-Marie Mayeur (Hrsg.): Les parlementaires de la Seine, Bd. I, Paris 2001, S. 117-135.
Ders.: Les revues de la mouvance modéré, in: Jacqueline Puet-Despatin/Michel Leymaire/Jean-Yves Mollier (Hrsg.): La Belle Epoque des revues 1880-1914, Paris 2002, S. 179-194.
Ders.: Les réseaux, in: Jean-Marie Mayeur/Jean-Pierre Chaline/Alain Corbin (Hrsg.): Les Parlementaires de la Troisième République, Paris 2003, S. 241-262.
Ders.: La République des avocats, Paris 2003.
Lebovics, Herman: La Grande Dépression: aux origines d'un nouveau conservatisme français, 1880-1896, in: Francia 13 (1985), S. 435-445.
Ders.: The Alliance of Iron and Wheat in the Third French Republic, 1860-1914. Origins of the New Conservatism, Baton Rouge 1988.
Ders.: Le conservatisme en anthropologie et la fin de la troisième République, in: Gradhiva. Revue d'histoire et d'archives de l'anthropologie 4 (1988), S. 3-17.
Ders.: Louis Marin: The discourse of tradition in French Culture, in: Historical Reflexions, Réflexions historiques 1991, S. 45-75.
Le Bras, Hervé: Marianne et les lapins: l'Obsession démographique, Paris 1991.
Le Crom, Jean-Pierre: Syndicats, nous voilà! Vichy et le corporatisme, Paris 1995.
Lefranc, Georges: Le mouvement socialiste sous la troisième République, Paris 1977.
Le Goff, Jacques/Descimon Robert/Guery, Alain (Hrsg.): L'état et le pouvoir, Paris 1989.
Ders./Remond René (Hrsg.): Histoire de la France religieuse, Bd. IV, Paris 1992.
Leopold, John A.: Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic, New York 1981.

Lepsius, Rainer Maria: Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Wilhelm Abel (Hrsg.): Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 371–393.
Lévêque, Pierre: Histoire des forces politiques en France, 3 Bde., Paris 1992, 1994, 1997.
Levillain, Philippe: Boulanger. Fossoyeur de la monarchie, Paris 1982.
Ders.: Albert de Mun. Catholicisme français et catholicisme romain du Syllabus au ralliement, Rom 1983.
Ders.: Les catholiques à l'épreuve: variations sur un verdict, in: Pierre Birnbaum (Hrsg.): La France de l'affaire Dreyfus, Paris 1994, S. 411–451.
Locatelli, René: La Franche-Comté à la recherche de son histoire (1800–1914), Paris 1982.
Lonchampt, Daniel: La séparation des églises et de l'Etat dans le Haut-Doubs. Mémoire de Maîtrise université de Besançon 1977.
Long, Raymond: Les élections législatives en Côte d'or depuis 1870, Paris 1958.
Loth, Wilfried: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984.
Lovie, Jacques: Essai sur le régionalisme savoyard (1860–1974), in: Régions et régionalisme en France du XVIII^{e} siècle à nos jours. Actes publiés par Christian Gras et Georges Livet, Paris 1977, S. 429–444.
Lovighi, Christian: Henri de Kerillis (1889–1950), Thèse de Doctorat IEP, Paris 1992.

Machelon, Jean-Pierre: La République contre les libertés. Les restrictions aux libertés publiques de 1879 à 1914, Paris 1976.
Ders.: Le titre III de la loi du 1er juillet 1901 relative au contrat d'association, in: Ders./Jacqueline Lalouette (Hrsg.): 1901. Les congrégations hors la loi?, Paris 2002, S. 15–32.
Mai, Gunther: Europa 1918–1939, Mentalitäten, Lebensweise, Politik zwischen den Weltkriegen, Stuttgart u. a. 2001.
Maier, Charles S.: Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany and Italy in the decade after World War I, Princeton 1975.
Mairry, Louis: La vie politique dans le département du Doubs sous la IIIe République (1870–1940), 3 Bde., Dijon 1990.
Ders.: Les pratiques électorales dans le Doubs sous la Troisième République de 1870–1914, in: MSED 33 (1991), S. 55–71.
Ders.: Le Département du Doubs sous la III^{ème} République. Une évolution politique originale, Besançon 1992.
Marchasson, Yves: La Croix et le Ralliement (1883–1893), in: Cent ans d'histoire de la Croix, S. 69–106.
Martel, Philipp: Félibres et Félibrige, Saint-Denis 1984.
Ders.: Regionale Identität und nationale Kultur in Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert, in: Günther Lottes (Hrsg.): Region, Nation, Europa, Heidelberg 1992, S. 95–120.
Martens, Stefan: Alexandre Millerand. Der Mann zwischen Clemenceau und Poincaré, in: Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft 5 (1992), S. 93–113.
Martin, Benjamin F.: The Creation of the Action Libérale Populaire: An Example of Party Formation on Third Republic France, in: French Historical Studies 9 (1976), S. 660–689.
Ders.: Count Albert de Mun: paladin of the Third Republic, Chapell Hill 1978.
Martin, Jean-Clément: Quatorze Juillet 1880 – Quatorze Juillet 1889. L'instauration de la fête nationale dans l'Ouest, in: Annales de Bretagne 91 (1984), S. 201–247.
Ders.: La Vendée, région-mémoire, in: Pierre Nora (Hrsg.): Les lieux de mémoire, Bd. I: La République, Paris 1984, S. 595–618.
Ders.: La Vendée de la mémoire, Rennes 1989.
Ders.: La Vendée dans la mémoire des droites, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Histoire des droites en France, Bd. II, Paris 1992, S. 437–470.
Mathey, Paul: Un grand avocat, Maître Georges Pernot, in: Le Jura français 197 (1988), S. 3–6.
Mayaud, Jean-Luc: Les Paysans du Doubs au Temps de Courbet, Besançon 1979.
Ders.: La petite exploitation rurale triomphante. France XIX^{e} siècle, Paris 1999.

Ders.: Les dynamiques des sociétés rurales en France de la révolution de 1848 à la Première Guerre mondiale, in: Journal of Modern European History 2 (2004), S. 280–301.
Mayeur, Jean-Marie: Les congrès nationaux de la Démocratie chrétienne à Lyon. 1896–1897–1898, in: Revue d'histoire moderne et contemporaine 9 (1962), S. 171–206.
Ders.: Droites et ralliés à la Chambre des Députés au début de 1894, in: Revue d'histoire moderne et contemporaine 13 (1966), S. 117–135.
Ders.: Un prêtre démocrate, l'abbé Lemire (1853–1928), Tournai 1968.
Ders.: Géographie de la résistance aux inventaires, in: Annales E.S.C. 23 (1968), S. 1259–1272.
Ders.: Catholicisme intransigeant, catholicisme social, démocratie chrétienne, in: Annales E.S.C. 27 (1972), S. 483–499.
Ders.: Les débuts de la IIIe République. 1871–1898, Paris 1973.
Ders.: Démocratie chrétienne et régionalisme, in: Colloque Régions et régionalisme en France du XVIIIe siècle à nos jours. Actes publiés par Christian Gras et Georges Livet, Paris 1977, S. 445–460.
Ders.: Les catholiques dreyfusards, in: Revue Historique 530 (1979), S. 337–362.
Ders. (Hrsg.): Libre Pensée et religion laïque en France de la fin du Second Empire à la fin de la Troisième République, Straßburg 1980.
Ders.: La vie politique sous la Troisième République, Paris 1984.
Ders.: Une mémoire-frontière: l'Alsace, in: Pierre Nora (Hrsg.): Les lieux de mémoire, Bd. I: La République, Paris 1984, S. 63–97.
Ders.: Des Partis catholiques à la Démocratie chrétienne, Paris 1985.
Ders.: La guerre scolaire, ancienne ou nouvelle histoire?, in: Vingtième Siècle 5 (1985), S. 101–109.
Ders.: La Croix et la République, in: Cent ans d'histoire de la Croix, S. 206–214.
Ders.: Louis Barthou et la question religieuse, in: Michel Papy (Hrsg.): Louis Barthou, un homme, une époque. Actes du Colloque de Pau, 9./10. novembre 1984, Pau 1987, S. 139–152.
Ders.: La Séparation des Eglises et de l'Etat, Paris 1991.
Ders.: La prosopographie des élites: état de la question, in: Sylvie Guillaume (Hrsg.): Les Elites fins de siècles, XIXe-XXe siècles. Actes de la journée d'études du 31 janvier 1992, Bordeaux 1992, S. 123–126.
Ders.: Les catholiques français et Benoît XV, in: Nadine-Josette Chaline (Hrsg.): Chrétiens dans la Première Guerre Mondiale, Paris 1993.
Ders.: Les modérés et l'Eglise, in: François Roth (Hrsg.): Les modérés dans la vie politique française (1870–1965), Nancy 1998, S. 185–192.
Ders. (Hrsg.): Les Parlementaires de la Seine sous la IIIe République, 2 Bde., Paris 2001.
Ders.: Attitudes religieuses et options politiques, in: Ders. (Hrsg.), Les parlementaires de la Seine, Bd. I, Paris 2001, S. 57–66.
Ders.: Origines et démarche d'une enquête, in: Ders./Jean-Pierre Chaline/Alain Corbin (Hrsg.): Les Parlementaires de la Troisième République, Paris 2003, S. 21–26.
McMillan, James F.: Reclaiming a Martyr: French Catholics and the Cult of Joan of Arc, 1890–1920, in: Diana Wood, (Hrsg.): Martyrs and Martyrologies, Oxford 1993, S. 359–370.
Ders.: France and Women (1789–1914). Gender, Society and Politics, London 2000.
Mc William, Neil: Conflicting Manifestations: Parisian Commemoration of Joan of Arc and Etienne Dolet in the Early Third Republic, in: French Historical Studies 27/2 (2004), S. 381–418.
Meinecke, Friedrich: Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaats, München 1968.
Méjan, Louis V.: La Séparation des Eglises et de l'Etat, Paris 1959.
Ménager, Bernard: Nationalists and Bonapartists, in: Robert Tombs (Hrsg.): Nationhood and Nationalism in France: from Boulangism to the Great war 1889–1918, London 1991, S. 136–147.
Ders./Florin Jean-Pierre/Guislin J.-M. (Hrsg.): Les Parlementaires du Nord-Pas-de-Calais sous la Troisième République, Lille 2000.

Ders.: Conséquences dans le Nord, in: Jean-Pierre Machelon/Jacqueline Lalouette (Hrsg.): 1901. Les congrégations hors la loi?, Paris 2002, S. 209–223.
Mendras, Henri: Les organisation agricoles, in: Jacques Fauvet/Henri Mendras (Hrsg.): Les paysans et la politique dans la France contemporaine, Paris 1958, S. 231–251.
Ders.: Sociétés paysannes, Paris 1976.
Michel, Marc: La colonisation, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Histoire des droites en France, Bd. III, Paris 1992, S. 125–164.
Milbach, Sylvain: Prêtres historiens et pélérinages du diocèse de Dijon (1860–1910), Dijon 2000.
Milo, Daniel: Le nom des rues, in: Pierre Nora (Hrsg.): Les lieux de mémoire, Bd. II, La Nation, S. 283–320.
Milza, Pierre: Les cultures politiques du nationalisme français, in: Serge Berstein (Hrsg.): Les cultures politiques en France, Paris 1999, S. 315–355.
Möller, Horst: Europa zwischen den Weltkriegen, München 1998.
Molette, Charles: L'Association catholique de la Jeunesse Française, 1886–1907, Paris 1968.
Mollenhauer, Daniel: Auf der Suche nach der „wahren Republik". Die französischen „radicaux" in der frühen Dritten Republik (1870–1890), Bonn 1997.
Mommsen, Wolfgang J.: Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters, Frankfurt/Main 2004.
Monnet, François: Refaire la République: André Tardieu, une dérive réactionnaire (1876–1945), Paris 1993.
Montant, Claude: La propagande française auprès des neutres voisins de la France, Thèse de Doctorat université Paris-I 1988.
Montclos, Xavier de: Le toast d'Alger. Textes et Documents 1890–1891, Paris 1966.
Mooser, Josef: Das katholische Milieu in der bürgerlichen Gesellschaft. Zum Vereinswesen des Katholizismus im späten Deutschen Kaiserrreich, in: Olaf Blaschke/Frank Kuhlemann (Hrsg.): Religion im Kaiserrreich. Milieus-Mentalitäten-Krisen, Gütersloh 1996, S. 59–92.
Ders.: Das Verschwinden der Bauern. Überlegungen zur Sozialgeschichte der „Entagrarisierung" und Modernisierung der Landwirtschaft im 20. Jahrhundert, in: Daniela Münkel (Hrsg.): Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn. Göttingen 2000, S. 23–38.
Mosse, George L.: Fallen Soldiers. Reshaping the Memory of the World Wars, Oxford 1989.
Mouré, Kenneth: The Gold Standard Illusion. France and the Gold Standard in an Era of Currency Instability, in: Ders./Martin S. Alexander (Hrsg.): Crisis and Renewal in France 1918–1962, New York 2002, S. 66–85.
Ders.: The Gold Standard Illusion. France, the Bank of France, and the International Gold Standard, 1914–1939, Oxford 2002.
Moutet, Aimée: Les origines du système de Taylor en France, le point de vue patronal (1907–1914), in: Le Mouvement social, Heft 93 (1975), S. 17–37.
Müller, Klaus-Jürgen: Protest – Modernisierung – Integration. Bemerkungen zum Problem faschistischer Phänomene in Frankreich 1924–1934, in: Francia 8 (1980), S. 465–524.
Ders.: La mémoire des guerres dans la culture politique des droites en France et en Allemagne, in: Bulletin de la société d'histoire moderne et contemporaine 1993.
Ders.: „Faschismus" in Frankreichs Dritter Republik? Zum Problem der Überlebensfähigkeit der französischen Demokratie zwischen den Weltkriegen, in: Manfred Kittel/Horst Möller (Hrsg.): Demokratie in Deutschland und Frankreich – Beiträge zu einem historischen Vergleich, München 2002, S. 91–130.

Nadaud, Thierry: L'évolution de l'enseignement agricole en France et en Allemagne de 1850 à 1914, in: Annales d'histoire des enseignements agricoles 1 (1986), S. 69–84.
Nguyen, Victor: Aperçus sur la conscience d'Oc autour des années 1900, in: Régions et régionalisme en France du XVIII[e] siècle à nos jours. Actes publiés par Christian Gras et Georges Livet, Paris 1977, S. 241–256.

Ders.: Aux origines de l'Action Française. Intelligence et politique à l'aube du XX^e siècle, Paris 1991.
Nicolet, Claude: L'idée républicaine en France (1789-1924). Essai d'histoire critique, Paris 1982.
Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. I: Bürgerwelt und starker Staat, München 1990.
Nobécourt, Jacques: Le Colonel de la Rocque (1885-1946) ou les pièges du nationalisme chrétien, Paris 1996.
Nolte, Ernst: Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action Française, der italienische Faschismus, der Nationalsozialismus, München 1984.
Ders.: Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, Frankfurt/Main, 4.Auflage 1987.
Nora, Pierre: Entre Mémoire et Histoire, in: Ders. (Hrsg.): Les lieux de mémoire, Bd. I, La République, Paris 1984, S. XV-XLII.
Nord, Philip: Social defense and conservative regeneration: the national revival, 1900-1914, in: Robert Tombs (Hrsg.): Nationhood and Nationalism in France: from Boulangism to the Great war 1889-1918, London 1991, S. 210-228.

O'Donnel, Dean: Lavigerie in Tunesia: The Interplay of Imperialist and Missionary, Athens, Ga, 1979.
Offen, Karen: Depopulation, Nationalism, and Feminism in Fin-de-Siècle France, in: American Historical Review 89 (1984), S. 648-676.
Dies.: Exploring the Sexual Politics of Republican Nationalism, in: Robert Tombs (Hrsg.): Nationhood and Nationalism in France: from Boulangism to the Great war 1889-1918, London 1991, S. 195-209.
Ognier, Pierre: La laïcité scolaire dans son histoire, in: Jean Baubérot (Hrsg.): Histoire de la laïcité, Besançon 1994, S. 73-275.
Ormières, Jean-Louis: Les rouges et les blancs, in: Pierre Nora (Hrsg.): Les lieux de mémoire, Bd. III,1: Les France, Paris 1992, S. 231-273.
Ortega y Gasset, José: Ideen und Glaubensgewissheiten, in: Ders.: Vom Menschen als utopischem Wesen, Stuttgart 1951.
Ory, Pascal: Le dorgérisme, institution et discours d'une colère paysanne, in: Revue d'histoire moderne et contemporaine 22 (1975), S. 168-190.
Ders.: Le Centenaire de la Révolution Française, in: Pierre Nora (Hrsg.): Les lieux de mémoire, Bd. I: La République, Paris 1984, S. 523-556.
Ozouf, Mona: L'école, l'église et la République, Paris 1982.
Dies./Jacques Ozouf: Le Tour de la France par deux enfants, in: Pierre Nora (Hrsg.): Les lieux de mémoire, Bd. I: La République, Paris 1984, S. 291-322.
Dies.: Le thème du patriotisme dans les manuels primaires, in: Antoine Prost (Hrsg.): Guerres, paix et sociétés 1911-1946, Paris 2003, S. 16-42.
Ozouf-Marignier, Marie-Vic: De l'universalisme constituant aux intérêts locaux: le débat sur la formation des départements en France 1789-1790, in: Annales E.S.C. 41 (1986), S. 1193-1213.
Dies.: La Formation des départements: la représentation du territoire français à la fin du 18^e siècle, Paris 1989.

Papet, Philippe: Cléricaux et anticléricaux dans l'arrondissement de Senlis 1870-1914, Compiègne 1995.
Passmore, Kevin: Boy scouting für Grown-ups? Paramilitarism in the Croix-de-feu and the Parti Social Français, in: French Historical Studies 19 (1995), S. 527-558.
Ders.: From Liberalism to Fascism. The Right in a French Province 1928-1939, Cambridge 1997.
Pataut, Jean: Sociologie électorale de la Nièvre au XX^e siècle (1902-1951), Paris 1956.
Patrick, Glenda: Political Culture, in: Giovanni Sartori (Hrsg.): Social Science Concepts: A Systematic Analysis, London 1984, S. 265-314.
Patrick, Pierre: Les Bretons et la République. La construction de l'identité bretonne sous la Troisième République, Rennes 2000.

Paul, Harry W.: The Second Ralliement in France. The Rapprochement between Church and State in France in the 20th Century, 1967.
Paxton, Robert O.: French Peasant fascism. Henry Dorgères greeenshirts and the crisis of French agriculture 1929-1939, New York 1997.
Pedersen, Susan: Family, Dependance and the Origins of the Welfare State. Britain and France, 1914-1945, Cambridge 1993.
Pedroncini, Guy: Les Mutineries de l'armée française. 1917, Paris 1968.
Peillon, Vincent: Jean Jaurès et la religion du socialisme, Paris 2000.
Pérouas, Louis: Limoges, une capitale régionale de la libre-pensée à l'orée du XX^e siècle, in: Annales du Midi 91 (1979), S. 165-185.
Ders.: Culte des saints et anticléricalisme, Statistique et culture populaire, Paris 2002.
Phélippeau, Ernest: L'invention de l'homme politique moderne. Mackau, l'Orne et la République, Paris 2002.
Philippe, Alexandre: Le régionalisme dans les Vosges de 1918 à 1939, in: Annales de la Société d'Emulation des Vosges 11 (1999), S. 6-28.
Philippet, Jean: Le Temps des ligues, Pierre Taittinger et les Jeunesses Patriotes 1919-1944, Thèse de Doctorat IEP Paris 1999.
Pierrard, Pierre: Juifs et catholiques français. De Drumont à Jules Isaac, 1886-1945, Paris 1970.
Ders.: Les catholiques sociaux et le centenaire de la Révolution, in: Pierre Colin (Hrsg.): Les catholiques français et l'héritage de 1789: d'un centenaire à l'autre, 1889-1989, Paris 1989, S. 57-61.
Pinard, Joseph: L'école primaire et les instituteurs dans le Doubs, l'école laïque (1870-1905), Paris 1958.
Ders.: A contre-courant: les élections législatives de 1936 dans le Doubs, in: MSED 29 (1987), S. 35-58.
Ders.: Une élection mémorable dans le Doubs en 1889, la première victoire républicaine du marquis de Moustier, in: MSED 32 (1990), S. 73-96.
Ders.: Cléricalisme et anticléricalisme dans le Haut-Doubs au début du XX^e siècle, in: MSED 34 (1992), S. 127-142.
Ders.: La vie et l'œuvre du docteur Charles Borne (1830-1914), in: MSED 44 (2002), S. 85-107.
Pinol, Jean-Luc: 1919-1958. Le temps de droites, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Histoire des droites en France, Bd. I, Paris 1992, S. 291-390.
Pisani-Ferry, Fresnette: Le coup d'état manqué du 16 mai 1877, Paris 1965.
Pitié, Jean: L'Exode rural. Bibliographie annotée. France. Généralités, Régions, départements d'Outre-Mer, Poitiers 1980.
Platte, Ulrich: Ethos und Politik bei Ernst Troeltsch. Von der ethischen Theorie zur politischen Konkretion in seiner Kriegspublizistik, Egelsbach 1995.
Poidevin, Raymond: Robert Schuman, homme d'Etat 1886-1963, Paris 1986.
Ponson, Claude: Les catholiques lyonnais et la chronique sociale, Lyon 1979.
Poujet, Marc du: Laurent Bonnevay, un notable libéral et social, in: Cent ans de Catholicisme social à Lyon et en Rhône-Alpes, sous la direction de Jean Dominique Durand/Bernard Comte. Actes du Colloque de Lyon 18./19.1.1991, Paris 1992, S. 159-169.
Poulat, Emile: Intégrisme et catholicisme intégral: un réseau secret international antimoderniste: La „Sapinière" 1909-1921, Paris 1969.
Prélot, Marcel: Le libéralisme catholique, Paris 1969.
Prévotat, Jacques: Les réactions de l'épiscopat français devant la condamnation de l'Action Française vues à travers les Semaines religieuses, in: Etudes maurassiennes 5 (1986), S. 373-395.
Ders.: La culture traditionaliste, in: Serge Berstein (Hrsg.): Les cultures politiques en France, Paris 1999, S. 33-68.
Ders.: Les catholiques et l'Action Française, Histoire d'une condamnation 1899-1939, Paris 2001.
Prost, Antoine: Les anciens combattants et la société française, 1914-1939, 3 Bde., Paris 1977.

Pugh, Martin: The Tories and the People, 1880-1935, Oxford/New York 1985.
Puhle, Hans-Jürgen: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich 1893-1914, Bonn 1975.
Pyta, Wolfram: Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918-1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1996.
Ders.: Das Dorf im Fadenkreuz der Politik: Politische Willensbildung und Milieuwandel im ländlichen Lebenskreis 1918-1945, in: Daniela Münkel (Hrsg.): Der lange Abschied vom Agrarland, Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn. Göttingen 2000, S. 209-226.

Quellien, Jean: Bleus, Blancs, Rouges. Politique et élections dans le Calvados, Caen 1986.

Rabaut, Jean: Féministes à la Belle Epoque, Paris 1985.
Raithel, Thomas: Das „Wunder" der inneren Einheit. Studien zur deutschen und französischen Öffentlichkeit bei Beginn des Ersten Weltkriegs, Bonn 1996.
Ders.: Der preußische Verfassungskonflikt 1862-1866 und die französische Krise von 1877 als Schlüsselperioden der Parlamentarismusgeschichte, in: Stefan Fisch/François Roth (Hrsg.): Machtstrukturen im Staat. Organisation und Personen, Kolloquium Otzenhausen 2000.
Ders.: Das schwierige Spiel des Parlamentarismus. Deutscher Reichstag und französische Chambre des Députés in den Inflationskrisen der 1920er Jahre, München 2005.
Rauh-Kühne, Cornelia: Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft: Ettlingen 1918-1939, Sigmaringen 1991.
Raulff, Ulrich: Die Geburt eines Begriffes. Reden von Mentalität zur Zeit der Affäre Dreyfus, in: Ders. (Hrsg.): Mentalitätengeschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse, Berlin 1987, S. 50-68.
Ders.: Einleitung, in: Ders. (Hrsg.): Mentalitätengeschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse, Berlin 1987, S. 7-15.
Rébérioux, Madeleine/Fridenson, Patrick: Albert Thomas, pivot du réformisme français, in: Le Mouvement social, Heft 87 (1974), S. 85-97.
Dies.: Le socialisme français de 1871 à 1914, in: Jacques Droz (Hrsg.): Histoire générale du socialisme, Bd. II, Paris 1974.
Dies.: Histoire, historiens, et dreyfusisme, in: Revue Historique 255 (1976), S. 407-432.
Reggiani, Andrés Horacio: Procreating France: The Politics of Demography, 1919-1945, in: French Historical Studies 19/3 (1996), S. 725-754.
Rémond, René: Les deux congrès ecclésiastiques de Reims et de Bourges, 1896-1900, Paris 1964.
Ders. (Hrsg.): Forces religieuses et attitudes politiques dans la France contemporaine, Paris 1965.
Ders.: Les droites en France, Paris 1982.
Ders.: Préface, in: Ders. (Hrsg.): Pour une histoire politique, Paris 1988.
Ders.: Les crises du catholicisme en France dans les années trente, Paris ²1996.
Ders.: La fille aînée de l'Eglise, in: Pierre Nora (Hrsg.), Les lieux de mémoire, Bd. III,3: Les France, Paris 1997, S. 540-581.
Renouvin, Pierre: Les formes du gouvernement du guerre. Paris 1925.
Ders.: Les buts de guerre du gouvernement français 1914-1918, in: Revue Historique 235 (1966), S. 1-38.
Ders.: L'Épiscopat français devant l'offre de paix du Saint-Siège (août 1917), in: Mélanges offerts à G. Jacqnomyus, Brüssel 1968, S. 551-561.
Rials, Stéphane: Administration et Organisation, 1910-1930. De l'organisation de la bataille à la bataille de l'organisation dans l'administration française, Paris 1977.
Rioux, Jean-Pierre: Nationalisme et Conservatisme. La Ligue de la Patrie Française.1899-1904, Paris 1977.
Ders./Sirinelli, Jean-François: Histoire culturelle de la France, Bd. IV: Le temps des masses, Paris 1998.

Rivet, Antoine: La vie politique dans le département de la Haute-Loire de 1815 à 1974, Le Puy 1979.
Rödder, Andreas: Die radikale Herausforderung. Die politische Kultur der englischen Konservativen zwischen ländlicher Tradition und industrieller Moderne (1846–1868), München 2002.
Rohe, Karl: German Elections and Party Systems in Historical and Regional Perspective, in: Ders. (Hrsg.): Elections, Parties and Party Systems, 1867–1987, Oxford 1990, S. 1–26.
Ders.: Wahlen und Wählertradition in Deutschland. Frankfurt/Main 1992.
Rokkan, Stein/Lipset, Seymour Martin (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments: Cross-national perspectives, New York 1967.
Rollet, Henri: Albert de Mun et le parti catholique, Paris 1947.
Ders.: L'Action sociale des catholiques en France, 1871–1914, 2 Bde., Paris 1948–1958.
Ronsin, Francis: La grève des ventres: Propagande néo-Malthusienne et baisse de la natalité, France XIX^{e}–XX^{e} siècles, Paris 1980.
Rosanvallon, Pierre: L'Etat en France de 1789 à nos jours, Paris 1990.
Ders.: Le sacre du citoyen. Histoire du suffrage universel en France, Paris 1992.
Rossi, Rodolfo: Baudrillart e la coscienza nazionale della Francia (1905–1921), Rom 2002.
Rossi-Landi, Guy: La région, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Histoire des droites en France, Bd. III, Paris 1992, S. 71–100.
Rousselier, Nicolas: André Tardieu et la crise du constitutionnalisme libéral, 1933–34, in: Vingtième Siècle 9 (1989), S. 57–70.
Ders.: Le parlement de l'éloquence. La souveraineté de la délibération au lendemain de la Grande Guerre, Paris 1997.
Ders.: La contestation du modèle républicain dans les années 30: la réforme de l'Etat, in: Serge Berstein/Odile Rudelle (Hrsg.): Le modèle républicain, Paris 1992, S. 319–335.
Ders.: La culture politique libérale, in: Serge Berstein (Hrsg.): Les cultures politiques en France, Paris 1999, S. 65–110.
Ders.: Remarques sur l'étude des parlementaires, in: Jean-Marie Mayeur (Hrsg.): Les parlementaires de la Seine, Bd. I, Paris 2001, S. 447–451.
Ders.: Gouvernement et parlement en France dans l'entre-deux-guerres, in: Manfred Kittel/Horst Möller (Hrsg.): Demokratie in Deutschland und Frankreich – Beiträge zu einem historischen Vergleich, München 2002, S. 253–267.
Roux, Jacqueline: À l'étendard de Jeanne. Les fédérations diocésaines de jeunes filles (1904–1945), Paris 1995.
Rowley, Anthony: L'économie et le marché, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Histoire des droites en France, Bd. III, Paris 1992, S. 381–422.
Rudelle, Odile: La République absolue, 1870–1889, Paris 1986.
Dies.: Le suffrage universel, in: Jean-François Sirinelli (Hrsg.): Histoire des droites en France, Bd. III, Paris 1992, S. 251–319.
Dies.: Le vote des femmes et la fin de «l'exception française», in: Vingtième Siècle 42 (1994), S. 52–66.
Dies.: Charles de Gaulle et son idée de la politique, in: Revue française d'histoire des idées politiques 5 (1997), S. 85–125.
Ruhlmann, Jean: Ni Bourgeois, ni Prolétaires, La défense des classes moyennes en France au XX^{e} siècle, Paris 2001.
Rutkoff, Peter M.: Revanche and Revision. The Ligue des Patriotes and the Origins of the radical Right in France, 1882–1899, Ohio 1981.

Sanson, Rosemonde: La „Fête de Jeanne d'Arc" en 1894. Controverse et célébration, in: Revue d'histoire moderne et contemporaine 20 (1973), S. 444–463.
Dies.: Le 14 juillet, fête et conscience nationale 1789–1875, Paris 1974.
Dies.: L'Alliance démocratique, in: René Rémond (Hrsg.): La France et les Français en 1938–1939, Paris 1978, S. 327–339.
Dies.: Adolphe Carnot et l'Alliance républicaine démocratique, in: Gilles Le Béguec u. a. (Hrsg.): Une lignée républicaine. Les Carnots sous la Troisième République, Paris 1989, S. 85–103.

Dies.: L'Alliance républicaine démocratique: une reformulation du Centre gauche, in: François Roth (Hrsg.): Les modérés dans la vie politique française (1870–1965), Nancy 1998, S. 155–169.
Dies.: L'ARD et les militaires, in: Olivier Forcade/Eric Duhamel/Philippe Vial (Hrsg.): Militaires en République. Les officiers, le pouvoir et la vie publique en France, Paris 1999, S. 387–394.
Dies.: L'Alliance Démocratique. Une formation du centre (1901–1920), Rennes 2003.
Sarti, Odile: The Ligue Patriotique des Françaises (1902–1933). A Feminine Response to the Secularization of French Society, New York 1992.
Sauvy, Alfred: Histoire économique de la France entre les deux guerres, Bd. III, Paris 1984.
Schenk, Frithjof Benjamin: Mental Maps. Die Konstruktion von geographischen Räumen in Europa seit der Aufklärung, in: GG 28 (2002), S. 470–492.
Schieder, Theodor: Typologie und Erscheinungsformen des Nationalstaats in Europa, in: Otto Dann/Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa, Göttingen 1991, S. 65–86.
Schmidt, Martin E.: Alexandre Ribot: Odyssey of a Liberal in the Third Republic, Den Haag 1974.
Schmitz, Mathias: Die Freund-Feind-Theorie Carl Schmitts. Entwurf und Entfaltung, Köln 1964.
Schor, Ralph: L'opinion française et les étrangers, 1919–1939, Paris 1985.
Ders.: L'antisemitisme en France pendant les années trente. Prélude à Vichy, Brüssel 1992.
Schram, Stuart: Traditions religieuses et réalités politiques dans le département du Gard, Alençon 1953.
Schwab, Dieter: „Familie", in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 253–301.
Sedgwick, Alexander: The Ralliement in French Politics, Cambridge/Mass. 1965.
Seiffert, Helmut: Einführung in die Hermeneutik: die Lehre von der Interpretation in den Fachwissenschaften, Tübingen 1992.
Sellin, Volker: Mentalität und Mentalitätengeschichte, in: HZ 241 (1985), S. 555–598.
Serman, William: The Nationalists of Meurthe-et-Moselle, 1888–1912, in: Robert Tombs (Hrsg.): Nationhood and Nationalism in France: from Boulangism to the Great War 1889–1918, London 1991.
Shapiro, David: The Ralliement in the Politics of the 1890s, in: Ders. (Hrsg.): The Right in France, St. Antony's papers 13, London 1962, S. 13–48.
Sherman, David: The construction of memory in interwar France, Chicago 1989.
Siccardo, Francesco: 1917, La Guerre, la Paix et le Pape dans une service du P. Sertillanges, in: Mots, Les langages du politique, Nr. 24 (1990), S. 102–116.
Sick, Klaus-Peter: Professionalisierung und Pluralisierung. Politische Elite und Experten in Diskurs und Politik der französischen liberal-demokratischen Mitte, in: Dieter Dowe/Jürgen Kocka/Heinrich August Winkler (Hrsg.): Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, München 1999, S. 268–310.
Siegfried, André: Tableau des partis en France, Paris 1930.
Ders.: Géographie électorale de l'Ardèche sous la troisième République, Paris 1949.
Ders.: De la III^{ème} à la IV^{ème} République, Paris 1952.
Ders.: Tableau politique de la France de l'Ouest sous la troisième République, Paris 1913 (Neuauflage 1964).
Simard, Marc: Doumergue et la réforme de l'Etat en 1934: La dernière chance de la III^{ème} République?, in: French Historical Studies 16 (1990), S. 576–596.
Simpson, Martin: Republicanizing the City: Radical Republicans in Toulouse, 1880–1890, in: European History Quaterly 34 (2004), S. 157–190.
Singer, Barnett: Village notables in 19th century France: priests, mayors, schoolmasters, Albany 1993.
Sirinelli, Jean-François: Des boursiers conquérants? Ecole et promotion républicaine sous la III^{ème} République, in: Serge Berstein/Odile Rudelle (Hrsg.): Le modèle républicain, Paris 1992, S. 243–262.
Ders. (Hrsg.): Histoire des droites en France, 3 Bde., Paris 1992.

Ders.: Préface, in: Ders. (Hrsg.): Histoire des droites en France, Bd. II, Paris 1992.
Ders.: De la démeure à l'agora: pour une histoire culturelle du politique, in: Vingtième Siècle 57 (1998), S. 121–131.
Smith, Anthony D.: National Identity, London 1991.
Smith, Michael S.: Tariff Reform in France, 1860–1900: The Politics of Economic Interest, Ithaca 1980.
Smula, Hansjürgen: Milieus und Parteien: eine regionale Analyse der Interdependenz von politisch-sozialen Milieus, Parteiensystem und Wahlverhalten am Beispiel des Landkreises Lüdinghausen, 1919–1933, Münster 1987.
Soboul, Albert: De l'Ancien Régime à la Révolution. Problème régional et réalités sociales, in: Régions et régionalisme en France du XVIII[e] siècle à nos jours. Actes publiés par Christian Gras et Georges Livet, Paris 1977, S. 25–55.
Sohn, Anne-Marie: Les femmes catholiques et la vie publique: l'exemple de la Ligue patriotique des Françaises. Stratégies de femmes, Paris 1984.
Sorlin, Pierre: Waldeck-Rousseau, Paris 1966.
Ders.: Les Croix et les juifs (1899): contribution à l'histoire de l'antisémitisme contemporain, Paris 1967.
Sorlot, Marc: André Maginot (1877–1932), l'homme politique et sa légende, Metz 1995.
Sorrel, Christian: L'apostolat des notables. La société de Saint-Vincent-de-Paul en Savoie de 1849 à 1914, in: Ders (Hrsg.): Notables et notabilités dans le pays de Savoie, Chambery 1990, S. 125–149.
Ders.: Introduction, in: Ders. (Hrsg.): Dictionnaire du monde religieux dans la France contemporaine, 8. La Savoie, Paris 1996, S. 10–40.
Ders.: Droits acquis ou régime général? Les congrégations savoyardes, in: Pierre Machelon/Jacqueline Lalouette (Hrsg.): 1901. Les congrégations hors la loi?, Paris 2002, S. 185–196.
Soucy, Robert: French Facism. The First Wave, 1924–1933, New Haven/London 1986.
Soutou, Georges-Henri: Die deutschen Reparationen und das Seydoux-Projekt 1920/21, in: VfZ 23 (1975), S. 237–270.
Ders.: La France et les marches de l'Est, in: Revue Historique 310 (1978), S. 341–388.
Ders.: La condamnation de l'AF et les relations entre le Vatican et le gouvernement français, in: Etudes Maurassiennes 5 (1986), S. 445–468.
Ders.: Les buts de guerre économique des grandes puissances de 1914 à 1919, Thèse de Doctorat d'Etat, 28.6.1985, Paris I.
Ders.: The french peacemakers and their home front, in: Manfred F. Boemeke (Hrsg.): The treaty of Versailles: a reassessment after 75 years, Washington 1998, S. 167–188.
Stafford, David: From Anarchism to Reformism. A Study of the Political Activities of Paul Brousse within the first international and the French Socialist Movement 1870–1890, London 1971.
Stauber, Reinhard: Nationalismus vor dem Nationalismus? Eine Bestandsaufnahme der Forschung zu „Nation" und „Nationalismus" in der Frühen Neuzeit, in: GWU 47 (1996), S. 139–165.
Steber, Martina: „Die Totalität des Schwabentums". Nationalsozialismus und Region im Gau Schwaben, in: Andreas Wirsching (Hrsg.): Nationalsozialismus in Bayerisch-Schwaben. Herrschaft–Verwaltung–Kultur, Ostfildern 2004, S. 7–30.
Sternhell, Zeev: Maurice Barrès et le nationalisme français, Paris 1972.
Ders.: La droite révolutionnaire (1885–1914). Les origines françaises du fascisme, Paris 1978.
Stevenson, David: French war aims against Germany 1914–1919, Oxford 1982.
Stock-Morton, Phyllis: Moral Education for a Secular Society. The Development of Morale Laïque in Nineteenth Century France, New York 1988.
Stone, Judith F.: La république et la patrie: the radical's nationalism under attack, in: Robert Tombs (Hrsg.): Nationhood and Nationalism in France: from Boulangism to the Great War 1889–1918, London 1991, S. 168–191.
Stora-Lamarre, Annie: L'enfer de la III[ème] République: censeurs et pornographie (1881–1914), Paris 1990.

Dies.: Le sénateur René Bérenger ou l'idée républicaine du Centre (1870–1914), in: François Roth (Hrsg.): Les modérés dans la vie politique française (1870–1965), Nancy 1998, S. 71–80.
Stürmer, Michael: Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928, Düsseldorf 1967.
Suarez, Georges: Briand: sa vie-son œuvre avec son journal et de nombreux documents inédits, Bd. V: L'artisan de la paix 1918–1923, Paris 1941.
Sutton, Michael: Conservatives and Conservation: Early Catholic Controversy about the Politics of Charles Maurras, in: Journal of Modern History 14 (1979), S. 649–676.
Ders.: Charles Maurras et les catholiques français. Positivisme et Nationalisme (1889–1914), Paris 1996.
Sydenham, Michael J.: The Republican Revolt of 1793, in: French Historical Studies 12 (1981), S. 120–138.

Tacke, Charlotte: Denkmal im sozialen Raum, Eine vergleichende Regionalstudie nationaler Symbole in Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert, Göttingen 1995.
Talmy, Robert: Une forme hybride de catholicisme social en France. L'Association catholique des patrons du Nord, 1884–1895, Lille 1962.
Ders.: Histoire du mouvement familial, 2 Bde., Paris 1962.
Ders.: Aux sources du catholicisme social. L'Ecole de La Tour du Pin, Paris 1963.
Teitgen, Pierre-Henri: Faites entrer le témoin suivant, 1940–1958. De la Résistance à la Vème République, Paris 1988.
Tenfelde, Klaus: Die Entfaltung des Vereinswesens während der Industriellen Revolution in Deutschland (1850–1873), in: Otto Dann (Hrsg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, HZ Beiheft 9, München 1984, S. 55–115.
Teulières, Laure: Immigrés d'Italie et paysans de France, 1920–1944, Toulouse 2002.
Thébaud, Françoise: Le mouvement nataliste dans la France de l'entre-deux-guerres: l'Alliance nationale pour l'accroissement de la population francaise, in: Revue d'histoire moderne et contemporaine 32 (1985), S. 276–301.
Dies.: Quand nos grand-mères donnaient la vie: La Maternité en France dans l'entre-deux-guerres, Lyon 1986.
Dies.: La femme au temps de la guerre de 1914, Paris 1986.
Théofilaliens, Fabien: Les Mariannes de Maurice Agulhon, in: Vingtième Siècle 83 (2004), S. 192–194.
Thiesse, Anne-Marie: Ecrire la France. Le mouvement littéraire régionaliste de langue française entre la Belle Epoque et la Libération, Paris 1991.
Tinchant, Jean-Luc: Au-delà des quartiers: les unions de patronages bisontins (1895–1943), in: Sport, Culture et Religion: Les patronages catholiques (1898–1998), Paris 1999, S. 305–326.
Tombs, Robert (Hrsg.): Nationhood and nationalism in France from Boulangism to the Great War 1889–1918, London 1991.
Touchard, Jean: La gauche en France depuis 1900, Paris 1977.
Trempé, Rolande: Contribution à l'étude de la psychologie patronale: le comportement des administrateurs de la Société des mines de Carmaux vis-à-vis des mineurs (1856–1914), in: Le Mouvement sociale, Heft 43 (1963), S. 53–91.
Ders.: Le réformisme des mineurs français à la fin du XIXe siècle, in: Le Mouvement sociale, Heft 65 (1968), S. 93–107.
Trimbur, Dominique: L'ambition culturelle de la France en Palestine dans l'entre-deux-Guerres, in: Ders. (Hrsg.): Entre rayonnement et réciprocité – Contributions à l'histoire de la diplomatie culturelle, Paris 2002, S. 41–72.
Trippe, Christian F.: Konservative Verfassungspolitik 1918–1923. Die DNVP als Opposition in Reich und Ländern, Düsseldorf 1995.

Vallin, Pierre: Paysans rouges du Limousin. Mentalités et comportement politique à Compeignac et dans le nord de la Haute-Vienne 1870–1914, Paris 1985.
Vavasseur-Desperriers, Jean: République et Liberté. Charles Jonnart, une conscience républicaine (1857–1927), Villeneuve-d'Ascq 1996.

Ders.: Associations politiques et groupes parlementaires: Groupe progressiste et Fédération républicaine 1905–1914, in: François Roth (Hrsg.): Les modérés dans la vie politique française (1870–1965), Nancy 1998, S. 123–139.
Ders.: Culture, structures, stratégie d'une organisation de la droite parlementaire entre les deux guerres: la Fédération républicaine de 1919 à 1940, Thèse de Doctorat Université Lille III 1999.
Verba, Sidney/Almond, Gabriel: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963.
Vierhaus, Rudolf: „Konservativ, Konservatismus", in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 531–565.
Vogel, Jakob: Nationen im Gleichschritt. Der Kult der Nation in Waffen in Deutschland und Frankreich 1871–1914, Göttingen 1997.
Voilliard, Odette: Autour du programme de Nancy (1865), in: Régions et régionalisme en France du XVIII[e] siècle à nos jours. Actes publiés par Christian Gras et Georges Livet, Paris 1977, S. 287–302.
Vovelle, Michel: La Marseillaise, in: Pierre Nora (Hrsg.): Les lieux de mémoire, Bd. I: La République, Paris 1984, S. 85–138.

Waché, Brigitte: Denys Cochin. Un parlementaire catholique dans la guerre, in: Nadine-Josette Chaline (Hrsg.), Chrétiens dans la Première Guerre Mondiale, Paris 1993, S. 47–66.
Dies.: Aspects des relations France–Saint-Siège durant le premier conflit mondial, in: Revue d'histoire diplomatique 112 (1998), S. 305–326.
Wahl, Alfred: Confession et comportement dans les campagnes d'Alsace et de Bade. Catholiques, protestants et juifs, Metz 1980.
Wall, Richard/Winter Jay M. (Hrsg.): The Upheaval of War: Family, work and welfare in Europe 1914–1918, Cambridge/Mass. 1988.
Warshaw, Dan: Paul Leroy-Beaulieu and established liberalism in France, Northern Illinois University Press 1991.
Wartelle, Jean-Claude: Yves Guyot ou le libéralisme de combat, in: Revue française d'histoire des idées politioques 7 (1998), S. 73–109.
Watson, David. R.: The Nationalist Movement in Paris 1900–1906, in: David Shapiro (Hrsg.): The Right in France, St. Antony's papers 13, London 1962, S. 49–84.
Weber, Christoph: Ultramontanismus als katholischer Fundamentalismus, in: Wilfried Loth (Hrsg.): Deutscher Katholizismus im Umbruch zur Moderne, Stuttgart 1991, S. 20–45.
Weber, Eugen: The nationalist revival in France. 1905–1914, Berkeley 1959.
Ders.: L'Action Française, Paris 1963.
Ders.: La fin des terroirs. La modernisation de la France rurale (1870–1914), Paris 1983.
Ders.: La France des années 1930. Tourments et perplexités, Paris 1995.
Weber, Max: Staatssoziologie. Soziologie der rationalen Staatsanstalt und der modernen politischen Parteien und Parlamente, hrsg. von Johannes Winckelmann, Berlin 1966.
Ders.: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 1, Tübingen 1988.
Weber, Wolfgang E. J.: Historiographie und Mythographie. Oder: Wie kann und soll der Historiker mit Mythen umgehen?, in: Anette Völker-Rasor/Wolfgang Schmale (Hrsg.): MythenMächte – Mythen als Argument, Berlin 1998, S. 65–88.
Ders.: Konstruktion und Dekonstruktion. Der Bismarck-Mythos in der deutschen Geschichte, in: Volker Dotterweich (Hrsg.): Mythen und Legenden in der Geschichte, München 2004, S. 129–157.
Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, Göttingen 1979.
Weichlein, Siegfried: Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik. Lebenswelt, Vereinskultur und Politik in Hessen, Göttingen 1996.
Ders.: Multifunktionäre und Parteieliten in Katholizismus und Sozialdemokratie zwischen Kaiserreich und Republik, in: Dieter Dowe/Jürgen Kocka/Heinrich A. Winkler (Hrsg.): Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, München 1999, S. 183–210.
Weinreis, Hermann: Liberale oder autoritäre Republik. Regimekritik und Regimekonsens der französischen Rechten zur Zeit des nationalsozialistischen Aufstiegs in Deutschland (1928–1934), Göttingen 1987.

Wiegelmann, Günther (Hrsg.): Kulturelle Stadt-Land- Konflikte in der Neuzeit, Münster 1978.
Wileman, Donald G.: Pierre-Etienne Flandin and the Alliance Démocratique, 1929–1939, in: French History 4 (1990), S. 139–173.
Wilson, Stephen: Ideology and Experience. Antisemitism in France at the Time of the Dreyfus Affair, London/Toronto 1982.
Winkler, Heinrich August: Einleitung: Der Nationalismus und seine Funktionen, in: Ders. (Hrsg.): Nationalismus, Königstein 1985, S. 5–46.
Winock, Michel: Nationalisme, antisémitisme et fascisme en France, Paris 1982.
Ders.: La culture politique des socialistes, in: Serge Berstein (Hrsg.): Les cultures politiques en France, Paris 1999, S. 179–214.
Wirsching, Andreas: Bäuerliches Arbeitsethos und antiliberales Denken. Ein Modell ländlicher Mentalität zur Zeit der Weimarer Republik, in: Revue d'Allemagne 22 (1990), S. 415–425.
Ders.: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich. München 1999.
Ders.: Politische Gewalt in der Krise der Demokratie in Deutschland und Frankreich der Zwischenkriegszeit, in: Manfred Kittel/Horst Möller (Hrsg.): Demokratie in Deutschland und Frankreich – Beiträge zu einem historischen Vergleich, München 2002, S. 131–150.
Ders.: Political Violence in France and Italy after 1918, in: Journal of Modern European History 1 (2003), S. 60–79.
Ders.: Agrarischer Protest und Krise der Familie. Zwei Versuche zur Geschichte der Moderne, Wiesbaden 2004.
Ders.: Koalition, Opposition, Interessenpolitik. Probleme des Weimarer Parteienparlamentarismus, in: Marie-Luise Recker (Hrsg.): Parlamentarismus in Europa. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich, München 2004, S. 41–65.
Ders.: Umstrittene Erinnerung: Die französischen monuments aux morts nach dem Ersten Weltkrieg. Das Beispiel Levallois-Perret, in: Klaudia Knabel/Dietmar Rieger/Stephanie Wodianka (Hrsg.): Nationale Mythen – kollektive Symbole. Funktionen, Konstruktionen und Medien der Erinnerung, Göttingen 2005, S. 127–143.
Wohl, Robert: French Communism in the Making, 1914–1924, Stanford/California 1966.
Wright, Vincent: L'épuration du Conseil d'Etat en juillet 1879, in: Revue d'histoire moderne et contemporaine 19 (1972), S. 621–653.
Wurm, Clemens A.: Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924–1926, Frankfurt/Main 1979.
Ders.: Westminster als Modell. Parlament, Parteien und Staatsreform im Frankreich der Dritten und Vierten Republik, in: Jürgen Kocka/Hans-Jürgen Puhle/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat, Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München 1994, S. 409–428.

Young, Robert J.: Power and Pleasure. Louis Barthou and the Third Republic, Montreal 1991.
Ders.: Marketing Marianne: French Propaganda in America, 1900–1940, Piscataway/NJ 2004.

Zoppi, Gilbert: Jeanne d'Arc et les Républicains, in: L'Esprit républicain, colloque Orléans 1970, Paris 1972, S. 313–319.
Zorgbibe, Charles: Delcassé 1852–1923, Paris 2002.

Personenregister

Kursiv gesetzte Zahlen verweisen auf Fundstellen im Anmerkungsapparat. Namen aus dem Anhang wurden nicht berücksichtigt.

About, Gaston 150, 152, 190, *340*, *345*, 369, *421*
Adenauer, Konrad *440*
Affre, Erzbischof Denis Auguste *29*
Agulhon, Maurice 101
Altorffer, Pastor Charles *252*
Amette, Kardinal Léon-Adolphe 65, 72, 77 f., 87, 89 f., 94, 296, 299–301, *318*, 321, *329*, 392
Ancel, Georges *52*, *83*, 234, *396*
Andrieu, Erzbischof Pierre-Paulin 78, *272*, 300, 308, 310, 327, *337*, 418, *437*, 438, *460*
Anquetil, Paul *370*
Antier, Joseph *365*
Appell, Paul 58
Arago, François *74*, 119, 216, 235, *252*, *297*, 302–306, *322*, 324, 345 f., 367, 373, *376*, 379 f., 382 f., 388, 395 f., 399, *466*, 468
Arenberg, Prince Auguste de *34*
Audiffred, Honoré *235*, *334*, 373
Audiffred-Pasquier, Duc Edme-Armand de *51*
Augé, Bernard Louis *365*, *392*
Auriol, Henri 183, *303*, *422*
Aynard, Camille *172*
Aynard, Edouard 32, 35, *51 f.*, *105*, 106 f., 136 f., 175, 177, *238*, 317, *366*

Bagneux, Comte Pierre de 369
Bailly, Abbé 74
Bainville, Jacques *104*, *115*, 122
Balanant, Victor 343, 378
Ballande André *308*, 371, *392*
Barboux, Henri 32, *34*, *45*, *393*
Barbusse, Henri 151
Bardoux, Jacques *128*, *133*, *153*, 190, 220, 225, 279, 365, *420*, *426*, *447*, 457, *464*, 477, 479
Baréty, Léon 367
Barillet, Robert *370*
Barrès, Maurice 51, *52*, *57*, 62, *83*, 106, 111, 113 f., 118 f., 121–123, 136, 138, *139*, *146*, 162, 164, *168*, 216, *235*, 244, 248, *251*, 259, 285, 296, *298*, 331–335, *345*, 365, 369, 374, 379, 383 f., *399*, *441*
Barthélemy, Joseph *207*, 212, *214*
Bartholoni, René 303, *345*, *370*, *381*
Barthou, Louis *37*, 38, *101*, 105, *376*
Battifol, Bischof Pierre *64*
Baudouin, Jean *148*, *393*, *422*, 425, 428, *459*
Baudrillart, Kardinal Alfred *47*, *59*, 63, 138, *139*, 141, 251, 255, 273, 285, 299, 301, *311*, *320*, 321, *322*, 326–328, *331*, 334, *349*, 371, 385, 415, *437*
Baudry d'Asson, Armand *33*, 70, 324, *341*, 342–344, *348*
Baufle, Maurice 351
Bazin, René *140*, 178, 180 f., 259, *268*, 319
Bazire, Henri *44*, 56
Bazire, Louis *296*, *382*, *395*, *399*, *431*
Beauquier, Charles 244
Beauregard, Paul *35*, 46, 112, 202, *266*, *393*
Bellet, Charles-Maurice 208, 276, *303*, 350, 369, 379, *388*, 389, 397, *432*, *455*, *458*
Belmonte, Gennaro Granito Pignatelli di 141
Belorgay, Abbé 164
Benedikt XV. 86–95, 138, *139*, 285, 325
Benoist, Charles *51*, 82, *83*, 92, *94*, *115*, 120, *122*, 145, *147*, *148*, 161, *162*, 177, 198–203, 212, 217, 222 f., 225, *270*, 283, 285 f., *293*, 317, 475
Bérard, Léon 77 f., 344, *372*
Bérenger, René 145, *202*
Berger, Georges *31*, 202, *365*
Bergey, Abbé 62, *254*, *308*, 337, *399*, *424*, 437, 445, *461*
Bergson, Henri 146, 182
Bernis, Comte Henri de Pierre de *33*
Berry, Georges *106*, 137
Berthélemy, Henri 76
Bertillon, Jacques 261
Bertrand, Charles *150*
Bienaimé, Admiral Amédée *83*, *109*, 162
Bilger, Camille *381*
Billiet, Ernest 163, 373, *406*, *429*
Binder, Maurice *52*, *365*
Binet, Kardinal Charles-Henri-Joseph *274*
Bismarck, Otto von *252*
Blaisot, Camille *83*, *149*, 157, 172, 187, 190, *345*, *353*, 360, *361*, 370, *393*, *395 f.*, *458*
Blanchet, Augustin *364*
Blondel, Maurice 146 f.

Blum, Léon *119*, *163*, *234*, *239*
Boissard, Adéodat *331*, 369, *370*, 371, *382*, 384, *387*, *395*, *432*
Boivin-Champeaux, Jean 177, *342*, *395*
Boivin-Champeaux, Paul *53*
Bokanowski, Maurice 212, *424*, *450*
Bon, Jean *145*
Bonald, Louis de *29*, 243, 262
Bonnefous, Georges *152*, 162, 202, 211, 214, *217*, 223, *253*, 256, 287 f., *379*, 382, 384, *390*, *393*, 395, *396*, 422, *423*, 425, *426 f.*, 449, 456, 458, *460*
Bonnet de Paillerets, Marie-Joseph *345*, *365*
Bonnevay, Laurent 141, *209*, 211, 216, 235, 302 f., 343, *376*, 378 f., 381 f., 384, 386, *387*, *393*, 429, 447, 465
Bonvalot, Gabriel *335*
Bordeaux, Henry *118*, *421*
Bougère, Laurent *83*
Boulanger, General Georges 198, 200, 206
Bour, Alfred *395*
Bourgeois, General Robert *370*
Bourgeois, Léon 71 f., 76 f., 105
Bourgin, Hubert 207, *395*, 396
Bouteille, Désiré *370*, *422*, *458*
Boverat, Fernand *262*
Bracke, Alexandre 150
Braun, Pierre 253
Briand, Aristide *35*, *72*, 124, 126 f., 211, 216, 222, 298, 305 f., 316, 318, 324, *328*, 381–386, 388, 395, 426, 440, 446–453
Brice, René *359*, 369, 377
Brindeau, Louis *53*, *121*
Brousse, Emmanuel 209, *310*, 401–410, 426
Brunetière, Ferdinand *143*, *147*
Brunschwicg, Cécile 283
Buisson, Ferdinand 71, *266*, 283

Cabrières, Kardinal François-Marie de 92, *367*
Caillaux, Joseph *73*, 75, 115, 152, *215*, 266, 424, *425*, 446, 448, *450*
Capitant, René 212
Capus, Alfred *212*, *309*, *322*, *399*
Carnot, Adolphe 202, 296, 356, *391*
Caron, René 187, 303, *345*, *381*, 395, *396*
Cassagnac, Guy de *103*, *212*
Cassagnac, Paul de *103*
Castellane, Comte Boniface de *370*
Castelnau, General Edouard de *118*, 119 f., 129 f., 138, 142, 152, 171, 183, 190, 216, 235, 273, *277 f.*, 279, *297*, 303, *308*, 309 f., 323, 336 f., *345*, 349 f., 357, 364 f., 370, 374, *376*, 379, 382–384, *390*, *398*, 399, 401, *403*, 410–420, *428*, 436–440, 442 f., 482
Castelnau, Léonce de *83*, 162, 364
Causeret, Paul *235*, *340*, *345*
Cautru, Camille 187, 242
Cavallier, Camille *50*
Ceretti, Nuntius Bonaventura *313*, *328*, 385, 397, *412*, 438
Chabanier *463*
Chabannes, de *445*
Chabrun, César *296*, 328, *331*, *334*, *360*, 369 f., *382*, *474*
Chambord, Comte de Henri d'Artois 102
Chambrun, Marquis Pierre de *46*, *74*, *309*, *365*, 373, *399*
Champetier des Ribes, Jean 315
Chapon, Erzbischof Henri 68, 300, 325, *329*
Chardon, Henry *210*
Charles-Brun, Jean 244, 247, 250
Charmes, Francis *70*, 89, *112*
Charost, Bischof Alexis-Armand *65*
Chassaigne-Goyon, Paul *155*, 239, *288*, *323*, *334*, 380, *382*, *390*, 395, *423*, *458*
Chateaubriand, Vicomte François René 243
Chaumeix, André *153*
Chautemps, Camille 286
Chenu, Jeanne 284
Cheron, Henry *267*, 342, 435
Chlodwig *113*
Chollet, Bischof Jean-Arthur *272*, 310, *415*
Clemenceau, Georges *35*, *70*, *72*, 75, 79, 83, 94 f., 105, *115*, *117*, 123, 138, 158, 161, 162, 164, 215, 232, 251, 295, 298 f., 320 f., 403
Clément, Frédéric *32*, *106*
Clémentel, Etienne 232, *250*
Cochin, Denys *37*, *48*, 56, 60, 63, 70–75, 95 f., 213, 319, 320, 330, *365*, 475
Coignet, Jean 257, *314*
Colrat, Maurice *207*, 212, *252*, *372*
Colson, R.C. 268
Combes, Emile 47, 66, *72*, 317, 334
Compère-Morel, Adéodat 187
Comte, Commandant 452
Constans, Victor 239, *392*, *395*, 398
Coppin, Marcel *40*, *301*, *308*, *331*, 338, *393*
Cornilleau, Robert 369, *432*, 433
Cornudet des Chaumettes, Honoré 187, *387*
Coty, René *45*
Coucoureux, Joseph 183, *345*
Crolard, Albert 370

Dahrendorf, Ralf 192
Dailly, Pierre *470*

Daladier, Edouard 334, 388, *452*, 473
Daniel-Vincent, Charles 239, 361
Dansette, Jules 204, *393*
Darboy, Erzbischof Georges *29*
Dariac, Adrian *120*
Dassonville, Jules *438*, *450*
Daudé, Paulin *308*
Daudet, Léon *115*, *296*, 301, 324, *350*, 377, 417
Dautry, Raoul *210*
David, Robert 75
Delachenal, Joseph 145, *185*, 190, 241, 271, 273, *278*, 279, *345*, 384, 388, *398*
Delafoy, René *360*
Delahaye, Eugène 342
Delahaye, Jules 70, 301, 342, 417
Delcassé, Théophile *37*, 38, 71
Delsor, Nicolas 253
Denais, Joseph *58*, *109*, *135*
Denais, Joseph (Abgeordneter) 85 f., *92*, 95, 129, *160*, 178, 208, *220*, 224, 230, *270*, *285*, 304, 308 f., 311, 315, *331*, *333*, 371, *392 f.*, 430, *433*
Déroulède, Paul *41*, 102, *105*, 110, *114*, *252*
Deschanel, Paul 38, 244, *284*, 320 f., *331*, 475
Desgranges, Abbé 411
Desjardins, Paul 172, 224, *235*, *396*, *450*, *458*
Dessoye, Arthur Charles *222*
Diderot, Denis *112*
Dion, Marquis Albert de *83*, 373
Dior, Lucien 119, 120, *167*, *209*, *232*, 233, 328, 343, 369, 370, 381, 415
Doncœur, Père 336
Dorgères, Henry 179, *185*, 190
Doulcet, Jean 323
Doumer, Paul 244
Doumic, René 63, 116
Drake del Castillo *177*
Driant, Oberst Emile 85, 206, *230*, *257*, *362*
Drieu la Rochelle, Pierre *147*
Drumont, Edouard 85
Dubois, Erzbischof Louis-Ernest 129, 167
Dubois, Louis 120, 141, 264, *270*, *372*, 377, *387*, 407, 454 f.
Duboys-Fresney, Jacques 360
Dubreuilh, Louis 58
Ducroq, Georges *125*, *154*, *248*
Dufresne 288, *395*, 423, *469*
Dugueyt, Paul *364*
Duhamel, Georges *153*
Dulau, Constant *177*
Dumont-Wilden, Louis 122
Dupanloup, Erzbischof Felix-Antoine 135, 325
Duplessy, Abbé Eugène 65
Duport, Emile *177*
Durkheim, Emile 182
Duroselle, Jean-Baptiste *251*
Duthoit, Eugène *149*, 204
Dutreil, Maurice *296*, 360, *382*, *387*, *393*
Duval, Alexandre *387*
Duval-Arnould, Louis 127, 129, 218, *235*, 240, 256, *270*, *272*, 274 f., *278*, *301*, 306, 328, *331*, 334, 349, *352*, 369, *370*, 371, 379, 384, 398, *423*, 425, *427*, 430, *433*, 435, *440*, 449

Engerand, Fernand *83*, *114*, 168 f., 187, 190, *324*, *370*, *393*
Erzberger, Matthias 89, 91, *122*
Escudier, Paul 380, *395*, *458*
Evain, Emmanuel *370*

Fayol, Henri *210*
Fels, Comte Edmond de *447*
Feron-Vrau, Paul 80, 83–85, 95
Ferraris, Marcel *370*
Ferrata, Kardinal Domenico 87
Ferry, Abel 86, *115*, *161*, 212
Ferry, Désiré *118*, *166*, 215, *235*, 271, 273, 276, 351, 363, *381*, *441*, 455, 458, 461–467, 471 f., 476 f.
Ferry, Jules 86, 173, 198, 343–345, 351, 354, *362*
Flandin, Ernest *83*, 187, 190, 360, *393*
Flandin, Pierre-Etienne *77*, *189*, 408
Flayelle, Maurice *83*
Fleurant-Agricola, Gabriel 188 f., 192
Flynn, Abbé *64*
Foch, Marschall Ferdinand 119 f., 123, 129, *149*, 288, 370, *468*
Fonck, René *370*
Fontaines, Raymond de *83*
Fonteilles, (Cantal) *365*
Fontgalland, de *177*, 228
Fougère, Etienne *83*, *187*, *392*, *458*
Fould, Achille 334
Fournier, Marcel 39
France, Anatole 261
François, Charles *363*
François-Marsal, Frédéric *125*, 129, 190, *209*, *232*, 233, *236*, 302, *365*, 372, *395*, *397*, 426, *465*
François-Poncet, André *238*, 310, *408*, *452*, *458*
François-Saint-Maur, Charles *289*
Franklin-Bouillon, Henry *452*
Franz I. 136

Frédéric-Dupont, Edouard 470
Freycinet, Charles-Louis *72*, 105
Fustel de Coulanges, Numa Denis 100

Gaborit, Felix *140*
Gailhard-Bancel, Hyacinthe de *48*, 51, 63, 81, *120*, 177, *180*, 204f., *230*, 244, *266*, *270*, 301, 326, 364, *365*
Galli, Henri 150, 365, 377, *393*
Galpin, Gaston *83*
Gambetta, Léon *37*, 98, *128*, 150, 173, 198, 200, 276
Garcin, Félix *187*
Garnier, Bischof Gustave-Lazare 406
Gasparri, Kardinal Pietro 74f., 90, *313*, 323, *331*, *412*, 438
Gaulle, Charles de 477
Gauthey, Erzbischof François-Léon *50*
Gavoty, Raymond 187
Gay, Paul 214, *225*, 235, *263*, 303, 320, 340-348, 355, *387*, 395
Gérard, Baron 187, *370*
Géraud, André 92
Germain, Erzbischof Jean-Augustin 439
Gibier, Bischof Charles 60, 68, 89, 213, 262, 272, 300, *329*
Gillouin, René *470*
Giraud, Victor 60, 112-115, 118, 123, 132, 136, 147, 181, *277*
Giraudaux, Jean *147*
Giscard d'Estaing, Valéry 279
Glorieux, Achille *269f.*, 273, 275
Gontaut-Biron, Vicomte de *33*
Gourd, Alphonse 239, *345*, *395*
Gourin, Pétrus *364*
Gourju, Antonin 286, *342*
Goy, Jean *154*
Goyau, Georges 66, *140*, *332*, 402
Grandmaison, Geoffrey de *59*
Grandmaison, Georges de 360
Grévy, Jules 198, 200
Grosjean, Georges *106*
Grousseau, Henri 63, 78, 208, *270*, 274, 301, 315, *321*, 322, 326f., *328*, 347, 361, *362*, 411, 438, *457*
Guérin, Gustave *233*
Guesde, Jules *46*, 71f., 229, *358*
Guillier, Ernest *53*
Guiraud, Jean *50*, *53*, 77-79, 83f., *128*, 255, 263f., 272-275, 283, 285, 299-301, 303f., 308, 320, *328*, *331*, 338, 340-348, 350, 352, 369, 375, *386*, *411*, *438*
Guiter, Jean *154*, 288, 398, *403*, *422*, 425-427, 433, 444, 458, 472
Guizot, François 196f.

Habert, Marcel 118, *170*, 216, *234*, 296, *304*, 322, 343, *350*, 365, 369, *370*, 374, 380, *387*, 389
Hackspill, Abbé *252*, 363, *370*
Halays, André *320*
Halays, Maurice 148, *214*, 216, 251, 254, *298*, 392
Hanotaux, Gabriel 35, 58, *59*, *89*, *114*, 119, *124*, 131f., 136, 139, *236*, 318f., *394*
Harmel, Léon *44*
Harvard de la Montagne, Robert *37*
Haut, Pierre de *372*
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 148
Heinrich IV. *124*
Hennesy, Jean *250*, *382*
Henriot, Philippe *63*, 157, 166, *170*, 221, *337*, 437, 479
Herbette, Jean *89*
Herriot, Edouard 295, 309-312, 316, *326*, 335, *341*, *366*, *387*, 388, *389*, 404, 414f., 446, *451f.*, *473*
Hervey, Gustave 177, *288*, 395, 422
Hervey, Maurice 425
Hindenburg, Paul von 126
Hirschauer, General *124*, *149*, *342*, *370*
Hitler, Adolf 467
Hoesch, Leopold von *124*, *213*, *311*, *401*, *422*
Honorat, André *266*
Huart, Marcel *117*, *141*
Hugenberg, Alfred *460*, 472, 476
Huizinga, Johan *75*
Humbrecht, Erzbischof Joseph-Marie-Louis *272*, 300, *341*

Ignace, Edouard 212
Isaac, Auguste *45-47*, *49*, *51*, 75, 94, 105, *115*, 119, 123, *145*, *149*, 155, *167*, *184*, *201*, *217f.*, 224f., 228, *231f.*, 233-235, 238f., *240*, *259*, *266*, 269-277, 279, 287, 302, 306, 311, *335*, 344f., 347, 366, 369, 371, *383*, 384, *387*, 388f., *394f.*, 396f., 399, *402*, *418*, 420, 422f., *440*, *448*, *452*, 467f.
Isaac, Humbert 369
Isnards, Charles des *470*
Izard, Erzbischof Martin-Jérôme 406

Japy, Gaston *124*
Jaurès, Jean *31*, 41, *57*, 158, 165, 170, *284*, *309*, *358*, 400, 405
Jeanne d'Arc 99, *112*, *119*, 128, *131*, 133-142, 289
Jeanneau 224
Jeanneney, Jean 251
Johann Ohneland 108

Join-Lambert, André 152, 241, *277*, 350f., *361*, 422, *458*
Joly, Henry 82, 84f.
Jonnart, Charles 38, 202, 320f., 331, *332*, 338, *382*, *396*, 402
Josse, Prosper *52*, *150*, *155*, *346*, *348*, *370*
Jouhaux, Léon 58
Jourdain, Paul 239
Jouvencel, Henry de *168*
Judet, Ernest *56*, *263*
Juigne, Marquis de 373
Julien, Abbé 57
Julien, Bischof Eugène-Louis-Ernest 308, *310*, *329*

Kant, Immanuel 88, 148
Karl der Große 122
Keller, Emile *31*, *37*, *263*, 341
Kempf, Maurice 150, *370*
Kerenskij, Alexander 169, 457
Kergall, Joseph *32*, 46
Kerillis, Henri de *169*, *192*, *424*, 436f., 461–467, 471f., 476
Kerjegu, James de *175*
Klotz, Louis Lucien 212
Krantz, Camille *175*

Labat, Emmanuel 178–184, 188
Laboulaye, Edouard 197
La Brière, Yves de 92f.
La Celle, Bischof Hippolyte-Marie de 130, *436*, *441*, *443*
Lachapelle, Georges *214*
Lacordaire, Henri *29*
Lafarge, René *395*
La Ferronays, Marquis Henri de 373
La Groudière, Comte Bernard de 233
La Jaille, Admiral Charles de *321*
La Loue, Vicomte de *33*
Lamartine, Alphonse de 280
Lamarzelle, Gustave de *73*, *77*, 79, 339, 342, 359
Lamaze, de 257
Lamennais, Robert de 93, 243
Laméroux, Jean 217, 256
Lamy, Etienne *30*, 34, 36f., 63, 206, 268–270, *277*, 392f.
Landry, Adolphe *266*
Lanessan, Jean-Marie de 255
Laniel, Henri 51, 187, *345*, 384, *463*
Lannes de Montebello, Adrien 105, *238*
La Riboisière, Comte Ferdinand de *359*
La Rochefoucauld, Edmée de 284
La Rochefoucauld, Xavier de 50, 129, *150*, 295, 299, 304, 306f., 313, 320, 392, 395, 397f., 406, 416, 423, 437f., *450*, *461*
La Rochejaquelein, Marquis Julien de *33*
La Rocque, Colonel François de *370*
Las Cases, Emmanuel de 63, 74, 77f., 95f., *138*, *184*, *189*, *285*, *308*, 320, *321*, 342, *349*, 432
Las Cases, Philippe de *432*
Lasserre, Henri 280
Lasteyrie, Charles de 127, 214, *215*, *232*, 233, *367*, 372, 380, 387, 426, 448f., 455, 470, 474
Lasteyrie, Robert de *233*
Latapie, Louis 89
La Tour du Pin, Marquis René de 102, 177, 206, 229, 243, 247, 256
Launay, Louis de *113*
Laurent, Raymond 337
Laval, Pierre *472*
Lavigerie, Kardinal Charles Martial *36*
La Villerbabel, Erzbischof de *300*
Lavisse, Ernest 58, 73, *120*, 214, *320*
Lavrignais, Alexandre de 63
Laya, Louis *50*, *298*, 299
Lebon, André 46
Le Bon, Gustave *202*, 224
Lebovics, Hermann 33
Lebrun, Albert 244, *463*, *467*
Le Cour Grandmaison, Jean 318, *418*
Lefas, Alexandre *51*, 220, *270*, *359*
Lefebvre du Prey, Herman 208, 237, *255*, *266*, *270*, 286, 308, *331*, 343, 362, 381, 415, 448, *458*
Le Fer de la Motte, Bischof Eugène 406
Leger, Marcel *370*
Legien, Carl *238*
Lelievre, Achille *177*
Lémire, Abbé Jules *44*, 94, 244, 266, *268*, *279*, 280, 321, 325, *346*, 361, *370*
Le Mire, Henry *372*
Lenail, Pierre 142, *233*, *272*, 323, *345*, 384
Lenfant, Bischof Léon-Adolphe *64*
Lenin, Wladimir Iljitsch 162
Lenoir, Père Louis 61
Leo XIII. 35, *159*, 263
Lépire 257
Le Play, Frédéric 35, *44*, 170, 243, 262, *440*
Le Provost de Launay, Gaston *368*, 470
Leredu, Georges *167*, 302, 381
Lerolle, Jean *149*, 229, 240, *301*, *393*, *394*, *432*
Lerolle, Paul *43*, 63, 178, 208, *432*
Leroy, P. *262*
Leroy-Beaulieu, Anatole *33*, *35*, 70, 112, 175, *266*
Leroy-Beaulieu, Paul *201*, 227f., *266*
Le Roy Ladurie, Jacques *135*, *179*, 190
Lesseux, Hubert de Bazelaire de *370*

L'Estourbeillon, Régis-Marie-Joseph de 249
Lestra, Jeanne 67
Le Troquer, Yves *426*
Leusse, Comte Jean de *252*, 363
Leygues, Georges 38, *42*, *232*, 303, 381
Loiseau, Charles 318
Longuet, Jean 244
Lorin, Herni *44*
Loubet, Emile *48*, *96*
Loucheur, Louis 232, 236, 241
Loutil, Edmond (Pierre l'Ermite) 85
Ludre, Thierry de 63, *230*, *257*, *362*
Ludwig XIV. 70, 122, *131*, 137
Ludwig XVI. 102
Luther, Martin 88
Lyautey, Marschall Hubert *120*, *125*, 370
Lyons, Baron Henry de *151*

Mackau, Baron Ange René Armand de *30*
Mac-Mahon, Patrice de 197, 216
Madelin, Louis 60, *106*, 112f., 116, 123, 131f., 136, 139, 157, *170*, *219*, 221, 225, 249, *266*, 288, 410, *471*
Magallon, Xavier de *142*, 302f., 344, 378, *398*
Maginot, André 132, *166*, *370*, 372, *403*, *434*, *458*, 463
Maire, Alfred *345*, *381*, *395f.*
Maire, Hauptmann 263, 273
Maistre, Joseph de *29*, 71, 229, 243, 262
Maître, Jean 300, *387*
Malthus, John *261*
Malvy, Louis 58, 71, 73, 75, 79, 115, 126f., 152, 330
Mamelet, Albert 310, *403*, *467*
Manceau, Anatole 417
Mandel, Georges 212, *308*, *384*, *399*
Marçais, Fernand 359
Marin, Louis *41*, 70, 105, 111, *113*, 118–127, 129, *137*, 154, 156, 164, *166*, 169–172, 183, 185f., 208–211, 213f., 226, *235*, *241*, 244, 247–250, 254, 257–259, 265, *266*, 276–280, 283f., 287f., 290, 306, 311, 314–316, *327*, 332, 335, *345*, 351, 353, 363, 369, 379, 382–384, 386, *387*, *393*, 395, 408, 420–431, 433–437, 439–444, 446–461, 463, 466f., 471–474, 476, 479, 482
Maritain, Jacques 88, 161
Marty, André 151
Marx, Wilhelm *126*
Massabua, Joseph *273*
Massis, Henri *146*
Maud'huy, General Louis-Ernest 119, *252*, *323*, 363, 370, *379*
Maugeret, Marie *283*
Maunoury, Maurice *387*
Maurin, Kardinal Louis-Joseph *162*, 300, 327, *366*
Maurisson, Georges 150
Maurras, Charles 88, 104, 106, 109f., 117, 135, *244*, *246f.*, *321*, *417*, 418
Mazarin, Kardinal Jules *124*
Mazerand, Georges 463f.
Meinecke, Friedrich 100
Melchior de Vogüé, Comte Charles *33*, 63, *147*
Méline, Jules 32, 35–37, *39*, 41, *42*, 45, *46f.*, 98, 105, 119, 136, 145, 152, 174–181, 183, 191, 198, *211*, 228, 231, 234, *238*, 249, 254, 265, *362*, *425*
Menthon, Bertrand de *185*, 187, *235*, *340*
Menthon, François de 416
Mercier, Ernest *210*
Merry del Val, Kardinal Rafael *48*, 273
Mesnil-Thoret, Simon du *120*, 125
Meyer, Arthur *89*
Mezieres, Alfred *177*
Michaux, Paul 434
Michel, Augustin *273*
Michel, Louis 463f.
Mill, John Stuart *227*
Millerand, Alexandre 58f., 71f., 81, *117*, 120, 138, *169*, 189, 212, 216f., 219, 221, *232*, 251, 254, *297*, 302, 308–310, 314, 316, 323, *332*, *337*, 377–380, 400f., 403–410, 427
Milliard, Victor *53*, *252*, *298*, 394f.
Mirabeau, Comte Gabriel de Riqueti de 196, 202f., 205
Missoffe, Michel *126*, 129, *191*, *254*, *372*, 466, 470
Mistral, Frédéric 244
Molinié, Jean A. 182, 190, 389
Moncelle, Eduard *363*
Monge, Jules 438
Monicault, Pierre de *177*, 183, *184*, 185–187, 191, *240*, *257*, *334*, 373, *387*, *396*, 422, *460*
Monprofit, Jacques 360
Monsservin, Roland Boscary *365*
Montalembert, Comte Charles de 93, *187*, *243*
Montesquieu, Charles de 83
Monti de Rezé, Henri de *83*, 190
Montjou, Guy de *153*, *187*, *297*, *360*
Montplanet, de *83*
Monzie, Anatole de 319, 324, 435
Moreau, Dom 336, *338*
Moreau, Mlle. 288
Motte, Eugène 35, *39*, 46, 158, 228f., *372*, 421

Motte, Fernand *362*, 421
Mounier, Emmanuel 182
Moustier, Comte Léonel de *479*
Moustier, Marquis René de 140, *177*, 186, *216*, 284, 288, 373
Moustier, Marquise de 284, 288
Muller, Abbé Eugène *252*, *255*, *343*, *345*, 363, *370*
Mun, Albert de 31, 38, 43, 48, *52f.*, 56f., 59, 71, 92, 102, 104, *110*, 146, *159*, *160*, 177, 229f., 237, 240, 263, 359
Mun, Bertrand de *83*, 162, *393*, 417
Mussolini, Benito *169*, *332*, 337, 353

Nalèche, Etienne de 251, *372*, 454
Napoléon Bonaparte 122, *124*, *131*
Napoléon III. 27, 206
Narcay, Poirier de *83*
Narfon, Julien de 93, 319
Nègre, Bischof Albert 406
Néron, Edouard *365*
Nicolle, Louis *372*, *395*
Noblemaire, Georges *183*, *323*
Nourissat 393f., 431

Oberfohren, Ernst *472*
Oberkirch, Alfred *252*, *258*, 315, *323*, *324*, *337*, *363*, 423, 435, *460*
Odelin, Henri 58, 135
Ollivier, Louis 221
Ordinaire, Maurice *216*, *253*, *288*, *334*
Otto IV. 108

Pagis, Bischof Jean-Pierre 135
Painlevé, Paul 388, 424
Paqué, Theodore *363*
Patureau-Mirand, Anselme 239
Paul-Boncour, Joseph *96*, *119*, 174, 244
Peguy, Charles 56, 145f., *149*
Peissel, François 425, 428, *455*
Pernot, Georges 127, 168, 190, 220, 240, 241, 258, 269, 271–274, 279f., 315, 419, 422, *433*, 435, 449, 455, 474, 477, *478*, 479
Perret, Victor *155*, 470f.
Pertinax s. Géraud, André
Pétain, Philippe 120, 334, 370, 479
Petitfils, Edmond 289
Peyronnet, Albert 241
Pezet, Ernest 369, 411, 417f., *433*, 436, *445*
Pfleger, Joseph *258*, *345*, *363*, *381*, *448*
Philipp II. August 108
Picard, Emile 268
Picot, Georges *34*, *46*, *145*, *242*, *266*
Picot, Oberst Emile *346*
Pinay, Antoine *478*
Pinelli, Noël *470*
Pinot, Robert *36*, 232
Piou, Jacques 33, 35f., *39*, 43, *47f.*, *52–54*, 72–74, 78f., *110f.*, 167, 204, 206, 208, 220, 285, 296, 298f., 356, 392, *394*, 395, 398, 438
Pius X. 47, *48*, 49, *59*, 86f., 283, 307, 317, 325f., 416
Pius XI. 328, 349, 417f., 438
Plichon, Jean 228, 233, 328, *329*, 361, *362*, *372*, *393*, *396*, 448, *463*
Poincaré, Raymond 38, *42*, *53*, 57, *59*, 71, 73, *96*, 104f., 117, *149*, 202, 215, 221, 225, *232*, 241, 251f., 266, 306, 314, 316, *318*, *328*, 331–335, 338, *342*, 346f., 349, 355, *362*, *372*, 386–389, 408, 419, 436, *441*, 446–461, 466, *469*, 476
Poitou-Duplessy, Jacques *348*, *370*, 395, 425, *447*, *458*
Poujade, Pierre 179
Poussineau, Gustave *359*
Prache, Lauent *365*
Prévet, Charles *52*, *177*, 239, *372*, *423*
Psichari, Ernest 56, 145f.
Puech, Denys 78
Pugliesi-Conti, Paul *52*, *83*
Puis, Auguste *387*
Pujo, Maurice 58
Pyta, Wolfram 28

Raiberti, Baron Flaminius 236, 305f., 367, 369, 383f., 387, *392*
Ramarony, Jules *242*
Rambaud, Alfred 175
Ramel, François de *33*
Rampolla, Kardinal Mariano 87
Ratier, Antony *372*, *402*
Raynaldy, Eugène 348
Reibel, Charles 212, 310, *402*, 408, 426
Reille, André *31*, *432*
Reille, Baron Amédée *31*, 34, 228
Reille, Baronin 67
Reille-Soult, François *31*, 384, *432*
Reinach, Joseph 105, *109*, 319
Remond, René 214
Renan, Ernest *143*, *147*
Renaud, Abbé 325, 327
Rendu, Ambroise 184, *272*, 301, *365*
Reverdy, Henry 85, *220*
Reynaud, Paul 119, *169*, *288*, 369, 373, 382, *402*, 426, 436f., *458*, 459, 461, 463f., 466
Ribot, Alexandre 36, *37*, 38, *43*, *48*, 51, 64f., 70f., 73f., 158, 214, *236*, 244, *251*, 317, 320, 342
Richelieu, Kardinal Armand-Jean 70, *124*
Richet, Charles 268

Riehl, Wilhelm Heinrich 192
Rigode, Baronin de *67*
Rivière, Bischof Maurice-Louis-Marie *329*
Robespierre, Maximilien de *119*
Roche, Jules *32*, 46, *52*, 177, *213*
Rocher, Camille *364*
Rocherau, Victor *457*
Rollet-Maine, Henri 424f.
Rollin, Louis *169*, *370*, 371, 378, *399*
Romier, Lucien *153*, *210*, *258*
Roquefeuil, de *187*
Roques, Gaston 183f., 190
Rouget de Lisle, Claude Joseph 110
Roulleaux-Dugage, Henry Baron 70, *270*, 278, 280f., *465*
Rouvier, Maurice *48*
Ruellan, Charles *370*

Saint-Victor, de *177*
Saint-Yves 335, 392, 427
Salleron, Louis *179*
Sangnier, Marc *171*, 229, *346*
Sardou, Victorien 105
Sarraut, Albert 76f., 225, 388, *450*, 456–458
Say, Léon *31*, 32, *33f.*, 197, 203, 227
Scapini, Georges *370*
Schneider (Familie) *32*, 35
Schneider, Henri 228, 230, 233
Schuman, Robert *29*, 127, *252*, 253, *258*, 303, *337*, 363, *395*, 433
Schwerer, Admiral Antoine 142
Schwob, Maurice *403*
Seillon, Jean de *62*
Seltz, Thomas *252*, 258, 303, 363, *381*, *432*
Sembat, Marcel *71*, *284*
Sérot, Robert 334, *363*
Sertillanges, Père 94
Seydoux, Jacques *381*
Siegfried, André *173*, 358
Siegfried, Jules 283
Sienne, Bernard 92
Silbermann, Joseph *363*
Simon, Robert *471*
Simonin, Camille *252*
Sixte-Quenin, Anatole 73
Solages, Marquis Jérôme de *31*
Soulier, Edouard 118f., 124, *126*, *166*, *253f.*, *288*, 303, 305f., 311–316, 319, 322, 333–338, 350, 355, *372*, *384*, 408, 424f., *458*, *460*, 473f., 481
Soulier, Henri 474
Spronck, Maurice 209, 237, 254, *323*, *393*, 395
Steeg, Theodore 302, 377–379
Stinnes, Hugo *238*
Stresemann, Gustav 449, 453
Stuhl, General Jean 370
Syveton, Gabriel *48*

Tacke, Charlotte 103
Taillandier, Maurice 186f., 189
Taine, Hippolyte *147*
Taittinger, Pierre 107, *149*, *152*, 166, 168, *170*, *187*, 212, 288, *368*, *372*, 395, 397, *422*, 430, *451*, 467–472, 476
Tapponier, Paul *370*
Tarde, Alfred de *146*
Tardieu, André *183*, 212, 215, 219, 244, *288*, 316, *384*, *450*, 454f., 457f., 462–464, 466, *472*, 476f.
Taurines, Jean 152, 369, *402*
Teitgen, Henri 440–445, 463
Thellier de Poncheville, Abbé *64*, 309
Thierry, Joseph *46*, *50*, 52, *137*, 174f.
Thiers, Adolphe 196f., 202f.
Thomas, Albert 230, *231*, 232, 238, *284*
Thomas, Bischof *310*
Thomas, Yves *345*
Thouvenin, Abbé 430
Tinguy de Pouet, Jean de *138*, 208, 220, 271, *296*, *324*, *333*, *345*, 360, 369, *382*, *395f.*, 397, *432*, 433, 448, 457
Tissier, Bischof Joseph-Marie 129
Tocqueville, Alexis de 71, 195, 243
Touchet, Erzbischof Stanislas 64, 108f., *139*
Touron, Eugène *46*, *53*, *175*, 177, 234, *325*, *342*, *395*
Toussaint, Edmond *190*
Turckheim, Baron Albert de *353*, *441*, *444*
Turinaz, Bischof Charles-François *257*, *436*

Vacher, Marcel *177*
Vaillant, Edouard 57
Valerio, Valeri Nuntius *314*, 435
Vallat, Xavier *125*, 157, 221, 255, *297*, *321*, *365*, *370*, 411, 419, *420*, 479
Valois, Georges 171
Vandame, Georges *149*, *362*, 371
Varenne, Alexandre *163*, 324
Vaussard, Maurice 94
Vesins, Bernard de 360
Veuillot, Louis *31*, 246
Viellard, Louis *83*, 288, *393*
Villeneau, Clément 50, 107, 212, 220, 223f., *304*, *368*, 397, *402*, 427, 430
Villeneuve, Hébrard de 79, 231
Viollet, Abbé 272
Viviani, René 57, 59, 71f., *284*, 318
Voltaire, François-Marie Arouet *112*, *134*
Voyer, Pierre *368*

Waddington, William 197
Waldeck-Rousseau, René *38*, 39, 66, *105*, 312f., *459*
Walter, Michel *252*, 258, *381*, *432*
Warren, Edouard de *126*, 169f., 186, 188f., 191, 225, 234, 316, 335, 354, 363, *374*, *381*, *426*, 430, 435, 440–445, 447, 450, 456, *458*, 460f., 463, 470, 472
Weber, Max 196
Weiller, Lazare 319, *392*
Wendel, de (Familie) 35, 158
Wendel, François de *113*, *122*, 130, 183, 189, *210*, 225, 228, 230, *241*, 289, 314f., 326f., *345*, 363, 370, 372, *381*, *383*, 384, *387*, *390*, *393*, *395*, 423, *429*, *431*, 439, 441, *444*, 448, 450, *452*, 454, 458f.
Wendel, Guy de 363, *370*
Westarp, Kuno Graf von *472*
Wetterlé, Abbé Emile *252*, 253, *345*, 363, *370*
Weydmann, Joseph *258*, 422, 435
Wilson, Thomas Woodrow *83*, 91
Witt-Schlumberger, Marguerite de 283

Ybarnégaray, Jean *83*, 123, 166, *170*, 190, *337*, 370, 379, *392*, 467–472, 476

Zola, Emile 261